Theorie und Praxis der Diskursforschung



Satu Fischer-Kongtso

Das polyseme Fundament der Wirklichkeit

Eine diskursethnologische Analyse nationalistischer Sinnwelten





Theorie und Praxis der Diskursforschung

Reihe herausgegeben von

Reiner Keller, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum in den Sozial- und Geisteswissenschaften eine lebendige, vielfach interdisziplinär arbeitende empirische Diskurs- und Dispositivforschung entwickelt. Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Reihe durch die Veröffentlichung von Studien, Theorie- und Diskussionsbeiträgen auf eine weitere Profilierung und Präsentation der Diskursforschung in ihrer gesamten Breite. Das schließt insbesondere unterschiedliche Formen sozialwissenschaftlicher Diskursforschung und Diskursperspektiven angrenzender Disziplinen sowie interdisziplinäre Arbeiten und Debatten ein. Die einzelnen Bände beschäftigen sich mit theoretischen und methodologischen Grundlagen, methodischen Umsetzungen und empirischen Ergebnissen der Diskurs- und Dispositivforschung. Zudem kommt deren Verhältnis zu anderen Theorieprogrammen und Vorgehensweisen in den Blick. Veröffentlicht werden empirische Studien, theoretisch oder methodologisch ausgerichtete Monographien sowie Diskussionsbände zu spezifischen Themen.

Reiner Keller
Universität Augsburg

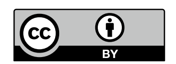
Satu Fischer-Kongtso

Das polyseme Fundament der Wirklichkeit

Eine diskursethnologische Analyse nationalistischer Sinnwelten



Satu Fischer-Kongtso
Hamburg, Deutschland



ISSN 2626-2886 ISSN 2626-2894 (electronic)
Theorie und Praxis der Diskursforschung
ISBN 978-3-658-40834-3 ISBN 978-3-658-40835-0 (eBook)
https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Planung/Lektorat: Marija Kojic
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Wenn auch die inhaltliche Verantwortung für die Thesen und Argumentationen der vorliegenden Arbeit ausschließlich bei mir als Autorin liegt, konnte dieses Werk doch nur durch die Mithilfe und die Unterstützung zahlreicher Personen vollendet werden. Mein Dank gilt hier zuvorderst meiner Betreuerin Univ.-Prof. Dr. Julia Pauli für ihre kritische Perspektive und die Möglichkeit zum konstruktiven Dissens. Beides hat wesentlich dazu beigetragen, meinen analytischen Blick zu schärfen sowie Ziele, Thesen und Folgerungen der Untersuchung entscheidend zu konkretisieren. Zu danken habe ich überdies Jun.-Prof. Dr. Laila Prager und Univ.-Prof. Dr. J. Otto Habeck für ihre wertvolle Kritik im Rahmen der Disputation dieser Arbeit, welche der hier vorliegenden, veröffentlichten Version der Dissertation zu ihrem notwendigen Feinschliff verholfen hat. Die persönliche Nachbemerkung, mit der die publizierte Fassung abgerundet wird, geht maßgeblich auf ihre hilfreichen Anregungen zurück. Für seine nützlichen Anmerkungen im Publikationsprozess danke ich in diesem Zuge außerdem Univ.-Prof. Dr. Reiner Keller, dem Herausgeber der Reihe *Theorie und Praxis der Diskursforschung* bei Springer VS.

Weiterhin danke ich der Hamburger Senatskanzlei und der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung für ihre Auskunftsbereitschaft und die freundliche Korrespondenz. Waltraud Hadler – Referatsleiterin der Hamburger Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten – danke ich für die persönlichen Gespräche sowie für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung einer quantitativen Konsensanalyse. Mein Dank gilt diesbezüglich auch und gerade den Mitarbeitenden der Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten, von deren Mithilfe die Befragung erheblich profitiert hat. Des Weiteren schulde ich Doris Kersten vom Amt für Arbeit und

Integration großen Dank dafür, dass sie mir nicht nur für persönliche Gespräche zur Verfügung stand, sondern mir darüber hinaus auch den mehrmaligen Besuch der offiziellen Hamburger Einbürgerungsfeiern ermöglicht hat. Ohne diese Gelegenheit wäre die vorliegende Arbeit eine gänzlich andere.

Ganz besonderer Dank geht nicht zuletzt an das Lotsenprojekt *Ich bin Hamburger* der Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung e. V. (TGH), an dessen Projektleiterin Tülin Akkoç sowie an die Koordinator_innen und Lots_innen für ihre großartige Unterstützung. Weite Teile dieser Arbeit hätten ohne ihr Engagement und ihre Bereitschaft, mir Zeit und Wissen zu schenken, nicht verwirklicht werden können.

Abschließend – und mit Nachdruck – danke ich meiner Familie für ihre selbstlose Hilfe und ihre endlose Geduld. Ich danke meinem Vater für seine wissenschaftliche Expertise. Ich danke meiner Mutter für die lebenspraktische ‚Rettung in der Not‘ in schöpferischen Krisenphasen. Ich danke meinem Mann und meinen Kindern dafür, dass sie trotz Pandemie, kollektivem Homeoffice und nächtlichen Überstunden meinerseits nicht die Nerven verloren und mich nach Kräften unterstützt haben. Ohne sie gäbe es diese Arbeit nicht.

Abstract

Deutsch
Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der diskursiven Konstruktion von *‚deutscher Nation‘*, wie sie sich v. a. in öffentlichen (d. h. massenmedial vermittelten) Debatten um nationalen Ein- und Ausschluss offenbart. Staatsangehörigkeit und Einbürgerung sind zentrale Instrumente dieser sozialen Schließung. Politische Einbürgerungskampagnen, wie die großangelegte Einbürgerungsinitiative des Hamburger Senats von 2010/11, werden in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert. Anhand der widerstreitenden Diskurse um die Hamburger Einbürgerungsinitiative lässt sich exemplarisch ermitteln, welche *Folk Concepts* von *Nation*, *Identität*, *Integration* und *Kultur* das deutsche Selbstverständnis anleiten. Zu diesem Zweck vereint die vorliegende Arbeit unterschiedliche diskursanalytische Traditionen mit Methoden der klassischen Ethnographie zu einer diskursanalytischen Untersuchung ethnologischer Prägung.

Die diskursanalytische Untersuchung zeigt, dass das Diskursfeld um die Hamburger Einbürgerungsinitiative zwischen einem staatsnationalen und einem ethnonationalen Selbstbild oszilliert. Die beiden Pole der Debatte nehmen ihren Ausgangspunkt in der *unterschiedlichen* Ausformulierung ihrer *gemeinsamen* Grundbegriffe (Nation, Identität, Integration, Kultur). Die *Polysemie* dieser Grundbegriffe sowie auch der diskursive Sinngebungsprozess als solcher tragen maßgeblich dazu bei, dass sich in der öffentlichen Arena unversöhnliche und eigendynamische Wirklichkeitssphären gegenüberstehen, die sich im Wesentlichen über ihren wechselseitigen Antagonismus konstituieren und mit Hilfe emotionalisierter Identitätsangebote Macht auf ihre Adressat_innen ausüben.

Angesichts eines komplexen Zusammenhangs zwischen wissenschaftlichen und populären Konzeptionen von Nation, Identität, Integration und Kultur obliegt der Ethnologie eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Es ist daher die These der vorliegenden Arbeit, dass die Ethnologie ihr methodisches Spektrum in diskursanalytischer Richtung erweitern muss, um die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit – gerade auch angesichts ihrer massenmedialen Verfasstheit sowie auch angesichts ihrer enormen emotionalen Machteffekte – transparenter zu machen. Diesem Anspruch liegt ein theoretisches Fundament zugrunde, welches Ansätze der Ethnologie, der Wissenssoziologie, der Cultural Studies, der interdisziplinären Diskursforschung sowie die Arbeiten Bourdieus und Goffmans miteinander verknüpft und daraus eine Definition von Kultur als Diskurs entwirft.

English

This work deals with the discursively constructed *'German nation'* as it emerges above all in public debates (i.e. mediated by mass media) about national inclusion and exclusion. Nationality and naturalization are central instruments of this social closure. Political naturalization campaigns, such as the Hamburg Senate's large-scale naturalization initiative of 2010/11, arouse controversy in politics and society. The conflicting discourses about the Hamburg naturalization initiative furnish the means for illustrating which *folk concepts* of *nation, identity, integration* and *culture* inform the German self-image. To this end, the present work combines a discourse analytical methodology with methods of classical ethnography in a discourse-analytical study from the perspective of sociocultural anthropology.

In this study, I demonstrate that the discourse field surrounding the Hamburg naturalization initiative seesaws between civic and ethnic self-images. These different conceptions follow from the *diverging* interpretation of *common* fundamental concepts (nation, identity, integration and culture). The *polysemy* of these basic concepts, as well as the discursive process of meaning-making as such, contribute measurably to the fact that irreconcilable and self-reinforcing alternate realities face off in the public arena. In essence, they feed off their mutual antagonism and employ emotionalized identity offers to wield power over their target audiences.

Given the complex connections between scientific and popular conceptions of nation, identity, integration and culture, anthropology must shoulder a special social responsibility. The present work therefore argues that sociocultural anthropologists must extend their methodological spectrum in a discourse-analytical direction if they are to make the discursive construction of reality more transparent – especially in view of its constitution by the mass media and in light of the

enormous affective power it exerts. This call to action is grounded in a theoretical approach that integrates elements of sociocultural anthropology, the sociology of knowledge, cultural studies, and interdisciplinary discourse research, as well as the works of Bourdieu and Goffman, to develop a definition of culture as discourse.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung . . . 1
1.1 Vorbemerkung: Zur Erweiterung der Perspektive . . . 1
1.2 Einführung: Deutschland – eine Kulturnation? . . . 16

2 Grundbegriffe . . . 35
2.1 Nation und Nationalismus: Über das Fremde zum Eigenen . . . 35
2.2 Identität und Integration: Von Assimilation bis Kosmopolitismus . . . 47
2.3 Kultur und Emotion: Die Verteidigung der rationalen Ordnung . . . 74
2.4 Diskurs, Wissen und Macht: Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit . . . 118
2.5 Staatsangehörigkeit und Einbürgerung: Die Grenzen der Nation . . . 148

3 Bausteine einer Diskursethnologie . . . 177
3.1 Die Hamburger Einbürgerungsinitiative: „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause“ . . . 177
3.2 Die öffentliche Debatte: Analyse eines heterogenen Diskursfeldes . . . 183
3.3 Das Lotsenprojekt der TGH: Emische Expertise zwischen Dispositiv und Adressat_innen . . . 206
3.4 Grenzgänger_innen: Im Spannungsfeld zwischen diskursiver und subjektiver Sinnwelt . . . 218
3.5 Die Hamburger Einbürgerungsfeiern: Lokale Inszenierung eines nationalen *rite de passage*? . . . 226

4 Die dominanten Diskursströmungen 239
4.1 Die staatsnationale Strömung: Anklänge eines kosmopolitischen Weltbildes 239
4.2 Die ethnonationale Strömung: Die Nation als ethnisches Kontinuum 294
4.3 Konfrontation: Die Polysemie der Grundbegriffe 353

5 Facetten des Diskursfeldes 371
5.1 Exkurs in die Diskursrezeption: Von der Enkodierung zur Dekodierung 371
5.2 Aspekte der Diskursproduktion: Ein Diskurs wird in Szene gesetzt 427
5.3 Der dritte Diskurs: Ein Hamburg-Mythos 459
5.4 Machttechniken: Die Konstitution von ‚Unwahrheit' und ‚Unmoral' 479

6 Abschluss 517
6.1 Zusammenfassung und Ausblick: Das polyseme Fundament der Wirklichkeit 517
6.2 Nachbemerkung: Zur Objektivierung der Perspektive 535

Literaturverzeichnis 557

Abbildungsverzeichnis

Abb. 5.1 Hamburger Rathaus 429
Abb. 5.2 Großer Festsaal – Bühne 430
Abb. 5.3 Großer Festsaal (Blick von der Bühne ins Publikum) 431
Abb. 5.4 Olaf Scholz mit einer Gruppe Eingebürgerter 435
Abb. 5.5 Kinderchor bei einer Einbürgerungsfeier 436
Abb. 5.6 Menschen stehen für Foto mit Olaf Scholz an 440
Abb. 5.7 Einbürgerungsfeier – Empfang (Nebenraum des Großen Festsaales) 440
Abb. 6.1 Screenshot einer Google-Bilder-Suche nach dem Schlagwort ‚Ethnologie' vom 21.06.2021 539

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1 Abgrenzung von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Diskursethnologie 193
Tabelle 3.2 Auswahlschlüssel Feinanalyse Teil 1 201
Tabelle 3.3 Auswahlschlüssel Feinanalyse Teil 2 (Beispiel: Zentrale Akteure/Akteurinnen) 201
Tabelle 3.4 Übersicht: Expert_inneninterviews TGH 217
Tabelle 3.5 Übersicht: Datensatz der quantitativen Befragung 222
Tabelle 3.6 Übersicht: Ziele, Methoden, Daten 237
Tabelle 4.1 Die Narrationen im Vergleich 355
Tabelle 4.2 Die Subjektkategorien im Vergleich 357
Tabelle 5.1 Inkonsistenzen der Kulturbegriffe 374
Tabelle 5.2a Kultur & Identität 377
Tabelle 5.2b Themenkomplex Identität – Zustimmung einzelner Teilgruppen 382
Tabelle 5.3a Nation 387
Tabelle 5.3b Themenkomplex Nation – Zustimmung einzelner Teilgruppen 389
Tabelle 5.4 Integration 395
Tabelle 5.5 Einbürgerung 400
Tabelle 5.6 Gründe 405
Tabelle 5.7 Hürden 409
Tabelle 5.8 Hamburger Einbürgerungsinitiative 414



Einleitung 1

1.1 Vorbemerkung: Zur Erweiterung der Perspektive

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit der Frage, wie *Deutsche Nation* in der deutschen Gesellschaft[1] definiert wird. Dabei verortet sie sich – als ethnologische Arbeit – im empirischen Feld der interdisziplinären Nationalismusforschung[2]. Sie verortet sich des Weiteren – als ethnologische Arbeit – im theoretisch-methodischen Paradigma der interdisziplinären Diskursforschung. Diese doppelte Verortung bedarf einer erläuternden Vorbemerkung, auch und gerade, weil – wie der Soziologe Rogers Brubaker feststellt – die Grenzen zwischen den Disziplinen in Auflösung begriffen sind.[3] Sein Artikel *Ethnicity, Race and Nation* im Annual Review of Sociology gibt einen guten, fächerübergreifenden Einblick in die rezente Nationalismusforschung. Das sich darin eröffnende Forschungsfeld wird als „comparative, global, cross-disciplinary, and multiparadigmatic" beschrieben, mit einem besonderen Fokus auf den Konzepten Ethnizität, ‚Rasse' und Nation.[4] Da es sich hierbei um wichtige Konzepte ethnologischer Empirie und Theoriebildung handelt, ist es sinnvoll, den Anteil

---

[1] *Gesellschaft* (im Kontext moderner Nationalstaaten) wird hier in einfacher und allgemeiner Form definiert als: „größere Gruppe von Menschen […], die in einem Zusammenhang wechselseitig eingebrachter Interessen und Fähigkeiten stehen, auf einem klar definierten Territorium leben, sich als politische und soziale Einheit begreifen und außerhalb ihrer Grenzen auch so wahrgenommen werden". (Schäfers 1995: 195).

[2] *Nationalismus* wird definiert als „Ideologie und/oder […] Soziale (sic) Bewegung, die territorial und wertorientiert auf die […] Nation bzw. den […] Nationalstaat ausgerichtet ist und eine bewußte Identifikation und Solidarisierung mit der [nationalen] Gemeinschaft voraussetzt". (Riescher 2010b: 639).

[3] Brubaker 2009: 22.

[4] Brubaker 2009: 22.

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_1

der Ethnologie an und ihren Beitrag zu diesem interdisziplinären Feld einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Gruppenidentität, Gruppenzugehörigkeit und die soziale Aushandlung von Gruppengrenzen – v. a. in Form von *Ethnizität* – sind zentrale Untersuchungsgegenstände der Ethnologie. Namhafte Vertreter_innen wie Fredrik Barth, Thomas Hylland Eriksen und andere haben das Fach auf diesem Gebiet maßgeblich geprägt, aber auch Ansätze aus benachbarten Disziplinen, wie etwa den Cultural Studies (u. a. repräsentiert durch Stuart Hall), haben als wesentliche Bestandteile Eingang in die fachinterne Debatte gefunden.[5] In seinem Werk *Ethnicity and Nationalism* verweist Eriksen überdies auf das wachsende Interesse der Ethnologie am sozialen Konstrukt der *Nation* und dem damit in Verbindung stehenden Phänomen des *Nationalismus*.[6] Dieses Interesse rührt nicht zuletzt auch daher, dass *Nation* und *Nationalismus* untrennbar mit den Konzepten *Identität* und *Ethnizität* verwoben sind. Die Konzepte kommen insofern zur Deckung, als *Ethnizität* und *Nationalismus* gleichermaßen die (kulturelle) Ähnlichkeit und die daraus (vermeintlich) resultierende gemeinsame Identität von Gruppenmitgliedern gegenüber Außenstehenden betonen – mit dem wesentlichen Unterschied allerdings, dass die Begriffe *Nation* und *Nationalismus* ihren Rückbezug auf den *Staat* als grundlegenden Ankerpunkt ihres Selbstverständnisses nehmen, während Ethnizität dies nicht tut.[7] Georg Elwert definiert:

> „Nation ist eine einen überzeitlichen Charakter beanspruchende und auf einen vorhandenen oder erstrebten Staat hin orientierte gedachte Ordnung mit höherrangigen reziproken Verpflichtungen und mit familienerfassenden Zugehörigkeitsregeln.“[8]

Die fächerübergreifende Auseinandersetzung mit dem Begriff der Nation und dem Phänomen des Nationalismus wurde vornehmlich in anderen wissenschaftlichen Disziplinen als der Ethnologie geprägt. Eine wesentliche Ausnahme bildet hier der Ethnologe Ernest Gellner, der sich seit den 1980er Jahren intensiv mit dem Phänomen Nationalismus befasst und weit über die Grenzen des Faches hinaus Einfluss auf die sozialwissenschaftliche Debatte genommen hat.[9] Ein zentrales Schlüsselwerk der Nationalismusforschung ist des Weiteren *The Invention of Tradition* der beiden Historiker Eric Hobsbawm und Terrence Ranger, sowie

---

[5] Einen guten Überblick gibt Eriksen 2002.

[6] Eriksen 2002: 16.

[7] Eriksen 2002: 7

[8] Elwert 2001: 127.

[9] Siehe hierzu die Ausführungen zu Gellner in Abschn. 2.1. dieser Arbeit.

der Titel *Imagined Communities* des Politikwissenschaftlers Benedict Anderson. Beide Arbeiten (wie auch Gellners Hauptwerk *Nations and Nationalism* im Jahr 1983 erschienen) zählen zur Standardliteratur der interdisziplinären Nationalismusforschung und werden vielfach auch in ethnologischen Texten zitiert.[10] Obwohl die Ethnologie sich ihrerseits bereits spätestens seit den 1960er Jahren intensiv mit dem Begriff der Ethnizität beschäftigt hat, ist ihre Hinwendung zum Komplex Staat, Nation und Nationalismus deutlich späteren Datums. Vereinzelte frühe Beiträge wie etwa Lloyd A. Fallers Arbeit *The Social Anthropology of the Nation-State* von 1974 sind von dieser Beobachtung auszunehmen.[11] Abgesehen von solchen frühen Schlaglichtern konzentrierten ethnographische Untersuchungen von Gruppenidentität sich jedoch lange Zeit vornehmlich auf lokale, mehr oder weniger isolierte Kontexte, wohingegen der sie umfassende Staat – wenn überhaupt – nur als äußere Rahmenbedingung bedeutsam war.[12] Während etwa in der Politikwissenschaft schon 1953 mit Karl W. Deutschs Arbeit *Nationalism and Social Communication* ein zentrales Hauptwerk der Nationalismustheorie entstand, begannen Ethnolog_innen erst in den 1980er Jahren, sich intensiv mit dem Phänomen Nationalismus auseinanderzusetzen.[13] Michael Herzfeld bemerkt dazu:

> „Anthropologists have hitherto largely shunned the state as a hostile and invasive presence in local social life and have seen nationalism as an embarrassing first cousin to the discipline itself, one distinctly prone to public excesses of essentialism and reification."[14]

Inzwischen gibt es eine Fülle an ethnologischen Forschungsarbeiten, die sich auf die eine oder andere Art mit den unterschiedlichen Spielarten des Nationalismus befassen. Als Beispiele seien hier u. a. die im Sammelband *Neo-Nationalism in Europe and Beyond* von Andre Gingrich und Marcus Banks versammelten Texte genannt,[15] die Untersuchung von Carola Lentz zur intersubjektiven Aushandlung von Staat und Nation im Rahmen afrikanischer Unabhängigkeitsjubiläen[16] oder

[10] Siehe Hobsbawm / Ranger 2013, Anderson 2006 und Gellner 2006.

[11] Fallers 2011.

[12] Eriksen 2002: 96.

[13] Siehe hierzu Deutsch 1966, Jansen / Borggräfe 2007: 82 sowie Eriksen 2013: 79 und 166–191.

[14] Herzfeld 1997: 1

[15] Gingrich / Banks 2006.

[16] Lentz 2013.

die Überlegungen Thomas Bierschenks zum Zusammenhang zwischen staatlichem Steuerungsvermögen und nationaler Identität im postkolonialen Afrika.[17] Es ist ein wesentlicher Verdienst solcher und anderer ethnologischer Beiträge, dass sie der größtenteils makroperspektivisch ausgerichteten interdisziplinären Nationalismusforschung eine ethnographische Mikroperspektive als Korrektiv entgegensetzen. Zudem ergänzen sie die ansonsten stark auf den europäischen und US-amerikanischen Kontext verengte Diskussion um wichtige Einblicke aus anderen Regionen des Globus.

Ebenso bedeutsam wie ein vielfältiger Blick auf die Welt ist darüber hinaus auch der analytische Blick auf die eigene Gesellschaft. Für die Ethnologie, die in ihren Ursprüngen klassischerweise auf das Studium ‚fremder' Gesellschaften fokussiert war, ist diese Erweiterung ihrer Perspektive ebenfalls eine neuere Errungenschaft. Die zunehmende Ausdehnung des ethnologischen Forschungsfeldes auf Länder der sogenannten ‚westlichen Welt' – auch und gerade im Kontext der Ethnizitäts- und Nationalismusforschung – ist nur konsequent, da Identitäts- und Gruppenbildungsprozesse überall auf der Welt ähnlichen Gesetzen gehorchen.[18] Gleichwohl die programmatische Fokussierung auf das ‚exotische Andere' mittlerweile der Vergangenheit angehört (oder angehören sollte), kritisiert Oskar Verkaaik, dass sich das ethnologische Interesse an nationalistischen und allgemein identitätspolitischen Diskursen noch immer mehrheitlich auf die Analyse von (ethnischen) Minderheiten richte, während Eliten und Mehrheiten weitaus weniger Beachtung fänden.[19] In ihrer Untersuchung zur Produktion und Reproduktion von nationalistischer Ideologie durch italienische Sozialarbeiter_innen weist Flavia Stanley – analog zu Verkaaik – darauf hin, dass ethnologische Arbeiten für gewöhnlich die identifikative Auseinandersetzung ethnischer Minderheiten mit der sie umgebenden Mehrheit in den Fokus nehmen, während sie umgekehrt die Reaktion nationaler Mehrheiten auf migrantische Minderheiten vernachlässigen.[20] Diana Forsythe äußert sich auf ähnliche Weise in ihrer Arbeit *German Identity and the Problem of History*:

> „The German case is interesting for a number of reasons. First, in contrast to the minority cultures that anthropologists usually seek out for study, German culture is unquestionably a majority tradition. Perhaps in part for this reason, it has received relatively little attention from Anglophone anthropologists. Second, studying German identity allows us to investigate ethnic majority status as it is perceived from within.

[17] Bierschenk 2003.

[18] Eriksen 2002: 97.

[19] Verkaaik 2010: 70.

[20] Stanley 2008: 46.

> As is well known, ethnic identity tends to be created through a process of opposition. Ethnic minorities typically construct their identity through contrast to some majority tradition. Because the anthropological literature tends to depict majority/minority conflicts from the standpoint of the latter, minority identities often appear as they define themselves – as threatened and vulnerable. Majority identities, on the other hand, appear as they are seen from without, seeming by the logic of the opposition to be strong and secure, if not outright aggressive. Certainly this is how Germanness is perceived in many parts of Europe."[21]

Zweifellos gibt es (neben der Untersuchung von Diana Forsythe, die in der Einführung zu der hier vorliegenden Arbeit detaillierter vorgestellt werden soll) durchaus ethnologische Arbeiten, die sich mit ‚den Deutschen' als (Mehrheits-)Gesellschaft befassen – wobei der weit überwiegende Teil dieser Arbeiten interessanter Weise von Nicht-Deutschen verfasst wurde. Louis Dumont etwa untersucht in seinem Werk *German Ideology* vermittels eines historischen sowie literarischen Ansatzes die Akkulturation ‚deutscher Ideologie' an die – wie er es nennt – universelle ‚Ideologie der Moderne'. Er interessiert sich dabei insbesondere für das komplexe Wechselverhältnis von *Holismus* (z. B. in Form deutscher Vorstellungen von ‚Gemeinschaft') und *Individualismus*, welches ihm zufolge – in literarischen Schlüsseltexten von Goethe bis Thomas Mann – prominent im ideologischen Konzept der ‚Bildung' zur Geltung kommt und außerdem in Herders Begriff des ‚Volkes' und dem daraus hervorgegangenen Nationenkonzept angelegt ist.[22]

Ähnlich wie Dumont stützt auch Robert H. Lowie sein Werk *Toward Understanding Germany* auf extensive Literaturanalysen, kombiniert diese jedoch mit der ethnographischen Betrachtung insbesondere von Studierenden und Hochschulpersonal in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu einer Erhebung von ‚deutscher Kultur', die nationale Grenzen transzendiert. Sein Fokus liegt dabei auf Aspekten der Gesellschaftsstruktur sowie der sozialen Stratifikation, er interessiert sich jedoch auch für Nationalbewusstsein und Demokratiefähigkeit der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg (1950/51) worin seine Perspektive als amerikanischer (wenn auch ursprünglich aus Österreich stammender) Forscher besonders zur Geltung kommt.[23]

---

[21] Forsythe 2016: 137.

[22] Dumont 1994, darin insbesondere S. 3–22; zu Herders Volksbegriff siehe außerdem Abschn. 2.1 in der vorliegenden Arbeit.

[23] Siehe hierzu Lowie 1975 sowie Schneider 2001: 73–77.

Renommiert ist des Weiteren John Bornemans Monographie *Belonging in the Two Berlins. Kin, State, Nation* in welcher er die unterschiedlichen Familienpolitiken von BRD und DDR (sowie deren diachrone Entwicklung) einander vergleichend gegenüberstellt und ihre Rezeption durch sowie ihren Einfluss auf zwei Generationen von Ost- und Westberliner_innen untersucht. Er argumentiert: „…kinship membership is the topos on which 'nationness' is mapped. Because kinship is a constitutive element of nationness, it indexes categories of belonging essential to a state's claim to legitimacy in representing a nation."[24]

Bemerkenswert ist, dass Borneman sich in der Einführung zu seiner Arbeit sehr bewusst mit den Implikationen einer ethnographischen Erhebung in der – so wörtlich übersetzt – ‚privilegierten Ersten Welt' auseinandersetzt: „Thus „the field" for anthropology no longer remains a particular place in the southern hemisphere inhabited by illiterate dark-skinned peoples, nor is it a space – in which we are forever confined – where past generations of ethnographers did their fieldwork."[25] Er spricht damit auf plakative, provokante und in der (wenn auch sarkastischen) Anknüpfung an rassistische Topoi durchaus nicht ganz unproblematische Weise stereotype Konstellationen von *Fremdheit* im ethnographischen Feld an sowie deren Repräsentation in ethnologischen Forschungsarbeiten, für welche sich die jeweiligen Autor_innen – aufgrund ihrer privilegierten Position im globalen Machtgefällte – nur selten rechtfertigen mussten. Interessant ist des Weiteren, dass Borneman in die Narration seiner Erhebung einsteigt, indem er seinerseits die wechselseitig wahrgenommene Fremdheit charakterisiert, wie er sie – als amerikanischer Forscher – bei seinen Grenzübertritten nach Ost- respektive Westberlin jeweils unterschiedlich erlebt hat und wie sie jeweils auf spezifische Weise durch kontextuelle Diskurse gerahmt wurden. Er dekonstruiert diese wahrgenommene Fremdheit zwar im Folgenden, dennoch hat sie – als soziale Realität – seinen Forschungsprozess sowie seine Rolle im Feld wesentlich geprägt.[26]

Für die wissenschaftliche – auch und gerade ethnologische – Erörterung des Themenkomplexes Identität und Nation sind Konzeptionen von *Fremdheit* ein maßgeblicher Faktor. Fremdheit ist dabei aus ethnologischer Perspektive ein überaus heikles Konzept, insofern es der kulturell geprägten, subjektiven Wahrnehmung – also dem Ethnozentrismus der Beobachtenden – entspringt und sich im analytischen Vergleich des vermeintlich *Eigenen* mit dem vermeintlich *Fremden* zumeist in Wohlgefallen auflöst. Nichtsdestoweniger kann festgehalten

[24] Borneman 1992, insbesondere S. 19 (Zitat); siehe außerdem Schneider 2001: 80–88.

[25] Borneman 1992: 6

[26] Borneman 1992: 8–12.

werden, dass es im öffentlichen Raum dominante Meinungen darüber gibt, was (kulturell) fremd sei und was nicht. ‚Fremd' in den Augen der Mehrheit sind zumeist und zuvorderst gesellschaftliche Minderheiten. Wie Wolfgang Kaschuba feststellt, werden v. a. Migrant_innen in Deutschland und Europa als Fremde betrachtet. Fremdheit kann dabei positiv konnotiert sein, etwa wenn Migration in den europäischen Metropolen „für den Transfer von Arbeitskraft und Wissen [steht], aber eben auch für kulturelle Vielfalt und exotische Lebensstile", also für das *Kosmopolitische* in der Stadt.[27] Gleichsam kann sie aber auch negativ ausgelegt werden, wie es im Hinblick auf Migrant_innen in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Europa zunehmend geschieht. Kaschuba schreibt:

> „[Migrant_innen] werden mit explizitem Misstrauen beobachtet und lösen offensichtlich ein existenzielles Bedrohungsgefühl aus. Ein Gefühl, das sie kulturell ‚gleich' macht, das sie als eine homogene Gruppe wahrnimmt, deren ‚Fremdheit' sie zum potentiellen Tätermilieu macht: Fremde als Feinde – bedrohlich für unsere Kultur, vielleicht sogar für unser Leben."[28]

Illustrierend führt Kaschuba hier Maßnahmen verschiedener europäischer Städte an, die darauf abzielen Migrant_innen von der ‚eigenen' Bevölkerung zu segregieren – so beispielsweise 2006 in der italienischen Stadt Padua, als deren sozialistische Regierung „über Nacht eine Art ‚Berliner Mauer' bauen" ließ, welche den „Problemkiez ‚Serenissima', ein Viertel mit vorwiegend afrikanischen Migranten", einschloss und nur wenige Zu- wie Ausgänge offenließ.[29] Kulturelle Fremdheit – egal ob in ihrer positiven Konnotation als *Exotik* oder in ihrer negativen Konnotation als *Bedrohung* – mag zwar aus wissenschaftlicher Sicht keine reale Grundlage haben, ihre kollektive Wahrnehmung und deren soziale wie politische Konsequenzen sind aber durchaus real. Der populären Kategorisierung von ‚Eigenem' und ‚Fremdem', wie sie die politische und öffentliche Debatte bestimmt, kann auch die wissenschaftliche Sphäre sich nicht ohne Weiteres entziehen. So argumentiert etwa Martin Sökefeld, „dass die Formen der Vergegenständlichung von Einwanderern in Wissenschaft und Politik bestimmte Parallelen aufweisen", insofern sie Migrant_innen als ‚Fremde' klassifizieren.[30] Sökefeld bezieht seine These auf die interdisziplinäre deutsche Migrationsforschung, nicht unmittelbar auf die Ethnologie als solche. Nichtsdestoweniger

---

27 Kaschuba 2010: 24.
28 Kaschuba 2010: 26.
29 Kaschuba 2010: 23.
30 Sökefeld 2004: 9 f.

bleibt festzuhalten, dass auch die von Verkaaik, Stanley und Forsythe festgestellte Tendenz der ethnologischen Nationalismusforschung, Minderheiten (bzw. das Wechselverhältnis von Mehrheit und Minderheit) in den Fokus zu nehmen, vor diesem Hintergrund problematisiert werden muss. Die analytische Unterscheidung zwischen nationaler Mehrheit und ethnischer, nicht selten migrantischer Minderheit ist an und für sich bereits problematisch, weil sie unweigerlich der Proklamation von Fremdheit Vorschub leistet. Mit der expliziten oder impliziten Unterscheidung von ‚Eigenem' und ‚Fremdem' ist das sogenannte *Othering* angesprochen. „*Othering* meint, dass per kollektiv zugeschriebener kultureller Charakterisierung Individuen als anders, different dargestellt werden, und zwar unabhängig davon, ob sich diese Differenz tatsächlich in jedem einzelnen Fall nachweisen lässt."[31] Der Begriff bezeichnet damit ein Bias, das der Ethnologie schon seit ihren Anfängen inhärent ist und – obgleich es in der innerfachlichen Debatte heftig kritisiert wurde – noch immer erheblichen Einfluss auszuwirken scheint.[32] Migrant_innen, so bringt es etwa Paul A. Silverstein auf den Punkt, sind das neue „exotische Andere" der Ethnologie.[33]

Indem viele ethnologische Arbeiten sich im Kontext europäischer oder nordamerikanischer Gesellschaften auf das Verhältnis von ethnisch definierten – und zumeist auch stigmatisierten – Minderheiten zum sie dominierenden Staat konzentrieren, essentialisieren sie die binäre Logik vom (‚eigenen') Unterdrücker und den (‚fremden') Unterdrückten. Dieser Fokus erleichtert sicher auch die Verknüpfung von Wissenschaft und Aktivismus wie etwa bei Caroline B. Brettell und ihrer Analyse einer migrantischen Online-Community in den USA. Als teilnehmende Beobachterin partizipierte sie an den politischen Aktionen der Gruppe, indem sie u. a. Briefe an Kongressabgeordnete schrieb und Geld spendete.[34] Es ist fraglich, ob die Autorin sich für die Ambitionen einer identitätspolitischen (etwa rechtspopulistischen) Bewegung der gesellschaftlichen ‚Mehrheit' (sei diese nun ethnisch, rassistisch, religiös oder national definiert) in ähnlicher Weise eingesetzt hätte. Nichtsdestoweniger wäre auch die Erforschung solcher Gruppierungen für das umfassende Verständnis identitärer Dynamiken essentiell. Die Dichotomisierung von (‚eigener') Mehrheit und (‚fremder') Minderheit

---

31 Sökefeld 2004: 24 (Hervorhebung im Original).

32 Siehe hierzu u. a. Eriksen / Nielsen 2013: 179 f.; siehe außerdem Sökefelds kritische Auseinandersetzung mit dem Kulturkonzept und der Ethnologie als ‚Differenzwissenschaft' (Sökefeld 2004: 22–25).

33 Silverstein 2005: 365 (Meine Übersetzung).

34 Brettell 2008: 229.

klammert die gesellschaftliche Vielfältigkeit sowie die gesellschaftliche Vielstimmigkeit der nationalistischen Debatte weitgehend aus. Am Ende steht oft ein repressiv verstandenes staatlich-gesellschaftliches System einer um Emanzipation ringenden migrantischen (oder allgemeiner: ethnischen) Community gegenüber. Auch wenn dieses Bild in vielen Fällen sicher nicht ganz falsch ist, greift es doch letzten Endes zu kurz und verstellt den Blick für neue, andersgeartete Untersuchungsfragen.

Die (ansonsten sehr lesenswerte) Arbeit *Culturalist discourses on inclusion and exclusion: the Swiss citizenship debate* von Susanne Wessendorf bildet ein anschauliches Beispiel für die beschriebene Problematik. Darin untersucht die Autorin zwei antagonistische Diskurse um ein Schweizer Referendum für erleichterte Einbürgerungen in 2008. Insbesondere interessiert sich Wessendorf für die Formation der sogenannten *Secondo* Bewegung, eine Bewegung von jungen, gebildeten, ökonomisch erfolgreichen Angehörigen der zweiten Zuwanderndengeneration. Diese Secondo Bewegung ist laut Wessendorf der Gegenentwurf zu einem dominanten Anti-Einwanderungsdiskurs, der sich mit seinen wechselnden Formen der Kulturalisierung seit dem Zweiten Weltkrieg durch die schweizerische Debattenlandschaft zieht und in neuerer Zeit v. a. von der rechtspopulistischen SVP mobilisiert wird.[35] Das zentrale Ergebnis der Arbeit – nämlich die Erkenntnis, dass rechter Abwehrdiskurs und Secondo-Gegendiskurs sich gleichermaßen Varianten des Kulturalismus (oder Kulturfundamentalismus, siehe Abschn. 2.2 / 2.3 in der vorliegenden Arbeit) bzw. der Essentialisierung von Gruppenidentität bedienen – ist äußerst interessant und im Hinblick auf die hier vorgelegte Untersuchung auch durchaus anschlussfähig. Das Problem liegt weniger im Ergebnis als vielmehr in der Perspektive: Dadurch, dass die Analyse ihren Ausgangspunkt bei den opponierenden Akteurinnen der Debatte nimmt, entsteht der Eindruck, die Secondo Bewegung stehe als migrantische Initiative einer einigermaßen monolithischen Schweizer Mehrheitsgesellschaft gegenüber. Diese Mehrheitsgesellschaft erscheint als mehr oder minder passiver Spielball der widerstreitenden Diskurse: Auf der einen Seite der emanzipatorische Minderheitendiskurs, vertreten durch die Secondos, auf der anderen Seite der xenophobe (Mehrheits-)Diskurs, repräsentiert durch die Kampagnen rechter Parteien und die essentialistischen Darstellungen etablierter Massenmedien. So schließt Wessendorf die Beschreibung ihrer Untersuchungsergebnisse mit folgenden Worten ab:

[35] Wessendorf 2008.

> „*Unfortunately*, the positive picture painted by the secondos, which temporarily reached a larger public and contributed to a more positive image of the second generation, by 2006 has once again been crushed by populist right-wing discourses which ascribe the increasing violence among youngsters in Switzerland to people of ex-Yugoslavian origin.“[36]

Die analytische Gegenüberstellung von Mehrheit und Minderheit (mit tendenzieller Parteinahme für die Minderheit) hat, das konnte gezeigt werden, einige Tradition in der Ethnologie. Die komplexe Gesellschaft eines modernen Nationalstaats lässt sich jedoch nicht so leicht in Mehrheiten und Minderheiten aufgliedern. Wahrnehmungen von (legitimer) Zugehörigkeit und (oftmals gradueller) Fremdheit machen sich, wie im Verlauf dieser Arbeit noch vielfach deutlich werden wird, nicht allein an der Staatsangehörigkeit und auch nur sehr bedingt an Faktoren wie Kultur oder Abstammung fest. Wer zur Mehrheit gehört und wer zur Minderheit, wer Teil der Nation ist, wer dies nicht ist und wer es unter Umständen werden darf ist letzten Endes das fluide und vielfach situative Ergebnis eines fortwährenden gesamtgesellschaftlichen Definitionsprozesses. Vor diesem Hintergrund darf die ethnologische Nationalismusforschung nicht bei der binären Logik von Eigenem und Fremdem stehen bleiben, sondern muss ihren Blick auf die Gesellschaft als Ganzes richten. Sie muss nach der vielstimmigen Aushandlung von Nation in der allgemeinen, öffentlichen Debatte fragen sowie nach den nationalistischen Diskursen, die in dieser Debatte Dominanz beanspruchen – und zwar unabhängig davon, wer sie jeweils produziert. Es ist das sich Herausschälen der Diskurse aus den kollektiven Wissenssphären der Gesellschaft, die wechselseitige Interaktion in einem gemeinsamen Diskursfeld und der diskursive Kampf um die Definition von Nation, der im Fokus des wissenschaftlichen Interesses stehen muss.[37]

Will man die beschriebene perspektivische Verzerrung vermeiden, hilft es nicht, den Blickwinkel einfach umzukehren, wie es etwa die weiter oben zitierte Flavia Stanley tut, indem sie dem Blick der gesellschaftlichen ‚Mehrheit‘ auf die zuwandernde ‚Minderheit‘ Rechnung trägt. Eine solche Umkehrung der Perspektive ist zweifellos ein wichtiger Schritt hin zu einem umfassenderen Verständnis des Phänomens Nationalismus in der Ethnologie. Die vorliegende Arbeit gründet jedoch auf der Überzeugung, dass die Perspektive weniger umgekehrt, denn

[36] Wessendorf 2008: 197 (Meine Hervorhebung).

[37] …und dies bemerkenswerterweise in Arbeiten zu außereuropäischen Ländern (etwa zu afrikanischen Staaten, siehe z. B. Lentz 2013 oder Ceuppens / Geschiere 2005, wobei sich letztere kontrastierend auch mit Flandern befassen) auch in viel stärkerem Maße tut.

vielmehr radikal erweitert werden sollte. Statt von den (vermeintlich) relevanten Akteur_innen und Diskursen auf die weitere gesellschaftliche Debatte zu schließen, sollten die relevanten Akteur_innen und Diskurse ihrerseits aus der Debatte selbst erschlossen werden. Ein solches Unterfangen lässt sich nicht allein anhand der ethnographischen Analyse einzelner, separierbarer Kontexte realisieren wie sie in der Ethnologie nach wie vor beliebt ist. Die Untersuchung politischer Rituale[38] sowie die Untersuchung abgrenzbarer Personengruppen[39] sind ein wichtiger Ankerpunkt der innerfachlichen Debatte um Staat und Nation. Sie bilden jedoch nur einen von vielen denkbaren Bausteinen im tragenden Gerüst einer ethnologisch ausgerichteten Nationalismusforschung. Die hier vorliegende Arbeit bietet einen Weiteren an.

Ethnologische Forschungen haben in der Vergangenheit durch ihren ethnographischen Zugang einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, das Wirken und die Entstehung von Diskursen in lokalen Kontexten näher zu beleuchten und zu erklären. Viele Ethnolog_innen sehen gerade hierin die zentrale Aufgabe ihrer Disziplin.[40] Im Laufe der Zeit haben manche Vertreter_innen des Faches die analytische Mikroebene jedoch auch sehr erfolgreich verlassen und sich ihrerseits einer makroperspektivischen Betrachtung zugewandt. Als Beispiel kann hier u. a. das Werk *Naturalizing Mexican Immigrants* von Martha Menchaca genannt werden, welches einen historischen Ansatz verfolgt, um die Einbürgerungsgeschichte mexikanischer Migrant_innen in Texas nachzuzeichnen.[41] Damit steht die Autorin in der Tradition Eric Wolfs, der ebenfalls die Bedeutung eines geschichtsbewussten Zugangs herausgestrichen hat, für das Verständnis globaler Machtbeziehungen und ihren Einfluss auf isoliert erscheinende kulturelle Phänomene.[42] Die Suche nach verborgenen Hegemonien, Ideologien und Hierarchien ist nicht nur eine wesentliche Triebfeder dafür, dass historische Verstrickung und globale Vernetzung immer stärkeren Eingang in die ethnologische Forschung gefunden haben, sie ist außerdem auch mitursächlich für die hohe Konjunktur des *Diskursbegriffs* in neueren ethnologischen Arbeiten. So unterzieht z. B. Arturo

[38] Z. B. Verkaaiks Arbeit zur Konzeption von Einbürgerungsfeiern durch niederländische Behördenmitarbeitende (Verkaaik 2020) oder die oben erwähnte Arbeit von Lentz zu nationalen Festakten (Lentz 2013).

[39] Z. B. Mitarbeitende staatlicher Behörden wie bei Verkaaik (2010) oder migrantische Communities, etwa in Reed-Danahays Arbeit zur Position und Positionierung vietnamesischstämmiger US-Amerikaner_innen zwischen ethnischer Fremdheit und nationaler Zugehörigkeit (Danahay 2008).

[40] Siehe u. a. Eriksen 2002: 1, Eriksen 2010: ix und Verkaaik 2010.

[41] Menchaca 2011: 1

[42] Menchaca 2011: 2; siehe auch Wolf 2010.

Escobar in seinem Werk *Encountering Development* den internationalen Entwicklungsdiskurs einer hegemoniekritischen Betrachtung,[43] Paul A. Silverstein entwirft in seinem Artikel *Immigrant Racialization and the New Savage Slot: Race, Migration, and Immigration in the New Europe* eine Genealogie der Konzeptionalisierung von Zuwandernden in wissenschaftlichen Diskursen[44], und Charles L. Briggs ergründet mit seinem Konzept der *Communicability* das Zusammentreffen sozialer Konstruktionen von ‚Rasse' und Krankheit.[45]

Es ist ein Problem vieler ethnologischer Arbeiten, die sich aus dem Repertoire der interdisziplinären Diskursforschung bedienen, dass ihnen die diskurstheoretische Tiefe und infolgedessen auch die methodische Transparenz fehlt, um wirklich als vollwertige Diskursanalysen gelten zu können. Sie arbeiten mit dem Diskursbegriff – der oft weitgehend undefiniert bleibt (etwa bei Escobar oder Silverstein) – ohne dabei systematische Ansätze eines robusten diskursanalytischen Vorgehens zu entwerfen. Linguistisch fokussierte, an der angloamerikanischen *Discourse Analysis* und der *Critical Discourse Analysis* orientierte Ansätze wie derjenige Charles L. Briggs' sind von diesem Kritikpunkt ausgenommen. Diesen Zugängen, die zumeist in der *Linguistic Anthropology* beheimatet sind, liegt in der Regel ein solides theoretisches Fundament zugrunde – die Arbeiten von Peter Mühlhäusler und Adrian Peace zu Umweltdiskursen und von James M. Wilce zu medizinischem Diskurs illustrieren diesen Umstand anschaulich[46] – allerdings sind diese Ansätze perspektivisch auf die Analyse von Sprache und Sprachgebrauch bzw. auf Fragen der Ideologiekritik verengt und für das breite Spektrum potenzieller ethnologischer Fragestellungen daher nicht uneingeschränkt geeignet.[47] Eine methodische Verquickung von Ethnographie und Diskursanalyse, wie manche Forschungsdesigns sie entwerfen, birgt überdies häufig das Problem, dass der ethnographischen Betrachtung übermäßige Aufmerksamkeit gewidmet und der diskursanalytische Aspekt vernachlässigt wird – und zwar selbst dann, wenn Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit eine solche Gewichtung nicht rechtfertigen. Ein Beispiel bildet hier Jens Schneiders *Deutsch sein. Das Eigene, das Fremde und die Vergangenheit im Selbstbild des vereinten Deutschland* (2001), welches der obenstehenden Liste der ethnologischen Identitäts- und Nationalismusforschung in und über Deutschland noch an prominenter Stelle hinzuzufügen ist. Ausgehend von der Tatsache nationalistisch motivierter (und in diesem Sinne

43 Escobar 2012.

44 Silverstein 2005.

45 Briggs 2005.

46 Mühlhäusler / Peace 2006, Wilce 2009a.

47 Siehe hierzu Abschn. 2.4 in der vorliegenden Arbeit.

symbolischer) Gewalttaten gegen „Ausländer“ setzt der Autor sich das Ziel, das diskursive Referenzsystem zu identifizieren, welches „gesellschaftliche Rede und symbolische Handlungen“ in den sinnstiftenden Kontext nationaler Identität stellt.[48] Gemeint ist „die Beschreibung des spezifischen Moments der Konstruktion bzw. Imagination der ‚Gemeinschaft der Deutschen'“, welches sich in symbolischen Handlungen (wie etwa den kriminellen Gewaltakten), vor allem aber im „nationalen Diskurs“, als „*grundlegendere[r]* Form der Konstruktion“, manifestiert.[49]

Schneiders Untersuchung weist in ihrer Zielsetzung starke Ähnlichkeit mit der hier vorgelegten Arbeit auf, geht jedoch einen radikal anderen Weg, indem sie den nationalen Diskurs nicht aus der öffentlichen Arena als solcher sondern anhand von Interviews mit 35 „Diskurseliten“ herausarbeiten will.[50] Als Diskurseliten wiederum begreift Schneider Personen, „die aktiv an der *Produktion öffentlicher Diskurse* beteiligt sind“.[51] Ausgewählt wurden in Berlin ansässige Angehörige der sogenannten ‚Babyboomer-Generation' aus den gesellschaftlichen Sphären „Politik, Medien und Kultur“.[52] Sowohl die Zielgruppe als auch die zentralen Variablen der Analyse wurden dabei anhand von theoretischen Vorannahmen über den nationalen Diskurs bzw. dessen Produzent_innen und Publika identifiziert. Einzelne diskursive Ereignisse sowie demographische und historische Konstellationen wurden – u. a. basierend auf den Vorarbeiten von Lowie, Forsythe und Borneman – als prägendes Moment angenommen und insofern der Analyse vorausgestellt.[53] Während der ethnographische Teil der Arbeit prominent und umfänglich sowohl methodisch als auch inhaltlich ausgeführt wird, steht die eigentliche Betrachtung des massenmedial vermittelten Diskurses dagegen relativ knapp und methodisch kaum ausformuliert am Ende. Sie dient, so scheint es, v. a. der Kontextualisierung der Interviewdaten.[54]

Jens Schneider orientiert sein methodisches Vorgehen u. a. am Zugang der Critical Discourse Analysis, wie sie in Abschnitt 2.4 der vorliegenden Arbeit vorgestellt wird, sowie an der Interpretativen Ethnologie nach Clifford Geertz, auf die ihrerseits in Abschnitt 2.3 noch näher eingegangen werden soll.[55] In beiden

[48] Schneider 2001: 89.
[49] Schneider 2001: 90 (Hervorhebung im Original).
[50] Schneider 2001: 100.
[51] Schneider 2001: 100 (Hervorhebung im Original).
[52] Schneider 2001: 100 (Hervorhebung im Original).
[53] Schneider 2001: 89–92 sowie 100–112.
[54] Siehe Schneider 2001: 276–335.
[55] Schneider 2001: 118–122.

Teilkapiteln werden auch jeweils die spezifischen Probleme dieser Ansätze anzusprechen sein. Überdies wird anhand der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit noch ersichtlich werden, dass ein kollektives Referenzsystem auf der gesellschaftlichen Makroebene unter keinen Umständen anhand von Interviews mit einer sehr kleinen Gruppe von Menschen erschlossen werden kann, die in sich auch noch recht homogen ist – wenigstens was das ungefähre Alter der Befragten, ihren Lebensmittelpunkt und ihre soziale Position in der Gesellschaft anbelangt. Schneider begründet die Relevanz der von ihm ausgewählten Zielgruppe u. a. mit ihrer Rolle als Diskursproduzent_innen in der öffentlichen Arena. Wie Abschnitt 5.1 dieser Arbeit jedoch noch anschaulich demonstrieren wird, ist die Zugehörigkeit zur Gruppe der Diskursproduzent_innen keinesfalls ein Garant dafür, dass das gesellschaftliche Bedeutungsgewebe – in all seiner Komplexität – aus den Aussagen dieser Personen auch unproblematisch und unverzerrt als ‚kultureller Text' im Geertz'schen Sinne abgelesen werden kann.[56] Hier gilt – wenn auch in leicht abgewandelter Form – dieselbe Kritik, die weiter oben bereits ins Feld geführt wurde: Der Rückschluss von (nach welchen Kriterien auch immer) abgrenzbaren Gruppen auf gesamtgesellschaftliche Sinngebungsprozesse verengt die Perspektive und verzerrt die vielstimmige öffentliche Debatte entsprechend einer (mehr oder minder willkürlich) ausgewählten Forschungslinse. So kommt der Autor dann auch zu dem Schluss, dass die von ihm – im Anschluss an Borneman – eingenommene generationale Perspektive das wesentliche Moment sei, welches die Erfahrung des Nationalen auf jeweils spezifische Weise rahme.[57] Hier stellt sich die Frage, inwiefern ein bestimmter Betrachtungswinkel nicht auch von vornherein gewisse Ergebnisse diktiert und inwiefern ein veränderter Fokus (etwa auf soziale Schicht, Bildungsstand oder andere biographische Faktoren des individuellen Lebensweges) die gleichen – oder eben wohlmöglich auch gänzlich andere – Schlussfolgerungen nahelegen würde. Vor dem Hintergrund, dass Schneider nach einem übergeordneten nationalistischen Referenzsystem fragt und zur Beantwortung dieser Frage eine diskursanalytische Untersuchung anstrebt, ist nicht ersichtlich, warum er ethnographischen Methoden wie Interviews und Teilnehmender Beobachtung Vorrang gibt vor einem makroperspektivischen Ansatz

[56] Siehe Schneider 2001: 118–122; siehe außerdem Abschn. 2.3 und 5.1 der vorliegenden Arbeit.

[57] Schneider 2011: 337.

der Diskursanalyse, welcher das zu untersuchende „Formationssystem“[58] systematisch aus der öffentlichen Debatte herausarbeitet und dabei die oben genannten Probleme leicht hätte vermeiden können.

Schneider gibt an, dass seine flankierende Feldforschung hauptsächlich zur Kontextualisierung der Interviews gedient habe und deshalb „in die weitere Analyse nicht unmittelbar eingeflossen“ sei.[59] Er bedauert, dass „diese Studie ihren spezifisch ethnologischen Charakter damit weitgehend aufgibt“.[60] *Ethnologie* wird hier mit *Ethnographie* gleichgesetzt – eine Einschätzung, die viele Ethnolog_innen im Wesentlichen teilen. Gemeinhin gilt der Charakter der Ethnologie als untrennbar ethnographisch. Angesichts ihrer theoretischen Errungenschaften, ihres vielfältigen und ständig in Entwicklung befindlichen methodischen Repertoires und ihrer Expertise in Themenfeldern von enormer gesellschaftlicher (sowie globaler) Relevanz steht jedoch außer Zweifel, dass die Ethnologie Fragen zu stellen vermag, die über die Möglichkeiten einer (alleinigen) ethnographischen Bearbeitung weit hinausreichen. Zu klären bleibt, ob unsere Disziplin sich durch (ggf. auch überkommene?) Vorstellungen von Fächergrenzen und Zuständigkeitsbereichen davon abhalten lassen sollte, diese Fragen zu stellen oder aber sich andersherum dazu verleiten lassen darf, sie mit Mitteln zu beantworten, die zwar ihrerseits dem sozial konstruierten Referenzsystem ‚Ethnologie‘ entsprechen, jedoch für die Erreichung ihrer Ziele offensichtlich nicht ideal sind. Die umfassende Erforschung nationaler, ethnischer oder anderer identitärer Ideologien[61] sowie die Herausarbeitung dieser Ideologien aus dem multivokalen Sinngebungsprozess erfordert – insbesondere in den komplexen, massenmedial strukturierten Gesellschaften der heutigen Zeit – einen (bezogen auf klassische Ethnographie) deutlich innovativeren Ansatz.[62] Ein diskursanalytischer, auch und gerade makroperspektivischer Zugang ist für diese Art der Untersuchung in besonderem Maße geeignet. Er sollte sich nicht hinter Vorstellungen davon, was Ethnologie sein darf und was nicht, verstecken müssen.

---

[58] Schneider 2001: 89 (im Anschluss an Foucault – siehe hierzu Abschn. 2.4 der vorliegenden Arbeit).

[59] Schneider 2001: 117.

[60] Schneider 2001: 117.

[61] *Ideologien* werden hier im allgemeinen und wertfreien Sinne als ‚Glaubenssysteme‘ begriffen. Für eine differenziertere Definition siehe Bailey / Gayle 2008.

[62] Womit keinesfalls gesagt sein soll, dass die Ethnographie an und für sich überholt wäre. Der Wert von ethnographischen respektive diskursanalytischen Methoden bemisst sich an ihrem Vermögen, Fragen zu beantworten und gesteckte Ziele zu erreichen. Das methodische Repertoire muss – in welcher Zusammensetzung und Gewichtung auch immer – dem jeweiligen Forschungsinteresse angemessen sein.

Die vorliegende Arbeit will ihren Beitrag leisten zu einer neuerlichen Erweiterung der ethnologischen Perspektive in diskursanalytischer Richtung – v. a. (aber nicht ausschließlich) im Forschungsfeld Nation und Nationalismus. Aus diesem Grund hat sie es sich zum Ziel gesetzt, einen theoretisch fundierten Ansatz der ethnologischen Diskursanalyse – oder vielmehr der *Diskursethnologie* – zu entwerfen und für die breite Anwendung nutzbar zu machen. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, wird es an mancher Stelle erforderlich sein, tiefer in die theoretischen Grundlagen vorzudringen, als dies für die Beantwortung der inhaltlichen Fragestellung allein notwendig wäre. Insbesondere ist es geboten, Erkenntnisse aus anderen Disziplinen – die sich ihrerseits schon deutlich länger und intensiver mit diskursanalytischen (wie auch mit nationalismustheoretischen) Überlegungen befassen – an prominenter Stelle in die Betrachtung miteinzubeziehen. Ihre Herangehensweisen sollen systematisch erschlossen, aus ethnologischer Perspektive beurteilt und für die ethnologische Arbeit verwertbar gemacht werden. Am Ende dieses Prozesses wird der Entwurf eines fundierten, theoretisch-methodischen Forschungsprogrammes stehen, welches am Beispiel der hier zu untersuchenden Fragestellung exemplarisch zum Einsatz kommt. Da Ansatz und Inhalt in zwingender Wechselwirkung stehen und die empirische Zielsetzung nicht hinter der theoretischen zurückbleiben darf, ist es allerdings zunächst erforderlich, das inhaltliche Forschungsinteresse genauer abzustecken. Was also ist konkret gemeint, wenn in dieser Arbeit nach der diskursiven Definition von *Deutscher Nation* in der deutschen Gesellschaft gefragt wird? Eine erste, vorläufige Antwort gibt die nun folgende Einführung.

1.2 Einführung: Deutschland – eine Kulturnation?

Im Jahr 1908 prägte der deutsche Historiker Friedrich Meinecke zwei analytische Kategorien für die Klassifizierung moderner Nationen – *Kulturnation* und *Staatsnation*…

> „…solche, die vorzugsweise auf einem […] gemeinsam erlebten Kulturbesitz beruhen, und solche, die auf der vereinigenden Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung vor allem beruhen“.[63]

Meinecke zufolge bildet die Schweiz eine *Staatsnation*, innerhalb derer mehrere *Kulturnationen* miteinander koexistieren. Im Gegensatz dazu zeige „das Beispiel

[63] Meinecke 1908: 2 f.

der großen deutschen Nation“ eine *Kulturnation*, die sich in der Vergangenheit auf mehrere *Staatsnationen* aufgespalten habe.[64]

Die kulturelle Homogenität, die Meinecke für seinen Entwurf der *deutschen Nation* proklamiert, ist aus ethnologischer Sicht überaus kritisch zu beurteilen. Wie an späterer Stelle noch zu demonstrieren sein wird, ist das Verhältnis zwischen *Kultur* und *Ethnizität* von komplexer und selten eindeutiger Natur. Es beruht auf der *selektiven Wahrnehmung* und der *selektiven Betonung* von Homogenität, nicht auf Homogenität als solcher.[65] Gleiches gilt in vielleicht noch stärkerem Maße für das Verhältnis zwischen *Kultur* und *Nation* – v. a. wenn man der einflussreichen These Benedict Andersons folgt, dass nationale Gemeinschaften sich durch die kollektive Imagination ihrer Mitglieder konstituieren,[66] sowie der nicht minder einflussreichen These Eric Hobsbawms, dass Nationen in einem kontinuierlichen Prozess ihre eigenen (kulturellen) Traditionen erfinden.[67]

Meineckes Theoriegebilde wird vor dem historischen Hintergrund seiner Entstehung einerseits erklärbar, andererseits umso problematischer. Tatsächlich war das Deutsche Kaiserreich von 1871, zu dessen Ende hin Meinecke sein Werk verfasste, ein föderativer Bundesstaat, bestehend aus verschiedenen Teilstaaten mit je eigener Staatsangehörigkeit (sowie verschiedensten religiösen, sprachlichen und ethnischen Bevölkerungsanteilen). Eine gemeinsame deutsche (Bundes-) Staatsangehörigkeit gab es zwar bereits seit 1870, diese wurde jedoch bis in die 1930er Jahre hinein über die Staatsangehörigkeiten der einzelnen Teilstaaten vermittelt. Nur wer also die Staatsangehörigkeit eines Teilstaates innehatte, konnte in der Regel auch die gemeinsame Staatsangehörigkeit des Bundes besitzen.[68] Die *Gleichschaltung* der unterschiedlichen Teilstaatsangehörigkeiten zu einer einzigen, unteilbaren Staats- bzw. Reichsangehörigkeit erfolgte erst 1934 durch ein Dekret der Nationalsozialisten.[69]

Vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs, zur Zeit des Deutschen Bundes von 1815, war das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland (zuzüglich weiterer Gebiete, so z. B. der östlichen Provinzen Preußens sowie Teilen

64 Meinecke 1908: 3

65 Siehe hierzu u. a. Barth 1969: 75–82 und Eriksen 2002: 56 ff.

66 Anderson 2006.

67 Hobsbawm 2013.

68 Gosewinkel 2003: 165 ff, 186–190. Eine Ausnahme bildeten die nach dem militärischen Sieg über Frankreich 1870/71 annektierten *Reichslande* Elsass und Lothringen, die aufgrund ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung direkt dem Kanzler des Deutschen Reiches unterstellt und deren Einwohner damit zu unmittelbaren *Reichsbürgern* erklärt wurden. (Siehe hierzu Gosewinkel 2003: 176).

69 Gosewinkel 2003: 382.

des Habsburger Reichs) in ein lockeres Bündnis eigenständiger Territorialstaaten gegliedert, die einander wechselseitig als *Ausland* betrachteten. Die Entstehung eines modernen deutschen Nationalstaats war letztlich die Folge eines langwierigen und von wiederholten Aushandlungskämpfen gezeichneten Nationalisierungsprozesses.[70] Anders als in anderen europäischen Ländern, wie z. B. in Frankreich, wo ein bereits existierender Territorialstaat die Grundlage für das wachsende Nationalgefühl bildete, waren es im deutschen Fall v. a. nationalistische Kräfte aus der Bevölkerung, welche umgekehrt die Gründung eines gemeinsamen Staates vorantrieben.[71] Diesen besonderen historischen Umstand nimmt Meinecke als Ausgangspunkt für seine Behauptung von der (natürlich gewachsenen) deutschen Kulturnation, wobei er Hinweise auf kulturelle, ethnische, linguistische sowie religiöse Vielfalt vollkommen außer Acht lässt.[72] In Relation dazu folgert Rogers Brubaker:

> „Da sich bereits vor Entstehen des Nationalstaates ein Nationalgefühl herausgebildet hatte, war das deutsche Verständnis von Nation ursprünglich weder politisch noch an die abstrakte Idee der Staatsangehörigkeit gebunden. Diese prä-politische deutsche Nation, diese Nation auf der Suche nach einem Staat, wurde nicht als Träger universaler politischer Werte begriffen, sondern als eine organisch kulturelle, sprachliche oder rassische Gemeinschaft – als eine irreduzible besondere *Volksgemeinschaft.* In diesem Sinne ist Nationalität eine ethnisch-kulturelle, keine politische Tatsache.“[73]

In seiner Unterscheidung zwischen einer *staatszentrierten* französischen Nation, deren Fokus auf politischer Gemeinschaft und politischen Werten liegt, und einer *volkszentrierten* deutschen Nation, die sich durch Abstammung und kulturelle Gemeinsamkeit definiert, greift Brubaker die prototypische Zweiteilung Meineckes in *Staats-* und *Kulturnation* wieder auf – mit dem wesentlichen Unterschied allerdings, dass er *wahrgenommene* und nicht *tatsächliche* kulturelle Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt.[74] Verschiedene *kulturelle Idiome*, das heißt verschiedene kollektive Muster oder Konventionen „über das Nationale nachzudenken und zu sprechen“ – nämlich in Frankreich eher staatszentriert und in Deutschland eher ethnisch-kulturell – ziehen sich Brubaker zufolge als historische Konstanten durch die Entwicklungsgeschichte dieser

[70] Siehe hierzu ausführlich Gosewinkel 2003.

[71] Brubaker 1994: 27 f.

[72] Siehe hierzu auch Elwert 2001.

[73] Brubaker 1994: 24 (Hervorhebung im Original).

[74] Brubaker 1994: 24.

beiden Länder.[75] Sie prägen politische Entscheidungen, Debatten und Interessenlagen und begründen dadurch für Frankreich ein *staatsnationales* sowie für Deutschland ein *ethnonationales* Verständnis von Staat und Gesellschaft.[76]

Brubakers plakative Kontrastierung ist in Literatur und Öffentlichkeit weitreichend rezipiert, allerdings auch von verschiedener Seite her kritisiert worden. Dabei sind sowohl die historische Kontinuität als auch die relative Homogenität hinterfragt worden, die er den kulturellen Idiomen und ihren realpolitischen Auswirkungen in Bezug auf Deutschland zuschreibt.[77] Diese Kritik ist durchaus berechtigt, zumal Brubaker seinen Blick nahezu ausschließlich auf die diskursive Positionierung politischer Eliten richtet.[78] Nicht zuletzt auch die in der vorangegangenen Vorbemerkung bereits erwähnte ethnographische Erhebung von Diana Forsythe lässt gewisse Zweifel an seiner These aufkommen. So untersucht Forsythe Konzeptionen von ‚Deutscher Identität' in der BRD der 1970er und 1980er Jahre und deckt dabei ein komplexes taxonomisches Kontinuum an Kategorien des Ein- und Ausschlusses auf, des Deutschseins und Nicht-Deutschseins mit diversen Formen der Zugehörigkeit und Graden des Fremdseins. Sie unterscheidet im Wesentlichen sechs ethnonational anmutende Kategorien des Deutschseins – von eindeutig Deutschstämmigen in BRD und DDR sowie ‚Restdeutschen' in den ehemals deutschen Gebieten des ‚Ostblocks' über bundesdeutsche Ausgewanderte in anderen Ländern bis hin zu deutschstämmigen und/oder deutschsprachigen Menschen fremder Nationalität (z. B. in der Schweiz und Österreich). Sie differenziert des Weiteren zwischen verschiedenen Typen von ‚Ausländer_innen', wobei insbesondere muslimische sowie jüdische Menschen und People of Color den äußersten Rand der Fremdheitsskala bilden, während weiße, christliche Europäer_innen oder US-Amerikaner_innen eine ambivalente Position zwischen Deutschen und ‚echten' Ausländer_innen einnehmen.[79] Die ethnonationale Identifikation und die damit eng verzahnten diffusionistischen Vorstellungen von

[75] Brubaker 1994: 41.

[76] Brubaker 1994: 41.

[77] Siehe hierzu u. a. Hagedorn 2001 und Gosewinkel 1994: 17 ff; siehe außerdem Trevisiol 2004: 42 ff und 64 ff.

[78] Hier wird wiederum das bereits in der Vorbemerkung angesprochene Problem deutlich, das sich unweigerlich ergibt, wenn man den analytischen Blick vorschnell auf bestimmte Akteur_innen verengt und von deren Betrachtung aus Rückschlüsse auf die weitere Gesellschaft zu ziehen versucht.

[79] Forsythe 2016: 143–151; siehe außerdem Schneider 2001: 77–80.

Kultur[80] werden, so Forsythe, flankiert (und das ist essentiell) von z. T. diametralen Bewertungen des *Deutschseins* als solchem. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Identifikation der Deutschen mit ihrem Staat, ihrer Nation und ihrer Geschichte zutiefst fragil und zutiefst gespalten sei. Während nämlich manche Deutsche sich in klassischer (ethnonationaler) Abgrenzung zu den genannten Typen von Fremden definieren und deutsche Identität dabei positiv überhöhen, verwehren sich andere jedweder Identifikation mit einem wie auch immer gearteten Deutschsein, weil eben dieses Deutschsein unauflöslich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verquickt scheint. *Deutschsein* wird hier mit *Nationalismus* und Nationalismus seinerseits mit *Nationalsozialismus* assoziiert und damit als Makel empfunden:[81]

> „…it leads them to deny that they are German: in dissociating themselves from the Nazi past, they reject their own German identity as well. Asked whether they feel German, these individuals tend to say no."[82]

Viele Deutsche, so Forsythe, lehnen die nationale Identifikation zu Gunsten einer Identifikation mit der regionalen Ebene einerseits und der europäischen Ebene andererseits ab. Ein legitimes Deutschsein ist für sie auf die politische Zugehörigkeit zum deutschen Staat sowie auf die gemeinsame sprachliche Basis beschränkt. Zugleich negieren sie aber jeglichen Einfluss, den diese Faktoren (etwa auch im staatsnationalen Sinne) auf ihre persönliche Identität haben könnten.[83] Ihre Identifikation weist damit eher transnationale bzw. postnationale oder aber lokalpatriotische Züge auf und fällt gänzlich aus der Dichotomie von staatsnational und ethnonational heraus.

Forsythes Untersuchung stammt aus einer Zeit, in der Deutschland noch geteilt und seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gerade 30 bis 40 Jahre vergangen waren. Trotz aller (durchaus berechtigten) Einwände gegen Brubaker stellt sich daher angesichts der neuesten sozio-politischen Entwicklungen während und nach der sogenannten ‚*Flüchtlingskrise*' von 2015 und insbesondere angesichts des allgemeinen Erstarkens rechtspopulistischer Bewegungen, Medien und Parteien in wachsendem Maße die Frage, wie sich die deutsche Gesellschaft (auch und gerade jenseits der politischen Entscheidungsebene) innerhalb (und außerhalb)

---

[80] Zum Begriff des Diffusionismus in der Ethnologie siehe Abschn. 2.3 der vorliegenden Arbeit; zum Thema ‚Taxonomien von Fremdheit' siehe überdies Abschn. 2.2

[81] Forsythe 2016: 151 ff.

[82] Forsythe 2016: 153.

[83] Forsythe 2016: 153.

der Dichotomie von staatsnationalem und ethnonationalem Selbstverständnis verortet.[84]

Bei der Bundestagswahl im September 2017 hat die *Alternative für Deutschland* 12,6 % der Stimmen für sich gewinnen können und wurde damit zur drittstärksten Kraft im deutschen Bundestag.[85] In ihrem Wahlprogramm vertrat sie ein ethnisch orientiertes Konzept von Nation, demzufolge gemeinsame kulturelle Wurzeln nicht nur einen souveränen Staat bedingen, sondern seine Existenz sogar geradezu einfordern:

> „Kulturen, Sprachen und nationale Identitäten sind durch Jahrhunderte dauernde geschichtliche Entwicklungen entstanden. Sie stellen für ihre Angehörigen unverzichtbare Identifikationsräume dar, die nur in nationalen Staaten mit demokratischer Verfassung wirkungsvoll ausgestaltet werden können."[86]

In der Sonntagsfrage von Infratest dimap erzielte die AFD am 21.09.2018 beachtliche 18 % der Stimmen.[87] Bei der letzten Landtagswahl in Sachsen (2019) erreichte sie sogar 27,5 %.[88] Zieht man diese jüngsten Erfolge in Betracht, so könnte man sich in der Tat zu der Annahme hinreißen lassen, dass die von der AFD beworbene ethnonationale Ideologie für einen beträchtlichen Anteil der deutschen Bevölkerung repräsentativ ist. Um jedoch nicht den gleichen Fehler wie Brubaker (und andere) zu machen und die gesellschaftliche Vielstimmigkeit vorzeitig auf einen vorgefassten (Eliten-)Diskurs zu reduzieren, unterlässt die vorliegende Arbeit einen solchen Kurzschluss und fragt stattdessen offen:

> Wie wird *Deutsche Nation* in der öffentlichen Debatte definiert? Gibt es dominante *nationalistische Ideologien* – das heißt (im wertfreien Sinne) *kollektive Wissensregime*, welche die identifikative Bedeutung von *Staat* und *Nation* propagieren – und wenn ja, welcher Art sind diese?

Im Kern geht es also darum zu erörtern, welches *Wissen* über Staat und Nation in der gesellschaftlichen Debatte zur Verfügung steht, welche Wissenssysteme sich gegen andere durchsetzen – also mit anderen Worten *Macht* ausüben – und mit welchen Mitteln sie dies jeweils tun. In diesem Kontext von Wissen und Macht wird es natürlich von besonderem Interesse sein zu prüfen, inwiefern das

---

[84] Zum Begriff des *Rechtspopulismus* siehe u. a. Sturm 2010: 887 ff.

[85] Bundeswahlleiter 2017.

[86] Alternative für Deutschland 2017.

[87] Infratest dimap 2020.

[88] Statista 2020.

von Meinecke (und der AFD) essentialisierte und von Brubaker dekonstruierte ethnisch-kulturelle Nationenkonzept repräsentativ ist für die Selbstimagination der deutschen Gesellschaft und / oder ob sich ggf. auch Hinweise auf eine (oder mehrere) staatsnationale Deutungslinien herauskristallisieren. Des Weiteren wird es wichtig sein, den Blick offen zu halten für andere kollektive Ideologien, die um den Komplex von Staat und Nation kreisen und nicht in die hier etablierte Dichotomie von staatsnational und ethnonational hineinpassen. So könnten selbstverständlich auch transnationale oder postnationale Perspektiven, gänzlich nicht-nationale (z. B. lokalpatriotische) Vorstellungen oder Mischformen zum Tragen kommen.

Die Frage nach dem Selbstverständnis einer Nation ist gerade deswegen hochgradig relevant, weil sie – je nachdem wie die Antwort ausfällt – grundlegende Weichen für deren soziale, kulturelle und politische Entwicklung stellt. Ob ein Staat ideologisch auf einem gemeinsamen politischen Konsens oder einem gemeinsamen ethnischen Ursprung aufbaut, hat reale lebenspraktische Konsequenzen. Eine solche Positionierung entscheidet maßgeblich darüber, welche gesellschaftlichen Kräfte, Ideen und Handlungsoptionen dem kollektiven Repertoire zur Verfügung stehen und sich langfristig gegen andere durchsetzen – insbesondere (aber nicht ausschließlich) in den Handlungsfeldern Migration, Integration und Nation(alismus).

Obwohl politische[89] Implikationen in dieser Arbeit durchaus eine entscheidende Rolle spielen, soll die politische Debatte (im Sinne einer Diskussion, die innerhalb politischer Institutionen wie dem Bundestag bzw. zwischen politischen Akteur_innen wie etwa Parteien geführt wird) explizit nicht im Fokus der Untersuchung stehen. Natürlich werden auch Äußerungen aus dem politischen Komplex für die Analyse bedeutsam sein, ihr Schwerpunkt liegt jedoch vielmehr auf der *öffentlichen Debatte*. Damit ist diejenige Debatte gemeint, die im öffentlichen Raum stattfindet, allgemein zugänglich ist und durch moderne

[89] Die Klärung des Politikbegriffs ist ein Unterfangen, das ganze Bücher füllt. Selbst unter Politikwissenschaftler_innen (genauso wie unter Politikethnolog_innen) gibt es keine einhellige Definition. Auch wenn in der ethnologischen Forschung für gewöhnlich ein weiter Politikbegriff zur Anwendung kommt, ist es im Kontext dieser Arbeit und der darin vollzogenen Abgrenzung zwischen Politik und Zivilgesellschaft am sinnvollsten, Politik im systemtheoretischen Sinne als die Sphäre institutionalisierten politischen Handelns zu fassen. Damit sind Institutionen, Prozesse und Inhalte gemeint, durch welche für die Gesellschaft „kollektiv verbindliche Entscheidungen gefällt werden“. (Schultze 2010b: 746, siehe auch Heidemann 2006).

Massenmedien (Presse, Fernsehen, Radio, Internet) vermittelt wird.[90] Die sich darin abzeichnenden *Diskurse* (hier vorerst vereinfachend gefasst als kollektive Praktiken der kulturellen Wissensproduktion) sind ihrer Definition nach *öffentliche Diskurse*. Sie stehen zwar ohne Zweifel mit institutionellen *Spezialdiskursen* (etwa aus der politischen Sphäre oder der Wissenschaft) in steter Wechselwirkung, sind jedoch keinesfalls mit diesen gleichzusetzen. Um die Frage danach zu beantworten, wie eine Nation sich selbst imaginiert, ist es nicht sinnvoll, den Blick (allein) auf institutionelle Spezialdiskurse zu lenken, die durch strenge Formationsregeln und mehr oder minder geschlossene Adressat_innenkreise von der Mehrheit der Bevölkerung abgeschottet sind.[91] Viel eher muss eine fundierte Antwort die ganze Bandbreite der Gesellschaft berücksichtigen. Öffentliche Diskurse hierfür als Ausgangspunkt zu nehmen ist die aussichtsreichste Herangehensweise. Da öffentliche Diskurse jedoch zumeist äußerst komplex, umfangreich und über diverse Arenen zersplittert sind, ist es für die Zwecke der hier vorliegenden Arbeit erforderlich, zunächst ein konkretes *Diskursfeld* abzustecken, innerhalb dessen die Dynamiken der Debatte exemplarisch betrachtet werden können.

Das identitäre Konzept der *Nation* ist (wenigstens in modernen Nationalstaaten) unweigerlich mit dem juristischen Konzept der *Staatsangehörigkeit* verwoben. Staat und Nation bedingen sich gegenseitig. Zugang zum einen setzt in der Regel Zugang zum anderen voraus bzw. wird von diesem her abgeleitet. Vor diesem Hintergrund ist Staatsangehörigkeit ein „mächtiges Instrument sozialer Schließung".[92] Der Begriff der *sozialen Schließung* geht auf Max Weber zurück, demzufolge „[soziale] Interaktion […] für alle Hinzukommenden offen oder geschlossen sein [kann]".[93] Weber schreibt:

---

[90] Über den Begriff der *allgemeinen Zugänglichkeit* lässt sich in diesem Zusammenhang sicherlich streiten, da natürlich nicht jede und jeder die Möglichkeit hat, sich in Zeitungen, Fernseh- oder Radiosendungen nach Belieben zu äußern. Auch im Hinblick auf das Internet gibt es gewisse Zugangsbeschränkungen, insofern man die nötigen technischen Voraussetzungen und Kenntnisse mitbringen muss, um diese Technologie für sich zu nutzen. Nichtsdestoweniger kann in der heutigen Zeit (im deutschen Kontext) davon ausgegangen werden, dass das Internet der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Ressource zur Verfügung steht. In diesem Sinne steht die öffentliche Sphäre in deutlichem Gegensatz zu einer geschlossenen Spezialsphäre wie der institutionalisierten Politik, in der nicht nur der Zugang als Sprecher_in, sondern zumeist auch das teilnehmende Publikum begrenzt ist.

[91] Zur Unterscheidung zwischen Spezialdiskursen und öffentlichen Diskursen siehe Keller 2011: 76, 228 f, 239.

[92] Brubaker 1994: 47.

[93] Brubaker 1994: 47.

> „Eine soziale Beziehung […] soll nach außen *‚offen'* heißen, wenn und insoweit die Teilnahme an dem an ihrem Sinngehalt orientierten gegenseitigen sozialen Handeln, welches sie konstituiert, nach ihren geltenden Ordnungen niemand verwehrt wird, der dazu tatsächlich in der Lage und geneigt ist. Dagegen nach außen *‚geschlossen'* dann, insoweit und in dem Grade, als ihr Sinngehalt oder ihre geltenden Ordnungen die Teilnahme ausschließen oder beschränken oder an Bedingungen knüpfen."[94]

Des Weiteren unterscheidet Weber verschiedene Formen, Grade und Motive der Schließung.[95]

Der moderne Nationalstaat basiert auf einer ganzen Reihe sozialer Schließungsmechanismen. So hat er beispielsweise territoriale Grenzen, innerhalb derer sich nur bestimmte Personen aufhalten oder frei bewegen dürfen. Sein allgemeines Wahlrecht ist insofern nicht allgemein, als dass es nur einer sehr spezifischen Gruppe von Menschen, nämlich den *Staatsbürger_innen* (und unter diesen auch nur den r*echtsmündigen* Staatsbürger_innen), zur Verfügung steht. Darüber hinaus steht auch der Militärdienst nicht jedem offen, wie die rezente Debatte über die Zulassung von Ausländer_innen zur deutschen Bundeswehr zeigt.[96]

Alle hier genannten Schließungsmechanismen basieren letztlich auf der zugrundeliegenden Institution der Staatsangehörigkeit. In dieser Hinsicht ist die wichtigste Form der sozialen Schließung in Nationalstaaten jene, die den Erwerb der Staatsangehörigkeit als solche regelt. Für alle diejenigen, welche die betreffende Staatsangehörigkeit nicht schon im Zuge ihrer Geburt erworben haben, ist dies in der Regel die *Einbürgerung*. Die Einbürgerung wiederum ist ihrerseits an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und nicht jedem beliebig zugänglich.[97] In diesem Sinne fungiert sie gleichermaßen als „Instrument und Gegenstand der Schließung".[98]

Im Angesicht der Globalisierung und dem zunehmenden Bedeutungsgewinn transnationaler Normen – wie v. a. den universellen Menschenrechten, die nicht an die Zugehörigkeit zu einem spezifischen Nationalstaat geknüpft sind – hat Staatsangehörigkeit, zumindest aus völkerrechtlicher Perspektive, an Relevanz verloren.[99] Nichtsdestoweniger garantiert ihr Besitz eine ganze Reihe an Rechten und Freiheiten, die sonst kein anderer juristischer Status gewähren kann. So

---

[94] Weber 1980: 23 (Hervorhebung im Original).

[95] Weber 1980: 23 ff.

[96] Brubaker 1994: 47; zur Frage der Zulassung von Ausländer_innen zur deutschen Bundeswehr siehe u. a. Deutscher Bundestag 2016.

[97] Brubaker 1994: 47.

[98] Brubaker 1994: 48.

[99] Hagedorn 2001: 21.

verleiht die deutsche Staatsangehörigkeit beispielsweise das „uneingeschränkte Recht auf Einreise und Aufenthalt“ und gebietet damit zugleich auch „das Verbot von Ausweisung, Abschiebung und Auslieferung“ also das Recht auf Freizügigkeit und Schutz durch den Staat.[100] Weiterhin ist „die Staatsangehörigkeit […] Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Berufsfreiheit, das den gleichberechtigten und in der Regel uneingeschränkten Zugang zu jeder Erwerbstätigkeit im Staatsgebiet gewährleistet“.[101] Zwar sind Ausländer_innen – insbesondere EU-Ausländer_innen – den deutschen Staatsangehörigen diesbezüglich in weiten Teilen gleichgestellt, aber von „bestimmten Berufen, z. B. im öffentlichen Dienst, sind viele von ihnen nach wie vor ausgeschlossen“.[102] Die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglicht überdies einen erwerbsunabhängigen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen und nicht zuletzt auch das Recht auf politische Beteiligung in passiver (Wahlen) und aktiver Form (politisches Amt).[103] Auch wenn sich die jeweiligen Rechtstellungen von Staatsangehörigen und Ausländer_innen mit gesichertem Aufenthaltstitel einander über die Jahre hinweg immer weiter angenähert haben, ist und bleibt gerade das zentrale Moment der (institutionalisierten) demokratischen Willensbildung ausschließlich den Staatsangehörigen vorbehalten.[104]

Der Einbürgerung kommt als Grenzübertritt eine besondere Bedeutung zu, nicht nur weil sie das juristische Verhältnis zum Staat neu ordnet und den Übertretenden (als nunmehr Staatsangehörigen) gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. In einem Nationalstaat wie der Bundesrepublik Deutschland begründet sie zugleich auch die offizielle Zugehörigkeit zur imaginierten Gemeinschaft der Nation. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass etwaige nationalistische Vorstellungen ihren Niederschlag gerade auch in der Einbürgerungspolitik bzw. in der Einbürgerungspraxis des betreffenden Staates finden. Sie finden ihren Niederschlag überdies in den öffentlichen Debatten, die an Einbürgerungspolitik und Einbürgerungspraxis anknüpfen. Insofern sind Debatten um Einbürgerung ein ideales Anschauungsbeispiel für die Erforschung eines (wie auch immer gearteten) kollektiven Nationalbewusstseins in öffentlichen Arenen.

Deutschlands Einbürgerungszahlen fallen (im Kontrast zu den Statistiken vieler anderer Länder Europas und Nordamerikas) vergleichsweise niedrig aus.[105]

---

[100] Hagedorn 2001: 22.

[101] Hagedorn 2001: 22.

[102] Hagedorn 2001: 22; siehe hierzu auch Steinhardt 2008:7

[103] Hagedorn 2001: 22.

[104] Grote 2014: 43 f.

[105] Thränhardt 2008: 3, 4; Steinhardt 2008: 5

Das *ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial (aEP)*, also der prozentuale Anteil der erfolgten Einbürgerungen bezogen auf die Anzahl von Ausländer_innen, die laut Ausländer(_innen)zentralregister seit 10 oder mehr Jahren in Deutschland leben,[106] bleibt deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück.[107] Im Jahr 2017 lag das aEP bei insgesamt gerade einmal 2,22 %.[108] Diese verhältnismäßig schwache Einbürgerungsbilanz und das demgegenüber weitaus liberalere Abschneiden Frankreichs, bildete für Rogers Brubaker schon in den 1990er Jahren eine wichtige Grundlage für seine Klassifizierung Deutschlands als ethnisch orientierte Nation.[109] Doch nicht nur im internationalen Vergleich, auch zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es gravierende Unterschiede.[110] Hamburg erreichte im Jahr 2017 ein aEP, das mit 3,6 % weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, wohingegen Berlin und Bayern mit je nur 1,9 % das Schlusslicht der Einbürgerungsstatistik bilden. Zwischen 2000 und 2008 waren die deutschlandweiten Einbürgerungszahlen außerdem insgesamt stark rückläufig. Von 186.672 Einbürgerungen im Jahr 2000 sanken sie um knapp die Hälfte, auf einen Tiefstand von 94.474 Einbürgerungen im Jahr 2008.[111] In Hamburg gingen die Zahlen im selben Zeitraum sogar noch drastischer zurück. Von ursprünglich 8.640 Einbürgerungen (2000) schrumpften sie auf weniger als ein Drittel, nämlich auf nur noch 2.799 Nenner in 2008.[112] Als Reaktion auf diese geringen Fallzahlen (und mit dem Ziel die Bilanz langfristig zu steigern), hat der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg – zunächst unter Führung von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen, später dann mit absoluter Mehrheit der SPD – eine politische Einbürgerungsinitiative ins Leben gerufen. Besagte Initiative war wiederum ihrerseits Gegenstand einer kontroversen öffentlichen Diskussion über die Rolle der Einbürgerung im allgemeinen Integrationsprozess sowie über das ideologische Verständnis von *Deutscher Nation*, das den unterschiedlichen Integrationsvorstellungen und -ansprüchen jeweils zugrunde liegt. Diese Diskussion dient der hier

[106] Hiervon zu unterscheiden ist die *Einbürgerungsquote*, welche alle in Deutschland lebenden Ausländer_innen in die Berechnung miteinbezieht, ohne dabei zu berücksichtigen, ob diese die Voraussetzung für eine Einbürgerung potenziell erfüllen. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt 2018a: 5

[107] Siehe hierzu u. a. Worbs 2008: 5

[108] Statistisches Bundesamt 2018a: 12.

[109] Brubaker 1994: 20.

[110] Dies könnte bereits ein erstes Indiz dafür sein, dass die deutsche Selbstdefinition weitaus heterogener gestaltet ist, als Brubaker annimmt.

[111] Statistisches Bundesamt 2018a: 12.

[112] Statistisches Bundesamt 2018b; die Gründe für das rapide Absinken der Einbürgerungszahlen werden an späterer Stelle noch eingehender zu beleuchten sein.

darzustellenden Untersuchung als Forschungsobjekt. Anhand ihres Beispiels soll ausschnitthaft demonstriert werden, wie in der deutschen Gesellschaft (im öffentlichen, massenmedial vermittelten Raum) über das Nationale gesprochen und nachgedacht wird. Auch die Initiative selbst (als wesentlicher, diskursiver Teil der Debatte) wird dabei von besonderem Interesse sein. Ohne zu viel von der Analyse vorwegnehmen zu wollen, bedürfen beide an dieser Stelle einer kurzen Vorstellung.

Die Initiative: Regelmäßige Einbürgerungsfeiern werden im Hamburger Rathaus bereits seit Ende des Jahres 2006 abgehalten.[113] In Ergänzung dazu startete im November 2010 unter dem Titel *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.* eine aufwändige Werbe- und Plakatkampagne unter Mitwirkung von Hamburger Prominenten wie der Boxerin Susianna Kentikian und dem Sternekoch Ali Güngörmüş. Zentraler Bestandteil dieser Kampagne war (bzw. ist bis heute) eine breite Informations- und Aufklärungsinitiative, deren Herzstück das Projekt *Einbürgerungslotsen* der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e. V. (TGH) bildet. Im Rahmen dieses Projektes sollen potenzielle Einbürgerungsinteressierte durch ehrenamtliche Lotsen und Lotsinnen zu einer Antragstellung motiviert, zu etwaigen Fragen beraten und nötigenfalls durch das gesamte Einbürgerungsverfahren hindurch begleitet werden.[114] In 2011, ein Jahr nach dem erstmaligen Beginn der Hamburger Einbürgerungsinitiative, wurde das Maßnahmenpaket außerdem um einige zusätzliche Bausteine erweitert. Die öffentlich Meistbeachtete dieser Maßnahmen war ohne Zweifel eine umfangreiche Briefkampagne des damaligen Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz. Ziel der Briefaktion war es, alle in Hamburg lebenden Ausländer_innen, die für eine Einbürgerung potenziell in Frage kommen, persönlich anzuschreiben, um sie auf die Möglichkeit sowie auf die Vorteile einer Einbürgerung hinzuweisen und ihnen die Antragstellung nahezulegen.[115] Sowohl von Seiten Scholz' selbst als auch in der massenmedialen Berichterstattung wurde wiederholt betont, dass diese Form und das Ausmaß der politischen Initiative Hamburgs in der gesamten Bundesrepublik einmalig sei.[116]

Die Debatte: Die Hamburger Einbürgerungsinitiative löste in Medien, Politik und Zivilgesellschaft[117] äußerst unterschiedliche Reaktionen aus. Während sie

[113] Freie und Hansestadt Hamburg 2008.

[114] Siehe hierzu Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz 2010.

[115] Siehe hierzu Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.

[116] Siehe hierzu u. a. Haider 2011 und Gall 2011.

[117] Mit *Zivilgesellschaft* bezeichne ich jene „Sphäre kollektiven Handelns und [öffentlicher] Diskurse, die zwischen Privatbereich und Staat wirksam ist" und deren Akteur_innen „ihre

von einigen enthusiastisch begrüßt wurde, reagierten andere im höchsten Maße ablehnend. Beispielhaft lassen sich die widerstreitenden Logiken der Argumentation anhand eines Artikels der überregionalen Berliner Tageszeitung *Tagesspiegel* vom 12.04.2012 nachvollziehen. Dieser stellt die beiden dominanten Positionen einander anschaulich gegenüber. Hierbei wird die eine Seite vertreten durch Hamburgs damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz sowie durch Bilkay Öney, die ehemalige Landesministerin für Integration in Baden-Württemberg (dessen Landeshauptstadt Stuttgart begann bereits im Jahr 2009 mit einer ähnlichen Einbürgerungsinitiative). Die Gegenseite vertritt Alexander Dobrindt, zum damaligen Zeitpunkt Generalsekretär der bayrischen CSU.

In dem Artikel rechtfertigt Bilkay Öney das politische Werben für die Einbürgerung wie folgt:

> „Öney sagte dem Tagesspiegel, sie werbe für Einbürgerung, weil sich Integration und Teilhabe nur über die deutsche Staatsbürgerschaft erreichen ließen: „Der Pass gibt den Migranten eine zusätzliche Integrationsmotivation.““[118]

Alexander Dobrindt teilt diese Auffassung nicht. Er übt heftige Kritik an der Einbürgerungspolitik in Stuttgart und Hamburg:

> „CSU-Generalsekretär Dobrindt sieht sowohl in der Hamburger wie in der Stuttgarter Politik eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. „Solche wirren Einbürgerungsthesen setzen ein völlig falsches Signal“, warnt er. Der deutsche Pass könne nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang. „Statt über Fantasiequoten für Einbürgerungen zu schwadronieren, sollten wir gemeinsam die immer noch bestehenden Integrationsdefizite in Deutschland lösen“, fordert der CSU-Mann. Wer die Staatsbürgerschaft als Lockmittel benutze, der entwerte sie und erschwere „alle ehrlichen Integrationsbemühungen““.[119]

Während die Einbürgerung Öney zufolge also eine grundlegende *Voraussetzung* für gelungene Integration darstellt, weil nur durch sie gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht wird, sieht Dobrindt darin vielmehr ein *Ergebnis* bereits erbrachter Integrationsleistungen seitens der Migrant_innen. Hier scheint sich ein unvereinbarer Widerspruch aufzutun: Ist die Einbürgerung ein wichtiger Schritt im Integrationsprozess oder deren krönender Abschluss,

---

polit. Wirkung nicht durch das Streben nach polit. Macht, sondern – i. d. R. vermittelt über die [Öffentlichkeit] – durch […] Einflußnahme auf staatl. Institutionen oder polit. Parteien“ erzielen. (Thiery 2010: 1248).

[118] Monath 2012.

[119] Monath 2012.

eine Belohnung für geleistete Integrationsbemühungen oder ein unerlässliches Erfordernis, damit Integration überhaupt vollumfänglich funktionieren kann?

Die vorliegende Arbeit untersucht die diskursive Definition von *Deutscher Nation* im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative. Um diese Definition(en) herausarbeiten zu können, ist ein umfassendes Verständnis der Debatte, ihrer theoretischen Hintergründe und zentralen Grundbegriffe erforderlich. Die Bedeutsamkeit der Konzepte *Diskurs*, *Wissen*, *Macht, Nation, Nationalismus* und *Staatsangehörigkeit* wurde weiter oben bereits herausgestrichen. Wie sich an dem hier abgebildeten kleinen Debattenpartikel zeigt, ist der Begriff der *Integration* von ebensolch zentraler Bedeutung. Konträre Konzeptionen von Integration sind ein wesentlicher Dreh- und Angelpunkt des Diskursfeldes. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da die Einbürgerung (als Mechanismus der sozialen Schließung) unmittelbar mit Vorstellungen von Integration (in den Staat / in die Nation) in Verbindung steht. Vorstellungen von Integration wiederum stehen – das wird noch an mehreren Stellen dieser Arbeit deutlich werden – in engem Zusammenhang mit Vorstellungen von *sozialer Identität*. Damit die Teilnehmenden an der Debatte untereinander und miteinander aushandeln können, welche Rolle die Einbürgerung im Integrationsprozess einnehmen soll (und was Integration im Kern überhaupt bedeutet), müssen zwangsläufig Form und Inhalt der gemeinsamen (nationalen) Identität definiert werden, in welche der oder die *Fremde* schlussendlich integriert werden kann. Die Abgrenzung von *Eigenem* und *Fremdem* ist dabei ein wechselseitiger Prozess – das eine kann ohne das andere nicht erklärt werden. Thomas Hylland Eriksen stellt fest:

> „Group identities must always be defined in relation to that which they are not – in other words, in relation to non-members of the group."[120]

Identität entsteht also durch Abgrenzung und diese Abgrenzung wird (gerade auch in nationalistischen Kontexten) allzu oft kulturell gefasst.[121] Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass *Kultur* ein weiterer wichtiger Bestandteil der diskursiven Auseinandersetzung sein wird. Der Kulturbegriff ist für die Konzeption von *Nation* ebenso relevant wie für die Konzeption von *Integration.* Geht man davon aus, dass *Wissen* ein wesentlicher Bestandteil von Kultur ist, birgt dieser Umstand außerdem auch Konsequenzen für den in dieser Arbeit zu entwerfenden *Diskursbegriff*.

---

[120] Eriksen 2002: 10.

[121] Eriksen 2002: 7

Wo Konstruktionen von Identität und Konstruktionen von Kultur als Ideologie zusammenwirken, da werden unweigerlich *Emotionen* generiert. Praktiken der sozialen Abgrenzung – auch und gerade im Rahmen nationalistischer Diskurse – haben, wie noch zu zeigen sein wird, immer eine starke affektive Komponente. So formuliert Simon Clarke:

> „Identity is emotional, imagined and concrete, marked by ethnicity, gender and class, but the real focus of these factors is 'difference'. The question of difference is emotive; we start to hear ideas about 'us' and 'them', friend and foe, belonging and not belonging, in-groups and out-groups, which define 'us' in relation to other, or the Other. From this we get ideas about communities, even imagined communities and ethno-national boundaries."[122]

Für die Ethnologie, die Kultur und Identität als zentrale Grundpfeiler ihres Forschungsinteresses begreift, ist die Analyse (und kritische Dekonstruktion) populärer Konzeptionen dieser Begriffe – besonders auch im Hinblick auf ihre jeweilige emotionale Wirkung im Kontext nationalistischer Ideologien – von herausragender Relevanz. Vor diesem Hintergrund ist es ein wesentliches Anliegen der vorliegenden Arbeit, die innerfachliche Diskussion und ihre zentralen theoretischen Konzepte zu den empirisch zu erhebenden *Folk Concepts* der öffentlichen Arena in Beziehung zu setzen.

Begriffe wie *Folk Concepts*, *Folk Ideas* oder *Folk Beliefs*[123] dienen in ethnologischen Untersuchungen zur Differenzierung von *emischer* und *etischer* Perspektive. Während die emische Perspektive kulturelle Logiken aus der (durchaus subjektiven) Innensicht ihrer Anhänger_innen heraus erschließen will, ordnet und interpretiert die etische Perspektive die gemachten Beobachtungen entlang allgemeiner (und als objektiv geltender) wissenschaftlicher Konzepte bzw. leitet anhand selbiger das methodische Vorgehen an. In ethnographischen Arbeiten ergänzen emische und etische Forschungsperspektive einander für gewöhnlich wechselseitig, da sie komplementäre Daten liefern und gleichermaßen für das Verständnis kultureller Phänomene bedeutsam sind.[124] Die Definition von *Folk Concepts* als ethnologischem Konzept und Untersuchungsgegenstand hat ihren Ursprung in der kognitiven und symbolischen Ethnologie der 1960er und 1970er Jahre. In diesem Kontext zeichnete sich der Begriff allerdings durch einen übermäßigen Fokus auf linguistische Modelle (kognitive Ethnologie) und kulturelle

---

[122] Clarke 2009: 112.

[123] Siehe hierzu ausführlich Bernstein 2010.

[124] Bernstein 2010: 2

Schlüsselsymbole (symbolische Ethnologie) aus.[125] Dementgegen hat sich die Perspektive inzwischen erweitert. Ein *Folk Concept* gilt heute – in Jay H. Bernsteins Worten – als: „…a notion that has a general, popularly understood meaning particular to a sociocultural grouping, but which has not been formally defined or standardized".[126] Als solche bewegen sich *Folk Concepts* oft im Bereich des Unbewussten. Sie sind nicht selten vage und werden zumeist auch nicht umfassend verbalisiert. Im Rahmen ethnologischer Empirie sind sie daher untrennbar verbunden mit den klassisch ethnographischen Methoden der Feldforschung: qualitative Interviews und Teilnehmende Beobachtung.[127] So schreibt Bernstein:

> „Folk concepts are encoded in discourse, nonverbal behavior, and social practices rather than in published texts (such as newspapers, magazines, or books) or other media. They could, however, arise from folk interpretations of texts or other media. Folk concepts and other kinds of concepts penetrate each other in many ways. […] Once folk concepts are recorded in writing or other media, they are no longer undocumented; but unless such documentation causes a change in meaning and affects the way people know the concept, they remain folk concepts."[128]

Bernsteins Kategorisierung von *Folk Concepts* als nicht-schriftlichem bzw. nicht-massenmedial-vermitteltem Ausdruck ist vor dem Hintergrund seiner Ausführungen unklar – zumal er selbst anführt, dass sich in Zeiten von moderner Informationstechnologie und Social Media kulturelle Aushandlungsprozesse mehr und mehr in den virtuellen Raum des Internets verlagern.[129] Dieser wiederum wird seinerseits in weiten Teilen durch schriftliche Kommunikation dominiert und macht – als ethnologisches Forschungsfeld – neue und andersartige Untersuchungsansätze erforderlich, die sich zum Teil weit vom klassischen Repertoire ethnographischer Feldforschung entfernen. Vor diesem Hintergrund erscheint es kaum sinnvoll, die ohnehin recht künstlich anmutende Unterscheidung zwischen ‚direkter' und ‚medial vermittelter' Interaktion aufrechtzuerhalten. Wie die vorliegende Arbeit noch zeigen wird, sind moderne Massenmedien in der heutigen Zeit entscheidend an der (Re)Produktion kultureller Eigenlogiken – und somit an der (Re)Produktion von *Folk Concepts* – beteiligt. Deren (diskursanalytische) Untersuchung muss keine zwingende Unterscheidung treffen zwischen schriftlichen und nicht-schriftlichen Ausdrucksformen, sehr wohl aber muss sie sensibel

---

[125] Bernstein 2010: 7

[126] Bernstein 2010: 1

[127] Bernstein 2010: 1 f. und 4 ff.

[128] Bernstein 2010: 1

[129] Bernstein 2010: 13 f.

sein für den unscharfen, impliziten, bisweilen non-verbalen und (wenigstens in Teilen) undefinierten Charakter populärer Konzepte – sowie auch (und vor allem) für deren weiter oben bereits angesprochene affektive Dimension:

> „In understanding a cultural concept, it is not enough to know only what it identifies; one must also know the expectations, feelings, and motivations regarding it. In other words, part of the meaning of a cultural concept concerns associations causing happiness, anxiety, and other emotions.“[130]

Folk Concepts spielen nicht nur eine wichtige Rolle für die Entschlüsselung kultureller (und diskursiver) Logiken, sie stehen auch unweigerlich in enger Wechselwirkung mit den fachlichen Konzepten der wissenschaftlichen Sphäre. Die Unterscheidung zwischen ‚emisch‘ und ‚etisch‘ gelangt vor diesem Hintergrund – sowohl für die Ethnologie als auch für viele andere sozialwissenschaftliche Disziplinen – zu weiterführender Relevanz, v. a. da in heutigen massenmedial vernetzten Gesellschaften die Trennlinie zwischen populären und wissenschaftlichen Konzeptionen zunehmend unscharf wird. Michael Banton gibt hierfür ein anschauliches Beispiel:

> „When a word is used by ordinary people in the explanation of events in their experience, it may be called a folk concept and contrasted to an analytical one which is part of a set of terms with technical meanings. In industrial societies ‘class’ is a folk concept; most sociologists would contend that it is also an analytical concept, and that problems arise because of the word’s many associations in popular usage. These difficulties could not be reduced by trying to outlaw what to the specialist may seem popular misconceptions, for the technical terms of social science are constantly borrowed by the media and any precision they may originally have possessed is soon blurred.“[131]

Je nachdem, wie die – laut Banton – unausweichliche Verkoppelung von emischen und etischen Konzepten im Einzelfall ausgestaltet ist und welche etwaigen gesellschaftlichen Konsequenzen daraus erwachsen, muss aus der interdiskursiven Verstrickung zwischen Spezialdiskurs und öffentlichem Diskurs eine weiterführende wissenschaftliche – und insbesondere ethnologische – Verantwortung abgeleitet werden. Die Verzerrung wissenschaftlicher Begriffe durch populäre Appropriation mag zwar als solche nicht vermeidbar sein, das bedeutet jedoch nicht, dass sie auch zwangsläufig unhinterfragt und unkommentiert bleiben sollte.

[130] Bernstein 2010: 11.
[131] Banton 1979: 127.

Die vorliegende Dissertation ist in sechs aufeinanderfolgende Kapitel untergliedert. Im nachfolgenden Kapitel 2 sollen die theoretischen Grundbegriffe des Feldes und der Analyse erläutert werden. Die Unterkapitel orientieren sich an den oben etablierten Konzepten: 2.1 Nation und Nationalismus 2.2 Identität und Integration 2.3 Kultur und Emotion 2.4 Diskurs, Wissen und Macht sowie 2.5 Staatsangehörigkeit und Einbürgerung. Auf Basis der im zweiten Teil erarbeiteten Grundbegriffe folgt dann im 3. Kapitel dieser Arbeit der bereits in der Vorbemerkung angekündigte Entwurf einer tragfähigen Diskursethnologie. Anhand einzelner Ausschnitte des zu untersuchenden Diskursfeldes – 3.1 Einbürgerungsinitiative; 3.2 öffentliche Debatte; 3.3 TGH-Lotsenprojekt; 3.4 Grenzgänger_innen im Diskursfeld 3.5 Einbürgerungsfeiern – werden die Bausteine des Ansatzes identifiziert, theoretisch begründet und methodisch ausformuliert. Die gewonnenen Daten werden sortiert und für die weitere Auswertung transparent gemacht. Anschließend werden die zentralen Untersuchungsergebnisse vorgestellt: Kapitel 4 befasst sich mit den beiden dominanten Diskursströmungen (4.1, 4.2) und stellt diese einander analytisch gegenüber (4.3). In Kapitel 5 werden weitere wichtige Facetten des Diskursfeldes beleuchtet (5.1 Diskursrezeption, 5.2 Diskursproduktion, 5.3 andere Deutungslinien im Diskursfeld, 5.4 Machttechniken). Kapitel 6 schließlich fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und entwickelt aus den verschiedenen Puzzleteilen der Ergebnisse eine Antwort auf die zentrale Fragestellung sowie auf die sich daran anschließenden Teilfragen. Im Sinne eines weiterführenden Ausblicks wird überdies die Rolle beleuchtet werden, welche die Ethnologie (als verkoppelter Spezialdiskurs) im Hinblick auf das hier untersuchte Diskursfeld (sowie in der / für die weitere gesellschaftliche Debatte) einnimmt oder in der Zukunft vielleicht noch einnehmen könnte. Die Arbeit schließt mit einem (auf die Disputation dieser Dissertationsschrift zurückgehenden) persönlichen Nachwort, welches sich der – um mit Pierre Bourdieu zu sprechen – *Participant Objectivation*[132] der Autorin und Forscherin widmet und vor dem Hintergrund ihrer soziokulturellen – wie wissenschaftlichen – Situiertheit die Implikationen (und Vorbedingungen) der hier vorgestellten Untersuchung sowohl transparent macht als auch anwendungsorientiert weiterdenkt.

132 Bourdieu 2003.



2 Grundbegriffe

2.1 Nation und Nationalismus: Über das Fremde zum Eigenen

Um zielführend untersuchen zu können, wie Nation und Nationalismus in der *öffentlichen Debatte* konzipiert werden, ist es zunächst einmal sinnvoll, die theoretische Entwicklung dieser Begriffe in der *wissenschaftlichen Debatte* näher zu beleuchten. Als Ausgangspunkt kann hier das Werk *Nations and Nationalism* des aus der britischen Social Anthropology hervorgegangenen Ethnologen Ernest Gellner dienen. Sein Buch wurde weit über die Grenzen des Faches hinaus rezipiert und gilt als Standardliteratur der interdisziplinären Nationalismusforschung. Gellner definiert *Nationalismus* darin wie folgt:

> „Nationalism is primarily a political principle, which holds that the political and the national unit should be congruent.
>
> Nationalism as a sentiment, or as a movement, can best be defined in terms of this principle. Nationalist *sentiment* is the feeling of anger aroused by the violation of the principle, or the feeling of satisfaction aroused by its fulfilment. A nationalist *movement* is one actuated by a sentiment of this kind.“[1]

Gellner zufolge kann das nationalistische Prinzip auf unterschiedliche Art und Weise verletzt werden. So kann z. B. die politische Bezugsgröße (bzw. der Staat) nicht alle Mitglieder der antizipierten Nation umfassen und / oder neben den Mitgliedern der Nation auch Nicht-Mitglieder miteinschließen. Zum anderen kann eine Nation auf mehrere Staaten aufgespalten sein, ohne dabei einen

[1] Gellner 2006: 1 (Erstauflage 1983, Hervorhebung im Original).

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_2

gemeinsamen Nationalstaat[2] zu konstituieren, oder – Gellner identifiziert dies als die gravierendste Verletzung des nationalistischen Prinzips – die Nation kann innerhalb des eigenen Staates durch Mitglieder einer anderen Nation beherrscht werden.[3] Wie noch zu zeigen sein wird, sind alle diese Formen des Prinzipienbruchs für die historische (und aktuelle) Entwicklung des deutschen Nationalismus von Relevanz (siehe Abschnitt 2.5 sowie Abschnitt 4.2).

Folgt man der obigen Argumentation, so entsteht Nationalismus – analog zu Ethnizität (siehe Abschn. 2.2) – als identitäre Abgrenzungsdynamik zwischen Eigenem und Fremdem. Gellner schlussfolgert:

> „In brief, nationalism is a theory of political legitimacy, which requires that ethnic boundaries should not cut across political ones…“[4]

In Gellners Definition erfahren nationale und ethnische Gemeinschaft eine implizite Gleichsetzung. Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der öffentlichen Debatte ist diese Lesart äußerst verbreitet. Nationalismus wird als ethnische Agenda charakterisiert, deren Anhänger kulturelle und politische Grenzen als kongruent begreifen, bzw. diese Kongruenz ggf. auch überhaupt erst herzustellen versuchen, weil sie die politische Selbstbestimmung kulturell definierter Gruppen als unerlässlich für die Entfaltung und Bewahrung ihrer kollektiven Identitäten erachten. Das Prinzip des *Nationalismus* basiert demnach auf einem ethnisch konstruierten Modell der *Nation*, beruhend auf kultureller Homogenität und gemeinsamer Abstammung.[5] Obwohl diese ‚ethnische Deutung‘ gerade auch in ethnologischen Kreisen überaus gängig ist,[6] gibt Thomas Hylland Eriksen zu bedenken: „…there is no *necessary* link between national identity and ethnic identity.“[7]

In der Vorbemerkung zu der hier vorliegenden Arbeit wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Ethnologie sich dem Themenfeld Nation und Nationalismus erst verhältnismäßig spät zugewandt hat. Um das Phänomen *Nation* besser und umfassender verstehen zu können, ist es daher hilfreich, einen Blick

---

[2] Vertovec definiert den *Nationalstaat* als „the institutions of governance associated with a nation“. (Vertovec 2011: 242).

[3] Gellner 2006: 1

[4] Gellner 2006: 1

[5] Eriksen 2002: 7, 98.

[6] Eriksen 2002: 100.

[7] Eriksen 2002: 117 (Hervorhebung im Original).

auf die theoretischen Hauptströmungen der interdisziplinären Nationalismusforschung zu werfen. Christian Jansen und Henning Borggräfe unterscheiden darin vier dominante Definitionslinien:

1.) Der objektivistische Nationenbegriff, auch als substanzialistischer Begriff bezeichnet, versteht Nationen als durch (vermeintlich) objektive Tatsachen klar und statisch voneinander abgegrenzt. Diese objektiven Tatsachen liegen außerhalb jeder individuellen Kontrolle oder Einflussnahme. Als potenzielle Ordnungskriterien werden verschiedenste Merkmale angeführt, so z. B. „Sprache, Kultur, Tradition, Geschichte, gemeinsames Territorium, die Landesnatur, angeblich angeborene geistige oder psychische Eigenschaften, die als ‚Volksgeist' oder ‚Volkscharakter' bezeichnet werden" sowie sozial konstruierte Vorstellungen von ‚Rasse', Abstammung oder sogenannter ‚Blutsverwandtschaft'.[8] Gemeinsam haben alle Varianten des objektivistischen Nationenbegriffs, dass sie von einer eindeutigen Zuordnung jedes Menschen zu einer und *nur* einer Nation überzeugt sind. Von diesem Konsens einmal abgesehen, ist das Spektrum derer, die diesen Nationenbegriff vertreten, jedoch sehr weit gefasst: „Es reicht von marxistischen Ansätzen auf der Linken über liberale und konservative Vorstellungen bis hin zu völkisch-rassistischen auf der äußersten politischen Rechten."[9]

2.) Der subjektivistische Nationenbegriff begreift Nationen, ganz entgegen dem objektivistischen Ansatz, als „große Kollektive, die auf einem grundlegenden Konsens" beruhen, auf der „inneren und freiwillig geäußerten Überzeugung ihrer Mitglieder, dass sie zusammengehören".[10] Die Geburtsstunde dieses Nationenbegriffs geht nach allgemeiner Überzeugung auf die Zeit der Französischen Revolution zurück. Ganz der revolutionären Doktrin entsprechend, legt er den Fokus auf die freie politische Willensentscheidung einer selbstgewählten Gemeinschaft. Ihr nationaler Zusammenhalt beruht nicht etwa auf (vermeintlich) objektiven Kriterien, wie kultureller Gleichheit oder ethnischer Herkunft, sondern vielmehr „auf der immer wieder getroffenen freien Entscheidung" ihrer Bürger.[11] Eriksen merkt an:

> „…nationalism may sometimes express a polyethnic or supra-ethnic ideology which stresses shared civil rights rather than shared cultural roots. That would be the case in many African countries as well as in Mauritius, where no ethnic group openly tries to turn nation-building into an ethnic project on its own behalf. A distinction

[8] Jansen / Borggräfe 2007: 12.
[9] Jansen / Borggräfe 2007: 12 f.
[10] Jansen / Borggräfe 2007: 11.
[11] Jansen / Borggräfe 2007: 11 f.

between ethnic nationalism and polyethnic or supra-ethnic nationalisms could be relevant here.“[12]

In ähnlicher Weise wurde in der fächerübergreifenden Nationalismusforschung – vor allem unter dem Eindruck des Nationalsozialismus – ein „westlicher (britischer, französischer, amerikanischer), vom Bürgertum getragener Nationalismus [...], der dem oben skizzierten subjektiven [Nationen-]Typus entspricht, von einem östlichen unterschieden, der dem objektiven Typus entspricht“.[13] In der Folgezeit wurden diese gegensätzlichen Modelle mit verschiedenen Begriffspaaren belegt, so zum Beispiel *voluntarist* vs. *organic* oder *civic* vs. *ethnic*.[14] Rogers Brubakers Vergleich zwischen dem deutschen und dem französischen Verständnis von Staat und Nation folgt einer ähnlichen Logik. Während die deutsche Nation sich laut Brubaker als ethnokulturell Einheit und in klarer Abgrenzung zu ethnokulturell ‚*Fremden*‘ auszudifferenzieren suchte, strebte das revolutionäre Frankreich nach der umfassenden Ausbreitung seines auf Universalismus angelegten politischen Wertesystems.[15] Kritische Stimmen aus Reihen der Ethnologie geben zwar berechtigterweise zu bedenken, dass viele Nationalstaaten, die sich (wie etwa Frankreich oder die USA) als ‚civic‘ inszenieren, insgeheim sehr wohl von ethnischen Gruppen dominiert werden, die ihrerseits ihren ethnischen Charakter verschleiern. Nichtsdestoweniger ist offensichtlich, dass Nationalismus und Ethnizität im internationalen Vergleich keineswegs immer in eins fallen.[16]

Subjektivistischer und objektivistischer Nationenbegriff prägten die wissenschaftliche Debatte noch bis in die 1980er Jahre hinein als diametrale Pole der politischen Interpretation.[17] Auch und gerade die Frage nach der analytischen Einordnung Deutschlands war dabei immer wieder von Bedeutung – häufig unter Rückgriff auf Friedrich Meineckes eingangs vorgestellte Zweiteilung von *Staatsnation* und *Kulturnation*:

[12] Eriksen 2002: 119.

[13] Jansen / Borggräfe 2007: 29 f.

[14] Jansen / Borggräfe 2007: 30.

[15] Brubaker 1994: 35.

[16] Eriksen 2002: 116 f.

[17] Jansen / Borggräfe 2007: 13.

> „In der deutschen Diskussion war in diesem Zusammenhang Friedrich Meineckes Begriffsbildung einflussreich. Er unterschied ‚Staatsnationen', in denen sich ein vorhandener Territorialstaat die nationalistische Ideologie zu eigen machte, von ‚Kulturnationen', in denen die (kulturelle) Nationsbildung der Entstehung eines Nationalstaates vorausging. Die ‚Staatsnation' als politisches Projekt entspricht dem subjektivistischen Nationskonzept, während im anderen Fall das ‚objektive' Kriterium ‚Kultur' die Grundlage der Nation bilde. Meineckes Begriffe finden sich bis heute in wissenschaftlicher Literatur und in der Publizistik, obwohl sie in hohem Maße ideologisch befrachtet sind und hinter ihnen die (nationalistische) Idee einer Überlegenheit deutscher ‚Kultur' über westliche ‚Zivilisation' steht."[18]

Wie noch zu zeigen sein wird, haben sich die Begriffe *Kultur* und *Ethnizität* – ähnlich den Konzepten Nation und Nationalismus – lange Zeit auf einer vergleichbaren Skala zwischen *Essentialismus* und *Konstruktivismus* bewegt. Wie eng diese vier Konzepte in ihren ideellen Grundlagen sowie ihren sozialpraktischen Auswirkungen miteinander verbunden sind, wird im Verlauf dieser Arbeit noch an verschiedener Stelle deutlich werden.

3.) Mit dem dekonstruktivistischen Ansatz erfolgte in den 1980er Jahren durch Theoretiker_innen wie Benedict Anderson, Eric Hobsbawm und Ernest Gellner (u. a.) eine weitreichende Radikalisierung der subjektivistischen Perspektive, indem sie „mit großer Breitenwirkung die Idee der Nation als natürliche oder naturwüchsige Ordnung dekonstruierten und damit allen essentialistischen Vorstellungen nationaler Gemeinsamkeit die Grundlage entzogen".[19] Benedict Anderson etwa stellte in seinem einflussreichen Werk *Imagined Communities* drei essentielle Widersprüche nationalistischer Ideologien heraus:

Erstens ist der Nationenbegriff und das, was er in seiner modernen Form bezeichnet, ein vergleichsweise junges Phänomen, welches der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entspringt und als dessen Geburtsstunde zumeist die Ära der Französischen Revolution angeführt wird, sowie die Zeit des Bürgerkriegs und der Verfassungsgebung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nichtsdestotrotz wird der Nation von den Anhängern nationalistischer Ideen stets große Antiquität zugesprochen, als sei sie eine lang vorherbestimmte historische Determinante und nicht etwa ein rezentes Produkt der jüngeren Neuzeit.[20]

Zweitens besteht für Anderson ein Widerspruch zwischen der Universalität des Nationenkonzepts auf der einen Seite – „in the modern world everyone can, should, will ‚have' a nationality, as he or she ‚has' a gender" – und seiner

[18] Jansen / Borggräfe: 2007 13 f.

[19] Jansen / Borggräfe 2007: 14.

[20] Anderson 2006: 5, siehe hierzu auch Jansen / Borggräfe 2007: 7

Partikularität auf der anderen Seite, durch die es Menschen in klar voneinander abzugrenzende Kategorien unterteilt.[21] Hier zeigt sich eine Parallele zum Kulturbegriff, der sich ebenfalls im Spannungsfeld zwischen universeller Gemeinsamkeit und partikularer Unterscheidung bewegt, sowie zu Vorstellungen von *Ethnizität*, wie sie später noch eingehender beleuchtet werden.

Drittens sieht Anderson einen Widerspruch in der umfangreichen politischen Machtentwicklung nationalistischer Ideologien und ihrer zeitgleichen philosophischen Inkonsistenz. Bezeichnend hierfür sei vor allem ihre Armut an großen Denkern und einflussreichen Philosophen.[22] In Anbetracht des hartnäckig anhaltenden Einflusses, den Thesen wie die Meineckes bis heute ausüben, ist dieser letzte Punkt jedoch kritisch zu beurteilen. So hat zur neueren, ethnischen Ausformung des Volks- und Nationenbegriffs beispielsweise auch Johann Gottfried Herder in erheblicher Weise beigetragen. Seine Theorie, der zufolge Sprache die Volkszugehörigkeit konstituiert und diese Volkszugehörigkeit durch das Erlernen der Muttersprache im frühsten Kindesalter quasi unwiderruflich festgeschrieben wird, wirkte weit über den deutschen Sprachraum hinaus und bis in die heutige Zeit hinein. „Vor dem Hintergrund der Gleichsetzung und Aufwertung von Ursprünglichkeit und Natürlichkeit wurde Volkszugehörigkeit damit zu einer quasinatürlichen positiven Eigenschaft, derer man sich kaum entäußern konnte“.[23] Insbesondere kontrastiert Herder die ‚Natürlichkeit‘ eines ‚organisch gewachsenen‘ ethnonationalen Staates mit der ‚artifiziellen Maschinerie‘ einer multiethnischen Staatsnation und liefert damit u. a. auch die philosophische Basis für Meineckes Argument der ‚überlegenen‘ deutschen Kulturnation:

> „Die Natur erzieht Familien; der natürliche Staat ist also auch Ein Volk, mit Einem Nationalcharakter. Jahrtausende lang erhält sich dieser in ihm, und kann, wenn seinen mitgeborenen Fürsten daran liegt, am natürlichsten ausgebildet werden: denn ein Volk ist sowohl eine Pflanze der Natur, als eine Familie; nur jenes mit mehreren Zweigen. Nichts scheint also dem Zweck der Regierungen so offenbar entgegen, als die unnatürliche Vergrößerung der Staaten, die wilde Vermischung der Menschen-Gattungen und Nationen unter Einen Scepter. Der Menschenscepter ist viel zu schwach und klein, daß so widersinnige Theile in ihn eingeimpft werden könnten; zusammengeleimt werden sie also in eine brechliche Maschine, die man Staats-Maschine nennt, ohne inneres Leben und Sympathie der Theile gegen einander.“[24]

[21] Anderson 2006: 5

[22] Anderson 2006: 5

[23] Jansen / Borggräfe 2007: 38.

[24] Herder 1821: 372.

Herders Volksbegriff wird auch in Abschnitt 2.2 noch relevant sein, wenn es um die Begriffe Identität und Integration geht sowie um deren unterschiedliche Ausgestaltung in rezenten wissenschaftlichen Theorieentwürfen.

Die von Anderson ausgemachten Widersprüche zwischen tatsächlicher Modernität und wahrgenommener Antiquität, zwischen universellem Anspruch und partikularer Logik, zwischen gesellschaftlicher Macht und philosophischer Inkonsistenz lösen sich ihm zufolge auf, wenn man anfängt, Nationalismus nicht als *politische Ideologie* zu betrachten (wie etwa Kommunismus oder Liberalismus), sondern als *kulturelles Konstrukt*. Wie Gellner geht auch Anderson davon aus, dass *Nationen* eine kollektive menschliche Erfindung sind und keine historisch determinierte Tatsache. Gellner zieht daraus jedoch den Schluss, dass Nationen *falsche* oder *fabrizierte* Gemeinschaften seien. Sie stünden im Gegensatz zu *echten* Gemeinschaften, die es durchaus gebe, und mit denen sie zu analytischen Zwecken kontrastiert werden könnten. Anderson hingegen begreift *jede* Form von Gemeinschaft als kollektive Imagination. Imagination sei hierbei auch nicht, wie bei Gellner, im Sinne von *Fälschung* zu verstehen, sondern vielmehr als eine Art kreativer Schöpfungsakt. Die Frage sei also nicht so sehr *ob*, sondern vielmehr *wie* eine nationale Gemeinschaft sich selbst imaginiere:[25]

> „In an anthropological spirit, then, I propose the following definition of the nation: it is an imagined political community – and imagined as both inherently limited and sovereign.
>
> It is *imagined* because the members of even the smallest nation will never know most of their fellow-members, meet them, or even hear of them, yet in the minds of each lives the image of their communion.
>
> […] The nation is imagined as *limited* because even the largest of them, encompassing perhaps a billion living human beings, has finite, if elastic boundaries, beyond which lie other nations. No nation imagines itself coterminous with mankind.
>
> […] It is imagined as *sovereign* because the concept was born in an age in which Enlightenment and Revolution were destroying the legitimacy of the divinely-ordained, hierarchical dynastic realm. […] nations dream of being free, and, if under God, directly so. The gage and emblem of this freedom is the sovereign state.
>
> […] Finally, it is imagined as a *community*, because, regardless of the actual inequality and exploitation that may prevail in each, the nation is always conceived as a deep, horizontal comradeship. Ultimately it is this fraternity that makes it possible, over the past two centuries, for so many millions of people, not so much to kill, as willingly to die for such limited imaginings.“[26]

---

[25] Anderson 2006: 6

[26] Anderson 2006: 5 ff (Hervorhebung im Original).

In Bezug auf Andersons letzten Punkt – die Ausblendung von Hierarchien – weist Ana María Alonso darauf hin, dass Nationalismen sich häufig der Metaphorik von *Familie*, *Verwandtschaft* und *Geschlecht* bedienen.[27] Innerhalb einer Familie existieren Hierarchien (z. B. zwischen Generationen und / oder Geschlechterrollen) und affektive Beziehungen Seite an Seite. Bestehende Ungleichheiten und Machtgefälle schließen demnach eine kollektive Imagination als Gemeinschaft – und eine starke emotionale Bindung an selbige – nicht aus.[28] Wegen dieser wichtigen affektiven Komponente plädiert Alonso dafür, das Phänomen des Nationalismus als „structure of feeling" zu begreifen „that transforms space into homeplace and interpolates individual and collective subjects as embodiers of national character (viewed as shared bio-genetic and psychic substance)".[29] Mit Bezug auf Mikhail Bakhtin spricht sie von der Sakralisierung der Nation durch epische Diskurse.[30] In ähnlicher Weise verweist Anderson darauf, das nationalistische Imaginationen enorme Definitionsmacht entfalten und in dieser Hinsicht Parallelen zu religiösen Weltbildern aufweisen. Die Parallele zwischen Religion und Nationalismus tut sich v. a. auch deshalb auf, weil letzterer, gerade in Zeiten des rapiden gesellschaftlichen Wandels, ein Gefühl von kultureller Kontinuität vermittelt.[31]

In der zeitgenössischen Literatur herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass nationalistische Ideologien unter dem Eindruck aufbrechender Gesellschaftsstrukturen und zerfallender Hierarchien entstanden sind, deren Niedergang wiederum durch umfängliche Modernisierungsprozesse sowie wachsende internationale Vernetzung – Industrialisierung und Globalisierung – verursacht wurde. Sie entwickelten sich als Abwehrhaltung gegen den raschen sozialen Umbruch und die damit einhergehende Orientierungslosigkeit breiter Bevölkerungsschichten. Nationalismus ist ein Resultat der menschlichen Suche nach Sinn, nach neuen, dauerhaften Bindungen – und er gewann angesichts des rasanten Bedeutungsverlusts althergebrachter, v. a. auch religiöser Zugehörigkeiten umso mehr an Einfluss.[32]

---

[27] Zur konstitutiven und legitimierenden Bedeutung von Verwandtschaftskonzepten für nationalistische Ideologien siehe überdies die Ausführungen zu Borneman in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit.

[28] Alonso 1994: 386 f.

[29] Alonso 1994: 386.

[30] Alonso 1994: 388.

[31] Anderson 2006: 10 f.

[32] Jansen / Borggräfe 2007: 41 f; Eriksen 2002: 103.

> „With the ebbing of religious belief, the suffering which belief in part composed did not disappear. Disintegration of paradise: nothing makes fatality more arbitrary. Absurdity of salvation: nothing makes another style of continuity more necessary. What then was required was a secular transformation of fatality into continuity, contingency into meaning. As we shall see, few things were (are) better suited to this end than an idea of nation. If nation-states are widely conceded to be 'new' and 'historical', the nations to which they give political expression always loom out of an immemorial past, and, still more important, glide into a limitless future. It is the magic of nationalism to turn chance into destiny."[33]

Hier schließt sich nahtlos Eric Hobsbawms Theorie der *Invented Traditions* an, also der *erfundenen Traditionen*, die (vermeintliche) Kontinuität mit einer idealisierten Vergangenheit etablieren und dadurch Sinn stiften:

> „'Invented tradition' is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past. In fact, where possible, they normally attempt to establish continuity with a suitable historic past."[34]

Die implizierte Kontinuität sei jedoch weitgehend künstlich, so Hobsbawm. *Invented Traditions* seien nicht die logische Konsequenz vergangener Ereignisse, sondern eine Reaktion auf neue, veränderte Situationen. Sie bilden die Vergangenheit nicht ab, sondern erschaffen sie vielmehr neu. Hobsbawm zufolge sind sie ein allgemeiner Strukturmechanismus, um der fortwährend im Wandel befindlichen Moderne Stabilität abzuringen, ihr durch simple Wiederholung den Anschein von Dauerhaftigkeit zu geben.[35]

> „A striking example is the deliberate choice of a Gothic style for the nineteenth-century rebuilding of the British parliament, and the equally deliberate decision after World War II to rebuild the parliamentary chamber on exactly the same basic plan as before."[36]

Invented Traditions setzten Bruchstücke realer sozialer Praxis als Bausteine einer neuartigen symbolisch-rituellen Sinnkonstruktion zusammen, die einerseits von Grund auf modern ist, andererseits aber den Eindruck historisch gewachsener

---

[33] Anderson 2006: 11 f.

[34] Hobsbawm 2013: 1

[35] Hobsbawm 2013: 1 f.

[36] Hobsbawm 2013: 1 f.

Kontinuität erweckt.[37] Gerade in Zeiten des raschen gesellschaftlichen Umbruchs gewinnen *Invented Traditions* daher an Relevanz. Ritualisierte Praxis wird laut Hobsbawm erst dann bedeutsam, wenn reale Praxis nicht mehr existiert, wenn das Kontinuitätsbedürfnis der Menschen gestört ist und Ersatz fordert.[38]

Gerade auch ethnologische Arbeiten haben die herausragende Bedeutung von Ritualen und Symbolen für politische Prozesse immer wieder betont und dabei die Dualität von instrumenteller und emotionaler Dimension des Politischen (wie auch des Nationalen) herausgestrichen.[39] Das Zusammenspiel von Ritualen, Symbolen und Diskursen wird auch für die vorliegende Arbeit noch weiterführend von Bedeutung sein und in Abschnitt 2.3 / 2.4 daher eingehend beleuchtet. Vorerst bleibt festzustellen, dass eine nationale Gemeinschaft, um sich selbst als solche imaginieren zu können, zwangsläufig ihre eigenen nationalen Traditionen erschaffen muss, um ihre einzelnen und oftmals weit verstreuten Mitglieder dauerhaft miteinander in Beziehung zu setzen. Durch eben diese Erfindung von *gemeinsamer* Tradition und *idealisierter* Geschichte entsteht der fälschliche Eindruck, Nationen seien uralte, historisch gewachsene, quasi organische Ausdrucksformen menschlicher Lebens- und Schicksalsgemeinschaften, die sich als unumstößliche Konstanten durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ziehen und die kollektive Identität ihrer Mitglieder von Grund auf definieren.[40]

Damit ein Gedanke wie jener der *Nation* und eine Ideologie wie die des *Nationalismus* sich verbreiten und letztlich die enorme Macht entfalten konnten, die Anderson, Gellner, Hobsbawm und andere ihnen zuschreiben, bedurfte es neuer und anderer Formen der Kommunikation. „Ohne den Buchdruck, mit dessen Hilfe Flugschriften, Zeitungen und Bücher in hohen Auflagen zu erschwinglichen Preisen hergestellt werden konnten, und ohne Entstehung eines literarisch-publizistischen Marktes […] konnte es keine bürgerliche, politische Öffentlichkeit geben“.[41] Durch eben diese Öffentlichkeit, die sich inzwischen auch durch Radio, Fernsehen und nicht zuletzt das Internet konstituiert, konnte die nationale Idee, die zunächst eine Erfindung einiger weniger Intellektueller war, ihre Erfolgsgeschichte schreiben – einerseits weil moderne Massenmedien schlicht zur Verbreitung der Idee beitrugen, und andererseits weil neue

[37] Siehe hierzu auch Abschn. 2.3

[38] Hobsbawm 2013: 4 ff.

[39] Eriksen 2002: 100; siehe außerdem Vertovec 2011 und Alonso 1994. Ein aktuelles Beispiel ist überdies die Arbeit von Petrović (2018) zum Zusammenwirken von Humor und ritualisiertem Sprachgebrauch in Form von politischer Parodie.

[40] Hobsbawm 2013: 14.

[41] Jansen / Borggräfe 2007: 24 f.

Kommunikations- und Darstellungsweisen auch den individuellen Erfahrungshorizont erweiterten, also neue Formen des Denkens und Imaginierens möglich machten.[42] Vor diesem Hintergrund ist die nationale Idee im Kern ein medial vermittelter Diskurs, der aus sich selbst heraus Fakten schafft: Wenn Menschen *glauben*, dass sie eine nationale Gemeinschaft bilden, *sind* sie eine nationale Gemeinschaft.

Die Nation konstruiert sich maßgeblich via *Inklusion*, durch gemeinsame Imagination und gemeinsame, ritualisierte Symbolik. Ihre Kontinuität und Bedeutung erhält diese Art der nationalen Inklusion allerdings erst durch ihre zeitgleiche *Exklusion* gegenüber Außenstehenden:[43]

> „…the drive to homogenisation also creates stigmatised others; the external boundaries towards foreigners become frozen, and 'unmeltable' minorities within the country […] are made to stand out through their 'Otherness' and thereby confirm the integrity of the nation through dichotomisation."[44]

In diesem Sinne wird die Nation erst zur Nation durch ihre Grenzen. Nur durch das Gegenbild der *Fremden*, der *Anderen*, der *Feinde* kann sie zu einer inneren Einigung gelangen, die alle internen Widersprüche überwindet, ja, sie geradezu nichtig erscheinen lässt. „Im Krieg, so die Schlussfolgerung, wird die Nation nicht bedroht, sondern es entsteht im Gegenteil die Möglichkeit, die Nation, das Volk zu konstituieren."[45] Hier schließt sich der Kreis zu anderen Formen von Identität, die sich – wie in der Einführung zu dieser Arbeit bereits festgestellt wurde – maßgeblich durch die Gegenüberstellung von *Eigenem* und *Fremdem* definieren und dabei aus der Abgrenzung vom *Fremden* das *Eigene* erschaffen.[46]

4.) Anthony D. Smith nimmt mit dem vierten und letzten Ansatz zur Definition des Nationenbegriffs eine Zwischenposition ein zwischen den objektivistischen und den radikal dekonstruktivistischen Erklärungsversuchen. „Er hält an der Annahme eines ‚ethnischen Ursprungs' der Nation fest, also daran, dass

[42] Jansen / Borggräfe 2007: 25, siehe hierzu außerdem Anderson 2006: 24 ff sowie Eriksen 2002: 105.

[43] Jansen / Borggräfe 2007: 105.

[44] Eriksen 2002: 103 f.

[45] Jansen / Borggräfe 2007: 105; Eriksen weist darauf hin, dass der identitätsstiftende Kampf zwischen den Nationen in der heutigen Zeit oftmals weniger durch ‚Krieg' im herkömmlichen Sinne, sondern vielmehr durch sportlichen Wettkampf ausgetragen wird. (Eriksen 2002: 110).

[46] Siehe hierzu u. a. Eriksen 2002: 110; siehe überdies vertiefend Abschnitt 2.2 und 2.3 in dieser Arbeit.

gemeinsame Herkunft mehr als eine ideologische Fiktion oder eine nachträgliche Konstruktion sei".[47] Er wendet sich damit insbesondere gegen Andersons *Imagined Communities* und Hobsbawms *Invented Traditions*:

> „Smith stellt drei generelle Kritikpunkte an den von ihm als sozialkonstruktivistisch bezeichneten Theorien heraus. Erstens: Wenn der Nationalismus so leicht zu dekonstruieren ist, warum glauben dann die meisten Menschen nach wie vor an ihn? Er ist tief in Alltagssprache und Lebenswelten eingebettet. Zweitens: Die Analyse des Nationalismus als von Eliten vorangetriebene Idee übersieht den Einfluss der unteren Schichten und kann die tiefe emotionale Bindung an die Nation nicht erklären. Drittens, und das ist zentral: Die ‚sozialkonstruktivistischen' neuen Nationalismustheorien schotten sich gegen vormoderne Faktoren ab, für sie determiniert die Gegenwart den Blick auf die Vergangenheit. Aber gerade die Vergangenheit, so Smith, formt die Art und Weise, wie die Nation in der Gegenwart vorgestellt wird."[48]

Smith betont den Einfluss antiker ethnischer Gemeinschaften auf die Nationsbildungsprozesse der Gegenwart,[49] hat es jedoch weitgehend versäumt, diese These empirisch zu untermauern. Ob moderne Nationen wie die der US-Amerikaner sich zielführend mit dem Rückgriff auf einen ‚realen' ethnischen Ursprung erklären lassen, bleibt daher fragwürdig. Schon Ernest Gellner erhob gegen Smith den Einwand, dass viele heutige Nationen keine offensichtlichen Kontinuitäten zu ethnischen Gruppen der Vergangenheit aufweisen und sich insofern nicht durch deren bloßes Fortwirken erklären lassen. Als Beispiel führte er die estnische Nation an, die nicht einmal in Form ihres Namens Bezüge zu möglichen ethnischen Vorgängern herstellt.[50]

Derzeit wird die wissenschaftliche Debatte – ungeachtet der Kritik Anthony D. Smiths – von einer dekonstruktivistischen Perspektive dominiert, die *Nationen* als Konstrukte und *Nationalismus* als Diskurs begreift.[51] In der Tat lassen sich Smiths obengenannte Kritikpunkte mit Hilfe einer diskursanalytischen Perspektive allzu leicht entkräften. Die enorme Machtentfaltung und gesellschaftliche Verselbstständigung nationalistischer Ideologien sowie ihre geschichtsverzerrende und die Wahrnehmung beugende Wirkung sind eine direkte Folge ihres Diskurscharakters. Sowohl der Diskursbegriff an sich als auch die Funktionsweise dieses, insbesondere von Michel Foucault geprägten theoretischen Konzepts, werden in Abschnitt 2.4 dieser Arbeit noch eingehender erläutert werden. Nachdem nun

[47] Jansen / Borggräfe 2007: 15.
[48] Jansen / Borggräfe 2017: 100 f.
[49] Siehe hierzu u. a. Smith 1992.
[50] Jansen / Borggräfe 2017: 101 ff.
[51] Jansen / Borggräfe 2007: 15; zur Kritik an Smith siehe außerdem S. 103 f.

aber im vorliegenden Abschnitt 2.1 zunächst die Dichotomisierung von Eigenem und Fremdem als Charakteristikum jeder nationalistischen Konstruktion herausgearbeitet wurde, soll im Folgenden zuerst einmal untersucht werden, inwiefern sich diese Dichotomie ggf. wieder auflösen oder überbrücken lässt, unter welchen Bedingungen also ein Grenzübertritt möglich und durch *Integration* Fremdes zu Eigenem wird.

2.2 Identität und Integration: Von Assimilation bis Kosmopolitismus

Wie bereits hinlänglich deutlich geworden ist, sind populäre Konzeptionen von *Nation* unauflöslich mit populären Konzeptionen von (sozialer) *Identität*[52] verknüpft. Klassischerweise entwerfen Nationalismen kollektive Visionen von imaginierter Gemeinschaft, beziehen diese auf ein gemeinsames Territorium sowie eine gemeinsame politische Organisationsform und befrachten sie überdies mit mehr oder minder statischen Vorstellungen von kollektiver Identität. Steven Vertovec trägt diesem Dreiklang mit seinem *IBO-Modell* Rechnung:

> „A key device for constructing the national imaginary is the conceptual triad identities-borders-orders [IBO]. In this formulation, (*a*) some sense of cultural identity is presumed to characterize a people; (*b*) this identity/people is believed to be contiguous with a territory, demarcated by a border; (*c*) within the border, laws and a moral economy underpin a specific social and political order. This order, which is conceived to be different from orders outside the border, both draws on and reinforces the sense of collective identity."[53]

Im vorangegangenen Abschnitt 2.1 ist die nationalistische Bedeutung von *kultureller* Identität – oder *Ethnizität* – bereits in besonderem Maße hervorgetreten. Ethnizität – nach Eriksen definiert als „relationships between groups which consider themselves, and are regarded by others, as being culturally distinctive"[54] – ist für nationalistische Ideologien auf zweifache Weise relevant. Zum einen

---

[52] *Persönliche* Identität „bezeichnet den Einzelnen als biograph. Einheit mit Identitätsmerkmalen (z. B. Name, Adresse, Aussehen, Lebenslauf), die ihn von Anderen unterscheiden". Dementgegen bezeichnet *soziale* Identität „ihn als Teil einer gesellschaftlichen Gruppe, in der er eine soz. Position (z. B. Rolle, Status, Amt, Beruf) einnimmt". (Haller 2005: 93); siehe hierzu außerdem Appiah 2018: 3 ff.

[53] Vertovec 2011: 245 f (Hervorhebung im Original).

[54] Eriksen 2002: 4

wird nationale Identität (im Sinne eines objektivistischen Nationenverständnisses) häufig mit ethnischer Identität gleichgesetzt, zum anderen werden ethnische Minderheiten innerhalb des nationalen Staates oft als kulturell Fremde essentialisiert und auf Grundlage dessen stigmatisiert.[55] Da ethnische Identität neben der kulturellen Homogenität von Gruppenmitgliedern auch deren gemeinsame Abstammung betont, gibt es überdies eine fließende Grenze zwischen Vorstellungen von Ethnizität und Vorstellungen von *‚Rasse'*.[56] ‚Rasse' ist ein kulturelles Konstrukt und als solches ein ideologisches Denkmodell des *Rassismus*. Rassistische Vorstellungen gehen davon aus, dass Identität und Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich durch erbliche Faktoren bedingt sind und dass sich eben diese erblichen Faktoren systematisch zwischen Menschengruppen unterscheiden.[57] Vor diesem Hintergrund definiert Silverstein das Konzept der ‚Rasse' wie folgt:

> „…*race* is defined as a cultural category of difference that is contextually constructed as essential and natural – as residing within the very body of the individual – and is thus generally tied, in scientific theory and popular understanding, to a set of somatic, physiognomic, and even genetic character traits."[58]

In der deutschen wissenschaftlichen Debatte hatte der Rassebegriff v. a. im nationalsozialistischen Dritten Reich hohe Konjunktur, aber auch schon vor dieser Zeit waren Vorstellungen von ‚Rasse' weit verbreitet. Friedrich Meineckes These von der quasi natürlichen deutschen Kulturnation weckt starke Assoziationen mit rassistischer Ideologie. Ein weiteres Beispiel in diese Richtung ist überdies das vom Hamburger Museum für Völkerkunde (!) geförderte Werk *Die Elbinsel Finkenwärder* von Walter Scheidt und Hinrich Wriede aus dem Jahr 1927. In der ersten Hälfte dieses Buches setzt sich Wriede mit dem kulturellen ‚Volkstum' besagter Elbinsel auseinander. Die zweite, von Scheidt verfasste Hälfte ist eine rassenkundliche Abhandlung, die sich mit der Katalogisierung und Klassifizierung äußerlicher Körpermerkmale befasst, um anhand selbiger auf den ‚typischen

---

[55] Siehe hierzu die Ausführungen in Abschnitt 2.1 sowie in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit.

[56] Eriksen 2002: 6. Der Begriff ‚Rasse' wird in dieser Arbeit in Anführungsstriche gesetzt, um – angesichts seiner besonderen historischen Problematik – hervorzuheben, dass es sich bei diesem Konzept um ein kulturelles Konstrukt handelt und nicht etwa um eine biologische Tatsache.

[57] Eriksen 2002: 5

[58] Silverstein 2005: 364 (Hervorhebung im Original).

Finkenwärder' bzw. die ‚typische Finkenwärderin' (und damit letztlich auch auf die ‚typischen Norddeutschen') zu schließen.[59]

Ganz im Gegensatz zu solchen fragwürdigen historischen Vorläufern gibt es inzwischen einen internationalen wie interdisziplinären wissenschaftlichen Konsens darüber, dass ‚Menschenrassen' als biologische Tatsache nicht existieren – erstens, weil es schon immer Vermischung und Austausch zwischen den als ‚Rassen' bezeichneten Menschengruppen gab, zweitens, weil es innerhalb besagter Gruppen häufig größere genetische Varianz gibt, als systematische Unterschiede zwischen ihnen festzustellen wären, und drittens, weil kein offensichtlicher Zusammenhang besteht zwischen kulturellen und biologischen Charakteristika.[60] Nichtsdestoweniger sind Vorstellungen von ‚Rasse' als *Folk Concept* immer noch präsent in der öffentlichen Debatte und üben nach wie vor einen machtvollen Einfluss aus auf kollektive Konstruktionen von Identität im Allgemeinen und kollektive Konstruktionen von Nation im Besonderen. Rassistische Ideologien richten sich dabei auch und v. a. gegen migrantische Minderheiten im eigenen Staat.[61] So bemerkt Silverstein:

> „In spite of repeated critiques of race as a scientific concept and analytic model, race remains salient in the everyday lives of immigrants in Europe, as an inescapable social fact whose vitality and volatility only appear to be increasing."[62]

Den Prozess der Essentialisierung, Naturalisierung und / oder Biologisierung von sozialen Merkmalen (wie etwa Kultur, Identität, Klasse, soziale Rolle, etc.) bezeichnet Silverstein als *Racialisation* (vielleicht am besten zu übersetzen mit *Rassifizierung*).[63] Rassifizierung und Rassismus sind gleichermaßen mächtige Instrumente sozialer Grenzziehung und Stigmatisierung. Ihr Wirken muss daher bei jeder Analyse nationalistischer Glaubenssysteme genauestens beobachtet werden. Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund, dass rezente rassistische Ideologien vermehrt von rein biologistischen Argumentationslinien Abstand nehmen und stattdessen *kulturelle Differenz* als „immutable basis of identity and

---

59 Scheidt / Wriede 1927.

60 Eriksen 2002: 5

61 Silverstein 2005: 364 f.

62 Silverstein 2005: 364 f.

63 Silverstein 2005: 364.

belonging“ inszenieren.[64] Dieser so genannte *New Racism*[65] wird in der Literatur an verschiedener Stelle als *Kulturfundamentalismus* betitelt[66] und von Carola Lentz wie folgt beschrieben:

> „Die Vorstellung von kulturellen Eigenheiten, von Fremdheit als Integrationshindernis, ist weit verbreitet. Einzelne Migranten oder auch Migrantengruppen werden als typische Vertreter einer spezifischen Kultur dargestellt und wahrgenommen. Kultur wird dabei regelrecht zum Kampfbegriff […]. Untersucht man die rhetorischen Strategien in der öffentlichen Debatte über Migration, tritt der Begriff Kultur oft an die Stelle von älteren, heute als politisch inkorrekt gebrandmarkten Begriffen. Es ist nicht mehr die Rede von Rassenunterschieden. Aber: ‚Kultur' wird wie einst der Rassebegriff verwendet; über die unausweichliche Determination menschlichen Verhaltens durch Kultur wird gesprochen wie einst über die Prägung durch Rasse. Man könnte diese Sichtweise als Kulturfundamentalismus bezeichnen, in Anlehnung an den Fundamentalismusbegriff im Blick auf Religion. Und diesen Kulturfundamentalismus finden wir interessanterweise nicht nur bei rechtsnationalen Verteidigern einer deutschen Leitkultur, sondern auch bei linksliberalen Verfechtern eines fröhlichen Multikulturalismus; er schwingt sogar in Deklarationen der Vereinten Nationen über kulturelle Rechte von Individuen mit, insbesondere aber Rechte von Kollektiven auf ihre ‚eigene Kultur'.“[67]

Kulturfundamentalismus (oder Essentialismus, wie er in der Ethnologie klassischerweise genannt wird), wird in Abschnitt 2.3 noch weiterführend von Bedeutung sein, wenn es um die analytische Betrachtung des Kulturbegriffs geht. Vorerst bleib an dieser Stelle anzumerken, dass durch die Ausdehnung des wissenschaftlichen Rassismusbegriffs auf kulturfundamentalistische Ideologien die Grenze zwischen Ethnizität und ‚Rasse' umso mehr verschwimmt. So argumentiert u. a. Eriksen:

> „…the boundaries between race and ethnicity tend to be blurred, since ethnic groups have a common myth of origin, which relates ethnicity to descent, which again makes it a kindred concept to race. It could moreover be argued that some 'racial' groups are ethnified, such as American blacks who have gradually come to be known as African-Americans; but also that some ethnic groups are racialised, as when immutable traits are accorded to ethnic minorities; and finally, there are strong tendencies toward the ethnification of certain religious groups, such as European Muslims. Formerly known by their ethnic origin, they are increasingly lumped together as primarily 'Muslims'. Finally [the] notion of *new racism* seems to explode the analytical usefulness of the

---

[64] Silverstein 2005: 365 f.

[65] Silverstien 2005: 365.

[66] So u. a. in Grillo 2003 und Vertovec 2011.

[67] Lentz 2016: 27 f.

> distinction. The new racism talks of cultural difference instead of inherited characteristics, but uses it for the same purposes: to justify a hierarchical ordering of groups in society."[68]

Eriksen weist hier daraufhin, dass neben ethnischen und rassistischen Identitätskonstruktionen, auch *religiöse Identität* im nationalistischen Kontext eine Rolle spielt. Die von Eriksen angesprochene Essentialisierung und Ethnisierung (oder Rassifizierung?) muslimischer (Minderheiten-)Identität ist dabei nur ein Beispiel unter vielen (wenn auch ein aktuell besonders relevantes). Gerade im deutschen Kontext waren darüber hinaus auch andere religiöse Gruppen Gegenstand nationalistischer Abwehrhaltung. Das prominenteste Beispiel (nicht nur zur Zeit des Nationalsozialismus aber währenddessen auf horrible Weise) bildet hier zweifelsohne die Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung deutscher Juden und Jüdinnen. Im 19. Jahrhundert war für das nationale Selbstverständnis überdies die identitäre Unterscheidung zwischen Protestant_innen und Katholik_innen maßgebend. So berichtet Georg Elwert:

> „Es wurde gefragt, ob ein Katholik Deutscher sein könne. Wer einer Autorität jenseits der Alpen (daher das Schimpfwort ultra-montan) gehorcht, kann zumindest nicht loyal sein."[69]

Die Essentialisierung, Ethnifizierung und (v. a. im jüdischen Fall) Rassifizierung religiöser Minderheiten ist demnach ein überaus verbreitetes Phänomen. Ebenso verbreitet ist zudem die bereits in Abschnitt 2.1 angesprochene quasi-religiöse Aufladung nationalistischer Ideologien im Sinne einer (säkularen) Staatsreligion. In Bezug auf die USA nutzt Simon Coleman (im Anschluss an Robert Bellah) für diese Form des Nationalismus den Begriff *civil religion*. Religiöse Elemente eines konservativen Protestantismus werden mit staatsnationalen Idealen von Pluralismus und Säkularismus sowie Vorstellungen von einer gottbefohlenen nationalen Mission vermengt, wodurch eine Art überkonfessionelle Staatsreligion entsteht, die durch die Polysemie ihrer Rituale und Symbole (trotz ihres christlichen Ursprungs) mit unterschiedlichsten Weltanschauungen kompatibel bleibt. Die *civil religion* leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer gemeinsamen nationalen Identität (über religiöse Grenzlinien hinweg) und bietet dennoch auch Anknüpfungspunkte für ein Wiedererstarken fundamental protestantischer Glaubenssysteme.[70]

---

68 Eriksen 2002: 6 (Hervorhebung im Original):

69 Elwert 2001: 132.

70 Coleman 2002.

Die Verquickung von Nation und Religion, wie Coleman sie in den USA beobachtet, ist nur ein Fall von vielen. Die im Sammelband *Questioning the Secular Faith* von David Westerlund herausgegebenen Arbeiten zeigen weitere Beispiele für den Einfluss religiöser Weltbilder im politischen Kontext.[71] Ohne weiterführend in diese Thematik vordringen zu wollen, lässt sich feststellen, dass Ethnizität, ‚Rasse' und religiöse Identität ineinanderfließende Konstruktionen sind, die im Prozess der nationalen Abgrenzung besondere Bedeutung erlangen. In diesen Dreiklang fügen sich des Weiteren subnationale (regionale) und transnationale (oder postnationale?) Identitäten ein. So weisen verschiedene Autor_innen darauf hin, dass die Identifikation mit regionalen kulturellen Spezifika oft und gern von nationalistischen Ideologien vereinnahmt wird, um über die emotionale Bindung an die (erlebbare) lokale Ebene eine emotionale Bindung an die (abstrakte) Nation zu vermitteln. Verkaaik demonstriert dies anhand von Einbürgerungsfeiern in den Niederlanden, die sich – als nationales Ritual – lokaler folkloristischer Kulturfragmente bedienen, um eine rituell-symbolische Vision von Nation zu inszenieren.[72] Unter Verweis auf ethnologische Vorarbeiten identifiziert der Soziologe Florian Elliker in seiner diskursanalytischen Untersuchung der Schweizer *Volksinitiative für demokratische Einbürgerung* aus dem Jahr 2008 (u. a.) eine Konzeption der schweizerischen Nation als föderatives Konglomerat lokal verwurzelter, ‚organischer' und konsequent selbstbestimmter Gemeinschaften.[73] Wade stellt in Bezug auf Kolumbien fest, dass selbst regionale Musikstile, die ihren Ursprung in marginalisierten Bevölkerungsgruppen haben, der privilegierten Mehrheit als nationales Symbol dienen können, wenn die verschiedenen mit der Musik assoziierten (positiven wie negativen) Bedeutungsgehalte in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechend verhandelt und gewichtet werden.[74] Clarke wiederum findet bei seiner Untersuchung von Identitätskonstruktionen in Plymoth und Bristol heraus, dass viele seiner Informant_innen sich eine Aufwertung ihrer englischen Identität gegenüber / als Teil von ihrer britischen (nationalen) Identität wünschen. Während ‚britisch Sein' eher mit transnationaler Einbindung in Europa und das weitere globale System assoziiert wird (im Sinne einer trans- oder postnationalen Identität), steht ‚englisch Sein' für die lokale emotionale Verwurzelung.[75] In ähnlicher Weise beobachtet Forsythe

[71] Westerlund 2002.

[72] Verkaaik 2010: 70, 74 ff.

[73] Elliker 2013: 63 f, 293.

[74] Wade 2000: 234 f.

[75] Clarke 2009: 115–119.

in der BRD der 1980er Jahre, dass in der Bevölkerung neben einer national-deutschen auch verschiedene regional-deutsche (v. a. im süddeutschen Raum) sowie eine starke trans- oder postnationale EU-Identifikation zu beobachten sind. Insbesondere diese transnationale europäische Identitätskategorie ist so mächtig, dass Deutsche, die diese Kategorie für sich in Anspruch nehmen, feindselig reagieren, wenn man andere Nord- und Mitteleuropäer_innen ihnen gegenüber als Ausländer_innen bezeichnet.[76]

Wie sich gezeigt hat, gibt es eine lange Liste potenzieller Identitätskonstruktionen, die im Rahmen nationalistischer Ideologien zu Bedeutung gelangen können. Diese Liste ist hier in keiner Weise erschöpfend dargestellt. So wäre u. a. auch *politische Identifikation* zu nennen, beispielsweise in Form der kollektiven Imagination einer demokratischen Staatsnation, wie Brubaker sie Frankreich attestiert,[77] oder etwa in Bezug auf die tragende Rolle, welche die politische Revolutionsgeschichte (v. a. in intellektuellen Kreisen) für die Definition von kubanischer (nationaler) Identität spielt.[78] Einige Autor_innen (v. a. aus dem feministischen Kontext) haben überdies argumentiert, dass *Gender* und *sexuelle Identität* für das Verständnis nationaler Imaginationen von ebensolcher Relevanz sind.[79] Ihr Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte ist überaus bereichernd und fruchtbar, kann hier jedoch nicht im Detail erörtert werden. Stattdessen soll – nachdem nun zur Genüge demonstriert wurde, dass nationalistische Ideologien identitäre Grenzlinien ziehen – im Folgenden gefragt werden, wie diese Grenzlinien ggf. überwunden und (essentialisierte) Fremde in die Nation (sowie den dazugehörigen Staat) *integriert* werden können.

Integration: Wenn das Fremde zum Eigenen wird

In Politik und Medien ist der Begriff *Integration* ständig präsent. Das Konzept wird oft und gerne bemüht, um damit in den unterschiedlichsten Kontexten die unterschiedlichsten Dinge zu bezeichnen. Integration ist Gegenstand hitziger Diskussionen, Dreh- und Angelpunkt unvereinbarer, diametral auseinanderklaffender politischer Positionen. Da der Begriff dabei nur äußerst selten definiert wird, ist er zu einem unscharfen Containerkonzept verkommen, das verschiedenste Ansätze, Perspektiven und Theorien umfassen kann und dadurch in der öffentlichen Debatte zur Legitimation gänzlich gegenläufiger Sichtweisen herangezogen wird. Vor diesem

---

[76] Forsythe 2016: 152 ff.

[77] Siehe Abschnitt 2.1

[78] Siehe hierzu u. a. Kapcia 1982.

[79] Siehe hierzu u. a. Alonso 1994.

Hintergrund ist es unabdingbar, der Analyse populärer *Folk Concepts* von Integration eine Analyse ihrer wissenschaftlichen Gegenstücke voranzustellen. Diese wissenschaftlichen Gegenstücke lassen sich ihrerseits grob in zwei separate Lager aufspalten: *Deskriptive Ansätze* und *normative Ansätze*.

Deskriptive Ansätze haben einen beschreibenden Charakter. Ihr Anspruch ist es, reale gesellschaftliche Zusammenhänge empirisch zu erfassen und theoretisch einzuordnen.[80] Sie zeichnen sich v. a. dadurch aus, „daß unmittelbar empirisch ermittelte Sachverhalte zu relativ einfachen Generalisierungen verarbeitet werden. Wissenschaftslogisch gesehen handelt es sich um die Verallgemeinerung induktiv gewonnener Erkenntnisse zu theoretischen Aussagen, unter die empirisch überprüfte Fälle subsumiert werden".[81] *Normative Ansätze* entwerfen hingegen „systematische, in sich geschlossene Argumentationszusammenhänge zur Bewertung politischen Handelns und politischer Ordnung".[82] Sie formulieren also die Vision eines idealen Zustands, den es zu erreichen gilt und an dem die Realität sich messen lassen muss. Auf diese Weise unterziehen sie den Status quo einer kritischen Diagnose.[83]

Im weiteren Verlauf dieses Unterkapitels sollen beide Strömungen von Integrationstheorien – die deskriptive wie die normative – näher beleuchtet werden. Da die renommiertesten Varianten beider Traditionen in anderen wissenschaftlichen Disziplinen als der Ethnologie geprägt wurden, wird im Anschluss daran eine kritische Betrachtung des interdisziplinären Erkenntnisstandes aus ethnologischer Sicht erfolgen. Zu diesem Zweck wird ein theoretischer Rückgriff auf die obigen Ausführungen zu Identität von Nöten sein. Insbesondere das ethnologische Verständnis von Ethnizität gelangt dabei zu entscheidender Bedeutung.

Deskriptive Theorien

Einer der wichtigsten und meistzitierten Vertreter der deutschsprachigen Integrationsforschung ist der Soziologe Hartmut Esser. Er verfolgt einen deskriptiven Ansatz, dessen Ziel es ist, aus empirischen Erkenntnissen allgemeine Gesetzmäßigkeiten abzuleiten. In einem ersten Schritt definiert er *Integration* wie folgt:

> „Unter Integration wird – ganz allgemein – der Zusammenhalt von Teilen in einem ‚systemischen' Ganzen verstanden, gleichgültig zunächst worauf dieser Zusammenhalt beruht. Die Teile müssen ein nicht wegzudenkender, ein, wie man auch sagen könnte, ‚integraler' Bestandteil des Ganzen sein. Durch diesen Zusammenhalt der

[80] Nohlen 2010: 159.

[81] Nohlen 2010: 160.

[82] Rieger 2010a: 665.

[83] Rieger 2010a: 665.

> Teile grenzt sich das System dann auch von einer bestimmten ‚Umgebung' ab und wird in dieser Umgebung als ‚System' identifizierbar."[84]

Des Weiteren können, so Esser, zu analytischen Zwecken zwei Dimensionen von Integration unterschieden werden. Er bezieht sich dabei auf den britischen Soziologen David Lockwood: *Systemintegration* bezeichnet gewisse Beziehungen zwischen den Teilen eines Systems. *Sozial-integration* bezeichnet gewisse Beziehungen zwischen dessen Akteur_innen bzw. die Einbeziehung von Akteur_innen in das System selbst.[85] Obwohl System- und Sozialintegration zwei verschiedene Prozesse sind, die ggf. auch unabhängig voneinander verlaufen können, sind sie nicht gänzlich voneinander entkoppelt. So setzt Systemintegration, laut Esser, immer auch ein gewisses Mindestmaß an Sozialintegration voraus, um dauerhaft zu funktionieren.[86]

Wenn über die Integration von Migrant_innen diskutiert wird, ist damit zumeist die Dimension der Sozialintegration angesprochen.[87] Esser unterscheidet hierbei vier verschiedene Varianten:

1.) Kulturation ist die Aneignung von Wissen und Kompetenzen, die Akteure und Akteurinnen für „ein sinnhaftes, verständiges und erfolgreiches Agieren und Interagieren" in der Gesellschaft benötigen, so v. a. „die Kenntnis der wichtigsten Regeln für typische Situationen und die Beherrschung der dafür nötigen (kulturellen) Fertigkeiten, insbesondere sprachlicher Art".[88] Dabei ist die *Enkulturation* – der erstmalige Erwerb von Wissen und Kompetenzen durch Sozialisation in die Herkunftsgesellschaft – von der *Akkulturation* – das Umlernen, bzw. Neulernen von Regeln und Fertigkeiten beim Wechsel in eine anderer Gesellschaft – zu unterscheiden.[89]

2.) Platzierung bezeichnet „die Besetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Position durch einen Akteur" oder eine Akteurin, also deren Eingliederung „in ein bereits bestehendes und mit Positionen versehenes soziales System".[90] Prominente Beispiele sind die Besetzung beruflicher Stellen und – von besonderem Interesse im Kontext dieser Arbeit – die Verleihung staatsbürgerschaftlicher Rechte im Zuge der Einbürgerung.[91] Platzierung steht laut Esser in enger Beziehung zur Kulturation.

---

[84] Esser 2001: 1
[85] Esser 2001: 3
[86] Esser 2001: 5
[87] Esser 2001: 8
[88] Esser 2001: 8
[89] Esser 2001: 9
[90] Esser 2001: 9
[91] Esser 2001: 9

Einerseits kann eine vorteilhafte Platzierung maßgeblich zum Erwerb bestimmter Kompetenzen beitragen, andererseits „ist die Kulturation oft ein wichtiger Filter […] für die Plazierung (sic!) der Akteure“ und Akteurinnen.[92] Für Esser sind durch Kulturation erworbene Wissensbestände und Kompetenzen demnach eine Form von *Humankapital*[93], welches (mehr oder weniger) zwingend erforderlich ist, um gewinnbringende Positionen in der Gesellschaft zu erreichen.[94]

3.) Interaktion ist „ein Spezialfall des sozialen Handelns, bei dem sich die Akteure wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so, und über ihre Orientierungen und ihr Handeln, Relationen miteinander bilden.“[95] Dies tun sie durch „gedankliche Koorientierung“, „symbolische Interaktion“ sowie „Kommunikation“ und durch die Aufnahme von „sozialen Beziehungen“.[96] Der Erfolg von Interaktionen beruht dabei immer auf wechselseitigen Bemühungen. Angebote zur Interaktion müssen gemacht und auch angenommen werden, damit Sozialintegration auf diesem Wege funktionieren kann. Hierfür müssen Platzierung und Kulturation im Vorfeld die notwendigen Voraussetzungen schaffen.[97]

4.) Identifikation bedeutet, dass der Akteur / die Akteurin sich selbst und das soziale System „als eine Einheit sieht und mit ihm ‚identisch‘ wird“, wobei diese Identifikation verschiedene Formen und Intensitäten annehmen kann.[98] Sie kann von der Entwicklung einer kollektiven Identität (unter Zurückstellung der individuellen Bedürfnisse) über eine Art „Bürgersinn“ (Unterstützung des Systems im Austausch gegen die Garantie bürgerlicher Rechte und Freiheiten) bis hin zur bloßen Hinnahme der gesellschaftlichen Bedingungen (ohne jede aktive Unterstützung) reichen.[99] So wie die Interaktion resultiert auch die Identifikation letztlich aus einer erfolgreichen Platzierung und Kulturation der Zugewanderten.[100]

Neben den vier Varianten der Umsetzung von Sozialintegration differenziert Esser überdies vier unterschiedliche Verlaufsformen, bzw. Ausgänge derselben:

---

[92] Esser 2001: 10.

[93] Humankapital ist ein „aus dem engl. (*human capital*) entlehnter Begriff der Bildungsökonomie zur Bezeichnung der auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Fertigkeiten eines Individuums bzw. Ausdruck für das allg. Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen in einer Volkswirtschaft.“ (Thibaut 2010: 378, Hervorhebung im Original).

[94] Esser 2001: 8 f.

[95] Esser 2001: 10.

[96] Esser 2001: 10 f.

[97] Esser 2001: 11.

[98] Esser 2001: 12.

[99] Esser 2001: 12–15.

[100] Esser 2001: 17.

1.) Marginalität ist nach Essers Verständnis ein typisches Ergebnis von Migration in der ersten Generation. Dabei lösen sich die Akteur_innen von ihrem Herkunftsland (bzw. von ihrer ethnischen Community im Zielland), um dadurch die Sozialintegration (Platzierung, Kulturation, Interaktion, Identifikation) in die Aufnahmegesellschaft zu erreichen. Diese misslingt allerdings, bzw. kann aufgrund mangelnder Möglichkeiten und Potenziale nur unzureichend vollzogen werden. Daraus folgt eine völlige Herauslösung aus allen sozialen Zusammenhängen sowohl der ethnischen Gruppe als auch der Gesamtgesellschaft. „Der marginale Akteur [respektive die Akteurin] ist ein ausgestoßener, einsamer und heimatloser Fremder, wohin auch immer er geht".[101]

2.) Segmentation bezeichnet die Eingliederung in den sozialen Kontext der eigenen ethnischen Community OHNE Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft. Solche ethnischen Gemeinden fungieren „oft gerade wieder für die erste Generation als Auffangstation und puffern manche Belastung aus der Migrationssituation wirksam ab", verhindern aber gleichzeitig die weitere Sozialintegration in die Gesamtgesellschaft (Platzierung, Kulturation, Interaktion, Identifikation), ggf. auch der nachfolgenden Generationen.[102]

3.) Mehrfachintegration in die ethnische Community UND die Mehrheitsgesellschaft ist Esser zufolge eine eher theoretische Möglichkeit der Sozialintegration und fällt empirisch betrachtet kaum ins Gewicht. „Sie verlangt die soziale Integration in mehrere, kulturell und sozial unterschiedliche Bereiche gleichzeitig. Manifestationen wären die Mehrsprachigkeit, die Mischung der sozialen Verkehrskreise und eine ‚doppelte' oder mehrfache Identifikation oder ‚Identität'".[103] Dies sei nur für Diplomat_innenkinder, Akademiker_innen oder andere *Kosmopolit_innen* ein realistisches Szenario. Gerade auch die Entwicklung multipler Identitäten bleibt laut Esser eine absolute Ausnahmeerscheinung. Allein schon aufgrund der allgemeinen psychologischen Neigung „kollektive Zugehörigkeiten in einfachen ‚binären' Mustern zu strukturieren", sei Mehrfachidentifikation ein äußerst ungewöhnlicher Sonderfall.[104]

4.) Assimilation ist nach Essers Schlussfolgerung die einzig zielführende und realistische Variante der Sozialintegration, nämlich die alleinige oder zumindest maßgebliche Orientierung an der Aufnahmegesellschaft unter Loslösung aus allen integrativen Kontexten der Herkunftsgesellschaft (inklusive einer etwaigen im Zielland befindlichen ethnischen Community). Esser definiert Assimilation allerdings

[101] Esser 2001: 20.
[102] Esser 2001: 20.
[103] Esser 2001: 20 f.
[104] Esser 2001: 21, 23.

nicht als vollständige kulturelle Angleichung. Vielmehr versteht er darunter die Beseitigung *systematischer Unterschiede* „in der Verteilung gewisser Eigenschaften und Ressourcen über die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft" hinweg.[105] Ziel ist also nicht die kulturelle Verschmelzung des Individuums mit der Masse. Kulturelle Vielfalt bleibt möglich, aber eben nur auf individueller Ebene. „Insofern bedeutet die so verstandene Assimilation letztlich die ‚Individualisierung' der Eigenschaften und Merkmale und die Auflösung ‚kollektiver' Grenzen", insbesondere in Form von eigenständigen ethnischen Gruppen.[106] Ein gewisses Maß an Kulturation ist laut Esser darüber hinaus immer erforderlich, da moderne Gesellschaften zwangsläufig eine dominante *Leitkultur* aufweisen. Ihre Institutionen sind von vordefinierten kulturellen Regeln bestimmt und die Interaktion mit ihnen verlangt daher ein spezifisches kulturelles Wissen.[107] Jenseits dieses Mindestmaßes sind Kultur und Religion jedoch als Privatsache zu betrachten und gesellschaftlich auch als solche zu behandeln.[108]

Assimilationstheorien wie diejenige Essers haben in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition, insbesondere in den USA, wo sie ursprünglich entwickelt wurden:

> „Lange Zeit galt, trotz aller Kritik in vielen Details, die Hypothese von der schließlichen ‚Assimilation' der fremdethnischen Migranten als letztlich zutreffende Zusammenfassung der empirischen Vorgänge in den klassischen Einwanderungsländern wie die USA, Kanada oder Australien. Zwar ist das Konzept dieser klassischen Assimilationstheorie [Classic Theory of Assimilation] von Beginn an umstritten gewesen, und selbst in den deutlichsten Formulierungen, etwa bei Park, Gordon, Price oder Eisenstadt, finden sich immer wieder auch einschränkende Bemerkungen. Spätestens jedoch im Zuge der so genannten ‚New Immigration' nach 1965 hat es speziell in den USA erhebliche Diskussionen um seine Haltbarkeit gegeben."[109]

Ging man ursprünglich von der Desintegration ethnischer Gruppengrenzen im Generationenverlauf und der Auflösung von kultureller Vielfalt im *Melting Pot* der US-amerikanischen Gesellschaft aus, so wurde im Zuge der sogenannten *New Immigration* (gemeint sind neue Immigrationswellen aus nicht-europäischen Ländern[110])

[105] Esser 2001: 22.
[106] Esser 2001: 23.
[107] Esser 2001: 24.
[108] Esser 2001: 72.
[109] Esser 2008: 82.
[110] Siehe hierzu u. a. Massey 1995.

mehr und mehr offensichtlich, dass ethnische Kategorien sich in der Tat eher verstetigen und eine fortschreitende gesellschaftliche Pluralisierung herbeiführen.[111] Als Antwort darauf wurden neue theoretische Ansätze entwickelt. Der prominenteste von ihnen ist die *Theory of Segmented Assimilation*:

> „In opposition to the standard theory of assimilation, which envisions incorporation as involving ultimately some form of minority-group inclusion in the societal mainstream, linked to a decline in the disadvantages or ethnic penalties connected with immigrant origins, the theory of segmented assimilation posits three incorporation modalities. One is mainstream assimilation, but another is assimilation into a disadvantaged minority status, frequently described as 'downward' assimilation. The third option is a pluralist one – 'parallel integration' one could call it – whereby members of an immigrant minority are able to extract social and economic advantages by keeping some aspects of their lives within the confines of an ethnic matrix (e.g. ethnic economic niches)."[112]

Die *Theory of Segmented Assimilation* basiert im Wesentlichen auf drei Grundsatzüberlegungen: 1.) Gesellschaften sind niemals homogen. In jeder Gesellschaft gibt es benachteiligte soziale Gruppen und insofern ist nicht jede Assimilation an die Aufnahmegesellschaft grundsätzlich positiv zu bewerten. Assimilation an sozial und ökonomisch schlechter gestellte Milieus kann erhebliche negative Folgen für die Assimilierenden sowie deren Folgegenerationen mit sich bringen und eine dauerhafte soziale Stagnation bewirken. 2.) Ethnische Ressourcen (Netzwerke, Sprache, etc.) können einer solchen *Downward Integration* entgegenwirken. Die *Classic Theory of Assimilation* hatte diesen Gedanken noch abgelehnt und ethnische Kapitalien eher als nutzlos oder sogar als Defizit betrachtet. 3.) Anders als die *Classic Theory of Assimilation* geht die *Theory of Segmented Assimilation* außerdem davon aus, dass die einzelnen Varianten von Assimilation (strukturell, kulturell, sozial, identifikativ) nicht eindimensional miteinander verkoppelt sind. So ist strukturelle Eingliederung in die Gesellschaft (Platzierung) durchaus auch ohne kulturelle Assimilation (Kulturation) möglich, beispielsweise in Form von *Parallel Integration* (Segmentation).[113]

Gegenüber der *Theory of Segmented Assimilation* ist durch Soziologen wie Richard Alba und Victor Nee kritisch angemerkt worden, dass die *New Immigration* tatsächlich gar nicht so grundsätzlich verschieden von früheren Immigrationswellen verläuft, wie dies zu einem frühen Zeitpunkt angenommen wurde. Neuere empirische Befunde weisen darauf hin, dass *Mainstream Assimilation* nach wie vor eine

[111] Esser 2008: 82.
[112] Alba 2008: 38.
[113] Esser 2008: 84 f.

weitaus größere Rolle spielt, als ihr von der *Theory of Segmented Assimilation* zuerkannt wird. Als Reaktion darauf entstand die *Neo-Assimilation Theory* von Alba und Nee.[114] Diese rückt von der Homogenitätsbehauptung der klassischen Assimilationstheorie ab und erkennt an, dass moderne Gesellschaften heterogene Gebilde sind:

> „Zwar gebe es nach wie vor in jeder Gesellschaft einen […] Mainstream, allein weil es, bei aller postmoderner Fluidität, in jeder Gesellschaft auch einige zentrale institutionelle und kulturelle Kernbereiche gebe. Dieser Mainstream aber wandele sich beständig, wenngleich deutlich träger als die Einzelvorgänge individueller Reaktionen, wobei an der Konstitution des Mainstreams im Prinzip alle Gruppen und kulturellen Einflüsse ‚interaktiv' beteiligt sind."[115]

Des Weiteren übernimmt die *Neo-Assimilation Theory* die drei Inkorporationsvarianten der *Theory of Segmented Assimilation*, kehrt dann aber wieder zur Kernaussage der klassischen Assimilationstheorie zurück:[116]

> „Insgesamt und über die längere Sicht hinweg sorgen die grundlegenden Mechanismen und strukturellen Bedingungen in den Aufnahmegesellschaften *doch*, wie schon bei der ‚Old Immigration', dafür, dass es zur Anpassung der kulturellen Gewohnheiten, zu sozialem Aufstieg, zur Angleichung des Wohnverhaltens und der sozialen Kontakte kommt und dass sich die ethnischen Identifikationen und Identitäten zu bloß symbolisch und individuell gepflegten Relikten ohne jede weitere Bedeutung verdünnen – wenngleich auch wieder erst in einem längeren Prozess über mehrere Generationen hinweg und auch nicht bei allen Gruppen gleichermaßen rasch oder komplett."[117]

Die Parallele zu Essers weiter oben dargelegtem Theorieentwurf ist nicht zu übersehen. Bis heute sind assimilationstheoretische Ansätze in den Sozialwissenschaften äußerst dominant und werden von Politik und Öffentlichkeit gerne rezipiert. So wurde zum Beispiel die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zum *Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern* im Jahr 2011 auf der Grundlage von Essers theoretischen Überlegungen konzipiert.[118] Alle hier vorgestellten assimilationstheoretischen Ansätze haben dabei einige Aspekte (oder Probleme) miteinander gemein:

---

[114] Alba 2008: 38.
[115] Esser 2008: 85.
[116] Esser 2008: 85.
[117] Esser 2008: 85 (Hervorhebung im Original).
[118] Siehe hierzu Babka von Gostomski et al. 2012.

1.) Sie versuchen, aufgrund einzelner empirischer Befunde allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten zu identifizieren, wozu eine ganze Reihe nicht immer ganz unproblematischer Annahmen erforderlich sind. So neigen sie beispielsweise dazu, Erkenntnisse über bestimmte Gruppen von Menschen auf gesamte Gesellschaften einerseits und auf das einzelne Individuum andererseits zu übertragen, woraus zwar durchaus pragmatisch handhabbare Modelle entstehen, es allerdings zweifelhaft bleibt, ob diese Modelle auch tatsächlich eine universelle Anwendung rechtfertigen.

2.) Alle vorgestellten assimilationstheoretischen Ansätze – inklusive Essers – gehen von *ethnischen Gruppen* als selbstverständlichen Einheiten der Betrachtung aus.[119] In diesem Sinne neigen sie dazu, Gruppenidentitäten und Gruppengrenzen auf unzulässige Weise zu essentialisieren sowie zu problematisieren. Besonders deutlich wird dies anhand von Essers oben dargelegter These, dass Marginalität für Mitglieder der ersten Zuwanderndengeneration der einzig realistische Ausgang sei.

3.) Assimilationstheorien beinhalten immer auch Aussagen zum Zusammenspiel und zur Verträglichkeit unterschiedlicher kultureller Prägungen. Dabei versäumen sie es allerdings zumeist, *Kultur* adäquat zu definieren. Oftmals liegt ihren Überlegungen ein essentialistisch (oder kulturfundamentalistisch?) ausgeformter (und aus ethnologischer Sicht veralteter) Kulturbegriff zugrunde. Abschnitt 2.3 wird auf dieses Problem noch detaillierter eingehen.

4.) Durch ihre perspektivische Ausrichtung auf die (kulturelle, strukturelle, soziale, identifikative) Anpassung der Migrant_innen an eine etwaige Mehrheitsgesellschaft neigen Assimilationstheorien letztlich dazu, die Rolle der Einheimischen im Integrationsprozess zu vernachlässigen. Esser z. B. weist zwar im Falle sozialer Interaktionen auf die Notwendigkeit zu beidseitigem Engagement hin, stellt aber gleichzeitig fest, dass die Bedingungen für derartige Interaktionen zuerst durch Kulturation und Platzierung geschaffen werden müssten, welche ihrerseits wiederum maßgeblich dem einseitigen Kapitalerwerb durch die Zugewanderten überlassen bleiben. Ob solch einseitige Anpassung an den Mainstream wirklich die einzig sinnhafte Variante von Integration darstellt, muss im Folgenden differenzierter betrachtet werden.

Normative Theorien

In der Soziologie ist Assimilation ein deskriptives Konzept, das reale Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnen will. Der Begriff wird allerdings durchaus auch normativ gebraucht. Für die Vision einer idealen Gesellschaft, gibt

---

[119] Siehe hierzu Wimmer 2008.

es – sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der politischen Philosophie – traditionell zwei einander diametral gegenüberstehende Entwürfe – *Assimilation* auf der einen Seite und *Multikulturalismus* auf der anderen:[120]

> „Das Assimilationskonzept geht im Prinzip von einer ethnischen Homogenität einer Gesellschaft als politischem Ziel aus, mindestens in dem Sinne, dass es, bei aller ‚individueller' Unterschiedlichkeit, zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen keine Unterschiede in der Verteilung gewisser Merkmale gibt [...]. Das Konzept der multiethnischen Gesellschaft zielt dagegen auf die ethnische Pluralisierung der Gesellschaft in dem Sinne ab, dass die verschiedenen ethnischen Gruppen unter einem politischen bzw. staatlichen Dach koexistieren und als ‚Kollektiv' ihre Eigenständigkeit bewahren können."[121]

Während das Assimilationskonzept von einer irgendwie gearteten, immer wenigstens minimal präsenten gesellschaftlichen Leitkultur ausgeht, betrachtet der Multikulturalismus Gesellschaften als von Grund auf plural. Er sieht also, anders als assimilative Ansätze, keinen übergreifenden Wertekanon vor, der automatisch gegeben ist und für alle gleichermaßen gelten muss. Stattdessen fragt er nach den Möglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens *ohne* einen solchen transkulturellen Konsens und betont dabei insbesondere den Schutz gleichwertig nebeneinander her bestehender Gruppenidentitäten.[122] Zwei Formen des Multikulturalismus können analytisch unterschieden werden:

> „1.) Der liberale [Multikulturalismus] fordert die Beseitigung rechtlicher, polit. und sozialer Diskriminierung und unterstützt die jeweiligen Gruppen in ihrem Bemühen, die eigene kulturelle Identität zu bewahren; er betont aber gleichzeitig, daß a) eine funktionierende Gesellschaft auf eine gemeinsame Politische Kultur angewiesen bleibt, b) der [Multikulturalismus] allein mit dem Wohlergehen der Individuen zu rechtfertigen ist und er deshalb c) auf die Bürger- bzw. Menschenrechte verpflichtet sein muß. 2.) Der radikale [Multikulturalismus] behauptet dagegen die existentielle Bedeutung der je unterschiedlichen Gruppenidentitäten. Er will das Überleben spezifischer Kulturen garantieren und fordert hierzu die Anerkennung von Gruppenrechten im öffentlich-polit. Raum sowie weitgehende polit. Selbstbestimmung."[123]

Der Multikulturalismus ist insofern nicht mehr bloß ein rein normativer Denkentwurf, als dass seine liberale Variante seit den 1970er Jahren in Ländern wie Kanada

---

[120] Esser 2001: 18.
[121] Esser 2001: 18.
[122] Rieger 2010b: 630.
[123] Rieger 2010b: 630.

oder Australien reale politische Anwendung findet. Kritisiert wurde der Multikulturalismus v. a. für seine Tendenz, separatistische Bestrebungen zu fördern,[124] sowie für seine „verfrühte Reifizierung vorausgesetzter Gruppenidentitäten",[125] – worin sich eine gewisse Parallele zu den Assimilationstheorien auftut. Ein häufig diskutiertes Problem ist außerdem die Kollision von kulturellen Gruppenrechten mit den Rechten und Freiheiten des Individuums. Was ist also, wenn das kollektive Recht auf Ausübung gewisser kultureller Praktiken der Gleichberechtigung der Geschlechter oder dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gegenübersteht? Welches Recht ist wann inwiefern höher zu bewerten und aus welchem Grund?[126] Was ist darüber hinaus mit denjenigen Individuen, die sich keiner Gruppe zuordnen können (oder wollen)? Welche Rechte haben Sie, wenn Rechte doch maßgeblich über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe vermittelt werden?

Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist es sinnvoll, sich einem weiteren normativen Denkentwurf der politischen Philosophie zuzuwenden – dem *Kosmopolitismus*. Sein Fundament entstand bereits zu hellenistischer Zeit und beinhaltete als solches zunächst keinerlei politische Ambitionen: „Der Ausdruck ‚Kosmopolis' will den Menschen ungeachtet seiner politischen Zugehörigkeit immer auch als Bürger der Welt betrachten, die selbst nicht politisch verfasst ist".[127] Eine erste umfassende Ausformulierung erfolgte durch die Lehre der griechischen Stoa, welche das Wesen des Menschen als inhärent vernunftgeleitet begreift. Seine vernunftgeleitete Erkenntnis eröffnet ihm Einblicke in die universelle Weltordnung, die ihrerseits wiederum vernunftgeleitet ist und an der er selbst seinen Anteil hat, indem er Verantwortung trägt, „nicht nur für das eigene Leben, sondern für jeden Menschen unabhängig von seiner Herkunft, seiner Nation oder seinem Wohnort".[128]

Im Laufe der Zeit hat sich der ursprüngliche kosmopolitische Gedanke in eine Vielzahl unterschiedlichster theoretischer Ansätze aufgegliedert. Einer seiner wohl renommiertesten Vertreter im deutschsprachigen Raum ist Immanuel Kant. Er betrachtet die „Entwicklung der Menschheit als ein Zulaufen auf die Vorstellung einer alle Menschen umfassenden Gemeinschaft".[129] Daraus zieht er aber nicht die schlussendliche Konsequenz eines *Weltstaates*. Vielmehr geht es ihm um eine Art *Weltbürgerschaft*, also einen Kanon an universellen Rechten und Pflichten,

[124] Rieger 2010b: 630.
[125] Benhabib 1999: 13.
[126] Siehe hierzu u. a. Benhabib 1999: 42–45.
[127] Llanque 2008: 456.
[128] Nida-Rümelin 2006: 231; siehe auch Llanque 2008: 456.
[129] Llanque 2008: 457.

die jedem Menschen zu eigen sind, unabhängig von seiner (oder ihrer) jeweiligen politischen oder sozialen Zugehörigkeit, nur auf Grundlage des Menschseins an sich. Kants Version der Weltbürgerschaft bezieht sich v. a. auf das Recht zu grenzüberschreitender Mobilität, das jedem bzw. jeder Reisenden (zumindest im Notfall) Hospitalität zusichert.[130] Hierin zeigt sich ein *politischer Kosmopolitismus*, dessen verschiedene Varianten mal nach der Etablierung von Weltbürgerschaft in Kant'scher Tradition, mal nach der tatsächlichen Etablierung weltstaatlicher Strukturen streben. Demgegenüber steht ein *ökonomischer Kosmopolitismus*, der die „Auflösung aller Politik im globalen Markt" prognostiziert.[131] Darüber hinaus können weitere Ansätze unterschieden werden, die Kosmopolitismus z. B. als sozio-kulturelle Bedingung, als philosophisches Weltbild, als politisches Projekt zur Anerkennung multipler Identitäten oder aber als individuelle Kompetenz im Umgang mit Fremdheit auffassen.[132] Inzwischen gibt es auch eine Reihe von empirischen Studien, welche Vorhandensein, Ausprägung und Konsequenzen kosmopolitischer Einstellungen in der Gesellschaft analysieren. Timothy Phillips und Philip Smith haben beispielsweise mit ihrer Erhebung nahegelegt, dass kosmopolitische Haltungen (z. B. Offenheit gegenüber kulturellen Unterschieden auch in der lokalen Nachbarschaft) und Praktiken (Reisen, Einbindung in internationale Netzwerke, Nutzung internationaler Medien, etc.) nicht notwendigerweise, wie weiter oben von Esser angenommen, auf eine kleine privilegierte Elite beschränkt sind.[133] Gegenüber solchen eher positiv konnotierten Untersuchungen gibt es allerdings auch kritische Ansätze, welche die zunehmende Entfremdung des kosmopolitischen Menschen von seiner lokalen Lebenswelt mit Sorge betrachten.[134] Sie plädieren dafür, Kosmopolitismus nicht als *Loslösung*, sondern vielmehr als *Verknüpfung* von Lokalem und Globalem zu denken, von partikularer Identität und universeller Offenheit:

> „In a similar vein, Bruno Latour […] has called for a form of cosmopolitanism that does not require us to leave our attachments at the door, one in which people are not asked to detach themselves from the particular – from their particular place, from their particular gods, from their particular cosmos – in order to attain cosmopolitan emancipation. Perhaps we need to fashion such a form of 'cosmopolitics' if we are not all to be fated to become mere visitors in our own worlds."[135]

---

[130] Llanque 2008: 457; siehe außerdem Kant 1919 und darin insbesondere Seite 21–25.

[131] Nida-Rümelin 2006: 232.

[132] Szerszynski / Urry 2006: 114.

[133] Phillips / Smith 2008: 391–399.

[134] Siehe hierzu u. a. Szerszynski / Urry 2006: 113–131.

[135] Szerszynski / Urry 2006: 128.

Kosmopolitismus als Verbindung von Lokalität und Globalität, von Kollektivismus, Individualismus und Pluralismus, finden eine interessante Ausformung in diskurstheoretischen Ansätzen, wie sie u. a. von Jürgen Habermas oder Seyla Benhabib geprägt wurden. *Diskurs* ist hierbei nicht im Sinne Michel Foucaults zu verstehen als „strukturierte und zusammenhängende (Sprach-) Praktiken, die Gegenstände und gesellschaftliche Wissensverhältnisse konstituieren".[136] Vielmehr handelt es sich um eine spezifische Argumentationssituation, also eine argumentative Auseinandersetzung um bestimmte Sachverhalte oder Absichten.[137] Solchen argumentativen Auseinandersetzungen sollte Benhabib zufolge eine allgemeine *Diskursethik* zugrunde liegen, die der Diskussion zu bestmöglichen Ergebnissen verhilft:

> „Die zentrale Prämisse der Diskursethik schreibt fest, daß nur diejenigen Normen und normativen institutionellen Regelungen gültig sind, denen alle Betroffenen in einer speziellen Argumentationssituation, die als ‚Diskurs' bezeichnet wird, zwangsfrei zustimmen können. Das ist die Metanorm der moralischen Autonomie innerhalb der Diskursethik. Diese Metanorm setzt wiederum Normen universaler moralischer Achtung und ‚egalitäre Reziprozität' voraus. *Universale Achtung* besagt, daß wir einander als Wesen betrachten sollten, deren Standpunkte die gleiche Beachtung verdienen. *Egalitäre Reziprozität* heißt, daß wir einander als menschliche Wesen behandeln sollten, deren Fähigkeit, den eigenen Standpunkt zu artikulieren, wir fördern sollten, indem wir, wo immer möglich, soziale Verhaltensweisen kultivieren, die das diskursive Ideal verwirklichen."[138]

Auf Basis dieser Überlegungen zur Diskursethik, entwirft Seyla Benhabib ihre Version einer *deliberativen Demokratie*, welche das Zusammenleben in und die Gestaltung von heterogenen Gesellschaften sinnhaft ermöglichen soll. Dabei wendet sie sich sowohl gegen den Multikulturalismus mit seiner Betonung kollektiver Gruppenrechte einerseits, sowie auch gegen den Liberalismus andererseits, der das Ausleben kultureller Prägungen als individuelle Privatsache auffasst (ähnlich wie Esser dies im Rahmen seiner Assimilationstheorie tut).[139] Durch die Unvereinbarkeit gewisser kultureller Praktiken mit rahmengebenden Normen, wie sie Verfassungen oder Menschenrechte festschreiben, entstehen Benhabib

[136] Keller 2011a: 186.

[137] Benhabib 1999: 59.

[138] Benhabib 1999: 59 (Hervorhebung im Original).

[139] Benhabib 1999: 60 f.

zufolge zwangsläufig Konflikte. Diese Konflikte sollten jedoch nicht von vornherein unterbunden werden. Vielmehr müssten Möglichkeiten der intersubjektiven Konfliktaustragung und -lösung geschaffen werden:[140]

> „Der deliberativen Demokratie gilt die freie öffentliche Sphäre der Zivilgesellschaft als wichtigste Arena für die Klärung und Lösung strittiger Fragen des normativen Diskurses. Natürlich werden sich in vielen Fällen keine Lösungen finden lassen, die von allen akzeptiert werden können. Man wird sich auf Uneinigkeit einigen müssen. Dennoch entsteht in der öffentlichen Auseinandersetzung auch eine neue moralische Perspektive. Diese neue moralische Perspektive zwingt die Mitglieder von Gruppen, deren Normen und Werte in ihrer Unvereinbarkeit Konflikte erzeugen, den Standpunkt anderer einzunehmen und in der Öffentlichkeit ‚gute Gründe' darzulegen, die alle überzeugen können. Selbst wenn dieser moralische und politische Dialog keinen Konsens erzeugt, was häufig geschieht, und wir auf das Recht zurückgreifen müssen, um die Grenzen der Koexistenz festzulegen, werden Gesellschaften, in denen solche multikulturellen Dialoge stattfinden, allmählich die zivile ‚erweiterte Denkungsart' annehmen, die zuerst von Kant formuliert und von Hannah Arendt in ihrer politischen Philosophie wieder aufgegriffen wurde."[141]

Kollektive Identitäten und individuelle Entfaltung haben in Benhabibs Vision gleichermaßen ihren Platz, sofern sie in einem fortwährenden zivilgesellschaftlichen Dialog ständig neu verhandelt und behauptet werden. In diesem Sinne ist die Theorie der deliberativen Demokratie gleichermaßen eine „Theorie moralischer Lernprozesse".[142] Dazu ist es allerdings erforderlich, dass jeder und jede die gleichen Chancen erhält, sich am allgemeinen Diskurs zu beteiligen. Hierfür müssen „bestehende Ungleichheiten innerhalb kultureller Gruppen, die die volle Beteiligung jedes Gruppenmitglieds am öffentlichen Diskurs der Zivilgesellschaft verhindern, beseitigt werden".[143] Um das zu erreichen sind durchaus auch staatliche Eingriffe erforderlich. Diese wiederum sollten jedoch nicht „durch gewaltsame Zwangsmaßnahmen erfolgen" oder durch „bevormundende Sozialarbeit":[144]

> „Der liberaldemokratische Staat kann die Verwirklichung universeller staatsbürgerlicher Rechte fördern, indem er in der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit die Bedingungen schafft, mit deren Hilfe diese Gruppen Teilnehmer eines öffentlichen

[140] Benhabib 1999: 61 f.
[141] Benhabib 1999: 62.
[142] Benhabib 1999: 64.
[143] Benhabib 1999: 66.
[144] Benhabib 1999: 69.

> Dialogs werden und alle Beteiligten bzw. Betroffenen ihre eigenen Erzählungen von Identität und Differenz selbst präsentieren können.“[145]

Im Anschluss daran wendet Benhabib sich außerdem gegen das herkömmliche Konzept von *Staatsbürgerschaft*, welches einem Teil der Bevölkerung wertvolle Beteiligungsrechte zusichert, während es diese gleichzeitig einem anderen Teil verwehrt. Stattdessen plädiert sie für den Entwurf einer neuen, *transnationalen Staatsbürgerschaft*.[146] Demzufolge erwachsen die Kompetenzen, die einen guten Staatsbürger bzw. eine gute Staatsbürgerin im Zeitalter lokaler Komplexität und globaler Vernetzung ausmachen, nicht aus Kriterien wie Herkunft oder Abstammung. Vielmehr erfordern sie die „Partizipation an den verschiedensten Aufgaben und Aktivitäten einer zunehmend globalen Zivilgesellschaft. Und eben dies ist genau das, was eine transnationale Staatsbürgerschaft erwarten lässt“.[147] Aus diesem Grund fordert Benhabib die Gewährung staatsbürgerlicher Beteiligungsrechte, nötigenfalls auch ohne formale *Staatsangehörigkeit* (z. B. das Kommunalwahlrecht für Ausländer_innen).[148] Damit greift sie überdies die verbreitete, demokratietheoretische Sorge vor einem – in Zeiten globaler Migration – zunehmenden „Auseinanderfallen von Wohn- und Wahlbevölkerung“ auf, das für jedes demokratisch verfasste System auf lange Sicht zum Legitimationsproblem werden muss.[149]

Seyla Benhabib entwirft die eindrucksvolle Vision eines vernunftgeleiteten gesellschaftlichen Lernprozesses durch allseitige und egalitäre Diskussion. Unglücklicherweise versäumt sie es dabei, die lenkende und ggf. verzerrende Wirkung machtvoller gesellschaftlicher *Diskurse* im Foucault'schen Sinne zu berücksichtigen, die einen derartigen vernunftgeleiteten Austausch immer ein stückweit hemmen, oder ihm zumindest eine vorbestimmte Richtung einprägen (siehe Abschnitt 2.4). Ungeachtet dessen weist Benhabibs deliberative Demokratie deutliche Parallelen zu einem Konzept auf, dass ursprünglich für den pädagogischen Kontext entwickelt wurde, das aber inzwischen auch immer häufiger Eingang in die weitere öffentliche Debatte findet. Die Rede ist vom Prinzip der *Inklusion*, wie es ursprünglich für das Zusammenleben und -lernen von Menschen mit und ohne Behinderung entworfen wurde, mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen, Erstsprachen oder sozialen Hintergründen. Hierbei wird jede Gruppe (so z. B. eine

[145] Benhabib 1999: 69.
[146] Benhabib 1999: 80 f.
[147] Benhabib 1999: 102 f.
[148] Benhabib 1999: 103.
[149] Grote 2014: 16.

Schulklasse) als inhärent heterogen betrachtet, weshalb es keine quasi-automatische soziale Norm gibt, an der man sich ohne weiteres orientieren und die Kompetenzen oder Potenziale der einzelnen Gruppenmitglieder messen könnte. Auch die Aufspaltung der Gruppe in verschiedene Teilgruppen mit klar unterscheidbaren Bedürfnissen (z. B. nach unterschiedlichen Lehrplänen) ist keine Lösung, da die Inklusionsidee den Menschen zuallererst als Individuum betrachtet und nicht bloß als Mitglied eines Kollektivs von mehr oder weniger identischen Teilen. Der Gruppenerfolg kann daher nur sichergestellt werden, indem die Bedürfnisse, Wünsche und Fähigkeiten jedes und jeder Einzelnen bei der Festlegung von Gruppennorm und Gruppenzielen gleichwertige Berücksichtigung finden. Dies wiederum soll durch Gespräche und *Diskurse* im diskurstheoretischen Sinne ermöglicht werden. Anders als bei herkömmlichen Vorstellungen von Integration oder Assimilation, wird der allgemeinverbindliche Gruppenrahmen also nicht als statisch angesehen, sondern muss immer wieder neu überdacht und an die jeweiligen Gruppenkonstellationen angepasst werden.[150] Benhabibs normative und zuweilen recht abstrakte Vorstellungen könnten auf diese Weise praktische Anwendung finden. Zwar ist Inklusion bislang eher ein Programm für die Ausgestaltung einzelner Institutionen (z. B. Schulen oder Kindertagesstätten), ihre Ausdehnung auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge wäre aber durchaus denkbar.

Anmerkungen aus ethnologischer Sicht

An der soziologisch-politikwissenschaftlichen Integrationsforschung von Assimilation bis Multikulturalismus kritisiert Andreas Wimmer eine Perspektive, die er als *Herder'schen Commonsense* bezeichnet (und die weiter oben bereits als *Kulturfundamentalismus* betitelt wurde).[151] Dieser Perspektive zufolge ist die Welt natürlicherweise in verschiedene, klar voneinander abgrenzbare ‚*Völker*' unterteilt. „Ethnien und Nationen [werden verstanden als] totale soziale Phänomene, die aus drei isomorphen Merkmalen bestehen":[152] 1.) Sie bilden *Gemeinschaften*, deren Mitglieder durch engmaschige soziale Netzwerke miteinander verbunden sind. 2.) Sie bilden „historische Schicksalsgemeinschaften und vermitteln ihren Mitgliedern deshalb eine kollektive *Identität*".[153] 3.) Sie besitzen eine eigene, klar von anderen abgrenzbare *Kultur*, die ihrerseits „eine einzigartige Weltsicht" konstituiert.[154]

---

150 Siehe hierzu Hinz 2002: 354–361.

151 Siehe Wimmer 2008: 59–63.

152 Wimmer 2008: 59.

153 Wimmer 2008: 59 (Meine Hervorhebung).

154 Wimmer 2008: 59.

„Die Grenzen sozialer Interaktion, der Horizont der Identität und der Bereich geteilter Kultur werden hier also als deckungsgleich gedacht.“[155] Vor dem Hintergrund eines solchen theoretischen Bias ist es verständlich (wenn auch hochgradig problematisch), dass beispielsweise Esser annimmt, die Verwurzelung in der ‚eigenen‘ ethnischen Gruppe und die Akkulturation an die Aufnahmegesellschaft, müssten einander zwangsläufig ausschließen. Es erklärt auch, warum Esser als einzig realistische Alternative zur Integration in die ethnische Gruppe ODER die ‚Mehrheitsgesellschaft‘ das Phänomen der Marginalität in Betracht zieht, also den völligen Ausschluss aus beiden.

Um Perspektiven wie diejenige Essers zu korrigieren, empfiehlt Wimmer einen Blick auf die theoretischen und empirischen Erkenntnisse der Ethnologie.[156] Unter Ethnolog_innen ist es ein Gemeinplatz, dass ethnische Identität nur *eine* Dimension von sozialer Identifikation unter vielen möglichen bildet, die jede für sich genommen die *persönliche* Identität eines Menschen in keiner Weise abschließend determiniert – oder, wie Amartya Sen es ausdrückt:

> „Eine Person kann gänzlich widerspruchsfrei amerikanische Bürgerin, von karibischer Herkunft, mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Langstreckenläuferin, Historikerin, Lehrerin, Romanautorin, Feministin, Heterosexuelle, Verfechterin der Rechte von Schwulen und Lesben, Theaterliebhaberin, Umweltschützerin, Tennisfan, Jazzmusikerin und der tiefen Überzeugung sein, daß es im All intelligente Wesen gibt, mit denen man sich ganz dringend verständigen muß (vorzugsweise auf englisch (sic!)).“[157]

Des Weiteren hat v. a. Fredrik Barth sehr anschaulich und nachhaltig verdeutlichen können, dass ethnische Gruppengrenzen (und gleiches gilt für identitäre Grenzen im Allgemeinen) sich nicht automatisch aus den Bruchlinien kultureller Differenz ergeben. Kultur und Ethnizität verbindet kein simples Eins-zu-eins-Verhältnis. Ihr Verhältnis ist vielmehr komplex und fließend. Barth macht die zentrale Beobachtung, dass der *kulturelle Inhalt* einer ethnischen Grenze durchaus nicht homogen ist, sich z. B. regional an unterschiedliche lokale Umweltbedingungen anpasst und sich überdies im Zeit- und Generationenverlauf ständig wandelt. Des Weiteren stellt er fest, dass *Kultur* nicht an ethnischen Grenzen Halt macht und dass es demnach große kulturelle Ähnlichkeiten zwischen Gruppen geben kann, die einander nichtsdestoweniger als ethnisch different begreifen. Er zieht daraus den logischen Schluss, dass ethnische Grenzen nicht einfach durch kulturelle Grenzen prädestiniert sind. Sie sind

[155] Wimmer 2008: 59.

[156] Wimmer 2008: 63.

[157] Sen 2012: 8

vielmehr sozialer (oder politischer) Natur und entstehen durch Kontakt- bzw. Aushandlungsprozesse *zwischen* Gruppen (wiederum gilt Selbiges auch für alle anderen Formen von sozialer Identität). Eine besondere Rolle spielt dabei die Selbst- und Fremdzuschreibung ‚charakteristischer' Merkmale, wobei jeweils immer diejenigen Merkmale Betonung finden, welche die Grenze hervorheben, während diejenigen, die sie überbrücken, unter den Tisch fallen. Kultur und kulturelle Differenz sind in diesem Sinne ein *Effekt* von Ethnizität und nicht etwa deren *Ursprung*.[158]

Seit Barth herrscht in der ethnologischen Forschung weitgehende Einigkeit darüber, dass Ethnizität keine Eigenschaft einzelner Gruppe ist, sondern eine (oftmals komplexe) Beziehung *zwischen* Gruppen. Thomas Hylland Eriksen fasst dies wie folgt zusammen:

> „For ethnicity to come about, the groups must have a minimum of contact with each other, and they must entertain ideas of each other as being culturally different from themselves. If these conditions are not fulfilled, there is no ethnicity, for ethnicity is essentially an aspect of a relationship, not a property of a group. […] Ethnicity is an aspect of a social relationship between agents who consider themselves as culturally distinctive from members of other groups with whom they have a minimum of regular interaction. It can thus also be defined as a social identity (based on contrast vis-à-vis others) characterised by metaphoric of fictive kinship."[159]

Ethnizität kann darüber hinaus unterschiedlich starke Bedeutung im Leben eines Menschen erlangen. Anders als Esser, der nur ein Entweder-Oder von ethnischer Identität und Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft gelten lässt, aber auch anders als der Multikulturalismus, der Menschen immer als integralen Teil eines Kollektivs zu denken versucht, unterscheidet Eriksen (im Anschluss an Don Handelman) vier verschiedene Grade der ethnischen Inkorporation.[160]

1.) Den niedrigsten Grad der Inkorporation bildet die *ethnische Kategorie* (*ethnic category*). Sie dient der Unterscheidung von Mitgliedern und Außenstehenden und strukturiert auf diese Weise zwischenmenschliche Interaktion, gibt also Orientierung über angemessene Umgangsformen und Verhaltensweisen. Die ethnische Kategorie ist jedoch kein Ausdruck tatsächlicher ethnischer Vernetzung, Organisation oder Vergemeinschaftung.[161]

2.) Platz zwei in der Typologie nimmt das *ethnische Netzwerk* (*ethnic network*) ein. Es bezeichnet das Vorhandensein regelmäßiger Interaktionen und dauerhafter

[158] Barth 1969: 10–19.
[159] Eriksen 2002: 12 f.
[160] Eriksen 2002: 41.
[161] Eriksen 2002: 41.

persönlicher Beziehungen zwischen Mitgliedern derselben ethnischen Kategorie. Mithilfe ethnischer Netzwerke können Ressourcen distribuiert werden, so z. B. im Falle der Mobilisierung ethnischer Beziehungen bei der Suche nach beruflichen Stellen. Das ethnische Netzwerk besitzt jedoch keinerlei zentralisierte Organisationsgewalt und setzt auch nicht voraus, dass *alle* Mitglieder einer ethnischen Gruppe miteinander in Verbindung stehen. Stattdessen erschöpft es sich in einer ganzen Reihe dyadischer Beziehungen zwischen Einzelpersonen.[162]

3.) Die *ethnische Organisation* (*ethnic association)* bildet das nächste Inkorporationsniveau ethnischer Gruppen. Hier entwickelt sich aus den losen ethnischen Netzwerken eine formale Organisationsstruktur. Die ethnische Organisation (oder auch Organisationen, denn es können durchaus mehrere sein) nimmt für sich in Anspruch, die kollektiven Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten – ggf. auch ihrer Nicht-Mitglieder, sofern sie ihrerseits nicht die gesamte Spannweite der ethnischen Kategorie umfasst (was sehr häufig der Fall ist).[163]

4.) Den vierten und letzten Grad der Inkorporation bildet die *ethnische Gemeinschaft* (*ethnic community*). Diese zeichnet sich neben der Ausbildung von Netzwerken und Organisationen außerdem durch den Besitz eines eigenen Territoriums aus. *Nationen*, die einen eigenen Staat für sich in Anspruch nehmen, entsprechen diesem Muster am eindeutigsten.[164]

Eriksen zufolge gibt es verschiedene Möglichkeiten, die obige Typologie zu deuten:

> „It can be seen […] as a *developmental framework* useful for the analysis of ethnogenesis or the emergence of ethnic corporate groups out of categories. There seems to be a clear development in time from the category through the network and the association to the community. It can nevertheless also be viewed […] as a non-developmental *typology of ethnic organisation*, where different types may coexist within the same polyethnic society. Finally, the typology may be interpreted as a model of *aspects of interethnic processes*. Thus one may through the course of a day pass from a situation where only one's categorial ascription is relevant, to a situation where one's ethnic network is activated, and later to situations where one's ethnic category appears as an association or an ethnic community."[165]

Damit kommen wir zum nächsten wichtigen Punkt: Ethnische Identitäten sind, anders als von Esser in seinem Theorieentwurf impliziert, weder statisch noch eindimensional. Vielmehr sind sie relational, situativ und kontextabhängig sowie häufig

[162] Eriksen 2002: 41 f.

[163] Eriksen 2002: 42.

[164] Eriksen 2002: 42.

[165] Eriksen 2002: 43 (Hervorhebung im Original).

(zumindest in gewissem Maße) Gegenstand individuellen strategischen Handelns. Beispielsweise gibt es Fälle der Ambiguität (und diese häufen sich in Zeiten der Globalisierung zusehends), in denen Individuen durch Selbst- und Fremdzuschreibung keiner eindeutigen ethnischen Identität mehr zugeordnet werden können (so z. B. Kinder aus binationalen Ehen). Dies kann von der umgebenden Gesellschaft negativ als *Anomalie* aufgefasst werden, es eröffnet den Betroffenen aber auch Möglichkeiten der kreativen und wandelbaren Selbstdefinition je nach Situation und Kontext.[166]

Nicht zuletzt spielen bei der Kategorisierung ethnischer Gruppen neben einer etwaigen internen Gruppenidentität auch die externen *Klassifikationen* Außenstehender eine Rolle. Diese gesellschaftlichen *Taxonomien* wahrgenommener Fremdheit sind ebenfalls nicht statisch. Je nach äußeren (politischen, sozialen) Umständen unterliegen sie ggf. Umklassifizierungen, in deren Zuge Gruppengrenzen sich verschieben, verschwinden oder neu bilden können.[167] So weist beispielsweise Wessendorf auf die sich wandelnden Diskurse gegenüber italienischen Migrant_innen in der Schweiz hin: Während in den 1950er bis 1970er Jahren Italiener_innen in der öffentlichen Debatte als ‚Kriminelle' und ‚asoziale Taugenichtse' gebrandmarkt wurden, gelten sie heutzutage als ‚die besseren Migrant_innen' und werden gedanklich in die imaginierte Gemeinschaft der Schweizer Nation eingemeindet.[168] Das abgrundtief Fremde ist damit auf schier magische Weise zum Eigenen geworden.

Gesellschaftliche Kategoriesysteme, und somit auch Grenzen der Inklusion oder Exklusion, können sich demnach unter gegebenen Umständen verändern. Schon Alba und Nee berücksichtigen in ihrem Entwurf der *Neo-Assimilation Theory* die Möglichkeit der Assimilation von Minderheiten durch den allmählichen Abbau gesellschaftlicher Grenzlinien.[169] Wimmer denkt diese Option weiter:

> „Wird der Unterschied zwischen Staatsbürgern und Immigranten einmal denaturalisiert und als Produkt eines reversiblen und historisch spezifischen Prozesses sozialer Schließung verstanden, so entsteht eine neue Perspektive auf die alten Fragen der ‚Assimilation' und ‚Integration' von Immigranten. […] Gruppen, die zuvor als ‚Immi-granten Minoritäten' definiert wurden, werden jetzt als vollständige Mitglieder der Nation behandelt. Dies stellt abermals einen genuin politischen Prozess und nicht das quasi natürliche Ergebnis abnehmender kultureller Differenz und sozialer Distanz dar, wie die Assimilationstheorie meint. Folgt man […] dem interaktionistischen Axiom, so wird deutlich, dass solche Grenzverschiebungen auch von der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung mit ihrer privilegierten Beziehung zum Staat

166 Eriksen 2002: 62–65.

167 Eriksen 2002: 25 ff., 60 ff.

168 Wessendorf 2008: 191 f.

169 Alba 2008: 46 f.

> abhängen, da sie solche Grenzverschiebungen durch Alltagsdiskriminierung zu verhindern weiß. Die Grenzverschiebung muss m.a.W. bestehende Formen der sozialen Schließung überwinden, aufgrund derer Außenseitern volle Mitgliedschaft verwehrt und die Grenzen zwischen Mehrheit und Minderheit verstärkt werden."[170]

Wimmer zufolge ist es der „Prozess der sozialen Schließung, der überhaupt erst definiert, wer ‚wir' und wer ‚die' sind", und dieser Prozess hat immer auch etwas mit Macht und Machtgefälle zu tun (Abschnitt 2.4 wird auf diesen Umstand noch näher eingehen).[171] Damit schließt sich der Kreis zu den eingangs thematisierten Identitätskonzeptionen (Ethnie, ‚Rasse', Nation, Religion) und den sozialen Praktiken der Identitätskonstitution und Klassifizierung. Gruppenidentitäten sind keine natürliche Tatsache, sondern ein menschliches Konstrukt. Sie entstehen durch Abgrenzungsprozesse von innen und außen und sind insofern niemals statisch – obwohl es gerade der Anschein von Statik ist, der ihnen ihre ideologische Macht verleiht. Ansätze wie derjenige Benhabibs oder auch das pädagogische Konzept der Inklusion tragen diesem Umstand Rechnung. Ansätze wie die klassischen Assimilationstheorien oder auch der Multikulturalismus ignorieren ihn hingegen weitestgehend.

Im Anschluss an die sozialpsychologische Perspektive Amélie Mummendeys und Thomas Kesslers kann festgehalten werden, dass das Bild, das wir uns von der Beschaffenheit unserer Gesellschaft machen, unsere Erwartungshaltung an den Begriff der *Integration* maßgeblich vorprägt.[172] Hier sind die *Folk Concepts* von Integration angesprochen, die in der Einführung zu dieser Arbeit bereits kurz angerissen wurden. Die verschiedenen Haltungen zu Integration und Einbürgerung, wie sie in der Debatte vertreten sind, lassen sich unter Rückbezug auf ihre wissenschaftlichen Gegenstücke besser verstehen und einordnen. Denn ob wir uns Deutschland als arbiträres Konglomerat von relativ statischen ethnischen Gruppierungen im Schatten einer dominanten Leitkultur vorstellen oder aber als kosmopolitischen Spielplatz unterschiedlichster individueller und kollektiver Identitäten, zwischen denen mit Hilfe demokratischer Verfahren ein Ausgleich geschaffen werden muss, ist nicht nur eine rein theoretische Frage, es bestimmt auch die Art und Weise wie wir denken, handeln und unser Umfeld erleben.[173] Betrachten wir kulturelle Homogenität als idealen gesellschaftlichen Zustand, werden wir vielleicht eher geneigt sein, Einbürgerung als finalen Schlusspunkt einer umfassenden (insbesondere kulturellen) Assimilation zu begreifen. Wollen wir die Zukunft Deutschlands stattdessen durch die Möglichkeiten einer deliberativen Demokratie ausgestaltet sehen, werden wir

[170] Wimmer 2008: 70.

[171] Wimmer 2008: 70 (Hervorhebung im Original).

[172] Mummendey / Kessler 2008: 520 f.

[173] Siehe hierzu auch Gelman / Legare 2011.

dafür plädieren, staatsbürgerliche Rechte möglichst früh und möglichst umfänglich zu verleihen, ohne im Gegenzug dafür weitreichende kulturelle Anpassung zu fordern.

Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse in Kapitel 4 dieser Arbeit wird Aufschluss darüber geben, inwiefern sich die hier präsentierten wissenschaftlichen Paradigmen in der öffentlichen Debatte widerspiegeln. Wie im vorliegenden Teilkapitel gezeigt werden konnte, hängen Vorstellungen von Integration nicht nur mit sozialen Konstruktionen von Identität, sondern v. a. auch mit sozialen Konstruktionen von *Kultur* zusammen. Daher wird es interessant sein nachzuverfolgen, ob und wenn ja auf welche Weise überdies auch ein Zusammenhang besteht zwischen wissenschaftlichen und populären Konzeptionen von *Kultur*. Das nachfolgende Unterkapitel wird deshalb einen umfassenden Überblick geben über den Kulturbegriff innerhalb und außerhalb der Ethnologie. Da die ideologische Auseinandersetzung mit Nation und Integration immer auch eine affektive Dimension in sich birgt, wird dabei außerdem auch auf die komplexe Verquickung von Kultur, Identität und Emotion einzugehen sein.

2.3 Kultur und Emotion: Die Verteidigung der rationalen Ordnung

Vorstellungen von *Kultur* – das wurde in den vorangegangenen Unterkapiteln deutlich – spielen im Kontext von Nation, Integration und Identität eine herausragende Rolle. Dies gilt nicht nur für die wissenschaftliche Ausformulierung entsprechender Theorieentwürfe, es gilt insbesondere auch für die *Folk Concepts* der öffentlichen Debatte. Was *Kultur* im Einzelnen bedeutet, das bleibt jedoch – sowohl in vielen wissenschaftlichen als auch in den meisten populären Diskursen – im Dunkeln.

Kultur ist – neben Ethnizität – eines der zentralen Kernkonzepte der Ethnologie. Trotzdem gibt es bis heute keine einheitliche Definition für das, was sich inhaltlich dahinter verbirgt. Um die Komplexität des Themas zu veranschaulichen, wird in der ethnologischen Fachliteratur gerne auf das Werk *Culture – A Critical Review of Concepts and Definitions* von Alfred Kroeber und Clyde Kluckhohn aus dem Jahr 1952 verwiesen. In diesem Buch listen die Autoren mehr als 150 verschiedene Varianten von Kulturdefinitionen auf (die genaue Anzahl variiert je

nach Zählung).[174] Zwar hat das Fach seinen Kulturbegriff in der jüngeren Vergangenheit immer wieder kritisch beleuchtet und mehrfach grundlegend reformiert, zu einer allgemeinverbindlichen Definition ist die Ethnologie jedoch noch immer nicht gelangt. Das Bild wird umso komplexer, wenn man über den Horizont der Fächergrenzen hinausblickt. So merkt der Literatur- und Kulturwissenschaftler Ansgar Nünning an:

> „Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Verwendungsweisen des Wortes ‚Kultur' und der Vielfalt konkurrierender wissenschaftlicher Definitionen erscheint es sinnvoll, statt von einem Kulturbegriff besser von Kulturbegriffen im Plural zu sprechen. Zum einen verstehen unterschiedliche Disziplinen (z. B. die Anthropologie, Ethnologie, Geschichtswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Religions- oder Erziehungswissenschaft) jeweils etwas anderes unter dem Begriff ‚Kultur'. Zum anderen unterscheidet sich das Verständnis von ‚Kultur' sowohl innerhalb einzelner Disziplinen und der Kulturwissenschaften als auch in unterschiedlichen Gesellschaften und sozialen Gruppen. Dementsprechend groß ist inzwischen die Bedeutungsvielfalt des Kulturbegriffs, die durch das jeweilige Kulturverständnis der Akteure der politischen Bildung (z. B. Kulturstiftung des Bundes/der Länder, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) noch vergrößert wird."[175]

In der Ethnologie und anderen verwandten Fachbereichen (z. B. Volkskunde, Cultural Studies) ist traditionell ein *totalitätsorientierter Kulturbegriff* vorherrschend, der „die Gesamtheit der Denk-, Handlungs- und Wahrnehmungsmuster von Kollektiven" in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt.[176] Dementgegen wurde in der Soziologie ein *differenztheoretischer Kulturbegriff* geprägt. Dieser versteht Kultur als Teilsystem der modernen Gesellschaft, das sich in erster Linie mit Formen der geistig-symbolischen Weltdeutung befasst (z. B. Kunst, Bildung, Wissenschaft).[177] Die populäre Definition von Kultur in der öffentlichen Debatte weicht von diesen beiden Deutungsvarianten z. T. erheblich ab. Bettina Beer identifiziert drei verschiedene Modelle der nicht-wissenschaftlichen Interpretation:

1.) *Kultur als Hochkultur* oder künstlerisch-ästhetische Ausdrucksform „im Sinne von *Kultur*-behörde (sic!) und *Kultus*-ministerium (sic!) oder im Sinne des Feuilletons als Musik, Theater, Literatur, Architektur und bildende Kunst. Die Auffassung von *Kultur als Kunst* führte noch im 19. Jahrhundert zu der Aussage, bestimmte Völker oder soziale Gruppen innerhalb der eigenen Gesellschaft

---

[174] Siehe hierzu u. a. Eriksen 2002: 11 oder Beer 2006: 61.

[175] Nünning 2009: 1

[176] Nünning 2009: 2

[177] Nünning 2009: 3.; siehe hierzu außerdem Moebius / Quadflieg 2011: 11 f.

hätten ‚mehr oder weniger Kultur'".[178] Nünning bezeichnet dieses heutzutage immer noch sehr präsente Kulturverständnis als *normativen Kulturbegriff*, da es verschiedene ästhetische Ausdrucksformen zueinander in eine hierarchische, auf- oder abwertende Beziehung setzt.[179]

2.) *Kultur als Container*, der „eine Anzahl klar unterschiedener, beständiger und relativ statischer Merkmale von Menschen gemeinsamer Abstammung" umfasst.[180] Beer zufolge wird Kultur in der öffentlichen, nicht-wissenschaftlichen Debatte oft als starres Kategoriesystem ausgelegt, als *Schublade*, in die man Menschen ihrer Herkunft und ihrer (äußeren) Eigenschaften nach zweifelsfrei einsortieren kann und die das gesamte Sein der betreffenden Person, ihr gesamtes Denken und Handeln, grundlegend vorprogrammiert.[181] Hierin zeigt sich eine Parallele zu dem, was in Abschnitt 2.2 als *Kulturfundamentalismus* (bzw. als neue Form des *Rassismus*) oder *Herder'scher Commonsense* bezeichnet wurde.[182]

3.) *Kultur als Gemeinschaft*, beispielsweise im Sinne ethnischer Gruppen „*mit gemeinsamen Merkmalen*, wie Sitten, Bräuchen, Werten, Normen, Sprache etc.".[183] Auch dieser Kulturbegriff weist einen gewissen Hang zum ‚Schubladendenken' und zur Annahme unveränderlicher, statischer Gruppengrenzen auf. In Abschnitt 2.2 wurde bereits auf das komplexe Verhältnis von kulturellem Inhalt und ethnischer Grenze eingegangen. Ähnliches gilt für jede beliebige andere Form der Gruppenbildung: Kulturelle Grenzen sind selten eindeutig, niemals statisch und schon gar nicht deckungsgleich mit sozialen oder identitären Grenzen. Dennoch hält sich der Glaube an solche feststehenden sozio-kulturellen Bruchlinien hartnäckig.

Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, *Folk Concepts* von Nation, Integration, Identität und Kultur in der öffentlichen Arena zu untersuchen, v. a. auch im Hinblick darauf, wie sie sich jeweils zu wissenschaftlichen – insbesondere ethnologischen – Theorieentwürfen verhalten. Wie kaum ein anderes Konzept hat gerade der Kulturbegriff die innerfachliche Debatte angeheizt und dabei einen enormen Wandel durchlaufen, der nicht zuletzt auch mit einem hochgradig selbstkritischen und selbstreflexiven Wandel des Faches als solchem einherging. Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, bei der Vorstellung dieses

[178] Beer 2006: 60 (Hervorhebung im Original).
[179] Nünning 2009: 2
[180] Beer 2006: 60 f.
[181] Beer 2006: 61.
[182] Siehe Abschn. 2.2
[183] Beer 2006: 61 (Hervorhebung im Original).

Begriffs etwas weiter auszuholen und gründlicher vorzugehen, als es unter anderen Umständen erforderlich wäre. Die ausschweifende (wenn auch keinesfalls abschließende) Darstellung wird sich insofern auszahlen, als *Kultur* im weiteren Verlauf dieser Arbeit in mehrfacher Hinsicht zu Prominenz gelangt. Um dieser besonderen Rolle Rechnung zu tragen, sollen im Folgenden zunächst einige zentrale Meilensteine der innerethnologischen Kulturdebatte dargestellt werden. Im Anschluss daran werden weitere Ansätze präsentiert, die zwar nicht aus ethnologischer Feder stammen, die jedoch interdisziplinär erheblichen Einfluss ausüben und die überdies auch für das Themenfeld Diskurs, Wissen und Macht von herausragender Relevanz sind (siehe Abschn. 2.4). Abschließend soll weiterführend auf populäre *Folk Concepts* von Kultur eingegangen werden. In diesem Zusammenhang wird außerdem das Zusammenspiel von Kultur, Identität und *Emotion* – auch und gerade im politisch-nationalistischen Kontext – einer genaueren Betrachtung unterzogen.

Meilensteine der ethnologischen Fachgeschichte

Die Ethnologie war die erste Wissenschaft, die versucht hat, Kultur analytisch zu fassen und zu definieren.[184] Als Vorreiterin auf dem Gebiet hat sie einen langen fachinternen Streit darüber ausgefochten, ob kulturelle ‚Mentalität' dem Menschen angeboren ist oder erst im Laufe des Lebens durch soziale Lernprozesse erworben wird. Bekannt wurde diese Auseinandersetzung als *nature or nurture* Debatte. Sie bewegt sich klassischerweise zwischen den diametralen Polen von *Essentialismus* und *Konstruktivismus. Essentialistische* (oder *primordiale*) Ansätze betonen „die Existenz eines unverrückbaren Wesenskerns, der z. B. ethn. Identität bestimmt"[185] – also einen statischen „Kern an Merkmalen wie Sprache, Kultur oder Abstammung", an welchen kulturelle Gruppen jeweils gebunden und durch den sie klar voneinander abgrenzbar sind.[186] *Konstruktivistische* (oder *situationalistische*) Ansätze hingegen heben die Bedeutung von Situation und Kontext für die individuelle Ausgestaltung jedweden kulturellen Rahmens hervor und begreifen Kultur (wie auch Identität) als fluide soziale Konstrukte ohne feste Grenzen.[187]

Die frühen essentialistischen Ansätze einer noch jungen Ethnologie weisen starke Ähnlichkeit mit dem Prinzip des Kulturfundamentalismus auf, das in Abschnitt 2.2 als Unterart des Rassismus etabliert wurde. Diese Ansätze waren

[184] Beer 2006: 61.
[185] Haller 2005: 37.
[186] Beer 2006: 58.
[187] Haller 2005: 37; Beer 2006: 58.

noch dem aus der Biologie übernommenen *Evolutionismus* verhaftet und gingen von einer linearen Entwicklung der Menschheit aus, die sich über mehrere Zivilisationsstufen erstreckt und von *primitiven* Gesellschaften auf der einen, bis hin zu *komplexen* Gesellschaften auf der anderen Seite reicht – wobei der finale Höhepunkt dieser Entwicklung dem Idealbild europäischer Prägung entsprach. Verschiedene (zum damaligen Zeitpunkt zeitgenössische) Ausprägungen von Kultur wurden anhand jenes Maßstabs verglichen, kategorisiert und hierarchisiert, häufig ohne fundierte empirische Beweise.[188] Der auf den Evolutionismus folgende *Diffusionismus* brachte darüber hinaus die in der deutschen Öffentlichkeit bis heute weit verbreitete Auffassung von *Kulturkreisen* oder *Kulturarealen* hervor, welche geographische Räume nach ihren (vermeintlich) spezifischen Kulturerscheinungen gliedert und entlang von (vermeintlichen) Entwicklungsunterschieden hierarchisiert. Die gemeinsamen Kulturerscheinungen werden dabei ihrerseits (fälschlicherweise) als einheitlich begriffen sowie als einer gemeinsamen Quelle entsprungen, von der sie (etwa durch Migration) allmählich ‚diffundierten'. Beide Denkmodelle sind nicht nur wegen ihrer mangelnden empirischen Grundlegung problematisch, sondern v. a. auch deshalb, weil sie auf koloniales Expansionsstreben und rassistische Vorannahmen zurückzuführen sind.[189] So fasst Leo Frobenius – seines Zeichens Urheber der Kulturkreislehre, „Einzelgesellschaften als Organismen auf. Kultur ist keine Zusammenballung von Merkmalen, wie es die Kulturhistoriker verstanden, sondern eine Einheit, die mit einer Kulturseele [*Paideuma*] ausgezeichnet ist und unabhängig von ihren Trägern als Form der Selbststilisierung […] existiert".[190] Diese Argumentationslinie beinhaltet nicht nur gewisse Parallelen zu Herders Begriff des ‚Volkes'[191], die Kulturvorstellungen der frühen Ethnologen nahmen zudem auch Einfluss auf die rassistischen Lehren der NS-Ideologie.[192] Essentialistische Kulturbegriffe, im Sinne von ‚Kultur als Container' oder ‚Kultur als Gemeinschaft', sind überdies bis heute ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Diskurslandschaft und lassen sich außerdem – das wurde in Abschnitt 2.2 ersichtlich – noch immer in den wissenschaftlichen Theorien und Modellen anderer Disziplinen wiederfinden (z. B. in Hartmut Essers Assimilationstheorie).[193] Ganz im Gegensatz dazu haben sich aktuelle ethnologische Ansätze entschieden von alten essentialistischen Zugängen distanziert und einer überwiegend konstruktivistischen Denkrichtung zugewandt.

---

188 Haller 2005: 39.

189 Heuser 2016; siehe außerdem Haller 2005: 41.

190 Haller 2005: 41; zu Frobenius' Konzept der *Paideuma* siehe Frobenius 1921.

191 Siehe Abschn. 2.2

192 Haller 2005: 41.

193 Siehe Abschn. 2.2

Die wissenschaftliche Odyssee der ethnologischen Kulturtheorie erschöpft sich allerdings nicht allein in einem diametralen Widerspruch zwischen Essentialismus und Konstruktivismus. Im Laufe der Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte sind diverse Definitionen mit diversen Schwerpunkten für diverse Anwendungsfelder entwickelt worden. Leider ist es nicht möglich, alle wichtigen Vertreter und Vertreterinnen der fachgeschichtlichen Begriffsgenese an dieser Stelle gleichermaßen zu berücksichtigen.[194] Einige Meilensteine der ethnologischen Theoriebildung müssen jedoch Erwähnung finden, da sie fachintern – z. T. auch fächerübergreifend – eine außerordentlich prägende Wirkung entfaltet haben:

Clifford Geertz ist einer der wenigen Ethnolog_innen, deren theoretischer Einfluss weit über die Grenzen ihrer Disziplin hinausreicht. Seine in den 1960er und 1970er Jahren entstandene *interpretative Ethnologie* ist „untrennbar verknüpft mit dem *cultural turn* in den Sozial- und Geisteswissenschaften", also der fächerübergreifenden Hinwendung zum Themenfeld *Kultur* als eigenständigem Forschungsgegenstand oder wenigstens als zentraler analytischer Variable.[195] Seine theoretischen Annahmen formuliert Geertz dabei als Gegenentwurf zu den frühen kognitiven Ansätzen der Ethnologie einerseits und dem insbesondere von Claude Lévi-Strauss repräsentierten Strukturalismus andererseits. Beide fokussieren Geertz zufolge auf die mentalen Aspekte von Kultur, ohne dabei jedoch die individuellen Interpretationsleistungen der jeweils handelnden Personen zu berücksichtigen. In Abgrenzung dazu betont Geertz, „dass die Bedeutung eines Symbols allein aus dem kulturellen Kontext seiner Verwendung ableitbar ist; im Mittelpunkt der Kulturanalyse müssen für Geertz deshalb die sozialen Handlungen der Akteure stehen".[196]

Kulturelle Schemata sind für Geertz kein Merkmal des einzelnen menschlichen Bewusstseins, „sondern ein Kollektivphänomen, das sich in öffentlich beobachtbaren Symbolen im Rahmen gemeinsamer Handlungspraxis manifestiert".[197] Die Aufgabe des oder der Forschenden ist es demnach, die symbolische Bedeutung

[194] Ein Standardwerk, das einen fundierten Überblick über die verschiedenen Varianten und Entwicklungslinien des Kulturbegriffs in der ethnologischen Fachgeschichte gibt, ist der Klassiker *Culture. The Anthropologists' Account* von Adam Kuper (2000 (bzw. Erstausgabe 1999)). Ein weiteres Standardwerk, das hier Erwähnung finden sollte ist überdies der von Robert Borofsky herausgegebene Sammelband *Assessing Cultural Anthropology* (1994) und darin insbesondere der vierte Abschnitt *Rethinking the Cultural* (243–312) sowie weiterführend der fünfte Abschnitt *The Cultural in Motion* (313–412).

[195] Kumoll 2011: 173 (Hervorhebung im Original).

[196] Kumoll 2011: 171.

[197] Kumoll 2011: 171.

sozialer Handlungen interpretativ zu erfassen.[198] Ethnologische Forschung ist Geertz zufolge immer und zwangsläufig *Interpretation*, denn „that what we call our data are really our own constructions of other people's constructions of what they and their compatriots are up to".[199] Diese Form der Analyse, die sich die symbolische Unterfütterung jedweden kulturellen Handelns bewusst macht und sie gezielt in den wissenschaftlichen Fokus nimmt, nennt Geertz *Dichte Beschreibung*:[200]

> „Doing ethnography is like trying to read (in the sense of 'construct a reading of') a manuscript – foreign, faded, full of ellipses, incoherencies, suspicious emendations, and tendentious commentaries, but written not in conventionalized graphs of sound but in transient examples of shaped behaviour."[201]

Hier tritt Geertz' Vorstellung von *Kultur als Text* zutage. Kulturelle Schemata existieren als impliziter Text und unterliegen als solcher einer fortwährenden Interpretation der handelnden Individuen. Allerdings können kulturelle Texte „nicht mehr über den Weg einer Rekonstruktion der Sinnmuster einzelner Akteure erschlossen werden, weil die untersuchten Texte Bedeutungen haben, die nicht notwendigerweise mit den Intentionen ihrer ‚Autoren', also den Akteuren, übereinstimmen".[202] Kulturelle Muster generieren demnach eigenständig Bedeutung und es obliegt dem Ethnologen, bzw. der Ethnologin, diese tieferliegende Bedeutung zu entschlüsseln. Geertz selbst fasst seinen Ansatz wie folgt zusammen:

> „The concept of culture I espouse […] is essentially a semiotic one. Believing, with Max Weber, that man is an animal suspended in webs of significance he himself has spun, I take culture to be those webs, and the analysis of it to be therefore not an experimental science in search of law but an interpretive one in search of meaning. It is explication I am after, constructing social expressions on their surface enigma-tical."[203]

Auch wenn Geertz sich von den Modellentwürfen der frühen kognitiven Ethnologie distanzierte, fällt sein Ansatz doch genauso in die Sparte der mentalistischen Kulturtheorien. Diese räumen kulturellem Wissen sowie „Symbolen (Objekte, Handlungen

[198] Kumoll 2011: 171.
[199] Geertz 1973: 9
[200] Geertz 1973: 6–10 und Kumoll 2011: 171.
[201] Geertz 1973: 10.
[202] Kumoll 2011: 172.
[203] Geertz 1973: 5

oder sprachliche Äußerungen, die jeweils für etwas anderes stehen) einen zentralen Stellenwert“ ein.[204] So stellen Vertreter kognitiver Ansätze beispielsweise die Frage, „was ein Mensch wissen muss, um angemessen im Rahmen einer bestimmten Kultur zu handeln“.[205] Es geht ihnen also um den Erwerb und die Vorbedingungen kultureller Kompetenz, die sich in erster Linie aus der Existenz kollektiver Wissensbestände ergeben. Individuelle und Soziale Handlungen sind in diesem Sinne Ausdruck verinnerlichter Wissens- und Bedeutungsschemata, die innerhalb eines kulturellen Kommunikationszusammenhanges intersubjektiv geteilt werden.[206]

Mentalistische Ansätze waren v. a. typisch für die US-amerikanische *Cultural Anthropology*. Ihre Vertreter_innen hatten (wie auch Geertz) die Tendenz, „Kultur als Bedeutungsgewebe zu betrachten, das aus sich selbst heraus verstehbar sei“.[207] Rahmenbedingungen der äußeren Umwelt wurden bei der Analyse indes zumeist vernachlässigt.[208] Auch aus diesem Grund musste sich Geertz’ Kulturverständnis im Laufe der Zeit einige Kritik gefallen lassen. Inzwischen hat die interpretative Ethnologie innerhalb des Faches weitgehend an Bedeutung verloren (in anderen Disziplinen – wie beispielsweise der Soziologie – ist sie jedoch nach wie vor noch äußerst einflussreich).[209] Karsten Kumoll fasst die wesentlichen Kritikpunkte anschaulich zusammen:

> „Aus einer weltsystemtheoretischen und ideologiekritischen Sichtweise wird eingewandt, Geertz vernachlässige die Rolle historischer Kontexte, Auseinandersetzungen um Macht sowie soziale Ungleichheiten und reduziere Gesellschaften auf ihre ästhetische Dimension. Darüber hinaus wird Geertz’ Ansatz dafür kritisiert, deterministisch zu sein. Eng damit verknüpft ist die sozialtheoretische Kritik, dass ein latenter Widerspruch besteht zwischen einer handlungs- oder praxistheoretischen Perspektive einerseits und einer textualistischen Perspektive andererseits. Während Geertz nämlich […] den ‚Gebrauch‘ kultureller Muster im Rahmen sozialer Praxis analysiert, scheint er in seiner ‚Kultur-als-Text‘-Theorie die handelnden Akteure von den kulturellen ‚Texten‘ systematisch abzukoppeln. Zudem steht die symbolische Ethnologie dafür in der Kritik, das wissenschaftliche Kriterium der Überprüfbarkeit aufzugeben und die Ethnologie damit in Literatur zu verwandeln.“[210]

---

[204] Beer 2006: 64.
[205] Beer 2006: 64.
[206] Beer 2006: 64.
[207] Beer 2006: 65.
[208] Beer 2006: 65.
[209] Kumoll 2011: 173.
[210] Kumoll 2011: 173 f.

Gerade der letzte Punkt führt zu einem anderen bedeutsamen Theoretiker, der sich insbesondere mit Fragen der ethnologischen Repräsentation von Kultur befasst und in diesem Zusammenhang die sogenannte *Writing Culture Debatte* angestoßen hat.

James Clifford ist eigentlich gar kein Ethnologe, sondern Historiker.[211] Der Grund dafür, dass er an dieser Stelle trotzdem in die Meilensteine der ethnologischen Theoriebildung eingereiht wird, ist seine enorme Wirkung auf die Entwicklungsgeschichte des Faches. Er nimmt eine Sonderstellung innerhalb der Ethnologie ein, insofern er Ethnolog_innen zu seinem Forschungsgegenstand macht. Bekannt wurde er v. a. als Mitherausgeber von *Writing Culture* im Jahr 1986, einer der einflussreichsten ethnologischen Anthologien überhaupt. Seine beiden Beiträge innerhalb des Bandes (*Partial Truths* und *On Ethnographic Allegory)* wurden „zum Stichwortgeber einer Debatte […], die als ‚Writing Culture'-Debatte in die jüngere Geschichte der Ethnologie eingegangen ist".[212] Ursächlich dafür war insbesondere Cliffords berühmte These: „Ethnographic writings can properly be called fictions in the sense of 'something made or fashioned', the principal burden of the word's Latin root *fingere*."[213]

Ethnographische Schriften sind Fiktionen, so Clifford, denn sie sind grundsätzlich literarischen Zwängen unterworfen, die den Rahmen dafür abstecken, was *Wissenschaftlichkeit* und *Objektivität* bedeuten, und die außerdem verbindliche Konventionen für deren Repräsentation festsetzen.[214] Clifford zufolge beruht die Glaubwürdigkeit ethnographischer Texte auf der Fähigkeit des Autors oder der Autorin, mit rhetorischen Mitteln Faktizität zu erzeugen. Diese Fähigkeit „besteht nicht zuletzt darin, bei der Beschreibung realer Ereignisse zugleich auch moralische, ideologische und kosmologische Aussagen zu treffen", woraus der wissenschaftliche Text einen tiefergehenden, allegorischen Sinn erhält, welcher schließlich und endlich „als Bedingung seiner Bedeutsamkeit gilt".[215]

Die Autor_innen von *Writing Culture*, sowie auch viele andere Vertreter_innen der Postmoderne, wandten sich in erster Linie gegen das in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit bereits angesprochene *Othering* klassischer ethnographischer Texte. Sie kritisierten die statische Konservierung (und oft auch Exotisierung) ‚fremder' kultureller Lebenswelten aus der immer partiellen und immer auch subjektiven Sicht der Forschenden:

[211] Eriksen / Nielsen 2013: 179 f.

[212] Gottowik 2011: 178 f.

[213] Clifford 1986: 425 (Hervorhebung im Original).

[214] Gottowik 2011: 179.

[215] Gottowik 2011: 179.

> „They were uncomfortable with the reified 'othering' typical of classical modernist anthropology, and sought to redress this, often by advocating 'experimental ethnographies', where the informants participated as equal partners in the production of knowledge. They were critical of the Boasian (and, more recently, Geertzian) idea of cultures as integrated wholes with deep historical roots. Inspired by Foucault and cultural Marxists like Antonio Gramsci, they were also concerned with modes of re-presentation and the power implied by particular styles of writing."[216]

Clifford beispielsweise weist wiederholt darauf hin, dass wissenschaftliche Kulturrepräsentationen unauflöslich in das Spinnennetz weltweiter Machtbeziehungen verwickelt sind. Er hält fest: „Cultural analysis is always enmeshed in global movements of difference and power. However one defines it, and the phrase is here used loosely, a 'world system' now links the planet's societies in a common historical process."[217]

Um diesen Machtbeziehungen sensibel begegnen zu können, plädiert Clifford für einen diskursiven Ansatz: „…who speaks? who writes? when and where? with or to whom? under what institutional and historical constraints?"[218]. Ein solches Vorgehen empfiehlt sich besonders auch deshalb, weil Clifford *Kultur* als prozessuales Phänomen begreift, das in und durch Diskurse produziert wird:

> „If 'culture' is not an object to be described, neither is it a unified corpus of symbols and meanings that can be definitely interpreted. Culture is contested, temporal, and emergent. Representation and explanation – both by insiders and outsiders – is implicated in this emergence."[219]

Kulturen sind ein Kaleidoskop, das überhaupt erst durch menschliche Interpretation manifest wird und sich außerdem ständig in Bewegung befindet. Anders als Geertz glaubt Clifford nicht daran, dass diese Interpretation abschließend durch einen ethnographischen Experten respektive eine ethnographische Expertin erfolgen könne. Aus seiner Sicht ist jede Interpretation immer bloß partiell und insofern subjektiv.

> „'Cultures' do not hold still for their portraits. Attempts to make them do so always involve simplification and exclusion, selection of temporal focus, the construction of a particular self-other relationship, and the imposition or negotiation of a power relationship."[220]

[216] Eriksen / Nielsen 2013: 179 f.
[217] Clifford 1986: 435.
[218] Clifford 1986: 439.
[219] Clifford 1986: 434.
[220] Clifford 1986: 428.

Writing Culture hat in der ethnologischen Fachgemeinschaft eine weitreichende und streckenweise hitzige Debatte über Kultur und deren Repräsentation ausgelöst, über die Verantwortung und die Situiertheit jeder ethnographischen Forschung sowie über das Recht der Forschenden, andere Menschen und deren Lebensformen mit einem (vermeintlich) wissenschaftlich legitimierten Absolutheitsanspruch zu portraitieren. Die Gegenreaktionen fielen zum Teil heftig aus und es gab reichlich Kritik an der radikalen Perspektive Cliffords und seiner Co-Autor_innen.[221] Allem Widerstand zum Trotz hat die Debatte jedoch auch einige wesentliche Errungenschaften hervorgebracht und das Selbstverständnis des Faches nachhaltig gewandelt. Volker Gottowik listet ihre drei wichtigsten Auswirkungen auf:

> „1. Das Fach hat sich im Hinblick auf das ethnographische Genre weitgehend von konventionellen Zwängen befreit. Ohne auf nennenswerten Widerspruch zu stoßen, lässt sich heute folgendes behaupten: Ethnographie ist, was Ethnographen schreiben.
>
> 2.Die Ethnologie stellt andere Kulturen nicht mehr als ahistorische, in sich homogene Einheiten dar. Es besteht mittlerweile Konsens darüber, dass der Gegenstand der Ethnologie einer Dynamik der Veränderung unterliegt und Kultur eigentlich immer im Plural stehen sollte.
>
> 3. Das Fach hat ein Maß an Selbstreflexivität an den Tag gelegt, das von anderen Fächern als beispielgebend empfunden wird.“[222]

Im Zuge der *Writing Culture Debatte* – und darüberhinausgehend – haben sich nicht nur Stimmen erhoben, die auf eine reflexive Auseinandersetzung mit kultureller Repräsentation als solcher abzielen, sondern auch einige, die das Kulturkonzept von Grund auf ablehnen und es letztlich sogar vollends verwerfen wollen. Die folgende Autorin ist für eine derartige Sichtweise beispielhaft.

Lila Abu-Lughod hat dem ethnologischen Kulturbegriff in ihrem an die *Writing Culture Debatte* angeschlossenen Text *Writing Against Culture* (1991) eine Tendenz zu Spaltung und Hierarchisierung unterstellt.[223] Ihr zufolge wurde die gesamte ethnologische Disziplin auf der sozial konstruierten Bruchlinie zwischen dem *‚Westen‘* und dem *‚Nicht-Westen‘* errichtet. An der Reproduktion dieser Bruchlinie wirke das Fach bis heute aktiv mit. *Othering* sei der Ethnologie immanent, ja, sogar ihre grundlegende Existenzbedingung:

---

[221] Einen guten Überblick über die Debatte und ihre Kritiker(innen) geben Eriksen / Nielsen 2013: 179–184.

[222] Gottowik 2011: 184.

[223] Abu-Lughod 1991: 137 f.

> „It has been and continues to be primarily the study of the non-Western other by Western self, even if in its new guise it seeks explicitly to give voice to the Other or to present a dialogue between self and other, either textually of through an explication of the fieldwork encounter […]. And the relationship between the West and the non-West, at least since the birth of anthropology, has been constituted by Western domination."[224]

Selbst Ethnolog_innen, die in der eigenen Gesellschaft forschen, versuchen laut Abu-Lughod, ihren Forschungsgegenstand ‚fremd' („other") erscheinen zu lassen, um sich gegenüber anderen verwandten Disziplinen, wie etwa der Soziologie, abzugrenzen und damit am Ende ihre fachliche Daseinsberechtigung zu wahren. So werden etwa mit Vorliebe ethnische Minderheiten und ‚machtlose' Gruppen untersucht, anstatt sich etwa Phänomenen der dominanten ‚Mehrheitsbevölkerung' zu widmen (ein Phänomen, dass in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit bereits eingehend problematisiert wurde).[225] Die eigene Positioniertheit der Forschenden, sowie das Machtgefälle zwischen Forschenden und Erforschten fällt dabei in der Regel unter den Tisch.[226] Der Kulturbegriff selbst trägt aus Abu-Lughods Sicht dazu bei, diese Spaltung noch zu befördern und ist daher mitursächlich für die fortbestehende Ungleichheit:

> „The concept of culture is the hidden term in all that has just been said about anthropology. Most American anthropologists believe or act as if 'culture', notoriously resistant to definition and ambiguous of referent, is nevertheless the true object of anthropological inquiry. Yet it could also be argued that culture is important to anthropology because the anthropological distinction between self and other rests on it. Culture is the essential tool for making other. As a professional discourse that elaborates on the meaning of culture in order to account for, explain, and understand cultural difference, anthropology also helps construct, produce, and maintain it. Anthropological discourse gives cultural difference (and the separation between groups of people it implies) the air of the self-evident."[227]

In diesem Sinne vergleicht Abu-Lughod das Konzept Kultur mit dem Konzept der ‚Rasse'. Kultur sei im Endeffekt tatsächlich eine Fortsetzung oder vielmehr eine neue Variante des alten, diskriminierenden Rassegedankens (etwa in Form von Kulturfundamentalismus und Herder'schem Commonsense) und berge aus diesem

---

[224] Abu-Lughod 1991: 139.

[225] Abu-Lughod 1991: 139.

[226] Abu-Lughod 1991: 141 f.

[227] Abu-Lughod 1991: 143.

Grund auch ähnliche Gefahren.[228] Egal wie differenziert mit dem Kulturbegriff umgegangen werde, er trage immer schon den Hang zum Essentialismus in sich, da er äußere Abgrenzung einerseits und übersteigerte innere Homogenität andererseits proklamiere.[229] Vor diesem Hintergrund plädiert Abu-Lughod für ein *Writing Against Culture*, ein Schreiben *gegen* Kultur, beispielsweise indem andere, neuere Konzepte wie *Diskurs* oder *Praxis* an die Stelle des Kulturarguments treten[230] oder indem die Interrelationen zwischen Forschenden und Erforschten sowie zwischen Erforschten und weiterem Weltsystem aktiv in den Blick genommen werden.[231] Weiterhin empfiehlt Abu-Lughod eine (wenigstens partielle) Abkehr vom wissenschaftlichen Versuch der Generalisierung und eine verstärkte Hinwendung zu *Ethnographies of the Particular*[232] – „telling stories about particular individuals in time and space“:[233]

> „By focusing closely on particular individuals and their changing relationships, one would necessarily subvert the most problematic connotations of culture: homogeneity, coherence, and timelessness. Individuals are confronted with choices, struggle with others, make conflicting statements, argue about points of view on the same events, undergo ups and downs in various relationships and changes in their circumstances and desires, face new pressures, and fail to predict what will happen to them or those around them. So, for example, it becomes difficult to think that the term ‘Bedouin culture’ makes sense when one tries to piece together and convey what life is like for one old Bedouin matriarch.“[234]

Der besondere Wert dieses Ansatzes liegt Abu-Lughod zufolge darin begründet, dass er, anstatt immerfort menschliche Unterschiede zu betonen, menschliche Gemeinsamkeiten zutage fördert und Verbindungen schafft, wo vorher Spaltung verortet wurde.[235] Überdies könne dadurch der ethnologischen (und überhaupt ‚westlichen‘) Verantwortung entsprochen werden, sich bestehende Machtstrukturen (und

[228] Abu-Lughod 1991: 143 f.
[229] Abu-Lughod 1991: 146.
[230] Diese Konzepte werden im späteren Verlauf dieses Kapitels noch näher erläutert.
[231] Abu-Lughod 1991: 147 ff.
[232] Abu-Lughod 1991: 149 f.
[233] Abu-Lughod 1991: 153.
[234] Abu-Lughod 1991: 154.
[235] Abu-Lughod 1991: 157.

die eigene Rolle darin) bewusst zu machen, sowie einen Beitrag zu ihrer Überwindung zu leisten. Dies werde auch dem Anspruch des ‚westlichen' Humanismus gerecht, der die allgemeine Gleichheit aller Menschen propagiere.[236]

Abu-Lughods Kritik an den essentialistischen Tendenzen des Kulturbegriffs (einschließlich ihres Verweises auf die sozio-historischen sowie politischen Rahmenbedingungen der Ethologie) ist durchaus gerechtfertigt – und sie ist auch beileibe nicht die einzige Vertreterin des Faches, die den Kulturbegriff inzwischen, wenn überhaupt noch, „in Anführungszeichen" verwendet.[237] Ihr Gegenentwurf des *Writing Against Culture* bildet gewiss einen plausiblen Gegenpol zu überbordenden wissenschaftlichen Generalisierungsbestrebungen und etwaiger machtstruktureller Blindheit. Ob der Kulturbegriff allerdings wirklich verworfen werden muss, wie es ihre Ausführungen nahelegen, ist eine viel komplexere Frage und nicht leicht zu beantworten. Zwar beweist ‚Kultur' tatsächlich einen unbezweifelbaren Hang zur Essentialisierung, die simple Nicht-Benutzung des Wortes ist für dieses Problem jedoch keine umfassende Lösung. Essentialisierungen tauchen in der menschlichen Ideengeschichte immer wieder auf, mal in dieser, mal in jener Form, und letztlich ist jedes beliebige andere Konzept (z. B. *Diskurs* oder *Praxis*) für ihren Einfluss ebenso anfällig wie *Kultur*. So plädiert insbesondere auch Christoph Brumann in seinem Text *Writing for Culture* dafür, den Kulturbegriff zu erhalten und nennt hierfür mehrere plausible Gründe. Der Wichtigste davon ist wohl oder übel die Tatsache, dass der Begriff längst Eingang in die öffentliche Debatte gefunden hat und sein Einfluss dort irreversibel ist. Ein Austausch zwischen wissenschaftlicher und öffentlicher Sphäre – sowie die Korrektur von missverständlichen und essentialisierenden Gebräuchen in letzterer – sei leichter und effizienter möglich, wenn der Begriff beibehalten werde.[238] Vor diesem Hintergrund scheint der einzige Ausweg aus dem Dilemma eine umfassende und kritische Auseinandersetzung mit den Konnotationen und Implikationen dessen zu sein, was sich hinter dem Kulturbegriff und seinen artverwandten Konzepten verbirgt. Hierzu ist eine möglichst vielstimmige Diskussion erforderlich, die weit über einzelne Fächergrenzen hinausgeht. Im Folgenden soll daher versucht werden, einige Schlaglichter der interdisziplinären Theoriedebatte kurz und übersichtlich darzustellen.

Kulturtheorien mit fächerübergreifendem Einfluss

Es gibt kaum einen anderen Theoretiker, der eine solch breite, grenzübergreifende und nachhaltige Wirkung entfaltet hat, wie der Philosoph **Michel Foucault**.

---

[236] Abu-Lughod 1991: 157–160.

[237] Sökefeld 2004: 16.

[238] Brumann 1999 und darin insbesondere S. 9–13.

Besondere Bekanntheit erlangte er v. a. für sein Konzept des *Diskurses*, das Lila Abu-Lughod als heilsame Alternative zum ethnologischen Kulturbegriff anpreist. *Diskurse* im Foucault'schen Sinne konstituieren gesellschaftliche Wissensverhältnisse. Sie sind demnach keine „reine und einfache Verschränkung der Dinge und der Wörter",sondern kommunikative Praktiken, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen".[239] Vor diesem Hintergrund will Foucault die Regeln und Regelhaftigkeiten des Diskurses begreifen, durch die Wesen, Sinn und Inhalt der Worte (oder der Dinge) überhaupt erst zu faktischer Geltung gelangen:[240]

> „Foucault showed, through historical studies of the treatment of deviance (insanity, criminality and sexuality) in Europe, how the taken-for-granted frameworks for understanding and acting upon the world have changed historically. He used the term *discourse* to delineate such frameworks. This term has been used by linguists for years, but in Foucault's usage it meant specifically a public exchange of ideas, in which certain questions, agendas and definitions – so-called 'discursive objects' – evolved as the result of power struggles between participants, and imposed themselves on the sensual human body. In his ruthless, intensely beautiful prose […] Foucault spoke of the discourse as establishing a *regime of knowledge*."[241]

Wahrheit besitzt aus Foucaults Sicht keine eigenständige Faktizität, sondern ist eine bloße Funktion des Diskurses, die festlegt, was (von allem potentiell Sagbaren) gesagt, gehört und gewusst werden darf.[242] Mit dieser Reglementierung von Wissen in enger Verbindung steht überdies der Foucault'sche Begriff der *Macht*, denn „der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist […] nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht".[243] Wie Abschnitt 2.4 noch im Detail zeigen wird, ist Foucaults Machtbegriff dabei nicht hierarchisch (im Sinne von Herrschaft) angelegt. Vielmehr kämpfen in einer Gesellschaft immer mehrere Mächte miteinander und gegeneinander um (diskursive) Deutungshoheit.[244]

Auch wenn Foucault sich hauptsächlich mit Spezialdiskursen (insbesondere den Wissenschaften) befasst[245] und sich weniger für öffentliche und allgemein

---

[239] Foucault 2013: 74.

[240] Lavagno 2011: 47 f.

[241] Eriksen / Nielsen 2013: 173 (Hervorhebung im Original).

[242] Lavagno 2011: 50.

[243] Foucault 2012: 11.

[244] Lavagno 2011: 52; siehe auch Abschn. 2.4

[245] Siehe hierzu Keller 2011a: 122 f u.189.

zugängliche Diskurse interessiert, lassen sich seine Vorstellungen durchaus auf das Anwendungsgebiet des ethnologischen Kulturbegriffs übertragen. *Kultur* wäre demnach, analog zu Foucaults *Diskurs*, ein Konglomerat aus sozialen (insbesondere sprachlichen) *Praktiken*, die auf kollektiver Ebene *Wissen* generieren, *Wahrheit* definieren, *Gegenstände* konstituieren, *Regeln* für die soziale Interaktion festlegen und damit letztlich immer auch *Macht* ausüben. Sie wäre ein fluides, umkämpftes Regime, dass mit vielen anderen Regimen fortwährend um Dominanz ringt. Innerhalb einer jeden Gesellschaft gäbe es demnach nicht *die eine* Kultur, sondern viele, die sich in unentwegtem Streit befinden, manche davon einflussreich, andere weniger einflussreich, alle situativ, kontextgebunden und wandelbar.

Die Foucault'sche Kulturtheorie (wenn man sie so nennen will) bringt sicherlich einige wichtige und kompatible Schnittstellen für die ethnologische Theoriebildung mit sich. Allerdings wurde sein Ansatz durchaus auch in manchen Punkten kritisiert. Ein Einwand ist beispielsweise, „dass Foucault einseitig den Kampf als Paradigma des Sozialen bestimmt habe und die vielfältigen Formen der Anerkennung zwischen Menschen nicht genügend berücksichtige“.[246] Ein anderer Einwand bezieht sich auf Foucaults relative Vernachlässigung der Rolle einzelner Akteur_innen. Die von ihm beschriebenen Diskurse erscheinen als weitgehend unabhängige, selbstständig Macht entfaltende Phänomene, daher könnte man seine Perspektive auch als „*Diskurskonstruktivismus ohne Konstrukteure*“ bezeichnen.[247] Um das Phänomen *Kultur* ganzheitlich zu betrachten, ist die Foucault'sche Perspektive daher für sich genommen nicht ausreichend.

Nahezu ebenso einflussreich wie Michel Foucault ist der französische Sozialtheoretiker **Pierre Bourdieu**. Die Geister scheiden sich bisweilen daran, ob er eher der Ethnologie oder der Soziologie zugerechnet werden kann. In der vorliegenden Zusammenfassung wird er jedoch bei den nicht-ethnologischen Kulturtheorien verortet, da sein Ansatz in vielerlei Hinsicht eher Kennzeichen einer soziologischen Perspektive trägt. Diese Kategorisierung erhebt allerdings keinerlei Anspruch auf Allgemeingültigkeit.

Mit Bourdieu ist das zweite Konzept angesprochen, dass Abu-Lughod als Werkzeug eines *Writing Against Culture* anführt – *Praxis*. In Abkehr vom Strukturalismus früherer sozialwissenschaftlicher Ansätze nimmt Bourdieu nicht primär soziale Struktur als solche in den Blick, sondern untersucht die ständige Wechselwirkung von sozialer Struktur und sozialer Praxis. Das zentrale Element dieser Analyse ist der sogenannte *Habitus*:

---

246 Lavagno 2011: 52.

247 Keller 2011a: 98 (Hervorhebung im Original).

> „Die für einen spezifischen Typus von Umgebung konstitutiven Strukturen (etwa die eine Klasse charakterisierenden materiellen Existenzbedingungen), die empirisch unter der Form von mit einer sozial strukturierten Umgebung verbundenen Regelmäßigkeiten gefaßt werden können, erzeugen *Habitusformen*, d. h. Systeme dauerhafter *Dispositionen*, strukturierte Strukturen, die geeignet sind, als strukturierende Strukturen zu wirken, mit anderen Worten: als Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen, die objektiv ‚geregelt' und ‚regelmäßig' sein können, ohne im geringsten das Resultat einer gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein; die objektiv ihrem Zweck angepaßt sein können, ohne das bewußte Anvisieren der Ziele und Zwecke und die explizite Beherrschung der zu ihrem Erreichen notwendigen Operationen vorauszusetzen, und die, dies alles gesetzt, kollektiv abgestimmt sein können, ohne das Werk der planenden Tätigkeit eines ‚Dirigenten' zu sein"[248]

Ähnlich wie Foucault beschäftigt Bourdieu sich mit dem Phänomen der *Macht*, welches auch bei ihm in enger Verbindung zum Aspekt des *Wissens* steht. Sein Machtbegriff ist allerdings deutlich hierarchischer und repressiver angelegt, als es bei Foucault der Fall ist. So interessiert er sich insbesondere für das Phänomen der *symbolischen Herrschaft*:

> „Die symbolische Herrschaft […] ist vor allem […] über die symbolischen Dimensionen des sozialen Lebens, die Sinnbezüge, die Weltansichten und selbstverständlichen Denkweisen vermittelt. Zu ihren Grundeigenschaften gehört, dass ihr Repressionsgehalt weder unmittelbar bewusst wird noch offen zutage tritt."[249]

Stephan Moebius definiert symbolische Herrschaft im Anschluss an Lothar Peter als soziale Praxis, die „Menschen mit Hilfe symbolischer Bedeutungen, epistemischer Ordnungen und Sinnzuschreibungen, die sich in den meisten Fällen auf Personen, Dinge oder Verhaltensweisen beziehen, auf meistens unbewusste Weise zur Hinnahme, Verstetigung oder gar Befürwortung von Strukturen, Institutionen oder Akteuren gesellschaftlicher Herrschaft bewegt".[250] Symbolische Herrschaft vermittelt demzufolge die Produktion und Reproduktion von *Doxa*, also von sozialen Ordnungen, die „stillschweigend als selbstverständlich hingenommen" werden.[251] Auszuüben vermag symbolische Herrschaft indes nur, wer entsprechenden sozialen Einfluss geltend machen kann, denn „das Gewicht der jeweiligen Akteure hängt von ihrem symbolischen Kapital ab, das heißt von der – institutionalisierten oder

[248] Bourdieu 2009: 164 f (Hervorhebung im Original).

[249] Moebius 2011: 57.

[250] Moebius 2011: 58.

[251] Bourdieu 2009: 327.

nicht-institutionalisierten – *Anerkennung* durch eine soziale Gruppe".[252] Symbolische Herrschaft beruht demnach auf gemeinsamen „Beurteilungs-, Denk- und Deutungsschemata", die von Herrschenden und Beherrschten gleichermaßen geteilt werden.[253] Der Habitus ist dann die Einverleibung dieser gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse durch das Individuum und die Ausbildung korrespondierender Handlungsdispositionen.[254] Diese Einverleibung erfolgt – wie der Begriff an sich schon impliziert – nicht rein kognitiv (und schon gar nicht immer bewusst), sondern nimmt in Form einer *körperlichen Hexis* Einfluss auf den menschlichen Körper. In diesem Sinne produziert die Inkorporation der kulturellen *Doxa* „ein bestimmtes Gehen, eine spezifische Kopfhaltung, ein Verziehen des Gesichts, [...] die jeweiligen Arten, sich zu setzen, mit Instrumenten umzugehen, dies alles in Verbindung mit einem jeweiligen Ton der Stimme, einer Redeweise und – wie könnte es anders sein? – mit einem spezifischen Bewußtseinsinhalt."[255] Der menschliche Körper ist für Bourdieu ein soziales Konstrukt. Er beschreibt die *körperliche Hexis* daher auch als ‚einverleibten Mythos':

> „Wie das *Ethos* oder der Geschmack – oder, wenn man will, die *aisthesis* – die wirklich gewordene Ethik oder Ästhetik darstellen, so ist auch die Hexis der wirklich gewordene, zur permanenten Disposition gewordene *einverleibte* Mythos, die dauerhafte Art und Weise, sich zu geben, zu sprechen, zu gehen, und darin auch: zu *fühlen* und zu *denken*; dergestalt findet sich die gesamte Moral des Ehrverhaltens in der körperlichen Hexis zugleich *symbolisiert* und *realisiert*."[256]

Wenn man Bourdieus Konzept der *Doxa* als kulturelles Wissen auffasst und das Konzept des *Habitus* mit kultureller Prägung assoziiert, wird klar, dass *Kultur* nicht im Bereich der Kognition zu verorten ist. Vielmehr schreibt sie sich – in Form von sozialer Praxis – regelrecht in den menschlichen Körper ein und dirigiert dessen gesamte Selbst- und Weltwahrnehmung. Der Habitus nach Bourdieu ist jedoch nicht zu verwechseln mit dem Prinzip der (vermeintlichen) kulturellen Homogenität innerhalb einer ethnischen Gruppe. Der Begriff der *Ethnie* zielt auf ideelle und identitäre Gruppengrenzen ab. Der Bourdieu'sche Begriff der *Klasse* (auf den sich sein Habituskonzept bezieht, s. o.) kategorisiert hingegen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach ihren jeweiligen reellen Lebensverhältnissen. So können durchaus Angehörige derselben ethnischen Kategorie zugleich Angehörige

[252] Bourdieu 2005: 79 (Hervorhebung im Original).
[253] Moebius 2011: 59.
[254] Moebius 2011: 58.
[255] Bourdieu 2009: 189 f.
[256] Bourdieu 2009: 195 (Hervorhebung im Original).

unterschiedlicher sozialer Klassen sein (oder umgekehrt). Kulturelle Homogenität, wie Bourdieu sie oben anspricht, ist eine Konsequenz gleicher sozialer Lebensbedingungen. Diese gleichen Lebensbedingungen sind jedoch nicht zwingend an ethnische oder gar staatliche Grenzen gebunden. Sie können diese transzendieren oder aber zur Ausbildung von Subgruppen innerhalb einer Gesellschaft führen. Rein theoretisch können an sehr unterschiedlichen Orten der Welt zur selben Zeit (oder zu unterschiedlichen Zeiten) ähnliche Lebensverhältnisse zur Ausbildung ähnlicher Habitusformen führen. Nichts davon ist nach Bourdieus Logik ausgeschlossen.

Mit Bourdieus Begriff des *kulturellen Kapitals* (in Abgrenzung zum *ökonomischen*, *sozialen* und *symbolischen Kapital*) ist überdies ein weiteres Mal die Komponente *Wissen* angesprochen. *Kulturelles Kapital* bezeichnet kulturelle Güter (wie z. B. Bücher oder Gemälde) institutionalisierte Ausformungen wie etwa Bildungstitel sowie *Bildung* an sich, also sprich die Aneignung und Reproduktion sozial erwünschter Wissensbestände (z. B. schulisches / akademisches Wissen, Sozialkompetenz, Sprachkompetenz, Höflichkeitsformen, ‚Geschmack' u. v. m.).*Kultur* (hieran erkennt man seinen differenztheoretischen Kulturbegriff) ist für Bourdieu zu allererst *Wissen*, das durch den *Habitus* einverleibt wird und als solches in *symbolisches Kapital*, im Sinne von Prestige, transformiert werden kann, um die eigene Position im sozialen Feld zu behaupten oder zu verbessern. Der Zugang zu *kulturellem* (wie auch zu dem daraus resultierenden *symbolischen*) *Kapital* ist in jeder Gesellschaft zwangsläufig begrenzt. Seine ungleiche Verteilung ist durch die prägenden Strukturen der verschiedenen *Klassenhabitus* bedingt sowie durch die konkreten Machtverhältnisse und Zugangschancen im jeweiligen sozialen Feld der Interaktion. So kann unter Umständen unterschiedliches *kulturelles Kapital* von Nöten sein, um in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern Anerkennung zu finden (z. B. ökonomisches Feld vs. literarisches Feld). Auch hierin zeigt sich, dass Bourdieu keinesfalls von einer homogenen *Kultur* (im totalitätsorientierten Sinne) ausgeht, die der gesamten Gesellschaft gleichermaßen zu eigen wäre.[257]

Bourdieus *Theorie der Praxis* und seinem Konzept des *Habitus* wurde des Öfteren ein gewisser Hang zur Statik unterstellt. Der Vorwurf lautet, dass sein Ansatz sozialen Wandel nicht adäquat erfassen oder erklären könne. Die Reproduktion sozialer Strukturen durch den Habitus werde als Zwangsläufigkeit konzipiert, obwohl sie sich in vielen Fällen tatsächlich eher durch ‚Unberechenbarkeit' auszeichne. Es sei diese ‚Unberechenbarkeit', die sozialen Wandel schließlich möglich mache.[258] Beate Krais und Gunter Gebauer halten diesem Einwand folgendes entgegen:

[257] Kajetzke 2008: 57 ff.

[258] Moebius 2011: 66.

> „In seiner Betonung von Erfahrung und praktischem Wissen knüpft Bourdieu […] an Aristoteles an. Der Habitus funktioniert nicht mechanistisch, sondern nach dem Modell lebender Systeme. Auf Lernprozesse bezogen bedeutet dies, dass Gelerntes *verarbeitet* wird. Danach hat man sich den Vorgang der Aneignung des Sozialen – wie überhaupt Lernprozesse – nicht so vorzustellen, als sei das Individuum eine Art Schrank, in dessen Fächer und Schubladen nun soziale Ordnungen, Vorstellungen, Klassifikationsschemata, Wissensbestände und so weiter einsortiert würden, gerade so, wie sie in der sozialen Wirklichkeit außerhalb des Individuums vorkommen. Vielmehr wird die Fülle der einzelnen Erfahrungen, die Menschen auf Grund ihrer Tätigkeit in der Welt machen, zu einem komplexen Erfahrungswissen zusammengearbeitet und immer wieder transformiert."[259]

Bourdieus Ansatz schließt eine gewisse ‚Unberechenbarkeit' – und damit letztlich auch die Möglichkeit zu sozialem Wandel – nicht notwendigerweise aus. Nichtsdestotrotz scheint sein Blick eher auf das große Ganze gerichtet zu sein und die Brüche und Widersprüchlichkeiten menschlicher Sozialisation streckenweise auszublenden. Seine *Theorie der Praxis* ist dennoch bis heute (zurecht) über Fächergrenzen hinaus renommiert und bietet durchaus das Potenzial, den ethnologischen Kulturbegriff in vielerlei Hinsicht zu bereichern. *Kultur* (als Dialektik aus *Doxa* und *Habitus*) wäre dann demzufolge ein aus dem steten Wechselspiel von *Struktur* und *Praxis* resultierendes Repertoire an kollektiv geteilten und individuell einverleibten *Wissensbeständen* und *Dispositionen*, welches dem oder der Einzelnen eine spezifische Position (sowie ggf. spezifische Aufstiegschancen) innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen *Machtverhältnisse* zuweist. V. a. aber ist *Kultur* das Produkt *realer Lebensumstände* innerhalb einer spezifischen sozialen Umwelt und nicht etwa das quasi-natürliche Merkmal einer wie auch immer gearteten identitären Gruppierung.

Die Rolle handelnder Akteur_innen findet bei Bourdieu deutlich stärkere Beachtung als bei Foucault. Dennoch steht der kreative Umgang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch bei ihm nicht unbedingt im Fokus des Interesses. Ihm geht es eher um die Regelungsstrukturen der sozialen Praxis, nicht so sehr um deren individuelle Auslegung. Ähnlich wie Foucault entwirft er ein *Top-Down-Modell*[260], das Akteur_innen als Produkt gesellschaftlicher Strukturen begreift. Es ist daher angezeigt, sich mit einem Theoretiker auseinanderzusetzen, dessen Ansatz sich nicht nur wachsender Beliebtheit in diversen Disziplinen erfreut, sondern dessen Hauptaugenmerk auch explizit auf die kreativen Interpretations- und Interaktionsleistungen der handelnden Akteur_innen ausgerichtet ist.

---

[259] Krais / Gebauer 2010: 63.

[260] Siehe hierzu auch Kajetzke 2008: 78.

Erving Goffman ist ein kanadischer Soziologe und Schüler des symbolischen Interaktionismus der US-amerikanischen Chicago School. Fächerübergreifende Bekanntheit erlangte er v. a. durch sein Buch *The Presentation of Self in Everyday Life* – zu Deutsch: *Wir alle spielen Theater* – sowie den Entwurf seiner sogenannten *Frame Analysis*.[261] Seine ausgesprochene Popularität „geht auf seine Fähigkeit zurück, die kleinen Alltagssituationen zu analysieren, in denen wir oft beiläufig anderen begegnen. In der Tat nennt Goffman noch in seinem letzten Buch […] die (soziale) Situation als den Raum der Ko-Präsenz menschlicher Akteure den zentralen Gegenstand seiner Forschung".[262] Auch wenn sein Interesse nicht dem Phänomen *Kultur* als solchem gilt, argumentiert Hubert Knoblauch, dass seinen Arbeiten „ein impliziter Begriff der Kultur" zugrunde liegt, in dessen Zentrum zwischenmenschliche Prozesse der Kommunikation bzw. der Interaktion stehen.[263]

Goffman geht davon aus, dass Beteiligte an einer Begegnungssituation immer Informationen über ihr jeweiliges Gegenüber benötigen, um dieses einerseits einschätzen und andererseits ihr eigenes Verhalten entsprechend anpassen zu können.[264] Nicht immer stehen jedoch, sozusagen ‚von Natur aus', genügend Informationen über die jeweils anderen zur Verfügung:

> „Viele entscheidende Tatsachen liegen jenseits von Zeit und Raum der Interaktion oder bleiben in ihr verborgen. So können etwa die ‚wirklichen' oder ‚echten' Einstellungen, Überzeugungen und Gefühle des Einzelnen nur indirekt aus seinen Eingeständnissen oder seinem offenbar unabsichtlich sprechenden Verhalten erschlossen werden. Ebenso werden die anderen häufig, wenn der Einzelne ihnen eine Sache oder einen Dienst anbietet, die Verläßlichkeit seines Angebots nicht an Ort und Stelle überprüfen können. Sie werden dann gewisse Ereignisse als konventionelle oder natürliche Zeichen für etwas, das sie nicht unmittelbar wahrnehmen können, akzeptieren müssen. In der Terminologie G. Ichheisers gesprochen, wird der Einzelne so handeln müssen, daß er sich selbst absichtlich oder unabsichtlich *ausdrückt* und daß die anderen von ihm in bestimmter Weise *beeindruckt* werden."[265]

In seinem Frühwerk bedient sich Goffman der Metaphorik des Theaters und setzt den handelnden Akteur / die handelnde Akteurin mit einem Schauspieler / einer Schauspielerin gleich. Ihm zufolge ist die soziale Person „eine Maske, und was immer sich noch dahinter verbergen mag, gehört nicht zum gesellschaftlichen Leben. Die Maske ist das, womit ein Eindruck auf das jeweilige Publikum erzeugt werden

[261] Knoblauch 2011: 189.
[262] Knoblauch 2011: 190.
[263] Knoblauch 2011: 191.
[264] Goffman 2014: 5
[265] Goffman 2014: 6 (Hervorhebung im Original).

soll", um die Interaktion zu lenken und persönliche Vorteile zu erzielen.[266] Die interagierenden Personen kreieren demnach eine bestimmte *Darstellung* von sich selbst:

> „Eine ‚Darstellung' (*performance*) kann als die Gesamttätigkeit eines bestimmten Teilnehmers an einer bestimmten Situation definiert werden, die dazu dient, die anderen Teilnehmer in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Wenn wir einen bestimmten Teilnehmer und seine Darstellung als Ausgangspunkt nehmen, können wir diejenigen, die die anderen Darstellungen beisteuern, als Publikum, Zuschauer oder Partner bezeichnen. Das vorbestimmte Handlungsmuster, das sich während einer Darstellung entfaltet und auch bei anderen Gelegenheiten vorgeführt oder durchgespielt werden kann, können wir ‚Rolle' (*part*) nennen. […] Wenn wir soziale Rolle als die Ausübung von Rechten und Pflichten definieren, die mit einem bestimmten Status verknüpft sind, dann können wir sagen, daß eine soziale Rolle eine oder mehrere Teilrollen umfaßt und daß jede dieser verschiedenen Rollen von dem Darsteller bei einer Reihe von Gelegenheiten vor gleichartigem Publikum oder vor dem gleichen Publikum dargestellt werden kann."[267]

Um erfolgreich zu sein, müssen die Darstellenden bei ihrer *Performance* auf das jeweils zur Verfügung stehende, gemeinsam geteilte Repertoire an Ausdrucksformen zurückgreifen und ihr Handeln außerdem auf die gemeinhin akzeptierten Normen und Werte der fraglichen sozialen Umgebung abstimmen. Eine erfolgreiche Darstellung ist insbesondere deshalb wichtig, weil sie dazu dient, das eigene Selbst in vorteilhaftem Licht erscheinen zu lassen und so einen etwaigen *Gesichtsverlust* zu vermeiden:[268]

> „Die Angst davor, das Selbst schädigende Informationen zu offenbaren, führt zu dem, was er als Eindrucksmanipulation (‚impression management') bezeichnet. Unangenehme Szenen werden vermieden, in denen das Selbst, das man darstellt, und das, das man darstellen möchte, auseinanderklaffen. Das Selbst ist damit immer auch eine Maske, die aktiv aufrechtzuerhalten ist. Goffman spricht hier von ‚face work', also der Arbeit daran, das Gesicht zu wahren. In jeder Interaktion wird vom Individuum erwartet, besondere Eigenschaften, Fähigkeiten und Informationen zu besitzen, die sich so zu einem Selbst ergeben, dass es zugleich als zusammenhängende und der Situation angepasste Einheit erscheint."[269]

[266] Knoblauch 2011: 191.

[267] Goffman 2014: 18 (Hervorhebung im Original).

[268] Knoblauch 2011: 191 ff.

[269] Knoblauch 2011: 193.

Gespräche dienen, nach Goffmans Verständnis, also weniger der Vermittlung von Informationen als vielmehr der eigenen Selbstdarstellung im Sinne von *Performance*. Sie nehmen damit letztlich die Form von *Ritualen* an,[270] innerhalb derer Darstellende und Publikum auf Basis einer gemeinsamen kulturellen Wirklichkeitskonstruktion und daraus wechselseitig erwachsender Erwartungshaltungen ‚komplizenhaft' dazu beitragen, dass eben diese Wirklichkeitskonstruktion in Form sozial definierter Rollen reproduziert wird – die einen, indem sie die Rolle darstellen, die anderen, indem sie deren Darstellung akzeptieren.[271]

Goffmans frühe Texte verorten sich gewissermaßen in der Nähe eines relativ eng ausgelegten handlungstheoretischen *Rational Choice Ansatzes*,[272] da sie implizieren, Akteur_innen seien rational agierende Subjekte, die mit strategischen Mitteln und aus strategischen Gründen heraus einen vorteilhaften Eindruck von sich selbst vermitteln. Von dieser Haltung weicht Goffman jedoch später deutlich ab.[273] Dies zeigt sich u. a. in seinem Konzept der *Frames*, das sich fächerübergreifend stetig wachsender Popularität erfreut. Ein *Frame* ist nach Goffmans Lesart ein „Organisationsprinzip menschlicher Erfahrung und Interaktion".[274] Während andere Ansätze *Frames* „lediglich als Leistungen des subjektiven Bewusstseins ansehen […], sind die Rahmen, von denen Goffman spricht, Teil von sozialen Handlungen und kollektiven Aktivitäten" und rücken damit unausweichlich in die Nähe von *Kultur*.[275] Goffman unterscheidet verschiedene Arten vom *Frames*, am bedeutendsten sind an dieser Stelle allerdings die von ihm definierten *Primary Frameworks*:

> „I say primary because application of such framework or perspective is seen by those who apply it as not depending on or harking back to some prior or 'original' interpretation; indeed, a primary framework is one that is seen as rendering what would otherwise be a meaningless aspect of the scene into something that is meaningful."[276]

Solche *Primary Frameworks* untergliedern sich in *Natural Frameworks* einerseits und *Social Frameworks* andererseits:

[270] Knoblauch 2011: 196; siehe hierzu auch Abschnitt 2.4

[271] Goffman 2014: 12 f.

[272] Zum Verhältnis von *Rational Choice* und Kulturtheorie siehe Maurer 2011: 683–659.

[273] Knoblauch 2011: 197.

[274] Knoblauch 2011: 195.

[275] Knoblauch 2011: 195.

[276] Goffman 1986: 21.

> „Natural frameworks identify occurrences seen as undirected, unoriented, unanimated, unguided, 'purely physical'. Such unguided events are ones understood to be due totally, from start to finish, to 'natural' determinants. […]
>
> Social frameworks, on the other hand, provide background understanding for events that incorporate the will, aim, and controlling effort of an intelligence, a live agency, the chief one being the human being. Such an agency is anything but implacable; it can be coaxed, flattered, affronted, and threatened. What it does can be described as 'guided doings'. These doings subject the doer to 'standards', to social appraisal of his action based on its honesty, efficiency, economy, safety, elegance, tactfulness, good taste, and so forth.“[277]

Beide Typen der *Primary Frameworks*, natürliche wie soziale, sind soziale Konstruktionen. Auch *Natural Frameworks* müssen demnach nicht im eigentlichen Sinne natürlich sein, sie müssen bloß gemeinhin als natürlich gelten (hier zeigt sich eine wesentliche Schnittstelle zum Konzept der *Folk Concepts*, wie es für diese Arbeit von besonderer Relevanz ist).[278]

Alle Arten von Frames stellen gewisse *Regeln* für die Interaktion auf, auch wenn Form, Inhalt und Verbindlichkeit dieser Vorschriften je nach Frame und Kontext variieren (Goffman vergleicht hier die Regeln für eine Partie Dame mit den Regeln der Straßenverkehrsordnung). Frames sind überdies niemals eindimensional. In so gut wie jeder Situation kommen multiple Frames zur Anwendung und leiten (großenteils unbewusst) die jeweilige Interaktion der beteiligten Personen an, indem sie Informationen bereitstellen und die situative Wahrnehmung dirigieren:[279]

> „Taken all together, the primary frameworks of a particular social group constitute a central element of its culture, especially insofar as understandings emerge concerning principal classes of schemata, the relations of these classes to one another, and the sum total of forces and agents that these interpretive designs acknowledge to be loose in the world. One must try to form an image of a group's framework of frameworks – its belief system, its 'cosmology' […]. And note that across a territory like the United States there is an incomplete sharing of these cognitive resources. Persons otherwise quite similar in their beliefs may yet differ in regard to a few assumptions, such as the existence of second sight, divine intervention and the like.“[280]

Kultur nach Goffman ist demnach ein lose ineinander verstricktes Netzwerk aus *Frames*, welches sich in sozialen Praktiken der *Kommunikation* realisiert, ohne dabei

[277] Goffman 1986: 22.

[278] Knoblauch 2011: 1995.

[279] Goffman 1986: 24 ff.

[280] Goffman 1986: 27.

jedoch jemals vollständige *Homogenität* herzustellen. Kultur hat für Goffman „ihren Ort in sozialen Situationen der Begegnung mit Anderen“, welche ihrerseits durch kulturelle Rahmungen koordiniert werden – dabei wird klar „dass wir keineswegs nur in einer Wirklichkeit leben. Schon wir selbst sind ja nur ein Produkt der Gesichtsarbeit, die wir in einer Situation investieren. […] Vermöge der Rahmungen kann die Situation selber wiederum mehrfach verschachtelt sein“; welche Wirklichkeit dabei letztlich in der Begegnung relevant wird, hängt von der Indizierung durch Frames und die damit in Verbindung stehende wechselseitige Eindrucksmanipulationen ab.[281]

Auch wenn Goffmans Analyseebene eine andere ist, lassen sich doch deutliche Gemeinsamkeiten zwischen seinem Begriff der *Frames*, dem Bourdieu’schen Begriff des *Habitus*, und dem Foucault’schen Begriff des *Diskurses* ausmachen. Sie alle zielen letztlich auf die eine oder andere Weise auf die Erzeugung gesellschaftlicher *Wirklichkeit* ab – durch Macht, durch Wissen, durch soziale Praxis, durch Kommunikation. Während Foucault und Bourdieu in ihrer Analyse jedoch die interaktionistische Akteursperspektive vernachlässigen, bleibt bei Goffman die Frage danach, wie *Frames* eigentlich entstehen, weitgehend ungeklärt. Er beschäftigt sich eher mit den Konsequenzen der Existenz von *Kultur* und weniger mit ihrem Ursprung. Daher soll im Folgenden ein Theoretiker eingeführt werden, dessen Ansatz diesbezüglich in vielversprechenderweise Abhilfe schaffen kann.

Der Soziologe **Thomas Luckmann** steht der hohen Konjunktur des Kulturbegriffs in den Sozialwissenschaften eher skeptisch gegenüber. Nichtsdestoweniger argumentiert Bernt Schnettler, dass *Kultur* in seinem Ansatz implizit eine zentrale Rolle spielt.[282] Bezeichnend hierfür ist v. a. seine Unterscheidung zwischen *Lebenswelt* und *Alltagswelt*. Die *Lebenswelt* nach Luckmann „umfasst die gesamte Breite aller möglichen Sinnbezirke, die vom Bewusstsein erlebt werden können – von den Welten der Phantasievorstellungen über Traumwelten, die Welt ästhetischer Erfahrung, die Welt der Wissenschaft usw.“.[283] Sie ist zu unterscheiden von der jeweiligen *Alltagswelt*, also der intersubjektiv geteilten Welt, „in der die Gesellschaftsmitglieder ihre gesellschaftliche Wirklichkeit miteinander aushandeln, aufbauen und fortlaufend bestätigend aufrechterhalten oder verändern“.[284] Die Vorbedingung der *Lebenswelt* ist die universale menschliche Fähigkeit zu Wahrnehmung, Deutung und Sinnbildung. Die Vorbedingung der *Alltagswelt* hingegen ist die kollektive Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit in konkreten sozialen Kontexten:

281 Knoblauch 2011: 198 f.

282 Schnettler 2011: 212.

283 Schnettler 2011: 213.

284 Schnettler 2011: 213.

> „Die Lebenswelt als Summe unterschiedlicher finiter Sinnprovinzen enthält also die Beschreibung allgemein menschlicher Universalien – und konstituiert sich bei Luckmann jenseits, oder besser: *vor* jeder Kultur. Diese Konzeption gründet sich auf der Annahme, dass es eine universal menschliche Grundlage für das Verstehen gibt. […] Während also die Konstitution [des Menschen] eine ‚mathesis universalis' für das Verstehen liefert, stellt der Umstand, dass Menschen immer in bestimmte und bereits vorexistierende historische und gesellschaftliche Strukturen hineingeboren werden, das ‚soziohistorische Apriori' dar. Die Analyse der Konstitution erfordert […] eine Ergänzung durch die der Konstruktion. […] Stehen also die *Strukturen* vor jeder Kultur, gerät nun mit der *Konstruktion* die Kultur in den Blick."[285]

Denkt man an Abu-Lughod und ihr Vorhaben, mittels ethnologischer Feldforschung menschliche Gemeinsamkeiten (anstatt immer neuer kultureller Unterschiede) in den Fokus der Betrachtung zu rücken, wird klar, dass Luckmanns zweischneidiger Ansatz hierfür einen äußerst brauchbaren Ausgangspunkt bietet: Die Universalien des menschlichen Kognitionsvermögens finden Berücksichtigung, ohne dabei den Faktor *Kultur* (und damit auch die Unterschiedlichkeit menschlicher Deutungssysteme) zu vernachlässigen.

Renommiert ist Luckmann insbesondere für sein gemeinsam mit Peter L. Berger verfasstes Werk *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* und die darin entworfene Vision einer neuartigen Wissenssoziologie, die mit ihrer veränderten Ausrichtung erheblich in die Nähe des ethnologischen Erkenntnisinteresses rückt: „Sie reformuliert die Wissenssoziologie als eine Aufgabe, die nicht mehr primär der Analyse des intellektuellen Sonderwissens und der Ideengeschichte gewidmet ist, sondern den Strukturen des Wissens in der Welt des *Alltags*".[286]

Berger und Luckmann beginnen ihre Untersuchung, indem sie (unter Rückbezug auf die Ethnologie) nach den grundlegenden Entstehungsvoraussetzungen von *Kultur* fragen. Diese sind ihrer Ansicht nach darin zu sehen, dass der Mensch, anders als andere Spezies, keine artspezifische Umwelt habe, „deren Struktur ihm sein eigener Instinktapparat sichert".[287] Hieraus folge eine größere Offenheit des Menschen gegenüber unterschiedlichen Lebensbedingungen und -formen:

> „Für die Völkerkunde ist es ein Gemeinplatz, daß die Arten und Weisen, Mensch zu werden und zu sein, so zahlreich sind wie die menschlichen Kulturen. Menschsein ist sozio-kulturell variabel. Mit anderen Worten: Eine biologische Natur des Menschen, die als solche sozio-kulturelle Gebilde und ihre Mannigfaltigkeit bestimmte, gibt es nicht. Menschliche Natur gibt es nur in Form anthropologischer Konstanten – zum

[285] Schnettler 2011: 213 f. (Hervorhebung im Original).

[286] Schnettler 2011: 214 (Hervorhebung im Original).

[287] Berger / Luckmann 2013: 49.

> Beispiel Weltoffenheit und Bildbarkeit des Instinktapparates. Die anthropologischen Konstanten machen die sozio-kulturellen Schöpfungen des Menschen möglich und beschränken sie zugleich. Die jeweilige Eigenart, in der Menschenhaftigkeit sich ausprägt, wird umgekehrt aber bestimmt durch eben diese sozio-kulturellen Schöpfungen und gehört zu deren zahlreichen Varianten. So kann man zwar sagen: der Mensch hat eine Natur. Treffender wäre jedoch: der Mensch macht seine eigene Natur – oder, noch einfacher: der Mensch produziert sich selbst.“[288]

Menschwerdung – und damit auch die Entwicklung eines eigenen *Selbst* – erfolgt immer innerhalb spezifischer sozialer Kontexte. Menschliche Identität entsteht durch die Sozialisation in einer sozio-kulturellen Umwelt. Sie umfasst nicht nur ein sozial vermitteltes Selbstbild, sondern ist eine regelrechte Einverleibung (man erkennt hier die Ähnlichkeit zur Bourdieus *Habitus*) von korrespondierenden psychologischen, emotionalen und sogar körperlichen Eigenschaften (z. B. somatischen Reaktionen):[289]

> „Damit dürfte deutlich geworden sein, daß die Behauptung, der Mensch produziere sich selbst, nichts mit einer prometheischen Vision vom einsamen Individuum zu tun hat. Die Selbstproduktion der Menschen ist notwendig und immer eine gesellschaftliche Tat. *Zusammen* produzieren die Menschen eine menschliche Welt mit der ganzen Fülle ihrer sozio-kulturellen und psychologischen Gebilde. Keines dieser Gebilde darf als Produkt der biologischen Verfassung des Menschen aufgefaßt werden – die, wie gesagt, dem produktiven Tun des Menschen lediglich die äußeren Grenzen setzt. So unmöglich es dem Menschen ist, sich in völliger Vereinzelung zum Menschen zu entwickeln, so unmöglich ist es ihm auch, in der Vereinzelung eine menschliche Umwelt zu produzieren. Vereinzeltes Menschsein wäre ein Sein auf animalischem Niveau – ‚das der Mensch selbstverständlich mit anderen Lebewesen gemein hat.“[290]

Im Zentrum von Bergers und Luckmanns Werk steht die Frage, wie aus subjektivem menschlichen Erleben eine soziale Wirklichkeit entstehen kann, die den Eindruck objektiver Faktizität erweckt.[291] Die Antwort auf diese Frage hat v. a. mit dem Begriff der *Institution* zu tun. Berger und Luckmann gehen davon aus, dass Menschen eine grundsätzliche Tendenz zur *Habitualisierung* aufweisen, sprich eine Tendenz zu gewohnheitsmäßigem Handeln. Solche Habitualisierungen sind die grundlegende Voraussetzung für die Entstehung von *Institutionen*, welche wiederum eine Grundvoraussetzung für die Entstehung von *Gesellschaft* überhaupt bilden. *Institutionalisierung* bezeichnet die soziale Typisierung habitualisierter Handlungen

[288] Berger / Luckmann 2013: 50 ff.

[289] Berger / Luckmann 2013: 53.

[290] Berger / Luckmann 2013: 54 (Hervorhebung im Original).

[291] Schnetter 2011: 214.

sowie deren sozial konstruierte Zuordnung zu bestimmten Typen von Handelnden. Institutionen machen „aus individuellen Akteuren und individuellen Akten Typen“, postulieren also, dass „Handlungen des Typus X von Handelnden des Typus X ausgeführt werden“:[292]

> „Durch bloße Tatsache ihres Vorhandenseins halten Institutionen menschliches Verhalten unter Kontrolle. Sie stellen Verhaltensmuster auf, welche es in eine Richtung lenken, ohne ‚Rücksicht‘ auf die Richtungen, die theoretisch möglich wären. Dieser Kontrollcharakter ist der Institutionalisierung als solcher eigen.“[293]

Der Gedanke, dass soziale Institutionen menschliches Denken und Handeln anleiten findet sich in ähnlicher Weise auch bei Mary Douglas. Sie verweist darauf, dass Institutionen sich durch ihre Verankerung „in reason and in nature“ legitimieren und auf diese Weise einerseits aus menschlicher Kognition hervorgehen, diese kognitiven Prozesse andererseits aber auch maßgeblich vorbestimmen.[294] Weitgehend parallel dazu halten Berger und Luckmann fest, dass Institutionen durch ihre Historizität den Anschein objektiver Geltung generieren, denn sie gehen dem einzelnen Individuum immer schon voraus. Zusätzlich gefestigt werden sie durch Mittel der *Tradition* und *Legitimation* sowie durch Maßnahmen der *sozialen Kontrolle*.[295] Des Weiteren sind *Institutionen* untrennbar mit dem Aspekt des *Wissens* verknüpft. *Wissen* über *Institutionen* und deren *Regeln* definiert die soziale *Wirklichkeit* und damit die gesamte Weltordnung, wie sie von den Mitgliedern einer Gesellschaft kollektiv erfahren wird. Dabei ist *Wissen über die Welt* (und damit die Welt selbst) einerseits ein menschliches Produkt, andererseits produziert dieses Wissen auch den Menschen als soziales Geschöpf:[296]

> „Da dieses Wissen *als* Wissen gesellschaftlich objektiviert ist, das heißt, da es das Allgemeingut an gültigen Wahrheiten über die Wirklichkeit darstellt, muß jede radikale Abweichung von der institutionalen Ordnung als Ausscheren aus der Wirklichkeit erscheinen. Man kann derartige Abweichungen als moralische Verworfenheit, Geisteskrankheit oder bloße Ignoranz ansehen. Für die Behandlung dessen, der abweicht, mögen solche feinen Unterscheidungen durchaus ihre Folgen haben. Gemeinsam ist ihnen jedoch allen ein geringer kognitiver Status in der sozialen Welt. So wird eine bestimmte gesellschaftliche Welt zur Welt *schlechthin*. Was in der Gesellschaft für

[292] Berger / Luckmann 2013: 56–59.
[293] Berger / Luckmann 2013: 58 f.
[294] Douglas 1986: 45.
[295] Berger / Luckmann 2013: 64 ff.
[296] Berger / Luckmann 2013: 70 f.

> Wissen gehalten wird, wird gleichbedeutend mit dem Wißbaren oder ist wenigstens der Rahmen für alles Noch-nicht-Gewußte, das in Zukunft gewußt werden könnte.“[297]

Institutionen, im Sinne Bergers und Luckmanns, sind keinesfalls statisch, auch wenn sie in der Tat einen gewissen Hang zur Verstetigung aufweisen. Zum einen können sich unter bestimmten Umständen gesellschaftliche Prozesse der *Entinstitutionalisierung* vollziehen,[298] zum anderen existieren in der menschlichen Lebenswelt multiple (und nicht selten konkurrierende) Wirklichkeiten nebeneinander (so z. B. die Wirklichkeit des Alltags vs. die Wirklichkeit des Traums). Sie werden zwar mittels sogenannter tradierter *symbolischer Sinnwelten* zu einer *Hierarchie der Wirklichkeiten* integriert, innerhalb derer die Wirklichkeit der Alltagswelt den höchsten Rang einnimmt, dennoch ist in der Grenzerfahrung widerstreitender Wirklichkeiten immer auch die Möglichkeit des Bruchs, des Wandels und der Abkehr vom gewiss Geglaubten angelegt:[299]

> „Die Legitimation der institutionalen Ordnung ist also mit der ständigen Notwendigkeit konfrontiert, ein Chaos in Schach zu halten. Jede gesellschaftliche Wirklichkeit ist gefährdet und jede Gesellschaft eine Konstruktion am Rande des Chaos. Der gesetzlose Terror ist eine konstante Möglichkeit, deren Verwirklichung sich nähert, wann immer Legitimationen, die die Gefahr verdecken, bedroht sind oder zerbrechen. […] Es ist sehr begreiflich, daß solchen Ereignissen die feierlichste Versicherung der überlebenden Wirklichkeit schützender Symbole auf dem Fuße folgen.“[300]

Hierin läge auch eine Erklärung für das Aufflackern des Nationalismus in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs, wie es in Abschnitt 2.1 bereits diskutiert wurde. Symbolische Sinnwelten tendieren grundsätzlich dazu, sich selbst bewahren zu wollen, auch und gerade in Situationen des Widerspruchs. Problematisch wird die Aufrechterhaltung von Wirklichkeit, „sobald ganze Gruppen von ‚Bewohnern‘ symbolischer Sinnwelten sich auf eine abweichende Version ihrer Auslegung einlassen“, weil diese „abweichende Version dann zu einer Wirklichkeit eigenen Rechts [erstarrt], die durch ihr bloßes Vorhandensein in der Gesellschaft den ursprünglich gesetzten Wirklichkeitsstatus der symbolischen Sinnwelt in die Schranken fordert“.[301]

---

[297] Berger / Luckmann 2013: 70 f (Hervorhebung im Original).

[298] Berger / Luckmann 2013: 86.

[299] Berger / Luckmann 2013: 102–105.

[300] Berger / Luckmann 2013: 111.

[301] Berger / Luckmann 2013: 214.

Der Kampf gegen oder die versuchte Unterdrückung von abweichenden Wirklichkeitskonzeptionen ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit, die sich aus einer solchen Ambivalenz ergibt. Vielmehr zeichnen sich moderne Gesellschaften in der Regel durch einen gewissen Pluralismus aus, in der Form, dass „sie alle bestimmte gemeinsame Grundelemente einer Sinnwelt aufweisen, die als solche Gewißheitscharakter haben, daß aber zusätzlich verschiedene Teilsinnwelten bestehen, die im Status gegenseitiger Übereinkunft koexistieren“, ohne dabei ständig in offenen oder sogar gewaltsamen Konflikt auszubrechen.[302] „Toleranz oder gar Kooperation“ treten hier an die Stelle ideologischer Aushandlungskämpfe[303] – ein Gedanke, der sowohl Foucault als auch Bourdieu mit ihrer Grundannahme antagonistischer Machtbeziehungen eher fern liegt.

Wandel ist überdies auch auf individueller Ebene möglich. Berger und Luckmann unterscheiden hier die *primäre Sozialisation* – als erstmalige „Einführung des Individuums in die objektive Welt einer Gesellschaft“[304] – von Prozessen der *sekundären Sozialisation* – als „Internalisierung institutionaler oder in Institutionalisierung gründender ‚Subwelten‘“[305] – sowie vom Prozess der *Resozialisation* – als das völlige oder auch nur teilweise ‚Umschalten‘ „von einer Welt zur anderen“ (z. B. im Rahmen von Migrationsprozessen):[306]

> „Die primäre Sozialisation endet damit, daß sich die Vorstellung des generalisierten Anderen – und alles, was damit zusammenhängt – im Bewußtsein der Person angesiedelt hat. Ist dieser Punkt erreicht, so ist der Mensch ein nützliches Mitglied der Gesellschaft und subjektiv im Besitz eines Selbst und einer Welt. Seine Internalisierung von Gesellschaft, Identität und Wirklichkeit gilt jedoch nicht für allemal. Sozialisation ist niemals total und niemals zu Ende.“[307]

So, wie die Gesellschaft durch ihre Brüche und ineinander verschachtelten Wirklichkeiten ständig in Bewegung ist, ist es also auch die menschliche Persönlichkeit. Jede Institutionalisierung bietet gleichermaßen das Potenzial zu Verstetigung oder Veränderung, je nach Konstellation, Situation und Kontext.

Berger und Luckmann entwerfen in ihrem Werk eine umfangreiche und detaillierte Vision der Entstehung von Kultur (im Sinne von institutionalisiertem Wissen

---

302 Berger / Luckmann 2013: 133 f.
303 Berger / Luckmann 2013: 134.
304 Berger / Luckmann 2013: 140.
305 Berger / Luckmann 2013: 148.
306 Berger / Luckmann 2013: 166.
307 Berger / Luckmann 2013: 148.

und institutionalisierter Praxis) durch menschliches Handeln, sowie von der Prägung und Lenkung menschlichen Handelns und menschlicher Wahrnehmung durch die Ordnungsprinzipien von Kultur. Ihr Fokus auf *Wissen* und *Institutionen* erinnert einerseits an Foucaults Variante des *Diskurses* sowie (in einer interaktionistischen Lesart) an Goffmans *Frames*. Mit dem Hinweis auf die *Kontrollfunktion* von Institutionen sowie auf den dialektischen Prozess der Internalisierung und Externalisierung von gesellschaftlicher *Wirklichkeit* wird überdies eine Parallele zu Bourdieus *Symbolischer Herrschaft* und seinem Modell des *Habitus* sichtbar. Die Kompatibilität dieser vier Theoretiker liegt (auch wenn sie alle unterschiedliche Perspektiven einnehmen) klar auf der Hand. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* überwindet dabei aber einige Schwierigkeiten, die im Hinblick auf die anderen Ansätze bereits kritisiert worden sind: Sie integriert sowohl eine *gesellschaftstheoretische* als auch eine *handlungstheoretische* Sichtweise, die weder einzelne Akteur_innen noch den sie umgebenden sozialen Rahmen hintenanstellt.[308] Außerdem räumt sie nicht nur die potenzielle Möglichkeit zu sozialem Wandel ein, sondern formuliert diesen systematisch aus. Letztens beschäftigt sie sich nicht allein mit den Konsequenzen und Funktionsweisen einer irgendwie gearteten kulturellen Ordnung, sondern fragt zuallererst nach deren grundlegenden Existenzbedingungen. Ihr Ansatz kann also in mancherlei Hinsicht als deutlich holistischer bewertet werden als die der vorgenannten Autoren (auch wenn er andersherum sicherlich in manchen Punkten Schwächen aufweist, die durch Rückbezug auf eben diese Autoren sinnvoll ausgeglichen werden können. So wird z. B. das Prinzip der Sozialisation durch das Bourdieu'sche Konzept des Habitus deutlich umfassender ausformuliert, als dies bei Berger und Luckmann der Fall ist[309]).

Innerhalb der Soziologie haben Luckmanns theoretische Arbeiten weitreichenden Nachhall erzielt und auf viele sehr unterschiedliche Bereiche der Theoriebildung prägenden Einfluss genommen. Seine Überlegungen sind darüber hinaus auch für die Ethnologie äußert fruchtbar. Denkt man an Abu-Lughods Appell eines *Writing Against Culture*, bietet *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* einen vielversprechenden Ansatzpunkt. Gleichzeitig bietet sie allerdings auch einen vielversprechenden Ansatzpunkt dafür, den Kulturbegriff weiter zu denken, anstatt ihn abzuschaffen. Folgt man Luckmanns impliziter These, dass das Verständnis des Kulturellen sowie des Nicht-Kulturellen, des Universalen wie des Partikularen einander zwangsläufig bedingen, ergeben sich daraus weitreichende Anwendungsmöglichkeiten und neue Fragestellungen für die ethnologische Forschungspraxis.

---

308 Siehe hierzu auch Schnettler 2011: 215.

309 Keller 2011a: 53.

Folk Concepts von Kultur

Die oben vorgestellten Theorieentwürfe, von Foucault bis Luckmann, sind auf die eine oder andere Art dem wissenschaftlichen Konstruktivismus zuzuordnen. Insgesamt ist nicht nur in der Ethnologie, sondern gleichsam in den gesamten Geistes- und Sozialwissenschaften ein Trend weg vom Essentialismus früherer Jahrzehnte und hin zu konstruktivistischen Argumentationsweisen zu beobachten. Dieser Trend ist aber durchaus nicht ungebrochen. So ist eines der (v. a. auch im öffentlichen Raum) meistrezipierten kulturtheoretischen Werke der jüngeren Zeitgeschichte das dem Essentialismus (oder vielmehr Kulturfundamentalismus) verhaftete Buch *Kampf der Kulturen* (Originaltitel: *Clash of Civilizations*) des Politikwissenschaftlers Samuel P. Huntington aus dem Jahr 1996. Er schreibt:

> „In der Welt nach dem Kalten Krieg ist die Weltpolitik zum erstenmal (sic!) in der Geschichte multipolar *und* multikulturell geworden. Für die längste Zeit menschlichen Daseins auf Erden waren Kontakte zwischen den Kulturen sporadisch oder nicht existent. […] In der Welt nach dem Kalten Krieg sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer Art. Sie sind kultureller Art. […] Nationalstaaten bleiben die Hauptakteure des Weltgeschehens. Die wichtigsten Gruppierungen von Staaten sind jedoch nicht mehr die drei Blöcke aus der Zeit des Kalten Krieges, sondern die sieben oder acht großen Kulturen der Welt…“[310]

Aus (heutiger) ethnologischer Sicht ist Huntingtons Argumentation äußerst befremdlich. Nicht nur scheint seine Behauptung von der historischen Isolation unterschiedlicher kultureller Gruppen jeglicher empirischer Grundlage zu entbehren, genauso erstaunt seine Einteilung der Welt in sieben oder acht große ‚Kulturen‘ (er benutzt hierfür auch das weiter oben bereits problematisierte Wort ‚Kulturkreise‘) denen er letztlich einen geradezu zwingenden Antagonismus unterstellt. Soziale Zugehörigkeit (beispielsweise im Sinne von nationaler Identität) scheint für ihn gleichbedeutend zu sein mit kulturellem Inhalt – auch wenn in Abschnitt 2.2 bereits mehr als ersichtlich geworden ist, dass kulturelle und identitäre Grenzen weitgehend voneinander entkoppelt sind. Im weiteren Verlauf seines Buches, sowie in weiterführenden Texten, entwickelt Huntington überdies die These von der Bedrohung der USA durch rezente Migrationsprozesse (v. a. aus Lateinamerika) und rekurriert auf eine statische und angeblich historisch vorbedingte angelsächsische Leitkultur, die insbesondere an den christlichen Protestantismus gebunden sei und die es, dem Fortbestand der Nation zuliebe, um jeden Preis zu schützen

[310] Huntington 2002: 20 f (Hervorhebung im Original).

gelte (hier zeigen sich gewisse Anklänge an Colemans Konzept der *Civil Religion*, siehe Abschn. 2.2). Dabei mobilisiert er, wie Berndt Ostendorf anschaulich zeigt, alte US-amerikanische Diskurse der Angst vor Krisen und wechselnden Feindbildern, vor der Globalisierung und einem Untergang des Nationalen, vor der Machtübernahme kosmopolitischer Eliten und der Überfremdung durch kulturelle und ‚rassische' Heterogenität. Seine Argumentationslinie folgt einer binären Logik von ‚gut' und ‚böse' und misst die moralische Wertigkeit einer Kultur nicht zuletzt an ihrem wirtschaftlichen Erfolg. Die Folge ist ein ‚Ranking' der Zivilisationen und eine ethnozentrische Essentialisierung (oder Rassifizierung) nationaler Kultur, deren Ausformulierung deutlich an Spielarten des kulturfundamentalistischen *New Racism* erinnert:[311]

> „Es wird bei ihm deutlich, dass er sich vom eigentlich klassischen amerikanischen Konzept der Staatsnation in Richtung Kulturnation bewegt. Während er global durchaus das multikulturelle Nebeneinander und die Eigenarten der jeweiligen Zivilisationen unterstützt, bleibt er zu Hause Monokulturalist. Huntington betreibt also eine radikale Identitätspolitik auf der Basis einer recht engen und statischen Definition seiner anglo-amerikanischen, protestantischen Leitkultur. […] Huntington, so möchte ein Anthropologe wohl sagen, gehört zur Schule der *cultural developmentalists*, der den Gedanken der Kultur mit Entwicklung zusammendenkt."[312]

Mit Huntington schließt sich der Kreis zu den eingangs vorgestellten frühethnologischen Theorien des Evolutionismus und Diffusionismus. Auch wenn das Fach selbst diese Phase längst überwunden hat, hat sie andernorts ganz offensichtlich bleibenden Eindruck hinterlassen. Dies gilt nicht nur für fachfremde Theoretiker_innen wie Huntington, sondern v. a. auch für die dominanten Deutungsmuster der öffentlichen Debatte, die, besonders in den letzten Jahren, wachsende Ähnlichkeit zu Huntingtons Argumentationslinie aufweisen. Andreas Reckwitz identifiziert zwei gegenläufige soziale Prozesse der *Kulturalisierung* von Gesellschaft, sprich also der Interpretation von sozialer Wirklichkeit entlang populärer Definitionsmodelle von *Kultur*:

1.) Die erste Variante der Kulturalisierung ist durch und durch konstruktivistischer Natur und wird hauptsächlich von der Klientel des globalen Kulturkapitalismus sowie von der gesellschaftlichen Mittelklasse getragen – also von eben jenen kosmopolitischen Eliten, die Huntington in seinem Werk als Feindbild ausmacht:[313]

---

[311] Ostendorf 2011: 95–104.

[312] Ostendorf 2011: 101 (Hervorhebung im Original).

[313] Reckwitz 2017: o. S.

> „Kultur ist hier gewissermaßen *Hyperkultur*, in der potenziell *alles* in höchstvariabler Weise kulturell wertvoll werden kann. Entscheidend für die abstrakte Form dieser Kulturalisierung sind einerseits Objekte, die sich auf kulturellen Märkten bewegen, andererseits Subjekte, die den Objekten mit einem Wunsch nach Selbstverwirklichung gegenüberstehen. Kultur findet in dieser Konstellation immer auf kulturellen Märkten statt, in denen kulturelle Güter miteinander im Wettbewerb stehen. […] Die Kultursphäre bildet hier gewissermaßen einen Attraktions- und Attraktivitätsmarkt, auf dem ein Wettbewerb um Anziehungskraft und das Urteil des Wertvollen ausgetragen wird.“[314]

Handelnde Subjekte spielen eine besondere Rolle im Gesellschaftsmodell der *Hyperkultur*. Die Objekte, die auf den kulturellen Märkten zur Verfügung stehen, sind für sie in erster Linie „potenzielle *kulturelle Ressourcen* zur Entfaltung ihrer Besonderheit und Expressivität, kurz: Ihrer Selbstverwirklichung“.[315] *Kultur* wird zum Konsumgut und zum variablen Baustein des eigenen Selbst. „Die valorisierten Gegenstände der Kultur – seien es attraktive urbane Umgebungen, Berufe mit intrinsischer Motivation, Designobjekte, Reiseziele oder selbst die spirituellen Offerten auf dem Markt der Religionen – bilden nun Versatzstücke, in denen sich das Individuum seine subjektive Kultur zusammensetzt. Die kulturellen Güter zeichnen sich in der Hyperkultur folglich durch Kombinierbarkeit und Hybrisierbarkeit aus“.[316] *Hyperkultur* bezeichnet damit eine Form des Kosmopolitismus, wie er in Abschnitt 2.2 bereits kritisch hinterfragt wurde – ein Kosmopolitismus der Entlokalisierung und der wachsenden sozialen Beliebigkeit, in dem jede Form der Diversität grundsätzlich als unproblematisch vorausgesetzt wird und durch den die Menschen sich letztlich zu ewigen Touristen entwickeln.[317] Mit ihrer Überbetonung von menschlicher *Agency* begeht die populäre Konstruktion der *Hyperkultur* (wenigstens aus ethnologischer Sicht) überdies einen logischen Fehler, der auch im Hinblick auf einige wissenschaftliche Varianten des Konstruktivismus kritisiert wurde. So sind Menschen keine rein strategischen Akteur_innen ohne jedwede soziale Vorstrukturierung, die völlig frei in ihren Wahlmöglichkeiten und allein ihrem eigenen Willen verpflichtet selbstständig Entscheidungen treffen. Wie Seyla Benhabib sagt: „In menschlichen Angelegenheiten ist nicht alles möglich“.[318] Kultur erschöpft sich nicht bloß in endlosen Kombinations- und Konsumoptionen. Sie leitet, wie man weiter oben gesehen hat, menschliche Weltwahrnehmung an, bringt Brüche,

314 Reckwitz 2017: o. S. (Hervorhebung im Original).
315 Reckwitz 2017: o. S. (Hervorhebung im Original).
316 Reckwitz 2011: o. S.
317 Reckwitz 2011: o. S., siehe außerdem Abschn. 2.3
318 Benhabib 1999: 25.

Widersprüche und Konflikte hervor, erzeugt Macht und übt soziale Kontrolle aus. All das fällt bei einer Konzeption von Kultur als *Hyperkultur* stillschweigend unter den Tisch.

2.) Die zweite Variante der Kulturalisierung zeichnet sich, im Gegensatz zum radikalen Konstruktivismus der ersten, durch einen extremen Essentialismus aus und hat überdies deutliche Parallelen zu einem ethnonationalen Gesellschaftsentwurf. Getragen wird sie vor allem von den neuen Bewegungen und Gruppierungen kollektiver Identitätspolitik:

> „Es handelt sich mithin um die *Kultur der Identitären.* Dies betrifft in gemäßigterer Form Teile des Feldes der *identity politics* in den USA, in denen sich Herkunftsgemeinschaften (Schwarze, Hispanics, Italo-Amerikaner etc.) imaginieren. Es gilt für die neuen Nationalismen etwa in Russland, China oder Indien und für neue sogenannte fundamentalistische religiöse Bewegungen wie Salafisten oder Pfingstkirchler. Man muss dem Vorurteil deutlich entgegentreten [...], diese Kultur-Communities reaktivierten lediglich Alltagskulturen aus der Vorzeit der Moderne, das heißt aus traditionalen Gesellschaften. Faktisch betreiben sie, ganz im Gegenteil, eine ausgesprochen aktive, gegen die in der Moderne ‚vorgefundenen' Lebenswelten gerichtete Umwertung. Frühe Formen dieser Kulturalisierungsform finden sich bereits im 19. Jahrhundert, vor allem in den nationalistischen Bewegungen. In ihrer heutigen Fassung sind sie jedoch als Reaktionen auf das kulturelle Vakuum des Rationalismus der organisierten Moderne *und* auf die seit den 1980er Jahren global expandierende Hyperkultur zu verstehen."[319]

Reckwitz' Entwurf des *Kulturessenzialismus* (oder auch *Kulturfundamentalismus*, um bei der bereits etablierten Terminologie zu bleiben) hat gewisse Ähnlichkeiten mit dem Konzept der *cultural anxiety* nach R. D. Grillo. Damit ist die Angst vor dem Verlust einer essentialistisch konzipierten ‚eigenen Kultur' durch den Kontakt mit ebenfalls essentialistisch imaginierten ‚fremden Kulturen' gemeint.[320] Ähnlich wie Huntingtons *Kampf der Kulturen* (und weitgehend parallel zu dessen Argumentationslinie) wendet sich der populäre Kulturfundamentalismus dann auch in diametraler Weise gegen die oben nachgezeichneten Annahmen der *Hyperkultur*:

> „Erstens ist Kultur hier nicht als ein unendliches Spiel der Differenzen auf einem offenen Bewertungsmarkt organisiert, sondern modelliert die Welt in Form eines jeweiligen Antagonismus, eines Antagonismus zwischen Innen und Außen, zwischen *ingroup* und *outgroup*, der zugleich ein Dualismus zwischen dem Wertvollen und dem Wertlosen ist. Dieser Prozess verläuft also nicht dynamisch und mobil, sondern arbeitet vielmehr daran, die Eindeutigkeit der wertvollen Güter – der Glaubenssätze, der

[319] Reckwitz 2017: o. S. (Hervorhebung im Original).

[320] Grillo 2003: 158.

> Symbole, der nationalen Geschichte, der Leidensgeschichte einer Herkunftsgemeinschaft – nach innen aufrechtzuerhalten und zugleich nach außen eine konsequente Devalorisierung zu betreiben […]. Zweitens ist diejenige Instanz, die gewissermaßen in den Genuss der Kultur kommt und damit den Referenzpunkt der Kultursphäre bildet, nun nicht das sich selbst verwirklichende Individuum, sondern das Kollektiv, die *community*, die sich über die Sphäre des als wertvoll Anerkannten ihrer Gemeinschaftlichkeit versichert. Drittens schließlich arbeitet […][diese Art der Kulturalisierung] nicht mehr mit einem Regime der Innovation und des Neuen, der ständigen Selbstüberbietung […], sondern mit einer Prämierung des ‚Alten', der vermeintlichen ‚Tradition', was sich in einem entsprechenden Bezug auf Narrationen der Geschichte oder auf historische Moralkodizes niederschlägt. Kollektiv und Geschichte tragen hier dazu bei, Kultur gewissermaßen zu essenzialisieren."[321]

In dieser fundamentalistischen Lesart von Kultur spiegelt sich zum einen eine klassische Variante des ethnologischen Essentialismus wider, die von einem unverrückbaren kulturellen ‚Wesenskern' ausgeht und durchaus auch durch (überkommene) wissenschaftliche Modelle inspiriert ist.[322] Zum anderen wird darin ein Mechanismus offenbar, den Berger und Luckmann in *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* anschaulich beschrieben haben: Wird die symbolische Sinnwelt der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch anderslautende Auslegungen bedroht, versucht sie sich durch Rückbesinnung auf tradierte Symbole und Strukturen ihrer selbst zu vergewissern, was häufig im Kampf um Deutungshoheit und dem Versuch der Unterdrückung ‚des Anderen' mündet. Reckwitz merkt an: „Was wir in der Spätmoderne vielerorts beobachten, ist nur sehr vordergründig ein Huntington'scher Kampf der Kulturen, sondern letztlich ein Widerstreit zwischen diesen beiden Kulturalisierungsregimen […], zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus."[323]

Am Beispiel der von Reckwitz beschriebenen Kulturalisierungsregime und insbesondere auch am Beispiel nationalistischer Identitätspolitiken lässt sich anschaulich beobachten, dass *Kultur* und *Politik* nahtlos ineinanderfließen. Kulturelle Deutungen leiten politische Struktur und politisches Handeln an. Politische Strukturen wiederum finden in kulturellen Wirklichkeitskonstitutionen ihren Ausdruck. Auch Abner Cohen hat ausdrücklich auf diese Wechselwirkung hingewiesen und ihre Bedeutung für die ethnologische Forschungsarbeit herausgestrichen:

> „The cultural is continuously interpenetrated by the political and is thereby transformed into ideology, whether of the so-called 'dominant class' or of a collectivity

[321] Reckwitz 2017: o. S. (Hervorhebung im Original).

[322] Siehe hierzu u. a. auch Grillo 2003.

[323] Reckwitz 2017: o. S.

> opposing it. Meanwhile the political is constantly expressed, articulated and objectified in terms of cultural forms and performances. There is no pure culture. There is no pure politics. That is why the analysis of the relation between culture and politics is so fundamental – and so complex.“[324]

Kultur und (politische) *Macht* bedingen einander gegenseitig. Kulturelle Ordnung speist ihre Legitimation immer aus einem irgendwie gearteten Machtbezug (z. B. in Form von symbolischem Kapital und symbolischer Herrschaft). Macht wiederum entsteht durch die Bezugnahme auf kulturelle Konventionen. Dabei spielen *Emotionen* eine wesentliche Rolle. Abweichungen von der bzw. Angriffe auf die kollektiv als wahr und richtig akzeptierte Norm (z. B. auf Kulturalisierungsregime oder nationalistische Prinzipien) provozieren für gewöhnlich heftige emotionale Gegenwehr, weil damit die gemeinhin als Realität anerkannte soziale Wirklichkeitskonstruktion ins Wanken gerät: „The apparent rationality of the world is threatened and emotional responses are attempts (‚magically‘) to reassert rational order […] In such cases emotion provides a magical […] negation of the cause of disruption“.[325] In diesem Sinne sind Emotion und rationale Ordnung keine antagonistischen Prinzipien, vielmehr hängen sie unmittelbar miteinander zusammen.[326] Emotionen entstehen überdies nicht nur als stabilisierende Abwehrreaktion auf eine konkurrierende Wirklichkeitswahrnehmung, sie sind außerdem auch ein entscheidender Teil der Macht, mit welcher Akteur_innen versuchen, ihre jeweilige Wirklichkeitswahrnehmung gegen andere durchzusetzen.[327]

In diesem Zusammenhang tritt u. a. die Bedeutung von *Ritualen* in den Vordergrund. David I. Kertzer fasst Rituale als „symbolic behavior that is socially standardized and repetitive“.[328] Gerade dieser repetitive Charakter ist es auch, der ihnen einen Großteil ihre Macht verleiht, indem er eine (immer auch emotionale) Aura des Besonderen schafft und sie auf diese Weise aus dem Alltag der Akteur_innen herauslöst. So bemerkt Verkaaik, dass Rituale kulturelle Wirklichkeitsdeutungen (oder auch politische Botschaften) leichter transportabel machen, weil weniger fassbar und losgelöst vom ggf. korrigierenden Gegengewicht der Alltagserfahrung:[329] „…the repetitive form is crucial in bringing about a register of

[324] Cohen 1993: 8

[325] Crossley 2010: 31 f.

[326] Crossley 2010: 32.

[327] Siehe hierzu Edgewater 1999: 154.

[328] Kertzer 1988: 9

[329] Verkaaik 2010: 77–80.

experience quite distinct from the ordinary that can both sanctify the status quo and open up new subject positions.“[330]

Durch *Unterbrechung des Alltäglichen*, durch ihre Separation von der Alltagswelt, entfalten Rituale Macht – zur Konsolidierung einer wie auch immer gearteten rationalen Ordnung einerseits und zu ihrer Transformation andererseits.[331] Dies tun sie v. a. indem sie – im Anschluss an Victor Turner – durch ihre *symbolische Dimension*, dem „cultural weave […] of symbolic warf and thematic weft“, in komplexer Weise auf die kollektive Alltagswelt zurückverweisen.[332] Egal ob sie eine existierende symbolische Weltordnung aktualisieren oder eine neue Ordnung etablieren wollen, Rituale müssen (wenigstens teilweise) auf konventionalisierte *Symbole* zurückgreifen, um Legitimität und damit Macht zu erzeugen.[333] Diese Symbole können ihrerseits sehr wohl mehrdeutig sein (und sind es in der Regel auch). Es ist gerade die unweigerliche *Polysemie der Wörter* (oder der Dinge) die, um mit Pierre Bourdieu zu sprechen, politischen und religiösen Ideologien ihre Macht verleiht.[334]

Im Kontext von Staat und Nation nehmen Rituale für gewöhnlich die Form von *Invented Traditions* nach Hobsbawm an, insofern sie durch Wiederholung und Anknüpfung an eine ‚mythische‘ Vergangenheit, kulturelle Kontinuität und Stabilität suggerieren. Zu diesem Zweck können Rituale zum einen tradierte Sinnzusammenhänge auf neue Kontexte anwenden, oder aber (erfundene) Traditionen (wenigstens partiell) aus alten Bausteinen neu zusammensetzen:[335]

> „More interesting, from our point of view, is the use of ancient materials to construct invented traditions of a novel type for quite novel purposes. A large store of such materials is accumulated in the past of any society, and an elaborate language of symbolic practice and communication is always available. Sometimes new traditions could be readily grafted on old ones, sometimes they could be devised by borrowing from the well-supplied warehouses of official ritual, symbolism and moral exhortation…“[336]

330 Verkaaik 2010: 77.
331 Guss 2000: 8 f.
332 Turner 1973: 1103.
333 Verkaaik 2010: 74.
334 Bourdieu 2005: 44.
335 Hobsbawm 2013: 4–7.
336 Hobsbawm 2013: 6

Rituale und Symbole sprechen dabei nicht nur eine rein kognitive Ebene an, sie nehmen überdies auch Einfluss auf den menschlichen Körper, indem sie *emotionale* Reaktionen erzeugen. Gerade diese emotionale Wirkung ist ein wesentlicher Teil der Macht, die von ihnen ausgeht, und derer sich Diskurse – wie etwa die von Hobsbawm beschriebenen Nationalismen oder die obengenannten Kulturalisierungsregime – bei der Durchsetzung ihrer Weltdeutungen bedienen.[337] Verkaaik beispielsweise stellt in Bezug auf die von ihm untersuchten Einbürgerungsfeiern fest, dass Rituale, um wirklich erfolgreich zu sein, die Emotionen der Teilnehmenden ansprechen müssen und dies gelingt ihnen am besten mit Hilfe von Ressourcen der Ästhetisierung – „color, beauty, significance, and dignity".[338] Ian D. Edgewater zeigt das u. a. am Beispiel von Musik. Diese lasse kulturelle Aussagen bedeutungsvoll erscheinen, weil der menschliche Körper die Prädisposition mitbringe, auf Töne emotional anzusprechen. Die genaue Ausformung der emotionalen Reaktion wiederum sei kulturell vorgeprägt und werde sozusagen antrainiert.[339]

Im Rahmen der von Verkaaik und Edgewater beschriebenen Emotionalisierung kultureller Botschaften spielen nicht nur Rituale, sondern in besonderem Maße auch moderne *Massenmedien* eine entscheidende Rolle. Massenmedien wie Fernsehen, Radio, Film, Printmedien und nicht zuletzt das Internet sind in modernen Gesellschaften wesentlich an Prozessen der kulturellen Produktion und Reproduktion von Wirklichkeit sowie der damit einhergehenden Imagination von (nationaler) Gemeinschaft beteiligt[340] (die Bedeutung dieses Umstands für die Ausbreitung nationalistischer Ideologien wurde bereits in Abschnitt 2.1 beleuchtet). Dabei bedienen sie sich einerseits extensiver Emotionalisierungstechniken (z. B. in Form von Werbung und Marketing) und machen andererseits die emotionalen Äußerungen anderer Individuen immer und überall erlebbar bzw. ‚konsumierbar' (z. B. über soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder Twitter, über Online-Dienste wie Youtube, über Berichte und Interviews in Radio, Zeitungen und Fernsehen oder aber über emotionale Inszenierungen in Filmen, Liedern und Romanen).[341] Die Erzeugung von Macht durch mediale Emotionsvermittlung ist dabei gerade auch im politischen (und / oder nationalistischen) Kontext relevant:

---

337 Edgewater 1999: 168 f.

338 Verkaaik 2010: 74; siehe außerdem Bloch 1974 zur symbolischen Bedeutung von Tanz und Gesang im Rahmen von Ritualen.

339 Edgewater 1999: 168 f.

340 Siehe hierzu u. a. Spitulnik 1993 und Wilson / Peterson 2002.

341 Siehe hierzu Edgewater 1999: 154 und Wilce 2009: 88; siehe außerdem Anderson 2006: 24 ff.

> „Emotions reinforce arbitrary conventions and boundaries. They give them a sense of meaning or reality and necessity. And political processes, symbols and rituals function to call up those emotions and utilize them. The political uses of patriotic sentiment would be one good example of this, as would be the use of flags, anthems and slogans to 'whip' it up. […] Through marches, dances and songs we call up the emotional magic that reinforces and supports our (contingent) ways of acting and thinking. Again, this is important in relation to questions of social integration and order."[342]

James M. Wilce listet verschiedene Techniken der emotionalen Einflussnahme auf, wie sie in der politischen (sowie in der medial vermittelten öffentlichen) Arena – und insbesondere im Rahmen von (kultureller / nationaler) Identitätspolitik – anzutreffen sind. Das zentrale Element sind dabei Formen der Gruppenbildung durch rhetorische Mittel. So sei es für Politiker_innen (aber auch für alle anderen Sprecher_innen mit einer ideologischen Agenda) entscheidend, ihrem Publikum den Eindruck zu vermitteln (im Sinne Goffman'scher Eindrucksmanipulation), dass sie zentrale emotionale Erfahrungswerte mit ihren Anhänger_innen teilten. Auf diese Weise kreieren sie Imaginationen von kollektiver Identität und (emotionaler) Gemeinschaft.[343] Dieses Gemeinschaftsgefühl werde weitergehend durch die Nutzung persönlicher Erfahrungsberichte und individueller Fallbeispiele bestärkt, welche geeignet sind, die Empathie der Zuhörer_innen zu mobilisieren, indem sie emotionale Anknüpfungspunkte liefern. Wilce beobachtet dieses Phänomen u. a. am Beispiel des (nationalistischen) USS Arizona Memorial zum Gedenken an den Angriff auf Pearl Harbour, das erst durch die Zeitzeugenberichte der dort arbeitenden Voluntär_innen seine volle identitätsstiftende Wirkung entfalte.[344]

Als bedeutendes Mittel der politischen (wie auch der poetischen) Rhetorik identifiziert Wilce überdies an rituelle Rede gemahnende Formen von Satz-, Wort- oder Satzstrukturwiederholungen:

> „The **textuality** of the most effective examples of political rhetoric […] inevitably involves various forms and levels of **parallelism**, complete and partial repititions. […] Such parallelistic structure […] has its own emotional effect, whether through sheer force of repetition or through complex patterns of emergent textual *movement*."[345]

Tanja Petrović untersucht in diesem Zusammenhang, wie gerade der repetitive, ritualisierte Sprachgebrauch der politischen Sphäre im Rahmen von Parodien genutzt

[342] Crossley 2010: 32.

[343] Wilce 2009b: 88.

[344] Wilce 2009b: 95 f.

[345] Wilce 2009b: 91 (Hervorhebung im Original).

wird, um dominante Wirklichkeitskonstruktionen zu hinterfragen.[346] Zitation wird damit zum Mittel des Protests und des Widerstands. Zitation im klassischen Sinne wiederum dient dazu, den eigenen Aussagen Autorität zu verleihen, indem an dominante Wirklichkeitskonstruktionen (und deren Repräsentant_innen) angeknüpft wird.[347]

Rhetorische Strukturen, die – wie etwa Repetition oder Zitation – dazu angetan sind, emotionale Reaktionen hervorzurufen, dienen in politischen Reden häufig als sogenannte *claptrap*, also als Aussage, die gezielt dazu eingesetzt wird, beim Publikum Applaus, Gelächter oder eine beliebige andere emotionale Äußerung zu provozieren.[348] Wilce Argumentation ist insofern kompatibel mit Goffmans Vorstellungen von zwischenmenschlicher Interaktion, als auch Wilce davon ausgeht, dass diesem Vorgang eine inhärente Intersubjektivität zugrunde liegt. Bestimmte kulturell vordefinierte Emotionalisierungsformen (oder Frames) indizieren spezifische, ebenfalls kulturell antrainierte Affektreaktionen. Die emotionale Macht entsteht somit aus dem impliziten Zusammenwirken zwischen Darstellenden und Publikum:[349]

> „Thus, the **denotational text** constituting a speaker's applause line indexes an orientation to the stance and feelings of the audience; its rhythm, intonational contour, and unfolding structure signal to them when to add their emotive 'second' to the speaker's (e)motion."[350]

Als wichtigstes Element der hier beschriebenen *claptrap* nennt Wilce darüber hinaus die sprachliche Vergemeinschaftung durch Worte wie *WIR* und *UNSER*, aber auch die rhetorische Abgrenzung gegenüber Außenstehenden, Fremden oder gar (vermeintlichen) Feinden.[351] Er sieht darin „the political system's need to create common sentiment, loyalty, and – arising out of this – commitment to national causes that are seldom if ever completely innocent."[352]

Unabhängig davon, ob man annimmt, dass die Nutzung emotionaler Mittel eine aktive Strategie rationaler Akteur_innen ist, oder ob man davon ausgeht, dass menschliche Interaktion immer auch eine emotionale Komponente aufweist

---

[346] Petrović 2018.

[347] Siehe hierzu Goodman et al. 2014.

[348] Wilce 2009b: 91 f.

[349] Wilce 2009b: 92; siehe hierzu auch Goffman 2014: 12 f. sowie Abschn. 3.5 in der vorliegenden Arbeit.

[350] Wilce 2009b: 92 (Hervorhebung im Original).

[351] Wilce 2009b: 92.

[352] Wilce 2009b: 93.

und eine klare Trennung zwischen Rationalität und Emotionalität nicht möglich ist,[353] wird anhand der obigen Beispiele deutlich, dass Emotionen im Spannungsfeld unterschiedlicher kultureller Wirklichkeitswahrnehmungen eine entscheidende Rolle spielen – sowohl bei deren Erzeugung, als auch als Reaktion auf ihre Bedrohung von außen. Im Kontext des oben dargestellten Kampfes zwischen Hyperkultur und Kulturfundamentalismus ist außerdem das in Online-Communities und Sozialen Netzwerken mittlerweile sehr verbreitete Phänomen der *Hate Speech* relevant. *Hate Speech* – also eine emotional stark aufgeladene sprachliche Abwehrreaktion gegenüber Nicht-Mitgliedern der eigenen Gruppe – ist häufig gerade auch in Kontexten zu beobachten, in denen die eigene Wirklichkeitskonstruktion durch andere, konkurrierende Konstruktionen erschüttert wird – also z. B. in Fällen von *cultural anxiety* nach Grillo.[354] Für die USA konstatiert Wilce in diesem Zusammenhang ein Phänomen, dass auch in der deutschen öffentlichen Debatte zu beobachten ist. Demnach werden xenophobe und rassistische Äußerungen von denjenigen, die sie tätigen, häufig damit entschuldigt, dass sie *nicht so gemeint* gewesen seien. Die Benutzung von rassistischem oder in anderer Form beleidigendem Vokabular werde nicht als Problem an sich aufgefasst. Problematisch sei eine solche Rhetorik erst, wenn auch wirklich eine ‚böse Absicht' dahinterstecke. Wenn eine derartige Äußerung trotz ‚guter Absicht' als beleidigend (miss)verstanden werde und eine entsprechende emotionale Gegenreaktion hervorrufe, dann liege das Problem in erster Linie bei denjenigen, die die Botschaft empfangen, nicht aber bei denjenigen, die sie senden. Die Emotion der Sprechenden wird in diesem Fall ganz offensichtlich höher bewertet als die Emotion der Adressat_innen. Wilce weist daraufhin, dass dieser Haltung eine sehr spezifische *Sprachideologie* (im Sinne von kollektiv anerkannten Vorstellungen über richtigen Sprachgebrauch) zugrunde liegt. Die Bedeutung des Gesagten wird demnach in der Emotion verortet, die hinter der Aussage steht, und nicht etwa in der Aussage selbst (während beispielsweise – wie Wilce kontrastierend anführt – in Samoa Aussage und Bedeutung eine untrennbare Einheit bilden). Durch die kulturell akzeptierte Distanzierung vom Gesagten, können rassistische, xenophobe, kulturfundamentalistische oder in anderer Weise diskriminierende Konnotationen quasi ungebremst (und unsanktioniert) reproduziert werden. Das, was aus analytischer Sicht als *Hate Speech* gelten muss, und das, was in der Öffentlichkeit (oder zumindest innerhalb einer spezifischen kollektiven Wirklichkeitskonstitution) als *Hate Speech* wahrgenommen wird, weicht demnach z. T. erheblich voneinander

[353] So hält Niko Besnier fest: „Ethnographic work on emotions has shown that the opposition between cognition and emotion is a Western construct." (Besnier 1990: 420); siehe hierzu auch Lutz / White 1986: 429 f.

[354] Grillo 2003: 158.

ab.[355] Auch hierin zeigt sich, dass es, wie Birgitt Röttger-Rössler schreibt, kein „vom Denken unabhängiges Fühlen/Erleben“ gibt und Emotionen, genauso wie deren Deutung und Gewichtung, immer kulturell vermittelt sind.[356]

Sprachideologien, wie die hier beschriebene, sowie auch der emotionale Schutzmechanismus, der kulturelle Wirklichkeitsdefinitionen gegeneinander abschirmt, lassen nationalistische Ideologien – und ihre etwaigen Kulturalisierungsregime – in der öffentlichen Debatte als diametrale und unversöhnliche Pole erscheinen. Vor dem Hintergrund, dass populäre und wissenschaftliche Definitionen von Nation, Identität und Kultur – so unterschiedlich sie auch im Einzelnen ausfallen mögen – nicht unabhängig voneinander existieren, bringt dieser Umstand einige Implikationen für die analytische Betrachtung mit sich: Intuitive Kulturdeutungen – Hyperkultur genauso wie Kulturfundamentalismus – sind, mit all ihren offensichtlichen Unzulänglichkeiten, Überbleibsel der wissenschaftlichen Theoriebildung früherer Jahrzehnte. Wenn in Europa neuerdings ein wiedererstarkender Nationalismus um sich greift, der sich in seiner Argumentation auf essentialistische Auslegungen von Kultur und Identität stützt,[357] dann ist die wissenschaftliche Sphäre daran nicht unbeteiligt. Ihre Beteiligung beschränkt sich auch nicht allein auf Provokateure wie Huntington, die wahllos und unreflektiert Ideen und Konzepte anderer Disziplinen instrumentalisieren. Sie umfasst durchaus auch die frühen Ansätze der Ethnologie, die in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor präsent sind, ohne dass ihr Ursprung der breiten Masse bewusst wäre (man denke nur an den Begriff des *Kulturkreises* wie ihn u. a. auch Huntington benutzt[358]).[359] Daraus folgt eine Verantwortung der Sozial- und Geisteswissenschaften – und insbesondere der Ethnologie als Mutterdisziplin des Kulturbegriffs – sich in die öffentliche Debatte einzubringen und irrige Kulturvorstellungen, wenn nicht ‚gewaltsam gerade zu rücken‘ (was weder möglich, ratsam noch angemessen wäre), so doch zumindest durch eine wissenschaftlich fundierte Gegenperspektive aufzuwiegen und aktuelle Erkenntnisse über Fächergrenzen hinaus transparent zu machen.[360] In diesem Zusammenhang stellen Mijal

355 Wilce 2009b: 97 ff.

356 Röttger-Rössler 2002: 150.

357 Siehe hierzu Gingrich / Banks 2006, Grillo 2003 und Vertovec 2011.

358 Siehe hierzu Heuser 2016.

359 Zum problematischen Einfluss der wissenschaftlichen Sphäre und ihrer essentialistischen Konzeptionen auf ethnonationalistische Bewegungen in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion siehe weiterführend den Text von Valery A. Tishkov: *Inventions and Manifestations of Ethno-Nationalism in Soviet Academic and Public Discourse* (1994).

360 Für eine ähnliche Argumentation siehe Vertovec 2011: 250.

Gandelsman-Trier und Astrid Wonneberger fest: „Die Ethnologie ist in Deutschland kaum sichtbar.“[361] Auch Michael Schönhut beklagt, dass in der öffentlichen Debatte um Kultur und kulturelle Differenz, ethnologische Stimmen versäumen, sich in adäquater Weise Gehör zu verschaffen:

> „Besonders die deutsche Ethnologie tut sich bis heute schwer mit der Einmischung in den öffentlichen Diskurs. Die Last der Nazizeit, in der einige angesehene Fachkollegen offen mit der Rassenpolitik des faschistischen Regimes sympathisierten, andere dagegen für immer emigrierten, führte nach dem Weltkrieg zu einer kulturhistorischen Rückbesinnung. Bis in die 1980er blieb die Frage der gesellschaftlichen Rolle der Ethnologie auf einzelne Beiträge beschränkt. […] Bis heute gelingt der Spagat zwischen Wissenschaft und Praxis den wenigsten. Es gibt keine Institutionen, die einen Wechsel oder einen Austausch an den Schnittstellen gewährleisten würden. Es gibt (außer in Trier [und Tübingen]) keine Professur, die einen Anwendungsbezug in der Widmung hat und es gibt wenige Fachvertreter, die daran auch nur ein Interesse hätten – auch wenn es in letzter Zeit Anzeichen für eine Veränderung gibt.“[362]

Viele (gerade auch junge) Vertreter_innen der deutschsprachigen Ethnologie sind auf der Suche nach neuen Wegen in die Öffentlichkeit.[363] Dieser Schritt ist – v. a. im Hinblick auf die hier beschriebenen populären Kulturkonstruktionen und ihre machtvolle emotionale Verselbstständigung – mehr als wichtig. Die kollektive Konstruktion von Kultur steht in enger Verbindung mit der kollektiven Imagination von Identität im Allgemeinen und Nation im Besonderen und bringt letztlich – das hat Abschnitt 2.2 anschaulich gezeigt – reale Konsequenzen für das politische Handlungsfeld von Integration und Einbürgerung mit sich. Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit darf in einem solch konfliktbeladenen und gesellschaftlich hochgradig relevanten Feld nicht allein den extremen Polen unwissenschaftlicher Deutung (und Emotionalisierung) überlassen bleiben. Die Wissenschaft, und v. a. die Ethnologie, muss sich – schon allein aus ihrer historischen Verantwortung heraus – in diese die Gegenwart prägende und die Zukunft entscheidende Diskussion miteinmischen. Dies gilt umso mehr, da die deutsche Ethnologie

---

[361] Gandelsman-Trier / Wonneberger 2009: 2

[362] Schönhuth 2004: 81; siehe außerdem Schönhuth 2009.

[363] Siehe hierzu den Tagungsband *Aus der Ferne in die Nähe. Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit* (Bertels et al. 2004); sowie die Ausgabe *Ethnologie und Öffentlichkeit* der EthnoScripts 2009, 11(2) (Universität Hamburg 2009); außerdem Schilling 2005 und Laviziano / Sökefeld 2005 zum mangelnden Anwendungsbezug der Ethnologie gerade auch im Praxisfeld von Interkultureller Kommunikation und Interkultureller Öffnung (EthnoScripts 2005, 7(1)); für eine nicht-deutsche Perspektive auf die Ethnologie im Allgemeinen siehe außerdem Eriksen 2013.

Teil eines demokratischen Systems ist, zu dessen unabdingbaren Grundvoraussetzungen „eine aufgeklärte Öffentlichkeit“ gehört.[364] Autor_innen wie Habermas oder Benhabib betonen die Bedeutung von Debatten für die Funktionsfähigkeit und Legitimation demokratisch verfasster Gesellschaften.[365] Debatten können (wie die Präsentation der Untersuchungsergebnisse in Kapitel 4 und 5 dieser Arbeit noch ausführlich veranschaulichen wird) jedoch nur zu konstruktiven Ergebnissen führen, wenn Klarheit über ihre zentralen Grundbegriffe herrscht. Hier hat die Wissenschaft – und insbesondere auch die Ethnologie – zweifelsohne einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

2.4 Diskurs, Wissen und Macht: Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit

In Abschnitt 2.3 sind wesentliche Querverbindungen zwischen den Konzepten *Kultur*, *Wissen* und *Macht* offenbar geworden. Wissen und Macht sind als zentrale Komponenten jedweder kulturellen Wirklichkeitskonstruktion hervorgetreten – auch und gerade im Hinblick auf die dominanten *Folk Concepts* von Kultur, Identität, Nation und Integration. Wissen und Macht finden ihre Vereinigung überdies im Begriff des *Diskurses*, wie ihn Michel Foucault einführte. In Abschnitt 2.3 ist der Diskursbegriff bereits als Variante des Kulturkonzepts diskutiert worden. Seine Bedeutung für das ethnologische Erkenntnisinteresse steht damit außer Frage. Diskurs – im Foucault’schen Sinne – und Kultur – im ethnologischen Sinne – sind artverwandte Theoriegebilde. Das Foucault’sche Diskursverständnis ist allerdings nur eines unter vielen. Die wissenschaftliche wie nicht-wissenschaftliche Definition von Diskurs gestaltet sich annähernd so facettenreich wie diejenige des Kulturbegriffs. Vor dem Hintergrund einer solch heterogenen Debatte – und der in der Vorbemerkung bereits angesprochenen mangelnden Verortung der Ethnologie in dieser Debatte – ist es das Ziel der vorliegenden Arbeit, eine ethnologische Methodik der Diskursanalyse zu entwerfen und diese sinnvoll theoretisch zu fundieren. Um diesen Schritt im zweiten Teil der Arbeit unternehmen zu können, ist es zunächst erforderlich, den Diskursbegriff zu definieren, der solch einer diskursanalytischen Perspektive zugrunde liegen soll. Zu diesem Zweck wird im Folgenden ein kurzer Überblick über die verschiedenen

[364] Schultze 2010: 137.

[365] Siehe hierzu Abschn. 2.2 sowie weiterführend 2.4

theoretischen Ansätze der Diskursforschung gegeben, wie sie in unterschiedlichen Disziplinen derzeit Anwendung finden.[366] In einem zweiten Schritt wird dann die insbesondere von Reiner Keller initialisierte Verschmelzung von Diskurstheorie und Wissenssoziologie zur *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* vorgestellt, deren Zugang vielversprechende Ansatzpunkte auch für ethnologische Forschungsfragen bietet. Anknüpfend an Kellers Modell – und unter Rückbezug auf die zuvor erörterten Ansätze – wird schließlich der Versuch einer Neuformulierung der Wissens*soziologischen* Diskursanalyse als (Wissens)*ethnologische* Diskursanalyse (oder auch *Diskursethnologie*) unternommen, welche gleichermaßen die theoretische Grundlegung der hier vorzustellenden Untersuchung bildet.

Der Diskursbegriff in den Sozial- und Geisteswissenschaften

Dem Wort *Diskurs* kommen in der französischen, englischen und deutschen Alltagssprache gänzlich unterschiedliche Bedeutungen zu. So beschreibt *discourse* im englischsprachigen Raum eine einfache Unterhaltung, während das französische Wort *discours* zur Bezeichnung wissenschaftlicher oder intellektueller Rede in Form von Vorträgen oder Abhandlungen (u. a.) genutzt wird. Im Deutschen wiederum umfasst *Diskurs* „ein öffentlich diskutiertes Thema (z. B. der Hochschulreformdiskurs), eine spezifische Argumentationskette (z. B. der neoliberale Diskurs) oder die Position / Äußerung eines Politikers, eines Verbandssprechers usw. (z. B. der Gewerkschaftsdiskurs) in einer aktuellen Debatte“.[367] Die unterschiedliche Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch spiegelt sich gleichsam in seiner heterogenen wissenschaftlichen Auslegung und den jeweils daran anschließenden Forschungstraditionen wider. Die prominentesten hiervon sind die angloamerikanische *Discourse Analysis* sowie die französische Variante der Diskursanalyse nach Foucault:

> „Während die angelsächsische Tradition der Diskursforschung innerhalb der Sprachwissenschaften entstand und entsprechend dem anglo-amerikanischen Alltagsverständnis von ‚discourse‘ als ‚discourse analysis‘ unterschiedlichste Prozesse des alltagspraktischen Sprachgebrauchs unter Fragestellungen der Linguistik untersucht, greifen die (zunächst) französischen Diskurstheorien auf die Bedeutungsassoziationen der institutionellen Regulierung und des Öffentlichkeitsbezugs zurück, die in Vorstellungen wie ‚Rede‘ oder ‚Abhandlung‘ usw. anklingen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere – aber nicht nur – von Michel Foucault ein Diskurskonzept

---

[366] Für einen umfassenden Einblick in die diskursanalytische Forschungspraxis siehe u. a. Keller et al. 2010 und darin insbesondere Niehr / Böke 2010 sowie Jäger 2010;

[367] Keller 2011a: 97.

> entwickelt, das sich unter gesellschaftstheoretischen, philosophischen und geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkten mit Diskursen als Erscheinungs- und Zirkulationsformen des Wissens beschäftigt.“[368]

Für das wissenschaftliche Verständnis des Diskursbegriffs war im deutschen Sprachraum überdies Jürgen Habermas prägend.[369] Sein Entwurf einer normativen *Diskursethik* wurde weiter oben im Zusammenhang mit Seyla Benhabibs *deliberativer Demokratie* bereits kurz angerissen. Um einen Überblick über die verschiedenen wissenschaftlichen Ansätze sowie über deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu gewinnen, sollen die wichtigsten von ihnen im Folgenden kurz skizziert werden.

Hinter dem Schlagwort **Discourse Analysis** verbirgt sich ein Sammelsurium verschiedenster Ansätze, „die sich aus linguistischen, soziologischen und psychologischen [sowie ethnologischen[370]] Perspektiven mit der Analyse von ‚natürlichen‘ Kommunikationsprozessen in unterschiedlichen Kontexten beschäftigen“.[371] Reiner Keller empfiehlt daher auch die Bezeichnung *Qualitative Sprachgebrauchsforschung* oder *Empirische Gesprächsforschung*, um Verwechslungen mit anderen Varianten der Diskursanalyse, etwa nach Foucault, zu vermeiden.[372] Das disziplinübergreifende Ziel der *Discourse Analysis* besteht in der „Analyse von Sprachgebrauch – Reden oder Schreiben […] – als Realprozess im gesellschaftlichen Kontext […]. Zentrale Fragen richten sich darauf, wer in einem kommunikativen Ereignis wie, warum und wann Sprache gebraucht“.[373] Unter Diskurs versteht die *Discourse Analysis* dabei soziale Praktiken der Kommunikation zwischen Einzelnen oder Gruppen, insbesondere in Form von face-to-face Interaktionen, die einerseits Bestandteil des alltäglichen Sprachhandelns sind, zugleich aber auch in institutionalisierten Kontexten auftreten können. Jenseits dieses gemeinsamen Diskursbegriffs unterscheiden sich die einzelnen Ansätze der *Discourse Analysis* je nach Fachrichtung, Forschungsfrage und Zugang zum Teil erheblich und vertreten zuweilen gar unvereinbare theoretische Positionen.[374]

Während die *Discourse Analysis* sich sozusagen mit sozialer „*Ordnung von unten*“ befasst, interessiert sich die Diskurstheorie nach **Michel Foucault** für soziale

---

368 Keller 2011a: 97.

369 Keller 2011a: 102.

370 Siehe hierzu die Beispiele in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit.

371 Keller 2011b: 20.

372 Keller 2011b: 20.

373 Keller 2011b: 20 (Hervorhebung im Original).

374 Keller 2011b: 21 f.

„*Ordnung von oben*".[375] Obwohl Foucault wohl der Prominenteste unter den Diskurstheoretiker_innen ist und sein diskursanalytisches Werk diverse Disziplinen beeinflusst hat, hat er seine Diskurstheorie nur in wenigen Fällen konsequent (und niemals abschließend) ausformuliert.[376] Bei seinen Arbeiten handelt es sich eher „um ein Ensemble konzeptueller Vorschläge zur Bearbeitung von Fragen, die sich auf die gesellschaftliche Genese und Wirkungen von Macht-Wissens-Komplexen richten", nicht um den systematischen Entwurf einer „Foucaultschen Theorie und Methode".[377]

Foucault, der (wie in Abschnitt 2.3 bereits erläutert wurde) Diskurse als Faktizität konstituierende Sprachpraktiken begreift, versteht sich als *Ethnologe der eigenen Kultur*, insofern er bemüht ist, den kulturellen Eigenlogiken der europäischen / französischen Gesellschaft nachzuspüren. Dafür unternimmt er den Versuch, „sein eigenes kulturell eingespieltes Vorverständnis auszublenden. Er nähert sich den Phänomenen in einer Weise, als bliebe ihm ihr Sinn verschlossen und als müsste er sich […] darauf beschränken, Gesetzmäßigkeiten in den Abläufen zu konstatieren".[378] Sein Ziel ist es dabei, „das System oder Regelwerk aufzudecken, das, den Teilnehmenden selber oft gar nicht bewusst, dem Geschehen zugrunde liegt".[379] Sein Werk lässt sich grob in zwei aufeinander aufbauende Phasen einteilen: 1.) Die *archäologische Phase* 2.) Die *genealogische Phase*.

1.) Die *archäologische Phase* des Foucault'schen Wirkens bezeichnet seine Analyse gesellschaftlicher Wissensregime als ausschnitthafte Betrachtung von sozialer Ordnung zu einem spezifischen historischen Zeitpunkt:

> „Foucault fragt danach, welches Grundmuster des Wissens (‚episteme') in spezifischen historischen Epochen den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Klassifikationsprozessen zugrunde liegt. Verschiedene Epochen lassen sich durch die Prinzipien beschreiben, nach denen sie quer zu den disziplinären Grenzen von Einzelwissenschaften die weltlichen Dinge ordnen. Foucault schließt von empirisch beobachtbaren Regelmäßigkeiten in wissenschaftlichen Texten auf eine Regel, einen Code des wissenschaftlichen Deutens. Seine Vorgehensweise gilt ihm als ‚Archäologie': Er gräbt die Wissensordnungen vergangener Zeitalter aus, ohne Stellung zu deren Wahrheits- und Sinngehalten zu nehmen. […] Im Sinne einer quantitativen oder seriellen Geschichte gehe es, so Foucault, um die Untersuchung dessen, was ‚tatsächlich'

---

375 Keller 2011a: 114 (Hervorhebung im Original).

376 Keller 2011a: 123.

377 Keller 2011a: 120, 123.

378 Lavagno 2011: 47.

379 Lavagno 2011: 47.

> gesagt wurde, d. h. um die Beschreibung und Analyse der materialen Existenz von Diskursen in Gestalt seriöser Sprechakte.“[380]

Foucault interessiert sich v. a. für die sprachlichen Regeln sowie für die institutionalisierten Praktiken der Bedeutungs- und Diskursproduktion. Es geht ihm „um die Rekonstruktion der institutionell-praktischen, symbolisch-semantischen Verknappungsmechanismen [oder *Formationsregeln*], die zum Auftauchen spezifischer Aussagen an bestimmten Stellen führen“.[381] Diese „Ausschließungssysteme“[382], denen der Diskurs jeweils unterworfen ist, definieren (darauf wurde in Abschnitt 2.2 bereits hingewiesen), was gesagt werden darf, wer dies sagen darf und was – von allem Gesagten – als *wahr* gelten kann. Foucault demonstriert dies u. a. am Beispiel des Augustinermönchs Gregor Johann Mendel, Urheber der Mendel'schen Gesetze. Mendels wissenschaftliche Erkenntnisse sind von der institutionalisierten Biologie und Botanik des 19. Jahrhunderts nicht ernst genommen worden. Dieser Umstand ist laut Foucault darauf zurückzuführen, dass „Mendel von Gegenständen sprach, daß er Methoden verwendete und sich in einen theoretischen Horizont stellte, welche der Biologie seiner Epoche fremd waren“.[383] Mendels Erkenntnisse konnten nicht als wahr anerkannt werden, denn „im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ‚Polizei' gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß“.[384]

2.) Etwa in den 1970er Jahren vollzieht Foucault den gedanklichen Übertritt von einer *Archäologie* zu einer *Genealogie* des Diskurses. Damit einher geht für ihn auch eine graduelle Abkehr vom Paradigma des wissenschaftlichen Strukturalismus. Statt einzelne historische Ausschnitte als quasi-statische Weltordnungen zu betrachten, beschäftigt er sich jetzt zusehends mit dem Diskursiven als Prozess. So werden Diskurse von nun an „sehr entschieden als Sprechakte und Sprachspiele, als strategisch-taktische Auseinandersetzungen und Kämpfe betrachtet“.[385] Damit erfährt nicht nur das Konzept der sozialen *Praktiken* eine erhebliche Aufwertung, auch der weitere Kontext der Diskursproduktion – das *Dispositiv* – rückt ins Blickfeld:

---

[380] Keller 2011a: 131 f.
[381] Keller 2011a: 133.
[382] Foucault 2012: 16.
[383] Foucault 2012: 24.
[384] Foucault 2012: 25.
[385] Keller 2011a: 137.

> „Mit dem Begriff des *Dispositivs* bezeichnet Foucault nunmehr das Maßnahmenbündel, das Gefüge institutioneller Materialisierungen, das einen Diskurs trägt und in weltliche Konsequenzen umsetzt. Dazu zählen Gesetze, architektonische Manifestationen wie der Gefängnisbau nach Jeremy Benthams Panoptikum, Redepraktiken wie die Beichte u. a. *Praktiken*, d. h. konventionalisierte bzw. institutionalisierte Verhaltens- und Handlungsmuster erhalten generell einen neuen Stellenwert. Dies gilt nicht nur für diskursive (im Sinne von sprachlichen) und nicht-diskursive Praktiken (wie bspw. symbolisch aufgeladene Gesten) innerhalb eines Dispositivs, sondern auch für die eigensinnigen tradierten Praktiken in institutionellen Settings bzw. gesellschaftlichen Praxisfeldern, die für soziale Akteure einen spezifischen routinisierten Sinn besitzen, der oft gerade nicht mit den Erwartungen der Diskurse übereinstimmt."[386]

Im Zuge des genealogischen Ansatzes tritt überdies das Foucault'sche Verständnis von *Macht* – die Fähigkeit, Einfluss auf menschliches Denken, Handeln und Fühlen (und damit auch und v. a. auf den menschlichen Körper) zu nehmen[387] – sowie die Verknüpfung von *Macht* und *Wissen* hervor. Foucaults Machtbegriff ist (wie in Abschnitt 2.3 bereits angemerkt wurde) nicht hierarchisch angelegt. Macht ist für ihn „die Gesamtheit der Kräfteverhältnisse, die in einem sozialen Feld wirksam sind," und immer wieder in lokalen Kämpfen ausgefochten werden müssen.[388] Machtverhältnisse sind grundsätzlich relational, denn „jede Macht erzeugt eine Gegenmacht in Gestalt von Widerstand".[389]

> „…der Begriff der Macht […][erhält] eine positive Konnotation: im Unterschied zur Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, deren Herrschaftsbegriff überwiegend repressiv angelegt war, versteht Foucault die Macht als etwas Produktives. Er geht davon aus, dass Machtstrategien, um erfolgreich zu sein, Wissen produzieren müssen, auf das sie sich bei ihren Manövern stützen können. Dadurch sind Wissen und Macht ineinander verschränkt."[390]

Überdies unterscheidet Foucault zwischen Formen der *Macht* und Formen der *Herrschaft*, wobei letztere „durch eine feste Asymmetrie der ‚Führungsverhältnisse' bestimmt sind und dem alltagssprachlichen – und Weberschen – Machtbegriff

[386] Keller 2011a: 138 (Hervorhebung im Original).
[387] Siehe hierzu Edgewater 1999: 153 f.
[388] Lavagno 2011: 52.
[389] Lavagno 2011: 52.
[390] Lavagno 2011: 50 (Hervorhebung im Original).

entsprechen. ‚Herrschaft' ist die konkret beschreibbare Strukturierung des Führungsverhältnisses als der – bezogen auf diese Beziehung – Führung letztlich ‚unfreier' Anderer".[391]

Im Hinblick auf die Bedeutung sozialer Praktiken sowie auch im Hinblick auf seinen innovativen Entwurf von diskursiver Macht weist Foucault außerdem auf den engen Zusammenhang zwischen Diskursen und *Ritualen* hin. Rituale gehören zu den Verknappungsmechanismen der Diskursproduktion und spielen für deren Ausgestaltung daher eine entscheidende Rolle:

> „Das Ritual definiert die Qualifikationen, welche die sprechenden Individuen besitzen müssen (wobei diese Individuen im Dialog, in der Frage, im Vortrag bestimmte Positionen einnehmen und bestimmte Aussagen formulieren müssen) ; es definiert die Gesten, die Verhaltensweisen, die Umstände und alle Zeichen, welche den Diskurs begleiten müssen ; es fixiert schließlich die vorausgesetzte oder erzwungene Wirksamkeit der Worte, ihre Wirkung auf ihre Adressaten und die Grenzen ihrer zwingenden Kräfte."[392]

Mit der Verknüpfung von Ritual und Diskurs, wie Foucault sie hier beschreibt, schließt sich der Kreis zu Goffmans Vorstellungen von zwischenmenschlicher Interaktion und kollektiver Inszenierung sowie zu den Erkenntnissen der ethnologischen Emotionsforschung, die das kulturell indizierte Zusammenwirken von Darstellenden und Publikum bei der Erzeugung affektiver Macht beschreibt.[393] Sie ist überdies auch nicht so weit entfernt vom Geertz'schen Bedeutungsgewebe, innerhalb dessen die handelnden Individuen sich bewegen, es für sich nutzen, es fortwährend interpretieren und dabei doch immer auch und zuvorderst durch seine Gesetzmäßigkeiten determiniert werden.[394] Angesichts der besonderen Rolle von Ritualen im Spannungsfeld von Diskurs, Wissen, Macht und Emotion, wird Abschnitt 3.5 der vorliegenden Arbeit dem Phänomen der Einbürgerungsrituale – als bedeutsamem Teil von (nationalistischen) Einbürgerungsdiskursen – weitergehend Rechnung tragen.

Nachdem Foucaults komplexes Theoriegebäude hier in knapper Form umrissen wurde, sollen im Folgenden einige weiterführende Ansätze präsentiert werden, die auf die eine oder andere Art an die obigen Konzepte anschließen. Da der Fundus diskursanalytischer Zugänge sehr groß und heterogen ist, muss die Darstellung sich dabei zwangsweise auf einige zentrale Beispiele beschränken.

---

[391] Keller 2011a: 141 f (Hervorhebung im Original).

[392] Foucault 2012: 27.

[393] Siehe Abschn. 2.3

[394] Siehe Abschnitt 2.3

Die **Kritische Diskursforschung** hat in ihren verschiedenen Ausformungen eine Paarung von Foucault'scher Diskurstheorie mit methodischen Aspekten der empirischen Gesprächsforschung (*Discourse Analysis*) vollzogen und ihren Blick dabei v. a. auf „das Ziel einer emanzipatorischen Aufklärung durch Ideologie- und Praxiskritik" gerichtet.[395] Das Ideologieverständnis der *Kritischen Diskursforschung* weicht dabei deutlich von der Art und Weise ab, wie dieser Begriff ansonsten in der vorliegenden Arbeit gebraucht wird. Während diese Arbeit Ideologien wertfrei als kollektive Glaubenssysteme begreift, die Macht im Foucault'schen (dezentralen) Sinne ausüben, stellt die Kritische Diskursforschung ihren Ideologiebegriff in den Kontext von Macht in Form von Herrschafts- oder Hegemoniebeziehungen.

Zwei Hauptstränge der *Kritischen Diskursforschung* sind zu unterscheiden und sollen im weiteren Verlauf kurz erläutert werden: 1.) Die aus dem deutschen Sprachraum stammende *Kritische Diskursanalyse*; 2.) die an die angloamerikanische *Discourse Analysis* anschließende *Critical Discourse Analysis*, die u. a. auch in ethnologischen Kreisen – insbesondere im Bereich der Linguistic Anthropology – Verbreitung findet.[396]

1.) Die *Kritische Diskursanalyse* wurde federführend von dem deutschen Sprachwissenschaftler Sigfried Jäger entwickelt und ist aus diesem Grund auch primär sprachwissenschaftlich ausgerichtet. Von der *Critical Discourse Analysis* unterscheidet sie sich maßgeblich durch ihre theoretische Orientierung, die in erster Linie auf den Arbeiten Michel Foucaults aufbaut sowie auf deren Weiterentwicklung durch den Literaturwissenschaftler Jürgen Link. Des Weiteren stützt sie sich auf die marxistisch-psychologische Tätigkeitstheorie des russischen Psychologen A. N. Leontjew.[397] War die *Kritische Diskursanalyse* ursprünglich auf eine rein linguistische Perspektive verengt, beschäftigt sie sich inzwischen auch mit der Analyse von Dispositiven. „Hauptgegenstände bisheriger Untersuchungen waren Analysen ‚rassistischen' Sprachgebrauchs anhand von Interviews und Medientexten".[398] Siegfried Jäger beschreibt das Vorhaben der *Kritischen Diskursanalyse* wie folgt:

> „Im Zentrum einer an Michel Foucaults Diskurstheorie orientierten Kritischen Diskursanalyse (KDA) stehen die Fragen, *was (jeweils gültiges) Wissen überhaupt ist, wie jeweils gültiges Wissen zustandekommt* (sic!), wie es *weitergegeben* wird, welche *Funktion* es für die *Konstituierung von Subjekten und die Gestaltung von Gesellschaft* hat und welche Auswirkungen dieses Wissen für die *gesamte gesellschaftliche*

---

[395] Keller 2011a: 151 f.

[396] Keller 2011b: 27; siehe hierzu u. a. die Beispiele in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit.

[397] Keller 2011b: 32.

[398] Keller 2011b: 34.

> *Entwicklung* hat. ‚Wissen' meint hier alle Arten von Bewußtseinsinhalten bzw. von Bedeutungen, mit denen jeweils historische Menschen die sie umgebende Wirklichkeit deuten und gestalten. Dieses ‚Wissen' beziehen die Menschen aus den jeweiligen diskursiven Zusammenhängen, in die sie hineingeboren sind und in die verstrickt sie während ihres gesamten Daseins leben. Diskursanalyse, erweitert zur Dispositivanalyse, zielt darauf ab, das (jeweils gültige) *Wissen der Diskurse* bzw. der *Dispositive* zu ermitteln, den konkreten jeweiligen Zusammenhang von Wissen/Macht zu erkunden und einer Kritik zu unterziehen."[399]

Der Diskursbegriff der *Kritischen Diskursanalyse* ist eng an denjenigen Foucaults angeschlossen,[400] allerdings in mancherlei Hinsicht weiter ausdifferenziert. So unterscheidet Jäger u. a. die Konzepte *Spezialdiskurs* (= Wissenschaften) und *Interdiskurs* (= gesamtgesellschaftlicher Diskurs) und bestimmt beide gleichermaßen zum Forschungsobjekt seiner *Kritischen Diskursanalyse*. Überdies führt er noch eine ganze Reihe weiterer analytischer Kategorien ein, die hier jedoch nicht im Detail behandelt werden müssen.[401]

Erklärtes Ziel der *Kritischen Diskursanalyse* ist die Formulierung einer gesellschaftlichen Ideologiekritik. Dabei „wird in der Analysepraxis die Existenz bestimmter gesellschaftlicher, in der Regel als ideologisch begriffener Diskurse vorausgesetzt".[402] Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die „semantisch-rhetorischen Mittel, mit denen diese Diskurse arbeiten", als „Resultat einer kritikwürdigen ideologischen Überformung" aus den Äußerungen „der Protagonisten rekonstruiert werden" können.[403] Das Hauptaugenmerk – und damit auch die eigentliche Kritik – zielt auf „die Massenmedien als Zirkulationsagenturen ideologischer Diskurse".[404]

Die *Kritische Diskursanalyse* wurde u. a. für ihren durchgängigen Ideologieverdacht kritisiert, sowie für die daraus resultierende Diskrepanz zwischen theoretischem Anspruch und empirischer Umsetzung. So weist Reiner Keller beispielsweise darauf hin, dass die *Kritische Diskursanalyse* sich durch ihre wertende Haltung gegenüber den als Ideologien verstandenen Argumentationsweisen entschieden von Foucault entfernt, der seinerseits stets eine neutrale und (vor-)urteilsfreie Haltung gegenüber allen gesellschaftlichen Wissensregimen eingefordert hatte.[405]

---

[399] Jäger 2011: 91 (Hervorhebung im Original).
[400] Keller 2011a: 152.
[401] Siehe hierzu Jäger 2011: 107–110.
[402] Keller 2011a: 153.
[403] Keller 2011a: 153.
[404] Keller 2011a: 153.
[405] Keller 2011a: 154.

2.) Die *Critical Discourse Analysis*, deren bedeutendster Theoretiker der britische Sprachforscher Norman Fairclough ist und die im deutschsprachigen Raum u. a. von der österreichischen Soziolinguistin Ruth Wodak vertreten wird, unterscheidet sich von der *Kritischen Diskursanalyse* v. a. durch ihre Verknüpfung der Foucault'schen Diskurstheorie „mit praxisphilosophischen Elementen der soziologischen Theorieentwicklung, insbesondere mit Konzepten von Bourdieus Theorie sozialer Felder und Giddens Theorie der Strukturierung."[406] Bezeichnend für die in sich äußerst heterogenen Ansätze der *Critical Discourse Analysis* ist u. a. ihr dreifacher Diskursbegriff: Diskurs bezeichnet 1.) „den Sprachgebrauch als soziale Praxis"; 2.) „den Sprachgebrauch innerhalb eines abgrenzbaren sozialen Feldes" (im Sinne von wirtschaftlichem / politischem / wissenschaftlichem Diskurs); 3.) eine „standortgebundene Sprechweise, die Erfahrung in spezifischer Weise mit Bedeutung versorgt".[407]

Genau wie die *Kritische Diskursanalyse* verfolgt auch die *Critical Discourse Analysis* das Ziel individueller Emanzipation und gesellschaftlicher Ideologiekritik.[408] Norman Fairclough charakterisiert sein Programm deshalb wie folgt:

> „Der Fokus der ‚kritischen Diskursanalyse' [= Critical Discourse Analysis] richtet sich auf zwei Arten von Problemstellungen: zum einen geht es um bedürfnisbezogene Probleme, d. h. diskursive Praktiken, die in irgendeiner Weise menschlichen Bedürfnissen entgegenstehen (z. B. Formen der Arzt-Patient-Kommunikation, die es Patienten nicht gestattet, alle aus ihrer Sicht wichtigen Aspekte ihrer Gesundheitsprobleme zu erzählen); zum anderen geht es um Probleme, die sich aus sozialen Repräsentationen ergeben (etwa sozial konstruierte Vorstellungen über spezifische soziale Gruppen wie z. B. Frauen oder kulturelle Minderheiten, die nachteilige gesellschaftliche Folgen für diese haben)."[409]

Diskurse gelten der *Critical Discourse Analysis* insofern als ideologisch, als sie „aus Sicht der kritischen Maßstäbe der Diskursanalytiker etablierte soziale Macht- und Herrschaftsbeziehungen verstärken".[410] Gegen die *Critical Discourse Analysis* lassen sich daher ähnliche Einwände anbringen, wie sie weiter oben schon gegen die *Kritische Diskursanalyse* ins Feld geführt wurden:

---

[406] Keller 2011a: 154 f.

[407] Keller 2011a: 155.

[408] Ein Beispiel hierfür ist u. a. die Arbeit von Bernd Matouschek, Ruth Wodak und Franz Januschek zu rassistischen und xenophoben Diskursen in Österreich. (Matouschek et al. 1995) Siehe überdies auch Flubacher 2014 sowie van Dijk 1987.

[409] Fairclough 2011: 376 f.

[410] Keller 2011a: 157.

> „Auch hier bleibt die empirische Umsetzung hinter der eigenen theoretischen Grundlegung zurück und erweckt häufig den Eindruck einer vor-urteilenden Betrachtung der empirischen Daten, die das sucht, was sie schon zu kennen glaubt. Dies äußert sich darin, dass trotz der komplexen Grundannahmen über die Funktion von Sprache, Kommunikation und Bedeutung für die gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion die konkreten Analysen immer wieder sehr schnell in den untersuchten Materialen – etwa in Interviews oder Zeitungstexten – Elemente wiederfinden, die als ‚rassistisch', ‚ideologisch', ‚fundamentalistisch' u. a. enttarnt werden, ohne dass begründet wird, wie dieser Erkenntnis- bzw. Zurechnungsprozess erfolgt."[411]

Des Weiteren merkt Reiner Keller im Hinblick auf die Foucault'sche Theorievorlage an, dass (allen theoretischen Absichtserklärungen zum Trotz) weder die *Critical Discourse Analysis* noch die *Kritische Diskursanalyse* den Aspekt des *Wissens* sowie der *Macht/Wissen-Regime* empirisch in den Blick nehmen, obwohl beide für Foucault ein solch zentrales Element seines Theoriegebäudes bilden.[412] Insgesamt vernachlässigen sie den Foucault'schen Begriff der *Macht* (als produktive Gewalt im Kontext heterogener Kräfteverhältnisse) zugunsten einer deutlich restriktiveren und hierarchisch angelegten Idee von *Herrschaft* (im Sinne des Führens unfreier Anderer).

Die postmarxistische Diskurstheorie von **Ernesto Laclau** und **Chantal Mouffe** verfolgt aufgrund ihrer politikwissenschaftlichen Perspektive einen etwas anderen Ansatz als die oben beschriebene, sprachwissenschaftlich geprägte *Kritische Diskursforschung*. Während letztere sich „mit der Analyse einzelner Sprachereignisse [beschäftigt] und die sprechenden Subjekte als unproblematisch gegebene Akteure [voraussetzt]", betrachtet die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe Diskurse auf der gesellschaftlichen Makroebene.[413] Ausgehend von Marx' Modell des Klassenkampfes, begreifen sie gesellschaftliche *Antagonismen* als konstitutive Kraft. Diese gesellschaftlichen Antagonismen verstehen sie allerdings nicht als „objektive Relationen […] zwischen begrifflichen […][oder] realen Objekten", sondern als „eine Art Relation, in der sich die Grenzen jeder Objektivitätskonstituierung anzeigen".[414] Das Diskursive, als Terrain, in welchem gesellschaftliche Antagonismen ihre Wirkung entfalten, wird vor diesem Hintergrund mit dem Sozialen gleichgesetzt.[415] Der Diskursbegriff von Laclau und Mouffe unterscheidet sich demnach maßgeblich von

[411] Keller 2011a: 157.

[412] Keller 2011a: 158.

[413] Keller 2011a: 160.

[414] Laclau 2007: 26.

[415] Laclau 2007: 28 f.

allen vorgenannten, die allesamt *diskursive* Praktiken als *sprachliche* Praktiken auffassen. Für Laclau und Mouffe hingegen gibt es keine *nicht-diskursiven* Praktiken, da letztlich jede Form der sozialen Praxis Sinn transportiert und damit Trägerin von Diskursen ist.[416] Zwar definieren sie das Phänomen *Diskurs* im Anschluss an den Diskursbegriff bei Foucault, gehen aber deutlich über dessen Konzeption hinaus. So stellen Diskurse für sie „ein spezifisches System von Differenzen, von Unterscheidungen dar, die eine diskursspezifische Sinnwelt, eine ‚Ordnung der Dinge' produzieren, in deren Zusammenhang den Dingen erst bestimmte Bedeutungen zugeschrieben wird (sic!) und bestimmtes Handeln möglich ist".[417] Auf diese Weise kreieren Diskurse Rollenbilder oder *Subjektpositionen* „von spezifischen Formen dessen, wie der Einzelne sich zu definieren und zu modellieren hat, um ein normales, kompetentes Subjekt zu werden".[418] Menschliche Subjekte sind insofern nicht die Produzent_innen der Diskurse, sondern im Gegenteil deren Produkt. Die Entstehung von Subjektpositionen aus dem Diskurs heraus erfolgt jedoch keineswegs automatisch oder einheitlich, etwa im Sinne einer statischen Struktur, die klar umrissene Identitäten hervorbringt. Vielmehr sind die einzelnen Subjekte einem stetigen Zwang ausgesetzt, sich – innerhalb der heterogenen Differenzsysteme (oder Antagonismen), die multiple Diskurse entwerfen – zwischen verschiedenen Identitätsangeboten zu entscheiden:[419]

> „Demnach ist das ‚Subjekt' grundlegend fragmentiert, dezentriert, aufgesplittert und nie in irgend einem (sic) Sinne mit ‚sich selbst' identisch. Seine Identität(en) erhält es vielmehr in Prozessen der diskursiven Repräsentation in den unterschiedlichen Diskursen, in die es eingebunden ist. […] Die diskursive Konstitution von Identität erfolgt über Äquivalenzketten, die Zeichen miteinander verknüpfen und in Opposition zu anderen Zeichenverkettungen setzen. Dadurch wird definiert, wie ein Subjekt, das die Subjektposition einnimmt, ist bzw. wie es nicht ist. Identität ist dann immer ein Verhältnisbegriff, der seinen positiven Gehalt nur über eine entsprechende Negativ-Differenz erfährt. Eine solche Identität wandelt sich mit den Diskursen. In einem bestimmten Sinne ist das Subjekt damit überdeterminiert: das breite Angebot der Subjektpositionen gibt ihm die Möglichkeit, sich in konkreten Situationen je anders zu identifizieren. Jede gegebene Identität ist eine Möglichkeit, keine Notwendigkeit."[420]

Im Zuge dieser immanenten Fragmentierung erlebt das Individuum einen fortwährenden Mangel, da es sich niemals vollständig mit einer Subjektposition

[416] Reckwitz 2011: 303.
[417] Reckwitz 2011: 302.
[418] Reckwitz 2011: 302.
[419] Reckwitz 2011: 302, 304.
[420] Keller 2011a: 163 f.

identifizieren kann.[421] Subjektpositionen – oder Identitäten – werden als leere Signifikanten begriffen, insofern sie „von innerhalb des Beziehungsprozesses die diskursive Gegenwärtigkeit [ihrer] Grenze [anzeigen]".[422] Das (‚echte') Subjekt existiert im Moment der ‚Unentscheidbarkeit' zwischen verschiedenen Subjektpositionen und löst sich in dem Moment auf, da es sich für eine dieser Positionen entschieden hat. Das (‚echte') Subjekt wird durch seine Identifikation ausgelöscht, wobei jede Identifikation zwangsweise partiell und insofern zum Scheitern verurteilt ist.[423] Dieses psychoanalytisch inspirierte Modell eines vorkulturellen und vorsozialen (‚echten') Subjekts ist aus ethnologischer Sicht fragwürdig und wurde auch von anderer Seite bereits für seine mangelnde Plausibilität kritisiert (zumal die Idee einer unausweichlichen Fragmentierung von Identitäten durchaus auch ohne eine solche psychoanalytische Grundlegung auskommt).[424] Die Auflösung der Unterscheidung von *Diskursivem* und *Nicht-Diskursivem*, sowie der soziale Prozess der Herstellung von Identität mittels diskursiver Differenzsysteme, ist nichtsdestoweniger anschlussfähig auch für die ethnologische Theoriebildung.

Eine andere, der Ethnologie nahestehende Perspektive auf Diskurse ist diejenige der **Cultural Studies**. Ähnlich wie die postmarxistische Diskurstheorie von Laclau und Mouffe interessiert sie sich für die Rolle von Akteur_innen im Prozess der gesellschaftlichen Konstitution von Wissensverhältnissen. Sie richtet ihren Fokus dabei insbesondere auf die „Erzeugung gesellschaftlicher Wirklichkeit im Wechselverhältnis zwischen aneignenden Alltagspraktiken und institutionell-organisatorischen Feldern der Wissens- und Kulturproduktion".[425] In diesem Sinne nehmen die Cultural Studies eine „herrschafts- und kulturindustrie-kritische Perspektive" ein und weisen insofern auch Schnittmengen mit der *Kritischen Diskursforschung* auf.[426] Der Diskursbegriff wird von den verschiedenen Theoretiker_innen der Cultural Studies z. T. sehr unterschiedlich gefasst. Stuart Hall, einer ihrer prominentesten Vertreter_innen, bietet – im Anschluss an Michel Foucault – folgende Definition an:

> „A discourse is a way of talking about or representing something. It produces knowledge that shapes perceptions and practice. It is part of the way in which power

[421] Keller 2011a: 163.
[422] Laclau 2010: 65 f.
[423] Keller 2011a: 163.
[424] Reckwitz 2011: 309.
[425] Keller 2011a: 166.
[426] Keller 2011a: 166 f.

> operates. Therefore, it has consequences for both those who employ it and those who are 'subjected' to it."[427]

Interessant ist, dass der Diskursbegriff von Hall in explizite Verbindung zu *Kultur* gesetzt wird. So geht er davon aus, dass Diskurse *Codes* bereitstellen, die es Mitgliedern einer gemeinsamen kulturellen Wirklichkeit ermöglichen, „sich mit der Welt in weitgehend gleicher Weise interpretierend und erfahrend auseinander zu setzen".[428] Kultur ist aus Sicht der Cultural Studies ein konflikthafter Prozess, der sich maßgebend in den Praktiken des Alltags manifestiert. Diese Alltagspraktiken wiederum sind ihrerseits Ausdruck kollektiver Wissensbestände und konventionalisierter Interpretationsschemata. Charakteristisch für das Kulturkonzept der Cultural Studies ist überdies die Immanenz von Brüchen, Widersprüchen und Wandel:[429] „Die Rede von Kultur zielt also nicht länger auf ein stabiles oder homogenes Bedeutungsgewebe, sondern auf Deutungsmacht-Kämpfe und die kulturelle Prozessierung sozialer Ungleichheiten."[430] Besonderes Augenmerk widmen die Cultural Studies der ‚Populärkultur' und dem Phänomen der Massenmedien als wesentlichem „Motor zur Produktion und Aufrechterhaltung symbolischer Wissensordnungen in der Moderne".[431] Exemplarisch für diesen Ansatz ist insbesondere Halls *Encoding/Decoding Modell*, mit welchem er die Analyse sozialer Prozesse mit der Analyse symbolischer Strukturen zu versöhnen sucht:

> „My purpose is to suggest that, in the analysis of culture, the inter-connection between societal structures and processes and formal or symbolic structures is absolutely pivotal. I propose to organize my reflections around the question of the encoding/decoding moments in the communicative process: and, from this base, to argue that, in societies like ours, communication between the production elites in broadcasting and their audiences is necessarily a form of 'systematically distorted communication'."[432]

Hall geht davon aus – ähnlich wie Foucault es im Hinblick auf die Formation von Wissensregimen tut –, dass das Enkodieren einer medial vermittelten Botschaft im Kontext moderner Massenmedien durch kulturell vorbestimmte Codes (oder Formationsregeln) determiniert ist. Die Dekodierung der medialen Botschaft erfolgt dann durch das jeweilige Publikum ebenfalls anhand eingelernter kultureller Codes sowie

[427] Hall 1995: 318.
[428] Keller 2011a: 170 f.
[429] Keller 2011a: 166, 169.
[430] Keller 2011a: 169.
[431] Karis 2012: 54.
[432] Hall 1973: 1

anhand von spezifischen sozialen Kontextbedingungen. „Der Encoding-Prozess erscheint mithin als komplexe soziale Praxis, die keine zufälligen Ergebnisse hervorbringt, sondern zugleich Wirklichkeit produziert und Kultur reproduziert.“[433] Diese kulturelle Wirklichkeit wird jedoch nicht eins zu eins vom Publikum ‚ausgelesen‘, sondern immer auch in irgendeiner Form interpretiert. Es ergeben sich drei potentielle ‚Lesarten‘ medialer Botschaften: 1.) Das Publikum akzeptiert den Code der Diskursproduzent_innen und teilt dessen hegemoniale Bedeutungsinterpretation. 2.) Das Publikum vermittelt bei seiner Interpretation der Botschaft zwischen hegemonialem Code und persönlicher Erfahrung. 3.) Das Publikum lehnt den hegemonialen Code ab und interpretiert die Nachricht entlang alternativer Deutungsschemata. In jedem der drei Fälle sind *Encoding* und *Decoding* in einem kulturvermittelten (sprich diskursiven) Kreislauf unauflöslich miteinander verbunden.[434] Vor diesem Hintergrund entwerfen die Cultural Studies einen Subjektbegriff, der demjenigen von Laclau und Mouffe sehr nahe kommt, allerdings ohne dabei auf die bereits kritisierte Annahme eines vorkulturellen Selbst zu rekurrieren: „Subjekte haben vielmehr eine serielle Struktur oder Existenzweise – das Subjekt konstituiert sich vor, im und durch den Moment der Wahl zwischen den in Diskursen angebotenen Subjektpositionen, also in der Abfolge seiner Artikulationspraktiken“.[435] Das Subjekt ist demnach auch hier in unaufhörlicher Fragmentierung begriffen. Identitäten sind nie endgültig festgelegt, „sondern notwendigerweise arbiträr, kontingent und hybrid“.[436] Gleiches gilt für das Phänomen *Kultur*:

> „Es gibt keine authentische britische Kultur, keine Populärkultur, die sich nicht von der dominanten Kultur abgrenzt, und auch keine Jugendkultur, die von der Kultur der Eltern unberührt wäre. Kulturen sind nicht in sich ruhend, sondern werden durch die Identität anderer Kulturen mitbestimmt.“[437]

Die obigen Überlegungen zum Verhältnis von *Kultur*, *Identität* und *Diskurs* sind für die Ethnologie durchaus anschlussfähig. Allerdings haben die Cultural Studies nie eine kohärente, eigenständige Diskurstheorie entwickelt, die über Fächergrenzen hinweg übertragbar wäre.[438] Für die Ausformulierung einer ethnologischen Diskursperspektive bedarf es daher eines anderen, weitergehenden Blickwinkels, wie ihn u. a. die in Abschnitt 2.3 bereits angesprochene Wissenssoziologie anbietet.

[433] Karis 2012: 54 f. (Hervorhebung im Original).
[434] Winter 2011: 475 f.
[435] Keller 2011a: 170.
[436] Winter 2011: 477 f.
[437] Winter 2011: 479.
[438] Keller 2011a: 167, 172.

Bevor allerdings im nächsten Abschnitt Reiner Kellers Vorschlag einer Paarung von Wissenssoziologie und Diskurstheorie erläutert werden kann, bleibt abschließend im Kanon der prominenten Diskurstheoretiker_innen noch eine weitere Stimme anzuhören.

Die Diskursethik von **Jürgen Habermas** unterscheidet sich grundlegend von allen anderen hier vorgestellten Varianten der Diskurstheorie und hat sich zudem gänzlich unabhängig von diesen entwickelt. Sein normativer Ansatz beschäftigt sich mit der argumentativen Aushandlung kontroverser Themen in zivilgesellschaftlichen Debatten. Als solche ist die Diskursethik Teil der umfänglichen Habermas'schen *Theorie des kommunikativen Handelns*[439], welche ihrerseits die Vision einer *kommunikativen Vernunft* entwirft:

> „Die kommunikative unterscheidet sich von der praktischen Vernunft zunächst dadurch, daß sie nicht länger dem einzelnen Aktor oder einem staatlich-gesellschaftlichen Makrosubjekt zugeschrieben wird. Es ist vielmehr das sprachliche Medium, durch das sich Interaktionen vernetzen und Lebensformen strukturieren, welches kommunikative Vernunft ermöglicht. Diese Rationalität ist dem sprachlichen Telos der Verständigung eingeschrieben und bildet ein Ensemble zugleich ermöglichender und beschränkender Bedingungen. Wer immer sich einer natürlichen Sprache bedient, um sich mit einem Adressaten über etwas in der Welt zu verständigen, sieht sich genötigt, eine performative Einstellung einzunehmen und sich auf bestimmte Präsuppositionen einzulassen. Er muß unter anderem davon ausgehen, daß die Beteiligten ihre illokutionären Ziele ohne Vorbehalte verfolgen, ihr Einverständnis an die intersubjektive Anerkennung von kritisierbaren Geltungsansprüchen binden und die Bereitschaft zeigen, interaktionsfolgenrelevante Verbindlichkeiten, die sich aus einem Konsens ergeben, zu übernehmen."[440]

Die *kommunikative Vernunft* nach Jürgen Habermas ist das, was menschliche Kommunikation überhaupt erst möglich macht und grundlegende Bedingungen dafür schafft, dass wechselseitige Verständigung funktionieren kann. Sie sagt den handelnden Akteur_innen jedoch nicht „was sie tun *sollen*".[441] Über das Konzept der *kommunikativen Vernunft* erschließt sich überdies der Habermas'sche Diskursbegriff. Ein *Diskurs* ist demzufolge als organisierter Argumentationsprozess im Rahmen einer kommunikativen Auseinandersetzung zu begreifen und somit Fortsetzung „des normalen kommunikativen Handelns mit anderen Mitteln":[442]

---

[439] Keller 2011a: 110.

[440] Habermas 1998: 17 f.

[441] Habermas 1998: 18 (Hervorhebung im Original).

[442] Keller 2011a: 110.

> „Der Diskurs läßt sich als diejenige erfahrungsfreie und handlungsentlastete Form der Kommunikation verstehen, deren Struktur sicherstellt, […] daß Teilnehmer, Themen und Beiträge nicht […] beschränkt werden, daß kein Zwang außer dem des besseren Arguments ausgeübt wird: daß infolgedessen alle Motive außer dem der kooperativen Wahrheitssuche ausgeschlossen sind. Wenn unter diesen Bedingungen über die Empfehlung, eine Norm anzunehmen, argumentativ, d. h. aufgrund von hypothetisch vorgeschlagenen alternativenreichen Rechtfertigungen, ein Konsensus zustande kommt, dann drückt dieser Konsensus einen ‚vernünftigen Willen' aus."[443]

Der *Diskurs* stellt demnach Verfahrensregeln für die intersubjektive Debatte auf und garantiert bei Einhaltung dieser Regeln ein ‚vernünftiges' Ergebnis. Vergleichbare Auffassungen des Diskursiven finden sich in verschiedenen anderen, an Habermas anschließenden Ansätzen der *Deliberation* oder *Deliberativen Politik*, so u. a. in Seyla Benhabibs weiter oben vorgestelltem Entwurf einer *Deliberativen Demokratie*. Zudem wird der Habermas'sche Diskursbegriff als „Messlatte für reale Kommunikationsprozesse" auch in empirischen Forschungsprojekten angewendet.[444] Für ethnologische Fragestellungen ist eine derart normative Vorstellung von *Diskurs* nicht wirklich zweckdienlich. Nichtsdestoweniger ist die Habermas'sche Diskursethik im Kontext dieser Arbeit insofern relevant, als sie eine neue und andere Perspektive auf den demokratischen Prozess der öffentlichen Meinungsbildung wirft, der letztlich Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist. Bei der späteren Betrachtung der Daten und Ergebnisse wird es daher sinnvoll sein, Habermas' normativen Anspruch an einen rationalen zivilgesellschaftlichen Diskurs im Hinterkopf zu behalten.

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse

Um Reiner Kellers Entwurf einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse systematisch nachvollziehen zu können, ist es sinnvoll, zunächst einige Grundzüge der weiteren Wissenssoziologie zu erläutern. Der Begriff *Wissenssoziologie* bezieht sich dabei „auf heterogene theoretische Positionen und unterschiedliche Forschungsinteressen, die sich mit der sozialen Genese, Zirkulation und den Effekten von Wissen beschäftigen", wobei davon ausgegangen wird, „dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden".[445]

---

[443] Habermas 1973: 148 zitiert nach Habermas 2009: 12.
[444] Keller 2011a: 111.
[445] Keller 2011a: 21.

Unter dem Begriff *Wissen*, werden aus wissenssoziologischer Perspektive eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Dinge verstanden: „elaborierte gesellschaftliche Ideensysteme wie Religionen oder politische Weltanschauungen, naturwissenschaftliche Faktizitätsbestimmungen, implizites, inkorporiertes Können, alltägliche Klassifikationsschemata“[446] genauso wie „Gefühle und Empfindungen, Routine- und Referenzwissen“.[447] Demzufolge bezeichnet Wissen nicht bloß „sach- oder faktizitätsbezogene, durch Erfahrung gewonnene und revidierbare Kognitionen, sondern auch Glaubensvorstellungen, Körperpraktiken, Routinen alltäglicher Lebensführung usw., die als Kenntnisse aufgezeichnet sein können, als Vermögen den Individuen zukommen oder als gesellschaftlicher Bestand bspw. in Institutionen tradiert werden“.[448] Während sich die Wissenssoziologie in den 1960er Jahren v. a. mit der *sozialen* Konstruktion des Wissens befasste, erfolgte in den 1970er Jahren eine Akzentverschiebung hin zur *kommunikativen* Konstruktion des Wissens, wobei Kommunikationsprozesse und soziale Praktiken vermehrt ins Zentrum des Interesses rückten.[449]

Ein maßgebliches Schlüsselwerk für die Phase der *sozialen* Konstruktion von Wissen ist *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* von Berger und Luckmann, wie es in Abschnitt 2.3 bereits eingeführt wurde. Es ist nicht sinnvoll, die Darstellung an dieser Stelle zu wiederholen. Lediglich sollen hier noch einmal die zentralen Konzepte vergegenwärtigt werden, um weiterführend darauf aufbauen zu können:

1) Der Unterschied zwischen *Lebenswelt* (= Gesamtheit aller vom Menschen wahrgenommenen ‚Wirklichkeiten‘) und *Alltagswelt* (= intersubjektiv geteilte Welt der sozio-kulturellen Konstruktion von Wirklichkeit).
2) Das menschliche *Selbst* (oder *Subjekt*) als soziales (und kulturelles) Produkt.
3) *Sozialisation* als fortwährender Prozess der ‚Einverleibung‘ (Internalisierung) von sozialer Wirklichkeit (weitgehend parallel zu Bourdieus *Habitus*).
4) Die *Externalisierung* von Wirklichkeit via *Habitualisierung* und *Institutionalisierung* (im Sinne der sozialen Typisierung von Praktiken und zugehörigen Akteur_innen), sowie deren Rückwirken auf Prozesse der *Internalisierung* von Wirklichkeit via *Tradierung* und *sozialer Kontrolle.*

---

[446] Keller 2011a: 21.

[447] Keller 2011a: 41.

[448] Keller 2011a: 21.

[449] Keller 2011a: 22 ff.

5) Des Weiteren die individuelle Einverleibung institutioneller Strukturen in Form von *Rollen*, welche ihrerseits durch ihr Rollenspiel die jeweiligen Institutionen verwirklichen, reproduzieren und transformieren.[450]
6) Schließlich das kollektive *Wissen*, welches über, in und durch Institutionen produziert wird und welches seinerseits die Grenzen des Wissbaren, der Wahrheit und damit letztlich der objektiv geteilten Wirklichkeit absteckt.
7) Zu guter Letzt dann noch die Möglichkeit des *Bruchs* und des *Wandels*, sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene, welche aufgrund der bestehenden Vielfalt an konkurrierenden subjektiven und objektiven Wirklichkeiten immerfort gegeben ist.

Hinzufügen lässt sich außerdem noch das Element der *Sprache*, denn: „Der permanente Gebrauch einer gemeinsamen Sprache bildet den Grundmodus der permanenten Konstitution von Wirklichkeit. Die subjektive Wirklichkeit bedarf der beständigen gesellschaftlichen Vergegenwärtigung ihrer Plausibilitätsstrukturen, obwohl sie immer auch in gewissen Grenzen im Fluss ist…“.[451] Damit rückt die *gesellschaftliche* Konstruktion von Wirklichkeit unweigerlich in die Nähe einer *kommunikativen* Konstruktion von Wirklichkeit.[452]

Im Anschluss an Reiner Keller ist auch **Pierre Bourdieu** in die Reihen wissenssoziologischer Theoriebildung einzuordnen.[453] Diese Zuordnung gründet v. a. auf den Bourdieu’schen Konzepten *Habitus* und *Doxa*, wie sie in Abschnitt 2.3 bereits vorgestellt wurden. Beide beziehen sich letztlich auf kollektive Wissensverhältnisse, einmal in struktureller (*Doxa*) und einmal in inkorporierter Form (*Habitus*). Darüberhinausgehend hebt Keller auch Bourdieus Interesse für Sprache und Sprachgebrauch hervor:

> „Sprachgebrauch gilt im Werk Bourdieus als Bestandteil des Kampfes um Symbole, Repräsentationen bzw. Klassifikationsweisen in spezifischen sozialen Feldern. Die Praxis des Sprechens und Schreibens ist einerseits durch den je erworbenen Habitus geprägt. Jede Aussage ist darüber hinaus ein Beitrag – eine Aktualisierung oder Transformation – einer spezifischen symbolischen Ordnung, innerhalb derer sie ihre Bedeutung erhält. Der gesellschaftliche Stellenwert von Aussagen hängt von dem institutionellen Ort, der sozialen Position in einem Feld und der damit verknüpften Kapitalienstruktur ab, von der aus sie formuliert wird. Diese Position reguliert

450 Keller 2011a: 44.
451 Keller 2011a: 47.
452 Schnettler 2011: 218.
453 Keller 2011a: 49.

sowohl die Möglichkeiten der Herstellung wie auch die Formen der Rezeption von Aussagen."[454]

Im Zentrum von Bourdieus Sozialtheorie steht „die Bedeutung sozialer Kämpfe zwischen gesellschaftlichen Klassen [und deren Mitgliedern] um die Durchsetzung legitimer symbolischer Ordnungen bzw. Repräsentationen der Wirklichkeit".[455] Maßgebliche Ressource in diesen Kämpfen sind die verschiedenen Kapitalsorten (sozial, ökonomisch, kulturell, symbolisch). „Im Kern der Theorie, so kann festgehalten werden, geht es um Machtverteilungen, welche die Strukturen des Feldes [also des jeweiligen Teilbereichs der sozialen Wirklichkeit] und die dort vorfindlichen Positionen festlegen und die Akteure mit unterschiedlichen Voraussetzungen ausstatten, um auf dem Feld ihre Ziele zu verfolgen".[456] Dabei berücksichtigt Bourdieus Machtbegriff zwar die Existenz konkurrierender Machtinstanzen, bleibt jedoch im Wesentlichen auf den Staatsapparat zentriert.[457] Diese Reduktion des Sozialen auf Macht- und Herrschaftskämpfe zwischen Klassen sowie der damit einhergehende „Strukturdeterminismus" sind u. a. auch Anlass für Kritik, weil sie die „soziale Konstruktion des Wissens [. . .] ausschließlich als Herrschaftsfunktion" erscheinen lassen.[458] Nichtsdestoweniger kann gerade Bourdieus Entwurf von *Habitus* und *Doxa* als sinnvolle Ergänzung des Sozialisationskonzepts von Berger und Luckmann verstanden werden.[459] Das gilt v. a. auch im Hinblick auf die Bourdieu'schen Überlegungen zur Einverleibung von Wissen als *körperliche Hexis*. Auch sein Konzept der Kapitalien, wie es in Abschnitt 2.3 angerissen wurde, und darin insbesondere das *symbolische Kapital* hat hohen analytischen Wert, wenn man es etwa mit Foucaults dezentralem Machtkonzept paart. Insofern kann Bourdieus Theoriegebäude durchaus dazu beitragen, Prozesse der Produktion und Durchsetzung von sowie der Teilhabe an sozial konstruierter Wirklichkeit umfänglicher zu begreifen.

Letztens darf auch der hier schon mehrfach erwähnte **Michel Foucault** bei der Betrachtung wissenssoziologischer Fragestellungen nicht außer Acht gelassen werden. Er ist für die Wissenssoziologie v. a. deswegen interessant, weil im Zentrum seiner Betrachtungen der Zusammenhang zwischen *Wissen* und *Macht* steht:

[454] Keller 2011a: 52; siehe hierzu außerdem Bourdieu 2005.
[455] Keller 2011a: 52.
[456] Kajetzke 2008: 57.
[457] Keller 2011a: 52.
[458] Keller 2011a: 53 f.
[459] Keller 2011a: 53.

„Foucault nimmt Abschied von der Idee einer genuin emanzipatorischen Vorstellung des Wissens, wie sie noch in der Epoche der Aufklärung vertreten wurde. Er möchte Wissen immer unter dem Einfluss und mit der Produktion von Macht verbunden sehen. […] Damit distanziert er sich in postmoderner Manier von einer universellen Auffassung einer objektiven Wahrheit. Wahrheit wird […] zu einer ausgehandelten Norm, ein vorläufiges Ergebnis einer historischen Machtrelation. […] Die Kontingenz des Handelns eines Subjekts wird eingeschränkt durch Machtausübung anderer Akteure. Wie ein Netz legt sich Macht als umfassende, aber dynamische – da handlungsbasierte, wandlungsfähige – Struktur über die Gesellschaft, ist aus dieser Sicht ubiquitär […]. Macht ist aber auch […] untrennbar verbunden mit der Möglichkeit der Freiheit bzw. des Widerstandes gegen die Einschränkung der Handlungsalternativen durch die Handlungen anderer Akteure.“[460]

Das einzelne Subjekt ist für Foucault letztlich ein Produkt des Macht/Wissen-Komplexes, nicht aber dessen Produzent(in). Macht und Wissen entwickeln vielmehr eine Eigendynamik und tendieren dazu, fortwährend mehr Macht und Wissen zu produzieren.[461] Diese Vorstellung einer quasi-automatischen Verselbstständigung des allgemeinen Sinngebungsprozesses, welcher einzelne Individuen in ihrem Denken und Handeln unterworfen sind, erinnert wiederum an den Ansatz von Clifford Geertz, wie er in Abschnitt 2.3 beschrieben wurde. Das dezentrale Machtkonzept des Foucault'schen Denkmodells wirkt jedoch dessen problematischem Determinismus sowie der ihm vorgeworfenen Macht- und Ideologieblindheit entgegen, indem es mehr als ein kulturelles Deutungsschema zulässt und gerade den Kampf zwischen den unterschiedlichen Macht-Wissen-Komplexen in den Fokus nimmt. Die Produktion und Reproduktion von Wissen und Macht erfolgt dabei vermittels von *Diskursen*. Reiner Keller identifiziert hier eine Reihe von anschlussfähigen Punkten für die Wissenssoziologie:

„• Die Bestimmung von Diskursen als gegenstandskonstituierende Praktiken, denen ein (sic!) gemeinsame Struktur zugrunde liegt; […]

• das Verständnis von ‚Wissen‘ und ‚Wahrheit‘ als diskursiven Konstruktionen;

• das Interesse für Diskurse als strukturierende Praktiken gesellschaftlicher Wissensverhältnisse; […]

• die Idee der Machtwirkungen von Diskursen bzw. der Macht/Wissen-Kopplung;

[…]

460 Kajetzke 2008: 34 f.
461 Kajetzke 2008: 37 f.

- die Idee des Dispositivs als Sammelbegriff für das Gefüge von Diskursproduktion und als Grundlage der Machteffekte von Diskursen (durch ‚Weltintervention‘);

- die Trennung zwischen Diskursen und diskurs-externen Praktiken bzw. Praxisfeldern und die Untersuchung der Beziehungen zwischen beiden; und

- die Hinweise auf Akteure, Kämpfe, Strategien und Taktiken in und zwischen Diskursen.“[462]

Ausgehend von diesem kurzen wissenssoziologischen Überblick sowie den Anknüpfungspunkten an Foucaults Theoriegebäude (und v. a. an seine Vision der Diskursanalyse), kann nun im Folgenden die **Wissenssoziologische Diskursanalyse** nach Reiner Keller vorgestellt werden.

Der Zusammenschluss von Wissenssoziologie und Foucault'scher Diskurstheorie ergibt sich aus der Kompatibilität und gegenseitigen Bereicherung beider Ansätze: Die Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann enthält „eine Grundlagentheorie zur Erklärung der Entstehung und Institutionalisierung gesellschaftlicher Wissensvorräte“ – sprich gesellschaftlicher ‚Wirklichkeit‘ – deren institutionelle Strukturierung „von den Individuen sozialisatorisch angeeignet und als Rollenangebot mehr oder weniger eigensinnig übernommen“ wird.[463] Damit korrespondiert „in der diskurstheoretischen Perspektive die emergente Strukturierung der Wissensregime bei Foucault“.[464] Weitergehend erlaubt die „handlungs- und prozessorientierte Perspektive von Berger/Luckmann […] gegenüber Foucault die Betonung der Rolle gesellschaftlicher Akteure in den Machtspielen des Wissens, ohne dabei in einen naiven Subjektivismus zu verfallen“.[465] Ihr zweischneidiges Akteurskonzept wirkt überdies der problematischen Verdinglichung von Diskursen – wie sie u. a. bei Foucault zu beobachten ist – entgegen, indem es der Internalisierung und Externalisierung, also der Rezeption, (kreativen) Dekodierung und Produktion von Wirklichkeit durch handelnde Akteur_innen Rechnung trägt.[466] Aus diesen Schnittpunkten ergeben sich die Grundlagen der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA), wie Reiner Keller sie vorschlägt. Diese ist, anders als die Bezeichnung *Diskursanalyse* vielleicht vermuten lässt, keine Methode (obwohl sie sehr wohl auch Vorschläge zur methodischen Umsetzung macht) sondern in erster Linie ein theoretisch fundiertes, sozialwissenschaftliches

---

[462] Keller 2011a: 149.
[463] Keller 2011a: 186.
[464] Keller 2011a: 186.
[465] Keller 2011a:191.
[466] Keller 2011a: 191.

Forschungsprogramm, welches sich in der Tradition der *Hermeneutischen Wissenssoziologie* verortet.[467] Dieses Forschungsprogramm lässt sich durch einige zentrale Kernaspekte charakterisieren und gleichsam von anderen Spielarten der Diskursanalyse unterscheiden:

1) Die WDA spricht dem Phänomen des *Wissens* und der Idee der „*diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit*" einen zentralen Stellenwert zu.[468]
2) Sie betont die „Rolle von *Akteuren* […] *und Strukturierungsprozessen* in der Produktion und Veränderung von konkreten, aus Aussagepraxen und weiteren dispositiven Elementen bestehenden Diskursen".[469]
3) Sie begreift Diskursanalyse als inhärent interpretative Arbeit, die „einer Reflexion und Lehre der Auslegung, also einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik bedarf".[470]
4) Letztens orientiert sich die WDA „am Kritikverständnis, wie das Michel Foucault vertreten hatte und wie es auch Vorhaben der soziologischen ‚Aufklärung' zugrunde liegt, d. h. Gesellschaften die Art und Weise der Herstellung ihres gewordenen Wirklichkeitsverständnisses zu ‚spiegeln' und dadurch Spielräume" für die Erweiterung des kritischen Bewusstseins und der Handlungsoptionen zu öffnen.[471] Zusammenfassend beschreibt Keller sein diskursanalytisches Vorhaben wie folgt:

> „‚Wissenssoziologische Diskursanalyse' (WDA) bezeichnet ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm zur Analyse gesellschaftlicher Wissensverhältnisse und Wissenspolitiken. In und vermittels von Diskursen wird von gesellschaftlichen Akteuren im Sprach- bzw. Symbolgebrauch die soziokulturelle Bedeutung und Faktizität physikalischer und sozialer Realitäten konstituiert. Der Wissenssoziologischen Diskursanalyse geht es um die Erforschung dieser Prozesse der sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen (Wissens-Regimen, Wissenspolitiken) auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. kollektiven Akteuren und um die Untersuchung der gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse."[472]

Die WDA begreift *Diskurse*, im Anschluss an Foucault, „als historisch entstandene und situierte, geregelte Aussagepraktiken, welche die Gegenstände konstituieren,

[467] Keller 2011a: 192.
[468] Keller / Truschkat 2013: 13 (Hervorhebung im Original).
[469] Keller / Truschkat 2013: 13 (Hervorhebung im Original).
[470] Keller / Truschkat 2013: 14.
[471] Keller / Truschkat 2013: 14.
[472] Keller 2013: 27.

von denen sie handeln".[473] Indem sie Bedeutung erzeugen, erschaffen und festigen sie kollektive (immer auch begrenzte) symbolische Ordnungen.[474] Unter einem *diskursiven Ereignis* versteht die WDA „die typisierbare materiale Gestalt von Äußerungen, in der ein Diskurs in Erscheinung tritt".[475] Eine diskursive *Äußerung* wiederum ist „das konkrete, für sich genommen je einmalige Aussageereignis".[476] Im Gegensatz dazu bewegt sich eine diskursive *Aussage* bereits auf der „Ebene des Typischen und Typisierbaren", in dem Sinne, dass „die gleiche Aussage […] in ganz unterschiedlichen Äußerungen und situativ-singulären Gestalten getroffen werden" kann, wobei sie dennoch jeweils den selben Sinngehalt, die gleiche Botschaft transportiert.[477]

Foucaults Interesse an (wissenschaftlichen) Spezialdiskursen verknüpft die WDA mit einem gesteigerten Interesse an öffentlichen Diskursen.[478] Dementgegen wird die Mikroebene alltäglicher Interaktion ihrerseits nicht als aus sich selbst heraus diskursiv gefasst, „obwohl sie natürlich durch und durch von Deutungsfiguren und Bausteinen diskursiver Formationen durchzogen ist […]."[479] Genauso wie die WDA eine Grenze zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Ebenen der gesellschaftlichen Kommunikation zieht, trennt sie auch allgemein zwischen diskursiven (sprachlichen) und nicht-diskursiven Praktiken:

> „Das Soziale und das Diskursive sind nicht identisch. Wissenssoziologische Diskursforschung bietet *einen* spezifischen theoretisch, methodologisch und methodisch angeleiteten Blick auf Prozesse der (eben) diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit neben anderen möglichen und legitimen sozialwissenschaftlichen Zugängen. […] Gleichwohl kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Forderungen, Implikationen, Vorhaben, die in Diskursarenen entstehen, eins zu eins in Prozesse der Weltintervention oder Weltformierung umgesetzt werden […]. Auch Diskurse zeitigen intendierte und nicht-intendierte Effekte – das deutlich zu machen, ist vielleicht einer der wichtigsten Einsätze der empirischen Diskursforschung."[480]

---

[473] Keller 2013: 30.
[474] Keller 2013: 27.
[475] Keller 2011a: 205.
[476] Keller 2011a: 235.
[477] Keller 2011a: 235 f.
[478] Keller 2011a: 189.
[479] Keller 2013: 31.
[480] Keller 2013: 32 (Hervorhebung im Original).

Vor diesem Hintergrund hat die WDA ein vielschichtiges Modell für die Rolle und Funktion individueller Akteur_innen bei der Produktion, Rezeption, Reproduktion und Transformation von Diskursen entwickelt. Dieses Modell unterscheidet zwischen:

1) *Sozialen Akteur_innen*, die einerseits individueller, andererseits kollektiver Natur sein können, „die sozial konstituiert sind und in ihren Tätigkeiten Soziales hervorbringen sowie (vorübergehend) als *Sprecher/innen oder Adressat/innen* von Diskursen fungieren“.[481]
2) *Sprecher_innenpositionen*, die (im Sinne einer sozialen Rolle) von Diskursen für die Akteur_innen bereitgestellt, zumeist exklusiv begrenzt und mit einem jeweiligen legitimen, oft auch hierarchischen Status ausgestattet werden.[482]
3) Dem „*Personal der Diskursproduktion* und *Weltintervention*“, das im Dispositiv eines beliebigen Diskurses eingesetzt ist und dort diskursive Inhalte in nicht-diskursive Praxis oder Materialität umsetzt.[483]
4) Den von Diskursen angebotenen *Subjektpositionen*, welche den sozialen Akteur_innen Rollen- und Identifikationsangebote machen und korrespondierende Kategorisierungen, Bewertungsmaßstäbe oder Verhaltenskodizes definieren.[484]
5) Den „konkreten *Subjektivierungsweisen*, mit denen soziale Akteure als Adressat/innen sich die bereit gehaltenen Subjektpositionen (teilweise und eigensinnig) aneignen“.[485]

Neben diesen auf Akteur_innen bezogenen Kategorien etabliert Keller überdies eine ganze Reihe anderer Konzepte und Begrifflichkeiten, die für die inhaltliche Interpretation von Diskursen maßgeblich sind:

1) Die WDA interessiert sich für die Analyse von *Deutungsmustern*, die ihrerseits Teil des gesellschaftlichen Wissensvorrats sind und im Rahmen von Diskursen zu mehr oder minder komplexen Erzählungen verwoben werden. Deutungsmuster sind kollektive „Interpretationsschemata für weltliche Phänomene, Situationen, Ereignisse und Handlungen“, wobei das „Element des Musters […] auf den

[481] Keller 2013: 33 (Hervorhebung im Original).
[482] Keller 2013: 33, 37.
[483] Keller 2013: 33 (Hervorhebung im Original), 38.
[484] Keller 2013: 33, 39 f.
[485] Keller 2013: 33 (Hervorhebung im Original).

Aspekt des Typischen [verweist] – es handelt sich um allgemeine Deutungsfiguren nicht nur für Sachverhalte, sondern bspw. auch für Subjektpositionen, die in konkreten Deutungsakten und Handlungen zum Einsatz kommen und dabei in unterschiedlicher symbolisch-materialer Gestalt manifest werden“.[486]

2) Des Weiteren interessiert sich die WDA für *Klassifikationen* – „mehr oder weniger ausgearbeitete, formalisierte und institutionell stabilisierte Formen sozialer Typisierungsprozesse“ – welche in und durch Diskurse vorgenommen werden und welche die Phänomene der Welt nicht nur in ein sozial konstruiertes Ordnungssystem einsortieren, sondern die soziale Wirklichkeit vielmehr überhaupt erst konstituieren (wobei sie immer auch „handlungspraktische Konsequenzen“ hervorbringen).[487] Klassifikationen sind niemals unproblematisch und immer umkämpft, denn: „Zwischen Diskursen finden Wettstreite um solche Klassifikationen statt, bspw. darüber, wie (potenzielle) technische Katastrophen zu interpretieren sind, welche Identitätsangebote als legitim gelten können, was korrektes und verwerfliches Verhalten ist, [...] usw.“.[488]

3) Diskurse benennen bei der Ausformulierung ihres Themas „unterschiedliche Elemente oder Dimensionen ihres Gegenstandes“ (z. B. Klassifikationen, Subjektpositionen), machen also entsprechende Zuschreibungen und verknüpfen diese zu einer spezifischen *Phänomenstruktur*.[489] Diese kann einerseits auf die einzelnen Dimensionen ihrer Zusammensetzung hin untersucht werden und andererseits auf deren jeweilige Inhalte. Beide Aspekte können innerhalb der Diskurse eines beliebigen Diskursfeldes (also einer Arena der Koexistenz und des Widerstreits multipler Diskurse[490]) äußerst unterschiedlich gestaltet sein.

4) In engem Zusammenhang mit der Phänomenstruktur steht überdies die *narrative Struktur* eines Diskurses. Damit sind „diejenigen strukturierenden Momente von Aussagen und Diskursen bezeichnet [...], durch die verschiedene Deutungsmuster, Klassifikationen und Dimensionen der Phänomenstruktur zueinander in spezifischer Weise in Beziehung gesetzt werden“ – man könnte sie daher auch als ‚Plot‘, ‚Story Line‘ oder ‚roten Faden‘ bezeichnen.[491] Narrative Strukturen „konstituieren (bestreitbare) Weltzustände als Erzählungen, in denen es

[486] Keller 2013: 46 f.
[487] Keller 2013: 47.
[488] Keller 2013: 47.
[489] Keller 2013: 48.
[490] Keller 2011b: 68.
[491] Keller 2013: 48.

handelnde Akteure und Aktanten, Ereignisse, Herausforderungen, Erfolge und Niederlagen, ‚Gute' und ‚Böse' etc. gibt".[492]

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse hat trotz ihrer Verortung in der Wissenssoziologie ein breites und interdisziplinäres Anwendungsfeld und eignet sich durchaus auch für die Beantwortung ethnologischer Fragestellungen.[493] Dennoch ist es im Zuge der vorliegenden Arbeit angeraten, Kellers umfängliches Modell einer ethnologisch-kritischen Betrachtung zu unterziehen und es in einigen Punkten auf die spezifischen Bedürfnisse ethnologischer Forschung hin anzupassen. Dies soll nun im folgenden Abschnitt geschehen.

Grundlegung einer Diskursethnologie

Der Entwurf einer ethnologischen Variante der Diskursanalyse kann sich in weiten Teilen an Kellers theoretisch äußerst fundierter und darüber hinaus empirisch praktikabler Vorlage orientieren, muss jedoch hier und da einige Erweiterungen vornehmen. So sollte sie sich z. B. unbedingt in einer kulturtheoretischen Perspektive verorten und daher mit der Definition ihres jeweiligen Kulturbegriffs beginnen:

Kultur kann mit Berger und Luckmann (oder auch mit Bourdieu) als das Zusammenspiel von *Wissen* und *Praxis* begriffen werden, oder vielmehr als Vorrat kollektiver Wissensbestände, der aus sozialer Praxis (im Sinne konventionalisierter Handlungsweisen) entsteht, sich in dieser manifestiert sowie von ihr reproduziert und transformiert wird. Wissen ist dabei keinesfalls rein kognitivistisch gefasst. Vielmehr ist es als sozial konstruierte *Wirklichkeit* zu begreifen, die nicht nur Grenzen des Wahren und Richtigen absteckt und auf diese Weise objektive Faktizität herstellt, sondern sich darüber hinaus auch in Form von Gefühlen, Haltungen und somatischen Reaktionen (sprich als körperliche Hexis) in den menschlichen Körper einschreibt. Kultur als Dialektik aus Wissen und Praxis entfaltet sich in einem Prozess, der, im Anschluss an den Kulturbegriff der Cultural Studies sowie an die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe, als inhärent *konflikthaft* beschrieben werden kann. Einzelne Akteur_innen bringen diesen Prozess einerseits durch ihr Handeln hervor und internalisieren andererseits dessen Produkte, wobei diese Internalisierung durch die ständige Möglichkeit und den Zwang zur *Wahl* zwischen verschiedenen Subjektpositionen, Identifikationsangeboten und Wirklichkeitsauslegungen charakterisiert ist. Die angebotenen Identitäten und Rollen werden – ganz entsprechend der ethnologischen Auffassung von sozialer Identität – immer auch durch das definiert, was sie jeweils nicht sind, nämlich durch die Differenzkonstruktion zu Gegenangeboten

[492] Keller 2013: 49.

[493] Keller / Truschkat 2013: 9

die parallel und in Konkurrenz zu ihnen auf dem kulturellen ‚Markt' zur Verfügung stehen. Das *kulturelle Subjekt* entsteht im und durch den Prozess der Wahl, welcher sowohl bewusst als auch unbewusst erfolgen kann. Weitgehend (jedoch nicht zwingend) *bewusst* erfolgt er im Rahmen kreativer Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse, entlang beispielsweise des Encoding/Decoding Modells von Stuart Hall oder der Eindrucksmanipulation nach Goffman. Weitgehend (jedoch nicht zwingend) *unbewusst* erfolgt er im Rahmen von Prozessen der *Sozialisation* nach Berger und Luckmann, die im Einklang mit Bourdieus Habitusmodell als Einschreibung realer Lebensbedingungen und sozial konstruierter Wirklichkeiten in das jeweilige Individuum gefasst werden können. ‚Wahl' ist in diesem Sinne auch nicht als Akt des uneingeschränkt freien und strategischen Willens misszuverstehen. Vielmehr bezeichnet sie das sich Positionieren in und Arrangieren mit kulturell konstituierten Zwängen, Erwartungen und Konventionen. Diese Positionierung kann den kulturell vorgegebenen Mustern folgen oder von ihnen abweichen (letzteres geht jedoch immer auch mit gewissen Sanktionen einher). Ein *vorkulturelles Subjekt* gibt es indes nur insofern als der menschliche Körper, wiederum im Anschluss an Berger und Luckmann, gewisse physische und kognitive Ausgangsbedingungen der Menschwerdung vorgibt, die den Spielräumen der Kulturation Grenzen setzen. Menschwerdung selbst ist jedoch unweigerlich sozialer und kultureller Natur und daher immer prozesshaft und fragmentarisch.

Wie passt nun die Idee des Diskurses zu dem hier vorgeschlagenen Kulturbegriff? *Diskurse* sind Praktiken, mittels derer kulturelles Wissen produziert, reproduziert und transformiert wird. Eine ethnologische Diskursanalyse kann Kellers an Foucault angelehnten Diskursbegriff im Großen und Ganzen übernehmen, muss allerdings dabei einige Abstriche machen: So macht die Unterscheidung zwischen diskursiven (kommunikativen) und nicht-diskursiven (nicht-kommunikativen) Praktiken sowie zwischen diskursiver (Makro-) und nicht-diskursiver (Mikro-)Ebene der Kommunikation aus ethnologischer Sicht keinen Sinn. Ein totalitätsorientierter ethnologischer Kulturbegriff differenziert nicht zwischen kulturellen und nicht-kulturellen Sphären der Gesellschaft. Geht man, wie oben beschrieben, davon aus, dass Kultur als kollektives Ordnungssystem von Wirklichkeit charakterisiert werden kann, welches in und durch Diskurse entsteht, wird schnell klar, dass Kultur nicht allein durch Kommunikation oder etwa gar durch Sprache herzustellen ist. Sie entsteht durch jede Form des sozialen Handelns sowie durch dessen Materialisierung in Gegenständen: Die materielle Beschaffenheit eines ärztlichen Sprechzimmers reproduziert den sozio-medizinischen Diskurs und das dazugehörige Verhältnis zwischen Arzt/Ärztin und Patient/Patientin. Ein Händedruck zur Begrüßung reproduziert einen spezifischen Höflichkeitsdiskurs und eine Verweigerung desselben wird – sofern sie nicht durch die Bezugnahme auf andere, ebenso akzeptierte Diskurse gerechtfertigt werden

kann – als Verstoß gewertet. Kein Ding, keine Geste ist ohne Bedeutung – ganz im Sinne der Geertz'schen *webs of significance*. Aus soziologischer Perspektive mag es gewiss sinnvoll sein, diskursive und nicht-diskursiven Praktiken analytisch voneinander zu trennen. Aus ethnologischer Sicht erscheint diese Trennung jedoch künstlich. Mit Laclau und Mouffe nehme ich daher an, dass das Soziale mit dem Diskursiven identisch ist. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, dass Menschen mit ihren Handlungen und/oder Kognitionen nicht quasi-automatisch diesen oder jenen Diskurs reproduzieren. Vielmehr bilden sie einen Knoten- oder Schnittpunkt unterschiedlicher Diskurse, zwischen denen sie immerzu vermitteln, verhandeln und wählen müssen, um damit ihr eigenes Selbst zu erschaffen bzw. zu positionieren (s. o.). Diskurse entwerfen Muster der Weltdeutung. *Subjektive Sinnwelten* speisen sich einerseits aus diesen Mustern und produzieren diese andererseits durch Prozesse der Externalisierung. Sie sind jedoch nicht mit *kollektiven Sinnwelten*, wie sie durch Diskurse erschaffen werden, identisch, da sie die kollektiven Wissensbestände und konventionalisierten Deutungsmuster nicht eins zu eins abbilden, sondern – im Zuge individueller Dekodierung – in einen eigenständigen Zusammenhang setzen. Die Externalisierung und das ‚öffentlich Machen' von individuellen Sinnwelten gegenüber einem beliebigen menschlichen Publikum, lässt diese wiederum in den Bereich des *Diskursiven* eintreten – nicht jedoch zwingenderweise in den Sinnzusammenhang des- oder derjenigen *Diskurse*, aus dem oder denen ihre Bestandteile ursprünglich entlehnt worden sind. Wie in ähnlicher Weise schon Clifford Geertz feststellte, können Diskurse oder ‚kulturelle Muster' (als *kollektive Sinnwelt*) und deren individuelle Interpretation (als *subjektive Sinnwelt*) – obwohl sie einander sehr wohl bedingen – nicht ohne Weiteres in eins gesetzt werden.[494]

Diskurse sind Praktiken, die soziale Wirklichkeit(en) konstituieren. Dies tun sie in einem heterogenen Machtgefüge, in dem unterschiedliche Diskurse fortwährend miteinander um Deutungshoheit ringen und dabei den Rezipient_innen verschiedene (Teil-)Wirklichkeiten zur Verfügung stellen. *Macht* ist nach Foucault als dezentrale, produktive Kraft zu verstehen, die – um sich gegen konkurrierende Mächte zu behaupten – stetig neues Wissen produzieren, bzw. vorhandenes Wissen aktualisieren und mithilfe emotionaler Einflussnahme (siehe Abschn. 2.3) in Geist und Körper ihrer Adressat_innen einschreiben muss. In Anlehnung an Bourdieus symbolisches Kapital wird also davon ausgegangen, das Macht sich aus der sozialen Akzeptanz diskursiver Wirklichkeitsangebote speist. Macht entsteht durch Diskurse, deren Produktion, Verbreitung und die kontingente Tatsache ihrer kollektiven Anerkennung.

[494] Zum Begriff der ‚subjektiven Sinnwelt' (Keller nutzt hier auch die Wendung „Alltags- oder Jedermann-Wissen") siehe Keller 2011: 266 f; siehe außerdem die Ausführungen zu Geertz in Abschn. 2.3

Diskurse wiederum entstehen aus dem Deutungshandeln individueller und kollektiver sozialer Akteur_innen. Einerseits sind die Akteur_innen also dem Spiel der Mächte unterworfen, andererseits produzieren sie Macht und nutzen diese als Ressource (in Form von symbolischem Kapital), um ihre Wirklichkeitskonzeptionen in der Welt durchzusetzen. Letzten Endes erschaffen also in einem kontinuierlichen Kreislauf Diskurse Macht und Macht erschafft Diskurse. Das handelnde Subjekt ist einerseits Produzent(in), andererseits aber immer auch unweigerlich Produkt dieses Kreislaufes.

Diskurse können sich in unterschiedlichen Formen ausdrücken: z. B. im Kontext medial vermittelter Debatten, in Form von Alltagshandeln, in Form von Symbolen und Ritualen, etc.. Eine besondere Form der diskursiven Weltintervention sind – in Anlehnung an Foucault und Keller – *Dispositive*, also Agglomerationen von diskursivem Wissen, diskursiven Praktiken, diskursivem Personal sowie diskursiven Symbolen, welche in besonderem Maße Macht auf sich konzentrieren und die Wissensproduktion daher maßgeblich anleiten. Neben dem Dispositivbegriff kann auch Kellers weitergehendes akteurs- wie interpretationsbezogenes Vokabular für eine ethnologische Variante der Diskursanalyse übernommen werden (= soziale Akteur_innen, Sprecher_innenpositionen, Personal des Dispositivs, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen; Deutungsmuster, Klassifikationen, Phänomenstruktur, narrative Struktur). Übernommen werden können ebenso Kellers Vorschläge zum methodischen Vorgehen, die in Kapitel 3 dieser Arbeit genauer vorgestellt und – vor dem Hintergrund der hier vorgenommenen ethnologischen Umdeutung des Diskursbegriffs – um einige Bausteine erweitert werden.

Im Hinblick auf das theoretische Grundgerüst einer ethnologisch fokussierten Diskursanalyse muss an dieser Stelle noch ein Thema behandelt werden, das bereits gegen Ende von Abschnitt 2.3 aufgeworfen wurde. Dort wurde gefordert, die Ethnologie müsse sich stärker in die öffentliche Debatte um das Thema *Kultur* einbringen, als sie dies (wenigstens im deutschsprachigen Raum) bisher getan hat, und sie müsse überdies zur ‚Richtigstellung' überkommener Kulturdefinitionen beitragen, deren Verbreitung sie zum Teil selbst mit verschuldet hat. Wie haltbar ist dieser Appell angesichts der Ausführungen im hier vorliegenden Abschnitt 2.4?

Nimmt man mit Foucault an, dass es keine Wahrheit jenseits von Diskursen gibt, dass Wahrheit notwendigerweise immer sozial konstruiert ist und es daher keine objektiven Maßstäbe der rationalen oder moralischen Bewertung von Aussagen geben kann, muss meine Forderung sicherlich zurückgenommen werden. Geht man jedoch mit Berger und Luckmann davon aus, dass sehr wohl eine materielle Welt jenseits der sozialen existiert und dass diese Materialität die natürlichen Grenzen kollektiver Wirklichkeitskonzeptionen absteckt; denkt man weiterhin an Seyla Benhabibs Einwand gegen den radikalen Konstruktivismus (dass nämlich in

menschlichen Angelegenheiten nicht alles möglich ist[495]), so stellt sich die Situation in einem gänzlich anderen Licht dar. Selbstverständlich muss sich die Ethnologie der Tatsache bewusst sein, dass ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse letztlich immer auch Teil eines spezifischen Diskurses sind – und damit zwangsläufig Teil einer spezifischen kulturellen Wirklichkeitskonstruktion und eines spezifischen kulturellen Machtgefüges. Dennoch darf angesichts einer real existierenden Umwelt durchaus angenommen werden, dass sich solche kulturellen Wirklichkeitskonstruktionen sehr wohl auf ihre jeweilige Robustheit testen lassen. Echte, real begründete Wahrheit werden wir vielleicht niemals vollständig erfassen können, wir können (und müssen!) uns ihrer jedoch annähern. Eine solche Annäherung kann nur in einem Prozess fortwährender Diskussion und Aushandlung zwischen unterschiedlichen (immer auch kulturellen) Wissensangeboten vonstattengehen und ist deshalb zwingend auf Vielstimmigkeit angewiesen. Sicherlich ist die Frage berechtigt, ob die Ethnologie mit ihren Varianten des Kulturbegriffs ‚recht' hat. Sich aus dieser Unsicherheit heraus jedoch aus der öffentlichen Debatte zurückzuziehen, wäre kontraproduktiv und würde der Annäherung an Wahrheit unweigerlich im Wege stehen. Die Beteiligung an der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit ist also zweifellos wichtig. Noch wichtiger allerdings ist umfassende, emanzipatorische Aufklärung in Kellers Sinne: Um unsere eigenen kulturellen Wirklichkeitskonzeptionen zu hinterfragen, müssen wir den Mechanismus ihrer Entstehung begreifen. Hierzu kann die wissenssoziologische Diskursanalyse wie auch die Diskursethnologie einen unschätzbaren Beitrag leisten.

2.5 Staatsangehörigkeit und Einbürgerung: Die Grenzen der Nation

Bevor, wie in Abschnitt 2.4 angekündigt, die Vorstellung der diskursanalytischen Methodik dieser Untersuchung erfolgen kann, bleibt abschließend ein letzter zentraler Begriff im theoretischen Gerüst der vorliegenden Arbeit zu klären. Hierbei handelt es sich um den Begriff der *Staatsangehörigkeit* (bzw. der *Staatsbürgerschaft*), dessen jeweilige politische Ausformulierung letztlich auch die rechtliche (und diskursive) Grundlage für das gesamte Themenfeld der *Einbürgerung* bildet. Im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch werden die Konzepte *Staatsangehörigkeit* und *Staatsbürgerschaft* weitgehend synonym gebraucht. Im

---

[495] Siehe Abschn. 2.3

Zuge einer wissenschaftlichen Betrachtung ist jedoch ihre trennscharfe juristische Unterscheidung erforderlich.

Die Zweiteilung von *Staatsangehörigkeit* und *Staatsbürgerschaft* ist eine Besonderheit der deutschen Sprache und drückt als solche unterschiedliche „Nuancen der Teilhabe" aus.[496] So ist „‚Staatsangehörigkeit' […] der allgemeinere Begriff, wohingegen ‚Staatsbürgerschaft' im engeren Sinne nur die Staatsangehörigkeit inklusive der vollen politischen Rechte bezeichnet".[497] Demgegenüber benennt der englische Begriff *citizenship* „die inhaltlichen Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers".[498] Von seinem Sinngehalt her ist er also identisch mit der deutschen *Staatsbürgerschaft*, birgt aber, genauso wie die französische *citoyenneté*, sprachlich eine etwas andere Konnotation. Ganz ähnlich verhält es sich überdies mit dem englischen (*nationality*) sowie dem französischen (*nationalité*) Äquivalent zu *Staatsangehörigkeit*:

> „Das liegt unter anderem daran, daß die entsprechenden Bezeichnungen *citoyenneté* und *nationalité* ganz andere Assoziationen wecken. Während *citoyenneté* Konnotationen an die *cité* und das *vie civique* hervorruft, ist die deutsche Bezeichnung sehr auf den Staat ausgerichtet. […] Im Geiste von 1789 und noch stärker von 1793 [Phase der Französischen Revolution] wird die *citoyenneté* als sozialer Vertrag angesehen, eine politische Zugehörigkeit ohne ethnische Elemente, die eine unklare Beziehung mit der *nationalité* unterhält. Die *nationalité* bezeichnet im Gegenzug die Existenz oder den Willen zur Existenz einer Gruppe, die vereint ist durch ein gemeinsames Territorium, eine Sprache, gleiche Traditionen und Aspirationen. *Nationalité* enthält also eine Anspielung auf Kultur und Ethnizität."[499]

Erschwerend kommt hinzu, dass im Deutschen (neben *Staatsangehörigkeit* und *Staatsbürgerschaft*) außerdem auch das mit *nationality* und *nationalité* verwandte Wort *Nationalität* existiert. Dieses wird zumeist synonym mit *Staatsangehörigkeit* verwendet, hat jedoch, gerade auch in Abgrenzung zum Konzept der *Nation*, noch eine andere Bedeutung: „Während [nämlich] als Nationen im Allgemeinen diejenigen Völker bezeichnet werden, die einen Nationalstaat herausgebildet haben, heißen die übrigen Völker, die innerhalb eines Staates eine sprachlich oder kulturell abgrenzbare Einheit bilden und einen eigenen Nationalstaat anstreben, ‚Nationalitäten'".[500]

---

496 Hagedorn 2001: 24.

497 Hagedorn 2001: 24.

498 Gosewinkel 2003: 12.

499 Hagedorn 2001: 24 (Hervorhebung im Original).

500 Jansen / Borggräfe 2007: 16.

Der Begriff der *Nationalität* involviert demnach immer auch die Idee einer (zumeist ethnisch konnotierten) *Identifikation* mit einer Gruppe und deren nationalistischer Agenda, während dies bei den rein rechtlichen Kategorien der *Staatsangehörigkeit* und der *Staatsbürgerschaft* nicht zwingend der Fall ist. *Staatsbürgerschaft* beschreibt, neben der simplen Zugehörigkeit zu einem Staatswesen, einen Kanon an sozialen und insbesondere politischen Rechten, die allerdings oft nicht allen Staatsangehörigen im gleichen Maße zustehen (so sind Minderjährige vom politischen Recht der Wahl weitgehend ausgenommen und gleiches galt in der Vergangenheit z. B. auch für Frauen). Der Einfachheit halber werde ich mich im Folgenden daher auf den weniger komplexen Begriff der *Staatsangehörigkeit* konzentrieren sowie an gegebener Stelle auf das Wechselverhältnis zwischen *Staatsangehörigkeit* und *Staatsbürgerschaft* eingehen.

Staatsangehörigkeit (und damit letztlich auch *Staatsbürgerschaft*) kann auf unterschiedliche Arten erworben werden. Zunächst wäre da die Unterscheidung zwischen der *Askription* per Geburt und der nachträglichen *Naturalisation* oder *Einbürgerung*. Die *Askription* per Geburt kann auf zwei verschiedenen Grundsätzen beruhen: Zum einen kann ein *ius soli* zur Anwendung kommen, also die Verleihung der Staatsangehörigkeit auf Grundlage des Territorialprinzips, demgemäß alle auf staatlichem Territorium Geborenen automatisch als Staatsangehörige anerkannt werden. Demgegenüber steht das sogenannte *ius sanguinis*, welches als Abstammungsprinzip rechtliche Zugehörigkeit an die Abstammung von staatsangehörigen Eltern (oder auch nur eines Elternteils) knüpft, völlig unabhängig vom jeweiligen Ort der Geburt. In vielen (wenn nicht sogar den meisten) Staaten dieser Welt verbindet das Staatsangehörigkeitsrecht inzwischen Elemente beider Prinzipien, wobei mal der eine und mal der andere Grundsatz mehr im Vordergrund steht. In Deutschland fällt die Betonung des *ius sanguinis* (wie man später noch sehen wird) traditionell deutlich stärker aus, obwohl mittlerweile auch hier beiderlei Elemente zur Anwendung kommen.[501]

Im Hinblick auf den Akt der *Einbürgerung* kann des Weiteren zwischen *Anspruchs*- und *Ermessenseinbürgerungen* unterschieden werden. Beide knüpfen den Erwerb der Staatsangehörigkeit an bestimmte Voraussetzungen, so z. B. an einen Wohnsitz im Inland und eine gewisse Aufenthaltsdauer (hier wird eine Orientierung am *ius soli* deutlich) oder etwa auch an die Eheschließung mit einem / einer Staatsangehörigen (hierin zeigen sich Anklänge eines *ius sanguinis*). Der wesentliche Unterschied zwischen *Anspruchs*- und *Ermessenseinbürgerung* besteht allerdings darin, dass erstere bei Erfüllen aller Einbürgerungskriterien

[501] Hagedorn 2001: 30–33; Steinhardt 2007: 544.

einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung etabliert, während letztere die finale Einbürgerungsentscheidung dem Ermessen der zuständigen Behörden überlässt. Theoretisch können hier also alle Kriterien erfüllt sein und die Einbürgerung dennoch (z. B. aus politischen Gründen) verweigert werden. Bis 1993 hatten in Deutschland nur die sogenannten Aussiedler_innen (die gemeinhin als ‚deutsche Volksangehörige' angesehen werden) einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Alle anderen Einbürgerungswilligen unterlagen zwangsläufig dem behördlichen Ermessen.[502]

In der Literatur wird an verschiedenster Stelle darauf hingewiesen, dass die Praxis der *Askription* von *Staatsangehörigkeit* (und damit auch *Staatsbürgerschaft*) im Zuge der Geburt, dem Grundgedanken liberaler Demokratien diametral zuwiderläuft. So erhebt Rogers Brubaker beispielsweise folgenden Einwand:

> „Die Zuschreibung der Staatsangehörigkeit bei Geburt ist eine auffällige Ausnahme des säkularen Trends unseres Jahrhunderts weg von jeglichem zugeschriebenen Status. Und sie ist schwer mit einer Grundforderung – mutmaßlich *der* zentralen Forderung überhaupt – liberaler politischer Theorie zu vereinbaren: der Idee, daß politische Mitgliedschaft auf individueller Einwilligung beruhen sollte."[503]

Weitgehend parallel dazu schreibt Seyla Benhabib:

> „Das Konsensprinzip ist theoretisch gesehen das zentrale Prinzip der demokratischen Staatsbürgerschaft. Dieses Prinzip besagt, daß wir das politische Gemeinwesen im weiteren und den Staat im engeren Sinne als einen Zusammenschluß von freiwilligen Mitgliedern sehen müssen. Die Zugehörigkeit zu einem demokratischen Souverän beinhaltet die Idee, daß wir uns freiwillig und im vollen Wissen auf allgemeine Regeln verpflichten, die unsere Gemeinschaft organisieren. Als Folge dieser Verpflichtung sind wir genötigt, daraus resultierende weitere Rechte und Pflichten einzuhalten.
>
> Die Ironie dieses Konsensprinzips liegt nun darin, daß nicht die gewöhnlichen Staatsbürger demokratischer Staaten, sondern nur Ausländer, die eingebürgert werden wollen, dieses Prinzip praktizieren. […] Unter dem theoretischen Gesichtspunkt ist das Konsensprinzip das konsequenteste Einbürgerungsprinzip in einer Demokratie. In der Praxis sind es nun Ausländer, die dieses Prinzip nachweislich erfüllen müssen. Sowohl das *ius sanguinis* als auch das *ius soli* beruhen immerhin implizit auf dem Konsensprinzip. Die Voraussetzungen des *ius soli* ist, daß man durch Geburt und Sozialisation in einem Land zu einem Mitglied des betreffenden politischen Gemeinwesens wird. Das *ius sanguinis* geht davon aus, daß die ethnische Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe eine bestimmte Kultur und Sozialisation mit sich bringt und

[502] Hagedorn 2001: 30–33; Steinhardt 2007: 544 f.

[503] Brubaker 1994: 58 (Hervorhebung im Original).

> diese kulturellen Voraussetzungen wiederum den Anspruch auf Staatsbürgerschaft begründen. Beide Argumentationsstränge sind problematisch.“[504]

Benhabib hat hier bereits einige Gründe dafür angeführt, dass *ius soli* und *ius sanguinis* weiterhin mit solch großer Selbstverständlichkeit zum Einsatz kommen, obwohl sie der Logik des demokratischen Wertesystems ganz offensichtlich widersprechen. In beiden Fällen geht man davon aus, dass die betreffende Person in Folge ihrer Geburt eine quasi automatische Zustimmung zum gesellschaftlich etablierten Konsens entwickeln wird – entweder auf der Grundlage einer (vermeintlich angeborenen) kulturellen Prägung, oder aber auf der Grundlage einer (vermeintlich homogenen) gesellschaftlichen Sozialisation. Ein weiterer wichtiger Grund für die Prominenz von *ius soli* und *ius sanguinis* ist demgegenüber allerdings rein pragmatischer Natur. Aus administrativen Gründen ist es erforderlich, dass der rechtliche Status sowie die politische Zugehörigkeit eines Menschen schnell und unzweifelhaft festgestellt werden kann und das möglichst schon im Augenblick der Geburt. Territorial- und oder Abstammungsprinzip bieten hierfür schlichtweg die einfachste Option.[505]

Nachdem nun die wichtigsten Begriffe und rechtlichen Prinzipien im Kontext von *Staatsangehörigkeit* und *Einbürgerung* erläutert wurden, werde ich im Folgenden einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung dieser beiden Konzepte in Deutschland geben. Dieser Überblick muss zwangsweise lückenhaft bleiben und kann nicht dem Anspruch einer umfassenden Abhandlung genügen.[506] Für das Verständnis des methodischen Vorgehens sowie der Untersuchungsergebnisse als solcher ist es dennoch sinnvoll, zumindest einen groben Einblick in die geschichtlichen Abläufe zu gewinnen, um das Thema der vorliegenden Arbeit in seinem weiteren sozio-historischen Kontext angemessen verorten zu können.

Die Entwicklung von Staatsangehörigkeit und Einbürgerung in Deutschland

Nachdem das *Heilige Römische Reich Deutscher Nation* im Jahr 1806 nach langsamem Zerfall endgültig aufgelöst wurde, hinterließ es in Mitteleuropa einen heterogenen Flickenteppich von Klein- und Kleinststaaten, der nicht dazu geeignet war, sich zu einem gemeinsamen Staatswesen zusammenzuschließen.[507] Statt eines

---

[504] Benhabib 1999: 96 f (Hervorhebung im Original).

[505] Hagedorn 2001: 32.

[506] Eine umfassende Darstellung bietet dagegen Gosewinkel 2003, an dessen Werk sich die nachfolgende Zusammenfassung orientiert.

[507] Gosewinkel 2003: 27.

übergreifenden (deutschen) Nationalstaates „setzte sich das Prinzip monarchischer Legitimität in einem lockeren, bündisch gegliederten Staatengefüge durch“.[508] So zählte der *Deutsche Bund* von 1815 „41 souveräne, grundsätzlich gleichberechtigte Staaten und Städte“.[509] Er stellte in erster Linie ein Schutz- und Sicherheitsbündnis dar (ohne Eingriffsrechte in die jeweilige einzelstaatliche Souveränität) und begründete weder eine gemeinsame (Bundes-)Staatsangehörigkeit noch beruhte er auf einer wie auch immer gearteten Vorstellung von ‚Deutscher Nation‘:[510] „Die Staaten des völkerrechtlichen Deutschen Bundes blieben füreinander Ausland, ihre Angehörigen Ausländer und – im staatsrechtlichen Sinn – gerade nicht ‚Deutsche‘“.[511]

Noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, orientierte sich die staatliche Ordnung der deutschen Gebiete am „Prinzip der *Territorialität*“.[512] Im Fokus stand also die Herstellung klar umgrenzter, souveräner Herrschaftsterritorien, nicht etwa die politische Repräsentation mehr oder weniger homogener Nationen. Staatliche Zugehörigkeit bedeutete Zugehörigkeit zu (bzw. Ansässigkeit in) einem staatlichen Territorium und wurde für gewöhnlich über die lokale Zugehörigkeit zu einer Stadt oder einer Gemeinde vermittelt. Bürgerliche Rechte korrespondierten in den zumeist monarchisch regierten Staaten mit der jeweiligen Standes- und / oder Gemeindezugehörigkeit und basierten nicht auf Staatsangehörigkeit als solcher. Vorstellungen von egalitärer Staatsbürgerschaft konnten sich in den einzelnen Territorien (mit Ausnahme von Österreich) nur sehr allmählich durchsetzen. Die Etablierung einer juristisch kodifizierten Staatsangehörigkeit mit allgemeinen, gleichen Rechten und Pflichten war v. a. deshalb problematisch, weil der Adel dadurch seine Interessen und Freiheiten beschnitten sah.[513] Nichtsdestoweniger machten starke Wanderungsbewegungen zwischen den Staaten (oft und gerade auch Armenwanderungen) eine Entscheidung darüber, was Staatsangehörigkeit sei, welche Rechte mit ihr einhergingen und wie man sie erwerben (oder auch wieder verlieren) könne zusehends erforderlich.[514]

Bei der Entstehung einer modernen Staatsangehörigkeitskonzeption in den deutschen Gebieten nimmt das preußische Untertanengesetz von 1842 eine Sonderstellung ein. Einerseits entstand es (im Vergleich zu den Gesetzen anderer deutscher

[508] Gosewinkel 2003: 28.
[509] Gosewinkel 2003: 28.
[510] Gosewinkel 2003: 28.
[511] Gosewinkel 2003: 29.
[512] Gosewinkel 2003: 28.
[513] Gosewinkel 2003: 28–66.
[514] Gosewinkel 2003: 78 f.

Staaten) relativ spät sowie „unabhängig von einer Verfassung und dem konstitutionellen Leitbild des Staatsbürgers“, andererseits entfaltete es jedoch eine überaus prägende Wirkung für die weitere deutsche Staatsangehörigkeitspolitik und brachte gar ein „politisches Leitbild“ hervor, welches richtungsgebend war für die erst deutlich später verwirklichte Vision einer gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit.[515]

Ein wesentlicher Faktor für die rechtliche Ausformulierung von Staatsangehörigkeit in Preußen (sowie für die Festlegung von Erwerb und Verlust derselben) war das staatliche Interesse an der Einhaltung militärischer Dienstpflichten, derer sich viele junge Männer durch vorübergehende Auswanderung zu entziehen suchten. Die zentrale Bedeutung der Wehrpflicht zeigte sich im Rechtstext des Untertanengesetzes v. a. daran, dass diejenigen, die den Militärdienst verweigerten, gleichsam ihr Recht auf Zugehörigkeit zum Staat verloren. Militärpflicht und Staatsangehörigkeit waren damit untrennbar miteinander verbunden und die *Bürgergemeinschaft* offiziell als *Wehrgemeinschaft* konzipiert.[516]

Erwerb und Besitz der preußischen Staatsangehörigkeit war überdies nicht individuell, sondern familiär und dabei v. a. patrilinear geregelt:

> „Die Staatsangehörigkeit der Ehefrau und der ehelichen Kinder folgte der des Mannes. Die unehelichen Kinder erhielten die Staatsangehörigkeit der Mutter. Diese klaren Regeln durchschnitt lediglich eine Ausnahme, an der erneut die prägende Kraft des Militärischen zum Vorschein kam: Hatte ein Familienvater, der ohne Auswanderungskonsens ausgewandert war, dadurch seine Staatsangehörigkeit verloren, blieben gleichwohl seine Söhne wehrpflichtig in Preußen. Mit der Wehrpflicht aber blieb die Kernpflicht der Staatsangehörigkeit bestehen.“[517]

Die Askription der Staatsangehörigkeit bei Geburt folgte dem ius sanguinis. Gleichzeitig allerdings führte ein mehrjähriger Aufenthalt im Ausland zum Verlust der Staatsangehörigkeit. Mehrstaatigkeit wurde zwar offiziell abgelehnt, konnte vermittels individueller Ausnahmeregelungen aber dennoch gewährt werden. Die Einbürgerung von ausländischen Zuwanderern erfolgte zudem nicht mehr über die vermittelnde Instanz des Stadtbürgerrechts (also durch Aufnahme in eine Stadtgemeinschaft). Im Gegenteil wurde für den Erwerb von Stadtbürgerrechten jetzt der Besitz der Staatsangehörigkeit vorausgesetzt.[518]

---

[515] Gosewinkel 2003: 67.

[516] Gosewinkel 2003: 74, 72.

[517] Gosewinkel 2003: 75.

[518] Gosewinkel 2003: 94 f.

Die vom preußischen Untertanengesetz angeführten Einbürgerungsbedingungen entsprachen nach Form und Inhalt allgemeinen Standards, wie sie in vielen Teilen des deutschen Bundes verbreitet waren:

> „Neben der Dispositionsfähigkeit standen ein unbescholtener Lebenswandel, die Ernährungsfähigkeit des Antragstellers für sich und seine Angehörigen, schließlich der Nachweis über die Erfüllung der Militärpflicht in einem anderen deutschen Bundesstaat und der Nachweis einer Wohnung am Ort der Aufnahme. Einen besonderen Aufnahmegrund stellte die ‚Bestallung' im preußischen Staatsdienst dar. Ein Ausländer erwarb damit automatisch […] die preußische Staatsangehörigkeit. Das besondere, in der Pflichtenstellung gründende Näheverhältnis des Staatsdieners zum Staat hob ihn zugleich hervor aus der Menge der übrigen Staatsangehörigen und erübrigte gesonderte Naturalisationsverfahren."[519]

Die Einbürgerung von Juden und Jüdinnen bedurfte indes „der gesonderten Zustimmung des Innenministers", womit der ansonsten egalitäre Anspruch des Gesetzes wesentlich durchbrochen wurde.[520] Zudem blieb die Erhebung zusätzlicher Einbürgerungskriterien den breiten Ermessensspielräumen der Verwaltungen überlassen. Einen tatsächlichen Rechtsanspruch auf Einbürgerung gab es nicht. „Die inhaltlichen Kriterien der Einbürgerung blieben im Arkanbereich der Verwaltung. Sie machten aus der Einbürgerung einen Akt staatlicher *Gnade*, der aus dem Recht des Absolutismus im Zeitalter des entstehenden bürgerlichen Rechtsdenkens Bestand behielt".[521] Demgegenüber „sollte der Widerruf von Naturalisationen grundsätzlich ausgeschlossen sein" – ererbte und erworbene Staatsangehörigkeit waren demnach von Rechts wegen gleichwertig.[522]

Das preußische Untertanengesetz war für die damaligen deutschen Staaten eines der bedeutsamsten Rechtsdokumente seiner Zeit – was sich u. a. auch daran zeigt, dass seine Regelungen im Jahr 1870 nahezu vollständig in die Gesetze des Norddeutschen Bundes übernommen wurden. Es war damit der „Prototyp des modernen Staatsangehörigkeitsgesetzes in Deutschland schlechthin".[523] Zu beachten ist allerdings, dass es sich in keiner Weise auf Vorstellungen von einer preußischen

---

[519] Gosewinkel 2003: 93; dies ist insofern interessant, als heutzutage die Verbeamtung im Staatsdienst ausschließlich den deutschen Staatsangehörigen vorbehalten bleibt – mit dem Argument, dass der Staatsdienst besondere Loyalität nicht *herbeiführe*, sondern vielmehr *voraussetze*. Der Diskurs, so kann man sagen, hat sich in dieser Hinsicht umgekehrt.

[520] Gosewinkel 2003: 95.

[521] Gosewinkel 2003: 95 ff (Hervorhebung im Original).

[522] Gosewinkel 2003: 97.

[523] Gosewinkel 2003: 96.

‚Nation' berief. Es entstand in erster Linie aus staatspraktischen, weniger aus nationalistischen Erwägungen heraus. Der Gedanke einer *nationalstaatlich* verfassten Zugehörigkeit kam flächendeckend erst im Zuge der Revolution von 1848 auf.[524] Wesentlich älter hingegen ist die zivilgesellschaftliche Vision einer ‚nationalen deutschen Einheit', die ihren ideologischen Anspruch auf Herders weiter oben bereits diskutierten Volksbegriff gründete:

> „Herders Ideal einer getrennten Entwicklung der Nationen stieß unter den deutschen Intellektuellen um 1800 auf große Resonanz. Der vielfache Appell nicht allein deutscher Nationalisten, die Völker gegeneinander abzuschotten, kann interpretiert werden als der Versuch, der zunehmenden Mobilität und sozialen Differenzierung, die zur Auflösung älterer Bindungen führte, durch neue Inklusionscodes entgegenzuwirken. Im deutschen Sprachraum gab es, anders als in Westeuropa, keine Staatlichkeit, die in einen Nationalstaat umdefiniert werden konnte. Es existierten auch sonst keine massenwirksamen Identifikationsangebote (wie etwa eine Revolution), auf die etwa ein Verfassungspatriotismus sich hätte beziehen können. Deshalb mussten im deutschen Sprachraum wirksame Inklusionscodes fast zwangsläufig auf Sprache und Abstammung, also auf ethnischen Gemeinsamkeiten aufbauen."[525]

Eric Hobsbawm stellt klar, dass die Vorstellung von ethnischer und sprachlicher Homogenität, auf die sich die emergente Ideologie der Nationalist_innen stützte, von jeher eine fiktive Konstruktion war. Demnach war „Deutschland im 18. Jahrhundert ein reiner Kulturbegriff, und dennoch hatte allein darin ‚Deutschland' sein Dasein, im Unterschied zu der Vielfalt von Groß- und Kleinstaaten, die nach Religion und politischer Orientierung gespalten waren und mit Hilfe der deutschen Sprache verwaltet wurden. Deutschland bestand aus höchstens dreihundert bis fünfhunderttausend Personen, die literarische Werke in der Landessprache lasen, und der höchstwahrscheinlich wesentlich kleineren Zahl derjenigen, die tatsächlich die Hoch- oder Bildungssprache für alltägliche Zwecke benutzten."[526] In ganz ähnlicher Weise äußert sich überdies Georg Elwert und entlarvt damit die deutsche Homogenitätsvorstellung als imaginiertes Konstrukt.[527]

Der organisierte deutsche Nationalismus, der sich seit 1808 auf Basis der hier beschriebenen Homogenitätskonstruktion entwickelte, wurde in erster Linie von intellektuellen Eliten getragen. Er stützte sich auf politische Vereinigungen einerseits sowie auf das Engagement ziviler Organisationen andererseits. Dabei nahmen

---

[524] Gosewinkel 2003: 102.

[525] Jansen / Borggräfe 2007: 40.

[526] Hobsbawm 2005: 75.

[527] Siehe hierzu Elwert 2001.

insbesondere Vereine und Verbände eine zentrale Rolle ein.[528] Ausgehend von den intellektuellen Eliten verbreitete sich das nationalistische Gedankengut nach und nach auch in Teilen der Studierendenschaft, „die sich in den seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstehenden Burschenschaften neue, erstmals explizit nationalistische Organisationen schufen".[529] Obwohl (oder gerade weil) die nationalistischen Vereinigungen mit erheblichen staatlichen Repressionen zu kämpfen hatten, kam es in den Folgejahren zu einer schleichenden Radikalisierung ihrer Ideologie. Diese Radikalisierung war maßgeblich von der Enttäuschung darüber getrieben, „dass die Fürsten die deutsche Einigung nicht voranbrachten und ihre Freiheitsversprechen großenteils brachen".[530] Weiterhin bestärkt wurde sie außerdem durch die Julirevolution in Frankreich im Jahr 1830. In Form von Männergesangs- und Turnvereinen konnte sich der organisierte Nationalismus neuformieren, während er „unter dem Deckmantel der Geselligkeit von unmittelbarer Repression verschont" blieb.[531] Die deutschen Revolutionen von 1848/49, in denen v. a. „die von sozialem Protest getriebenen unterbürgerlichen Schichten" rebellierten, schufen neue Räume für die Artikulation des nationalistischen Gedankenguts auch in den politischen Parteien.[532] Vornehmliches Ziel der Nationalist_innen war dabei die Beendigung der verächtlich gemachten „Kleinstaaterei" in den deutschen Territorien.[533] Im Rahmen der Revolutionsphase bestimmten nationalistische Ideen dann auch die „Debatten in der ersten demokratisch gewählten Vertretung des deutschen Volkes, der in der Frankfurter Paulskirche tagenden deutschen Nationalversammlung"[534]. Die Auseinandersetzung oszillierte dabei immer wieder zwischen einem politischen und einem ethnischen Verständnis von ‚deutscher Nation', wobei die ethnonationale Perspektive im Großen und Ganzen dominierte:[535]

> „Die in der Paulskirchendebatte über die Grenzen des künftigen Nationalstaats vorgebrachten Argumente sind äußerst widersprüchlich. Sie verband vor allem das Bestreben, das künftige Reich so zu gestalten, dass es zu der in Mitteleuropa dominanten Macht und – wie man auch bereits sagte – zur Weltmacht wurde. Breite Einigkeit bestand dahingehend, dass dem künftigen Nationalstaat das gesamte Territorium des Deutschen Bundes sowie Schleswig, Ost- und Westpreußen und der größte Teil der

[528] Jansen / Borggräfe 2007: 43.
[529] Jansen / Borggräfe 2007: 44 f.
[530] Jansen / Borggräfe 2007: 44, 51.
[531] Jansen / Borggräfe 2007: 51.
[532] Jansen / Borggräfe 2007: 52.
[533] Siehe hierzu Hobsbawm 2005: 44.
[534] Jansen / Borggräfe 2007: 53.
[535] Jansen / Borggräfe 2007: 55 ff.

> Provinz Posen angehören sollten. Durch die Attraktivität einer freiheitlichen Verfassung und wirtschaftliche Prosperität sollte dieses Kerngebiet allmählich wie ein Magnet weitere Territorien, in denen ‚Deutsche' wohnten, anziehen. Gedacht wurde dabei an das Elsass, die Niederlande, die deutschsprachigen Kantone der Schweiz und die russischen Ostseeprovinzen. Durch die Schaffung einer starken Flotte sollten außerdem weltweit Kolonien erobert werden. Die große Mehrheit in der Paulskirche wünschte, abgesehen von England, Skandinavien und der iberischen Halbinsel, in Europa nur drei Großstaaten: Frankreich, Deutschland und Russland, die zugleich die drei großen Völker der Romanen, Germanen und Slawen verkörpern würden."[536]

Bei dem oben geschilderten Vorhaben standen die Abgeordneten vor dem rein praktischen Problem, dass sich die ‚deutschen' Gebiete durch große (kulturelle, sprachliche, ethnische) Heterogenität auszeichneten. Sie argumentierten deshalb opportunistisch: „Territorien, in denen es keine deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit gab, […] wurden mit dem Argument historisch gewachsener Zugehörigkeit […] für den künftigen Nationalstaat reklamiert".[537] Andererseits wurde mit dem Argument der *ethnischen* Zugehörigkeit aber auch Anspruch erhoben auf „die preußischen Ostprovinzen und Schleswig, die nicht zum Deutschen Bund gehörten und mehrheitlich von Polen bzw. Dänen bewohnt wurden".[538] Ein Konflikt entspann sich überdies zwischen den Vertretern einer *kleindeutschen Lösung* „unter Führung des protestantischen Preußens" sowie den Vertretern einer *großdeutschen Lösung* „unter Einbeziehung der katholischen Führungsmacht Österreich".[539]

Letzten Endes blieben alle in der Paulskirchenversammlung geführten Debatten ohne Ergebnis. Die nationalistischen Bestrebungen scheiterten am reaktionären Gegenschlag und an der Reinstitutionalisierung des Deutschen Bundes im Jahr 1851. Auf das erfolglose Ende der Revolutionsphase folgte das Verbot der nationalistischen Organisationen und die politische Verfolgung ihrer Anhängerschaft.[540] Mundtot war der Nationalismus damit allerdings noch lange nicht:

> „Etwas zugespitzt kann man sagen: Einer der größten Erfolge der 48er Revolution im Deutschen Bund war es, verhindert zu haben, dass Preußen wie Frankreich, Großbritannien, Schweden und andere zu einem Nationalstaat umdefiniert werden konnte. Die ethnische Definition der Nation war spätestens 1848 so tief verankert, dass ein preußischer Nationalstaat undenkbar war. Die Auffassung, die *Mutter*sprache schaffe

[536] Jansen / Borggräfe 2007: 53.
[537] Jansen / Borggräfe 2007: 53.
[538] Jansen / Borggräfe 2007: 53.
[539] Gosewinkel 2003: 105.
[540] Jansen / Borggräfe 2007: 59.

> den Sinn fürs *Vater*land, der Hang des deutschen Idealismus zu einer organologischen Metaphorik, der Doppelsinn des deutschen Wortes ‚Volk' – dies alles trug in Verbindung mit den spezifischen historischen Bedingungen zu einer frühen Ethnisierung des deutschen Nationalbewusstseins bei. Gesamteuropäische Entwicklungen wie der Paradigmenwechsel zu naturwissenschaftlichen Erklärungsmodellen verstärkten diese Tendenzen zu einer Biologisierung des Politischen, die zum Kern des völkischen Denkens gehört."[541]

Im Anschluss an die Revolutionsphase kam es in den Teilstaaten des Deutschen Bundes zu einer fortschreitenden „Homogenisierung der staatlichen Regelungen".[542] „Diese Entwicklung vollzog sich zum einen in den Staaten selbst, zum anderen wurde sie vorangetrieben durch den Ausbau und die Verdichtung zwischenstaatlicher Regelungen der Staatsangehörigkeit".[543] Ursächlich hierfür waren v. a. ökonomische Beweggründe. So führte die allmähliche Industrialisierung zu wachsender Arbeitsmigration über staatliche Grenzen hinweg.[544] Eine unmittelbare Folge dessen war nicht nur ein politisches Erstarken der Bundesebene – welche mittels zentralisierter Gesetze immer öfter in die Souveränität der einzelnen Teilstaaten eingriff – sondern außerdem auch eine zunehmende *Nationalisierung* der deutschen Staatsangehörigkeit. Einen bedeutenden Meilenstein auf diesem Weg bildete die nach preußischem Vorbild entworfene *Gothaer Konvention*, der bis 1861 nach und nach alle deutschen Staaten beitraten. Durch sie wurde das Primat des ius sanguinis bestärkt und das Territorialprinzip, demgemäß Zugewanderte bisher nach gewisser Aufenthaltszeit mehr oder weniger automatisch die Staatsangehörigkeit ihres jeweiligen Gaststaates erlangt hatten, weitgehend abgeschafft.[545]

Durch den Krieg zwischen Preußen und Österreich im Jahr 1866, den Sieg Preußens und den damit einhergehenden Zerfall des Deutschen Bundes kamen die deutschen Staaten schließlich – in Form des *Norddeutschen Bundes* von 1866/67 – ihrer nationalen Einigung näher.[546] Beim Norddeutschen Bund handelte es sich um ein Bündnis souveräner Monarchien und Städte. „Damit war eine *föderative* Grundstruktur der nationalen Staatsangehörigkeit vorgeprägt, die über mehr als ein halbes Jahrhundert bestehen blieb".[547] Dem föderativen Credo folgend blieb die Bundesangehörigkeit auch weiterhin über die Zugehörigkeit zu einem Teilstaat vermittelt,

---

[541] Jansen / Borggräfe 2007: 58 f (Hervorhebung im Original).

[542] Gosewinkel 2003: 136.

[543] Gosewinkel 2003: 136.

[544] Gosewinkel 2003: 136.

[545] Gosewinkel 2003: 149–155.

[546] Gosewinkel 2003: 162 f (Hervorhebung im Original).

[547] Gosewinkel 2003: 163 (Hervorhebung im Original).

legte jedoch gleichsam fest, dass jeder Mitgliedsstaat die Angehörigen jedes beliebigen anderen Mitgliedstaates auf dem eigenen Territorium als Inländer zu behandeln hatte – mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten. Damit war erstmals ein gemeinsames Konzept von *Staatsbürgerschaft* etabliert (auch wenn dieses, den jeweiligen einzelstaatlichen Maßstäben entsprechend, natürlich äußerst unterschiedlich ausgestaltet wurde). Der Erlass eines Gesetzes zur Herstellung einer gemeinsamen *Staatsangehörigkeit* erfolgte dagegen erst 1870 und orientierte sich (darauf wurde bereits hingewiesen) in weiten Teilen am preußischen Vorbild. Zentrale Elemente waren das ius sanguinis sowie der patrilinear geregelte Erwerb (und Verlust) von Staatsangehörigkeit. Der Militärdienst wurde abermals als Kernelement staatsbürgerlicher Pflichten ausgemacht. Eine Neuerung betraf indes die staatsbürgerliche Gleichstellung von Juden und Jüdinnen, für die nun jegliche Sonderbestimmungen in Bezug auf das Einbürgerungsverfahren abgeschafft wurden.[548] Die allgemeinen Einbürgerungskriterien umfassten „Geschäftsfähigkeit", einen „[unbescholtenen] Lebenswandel", „eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen an dem Ort der beabsichtigten Niederlassung" sowie „die Fähigkeit, an diesem Ort nach den bestehenden Verhältnissen sich und seine Angehörigen zu ernähren".[549] Einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung gab es allerdings auch weiterhin nicht. Zugewanderte „mussten auf eine Einbürgerung gnadenweise hoffen, sofern sie nicht durch eine Anstellung im Staatsdienst automatisch eingebürgert wurden".[550] Bemerkenswert ist hingegen, dass zur Beantragung der Einbürgerung „keine Mindestaufenthaltsfrist einzuhalten war. Nach dem Gesetz genügte allein der ausdrückliche Wille, sich in einer Gemeinde niederzulassen".[551]

Mit dem militärischen Sieg über Frankreich und der anschließenden Gründung des *Deutschen Kaiserreichs* 1870/71, erlebte das nationalistische Prinzip[552] eine weitergehende Festigung. Zwar war das Deutsche Kaiserreich rein verfassungsrechtlich immer noch ein Fürstenbund, denn ihm fehlten wesentliche nationalstaatliche Elemente, wie etwa eine einheitliche Staatsangehörigkeit mit korrespondierenden staatsbürgerlichen Rechten. Aber ungeachtet dessen avancierte der deutsche Nationalismus im Zuge der Reichsgründung von einer „Oppositionsideologie", die er bis dato immer gewesen war, zur „Legitimitätsideologie" des neuen deutschen Staates:[553]

---

[548] Gosewinkel 2003: 163–176.

[549] Hagedorn 2001: 35.

[550] Trevisiol 2004: 55.

[551] Trevisiol 2004: 55.

[552] Siehe die Ausführungen zu Gellner in Abschn. 2.1

[553] Jansen / Borggräfe 2007: 66 f.

> „Viele Nationalisten rückten in Regierungsfunktionen ein. Die wachsende Bismarck-Begeisterung verstärkte die Identifikation und lud sie religiös in dem Sinne auf, dass der bestehende Nationalstaat das Ziel der deutschen Geschichte gewesen sei. Hinzu kam, dass die legitimistischen und deshalb dem Nationalismus kritisch gegenüberstehenden Konservativen nun ihrerseits die neue Integrationsideologie übernahmen. Nationalistische Forderungen, etwa eine konsequente Germanisierungspolitik gegenüber den ethnischen Minderheiten und eine imperialistische Weltpolitik, wurden Teil der Politik des Deutschen Reichs.“[554]

Die Staatsangehörigkeitspolitik im Deutschen Kaiserreich war (wenigstens vorläufig) geprägt durch eine starke und andauernde Wanderungsbewegung in Richtung der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Kaiserreich war insofern zunächst ein Auswanderungsland. In Folge dessen „wuchs die Unzufriedenheit über die im Gesetz [von 1870] enthaltene Bestimmung, daß ein fortdauernder Auslandsaufenthalt zwangsläufig den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich zog“.[555] Erst nach 1885 „kehrte sich die kontinentale Wanderungsbilanz des Deutschen Reiches um“, welches sich fortan nicht mehr nur allein mit Binnenwanderungen, sondern in zunehmendem Maße auch mit Zuwanderung aus dem Ausland konfrontiert sah.[556] Beides – sowohl die Abwanderung und der damit einhergehende Verlust der (ererbten) deutschen Staatsangehörigkeit, als auch die Zuwanderung und die damit verbundene wachsende Nachfrage nach Einbürgerungen – stellte das deutsche Kaiserreich nicht bloß vor ökonomische und politische Herausforderungen, sondern lief auch einer nationalistischen Auffassung vom ‚deutsch Sein‘ grundsätzlich zuwider.[557] Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden nationalen Aufladung von Staatsangehörigkeit entwickelte sich (v. a. in Preußen aber auch darüber hinaus) eine zunehmend restriktive Einbürgerungspraxis gegenüber ‚unerwünschten‘ Fremden (in erster Linie polnischen und jüdischen Migrant_innen). Außerdem wurden im großen Maßstab sogenannte ‚Reichsfeinde‘ ausgemacht (z. B. Katholik_innen und Sozialdemokrat_innen). Im Extremfall hatten diese Personengruppen flächendeckende Ausbürgerungen (z. B. im Falle katholischer Geistlicher) und / oder Ausweisungen (v. a. von Menschen mit polnischer Nationalität) zu fürchten. Der Ausländer_innenstatus erfuhr gegenüber der Zeit des Deutschen Bundes überdies eine erhebliche Abwertung, insofern er nun von weitgehender Rechtlosigkeit und Rechtsunsicherheit gekennzeichnet war.[558] Zugleich entstanden neue, z. T. äußerst

---

[554] Jansen / Borggräfe 2007: 66 f.

[555] Hagedorn 2001: 36.

[556] Gosewinkel 2003: 183 f.

[557] Gosewinkel 2003: 278 ff.

[558] Gosewinkel 2003: 220–277.

radikale nationalistische Organisationen und Verbände, von denen der Alldeutsche Verband (1891 gegründet als Allgemeiner Deutscher Verband) der bedeutendste war.[559] Es ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass (u. a. auch seitens des Alldeutschen Verbandes) bald schon Forderungen nach einem neuen, restriktiven Staatsangehörigkeitsrecht laut wurden, welches sowohl den Verlust der Staatsangehörigkeit durch Auswanderung, als auch den Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung wesentlich beschränken sollte. „Die Staatsangehörigkeit wurde zum nationalpolitischen Instrument, das in zweifacher Hinsicht konservativ wirkte: Sie sollte das ‚Deutschtum' im Staatsinnern wie im Ausland gegen den Andrang ‚Fremder', gegen Vermischung und Auflösung schützen und es ausbauen", wobei dieser Anspruch insbesondere durch die Verbreitung von antisemitischen und antislawischen Bedrohungs- und Überfremdungsszenarien gestützt wurde.[560]

Mit dem *Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913* kam es schließlich zu einer umfassenden Kodifizierung deutscher Staatsangehörigkeit auf Bundesebene. In seinem ersten Paragraphen legte das Gesetz fest: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt".[561] Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat wiederum konnte erworben werden durch „Geburt" (und Abstammung von einem deutschen Vater), durch „Legitimation" (eines unehelichen Kindes durch einen deutschen Vater), durch „Eheschließung" (einer nicht-deutschen Frau mit einem deutschen Mann), durch „Aufnahme" (eines Staatsangehörigen aus einem deutschen Bundesstaat in einen anderen), sowie durch „Einbürgerung" (von nicht-staatsangehörigen Personen).[562] Ein automatischer Verlust der Staatsangehörigkeit durch Auswanderung war dementgegen nicht mehr möglich.[563] In Bezug auf die Einbürgerung von Zugewanderten legte das Gesetz außerdem fest:

> „Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete [die] Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er
>
> 1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig ist oder nach den deutschen Gesetzen unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag […] von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung gestellt wird,

---

[559] Jansen / Borggräfe 2007: 68.
[560] Gosewinkel 2003: 278 ff.
[561] § 1 RuStAG (22.07.1913).
[562] §§ 3–7 RuStAG (22.07.1913).
[563] Hagedorn 2001: 36.

2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,

3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Un-terkommen gefunden hat und

4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.“[564]

Bezüglich der Einbürgerungsrichtlinien scheinen hier gegenüber dem Stand von 1870 keine bedeutenden Neuerungen oder gar Verschärfungen eingeführt worden zu sein. Dieser Eindruck täuscht allerdings, denn die eigentliche Änderung folgt in Paragraph 9. Dort steht festgeschrieben, dass „die Einbürgerung in einem Bundesstaat […] erst erfolgen [darf], nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden [ist], daß keiner der übrigen Bundesstaaten dagegen Bedenken erhoben [hat].“[565] Bemerkenswert erscheint dabei v. a. folgender Zusatz: „Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reichs oder eines Bundesstaats gefährden würde“.[566] Mit dieser allgemeinen Formulierung wurde „eine Generalklausel geschaffen, aufgrund deren sich die Einbürgerungspolitik des Deutschen Reiches an dem politischen Ermessen eines einzelnen Bundesstaates ausrichtete, der die Befürchtung einer Gefährdung anmeldete“.[567] Da diesbezüglich „die letzte Entscheidung beim Bundesrat lag, war ausschlaggebend, ob sich [der entsprechende] Bundesstaat mit seinen Bedenken dort“ durchsetzen konnte.[568] Dies wiederum traf insbesondere auf die Hegemonialmacht Preußen zu. Durch eine gesetzgeberische Hintertür erlangte Preußen somit die Möglichkeit, seine eigene diskriminierende Einbürgerungspraxis weiterhin fort- und auch über die Grenzen des eigenen Territoriums hinaus durchzusetzen, ohne diese Diskriminierung ausdrücklich im Gesetzestext offenlegen zu müssen.[569] Dieter Gosewinkel hält zusammenfassend fest:

---

564 § 8 RuStAG (22.07.1913).

565 Gosewinkel 2003: 317.

566 § 9 Abs. 1 RuStAG (22.07.1913).

567 Gosewinkel 2003: 318.

568 Gosewinkel 2003: 318.

569 Gosewinkel 2003: 318; Heike Hagedorn übersieht diesen Faktor, wenn sie eine ethnonationale Färbung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 in ihrer Kritik an Brubaker vorschnell negiert (siehe hierzu Hagedorn 2001: 36).

> „Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 war ein gesetzgeberisches Jahrhundertwerk. Es kodifizierte den säkularen Wandel der deutschen Staatsangehörigkeit des 19. Jahrhunderts, verkörpert im Übergang vom Territorial- zum Abstammungsprinzip, und schrieb diesen Paradigmenwechsel für das 20. Jahrhundert fest. Das Gesetz beruhte auf einer konkreten Abwehrvorstellung gegenüber ‚Ostausländern' und Juden und verfestigte sie. Es legitimierte und begünstigte Diskriminierungen nach ethnisch-kulturellen Kriterien, doch es erzwang sie nicht. Das Gesetz ließ auch Spielräume für eine liberale Einbürgerungspolitik. Letztlich entscheidend für die restriktive oder liberale Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit blieben auch nach 1913 politische Entscheidungen und Mentalitäten, denen das neue Gesetz nur mehr einen institutionellen Rahmen gab."[570]

Ein Jahr nach dem Gesetzeserlass von 1913 brach der *Erste Weltkrieg* aus. Befördert wurde der Kriegsausbruch u. a. durch das populistische Engagement sowie die (para-)militärischen Mobilisierungsbestrebungen der nationalistischen Vereinigungen, allen voran des Alldeutschen Verbandes.[571] Unter dem Gesichtspunkt militärischer Dienstpflicht gelangte die Staatsangehörigkeit in Kriegszeiten zu neuerlicher Bedeutung. „Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung standen mehr als dreizehn Millionen deutscher Männer aller Altersklassen und Schichten unter Waffen" – zum Wehrdienst verpflichtet aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit.[572] Eine Verweigerung der Wehrpflicht hatte die konsequente Ausbürgerung zur Folge, ebenso die Wehrflucht durch Ausreise oder aber das Überlaufen in feindliches Gebiet. Selbst nach Kriegsende führte eine „Amnestierung der Wehrpflichtvergehen" nicht zu einer Wiedereinbürgerung.[573] Während des Krieges erfolgte überdies eine radikale „Aufspaltung in Freund und Feind [entlang] der Staatsangehörigkeit", nicht bloß im Deutschen Kaiserreich, sondern auch darüber hinaus.[574] So „wurden deutsche Staatsangehörige – Männer wie Frauen – in ausländischen Staaten, die sich mit Deutschland im Krieg befanden, als ‚feindliche Ausländer' (‚enemy aliens') behandelt […,] in ihren Rechten beschnitten, ausgewiesen oder auch interniert".[575] Gleiches galt umgekehrt für ausländische Staatsangehörige, die im Deutschen Kaiserreich ansässig waren. Einbürgerungsanträge wurden (insbesondere in Preußen) nur noch in Ausnahmefällen bearbeitet. Von der Einbürgerung ausgeschlossen waren nicht nur ‚feindliche Ausländer und Ausländerinnen' (v. a. Personen englischer

570 Gosewinkel 2003: 327.
571 Jansen / Borggräfe 2007: 73.
572 Gosewinkel 2003: 328.
573 Gosewinkel 2003: 328.
574 Gosewinkel 2003: 328 f.
575 Gosewinkel 2003: 329.

Nationalität), sondern insbesondere auch ehemalige Deutsche, die sich im Ausland der Wehrpflicht entzogen hatten.[576]

Das Ende des Ersten Weltkriegs und die damit verbundene Niederlage des Deutschen Kaiserreiches brachte einige schwerwiegende Einschnitte für das Selbstbild der ‚deutschen Nation' mit sich. Ganz besonders deutlich offenbarte sich diese zunehmende Verzerrung des eigenen nationalen Selbstbildes in Zeiten der *Weimarer Republik*:

> „Der Friedensvertrag von Versailles erlegte dem besiegten Deutschen Reich den Verlust all seiner Kolonien auf, die an die Siegermächte fielen. Mehr als 13 % des europäischen Reichsgebietes fielen […] an die Nachbarstaaten. […] Insgesamt verlor das Reich dadurch beinahe ein Zehntel seiner Bevölkerung. […] Aus der wirtschaftlichen und militärischen Großmacht in der Mitte Europas war nach dem Krieg eine territorial und politisch beschnittene Mittelmacht geworden, welcher der Friedensvertrag nur mehr eine militärische Reststreitmacht zugestand und langfristige Reparationslasten auferlegte. […] Die aus der Revolution von 1918/19 hervorgegangene Staatsform der Demokratie stand deshalb an ihrem Beginn offen, später dann bis zu ihrem Untergang latent unter der Bedrohung durch die nationale Gegenrevolution. Wurden militärische Revancheforderungen zunächst nur von einer radikalnationalen Minderheit propagiert, verfügte die Forderung nach territorialer Revision der Gebietsabtretung […] während der gesamten Dauer der Weimarer Republik über eine politische und parlamentarische Mehrheit, die bis weit hinein in das linksliberale und sozialdemokratische Parteilager reichte."[577]

Migration spielte in den Jahren der Nachkriegszeit nur eine geringfügige Rolle. Die Weimarer Republik war kein attraktives Einwanderungsland. Stattdessen kam es zu starken Rückwanderungsbewegungen ausländischer Arbeitskräfte in ihre jeweiligen Heimatländer.[578] Fragen der Zuwanderung waren daher weniger von allgemeinem Interesse als vielmehr Fragen nach deutschen Staats- und ‚Volksangehörigen' im Ausland. Im Fokus standen dabei zum einen als ethnische Deutsche begriffene Bevölkerungsteile im „ostmitteleuropäischen Raum, die der Krieg ins Blickfeld der nationalen Vorstellungen und Propaganda rückte", zum anderen (und vor allem) aber auch die knapp sechseinhalb Millionen Einwohner der Abtretungsgebiete, von denen „mehr als die Hälfte deutsch [sprach]. Sie waren nicht nur der Nationalität, sondern ganz überwiegend auch der Staatsangehörigkeit nach Deutsche, und dies in Gebieten, die vielfach seit mehr als einem Jahrhundert zu einem deutschen Staat

[576] Gosewinkel 2003: 329.

[577] Gosewinkel 2003: 338 f.

[578] Gosewinkel 2003: 340.

gehört hatten.“[579] In diesem Zusammenhang erfuhr die Kategorie der *Nationalität* gegenüber derjenigen der *Staatsangehörigkeit* eine starke ideelle Aufwertung – und das nicht nur in der politischen oder der allgemeinöffentlichen, sondern v. a. auch in der wissenschaftlichen Debatte. So wurde beispielsweise dafür plädiert, den Begriff ‚Deutsche‘ im Gesetzestext von 1913 durch das Wort ‚Reichsangehörige‘ zu ersetzen, um die Diskrepanz zwischen tatsächlichen staatlichen Grenzen und antizipierter nationaler Ausdehnung lexikalisch zu fassen.[580]

> „Eine polemische Wendung schließlich erhielt die Gegenüberstellung von Staatsnation und Volksnation in neuen, antidemokratischen und nationalistischen Vereinigungen, welche die Verbände des ‚alten‘ Nationalismus und deren Staatsangehörigkeitspolitik an Radikalität weit übertrafen. Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei von 1920 spielte die Volkszugehörigkeit gegen die Staatsangehörigkeit aus und verlangte, daß nur ‚Volksgenossen‘ auch deutsche ‚Staatsbürger‘ werden durften. Volksgenossen aber konnten ausschließlich Menschen ‚deutschen Blutes‘ sein. Der völkische ‚Deutsche Hochschulring‘, ein von radikalnationalen Angehörigen der Kriegsgeneration geführter studentischer Verband, ließ für seine Mitgliedschaft nicht mehr die formale deutsche Staatsangehörigkeit genügen, sondern schloß nicht ‚Deutschstämmige‘, unter denen vor allem Juden verstanden wurden, von seiner Mitgliedschaft aus.“[581]

Zeitgleich zu ihrem ideologischen Bedeutungsverlust erfolgte indessen die rechtliche Stärkung der deutschen Staatsangehörigkeit im demokratischen Staat der Weimarer Republik. Erstmals waren *Staatsangehörigkeit* und *Staatsbürgerschaft* weitgehend deckungsgleich, insofern als das „allgemeine, gleiche Wahlrecht […] nunmehr sowohl auf der Ebene des Reiches als auch der Länder allen volljährigen Staatsangehörigen“ – inklusive auch der Frauen – gleichermaßen zustand.[582] „Angesichts des erheblich erweiterten Gehalts der staatsbürgerlichen Rechte wuchs damit die Bedeutung der Staatsangehörigkeit als Schlüsselinstitution, die über den Zugang zur Staatsbürgerschaft Partizipations- und Lebenschancen eröffnete“.[583] Dementgegen blieben Nicht-Staatsangehörige von politischen wie bürgerlichen Grundrechten nahezu vollständig ausgeschlossen.[584] Die Weimarer Republik war demnach also gekennzeichnet durch eine erhebliche rechtliche Aufwertung der

[579] Gosewinkel 2003: 341.
[580] Gosewinkel 2003: 341–344.
[581] Gosewinkel 2003: 344 f.
[582] Gosewinkel 2003: 345.
[583] Gosewinkel 2003: 345.
[584] Gosewinkel 2003: 346 ff.

Staatsangehörigkeit gegenüber Nicht-Staatsangehörigen und eine zeitgleiche ideologische Abwertung der Staatsangehörigkeit gegenüber völkischen Vorstellungen von Nationalität, die in der breiten Masse wachsenden Anklang fanden:

> „Nicht die Auflösung, wohl aber die Relativierung und Bedeutungsminderung des Begriffs Staatsangehörigkeit gegenüber dem der Volkszughörigkeit – in der Publizistik wie in der öffentlichen Wahrnehmung – zeichnete die Weimarer Republik aus. Indem die völkische Substanz gegen die formale staatliche Begrenzung ausgespielt wurde, war die Bestandskraft der Institution Staatsangehörigkeit erodiert, bevor das NS-Regime zu ihrer radikalen Aushebung schritt."[585]

Im Rahmen des NS-Regimes ab 1933 zeichnete sich die deutsche Staatsangehörigkeitspolitik durch eine erhebliche Radikalisierung und Rassifizierung aus. Vom bislang dominierenden Abstammungsprinzip, welches nicht zwingend ethnisch auszulegen war oder ausgelegt wurde, vollzog sie eine Wende hin zu einem völkischen wie rassistisch-biologisch orientierten Zugehörigkeitsbegriff. Vor diesem Hintergrund wurden bereits erfolgte Einbürgerungen widerrufen und breiten Personenkreisen (insbesondere solchen, die man als ‚jüdisch' kategorisierte) die Staatsangehörigkeit entzogen. Hieraus folgte nicht bloß in der Regel ein Zustand der völlig entrechteten Staatenlosigkeit, sondern in vielen Fällen auch die massenhafte Ausweisung von unerwünschten Personen und ‚Staatsfeinden' (u. a. auch Wortführende aus Politik und Kunst sowie intellektuelle Eliten). Der Rechtsstaat löste sich nach und nach im rechtlichen Vakuum weitreichender Ermessensspielräume auf. Das rechtfertigende Argument, das hinter alledem stand, war die Annahme, dass nur ‚echte Volksdeutsche' die kulturellen, ethnischen und psycho-biologischen Kriterien aufweisen würden, die sie als Staatsbürger_innen des nationalsozialistischen Reiches qualifizierten. Die Krönung dieser Doktrin und ihrer praktischen Umsetzung waren letztlich die bekannten weitreichenden ‚Säuberungsmaßnahmen' in Form von Konzentrationslagern und Gaskammern.[586]

Im Jahr 1934 wurde die deutsche Staatsangehörigkeit gleichgeschaltet: „Die eigene Staatsangehörigkeit der Länder, die mit dem deutschen Föderalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden und bis in die Weimarer Republik hinein als ein Kernstück der föderativen Souveränität verteidigt worden war, wurde von der zentralisierenden Diktatur des nationalsozialistischen Staates beseitigt".[587] Das Prinzip einer einheitlichen, eigenständigen deutschen Staatsangehörigkeit, die nicht über die Staatsangehörigkeit eines Bundeslandes vermittelt wird, ist somit

[585] Gosewinkel 2003: 368.

[586] Gosewinkel 2003: 369–382.

[587] Gosewinkel 2003: 382.

ein Ergebnis der Ära des Nationalsozialismus. Allerdings erfuhr diese gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit im Zuge des 1935 erlassenen *Reichsbürgergesetzes* eine erhebliche Abwertung und Umdeutung:[588]

> „Das Reichsbürgergesetz behielt nominell den Begriff der deutschen ‚Staatsangehörigkeit' bei, die auch weiterhin nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 erworben wurde. In einem zweiten entscheidenden Schritt spaltete der Text die Staatsangehörigen in einer Weise auf, die einen fundamentalen Wandel im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht bedeutete. Er schuf eine besondere Gruppe Staatsangehöriger: die ‚Reichsbürger'. Vor den übrigen deutschen Staatsangehörigen zeichneten sie sich dadurch aus, daß sie zum einen „deutschen oder artverwandten Blutes" waren, zum anderen durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie „gewillt und geeignet" waren, „in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen". Allein ‚Reichsbürger' sollten die Träger der vollen politischen Rechte und Pflichten sein. […] (Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, RGBL I, S. 1146)."[589]

Erstmals in der deutschen Geschichte (abgesehen natürlich von der althergebrachten rechtlichen Diskriminierung der Frauen) waren damit zwei Klassen von Staatsangehörigen geschaffen. Überdies verbot ein weiteres Gesetz fortan die Eheschließung zwischen Reichsbürger_innen und als jüdisch klassifizierten Personen – selbst dann, wenn letztere deutsche Staatsangehörige waren. Gleichermaßen verbot es den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen diesen Gruppen sowie „die Beschäftigung fortpflanzungsfähiger weiblicher Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes bei Juden".[590] Staatsangehörigkeit diente damit fortan nicht mehr der „Integration in den Staat", sondern vielmehr der „Stigmatisierung durch den Staat".[591] Nach und nach folgte darauf die weitgehende Abschaffung staatsbürgerlicher Rechte selbst für Reichsbürger_innen. Auch die Migrationspolitik erlebte eine allmähliche Verschärfung, wobei bezeichnend ist, dass sich die Sanktionen weniger am Kriterium der Staatsangehörigkeit, sondern vielmehr an der jeweils zugeschriebenen ‚Rasse'-Kategorie orientierten.[592]

Politische Bestrebungen zur Revision des Versailler Vertrages, verkoppelt mit der völkisch-nationalistischen Idee, im Ausland lebende ‚deutsche' Minderheiten ins Dritte Reich zu integrieren, mündeten schließlich in den *Zweiten Weltkrieg*.[593] Rassistische Klassifizierungen waren auch im Kontext des Krieges entscheidend für die

[588] Gosewinkel 2003: 383.
[589] Gosewinkel 2003: 385.
[590] Gosewinkel 2003: 385.
[591] Gosewinkel 2003: 388.
[592] Gosewinkel 2003: 397 ff.
[593] Gosewinkel 2003: 400 f.

Eingliederung annektierter Bevölkerungsgruppen. Unterschieden wurde zwischen diversen biologisierenden Kategorien des ‚deutsch' bzw. ‚fremd' Seins, was letztlich zu weiteren Abstufungen in Bezug auf den jeweils zuerkannten Zugehörigkeits- und Rechtsstatus führte. „Je nach Grad der staatlichen Eingliederung und der ethnischen Mischlage des besetzten Gebietes, nach der Loyalität zum deutschen Volkstum und entsprechenden Rücksichtnahmen auf außenpolitische und militärische Gegebenheiten wurden territorial verschiedene Regelungen eingeführt".[594] Parallel dazu wurden sogenannte ‚Volksdeutsche' aus den Ostgebieten (auch gegen ihren Willen) in massenhaften Zwangsumsiedlungen ins Territorium des deutschen Staates umverteilt.[595] Alle jüdisch-klassifizierten Staatsangehörigen verloren indessen spätestens im Jahr 1943 flächendeckend ihre deutsche Staatsangehörigkeit.[596]

In der *Nachkriegszeit* nach 1945 erfuhr Deutschland eine neuerliche Teilung, zunächst in Form der Besatzungszonen, später dann in Form von DDR und BRD. Noch unter den Alliierten wurde das nationalsozialistische Reichsbürgergesetz außer Kraft gesetzt. Deutschland kehrte bezüglich seiner Staatsangehörigkeitsregelungen zu seinem ursprünglichen Rechtszustand von vor 1933 zurück – und damit zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913. Einzig die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit wurde aus Zeiten des Nationalsozialismus beibehalten. In der neugegründeten *Bundesrepublik Deutschland* konstituierte schließlich das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 den Begriff des bzw. der ‚Deutschen':[597]

> „Demzufolge war zunächst ‚Deutscher', wer die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Mit diesem tautologisch anmutenden Rückverweis auf den Status der rechtlich tradierten deutschen Staatsangehörigkeit bekräftigte das Grundgesetz die Fortgeltung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 […]. Die zweite Kategorie des ‚Deutschen' hingegen verkörperte den paradigmatischen Wandel der Weltkriegszeit, den die deutsche Staatsangehörigkeit durchgemacht hatte. Danach sollte auch ‚Deutscher' sein, wer ‚als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit' Aufnahme im Gebiet des Deutschen Reiches gefunden hatte. […] Die Aufnahme des Begriffs ‚deutsche Volkszugehörigkeit' in das Grundgesetz lag zunächst in der Konsequenz einer ethnisch-kulturellen Konzeption, die mit der Fortgeltung des Reichsgesetzes von 1913 bekräftigt wurde. Zugleich aber übernahm die Bundesrepublik damit die historische Verantwortung für die Taten des nationalsozialistischen Deutschen Reiches. Die Zuschreibung deutscher ‚Volkszugehörigkeit' an Menschen in den eroberten Gebieten Osteuropas, ihre Selektion zur Bildung einer privilegierten Herrenschicht nach nationalsozialistischen Rassekriterien, hatte nach der Befreiung dieser

[594] Gosewinkel 2003: 404 f.
[595] Gosewinkel 2003: 405 f.
[596] Gosewinkel 2003: 414.
[597] Gosewinkel 2003: 421 f.

> Gebiete von nationalsozialistischer Herrschaft Revanchemaßnahmen in großem Ausmaß ausgelöst. Die millionenfache Entrechtung und Vertreibung jener Menschen, die zu ‚Volksdeutschen' qua Zuschreibung durch den deutschen Staat geworden waren, nahm den deutschen Nachfolgestaat in die Pflicht. Einer historischen Verpflichtung entsprach es auch, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Ausbürgerungen rückgängig machte, die das nationalsozialistische Regime aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen vorgenommen hatte."[598]

Der Artikel 116 des Grundgesetzes, der neben der formalen Staatsangehörigkeit die deutsche Volkszugehörigkeit etablierte, war zunächst „provisorisch gedacht und wurde entsprechend in das Kapitel der ‚Übergangsbestimmungen' aufgenommen, allerdings ohne zeitliche Befristung".[599] Neuerliche Bedeutung erlangte er daher nach „dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende der 80er Jahre […], als sich die (deutschstämmigen) Aussiedler und ihre Nachkommen aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion darauf beriefen".[600]

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 blieb bis zum Jahr 2000 mehr oder weniger unverändert in Kraft, abgesehen von einigen kleineren und größeren Reformen, die insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau betrafen. So darf seit 1957 „einer deutschen Frau nach Heirat mit einem Ausländer nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit entzogen werden. Genauso wenig darf [seit 1969] nach einer Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit des Mannes [automatisch] auf die ausländische Frau übertragen werden."[601] Dieser Gleichstellungsgrundsatz betrifft außerdem auch Kinder aus binationalen Ehen:

> „Traditionellerweise konnte die Staatsangehörigkeit nur vom Vater geerbt werden. 1963 ergänzte man diese Regelung und erlaubte die Weitergabe durch die Mutter, wenn das Kind ansonsten staatenlos wäre. Diese Erweiterung war jedoch noch immer unbefriedigend und seit 1974 erwerben alle Kinder mit einem deutschen Elternteil – egal ob Vater oder Mutter – die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt. Gleichzeitig wurden nichteheliche Kinder deutscher Väter den ehelichen gleichgestellt und können nach der wirksamen Feststellung der Vaterschaft eingebürgert werden. Die Gleichstellungsdebatte hatte für das Staatsangehörigkeitsrecht also zwei wesentliche Konsequenzen:
>
> 1) Die einheitliche Staatsangehörigkeit in der Familie ist nicht mehr automatisch gegeben.

598 Gosewinkel 2003: 422.

599 Hagedorn 2001: 37.

600 Hagedorn 2001: 37.

601 Hagedorn 2001: 37 f.

> 2) Kinder aus binationalen Ehen sind in der Regel Doppelstaatler.“[602]

Weiterer Reformbedarf begann sich in den 1980er Jahren abzuzeichnen, als langsam offensichtlich wurde, dass viele der zuvor als ‚Gastarbeiter_innen‘ angeworbenen Arbeitskräfte nicht wie erwartet in ihre jeweiligen Herkunftsstaaten zurückkehren würden. Dem ansteigenden Einbürgerungsinteresse konnte das bisherige Staatsangehörigkeitsgesetz, das auf die Bearbeitung von Einzelfällen ausgerichtet war und dementsprechend weite Ermessensspielräume gewährte, nicht gerecht werden. Überdies folgte aus der wachsenden Zuwanderung, dass auf deutschem Boden zunehmend Kinder geboren wurden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und langfristig (z. T. über Generationen hinweg) von jeglicher politischer Teilhabe ausgeschlossen blieben. Diese Tatsache stand dem Bedürfnis nach Integration wesentlich entgegen. Mit dem 1990 erlassenen *Ausländergesetz* erfolgte daher immerhin eine partielle Erleichterung der Einbürgerung: Für junge Zugewanderte im Alter zwischen 16 und 23 Jahren wurde die erforderliche Mindestaufenthaltszeit auf acht Jahre verkürzte (für alle anderen betrug sie 15 Jahre). Dies trug allerdings nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Einbürgerungszahlen bei, weshalb schließlich im Jahr 1993 – erstmals in der deutschen Geschichte des Einbürgerungsrechts – ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung festgeschrieben wurde. 1999 erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder dann die umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum prioritären Projekt: „Im Vordergrund stand die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeiten, die automatische Einbürgerung der zweiten bzw. dritten Generation und die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit“.[603] Letztere machte die CDU/CSU daraufhin zum zentralen Streitpunkt im hessischen Landtagswahlkampf und initiierte diesbezüglich am 15. Januar 1999 eine öffentliche Unterschriftenaktion. Darin betonte sie die Unverzichtbarkeit eines klaren und exklusiven Bekenntnisses zum deutschen Staat und das ihrer Ansicht nach damit unbedingt einhergehende Gebot zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit:[604]

> „Mit groben Argumenten wurde an Überfremdungsängste in der deutschen Bevölkerung appelliert. Nicht zuletzt aufgrund dieser ‚Doppelpass-Kampagne‘ konnten CDU und FDP im Frühjahr 1999 die Landtagswahlen in Hessen gewinnen und eine

[602] Hagedorn 2001: 37 f.

[603] Hagedorn 2001: 38 ff.; Siehe außerdem §§ 85–86 Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts (09.07.1990).

[604] Hagedorn 2001: 40 f.

> Regierung bilden. Durch den Regierungswechsel in Hessen änderten sich die Mehrheitsverhältnisse auch im Bundesrat, dessen Zustimmung zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erforderlich war. Daher wurde ein neuer Gesetzesentwurf in Form eines ‚Gruppenantrags' von Mitgliedern der Koalitionsfraktionen und der oppositionellen FDP-Fraktion eingebracht – allerdings um den Preis, dass das Prinzip der Vermeidung der doppelten Staatsbürgerschaft festgeschrieben wurde. Nach sehr kontroversen Debatten im Bundestag und im Bundesrat wurde das neue Staatsangehörigkeitsgesetz 1999 verabschiedet und trat am 1. Januar 2000 in Kraft."[605]

Mit der Gesetzesreform von 1999/2000 wurden für die Askription der Staatsangehörigkeit bei Geburt erstmals Elemente des ius soli etabliert. Seither kann jedes Kind ausländischer Eltern, das in Deutschland geboren wurde, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, zusätzlich zur jeweiligen Staatsangehörigkeit (oder den Staatsangehörigkeiten) der Eltern. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass mindestens ein Elternteil bestimmte Kriterien in Bezug auf seine Aufenthaltsdauer (mindestens acht Jahre) und die Art seines Aufenthaltsstatus' (Aufenthaltsberechtigung oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis) erfüllt. „In einer Übergangsregelung erhielten auch ausländische Kinder einen entsprechenden Einbürgerungsanspruch, die zum 1. Januar 2000 das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten".[606]

Das Recht auf Askription der deutschen Staatsangehörigkeit war für Kinder ausländischer Eltern unweigerlich mit der Pflicht zur *Option* verbunden, welcher die Betroffenen im Alter zwischen 18 und 23 Jahren nachkommen mussten. Das heißt, sie waren in diesem Zeitraum verpflichtet, zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu wählen. Versäumten sie es, rechtzeitig eine entsprechende Erklärung abzugeben und ggf. den Verlust ihrer jeweils anderen Staatsangehörigkeit offiziell nachzuweisen, verloren sie die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch. Dauerhafte Mehrstaatigkeit wurde nur in solchen Fällen toleriert, in denen die Abgabe der anderen Staatsangehörigkeit entweder nicht möglich oder (z. B. aufgrund sehr hoher Gebühren) nicht zumutbar war. Hierfür musste allerdings bis zum 21. Lebensjahr eine entsprechende Beibehaltungsgenehmigung beantragt werden.[607]

Die Regelung zur Optionspflicht blieb bis zum 19. Januar 2014 bestehen und wurde dann – wiederum nach hitziger Debatte – weitestgehend abgeschafft. Alle Kinder (auch diejenigen ausländischer Eltern), die die deutsche Staatsangehörigkeit per Askription bei Geburt erwerben, können diese nun dauerhaft behalten

[605] Storz / Wilmes 2007: 1

[606] Storz / Wilmes 2007: 1

[607] Storz / Wilmes 2007: 1

(ungeachtet einer etwaigen, daraus resultierenden Mehrstaatigkeit). Für Kinder ausländischer Eltern gilt dies allerdings nur insofern sie auch tatsächlich in Deutschland aufgewachsen sind (sprich sich mindestens 8 Jahre dort aufgehalten haben *oder* mindestens 6 Jahre dort zur Schule gegangen sind *oder* ihren Schulabschluss / ihre Berufsausbildung in Deutschland absolviert haben).[608]

Neben der Einführung des neuartigen Optionsmodells reformierte die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2000 außerdem die Pflichtkriterien für die Anspruchseinbürgerung. Nunmehr sind 8 (nicht 15) Jahre Mindestaufenthalt für eine Einbürgerung erforderlich. Darüber hinaus müssen ‚ausreichende Kenntnisse' der deutschen Sprache nachgewiesen werden. Es gelten weiterhin die Kriterien der Straffreiheit (wobei kleinere Geld- und Bewährungsstrafen ausgenommen sind) sowie der Fähigkeit zur Existenzsicherung (über Arbeitslosen- und Sozialhilfebezug wird hinweggesehen, insofern er nicht selbst zu vertreten ist). Allgemein besteht die Pflicht zur Abgabe aller bisherigen Staatsangehörigkeiten (wobei diverse Ausnahmeregelungen in vielen Fällen sehr wohl Mehrstaatigkeit zulassen). Abschließend muss ein Bekenntnis zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung erfolgen, verbunden mit der ausdrücklichen Erklärung, keine verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen oder in der Vergangenheit verfolgt zu haben (damit einher geht die standardmäßige Sicherheitsüberprüfung der Einzubürgernden durch den Verfassungsschutz, von der – bemerkenswerterweise – nur im Falle der sogenannten Spätaussiedler_innen grundsätzlich abgesehen wird).[609]

Die Gesetzesreform aus dem Jahr 2000 ließ den Verwaltungen der einzelnen Bundesländer weiterhin erhebliche Ermessensspielräume, was z. B. die Auslegung ‚ausreichender Sprachkenntnisse' anbetraf. Dies führte zu deutlichen Diskrepanzen in der tatsächlichen Einbürgerungspraxis. Anfang 2005 wurde das Staatsangehörigkeitsgesetz deswegen durch einige Bestimmungen im neuen *Zuwanderungsgesetz* ergänzt. Diese begründeten u. a. die Einrichtung bundesweiter Integrationskurse welche sich aus 600 Stunden Sprachkurs und 30 Stunden Orientierungskurs zu Grundkenntnissen der ‚Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland' zusammensetzen. Einen Anreiz für die freiwillige Kursteilnahme bietet v. a. die mögliche Verkürzung der für die Einbürgerung erforderlichen Mindestaufenthaltszeit von 8 auf 7 Jahre. Im Falle einer verpflichtenden Teilnahme können überdies seit 2007 finanzielle Sanktionen erhoben werden.[610]

Da das Zuwanderungsgesetz nicht wesentlich zur Homogenisierung der Einbürgerungspraxis beitrug, und die Teilnehmenden der Innenminister_innenkonferenz

---

608 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018.

609 Storz / Wilmes 2007: 1; Hagedorn 2001: 62.

610 Storz / Wilmes 2007: 1

2006 zudem einstimmig beschlossen, die Einbürgerungsbestimmungen wenigstens teilweise zu verschärfen, kam es im Jahr 2007 zu einer neuerlichen Reform des Zuwanderungsgesetzes.[611] Diese betraf, neben der Umsetzung einiger EU-Richtlinien in deutsches Recht, v. a. auch die deutliche Erschwerung der Anspruchseinbürgerung.[612] So müssen nun (anders als zuvor üblich) auch junge Ausländer_innen unter 23 Jahren ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern können, um einen Anspruch auf Einbürgerung geltend zu machen. Die Bagatellgrenzen der für die Einbürgerung erforderlichen Straffreiheit wurden außerdem erheblich herabgesetzt. Seit 2007 wird zudem verlangt, dass Einbürgerungswillige Kenntnisse der Verfassungs- und Rechtsordnung nachweisen (Folge dessen war die umstrittene Etablierung eines allgemeinen Einbürgerungstests zu Fragen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung im Jahr 2008).[613] Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft schließlich die Festlegung des Niveaus B1 nach dem *Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen* als Maßstab für den Nachweis ‚ausreichender Sprachkenntnisse'.[614] Dieser Nachweis erfolgt seither in der Regel durch standardisierte Sprachtests.

Im Jahr 2019 kam es zu einer weitergehenden Verschärfung des Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsrechts. Mit der nochmaligen Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes wurde „die Frist für die Rücknahme rechtswidriger Einbürgerungen von fünf auf zehn Jahre verlängert".[615] Überdies wurde mit der Anforderung „zur Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse" eine Regelung geschaffen, die eine Einbürgerung in Fällen von Polygamie grundsätzlich untersagt.[616] Zentral ist überdies eine Änderung, welche den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit in Fällen der Beteiligung an Kampfhandlungen terroristischer Vereinigungen im Ausland vorsieht, diesen Verlust allerdings an die Voraussetzung von *Mehrstaatigkeit* knüpft (die Mehrstaatigkeit der Betroffenen ist insofern eine existenzielle Grundbedingung, als in Deutschland das Prinzip zur Vermeidung von Staatenlosigkeit gilt).[617] Diese Regelung, die als Reaktion auf die Beteiligung deutscher Staatsangehöriger an Kampfhandlungen des IS entstand, ist (auch wenn die zugrundeliegende Motivation durchaus nachvollzogen werden kann) insofern problematisch, als sie letztlich zwischen zwei verschiedenen (qualitativen)

---

[611] Storz / Wilmes 2007: 2

[612] Schneider 2007: 1

[613] Storz / Wilmes 2007: 2; Schneider 2007: 1; Bundeszentrale für politische Bildung 2008.

[614] Art. 5 EUAufhAsylRUG (19.08.2007).

[615] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020.

[616] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020.

[617] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020.

Kategorien von Staatsangehörigen differenziert. Staatsangehörige mit nur *einer* Staatsangehörigkeit (dies sind in der Regel – wenn auch nicht immer – Deutsche per Askription qua Geburt) müssen keinen Verlust ihrer Staatsangehörigkeit fürchten, selbst wenn sie sich verfassungsfeindlichen Zielen zuwenden. Staatsangehörige mit *mehreren* Staatsangehörigkeiten (dies sind für gewöhnlich eingebürgerte Deutsche oder Kinder langansässiger Migrant_innen) können sich hingegen nicht auf dieses Privileg berufen. Ihre staatsbürgerlichen Rechte sind in diesem Sinne eingeschränkt. Eine solche Aufteilung in verschiedene Klassen von Staatsangehörigen gab es in Deutschland ansonsten – wie weiter oben gezeigt wurde – nur zur Zeit des Nationalsozialismus.[618]

In seinem Buch *Staats-Bürger. Frankreich und Deutschland im historischen Vergleich* von 1994 (in der englischsprachigen Originalfassung von 1992) hat Rogers Brubaker prophezeit, dass die Etablierung eines ius soli, welches Kindern ausländischer Eltern bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verleiht, aufgrund des dominanten ethnonationalen Diskurses in Deutschland auch auf lange Sicht undenkbar wäre.[619] Die Einführung des Optionsmodells im Jahr 2000 und v. a. die spätere Abschaffung der Optionspflicht im Jahr 2014 haben gezeigt, dass diese Einschätzung falsch war. Heike Hagedorn hat durchaus recht, wenn sie, in ihrer Kritik an Brubaker, darauf verweist, dass in Deutschland von jeher unterschiedliche Diskurse zum Thema Staatsangehörigkeit / Einbürgerung und Nation / Nationalismus miteinander konkurrierten und dass die Durchsetzung der einen oder der anderen Seite letztlich eine Frage des jeweiligen politischen Klimas war bzw. ist. Wenn sie jedoch aus ihrer Analyse schließt, dass historisch gewachsene Traditionen der nationalen Selbstimagination hierbei keine Rolle spielen, dass überdies staatsnationale und ethnonationale Standpunkte sich auf der ‚normalen' Skala zwischen politisch linken und politisch rechten Polen bewegen und Deutschland sich diesbezüglich kaum von anderen Ländern unterscheidet, ist das – in Anbetracht der oben dargelegten historischen Zusammenhänge – ebenfalls zu kurz gegriffen.[620] Hagedorn unterschätzt die enorme Wirkung des außerparlamentarischen Nationalismus, der in Deutschland traditionell stark und überdies radikal ethnokulturell (sowie z. T. offen rassistisch) ausgerichtet ist. Der Fokus auf politische Spezialdiskurse, den sowohl Brubakers als auch Hagedorns Perspektive gemein haben, verstellt den Blick auf die weiteren sozio-kulturellen Rahmenbedingungen. Gewiss kann man nicht von einem homogenen Nationenbegriff der gesamten deutschen Gesellschaft ausgehen

---

618 Allerdings nahm sie damals wesentlich radikalere Züge an und erfolgte aus klar rassistischen Beweggründen.

619 Brubaker 1994: 239.

620 Hagedorn 2001: 213.

(wie Brubakers These es zeitweilig zu implizieren scheint). Genauso wenig aber lässt sich die historische (oder auch die derzeitige) Entwicklung des deutschen Selbstverständnisses allein als Ergebnis kontingenter politischer Gewinne und Verluste abtun, die von der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit weitgehend entkoppelt sind. Es wurde gezeigt, dass ethnonationale Tendenzen und damit in Verbindung stehende essentialistische Vorstellungen von Kultur und Identität in der öffentlichen deutschen Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsdebatte schon immer eine wesentliche Rolle gespielt haben. Ebenso steht außer Frage, dass es immer auch staatsnationale Gegendiskurse gab. Inwiefern sich diese antagonistischen Diskurse in der aktuellen öffentlichen Diskussion um die Hamburger Einbürgerungsinitiative widerspiegeln, inwiefern sie inzwischen transformiert oder mit anderen Diskursen konfrontiert worden sind, das muss die diskursanalytische Untersuchung zeigen, die im nachfolgenden dritten Kapitel dieser Arbeit methodisch vorbereitet wird.

Check for updates

3 Bausteine einer Diskursethnologie

3.1 Die Hamburger Einbürgerungsinitiative: „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause"

Nachdem im zweiten Kapitel der Arbeit die grundlegenden theoretischen Konzepte etabliert worden sind, welche ihrerseits die öffentliche Debatte und / oder die weitere Untersuchung anleiten, folgt nun die Vorstellung des diskursethnologischen Ansatzes. Bevor das methodische Vorgehen jedoch im Detail erläutert werden kann, muss zunächst ein kurzer Überblick über die Hamburger Einbürgerungsinitiative, ihre historische Entwicklung und ihre einzelnen Teilaspekte gegeben werden. Erst dann können Auswahl und Einsatz der Methoden, deren theoretische Einbettung sowie auch die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des Zugangs im Kontext des Forschungsfeldes verständlich werden.

In Abschnitt 2.5 wurden bereits die zentralen Übereinkünfte dargestellt, die – im Hinblick auf die Themen Staatsangehörigkeit und Einbürgerung – aus der bundesdeutschen Innenminister_innenkonferenz von 2006 hervorgingen. Ein für diese Arbeit wesentlicher Punkt ist dabei allerdings außer Acht gelassen worden. So beschloss die *Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder* damals nicht bloß Maßnahmen zur Vereinheitlichung (und Verschärfung) der allgemeinen Einbürgerungsbestimmungen (und initiierte damit die Reform des Zuwanderungsgesetzes), sie kam überdies auch zu dem Schluss, dass die Einbürgerung in einem „feierlichen Rahmen" vollzogen werden sollte.[1]

[1] Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Geschäftsstelle 2006: 14.

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_3.

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_3

Durch diesen feierlichen Akt und das damit einhergehende staatsbürgerliche „Bekenntnis“ sollte „die Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidung hervorgehoben“ werden.[2] Ziel war also die Etablierung eines offiziellen Rituals zur emotional-identifikativen Eingliederung der Einzubürgernden in die (imaginierte) Gemeinschaft der Staatsbürger_innen. Es ging mit anderen Worten um die Institutionalisierung eines nationalstaatlichen *rite de passage*.[3]

In Folge dieses Apells an die rituelle Akzentuierung des Einbürgerungsprozesses führte die Freie und Hansestadt Hamburg im Herbst 2006 erstmals regelmäßige Einbürgerungsfeiern ein, um „die Bedeutung der Einbürgerung festlich hervorzuheben und die Neubürgerinnen und Neubürger herzlich willkommen zu heißen“.[4] Die feierliche Würdigung der Einbürgerung im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses wurde v. a. auch deshalb befürwortet, weil die Einbürgerung (dem offiziellen Diskurs zufolge) ein „Bekenntnis zu Deutschland als neuer Heimat ist und zu allen Werten, die mit einem Leben hier verbunden sind. Endlich zu Hause und das Gefühl, dazu zu gehören, mit allen Rechten und auch Pflichten.“[5]

Die Einbürgerungsfeiern waren ein erster Schritt auf dem Weg zu einer symbolischen Aufwertung des Einbürgerungsaktes als solchem sowie auch zur politischen Förderung des allgemeinen Einbürgerungsinteresses und zur Steigerung der damit in Verbindung stehenden Einbürgerungsquote. In den Folgejahren wuchs in der Hamburger Bürgerschaft das Bedürfnis nach einer großangelegten Einbürgerungskampagne, insbesondere da die Hamburger Einbürgerungszahlen im Jahr 2008 stark rückläufig waren und sich auch im Jahr 2009 nur langsam wieder erholten. Die Hamburger Behörde für Inneres und Sport führte diesen Einbruch v. a. auf die Gesetzesreform von 2007 und den damit einhergegangenen „Antragsstau“ zurück, der sich aus der Erhöhung der allgemeinen Einbürgerungsstandards ergeben habe:[6]

> „Dass die Zahl der Einbürgerungen in 2008 und 2009 vergleichsweise niedrig war, hing ursächlich mit den in 2007 erfolgten bundeseinheitlichen Rechtsänderungen

[2] Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Geschäftsstelle 2006: 14.

[3] Siehe hierzu auch Jakob 2012: 4 f.

[4] Hamburg.de o. J. a; lno 2006; Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011.

[5] Hamburg.de o. J. a

[6] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011; siehe hierzu außerdem Dressel et al. 2009: 7 und Schneider / Yildiz 2009: 2

> zusammen, mit denen höhere Einbürgerungsstandards – teilweise auch rückwirkend – eingeführt wurden, wie z. B. der Einbürgerungs- und Sprachtest. Die Einbürgerungsverfahren dauerten damit länger."[7]

Während die Zahl der erfolgten Einbürgerungen in diesem Zeitraum erheblich zusammenschrumpfte, blieb die Zahl der eingereichten Einbürgerungsanträge zum Niveau von 2007 annähernd gleich bzw. stieg sogar leicht an.[8] Die sinkenden Einbürgerungs*zahlen* waren also nicht zwingend auf ein sinkendes Einbürgerungs*interesse* zurückzuführen.[9] Nichtsdestoweniger führte die Debatte um niedrige Einbürgerungsquoten unter der Hamburger Regierungskoalition von CDU und Grünen letztlich zur Einrichtung der ersten Hamburger Einbürgerungskampagne im Jahr 2010. Unter dem Slogan *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.* wurde eine umfangreiche Werbeaktion ins Leben gerufen, unterstützt von lokalen Hamburger Prominenten wie der Boxerin Susianna Kentikian und dem Sternekoch Ali Güngörmüş, die auf großformatigen Plakaten für die Einbürgerung und deren Vorteile warben. Teil der Kampagne war außerdem die Etablierung eines niedrigschwelligen Informationsprojekts zur Beratung und Begleitung von Einbürgerungsinteressierten.[10] Das Lotsenprojekt der *Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung e. V.* (TGH) wird in der Pressemitteilung der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz wie folgt beschrieben:

> „Die Einbürgerungslotsen sind Ehrenamtliche, die gut in den migrantischen Gemeinschaften vernetzt sind und sich mit dem Verfahren zur Einbürgerung gut auskennen, zum Beispiel, weil sie selbst Migrationshintergrund haben und eingebürgert worden sind. Bislang sind mehr als 30 Lotsinnen und Lotsen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund im Einsatz. Sie informieren aus erster Hand über die Chancen einer Einbürgerung, beraten und begleiten Einbürgerungsbewerber und helfen ihnen bei Schwierigkeiten, zum Beispiel, wenn die Ausbürgerung aus dem Herkunftsland zum Problem wird."[11]

---

[7] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011.

[8] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011.

[9] Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass (wie in der Einleitung zu dieser Arbeit bereits gezeigt wurde) die Einbürgerungszahlen in Deutschland insgesamt sehr niedrig ausfallen. Das tatsächliche Einbürgerungspotenzial wird weder in Hamburg noch in der gesamten Bundesrepublik auch nur annäherungsweise ausgeschöpft.

[10] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz 2010.

[11] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz 2010.

Im Jahr 2011, nach dem Regierungswechsel im Hamburger Senat, kam es – unter absoluter Mehrheit der SPD und unter Schirmherrschaft des damaligen Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz – zu einer erheblichen Ausweitung der Hamburger Einbürgerungsinitiative (weiterhin unter dem Titel *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.*).[12] Ab 2011 umfasste die Initiative daher folgende Elemente:

1) Regelmäßige Einbürgerungsfeiern im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses (zu Zeiten Olaf Scholz‘ unter persönlicher Leitung des Ersten Bürgermeisters), ergänzt durch ein persönliches Begrüßungsschreiben an alle Eingebürgerten.[13]
2) Lotsenprojekt der TGH zur Beratung, Begleitung und niedrigschwelligen ‚Anwerbung‘ von Einbürgerungsinteressierten.[14]
3) Behandlung des Themas Einbürgerung im Schulunterricht „der Jahrgangsstufen 9 und 10 sowie 11 bis 13 anhand eigens dafür entwickelter Unterrichtsmaterialien".[15]
4) Briefkampagne des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz, in deren Zuge „alle 137.000 Hamburgerinnen und Hamburger ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die mindestens 16 Jahre alt sind und die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen" persönlich vom Bürgermeister angeschrieben wurden (jeweils 4.000 pro Monat) „um diese für eine Einbürgerung zu interessieren".[16]

In der Pressemitteilung der Hamburger Senatskanzlei vom 08.12.2011 heißt es:

> **„Die ersten 4.000 von insgesamt 137.000 Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft, die möglicherweise die Voraussetzung für eine Einbürgerung erfüllen, erhalten ab heute Post von Bürgermeister Olaf Scholz. Der Bürgermeister wirbt in einem persönlichen Schreiben für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. […]**
>
> „Die Einbürgerung ist viel mehr als ein Verwaltungsakt. Sie ist das Bekenntnis zu unserem Staat und zu unserer Gesellschaft. Wer hier schon länger lebt und die Voraussetzungen erfüllt, sollte auch deutscher Staatsbürger werden, weil nur dann alle

[12] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.
[13] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.
[14] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.
[15] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.
[16] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011.

> Möglichkeiten der Teilhabe bestehen“, sagte Scholz und bezeichnete die Initiative als wichtigen Beitrag zur Integration.
>
> Mit dem deutschen Pass erhalte man zum Beispiel alle staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere das volle aktive und passive Wahlrecht. Der Wegfall des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens bedeute weniger Bürokratie für den Einzelnen. Und durch das Entfallen zahlreicher Visumspflichten würden Reisen ins Ausland deutlich erleichtert, heißt es in dem Brief des Bürgermeisters.“[17]

Von allen Maßnahmen der Hamburger Einbürgerungsinitiative war die Briefkampagne diejenige, die in der medialen Öffentlichkeit die größte Aufmerksamkeit erzielt hat (sowohl positiver als auch negativer Art). Sie lief zunächst im Jahr 2015 aus und wurde dann im Jahr 2017 noch einmal neu aufgelegt. In diesem Zuge wurden ca. 21.000 weitere Personen angeschrieben, um sie auf die Möglichkeit und die Vorteile einer Einbürgerung hinzuweisen.[18] Um den Rücklauf der Briefaktion in Form vermehrter Anträge und Beratungsgespräche zu bewältigen und überdies die Bearbeitungsdauer der Einbürgerungsanträge insgesamt zu verkürzen, wurde die Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten des Einwohner-Zentralamts im Jahr 2012 um mehrere Stellen aufgestockt.[19]

Der Anklang, den die Briefkampagne in der migrantischen Bevölkerung fand, wurde seitens ihrer Befürworter_innen als großer Erfolg gewertet. Auch an den Einbürgerungszahlen ließ sich in den Folgejahren eine erhebliche Steigerung ablesen. So gab es im Jahr 2012 mehr als doppelt so viele Einbürgerungen wie noch im Jahr 2008. Ob der rapide Anstieg von 2.800 (2008) auf 5.736 (2012) Einbürgerungen im Jahr allerdings tatsächlich allein auf die Steigerung des allgemeinen Einbürgerungsinteresses durch die Hamburger Initiative zurückzuführen ist, oder vielleicht doch eher auf den allmählichen Abbau des Antragsrückstaus von 2007, kann hier nicht abschließend geklärt werden. Festzuhalten bleibt indes, dass neben der Zahl tatsächlich erfolgter Einbürgerungen auch die Zahl der eingereichten Einbürgerungsanträge deutlich anstieg. Zudem gab die Hamburger Behörde für Inneres und Sport im Jahr 2013 an, dass von Dezember 2011 bis Ende des ersten Halbjahres 2013 insgesamt 3.337 Einbürgerungsanträge unter expliziter Berufung auf die Initiative gestellt worden seien.[20]

[17] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011 (Hervorhebung im Original).

[18] Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2017.

[19] Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 2012.

[20] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011; Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2013.

Im Gegensatz zu Briefkampagne, Lotsenprojekt und Einbürgerungsfeiern, konnte sich die Behandlung des Themas Einbürgerung im Schulunterricht nicht durchsetzen. Ursprünglich angedachtes Ziel war es, im Rahmen der neuen Unterrichteinheit einerseits Informationen zum Thema Einbürgerung zu vermitteln und ggf. junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf ihre rechtlichen Möglichkeiten hinzuweisen, andererseits aber auch den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund[21] den Themenkomplex Staat-Nation-Einbürgerung – sowie insbesondere die Situation der Betroffenen darin – zu vergegenwärtigen und auf diese Weise ein kritisches Bewusstsein für gesamtgesellschaftliche Fragen zu entwickeln. Aus einem mir vorliegenden Rundschreiben des ehemaligen Landesschulrates Norbert Rosenboom aus dem Jahr 2013 sowie aus einer E-Mail der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung, die mir auf meine persönliche Anfrage hin zuging, geht hervor, dass die eigens für die *Unterrichtseinheit Einbürgerung* entwickelte Handreichung bisher nur sporadisch zum Einsatz kam. Ursächlich hierfür ist laut Aussage der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung v. a. die curriculare Auslastung der Schulen. Seitens der Behörde wurde das Thema deshalb fallengelassen.[22]

Die diskursanalytische Untersuchung der Hamburger Einbürgerungsinitiative, wie sie im weiteren Verlauf dieser Arbeit vorgestellt werden soll, umfasst die Jahre 2006 bis 2015. Die neuerliche Wiederauflage der Briefkampagne 2017 kann hier indessen keine Berücksichtigung finden, da die Forschung zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war. Das Untersuchungsinteresse richtet sich des Weiteren auf die drei zentralen Elemente der Initiative von 2011: Auf die Einbürgerungsfeiern, das TGH-Lotsenprojekt und die Briefkampagne des Ersten Hamburger Bürgermeisters. Vor dem Hintergrund ihrer nicht erfolgten Umsetzung, wird die *Unterrichtseinheit Einbürgerung* dementgegen nur am Rande von Bedeutung sein.

Im Zentrum der hier zu präsentierenden Analyse steht die öffentliche, massenmedial vermittelte Debatte, die sich diskursiv mit der Hamburger Einbürgerungsinitiative auseinandersetzt. Die Initiative an sich wird ihrerseits von

---

[21] Zum offiziellen Begriff des Migrationshintergrunds sowie zu seinen konzeptionellen und konnotativen Problematiken siehe weiterführend Will 2020.

[22] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung – Landesschulrat: Juli 2013, Norbert Rosenboom, Rundschreiben an die Schulleitungen aller weiterführenden Schulen; Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung (Fachreferent): 17.05.2018, Persönliche E-Mail, Betreff: Unterrichtseinheit Einbürgerung (Siehe Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Verzeichnis sonstiger Quellen); siehe auch Bigalke / Heyde 2011.

Interesse sein, insofern sie als Dispositiv selbst Teil einer sozialen Konstruktion von Wirklichkeit ist. Es geht mir also weniger um ihre materiale Struktur oder etwa ihren praktischen Nutzen, sondern vielmehr um ihren Charakter als *kulturelles Produkt* einerseits und *produktive Machtinstanz* andererseits.

Auf Grundlage der theoretischen Vorannahmen, die im zweiten Kapitel der Dissertation erarbeitet wurden, sowie auf Grundlage der obigen Skizze des Diskursgegenstands, sollen im Folgenden nun die einzelnen Bausteine des analytischen Vorgehens entwickelt werden. Diese Bausteine bilden dabei nicht nur das kurzfristige Fundament eines zeitlich begrenzten, individuellen Forschungsvorhabens, sie sind – wie bereits mehrfach angekündigt wurde – gleichsam auch der paradigmatische Entwurf eines neuen theoretisch-methodischen Zugangs der Diskursanalyse, der für die Ethnologie und deren variable Erkenntnissinteressen längerfristig nutzbar gemacht werden soll. Ausgehend von einer Beschreibung des jeweiligen Teilfeldes der Untersuchung muss daher in den folgenden Unterkapiteln ein allgemeines Methodengerüst entworfen werden, das – in gleicher oder wenigstens ähnlicher Form – auch auf andere ethnologische Fragestellungen übertragbar ist.

3.2 Die öffentliche Debatte: Analyse eines heterogenen Diskursfeldes

Die Hamburger Einbürgerungsinitiative ist das zentrale Objekt einer kontroversen öffentlichen Debatte um die Themen *Integration*, *Kultur, Identität* und *Nation.* Ein prominentes Beispiel für die antagonistischen Argumentationsweisen, die diese Debatte dominieren, ist der in der Einführung zu dieser Arbeit bereits ausschnitthaft wiedergegebene Artikel aus der überregionalen Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* vom 12.04.2012. Darin stehen die beiden einflussreichsten Diskurspositionen einander diametral gegenüber: Befürworter_innen einer fördernden, anerkennenden und Willkommen heißenden Einbürgerungspolitik auf der einen Seite und Vertreter_innen einer restriktiven, exklusiven und sanktionierenden Einbürgerungspolitik auf der anderen Seite.[23] Auch wenn diese beiden Deutungslinien im Rahmen des Tagesspiegel-Artikels von Angehörigen der politischen Arena repräsentiert werden, erschöpft sich die Debatte keineswegs allein in den Sphären politischer Spezialdiskurse. Sie erfasst ein breites Spektrum an Sprecher_innen aus unterschiedlichsten Sparten der Gesellschaft, darunter sowohl kollektive als auch individuelle Akteur_innen. Die Debatte erschöpft sich – wie

[23] Monath 2012.

noch zu zeigen sein wird – des Weiteren auch nicht in dem simplen Antagonismus von Befürworter_innen und Gegner_innen der Initiative. Neben den dominanten Diskurssträngen gibt es weitere, mehr oder weniger einflussreiche Argumentationslinien, die das öffentliche Diskursfeld aktiv mitgestalten. Vor diesem Hintergrund verfolgt die vorliegende Arbeit drei Ziele:

1. Sie fragt danach, ob und wenn ja wie in der oben beschriebenen Debatte *Deutsche Nation* definiert wird und inwiefern, bzw. in welcher Form sich an diese Definition *nationalistische Diskurse* anschließen, die ihrerseits eine wie auch immer geartete Identifikation mit dem Staat und der ‚nationalen Gemeinschaft' propagieren.
2. Sie interessiert sich für die *Folk Concepts* von *Nation, Identität, Integration* und *Kultur*, die mit diesen nationalistischen Diskursen in Verbindung stehen, bzw. für das Spannungsfeld zwischen den populären und den wissenschaftlichen Konzeptionalisierungen dieser Begriffe.
3. Sie will auf Basis der obigen diskursanalytischen Fragestellungen einen systematischen Ansatz der Diskursethnologie entwickeln, der auf andere, ähnliche Kontexte übertragbar ist.

Im Anschluss an die theoretischen Vorarbeiten in Abschnitt 2.1 bis 2.5 ist es die These dieser Untersuchung, dass die populären Ausgestaltungen von *Nation*, *Integration, Identität* und *Kultur* als *Folk Concepts* wesentlicher Bestandteil der diskursiven Phänomenstruktur sind, auf welche die *nationalistischen Narrationen* im Kontext des Themenfelds *Staatsangehörigkeit* und *Einbürgerung* ihren Rückbezug nehmen. Es ist weiterhin die These dieser Arbeit, dass der diskursive Komplex aus *Macht*, *Wissen* und *Emotionen*, der in den Abschnitten 2.3 und 2.4 beleuchtet wurde, diesen Narrationen zu kultureller Faktizität verhilft, wobei stets unterschiedliche Narrationen und unterschiedliche Macht-Wissen-Komplexe in einem beliebigen Diskursfeld zugegen sind und damit unterschiedliche Varianten der Weltdeutung möglich machen. Daraus folgt drittens und letztens die These, dass die zu beobachtenden Phänomene nicht nur für das hier behandelte Diskursfeld relevant sind. Wenn man annimmt, dass kulturelle Wirklichkeit durch Diskurse konstituiert wird, und wenn man weiterhin annimmt, dass diese Wirklichkeit immer umstritten ist und mit anderen kulturellen Wirklichkeiten in einem potenziellen (indes keinem zwangsläufigen) Konkurrenzverhältnis steht,[24] dann folgt daraus 1.), dass ethnologische Forschungsgegenstände *grundsätzlich* diskursiv vermittelt sind, und 2.), dass eine ethnologische (Diskurs-)Analyse

[24] Siehe Abschn. 2.3 und 2.4

ihren Blick auf Homogenität und Heterogenität gleichermaßen richten muss – Homogenität in Form kohärenter Diskurs- und Deutungslinien, Heterogenität im Sinne der Pluralität und Fluidität dieser Diskurse und ihrer jeweiligen Wirklichkeitsbestimmungen (damit schließt sich der Kreis zu Lila Abu-Lughods Plädoyer für die Betonung von Heterogenität und Partikularität in ethnologischen Forschungsarbeiten[25]).

Medien – insbesondere moderne Massenmedien – spielen bei der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit eine entscheidende Rolle.[26] Dem trägt u. a. auch das wachsende Feld interdisziplinärer *Mediendiskursanalyse* Rechnung, deren Vertreter_innen die interessante These aufstellen, dass Diskurse, „sobald wir sie als solche erkennen", immer schon „medial vermittelt" sind.[27] Ein Beispiel für die Bedeutung von medialer Vermittlung im Kontext nationalistischer Diskurse gibt u. a. Tobias Schwarz, der bei seiner Untersuchung der öffentlichen deutschen Ausweisungsdebatten im Zeitraum von 1996 bis 2007 in wissenssoziologischer Manier feststellt, dass „Medienereignisse *Produktion* von Wirklichkeit sind".[28] Weitergehend erläutert er:

> „Massenmedien bilden Wirklichkeit nicht einfach nur ab, sondern sie schaffen sie mit, indem sie kollektiv geteiltes Wissen ordnen und strukturieren. Denn wir alle machen unsere Erfahrungen nicht oder nur in seltenen Fällen als direkte Beobachtung, sondern viel öfter über Vermittlungen in Form von Interaktionen oder über Bücher u.a. Medien. Durch hohe Nutzungsfrequenz der Massenmedien (täglicher Fernsehkonsum, aktuelle Nachrichten in Tageszeitung [sowie zunehmend extensive Nutzung des Internets]) bilden diese für solche ‚vermittelte Beobachtung der Realität' – und damit für die Formung der subjektiven Realitäten – eine wesentliche Quelle. Sie rahmen unsere Deutungskompetenz. Medien informieren also nicht nur, sie formen Bewusstsein."[29]

Dieses Argument korrespondiert mit Überlegungen, die William Sewell schon 1999 im Hinblick auf eine Neuorientierung des sozial- und geisteswissenschaftlichen Kulturbegriffs anstellte (und mit denen er überdies Problemstellungen aufgriff, auf die auch in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit kritisch hingewiesen worden ist):

---

[25] Siehe Abschn. 2.3

[26] Siehe Abschn. 2.3 und 2.4

[27] Dreesen et al. 2012: 11; zum Themenkomplex Massenmedien, Migration und Integration siehe überdies Butterwege / Hentges 2006.

[28] Schwarz 2010: 13 (Hervorhebung im Original).

[29] Schwarz 2010: 114f.

> „Recent work on cultural practice has tended to focus on acts of cultural resistance, particularly on resistance of a decentered sort – those dispersed everyday acts that thwart conventions, reverse valuations, or express the dominated's resentment of their domination. But it is important to remember that much cultural practice is concentrated in and around powerful institutional nodes – including religions, communications media, business corporations, and, most spectacularly, states. These institutions, which tend to be relatively large in scale, centralized, and wealthy, are all cultural actors; their agents make continuous use of their considerable resources in efforts to order meanings. Studies of culture need to pay at least as much attention to such sites of concentrated cultural practice as to the dispersed sites of resistance that currently predominate in the literature."[30]

Sewells Anmerkungen zur Bedeutung von institutionalisierter *Macht* für die Erforschung von *Kultur* sind in hohem Maße anschlussfähig für das theoretische Gerüst der vorliegenden Arbeit, wie es insbesondere in Abschnitt 2.3 und 2.4 vorgestellt worden ist. Geht man mit Sewell und Schwarz davon aus, dass Institutionen im Allgemeinen und Massenmedien im Besonderen die kulturelle (und damit immer auch diskursive) Konstruktion von Wirklichkeit in modernen Gesellschaften anleiten,[31] dann müssen ethnologische Fragestellungen diesem Umstand in Gegenstand und Herangehensweise angemessen Rechnung tragen. Medienethnologische Arbeiten haben diese Idee in der Vergangenheit auf unterschiedliche Weise aufgegriffen. Dabei war v. a. auch die Frage relevant, inwiefern neue massenmediale Formate kulturellen Wandel herbeiführen sowie kulturelle Macht produzieren und welchen Beitrag die Ethnologie dazu leisten kann, diese Phänomene adäquat zu erfassen.[32] Angesichts der offensichtlichen Verknüpfung zwischen den Konzepten Kultur und Diskurs vertritt die vorliegende Arbeit den Standpunkt, dass ein diskursanalytischer Zugang sich für die ethnologische Untersuchung massenmedial vermittelter Wirklichkeitskonstitutionen in besonderem Maße anbietet.

Diskursanalyse ist zwangsläufig Interpretation und demnach immer auch bis zu einem gewissen Grad dem subjektiven Ermessen der Forschenden unterworfen. Da diese Arbeit im Anschluss an Clifford – und in entschiedener Opposition zu Geertz –[33] davon ausgeht, dass Interpretation immer partiell und niemals unproblematisch ist, bedarf der diskursanalytische Forschungsprozess einer sorgfältig strukturierten, theoretisch fundierten und methodisch transparenten Vorgehensweise. In Anbetracht dessen muss – im Hinblick auf das oben

---

[30] Sewell 1999: 55f.

[31] Siehe hierzu auch Abschn. 2.1, 2.3 und 2.4

[32] Siehe hierzu u. a. Spitulnik 1993, Wilson/Peterson 2002 und Gershon 2017.

[33] Siehe Abschnitt 2.3 in dieser Arbeit.

beschriebene komplexe Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative sowie unter Berücksichtigung seiner massenmedialen Verfasstheit – im weiteren Verlauf erörtert werden, wie die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit beantwortet, die sich daran anschließenden Ziele erreicht und die aufgestellten Thesen verifiziert werden können. Wie kann, mit anderen Worten, die diskursanalytische Untersuchung kultureller Wirklichkeitskonstruktionen unter ethnologischen Gesichtspunkten erfolgen? Um diese Frage zu klären, soll im Folgenden in das von Reiner Keller vorgeschlagene Methodengerüst der Wissenssoziologischen Diskursanalyse eingeführt werden, da es für ethnologische Zwecke zahlreiche sinnvolle Anknüpfungspunkte bietet. Die gewonnenen methodischen Einblicke sollen dann auf den im zweiten Kapitel dieser Arbeit entworfenen ethnologischen Diskursbegriff hin angepasst und auf das zu untersuchende Forschungsfeld übertragen werden. Dabei wird u. a. ersichtlich werden, dass der ethnologische Diskursbegriff, der diese Arbeit anleitet, eine Erweiterung makroperspektivischer Diskursanalyse um ethnographische Aspekte nahelegt.

Methoden der Wissenssoziologischen Diskursanalyse

Zunächst ist es sinnvoll zu rekapitulieren, dass die Wissenssoziologische Diskursanalyse „Texte, Praktiken oder Artefakte nicht als Produkte ‚subjektiver' oder ‚objektiver' Fallstrukturen, sondern als materiale Manifestationen gesellschaftlicher Wissensordnungen und damit als wichtigste Grundlage einer wissenssoziologischen Rekonstruktion der Produktion, Stabilisierung und Veränderung *kollektiver* Wissensvorräte" begreift.[34] Dies bringt einige unmittelbare Implikationen mit sich: So geht die Wissenssoziologische Diskursanalyse von der Existenz „textübergreifender Verweisungszusammenhänge in Gestalt von Regeln und Ressourcen, also Strukturen der Aussageproduktion" aus.[35] Daraus ergibt sich nicht nur, dass einzelne Diskurse zumeist über mehrere scheinbar unzusammenhängende Aussageereignisse zerstreut sind, sondern auch, dass multiple Diskurse in ein und derselben Äußerung auf komplexe Weise miteinander verschränkt sein können. Infolgedessen sollten Texte nicht als in sich geschlossenen Deutungszusammenhänge im Sinne eines separaten ‚Falls' begriffen werden. Vielmehr muss man aus ihnen – mittels Interpretation – die Bausteine des bzw. der sie verbindenden übergreifenden Diskurse ermitteln. Zentrales Ziel der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ist dabei die „interpretativ-analytische Erfassung und Rekonstruktion" *typischer Aussagen* im Sinne einer „detaillierten Matrix bzw. schematisierten

[34] Keller 2013: 49 (Hervorhebung im Original).

[35] Keller 2013: 50.

Erfassung von Aussagen, die als Grundlage weitergehender Hypothesenbildung über die Gehalte, Funktionsweisen und Wirkungen eines Diskurses dient“:[36]

> „Die Ebene der subjektiven Sinnattribution ist für das hier verfolgte Programm der Diskursforschung von untergeordneter Bedeutung. Die Diskursforschung fragt nicht nach einer authentischen subjektiven Absicht und (ideosynkratischen) Bedeutung einer Äußerung für Textproduzenten. Sie berücksichtigt die situativen Sinngehalte im direkten Äußerungszusammenhang, zielt aber letztlich auf den allgemeinen Inhalt, wie er als typischer im Rahmen eines sozialen Kollektivs beschrieben werden kann; die Verknüpfung der situativen mit der allgemeinen Ebene erlaubt es, auch unterschiedliche ‚Gebrauchsweisen‘ von Typisierungen zu erkennen und zu reflektieren. Bspw. kann die Interpretation eines Ereignisses als ‚Katastrophe‘ mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen – bessere Technologie, Abkehr von einem technischen Entwicklungspfad, unvermeidbares Schicksal – verknüpft sein.“[37]

Diskurse sind zudem „immer in einen interdiskursiven Kontext und Bezug zu historisch diachronen und synchronen Diskursformationen eingebunden“.[38] In der Konsequenz müssen diskursanalytische Studien sich in aller Regel mit äußerst umfangreichen Datenkorpora befassen. Der Umfang der zu untersuchenden Daten muss, ausgehend von der jeweiligen Forschungsfrage, theoretisch-methodisch begründet werden. Das Korpus erfüllt dabei zwei zentrale Funktionen: Einerseits dient es der allgemeinen Orientierung und muss daher möglichst weitreichende Informationen über das zu analysierende Diskursfeld bereitstellen, andererseits ist es Grundlage für die feinanalytische Untersuchung des oder der betrachteten Diskurse.[39]

Im Zuge einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse können diverse Datenformate untersucht und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Reiner Keller nennt hier textförmige und audiovisuelle Daten, Objekte sowie soziale Praktiken. Festzuhalten bleibt, dass die Wissenssoziologische Diskursanalyse diese Datensorten z. T. nicht als aus sich selbst heraus diskursiv begreift (denn als diskursiv gelten ihr, wie man weiter oben gesehen hat, nur sprachliche Praktiken). Wohl aber begreift sie all diese Datentypen als „Elemente dispositiver Zusammenhänge (Infrastrukturen) der Diskursproduktion und der diskursiven Weltintervention“.[40]

Bei der Erstellung eines diskursanalytischen Datenkorpus schlägt Keller eine Orientierung am *theoretical sampling* der *Grounded Theory* vor – also die

---

36 Keller 2013: 53.

37 Keller 2013: 53.

38 Keller 2013: 50.

39 Keller 2013: 50f.

40 Keller 2013: 51.

Auswahl von Untersuchungsdaten entlang systematischer, theoriegeleiteter Kriterien.[41] So kann die Analyse beispielsweise ihren Ausgangspunkt bei den Sprecher_innen eines Diskursfeldes nehmen, ihre jeweilige Verteilungs- und Aussagestruktur erfassen und diese systematisch ‚kartographieren'. „Umgekehrt ist es ebenso möglich, von einer begonnenen Datensammlung (Äußerungen, Texte) ausgehend sich rekonstruktiv dem Feld der beteiligten Sprecher/innen zu nähern, also bspw. die in medialen Diskursen qua Aussage präsententen (sic!) Akteure in den Blick zu nehmen, den Referenzen in Sachverständigengutachten zu folgen, usw. – und dafür sensibel zu sein, wer nicht erscheint (obwohl es gute Gründe für sein Erscheinen gäbe)."[42]

Bei der Auswahl und Analyse der Daten muss des Weiteren beachtet werden, dass Aussagen niemals allein für sich stehen, sondern immer *situiert*, das heißt in spezifische soziale Kontexte eingebunden sind. Mit der Datenerhebung sollte deshalb auch eine gewisse Sensibilität dafür einhergehen „*wer wie wo* und für *wen* eine Aussage produziert".[43] Dies schließt außerdem auch die jeweilige *Materialität* der Aussage mit ein: „Erfasst werden können bspw. Textsorte, Auflage, Verlag, Verbreitungswege, Rezeptionsarena" etc..[44]

Die wesentliche interpretative Arbeit erfolgt im Rahmen der sogenannten *Feinanalyse*. Diese detaillierte und intensive Auseinandersetzung mit den Daten kann sich in der Regel nicht auf das vollständige (und zumeist sehr umfangreiche) Gesamtkorpus beziehen, sondern muss „eine systematisch reflektierte und begründete Auswahl" treffen, welche den Datensatz in seiner jeweiligen thematischen Relevanz repräsentativ widerspiegelt:[45]

> „Für diesen Schritt der kontrollierten Verdichtung des zu analysierenden Datenmaterials stehen mehrere Kriterien zur Verfügung. Dazu zählen die reflektierte Orientierung an Schlüsseltexten, -passagen, -akteuren und -ereignissen, deren Stellenwert aus dem Datenmaterial selbst herausgearbeitet werden kann. Weitere Selektionskriterien wären die Abdeckung des relevanten Akteurs- oder des massenmedialen Meinungsspektrums. Entsprechend ist die Datenauswahl zur Feinanalyse ein offener, kriteriengeleiteter Suchprozess, der nicht vorschnell zur Bildung eines definitiven Teilkorpus innerhalb des Gesamtkorpus führen sollte, sondern sukzessiv die Bandbreite des gesamten Datenmaterials durchschreitet und erfasst."[46]

---

[41] Keller 2013: 51; Glaser / Strauss 2010: 63f.

[42] Keller 2013: 51f.

[43] Keller 2013: 52 (Hervorhebung im Original).

[44] Keller 2013: 52f.

[45] Keller 2013: 54.

[46] Keller 2013: 54.

Keller schlägt auch hier wiederum eine Orientierung an den Methoden der *Grounded Theory* vor. Zum einen nennt er das oben bereits erwähnte *theoretical sampling*. Zum anderen führt er das Prinzip der *minimalen* und *maximalen Kontrastierung* an. „Dabei geht es darum, die Auswahl der für die Feinanalyse heranzuziehenden Dokumente aus dem Forschungsprozess selbst heraus zu begründen".[47] Hierzu werden zunächst möglichst ähnliche Daten gesammelt (*Minimierung* von Differenz), um einzelne Analysekategorien zu identifizieren und zu fundieren. In der Folge werden dann möglichst heterogene Daten erhoben (*Maximierung* von Differenz) um die gesamte Bandbreite aller möglichen Kategorien umfassend zu erschließen, ihre Wechselwirkungen sowie Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen ihnen zu analysieren.[48]

> „Die Orientierung an der maximalen Kontrastierung ermöglicht es, nach und nach das Gesamtspektrum des oder der Diskurse innerhalb eines Korpus zu erfassen und dadurch mehrere Diskurse zu einem Thema oder innerhalb eines Diskurses seine heterogenen Bestandteile herauszuarbeiten. Die minimale Kontrastierung richtet sich darauf, den jeweils erfassten Teilbereich möglichst genau und vollständig zu rekonstruieren, bis seine Analyse schließlich als ‚gesättigt' erscheint."[49]

Die *theoretische Sättigung* der Daten ist für die *Grounded Theory* in dem Moment sichergestellt, da „keine zusätzlichen Daten mehr gefunden werden können, mit deren Hilfe der Soziologe weitere Eigenschaften der Kategorie entwickeln kann".[50] Auf die Ansprüche der Diskursanalyse übertragen bedeutet dies:

> „Der Auswahlprozess des theoretical sampling wird durchgeführt, bis zusätzliche Analysen keinen Erkenntnisgewinn über das Gesamtkorpus bzw. die daran gestellten Forschungsfragen mehr ergeben. Die Ergebnisse der Detailanalyse werden dann zu Gesamtaussagen über den oder die Diskurse aggregiert."[51]

Drei Analyseebenen sind dabei für die Wissenssoziologische Diskursanalyse von Belang: 1.) Die Analyse der sozialen *Situiertheit* und *Materialität* von Aussagen (s. o.). 2.) Die Analyse „der *formalen* und *sprachlich-rhetorischen Struktur*" von Aussagen.[52] 3.) Die interpretative Analyse der *Aussageinhalte*. Die jeweilige

[47] Keller 2013: 54.
[48] Glaser / Strauss 2010: 70–73.
[49] Keller 2013: 55.
[50] Glaser / Strauss 2010: 77.
[51] Keller 2013: 55.
[52] Keller 2013: 55 (meine Hervorhebung).

sprachliche Struktur einer Aussage impliziert immer auch einen entsprechenden Bedeutungsgehalt sowie eine sehr spezifische Einbettung in weitergehende gesellschaftliche Rahmungen. Form, Inhalt und Kontext sind insofern untrennbar miteinander verwoben. „Die Erschließung solcher Inhalte muss die ursprüngliche Äußerung mehr oder weniger stark verdichten und typisieren, bspw. zur Gestalt von narrativen Strukturen oder plots, Deutungsmustern, Klassifikationen, Phänomenstrukturen" oder auch diskursiven Subjektpositionen (siehe Abschnitt 2.4).[53] Diese Verdichtung erfolgt durch (ggf. wiederholtes) *Lesen* (bzw. Ansehen / Anhören) und *Codieren* des Datenmaterials. Keller orientiert sich diesbezüglich abermals am methodischen Repertoire der *Grounded Theory*:[54]

> „Die verschiedenen Strategien der (qualitativen) *Kodierung* zielen auf die begriffliche Verdichtung einzelner Textpassagen innerhalb von Dokumenten sowohl in analytisch-gliedernder wie auch in interpretierender Hinsicht. Die Richtung oder das Ziel dieser Verdichtung wird in der Diskursforschung durch die spezifischen Fragestellungen und damit verbundenen Konzepte vorgegeben […]. In *Kommentaren* (eine Art ‚kleine Begleitnotiz') kann (und sollte) festgehalten werden, nach welchen Gesichtspunkten ein bestimmter Kode formuliert und einer Textpassage zugeordnet wurde. Als *Memos* werden mehr oder weniger umfangreiche Notizen während des Untersuchungsprozesses bezeichnet, in denen festgehalten wird, was bezüglich einer spezifischen Textpassage oder einer Kodierung an weiteren Überlegungen, Idee, Geistesblitzen und Hypothesen entsteht. Feinanalyse wird meist in mehreren Schritten erfolgen: Beginnend mit dem Lesen einzelner Dokumente schreitet man zu Paraphrasierungen, zur Kontextanalyse und analytischen Zergliederung, zur detailgenauen Interpretation und schließlich zur Zusammenfassung."[55]

Laura Kajetzke bedient sich in ihrer Variante der Wissenssoziologischen Diskursanalyse überdies der drei zentralen systematischen Codierverfahren nach Vorlage der *Grounded Theory* – 1.) *offenes Codieren* 2.) *axiales Codieren* 3.) *selektives Codieren*:

> „Beim offenen Kodieren werden vorläufige Kategorien ermittelt, die beim axialen Kodieren zueinander in Beziehung gesetzt werden. Das selektive Kodieren ist der erste Versuch einer Schwerpunktbildung, indem sogenannte ‚Kernkategorien' gebildet werden. Eine Kodierung nach *Grounded Theory* soll dazu führen, dass eine Gegenstandsverankerung […] erreicht wird, die Kategorien also möglichst wenig Vorwissen des Forschers enthalten, sondern textnah entwickelt werden."[56]

[53] Keller 2013: 55.

[54] Keller 2013: 55.

[55] Keller 2013: 56 (Hervorhebung im Original).

[56] Kajetzke 2008: 103 (Hervorhebung im Original).

Während also im Zuge des *offenen Codierens* erstmals Kategorien aus dem Datenmaterial abstrahiert werden und das Korpus damit eine (wenigstens grobe) Strukturierung erfährt, stellt das *axiale Codieren* Beziehungen zwischen diesen Kategorien her und gliedert sie in eine (wenigstens vorläufige) Ordnung aus Kategorien und Subkategorien. Schließlich wird im Zuge des *selektiven Codierens* ein durchgängiger *Roter Faden* ermittelt, der die einzelnen Kategorien und Subkategorien miteinander in Verbindung setzt und dabei zentrale Kernkategorien identifiziert.[57] Ganz offensichtlich eignet sich dieses methodische Vorgehen (das auch in der ethnologischen Forschungspraxis bestens bekannt ist) gut für den diskursanalytischen Kontext. Kajetzke weist allerdings darauf hin, dass die *Grounded Theory* einen Ansatz verfolgt, der Theorien erst aus dem Forschungsprozess heraus entwickeln will, nicht etwa den Forschungsprozess theoretisch vorstrukturiert (mit Ausnahme der Samplebildung, s. o.). Das setzt eine möglichst ‚theoriefreie' Herangehensweise an den Forschungsgegenstand voraus: „In einem Prozess reziproker Beeinflussung von Material und daraus induzierten Erkenntnissen soll so eine Theorie ‚von unten' entstehen, die in den sozialen Phänomenen selbst gründet".[58] Berechtigterweise gibt Kajetzke zu bedenken, dass ein diskursanalytischer Ansatz immer schon gewisse theoretische Implikationen mit sich bringt, die den Forschungsprozess zwangsläufig vorformen. Ein gänzlich ‚offener' Zugang, wie die *Grounded Theory* ihn fordert, kann daher nicht erreicht werden. Vielmehr geht es darum, zwischen notwendiger theoretischer Rahmung und notwendiger empirischer Offenheit ein stabiles Gleichgewicht zu halten.[59]

Methoden für die diskursethnologische Forschung

Die Methodik der Wissenssoziologischen Diskursanalyse – und darin insbesondere das der *Grounded Theory* entliehene Instrumentarium – ist für eine Übertragung in den ethnologischen Kontext sehr gut geeignet (v. a. da sich der *Grounded Theory*-Ansatz in der ethnologischen Forschungspraxis ohnehin großer Beliebtheit erfreut). Das oben beschriebene diskursanalytische Vorgehen kann also für eine ethnologische Variante der Diskursanalyse bedenkenlos übernommen werden. In Anbetracht des in Abschnitt 2.4 vorgeschlagenen erweiterten Diskursbegriffs, sind jedoch einige weiterführende methodische Überlegungen angebracht. Es ist an dieser Stelle sinnvoll die wesentlichen Unterschiede zwischen Wissenssoziologischer Diskursanalyse und der hier entworfenen Diskursethnologie noch einmal kurz zu rekapitulieren.

---

[57] Kajetzke 2008: 103 f.

[58] Kajetzke 2008: 105.

[59] Kajetzke 2008: 105 f.

Tabelle 3.1 Abgrenzung von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Diskursethnologie

	Wissenssoziologische Diskursanalyse	**Diskursethnologie**
Kultur	-	Totalitätsorientierter Kulturbegriff
Diskursive Praktiken	Sprachliche Praktiken[60]	Soziale Praktiken
Diskursanalyse	Analyse der diskursiven Makroebene[61]	
Diskursethnographie	Analyse des Zusammenwirkens von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken auf der Meso- und Mikroebene	Analyse der diskursiven Meso- und Mikroebene

Wie Tabelle 3.1 aufzeigt, besteht der erste und wesentlichste Unterschied zwischen Kellers Zugang der Wissenssoziologischen Diskursanalyse und der in dieser Arbeit entwickelten Vision einer Diskursethnologie in der Rückbindung letzterer an einen *totalitätsorientierten Kulturbegriff* und damit in der Positionierung der Diskursethnologie als kulturtheoretischem Ansatz. Das *Kulturelle* und das *Diskursive* werden analytisch in eins gesetzt. Daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen für das methodische Vorgehen. Zunächst einmal ist die Unterscheidung zwischen diskursiven (sprachlichen) und nicht-diskursiven (nicht-sprachlichen) sozialen Praktiken, wie Keller sie vornimmt, aus den in Abschnitt 2.4 dieser Arbeit genannten Gründen hinfällig. Vor diesem Hintergrund wird offenbar, dass Diskursanalyse aus ethnologischer Sicht nicht mit der makroperspektivischen Betrachtung von massenmedial vermittelten Texten abgeschlossen sein kann. Klassische ethnologische Analysesettings, die sinnvollerweise durch ethnographische Mittel wie Interviews oder teilnehmende Beobachtung erschlossen werden, gelangen hier unweigerlich zu Relevanz. Tatsächlich interessiert sich, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, auch Reiner Keller für solche ethnographischen Erweiterungen seines diskursanalytischen Ansatzes. Zu beachten ist allerdings, dass er die durch Ethnographie

[60] Mit Ausnahme der „Ebene des privaten Alltagssprechens“, denn Alltagssprechen wird seinerseits nicht als Diskurs begriffen, auch wenn es laut Keller von diskursiven Fragmenten durchsetzt ist (Keller 2013: 31).

[61] Sowie, je nach Fragestellung, ggf. auch der organisationalen Mesoebene, wobei die Perspektive der wissenssoziologischen Diskursanalyse hier wiederum auf Formen sprachlichen Ausdrucks fokussiert bleibt, während im Rahmen einer etwaigen Diskursethnologie Diskursanalyse und Ethnographie nahtlos ineinanderfließen können.

erhobenen sozialen Praktiken sowie auch die kommunikativen Alltagsinteraktionen auf der gesellschaftlichen Mikroebene *nicht* als aus sich selbst heraus diskursiv begreift (obwohl er ihre kritische Beteiligung an Diskursproduktion und Weltintervention sehr wohl berücksichtigt und ihnen sogar besondere Bedeutung beimisst).[62] Versteht man dementgegen, im ethnologischen Sinne, alle sozialen Handlungen als immer auch diskursive Handlungen, so ergeben sich daraus neue und andersgeartete Forschungsperspektiven. Beispielsweise ist es durchaus wahrscheinlich, dass dominante Diskurse auf unterschiedlichen Ebenen des Sozialen jeweils auf spezifische Art und Weise miteinander in Interaktion treten. Es ist sogar anzunehmen, dass es, neben massenmedial vermittelten *Makrodiskursen*, tatsächlich auch so etwas wie *Mikro-* oder *Mesodiskurse* bzw. Diskurformationen gibt, die ihrerseits spezifisch sind für bestimmte soziale Räume der gesellschaftlichen Mikro- und Mesoebene. Die jeweilige diskursive Konstellation, innerhalb derer sich Individuen in verschiedenen gesellschaftlichen Räumen bewegen, hat vermutlich erheblichen Einfluss auf die (situative) Dekodierung / Internalisierung einzelner Diskurse sowie natürlich auch auf den Umstand ihrer Produktion. Die Diskursethnologie fokussiert – ob ihres auf Wandel und Konflikt abzielenden Kulturbegriffs – wesentlich stärker auf das Begegnungsfeld *zwischen* Diskursen und insbesondere auch auf die von Individuen subjektiv angeeigneten sozialen Identitäten, die (im Anschluss an die Erkenntnisse der ethnologischen Ethnizitätsforschung[63]) als *interdiskursive Differenzkonstruktionen* in den Blick genommen werden müssen. Was das konkret bedeutet wird die Vorstellung der Untersuchungsergebnisse im vierten Teil dieser Arbeit beispielhaft veranschaulichen. Zunächst bleibt indes zu betonen, dass sich, angesichts der vielfältigen Ansatzmöglichkeiten der hier skizzierten Diskursethnologie, aus einer relativ simpel erscheinenden Forschungsfrage (z. B.: ‚Wie wird ‚*Deutsche Nation*‘ in der deutschen Gesellschaft definiert?‘) unweigerlich ein komplexes Gefüge aus potenziellen Perspektiven, Teilfragen und methodischen Zugängen ergibt. Naturgemäß kann keine Arbeit – auch nicht die hier vorliegende – alle diese Aspekte berücksichtigen. Es mag sich somit augenscheinlich ein Widerspruch auftun zwischen den aufgezeigten Möglichkeiten der Diskursethnologie und der nur partiellen Umsetzung dieser Möglichkeiten in der sie formulierenden Arbeit. Dieser Widerspruch mindert jedoch weder den Wert des Ansatzes, noch den der Untersuchung.

[62] Zur wissenssoziologischen Diskursethnographie im Kontext der Analyse von Dispositiven der Diskursproduktion und / oder Weltintervention siehe weiterführend Keller 2019. Siehe in diesem Zuge überdies auch das Heft Nr. 3/2017 der Zeitschrift für Diskursforschung mit einem thematischen Fokus auf dem Themenfeld Diskursethnographie (Viehöver/Keller/Schneider 2017).

[63] Siehe Abschnitt 2.2

Während der vorgeschlagene Ansatz der Diskursethnologie nach seiner theoretischen Fundierung und forschungspraktischen Breite bewertet werden sollte, muss jede Anwendung desselben sich daran messen lassen, inwiefern sie dazu in der Lage ist, die ihr gesteckten Forschungsziele zu erreichen – nicht jedoch an der Frage, ob sie alle methodischen Potenziale des Ansatzes (gleich welcher Relevanz für das Forschungsinteresse) vollumfänglich ausgeschöpft hat.[64]

Die nachfolgende Darstellung zeichnet die einzelnen Schritte der von dieser Arbeit verfolgten Vorgehensweise nach und gibt einen Überblick über die gewonnenen Daten. Sie kann dabei als ein Beispiel dienen für die methodische Operationalisierung ähnlich gearteter Forschungsfragen, beansprucht jedoch keinesfalls für sich, alle denkbaren Spielarten der Diskursethnologie umfassend auszuformulieren. Da es der vorliegenden Arbeit in erster Linie darum geht, *Diskursanalyse* – auch und gerade in ihrer klassischen Form der Analyse massenmedial vermittelter Diskurse – als theoretischen Ansatz und Methode systematisch für die Ethnologie zu erschließen, liegt auf der Hand, dass der Fokus dieser Untersuchung makroperspektivisch ausgerichtet sein muss und ethnographischen Betrachtungen (wie auch bei Keller) eine vornehmlich ergänzende Rolle zugewiesen wird.

1.) Recherche: Ausgehend von der eingangs formulierten Forschungsfrage und den beiden damit weiterführend in Verbindung stehenden Forschungszielen habe ich im Zeitraum von Januar bis Juni 2015 eine umfangreiche Datenrecherche unternommen. Die Recherche erfolgte in erster Linie im virtuellen Raum des Internets. Das *World Wide Web* bietet den entscheidenden Vorteil, dass Äußerungen unterschiedlichster Akteur_innen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sphären (Medienschaffende, Politik, Zivilgesellschaft, etc.) dort sowohl leicht zugänglich als auch in großer Menge konserviert sind. Insofern repräsentiert das Internet als Massenmedium andere Massenmedien (wie Fernsehen, Zeitung, Radio) immer schon mit, da es sich deren Produkte aneignet und sie reproduziert (z. B. im Rahmen von Online-Mediatheken, Online-Archiven, E-Books). Zudem ist das Internet heutzutage eine der wichtigsten Informations- und meinungsbildenden Arenen für einen Großteil der deutschen Bevölkerung und auch vor diesem Hintergrund von zentraler Relevanz.

---

[64] Auch im Rahmen ethnologischer Untersuchungen kann es – je nach zu beantwortender Fragestellung – z. B. durchaus legitim sein, den Fokus auf massenmedial vermittelte Daten zu beschränken. Als Beispiel seien hier u. a. medienethnologische Studien zu Online-Communities genannt (siehe Wilson/Peterson 2002).

Die Datensuche konzentrierte sich auf den Publikationszeitraum zwischen Januar 2006 und Juni 2015, also vom Jahr der erstmaligen Einführung von Einbürgerungsfeiern im Hamburger Rathaus bis hin zum Abschluss der medialen Datenrecherche. Genutzt wurde primär die Online-Suchmaschine Google, sowie die internen Suchmaschinen von Online-Mediatheken, Archiven und Datenbanken prominenter medialer, politischer und zivilgesellschaftlicher Institutionen (z. B. Die Zeit, Die Welt, Bildzeitung, www.hamburg.de, Parlamentsdatenbank der Hamburger Bürgerschaft, Pressearchiv der TGH etc.). Als Suchbegriffe dienten einschlägige Stichworte aus dem Themenfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative (z. B. ‚Einbürgerung, Hamburg', ‚Einbürgerungsinitiative, Hamburg', ‚Einbürgerungskampagne, Hamburg', etc.). Auf diese Weise entstand ein Datensatz von über 600 Einheiten[65] – darunter hauptsächlich Texte, aber auch Video-, Ton- und Bildmaterial – der das zu untersuchende Diskursfeld umfänglich abbildet, sowie kontextuelle Zusammenhänge mit anderen Diskursfeldern offenbart. Die erhobenen Daten sind dabei von sehr unterschiedlicher Materialität und Herkunft: Sie entstammen erstens der *Sphäre massenmedialer Aussageproduktion* (Zeitungsartikel, TV- und Radiomitschnitte, etc.). Zweitens entstammen sie der *politischen Sphäre* (Homepages / Websites / Pressemitteilungen / Interviews / Redemitschnitte von Politikern, Politikerinnen und Parteien; Parlamentsdokumente; Online-Auftritte / Publikationen / Dokumente der Stadt Hamburg sowie einzelner politischer und Verwaltungsinstitutionen, etc.). Drittens entstammen sie der äußerst heterogenen *Sphäre der Zivilgesellschaft* (Pressemitteilungen / Websites / Publikationen von NGOs, sozialen, religiösen sowie Bildungseinrichtungen; Internetforen, Blogs und Kommentarspalten von Online-Medien, in denen sich Bürger_innen mit und ohne Migrationshintergrund äußern oder miteinander verständigen).

Im zweiten Schritt (Juli bis September 2015) wurde der entstandene Datensatz – unter enger Rückbindung an die zentrale Fragestellung dieser Arbeit – einer kritischen Revision unterzogen. Alle Daten, die zwar allgemein für das Thema Einbürgerung in Hamburg aber nicht unmittelbar für die Debatte um die Hamburger Einbürgerungsinitiative oder deren konkreten Kontext relevant sind, wurden ausgesiebt. Auf diese Weise konnte aus den mehr als 600 recherchierten Dateneinheiten ein deutlich kompakteres *Hauptkorpus* extrahieren werden. In seiner finalen Form umfasst dieses 320 Einheiten, deren vielgestaltige Materialität (von Produktionssphäre bis Datensorte) dem in Punkt 1 beschriebenen Spektrum entspricht. Textförmige Daten machen auch hier wiederum den größten Anteil aus.

[65] Das Wort *Einheiten* steht hier in Ermangelung eines besseren Begriffs, der die unterschiedlichen erhobenen Datensorten (Texte, Bilder, Videos, Tonmitschnitte, Grafiken, Tabellen etc.) angemessen zusammenfasst.

Neben dem *Hauptkorpus* entstand überdies ein kleineres *Rahmenkorpus* von noch einmal 20 Texten. Es umfasst in der Hauptsache Gesetzestexte sowie Dokumente und Publikationen, die für das Verständnis des Themenfelds Einbürgerung relevant sind, auch wenn sie nicht unmittelbar mit der Hamburger Einbürgerungsinitiative selbst zu tun haben. Hierzu zählt der Fragenkatalog der bundesweiten Einbürgerungstests genauso wie das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes oder auch die Informationsmaterialien der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration. Das Rahmenkorpus war nicht selbst Teil der späteren feinanalytischen Untersuchung, hat diese aber durch Rückbindung an notwendige Kontextinformationen unterstützt und angeleitet. Zusammen bilden *Haupt-* und *Rahmenkorpus* das *Gesamtkorpus* der hier vorliegenden diskursanalytischen Arbeit.[66]

2.) Datenauswahl: Im Anschluss an die Erstellung des *Hauptkorpus* erfolgte die Datenauswahl für die *Feinanalyse* (Okt. – Dez. 2015). Diese musste nicht nur die inhaltliche Relevanz der Daten für die Fragestellung, sondern auch ihre gesellschaftliche Relevanz innerhalb des Diskursfeldes berücksichtigen. So ist es z. B. ein Unterschied, ob ein Artikel in einem lokalen Stadtteilanzeiger oder in einer auflagenstarken überregionalen Tageszeitung erscheint. Die Stimme einer namhaften Politikerin hat (ob ihres symbolischen Kapitals) in der Gesellschaft üblicherweise mehr Gewicht als die Wortäußerung eines anonymen Online-Foren-Nutzers. Die Tagesschau der ARD hat größere Reichweite als ein Nachrichtenbeitrag auf einem kleinen Regionalsender – und so weiter und so fort. Zur Strukturierung des Datensatzes wurden die erhobenen Daten deshalb zunächst in eine Reihe von ordnenden Kategorien unterteilt. Die erste Unterscheidung betraf dabei die drei beobachtbaren Sphären der Diskursproduktion: *Massenmedien*, *Politik* und *Zivilgesellschaft*.

Letztlich sind alle hier erhobenen Daten auf die eine oder andere Weise medial vermittelt. Die Kategorie *Massenmedien* umfasst allerdings nur solche Daten, die eigens von massenmedialen Institutionen produziert wurden (Printmedien, Fernsehen, Hörfunk aber auch Onlinemedien wie z. B. Internetzeitungen). Sprecher_innen, die zwar mediale Instrumente nutzen, um ihre Aussagen zu verbreiten, die ihrerseits aber nicht der Sphäre massenmedialer Institutionalisierung zuzuordnen sind, lassen sich entweder unter der Kategorie *Politik* (wobei hier neben genuin politischen Akteur_innen auch Akteur_innen der Verwaltung miteingeschlossen sind) oder der Kategorie *Zivilgesellschaft* subsummieren. *Zivilgesellschaft* ist ihrerseits

[66] Siehe hierzu das Korpusverzeichnis in Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial.

die mit Abstand heterogenste Kategorie und umfasst – wie weiter oben schon ersichtlich wurde – alle diejenigen kollektiven und individuellen Akteur_innen, die weder massenmedial noch politisch institutionalisiert sind.

Auf Grundlage der drei *Gesellschaftskategorien* wurden anschließend sieben *Relevanzkategorien* entworfen, die v. a. auf dem symbolischen Kapital der jeweiligen Sprecher_innen sowie auf deren Rolle und Funktion im Diskursfeld basieren und zur Einordnung der Daten entlang ihrer jeweiligen Bedeutung für die Debatte dienen. Die Orientierung am symbolischen Kapital der Sprecher_innen (bzw. ihres institutionellen Kontextes) ist deshalb wichtig, weil sich die Untersuchung in erster Linie für *dominante* Diskurse im Diskursfeld interessiert, also für solche Wirklichkeitskonstitutionen, aufgrund deren Machtentfaltung man davon ausgehen kann, dass sie einen erheblichen Einfluss in der Gesellschaft ausüben und nicht bloß eine partielle Randerscheinung bilden:

1. *Zentrale Akteur_innen*: Das sind diejenigen individuellen und kollektiven Akteur_innen, die als Personal oder institutioneller Teil des Dispositivs eine zentrale Funktion für die Hamburger Einbürgerungsinitiative, deren praktische Umsetzung und / oder öffentliche ‚Vermarktung‘ erfüllen. Zu nennen sind hier zum einen der frühere Erste Bürgermeister Olaf Scholz, der Hamburger Senat und die Hamburger Bürgerschaft, die Stadt Hamburg mit ihren verschiedenen (Verwaltungs-)Institutionen sowie die TGH. Diese Kategorie umfasst damit sowohl politische als auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen, die in besonderem Maße symbolisches Kapital akkumulieren. Aufgrund ihrer zentralen (Macht)Stellung im Dispositiv des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses bilden diese Akteur_innen die wichtigste Datenkategorien für die weitere diskursanalytische Untersuchung.
2. *Einflussreiche Medien*: Hierunter verbergen sich Akteur_innen der Medienbranche, die aufgrund der technischen Reichweite ihrer Einflusssphäre sowie aufgrund ihres symbolischen Kapitals als wesentliche Wortführerinnen der medial vermittelten Debatte gelten können (z. B. Zeitungen wie die Bild, die Zeit oder die Welt, Fernsehsender wie das ZDF, der NDR oder RTL, Radiosender wie der SWR oder die Deutsche Welle). Neben den zentralen Akteur_innen bilden sie daher die zweitwichtigste Datenkategorie.
3. *Politische Akteur_innen*: Umfassen zum einen Mitglieder politischer Parteien sowie politische Institutionen des Bundes und der Länder. Aufgrund ihrer hervorgehobenen gesellschaftlichen Stellung, können sie als wesentliche ‚Leitfiguren‘ in der öffentlichen Debatte gelten und bilden deshalb die dritte Relevanzkategorie.

4. *Institutionen der Zivilgesellschaft*: Diese Kategorie bezeichnet gesellschaftliche Organisationen wie z. B. Stiftungen, NGOs, soziale oder Bildungseinrichtungen. Ihr Einfluss ist (mit wenigen namhaften Ausnahmen) zumeist weniger weitreichend als derjenige politischer oder massenmedialer Akteur_innen, dennoch häufen auch sie in gewissem Ausmaß symbolisches Kapital an und ihre Wortäußerungen haben dementsprechend Gewicht.
5. *Besondere Zielgruppen*: Hier sind zum einen ‚migrantische' Akteur_innen angesprochen (also Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen von und/oder für Menschen mit Migrationshintergrund) und zum anderen solche Akteur_innen, die dem politisch rechten Rand zugeordnet werden können, selbst jedoch nicht der politischen Sphäre angehören (hierbei handelt es sich in der Hauptsache um Mitwirkende an rechten Blogs und Onlineforen). Diese Gruppen sind für die Produktion gesamtgesellschaftlicher Diskurse (wenigstens im Kontext der Hamburger Einbürgerungsinitiative) nicht oder zumindest weniger tonangebend als die vorgenannten Akteur_innen und akkumulieren (zumindest auf die Gesamtgesellschaft bezogen) auch deutlich weniger symbolisches Kapital. Nichtsdestoweniger bilden sie im Hinblick auf die zentrale Forschungsfrage eine wichtige Subkategorie und müssen daher in der Analyse angemessen Beachtung finden.
6. *Wichtige Hamburger Medien*: Damit sind diejenigen massenmedialen Akteur_innen gemeint, die – aufgrund ihres regionalen Charakters – gesamtgesellschaftlich zwar eine weniger große Reichweite haben als die oben genannten einflussreichen Medien, die jedoch bezogen auf die Hansestadt Hamburg und deren weiteres Einzugsgebiet durchaus symbolisches Kapital besitzen und daher für die zu untersuchende Debatte relevant sind. Namentlich sind hier das Hamburger Abendblatt, die Hamburger Morgenpost, Radio Hamburg und der TV-Sender Hamburg 1 zu nennen.
7. *Keine besondere Relevanz*: Diese Kategorie umfasst alle diejenigen Akteur_innen, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden konnten. Es handelt sich dabei zumeist um Akteur_innen ohne große gesellschaftliche Reichweite, ohne nennenswertes symbolisches Kapital und ohne besondere Bedeutung für die Forschungsfrage. Dateneinheiten dieser Kategorie wurden für die Formation des feinanalytischen Korpus daher nicht berücksichtigt.

Im Hinblick auf die hier skizzierten Kategorien ist zu bedenken, dass diese lediglich ein Modell abbilden. In der Praxis ist eine saubere Trennung der Sphären oft nicht möglich. So äußern sich Politiker_innen beispielsweise in Zeitungsartikeln und Fernsehbeiträgen. Angehörige der zivilgesellschaftlichen Sphäre sind in der Politik aktiv und umgekehrt. Das hier entworfene Kategoriesystem ist demgemäß nur als

notwendige Orientierungshilfe zu betrachten, die eine systematische Durchdringung des Korpus erlaubt. Wie jedes Modell muss es dabei die Komplexität realer Zustände zwangsläufig herunterbrechen.[67]

Im Anschluss an die Kategorisierung der Daten wurde der prozentuale Anteil berechnet, den die einzelnen Relevanzkategorien (im Sinne ihrer Quantität) am gesamten Hauptkorpus ausmachen. Dazu wurden die Dateneinheiten gezählt, die von jedem / jeder (individuellen oder kollektiven) Akteur_in der Diskursproduktion im Korpus enthalten sind und unter die jeweilige Kategorie subsumiert, dem der / die Akteur_in zugehört. Beispielsweise sind im Hauptkorpus 40 Artikel des Hamburger Abendblattes enthalten. Das macht 12,5 % des gesamten Datensatzes aus. Von der Zeitung ‚Die Welt' sind hingegen nur 20 Artikel enthalten (6,3 %), von der Bildzeitung 10 (3,1 %) und von der Zeitung ‚Die Zeit' lediglich 2 Artikel (0,6 %). Neben dem qualitativen Kriterium der *gesellschaftlichen Relevanz* musste daher auch das Kriterium der *quantitativen Präsenz* einzelner Diskursproduzent_innen in der medial vermittelten öffentlichen Debatte eine Rolle bei der Datenauswahl spielen. Eine Überbetonung einzelner Akteur_innen allein aufgrund ihrer qualitativen Bedeutung hätte, angesichts ihrer etwaigen quantitativen Unterrepräsentation, das Bild des Diskursfeldes ansonsten unzulässig verzerrt.[68]

Aus den qualitativen und quantitativen Kriterien wurde letztens die *diskursive Priorität* der einzelnen Datenkategorien entwickelt. Anhand dieser Priorität konnte der ungefähre Anteil abgeschätzt werden, den die jeweilige Kategorie am feinanalytischen Korpus haben sollte. Die Gesamtgröße dieses Korpus wurde auf einen Umfang von 150 Einheiten festgelegt. Diese Zahl war praktikabel für die intensive Detailanalyse und zugleich angemessen im Hinblick auf den Umfang des Hauptkorpus. Tabelle 3.2 zeigt die Aufschlüsselung der qualitativen Kategorien, ihres quantitativen Korpusanteils, der zugeordneten Priorität und der entsprechenden feinanalytischen Gewichtung.

Darüber hinaus wurden innerhalb der Relevanzkategorien ebenfalls Gewichtungen entsprechend der jeweiligen quantitativen Präsenz einzelner Akteur_innen vorgenommen, um auch hier die Repräsentativität der Daten angemessen gewährleisten zu können. Tabelle 3.3 zeigt dies exemplarisch am Beispiel der Kategorie *Zentrale Akteur_innen*.[69]

---

[67] Siehe hierzu die Korpusübersicht (Anhang 1) sowie den kompletten Auswahlschlüssel für die Feinanalyse (Anhang 2) im elektronischen Zusatzmaterial.

[68] Siehe hierzu wiederum Anhang 2 im elektronischen Zusatzmaterial.

[69] Siehe auch die komplette Tabelle in Anhang 2 im elektronischen Zusatzmaterial.

Tabelle 3.2 Auswahlschlüssel Feinanalyse Teil 1

Kategorie	**Anteil am Hauptkorpus**		**Priorität**	**Gewichtung in der Feinanalyse**	
	In Prozent (gerundet)	*Anzahl*		*In Prozent (gerundet)*	*Anzahl*
Zentrale Akteur_innen	41	132	!!!!!!	45	67
Einflussreiche Medien	18	58	!!!!!	20	30
Politische Akteur_innen	6	19	!!!!	8	12
Institutionen der Zivilgesellschaft	3	11	!	5	8
Besondere Zielgruppen	6	20	!!	7	11
Wichtige Hamburger Medien	18	58	!!!	15	22
Keine besondere Relevanz	7	22	–	–	–
Insgesamt	100	320	**–**	100	150

Tabelle 3.3 Auswahlschlüssel Feinanalyse Teil 2 (Beispiel: Zentrale Akteure/Akteurinnen)

Akteur_in	**Anteil an der Kategorie im Hauptkorpus**		**Anteil an der Kategorie in der Feinanalyse**	
	In Prozent (gerundet)	*Anzahl*	*In Prozent (gerundet)*	*Anzahl*
TGH	11	14	11	7
Senat & Bürgerschaft HH	11	15	11	7
Olaf Scholz	29	38	29	20
Stadt Hamburg	49	65	49	33
Insgesamt	100	132	100	67

Der hier präsentierte, umfangreiche Auswahlschlüssel sollte jedoch nicht als starres Gerüst missverstanden werden. Natürlich musste auch die inhaltliche Relevanz der Daten ausreichend Berücksichtigung finden. Um dies zu gewährleisten hat sich die Datenauswahl zwar strukturell am oben vorgestellten Priorisierungssystem

orientiert, zugleich aber auch das Instrument der minimalen und maximalen Kontrastierung aus dem Methodenspektrum der *Grounded Theory* angewandt. Auf diese Weise konnte nicht nur die formale Repräsentativität, sondern auch die inhaltliche Sättigung der ausgemachten Datenkategorien (sowie der sich in ihnen und durch sie entfaltenden Diskurse) sichergestellt werden.

3.) Feinanalyse: Mittels eines induktiven Codierverfahrens nach Vorbild der *Grounded Theory*[70] und unter Zuhilfenahme des wissenschaftlichen Analyseprogramms *ATLAS.ti* wurde das feinanalytische Korpus in einem ersten Schritt auf typisierbare *Deutungsmuster*, *Klassifikationen* und *Subjektpositionen* hin untersucht. In einem zweiten Durchlauf wurden *diskursive Verschränkungen* mit anderen Diskursthemen (z. B. Mehrstaatigkeit oder Optionspflicht) sowie *diskursive Strategien der Aussageproduktion* erhoben (Keller versteht hierunter „argumentative, rhetorische, praktische Strategien zur Durchsetzung eines Diskurses“[71]). Der erste Analyseschritt diente der Beantwortung der zentralen Forschungsfrage nach der diskursiven Konstruktion von ‚Deutscher Nation‘ sowie nach den sich ggf. daran anschließenden nationalistischen Ideologien. Er diente außerdem der Identifizierung der mit diesen Ideologien in Verbindung stehenden *Folk Concepts* von Nation, Integration, Identität und Kultur und bildet somit die wesentliche Grundlage der hier zu präsentierenden Ergebnisse. Der zweite Analyseschritt diente v. a. der Analyse diskursiver Machttechniken im Kontext von Macht/Wissen-Komplexen und in diesem Zusammenhang insbesondere auch der Analyse von Emotionalisierungstechniken, wie sie in Abschnitt 2.3 vorgestellt wurden. Er hatte insofern in erster Linie eine ergänzende und vertiefende Funktion. Im Rahmen beider Analyseschritte flossen offenes und axiales Codieren wechselseitig ineinander. Das selektive Codieren folgte hingegen erst im dritten Schritt der Bearbeitung.

Ausgangspunkt für diesen dritten Bearbeitungsschritt bildete ein umfangreicher *Codeindex*[72], der Fundstellen, Sprecher_innen sowie den jeweiligen Tätigungszeitraum der Aussagen auflistet. Mit Hilfe des Codeindex konnten die erhobenen Deutungsmuster zunächst sortiert und komprimiert werden (so wurden z. B. ähnliche Codes zusammengeführt, Codes mit geringer Frequenz und Dichte wurden herausgefiltert), um sie dann anhand ihrer Inhalte, interpretativen Bezüge und Bedeutungszusammenhänge stückweise in ihre jeweilige diskursive Struktur einzuordnen. In

[70] Siehe hierzu auch Bernard 2002: 464.

[71] Keller 2011b: 68.

[72] Der Codeindex umfasst 188 Codes mit zum Teil über 90 Belegstellen und ist mit insgesamt 85 Din A4 Seiten zu umfangreich, um ihn im Anhang dieser Arbeit abzubilden.

diesem Zuge wurden außerdem übergreifende ‚*Supercodes*' herausgearbeitet, welche die vorhandenen Codes ihrer gemeinsamen Aussage entsprechend gruppierten (z. B. alle Deutungsmuster, die auf einen *ethnonationalen* Nationenbegriff hindeuten, vs. alle Muster, die einen *staatsnationalen* Nationenbegriff implizieren). Mit Hilfe der Supercodes konnten dann einerseits die verschiedenen diskursiven Argumentationsstränge identifiziert werden und andererseits war es nun möglich, diese Stränge ihren jeweiligen Sprecher_innen zuzuordnen. Hierzu wurde aufgelistet, mit welcher Häufigkeit sowie vermittelt durch welche Medien die erhobenen Codes auftauchen, bzw. von welchen Sprecher_innen sie geäußert werden. Anschließend wurde überprüft, welche der Diskursproduzent_innen mindestens 75 % der Deutungsmuster eines spezifischen Supercodes abdecken und welche von diesen besonders relevanten Akteur_innen wiederum mindestens 75 % aller Supercodes des zugehörigen Diskurses vertreten.[73] Auf diese Weise konnte nach und nach die heterogene Akteurslandschaft des Diskursfeldes strukturiert und außerdem die zentralen Wortführer_innen der Diskurse ermittelt werden.

Bei der Etablierung der Supercodes flossen diskursanalytische Erkenntnisse und theoretisches Vorwissen zwangsläufig ineinander. Insofern entfernte sich die Analyse mit diesem Schritt von der Vorlage der *Grounded Theory*. Nur auf diese Weise konnten jedoch Parallelen und Widersprüche zwischen der populären und wissenschaftlichen Konzeption von Nation, Integration, Identität und Kultur effektiv herausgearbeitet werden. Hierin zeigt sich die von Kajetzke angesprochene Gratwanderung zwischen angestrebter empirischer Offenheit und notwendiger theoretischer Einbettung. Die Dialektik zwischen Induktion und Deduktion ist unabdingbarer Teil einer jedweden interpretativen Arbeit[74] – gerade auch wenn sie die im Forschungsprozess immer gegebene Gefahr rein subjektiver Bedeutungszuschreibung minimieren will.

In einem letzten feinanalytischen Schritt wurden schließlich *Phänomenstrukturen* und *Story Lines* der prominenten Diskurse im Diskursfeld identifiziert, untersucht und verglichen. Dieses Vorgehen diente der weiteren Strukturierung der Ergebnisse sowie der Gewinnung eines *roten Fadens* im Sinne der *Grounded Theory*. Jener rote Faden wiederum bildet die Basis der inhaltlichen Argumentation, wie sie im weiteren Verlauf dieser Arbeit dargelegt werden soll. Deutungsmuster, Klassifikationen und Subjektpositionen werden im Kontext von Phänomenstruktur und Story Line logisch (im Sinne der Eigenlogik des jeweiligen Diskurses)

---

[73] Siehe hierzu die tabellarische Darstellung der Sprecher_innen-Struktur in Anhang 3 im elektronischen Zusatzmaterial.

[74] Siehe hierzu Bernard 2002: 464.

zusammengeführt. Gleichsam wird der Einsatz diskursiver Strategien oder die spezifische Verschränkung mit anderen Diskursthemen vor dem Hintergrund einer solchen Eigenlogik (oder besser in wechselseitiger Beziehung dazu) weitergehend nachvollziehbar.[75]

4.) Diskursethnographie: Reiner Keller ist sich der diskursiven Bedeutung der von ihm als ‚nicht-diskursiv' kategorisierten Aspekte des sozialen Lebens sehr wohl bewusst. Mit dem Begriff des *Dispositivs* unterstreicht er ihre Relevanz für die diskursive ‚Weltintervention'.[76] Wissenssoziologische Diskursanalyse in Kellers Sinne kann ethnographische *Dispositivanalyse* durchaus miteinschließen. Tatsächlich schlägt er hierfür sogar den Begriff der *Diskursethnographie* vor:[77]

> „Ich unterscheide vier Ansatzpunkte einer ethnographisch fokussierten Zugangsweise zu Diskursen: (1) Die Detailanalyse der diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken der Diskursproduktion, (2) die Detailanalyse der Einrichtung und Nutzung von Dispositiven, (3) die Detailanalyse der Rezeption/Aneignung/Auseinandersetzung mit Diskursen in gesellschaftlichen Praxisfeldern und (4) das Verhältnis von Diskursen und Alltagswissen [bzw. subjektiven Sinnwelten]."[78]

In der Tat könnte man sagen, dass klassische ethnologische Forschung letztlich immer schon Diskursethnographie gewesen ist, insofern sie sich mit der Herauslösung kultureller Muster aus beobachtbarem sozialen Verhalten befasst. Neu ist hier lediglich die umfangreiche Rückbindung dieses Ansatzes an die moderne Tatsache einer massenmedial vermittelten Kulturproduktion sowie die sich hieran anschließende Perspektive auf *Kultur* als *diskursives Wissen*. Reiner Keller merkt dazu an:

> „Der Kulturanthropologe James Clifford (1992) und einige andere Autoren aus dem Kontext der Cultural Studies weisen seit einiger Zeit gegen die Idyllen ‚unberührter' Ursprünglichkeit und die ethnologisch-ethnographische Unterstellung der Abgeschlossenheit lokaler Kulturen auf die Bedeutung u.a. von Diskursen für das Verständnis ethnographischer Gegenstandsbereiche hin. Ihr Argument fordert einen radikal anderen Blick auf das Lokale als Ort der Überkreuzung, Vermischung, des Patchworks aus Strömen von Menschen, Erfahrungen, Dingen und historischen sowie zeitgenössischen Diskursen. Überträgt man diese Haltung auf Anwendungen fokussierter Ethnographie in modernen Gesellschaften, dann bedeutet sie eine zusätzliche Aufmerksamkeit für das, was von außen in die untersuchten Zusammenhänge (Felder) hineinwirkt."[79]

---

[75] Insgesamt umfasste die Feinanalyse den Zeitraum von Januar 2016 bis Juni 2017.

[76] Siehe Abschn. 2.4

[77] Keller 2011a: 260.

[78] Keller 2011a: 261.

[79] Keller 2011a: 261.

Ergänzend könnte man hinzufügen: Nicht nur die Diskurse die von außen auf lokale Kontexte einwirken, sind von potenziellem Interesse für die Diskursethnologie, sondern vielmehr das *Zusammenwirken* – in Form etwa von wechselseitiger Beeinflussung, konflikthafter Begegnung oder simpler Koexistenz – von Diskursen (oder Kulturen) auf unterschiedlichen Ebenen des Sozialen, sowie der komplexe und fluide Prozess der Internalisierung und Externalisierung dieser Diskurse durch die individuellen Akteur_innen. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden die drei ergänzenden, diskursethnographischen Untersuchungsschritte erläutert werden, welche die oben dargelegte Analyse – v. a. im Hinblick auf die Entstehung und Wirkung von Macht/Wissen-Komplexen – vervollständigen. Die vier Ansatzpunkte, die Keller für ein solches Vorgehen vorschlägt, werden sich darin an verschiedener Stelle wiederfinden. Vorab muss allerdings noch einmal betont werden, dass die diskursethnographischen Forschungsmöglichkeiten – gerade auch im Kontext eines hoch komplexen Diskursfeldes wie demjenigen um die Hamburger Einbürgerungsinitiative – ihrer Natur nach nahezu unbegrenzt sind. Im Rahmen des hier vorzustellenden Forschungsprojektes war es nicht möglich (oder sinnvoll), alle diese Optionen und Ansätze auch tatsächlich zu verfolgen. Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Arbeit liegt auf der Analyse massenmedial vermittelter Diskurse. Die weiteren ethnographischen Bausteine sind als Ergänzungen (auch durchaus notwendige Ergänzungen, aber eben nur Ergänzungen) zu verstehen. Sie geben wichtige, weiterführende Einblicke und helfen dabei, die diskursanalytischen Ergebnisse besser einzuordnen. Sie bilden jedoch nicht den Schwerpunkt dieser Arbeit. Dies tun sie auch allein schon deshalb nicht, weil die zentrale Fragestellung, die Forschungsziele, wie sie weiter oben dargelegt wurden sowie auch die daraus abgeleiteten Thesen zunächst und zuvorderst aus der öffentlichen Debatte in ihrer *Gesamtheit* heraus behandelt werden müssen. Würde man den Fokus stattdessen von vornherein auf einzelne Orte der Aussageproduktion, einzelne Gruppen von Sprecher_innen oder einzelne Bestandteile von Dispositiven ausrichten, bestünde die reelle Gefahr, wieder in die problematische perspektivische Enge zurückzufallen, die in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit kritisiert wurde. Eine Untersuchung, die allgemein nach nationalistischen Diskursen in der öffentlichen Debatte fragt sowie nach den *Folk Concepts*, die diese Diskurse anleiten, muss ihren Blick für das gesamte Spektrum dieser Debatte offenhalten. Die Betrachtung einzelner Ausschnitte und Aspekte kann daher auch nur (z. B. in weiterführenden Arbeiten) vor dem Hintergrund ihrer Gesamtheit Sinn ergeben. Diese Gesamtheit gilt es zuallererst zu erschließen und analytisch fassbar zu machen.

3.3 Das Lotsenprojekt der TGH: Emische Expertise zwischen Dispositiv und Adressat_innen

Reiner Keller zufolge ist die Ergänzung klassischer, auf Sprache und Text ausgerichteter Diskursanalysen durch diskursethnographische Erhebungsmethoden ein nützliches und wichtiges Instrument für die Fundierung, Absicherung sowie für die weiterführende Interpretation der diskursanalytischen Forschungsergebnisse:

> „Mit der vorgeschlagenen Konzeption einer Diskursethnographie geht es summa summarum um die detaillierte Analyse von Prozessen der Diskursproduktion einerseits, um das Verhältnis zwischen Diskursen, Praxisfeldern und Alltagswissen [bzw. subjektiven Sinnwelten] andererseits. In diesem Sinne könnte die Ethnographie eine wichtige korrigierende Position gegenüber der Diskursforschung dahin gehend einnehmen, dass sie letztere vor ‚idealistischen' Fehlschlüssen, also vor dem unmittelbaren Kurzschluss von Diskurs und Praxis bewahrt."[80]

Diskursive (das heißt kollektive) Sinnwelten sind, wie in Abschnitt 2.4 erläutert wurde, nicht ohne Weiteres gleichzusetzen mit den subjektiven Sinnwelten einzelner Akteur_innen (das gilt für die gesellschaftliche Makroebene genauso wie für soziale Interaktionen auf der Mikroebene). Zwar muss aus ethnologischer Sicht jedwede soziale Praxis als diskursiv begriffen werden und insofern fließen subjektives und diskursives Wissen fortwährend ineinander, das heißt aber nicht, dass sich medial vermittelte Gesellschaftsdiskurse auch eins zu eins im individuellen Denken und Handeln niederschlagen. Jede soziale Handlung ist immer auch eine diskursive Handlung (in dem Sinne, dass sie das Potenzial hat, Teil eines diskursiven Sinnzusammenhangs zu sein oder zu werden), das bedeutet aber nicht, dass sie auch zwangsläufig an und für sich Teil eines spezifischen *Diskurses* ist. Diskursive Wirklichkeit und individuelle Wahrnehmung stehen in einem komplexen Wechselverhältnis zueinander, dessen nähere Beschaffenheit ohne ethnographische Einblicke nicht zu entschlüsseln ist. Menschen sind letztlich immer Knoten- oder Schnittpunkte vielfältiger Diskurse, aus denen sie vermittels ständiger Wahl- und Aushandlungsprozesse (bewusst wie unbewusst) ihre eigene Identität konstruieren.[81] Will man die vielfältigen Wirkungsweisen diskursiver Macht-Wissen-Komplexe begreifen, ist es daher sinnvoll, im Anschluss an die Identifizierung dominanter Diskurse auf der Makroebene, zu untersuchen, inwiefern diese Diskurse tatsächlich Einfluss nehmen auf die subjektiven Sinnwelten der sie rezipierenden Akteur_innen – inwiefern sie also letztlich diskursive *Macht*

[80] Keller 2011a: 261.

[81] Siehe Abschn. 2.3 / 2.4

ausüben und inwiefern es ihnen dabei gelingt, kohärente *kulturelle Wirklichkeiten* zu erschaffen. Idealerweise müsste eine solche Untersuchung die gesamte Bandbreite der Gesellschaft repräsentativ erfassen – das volle Spektrum der Sprecher_innen, wie auch das volle Spektrum der von ihnen adressierten Publika, inklusive all der unterschiedlichen Räume und situativen Konstellationen innerhalb derer sie sich bewegen. Leider sprengt ein solcher Untersuchungsansatz die Möglichkeiten der vorliegenden Arbeit um ein Vielfaches. Um dennoch einen partiellen Einblick in das Wechselspiel von diskursiven und subjektiven Sinnwelten zu erhalten und überdies ein Beispiel dafür zu geben, wie die ethnographische Bearbeitung dieses Themenfeldes methodisch ausgestaltet sein könnte, fokussiert die Untersuchung auf die diskursethnographische Analyse derer, die vom Thema Einbürgerung in besonderer Weise betroffen sind – z. B. weil sie sich entweder in naher Zukunft einbürgern lassen möchten oder weil sie in der Vergangenheit bereits eingebürgert wurden. Eine umfassende Befragung oder gar Beobachtung (im Sinne von Teilnehmender Beobachtung) von Menschen, die in jüngster Zeit in Hamburg eingebürgert wurden oder sich derzeit im Antragsprozess befinden, war und ist aufgrund der schieren Größe dieser Gruppe mit den finanziellen und personellen Mitteln der hier vorzustellenden Forschung allerdings nicht möglich. So wurden allein im Jahr 2015 in Hamburg 5.891 Menschen eingebürgert.[82] 6.666 haben einen Antrag gestellt.[83] Die systematische Befragung eines derartigen Samples, oder auch nur eines repräsentativen Anteils desselben, bedarf der Instrumente und Ressourcen eines weitaus umfänglicheren Forschungsprojektes. Vor diesem Hintergrund war die Eingrenzung meines Vorhabens auf eine praktikable, überschaubare und dennoch (wenigstens in Teilen) aussagekräftige Untersuchungseinheit erforderlich. *Expert_inneninterviews* waren für das methodische Vorgehen an dieser Stelle daher eine logische Wahl.

Expert_innen sind in der ethnographischen Forschungspraxis Personen, „die für bestimmte Kategorien oder Probleme als besonders kompetent gelten“.[84] Sie sind indes nicht zu verwechseln mit den sogenannten *Schlüsselinformant_innen* klassischer ethnologischer Feldforschung. Ein/e Schlüsselinformant_in ist ein Mensch, „der als repräsentativ [für eine bestimmte Gruppe oder ‚Kultur ‘] gelten soll, oder der über besonders tief gehendes Wissen zum Thema verfügt und dies auch zu vermitteln versteht“.[85] Die Etablierung von Schlüsselinformant_innen ist in der Ethnologie seit Langem ein beliebtes Erhebungsinstrument, wurde

[82] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2016.

[83] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2016.

[84] Schlehe 2008: 128.

[85] Schlehe 2008: 128.

in der Vergangenheit allerdings auch vielfach kritisch hinterfragt. So schreibt beispielsweise Judith Schlehe:

> „Was am Konzept von Schlüsselinformanten in erster Linie zu kritisieren ist, leitet sich aus dem Begriff *Schlüssel* ab: Die Vorstellung, dass einzelne Personen – oftmals gesellschaftliche Außenseiter und meistens Männer, welche sich Ethnologen als Lehrer anbieten – als Quellen der Authentizität einen Zugang zum Verständnis einer Gesamtkultur liefern könnten.“[86]

Legt man den oben entwickelten Kulturbegriff zugrunde, der kulturelle Sinnwelten als Verstrickung heterogener Diskurse begreift, dann wird schnell klar, warum die Vorstellung, eine einzelne Person könnte dieses komplexe Gefüge repräsentativ abbilden, problematisch ist. Der Begriff des/der Expert_in suggeriert dementgegen keinen Anspruch „umfassender Repräsentativität und die Vorstellung, sich über bestimmte Gewährsleute Zugang zu einer Gesamtkultur zu erschließen“.[87] Vielmehr geht es hier um Expertise im praktischen Sinne. Expert_innen sind Menschen, die durch ihre Tätigkeit oder ihre Stellung in einer Gruppe, in besonderem Maße Wissen über bestimmte Themenfelder ansammeln und in diesem sehr spezifischen Bereich deshalb einen guten und hilfreichen Überblick geben können. Dieser Überblick ist und bleibt unweigerlich ausschnitthaft und subjektiv vermittelt.[88] Aus diesem Grund ist es sinnvoll, nach Möglichkeit nicht nur einen oder wenige, sondern im besten Falle eine größere Anzahl von Expert_innen zu befragen, um das Thema auf vielfältige Weise zu beleuchten.

Zur Befragung von Expert_innen eignen sich in besonderem Maße *semistrukturierte, leitfadengestützte Interviews*. Diese Befragungsmethode bietet sich v. a. deshalb an, da sie zum einen Offenheit und Flexibilität im Befragungsprozess ermöglicht, diesen aber gleichzeitig systematisiert und vorstrukturiert. Der Aspekt der Vorstrukturierung ist besonders im Hinblick auf die Befragung von Personengruppen relevant, deren Alltag sich in einen straffen Zeitplan gliedert und die deswegen auch bei der Durchführung von Interviews auf Effizienz und Achtsamkeit im Umgang mit (zeitlichen) Ressourcen Wert legen.[89] In der deutschen Gesellschaft, trifft dieses Charakteristikum auf einen Großteil der allgemeinen Bevölkerung zu, zumindest insofern diese berufstätig bzw. in Schule, Studium oder Berufsausbildung eingebunden ist.

[86] Schlehe 2008: 128.
[87] Schlehe 2008: 129.
[88] Schlehe 2008: 128f.
[89] Bernard 2002: 205.

Über das Kriterium formaler Praktikabilität hinaus, bieten semistrukturierte Interviews außerdem den Vorteil, dass sie die Vergleichbarkeit der Befragungsdaten gegenüber *unstrukturierten* oder gar *informellen Interviews* wesentlich erhöhen.[90] Zudem erleichtert die Entwicklung eines Interviewleitfades die fokussierte Orientierung an den Ergebnissen der diskursanalytischen Voruntersuchung. Da es im Rahmen der Expert_inneninterviews in erster Linie um die Frage ging, inwiefern dominante Diskurse aus der medialen Debatte Eingang in die subjektiven Sinnwelten individueller Akteur_innen finden und wie sie sich jeweils dort verhalten, empfahl sich bei der Erstellung der Interviewfragen eine enge Anlehnung an die in der Diskursanalyse erhobenen Supercodes und damit an Phänomenstruktur und Story Lines der identifizierten Diskurse. Im Grunde fragte ich also die Haltung der Interviewten zu den im Diskursfeld konstituierten Deutungsmustern, Klassifikationen und Subjektpositionen ab und beobachtete, ob sich in den Antworten einzelne Diskursstränge herauskristallisierten oder ggf. neu formierten.[91]

Im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative gibt es eine ganze Reihe von Personen, die als Expert_innen für unterschiedliche Teilaspekte des in dieser Arbeit formulierten Forschungsinteresses in Frage kommen. Zunächst einmal sind hier natürlich die Stellen in Behörde und Verwaltung zu nennen, die mit Planung und Umsetzung der Hamburger Einbürgerungsinitiative sowie mit dem Einbürgerungsverfahren im Allgemeinen betraut sind. Noch im Kontext der diskursanalytischen Untersuchung führte ich daher Interviews mit Waltraud Hadler – Referatsleiterin der Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten der Hamburger Behörde für Inneres und Sport – sowie mit Doris Kersten vom Amt für Arbeit und Integration der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration durch.[92] Die Expertise dieser beiden Ansprechpartnerinnen war v. a. für das praktische Verständnis der Einbürgerungsinitiative, deren Hintergründe und Abläufe von großem Wert. Wertvoll und hilfreich war in dieser Hinsicht überdies auch mein E-Mail-Kontakt mit der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung.[93] Die Möglichkeit eines persönlichen Gesprächs mit Hamburgs damaligem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz – der Leitfigur

[90] Bernard 2002: 204f.

[91] Siehe hierzu den Interviewleitfaden in Anhang 4 im elektronischen Zusatzmaterial.

[92] In Absprache mit Frau Hadler (Interviewkennzeichen HH01) und Frau Kersten (Interviewkennzeichen HH02 wurde auf eine Anonymisierung verzichtet. Für weiterführende Informationen zu den Interwies siehe Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial).

[93] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung (Fachreferent), 17.05.2018: Persönliche E-Mail, Betreff: Unterrichtseinheit Einbürgerung (Siehe Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Verzeichnis sonstiger Quellen).

des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses – bestand dementgegen leider nicht.

Während die hier genannten Ansprechpersonen mir besonders im Hinblick auf praktische Aspekte und allgemeine Verständnisfragen weitergeholfen haben, bot das Lotsenprojekt der TGH einen sinnvollen und wichtigen Ansatzpunkt für die Untersuchung der oben ausgemachten Zielgruppe (sprich Eingebürgerte / Einzubürgernde). Die Türkische Gemeinde Hamburg und Umgebung e. V. ist zunächst einmal „ein Dachverband von aktuell 27 Einzelvereinen, Gruppen und Initiativen, die sich in Hamburg und Umgebung um die verschiedensten Belange von Menschen mit Türkei stämmigen (sic!) Hintergrund kümmern“.[94] Seit 2010 unterhält die TGH das von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration im Rahmen der Einbürgerungsinitiative *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.* geförderte Einbürgerungsprojekt *„Ich bin Hamburger!“* (Lotsenprojekt). Ungeachtet ihres allgemeinen Zielgruppenfokus auf Menschen mit türkischem Migrationshintergrund konzipiert die TGH ihr Lotsenprojekt als „kultur- und herkunftsübergreifendes Projekt“,[95] dessen vorrangiges Ziel es ist:

- „Hindernisse, Ängste und Vorurteile abzubauen (sowohl auf Behördenseite als auch bei den Klienten*innen)
- die Zahl der Einbürgerungen zu erhöhen
- den Einbürgerungsprozess zu vereinfachen und zu beschleunigen
- und durch Infoveranstaltungen, Schulungen, Infoständen in den verschiedenen Communities über das Thema Einbürgerung zu informieren, die Voraussetzungen zu erklären und auf die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft aufmerksam zu machen…“[96]

Das Projektteam setzte sich zum Zeitpunkt meiner Untersuchung (Juni bis Dezember 2017) aus einer hauptamtlichen Leitung, sieben festangestellten oder auf Honorarbasis tätigen Koordinator_innen sowie einer großen Anzahl ehrenamtlicher Lots_innen zusammen. Die genaue Anzahl der Lots_innen ist dabei – wie in den meisten ehrenamtlichen Projekten – nicht genau zu bestimmen, da viele Ehrenamtliche sich nicht offiziell abmelden, wenn sie sich aus der aktiven Tätigkeit zurückziehen. Grundsätzlich bildet die ehrenamtliche Basis ein wichtiges Fundament für die Arbeit des TGH-Einbürgerungsprojektes und bestimmt auch in weiten Teilen dessen Wahrnehmung in der allgemeinen Öffentlichkeit. Für

[94] TGH o. J. a

[95] TGH o. J. b

[96] TGH o. J. b

besonderes Engagement im TGH-Projekt gibt es überdies die Möglichkeit, einen sogenannten *Hamburger Nachweis über freiwilliges Engagement* zu erhalten. Der *Hamburger Nachweis* ist eine offizielle Anerkennung ehrenamtlicher Bemühungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg, ggf. auch verbunden mit einer Aufwandsentschädigung von bis zu 200 EUR für im Rahmen des Ehrenamts entstandene Ausgaben (Fahrtkosten, Kopierkosten, etc.).[97]

Die Arbeitsweise des TGH-Lotsenprojekts stützt sich maßgeblich auf die Vorannahme, dass Migrant_innen üblicherweise in sogenannten *Communities* organisiert sind. Diese Communities konstituieren sich entweder national (auf Basis des Herkunftslandes, z. B. türkische Community), regional (auf Basis des kontinentalen Herkunftsgebietes, z. B. westafrikanische Community) oder sprachlich (auf Basis der jeweiligen nicht-deutschen Muttersprache, z. B. spanischsprachige Community). Es wird davon ausgegangen, dass es innerhalb der Communities besonders viele Personen gibt, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sich daher in naher Zukunft für eine Einbürgerung interessieren könnten. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass ein communitybasierter Ansatz auch deshalb zielführend ist, weil im Falle unterschiedlicher Herkunftsländer und Migrationskontexte (Aufenthaltsstatus, Flüchtlingsstatus, etc.) unterschiedliche Einbürgerungsanforderungen zum Tragen kommen oder aber ggf. auch unterschiedliche Hindernisse relevant sein können (z. B. in Bezug auf die jeweiligen Ausbürgerungsbestimmungen des Herkunftslandes).[98]

Aus ethnologischer Sicht ist eine ethnisch-kulturelle Gruppierung von Menschen, wie der Community-Ansatz sie impliziert, nicht ganz unproblematisch. Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie im untenstehenden Informationstext der offiziellen Hamburg-Website, mit den ‚kulturellen Kompetenzen' der Lots_innen geworben wird:

> „Das Team der Einbürgerungslotsen besteht aus erfahrenen Personen, die bestens mit dem Thema ‚Einbürgerung' vertraut sind. Die Einbürgerungslotsen kommen aus verschiedenen Communities, in denen sie sehr gut vernetzt sind. Sie kennen sich mit den gesellschaftlichen Strukturen und Kulturen aus und sind mit der jeweiligen Sprache vertraut."[99]

---

[97] Interview TGH01 (siehe Tabelle 4 in diesem Buch bzw. Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis), Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration o. J.

[98] Interview TGH01 (siehe Tabelle 4 in diesem Buch bzw. Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis).

[99] Hamburg.de o. J. b

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Mitglieder einer spanischsprachigen Community über die Gesellschaftsstrukturen aller spanischsprachigen Länder sowie über die vielfältigen kulturellen Besonderheiten innerhalb dieser Länder Bescheid wissen. Genauso müssen die Mitglieder einer spanischsprachigen Community hier in Deutschland nicht zwingend Ausländer_innen sein (und deswegen als Zielgruppe für Einbürgerungswerbung in Frage kommen). Überdies gibt es sicherlich auch viele spanischsprachige Ausländer_innen, die nicht unbedingt in einer entsprechenden sprachlich, national oder ethnisch organisierten Community vernetzt sind (z. B., weil der Grad ihrer ethnischen Identifikation eher dem schwachen Integrationslevel der *ethnischen Kategorie* entspricht). Unter diesen Gesichtspunkten birgt das communitybasierte Vorgehen also durchaus einige potenzielle Schwierigkeiten. Nichtsdestoweniger bietet es allerdings auch Vorteile: Über den Zugang zu einzelnen migrantischen Netzwerken, können Informationen relativ unproblematisch an etwaige Zielgruppen gelangen. Dass nicht alle Angesprochenen auch zugleich Zielpersonen sind und andere Zielpersonen dementgegen möglicherweise ‚durchs Raster fallen' ist dabei für die Praxis des TGH-Lotsenprojekts zunächst von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist indes, dass die persönliche Einbindung der Lots_innen in existente migrantische Gemeinschaften einen niedrigschwelligen Zugang ermöglicht und in besonderem Maße dazu angetan ist, ‚Berührungsängste' und Zweifel abzubauen, die z. B. auch auf schlechten Vorerfahrungen im Behördenkontakt (v. a. mit der Hamburger Ausländerbehörde) gründen.[100]

Die Koordinator_innen des Einbürgerungsprojektes sind jeweils für die Betreuung einer der beschriebenen Communities zuständig (z. B. türkische Community, russische Community, westafrikanische Community, lateinamerikanische und spanischsprachige Community). Das heißt, sie organisieren Veranstaltungen in und für diese Gruppen, um über die Einbürgerung zu informieren und für deren Vorteile zu werben. Darüber hinaus bieten sie auch Beratungen an, die (sofern möglich und erwünscht) in der jeweiligen (nicht-deutschen) Muttersprache des / der Klient_in abgehalten werden und die außerdem den jeweiligen Herkunftskontext berücksichtigt, insofern dieser im Rahmen der Einbürgerung relevant ist (z. B. im Hinblick auf Ausnahmen vom Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit). Die ehrenamtlichen Lots_innen sind dementgegen v. a. für die Vernetzung in den Communities zuständig, für den ersten persönlichen Kontakt mit den Zielgruppen und die Verbreitung von Informationsmaterial. Sie führen

[100] Interview TGH01 (siehe Tabelle 4 in diesem Buch bzw. Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis), Interview HH02 (Datum: 18.07.2017, Ort: Hamburger Rathaus – siehe Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis).

überdies ggf. erste Grundlagenberatungen durch, helfen beim Ausfüllen des Einbürgerungsantrags sowie dem Zusammentragen der einzureichenden Unterlagen. Auf Wunsch begleiten sie Klient_innen zu Behörden- und / oder Botschaftsterminen oder informieren über die Ausbürgerungsbestimmungen der jeweiligen Herkunftsländer. Selbst einen Migrationshintergrund zu haben ist für das Engagement als Lots_in nicht zwingend erforderlich. Laut Projektleitung sollte aber zumindest eine gute Einbindung in die migrantischen Communities gewährleistet sein, damit die Lots_innen-Tätigkeit sinnvoll ausgeübt werden kann. Dies ist v. a. deshalb erforderlich, weil Lots_innen für die Ansprache der Zielgruppen selbstverantwortlich ihre eigenen Kontakte und Netzwerke nutzen müssen.[101] Zusammenfassend heißt es auf der Website der TGH:

> „Das Herzstück des Projektes sind die ehrenamtlichen Einbürgerungslotsen. Das sind Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Sie engagieren sich für Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchten.
>
> Unsere Mitarbeiter*innen und Einbürgerungslotsen aus verschiedenen Communities (der Türkei, dem Balkan, Westafrika, Russland, Südamerika, Iran Nordafrika etc.) gehen direkt in diese, um unmittelbar Kontakt zu den Einbürgerungsinteressierten aufzunehmen. Sie sind vertraut mit den jeweiligen Nationalitäten, deren Sprachen, Kulturen und dem Thema ‚Einbürgerung‘. Sie kennen sich mit den gesellschaftlichen Strukturen und Kulturen aus und sind mit der jeweiligen Sprache vertraut.
>
> Das Team des Projektes nimmt regelmäßig an Schulungen zum Thema Ausländer-, Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht teil, um stets auf dem aktuellsten Stand zu sein. So können alle Einbürgerungswillige sicher sein, dass sie gut verstanden und beraten werden. Natürlich können uns alle Interessierten auch gern in den Räumlichkeiten der TGH besuchen und sich beraten lassen. Wir suchen die Konsulate auf, um Fragen bzgl. der Ausbürgerung und dem Wehrdienst zu besprechen und diskutieren mit den zuständigen Behörden Generelles und Einzelfälle, um zu Lösungen zu kommen.“[102]

Die Koordinator_innen und Lots_innen des TGH-Einbürgerungsprojekts eignen sich als Ansprechpartner_innen für die Durchführung diskursethnographischer Expert_inneninterviews in mehrfacher Hinsicht. Zunächst einmal sind die meisten von ihnen selbst eingebürgert worden und können so über Rahmen, Beweggründe und Folgen ihrer Einbürgerungsentscheidung aus erster Hand – oder, um es in ethnologische Terminologie zu fassen, aus *emischer* Perspektive – berichten. Zweitens sind sie wesentlicher Bestandteil des offiziellen Dispositivs der Hamburger Einbürgerungsinitiative und wirken an der Produktion des offiziellen Hamburger

[101] Interview TGH01 (siehe Tabelle 4 in diesem Buch bzw. Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis); TGH o. J. b

[102] TGH o. J. b

Einbürgerungsdiskurses aktiv mit. Letztens fungieren sie als Schnittstelle zwischen Einbürgerungsinteressierten, Behörde sowie – durch ihre Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit – Politik und weiterer Zivilgesellschaft. Sie bilden mit anderen Worten einen zentralen Knotenpunkt zwischen den Produzent_innen des offiziellen Einbürgerungsdiskurses und dessen Adressat_innen.

Dieser dreifachen Expert_innenrolle trug eine entsprechende Gliederung des verwendeten Interviewleitfadens Rechnung: Im ersten Teil des Interviews wurden Fragen zur Person gestellt und (falls zutreffend) zur persönlichen Einbürgerungserfahrung der Interviewten. Im zweiten Abschnitt folgten Fragen zum Lotsenprojekt und der eigenen Rolle darin. Außerdem wurde nach dem Verhalten der Adressat_innen im Kontext des Projekts und des weiteren Einbürgerungsprozesses gefragt. Im dritten Teil schlossen sich Fragen zur Einbürgerungsinitiative als solcher an, zu deren einzelnen Aspekten, ihren Auswirkungen im Praxisalltag des Lotsenprojekts und (wiederum) zu den Reaktionen der Adressat_innen auf diese Aspekte. Zuletzt stellte ein vierter, abschließender Teil offene Fragen zu den zentralen Deutungsmustern der im Diskursfeld dominierenden Diskurse. Ziel insbesondere dieses vierten Befragungsabschnittes war es, etwaige diskursive Fragmente und Strömungen in der subjektiven Sinnwelt meiner Interviewpartner_innen zu identifizieren und (im Anschluss an Stuart Hall) deren jeweilige Dekodierung nachzuverfolgen.[103]

Im Zeitraum von August bis November 2017 habe ich in der TGH insgesamt 11 Interviews durchgeführt. Vier Interviews davon führte ich mit verschiedenen Koordinator_innen, insgesamt sechs Interviews mit ehrenamtlichen Lots_innen (davon eines telefonisch) und ein Interview mit der Projektleiterin Tülin Akkoç. Fast alle Interviewten waren selbst eingebürgert oder befanden sich gerade im Einbürgerungsprozess. Lediglich eine Informantin war von Geburt an deutsche Staatsangehörige.[104] Die Anfrage der Interviewpartner_innen erfolgte im Falle der Koordinator_innen durch mich persönlich via E-Mail oder telefonische Ansprache. Im Falle der Lots_innen erfolgte die Vermittlung von Interviewpartner_innen mit Hilfe der Projektleiterin Tülin Akkoç. Aufgrund der starken beruflichen und ehrenamtlichen Auslastung der Koordinator_innen wie auch der Lots_innen blieb die Zahl der Interviews insgesamt auf 11 begrenzt. Mein Vorhaben, ergänzend zu den Expert_inneninterviews einige Fokusgruppeninterviews mit einer größeren Zahl von Teilnehmenden (insbesondere Lots_innen) durchzuführen, ließ sich aus demselben Grund leider ebenfalls nicht verwirklichen.

[103] Siehe Abschn. 2.4

[104] Siehe Tabelle 3.4

Die Auswertung der Interviews erfolgte, im Anschluss an deren Transkription, vermittels der Analysesoftware *ATLAS.ti*. Im Gegensatz zu dem induktiven Vorgehen im Rahmen der in Abschnitt 3.2 vorgestellten Diskursanalyse, orientierte sich die Codierung diesmal allerdings an einem *deduktiven Verfahren*, das zielgerichtet nach Hinweisen auf die *Supercodes* der öffentlichen Debatte suchte. Auf diese Weise konnte ermittelt werden, ob und wenn ja wie die dominanten Diskurse Eingang in die subjektiven Weltdeutungen der Expert_innen bzw. ihrer Klient_innen gefunden haben und inwiefern diese diskursiven Wirklichkeiten auf der sozialen Mikroebene der TGH Macht entfalten. Dabei bleibt anzumerken, dass die Aussagen der Expert_innen naturgemäß nur bis zu einem gewissen Grade Aufschluss über Wissen und Beweggründe ihrer Klient_innen geben können. Durch ihre zentrale Position im Praxisfeld Einbürgerung, ihre beratende und begleitende Funktion sowie ihren Status als Expert_innen haben sie durchaus weitreichende Einblicke in das Themenfeld und eine differenzierte Perspektive auf die Zielgruppe (oder wenigstens wesentliche Teile davon). Allerdings sind die Informationen, die sie über Dritte bereitstellen können, zwangsläufig immer schon durch die eigene Interpretation und Wahrnehmung vorgefiltert.[105] Hinzu kommt außerdem, dass natürlich nicht alle Einbürgerungsinteressierten Rat oder Beistand bei den Mitwirkenden des Hamburger Lotsenprojektes suchen. Viele wenden sich mit ihrem Wunsch nach Einbürgerung auch ohne Umwege direkt an die Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten. Des Weiteren ist fraglich, inwiefern im Verhältnis zwischen Koordinator_innen, Lots_innen und Klient_innen ggf. auch Fragen der sozialen Kontrolle und / oder der sozialen Erwünschtheit von Aussagen oder Handlungen eine Rolle spielen und tieferliegende Handlungsmotivationen/Denkmuster deshalb gar nicht erst bemerkt werden.[106] Die Aussagekraft der gewonnenen Daten ist vor diesem Hintergrund also naturgemäß begrenzt und keinesfalls verallgemeinerbar über den untersuchten Kontext hinaus. Die Daten gewähren einen ersten *Einblick* in das Themenfeld der Diskursrezeption, nicht jedoch einen abschließenden *Überblick*.

Tabelle 3.4 zeigt eine Übersicht aller Interviews mit biographischen Eckdaten zu den interviewten Personen. Um die Privatsphäre der Befragten zu schützen, wurden die Daten anonymisiert. In diesem Sinne wurde außerdem auf eine Kennzeichnung des jeweiligen organisationalen Status der Person (Leitung, Koordinator_in, Lots_in) verzichtet. Dieser Schritt ist insofern tragbar, als

---

[105] Ein Problem, das nicht nur ethnographische Interviews, sondern ganz im Allgemeinen jede Form der medialen (im Sinne von vermittelten) Berichterstattung betrifft.

[106] Wiederum ein Problem, das Interviews im Allgemeinen betrifft und nur durch umfassende Teilnehmende Beobachtung weitgehend minimiert werden kann.

sich in der Analyse keine systematischen Unterschiede zwischen den einzelnen Statusgruppen ergeben haben.

Aus Tabelle 3.4 wird ersichtlich, dass die Befragten keinen repräsentativen Querschnitt bilden, weder in Bezug auf die gesamte Hamburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund noch etwa in Bezug auf die eingebürgerte, bzw. einzubürgernde Bevölkerung. Zu der Frage, inwiefern sie die Mitglieder- und Mitarbeitendenstruktur des TGH-Lotsenprojektes repräsentativ abbilden, kann hingegen keine Aussage getroffen werden, da (wie oben bereits dargelegt) die Struktur der ehrenamtlichen Mitarbeitenden nicht offiziell feststeht. Insofern ist es beispielsweise unklar, inwiefern der Umstand, dass an der Befragung hauptsächlich weibliche Personen teilgenommen haben, darauf zurückgeführt werden kann, dass der Prozentsatz von weiblichen Projektmitwirkenden grundsätzlich höher ist (dies lässt sich nur in Bezug auf die damaligen Koordinator_innen bestätigen), oder ob sich dieses Bild allein aufgrund des opportunistischen Samplings zufällig ergeben hat. Da die individuelle Biografie der Befragten in den Interviews und insbesondere bei deren Auswertung jedoch eine untergeordnete Rolle gespielt hat und das Augenmerk zuallererst auf den identifizierbaren Diskursfragmenten lag sowie auf dem Expert_innenwissen über das Verhalten der weiteren Zielgruppe, müssen individuelle Aspekte der Person hier weitestgehend vernachlässigt werden. Sie spielen zwar insofern eine (durchaus wichtige) Rolle, als zu erwarten ist, dass sie sich (auch und gerade im Sinne der Überkreuzung von Diskursen) maßgeblich auf die Art und Weise des zu beobachtenden Dekodierungsprozesses auswirken, um diesbezüglich jedoch tragfähige Aussagen treffen zu können, hätte es eines weitaus größeren Samples und einer andersgearteten Methodik bedurft. Das Ziel der ethnographischen Untersuchung war es indes nicht, der lokalen Überkreuzung beliebiger Diskurse in mehr oder minder willkürlich ausgewählten Räumen der Mikroebene (oder gar innerhalb einzelner subjektiver Sinnwelten) nachzuspüren, sondern die spezifischen Interaktionsweisen der als dominant identifizierten nationalistischen *Makrodiskurse* (wenn auch nur ausschnitthaft) auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft zu beobachten und die Einflussnahme ihrer Macht-Wissen-Komplexe auf konkrete Akteur_innen exemplarisch zu beleuchten. Die Existenz und Einflussnahme anderer (Mikro-, Meso- oder Makro-)Diskurse (obgleich sehr wohl relevant) konnte dabei nur am Rande Beachtung finden. Bei dem hier vorgestellten diskursethnographischen Baustein handelt es sich lediglich um den Versuch, einen beispielhaften Einblick in das Wechselverhältnis aus kollektivem und subjektivem Wissen zu gewinnen, nicht um die holistische Erschließung dieses Themenfeldes – das überdies auch nicht Teil der zentralen Forschungsfrage dieser Arbeit ist. Die Frage danach, wie die diskursive Machtentfaltung – respektive der Prozess der kreativen Dekodierung

Tabelle 3.4 Übersicht: Expert_inneninterviews TGH

Person	**TGH01**	**TGH02**	**TGH03**	**TGH04**	**TGH05**	**TGH06**	**TGH07**	**TGH08**	**TGH09**	**TGH010**	**TGH11**
Geschlecht	w	w	w	w	w	m	w	w	w	w	w
Geburtsjahr	1980	1997	1981	1966	1965	1975	1980	1974	1973	1974	1976
Geburtsland	Deutschland	Deutschland	Pakistan	Mexiko	Deutschland	Iran	Brasilien	Ecuador	Russland	Iran	Deutschland
Staatsangeh.	Deutsch	Deutsch	Deutsch	Dt./Mexikan.	Deutsch	Dt./Iranisch	Brasil/Portu.	Dt./Ecuador.	Deutsch	Dt./ ranisch	Deutsch
Eingebürgert	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Im Prozess	Ja	Ja	Ja	Ja
Ausgebürgert	Ja (Türkei)	–	Ja (Pakistan)	Nein	Ja (Türkei)	Nein	Nein	Nein	Ja (Russland)	Nein	Ja (Türkei)
Einbürgerung Jahr	2003	–	2003	2013	2015	2015	–	2017	2008	2000	2010/11
Einbürgerung Ort	Hamburg	–	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Hamburg	Pinneberg
Lotsenprojekt Community	Diverse	–	Pakistan/Div.	Lateinamerik.	Türkei	Diverse	Brasilien	Lateinamerik.	Russischspr.	Persischspr.	Türkei
Interview Datum & Ort	24.08.2017 TGH	24.08.2017 TGH	26.09.2017 Café	13.10.2017 Telefon-interview	23.10.2017 Universität Hamburg	23.10.2017 Café	25.10.2017 TGH	25.10.2017 TGH	26.10.2017 TGH	20.11.2017 TGH	21.11.2017 TGH

von Diskursen – in all ihrer Komplexität ausgestaltet ist und wie sich verschiedene Diskurskonstellationen jeweils auf die Prozesse der Internalisierung und Externalisierung von Wirklichkeit auswirken, muss zu gegebener Zeit an anderer Stelle (außerhalb dieser Arbeit) beantwortet werden.

3.4 Grenzgänger_innen: Im Spannungsfeld zwischen diskursiver und subjektiver Sinnwelt

Da die in Abschnitt 3.3 vorgestellten Expert_inneninterviews lediglich einen vorläufigen und – aufgrund des unzureichenden Samples – äußerst vagen Einblick in das Spannungsfeld zwischen diskursiver Macht und subjektiver Rezeption geben können, war es sinnvoll, die qualitative Befragung durch eine umfangreichere, quantitative Erhebung zu ergänzen. Im Anschluss an die Expert_inneninterviews lag auch hier ein Fokus auf Grenzgänger_innen im Diskursfeld nahe, also auf Personen, die unmittelbar an der (imaginierten) nationalen / staatlichen Grenzlinie stehen, die durch die sozialen Schließungsmechanismen von Staatsangehörigkeit und Einbürgerung markiert wird (bzw. diese übertreten haben oder im Begriff sind sie zu übertreten). Abermals muss betont werden, dass dieser Fokus letztlich nur eine Kompromisslösung darstellt, da es – um dem holistischen Anspruch dieser Arbeit gerecht zu werden – eigentlich notwendig wäre, die gesamte Sprecher_innenstruktur sowie auch sämtliche Publika der dominanten Diskurse repräsentativ zu erfassen.

Aus pragmatischen Gründen hatte ich zunächst beabsichtigt, die Hamburger Einbürgerungsfeiern als Ausgangspunkt zu nutzen, um Zugang zu den dort versammelten Eingebürgerten zu erhalten – entweder durch direkte Befragung der Teilnehmenden vor Ort oder aber durch vorläufige Kontaktaufnahme im Rahmen der Feiern und anschließende Befragung zu einem späteren Zeitpunkt. Meine Anfrage bei der Hamburger Senatskanzlei, ob ich eine der beiden Möglichkeiten im Kontext der Einbürgerungsfeiern umsetzen dürfte, wurde jedoch leider negativ beschieden. Begründet wurde die Absage mit dem hohen symbolischen Wert der Feiern für die Eingebürgerten. Der feierliche Akt und die Würdigung der Einbürgerung sollen laut Aussage der Senatskanzlei nicht durch Eingriffe von außen gestört oder gemindert werden. Nach einem langen und oft auch nervenaufreibenden Einbürgerungsprozess sollen die Einbürgerungsfeiern Wertschätzung und Willkommenskultur vermitteln und keine weiteren Anforderungen an die neuen deutschen Staatsangehörigen stellen. Darüber hinaus bestand die Befürchtung, dass durch eine Erhebung im Zuge der Feiern (oder im unmittelbaren Anschluss

daran) der Eindruck entstehen könne, die Erhebung sei ein offizielles Projekt der Stadt Hamburg und würde als solches vielleicht sogar zur Teilnahme verpflichten.

Die Haltung der Senatskanzlei in diesem Punkt ist durchaus nachvollziehbar (gerade auch in Anbetracht des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses, wie er in späteren Kapiteln vorgestellt wird). Ihre Absage machte, sowohl was das Sampling, als auch was die Methodik meiner Untersuchung anging, ein Umdenken erforderlich. Glücklicherweise boten mir sowohl die TGH als auch die Hamburger Einbürgerungsabteilung diesbezüglich ihre Hilfe an, wofür ich zu großem Dank verpflichtet bin. Vor diesem Hintergrund entschied ich mich für die methodische Variante einer quantitativen Online-Befragung unter Verwendung der Erhebungssoftware *ScoSci Survey*. Dieses Vorgehen erlaubte mir ein umfangreicheres Sampling nach Kriterien, die weitaus besser dem oben geschilderten Gedanken an Grenzgänger_innen gerecht wurden und sich nicht nur auf Eingebürgerte allein beschränken mussten. So wurden neben bereits eingebürgerten Personen auch solche Personen miteinbezogen, die sich noch im Antragsprozess befinden oder sich ganz grundsätzlich für eine Einbürgerung interessieren, ohne bereits erste Maßnahmen ergriffen zu haben. Außerdem wurden Personenkreise inkludiert, die zwar ihrerseits die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen, die aber haupt-, neben- oder ehrenamtlich im Bereich Einbürgerung tätig und daher in besonderem Maße mit dem Themenfeld befasst sind (also z. B. Lots_innen des TGH-Projektes oder Mitarbeitende der Hamburger Einbürgerungsabteilung). Auch diese Personen können als Grenzgänger_innen begriffen werden, da sie sich in ihrem Tätigkeitsfeld unmittelbar an der sozial konstruierten Grenzlinie bewegen und zwangsläufig mit beiden Seiten in Kontakt stehen.[107]

Die Variante der Online-Befragung war im Hinblick auf das zu erfassende Sample insofern sinnvoll, als sie zunächst einmal die einfachste und ressourceneffizienteste Methode der quantitativen Befragung darstellt (verglichen etwa mit face-to-face Interviews, Telefoninterviews oder der postalischen Versendung papierförmiger Fragebögen).[108] In der heutigen Zeit (annähernd) totaler medialer Vernetzung ist überdies davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit der Zielgruppe keine Schwierigkeiten oder gar Beschränkungen im Umgang mit Computer und Internet erfährt und der Zugang daher unproblematisch ist. Zudem bieten sogenannte *self-administered questionnaires* noch eine Reihe weiterer Vorteile. So können z. B. mehr Personen befragt werden, als für andere

---

[107] Je nach Fall und Perspektive könnte man vielleicht auch von *Grenzwächter_innen* sprechen.

[108] Siehe hierzu Bernard 2002: 242–250.

Interviewmethoden realistisch wäre. Außerdem ist es möglich relativ lange Reihen von Fragen zu stellen, ohne die Teilnehmenden zu langweilen (wie etwa bei mündlichen Interviews). Auch sogenannte *Response Effects* (also die Tendenz der Befragten, sozial erwünschte Antworten zu geben) werden minimiert. Der Vorteil computergestützter Fragebögen besteht überdies darin, dass sie interaktiv gestaltet werden können, z. B. wenn man möchte, dass Proband_innen zunächst eine bestimmte Frage beantworten, ohne zu wissen, wie die nächste Frage lautet (was bei einem papierförmigen Fragebogen unmöglich wäre) oder wenn eine bestimmte Antwortkategorie dazu führen soll, dass bestimmte zusätzliche Fragen eingeblendet werden.[109] Im Hinblick auf computergestützte Befragungen hält Russell Bernard außerdem fest:

> „Respondents take quickly to this format – it's used a lot in market research – and often find it to be a lot of fun. Fun is good because it cuts down on fatigue. Fatigue is bad because it sends respondents into robot mode an they stop thinking about their answers."[110]

Diesbezüglich lässt sich hinzufügen, dass computergestützte Umfragen modern und professionell erscheinen und insofern *symbolisches Kapital* im Sinne Bourdieus generieren, was sie für die Teilnehmenden unter Umständen attraktiver macht als herkömmliche, papierförmige Fragebögen.

Die Ansprache der Befragten erfolgte aus praktischen Gründen vermittels *Snowball Sampling*.[111] Die Basis dieses Vorgehens bildeten Handzettel, die eine kurze Beschreibung des Forschungsthemas enthielten, eine Kontaktadresse für Rückfragen sowie einer URL bzw. einem QR-Code zur Umfrage. Die Flyer wurden an die Leiterin des TGH-Lotsenprojekts, Tülin Akkoç, und an die Leiterin der Hamburger Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten, Waltraud Hadler, übergeben. Frau Akkoç verteilte die Handzettel an die Mitwirkenden des Einbürgerungsprojekts, welche sie ihrerseits in die jeweiligen Communities weitertrugen. Überdies versendete Frau Akkoç eine PDF-Version des Handzettels über den E-Mail-Verteiler des Lotsenprojektes. Frau Hadler wiederum gab die Flyer an ihre Mitarbeitenden in der Einbürgerungsabteilung und diese verteilten sie weiter an die Einbürgerungsinteressierten und Antragstellenden, die zu einem Gespräch in die Behörde kamen. Die Umfrage lief über drei Monate, vom 17.07.2017 bis zum 16.10.2017. In diesem Zeitraum wurde der Fragebogen insgesamt 102-mal aufgerufen (inklusive versehentlicher Doppelklicks).

[109] Bernard 2002: 244 ff.
[110] Bernard 2002: 245.
[111] Siehe hierzu Bernard 2002: 185.

58 Personen haben den Fragebogen wenigstens teilweise ausgefüllt. Davon haben 45 Personen die Befragung komplett abgeschlossen. Zwei weitere Personen haben immerhin mehr als die Hälfte der Fragen beantwortet, sodass ihre Daten trotz vorzeitigen Abbruchs der Befragung verwertbar waren. Alles in allem ergab die quantitative Erhebung also ein Sample von 47 Fällen.

Der Anteil der weiblichen Befragten überwiegt im Datensatz deutlich den der männlichen (72,34 % zu 27,66 %).[112] Was das Alter der Befragten angeht, lässt sich eine große Bandbreite von unter-25-Jährigen bis hin zu über-60-Jährigen feststellen, wobei ein Schwerpunkt auf der Gruppe der 40 bis 60-Jährigen liegt (42,55 %). Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (55,32 %) ist nicht in Deutschland geboren. Nahezu drei Viertel aller Teilnehmenden wurden eingebürgert oder befinden sich gerade im Einbürgerungsprozess (72,34 %).[113] Auch aus diesem Grund bilden Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Datensatz die größte Gruppe (80,85 %) gefolgt von Personen mit brasilianischer Staatsangehörigkeit (27,66 %)[114] und – weit dahinter – mit (ehemaliger oder aktueller) türkischer Staatsangehörigkeit (12,77 %). Lediglich zwei Personen (4,26 %) besitzen weder eine deutsche Staatsangehörigkeit noch befinden sie sich im Moment der Befragung im Antragsprozess. Insgesamt 11 Personen (23,4 %) sind Deutsche qua Geburt

In Bezug auf die in Tabelle 3.5 zusammengefassten Daten muss noch einmal wiederholt werden, dass die vorliegende Erhebung keine Analyse individueller Biographien vornimmt und Personendaten lediglich peripher in die Untersuchung eingeflossen sind. Zu den Gründen, die sowohl praktischer als auch theoretischer Natur sind, wurde in Abschnitt 3.3 bereits Stellung bezogen. Anzumerken bleibt, dass das Feld der Überkreuzung von Diskursen (auf der zwischenmenschlichen Mikroebene sowie auch im individuellen Bewusstsein) von erheblicher Bedeutung für die weiterführende ethnologische Forschung in ganz unterschiedlichen Bereichen ist. Die vorliegende Arbeit soll nicht als Plädoyer zur Abkehr vom Lokalen oder zur generellen Bevorzugung eines makroperspektivischen Ansatzes verstanden werden. Vielmehr will sie im massenmedial vermittelten Raum der Öffentlichkeit die dominanten Leitlinien der Debatte und deren relevante

---

[112] Möglicherweise sind Frauen eher ehrenamtlich engagiert und in ihrer Community vernetzter als Männer und wurden durch das Snowball Sampling via die TGH daher häufiger erfasst. Diese Erklärung ist jedoch spekulativ, siehe hierzu auch Kap. 3.3.

[113] Interessant ist, dass nur 6 Personen für die Einbürgerung eine Staatsangehörigkeit abgeben müssen/mussten.

[114] Die starke Präsenz brasilianischer Staatsangehöriger ist auf das Engagement einer einzelnen Lotsin zurückzuführen und spiegelt nicht die tatsächlichen Verhältnisse der Hamburger Einbürgerungsstatistik wider.

Akteur_innen identifizieren, um weiterführenden (auch und gerade ethnographischen) Analysen sinnvolle und theoretisch tragfähige Anknüpfungspunkte zu liefern. Daten zur Diskursrezeption, wie sie in diesem und in Abschnitt 3.3 behandelt werden, sowie auch Daten zur Diskursproduktion, wie der nachfolgende Abschnitt 3.5 sie anspricht, dienen in diesem Sinne – neben ihrem Wert für die Einordnung der hier zu präsentierenden diskursanalytischen Ergebnisse – als Ausblick auf die vielfältigen Potenziale einer diskurstheoretisch verorteten Ethnologie mit ihren heterogenen Perspektiven, Instrumenten und Fragestellungen.

Tabelle 3.5 Übersicht: Datensatz der quantitativen Befragung

Variable	Wert	Häufigkeit	Prozent von Gesamt
Geschlecht	Männlich	13	27,66
	Weiblich	34	72,34
	Divers	0	00,00
Alter	Unter 25	6	12,77
	25 bis 40	16	34,04
	40 bis 60	20	42,55
	Über 60	5	10,64
Geburtsort	Deutschland	21	44,68
	Nicht Deutschland	26	55,32
Einbürgerungsstatus	Deutsch qua Geburt	11	23,40
	Eingebürgert	27	57,45
	Im Prozess	7	14,89
	Ausländer_in	2	4,26
Einbürgerung – Jahr	Vor 2000	7	14,89
	2000 bis 2007	7	14,89
	2007 bis 2011	1	2,13
	Nach 2011	12	25,53
Einbürgerung – Ort	Hamburg	29	61,70
	Nicht Hamburg	5	10,64
Ausbürgerung erforderlich	Ja	6	12,77
	Nein	27	57,45
	Weiß nicht	1	2,13

(Fortsetzung)

Tabelle 3.5 (Fortsetzung)

Variable	Wert	Häufigkeit	Prozent von Gesamt
Staatsangehörigkeit(en) – abgegeben	Türkei	3	6,38
Staatsangehörigkeit(en) – aktuell[115]	Albanien	1	2,13
	Angola	1	2,13
	Brasilien	13	27,66
	Deutschland	38	80,85
	Ecuador	1	2,13
	Frankreich	1	2,13
	Großbritannien	2	4,26
	Iran	2	4,26
	Libanon	1	2,13
	Mexiko	1	2,13
	Polen	2	4,26
	Portugal	2	4,26
	Slowenien	1	2,13
	Türkei	3	6,38
	Österreich	1	2,13
Teilnahme an Befragung aufgrund von…	Flyer	6	12,77
	Info Einbürgerungsabt.	14	29,79
	Info TGH-Lotsenprojekt	11	23,40
	Info Bekanntenkreis	7	14,89
	Sonstiges	10	21,28

[115] Es ist zu beachten, dass viele der Befragten mehrere Staatsangehörigkeiten haben. Die Prozentangaben beziehen sich auf das Verhältnis der jeweils einzeln angegebenen Staatsangehörigkeit zur Gesamtgruppe der Befragten.

Im Hinblick auf die Methode der quantitativen Online-Befragung muss mit Martin Sökefeld darauf hingewiesen werden, dass schriftliche Befragungen – neben den oben genannten Vorteilen – auch einige entscheidende Nachteile bergen:

> „Nachfragen sind nicht möglich, der Interviewte interpretiert den Fragebogen auf seine Art, und diese Interpretation kann von dem, der die Fragebögen erstellt und verteilt hat, nicht nachvollzogen werden. Man weiß also nicht, ob die Fragen ‚richtig' verstanden wurden. Der Forscher kann die Art des Verständnisses nicht aus Nebeninformationen, wie sie im Gespräch selbstverständlich sind, schließen. Diese Schwierigkeit erfordert besondere Sorgfalt bei der Erstellung von Fragebögen. Fragen müssen besonders einfach und eindeutig formuliert werden. Ein schriftlicher Fragebogen muss außerdem von einem Anschreiben begleitet werden, das Sinn und Zweck der Befragung erläutert. Datenschutz und Anonymität zusichert und auch eine Kontaktadresse für die Informanten nennt, falls sie doch weitergehende Fragen haben."[116]

Um die Fehleranfälligkeit des Online-Fragebogens zu minimieren, führte ich im Vorfeld der Befragung nicht nur einen technischen Funktionstest, sondern außerdem auch einen einwöchigen *Pretest* mit 10 Proband_innen durch, die in etwa der von mir anvisierten Zielgruppe entsprachen (verschiedene Geschlechter, verschiedene Altersgruppen, verschiedene Staatsangehörigkeiten, Eingebürgerte sowie Staatsangehörige qua Geburt). Für die Hälfte der Testenden war Deutsch eine Fremdsprache. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Fragebogen auch für Nicht-Muttersprachler_innen verständlich ist. Im Hinblick auf den Pretest bietet die verwendete Software *ScoSci Survey* des Weiteren die vorteilhafte Möglichkeit, dass Testende während des ‚Durchklickens' durch den Fragebogen Anmerkungen zu den einzelnen Fragen hinterlassen können. Somit können Unklarheiten sofort notiert werden, ehe sie in Vergessenheit geraten. Dies – sowie auch die wiederholte Rücksprache mit den Testenden – war bei der Aufdeckung von Missverständlichkeiten äußerst hilfreich. Zusätzlich zum Funktions- und Pretest wurde nach der Hälfte des offiziellen Umfragezeitraums eine erste Zwischenauswertung vorgenommen, um anhand der Teilnehmendenreaktionen einschätzen zu können, ob etwaige Nachjustierungen am Fragebogen oder der Samplingmethode erforderlich sind. Wie von Sökefeld gefordert, leitete ich den Fragebogen darüber hinaus mit einem kurzen Text ein, der Thema und Kontext meines Forschungsprojektes erläutert, den ungefähren Zeitaufwand nennt, der für die Beantwortung des Fragebogens einzuplanen ist, der Anonymität und den Schutz persönlicher Daten garantiert und außerdem eine Adresse für Rückfragen enthält. Weitergehend wurde in dem Text darum gebeten, die Umfrage

[116] Sökefeld 2008: 139.

nur einmal pro Person durchzuführen, um durch mehrfache Teilnahme nicht die Aussagekraft der Ergebnisse zu verfälschen. Am Ende des Fragebogens bot ich ein Kommentarfeld für zusätzliche Anmerkungen an und hinterließ überdies zum zweiten Mal meine Kontaktadresse.

Inhaltlich orientierte sich der Online-Fragebogen – ebenso wie der Leitfaden für die in Abschnitt 3.3 behandelten Expert_inneninterviews – an den Erkenntnissen, die aus der diskursanalytischen Voruntersuchung gewonnen wurden. Das Fragebogendesign folgte dabei dem Muster einer ethnologischen *Konsensanalyse*.[117] Das heißt, es wurden darin verschiedene – teilweise einander ergänzende, teilweise einander widersprechende – Deutungsmuster aus der öffentlichen Debatte abgebildet. Die Teilnehmenden erhielten dann jeweils die Auswahl zwischen den Antwortoptionen *Ich stimme zu / Ich stimme nicht zu / Ich weiß nicht*.[118] Auf diese Weise ließ sich für die zentralen Aussagen der dominanten Diskurse der jeweilige Zustimmungsgrad der Befragten ermitteln. Da einzelne Aspekte der Diskurse durch mehrere unterschiedliche ‚Statements' abgebildet wurden, ließ sich außerdem beobachten, inwiefern die Zustimmung der individuellen Akteur_innen zu den Diskursen durchgängig ist, oder je nach Situation und Kontext variiert. Durch dieses Vorgehen konnten Kontinuitäten und Brüche im Diskursfeld aufgedeckt werden, was die soziale Rezeption und Reproduktion dominanter Diskursströmungen anbelangt.[119] Die Analyse der Daten erfolgte unter Zuhilfenahme der Statistiksoftware *PSPP* (freie Alternative zur bekannten Software *SPSS*). Zur Erhebung des Antwortkonsenses wurden einfache *Häufigkeiten* ermittelt und außerdem *Kreuztabellen* angelegt, um einzelne Variablen miteinander zu vergleichen. Letzteres war v. a. notwendig, um Reaktionen auf verschiedene Aussagen miteinander in Beziehung zu setzen, die entweder das selbe Deutungsmuster auf unterschiedliche Art und Weise fassen, oder aber diametral gegenläufige Deutungsmuster und Diskursströmungen repräsentieren.

Festzuhalten bleibt, dass die hier beschriebene Umfrage (analog zu den in Abschnitt 3.3 behandelten Expert_inneninterviews) keineswegs repräsentativ ist für die gesamte Gruppe der ‚Grenzgänger_innen' im Diskursfeld Einbürgerung. Sehr wohl aber kann dieser kleine Exkurs in die Diskursrezeption (v. a. auch in Kombination mit den Ergebnissen der Expert_inneninterviews) Aufschluss über grundlegende Funktionsweisen einer etwaigen diskursiven Durchdringung geben: Inwiefern werden Diskurse in die subjektive Sinnwelt einzelner Akteur_innen

[117] Zur Methode der Konsensanalyse im Rahmen der Analyse von kulturellen Domänen siehe auch Schnegg / Lang 2008: 9–15.

[118] Siehe hierzu die Fragebogenvorlage in Anhang 5 im elektronischen Zusatzmaterial.

[119] Siehe hierzu das Auswertungsschema in Anhang 6 im elektronischen Zusatzmaterial.

inkorporiert? Vermischen sich dort, wo Diskurse einander begegnen, diskursive Partikel zu neuen, eigenständigen Deutungssystemen? Handelt es sich bei den übernommenen Deutungsfragmenten um bewusstes oder um unbewusstes, intuitives Wissen? All diese Fragen lassen sich durchaus auch in kleinem Rahmen mit den oben dargelegten Methoden beantworten und vermitteln so einen ersten, wenn auch ausschnitthaften Eindruck vom komplexen Wechselverhältnis zwischen Mensch und Diskurs.

Nachdem die Diskurs*rezeption* damit nun also auf verschiedene Weise beleuchtet wurde, wird es im nächsten Unterkapitel um die diskursethnographische Betrachtung spezifischer Aspekte der Diskurs*produktion* gehen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Einbürgerungsfeiern im Hamburger Rathaus, ihrerseits dispositiver Bestandteil des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses. Während also in Abschnitt 3.3 und 3.4 die Frage behandelt wurde, inwiefern dominante gesellschaftliche Deutungslinien in der subjektiven Sinnwelt der Rezipient_innen Macht entfalten, wird in Abschnitt 3.5 danach gefragt werden, wie diese Macht überhaupt entsteht, das heißt, wie, wo, von wem und mit welchen Mitteln sie produziert wird. Dabei gerät v. a. das komplexe Zusammenspiel von Diskursen, Ritualen und Emotionen in den Fokus, das in den Abschnitten 2.3 und 2.4 bereits zum Thema wurde und das im Folgenden weiterführend relevant sein wird.

3.5 Die Hamburger Einbürgerungsfeiern: Lokale Inszenierung eines nationalen *rite de passage*?

Die Einbürgerungsfeiern im Hamburger Rathaus bieten sich insofern für die wissenschaftliche Betrachtung an, als sie ein zentrales und zudem auch das chronologisch älteste Element der Hamburger Einbürgerungsinitiative sind. Allerdings sind sie kein exklusiv hamburgisches Phänomen. Seit der Reform des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2007 verlangt das deutsche Einbürgerungsrecht bundesweit nach einem feierlichen Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz und empfiehlt hierfür die Einrichtung offizieller Einbürgerungsfeiern. In vielen Städten und Kommunen gibt es schon seit 1999/2000 regelmäßige Einbürgerungszeremonien, in anderen (wie auch in Hamburg) wurden sie erst im Zuge der Innenminister_innenkonferenz von 2006 oder der sich daran anschließenden Gesetzesänderung von 2007 eingeführt. Intendiert sind die Feiern einerseits als „Willkommensgeste […] und als Symbol für den Anspruch, eine offene

Gesellschaft zu sein“, andererseits entspringen sie einer fortschreitenden normativen Aufladung von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft in der deutschen Gesellschaft.[120]

Einbürgerungsfeiern gibt es in vielen Ländern dieser Welt, so u. a. in den USA, der Schweiz, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Sie sind für die Sozialwissenschaften ein beliebter Forschungsgegenstand und wurden auch bereits von ethnologischer Seite beleuchtet. Das Forschungsinteresse richtete sich dabei zum einen auf die Frage, wie im Rahmen der Einbürgerungsfeiern soziale Konstruktionen von *Nation*, *Staatsangehörigkeit* und *Zugehörigkeit* ritualisiert werden[121] und zum anderen auf die Frage, wie die Eingebürgerten selbst auf die Feiern als solche sowie auf deren sozial konstruierte Wirklichkeiten reagieren.[122] Einbürgerungsfeiern werden dabei gängiger Weise als Rituale und konkreter – im Anschluss an Arnold van Gennep – als *rites de passage* behandelt, „die dem Dreischritt Separation – Transition/Liminalität – Inkorporation folgen“.[123] Dabei werden die charakteristischen Phasen von Übergangsriten einmal auf den Ablauf der Feiern selbst bezogen (physische Separation der Eingebürgerten vom restlichen Publikum und spätere (Re-)Inkorporation der Gruppen) oder auf den gesamten Einbürgerungsprozess als solchen (Separation von der alten Staatsangehörigkeit, Liminalität im Prozess der Antragsbearbeitung, Inkorporation durch den Akt der Einbürgerung und die Einbürgerungsfeier als symbolischen Höhepunkt).[124]

Rituale, und insbesondere Transformationsrituale von einem sozialen Status in einen anderen, erfüllen wichtige gesellschaftliche Funktionen auf individueller, wie auch auf kollektiver Ebene, insofern sie den Betroffenen den Übertritt von einer sozial definierten Rolle in eine andere erlauben, ohne dabei die kollektive Sinnwelt der gesellschaftlichen Ordnung zu gefährden oder auch die subjektive Sinnwelt des einzelnen Individuums zu erschüttern:

> „Transitions from group to group and from one social situation to the next are looked on as implicit in the very fact of existence, so that a man’s life comes to be made up of a succession of stages with similar ends and beginnings: birth, social puberty, marriage, fatherhood, advancement to a higher class, occupational specialization, and death. For every one of these events there are ceremonies whose essential purpose is

[120] Jakob 2012: 3

[121] Siehe hierzu u. a. Verkaaik 2010, Jakob 2012 und 2017, Edwards 2014 und Harper 2017.

[122] Siehe hierzu u. a. Hagelund / Reegård 2011.

[123] Jakob 2012: 4; siehe hierzu auch van Gennep 2004: 10 f.

[124] Jakob 2012: 4

> to enable the individual to pass from one defined position to another which is equally well defined.“[125]

Indem sie den sozialen Alltag der Akteur_innen durchbrechen, sich quasi aus ihm herauslösen, bieten Transformationsrituale die Gelegenheit, „auf einer Meta-Ebene die Wertgrundlagen, Regulierungen und Legitimationen des sozialen Gefüges, seiner Institutionen und der individuellen Platzierung in diesen [zu reflektieren]. Dadurch wird aktiv Sinn aktualisiert und die Kontinuität der Gruppe oder Gesellschaft gewährleistet“.[126] Ein besonderes Merkmal von Transformationsritualen ist es dabei – wie Don Handelman anmerkt –, dass sie den zu vollziehenden Wandel *aus sich selbst heraus* bewirken, nicht bloß einen bereits erfolgten Wandel validieren.[127] Betrachtet man die Einbürgerungsfeiern als solche, ist dieses Kriterium nicht erfüllt. Einbürgerungsfeiern sind nicht der wichtigste und schon gar kein zwingender Schritt auf dem (formellen) Weg zur (deutschen) Staatsangehörigkeit. Tatsächlich stellen Anniken Hagelund und Kaja Reegård in Bezug auf Norwegen fest, dass die überwiegende Mehrheit der Eingebürgerten gar nicht an den Einbürgerungsfeiern teilnimmt.[128] Auch in Hamburg ist die Zahl der Eingebürgerten und die Zahl der Teilnehmenden an den Einbürgerungszeremonien keineswegs deckungsgleich. Die Einbürgerungsfeiern nehmen insofern eine rein symbolische Funktion ein, als sie die *bereits erfolgte* Inkorporation der neuen deutschen Staatsangehörigen zelebrieren, nicht aber diese Inkorporation selbst vollziehen. Sie sind keine *rites de passage* im klassischen Sinne, werden aber durchaus von offizieller Seite als solche inszeniert. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass sie – wie Verkaaik in seiner Arbeit zu niederländischen Einbürgerungsfeiern anschaulich demonstriert – weniger für die Initiation der Eingebürgerten an sich bedeutsam sind, sondern vielmehr dazu beitragen, dominante nationalistische Diskurse (und damit spezifische kulturelle Wirklichkeitskonstruktionen) zu institutionalisieren und diese (im Bourdieu’schen Sinne) in die Beteiligten (Darstellende und Publikum gleichermaßen) einzuschreiben.[129] So waren die von Verkaaik untersuchten Einbürgerungszeremonien ihrem Ursprung nach zwar als „disziplinierendes Initiationsritual“ geplant, das Einzubürgernde auf einen Kanon ‚unverhandelbarer‘, ‚niederländischer‘ Werte

---

[125] Van Gennep 2004: 3

[126] Jakob 2012: 6

[127] Handelman 1998: 30f.

[128] Hagelund / Reegård 2011.

[129] Verkaaik 2010.

verpflichten sollte,[130] der diesbezügliche Effekt, den die Feiern auf die Zielgruppe ausübten, fiel jedoch äußerst gering aus. Verkaaik sieht die Zeremonien deshalb eher als Teil eines umfassenden nationalistischen Versuchs, die niederländische Nation neu zu definieren, sie zu essentialisieren und (vor allen Dingen) zu ‚kulturalisieren' – in dem Sinne, dass vormals rein rechtliche Kategorien wie die Staatsangehörigkeit mehr und mehr mit kulturellen Attributen aufgeladen werden.[131]

Während viele namhafte Ethnolog_innen und Soziolog_innen in ihren Studien auf die kontinuitätsstiftende und sozial festigende Wirkung von Ritualen verwiesen haben, betonen andere v. a. ihren pluralen Charakter und ihr Potenzial, sozialen Wandel herbeizuführen[132] – ein Aspekt, der auch im Hinblick auf den etwaigen Widerstreit von Diskursen und Gegendiskursen im Kontext der Hamburger Einbürgerungsinitiative von besonderer Relevanz sein kann. Unabhängig davon, ob Rituale nun eine bestehende Ordnung zementieren oder eine neue Ordnung etablieren wollen – unzweifelhaft ist, dass sie für die diskursive(n) Wirklichkeitskonstruktion(en), zu der (oder denen) sie in Relation stehen, von erheblicher Bedeutung sind. In Abschnitt 2.3 ist bereits auf die große, insbesondere auch emotionale Macht hingewiesen worden, die Rituale ob ihrer spezifischen Verfasstheit generieren können. In Abschnitt 2.4 wurde überdies festgestellt, dass Rituale den diskursiven Verknappungsmechanismen nach Foucault zugerechnet werden müssen und insofern einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Diskurse zu produzieren, zu reproduzieren und (ggf.) zu transformieren.

Vor diesem Hintergrund sind verschiedene Studien zu dem Schluss gekommen, dass Einbürgerungsfeiern nicht nur nationalistische Diskurse institutionalisieren, sie indizieren überdies die sozial erwünschte Subjektposition eines ‚guten Staatsangehörigen' und üben Druck auf die Eingebürgerten aus, sich diese Subjektposition im Zuge ihrer (symbolischen) ‚Initiation' anzueignen.[133] Auch im Hinblick auf die Hamburger Einbürgerungsfeiern ist es daher erforderlich, in besonderer Weise dafür sensibel zu sein, wie diskursive Deutungsmuster, Klassifikationen und Subjektpositionen rituell inszeniert (oder konstituiert) werden und (z. B. mittels der in Abschnitt 2.3 erörterten Emotionalisierungstechniken) Macht entfalten.

Für ein Vorhaben wie das hier intendierte, empfiehlt Abner Cohen, den analytischen Fokus auf die dramaturgischen Prozesse zu richten, die dem betreffenden

---

[130] Verkaaik 2010: 69 (meine Übersetzung).

[131] Verkaaik 2010: 69 f.

[132] Siehe hierzu u. a. Verkaaik 2010: 77, Guss 2000 und (am prominentesten) Cohen 1993.

[133] Siehe hierzu Edwards 2014 und Harper 2017.

Ritual und seiner symbolischen Inszenierung zugrunde liegen.[134] Er schlägt vor, alltägliche Rituale – analog zu einem Brecht'schen Theaterstück – analytisch aus ihrem gewohnten Kontext zu isolieren, um ihre Verstrickung in das weitere gesellschaftliche Spinnennetz aus Ideologien, Machtstrukturen und soziopolitischen Konfliktlinien aufzudecken.[135] Mit einem ähnlich gearteten Ansatz beweist David M. Guss, dass Rituale nicht nur etablierten Sinn reproduzieren, sondern oft auch neue Deutungen und neue Identitäten konstituieren. Dies tun sie, indem sie (analog zu den in früheren Kapiteln behandelten *Invented Traditions*[136]) in transformierter Weise an ältere Traditionen anknüpfen und Kultur sowie Identität dabei gewissermaßen *objektifizieren* (oder -um an die bereits etablierte Terminologie anzuknüpfen – zu essentialisieren). Guss benutzt hierfür den Begriff der *Cultural Performances*. Er beschreibt damit ein weit verbreitetes Phänomen, demzufolge ganze Gesellschaften sowie deren Kultur(en) in der Wahrnehmung ihrer Mitglieder durch einzelne Rituale, Feste oder Symbole repräsentiert werden, welche sich ihrerseits wiederum durch einen starken Hang zur *Ästhetisierung* auszeichnen.[137] Auch Einbürgerungsfeiern sind letzten Endes *Cultural Performances*, insofern sie ein plakatives Bild von nationaler Gemeinschaft vermitteln und dieses Bild dezidiert kulturell einfärben – beispielsweise indem sie (wie in Abschnitt 2.2 bereits angesprochen) Formen der Ästhetisierung nutzen, die sich lokaler, folkloristischer Kulturfragmente bedienen, um der abstrakten Nation (kulturelle) Substanz zu verleihen:[138]

> „The privileging of the visual, accomplished through colorful costumes and dramatic choreography, combines with technical excellence and virtuosity to present a cheerful, unceasingly optimistic world. This increased theatricalization abjures any mention of true historical conditions and replaces them with the staged creation of a mythic, detemporalized past.
>
> Of course the fact that this aestheticization is driven by the need to erase any signs of conflict, poverty, or oppression (common elements of all popular forms) underscores the impossibility of disconnecting the aesthetic from other issues of ideology. For at the heart of all traditionalizing processes is the desire to mask over real issues of power and domination."[139]

[134] Cohen 1980: 65.

[135] Cohen 1980: 65.

[136] Siehe hierzu v. a. Kap. 2.3

[137] Guss 2000: 7–14; siehe hierzu auch Kap. 2.3

[138] Verkaaik 2010: 70, 74ff.

[139] Guss 2000: 14.

Rituale (re)produzieren demnach Macht, indem sie diese zugleich maskieren und hinter einer symbolischen Fassade verbergen. Dies tun sie (und hier schließt sich der Kreis zu Foucaults Machtbegriff[140]) allerdings nicht immer und nicht zwangsläufig im Sinne hegemonialer Diskurse, denn Rituale sind ihrer Natur nach polysem[141] und vielstimmig:

> „Actors use these events to argue and debate, to challenge and negotiate. Thus, rather than thinking of cultural performances as simply 'texts', to be read and interpreted, a discursive approach recognizes that they are dialogical and even polyphonic. They are fields of action in which both dominant and oppressed are able to dramatize competing claims…"[142]

Rituale sind demzufolge eine Bühne für die Darstellung kultureller (sozialer, politischer, religiöser, ethnischer, lokaler, nationaler) Identitäten und für die vielstimmige Inszenierung von kollektiver Wirklichkeit mit Hilfe von Metaphern, Symbolen und (erfundenen) Traditionen.[143] In seinem Buch *Wir alle spielen Theater* etabliert Erving Goffman ein nützliches Analysevokabular für die Untersuchung solcher kultureller Performances. Auch wenn er seinen Ansatz ursprünglich für die Analyse von Alltagsinteraktionen entwickelte, eignet er sich durchaus auch für die dramaturgische Untersuchung von Ritualen im Allgemeinen und *rites de passage* im Besonderen:

Als **Darstellung** (oder auch Performance) bezeichnet Goffman das gesamte Verhalten eines/einer Akteur_in, „das er [oder sie] in Gegenwart einer bestimmten Gruppe von Zuschauern zeigt und das Einfluß auf diese Zuschauer hat", indem es ein bestimmtes Bild von seiner bzw. ihrer Person sowie von deren Absichten, Kompetenzen, Status, etc. vermittelt:[144]

> „Wenn der Einzelne eine Rolle spielt, fordert er damit seine Zuschauer auf, den Eindruck, den er bei ihnen hervorruft, ernst zu nehmen. Sie sind aufgerufen zu glauben, die Gestalt, die sie sehen, besitze wirklich die Eigenschaften, die sie zu besitzen scheint, die Handlungen, die sie vollführt, hätten wirklich die implizit geforderten Konsequenzen, und es verhalte sich überhaupt alles so, wie es scheint."[145]

---

140 Siehe Kap. 2.4

141 Verkaaik 2010: 73.

142 Guss 2000: 10.

143 Guss 2000: 23.

144 Goffman 2014: 23.

145 Goffman 2014: 19.

Goffmans Konzeption der Darstellung ist allerdings nicht nur dazu angetan, dem jeweiligen Publikum ein bestimmtes Bild vorzugaukeln, es räumt darüber hinaus auch die Möglichkeit ein, dass der/die Darstellende in unterschiedlichem Maße selbst an das glaubt, was er/sie darstellt, oder sogar durch die Verselbstständigung seiner/ihrer eigenen Darstellung – aller vormaligen Skepsis zum Trotz – dazu überzeugt wird, an die Authentizität der gespielten Rolle zu glauben.[146]

In Ergänzung zum Konzept der Darstellung, etabliert Goffman den Begriff **Fassade**, um das korrespondierende *Bühnenbild* (etwa die Einrichtung eines Büros) sowie *Erscheinung* (äußerliche Indizien für Status und Rolle einer Person) und *Verhalten* (konkretes Handeln in einer spezifischen Situation) zu erfassen.[147] Die Fassade als Ganzes umfasst also „das standardisierte Ausdrucksrepertoire, das der Einzelne im Verlauf seiner Vorstellung bewußt oder unbewußt anwendet."[148] Weiterhin stellt Goffman fest, dass Fassaden in komplexen Gesellschaften weitgehend standardisiert sind, insofern als dass gleiche oder sehr ähnliche Fassaden für die Darstellung unterschiedlicher Rollen gebraucht werden können oder sogar gebraucht werden müssen (z. B. werden in vielen offiziellen Kontexten und von vielen verschiedenen sozialen Rollenträger_innen Anzüge getragen). Außerdem ist es möglich, dass soziale Fassaden sich von ihrer eigentlichen Funktion loslösen und damit quasi zum Selbstzweck geraten (so z. B. wenn ein Arzt auch außerhalb seines beruflichen Umfeldes seine soziale Rolle und den damit einhergehenden Status betont oder aber andere von ihm erwarten, dass er dies tut).[149]

Mit dem Konzept der **Idealisierung** verweist Goffman auf den (in hohem Maße mit Bourdieus symbolischem Kapital kompatiblen) Umstand, dass Darstellende – um in ihrer Rolle vollauf akzeptiert zu werden – sich bei ihrer „Selbstdarstellung vor anderen darum bemühen [müssen], die offiziell anerkannten Werte der Gesellschaft zu verkörpern und zu belegen".[150] Denn eine „bestimmte Art von Person sein, heißt […] nicht nur, die geforderten Attribute zu besitzen, sondern auch, die Regeln für Verhalten und Erscheinung einzuhalten, die eine bestimmte soziale Gruppe mit diesen Attributen verbindet".[151] Hierin zeigt sich dann auch der Brückenschlag zum Ritual im klassisch ethnologischen Sinne:

146 Goffman 2014: 19–23.
147 Goffman 2014: 23ff.
148 Goffman 2014: 23.
149 Goffman 2014: 27f.
150 Goffman 2014: 35.
151 Goffman 2014: 69f.

> „Insofern eine Darstellung die gemeinsamen offiziell anerkannten Werte der Gesellschaft, vor der sie dargeboten wird, betont, können wir sie nach dem Vorbild Durkheim und Radcliffe-Browns als Ritual betrachten, das heißt, als eine ausdrückliche Erneuerung und Bestätigung der Werte der Gemeinschaft. Darüber hinaus werden in dem Maße, in dem die in Darstellungen nahegelegte Sicht als Wirklichkeit akzeptiert wird, diese Darstellungen Züge einer Zeremonie haben. Im eigenen Zimmer zu bleiben und sich von dem Ort fernzuhalten, an dem die Festlichkeit stattfindet beziehungsweise an dem der Kunde bedient wird, heißt, sich fernzuhalten von dem Ort, wo Wirklichkeit dargestellt wird.“[152]

Um das Ziel einer idealisierten Darstellung zu erreichen, müssen die Darstellenden gewisse Aspekte der Situation betonen und andere vertuschen. Allgemein ist eine strenge Informationskontrolle vonnöten, um beim Publikum keinen ‚falschen‘ Eindruck entstehen zu lassen. So wird durch die „Wahrung der sozialen Distanz […] beim Publikum Ehrfurcht“ erzeugt und der oder die Darstellende „in einem Zustand der **Mystifikation**“ gehalten:[153]

> „Das Publikum wähnt hinter der Darstellung Mysterien und geheime Mächte, und der Darsteller ahnt, daß seine entscheidenden Geheimnisse unbedeutend sind. Wie zahllose Volksmärchen und Initiationsriten zeigen, ist das Geheimnis, das hinter dem Mysterium steht, oft die Tatsache, daß es in Wirklichkeit kein Mysterium gibt; das wirkliche Problem besteht darin, das Publikum daran zu hindern, dies ebenfalls zu bemerken.“[154]

Vor diesem Hintergrund ist überdies Goffmans Unterscheidung von **Vorderbühne** und **Hinterbühne** interessant. Die Vorderbühne ist der Ort, an dem sich das Publikum befindet, an welchem also die Darstellung stattfinden, die Fassade gewahrt werden muss (z. B. mit Hilfe von Praktiken der Idealisierung und Mystifikation). Demgegenüber steht die Hinterbühne als Ort, zu dem das Publikum keinen Zutritt hat und an welchem vormals unterdrücktes Verhalten offen praktiziert werden kann, ohne dass man ‚enttarnt‘ würde und unmittelbare Konsequenzen fürchten müsste. Zugleich kann die Hinterbühne auch als Raum dienen, in dem Darstellungen von Einzelnen oder einem größeren Ensemble geplant und eingeübt werden, um sie später auf der Vorderbühne öffentlich zu präsentieren:[155] „Innerhalb des Ensembles herrscht Vertraulichkeit, entwickelt

[152] Goffman 2014: 35f.

[153] Goffman 2014: 62f (meine Hervorhebung).

[154] Goffman 2014: 65.

[155] Goffman 2014: 100–105.

sich zumeist Solidarität, und Geheimnisse, die das Schauspiel verraten könnten, werden gemeinsam gehütet.“[156]

Goffman betont in seinem Werk zwar die Rolle der Darstellenden und ihres Ensembles, impliziert damit jedoch keine Passivität oder gar Bedeutungslosigkeit des Publikums. Denn egal wie passiv die Zuschauenden auch erscheinen mögen, „durch ihre Reaktion auf den Einzelnen und die Art des Verhaltens, die sie ihm ermöglichen“ bestimmen sie die Situation wirkungsvoll mit.[157] Zu offenen Konflikten zwischen Publikum und Darstellenden kommt es – zumindest wenn beide Seiten die selbe soziale Wirklichkeit teilen – Goffman zufolge allerdings eher selten:

> „Normalerweise sind Situationsbestimmungen der einzelnen Mitglieder einer Gruppe so weitgehend aufeinander abgestimmt, daß keine offensichtlichen Widersprüche auftreten. Damit soll nicht gesagt sein, es bestehe jene Übereinstimmung, die sich einstellt, wenn der Einzelne offen das ausdrückt, was er wirklich fühlt, und mit den Gefühlen der anderen ehrlich übereinstimmt. Diese Art von Harmonie ist ein optimistisches Ideal und jedenfalls nicht unbedingt notwendig für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft. Man erwartet im Gegenteil von jedem Teilnehmer, daß er seine unmittelbaren tieferen Gefühle unterdrückt und einen Aspekt der Situation ausdrückt, den seiner Ansicht nach die anderen wenigstens vorübergehend akzeptieren können. Diese oberflächliche Übereinstimmung, die den Anstrich von Einigkeit hat, wird ohne Schwierigkeiten aufrechterhalten, wenn jeder seine eigenen Bedürfnisse hinter der Verteidigung von Werten verbirgt, denen sich alle Anwesenden verpflichtet fühlen.“[158]

In sozialen Interaktionen (und das gilt in besonderem Maße, wie Guss weiter oben gezeigt hat, auch für Rituale) wird Wirklichkeit also selektiv dargestellt und auf diese Weise ein ‚kleinster gemeinsamer Nenner‘ geschaffen, der den Erfolg der sozialen Beziehung wenigstens vorübergehend absichert.

Für die Untersuchung von institutionalisierten (rituellen) Darstellungen bieten sich Goffman zufolge fünf verschiedene Perspektiven an:

1) Eine Institution kann *technisch*, das heißt „unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirksamkeit und Unwirksamkeit als absichtlich organisiertes System der Betätigung zur Erzielung vorherbestimmter Zwecke betrachtet werden“.[159]

---

156 Goffman 2014: 217.

157 Goffman 2014: 12; siehe hierzu auch Abschn. 2.3

158 Goffman 2014: 12 f.

159 Goffman 2014: 218 f.

2) Eine Institution kann *politisch*, also „unter dem Gesichtspunkt der Handlungen, die jeder Partner (oder jede Klasse von Partnern) von den anderen verlangen kann, der Arten von Bestrafungen und Belohnungen, die ausgeteilt werden, um diese Ansprüche durchzusetzen, und unter dem Gesichtspunkt der sozialen Kontrolle betrachtet werden, die das Erteilen von Befehlen und die Anwendung von Sanktionen begleiten".[160]
3) Eine Institution kann auch *strukturell* „unter dem Gesichtspunkt der horizontalen und vertikalen Statusunterscheidungen und der sozialen Beziehungen, die diese verschiedenen Gruppierungen miteinander verbinden, untersucht werden".[161]
4) Eine Institution kann überdies *kulturell*, also „unter dem Gesichtspunkt der moralischen Werte [analysiert werden], von denen die Tätigkeit innerhalb der Institution beeinflußt wird – also unter dem Gesichtspunkt der Wertsetzungen, die sich auf Mode, Sitten und Fragen des Geschmacks, auf Höflichkeit und Anstand, auf letzte Ziele und normative Abgrenzung der Mittel usw. beziehen".[162]
5) Eine Institution kann schließlich auch *dramaturgisch* betrachtet werden, indem man „die Techniken der Eindrucksmanipulation und die Identität und das Beziehungsnetz der verschiedenen Vorstellungsensembles einer Institution" untersucht und interpretierend auswertet.[163]

Die vorliegende Arbeit interessiert sich v. a. deshalb für die Hamburger Einbürgerungsfeiern, weil sie Teil des Dispositivs eines offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses sind und insofern davon auszugehen ist, dass sie entsprechende Deutungsmuster, Klassifikationen und Subjektpositionen aktualisieren bzw. vermittels ritueller Machttechniken verstetigen. Zugleich liegt das Augenmerk aber auch auf den Reaktionen des Publikums sowie auf der Frage, inwiefern die Adressat_innen die ihnen präsentierte hegemoniale Wirklichkeitsdefinition teilen, oder ihr aber – in Form von Gegendiskursen – widersprechen. In Anbetracht dieser Zielsetzungen sind für die hier vorzunehmende Analyse v. a. die *dramaturgische* und die von Goffman als *kulturell* betitelte Perspektive relevant (wobei im Hinblick auf letztere der Fokus auf *Werte* durch einen Fokus auf *Wissen* erweitert werden muss). Die anderen drei Perspektiven werden bei der Präsentation der Ergebnisse nur am Rande und nur insofern von Bedeutung sein, als sie ggf. auf die dramaturgische und kulturelle Dimension zurückwirken.

[160] Goffman 2014: 219.
[161] Goffman 2014: 219.
[162] Goffman 2014: 219.
[163] Goffman 2014: 219.

Die diskursethnographische Erforschung der Diskursproduktion (oder auch der rituellen Diskursinszenierung), wie sie als Teil der vorliegenden Arbeit durchgeführt wurde, basiert auf klassischer Teilnehmender Beobachtung auf vier Hamburger Einbürgerungsfeiern im Zeitraum von April 2016 bis Juli 2017. Dabei interessierte sich die Untersuchung v. a. für die von Goffman eingeführten Elemente der *Dramaturgie* (Darstellung, Fassade, Idealisierung und Mystifikation), für Formen der *Ästhetisierung* (insbesondere unter Einbeziehung lokaler Identitäts- und Kulturfragmente) sowie für Techniken der *Emotionalisierung*, wie sie in Abschnitt 2.3 behandelt wurden. In besonderer Weise fokussierte die Analyse überdies die antizipierte Verschränkung von Diskurs(en) und Ritual in Form von Deutungsmustern, Klassifikationen und Subjektpositionen. Diskursanalyse und Diskursethnographie flossen insofern aktiv ineinander, als zentrale Elemente der Feiern – wie z. B. die dort gehaltenen Reden oder der offizielle *Einbürgerungsfilm* – sowohl in ihrem rituellen Kontext als auch losgelöst davon als diskursives Ereignis untersucht wurden. Da mein Zugang zu den Feiern weitestgehend auf den öffentlichen Raum der Vorderbühne beschränkt blieb, wird dieser in der Präsentation der Ergebnisse eine prominente Rolle einnehmen. Elemente der Hinterbühne flossen indessen nur sekundär und am Rande in die Untersuchung mit ein. Hierin zeigt sich wiederum der *ergänzende* Charakter der hier vorgestellten diskursethnographischen Analysebausteine: Es war und ist nicht das Ziel, Einbürgerungsfeiern als solche ins Zentrum der Betrachtung zu rücken. Relevant sind diese allein im Hinblick auf ihre Funktion im und für das zu untersuchende Diskursfeld. Als Beispiel für die Sphäre der Diskursproduktion stehen sie nur als eines unter vielen möglichen, die nicht alle vollständig und abschließend hier behandelt werden können. Anhand der Feiern soll also *beispielhaft* gezeigt werden, wie diskursive Macht entsteht (bzw. entstehen kann). Weitere Untersuchungen auf dem Gebiet (im gleichen sowie in anderen Settings) wären wünschenswert, müssen allerdings an dieser Stelle anderen überlassen bleiben.

Mit der makroperspektivischen Diskursanalyse, den quantitativen und qualitativen Befragungen sowie der Teilnehmenden Beobachtung im Rahmen der Hamburger Einbürgerungsfeiern, sind die Forschungsbereiche Diskurs(feld), Diskursrezeption und Diskursproduktion (respektive Diskursinszenierung) analytisch abgedeckt. Auch wenn die diskursethnographischen Bausteine hier nur als Exkurse in den jeweiligen Teilbereich der Diskursforschung gelten können, geben sie doch zumindest einen vorläufigen Einblick in das potenziell umfassende Betätigungsfeld der Diskursethnologie einerseits und das Phänomen populärer deutscher Nationalismen andererseits. Zusammenfassend gibt Tabelle 3.6 einen Überblick über den gesamten Untersuchungszeitraum, die Forschungsziele sowie die verwendeten Methoden und erhobenen Daten.

Tabelle 3.6 Übersicht: Ziele, Methoden, Daten

Teilbereich	Ziel	Methode	Daten	Zeitraum
Diskurs(feld)	Analyse nationalistischer Diskurse	*Diskursanalyse:* Fokus auf Deutungsmuster, Klassifikationen, Subjektpositionen, Phänomenstrukturen, Storylines	*Rohkorpus:* 600 + Dateneinheiten* *Hauptkorpus*: 320 Dateneinheiten* *Rahmenkorpus:* 20 Dateneinheiten* *Feinanalyse:* 150 Dateneinheiten*	01/2015 – 06/2017 (inkl. Re-cherche & Daten-Auswahl)
	Analyse populärer *Folk Concepts* von Nation, Identität, Integration, Kultur			
	Analyse v. Macht/Wissen-Komplexen	*Diskursanalyse:* Fokus auf Diskursive Strategien, Diskursverschränkungen		
Diskursrezeption		*Diskursethnographie:* Qualitative Expert_inneninterviews	*TGH:* 11 Interviews *Stadtverwaltung:* 2 Interviews *HH-Schulbehörde:* E-Mail-Kontakt	06/2017 – 11/2017 (inkl. Vor-bereitung)
		Diskursethnographie: Quantitative Online-Befragung	47 Fälle	06/2017 – 10/2017 (inkl. Vor-bereitung)
Diskursproduktion		*Diskursethnographie:* Teilnehmende Beobachtung	4 Einbürgerungsfeiern	04/2016 – 07/2017

** In der Hauptsache unterschiedliche Textsorten, überdies Bilder/Grafiken, Tabellen/Statistiken, Videodateien und (in geringer Anzahl) Audiodateien.*

Im Folgenden sollen nun die Ergebnisse der diskursanalytischen Untersuchung dargelegt werden. Hierfür werden in Kapitel 4 zunächst die dominanten Diskurse sowie deren weniger dominante Seitenarme vorgestellt. Weiterführend folgen in Kapitel 5 Exkurse in Diskursrezeption (5.1) und -produktion (5.2). Überdies wird ein weiterer, für das Diskursfeld (thematisch) peripherer und doch zugleich auch (symbolisch) zentraler Diskurs untersucht, der in besonderer Weise an eine lokale Hamburger Identitätskonstruktion anknüpft (5.3). Die Darstellung schließt mit der Analyse diskursiver Strategien der Aussageproduktion und deren etwaiger Machtwirkungen (5.4). Letztens werden in Kapitel 6 die inhaltlichen Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst und in ihrer Relevanz – sowie in der Relevanz ihrer Methodik – auch und gerade für den Fachbereich der Ethnologie reflektiert.

Check for updates

Die dominanten Diskursströmungen 4

4.1 Die staatsnationale Strömung: Anklänge eines kosmopolitischen Weltbildes

Das öffentliche Diskursfeld, dass sich rings um die Hamburger Einbürgerungsinitiative entfaltet, ist – wie jedes Kontaktfeld zwischen kulturellen Wirklichkeitskonstruktionen[1] – eine umkämpfte Arena, in der unterschiedlichste Akteur_innen, Interpretationszusammenhänge und Machtstrategien aufeinandertreffen. Unter all den verschiedenen Perspektiven, die in der massenmedial vermittelten Debatte vertreten sind, konnten im Laufe der diskursanalytischen Untersuchung zwei dominante nationalistische Hauptströmungen ausgemacht werden, welche die Auseinandersetzung in Medien, Politik und Zivilgesellschaft maßgeblich bestimmen. Die Rede ist hier von Diskurs*strömungen*, weil dieser Begriff der Tatsache Rechnung trägt, dass es sich bei den untersuchten Diskursen weniger um einheitliche Argumentationsstränge, sondern vielmehr um inhomogene Ströme mit Neben- und Seitenarmen handelt. Diese fließen zwar letztlich alle in die selbe Richtung, nehmen jedoch hier und dort durchaus unterschiedliche Abzweigungen. Wie genau das aussieht, soll im Folgenden anhand des ersten dieser beiden Diskurse gezeigt werden. Dabei handelt es sich um diejenige Strömung, die man auch ohne Weiteres als offiziellen Diskurs der Hamburger Einbürgerungsinitiative bezeichnen kann, da sie maßgeblich von den Initiator_innen der Kampagne

---

[1] Siehe Abschn. 2.3

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_4.

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_4

getragen und befördert wird (so z. B. vom damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und den verschiedenen Institutionen der Stadt Hamburg).

Im Folgenden wird ersichtlich werden, dass sich die beiden dominanten Diskursströme diametral in der jeweiligen Art und Weise unterscheiden, wie sie die zentralen Grundbegriffe ihrer Phänomenstruktur narrativ ausgestalten. Diese diskursiven *Folk Concepts*, die zugleich konstitutiv sind für die jeweiligen Argumentationslinien, also die Storylines der Diskurse, sollen hier erläutert und mit Beispielen aus der Analyse veranschaulicht werden. Es hat sich gezeigt, dass die Diskurse ihren Ausgangspunkt in unterschiedlichen Konzeptionen von *Kultur* nehmen. Im Anschluss an diesen jeweiligen Kulturbegriff entwerfen sie unterschiedliche Visionen von *Identität* und *Nation* sowie unterschiedliche Modelle von *Integration.* Aus der diskursspezifischen Auslegung der Grundbegriffe ergeben sich des Weiteren diskursspezifische Haltungen zur *Einbürgerung* im Allgemeinen sowie zur *Hamburger Einbürgerungsinitiative* im Besonderen.

Das vorliegende Abschnitt 4.1 wird den roten Faden des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses anhand der oben beschriebenen Grundbegriffe nachzeichnen und diese jeweils kommentierend mit den theoretischen Vorarbeiten aus Kapitel 2 dieser Arbeit verknüpfen. Dabei wird außerdem auch auf ‚Seitenarme', also auf Inkonsistenzen und Abweichungen eingegangen werden. In Abschnitt 4.2 schließt sich nach gleichem Muster die Vorstellung des im Diskursfeld dominanten Gegendiskurses an. In Abschnitt 4.3 werden die Ergebnisse der Analyse schließlich zusammengefasst und eingeordnet. Dabei sollen auch diejenigen Stimmen Erwähnung finden, die sich im Diskursfeld nicht durchsetzen konnten und deren Perspektive deshalb nur hier und da am Rande aufblitzt.

Ehe die Darstellung der Ergebnisse beginnen kann, müssen noch einige Anmerkungen zur *Form* dieser Darstellung gemacht werden. Seit James Clifford und der durch ihn angestoßenen Writing Culture Debatte[2] wird in der Ethnologie ein vermehrtes Augenmerk nicht nur auf rein formelle Aspekte der wissenschaftlichen (Re)Präsentation gelegt, sondern insbesondere auch auf deren ‚literarischen' Stil. Gerade auch im Kontext von Forderungen nach einer vermehrten Öffnung der Ethnologie für die weitere gesellschaftliche Debatte liegt die Betonung auf einem niedrigschwelligen Zugang, Leserlichkeit und – nicht zuletzt auch – einer gewissen ‚Spannung' der publizierten Texte.[3] Vor diesem Hintergrund muss darauf hingewiesen werden, dass die vorliegende Arbeit sich in erster Linie dazu verpflichtet sieht, die methodischen Abläufe ihrer Untersuchung transparent und intersubjektiv nachverfolgbar zu machen – gerade auch, weil in der einleitenden

[2] Siehe Abschnitt 2.3

[3] Siehe hierzu u. a. Eriksen 2013 oder Schönhuth 2004 und 2009

Vorbemerkung kritisch auf die methodische Intransparenz vieler anderer ethnologischer Diskursanalysen hingewiesen wurde. Aus diesem Grund wird es – um die Diskurse in der vollen Breite ihrer Narrationen und Sprecher_innenpositionen abzubilden – im Folgenden erforderlich sein, die einzelnen analytischen Folgerungen detailliert und großflächig mit Belegstellen zu untermauern (und diese nicht etwa auf ein leicht verdauliches Maß zu kürzen oder in den Anhang zu verbannen), auch wenn dies im Einzelnen der Leserlichkeit und der ‚Öffentlichkeitstauglichkeit' abträglich ist. In Anbetracht dessen, dass die vorliegende Arbeit, ob ihrer inhaltlichen Zielsetzungen, in erster Linie ein wissenschaftlich-ethnologisches Publikum adressiert, kann davon ausgegangen werden, dass die Vorteile einer solchen Darstellungsform die Nachteile in diesem Fall überwiegen. Bezüglich der Belegzitate muss überdies darauf hingewiesen werden, dass deren Anzahl zwischen den einzelnen im Folgenden vorgestellten Deutungsmustern z. T. erheblich variiert. Dieser Umstand ist v.a. darauf zurückzuführen, dass die meisten dieser Zitate mehr als nur ein Deutungsmuster exemplifizieren. Um Wiederholungen zu vermeiden, wurden sie jeweils zu demjenigen Deutungsmuster gruppiert, welches sie am plakativsten abbilden. Um eine spezifische Deutung umfassend nachzuvollziehen, ist es daher notwendig, diese nicht isoliert zu betrachten, sondern auch die bereits vorangegangenen (sowie ggf. die nachfolgenden) Belegstellen im Blick zu behalten.

Kultur

DEUTUNGSMUSTER: Der offizielle Diskurs der Hamburger Einbürgerungsinitiative entwirft einen **konstruktivistischen Kulturbegriff**, demzufolge Kultur als flexible Persönlichkeitsstruktur begriffen werden muss, die sich aus gesellschaftlicher Sozialisation ergibt und durch einen individuellen, prozessualen Lebensweg vermittelt wird. Kulturelle Prägung wird nicht etwa mit oder gar schon vor der Geburt erworben, sondern entsteht aus den spezifischen Erfahrungen, die ein Mensch im Laufe seines Lebens macht. Kultur ist damit einerseits ein soziales Phänomen, insofern der Mensch durch seine (soziale) Umwelt geformt wird, andererseits aber auch ein individuelles Phänomen, da jede Person sich in Lebensweg und Erfahrungswelt zwangsläufig von anderen unterscheidet. Daraus folgt, dass sich die Kultur eines Menschen im Verlauf seines Lebens fortwährend wandelt. Sie ist fluide, niemals statisch, passt sich ständig den äußeren Bedingungen und Einflüssen an. Sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf individueller Ebene zeichnet sich Kultur deshalb durch inhärente Hybridität aus. Elemente unterschiedlicher kultureller Strömungen vermischen sich fortwährend miteinander, bilden neue Zusammenhänge und lösen alte auf – so z. B. im Zuge von Globalisierungs- und / oder Migrationsprozessen. Kulturelle Hybridität ist

insofern auch ein wichtiger Bestandteil von und ein Indikator für Integration. Migrant_innen bringen kulturelle Versatzstücke aus ihren Herkunftsländern mit, behalten einige davon bei, legen andere ab und eignen sich gleichzeitig neue kulturelle Partikel aus der Aufnahmegesellschaft an. Der immerwährende kulturelle Austausch, das Zusammen- und Auseinanderfließen kultureller Ströme macht nicht an Grenzen, schon gar nicht an Ländergrenzen halt. Kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen Menschen auf der ganzen Welt, innerhalb wie außerhalb ein und derselben Gesellschaft.

KOMMENTAR: Insgesamt weist der Kulturbegriff des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses deutliche Parallelen zum Reckwitz'schen Entwurf der *Hyperkultur* auf, wie er in Abschnitt 2.3 diskutiert wurde. Dies gilt insbesondere hinsichtlich seiner Fokussierung auf Individualität und das Element der Wahl zwischen gewissermaßen ‚optimierbaren' Kulturbausteinen. Gleichzeitig spiegeln sich darin allerdings auch Elemente eines wissenschaftlichen Konstruktivismus, der – z. B. in Gestalt von Lila Abu-Lughod – dafür plädiert, der individuellen Seite von Kultur – sowie den sich darin offenbarenden menschlichen Universalien – in stärkerer Weise Rechnung zu tragen.[4] Folgende Beispiele illustrieren den konstruktivistischen Kulturbegriff in der Debatte:[5]

→ „Es ist unsere Aufgabe, die verschiedenen Welten miteinander zu verbinden, Brücken zwischen der Herkunftskultur und dem Leben in Deutschland zu schlagen und Gemeinsamkeiten zu stärken. Die (sic!) es ja in großer Zahl gibt, mit unserer enormen Vielfalt von Wertvorstellungen, Zielen und Lebensstilen."[6]

→ „Die Unternehmerin und Dozentin für Interkulturelle Kommunikation, Latifa Kühn, betonte in ihrer Rede den Stellenwert der Einbürgerung in unserer heutigen Zuwanderungsgesellschaft: „Jeder Mensch hat seine eigene Geschichte und verdient es in seiner Einzigartigkeit ernst genommen zu werden. So soll es nicht den ‚Afghanen' geben oder den ‚Deutschen'. Das geliebte Afghanistan meiner Eltern wird immer einen Platz in meinem Herzen haben, genauso wie die deutsche Seite einen Platz gefunden hat. Ich habe mich mit der Einbürgerung in Deutschland für ein Leben unter den besten Voraussetzungen in

[4] Siehe Abschn. 2.3

[5] Alle Quellenangaben zu den im Verlauf von Kapitel 4.1 und 4.2 zitierten Belegstellen der feinanalytischen Untersuchung sind in Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial einsehbar (Korpusverzeichnis).

[6] HK158: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 24.08.2012

einem Land entschieden, das dem einzelnen Menschen Schutz und Sicherheit sowie Raum zur Selbstentfaltung gibt.“[7]

→ „Cem Ali Gültekin ist überzeugter ‚Hamburger Jung‘, das betonte er auch in seiner Rede: „Man kann über mich sagen: Ich bin ein Beispiel für gelungene Integration. Die Verbindung der Kulturen aber auch das Erlernen der deutschen Sprache standen in meiner Erziehung immer im Vordergrund. Beides hat mich besonders geprägt und gibt mir die Sicherheit und Kraft, die ich nicht nur als Schauspieler und Comedian brauche (sic!) sondern auch im täglichen Leben.“[8]

→ „Zuhause reden wir Deutsch und Farsi, das geht oft ganz schön durcheinander. Bei manchen Themen nehme ich lieber die eine Sprache, bei anderen die andere. Es kann aber auch sein, dass ich in einem Satz auf Farsi ein deutsches Wort einstreue, zum Beispiel Staubsauger, weil es mir schneller einfällt als das Wort auf Farsi.“[9]

→ „**Yilmaz**: Ich bin sehr dafür, dass man emotional zu diesem Land steht, aber die emotionale Verbundenheit zur Heimat beibehalten kann. Wenn man sich hier wohl fühlt und auch mit seinen eingebrachten Kulturen hier leben kann, gibt es ein besseres Miteinander und mehr Identifikation mit der Stadt und diesem Land.“[10]

→ „Ich bin hier groß geworden, mein erster und allerbester Freund war ein Deutscher […]. Ich bin recht behütet aufgewachsen, war kaum Rassismus ausgeliefert. Auf viele meiner ehemaligen Lehrer würde ich nie was schlechtes (sic!) kommen lassen und weil meine Fähigkeiten schon früh erkannt wurden, bekam ich größtenteils die nötige Unterstützung. Da ich mit 2 Kulturen aufgewachsen bin, habe ich aus beiden die besten Eigenschaften heraus gepickt (sic!) und mir zu eigen gemacht.“[11]

→ „Bei mir ist die Situation spiegelbildlich zu der von Herrn Zacharakis: Ich bin Deutscher Staatsbürger, in Deutschland geboren, von Deutschen Eltern – bin

---

[7] HK211: Freie und Hansestadt Hamburg, Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 02.11.2007

[8] HK215: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 08.05.2009

[9] HK225: Freie und Hansestadt Hamburg (André Bigalke/Philipp Heyde), Handreichung zur Unterrichtseinheit Einbürgerung, 2011

[10] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 (Hervorhebung im Original)

[11] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Optimist, 18.12.2011

jedoch ab meiner frühen Kindheit in Griechenland aufgewachsen, habe dort meine gesamte Schulzeit verbracht, bis zum Abitur auf der Deutschen Schule Athen.

Nach meinem Abitur bin ich nach Deutschland ‚ausgewandert' (inklusive Kulturschock), habe dort bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr freiwillig meinen Wehrdienst geleistet, im Anschluss in Deutschland studiert und gearbeitet. Nach insgesamt 12 Jahren bin ich erneut nach Griechenland migriert und lebe und arbeite nunmehr dort wieder seit 8 Jahren.

Was bin ich nun? Ein Deutscher? Nein, irgendwie nicht. Ein Grieche? Erst recht nicht. Ein Deutschgrieche? Nein. Ein Griechischdeutscher? Auch nicht. Ein Deutscher in Griechenland? Ja, zumindest auf dem Papier.

Aber was hat das Papier für eine Bedeutung? Was bin ich denn im Herzen, in der Seele? Ich weiß das nicht wirklich, es ist ein diffuses Gefühl, ich fühle mich zu beiden Ländern hingezogen und in beiden Ländern zu Hause, kenne und lebe beide Kulturen in einer Art Kulturmelange."[12]

DEUTUNGSMUSTER: Dem offiziellen Diskurs zufolge stellen Heterogenität und Hybridität den natürlichen Normalzustand menschlicher Vergemeinschaftung dar. Kulturelle Vielfalt (auch und gerade auf nationaler Ebene) ist schlichtweg Realität. Unterschiedliche kulturelle Perspektiven und Praktiken sind – im kulturrelativistischen Sinne – prinzipiell als gleichwertig zu betrachten. Einerseits werden Migration und kulturelle Pluralität zwar als Herausforderung für das Zusammenleben begriffen, andererseits aber gilt **Vielfalt als Potenzial**, als Garant für eine florierende Wirtschaft sowie als Faktor für die Entstehung von Fortschritt, Kreativität, Perspektivenvielfalt und Innovation und damit als Schlüssel zur unaufhörlichen Weiterentwicklung von Mensch und Gesellschaft. Aus diesem Grund sollte Migration nicht nur allgemein gefördert werden, das mitgebrachte ‚kulturelle Erbe' sollte darüber hinaus auch bewusst erhalten und als Bereicherung in das Gemeinwesen eingebracht werden. Dies gilt ganz besonders für sprachliche und v.a. mehrsprachige Kompetenzen.

KOMMENTAR: In der obigen Argumentation werden erste Anklänge einer diskursiven Subjektposition sichtbar, die Migrant_innen – und damit in besonderer Weise auch eingebürgerten (!) Staatsangehörigen – eine sehr konkrete Rolle im Gefüge der nationalen Gemeinschaft zuweist. So werden sie als regelrechter Pool wertvoller (fremd)kultureller Ressourcen konzipiert. Ihre primäre Aufgabe (und damit auch die Grundlage ihres sozialen Wertes) besteht darin, die durch

[12] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, a1676585, 28.08.2014

Kulturation – um mit Hartmut Esser zu sprechen – oder genauer durch *Enkulturation* erworbenen Ressourcen auf dem kulturellen Markt der Bundesrepublik als *Humankapital* anzubieten, sie also für Staat und Gesellschaft (insbesondere, aber nicht ausschließlich im wirtschaftlichen Sinne) verwertbar zu machen.[13] Die nachfolgenden Beispiele aus der Diskussion veranschaulichen den obigen Deutungszusammenhang sowie die daraus zu folgernde Rollenerwartung:

→ „An unseren Künstlern können wir beobachten, was der Berliner Migrationsforscher Mark Terkessidis mit Blick auf Migration eine ‚Normalerfahrung' nennt. Die Entwicklung der Hamburger Einwohnerschaft bestätigt das: In unserer Stadt hat inzwischen fast jedes zweite Kind eine Zuwanderungsgeschichte. Da hinkt manche gesellschaftliche Debatte etwas hinterher. Die Hamburger Einbürgerungs-Initiative (sic!) unterstützt deshalb diese Entwicklung, die wir ausdrücklich begrüßen."[14]

→ „Seit Jahrhunderten kamen Frauen und Männer aus allen Ländern nach Hamburg, und viele sind geblieben. Heute kann Hamburg auch auf seine Vielfalt stolz sein, die unsere Stadt und unser Land insgesamt bereichert: Mehr als 180 Nationen sind bei uns vertreten. Und jeder, der sich entschließt hierzubleiben, bringt eigene Vorstellungen mit, seine eigene Geschichte, individuelle Begabungen und Talente."[15]

→ „Diese Vielfalt ist eine große Bereicherung für unsere Stadt! Zugleich ist sie aber auch eine Herausforderung: 180 Nationen sind mehr als 180 Eigenheiten, Traditionen und Sichtweisen. Es ergeben sich mehr als 180 Möglichkeiten sich nicht zu verstehen. Und wir haben auch feststellen müssen: Noch immer haben nicht alle hier lebenden Kinder und Erwachsene die gleichen Teilhabechancen."[16]

→ „Die Integration von Zuwanderern ist nicht nur eine der wichtigsten Herausforderungen für unsere Gesellschaft, sie ist vor allem eine große Chance. Kulturelle Vielfalt bedeutet Bereicherung. Die Einbürgerungsfeier steht als Symbol für eine gelungene Integration. Gleichzeitig macht sie die Wertschätzung deutlich. Integration erfolgt gegenseitig und gemeinsam. Dass wir da auch gemeinsam feiern, ist folgerichtig."[17]

---

[13] Siehe hierzu die Ausführungen zu Essers Assimilationstheorie in Abschn. 2.2

[14] HK173: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.11.2014

[15] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012

[16] HK241: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Hamburger Integrationskonzept, 2013

[17] HK209: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 21.11.2006

→ „Noch immer verlassen zu viele Kinder, die selbst oder deren Eltern eingewandert sind, die Schule ohne Abschluss. Noch immer machen zu wenige das Abitur. Dabei ist das Polyglotte, das Wandeln können zwischen den Kulturen und Sprachen, gerade ihre Stärke; etwas, das sie anderen voraus haben.“[18]

→ „Ich zitiere die Autorin: „Chancen auf Fortschritt, den die Verstädterung mit sich bringt, gibt es jede Menge. Wenn die künftige Generation von Stadtplanern fähig ist, mit der kommenden massenhaften Migration in sozial und politisch verträglicher Weise umzugehen, dann hat dieser Wandel das Potenzial, der Motor eines neuen kulturellen und ökonomischen Durchstartens zu werden.“[19]

→ „Kein halbwegs vernünftiger Deutscher wird heute noch infrage stellen, dass dieses Land Einwanderung benötigt – wegen seiner empörend niedrigen Geburtenrate, wegen des Fachkräftemangels in der Wirtschaft, wegen des für eine offene Gesellschaft so notwendigen Austauschs. Auch dürfte inzwischen selbst xenophoben Mitbürgern dämmern, welche Bereicherung Migration bedeuten kann: Im Kino bejubeln sieben Millionen „Fack ju Göhte“ von Bora Dagtekin (Deutscher mit türkischen Wurzeln) mit Elyas M’Barek (Österreicher mit tunesischen Wurzeln); der Preis der Leipziger Buchmesse ging an Saša Stanišić (Sohn einer Bosnierin und eines Serben), der Literaturnobelpreis 2009 an die Banater Schwäbin Herta Müller. Bei der Fußball-WM tragen Spieler wie Özil, Khedira, Podolski und Klose den deutschen Adler. Wo stünde dieses Land eigentlich ohne diese Einwanderer?“[20]

→ Aber es gibt auch die andere Seite abseits von Fußballfesten und Kinokomödien – Gauck blendet sie nicht aus. Es gibt Probleme bei der Integration von Einwanderergruppen, es gibt kriminelle Clans, es gibt radikale Fundamentalisten, es gibt gerade unter Zuwanderern eine verbreitete Frauen- und Schwulenfeindlichkeit. Hier geht es um eine kleine Minderheit in der Minderheit. Doch wer diese Probleme verschweigt, verdrängt, schönredet, schadet allen Migranten. Im Verborgenen wuchern die Vorurteile am üppigsten.“[21]

→ „Es ist ja kein Geheimnis – um es jetzt einmal in der Sprache der Soziologen zu sagen –, dass kulturelle Diversität ein wichtiger Standortfaktor ist. Nicht

[18] HK163: Olaf Scholz, Gespräch mit Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative, 02.04.2012

[19] HK162: Olaf Scholz, Rede zur Mitgliederversammlung des Bankenverbandes Hamburg, 19.04.2012

[20] HK116: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Gaucks Rede war eine seiner klügsten“, 23.04.2014

[21] HK116: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Gaucks Rede war eine seiner klügsten“, 23.04.2014

nur im Hinblick auf die Produktivität und die Innovationsfähigkeit einer Stadt, sondern auch für ein Klima der Offenheit. Das zieht mehr und mehr Leute in die Metropolen, sowohl junge Familien als auch solche, die sich eine ganz andere Art zu leben wünschen, die in kleineren Orten oder auf dem Land nicht so einfach zu haben ist.“[22]

→ „Daraus kann eine besondere Kraft erwachsen. Eine Stärke, sich überall auf der Welt wohl zu fühlen, souverän zwischen den Kulturen und Sprachen zu wandeln, sich auf neue Situationen und Personen einzulassen. Eben diese Art von Stärke, die in unserer globalisierten Welt gefragt ist. Sie sind ja so etwas wie die Experten fürs Polyglotte, von denen wir viel lernen können.“[23]

Die Vorstellung, dass individuelle Prägung hybrid und nationale Kultur heterogen ist, sowie die Annahme, dass kulturelle Pluralität ein wertvolles Potenzial darstellt und maßgeblich zu allen Formen der sozialen Entwicklung beiträgt, hat unmittelbare Auswirkungen auf die sich hieran anschließende Wirklichkeitskonzeption. Der Kulturbegriff bildet eine wesentliche Grundlage für alle weiteren Kernelemente der Phänomenstruktur. Querverweise zu den Kategorien Nation, Identität und Integration sind in den obigen Zitaten bereits angeklungen. Damit schafft die hier entwickelte Definition von Kultur ein logisches Fundament für die gesamte Argumentationslinie des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses.

Identität

DEUTUNGSMUSTER: Der offizielle Diskurs geht davon aus, dass – ebenso wie kulturelle Prägung hybrides Ergebnis eines individuellen Lebenswegs ist – soziokulturelle Identitäten ebenfalls **mehrdimensional** und fluide sind. Sie können sich (gerade auch im Zuge von Migrationsprozessen) verändern, verschieben oder vermischen. Neue Identitäten können entstehen, ohne dabei notwendigerweise alte auflösen zu müssen. Identitäten haben verschiedene Formen und Ebenen, die ohne weiteres nebeneinander existieren können und einander dabei durchaus auch ergänzen. Es spricht nichts dagegen, dass Menschen sich mehreren Heimaten zugleich zugehörig fühlen. Dies ist in einem globalisierten Zeitalter wie dem unsrigen sogar vollkommen normal.

KOMMENTAR: Anschließend an seinen konstruktivistischen Kulturbegriff entwirft der offizielle Diskurs hier ein konstruktivistisches Konzept von Identität, das in hohem Maße kompatibel ist mit wissenschaftlichen Ausformungen dieses

[22] HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

[23] HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

Begriffs, wie sie u. a. von Amartya Sen oder Seyla Benhabib entworfen werden und wie sie überdies auch die rezente ethnologische Forschung prägen.[24] Kulturelle Identität, im Sinne von Ethnizität, wird nicht als dominierende (und schon gar nicht als determinierende) Dimension menschlicher Identifikation aufgefasst und sie gilt überdies auch nicht als exklusiv. Was Eriksen zufolge häufig als soziale *Anomalie* wahrgenommen wird – nämlich die Uneindeutigkeit ethnischer (oder auch nationaler) Zugehörigkeiten[25] – erscheint hier als Normalfall menschlicher Subjektivierung und weckt wiederum Assoziationen mit Reckwitz' Modell der Hyperkultur, insofern das Element der individuellen Freiheit und der Wahl betont wird.[26] Damit wendet sich der Diskurs auch explizit gegen etwaige Versuche kulturelle und (insbesondere) religiöse Identitäten in kulturfundamentalistischer Weise zu essentialisieren.[27] Folgende Beispiele illustrieren diese Argumentation:

→ „Auch wenn Sie selbst in Deutschland aufgewachsen und vielleicht auch hier geboren sind: Sie tragen nicht nur die Liebe zu Deutschland in sich, sondern oft auch die zu einem anderen Land. Und das ist nach meiner Ansicht ganz selbstverständlich, etwas, das Sie ehrt und das unsere Gesellschaft enorm bereichert.“[28]

→ „Ihre neue Staatsbürgerschaft verlangt aber keineswegs, dass Sie Ihre Wurzeln vergessen sollen. Im Gegenteil! Indem Sie sich zu einer Gemeinschaft bekennen, der Sie ja schon lange angehören und der Sie sich zugehörig fühlen, verändern Sie sie auch. Mit Ihrem lebensgeschichtlichen Hintergrund, Ihrer Erfahrung und Ihren kulturellen Mitbringseln bereichern Sie unser Selbstbild.“[29]

→ „Diese eine Frage, als Kind habe ich sie immer wieder gehört: „Was bist Du eigentlich: Deutscher oder Grieche?“ Egal, ob der Nachbar in Eschweiler fragte oder die Tante aus Thessaloniki. Ihnen schien die Sache nicht ganz klar zu sein. Mir auch nicht.“[30]

---

[24] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[25] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[26] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[27] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[28] HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013

[29] HK 171: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.05.2013

[30] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013

→ „Die Nationalhymne erklingt. Alle stehen auf. Ich stimme mit ein: „… Einigkeit und Recht und Freiheit“. Beim Fußball würde ich trotzdem die griechische Hymne singen: „… σε γνωρίζω από την κόψη“. Es lässt sich keine Antwort finden. Nationalitäten sind doch ein sehr abstraktes Konzept.“[31]

→ „Ich fühle mich als Mensch mit türkischen Wurzeln, der sehr gerne in Deutschland lebt. Vor allem fühle ich mich als sehr guter Hamburger. Dass ich gläubiger Moslem bin und fünfmal täglich bete, ist kein Hinderungsgrund. Ganz im Gegenteil.“[32]

→ „Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat. Nicht mehr, nicht weniger. Er kann leben, wie er will, solange sein Verhalten nicht gegen Gesetze verstößt. Das garantiert das Grundgesetz, das die Regeln für unsere Demokratie festlegt. Es schreibt keinem vor, wie er leben soll: Wie man sich kleidet, mit wem man befreundet ist oder wen man heiratet, ist Sache jedes Einzelnen. Eines der wichtigsten Grundrechte ist das der Religionsfreiheit: Jeder darf in Deutschland seine Religion frei wählen und ausleben. Ein Deutscher kann Christ, Muslim, Jude, Hindu, Buddhist usw. sein. Auch welche Feste man feiert, ob und wie man betet oder wie man Partnerschaft und Ehe gestaltet, ist jedem frei gestellt (sic!).“[33]

→ „Gleichzeitig braucht unsere Demokratie Menschen, die die Demokratie leben: Menschen, die ihre Meinung sagen und die ihre Interessen vertreten, Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen. Zur Demokratie gehört auch, die Lebensweise und Meinung anderer zu respektieren. Um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können, muss man Deutsch sprechen und verstehen. Wer noch weitere Sprachen spricht, hat dadurch sicherlich viele Vorteile. Mit dieser demokratischen Basis ist in Deutschland eine Vielfalt an Lebensformen möglich. Das erlaubt den einzelnen Bürgern ganz unterschiedliche Heimatgefühle: Die einen fühlen sich beim Volksmusikfest zuhause, die anderen beim Rapkonzert; manche lieben Döner, andere Schweinebraten; und Modestile gibt es wie Sand am Elbstrand. Und wer mag, kann sich auch überall zu Hause fühlen.“[34]

---

[31] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013

[32] HK89: Hamburger Abendblatt (online), Jens Meyer-Odewald, „Einbürgerung: Plädoyer für den Doppelpass“ (Interview mit Osman Kimil, deutsch-türkischer Unternehmer), 24.11.2011

[33] HK225: Freie und Hansestadt Hamburg (André Bigalke/Philipp Heyde), Handreichung zur Unterrichtseinheit Einbürgerung, 2011

[34] HK225: Freie und Hansestadt Hamburg (André Bigalke/Philipp Heyde), Handreichung zur Unterrichtseinheit Einbürgerung, 2011

DEUTUNGSMUSTER: Die Existenz multipler nationaler Identitäten schlägt sich, laut offiziellem Diskurs, anschaulich in der wachsenden Anzahl doppelter Staatsangehöriger nieder. Wer als Preis für eine Einbürgerung die Aufgabe mitgebrachter Identität (auch in Form von Staatsangehörigkeit) verlangt, erhebt damit eine nicht zumutbare Anforderung. Aus diesem Grund sollte **Mehrstaatigkeit** generell akzeptiert werden, zumal sie für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung ohnehin längst die Norm darstellt (so können z. B. EU-Bürger_innen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert werden, ebenso wie Geflüchtete oder Menschen aus Ländern, die eine Ausbürgerung Ihrer Staatsangehörigen generell nicht vorsehen. Überdies gibt es eine wachsende Zahl an deutschen Staatsangehörigen, die bereits mit doppelter oder dreifacher Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren werden und diese, v.a. seit die Optionspflicht weitgehend abgeschafft wurde, auch langfristig behalten können).

KOMMENTAR: An dieser Stelle wird eine Diskursverschränkung mit dem Thema Mehrstaatigkeit und dem zugehörigen Diskursfeld offenbar, wie es in Abschnitt 2.5 kursorisch angerissen wurde. In Abschnitt 2.5 ist überdies auch deutlich geworden, dass die Frage nach einer generellen Akzeptanz oder aber der generellen Vermeidung von Mehrstaatigkeit v.a. in der jüngeren deutschen Geschichte die Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsdebatte – sowie die daraus resultierende Gesetzgebung – wesentlich mitbestimmt hat. Wohl auch aus diesem Grund stellt die Bezugnahme auf die Themen Mehrstaatigkeit und Optionspflicht die prominenteste Diskursverschränkung im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative dar. Dies zeigt sich u. a. an den folgenden Beispielen:

→ „Am Ende gibt es keine Alternative zu einem offenen Bekenntnis dazu, dass Menschen hierzulande mehrere staatsbürgerliche Identitäten haben, eine deutsche und eine weitere, die sie durch ihre Herkunft oder die Herkunft ihrer Eltern und Großeltern in sich tragen. Daher wollen wir, die sogenannten Nicht-Biodeutschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, keine faulen Kompromisse und keine Mogelpackungen mehr! Es wird Zeit, dass die deutsche Politik den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft endlich Rechnung trägt.“[35]

→ „Für viele Menschen ist es eine Herzensangelegenheit, ihren ‚Ursprungs‘-Pass zu behalten, da sie sich ‚zweiheimisch‘ fühlen, weil sie eventuelle Rentenverluste befürchten, weil sie ansonsten ein Visum für ihre eigene ‚Heimat‘ beantragen müssten, weil sie dann kein Wahlrecht mehr in ihrem

[35] HK291: Tülin Akkoç (TGH), „Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft“, 12.11.2013

Heimatland haben. Diese Gründe und Argumente können bei jedem Einzelnen unterschiedliche Prioritäten (sic!) und unterschiedlich ausgeprägt sein.“[36]

→ „Das Hinnehmen von Mehrstaatlichkeit ist längst überfällig“, sagt Abaci. Die doppelte Staatsbürgerschaft sei eine Frage der Identität. Wer hier lebe, müsse sich zwar mit Deutschland identifizieren. „Es gibt aber auch eine familiäre und kulturelle Identität mit dem Herkunftsland.“ Zudem gebe es ohnehin eine Reihe von Ausnahmen. So können etwa Schweizer und EU-Bürger ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten.“[37]

→ „Den mangelnden Aktivitäten im Einbürgerungsbereich steht gegenüber, dass sich in den nächsten Jahren verschärft die negativen Folgen der von der CDU/CSU gegen die Überzeugung von SPD erzwungenen Kompromisse beim Staatsangehörigkeitsrecht auch in Hamburg zeigen werden: In bestimmten Konstellationen ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit beziehungsweise die besondere Form der Einbürgerung nämlich verbunden mit der Verpflichtung nach § 29 StAG, sich nach Vollendung der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die ganz überwiegende Zahl dieser sogenannten Optionspflichtigen ist in Deutschland verwurzelt und wird dauerhaft Teil der deutschen Gesellschaft bleiben. Es ist daher integrationspolitisch nicht sinnvoll, den Fortbestand ihrer deutschen Staatsangehörigkeit infrage zu stellen. Der Entscheidungszwang wird der Lebenssituation der mit mehreren Staatsangehörigkeiten aufgewachsenen jungen Erwachsenen nicht gerecht und kann zu schwerwiegenden Konflikten innerhalb der betroffenen Migrantenfamilien führen. Die Durchführung des Optionsverfahrens ist zudem mit praktischen Schwierigkeiten verbunden und verursacht einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Der Nutzen, den die Optionsregelung im Hinblick auf das Ziel der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hat, steht zu diesen Nachteilen in keinem Verhältnis. Hamburg sollte als weltoffene und liberale Metropole initiativ werden, um diesen unsinnigen und integrationspolitisch fatalen Kompromiss zu verändern.“[38]

DEUTUNGSMUSTER: Wie im obigen Deutungsmuster bereits angeklungen ist, wird Staatsangehörigkeit im offiziellen Diskurs als Symbol für und wesentlicher

---

[36] HK291: Tülin Akkoç (TGH), „Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft“, 12.11.2013

[37] HK104: Hamburger Abendblatt (online), Sascha Balasko, „Erfolgreiche Offensive – Rekord bei Einbürgerungen“, 06.11.2013

[38] HK39: Freie und Hansestadt Hamburg (Bürgerschaft), Drucksache 19/2398, 03.03.2009

Bestandteil von **Identität** gewertet. Das bedeutet einerseits, dass es keinen Zwang geben sollte, mitgebrachte Staatsangehörigkeiten abzugeben. Andererseits bedeutet es aber auch, dass man durch die Einbürgerung in Deutschland eine neue Identität dazugewinnt. An dieser Stelle gabelt sich der Diskurs in unterschiedliche Seitenarme auf. So gehen einige Stimmen davon aus, dass die Einbürgerung eine durch Integration und Leben in der Gesellschaft bereits erworbene Identität lediglich ausdrückt, bzw. offiziell bestätigt. Andere vertreten hingegen die Ansicht, dass die Einbürgerung selbst dazu beitrage, die Identifikation mit Deutschland zu stärken und auf diese Weise eine gemeinsame Identität zu schaffen. Dies erfolge v.a. durch die Übertragung neuer Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten (z. B. politische Mitwirkung) sowie durch das veränderte Zugehörigkeitsgefühl, das durch eine Aufnahme in die staatsbürgerliche Gemeinschaft etabliert werde. Beide Perspektiven vermischen sich in der Debatte und laufen letztlich auf das selbe Ergebnis hinaus: Staatsangehörigkeit ist ein Stück Identität und geht im besten Falle mit emotionaler Verbundenheit einher. Diese emotionale Verbundenheit erhebt indessen keinen Absolutheitsanspruch und schließt auch nicht aus, dass die Identifikation mit anderen ‚Heimaten' weiterbesteht. Staatsbürgerliches Ideal ist, wie man weiter oben bereits gesehen hat, die Verquickung von lokaler Verwurzelung und transnationaler Vernetzung.

KOMMENTAR: Besonders in dem hier vorliegenden Deutungsmuster wird der nationalistische Anspruch des offiziellen Einbürgerungsdiskurses offenbar. Identität – und zwar nicht im losen Sinne einer identitären *Kategorie*, sondern im sozial und emotional verbindlichen Sinne einer identitären *Gemeinschaft*[39] – wird unmittelbar auf den Staat und die Nation bezogen. Diese Nation ist jedoch keineswegs ethnisch definiert. Nationale Mitgliedschaft beruht (vor allem im Falle der Eingebürgerten) auf freiwilliger Zustimmung – ganz im Sinne eines *subjektivistischen* Nationenbegriffs.[40] Die Subjektposition des/der (eingebürgerten) Staatsangehörigen wird in diesem Zusammenhang weitergehend konkretisiert und – mit der Verbindung von *lokaler* und *globaler* Zugehörigkeit – in den Kontext eines politischen Kosmopolitismus in Kant'scher Tradition gerückt, welcher – insbesondere im Hinblick auf die weiter oben formulierte Auslegung (fremd)kultureller Kompetenzen als Humankapital – Anklänge von *transnationaler Staatsbürgerschaft* nach Seyla Benhabib aufweist.[41] Die folgenden (und

[39] Siehe hierzu die parallelen Ausführungen zu ethnischen Inkorporationsgraden in Abschn. 2.2

[40] Siehe hierzu Abschn. 2.1 sowie die Ausführungen von Benhabib und Brubaker zum demokratischen Konsensprinzip in Abschn. 2.5

[41] Siehe hierzu die Ausführungen zu Kosmopolitismus in Abschn. 2.2

v.a. auch die oben bereits abgedruckten) Zitate vermitteln einen Eindruck von diesem komplexen Deutungszusammenhang:

→ „Eine neue Staatsbürgerschaft zu bekommen, ist eine bedeutende Zäsur im Leben. Die Staatsbürgerschaft wird schnell Teil unserer Identität."[42]
→ „Für ein Land, für eine Stadt kann es kein schöneres Kompliment geben, als dass die Bewohner sich darin zuhause und gut aufgehoben fühlen. Dass sie diesen Ort als ihren persönlichen Hafen betrachten und sich mit Deutschland so identifizieren, dass sie sich ganz und gar dazu bekennen und ein gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft werden wollen."[43]
→ „Bei manchen von Ihnen wird diese Entscheidung jahrelang gereift sein, bis sie ganz bewusst gesagt haben: Ja, ich fühle mich inzwischen als Deutsche oder als Deutscher. Das Land und die Stadt sind Ihnen mit der Zeit ans Herz gewachsen und zu Ihrer Heimat geworden."[44]
→ „Es ist ein wunderschönes Paradox, dass ich Sie frisch willkommen heißen kann, obwohl die Hansestadt Hamburg schon seit Jahren Ihre Heimat ist. Willkommen sagt man eigentlich, wenn jemand gerade ankommt. Tatsächlich, also im wörtlichen Sinn hier angekommen sind Sie aber schon vor langer Zeit. Ich sehe zu meiner großen Freude wieder viele junge Gesichter hier. Ich nehme an, manche von Ihnen sind vielleicht schon hier in Hamburg geboren oder – so wie ich selbst auch – im jungen Kindesalter hierher gezogen (sic!). In dem Fall erinnern Sie sich vielleicht an gar keine andere Heimat als Hamburg. Und trotzdem sind Sie heute noch einmal so genannte Neubürger."[45]
→ „Der große Festsaal im Hamburger Rathaus ist bis auf den letzten Platz besetzt. Eingeladen sind alle, die in Hamburg zwischen Dezember 2013 und Februar 2014 den deutschen Pass bekommen haben. Auf dem erhöhten Podium, mit prunkvoll holzvertäfelter Wand im Hintergrund, steht mannshoch das Zeichen der Einbürgerungskampagne Hamburgs: Ein schwarz-rot-goldener Anker, eine Verbindung aus hanseatischer Symbolik und Deutschland-Identifikation. Die frisch Eingebürgerten sind hier verankert, und nicht erst seit heute."[46]

---

[42] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012
[43] HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013
[44] HK175: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 20.06.2014
[45] HK175: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 20.06.2014
[46] HK320: Zeit (online), Anna Aridzanjan, „Olaf Scholz will mit mir feiern", 01.06.2014

→ „Praktikerinnen und Praktiker weisen darauf hin, dass die Förderung und Erleichterung von Einbürgerung einen enormen Schub für die Identifikation Eingewanderter mit ihrer Stadt und der neuen Heimat bringen kann. Für manche ist die Einbürgerung ein hochwichtiges Ereignis, welches durch offizielle Einwanderungsfeiern im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur gewinnbringend begleitet werden kann.“[47]
→ „Der Wunsch, in Deutschland akzeptiert zu werden, ist groß“, sagt Meryem Celikkol. Ein deutscher Pass sei da schon wichtig, um sich als Bürger mit diesem Land zu identifizieren.“[48]
→ „Einbürgerung ist eine Chance – sie macht Bürger zweiter Klasse endlich zu Staatsbürgern. Deutschlands Probleme, Deutschlands Hoffnungen werden so viel stärker auch zu den Problemen und Hoffnungen der Eingebürgerten.“[49]
→ „Denn eine neue Staatsbürgerschaft verlangt keineswegs, seine Wurzeln zu vergessen. Im Gegenteil: Sich bewusst und auch ganz offiziell in eine Gemeinschaft einzufügen, der Sie ja schon lange angehören und sich zugehörig fühlen, mit Ihrem lebensgeschichtlichen Hintergrund, Ihrer Erfahrung und Ihrem ganz eigenen Naturell, das hilft uns allen, unseren Horizont zu erweitern; das Spektrum dessen, was vermeintlich oder tatsächlich deutsch ist, lebendig weiterzuentwickeln.“[50]

Die Idee, dass die Einbürgerung von Zugewanderten deren Identifikation mit und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der deutschen Gesellschaft stärken kann, schlägt sich auch im Hamburger Integrationskonzept von 2013 nieder. Dort wird die Einbürgerung und deren Förderung als Unterthema zum Schwerpunkt *Zusammenhalt stärken* aufgeführt und gilt als eines der Top 13 Teilziele.[51]

Kulturbegriff und Identitätskonzeption des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses – und darin insbesondere die Subjektposition des/der (eingebürgerten) Staatsangehörigen mit ihrem hyperkulturellen und kosmopolitischen Unterton – führen unweigerlich zum nächsten Element der narrativen Storyline, nämlich dem spezifischen Bild von *Nation*, welches der Diskurs in der öffentlichen Debatte entwirft und auf das sich seine weitere Argumentationslinie (v.a.

47 HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014
48 HK276: TAZ (online), Emilia Smechowski, „Mehr Einbürgerungen – Hamburg wird deutscher“, 19.06.2011
49 HK97: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Ramschartikel aus Bayern“, 16.04.2012
50 HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012
51 HK241: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Hamburger Integrationskonzept, 2013

in Bezug auf die Themen Integration und Einbürgerung) maßgeblich bezieht. Die Verquickung von lokaler Verwurzelung und transnationaler Vernetzung, von nationaler Identifikation und globaler Offenheit zielt letztlich auf einen kosmopolitischen Entwurf von Mensch und (nationaler) Gemeinschaft, der Lokalität und Globalität nicht als Widerspruch, sondern vielmehr als zwei Seiten ein und derselben Medaille betrachtet.

Nation

DEUTUNGSMUSTER: Der offizielle Diskurs begreift Deutschland als inhärent **multikulturelle Einwanderungsgesellschaft**. Die kulturelle Heterogenisierung gilt ihm als unumkehrbar. Deutschland wird als Einwanderungsland begriffen, das in Vergangenheit und Gegenwart auf vielfältige Weise durch Migration geprägt wurde und davon durchaus auch erheblich profitiert hat.

KOMMENTAR: Wie für nationalistische Narrationen üblich, wird hier auf die ‚nationale Geschichte' als Referenzpunkt und Legitimationsquelle verwiesen. Dabei wird diese nationale Geschichte – im Sinne einer *Invented Tradition* nach Hobbswam[52] – aus *moderner Sicht* erzählt. Das heißt: Die historischen Ereignisse werden nach Bedarf umgedeutet. Vorteilhafte Aspekte werden betont, nachteilige Aspekte fallen unter den Tisch, sodass letzten Endes der Eindruck nationaler Kontinuität und Antiquität entsteht. Die positiven Effekte der Migration – sowie der *konstruktive Umgang* mit dieser Migration – werden hervorgehoben. Dass die deutsche Geschichte immer wieder – und z. T. in erheblicher Weise – von Abwehrhaltungen gegen und Konflikten durch multikulturelle, multiethnische, multireligiöse und multinationale Bevölkerungskonstellationen geprägt wurde, dass Deutschland (oder vielmehr das deutsche Kaiserreich) überdies während eines erheblichen Teils seiner Geschichte ein *Auswanderungsland* war, hat indessen Abschnitt 2.5 zeigen können. Diese Tatsachen werden durch den offiziellen Diskurs nicht negiert, wohl aber werden sie in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Im Vordergrund steht die oben etablierte Subjektposition des/der Migrant_in, oder vielmehr des/der ‚guten Migrant_in', sowie die Klassifikation von Deutschland als ‚Einwanderungsland'. Gegenteilige Diskurse aus der Vergangenheit werden als ‚Fehler' oder ‚Irrtum' abgetan. Gleichzeitig – und das zeigen die nachfolgenden Beispielzitate – wird die positive Geschichte einer multikulturellen Nation (v.a. von offiziellen Sprecher_innen der Stadt Hamburg) an die lokale Ebene (das heißt an Hamburg und die hamburgische Geschichte) rückgebunden. Diese lokale Verankerung eines nationalen Diskurses ist auch bereits in früheren Deutungsmustern angeklungen. Sie deckt sich nahtlos mit den Ergebnissen anderer Studien

[52] Siehe Abschn. 2.1

der inner- und außerethnologischen Identitäts- und Nationalismusforschung, wie sie in Abschnitt 2.2 vorgestellt wurden.

→ „Hamburg versteht sich als Ankunftsstadt. Die Dynamik von Ankunft und Abreise prägt seit jeher unser Lebensgefühl. Viele Einwanderer bringen ein Grundgefühl der Zuversicht mit. Sie vertrauen darauf, dass sie in Hamburg ihren Weg und ihren Platz finden werden, und ich bin überzeugt davon, diese Zuversicht ist berechtigt."[53]
→ „Alle Hamburger, ganz gleich ob sie türkische, polnische oder russische Wurzeln haben, ganz gleich ob sie bayerische, sächsische oder hessische Wurzeln haben, sollen sich bei uns zuhause fühlen und geachtet werden."[54]
→ „Es kommt also nicht auf Herkunft oder Geburt an, sondern auf die Identifikation – wer hier lebt und sich zu Hause fühlt, ist selbstverständlich auch ein ‚richtiger' Hamburger."[55]
→ „50 Jahre nach dem ersten türkisch-deutschen Anwerbeabkommen im Jahr 1961 hat Deutschland sein Gesicht verändert. An Hamburgs Schulen hat fast die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler mindestens ein Elternteil, das im Ausland geboren ist. Menschen mit Migrationshintergrund sind zu einem selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft geworden. Kinder gehen in Deutschland in Kindergärten und Schulen, junge Menschen besuchen Universitäten und absolvieren ihre Berufsausbildungen, Erwachsene arbeiten in allen Bereichen und Branchen des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft."[56]
→ „Deutschland ist seit vielen Jahren ein Einwanderungsland und angesichts unserer alternden Bevölkerung auch darauf angewiesen, dass sich Zuwanderer dafür entscheiden, bei uns ein neues Zuhause zu suchen, eine Ausbildung zu absolvieren und hier zu arbeiten, ihre Familien zu gründen und ihren Lebensmittelpunkt bei uns zu gestalten."[57]
→ „Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen immer größeren Teil der Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, ihre Lebenslagen und Sichtweisen auf gesellschaftliche und politische Fragestellungen zu berücksichtigen. Erst wenn sie die Gesellschaft in derselben Form mitgestalten können wie andere, nehmen sie vollumfänglich an ihr teil. Partizipation leistet daneben auch einen

[53] HK173: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.11.2014

[54] HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

[55] HK176: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 11.04.2014

[56] HK225: Freie und Hansestadt Hamburg (André Bigalke/Philipp Heyde), Handreichung zur Unterrichtseinheit Einbürgerung, 2011

[57] HK171: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.05.2013

direkten Integrationsbeitrag: Was man selbst mitgestaltet, damit identifiziert man sich auch.“[58]

→ „Deutschland, dieser Schmelztiegel im Herzen Europas, der sich lange Zeit gewehrt hatte, ‚Einwanderungsland‘ zu sein, und Zuwanderer als ‚Gastarbeiter‘ behandelte, baut endlich Brücken und bezieht die Ausländer von gestern als Deutsche von morgen ein.“[59]

→ „Man kann noch nicht sagen, dass es wirklich aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Jahrzehntelang wurde gesagt, Deutschland sei kein Einwanderungsland – dass es jetzt anders ist, muss sich erst in den Köpfen durchsetzen. Zumal das ja auch mit der Abgabe von Macht zu tun hat. Die neuen Deutschen werden auch mitbestimmen wollen, man muss also etwas abgeben. Diese Macht zu teilen ist schwierig und wird nur gut gelingen, wenn es gelingt, ein Wir-Gefühl zu entwickeln, ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dazu gehören eine Willkommens-Kultur (sic!) für neu Einreisende und auch Empathie – man muss wissen wollen, wie die anderen leben, was sie denken, was sie fühlen. Das gilt für alle Beteiligten.“[60]

→ „Die Einbürgerungsinitiative von Bürgermeister Olaf Scholz ist gut für Hamburg und ein Vorbild für Deutschland. Anders als Herr Dobrindt meint, wird hier mitnichten der deutsche Pass ‚verramscht‘, sondern es wird den hier seit langem lebenden Ausländern gezeigt, dass sie in unserem Land willkommen sind. Das passt zu Hamburg als seit Jahrhunderten weltoffener Stadt und zu Deutschland als modernem, dynamischen Staat. Was für Herrn Dobrindt ‚wirr‘ ist, ist tatsächlich menschlich und pragmatisch. Wirr sind vielmehr die Versuche Herrn Dobrindts, die CSU im Gespräch zu halten und ihr den Anstrich bundespolitischer Bedeutung zu verschaffen.“[61]

DEUTUNGSMUSTER: Damit das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft gelingen kann, bedarf es, dem offiziellen Diskurs zufolge, keiner kulturellen Homogenisierung, wohl aber eines übergreifenden **transkulturellen Konsens**, zu dem sich alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen bekennen. Dieser gemeinsame Rahmen bildet das Fundament für die Funktionsfähigkeit der nationalen Gemeinschaft und spiegelt außerdem ihre zentralen Grundwerte wider. In

58 HK241: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Hamburger Integrationskonzept, 2013

59 HK107: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Einbürgerung ja, Doppelpass nein“, 06.11.2013

60 HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011

61 HK198: Johannes Kahrs (SPD), „Hamburger verbitten sich Einmischung durch CSU“, 13.04.2012

Deutschland setzt sich der transkulturelle Konsens v.a. aus der Verfassung und dem Kanon unverhandelbarer Grundrechte sowie der allgemeinen Gesetzesordnung zusammen. Wichtiges Element und Vorbedingung des Konsensus ist, dass alle Menschen in Deutschland eine gemeinsame Sprache, nämlich Hochdeutsch, sprechen. Der gemeinsame Rahmen ist wichtig und muss geschützt werden. Innerhalb dessen allerdings kann und muss kulturelle Vielfalt toleriert werden. Rassismus, Diskriminierung und Xenophobie schaden dem gesellschaftlichen Frieden. Sie sind daher in höchstem Maße abzulehnen.

KOMMENTAR: Nachdem nun bereits mehrfach Parallelen zu Seyla Benhabibs kosmopolitischem Theorieentwurf offenbar geworden sind, treten diese hier noch einmal in besonderer Weise hervor. Ganz im Sinne einer *deliberativen Demokratie* proklamiert der offizielle Diskurs die demokratische Aushandlung von Differenz innerhalb eines gemeinsamen gesellschaftlichen Rahmens.[62] Vor diesem Hintergrund wird eine dritte Subjektposition eröffnet, nämlich die des/der ‚guten (geborenen) Staatsangehörigen' ohne Migrationshintergrund. Die primäre Aufgabe dieser Personengruppe ist es, kulturelle Vielfalt durch ihre Offenheit, ihre Akzeptanz sowie durch ihre ‚Willkommenskultur' zu ermöglichen und zu fördern. Die demokratische Deliberation erfordert demnach das Zusammenwirken aller Staatsangehörigen, der ‚alten' wie der ‚neuen'. Anders als das Konzept der *Inklusion*, das – wie Abschnitt 2.2 gezeigt hat – mit Benhabibs Überlegungen ebenfalls in hohem Maße kompatibel ist, fasst der offizielle Diskurs den gesetzlichen Rahmen dieser Deliberation jedoch als (wenigstens weitgehend) statisch auf. Bei aller hyperkulturellen Fluidität (und Beliebigkeit) sind die zentralen, politisch kodifizierten nationalen Werte unveräußerlich. Damit positioniert sich der Diskurs sehr klar in einer demokratisch-staatsnationalen Tradition, wie sie in Abschnitt 2.1 herausgearbeitet wurde. Ganz entgegen Brubakers berühmter These von der ethnonationalen Verfasstheit des deutschen Nationalgedankens begreift der offizielle Diskurs Deutschland als *Staatsnation*. Dies zeigt sich nicht nur in den obigen Beispielzitaten zu Deutschland als multikulturellem ‚Einwanderungsland', sondern weiterführend auch an den untenstehenden Belegstellen:

→ „Was dieses Freiheitsversprechen in einer globalisierten Welt für Zuwanderer heute bedeuten kann, beschrieb der frühere amerikanische Präsident Clinton in seinem 2011 erschienenen Buch ‚Back to Work': „Ganz gleich, wer Sie sind oder woher Sie kommen – wenn Sie hart arbeiten und sich dabei an

[62] Siehe hierzu Abschn. 2.2

die Regeln halten, bekommen Sie die Freiheit und die Möglichkeit, Ihren persönlichen Traum zu verfolgen.“[63]

→ „Zu einer Einbürgerung gehört jedoch auch, dass man sich zu Deutschland als neue Heimat mit seinen Werten bekennt.“[64]

→ „Innensenator Udo Nagel: „Wer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt hat, hat es verdient, dass dies auch in einem entsprechenden feierlichen Rahmen anerkannt wird. Einbürgerungen sind keine Routine, sondern sind ganz spezielle, nicht alltägliche Vorgänge. Sie dokumentieren die Hinwendung der neuen Staatsangehörigen zu unserer Gesellschaft und zu unseren Werten.“[65]

→ „Kimil: Man muss die deutschen Gesetze und die Verfassung achten. Natürlich sollte man auch die deutsche Sprache beherrschen.“[66]

→ „Der türkische Premier Erdogan rief erst im vergangenen Oktober die in Deutschland lebenden Türken dazu auf, möglichst fließend Deutsch sprechen zu lernen – für diejenigen, die auch die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben, gilt das erst recht.“[67]

→ „Gauck fordert eine Wir-Gesellschaft, die Rassismus von rechts genauso wenig toleriert wie den Fanatismus der Fundamentalisten: „Null Toleranz gegenüber jenen, die unseren gemeinsamen Grund der Verfassung verlassen“, sagt Gauck. Das darf uns beim nächsten ausländerfeindlichen Spruch oder am Salafisten-Büchertisch ruhig wieder einfallen.

Die beschworene ‚Wir-Gesellschaft‘ kann nur gemeinsam gelingen – und mutet allen etwas zu. Wir Deutschen dürfen Migranten nicht auf Aussehen, Namen, ihr vermeintliches Fremdsein reduzieren – das grenzt aus. Toleranz bedeutet, Anderssein auszuhalten. Zugleich müssen Einwanderer bereit zur Integration sein – über die deutsche Sprache und das deutsche Grundgesetz muss nicht mehr gestritten werden, sie sind eine Grundvoraussetzung. Integrieren kann indes nur eine Gesellschaft, die sich selbst wertschätzt: Nur wer das Eigene achtet, wird dem anderen Raum geben, so hat es Gauck genannt.

---

[63] HK171: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.05.2013

[64] HK2: Bertelsmann Stiftung (Wegweiser-Kommune), Hamburg – Einbürgerungskampagne und Lotsenprojekt „Ich bin Hamburger!“, (kein Datum)

[65] HK209: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 21.11.2006

[66] HK89: Hamburger Abendblatt (online), Jens Meyer-Odewald, „Einbürgerung: Plädoyer für den Doppelpass“ (Interview mit Osman Kimil, deutsch-türkischer Unternehmer), 24.11.2011

[67] HK172: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 15.02.2013

Man könnte auch sagen: Wer möchte schon Mitglied eines Vereins werden, der sich selber ablehnt?“[68]

DEUTUNGSMUSTER: Wie an verschiedener Stelle deutlich geworden ist, entwirft der offizielle Diskurs das staatsbürgerliche Ideal eines national verankerten **Kosmopolitismus**, welches auf der Dichotomie von kultureller Hybridität und transkulturellem Konsens, von heterogener Identitätenvielfalt und gemeinsamer Identifikation, von lokaler Verwurzelung und globaler Einbindung gründet. Eine solche Verknüpfung von Globalität und Lokalität, von Diversität und übergreifendem Gemeinschaftsgefühl kann nicht nur zur innovativen Weiterentwicklung der deutschen Gesellschaft beitragen, sondern überdies auch internationale Vernetzung und grenzüberschreitende Verständigung fördern. Menschen mit Migrationshintergrund sind wichtige Hoffnungsträger_innen dieser globalen Friedensarbeit, da sie soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Brücken zwischen den Gesellschaften dieser Welt bauen.

KOMMENTAR: Der offizielle Diskurs sieht sich hier ganz eindeutig in der Tradition eines politischen Kosmopolitismus, der – anders als es in Abschnitt 2.2 kritisiert wurde – Menschen nicht zu ewigen ‚Besuchern in ihrer eigenen Welt‘ macht, sondern vielmehr die verschiedenen ‚Lokalitäten des Globalen‘ über menschliche Bindeglieder miteinander verknüpfen will. Nationalismus und Kosmopolitismus stehen insofern nicht im Widerspruch zueinander – vorausgesetzt, sie werden durch die Subjektpositionen des/der ‚guten Migrant_in‘ und des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen‘ sowie (in geringerem Maße) des/der ‚guten (geborenen) Staatsangehörigen‘ miteinander vermittelt. Dieser Gedankengang spiegelt sich u. a. in den folgenden Zitaten:

→ „Hamburger und Hamburgerinnen haben Namen aus aller Welt, Erfahrungen aus hunderten Ländern und Familien in vielen Kontinenten.“[69]

→ „Das aus dem Griechischen stammende Wort Kosmopolit bedeutet übersetzt nichts anderes als ‚Bürger der Welt‘. Ein ‚Weltbürger‘ zeichnet sich nach meinem Verständnis vor allem dadurch aus, dass er unvoreingenommen gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Traditionen ist, dass er die Vielfalt der Welt in sich zu vereinen weiß und sich zwischen den Welten zu bewegen weiß. So wie Sie, meine Damen und Herren, die Sie den Mut und

[68] HK116: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Gaucks Rede war eine seiner klügsten“, 23.04.2014

[69] HK180: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 05.06.2015

die Offenheit hatten, sich auf Neues einzulassen, Bekanntes und Unbekanntes zusammenzubringen und dadurch Stärken zu entwickeln, die in unserer globalisierten Welt von großem Nutzen sind."[70]

→ „Denn wir leben in einer Metropole, die dynamisch ist, die sich ständig weiterentwickelt und auseinandersetzt mit dem Neuen. Durch den Austausch zwischen Bürgern verschiedener Herkunft, Religion und kultureller Hintergründe wächst und prosperiert die Stadt. Frauen, Männer und Kinder aus 179 Nationen tragen dazu bei, dass wir kosmopolitisch, kulturell reich, innovativ und leistungsstark bleiben."[71]

→ „Wenn man mit/zwischen den Kulturen aufwächst, ist das völlig anders als bei rein uni-nationalen Bezügen und ich bin überzeugt, dass jede einseitige Nationenliebe, wie sie im ursprünglichen Konzept des Staatsbürgerrechts Anfang des letzten Jahrhunderts verankert (sic!), sich wirklich fremd anfühlt. Doppelte Staatsbürger haben eine echte Chance, die Völker einander näher zu bringen, das man-kann-nur-einem-Herren-dienen-Prinzip sollte überwunden werden."[72]

→ „Der deutsche Autor bulgarischer Abstammung Ilija Trojanow hat einmal gesagt, dass sich im ‚kosmopolitischen Bürger' das Globale und das Lokale als zwei Seiten einer Medaille zusammenfinden.

Es geht nicht um ein Entweder/Oder, es geht um ein Sowohl/Als auch. Entscheidend ist, dass Werte, Anschauungen, Kulturen und Identitäten in Frieden und Toleranz nebeneinander bestehen."[73]

→ „Diese ungeheure Vielfalt in allen unterschiedlichen Lebensbereichen anzuerkennen, ist wichtig für den Einzelnen, der ein Recht darauf hat, in seiner persönlichen Lebensweise respektiert und toleriert zu werden. Dieser Vielfalt Raum zu geben, ist aber ebenso wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, macht sie Hamburg doch erst zu dieser kosmopolitischen, kulturell reichen und modernen Metropole, auf die wir so stolz sind."[74]

Die Vorstellung von einer multikulturell geprägten, transkulturell verfassten und kosmopolitisch eingebundenen Nation bringt sehr spezifische Anforderungen an das sich hieran anschließende Integrationsmodell mit sich. Insbesondere der

[70] HK176: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 11.04.2014

[71] HK176: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 11.04.2014

[72] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Bugiarda, 01.03.2013

[73] HK176: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 11.04.2014

[74] HK177: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 07.02.2014

Verweis auf demokratische Werte, Prozesse und Strukturen spielt dabei eine wesentliche Rolle für die innere Logik des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses sowie auch für das sich daran anschließende Verständnis des Einbürgerungsaktes als solchem.

Integration

DEUTUNGSMUSTER: Der offizielle Diskurs definiert Integration als gleichberechtigte **Teilhabe** an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Dazu gehören soziale Chancengleichheit sowie Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildungssystem, genauso wie das Recht auf politische Mitbestimmung und die Möglichkeit, aktiv an Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken. Dazu gehört überdies auch die Berechtigung, eigene kulturelle und religiöse Vorstellungen in die Gesellschaft einzubringen, solange diese dem gemeinsamen konsensuellen Rahmen der Demokratie nicht zuwiderlaufen. Gesellschaftliche Teilhabe an einem demokratischen System bedeutet gleiche Rechte und Pflichten für alle Staatsangehörigen. Um diesen Zustand der Gleichberechtigung zu erreichen, sind alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Integration ist zu gleichen Teilen Aufgabe der Politik, der Zuwandernden und der bereits in Deutschland ansässigen, staatsangehörigen Bevölkerung. Der Staat muss durch seine politischen Entscheidungen Integration ermöglichen, vorantreiben und ggf. erleichtern. Er muss beiden Seiten – denen, die neu ankommen, und denen, die bereits da sind, – Hilfestellung im Integrationsprozess geben. Er muss Anreize schaffen und alle Beteiligten zur Mitarbeit motivieren. Die sogenannte ‚Mehrheitsgesellschaft' muss dazu bereit sein, neue Mitglieder aufzunehmen. Sie muss den interkulturellen Austausch zulassen und aktiv befördern. Dazu gehört v.a. auch die Aneignung von interkulturellen Kompetenzen im zwischenmenschlichen Umgang. Die Zugewanderten schließlich müssen sich in den Wertekonsens der Gesellschaft einfügen und einen fairen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Dieser Beitrag ist im Idealfall nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern umfasst auch die Identifikation mit sowie das soziale und/oder politische Engagement für Deutschland. Sie müssen willens sein, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie müssen Verantwortung übernehmen, bestenfalls nicht nur für sich selbst, sondern auch für das Land und seine Zukunft. Ein erfolgreich integrierter Mensch nimmt demnach nicht nur gleichberechtigt an der Gesellschaft teil, er bringt sich auch aktiv darin ein, mit seinem Wissen, seinen Potenzialen und seinen jeweiligen Perspektiven.

KOMMENTAR: Die weiter oben eingeführten Subjektpositionen des/der (gut integrierten) Migrant_in und des/der Eingebürgerten kommen hier zu ihrer vollen Geltung, indem sie mit sehr konkreten Attributen und Rollenerwartungen

aufgeladen werden. Ihnen wird gewissermaßen eine staatsbürgerliche ‚Vorbildfunktion' zugeschrieben. Sie sollen nicht nur ihr hyperkulturelles Humankapital zur Verfügung stellen, sie sollen überdies auch staatsbürgerlichen Pflichten gerecht werden und staatsbürgerliche Rechte in besonderer Weise ausüben. Sie sollen sich in jeder nur erdenklichen Hinsicht *einbringen* und damit Staat und Nation langfristig *voranbringen*. Im nationalistischen Sinne wird individuelle *Selbstverwirklichung*[75] (kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Art) zum Baustein für gesellschaftlichen Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt umgedeutet. Dabei schwingt auch immer ein gewisser *Leistungsgedanke* mit, insofern als besondere (wirtschaftliche, soziale, kulturelle oder politische) Leistungen mit ‚besonders' gelungener Integration identifiziert werden.[76] Vor diesem Hintergrund wird überdies auch die Subjektposition der Staatsangehörigen qua Geburt erweitert, insofern diese aufgefordert sind, sich ihrerseits die interkulturellen Kompetenzen anzueignen, von denen ausgegangen wird, dass Migrant_innen und Eingebürgerte sie quasi ‚von Natur aus' immer schon mitbringen, und von denen der Diskurs weiterhin annimmt, dass sie wesentliche Attribute moderner, demokratischer (und damit unweigerlich kosmopolitischer) Staatsbürgerschaft repräsentieren. Zusätzlich zu diesen drei Subjektpositionen wird überdies noch eine Klassifikation etabliert, die den deutschen Staat als kollektiven Akteur betrifft. Seine Aufgabe als ‚Förderer' ist es, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für Integration im demokratischen Sinne zu schaffen.[77] Dabei orientiert sich das Integrationsmodell weder an assimilationstheoretischen, noch etwa an multikulturalistischen Ansätzen.[78] Ganz entsprechend eines konstruktivistischen Kultur- und Identitätsbegriffs – und wiederum in starkem Einklang mit Benhabibs demokratischem Theoriemodell – bedeutet *Integration*, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft in gleicher Weise am zivilgesellschaftlichen (sowie am politischen) Aushandlungsprozess teilnehmen können. Die folgenden Zitate zeichnen diesen Gedankengang anschaulich nach:

→ „Was interessiert uns, was bewegt uns oder macht uns Angst? Nur wenn wir offen sind, miteinander sprechen, lernen wir uns wirklich kennen und verstehen. Nur wenn wir im Gespräch bleiben, kann aus anfänglichem Argwohn

[75] Siehe hierzu auch die Ausführungen zu *Hyperkultur* in Abschn. 2.3

[76] Siehe hierzu weiterführend Abschn. 5.2

[77] Siehe hierzu auch Benhabibs Forderung zur Ermöglichung zivilgesellschaftlicher Debatten in Abschn. 2.2

[78] Siehe hierzu Abschn. 2.2

oder Gleichgültigkeit Neugierde, Vertrauen und Anteilnahme werden. Wie gut uns das gelingt, liegt an uns."[79]

→ „…es gibt wohl keine wichtigere Aufgabe einer Regierung, als das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die gedeihliche Fortentwicklung unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund hat dieser Senat in den vergangenen zwei Jahren eine Einbürgerungs-initiative (sic!) gestartet, um bewusst jene zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu bewegen, die schon lange hier bei uns und mit uns leben."[80]

→ „Unser Leitgedanke jedoch lautet: „Jede und Jeder gehört zu unserer Gesellschaft und soll uneingeschränkt an allen Bereichen des Lebens in Hamburg teilhaben können." Das neue Hamburger Integrationskonzept richtet sich folgerichtig an alle Teile der Gesellschaft. Integration kann nur gemeinsam gelingen, deshalb müssen wir als Hamburgerinnen und Hamburger endlich den Gegensatz des ‚Wir' und ‚die Anderen' überwinden. Ganz gleich, um wen es geht: Immer stehen die Chancen und Potenziale des Einzelnen im Vordergrund."[81]

→ „Dieses Konzept ist ein ‚Wir-Konzept', da Integration nur gemeinsam gelingen kann. Es soll auf eine verstärkte Willkommenskultur hinwirken sowie die Vielfalt, Gemeinsamkeit, Weltoffenheit und den Zusammenhalt Hamburgs betonen. Für viele der gesetzten Ziele, insbesondere im Bereich der Interkulturellen Öffnung, ist die Mehrheitsgesellschaft verantwortlich. Die Chancen der Integration bzw. Interkulturellen Öffnung sollen noch besser genutzt werden. Menschen ohne Migrationshintergrund sollen aktiv an der Interkulturellen Öffnung mitwirken. Zugleich sollen die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund stärker anerkannt und erschlossen werden."[82]

→ „Außerdem machte die Integrationsministerkonferenz mit ihrem Leitantrag zur Willkommens- und Anerkennungskultur deutlich, dass Integration nicht nur einseitig von den Zugewanderten, sondern auch von der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht und gelebt werden muss. Senator Scheele: „Diesen Paradigmenwechsel hat der Hamburger Senat mit seinem neuen Integrationskonzept bereits vollzogen. Die Einbürgerungskampagne des Ersten Bürgermeisters ist

[79] HK158: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 24.08.2012

[80] HK172: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 15.02.2013

[81] HK241: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Hamburger Integrationskonzept, 2013

[82] HK241: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Hamburger Integrationskonzept, 2013

ein großer Erfolg und vermittelt vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl dazuzugehören.“[83]

→ „Joachim Gauck gibt der Debatte neue, kluge Impulse – wie es vor ihm Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz gemacht hat. Seine Idee, Einwanderer direkt zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft einzuladen, war eine kleine Geste mit großer Wirkung – sie war im besten Wortsinn integrativ. Integration ist aber keine exklusive Aufgabe der Politik. Den klugen Worten seines Präsidenten muss das Volk jetzt Taten folgen lassen.“[84]

→ „Wer, wie Dobrindt, anders argumentiert gefährdet nicht nur die Nationalelf, sondern die Integration insgesamt. Argumentativ bewegt er sich in den Niederungen der 80er-Jahre, wenn er sagt: „Solche wirren Einbürgerungsthesen setzen ein völlig falsches Signal.“ Dabei ist er es, der falsche Signale setzt – er verteilt die Aufgabe der Integration allein an die Zuwanderer. Eingliederung ist aber ein Prozess, der von zwei Seiten kommen muss, vom Zuwanderer wie von der Mehrheitsgesellschaft. Wer wie Dobrindt am liebsten über Integrationsdefizite sprechen möchte, reduziert die Einwanderer wieder auf dieses Problem. Bei vielen Migranten kommt dann die Botschaft an: Ihr gehört nicht dazu.“[85]

→ „Kimil: Die Medien können eine Führungsrolle übernehmen, positive Beispiele zeigen und Initiativen anregen. Und die Politik sollte dafür sorgen, dass Menschen mit mindestens fünf Jahren festem Wohnsitz in Hamburg an den Bürgerschaftswahlen teilnehmen dürfen. Das steigert die Verantwortung und das Dazugehörigkeitsgefühl (sic!).“[86]

→ „Ich glaube, Sie haben eine gute Entscheidung getroffen. Und ich bin fest überzeugt: Wer hier lebt, wer hier gern lebt, wer sich auf Deutschland einlassen, sich in Deutschland wohlfühlen und etwas aufbauen will, wer sich zu Deutschland bekennt, muss dann auch alle Rechte und Pflichten haben, alle Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben, an dem, was wir ‚demokratische Willensbildung‘ nennen.“[87]

---

[83] HK242: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Pressemitteilung zur 8. Integrationsministerkonferenz, 21.03.2013

[84] HK116: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Gaucks Rede war eine seiner klügsten“, 23.04.2014

[85] HK97: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Ramschartikel aus Bayern“, 16.04.2012

[86] HK89: Hamburger Abendblatt (online), Jens Meyer-Odewald, „Einbürgerung: Plädoyer für den Doppelpass“ (Interview mit Osman Kimil, deutsch-türkischer Unternehmer), 24.11.2011

[87] HK149: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 25.10.2011

→ „Und bitte nutzen sie Ihre neuen Rechte als Deutsche: Bestimmen Sie mit, wie es in Hamburg und in Deutschland weitergeht. Gehen Sie wählen, werden Sie vielleicht sogar selbst politisch aktiv! Wir alle können von Ihrem weiten Horizont und Ihrer Lebenserfahrung profitieren.“[88]

→ „Ich lade Sie daher ein, dass Sie sich in Ihrer neuen, nun auch offiziellen Heimatstadt engagieren, zum Beispiel in den Vereinen und Schulen. Lassen Sie uns an Ihrer Kultur teilhaben, werden Sie auch politisch aktiv und setzen Sie sich gemeinsam mit anderen für Ihre Interessen ein!“[89]

→ „Bringen Sie ein, was Sie mitbringen! Mischen Sie sich ein, es gibt viele Möglichkeiten, nicht nur in politischen Parteien, auch in Initiativen vor Ort, in Kindergärten und Schulen, am Arbeitsplatz, in Vereinen und Verbänden. Lassen Sie uns zusammen dafür sorgen, dass Hamburg eine lebendige, liebenswerte und tolerante Metropole bleibt. Und wer weiß, vielleicht kandidiert ja auch schon jemand von Ihnen bei der nächsten Wahl Ihrer Bezirksversammlung 2018 oder in fünf Jahren für einen Sitz in der Hamburger Bürgerschaft.“[90]

→ „Unsere Botschaft lautet: Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern können. Wer sich anstrengt, verdient und bekommt unsere Unterstützung. Die Perspektive der Einbürgerung soll auch zum Mitmachen animieren, dazu anspornen, sich noch mehr einzubringen in Vereinen und Verbänden, in Sport, Kultur und Politik. Auf Sie kommt es an. Sie sind Hamburg. Noch einmal: Herzlich willkommen!“[91]

→ „Bürgermeister Ole von Beust: „Es freut mich besonders, dass sich heute ein langjähriger Freund und Mäzen der Hansestadt entschieden hat, seine gefühlte Heimat Hamburg mit dem Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit auch zu seiner offiziellen Heimat zu machen. Er verkörpert wie kein anderer den Geist des hanseatischen Kaufmanns, der seinen beruflichen Erfolg dazu nutzt, das Gemeinwohl zu fördern. Dafür gibt Ian Karan einen Teil seiner eigenen Erfolgsgeschichte weiter und fördert insbesondere junge Menschen mit ausländischem Kulturhintergrund. Sie erhalten so die Chance, ihre persönliche und berufliche Zukunft erfolgreich zu gestalten und ihre eigenen Wege zu gehen, ohne dabei ihre Wurzeln zu vergessen.“[92]

---

[88] HK172: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 15.02.2013

[89] HK171: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.05.2013

[90] HK178: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 13.02.2015

[91] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012

[92] HK216: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 14.12.2009

→ „Im Festsaal des Hamburger Rathauses nimmt der Kinderchor Aufstellung. Noch immer hallen die Worte von Bürgermeister Scholz in meinem Kopf. Dass jeder eine innere Bereitschaft für die Einbürgerung mitbringen müsse. Dass man auch etwas dafür tun müsse. Bin ich in angemessener Stimmung, um Deutscher zu werden? Mein ganzes Leben habe ich hier verbracht. Schule. Studium. Arbeit. Mich meist willkommen gefühlt. Ich glaube, dass ich dazugehöre.“[93]

DEUTUNGSMUSTER: Wird Integration vom offiziellen Diskurs als gleichberechtigte Teilhabe definiert, so gilt ihm die Einbürgerung als notwendige **Voraussetzung** dafür, dass Integration vollumfänglich gelingen kann – denn nur durch die Einbürgerung erlangen Zugewanderte gleiche staatsbürgerliche Rechte. Wer Integration fördern will, muss also zwingend auch die Einbürgerung fördern, da das eine ohne das andere nicht zu haben ist. Nur wer eingebürgert ist hat die Möglichkeit, sich in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen gleichberechtigt einzubringen. Zudem schafft die Einbürgerung eine zusätzliche Motivation, soziale Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. In diesem Sinne ist die Einbürgerung geradezu ein demokratisches Erfordernis. Das Auseinanderklaffen von Wohn- und Wahlbevölkerung ist für jede Demokratie ein existenzielles Problem und muss daher durch entsprechende politische Maßnahmen bekämpft werden. Ein demokratisches System kann sein Dasein nur rechtfertigen, wenn möglichst viele (im Idealfall alle) an seiner politischen Ausgestaltung beteiligt sind. Auch vor diesem Hintergrund ist eine förderliche Einbürgerungspolitik dringend notwendig.

KOMMENTAR: Hier wird der Bezug zu dem in der Einleitung zu dieser Arbeit abgedruckten Artikelausschnitt aus dem Tagesspiegel offenbar, in welchem Befürworter_innen der Hamburger Einbürgerungsinitiative die Einbürgerung als wesentliche Integrations*voraussetzung* konzipieren. Überdies wird die Rolle des demokratischen Staates als Förderer bzw. als Ermöglicher von Integration und Einbürgerung im Rahmen dieses Deutungsmusters weiter ausgestaltet – ganz besonders vor dem Hintergrund eines drohenden Legitimitätsverlusts durch das fortschreitende Auseinanderfallen von Wohn- und Wahlbevölkerung, wie es auch in Abschnitt 2.2 als Problemstellung thematisiert wurde. Das demokratische Paradigma zieht sich als Leitgedanke durch den gesamten Diskurs und unterstreicht mit seinem Fokus auf staatsbürgerliche Rechte dessen staatsnationalen

[93] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013

Anspruch.[94] Im Folgenden veranschaulichen einige Beispiele diesen Aspekt der offiziellen Storyline:

→ „Der Entscheidung, sich über die Einbürgerung informieren zu lassen, geht im Regelfall bereits eine weitreichende Integration voraus. Die im Staatsangehörigkeitsgesetz formulierten Einbürgerungsvoraussetzungen können naturgemäß nur nach erfolgter Integration in die hiesigen Lebensverhältnisse erfüllt werden. Zudem wird auch die Einbürgerung selbst als ganz wesentlicher Integrationsschritt betrachtet. Informationen über weitere Integrationsangebote werden somit nur im Bedarfsfall gegeben."[95]

→ „Die Einbürgerung ist aber ebenso ein wichtiger Schritt hin zur Integration, über die bei uns so gern und viel diskutiert wird. Und es stimmt ja auch: Die Eingliederung der Hamburgerinnen und Hamburger mit so genanntem Migrationshintergrund […,] dass wir Sie in das Stadtleben mit gleichen Rechten und Pflichten einbeziehen, als Grundlage für ein gutes Zusammenleben, ist eines der wichtigsten Themen unserer Gesellschaft. Die Einbürgerung muss ein Staatsziel sein."[96]

→ „Innensenator Udo Nagel: „Die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen ist mehr, als nur eine Formalie, die man nebenbei auf dem Amt erledigt. Unsere Neubürger haben sich bewusst zu Deutschland als ihrem Land bekannt und übernehmen damit alle Rechte und Pflichten, die für alle Deutschen gelten. Es wäre gut für die Demokratie und den gesellschaftlichen Frieden, wenn sich mehr Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zur Einbürgerung entschließen könnten und sich damit zu ihrer neuen Heimat bekennen würden."[97]

→ „Mehr Einbürgerungen. Das müsse „ein zentrales Ziel des deutschen Staats" werden, sagte der SPD-Vizechef in einem Interview der Nachrichtenagentur dapd in Berlin. „Es war und ist ein Fehler der deutschen Integrationspolitik, dies nicht gezielt zu befördern. Das müssen wir in Ordnung bringen.", so Olaf Scholz weiter. Denn die Einbürgerung als Lebensperspektive für Migranten

---

[94] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[95] HK49: Freie und Hansestadt Hamburg (Bürgerschaft), Drucksache 20/8962, 10.09.2013

[96] HK164: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 06.02.2012

[97] HK212: Freie und Hansestadt Hamburg, Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 30.04.2008

fördere eine bessere Integration. Aber Deutschland hinke dabei im internationalen Vergleich hinterher. Das zu ändern, sei nicht nur ein Hamburger Anliegen. „Die Initiative könnte in ganz Deutschland funktionieren.“[98]

→ „Das Beispiel der Schwabenmetropole, in der mehr als 20 Prozent Nicht-Deutsche leben, deutet auf ein Problem von bundesweiter Dimension. In unserem Lande leben 5,1 Millionen Ausländerinnen und Ausländer seit mehr als acht Jahren. Viele von ihnen sind sogar hier geboren. 5,1 Millionen Frauen, Männer und Kinder gehen zur Kita, zur Schule, zur Arbeit, sind am Gemeinwesen beteiligt. Die Volljährigen dürfen aber nicht den Bundestag wählen, selbst wenn sie in der Schule etwas über Demokratie gelernt haben.“[99]

→ „Die Einbürgerungszahlen zu erhöhen und Staatsvolk und Bevölkerung nicht dauerhaft auseinanderfallen zu lassen, ist ein schon 1990 vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenes und mittlerweile allgemein anerkanntes integrationspolitisches und staatspolitisches Ziel. Doch die Verfassungswirklichkeit hinkt dem Anspruch fußlahm hinterher.“[100]

→ „Die Einbürgerung ist der erste Schritt in die richtige Richtung“, meint Simsek. „Menschen, die seit Jahren hier leben und Steuern zahlen, sollten über die Verwendung ihre Steuern entscheiden können.“ Angesichts der Weigerung von CDU/CSU, sich beim kommunalen Ausländerwahlrecht zu bewegen, biete die Einbürgerung für Ausländer die beste Möglichkeit, als Gegenleistung für Pflichten auch Rechte zu bekommen, also z. B. wählen gehen und gewählt werden zu können. „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig das ist. Ohne deutschen Pass säße ich nicht in der Bürgerschaft“, betont Simsek. Frau Arslan kann nun mit ihren Kindern genau das tun, was auch Ali Simsek tut: Verantwortung wahrnehmen, Einfluss ausüben und an vielen Bereichen des Lebens teilhaben.“[101]

Die Rolle, die der Einbürgerung hier im Integrationsprozess zugewiesen wird, ihre Positionierung als Schlüsselelement und zentrales demokratisches Staatsziel, führt unmittelbar zum nächsten Aspekt der Phänomenstruktur – nämlich zur Wahrnehmung und politischen Bewertung der Einbürgerung als solcher. Welche Gründe für eine Antragstellung gelten als legitim? Sollten die Hürden hoch oder niedrig

---

[98] HK273: SWR (online), dapd, „SPD-Vizechef Scholz – Möglichst viele Ausländer einbürgern“, 14.03.2012

[99] HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014

[100] HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014

[101] HK194: Ali Simsek (SPD), „Einbürgerungskampagne läuft erfolgreich!“, 13.04.2012

sein? Die Antworten auf diese Fragen ergeben sich in logischer Konsequenz aus den bereits eingeführten Deutungsmustern.

Einbürgerung

DEUTUNGSMUSTER: Der offizielle Diskurs geht davon aus, dass die Identifikation mit Deutschland für die Einbürgerungsentscheidung durchaus eine Rolle spielen sollte und dies in aller Regel auch tut. Dennoch sind auch rein pragmatische Erwägungen durchaus als **legitime Gründe** für eine Einbürgerung anzusehen (z. B., wenn die deutsche Staatsangehörigkeit persönliche oder wirtschaftliche Vorteile für die/den Einzelne/n mit sich bringt). Dies gilt v.a. auch deshalb, weil angenommen wird, dass eine Einbürgerung so oder so langfristig eine stärkere Identifikation mit und ein vermehrtes Engagement für die deutsche Gesellschaft zur Folge haben wird. Grundsätzlich ist die Einbürgerung für alle Zugewanderten, die ihren Lebensmittelpunkt langfristig in Deutschland sehen, die logische Konsequenz – ob nun aus pragmatischen, oder aus emotionalen Gründen.

KOMMENTAR: Dem hier entwickelten Deutungsmuster zufolge, kann der staatsnationale Diskurs einigermaßen ‚entspannt' sein, was die *tatsächliche* Haltung der Einzubürgernden zum Zeitpunkt der Einbürgerung angeht, weil er ganz offensichtlich auf die integrative Wirkung der Staatsangehörigkeit als solcher vertraut. Diese integrative Wirkung betrifft in erster Linie die Dimension der *Identifikation* nach Esser. Der staatsnationale Diskurs antizipiert damit die quasi-automatische Ausformung eines demokratischen *Bürgersinns* – also der Unterstützung des Systems im Austausch gegen staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten – vermengt diesen, gerade in Anbetracht der oben wiederholt hervorgetretenen Betonung von emotionaler Verbundenheit, aber mit Vorstellungen von *kollektiver Identität* – im Sinne der emotional empfundenen Einheit mit dem System. Anders als es letztere Kategorie bei Esser impliziert, wird vom offiziellen Hamburger Diskurs allerdings nicht verlangt, dass die eigenen Bedürfnisse hinter dem Kollektiv zurückstehen. Im Gegenteil: Im staatsnationalen Verständnis fügen sich, das haben die obigen Deutungsmuster gezeigt, individuelle und kollektive Bedürfnisse nahtlos ineinander.[102] Eine solche Haltung zeigt sich u. a. in den untenstehenden Zitaten:

[102] Siehe hierzu die Ausführungen zu Esser in Abschn. 2.2

→ „Einbürgerung lohnt sich, die deutsche Staatsangehörigkeit hat viele Vorteile. Nach einer Einbürgerung zahlt man nicht mehr nur Steuern, man kann auch mit entscheiden (sic!), wofür sie ausgegeben werden.“[103]

→ „Die deutsche Staatsangehörigkeit, das Bekenntnis zu unserem Staat und unserer Gesellschaft macht den Alltag leichter: Sie müssen sich nicht mehr um aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten kümmern. Und mit einem deutschen Pass in der Tasche können Sie problemlos in viele Länder reisen, für die Sie bisher noch ein Visum brauchen.“[104]

→ „Ich bin gerne Deutsche, denn der deutsche Pass macht vieles leichter“, sagt Box-Weltmeisterin **Susianna Kentikian**. „Ich kann wählen und den Weg des Landes mitbestimmen. Als Deutsche habe ich größere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Behördengänge, Reisen, Mietverträge – all das und mehr wird leichter. Dazugehören und alle Rechte haben – das bringt auch anderen die deutsche Staatsbürgerschaft. Deshalb unterstütze ich die Kampagne.“[105]

→ „Carolin Lugo-Heitmann hat sich drei Monate intensiv auf den Einbürgerungstest vorbereitet. Für die 33-jährige Kolumbianerin, die in der Modebranche arbeitet und viel reist, ist die Einbürgerung vor allem aus einem Grund wichtig: „Als Kolumbianerin muss man fast überall ein Visum beantragen, als Deutsche nicht.“[106]

→ „Von manchen Hürden und Schwierigkeiten hat uns vor einigen Wochen, auch bei einer Einbürgerungsfeier, Frau Jardena Kifle anschaulich erzählt, als ‚Einbürgerungslotsin‘ – und als junge Frau, die das Verfahren zuvor selber mitgemacht hatte. Sie hat nicht verschwiegen, dass sie als Migrantin auch auf Vorbehalte, manchmal auf Vorurteile, auch auf Ablehnung gestoßen ist.

Manche von Ihnen haben solche Erfahrungen vielleicht auch gemacht. Frau Kifle hat trotzdem keinen Zweifel gelassen, dass es die richtige Entscheidung war und sie es gespürt hat: Als Staatsbürger ist man in stärkerer Weise gefragt mitzumachen, eigene Ideen zu entwickeln, Erfahrungen mit anderen zu teilen und die eigene Meinung zu sagen. Ich bin sicher, so wird es Ihnen auch gehen.“[107]

---

[103] HK146: Olaf Scholz, Grußwort zum Asure-Empfang der Alevitischen Gemeinde Hamburg, 02.12.2011

[104] HK149: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 25.10.2011

[105] HK218: Freie und Hansestadt Hamburg (Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz), Pressemitteilung zur Einbürgerungskampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.“, 04.11.2010 (Hervorhebung im Original)

[106] HK144: NDR 90,3 (online), Susanne Röhse, „Einbürgerung: Drei Monate lernen für den Test“, 14.04.2015

[107] HK149: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 25.10.2011

→ „Die Einbürgerung ist viel mehr als ein Verwaltungsakt. Sie ist das Bekenntnis zu unserem Staat und zu unserer Gesellschaft. Wer hier schon länger lebt und die Voraussetzungen erfüllt, sollte auch deutscher Staatsbürger werden, weil nur dann alle Möglichkeiten der Teilhabe bestehen", sagte Scholz und bezeichnete die Initiative als wichtigen Beitrag zur Integration."[108]

→ „Bürgermeister Christoph Ahlhaus: „Es ist wieder ‚in' Deutscher zu werden. Das zeigt nicht nur die positive Bilanz der erfolgreichen Einbürgerungskampagne des Hamburger Senats. Es gibt viele gute Gründe Deutscher zu werden: die freie Wahl des Wohnsitzes, visafreie Reisemöglichkeiten, die uneingeschränkte Berufsfreiheit und das vollständige Wahlrecht. Viele von Ihnen haben sich zudem ganz bewusst dafür entschieden, in unserer Stadt Hamburg zu leben. Daher mein (sic!) Bitte: Bringen Sie sich in den Dialog der Kulturen ein, geben Sie Ihre Erfahrungen weiter und leisten Sie Ihren Beitrag zu einem friedlichen und demokratischen Miteinander in unserer Stadt."[109]

→ „Sie sind Teil der Gesellschaft – werden Sie auch rechtlich gleichberechtigt und entscheiden Sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit."[110]

DEUTUNGSMUSTER: Gegenüber den mannigfaltigen Gründen eine Einbürgerung anzustreben, gibt es – dem offiziellen Diskurs zufolge – kaum wirklich triftige Gründe, dies nicht zu tun. Die meisten Hinderungsgründe, die vermeintlich gegen eine Einbürgerung sprechen, sind entweder auf mangelnde Information und Unwissenheit zurückzuführen, auf überzogene und z. T. diskriminierende Integrationserwartungen in Politik und Gesellschaft, oder aber auf unverhältnismäßig hohe Hürden im Einbürgerungsprozess. Integration (im Sinne von Teilhabe) verlangt hingegen vielmehr möglichst **niedrige Hürden**, sodass alle, die sich einbürgern lassen wollen, dies auch unproblematisch tun können. Natürlich gibt es einige Voraussetzungen, die für eine Einbürgerung zwingend erfüllt sein müssen, damit der gemeinsame gesellschaftliche Rahmen gewahrt bleibt und das Zusammenleben funktionieren kann. Viele Anforderungen der aktuellen Einbürgerungspraxis sollten jedoch noch einmal überdacht und auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin überprüft werden. So wird beispielsweise das Gebot der Vermeidung von Mehrstaatigkeit der modernen Lebensrealität nicht gerecht und muss abgeschafft werden.

---

[108] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer", 09.12.2011

[109] HK221: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 26.01.2011

[110] HK257: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Flyer zur Einbürgerungsinitiative, o.D. (1. Auflage)

KOMMENTAR: Die Forderung nach niedrigen Einbürgerungshürden ist eine logische Folgerung aus dem demokratischen Integrationsbegriff, der staatsnationalen Integrationserwartung und der weiter oben bereits angesprochenen Diskursverschränkung mit den Themen *Mehrstaatigkeit* und *Optionspflicht* in Anbetracht eines konstruktivistischen Konzepts von Identität. Sie korrespondiert des Weiteren auch mit Benhabibs theoretischen Vorstellungen hinsichtlich einer *transnationalen Staatsbürgerschaft*.[111] Überdies kann die gewisse ‚Sorglosigkeit' des offiziellen Diskurses (bezogen auf den sozialen Schließungsmechanismus der Einbürgerung) auch auf die weiter oben angesprochene Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in' bzw. des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' zurückgeführt werden, die wiederum mit der historischen Konstruktion einer positiven nationalen Migrationserfahrung und – in ihrem letztendlichen Ursprung – mit dem eingangs definierten Kulturbegriff zusammenhängt, der kulturelle Vielfalt einerseits normalisiert und andererseits positiv als (Human)Kapital konnotiert. Bezeichnend ist außerdem, dass – so viele legitime Gründe es auch *für* eine Einbürgerung zu geben scheint, keinerlei legitime Gründe anerkannt werden, sich *gegen* eine Einbürgerung zu entscheiden. Auch hierin wird die nationalistische Zielsetzung des Diskurses noch einmal offenbar: Zuwandernde sollen zum gleichwertigen Teil von Staat und Nation werden. Dass eine Verweigerung dessen (die letztlich immer auch ein Ausscheren aus der diskursiv erzeugten *kulturellen Wirklichkeit* bedeutet[112]) nicht als feindliche Handlung, sondern vielmehr als verzeihlicher Irrtum interpretiert wird, der (z. B. mit Hilfe einer Einbürgerungsinitiative) leicht revidiert werden kann, zeugt abermals davon, wie machtvoll die Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in' sich im Diskursfeld auswirkt. Dieser Umstand spiegelt sich nicht zuletzt auch in den nachfolgenden Beispielen wider:

→ „Den Schritt ‚Vom Hamburger zum Staatsbürger' zu gehen, trauen sich manche Menschen aber nicht, weil sie ein langes und bürokratisches Verfahren scheuen. Andere sind unzureichend über das Einbürgerungsverfahren und die mit einer Einbürgerung verbundenen Vorteile informiert. Wieder andere sind bei den ersten Schritten auf Probleme gestoßen und haben das Vorhaben Deutsche zu werden deshalb nicht weiter verfolgt."[113]

[111] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[112] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann sowie die Ausführungen zur emotionalen Verteidigung der rationalen Ordnung in Abschn. 2.3.

[113] HK218: Freie und Hansestadt Hamburg (Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz), Pressemitteilung zur Einbürgerungskampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.", 04.11.2010

→ „Sie ist von der Senatsbehörde mit der Leitung der Einbürgerungskampagne beauftragt worden und war überrascht, wie groß die Angst der Ausländer vor den Behörden war. „Es besteht wirklich großes Interesse an Beratung", sagt sie. „Doch die Gerüchte über ein kompliziertes Einbürgerungsverfahren verhinderten bisher in vielen Fällen den Gang zum Amt."[114]

→ „Vor allem die Togoer hätten vorsichtig und skeptisch reagiert, berichtet Celikkol. Denn um in Deutschland eingebürgert zu werden, müssen sie sich wie alle Nicht-EU-Bürger in ihrem Herkunftsland zunächst ausbürgern lassen.

Das Konsulat hatte den Togoern in Hamburg aber mitgeteilt, sie müssten für diesen Schritt extra nach Togo reisen – was sich die meisten von ihnen nicht leisten können. Iran, Syrien und Ägypten bürgern dagegen gar nicht aus. In all diesen Fällen wird den Menschen trotzdem die deutsche Staatsbürgerschaft zugesprochen und die doppelte Staatsangehörigkeit toleriert"[115]

→ „Im Frühling 2010 stand ich in einem dürftig beleuchteten Flur des Einwohner-Zentralamtes in Hamburg. Linoleumboden, pastellfarbener Beton. Was kommt jetzt auf mich zu? Unzählige Formulare? Unfreundliche Beamte? Womöglich ein Einbürgerungstest?

Sachbearbeiter V bis Z öffnete die Tür. „Guten Morgen, Olaf Petersen", sagte er, ein freundlicher Mann Ende 30, Hamburger Tonart. Er wies mir einen Stuhl zu. Ich sagte, dass ich in Deutschland Abitur gemacht und studiert habe. Nun als Journalist arbeite. Frage: Brauche ich auch einen Sprach- oder Einbürgerungstest?

Petersen schaute in meine Unterlagen: „Alles kein Problem bei Ihnen. Abiturzeugnis reicht als Sprachnachweis. Sie haben sogar einen Rechtsanspruch auf die Einbürgerung."[116]

→ „Jahrzehntelang haben wir gefordert, dass wir uns in Deutschland als Einwanderer betrachten, aber das wurde sehr lange Zeit abgelehnt. Das hat dazu geführt, dass sich viele Zuwanderer eben nicht willkommen gefühlt haben. Aber wie können Sie eine Perspektive in einem solchen Land entwickeln, in dem Sie zwar Wurzeln geschlagen haben, aber keinerlei politische Mitwirkungsrechte haben?

[114] HK276: TAZ (online), Emilia Smechowski, „Mehr Einbürgerungen – Hamburg wird deutscher", 19.06.2011

[115] HK276: TAZ (online), Emilia Smechowski, „Mehr Einbürgerungen – Hamburg wird deutscher", 19.06.2011

[116] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013

Wir wollen auch unsere eigene Kultur hier einbringen und die deutsche Kultur mit aufnehmen – ganz entspannt – so wie die Bürger dieses Landes, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an haben. So lange (sic!) dies nicht möglich war, war die Haltung zur Einbürgerung eher reserviert. Wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft annimmt, muss man sich auch mit diesem Land identifizieren ansonsten hat es keinen Sinn. Auch für die Deutschen nicht.“[117]

→ „Ich habe durch meine Geburt das recht (sic!) auf den Goldenen (sic!) Adler auf roter Pape (sic!), und wenn ich so nachdenke wäre mir das an vielen Grenzen an denen ich bisher stand einige Monate lernen wert, ich hoffe das (sic!) Frau Lugo-Heitmann auch in den Genuss kommt, sie hätte sich die Vorzugsbehandlung nämlich wenigstens selbe (sic!) erarbeitet und nicht wie ich und so manch anderer hinterher geschmissen (sic!) bekommen.“[118]

→ „Um das Tempo bei der Einbürgerung zu erhöhen, wäre nicht nur die in den Koalitionsvertrag aufgenommene Aufhebung des Optionszwangs nötig, sondern auch eine generelle Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit – allerdings scheint die Chance auf Umsetzung derzeit gering.“[119]

→ „Die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft werden nämlich auch deshalb noch zu wenig in Anspruch genommen, weil manche Nachteile im Umgang mit dem Herkunftsland befürchten. Die doppelte Staatsbürgerschaft würde hier Abhilfe schaffen.“[120]

→ „Immerhin werden in Hamburg bereits heute fast 60 Prozent der Antragstellerinnen und Antragsteller als so genannte ‚mehrstaatige' eingebürgert. Es wird Zeit, dass wir für alle diese Hürde abbauen.“[121]

→ „Die Entscheidung, sich um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bewerben, fiel 2011. „Für mich war es lange eine innere Hürde, dass die doppelte Staatsbürgerschaft nicht möglich ist.“

An der russischen aber hing Kuchenbecker, weil ihre Familie noch in Russland wohnt und sie jetzt ohne russischen Pass nur mit Visum einreisen kann. Doch das Gespräch mit einer Integrationslotsin – sie sind Bestandteil

117 HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011

118 HK144: NDR 90,3 (online), Susanne Röhse, „Einbürgerung: Drei Monate lernen für den Test“, 14.04.2015 – Eintrag Kommentarforum, Visum, 14.04.2015

119 HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014

120 HK163: Olaf Scholz, Gespräch mit Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative, 02.04.2012

121 HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013

der Kampagne – überzeugte Lioubov Kuchenbecker. „Die Staatsangehörigkeit ist doch das letzte i-Tüpfelchen der Zugehörigkeit“, sagt sie heute.“[122]

→ „Verglichen mit skandinavischen Ländern sind unsere Einbürgerungsvoraussetzungen sehr hoch. Doch zeigt sich, dass schon mit der geltenden Rechtslage bessere Ergebnisse erzielt werden können, wenn der politische Wille denn da ist.“[123]

→ „Deutschland ist nach den USA das beliebteste Einwanderungsland. Bei den Einbürgerungen von Ausländern gehört es aber zu den Schlusslichtern. Fachleute fordern eine weitere Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.“[124]

→ „Eine einbürgerungsfördernde Politik muss breiter angelegt sein und verlangt mehr als nur Gesetzesänderungen. Die Zuständigkeit für die Umsetzung des Staatsangehörigkeitsrechts liegt bei den Ländern. Dort und bei den regional zuständigen Einbürgerungsbehörden bestehen beträchtliche Spielräume. Wie groß diese tatsächlich sind, wird oft unterschätzt. Zwar gibt es Verwaltungsvorschriften und Anwendungshinweise des Bundes, doch beantworten diese nicht alle Fragen oder sind nicht rechtsverbindlich. Auch die Länder haben nur zum Teil Vorschriften erlassen, mit denen sie die Einbürgerungspraxis nach oben oder unten steuern können. Eine Untersuchung des Mediendienstes Integration zeigt, wie unterschiedlich die Spielräume tatsächlich genutzt werden. Die Einbürgerungsquoten divergieren nach Bundesländern zwischen 4,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 1,65 Prozent in Baden-Württemberg und innerhalb der Bundesländer (zum Beispiel in Rheinland-Pfalz: Koblenz 4,85 Prozent und Pirmasens 0,72 Prozent) enorm stark.“[125]

→ „Einer der wichtigsten Faktoren ist die Personalausstattung. Ein Mehr an Sachbearbeitenden hilft, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen, durch gute Beratung Frustrationen vorzubeugen und so die Antragszahlen zu erhöhen. Hilfreich ist es auch, die Verfahren zu verschlanken, wie Hamburg es vormacht...“[126]

→ „Das ist übrigens das genaue Gegenteil von ‚Verramschen des deutschen Passes‘, wie es neulich jemand bezeichnen zu müssen glaubte. Vielmehr ist es

[122] HK106: Hamburger Abendblatt (online), Jens Meyer-Wellmann/Julia Witte, „Einbürgerungsanträge um 37 Prozent gestiegen“, 17.01.2013

[123] HK195: Aydan Özoguz (SPD), Pressemitteilung zu den Einbürgerungszahlen 2013, 17.04.2014

[124] HK129: Handelsblatt (online), dpa, „Nur wenige Einwanderer lassen sich einbürgern“, 17.07.2014

[125] HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014

[126] HK130: Interkulturelle Woche, Johannes Brandstäter, „Aufgabe Einbürgerung“, 2014

> ein sehr gutes Angebot, denn der deutsche Pass taugt ja etwas. Den können wir jederzeit präsentieren und denjenigen, die es wollen und die Voraussetzungen erfüllen, damit eine bessere Teilhabe ermöglichen. Indem wir auch ihren Elan und Optimismus nutzen. Das ist früher viel zu wenig gemacht worden.“[127]

Insbesondere der hier dargelegte Anspruch an niedrige Hürden im Einbürgerungsprozess bildet die Überleitung zum letzten Deutungselement der Storyline – der Bewertung der Hamburger Einbürgerungsinitiative, ihres Ansatzes und ihrer Erfolge. Da es sich im vorliegenden Fall um den offiziellen Diskurs der Initiative handelt, ist anzunehmen, dass seine Bewertung derselben durchaus positiv ausfallen wird. Diese Schlussfolgerung ergibt sich überdies in logischer Konsequenz aus den weiter oben beschriebenen Deutungsmustern und soll im Folgenden argumentativ begründet werden.

Einbürgerungsinitiative
DEUTUNGSMUSTER: Wie bereits gezeigt wurde, begreift der offizielle Diskurs die Einbürgerung als zentrale Voraussetzung für Integration im Sinne von Teilhabe. Überdies wird davon ausgegangen, dass der **Staat als Förderer** einen wesentlichen Beitrag dazu leisten muss, dass Integration überhaupt gelingen kann. Vor diesem Hintergrund plädiert der offizielle Diskurs dafür, die Einbürgerung mit politischen Mitteln zu bewerben – so z. B. im Rahmen der Hamburger Einbürgerungsinitiative. Einbürgerungsförderung sollte dabei sowohl Werbe- als auch Aufklärungsmaßnahmen umfassen. Einbürgerungs*werbung* muss Zugewanderte auf emotionaler Ebene ansprechen, ein Zeichen des Willkommens und der Wertschätzung setzen. Einbürgerungs*aufklärung* muss Wissen vermitteln, über die Vorteile einer Einbürgerung sowie über ihre Voraussetzungen informieren, Ängste und Unsicherheiten abbauen und mit falschen Befürchtungen aufräumen. Des Weiteren sollte Hilfestellung bei der Überwindung bürokratischer Hürden angeboten werden. Diese Begleitung und Beratung muss möglichst niedrigschwellig und sensibel für die spezifische Lebenssituation der Betroffenen sein. Am effektivsten wird die Einbürgerung daher durch Menschen mit Migrationshintergrund beworben, die den Einbürgerungsprozess selbst durchlaufen haben. Für die Motivation der Zielgruppe, sowie auch für die Bewerbung von Integrationspolitik in der Öffentlichkeit, eignen sich v.a. Vorbilder mit eigener Einbürgerungserfahrung und erfolgreichem Lebenslauf – also Personen, die Maßstäbe dafür setzen,

[127] HK162: Olaf Scholz, Rede zur Mitgliederversammlung des Bankenverbandes Hamburg, 19.04.2012

was im Rahmen von Integration (im positiven Sinne) möglich ist. Schlüssel zu einer guten Einbürgerungskampagne ist überdies die persönliche, wertschätzende Ansprache potenzieller Einbürgerungsinteressent_innen (als beispielhaft gilt hier v.a. die Hamburger Briefaktion). Diese persönliche Ansprache ist ein Zeichen gelebter ‚Willkommenskultur' und stößt bei den Migrant_innen allgemein auf große Resonanz.

KOMMENTAR: Im Rahmen dieses Deutungsmusters wird nicht nur die Rolle des ‚Staates als Förderer' aktualisiert, überdies wird auch der zentrale Zusammenhang von *Macht* und *Wissen* ausformuliert, den der Diskurs – als kulturelle Wirklichkeitskonstruktion – zwangsläufig konstituieren muss. Um seinem Wirklichkeitsanspruch gerecht zu werden – das heißt, um die von ihm adressierten Zielgruppen von seiner Wirklichkeit zu *überzeugen* – muss er, ganz entsprechend Foucaults Machtvorstellung, *Wissen* produzieren. Dies tut er zuallererst in Form der Hamburger Einbürgerungsinitiative mit ihrer weitreichenden Werbewirkung, sowohl auf potenziell Einzubürgernde, als auch auf die allgemeine Öffentlichkeit.[128] Zum Zweck der Wissensproduktion stehen ihm in diesem Kontext verschiedene Ressourcen, Strategien und *Institutionen* im Luckmann'schen Sinne zur Verfügung.[129] Da sind zum einen *Emotionalisierungstechniken* zu nennen, wie etwa die von Wilce identifizierte emotionale Vergemeinschaftung von Sprechenden und Publikum (etwa durch die persönliche Ansprache im Rahmen des Bürgermeisterbriefs) oder die Nutzung von individuellen Fällen und ‚Vorbildern' zur Erzeugung von Empathie und Motivation.[130] Die Subjektposition des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' ist hierbei eine wichtige Ressource für die Inszenierung von Werbeträger_innen und sie wird zudem insofern erweitert, als Einzubürgernde (ob ihrer eigenen Erfahrungen quasi-automatisch) in erhöhtem Maße dazu prädestiniert (und ausdrücklich aufgefordert) sind, eigenständig Werbung für die Einbürgerung zu machen. Überdies ist der *dispositive Komplex* aus behördlicher Einbürgerungsabteilung, TGH-Lotsenprojekt, Einbürgerungsfeiern und nicht zuletzt der zentralen Person des Hamburger Ersten Bürgermeisters mit ihrem großen *symbolischen Kapital* ein wesentliches Werkzeug für die diskursive Machtausübung (wobei noch einmal zu betonen ist, dass Macht hier nicht im Sinne von *Herrschaft* verstanden werden soll).[131] Gerade im Hinblick auf das TGH-Lotsenprojekt ist interessant, dass – wie in Abschnitt

[128] Siehe hierzu v.a. die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.4

[129] Siehe hierzu die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.4 sowie zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

[130] Siehe hierzu die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3

[131] Siehe hierzu insbesondere Abschn. 2.4

3.3 erörtert wurde – die wiederholte Betonung von migrantischen *Communities* als Bezugs- und Ansatzpunkt sowie auch die Betonung der gruppenbezogenen *kulturellen Kompetenzen* der Lots_innen mit ihrem tendenziellen *Kollektivismus* dem ausgesprochenen *Individualismus* des diskursiven Kultur- und Identitätsbegriffs eigentlich zuwiderlaufen. Im Rahmen der massenmedialen Vermarktung und Legitimierung des Projekts tut sich – wie man in Abschnitt 3.3 gesehen hat – gewissermaßen ein neuer Seitenarm des Diskurses auf, der seinerseits vage Assoziationen mit dem theoretischen Programm des *Multikulturalismus* weckt (auch wenn er aus dieser Tatsache keinerlei partikularpolitische Forderungen ableitet).[132] Diese abweichende Deutungslinie ist zwar aus der Projektpraxis heraus erklärbar, macht allerdings zugleich auch ein latentes Legitimationsproblem des offiziellen Diskurses deutlich, wie es in Abschnitt 4.3 dieser Arbeit sowie im Rahmen der verschiedenen Abschnitte von Kapitel 5 noch weiterführend beleuchtet werden wird: Der staatsnationale Diskurs mit seinem konstruktivistischen Kultur- und Identitätsbegriff und seinem demokratischen Integrationsbegriff prallt in der öffentlichen Debatte auf hochgradig essentialistische und assimilationstheoretische Vorstellungen. Diese Vorstellungen sind in der deutschen Gesellschaft so dominant, dass es schwierig ist, die Themen *Kultur* und *Integration* argumentativ zu begründen, ohne diese konkurrierenden Deutungslinien mitzudenken oder auch teilweise in sie hinüberzugleiten. Abschnittsweise ist diese Inkonsistenz auch bereits an einigen der obenstehenden Zitate deutlich geworden, beispielsweise wenn einerseits proklamiert wird, Einbürgerung sei die wichtigste Integrations*voraussetzung*, zugleich aber hervorgehoben wird, dass ein Großteil der erforderlichen Integrations*leistung* (seitens der Migrant_innen) zum Zeitpunkt der Einbürgerung bereits erbracht worden ist. Ungeachtet dieses (durchaus wesentlichen) Bruchs in der *symbolischen Sinnwelt*[133] des offiziellen Diskurses, muss zusammenfassend dessen Verfasstheit als Macht/Wissen-Regime unterstrichen werden. Die nachfolgenden Zitate geben einen ersten Einblick in die Strategien und Logiken der Macht/Wissen-Produktion. Diese werden auch im weiteren Verlauf noch von Interesse sein, u. a. wenn es im Kontext der Diskursproduktion um die offiziellen Hamburger Einbürgerungsfeiern geht oder Abschnitt 5.4 sich mit der Detailanalyse dominanter Machttechniken im Diskursfeld befasst:[134]

→ „…ein bekannter deutscher Kabarettist und Wortkünstler – Karl Valentin – hat vor langer Zeit einmal gesagt: „Fremd ist der Fremde nur in der Fremde“.

---

[132] Siehe hierzu Abschn. 3.5 sowie – zum Thema Multikulturalismus – Abschn. 2.2

[133] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

[134] Siehe hierzu Abschn. 5.2 der vorliegenden Arbeit

Ich empfinde diesen Satz als persönlichen Ansporn. Denn ich möchte, dass Sie, meine Damen und Herren, sich in Hamburg heimisch fühlen. Ich möchte, dass Sie sich zugehörig fühlen mit allen Rechten und Pflichten, und dass es auch tatsächlich so ist. Ich möchte, dass Sie wählen, dass Sie sich politisch beteiligen und alle Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben nutzen. Und ich wünsche mir, dass wir gemeinsam die Gegenwart Hamburgs gestalten und an der Zukunft der Stadt arbeiten.

Dafür ist die deutsche Staatsbürgerschaft nicht nur ein gutes Mittel. Dafür ist sie in vielen Punkten die Voraussetzung. Deshalb werbe ich für die deutsche Staatsbürgerschaft.“[135]

→ „Die Einbürgerung bietet die besten Voraussetzungen für eine rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe gerade im Hinblick auf die vollständige politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Einbürgerung und politische Mitgestaltung sind deshalb ein thematischer Schwerpunkt des Integrationskonzepts. Die Zahl der Einbürgerungen ist daher auch ein wichtiger Indikator im neuen Hamburger Integrationskonzept (Drs. 20/7049). Die Einladung zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ist zudem Ausdruck der Willkommenskultur und des Wunsches, die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger durch die Einbürgerung auch im vollen rechtlichen Sinne teilhaben zu lassen. Die erfreulich große Resonanz auf das verstärkte Engagement des Senats ist auch ein Hinweis auf die Integrationsbereitschaft und den Umstand, dass ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg längst ein Teil der Gesellschaft geworden ist.“[136]

→ „Großartig unterstützt werden diejenigen, die sich dazu entschließen, von unseren engagierten ehrenamtlichen Einbürgerungslotsen, die sensibel und kompetent auf alle Fragen rund um die Einbürgerung vorbereiten. Sie informieren über die Chancen, beraten und begleiten die Bewerber. Mit großem Erfolg: Im ersten Quartal konnten wir die Zahl der Einbürgerungsanträge um mehr als 30 Prozent steigern. Die Zahl der Beratungsgespräche hat sich fast verdoppelt. Viele Unklarheiten konnten ausgeräumt werden.“[137]

135 HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

136 HK49: Freie und Hansestadt Hamburg (Bürgerschaft), Drucksache 20/8962, 10.09.2013

137 HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

→ „Das Team der Einbürgerungslotsen besteht aus erfahrenen Personen aus Ihrer jeweiligen Community, die mit Ihrer Kultur und mit dem Thema ‚Einbürgerung' vertraut sind."[138]

→ „Danach hielt **Jardena Kifle, Einbürgerungslotsin im Projekt „Ich bin Hamburger!" der TGH**, eine sehr authentische und bewegende Festrede. Sie ist mit ihrer Familie als 3jährige als Flüchtlinge aus Eritrea nach Deutschland gekommen, habe schnell die Sprache gelernt und für sich festgestellt, dass sie mit den Werten in Deutschland eine Chance gesehen hat, sich hier zu verwirklichen. Und das hat sie getan und ein 3sprachiges Studium zur Kulturmanagerin in den Niederlanden absolviert.

Als sie von dem Einbürgerungsprojekt erfahren hat, hat sie gedacht, sofort als Lotsin ehrenamtlich tätig werden zu wollen, denn sie dachte an ihre eigene Einbürgerungszeit und wie gern sie Untersützung (sic!) erfahren hätte. Sie beglückwünschte die Neu-Eingebürgerten, wünschte ihnen alles Gute und betonte, dass **durch den deutschen Pass nicht alles sofort einfach ist, aber vieles einfacher**!"[139]

→ „Da Jardena Kifle selbst Migrantin ist, wirkt sie besonders überzeugend, wenn sie sagt: „Als Deutsche kann ich wählen, reisen und arbeiten, der Ausweis öffnet mir Türen."[140]

→ „Es wäre schön, wenn sich noch viel mehr Mitbürger entschließen könnten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Das mag nicht immer leicht sein und Sie werden dazu Ihre eigenen Geschichten erzählen können. Aber Sie haben es jetzt geschafft! Genießen Sie also diesen Tag – und machen Sie vielleicht auch ein bisschen Werbung für die deutsche Staatsbürgerschaft, damit Ihre Freunde und Verwandten, die noch zögern, ebenfalls mitmachen."[141]

→ „Wer sich von Ihnen für Sport interessiert, hat vielleicht schon einmal von Arawat Sabejew gehört. Er ist ein aus Kasachstan stammender Ringer. Er wurde schon zu Zeiten der Sowjetunion Junioren-Weltmeister, Europameister und später – nach seiner Übersiedlung nach Deutschland und seiner Einbürgerung hier – sogar Weltmeister, Olympia-Neunter und sechsfacher deutscher

---

[138] HK257: Freie und Hansestadt Hamburg (BASFI), Flyer zur Einbürgerungsinitiative, o.D. (1. Auflage)

[139] HK288: TGH, Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 19.08.11 (Hervorhebung im Original)

[140] HK59: DW (online), Kathrin Erdmann, „Werben für den deutschen Pass", 03.02.2011

[141] HK151: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 19.08.2011

Meister und Vizemeister. Arawat Sabejew hat einmal gesagt: „Deutschland ist kein Traumland, aber ein Ort, wo man seine Träume erfüllen kann.“[142]

→ „Keine Frage, unsere deutschen Spieler mit Migrationshintergrund sind tolle Vorbilder für die Integration, Beispiele, die – wie ich finde – Mut machen. Davon kann sich die Gesellschaft viel abgucken.“[143]

→ „Ahmet Yazici ist 1965 in Antakya, Türkei geboren. Er ist gelernter Diplomkaufmann und heute Geschäftsführer der Lindenbazar Handels GmbH. 1993 hat Ahmet Yazici seinen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Er lebt seit 1994 in Hamburg, aktuell in Jenfeld.

Was verbinden Sie mit Deutschland?

Demokratie, Menschenrechte, Wohlstand.

Warum haben Sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden?

Weil ich mich hier zu Hause fühle.“[144]

→ „Stefan Schmidt, der Beauftragte für Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, blickt voller Neid aufs Nachbarland Hamburg. Dort wurde im November 2010 die Werbekampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause“ gestartet. Prominente warben auf Plakaten dafür, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Seit Dezember 2011 werden die Bürger direkt angesprochen. Monat für Monat erhalten 4000 Ausländer, die schon länger in Hamburg leben, einen Brief vom Bürgermeister Olaf Scholz. Die Hamburger gehen nach Alphabet vor. In diesen Tagen bekommen diejenigen Post, deren Nachnamen mit ‚Gün-‘ beginnen. „Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich für die Einbürgerung entscheiden würden“, heißt es in den Schreiben. Schmidt findet: „Ein offensives Werben um Einbürgerung ist sinnvoll, das sollten wir auch tun.“[145]

→ „Der Senat stellt in seiner Antwort auf eine Anfrage des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Kazim Abaci fest, „dass das persönliche Werben des Bürgermeisters als positives Signal einer gelebten Willkommenskultur wahrgenommen wird und eine enorme Sogwirkung entfaltet hat“.“[146]

---

[142] HK164: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 06.02.2012

[143] HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

[144] HK268: Freie und Hansestadt Hamburg, Erfahrungsbericht „Ahmet Yazici“, o.D. (Hervorhebung im Original)

[145] HK99: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Popien, „Kreis Stormarn soll um Neubürger werben“, 01.10.2012

[146] HK99: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Popien, „Kreis Stormarn soll um Neubürger werben“, 01.10.2012

→ „Viele Leute mit Migrationshintergrund haben mir gesagt, dass es für sie das Größte wäre, vom deutschen Staat zu einer Einbürgerung eingeladen zu werden. Das tun wir jetzt. Diese Aktion ist in Deutschland ohne Vorbild. Ich bin gespannt, wie viele der Angeschriebenen darauf reagieren und den Prozess der Einbürgerung angehen.“[147]

→ „Für den türkischstämmigen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ali Simsek (39) ist die Einbürgerungs-Initiative (sic!) ein wichtiger Schritt für mehr Integration: „Viele erzählen mir voller Stolz von dem Bürgermeister-Brief. Manche bitten mich auch um Unterstützung. Das mache ich natürlich gern.“[148]

→ „…dieses Beispiel zeigt, wie sehr die Briefaktion, das Lotsen-Projekt und die Einbürgerungsfeiern die Hamburgerinnen und Hamburger mit internationalem Hintergrund emotional erreichen. Wie sehr Sie, meine Damen und Herren, dazu beitragen, dass diese Bürgerinnen und Bürger sich mit unserer Stadt, mit unserem Land identifizieren und Lust bekommen, sich für unser Gemeinwesen einzusetzen. Und genau das wollen wir mit dieser Einbürgerungsinitiative erreichen.“[149]

→ „Wer persönlich dazu eingeladen wird, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, ist motivierter. Wer dabei unterstützt wird von anderen, die das Verfahren bereits durchlaufen haben, ist zuversichtlicher. Und wer als deutsche Staatsbürgerin oder deutscher Staatsbürger feierlich im Rathaus begrüßt wird, freut sich mehr.“[150]

DEUTUNGSMUSTER: Als besonders wichtiges Element der politischen Einbürgerungsförderung erachtet der offizielle Diskurs die Ausrichtung von festlich ausgestalteten **Einbürgerungsfeiern**. Die Einbürgerung ist ein Akt des Grenzübertritts, der einer feierlichen Form bedarf. Dies gilt ganz besonders deswegen, weil Migration und Integration für Zugewanderte z. T. große Anstrengungen bedeuten und die diesbezüglichen Leistungen in angemessener Form gewürdigt werden müssen. Der feierliche Rahmen ist überdies ein Ausdruck von ‚Willkommenskultur‘ und trägt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zugehörigkeitsgefühls

---

[147] HK146: Olaf Scholz, Grußwort zum Asure-Empfang der Alevitischen Gemeinde Hamburg, 02.12.2011

[148] HK12: Bild (online), Olaf Schiel, „Danke Hamburg – Wir sind jetzt eingebürgert“, 13.04.2012

[149] HK163: Olaf Scholz, Gespräch mit Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative, 02.04.2012

[150] HK163: Olaf Scholz, Gespräch mit Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative, 02.04.2012

bei. Die symbolische Anerkennung der Mitgliedschaft ermutigt dazu, sich für sein Land und seine Mitbürger sozial wie politisch zu engagieren und sich als aktiver Teil der Gesellschaft zu fühlen.

KOMMENTAR: Wie schon im vorangegangenen Deutungsmuster tut sich auch hier wiederum ein Spalt zwischen dem umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Integrationsbegriff auf, wie er weiter oben formuliert wurde, und der partikularen Betonung von (einseitigen) Integrationsleistungen seitens der Migrant_innen, die ihrerseits im Rahmen der Einbürgerungsfeiern gewürdigt werden sollen. Diese auffällige Betonung eines positiven migrantischen Integrationsbeitrags ist dabei keineswegs selbstverständlich. Im Sinne seines staatsnationalen Anspruchs könnte der offizielle Diskurs sich sehr wohl auch im Kontext der Feiern darauf beschränken, die freiwillige Entscheidung zur nationalen Mitgliedschaft, die daraus entstehenden Rechte und die integrative Identifikationserwartung in den Vordergrund zu rücken (wie er es in wesentlichen Teilen seiner Inszenierung ja auch tut). Während im sonstigen Diskurs eindeutig die demokratischen *Rechte* im Mittelpunkt einer theoretischen Ausgestaltung des Integrationsbegriffs stehen, fokussiert die Argumentation im Hinblick auf die Einbürgerungsinitiative – und ganz besonders im Hinblick auf die Feiern – indes sehr viel stärker auch die erfolgreiche Erfüllung staatsbürgerlicher *Pflichten* schon *bevor* der Status des/der Staatsbürger_in erreicht wurde. Warum ist das so? Eine abschließende Antwort kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Vielmehr muss auf die sich in Abschnitt 4.2 anschließende Darstellung des dominanten Gegendiskurses verwiesen werden, der – ganz entgegen dem offiziellen Diskurs – in eine essentialistische bis kulturfundamentalistische Richtung ausschlägt und in diesem Zusammenhang erhebliche (!) Integrationsanforderungen an Migrant_innen stellt. Mit seiner gespaltenen Argumentationslinie – so die hier entwickelte These – trägt der staatsnationale Diskurs diesem Umstand Rechnung und greift damit vor allen Dingen die (negativen) Emotionen auf, die erwartbarer Weise aus der Konfrontation der Einzubürgernden mit dem restriktiven Gegendiskurs erwachsen. Somit wird durch die Hervorhebung extensiv (und einseitig) erbrachter Integrationsleistungen der kulturassimilative Anspruch des Gegendiskurses ad absurdum geführt und die erfahrene Diskriminierung (bzw. deren Überwindung) in ein Zeichen von persönlichem Erfolg und Selbstverwirklichung *‚against all odds'* umgewertet. Das wiederum passt hervorragend zur Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in' bzw. des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen'. Ganz im Sinne von Laclau und Mouffe konstituiert der Diskurs seine Subjektpositionen demnach aus einem gesellschaftlichen *Antagonismus* heraus, indem er bei der Ausformulierung seiner Identitätsangebote deren konträres Gegenstück immer

schon mitdenkt.[151] Das zeigt sich u. a. daran, dass in den obigen Zitaten (sowie auch in der weiteren Debatte) mehrfach die in der Einführung zu dieser Arbeit angeführte Aussage Alexander Dobrindts – Hamburg ‚verramsche' mit seiner Einbürgerungsinitiative den deutschen Pass – zitiert und argumentativ *widerlegt* bzw. als *‚realitätsfern'* verworfen wird. Während der dominante Gegendiskurs Migration als Problem und die Einbürgerung als ‚gefährlich' charakterisiert, entkräftet der offizielle Diskurs diese negativen Zuschreibungen mit seinem positiven Rollenangebot. Ähnlich wie Fredrik Barth es in Bezug auf ethnische Gruppengrenzen formuliert hat und wie auch Eriksen es immer wieder betont, entstehen Identitäten im ‚Aufeinanderprall' mit dem, was sie jeweils nicht sind.[152] Gerade die positiv aufgewerteten, emotional aufgeladenen Identitätsangebote, welche die Diskurse ihren Adressat_innen wechselseitig eröffnen, tragen dann auch dazu bei, dass ihre etwaigen Inkonsistenzen nicht als solche erkannt werden. Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess zur Herstellung demokratischer Teilhabe und Integration als individuell erbrachte Erfolgsleistung können als Konzepte daher friedlich miteinander koexistieren.[153] Die nachfolgenden (Teil-)Kapitel werden diese These weiterführend untermauern. Zunächst aber geben die untenstehenden Zitate einen Einblick in die hier erörterte Deutungslinie:

→ „Innensenator Udo Nagel: „Wer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt hat, hat es verdient, dass dies auch in einem entsprechenden Rahmen anerkannt wird. Der Senat will mit den Einbürgerungsfeiern die Eingebürgerten besonders in der Gemeinschaft der deutschen Staatsangehörigen willkommen heißen. Außerdem soll deutlich werden, dass Einbürgerungen keine Routine sind, sondern ganz spezielle, nicht alltägliche Vorgänge. Mit den Feiern möchte der Senat auch die Hinwendung der neuen Staatsangehörigen zu unserer Gesellschaft und ihre jahrelangen Integrationsanstrengungen würdigen."[154]

→ „Die Einbürgerungsfeiern sind ein besonderes Zeichen des Willkommens in Hamburg. Mit dem Festakt im Großen Festsaal des Rathauses unterstreicht

---

[151] Siehe hierzu die Ausführungen zu Laclau und Mouffe in Abschn. 2.4

[152] Siehe hierzu den Abschnitt *Anmerkungen aus ethnologischer Sicht* in Abschnitt 2.2

[153] Zur Frage der friedlichen Koexistenz von Wirklichkeiten nach Luckmann und Berger siehe Abschn. 2.3

[154] HK208: Freie und Hansestadt Hamburg, Pressemitteilung „Senat beschließt Einbürgerungsfeiern für neue Staatsangehörige", 06.06.2006

der Senat die Bedeutung der Einbürgerung für Hamburg und bringt damit seine besondere Wertschätzung für jeden Einzelnen zum Ausdruck.“[155]

→ „In Hamburg wird es künftig zentrale Einbürgerungsfeiern geben. Dies hat der Senat während seiner heutigen Sitzung beschlossen. Damit wird die Einbürgerung in Zukunft über das Bürokratische hinaus auch ein festlicher Vorgang sein, der den neuen Staatsangehörigen deutlich machen soll, dass sie in Hamburg willkommen sind. Gleichzeitig soll signalisiert werden, dass die Bemühungen um Integration, die im Vorwege der Einbürgerung vonstatten gegangen (sic!) sind, gewürdigt werden. Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung soll mit einer solchen Feier mit Leben erfüllt werden. Der Integrationsbeirat hatte solche Feiern bereits ausdrücklich begrüßt und die Notwendigkeit betont, die Einbürgerung nicht nur als formalen, sondern auch als emotionalen Akt zu gestalten.“[156]

→ „Es ist ein Tag im November 2006, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat zu seiner ersten Feier für die gerade Eingebürgerten geladen, und die Evrens gehören zu den 300 Teilnehmern. Eigentlich ist Cihat Evren ja schon seit dem Sommer Deutscher, da hat er in einem Amtszimmer der Hamburger Ausländerbehörde seine Einbürgerungsurkunde bekommen. Dann erhielt er die Einladung. Cihat Evren hat sofort zugesagt. „Dass es das gewesen sein sollte, so eine unfeierliche Übergabe, das fand ich merkwürdig.“ Wo er doch selbst so lange hatte überlegen müssen, bis er sich um die deutsche Staatsangehörigkeit bewarb – und den Pass seiner alten Heimat abgab, des Landes seiner Eltern.“[157]

→ „…und damit zurück zur heutigen Feier im Hamburger Rathaus. So unterschiedlich und vielfältig wie Sie selbst sind auch Ihre Wege, Gründe und ganz persönlichen Geschichten, die Sie ursprünglich nach Hamburg geführt haben.

[…] Ihre Biographien liefern ja Stoff für ganze Bücher. Sie erzählen von unterschiedlichen Lebensbedingungen in unserer Welt, vom schmerzhaften Verlassen von Heimat und Familie. Aber auch von einem gelungenen Neuanfang, von Hoffnungen und Chancen. Nicht zuletzt erzählt er von der Vielfalt der Kulturen in einer Stadt wie Hamburg, von der wir alle profitieren.

[155] HK49: Freie und Hansestadt Hamburg (Bürgerschaft), Drucksache 20/8962, 10.09.2013

[156] HK208: Freie und Hansestadt Hamburg, Pressemitteilung „Senat beschließt Einbürgerungsfeiern für neue Staatsangehörige“, 06.06.2006

[157] HK34: Bundesrat (Öffentlichkeitsarbeit), EINBLICK – Beiträge zu Bundesrat und Föderalismus, o.D.

Denn Ihre Leistungen, Begabungen und kulturellen Wurzeln bereichern unsere Gesellschaft und unsere Stadt. Ohne diese Vielfalt, die vielen Einflüsse der Zuwanderer wäre die Stadt nicht die weltoffene, tolerante, leistungsstarke Metropole, die sie ist. Denn Hamburg ist nicht nur das Tor zur Welt, sondern längst auch das Tor für die Welt.“[158]

→ „Was wir heute feiern – Ihre Einbürgerung – ist ja alles andere als nur ein Aktenvorgang. In Wahrheit steckt viel mehr dahinter: Ihre bewusste Entscheidung, von nun an als Deutsche hier in Hamburg zu leben, mit deutschem Pass und den Rechten und Pflichten von Staatsbürgern, die für alle Deutschen ganz selbstverständlich sind.“[159]

→ „in unserem Leben gibt es Ereignisse, an die man sich lange erinnert und von denen man später sagen wird: „Weißt Du noch, damals …?“

Heute ist ein solcher Tag. Es ist Ihr großer Tag, an dem wir gemeinsam Ihre Einbürgerung feiern. Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg heiße ich Sie im Rathaus sehr herzlich willkommen.“[160]

→ „Danach erhalte ich immer wieder begeisterte Briefe von eingebürgerten Hamburgerinnen und Hamburgern, die sich überschwänglich für die bewegende Feier bedanken. Neulich hat sich eine Teilnehmerin sogar spontan für eine Ausbildung in der, Zitat: „ehrwürdigen und doch so lebendigen Atmosphäre des Hamburger Rathauses“ beworben.“[161]

Die einzelnen Elemente der hier vorgestellten Storyline fügen sich – all ihren kleineren Bruchstellen zum Trotz – bemerkenswert nahtlos ineinander. Die Vorstellung, dass Kultur ein hybrides Konstrukt ist, welches maßgeblich durch den individuellen Lebensweg geprägt und definiert wird, leitet unmittelbar über zu der Annahme multipler, im Fluss befindlicher Identitäten. Damit wird ein mehrdimensionales, komplexes Menschenbild entworfen, welches sich zwangsläufig in der Idee einer inhärent heterogenen, demokratisch verfassten und kosmopolitisch orientierten nationalen Gesellschaft niederschlägt. Integration in eine solche Gesellschaft muss zwingend auf dem demokratischen Prinzip der Gleichberechtigung fußen und kann insofern nichts anderes als Teilhabe bedeuten – wobei Teilhabe nicht nur passiv teilnehmen, sondern auch sich aktiv einbringen, die Nation mitgestalten meint. Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ist

---

[158] HK159: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 22.05.2012

[159] HK164: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 06.02.2012

[160] HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013

[161] HK163: Olaf Scholz, Gespräch mit Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative, 02.04.2012

für diese Vision von Integration eine geradezu unabdingbare Voraussetzung, da nur durch sie alle staatsbürgerlichen Rechte vollumfänglich garantiert sind. Die Einbürgerung muss daher gefördert und weitestmöglich erleichtert werden. Sie muss überdies beworben und in ihrer Bedeutung, ihrer Wertigkeit hervorgehoben werden. All dies leistet die Hamburger Einbürgerungsinitiative. Sie ist ein notwendiger Beitrag zur Integration, ein wichtiges Zeichen von Willkommenskultur und Wertschätzung und sie fördert überdies den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da sie das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit Deutschland stärkt. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative absolut und uneingeschränkt zu befürworten.

Die *staatsnationale* Narration verknüpft *konstruktivistische* Vorstellungen von Kultur und Identität, mit *subjektivistischen* Vorstellungen von Nation, *demokratischen* Vorstellungen von Integration und – in Folge dessen – *kosmopolitischen* Vorstellungen von Staatsbürgerschaft. Demnach ist die *‚Deutsche Nation‘* eine politisch verfasste (Interessen)Gemeinschaft, welche auf der gemeinsamen Rahmung durch demokratische Prinzipien sowie auf einem Vertrag aus Rechten und Pflichten zwischen Staat und Bürger_innen basiert. Identifikation mit dem Staat, seinen Werten und seiner Gemeinschaft ist wichtig, beruht jedoch nicht etwa auf ethnischer Zugehörigkeit oder kultureller Homogenität und muss weder zwingend emotional ausgestaltet sein, noch erhebt sie Anspruch auf Exklusivität. Die angestrebte Identifikation ist vielmehr politischer, demokratischer Natur (z. B. zu fassen als *Bürgersinn* nach Esser). Sie gestattet dem Individuum alle Freiräume der Gestaltung, solange der gemeinsame rechtliche Konsens gewahrt bleibt und die Identifikation mit dem darunterliegenden moralischen Fundament nicht erschüttert wird. Aus diesem Grund sind die Grenzen der Staatsnation auch potenziell durchlässig und erlauben es Außenstehenden zu Mitgliedern zu werden – vorausgesetzt sie bekennen sich aktiv zum Staat und seinen vertraglichen Spielregeln und sind bereit, diese nicht nur langfristig einzuhalten, sondern sie auch aktiv zu befördern. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang v.a. die zentralen Subjektpositionen der ‚guten Migrant_innen‘ / der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen‘ und der ‚guten (geborenen) Staatsangehörigen‘ – die allesamt in der Zielvorstellung des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in‘ gebündelt werden – sowie die Klassifikation des ‚Staates als Förderers‘ von Integration, interkulturellem Austausch und friedlichem Zusammenleben. Von Bedeutung ist weiterhin die soziale Konstruktion einer kontinuierlichen nationalen Geschichte der positiven Beeinflussung durch Migration und kulturelle Vielfalt, insbesondere mit ihrem lokalen Anknüpfungspunkt an eine korrespondierende Hamburgische Geschichtskonstruktion.

Alles in allem hat sich gezeigt, dass der offizielle Diskurs viele Konzepte und theoretische Überlegungen aufgreift, die auch in der wissenschaftlichen Debatte

präsent sind, dass er sie allerdings für seine Zwecke selektiert und ggf. transformiert. So propagiert er beispielsweise einen politischen Kosmopolitismus nach Vorbild Benhabibs, ohne dabei jedoch dessen radikalere Forderungen – etwa nach der Gewährung gewisser staatsbürgerlicher Rechte auch ohne formale Staatsangehörigkeit – zu übernehmen (denn dies würde seinem nationalistischen Anspruch diametral zuwiderlaufen). Überdies weist er Parallelen zu einigen Bausteinen der Esser'schen Assimilationstheorie auf z. B. wenn er die *Kulturation* eines Menschen als *Humankapital* deutet oder wenn er sich von seinen Adressat_innen die Ausprägung eines *Bürgersinns* erhofft. Anders als Esser hebt der Diskurs jedoch gerade die *Enkulturation* positiv hervor, während ersterer alles potenzielle Kapital in der *Akkulturation* verortet. Außerdem teilt der Diskurs auch nicht Essers Pessimismus hinsichtlich einer etwaigen *Mehrfachintegration*, vielmehr erklärt er diese im Gegenteil sogar zum Normalfall.[162] Nicht zuletzt formuliert der staatsnationale Diskurs einen konstruktivistischen Kultur- und Identitätsbegriff, der mit seiner starken Betonung von Individualität, Fluidität, Pluralität und Kreativität (im Sinne der mehr oder minder freien und rationalen Wahl zwischen Kulturfragmenten bzw. Identitätsangeboten) sowohl an radikale wissenschaftliche Stimmen (wie etwa diejenige Abu-Lughods) als auch an Reckwitz' Entwurf einer (populären) *Hyperkultur* erinnert.[163] Interessant ist indessen, dass der offizielle Diskurs – bei allem radikalen Konstruktivismus – die nationalistische Basis seiner eigenen Argumentation *nicht* als Konstrukt erkennt (oder erkennen kann). Stattdessen gründet er seine Legitimation auf einer (erfundenen) Nationalgeschichte und (sozial konstruierten) Subjektpositionen, die – obwohl sie nicht auf essentialistischen Konzepten beruhen – ihrerseits *essentialisiert* werden.[164] Vor diesem Hintergrund *müssen* Migrant_innen als Bereicherung erscheinen, Eingebürgerte *müssen* als (besonders) gute Staatsangehörige wahrgenommen werden (und sich auch als solche verhalten), der Staat d*arf* nichts anderes als ein Förderer sein und Deutsche ohne Migrationshintergrund *dürfen* auf Migration und kulturelle Vielfalt nicht anders reagieren als mit Offenheit, Interesse und Wertschätzung. Abweichende Deutungen muss der Diskurs zwangsläufig als illegitim brandmarken, weil sie letzten Endes seine eigene Legitimationsgrundlage untergraben.[165]

---

[162] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[163] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[164] Dieses Ergebnis korrespondiert mit Wessendorfs Arbeit über die Schweizer Secondo-Bewegung, wie sie in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit knapp umrissen wurde. Auch in Wessendorfs Fall hatte die diskursive (Selbst-)Inszenierung von migrantischer Identität unweigerlich deren Essentialisierung zur Folge.

[165] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3 sowie Abschn. 2.4 und darin insbesondere die Ausführungen zu Foucault und Keller.

Die nachfolgenden Unterkapitel in diesem wie auch in dem sich daran anschließenden Teil dieser Arbeit werden diesen Umstand noch deutlicher vor Augen führen.

Sprecher und Sprecherinnen

Ehe die Vorstellung des zweiten dominanten Diskurses im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative erfolgen kann, müssen noch ein paar abschließende Worte zu den Sprecher_innen des vorliegenden, offiziellen Diskurses gesagt werden. Wie eingangs bereits erwähnt, wird dieser Diskurs in der Hauptsache von denjenigen Personen und Institutionen propagiert, welche selbst an der Einrichtung und Umsetzung der Hamburger Einbürgerungsinitiative beteiligt sind. Die Hauptakteur_innen sind hierbei der (ehemalige) Erste Bürgermeister Olaf Scholz sowie die Freie und Hansestadt Hamburg mit ihren unterschiedlichen politischen Gremien und Verwaltungseinrichtungen. Beide akkumulieren – ob ihrer gesellschaftlichen Rolle und Position – erhebliches symbolisches Kapital und tragen daher wesentlich zur allgemeinen Dominanz der Diskursströmung bei. Des Weiteren tauchen Elemente des Diskurses in den regionalen und überregionalen Medien auf, finden sich in den Aussagen von Parteipolitiker_innen, in den Wortmeldungen von Angehörigen der Zivilgesellschaft (u. a. auch in den Kommentarforen von Online-Medien) und sogar in Publikationen des Bundes. Neben Olaf Scholz und der Stadt Hamburg als solcher ist das Hamburger Abendblatt der dritte zentrale Diskursproduzent, der die obige Storyline mehr oder weniger holistisch abbildet. Es muss jedoch darauf verwiesen werden, dass es durchaus Unterschiede zwischen den zentralen Diskursproduzent_innen und ihren Diskursbeiträgen gibt.[166] So trägt z. B. der stellvertretende Chefredakteur des Hamburger Abendblattes in seinen Leitartikeln zahlreiche Aspekte des offiziellen Diskurses einhellig mit – beispielsweise plädiert er für Multikulturalität und Einbürgerungsförderung – doch gleichzeitig lehnt er die generelle Einführung von Mehrstaatigkeit ab, die wiederum in vielen Beiträgen des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz ein zentrales Element darstellt.[167] Während Olaf Scholz und die Stadt Hamburg ihrerseits Wortführerende sind, was die Themen kulturelle Hybridität, multiple Identitäten, Kosmopolitismus und Integration als Teilhabe angeht, kommt der Appell für niedrige Hürden im Einbürgerungsverfahren insbesondere aus Richtung der Zivilgesellschaft (so z. B. von Seiten der

---

[166] Alle nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die oben bereits abgedruckten Belegstellen. Um Redundanzen zu vermeiden, werden sie an dieser Stelle nicht noch einmal abgedruckt.

[167] HK116: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Gaucks Rede war eine seiner klügsten", 23.04.2014

TGH). Überdies widersprechen zivilgesellschaftliche Vertreter_innen (z. B. in Gestalt von Hüseyin Yilmaz, dem ehemaligen Vorsitzenden der TGH) wenigstens in Teilen der nationalen Geschichtskonstruktion und betonen stattdessen die jahrzehntelange Ausgrenzung, welche beispielsweise die als ‚Gastarbeiter_innen' bezeichneten Migrant_innen in Deutschland erfahren haben. Ganz im Gegensatz dazu gehen wiederum Sprecher_innen der massenmedialen Sphäre sehr viel stärker auf die Idee von ‚Migration als Herausforderung' und ‚Integration als Problem' ein (z. B. wenn Kriminalität und ‚Parallelgesellschaften' als wesentliche Integrationsdefizite angesprochen werden). Vor diesem Hintergrund kommt es durchaus vor, dass verschiedene Sprecher_innen des offiziellen Diskurses einander wechselseitig widersprechen und sich gegenseitig kritisieren. Insgesamt gibt es keinen Akteur und keine Akteurin, dessen bzw. deren Äußerungen alle diskursiven Deutungsbestandteile vollständig und gleichwertig abdecken. Andererseits gibt es in den Reihen der Diskursproduzent_innen aber durchaus einige radikale Stimmen, die hier und da erheblich von der Hauptlinie des offiziellen Erzählstranges abweichen. Zu nennen sind u. a. Sprecher_innen, die mit der inneren Logik des Diskurses zwar weitgehend einverstanden sind, gleichzeitig aber dessen Authentizität hinterfragen und letztlich unterstellen, die Stadt Hamburg werbe nur aus politischem Kalkül für die Einbürgerung und nicht etwa aus echter, aufrichtiger Überzeugung:

→ „Für die Grünen geht die Kampagne nicht weit genug. „Leider umfasst sie nicht mehr als die Briefaktion, kritisiert Demirel. Der SPD-Senat solle sich lieber Gedanken machen, wie die Einbürgerung in Hamburg tatsächlich erleichtert werden kann. „Mit einer Senkung der Gebühren und einem Verzicht auf die Sprachprüfung für Ältere könnten die Erfolge noch vergrößert werden", sagt Demirel. Während andere Bundesländer die Spielräume nutzen, schmücke sich der Bürgermeister mit erhöhten Antragszahlen. Die Grünen und die Linkspartei fordern die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft, um so die Entscheidung für die Einbürgerung zu erleichtern."[168]

→ „Ernstgemeinte (sic!) Einbürgerungskampagne fängt damit an, dass man hierzulande gute Lebensbedingungen und gleiche Chancen für potentielle Kandidaten schafft. Wie wäre es damit, erstmal den Verfassungsschutz und die unzähligen als V-Männer verkappten Nazis abzuschaffen? Die leeren Worte von Innnenminister (sic!) Friedrich überzeugen keinen mehr. Warum sollten Menschen ausgerechnet sich in Deutschland einbürgern lassen, wenn

[168] HK278: TAZ (online), Lena Kaiser, „Mehr Einbürgerungen – Deutschmacher erfolgreich", 17.01.2013

sie das Gefühl haben hier nicht wirklich willkommen zu sein und gleiche Chancen zu erhalten? Um das gleiche Schicksal zu erleiden wie die 2–3 Generationen Gastarbeiter vor ihnen? Diesmal als billige Altenpfleger womöglich? Da muß Deutschland schon wesentlich mehr bieten als leere Lippenbekenntnisse.“[169]

→ „Plumper geht es kaum: ‚Muslime wählen SPD‘ prangte Freitag früh auf den schwarzen Plakaten von Spitzenkandidat Olaf Scholz. Am Abend empfängt der Bürgermeister rund 500 Einwanderer zur Einbürgerungsfeier mit Kinderchor im Rathaus-Festsaal. Er schüttelt Hände, lässt sich fotografieren, überreicht Urkunden. Gerade 40 Stunden danach dürfen Scholz‘ Gäste wählen.“[170]

→ „Ob sie nicht Deutsche werden wolle, schließlich fühle sie sich bestimmt längst als Hamburgerin. Ihre Heimat, das sei doch hier. Nicola Moss rief ihren Bruder an. „Du, ich wusste gar nicht, dass die Deutschen neue Staatsbürger suchen." So kurz vor der Bundestagswahl. Beide feixten sich einen.“[171]

Positionen, wie sie hier zitiert werden, dominieren die Debatte nicht, tauchen in der Diskussion aber trotzdem immer wieder auf. Man könnte sie als radikalen Seitenarm des offiziellen Diskurses begreifen, insofern sie ursprünglich aus der gleichen politischen Tradition hervorgegangen sind, letzten Endes aber einer (zumindest in Teilen) deutlich anderen Interpretation zuströmen. In die selbe Richtung gehen außerdem auch Forderungen nach der Einführung eines kommunalen Ausländer_innenwahlrechts, wie u. a. der SPD-Politiker Ali Simsek sie oben äußert. Ähnlich wie Seyla Benhabib mit ihrem Konzept der *transnationalen Staatsbürgerschaft* schlägt er damit einen transnationalen, vielleicht eher sogar einen *postnationalen* Tonfall an. Postnationale Stimmen, die das Konzept der Nation und ihres Nationalstaates grundsätzlich hinterfragen, tauchen hier und da in der Debatte auf, sind jedoch – in Anbetracht der dominanten nationalistischen Diskurströme – eine absolute Randerscheinung.[172]

An dieser Stelle ist es nicht notwendig, tiefer in die Analyse der Sprecher_innen einzusteigen, da das Hauptaugenmerk der vorliegenden Untersuchung auf der diskursiven Narration als solcher liegt. Die einzelnen Akteur_innen

[169] HK135: MiGAZIN (online), eb, „Hamburg wirbt mit Prominenten und Einbürgerungslotsen“, 08.11.2010 – Eintrag Kommentarforum, Ayse Musterfrau, 19.11.2012

[170] HK280: TAZ (online), Kaija Kutter, „Migrantenstimmen in Hamburg – Plötzlich wichtig“, 13.02.2015

[171] HK103: Hamburger Abendblatt (online), Juliane Kmieciak/Christian Unger „Ein Zuhause, loyal zu zwei Ländern – geht das?“, 16.11.2013

[172] Siehe hierzu auch Abschn. 4.3

sind hier nur insofern relevant, als ihre soziale Position und kollektive Struktur Aussagen über den Diskurs als Ganzes erlaubt. Aufgrund der ausgesprochenen Komplexität des Diskursfeldes wie auch seiner dominanten Strömungen, ist es nicht möglich, alle kleinen Verästelungen nachzuverfolgen, die von der heterogenen Gruppe der Sprecher_innen produziert werden. Dies wäre im Hinblick auf Forschungsfrage und Forschungsabsicht dieser Arbeit auch nicht zielführend. Es ist wichtig zu wissen, dass es Verästelungen, Heterogenität und Brüche gibt, dass die Sprecher_innen des Diskurses keine monolithische Einheit bilden (genauso wenig, wie es seine Rezipient_innen tun[173]) und dass die diskursive Konstruktion kultureller Wirklichkeit ein fluider und vielstimmiger Prozess ist. Der Untersuchungsfokus muss jedoch (ganz im Einklang mit William Sewells dahingehender Forderung[174]) auf denjenigen Diskurslinien verweilen, die im Diskursfeld in besonderem Maße Macht entfalten und von denen daher auszugehen ist, dass sie die gesamtgesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit grundlegend mitgestalten. Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass der betrachtete Diskurs eher einem komplexen Bedeutungsgewebe (im Geertz'schen Sinne, aber ohne dessen impliziten Strukturdeterminismus[175]) denn einer einheitlichen, stringenten Erzählung gleicht. Verschiedenste Deutungsmuster greifen in der Debatte ineinander, tragen einander und stützen sich gegenseitig. Sprecher_innen reproduzieren diese Muster, verflechten sie oder spalten sie auf. Die Geschichte wird multivokal und aus unterschiedlichen Richtungen erzählt. Ein zentraler roter Faden ist unzweifelhaft erkennbar, dieser franst jedoch immer wieder nach rechts und links aus. Es gibt Knoten- und Schnittpunkte, die Zusammenhänge hervortreten lassen, und es gibt Abzweigungen und Austriebe, die sich vom Ballungsgebiet dominanter Perspektiven entfernen. Der Begriff der Diskursströmung spiegelt diese Verschachtelung von Wirklichkeiten (nach Luckmann) oder Frames (nach Goffman) angemessen wider.[176]

Als erster Überblick über die Storyline des offiziellen Diskurses und einige seiner größeren Seitenarme soll die obige Darstellung vorerst genügen. Auf seine Konsistenzen und Inkonsistenzen wird in späteren Kapiteln noch detaillierter eingegangen werden – so z. B., wenn es im Rahmen der Diskursrezeption um das vielschichtige Verhältnis von diskursiver und individueller Sinnwelt geht (Abschn. 5.1) oder wenn unter dem Aspekt der Diskursproduktion die Hamburger Einbürgerungsfeiern weitergehend untersucht und beleuchtet werden (Abschn.

[173] Siehe hierzu Abschn. 5.1

[174] Siehe hierzu Abschn. 3.2

[175] Siehe Abschn. 2.3

[176] Siehe hierzu Abschn. 2.3

5.2). Abschließend bleibt an dieser Stelle noch anzumerken, dass – wie schon mehrfach betont wurde – die Stadt Hamburg im offiziellen Diskurs eine besondere Rolle einnimmt. Vorstellungen von Multikulturalität und Identität werden häufig weniger im Rückbezug auf Deutschland, als vielmehr im lokalen Rückbezug auf Hamburg konzipiert und gerechtfertigt. Anklänge dieses Phänomens haben sich in den obigen Zitaten bereits angedeutet. Auf die besondere Position Hamburgs in der öffentlichen Debatte wird daher in Abschnitt 5.3 dieser Arbeit noch ausführlicher eingegangen werden. Dort wird eine dritte dominante Strömung im Diskursfeld präsentiert, die sich zwar nur am Rande mit dem Thema Einbürgerung befasst, für das Verständnis des Diskursfelds – wie auch (v.a.) für das Verständnis des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses – jedoch einen unerlässlichen Baustein bildet.

4.2 Die ethnonationale Strömung: Die Nation als ethnisches Kontinuum

Im Anschluss an die Darstellung des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses mit seinem staatsnationalen Leitbild folgt nun die Präsentation der zweiten zentralen Diskursströmung, welche die öffentliche Debatte in dominanter Weise mitstrukturiert. Wie in Abschnitt 4.1 bereits an mancher Stelle sichtbar wurde, hebt sich ihre Narration deutlich von der Storyline der offiziellen Erzählung ab, nimmt einen anderen theoretischen Ausgangspunkt und folgert dementsprechend diametral andere Interpretationen. Zudem unterscheidet sie sich maßgeblich im Hinblick auf ihre relevanten Sprecher_innen. Während der offizielle Diskurs in der Hauptsache von etablierten politischen, massenmedialen und zivilgesellschaftlichen Institutionen getragen wird, die (bezogen auf die Gesamtgesellschaft) in erheblicher Weise symbolisches Kapital akkumulieren, entspringt die Gegenströmung in den Reihen einer nicht-organisierten, dezentralen Zivilgesellschaft – insbesondere in den Online-Foren und Kommentarspalten überregionaler Massenmedien. Auf den ersten Blick scheint sich hier ein deutliches Machtgefälle abzuzeichnen. Inwiefern sich dieser Eindruck bestätigt, muss die nachfolgende Analyse zeigen.

Die Beschreibung des dominanten Gegendiskurses wird nach gleichem Muster erfolgen, wie die des offiziellen Diskurses in Abschnitt 4.1. Der rote Faden der Erzählung soll nachverfolgt, theoretisch eingeordnet und mit Beispielen veranschaulicht werden. Brüche und Verzweigungen werden gleichermaßen berücksichtigt. Anschließend, in Abschnitt 4.3, werden die Phänomenstrukturen

der Diskurse weiterführend miteinander verglichen und Klassifikationen, Subjektpositionen sowie Deutungsmuster der jeweiligen Storylines einander systematisch gegenübergestellt. Dabei wird insbesondere das antagonistische Wechselspiel zwischen den Diskursen im Mittelpunkt stehen, wie es sich in Abschnitt 4.1 bereits angekündigt hat.

Kultur

DEUTUNGSMUSTER: Der dominante Gegendiskurs nimmt seinen Ausgangspunkt in einem **essentialistischen Kulturbegriff**, der kulturelle Homogenität, Antiquität und Kontinuität betont. Demnach ist Kultur ein historisch gewachsenes und relativ statisches Gebilde aus Traditionen, Normen und Werten, das menschliches Denken und Handeln determiniert. Kultur macht sich an klar definierbaren, in der Regel nationalstaatlichen sowie ethnischen oder religiösen Grenzen fest. Es wird davon ausgegangen, dass alle Mitglieder einer Kultur kollektive Denk- und Handlungsweisen miteinander teilen, die ihnen entweder angeboren sind, oder die sie bereits im frühesten Kindesalter via Enkulturation erworben haben. Kulturelle Muster können daher nur sehr schwer (und in vielen Fällen auch gar nicht) wieder abgelegt, verändert oder erweitert werden. Aus diesem Grund lässt sich kulturelle Fremdheit leicht an objektiv beobachtbaren Merkmalen festmachen, wie etwa an der Herkunft, dem äußeren Erscheinungsbild (z. B. der Hautfarbe), einer fremden Sprache oder auch an kulturellen bzw. religiösen Symbolen wie dem muslimischen Kopftuch (Hijab).

KOMMENTAR: Mit seiner Betonung von kultureller Homogenität und kultureller Statik sowie auch mit seinem inhärenten Strukturdeterminismus formuliert der dominante Gegendiskurs einen Kulturbegriff, der starke Ähnlichkeiten mit den *primordialen Ansätzen* der frühen Ethnologie aufweist.[177] Indem er die *Kulturation* eines Menschen entweder in der Vererbung per Geburt oder aber in einem (sehr frühen und sehr endgültigen) Prozess der *primären Sozialisation* (bzw. *Enkulturation*) verortet – wobei er der Möglichkeit einer *Resozialisation* (bzw. *Akkulturation*) grundsätzlich skeptisch gegenübersteht – rückt er Kultur in die Nähe von ‚*Rasse*'.[178] Damit propagiert er einen (von Wimmer kritisierten) *Herder'schen Commonsense*, der kulturelle, soziale und identitäre Grenzen als kongruent begreift und der in ähnlicher Form u. a. auch bei Hartmut Esser zu

[177] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[178] Siehe hierzu die Ausführungen zum Sozialisationskonzept nach Berger und Luckmann in Abschn. 2.3 sowie die Ausführungen zum Konzept der ‚Rasse' in Abschn. 2.2 und die Ausführungen zu Abu-Lughod in Abschn. 2.3

beobachten ist.[179] Vor dem Hintergrund eines solchen Kulturbegriffs antizipiert der Diskurs – wiederum analog zu Esser – einen negativen Integrationsausgang, wenigstens in der ersten Generation.[180] Sein Kulturkonzept trägt starke Züge eines *Kulturfundamentalismus,* wie er in Abschn. 2.2 als moderne Spielart des *Rassismus* etabliert wurde. Die folgenden Ausschnitte aus der öffentlichen Debatte veranschaulichen diesen Umstand. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Zitate z. T. gravierend in ihrer jeweiligen Radikalität, ihrer politischen Einstellung und der daraus resultierenden Haltung gegenüber kultureller Fremdheit. Sie unterscheiden sich außerdem hinsichtlich ihres allgemeinen Stils und der gewählten Ausdrucksweise. Letztlich folgen sie jedoch alle einer ähnlichen, essentialistischen Logik:[181,182]

→ „Bei der Hamburg-Wahl setzt sogar die CDU auf ‚Vielfalt', betont, dass der frühere CDU-Bürgermeister Ole von Beust die Einbürgerungsfeiern erfunden hat und Scholz sie nur kopiert. Und sie wirbt in diesem Wahlkampf damit, dass acht Kandidaten mit Migrationsgeschichte auf der Landesliste stehen, darunter der Russlanddeutsche Nikolaus Haufler und der Fernsehmoderator Bedo Kayaturan. Der Großteil der türkeistämmigen Menschen sei „wertkonservativ", erklärt der im taz-Interview. „Muslime und Aleviten haben mehr mit der CDU gemein als sie es je mit der SPD haben werden."[183]

---

[179] Siehe hierzu die Ausführungen zu Esser und Wimmer in Abschn. 2.2 sowie die Ausführungen zu Herders Volksbegriff in Abschn. 2.1

[180] Siehe hierzu die Ausführungen zu Essers Konzept der *Marginalität* in Abschn. 2.2

[181] Alle Quellenangaben zu den im Verlauf von Abschnitt 4.1 und 4.2 zitierten Belegstellen der feinanalytischen Untersuchung sind in Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial einsehbar (Korpusverzeichnis).

[182] Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass im Folgenden zum Teil rassistische und in hohem Maße beleidigende Begriffe und Wendungen zu lesen sind. Ich distanziere mich entschieden von dieser Terminologie, sehe mich aufgrund der Ziele meiner Arbeit aber dennoch dazu verpflichtet, sie in Form illustrierender Beispiele abzudrucken. Ich bin mir sehr wohl der unvermeidlichen Tatsache bewusst, dass diese Form der Darstellung den Diskurs immer auch bis zu einem gewissen Grad reproduziert. Im Sinne der wissenschaftlichen Dekonstruktion des Diskurses und seiner kulturfundamentalistischen Grundbegriffe ist es jedoch das erklärte Ziel dieser Arbeit, den reproduzierten Deutungen eine kritische Analyse gegenüberzustellen. Wer sich von dem hier nachgezeichneten Rassismus in erheblicher Form persönlich und/oder emotional betroffen sieht, kann dennoch in Erwägung ziehen, die Beispielzitate auszulassen und sich auf die umschreibende Zusammenfassung der Deutungsmuster sowie auf deren wissenschaftliche Einordnung zu konzentrieren.

[183] HK280: TAZ (online), Kaija Kutter, „Migrantenstimmen in Hamburg – Plötzlich wichtig", 13.02.2015

→ „Ich habe sechs Geschwister und fünf davon sind längst Deutsche." Seine Frau kommt aus München. „Und ich bin so deutsch, dass ich ein blondes, blauäugiges Kind habe", sagt Güngörmüs lachend."[184]

→ „Mit dem Tragen eines Kopftuchs drückt man, salopp gesagt, aus, dass man ausschließlich innerhalb der ‚weitläufigen Verwandtschaft' zu heiraten bereit ist."[185]

→ „Der Olaf hat halt Sehnsucht nach Slums in seiner Stadt. Türkenslums, Zigeunerslums, Negerslums usw…"[186]

→ „Leider sind die heutigen Gören so blöde und schmeißen sich den Südländern auch noch an den Hals. Hab leider selber in meiner Verwandtschaft so einen Fall, Erklärungen nutzen gar nichts, Hinweise und Warnungen werden ignoriert, mein Ali ist anders, der ist (sic!) sogar Schweineschnitzel, der will nicht zurück in die Türkei, tja, bis das böse Erwachen zum Leidwesen der Biodeutschen kommt. Die Gute dient dann nur noch als Zuchtstute für weitere Alis…"[187]

→ „In einem anderen Thread habe ich geschrieben, dass ich den Ausdruck ‚Integration' und ‚integriert' als inflationäre Bezeichnung empfinde. Ich sehe zwar auch – bei manchen – dass sie rein äusserlich (sic!) fremdartig aussehen, aber das weckt erst mal (sic!) meine Neugier. Sorry, bei manchen ‚Fremden' bin ich voreingenommen, das hat aber mit schlechten Erfahrungen oder wie Sie es formulieren ‚Phobien' zu tun.. (sic!)

Wenn ich ‚ausländerfeindlich' wäre, würde mich dieser Blog nicht interessieren, ich will aber wissen, wie sich Migranten/Ausländer hier in Deutschland fühlen und welche Probleme sie haben. Und wenn ich jetzt nicht auch Türken/Araber/Muslime dazu gezählt habe, hat das einen einfachen Grund. Die meisten pflegen schon rein äusserlich (sic!) ihr ‚Andersein', sie verweigern also ganz offensichtlich ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und den Deutschen. Auch die ‚Extrawürste' die diesen Migranten oft gebraten werden, hindern mich daran, positive Gefühle ihnen gegenüber zu entwickeln."[188]

---

[184] HK121: Hamburger Morgenpost (online), o.A.: „Zwei Vorzeigekarrieren – Wir sind stolz, Deutsche zu sein", 05.11.2010

[185] HK307: Welt (online), dpa/dapd/sr, „Mit dem Schulabschluss zur Einbürgerung", 03.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, DerIngenieur, o.D.

[186] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Eule53, 13.02.2014

[187] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Heike_Mareike, 13.02.2014

[188] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer", 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 16.12.2011

→ „Hamburg. Mein Hafen.

Deutschland. Mein Zuhause.

Muss man sich eigentlich tiefer gehende Gedanken machen, warum es nicht heißt:

Hamburg. Unser Hafen.

Deutschland. Unser Zuhause.

+ anderes Foto mit einem alten deutschen Seebären oder Blondschopf on topp (sic!) zu den MigrantInnen, äh Neu-HamburgerInnen?

Wäre irgendwie integrativer rübergekommen. Aber so wirkt es, als hätten die MigrantInnen Hamburg + Deutschland bereits übernommen und die Autochthonen existierten gar nicht mehr. Vielleicht denn doch zu viel der Vorfreude auf kommende Zeiten.“[189]

DEUTUNGSMUSTER: Im Anschluss an seinen essentialistischen Kulturbegriff sieht der Diskurs die verschiedenen Kulturen der Welt nicht als gleichwertig an. Vielmehr stehen sie, seiner argumentativen Logik zufolge, auf unterschiedlichen evolutionären Entwicklungsstufen. Dies gilt sowohl für ihre politisch-wirtschaftliche Konstitution, als auch für die moralische Qualität ihres Wertesystems. Die deutsche Kultur befindet sich an der Spitze dieser kulturellen Hierarchie. Aus der hierarchischen Struktur, sowie auch aus der absoluten Gegensätzlichkeit verschiedener kultureller Weltbilder, folgert der Diskurs ein inhärentes Konkurrenzverhältnis zwischen den Kulturen, welches sich in konflikthaften Beziehung und einer immanenten Bedrohungslage ausdrückt. In dieser Lesart erscheint **Vielfalt als Problem** für die allgemeine gesellschaftliche Ordnung. Wirklich verträglich für einen Staat und eine Nation ist daher letztlich nur die Zuwanderung aus Regionen, die große kulturelle Ähnlichkeit zum Zielland aufweisen. Je größer die kulturelle Distanz zwischen Herkunftsstaat und Aufnahmeland, desto größer sind die Probleme, die aus dieser Migration erwachsen. Insbesondere mehrheitlich muslimisch geprägte Länder, die Türkei sowie der gesamte arabische und nordafrikanisch Raum werden vor diesem Hintergrund als in besonderem Maße ‚fremdartig‘ eingestuft.

KOMMENTAR: Mit seiner evolutionären Logik reproduziert der dominante Gegendiskurs frühethnologische Theorieentwürfe des *Evolutionismus* und des *Diffusionismus,* wie sie fachintern als längst überholt und in hohem Maße problematisch gelten müssen (zu beachten ist in diesem Zusammenhang insbesondere

[189] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Made in Germany West, 13.02.2014

auch die wiederholte Nennung des Begriffs *Kulturkreis* in den untenstehenden Zitaten).[190] Mit seiner antagonistischen Grundannahme vom *Kampf der Kulturen* reproduziert er des weiteren Huntingtons vielfach kritisierte These, die in Abschnitt 2.3 bereits eingehend problematisiert wurde. Klassisch ist in diesem Zusammenhang die *Essentialisierung* – respektive *Rassifizierung* – ethnischer oder religiöser Minderheiten (insbesondere Muslime, Türk_innen oder dem ‚muslimisch-arabischen' Raum zugeordnete Gruppen) als ‚konstitutive Fremde' innerhalb (und gegenüber) der Nation.[191] Indem der Diskurs *Taxonomien* von kultureller Fremdheit entwirft, strukturiert er die von ihm geschaffene Wirklichkeitskonstruktion und kreiert Klassifikationen von ‚guten' und ‚schlechten' Migrant_innen – wobei letztere Kategorie zumeist im Fokus der Sprecher_innen steht.[192] Das Bild der ‚Deutschen Kultur' wird maßgeblich über ihr antagonistisches Gegenüber konstituiert. Die Abgrenzung von den potenziell ‚primitiven' und potenziell ‚gefährlichen' Fremden schafft das positive Selbstbild und damit die Subjektposition des/der ‚anständigen Deutschen' (ggf. auch des/der ‚überlegenen Deutschen').[193] Die antizipierte Bedrohung dieses positiven Identitätsangebots ist ein konstitutives Grundelement des Diskurses und weist starke Parallelen mit dem auf, was Grillo *Cultural Anxiety* nennt. Die (wahrgenommene) Gefährdung der sozial konstruierten Kontinuität einer kollektiv imaginierten Gemeinschaft ist nicht nur Zündstoff für das Aufflammen nationalistischer Ideologien, sondern überdies auch ein Merkmal dessen, was Reckwitz (im Kontrast zum Kulturalisierungsregime der *Hyperkultur*) als *Kulturessenzialismus* bezeichnet.[194] Die nachfolgenden Beispiele illustrieren diesen Zusammenhang. Interessant ist dabei v.a. die wiederholte (negative) Ansprache von Olaf Scholz oder anderen Vertreter_innen des offiziellen Einbürgerungsdiskurses. Ebenso wie die Gruppe der ‚schlechten Migrant_innen' wird die Gruppe der *‚Einbürgerungsbefürworter_innen'* als antagonistischer Gegenpol und – je nach Grad der Radikalisierung – auch als Feindbild ausgemacht. Hierin zeigt sich wiederum, dass die beiden dominanten Diskurse sich auch und gerade über ihre gegenseitige Wechselwirkung und die sozial konstruierte Grenzlinie zwischen ihnen definieren. Ähnlich wie die Kulturalisierungsregime nach Reckwitz

---

190 Siehe hierzu ausführlich Abschn. 2.3

191 Siehe hierzu Abschn. 2.2; siehe außerdem die Ausführungen zu den Themen *Fremdheit* und *Othering* in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit (Abschn. 1.1).

192 Siehe hierzu Abschn. 2.2

193 Siehe hierzu Abschn. 2.2

194 Siehe hierzu Abschn. 2.1 sowie 2.3

stehen beide Wirklichkeitssphären in einem unzweifelhaften Konkurrenzverhältnis zueinander. Dieses Konkurrenzverhältnis ist ein inhärenter Bestandteil ihrer jeweiligen kulturellen Wirklichkeiten.[195]

→ „Hamburg vor 20 Jahren, vereinzelte Türkenviertel wohin man nicht zog, Billstedt, Wilhelmsburg, die Innenstadt ausländerfrei, sauber, höfliche, kühle Hanseaten wandelten dort. Im Kiez herrschte Solidarität und Zusammenhalt. Heute: Hektischer unhöflicher Verkehr auf den Straßen, hektische Eile im durchmischten Völkerbrei, lautes babylonisches Stimmengewirr in Bus und Bahnen, wobei man froh sein kann, nicht beklaut oder getreten zu werden. Danke, Herr Scholz, das alles reicht Ihnen noch nicht? So wie Sie redet ein Verwirrter. Meine gesamte Familie ist aus Hamburg rausgezogen, wegen dieser von mir geschilderten Zustände. Meine Kinder wegen meiner Enkel, denen dort einen Schulbesuch zuzumuten, grenzt an geistigem Selbstmord, unterstes Niveau."[196]

→ „...Sie vergessen immer wieder woher die Vorbehalte der Deutschen Bevölkerung gegenüber den Türken und anderen Menschen aus arabischen oder nordafrikanischen Staaten kommen. Es ist die Religion. Leider ist Ihre Religion eine absolutistische, politische Vereinigung welche nach Macht und Einfluss strebt um die Vorherrschaft in Europa an sich zu reissen (sic!). Ihr Ministerpräsident Erdogan sieht ja die Minarette Ihrer Moscheen als die ‚Speere' des Islam. Und deshalb ist es mir leider nicht möglich, weiteren Einbürgerungen aus Ihrem Kulturkreis zu befürworten. Im Zweifel werden sich diese Neubürger immer für die Religion und gegen den Staat entscheiden. Die Türkei ist das beste Beispiel dafür."[197]

→ „Schon mal auf die Idee gekommen, dass wir andere Staatsangehörige gerne hier haben? Nur den türkisch-muslimisch-arabischen Kulturkreis nicht? Und wissen Sie auch warum? Weil fast jeder Bundesbürger schon seine Erfahrungen mit diesen Personen gemacht hat. Zudem sprechen die Zahlen (Bildung, Arbeitslosigkeit) ebenfalls eine deutliche Sprache."[198]

---

[195] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[196] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative", 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Kersti Wolnow, 04.04.2012

[197] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Kaiser von Therm, o.D.

[198] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, S-R-G, o.D.

→ „Mich stört die ständige Kritik an Deutschland, das nun wirklich großzügig gegenüber Zuwanderern ist, maßlos ausgenützt (sic!) wird und dessen Gesetze gerade von Zuwanderern aus Ihrem Kulturkreis nicht geachtet wird. Was wollen Leute wie Sie denn noch? Ich nehme an, die vollständige Übergabe unseres Landes an die Türkei als Provinz des ‚Großtürkischen Reiches'. Aber da werden wir nicht mitspielen!"[199]

→ „Warum sind, wenn es um Einbürgerung geht immer Kopftücher zu sehen. Es gibt viele gebildete und religiös tolerante Chinesen, Russen, Vietnamesen... Auf die sollten sich unsere Anstengungen (sic!) konzentrieren. Nicht immer nur auf Menschen die schon durch ihre Kleidung demonstieren (sic!), dass sie gar nicht dazugehören wollen."[200]

→ „Man kann es ‚Migranten' nicht vorwerfen, wenn sie die Angebote abgreifen, die ihnen verräterische Politiker hierzulande machen. Wäre ich ein armes Schwein aus Afrika oder anderswo, ich würde hier auch alles abgreifen, wenn es mir leicht gemacht, ja hinterhergeworfen wird."[201]

→ „Das sind aber keine "armen Schweine", sondern ausgekochte Ganoven mit Hirn drin. Natürlich orientiert sich jede Lebensform am Maximum. Aber dann muß sie auch damit rechnen, daß es da andere gibt, die ihr Revier verteidigen, weil sie sich auch am Maximum orientieren.

Klartext: Wenn es Politiker nicht können, kann ich es. Ich orientiere mich auch am Maximum. Der Zivilisation europäischer Herkunft. Nicht dem Orient, nicht dem Voodoo. Und da sind mir, aus ganz genauso eigennütziger, zivilisierter Warte, diese primitiven Völker nicht willkommen. Und ich tue alles, um die auf einer ganz persönlichen Ebene im Alltag zu ‚vergrämen'.

Ist übrigens das ur-evolutionäre Beispiel für Krieg: Die einen wollen was, was die anderen nicht wollen. Gibt immer Hauen und Stechen. Weshalb sich die mühsam errungene Zivilisation wieder Völker importiert, die das in Erinnerung rufen, ist ihr Geheimnis. Anderseits führt es auch mal wieder vor Augen, daß (die westliche Zivilisation) etwas unglaublich kostbares, Fragiles ist, das man immer dann schätzt, wenn es gerade kaputtgehauen wurde."[202]

---

[199] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Chat noir, o.D.

[200] HK307: Welt (online), dpa/dapd/sr, „Mit dem Schulabschluss zur Einbürgerung", 03.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Macciavelli, o.D.

[201] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Heisenberg73, 13.02.2014

[202] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Babieca, 13.02.2014

→ „Zumal das Knastsystem in Deutschland die Luxusversion des normalen Lebens in den entsprechenden Ländern ist. Wer selbst wie bei der gehobenen Schicht im Iran (siehe: ‚Nicht ohne meine Tochter!') nur ein Loch im Boden und einen Wasserschlauch zum Spülen hat, wird die kalten Edelstahltoiletten im deutschen Knast und das weiche Bett anstatt harter Lehmböden zu schätzen wissen, falls es überhaupt erst soweit kommt."[203]

→ „Ich hätte jetzt eigentlich von der SPD erwartet, daß sie im Gegenzug 137.000 Hamburger ausbürgert, damit man dort in aller Ruhe die Einführung der Scharia vorbereiten kann."[204]

→ „Man kann nur zähneknirschend zur Kenntnis nehmen, dass das rot-grüne Lager (aber auch erhebliche Teile der übrigen Funktionseliten) aus Deutschland ein anderes Land machen will.

Nicht die erfolgreiche Anpassung von Zuwanderern ist das Ziel, sondern allein ihre möglichst rasche völlige Gleichstellung mit den Einheimischen.

Nicht die Beibehaltung einer bestimmten angestammten Kultur ist das Ziel, sondern ein multikultureller Wirtschaftsstandort.

Nicht die Beibehaltung einer gewohnten ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist das Ziel, sondern die sukzessive und sich beschleunigende Herstellung einer multiethnischen Bevölkerung ohne Vermischung."[205]

→ „Hier stoßen politische Grundüberzeugungen aufeinander, die in etwa so unterschiedlich sind wie früher die Wirtschaftspolitik des ehem. Ostblocks und die soziale Marktwirtschaft.

Man kann dann auch irgendwann nicht mehr diskutieren, denn beide Seiten – hier also Dobrindt und die CSU bzw. Scholz und Kretschmann vom rot-grünen Lager – handeln zutiefst aus Überzeugung heraus.

Hier stehen Weltanschauungen gegeneinander und der aktuelle Streit markiert einmal mehr die Frontlinie im geistigen Bürgerkrieg in Deutschland.

Die Zielstrebigkeit und Unbeirrbarkeit, mit der Vertreter des rotgrünen Lagers das Land verändern wollen, eine andere Republik schaffen macht mir Angst.

Ich unterstelle, dass sie mich nicht ängstigen wollen. Aber sie tun es. Sie machen, dass ich mich in meinem Land fremd fühle.

Wie nennt man solche Menschen?

---

[203] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Heike_Mareike, 13.02.2014

[204] HK28: zoelibat.blogspot.de, „Hamburg: SPD will 137.000 Ausländer einbürgern", 25.11.2011

[205] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, freidenker, 14.04.2012

> Das sind Leute, die mich nicht vertreten, Leute, die das verraten und verramschen, was mir wichtig ist.“[206]

Die hier wiedergegebene Deutungslinie ist sowohl *kulturfundamentalistisch* – insofern sie Menschen nicht als Individuen, sondern mehr oder weniger ausschließlich als Produkte ihrer jeweiligen Kultur begreift – als auch *ethnozentrisch* – insofern sie (vermeintlich) fremdkulturelle Phänomene grundsätzlich am Maßstab der eigenen, als ‚überlegen‘ geltenden Kultur misst. Außerdem zeigt sich in den Wortäußerungen eine große Unsicherheit in Bezug auf den wahrgenommenen gesellschaftlichen Wandel, der sich u. a. in wachsender gesellschaftliche Pluralität und Fluidität ausdrückt. Die antizipierte Bedrohung der kollektiv konstruierten *‚rationalen Ordnung‘* löst zum Teil heftige emotionale Gegenwehr aus.[207] Die Subjektposition des/der ‚anständigen Deutschen‘ gewinnt gerade im Licht ihrer existenziellen Gefährdung an Gewicht. Gefährdet sieht sie sich dabei zum einen durch eine ‚migrantische Invasion‘ von außen. Zum anderen sieht sie sich gefährdet durch das Ausscheren weiter Teile der deutschen Bevölkerung (namentlich der ‚Einbürgerungsbefürworter_innen‘) aus der gemeinsamen kulturellen Wirklichkeitskonstruktion.[208] In diesem Sinne fürchtet der Diskurs die ‚Überfremdung von allen Seiten‘ und fühlt sich – gerade auch ob des großen symbolischen Kapitals der (politischen) Gegner_innen – in einer unterdrückten Minderheitenposition (was wiederum seinem moralischen Anspruch zusätzlichen Auftrieb gibt). Die Verteidigung der eigenen Wirklichkeit wird damit regelrecht zum revolutionären Programm stilisiert.

Vor dem Hintergrund der bis hierhin abgedruckten Belegzitate muss ausdrücklich betont werden, dass ein essentialistischer Kulturbegriff nicht zwangsläufig xenophobe Einstellungen zur Folge haben muss. So zeichnet sich z. B. auch der politische Multikulturalismus, wie er in Abschnitt 2.2 vorgestellt wurde, durch ein essentialistisch angeleitetes Kulturmodell aus, dessen Implikationen jedoch explizit positiv bewertet werden. Auch das im vorigen Abschnitt 4.1 sowie in Abschnitt 3.3 erörterte *Community*-Konzept der TGH gründet letzten Endes auf essentialistischen Vorannahmen. Nichtsdestoweniger ist augenfällig, dass essentialistische Visionen von Kultur in der hier untersuchten Debatte überproportional häufig mit einer Ablehnung von Migration und kultureller Heterogenität einhergehen. Gleiches gilt, wie die nachfolgende Deutungslinie zeigt, im Übrigen auch

[206] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, freidenker, 14.04.2012

[207] Siehe hierzu die Ausführungen zu Emotionen in Abschn. 2.3

[208] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

für das sich daran anschließende Identitätskonzept und die korrespondierende Ablehnung von multiplen kulturellen wie nationalen Identitäten.

Identität

DEUTUNGSMUSTER: Dem dominanten Gegendiskurs zufolge ist menschliche Identität **eindimensional**. Sie speist sich maßgeblich aus Abstammung von bzw. Zugehörigkeit zu einer spezifischen Kultur. Da kulturelle Grenzen überdies mit nationalen Grenzen deckungsgleich sind, ist kulturelle Identität immer auch nationale Identität und umgekehrt. Kulturelle (bzw. nationale) Identifikation ist in diesem Sinne exklusiv und (in Anbetracht eines Kulturbegriffs, der Wandel mehr oder weniger ausschließt) weitgehend statisch. Man kann demnach zu jeder Zeit nur eine kulturelle Identität haben. Sie umfasst alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und prägt das Denken und Handeln auf holistische Weise. Etwaige identitätsspezifische Verhaltensweisen, die ein Individuum in einer beliebigen Situation an den Tag legt, erlauben daher sicheren Rückschluss auch auf die Identifikation in anderen Kontexten.

KOMMENTAR: Wiederum weist der Diskurs starke Parallelen zu frühethnologischen Ansätzen auf, wie sie etwa die Ethnizitätsforschung vor Fredrik Barth dominierten, und wie sie auch heute noch in diversen wissenschaftlichen Ansätzen zu finden sind, so etwa bei Esser oder – besonders prominent – bei Huntington.[209] Anders als die moderne Ethnologie, die Ethnizität als Beziehung *zwischen* Gruppen (und deren individuellen Mitgliedern) definiert, begreift der Diskurs sie als quasi-natürliche Eigenschaft dessen, was man – im Herder'schen Sinne – als ‚*Volk*' bezeichnen kann.[210] Vor diesem Hintergrund sind die Konzepte *Kultur* und *Identität* untrennbar miteinander verschmolzen und erscheinen geradezu wechselseitig austauschbar. Überdies verschmelzen Vorstellungen von *persönlicher Identität* mit Vorstellungen von *sozialer Identität* (in Form von Ethnizität), insofern erstere durch letztere mehr oder minder abschließend determiniert zu sein scheint.[211] Mit der Gleichsetzung von *Ethnizität* und *Nationalität* offenbart der Diskurs überdies sein ethnonationales Programm, das – ganz in der Tradition Herders und Meineckes stehend – die ‚Natürlichkeit' sowie die Historizität (imaginierter) nationaler Gemeinschaften propagiert (diese Vorstellung findet sich in der neueren Nationalismusforschung zudem in abgemilderter Form auch bei Anthony D. Smith).[212] Die ethnonationale Logik des Diskurses stützt

[209] Siehe hierzu Abschn. 2.2 und 2.3
[210] Siehe hierzu die Ausführungen zu Herder in Abschn. 2.1
[211] Siehe hierzu Abschn. 2.2
[212] Siehe hierzu Abschn. 2.1

sich, wie weiter oben gezeigt wurde, auf die Subjektposition des/der ‚anständigen Deutschen' gegenüber den ‚schlechten Migrant_innen' und ihren ‚primitiven' Kulturen, wobei rassifizierte ethnische, nationale und religiöse Minderheiten wiederum im Fokus fundamentalistischer Abgrenzung stehen. Die folgenden Zitate geben einen beispielhaften Überblick über diesen Deutungszusammenhang:

→ „Herr Yilmaz, warum sagen sehr viele bereits hier geborene Nachkommen türkischer Eltern auch in der 4. Generation ‚Ich bin ein stolzer Türke!', obwohl sie nach dem Gesetz Deutsche sind? Und warum sollten wir noch mehr Menschen mit dieser Einstellung den deutschen Pass schenken?“[213]
→ „Wer Türke bleiben will, also türkisch denkt, spricht und in einer türkischen Parallelgesellschaft lebt, ist kein Deutscher und sollte keinen Anspruch auif (sic!) den deutschen Pass haben. Wer sich als Türke fühlt, sollte bitte in der Türkei sein Heimatgefühl ausleben, die Türkei ist groß genug.“[214]
→ „Wer sich lieber als Türke fühlt und seinen türkischen Paß behalten will, soll bitte endlich die Konsequenz ziehen und für immer in sein Traumland gehen. Ein Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft, also Rosinen-Picken, darf es nicht geben. Wann wird jedem Deutschen ein türkischer Paß ausgehändigt?“[215]
→ „Sie dürfen Ihren türkischen Pass gerne behalten, nur sollte das deutsche Volk bestimmen, wer einer von Ihnen wird und wer sich in Deutschland niederlässt. Und zwei Herren kann man nicht dienen, entweder ist man Türke oder man ist Deutscher. Ganz einfach! Ein Volk ist kein Unternehmen, dass man je nach Belieben wechselt, sondern eine Solidargemeinschaft, welche Werte, Sprache und Kultur teilt. Wenn Sie ein Teil davon werden möchten, passen Sie sich an! Wenn nicht, auch gut, lassen Sie es bleiben und leben Sie mit (evtl.) Konsequenzen.“[216]

---

[213] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Egonsunsamu, o.D.

[214] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Kawe Berlin, o.D:

[215] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Langweiler, o.D:

[216] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Sailor, o.D.

DEUTUNGSMUSTER: In den oben abgedruckten Belegzitaten ist bereits eine starke Diskursverschränkung mit dem Themenfeld **Mehrstaatigkeit** offenbar geworden. Da der dominante Gegendiskurs zur Hamburger Einbürgerungsinitiative Identitäten als eindimensionale, kollektive Strukturen auffasst und kulturelle Identifikation überdies mit nationaler Identifikation gleichsetzt, versteht er, in logischer Konsequenz, die doppelte Staatsangehörigkeit als unnatürliches, künstliches Konstrukt. Staatsvölker werden als historisch gewachsene Schicksalsgemeinschaften begriffen, welche exklusive Zugehörigkeiten und starke emotionale Verbundenheit generieren. Unter gewissen Bedingungen kann sich die nationale Identifikation im Laufe eines Lebens zwar verschieben (so z. B. im Zuge von Migrationsprozessen), dieser Übergang muss dann allerdings im Sinne eines klaren und vollständigen Wechsels vollzogen werden, der alle Lebensbereiche umfasst und sich insbesondere in kultureller Angleichung an sowie emotionaler Hinwendung zu der neuen nationalen Heimat niederschlägt. Mehrstaatigkeit gilt vor diesem Hintergrund als unzulässig, da sie nicht nur Zeichen eines fragwürdigen Opportunismus ist, sondern außerdem auch unweigerliche Loyalitätsprobleme zur Folge hat. Sie muss daher grundsätzlich vermieden werden.

KOMMENTAR: Abermals tritt der dominante Gegendiskurs hier in Relation zu seinem antagonistischen Gegenstück – dem offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurs – indem er dessen genereller Befürwortung von Mehrstaatigkeit entschieden widerspricht. Das Prinzip der Mehrstaatigkeit hinterfragt ganz grundsätzlich das weiter oben entwickelte Deutungsmuster einer essentiellen, historisch gewachsenen und in hohem Maße persönlichkeitsdeterminierenden nationalkulturellen Identität. Es bringt damit die kollektive Wirklichkeitskonstruktion ins Wanken und provoziert die (emotional aufgeladene) Unterstellung von Opportunismus und Illoyalität der Gegenseite. Der oder die ‚anständige Deutsche' ist seinem/ihrem Land und dessen Gemeinschaft ‚treu ergeben' und ‚inniglich' mit beidem verbunden. Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit passen nicht in dieses ethnonationale Selbstbild. Die untenstehenden Zitate demonstrieren außerdem, dass die Ablehnung von Mehrstaatigkeit häufig mit expliziter Abgrenzung zu einer ‚kosmopolitischen Elite' einhergeht (zu welcher gleichsam auch die ‚Einbürgerungsbefürworter_innen' zählen). Dieser Elite stehen (vermeintlich) alle Rechte, Freiheiten und Chancen offen, während sich die Sprecher_innenschaft des ethnonationalen Diskurses in hohem Maße auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt sieht.[217] Die Ablehnung von Mehrstaatigkeit folgt damit auch aus der subjektiven Wahrnehmung von Unfairness und potenzieller Benachteiligung.

[217] Siehe hierzu v.a. auch die Ausführungen zum *Kulturessenzialismus* nach Reckwitz in Abschn. 2.3

Während Kosmopolit_innen ‚entwurzelt' und ‚frei' sind, legitimiert die territoriale Verwurzellung des/der ‚anständigen Deutschen' die emotionale ‚Verteidigung des Vaterlandes'. Interessant ist in diesem Zusammenhang v.a. auch die metaphorische Assoziation von *Nation* und *Familie* sowie von *Nation* und *Religion*, wie sie in den nachfolgenden Debattenausschnitten zum Vorschein tritt und wie sie in hohem Maße mit den Beobachtungen anderer wissenschaftlichen Arbeiten korrespondiert, so etwa bei Alonso[218], Coleman[219] und Anderson[220]. Insbesondere Alonsos Vorschlag, Nationalismen als *structure of feeling* zu begreifen, macht in Bezug auf den hier präsentierten ethnonationalen Diskurs unzweifelhaft Sinn.[221] Der Diskurs gewinnt seine Macht v.a. durch das von ihm entworfene emotionale Identitätsangebot des/der ‚anständigen Deutschen'. Er wiegt damit das omnipräsente Gefühl der Deprivation auf, mit welchem sich viele seiner Sprecher_innen ganz offensichtlich konfrontiert sehen, und wertet es positiv um. Anders als Anderson oder Alonso betonen, überdeckt der nationalistische Diskurs dabei hier keinesfalls gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheiten[222] – vielmehr spaltet er sie weitergehend auf und macht sie zu seinem ureigenen, konstitutiven Grundstein.

→ „Die Mehrstaatlichkeit ist in 19 EU Mitgliedsstaaten gelebte Praxis."
Haben Sie mal ein paar konkrete Zahlen für uns? Komisch, alle Franzosen die ich kenne, bezeichnen sich als Franzosen und möchten auch gerne solche bleiben. Das gleiche gilt für die Spanier, Italiener und Briten in meinem Freundeskreis.
Nur weil Sie an die multikulturelle Idiologie (sic!) glauben und konstruierte Bündnisse mit organisch gewachsenen Völkern verwechseln, heißt dies nicht, dass es sich dabei um gelebte Praxis handelt!"[223]

→ „Mit der Staatsbürgerschaft ist es ein bischen (sic!) wie mit der Ehefrau: Man sollte sich klar für EINE entscheiden und dann loyal dazu stehen. Wer

---

218 Siehe Abschn. 2.1

219 Siehe Abschn. 2.2

220 Siehe Abschn. 2.1

221 Siehe hierzu die Ausführungen zu Alonso in Abschn. 2.1

222 Siehe hierzu die Ausführungen zu Anderson und Alonso in Abschn. 2.1

223 HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, easyRider, o.D.

nur von einem Blatt Papier spricht, hat leider nicht verstanden, worum es geht.“[224]

→ „Wenn sich ein Zuwanderer für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet, dann bekommt er eine ganze Menge an Rechten, Freiheiten, Teilnahme am politischen Leben, am Solidarsystem usw. Das ist für mich ein großer Akt, bei dem es auchmal (sic!) etwas pathetisch zugehen darf. Ein Bürger sollte auch zu seinem Land stehen und sich für seine Zukunft einsetzen in guten wie in schlechten Zeiten. All das ist mehr als die Übergabe eines Stück Papiers. Ich sehe oft mit Sorge, wie hier im Fprum (sic!) türkischstämmige DEUTSCHE Staatsbürger im Interesse der Türkei und nicht im Interesse des deutschen Volkes argumentieren, etwa beim EU-Beitritt der Türkei.“[225]

→ „Man kann auch nicht gleichzeitig in der evangelischen und katholischen Kirche sein, obwohl beide christliche Konfesionen (sic!) sind. Oder CDU- und SPD- Mitglied sein, obwohl beide demokratische Parteien sind. Oder Mitglied bei Bayern München und Borussia Dortmund sein, obwohl beides Bundesligavereine sind. Irgendwann muss man sich entscheiden. Das heißt ja nicht, dass man seine Identität aufgibt, aber das Leben hält nunmal (sic!) einige Schubladen bereit. Ausserdem (sic!) enpfinde (sic!) ich es als ein unverdientes Privileg, zwei Pässe im Reisegepäck zu haben. Das beinhaltet viele Vorteile, die ein ‚normaler' Bürger nicht erlangen kann.“[226]

→ „Sie beschreiben die Rechte... und welche Verpflichtungen haben Sie wider diesen Ländern (sic!)? Geht das eine Land vor die Hunde, können Sie halt ins nächste gehen. Genug Auswahl scheinen Sie ja zu haben.

Und worauf basiert ein funktionierendes Staatswesen? Auf Bürgern, die nicht nur nach Rechten als Bürger suchen, sondern auch bereit sind Pflichten zu schultern.

Wissen Sie, meine Kinder haben nur dieses eine Land. Ich weiß, völlig reaktionär und wahrscheinlich von gestern, aber können Sie verstehen, wieso Leute wie ich ein anderes, vielleicht ernsthafteres Interesse daran haben (sic!) dieses Land wohlzubehalten (sic!), als jemand, der, wenn es ihm hier

[224] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Thomas_Burding, 01.03.2013

[225] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Thomas_Burding, 01.03.2013

[226] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, sjdv, 01.03.2013

nicht mehr passt, einfach woanders hingehen kann? Ich denke das kann man verstehen, oder?"[227]

→ „Derjenige, für den ein Land nur ein völkerrechtliches Rahmenwerk für den eigenen Arbeitsstandort ist, mag keinen Unterschied darin sehen, ob man nur eine oder mehrere Nationalitäten inne hat (sic!). Diejenigen, die jedoch eine Heimat suchen, einen Ort von exklusiver emotionaler Bindung mit einem Volk, zu dem man auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten gehören möchte, werden verstehen, warum ein eindeutiges Bekenntnis zu einer Nationalität ein wichtiger Vertrauensbeweis ist. Das heisst nicht, dass man Nationalitäten nicht wechseln kann, aber wer glaubt, auf 2 Stühlen gleichzeitig sitzen zu können wird oftmals zwischen beiden Stühlen sitzen."[228]

DEUTUNGSMUSTER: Da der vorliegende Diskurs Staatsvölker als quasi-organische Schicksalsgemeinschaften begreift, verlangt er nicht nur ganz generell die Vermeidung von Mehrstaatigkeit, er fordert überdies auch absolute **Loyalität** gegenüber dem Staat und seiner Nation. Auf die eigene nationale Identität – manifestiert im rechtlichen Status der Staatsangehörigkeit – sollte man stolz sein. Im Zweifelsfall sollte man sich außerdem bereitfinden, für den Staat und dessen Fortbestand persönliche Opfer zu bringen – bis hin zum ‚Tod für das Vaterland' in Kriegszeiten. Dies gilt umso mehr, wenn man als Migrant_in die Staatsangehörigkeit erst nachträglich erwirbt. Nur wer absolute Loyalität demonstriert ist auch wirklich integriert.

KOMMENTAR: In besonderem Maße tritt hier die nationalistische Agenda des Diskurses hervor. Mit der ‚Bereitschaft sich zu opfern' wird ein Motiv aktualisiert, wie es radikale Nationalismen klassischerweise auszeichnet.[229] Das Element der Loyalität entspringt dabei jedoch weniger aus *tiefempfundener, horizontaler Kameradschaft*, wie Anderson es formuliert hat[230], sondern vielmehr aus der antagonistischen Kontrastierung unterschiedlicher Klassifikationen und Subjektpositionen – ‚anständige Deutsche' vs. ‚schlechte Migrant_innen', ‚anständige Deutsche' vs. ‚schlechte (eingebürgerte) Deutsche' (alias ‚schlechte Migrant_innen') sowie ‚anständige Deutsche' vs. ‚schlechte (geborene) Deutsche' (alias ‚Kosmopolit_innen' und ‚Einbürgerungsbefürworter_innen'). Wiederum

[227] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, ThoLer, 01.03.2013

[228] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, RobertIonis, 02.03.2013

[229] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[230] Siehe hierzu die Ausführungen zu Anderson in Abschn. 2.1

zeigt sich hierin das von Laclau und Mouffe sowie von Barth und Eriksen identifizierte Phänomen der antagonistischen Konstitution von Identität, welches die diskursive Konstruktion von kultureller Wirklichkeit maßgeblich anleitet.[231] Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang v.a. das wiederholte Rekurrieren der Sprecher_innen auf das Moment des *Krieges* in welchem sich letztlich und endlich offenbaren soll, wer zur emotionalen Gemeinschaft der Nation gehört und wer nicht.[232] Dabei gründet die nationalistische Loyalitätsforderung allein auf der Zugehörigkeit zur emotionalen Schicksalsgemeinschaft als solcher – nicht etwa auf deren Werten oder der Verfasstheit ihres politischen oder wirtschaftlichen Systems. Dies zeigt sich v.a. daran, dass die Sprecher_innen des Diskurses verlangen, man solle Deutschland treu sein, selbst dann, wenn es zu einer absoluten Krisensituation käme (etwa einer wirtschaftlichen Katastrophe oder der Einführung eines diktatorischen Regimes). Damit ist der existenzielle Unterschied zwischen einem ethnonational und einem staatsnational ausformulierten Nationalismus angesprochen: Während letzterer seine Legitimation in entscheidendem Maße aus der jeweiligen politischen Wertegrundlage zieht, steht für ersteren allein die quasi-natürliche Gemeinschaft seiner Adressat_innen im Vordergrund.[233] Wer diese ‚Natürlichkeit' hinterfragt (indem er oder sie beispielsweise die Loyalität verweigert oder multiple Loyalitäten demonstriert), wird unweigerlich aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies erfordert alleine schon der diskursive Selbsterhaltungstrieb der kollektiven Wirklichkeit, wie die Sprecher_innen sie in den unten (sowie oben) abgedruckten Belegzitaten gemeinschaftlich entwerfen:[234]

→ „Immer wieder betont der Autor, daß seine Loyalität und Identität Griechenland gehören. Daß seine Einbürgerung nur ein paar Vorteile bringen soll. Was ist das – Nationalstolz?“[235]

→ „Wen interessiert es, wo jemand seine Vergangenheit hatte? Wichtig ist, wo jemand seine Zukunft sieht.

Wo sollen ihre Kinder aufwachsen, Herr Zacharakis? In Deutschland? Dann hoffe ich, daß Sie für dieses Land nur das Allerbeste wünschen und danach streben.

---

[231] Siehe hierzu Abschn. 2.2 sowie Abschn. 2.4

[232] Siehe hierzu auch Abschn. 2.1

[233] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[234] Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

[235] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Genscher1952, 02.03.2013

Aus Ihren Ausführungen lese ich aber eher, daß die Entscheidung für die dt. Staatsbürgerschaft eher eine Sache der Opportunität war. Wie für die meisten, die ich kenne, die diese Frage zu beantworten haben. Das sind Momente, wo es mich ärgert und ich denke, daß ein Volk immer auch Schicksalsgemeinschaft war und ist. Was ist, wenn die Opportunität in der Zukunft mal in die andere Richtung schwingt? Deutschland geht den Bach runter und in Griechenland kann man gut leben? Dann wären Opportunisten eben wieder weg. Ist das eine Schicksalsgemeinschaft? Ich meine nein, und halte demnach die lasche Vergabe von Staatsbürgerschaften, insbesondere doppelten, am Ende des Tages in den meisten Fällen für falsch.“[236]

→ „Glückwunsch zu dem Leitartikel. Die doppelte Staatsangehörigkeit führt zur Desintegration und nicht zur Integration. Wer sich für einen deutschen Pass entscheidet, muss sich eindeutig zur deutschen Kultur und Gesellschaft bekennen, im Konfliktfall dafür kämpfen und die Politik mitbestimmen. Es dürfen nicht nur Bleiberecht und wirtschaftliche Vorteile in Anspruch genommen werden. Ich habe mich eindeutig für den deutschen Pass entschieden, mit allen Konsequenzen. Dennoch kann ich meinem ursprünglichen Land weiterhin verbunden sein.“[237]

→ „Wir glauben, dass es richtig ist, weiterhin daran festzuhalten, dass die Staatsangehörigkeit nur eine einzige sein kann. Das hat mit Loyalität zu tun. Das ist Ausdruck von gelungener Integration. Ich frage mich, warum Sie daran nicht festhalten wollen. Ist es nicht vielleicht Ausdruck dessen, dass es Ihnen nicht um Integration geht, da Sie es zulassen wollen, dass hier Menschen leben, die sich überhaupt nicht um Integration bemühen? Das sollten Sie eindeutig zum Ausdruck bringen und nicht über den Umweg des Staatsangehörigkeitsrechts.“[238]

→ „Spätestens im Kriegsfall werden wir wissen wer integriert ist(eine (sic!) alte CDU Weisheit), auf die auch schon die Amerikaner setzten. Ob dann noch alle unsere Freiheit verteidigen wollen, oder eher die der anderen(der (sic!) ‚eigenen‘) wird sich noch zeigen. Nur dann zu differenzieren, dürfte zu spät sein.“[239]

---

236 HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, ThoLer, 01.03.2013

237 HK101: Hamburger Abendblatt (online), „Briefe an die Redaktion: 08. November 2013“ – Leserbrief, Andreas Kaluzny, 06.11.2013

238 HK56: Ole Schröder (CDU), „Eine einzige Staatsangehörigkeit ist Ausdruck gelungener Integration“ (Rede zum Staatsangehörigkeitsrecht im Deutschen Bundestag), 10.11.2011

239 HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, fra.ter, 12.04.2012

→ „Mit Ihrer Aussage „Ich persönlich hätte am liebsten beide Staatsbügerschaften, weil ich dann die Gewissheit hätte, daß ich ohne Probleme in mein Herkunftsland zurück könnte, falls es hier mal zu einem Nazideutschland 2.0 oder etwas in der Art kommen sollte (würde ich in diesem Extremfall ohnehin auch so können)“ schiessen (sic!) Sie ein Eigentor. Genau das meine ich mit ‚Hintergedanken‘!!!!! So stelle ich mir einen Passdeutschen vor, der zwar die Vorzüge eines Landes haben will, aber nicht die evtl. Nachteile in Kauf nehmen will.“[240]

→ „Ich käme mir wie eine Verräterin vor, wenn ich Deutschland gegenüber inloyal (sic!) wäre und so handeln würde.“[241]

→ „Auf Beliebigkeit folgt Beliebigkeit.
Wo treten die Doppelten ihren Wehrdienst an.
Ach ja, wir haben den Wehrdienst abgeschafft.
In welche Richtung zeigen im Notfall die Gewehrläufe?
Eigentlich wollte ich ja mit allem rechnen.
Ich wollte doch nichts mehr wollen.
Die Republik verändert sich rasant.“[242]

Die bis hierhin dargelegte Narration – mit ihrer Betonung von kultureller Homogenität und ethnischer Abstammung, von nationaler Schicksalsgemeinschaft und bedingungsloser Loyalität – weist unzweifelhaft auf einen *objektivistischen Nationenbegriff* hin, wie er in Abschnitt 2.1 erläutert wurde. Dieser ethnisch konnotierte Nationenbegriff wiederum leitet über zu kulturassimilativen Vorstellungen von Integration und einer grundsätzlichen Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit (und des positiven Ausgangs) eines etwaigen Grenzübertritts durch Einbürgerung. Die emotionale Ablehnung gegenüber dem antizipierten gesellschaftlichen Wandel, wie er in den obigen Zitaten immer wieder deutlich geworden ist, sowie gegenüber der gesellschaftlichen Elite, die für diesen Wandel verantwortlich gemacht wird, zieht sich dabei als emotionales Leitbild durch den gesamten Diskurs und seine (insbesondere zivilgesellschaftlichen) Seitenarme.

[240] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 17.12.2011

[241] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 18.12.2011

[242] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Orpheus13487, 01.03.2013

Nation

DEUTUNGSMUSTER: Der dominante Gegendiskurs zeichnet ein Bild von Deutschland als **monokultureller Abstammungsgesellschaft.** Er geht davon aus, dass Deutschland historisch betrachtet immer kulturell homogen war. Zugehörigkeit zum deutschen Volk definiert sich klassischerweise über die Abstammung von deutschen Vorfahren und drückt sich in kultureller Uniformität aus. Durch eine Einbürgerung erlangen Migrant_innen zwar staatsbürgerliche Rechte, zu ‚echten Deutsche' werden sie dadurch allerdings nicht.

KOMMENTAR: Mit der Gegenüberstellung von ‚echten' und ‚eingebürgerten Deutschen' tut sich eine neue antagonistische Unterscheidung auf – sowie ein unklares Verhältnis zur Subjektposition des/der ‚anständigen Deutschen'. Während einige Sprecher_innen sehr wohl davon ausgehen, dass Eingebürgerte ‚anständige Deutsche' sein können – oder es sogar in besonderem Maße sein *müssen*, um durch ihre ‚herausragenden Bemühungen' den Verdacht des Opportunismus und der Illoyalität auszuräumen – vertritt ein Großteil der Sprecher_innen explizit oder implizit die These, dass Migrant_innen (egal ob ‚gute' oder ‚schlechte') niemals zu ‚echten Deutschen' werden können, da ihnen das entscheidende Moment der Abstammung fehlt. Bei dem hier zu beobachtenden Widerspruch scheint es sich weniger um klar unterscheidbare Seitenarme zu handeln, als vielmehr um eine gewisse definitorische Unschärfe. Die Subjektposition des/der ‚anständigen Deutschen', die (wenigstens potenziell) auch eingebürgerte Deutsche umfassen kann, koexistiert mit der Subjektposition des/der ‚echten Deutschen', welche die sozial konstruierte Gruppe der ‚Abstammungsdeutschen' in erheblichem Maße qualitativ aufwertet. Warum das so ist, kann in dieser Arbeit nicht abschließend beantwortet werden, weil dazu die (insbesondere ethnographische) Datenlage nicht ausreicht. Anhand des Diskursverlaufs und seiner einzelnen Argumentationslinien ist jedoch zu vermuten, dass die symbolische *Polysemie*[243] der Identitätskategorien wiederum aus dem antagonistischen Verhältnis mit dem staatsnationalen Diskurs hervorgeht. So betonen die Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses an mehrerer Stelle, dass sie sich von den Sprecher_innen der Gegenseite ‚in die rechte Ecke' gestellt fühlen – in welcher sie selbst sich (mit Ausnahme einiger radikaler Vertreter_innen) nicht verorten. Das Zugeständnis, dass ‚gute Migrant_innen' ggf. zu ‚anständigen Deutschen' werden können, kann in diesem Licht als Schutzargument gegen die negativ empfundene Fremdzuschreibung betrachtet werden. Denn: Wie kann man rechts sein, wenn man die Einbürgerung *mancher* Migrant_innen befürwortet? Dazu passt, dass die Sprecher_innen der ethnonationalen Linie (so auch in einigen der obigen Zitate)

[243] Siehe hierzu Abschn. 2.3

immer wieder darauf hinweisen, dass sie nicht *per se* ‚ausländerfeindlich' sind, sondern lediglich ‚besonders fremde' und daher ‚kulturell unverträgliche' Ausländer_innen ablehnen. Die Anerkennung ‚guter Migrant_innen' trägt implizit zur positiven Ausgestaltung der eigenen Identität bei, indem sie den Eindruck vermittelt ‚einfach nur missverstanden worden zu sein'. Dies passt wiederum auch zu dem Diskriminierungsgedanken, der den gesamten Diskurs durchzieht und der dessen Adressat_innen als ‚Opfer der Eliten' erscheinen lässt. Gleichzeitig bietet der Diskurs die in hohem Maße positiv aufgeladene Subjektposition des/der ‚echten Deutschen' an, durch die ein quasi-natürlicher Überlegenheitsanspruch gegenüber allen anderen Subjektklassen eröffnet wird. Der latente Widerspruch der dadurch entsteht, tritt, so die hier entworfene These, aufgrund der emotionalen Macht der beiden diskursiven Identitätsangebote – dasjenige der ‚entrechteten Minderheit' auf der einen sowie dasjenige der ‚überlegenen nationalen Gemeinschaft' auf der anderen Seite – in den Hintergrund. Beide Subjektpositionen wurzeln letztlich in einer ethnonationalen Geschichtskonstruktion, welche die Existenz ‚natürlich gewachsener', quasi-organischer und kulturell homogener Nationen betont und deren (imaginierte) Gemeinschaft in einer quasi-mythischen Vergangenheit verortet. Einige radikale Stimmen weichen hier überdies von der kulturfundamentalistischen Hauptlinie ab und replizieren einen biologistischen Rassismus nach klassischem Modell. Ethnizität wird damit zum genetischen Merkmal und Kultur mit ‚Rasse' gleichgesetzt.[244] Dass ein solcher theoretischer Ansatz jeder rezenten wissenschaftlichen Erkenntnis zuwiderläuft, wurde in Abschnitt 2.2 bereits ausreichend deutlich gemacht. Doch auch die kulturelle Homogenität und die identitäre Einheit, welche der Diskurs in der deutschen Historie begründet sieht, ist – das hat Abschnitt 2.5 gezeigt – eine reine Fiktion.

→ „Keine Sorge, Pässe bedeuten nicht viel, vor allen Dingen kann daraus nur Hilfesweise (sic!) die Staatsangehörigkeit abgeleitet werden.
Wichtig ist nut (sic!) der ‚Staatsangehörigkeitsausweis' und der verlangt eine lange deutsche Ahnenreihe.
Besorgt euch denen (sic!) und das Wahlrecht wird angepasst."[245]

→ „wenn das alles so weiter geht moechte ich keine deutscher mehr sein
es reicht im ergebnis ,hier zu sein eine gewisse--durchaus kurze zeit--und schon gibt es den pass

[244] Siehe hierzu die Ausführungen zu ‚Rasse' und ‚Rassismus' in Abschn. 2.2

[245] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Antidote, 13.02.2014

es handelt sich hier doch nicht um ein einbuergerungsverfahren,sondern ein pass erlangungsverfahren

glauben denn die politiker,dass so ein einbuergerungswilliger ,aus anderem kulturkreis stammend,mit anderen wertvorstellungen aufgewachsen anders tickt ,nur weil er einen deutschen pass hat??

viele von den neuen deutschen sagen doch ganz offen,dass sie fuer auschwitz und andere verbrechen keine verantwortung uebernehmen,das sei doch sache von uns deutschen

wenn das so weitergeht wird alsbald jedem der einen antrag stellt,,eine praemie bezahlt

armes deutschland--wir holen uns die probleme mit freuden ins haus

der islam gehoert zu deutschland

der ausverkauf gehoert zu deutschland…“[246]

→ „Nun, einen Vorteil hat diese Bettelei, die deutsche Staatsbürgerschaft doch bitte (sic!) bitte anzunehmen: Die Kriminalitätsstatistik verschiebt sich von einer weit überproportionalen ‚Migranten-‘ Kriminalität zu deutscher Kriminalität, d.h. man kann so – wenn auch vorgetäuscht – von einem massiven Rückgang der Kriminalität von Einwanderern schwärmen. Gleichzeitig kann man eine erhöhte deutsche Kriminalität vorweisen und so uns Deutsche wieder einmal – wie gewohnt – schlecht machen, in den Dreck ziehen und somit ‚beweisen‘, dass wir Deutschen ja noch viel (sic!) viel schlimmer sind als all die armen Einwanderer.“[247]

→ „Und alle (sic!) die einen deutschen Pass haben, werden aus der Ausländerstatistik rausgemogelt! Und somit hab (sic!) ich mit meiner Behauptung doch recht, wir haben bereits weit mehr als 50% Ausländeranteil in Deutschland! Wenn ich das linken Drecksäcken so sage und erwähne dass (sic!) das deutsche Volk systematisch ausgerottet wird, heißt es: Na und? Ist doch egal!

Das haben mir Deutsche so ins Gesicht gesagt!“[248]

→ „Scholz bürgert jeden ein, der nicht bei Drei auf dem Baum ist. Speichelleckend biedert er sich den Ausländern an, die ihn aber trotzdem verachten, wie ich aus dem persönlichen Umfeld (Russen) weiß.

[246] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Enhu, o.D.; Aufgrund der starken Belastung dieses Beitrags mit Rechtsschreib- und Zeichensetzungsfehlern wurde an dieser Stelle der Übersichtlichkeit halber auf eine Kennzeichnung durch (sic!) verzichtet.

[247] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Jo, o.D.

[248] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, von Politikern gehasster Deutscher, 13.02.2014

Damit TV-Moderatoren wie Plasberg und Anne Will (gestern) frech behaupten können in Deutschland leben nur 8,9 % Ausländer. Ja ne – ist schon klar.

In HH beträgt jetzt schon der Anteil der U30 jährigen (sic!) mit MiHiGru fast 50%. Bei den Schulkindern sind es noch mehr.

Jetzt muss noch den (sic!) Doppelpass her. So hat man einen Pass für Hartz-IV und einen Pass um sich absetzen zu können wenn man kriminell wird. Feine Sache."[249]

→ „Ich halte diese ganze Einbürgerungsgeschichte für verfassungswidrig.

Artikel 20 des Grundgesetzes besagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Mit der Einbürgerung wird jemand zwar Staatsangehöriger, aber nicht Volkszugehöriger. Volkszugehörigkeit ist genetisch bestimmt, (sic!) und kann daher nicht durch Verwaltungsakte verändert werden.

Durch die Einbürgerung bekommt jemand das Wahlrecht zugesprochen, obwohl er nicht dem Volk angehört. Es wird Staatsgewalt, die nicht vom Volk ausgeht, installiert."[250]

→ „Die Staatsangehörigkeit ist eben nicht mit der Volkszugehörigkeit identisch. Der Staat ist ein besserer (Regierungs-)Verein, der mittlerweile jeden aufnimmt und die alten Mitglieder verprellt. Vielleicht sollte man einmal überlegen, aus diesem ‚Verein' namens Staat einfach aussteigen (sic!) und was Eigenes aufmachen (sic!)? Da für viele, vor allem auch in unseren Kreisen, eine solch eine (sic!) Überlegung aber nahezu undenkbar ist, bleibt wohl bis zur Erkenntniswende nur der jüngerische Waldgang."[251]

DEUTUNGSMUSTER: Dem ethnonationalen Diskurs zufolge, kann eine Gesellschaft nur sinnvoll funktionieren, wenn ihre **kulturelle Homogenität** effektiv gewahrt ist. Migration und fremdkulturelle Einflüsse bedrohen die innere Ordnung, den Frieden und die Sicherheit – insbesondere da Zuwandernde häufig ‚primitive' Weltanschauungen mitbringen und überdies soziale wie wirtschaftliche Probleme verursachen. Xenophobie ist eine verständliche und logische Gegenreaktion auf diese mehr oder weniger latente Bedrohungslage. Sie liegt

---

[249] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, gonger, 13.02.2014

[250] HK29: zukunftskinder.org, Redaktion, „Einbürgerung: Voraussetzungen und persönliche Einstellung", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Peter, 13.04.2012

[251] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative", 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Volker Faust, 03.04.2012

nicht im Verschulden der deutschen Bevölkerung. Ohnehin sind Anschuldigungen in Bezug auf Diskriminierung oder Rassismus meistens aus der Luft gegriffen.

KOMMENTAR: Mit dem hier nachgezeichneten Deutungsmuster greift der Diskurs – in Bezug auf die normative Betonung von nationalkultureller Homogenität – nicht nur wissenschaftliche Thesen auf, wie etwa Huntington sie vertritt,[252] er rechtfertigt außerdem die von ihm erzeugte *Cultural Anxiety* (nach Grillo), seinen *Kulturessenzialismus* (nach Reckwitz) bzw. seinen aggressiven *Kulturfundamentalismus*, wie er weiter oben bereits durchleuchtet wurde.[253] Die Logik dieser Rechtfertigung basiert maßgeblich auf der bereits mehrfach thematisierten Bedrohungswahrnehmung, die nicht nur eine ‚Überfremdung von außen' durch ‚schlechte Migrant_innen' fürchtet, sondern insbesondere auch die ‚Überfremdung von innen' durch ‚kosmopolitische Eliten' bzw. ‚Einbürgerungsbefürworter_innen'. Dieser doppelte Antagonismus hebt die ‚anständigen Deutschen' und noch viel mehr die ‚echten Deutschen' in eine Position moralischer Unantastbarkeit: Als entrechtete Minderheit im eigenen Staat befinden sie sich in einer absoluten Notlage, die ‚den Kampf mit allen Mitteln' rechtfertigt. Der ständige Vorwurf des Rasssismus, mit dem die Sprecher_innen sich ganz offensichtlich konfrontiert sehen, wird dabei als bloßes Machtinstrument der Gegenseite interpretiert und als solches mit Vorstellungen von Zensur und Unterdrückung assoziiert. Die untenstehenden Zitate veranschaulichen diesen Deutungszusammenhang:

→ „Was aber zu diesem Thema ‚Wiedervereinigung' noch viel mehr zu sagen ist, ist, dass ja nicht nur die Grenze von Ost- nach Westdeutschland aufgegangen ist, sondern die Grenzen zum Osten ganz allgemein. Wo Bulgarien, Serbien, Rumänienusw. (sic!) rein geografisch liegen, wusste man ja aus dem Erdkunde-Unterricht, aber Bekanntschaft hat man mit diesen Menschen – und auch mit deren Religionen – nie persönlich gemacht.

Diesen (sic!) Vielvölkerstaat wie wir ihn heute in Deutschland haben, war erst richtig möglich durch diese Grenzöffnung. Und wenn wir Deutschen heute oft ängstlich auf das ehemalige Jugoslawien verweisen, welches auch durch seine unterschiedlichen Kulturen ‚untergegangen' ist, ist das doch sicher ein Menetekel oder?"[254]

[252] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[253] Siehe hierzu Abschn. 2.3 sowie die Ausführungen zu Kulturfundamentalismus in Abschn. 2.2

[254] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer", 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 18.12.2011

→ „…wieviel besser hatten es die Gastarbeiter, sie konnten es sich aussuchen, wohin sie auswanderten und sich vorher informieren, was sie erwartet. Viele habe es leider nicht gemacht, denn sonst wären die heutigen Probleme mit der orientalischen Kultur vs der deutschen Kultur nicht so gravierend. […]

Meine und die anderen Nachfahren der Hugenotten erkennt man heute nur noch am Nachnamen, wenn das keine positive und für Deutschland auch heute noch für andere Einwanderer/Zuwanderer erstrebenswerte Aussage ist.“[255]

→ „Für mich ist dieser Mann sowieso unglaubwürdig, wenn er selbst krampfhaft an seinem türkischen Paß festhält, aber seine Landsleute zur Einbürgerung ‚überreden‘ soll. Und seine Argumentationen gegen eine Einbürgerung zeigen nur, das (sic!) er uns seine Kultur und deren Denkweise (Straffälligkeit) aufzwingen möchte. Übrigens vermisse ich den Aufschrei der Türkischen Gemeinde bei sämtlichen Übergriffen ihrer Landsleute gegenüber den Deutschen auf Bahnhöfen oder bezügl. Ehrenmorde, Vergewaltigungen etc. Da erweckt sich der Eindruck, das (sic!) es von ihm toleriert wird. Aber bei der Ermittlung im Fall der ‚Dönermorde‘ sind sie gaaaanz weit vorn und verlangen Trauermärsche, Konsultationen der Politiker, Entschädigungen etc. Es ist eine fremde Kultur, die zweigleisig fährt und sich keinesfalls integrieren möchte.“[256]

→ „Ich kann dazu nur sagen ‚40%der (sic!) Harz4 (sic!) Empfänger sind Ausländer.Ferner (sic!) Überfälle von Türken auf Deutsche sind häufiger als umgekehrt.Türken (sic!) verprügel (sic!) wenn sie in der Überzahl sind gerne Deutsche SBahn (sic!) fahrer.Warum (sic!) sollen also Deutsche freundlich zu Türken sein?“[257]

→ „Verwandschaft (sic!) von mir ist vor Jahren aus der Ukraine nach Kanada emigriert. Promovierte Akademiker. Jahrelang haben sie sich mit jeweils 2 Jobs über Wasser halten müssen und nebenbei alle Prüfungen neu abgelegt. Da gab´s keine Geschenke, Anerkennung von Diplomen irgendwelcher Länder, Integrationshilfe, keine Gutmenschen, keine Sozialhilfe... Wer da landet, muß sich selbst versorgen können. Mit harter Arbeit haben sie sich nun

[255] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 19.12.2011

[256] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Blondine(gefärbt), o.D.

[257] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Kanstmal, o.D:

ordentlich was geschaffen, Haus, guter Job... In Kanada liegen Zuwanderer niemandem auf der Tasche. Deswegen bringt man ihnen auch keinerlei Haß entgegen. Darüber sollte man mal nachdenken!"[258]

→ „Die Zukunft heisst (sic!) Piratenpartei, alle wollen nur noch ihre ‚Ich' Interessen durchgesetzt haben, kein ‚Wir' sondern ‚Ich' in einer blümchenhaften Welt.

Das was viele verachtenswert ‚deutschtümelei' (sic!) beschimpfen ist ein Sozialstaat der noch ‚einigermaßen' funktioniert im gegensatz (sic!) zu Herrn Zacharakis ‚zweiter Identität' Griechenland. […]

Als Deutscher wünsche ich mir schon manchmal ein Pole zu sein. Die wissen wer sie sind, die wissen wofür sie kämpfen und zu leben, wir Deutschen kennen nur noch zu allem Ja zu sagen und sich klein zu machen sobald jemand ruft: ‚Diskriminierung!'"[259]

DEUTUNGSMUSTER: In der Folge nimmt der Diskurs an, dass Migrant_innen für gewöhnlich nach Deutschland kommen, um von dessen überlegenem sozialen und wirtschaftlichen System zu profitieren. Bei den meisten von ihnen gebe es jedoch keine echte Integrationsbereitschaft. Ganz im Gegenteil seien viele Zuwandernde den Deutschen sogar feindlich gesonnen und versuchten aktiv deren Kultur zugunsten ihrer eigenen zu verdrängen. Unterstützt würden sie dabei durch Politiker_innen, die ihre eigenen, partikularen Interessen verfolgen, anstatt sich um das Wohl des deutschen Volkes zu bemühen. Der Diskurs inszeniert hier ein Bild der potenziell drohenden oder schon existenten **Fremdbestimmung** Deutschlands durch feindliche Mächte (z. B. korrupte Eliten, andere Staaten oder eine schleichend Überhand nehmende Invasion von Fremden):

KOMMENTAR: In dem hier vorliegenden Deutungsmuster wird der doppelte Antagonismus auf die Spitze getrieben. In diesem Zusammenhang sind v.a. Gellners Ausführungen zum *nationalistischen Prinzip* relevant, wie sie in Abschnitt 2.1 dargestellt wurden. Gellner geht davon aus, dass das nationalistische Prinzip auf drei Arten verletzt werden könne. Zwei der von ihm ausgemachten Fallkonstellationen waren in der deutschen Geschichte bereits zu beobachten. So nahm der deutsche Nationalismus seinen Anstoß zum einen daran, dass die Deutsche Nation über mehrere Staaten zersplittert sei und keinen eigenen Nationalstaat vorweisen könne (etwa zur Zeit des deutschen Bundes) und zum

[258] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Guest, o.D:

[259] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, stone_sour, 01.03.2013

anderen nahm er Anstoß an der sozial konstruierten Tatsache, dass – als es endlich einen Nationalstaat gab – dieser nicht alle ‚Deutschen' gleichermaßen umfasste (etwa zur Zeit der Weimarer Republik).[260] Im aktuellen Diskurs kommt nun Gellners drittes Modell zum Tragen: Die Fremdbeherrschung durch Mitglieder einer anderen Nation.[261] Durch die Ausgrenzung der ‚kosmopolitischen Eliten' (und damit der politischen und gesellschaftlichen Führungsschicht) aus der nationalen Gemeinschaft entsteht im Diskurs der unweigerliche Eindruck von politischer Fremdbestimmtheit. Dieser Eindruck wird noch durch die Vorannahme einer etwaigen ‚migrantischen Invasion' verstärkt, welche durch die ‚kosmopolitischen' Eliten absichtlich oder unabsichtlich befördert wird und welche letzten Endes zwangsläufig dazu führen muss, dass Deutschland sich den Mitgliedern einer ‚fremden Nation' unterwirft (gemeint sind damit zumeist ethnisierte oder rassifizierte Vorstellungen von Muslimen). Die derzeitige, multikulturelle Situation gilt als ominöser Vorbote dieser dystopischen Untergangserwartung. Sie ist deshalb nicht nur in hohem Maße abzulehnen sondern muss – so die Logik des Diskurses – idealerweise auch aktiv bekämpft werden.

→ „Mir sind Fälle aus Baden-Württemberg bekannt, in denen gewisse Organisationen permanent eine sehr hohe Anzahl von Personen gezielt und gegen Geldzahlungen aus dem Ausland holt (sic!) und diese auf die Einbürgerungsbestimmungen sorgfältig, d.h. Deutschkurs, angeblicher Arbeitsplatz, überzeugende Argumente bis hin zu bezahlten Ehearrangements usw. vorbereitet. Alle sprechen sehr gut Deutsch, verachten uns Deutsche und betrachten uns als minderwertiges dämliches Volk, dass man wunderbar nach Strich und Laune austricksen und bequem und ohne Gegenwehr mühelos ausnehmen kann."[262]

→ „Neuer Wahlspruch der SPD ‚wenn (sic!) das Volk uns nicht mehr wählt , (sic!) wählen wir uns unser Volk eben selber aus , (sic!) jedes türkische Mädchen mit Schulabschluß wird eingedeutscht ‚fährt (sic!) in die Türkei , (sic!) heiratet einen Verwandten, bringt ihn und seine Geschwister zwecks Familienzusammenführung nach hier , (sic!) und wir lassen uns dann etwas

[260] Siehe hierzu Abschn. 2.5 sowie die Ausführungen zu Gellner in Abschn. 2.1

[261] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[262] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, GuteFrage, 12.04.2012

neues einfallen , (sic!) wie wir die schnell zu Deutschen machen. Auftrag erfüllt , (sic!) Wählerpotential gesichert. Hurra . (sic!)“[263]

→ „Aber was tut die SPD in Hamburg nicht alles für den Machterhalt. Der nächste Schritt wird sein, noch mehr Migranten (Muslime) in die SPD mit aufzunehmen, die dann die Politik mitentscheiden und den Muslimen noch mehr Zugeständnisse zu machen. Scharia ick hör dir trapsen. Warum war das den Hamburgern nicht klar, als sie die SPD mit absoluter Mehrheit in die Bürgerschaft wählte (sic!)? Wann fordern die Muslime die ersten Scharia-Zonen in Hamburg? Darf man so etwas unterwürfige Arschkriecherei oder vorauseilenden Gehorsam nennen? Jedenfalls richtet man in vorauseilendem Gehorsam an den Hamburger Hochschulen schon einmal Gebetsräume ein. Wie man sieht, schreitet die Islamisierung Deutschlands, dank der SPD, munter voran.“[264]

→ „Wie viel blöde, echte Deutsche leben alleine in Hamburg, die solche Deutschen verachtende Politiker immer und immer wieder wählen? Pfui!!!!! Schämt euch!!!!“[265]

→ „Was ich hier so lese, scheinen in HH kaum noch Biodeutsche zu leben, sondern nur noch Passdeutsche und DIE wählen Scholz, weil er mit seiner Passverschleuderei dafür sorgt, daß Freunde (sic!), Verwandte und Bekannte des Migrantengesocks nach Deutschland kommen können.

Was in HH in klein abläuft, wird in ganz Deutschland in absehbarer Zeit passieren, wenn die Migranten ähm Islamfans das Sagen haben.

Herr Scholz, SIE werden dann jedenfalls nicht mehr Bürgermeister sein, dafür werden Ihre Schäfchen schon sorgen, Sie Vaterlandsverräter.“[266]

→ „Ein Scholz ist ein kleiner Erfüllungsgehilfe, der sich ob seines Volksverrates auch noch selbst lobt.

Er handelt im Auftrag. Insbesondere der USA, das (sic!) Europa mit Türken fluten will.

[…].

---

[263] HK307: Welt (online), dpa/dapd/sr, „Mit dem Schulabschluss zur Einbürgerung“, 03.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Hans-Dieter Schneider, o.D.

[264] HK28: zoelibat.blogspot.de, „Hamburg: SPD will 137.000 Ausländer einbürgern“, 25.11.2011

[265] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, von Politikern gehasster Deutscher, 13.02.2014

[266] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Heike_Mareike, 13.02.2014

Seien wir froh, daß wir eine türkische Mehrheitsgesellschaft vermutlich erst in 20 Jahren haben werden…“[267]

→ „Die Bio- Deutschen (sic!), für die Blockparteien auch der ‚White- trash‘ (sic!), wissen, dass die BRD sich schon in der knallharten ‚Abwicklungsphase‘ befindet und darüber ein parteiübergreifender Grundkonsens bezüglich dieses ‚Souveränitätsrechteausverkaufs‘ vorherrscht.

Dies könnte die Bio- Deutschen dazu bewegen, ihr Kreuz (wenn auch nur aus Protest) ‚rechtsextremen‘ Parteien zu geben.

Dann brauchen die ‚Volksparteien‘ natürlich ihre ‚neuen Staatsbürger‘, die aufgrund ihrer immensen Fertilität die demographische Entwicklung stark beeinflussen.

Denn mit der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten eben diese Personen auch das Wahlrecht.

Politischen Rechte sollten eine Belohnung für gelungene Integration sein.

Der SPD genügen schon Wählerstimmen.

Wie immer, ist dieser Gedankengang entweder absichtlich oder aus Dummheit zu kurz gefasst.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis eine neue Islamische Partei Deutschlands (IPD) die Bühne betreten wird.....dies (sic!) ist aufgrund des demographischen Wandels so sicher, (sic!) wie das Amen in der Kirche.“[268]

→ „Es besteht nun überhaupt kein Zweifel mehr daran, das (sic!) die Altparteien aus diesem Land einen Vielvölkerstaat machen wollen. Eine „durchmischte und durchrasste Nation“, wie es der ehemalige bayerische Ministerpräsident Stoiber einmal zutreffend nannte. In dieser von Volksverrätern regierten Idiotenrepublik wundert mich überhaupt nichts mehr. Auch nicht, wenn demnächst Blankopässe für Alle an der Aldi-Kasse ausgegeben werden.“[269]

→ Das wird auch offenbar, wenn es viele verstehen und aussprechen. Umvolkung ist Volksverdrängung und Vernichtung von Identität. Sie ist verbrecherisch und hat den Zweck, austauschbare Individuen zu erzeugen, die als diffuse Masse leicht zu beherrschen sind.

Schluss damit! Heimführung der Gastarbeiter!

---

[267] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative“, 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Otto Ohnesorge, 03.04.2012

[268] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Capt. Future, o.D:

[269] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative“, 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Alfred E, 03.04.2012

WIR sind das Volk und das ist UNSER Land.“[270]

In den obigen Zitaten tritt in besonderem Maße die starke *emotionale Dimension* hervor, die dem ethnonationalen Diskurs zu eigen ist und die einen wichtigen Teil seiner Dynamik ausmacht. Die von ihm konstruierte Wirklichkeit sieht sich in hohem Maße von allen Seiten bedroht, was zu erheblicher emotionaler Gegenwehr führt, zu einem aggressiven *Rassismus* gegenüber ‚kulturell Fremden‘ und einem (interessanterweise) umgekehrten *Sozialdarwinismus*[271] gegenüber ‚kosmopolitischen Eliten‘. Anhand der bisher vorgestellten Deutungsmuster wird außerdem erkennbar, dass der Diskurs in politischer Hinsicht zwischen konservativen, rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Positionen oszilliert, wobei manche Deutungselement stärker in die eine oder die andere Richtung ausschlagen.[272] Es handelt sich hierbei um ein ganzes Spektrum politischer Meinungen, die alle einen kleinsten gemeinsamen Nenner teilen – die kulturfundamentalistische Ausgestaltung einer objektivistisch verfassten ‚Deutschen Nation‘. Damit reproduziert der Diskurs ein Nationenverständnis, das – laut Brubaker – in besonderem Maße ‚typisch‘ ist für die deutsche Selbstdefinition.[273] Dieses Nationenbild entsteht jedoch nicht etwa in einem diskursiven Vakuum, vielmehr erwächst es aus der diskursimmanenten Abgrenzung gegenüber seinem staatsnationalen Gegenstück. Auf diesen konstitutiven Antagonismus wird insbesondere Abschnitt 4.3 noch weiterführend eingehen. Dabei werden außerdem auch Zusammenhänge und Querverbindungen zwischen den einzelnen Klassifikationen und Subjektpositionen thematisiert, wie sie sich im bisherigen Verlauf bereits angedeutet haben.

Integration

DEUTUNGSMUSTER: Da der dominante Gegendiskurs davon überzeugt ist, dass eine Gesellschaft langfristig nur funktionieren kann, wenn sie ihre kulturelle

---

[270] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Schmied von Kochel, 13.02.2014

[271] Sozialdarwinismus „stand die längste Zeit für […] Versuche, die Entwicklung von Gesellschaften und sozialen Verhältnissen als ‚Kampf ums Dasein‘ (struggle for existence) zu beschreiben, in dem nur die Besten, die Stärksten oder Erfolgreichsten überleben (survival of the fittest). Inzwischen ist der Begriff zurück: er bezeichnet eine menschenverachtende Perspektive auf Randgruppen der Gesellschaft und sozial Schwächere.“ (Lenzen 2015: o.S.)

[272] Zur Unterscheidung zwischen *Rechtspopulismus* und *Rechtsextremismus* siehe Sturm 2010 bzw. Bendel 2010

[273] Siehe hierzu Abschn. 2.1 sowie die Einführung zu dieser Arbeit

Homogenität bewahrt, wird Integration hier in logischer Konsequenz mit kultureller **Assimilation** gleichgesetzt. Die kulturelle Anpassung bezieht sich nicht nur auf den gemeinsamen gesellschaftlichen Basisrahmen von Sprache, Verfassung und Gesetzen, sie erstreckt sich überdies auch auf die gesamte Lebensweise eines Menschen bis hin zu einzelnen kulturellen Praktiken wie Begrüßungsformeln, Kleidungsstilen und religiösen Ansichten. Integration ist insofern hauptsächlich – wenn nicht sogar ausschließlich – Aufgabe der Zuwandernden. Die deutsche (bzw. deutschstämmige) ‚Mehrheitsbevölkerung' hat keinerlei Anteil daran und trägt für ihr Gelingen auch keine Verantwortung. Migrant_innen müssen sich über die kulturellen Begebenheiten in Deutschland informieren und sich möglichst zügig und umfänglich daran anpassen. Der Staat muss diesen Prozess zwar streng überwachen, ihm obliegt ansonsten aber keine fördernde oder gar erleichternde Funktion. Da Migration generell problem- und risikobehaftet ist, darf sie grundsätzlich nur dann toleriert werden, wenn der deutsche Staat unmittelbar davon profitiert. Erfolgreiche Integration bemisst sich dann auch am Grad der (wirtschaftlichen) Nützlichkeit für sowie am Grad der (kulturellen) Angepasstheit an die deutsche Gesellschaft. Gut integrierte Migrant_innen sollten ihren wirtschaftlichen Beitrag leisten und dem deutschen Staat nicht zur Last fallen. Des Weiteren müssen sie sich – zumindest in allen öffentlichen Lebensbereichen – der deutschen Leitkultur unterwerfen. Integration ist erst dann wirklich abgeschlossen, wenn kulturelle Fremdheit nicht mehr sichtbar ist, wenn also ‚die Fremden' vollständig in der homogenen Masse ‚des Volkes' aufgegangen sind. Der Diskurs geht des Weiteren davon aus, dass es einigen Zugewanderten naturgemäß leichter fällt als anderen, diesen hohen Grad der Assimilation zu erreichen. Je größer die kulturelle Ähnlichkeit, desto besser gelingt die Integration. Je größer die kulturelle Distanz, desto schwieriger (und ggf. unmöglich) ist die vollständige Eingliederung. Über äußerliche Angepasstheit hinaus muss Integration außerdem auch den Bereich der Gesinnung und der emotionalen Identifikation umfassen. Ihren idealen Ausdruck findet sie in einer uneingeschränkten und ausschließlichen Loyalität gegenüber dem deutschen Staat, seiner Gesellschaft, seinem System und seinen Werten. Das Festhalten an fremdkulturellen Symbolen und mitgebrachten Identitäten sowie auch die Kritik am deutschen Staat oder der deutschen Gesellschaft sind ein Zeichen für mangelnde Loyalität und damit für unzureichende Integration. Gemessen an den obigen Maßstäben ist, so das Urteil des Diskurses, ein Großteil der Migrant_innen in Deutschland schlecht integriert.

KOMMENTAR: Die kulturassimilative Zielvorstellung des ethnonationalen Diskurses ist in den vorangegangenen Deutungsmustern bereits angeklungen und wird hier noch einmal argumentativ auf den Punkt gebracht. Analog zu Hartmut

Esser[274] geht der Diskurs davon aus, dass Nationalstaaten immer eine dominante *Leitkultur* aufweisen, die von den Zuwandernden inkorporiert werden muss.[275] Ähnlich wie Esser nehmen die Sprecher_innen dann auch weiterhin an, dass alle Dimensionen von Integration auf dem zentralen Element der *Kulturation* gründen, bzw. auf der erfolgreichen *Akkulturation* an die Zielgesellschaft.[276] Wiederum wie Esser antizipiert der Diskurs einen negativen Integrationsausgang in der ersten Generation (und – anders als Esser – zudem auch in den Folgegenerationen). Dabei hält er allerdings weniger die *Marginalität* für das wahrscheinlichste Szenario als vielmehr die *Segmentation* in sogenannten ‚Parallelgesellschaften'. *Mehrfachintegration* hält er hingegen nicht nur – wie Esser – für unwahrscheinlich, sondern brandmarkt sie außerdem auch als verwerflich und falsch. Der ethnonationale Diskurs verlangt von Migrant_innen (sowie auch von ‚anständigen Deutschen') eine starke *kollektive Identifikation*, die weit über einen bloßen *Bürgersinn* hinausgeht und in besonderem Maße die Zurückstellung individueller Bedürfnisse zugunsten des Kollektivs betont. Damit greift der Diskurs Elemente auf, wie sie nicht nur von Esser formuliert wurden, sondern wie sie zudem auch zentraler Bestandteil der amerikanischen Assimilationstheorien sind. Im Unterschied zu diesen Theorieentwürfen (sowie im Unterschied zu Esser!) gilt Assimilation dem Diskurs jedoch als *normatives Ideal*, nicht als beschreibbarer Ist-Zustand. Tatsächlich geht der Diskurs davon aus, dass reale Integration (respektive Assimilation) mehrheitlich gescheitert ist. Das liegt v.a. daran, dass er Assimilation deutlich umfassender definiert, als seine wissenschaftlichen Gegenstücke dies tun. Während Esser Assimilation als die Beseitigung *systematischer* Unterschiede begreift (individuelle Vielfalt aber durchaus befürwortet) sieht der Diskurs erfolgreiche Integration einzig und allein darin begründet, dass *keinerlei* Unterschiede mehr sichtbar sind. Da diese Forderung aller wissenschaftlichen Erfahrung nach utopisch ist, rechtfertigt sie zugleich die überaus pessimistische Haltung des Diskurses gegenüber Migration und Einbürgerung im Allgemeinen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass die Sprecher_innen des Diskurses durchaus anerkennen, dass Migration – unter sehr spezifischen Bedingungen – bereichernd sein *kann*. Diese Bereicherung wird allerdings – anders als im Rahmen des staatsnationalen Diskurses – rein wirtschaftlich ausgelegt.

---

[274] Siehe die Ausführungen zu Esser sowie zu den amerikanischen Assimilationstheorien in Abschn. 2.2

[275] Allerdings legt der ethnonationale Diskurs diese ‚Leitkultur' deutlich holistischer aus, als Esser es tut.

[276] Während der Diskurs aus diesem Umstand allerdings eine einseitige Assimilationserwartung folgert, weist Esser durchaus auch auf eine gewisse Mitverantwortung der ‚Mehrheitsgesellschaft' hin.

Vor diesem Hintergrund müssen Migrant_innen nach strengen Kriterien ausgewählt werden und sollen sich ihre (formelle) Mitgliedschaft in der deutschen Nation durch (besondere) Leistungen verdienen (sowohl im wirtschaftlichen Sektor als auch im Bereich der kulturellen Anpassung). Dabei übernimmt der Staat die Rolle des *Wächters*, der nötigenfalls Abweichungen sanktioniert, keinesfalls jedoch die Integration (und sei es nur durch positive Ansprache) erleichtert. Migrant_innen stehen grundsätzlich unter dem Anfangsverdacht der ‚sozialen Unverträglichkeit' und müssen diesen erst durch ihr Verhalten ausräumen, ehe sie Belohnung erfahren können. Typisch ist dabei die Kontrastierung von ‚guten Migrant_innen' (einer kleinen Minderheit) mit ‚schlechten Migrant_innen' (einer bedrohlichen Mehrheit), wie die Sprecher_innen sie in den untenstehenden Zitaten strategisch anbringen. Interessant ist in diesem Zusammenhang überdies auch der wiederholte Verweis auf eine ‚gemeinsame europäische Kultur und Identität' (ggf. verknüpft mit christlichen Werten) und deren Gegenüberstellung zu einem (potenziell gefährlichen) ‚fremdkulturellen Außen', die auch in den obigen Zitaten bereits mehrfach zum Vorschein trat. Im Kontext dieser kulturellen *Taxonomie* fließen nicht nur nationale und transnationale (sowie ggf. religiöse) Identitäten nahtlos ineinander (was der bisherigen Diskurslinie zumindest in Teilen zuwiderläuft),[277] der Diskurs widerspricht damit außerdem seinen historischen Vorläufern, die (wie Abschnitt 2.5 gezeigt hat) ihre konstitutiven Grenzlinien immer auch gegenüber anderen europäischen Nationen, sowie gegenüber europäischen (und christlichen!) Minderheiten im eigenen Land gezogen haben.[278]

→ „Es gibt eine Bringschuld der Zuwanderer, selber etwas zur Integration beizutragen.
Und zwar nicht nur etwas, sondern ziemlich viel.
Und das gilt erst Recht (sic!), wenn man auch schon als hier lebender Ausländer in den Genuss von staatlichen Leistungen kommt.
Ansonsten gilt:
If you go to the romans, do as the romans do!"[279]

→ „…inflationär gebrauchte Meinungen über ‚Integration' hängen mir, sorry, zum Halse heraus. Entweder lebt ein Ausländer oder Eingewanderter wie

[277] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[278] Siehe hierzu überdies auch die Ausführungen zu Elwert in Abschn. 2.2

[279] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, freidenker, 14.04.2012

die Mehrheitsgesellschaft, dann braucht er sich nicht krampfhaft zu verbiegen, oder aber er lebt nach seiner eingebrachten Kultur, dann hat er halt Schwierigkeiten mit sich und der Mehrheitsgesellschaft.

Also, leben Sie wohl, aber leben Sie richtig. [zwinkerndes Smiley-Emoji]“[280]

→ „Die Dauerforderer, permanent Unzufriedenen und nicht anpassungsfähigen (sic!), sollen in ihrer Heimat bleiben oder dahin zurückkehren! Dort können sie alles besser machen und brauchen sich auch nicht vor uns Deutschen zu fürchten. Im Gegenzug werden wir die Angepassten akzeptieren!“[281]

→ „Doppelte EU-Sttaatsbürgerschaft (sic!):

Dagegen ist doch nichts einzuwenden, weil da doch die Ansätze einer anpassbaren europäischen Kultur angenommen werden kann (sic!). Und schließlich gibt es ja gesammteuropäische (sic!) Werte (sic!) die es wert sind zu verteidigen.“[282]

→ „wenn nur alle türken so wären wie hüseyin yilmazin gebe se wohl kaum integrative probleme und problemzonen.probleme gibt es weil von den primitiven und unkultivierten türken aus anatolien oder sonstwo herkommenden nichts an bildung,westlicher zivilisation und integrationsgemeinschaft gefordert wurde.dies haben die linken und grünen immer zu verhindern gewßt.“[283]

→ „Von mir aus kann jeder Muslim, der in Deutschland lebt und nicht vorbestraft ist, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn er sich zuvor

---

[280] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 17.12.2011 (zwinkerndes Smiley-Emoji nach dem letzten Satz im Original)

[281] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Alibaba, o.D.

[282] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, 72grapes, 01.03.2013; dieser Kommentar wurde von der Forenadministration mit folgender Anmerkung gekürzt: „Gekürzt. Bitte verzichten Sie auf diffamierende Äußerungen. Danke, die Redaktion/jp“

[283] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Europafan, o.D.; Aufgrund der starken Belastung dieses Beitrags mit Rechtsschreib- und Zeichensetzungsfehlern wurde an dieser Stelle der Übersichtlichkeit halber auf eine Kennzeichnung durch (sic!) verzichtet.

innerlich vom Glauben Mohammeds und der daraus entfalteten feindlichen Kultur losgesagt hat.“[284]

→ „Sein Deutsch stört mich nicht, aber seine verqueren Ansichten über ein Land, das ihm alle Möglichkeiten geliefert hat, während er zu Hause vermutlich kein Hemd am Hintern hätte – wie die meisten, die hierher gekommen (sic!) sind.“[285]

→ „Ich finde, ihr stänkert hier mit dem Falschen! So wie´s aussieht, macht ‚Bulle‘ seine Arbeit und liegt niemandem auf der Tasche. […] Wenn wir – in vernünftigem Maße – lauter Ausländer wie ‚Bulle‘ hätten, wäre doch alles in Ordnung und niemand brauchte hier zu diskutieren. Die Probleme entstehen doch durch das Pack, was zum Schmarotzen herkommt! Ich habe in meinem näheren Bekanntenkreis genug fleißige und ordentliche Türken, Kurden, Kroaten, Italiener, Griechen, Pakistaner, Vietnamesen. Niemand denkt in unserer kleinen Stadt nur im geringsten (sic!) daran, diese zu diskriminieren – nicht mal die ‚Rechten‘. Sie leben mitten unter uns, ohne ‚Parallelgesellschaft‘ und sie ‚überfluten‘ nicht die Stadt. Sie beherrschen die Sprache – ohne ‚Integrationshilfe‘ und halten sich an die üblichen Umgangsregeln. Hilfe erhalten sie, weil sie nett sind – von ihren deutschen Bekannten – nicht von irgendwelchen Linken (sic!) Gutmenschenorganisationen. Sie kriegen auch keine Willkommensbriefe vom Bürgermeister.... DAS ist Integration! Die Linksgestrickten Politiker sind es, die mit einer völlig widersinnigen Zuwanderungspolitik auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung (auch der Zugewanderten) Massen von Sozialschmarotzern in´s (sic!) Land schleusen und damit ein immer größer werdendes Konfliktpotential schaffen! Dazu kommt eine zunehmende Bevorzugung dieses Klientels in allen Lebensbereichen. Diese Politik begründet realen Rassenhaß! Die rot-grünen Politiker schaffen den Nährboden für Fremdenfendlichkeit!“[286]

---

[284] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Naivogel, 13.02.2014

[285] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Chat noir, o.D.

[286] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Guest, o.D.; in der Originalversion dieses Posts wurden diverse Begriffe mit Leerzeichen gestreckt (z. B.: „So zia lschm arotzern“), möglicherweise um damit die Suchparameter der Forenadministration zu überlisten und einer Zensur zu entgehen. Der Lesbarkeit halber wurden diese Leerstellen im obigen Zitat nicht mitabgebildet.

→ „Das Plakat ist aber ‚vom neuen Typ'. Wo sind denn Kopftuch- und Subsaharaelemente zu sehen. Die auf dem Bild gezeigten sind bestimmt sehr nett und begruessenswert (sic!). In keinster (sic!) Weise aber spiegeln sie die aktuellen Verhaeltnisse (sic!) und die Asylmissbraeuche (sic!) der letzten Jahrzehnte wieder (sic!). Also wieder einmal wird gezielt die Realitaet (sic!) ausgeblendet. Mit Hafen und Anker bedient man sich subtil den inneren Sehnsuechten (sic!) der Menschen nach Heimat und einem identitaeren (sic!) Platz. Will man jetzt nicht mehr interkosmopolitischer Weltbuerger (sic!) und ueberzeugter (sic!) Europaeer (sic!) sein?"[287]

→ In Berlin leben mehrere libanesischen Großfamilien, alle Mitglieder mit deutschem Pass, die ein von Deutscher (sic!) Gesetzgebung gänzlich abgekoppeltes Eigenleben führen. Da sprechen nun nicht mehr die blauäugigsten (sic!) von Integration, sondern Polizei und Innensenator hoffen lediglich schon seit Jahren auf Eindämmung der kriminellen Aktivitäten.

Eine Abschiebung der meist männlichen Straftäter und damit Bekämpfung des Problems an der Wurzel läuft nicht mehr, da diese Herrschaften alle mit deutschen Pässen ausgestattet sind, eine Identifizierung mit dem deutschen Gemeinwesen ist ihnen absolut fremd, christlich, abendländische Werte werden verachtet.

Mir stellt sich nun die Frage, wer und warum diesen Herrschaften die Deutsche (sic!) Staatsbürgerschaft hinterher geworfen (sic!) hat?[288]

→ „Um Integrationsprobleme in der ganzen Republik zu lösen" verteilt man also malerisch deutsche Pässe und schwupps (sic!) sind diese Probleme gelöst?

„Integration und Teilhabe lassen sich nur über die deutsche Staatsbürgerschaft erreichen"?

Merkwürdige Vorstellung von der Realität.

Probleme entstehen nicht durch Papier, denn das ist bekanntlich geduldig, sondern durch Menschen sowie deren Einstellung und Verhalten gegenüber den Menschen der Gesellschaft, in der sie leben.

Da kann manch einer ohne Pass integrierter und beliebter sein, als jemand, der zwar offiziell einen Pass vorweisen kann, aber die Gesellschaft, in der er lebt, oder die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, im Grunde seines Herzens ablehnt, verachtet und nur als Mittel für seine Zwecke betrachtet. […]

---

[287] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, mischling, 13.02.2014

[288] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, engel13, 13.04.2012

> „Der Pass gibt den Migranten eine zusätzliche Integrationsmotivation."
>
> Heißt dies dann im Umkehrschluss, erst mit einem Pass bekommt man die Motivation, sich für die Gesellschaft, in der man leben will, zu interessieren?
>
> Dann sollte man auch darüber nachdenken, Schulkindern vorab eine gute Note zu geben, damit sie dann anfangen, für die Klassenarbeit zu lernen, Schulabgängern vorab den Berufsabschluss zu bestätigen, damit sie sich mit der Lehrzeit anfreunden können, Studenten vorab den Titel zu verleihen, damit sie motiviert werden das Studium durchhalten und Sportlern vorab den Pokal in die Hand zu drücken, damit sie anfangen, sich zum Training für den Wettbewerb aufzuraffen..."[289]

DEUTUNGSMUSTER: Da der dominante Gegendiskurs zur Hamburger Einbürgerungsinitiative Integration als einseitigen Anpassungsprozess begreift, betrachtet er den Akt der Einbürgerung – in logischer Konsequenz – als krönenden Abschluss einer gelungenen Assimilation. Die Einbürgerung gilt ihm als **Belohnung** für erbrachte (und sorgsam überprüfte) Anpassungsleistungen – nicht etwa als wichtiger Schritt oder gar Voraussetzung für Integration. Eine Einbürgerung kann und sollte vielmehr erst dann erfolgen, wenn die Integration eines Menschen vollständig und erfolgreich abgeschlossen ist. Gleichzeitig sollten alle Zugewanderten in Deutschland unbedingt eine Einbürgerung anstreben. Migrant_innen, die sich nicht einbürgern lassen möchte, beweisen damit mangelnden Integrationswillen und Illoyalität gegenüber ihrem ‚Gastland'.

KOMMENTAR: Mit dem hier dargelegten Deutungsmuster schließt sich der Kreis zum Artikel des Tagesspiegels, wie er in der Einführung zu dieser Arbeit vorgestellt wurde. Der Antagonismus zwischen staatsnationalem und ethnonationalem Diskurs verdichtet sich im Streit um die *soziale Schließung* durch Staatsangehörigkeit und Einbürgerung.[290] In dem grundlegenden Widerspruch zwischen Befürworter_innen und Gegner_innen einer offensiven Einbürgerungspolitik – wie ihn v.a. auch das nachfolgende Deutungsmuster noch weiterführend thematisiert – ballen sich komplexe Wirklichkeitssphären und deren heterogene Deutungslinien zusammen. Was zunächst als rein technisches Problem erscheint – nämlich das wechselseitige Verhältnis zwischen Integration und Einbürgerung – offenbart einen existenziellen Widerspruch zwischen einander als ‚feindlich' betrachtenden Weltbildern. Diese Tatsache spiegelt sich u. a. in den nachfolgenden Zitaten wider:

---

[289] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, GuteFrage, 12.04.2012

[290] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit

→ „Im übrigen (sic!) sollte die Einbürgerung, die ‚feierliche' Übergabe des Passes am Ende einer geglückten Integration stehen und nicht am Anfang.

Wie denkst du eigentlich?

Erst gebe ich einem den Führerschein und anschließend soll er mal zeigen, ob er Autofahren kann.

Das ist doch Quatsch."[291]

→ „‚Willkommenskultur' ist Neusprech für ‚A****kriechen'. Sie verströmt sich vor Güte und Geschenken (Pässe, Staatsbürgerschaft, Moscheen, Islam, Islam, Islam, Harz4-Anträge in allen Sprachen der Welt etc.), bekommt aber genau 0,0 zurück. Das wird natürlich mit einer weiteren Phrase geleugnet (‚Willkommenskultur dient der Integration'), ist aber empirisch weder belegt noch auch nur in homöopathischen Dosen nachweisbar.

Worthülsen, widerliche. Mehr nicht."[292]

→ „Bisher ist es so, dass die Einbürgerung den Abschluss eines gelungenen Integrationsprozesses darstellt. Sie meinen offensichtlich, dass sich jemand allein dadurch integriert, dass Sie ihm die Staatsbürgerschaft geben."[293]

→ „Wir haben hierzu eine dezidiert andere Meinung. Für uns ist die Einbürgerung Ausdruck gelungener Integration. Sie steht nicht am Anfang, sondern sie setzt bereits eine Reihe von Integrationsleistungen voraus."[294]

→ „Die Einbürgerung kann nur als ‚Belohnung' für erfolgreiche Integration gesehen werden. 10 Jahre gearbeitet, gutes Deutsch (kann man nach 10 Jahren erwarten), keine Straftaten."[295]

→ „Oh Gott, Deutschland besitzt keine Willkommenskultur, wie schrecklich!

In klassischen Einwanderungsländern wie den USA und Australien wird ja bekanntlich der rote Teppich ausgerollt, wir offerieren lediglich üppige Sozialhilfe und kostenlose Krankenversicherung! „Zudem besteht sogar ein Recht auf Einbürgerung." Schämen sollten wir uns, schämen!

Mal zum mitschreiben (sic!) Hr. Yilmaz:

---

[291] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative", 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Dirk Bagel, 04.04.2012

[292] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, 13.02.2014

[293] HK56: Ole Schröder (CDU), „Eine einzige Staatsangehörigkeit ist Ausdruck gelungener Integration" (Rede zum Staatsangehörigkeitsrecht im Deutschen Bundestag), 10.11.2011

[294] HK56: Ole Schröder (CDU), „Eine einzige Staatsangehörigkeit ist Ausdruck gelungener Integration" (Rede zum Staatsangehörigkeitsrecht im Deutschen Bundestag), 10.11.2011

[295] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Suse, o.D:

In einem anständigen Staat (nicht in der BRD) ist der Erwerb einer fremden Staatsbürgerschaft eine Auszeichnung und sollte dementsprechend hart erworben sein!!!

PS: Rechte und Pflichten immer Hand in Hand, davon wollen aber Leute wie Sie und das (sic!) Klientel, was (sic!) Sie vertreten nichts wissen!!!"[296]

→ „Der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt hat seinerseits von der SPD mehr Zurückhaltung beim Thema Einbürgerung verlangt. Dobrindt sagte: „Es wäre das völlig falsche Signal, wenn wir unseren deutschen Pass zum Ramschartikel machen." Seiner Meinung nach können (sic!) die deutsche Staatsbürgerschaft „nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses in unserer Gesellschaft stehen, nicht am Anfang". Die Weltoffenheit eines Landes bemesse sich nicht an Einbürgerungsquoten. „Wer sich gut bei uns integriert hat und sich zu unserem Land als seiner neuen Heimat bekennt, der kann auch eingebürgert werden. Wer aber wie Scholz mit dem deutschen Pass in der Hand hausieren geht, der entwertet ihn und erschwert alle ehrlichen Integrationsbemühungen", kontert der CSU-Generalsekretär."[297]

→ „CSU-Generalsekretär Dobrindt sieht sowohl in der Hamburger wie in der Stuttgarter Politik eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. „Solche wirren Einbürgerungsthesen setzen ein völlig falsches Signal", warnt er. Der deutsche Pass könne nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang. „Statt über Fantasiequoten für Einbürgerungen zu schwadronieren, sollten wir gemeinsam die immer noch bestehenden Integrationsdefizite in Deutschland lösen", fordert der CSU-Mann. Wer die Staatsbürgerschaft als Lockmittel benutze, der entwerte sie und erschwere „alle ehrlichen Integrationsbemühungen"."[298]

→ „…Aber eine These wie die der BaWü Integrationsministering (sic!), erst mal den deutschen Pass zu verteilen und dass (sic!) dann als „zusätzliche Motivation" umzuinterpretieren (sic!) ist lächerlich und sogar gefährlich.

Die Einbürgerung kann nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses […] stehen – da hat Herr Dobrindt schlicht und einfach recht. Es ist eigentlich schon eine Platitüde (sic!), eine Selbstverständlichkeit die gar nicht

[296] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, baxter, o.D.

[297] HK273: SWR (online); dapd, „SPD-Vizechef Scholz: Möglichst viele Ausländer einbürgern", 14.03.2012

[298] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012

gesagt werden muss – um so (sic!) erstaunlicher, dass man es nun scheinbar doch sagen muss, da einige so eine Selbstverständlichkeit umdrehen wollen.“[299]

→ „…es geht um eine staatsbürgerschaft (sic!) und nicht lediglich um eine aufnahme (sic!) in unsere sozialsysteme (sic!). diese (sic!) menschen (sic!) müssen und sollen sich beweisen. wenn (sic!) das klappt, bin ich der erste (sic!), der ihnen die staatsbürgerschaft (sic!) zusprechen würde. aber (sic!) eben nur dann!“[300]

→ „…Wenn Menschen nach 8 oder 10 Jahren von sich aus nicht das Bedürfniss (sic!) haben den Deutschen (sic!) Pass haben zu wollen ist wohl von einer gelungenen Integration nicht zu sprechen. Diesen jetzt quasi den Pass per Zwang zu verordnen ist der falsche Weg. Menschen die hier Eingebürgert (sic!) werden wollen müssen schon von sich aus zumindestens (sic!) Bereitschaft zeigen.“[301]

→ „…Drittens haben Sie Recht mit Ihrer Vermutung, dass ich von einem Migranten unbedingte Loyalität erwarte, wenn er hier dauerhaft lebt (einschliesslich dass er die Deutsche (sic!) Staatsbürgerschaft annimmt – aber aus Überzeugung und nicht, weil er sich – wie schon oft geschrieben – Vorteile verspricht).“[302]

→ „Als sie zehn Jahre alt waren, sprachen beide noch kein Deutsch. Sie wurden als Kinder in eine fremde Welt katapultiert, und trotzdem gelang es beiden perfekt, sich in Deutschland zu integrieren und Karriere zu machen. Heute bezeichnen sie Hamburg als ihr Zuhause: die Boxerin Susianna Kentikian (23) und der Sternekoch Ali Güngörmüs (34). Zur Integrations-Debatte haben sie eine klare Position: „Kinder, die in Deutschland auf die Welt kommen und hier bleiben wollen, sollten Deutsche werden“, fordert Güngörmüs. „Ich bin hier zu Hause und stolz darauf.“[303]

[299] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, zacha, 12.04.2012

[300] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, manfred, 13.04.2012

[301] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, GuntherG, 12.04.2012

[302] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 18.12.2011

[303] HK121: Hamburger Morgenpost (online), o.A.: „Zwei Vorzeigekarrieren – Wir sind stolz, Deutsche zu sein“, 05.11.2010

Bis hierhin sind bereits eine Reihe konträrer Unterschiede zwischen dem ethnonationalen Diskurs und dem staatsnationalen Diskurs hervorgetreten. In dem hier vorliegenden Deutungsmuster zeigt sich indessen auch eine beachtenswerte Parallele: Beide Diskurse nehmen an, dass es für Migrant_innen keine legitimen Gründe geben kann, eine Einbürgerung abzulehnen. Während der staatsnationale Diskurs immerhin noch die Möglichkeit des ‚verzeihlichen Irrtums' zugesteht, kategorisiert der ethnonationale Diskurs jede Ablehnung als ‚feindliche Handlung'. Darin zeigt sich in besonderem Maße sein nationalistischer Anspruch, welcher die Zugehörigkeit zu Staat und Nation zum höchsten Gut stilisiert. Eine Verweigerung dieser Zugehörigkeit von Seiten etwaiger Außenstehender macht diese umso mehr zu ‚Fremden' und damit zu ‚Feinden' der eigenen Wirklichkeitskonzeption. Dabei erscheint es zwar paradox, dass von Migrant_innen – die dem Diskurs als ‚unerwünscht' gelten – verlangt wird, dem Status – den man ihnen gar nicht geben will – enthusiastisch hinterherzulaufen, angesichts seiner nationalistischen Logik macht diese widersprüchliche Betrachtungsweise allerdings sehr wohl Sinn.

Einbürgerung

DEUTUNGSMUSTER: Wie oben bereits erkennbar wurde, geht der dominante Gegendiskurs zur Hamburger Einbürgerungsinitiative von der zugrundeliegenden Prämisse aus, dass ein Großteil der Migrant_innen in Deutschland unzureichend integriert ist und überdies gegenüber dem deutschen Staat und seiner Gesellschaft unlautere Absichten hegt. Im Anschluss daran folgert der Diskurs, dass eine etwaige Einbürgerungsabsicht in der Regel auf **opportunistischen Gründen** beruht. Migrant_innen bewerben sich demnach um eine Einbürgerung, weil sie in erster Linie deren Vorteile für sich nutzen möchten. Die meisten von ihnen identifizieren sich jedoch nicht wirklich mit der deutschen Gesellschaft und ihrer nationalen Kultur. Sie bringen dem deutschen Staat keine echte Loyalität entgegen und würden dem Land rasch wieder den Rücken kehren, sobald der Aufenthalt ihnen keine nennenswerten Vorteile mehr einbringt. Dementgegen erkennt der dominante Gegendiskurs einzig und allein die uneingeschränkte und ausschließliche Loyalität gegenüber Deutschland als legitimen Einbürgerungsgrund an. Diese Loyalität wiederum drückt sich durch eine weitreichende kulturelle Angleichung aus sowie durch die starke emotionale Verbundenheit mit dem Staat und seiner nationalen Gemeinschaft.

KOMMENTAR: Wie ein roter Faden ziehen sich die Motive des *Opportunismus* und der *Illoyalität* durch den ethnonationalen Diskurs, legitimieren die Abwehrhaltung gegenüber Migration, die Abwehrhaltung gegenüber Mehrstaatigkeit, die Skepsis gegenüber dem Prozess der Integration im Allgemeinen

und die Ablehnung von Einbürgerungen im Besonderen. Der grundsätzlich positiven Grundhaltung des staatsnationalen Diskurses steht hier ein inhärenter Pessimismus gegenüber. Dieser bezieht sich nicht nur auf die Gruppe der Migrant_innen, sondern überdies auch auf die Gruppe der ‚Kosmopolit_innen' und – in gewissem Sinne – auf die gesamte weitere Welterfahrung. Während der offizielle Hamburger Einbürgerungsdiskurs mit seinem kosmopolitischen Welt- und Menschenbild eine geradezu utopische Zukunftsvision entwirft, wird sein Gegendiskurs von dystopischen Schreckensszenarien und einer omnipräsenten Untergangserwartung dominiert. Darin zeigt sich die enorme Frustration, die aus der (sozial konstruierten) doppelten Bedrohungssituation, der Selbstwahrnehmung als ‚fremdbeherrschte Minderheit im eigenen Land' sowie auch aus dem ‚Huntington'schen' Kulturbegriff erwächst, in welchem der ethnonationale Diskurs seinen Ausgang nimmt. Jede (potenziell ‚illegitim') erfolgte Einbürgerung wird damit zur nächsten Eskalationsstufe im Kampf der kulturellen Wirklichkeiten und zum nächsten Machtinstrument eines ‚unterdrückerischen politischen Systems'. Dieser Gedankengang schlägt sich u. a. in den untenstehenden Beispielen nieder (siehe hierzu auch die bereits abgedruckten Zitatstellen):

→ „Für die 33-Jährige Kolumbianerin, die in der Modebranche arbeitet und viel reist, ist die Einbürgerung vor allem aus einem Grund wichtig: „Als Kolumbianerin muss man fast überall ein Visum beantragen, als Deutsche nicht."
  Und mit einer solchen Motivation wird eingebürgert? Unfassbar!"[304]

→ „Die wenigsten Einwanderer dieses Kulturkreises wollen wirklich Deutsche werden, das ist wieder nur Geschwätz an der Realität vorbei. Ich kenne viele Jugendliche mit Migrationshintergrund und auch viele junge Muslime. Zwischen diesen gibt es eklatante Unterschiede in den Gründen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Der deutsche Pass ist ein ‚Stück Papier' (sic!) dass (sic!) das Leben einfacher macht, mehr nicht. Mit Zugehörigkeit zu diesem Staat oder sogar zur Bevölkerung hat das mal überhaupt nichts zu tun. Und zur ‚Wilkommenskultur', wo gibt es denn ein Land auf der ganzen Welt, das Zuwanderern so offen, hilfreich und finanziell so bereit gegenübertritt wie Deutschland? Nirgens (sic!)...."[305]

[304] HK144: NDR 90,3 (online), Susanne Röhse, „Einbürgerung: Drei Monate lernen für den Test", 14.04.2015 – Eintrag Kommentarforum, Mullahdadullah, 14.04.2015

[305] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Kabuki, o.D:

→ „Wer eine Staatsbürgerschaft derart wohlfeil verhökert, mit Null Gegenleistung, bekommt dafür lasche Staatsangehörige, die das Land sofort wieder verlassen, wenn es hier einmal etwas nicht umsonst gibt.“[306]

→ „arum (sic!) sollte man Leuten die Rechte eines deutschen Staatsbürgers verleihen, die von den Pflichten nichts wissen wollen und sich nicht einmal für die Sprache interessieren? Und für die danach immer noch nur alles Türkische gut ist, und alles Andere unerträglich?“[307]

→ „Passdeutsche haben wir in Deutschland mehr als genug, denn dass (sic!) sind meistens diejenigen, die lieber die doppelte Staatsbürgerschaft hätten.

Ein deutscher Pass hat in der Welt sehr viele Vorzüge und Vorteile im Gegensatz zu manch anderer Nationalität. Ich bin also der Meinung, wer einen Deutschen (sic!) Pass will und nebenbei seinen Türkischen behalten will, hat in meinen Augen ‚Hintergedanken‘. Das hat die BRD nicht verdient, und darum plädiere ich für eine Staatsbürgerschaft bei aussereuropäischen (sic!) Staatsangehörigen!!“[308]

→ „Warum wurde eigentlich der Kommentarbereich zu dem Artikel „Im Namen der Ehre die Kehle durchschneiden“ geschlossen? Das ist doch auch eine ‚Kultur‘, die man versucht hier einzubringen – oder nicht?

Im übrigen (sic!) wollen die meisten Türken nicht Deutsche werden, sondern nur den deutschen Pass um der Vorteile willen, die damit verbunden sind.“[309]

→ „Lieber Herr Scholz, träumen sie weiter. Diese Neubürger fühlen sich nicht als Deutsche, denken nicht als Deutsche und werden ganz schnell wieder verschwinden, sowie die Geldtröge leer sind. Aber daran wird von Fr. Merkel und den etablierten Parteien fleißig gearbeitet.

Dann sind wir sie alle Gott sei Dank (daher auch die 2. Staatsbürgerschaft) wieder los. Das ist das einzige Positive an dieser Entwicklung...“[310]

---

[306] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative“, 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Otto Ohnesorge, 03.04.2012

[307] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Ingenieur, o.D.

[308] HK136: MiGAZIN (online), hs, „Neue Einbürgerungskampagne bis in das Klassenzimmer“, 09.12.2011 – Eintrag Kommentarforum, Pragmatikerin, 15.12.2011

[309] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Char noir, o.D.

[310] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative“, 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, M W, 04.04.2012

DEUTUNGSMUSTER: Da der dominante Gegendiskurs annimmt, dass die meisten Migrant_innen eine Einbürgerung aus rein opportunistischen Gründen anstreben und auch weil er, wie oben gezeigt wurde, davon ausgeht, dass die kulturelle Homogenität der Gesellschaft unbedingt gewahrt werden muss, plädiert er für **hohe Hürden** und eine strenge Überwachung im Einbürgerungsprozess. Eine Einbürgerung ist nur dann wirklich gerechtfertigt, wenn ein Mensch bewiesen hat, dass er oder sie vollumfänglich integriert (das heißt assimiliert) ist, dem Staat nicht zur Last fällt und der Gesellschaft nicht gefährlich werden kann. Überdies muss er bzw. sie unbedingte und ungeteilte Loyalität demonstrieren. Den Nachweis hierfür erbringt man in erster Linie, indem man seine bisherige Staatsangehörigkeit ablegt. Der Wunsch nach einer doppelten Staatsangehörigkeit ist immer opportunistisch und zeugt von mangelnder Integration. In leichter Abweichung von dieser Logik plädiert ein Seitenarm des Diskurses dafür, Staatsangehörigkeiten zunächst nur auf Probe zu verleihen, um sie bei Bedarf jederzeit wieder aberkennen zu können. Zu diesem Zweck könnte dann auch Mehrstaatigkeit generell hingenommen werden, da sie als Mittel zum Zweck dient, um unerwünschte Staatsangehörige unproblematisch wieder ausbürgern zu können (ohne dabei Staatenlosigkeit zu verursachen). In jedem Fall jedoch empfindet der dominante Gegendiskurs die existierenden Einbürgerungsrichtlinien als nicht streng genug, bzw. deren Umsetzung als zu lax.

KOMMENTAR: Insbesondere der hier vorgestellte Seitenarm des Diskurses muss (auch wenn es aufgrund seiner Befürwortung von Mehrstaatigkeit zunächst nicht so scheint) als besonders radikal gelten, da er einen geteilten Staatsangehörigkeits- und Staatsbürgerschaftsstatus propagiert, der (wenigstens vage) an die Zustände zur Zeit des Nationalsozialismus gemahnt.[311] Mit der Option, mehrstaatigen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit (sowie die damit einhergehenden Rechte) bei Bedarf wieder zu entziehen, werden zwei Klassen von Staatsbürger_innen etabliert – ‚echte Staatsbürger_innen (qua Geburt)' und ‚unechte Staatsbürger_innen (qua Einbürgerung)'. Während die staatsbürgerlichen Rechte der ersten Gruppe unantastbar sind, ist der Staatsbürgerschaftsstatus der zweiten Gruppe immer bloß vorläufiger und damit zwangsläufig eingeschränkter Natur. Bemerkenswert ist, dass der Diskurs mit diesem radikalen Seitenarm die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2019 vorwegnimmt, welche mit ihren Verlustregelungen zur deutschen Staatsangehörigkeit – sowie auch mit einer Verdopplung (!) der Frist zur Rücknahme rechtswidriger Einbürgerungen von fünf auf zehn Jahre – die Forderung nach einer ‚Staatsangehörigkeit auf Probe' wenigstens in Teilen umsetzt. Da das Gesetz den Verlust der

---

[311] Siehe hierzu Abschn. 2.5

Staatsangehörigkeit (im Falle der Beteiligung an Kampfhandlungen terroristischer Vereinigungen im Ausland) an die Vorbedingung der Mehrstaatigkeit knüpft, erschafft es, wie in Abschnitt 2.5 gezeigt wurde, wenigstens implizit ein Zweiklassensystem von Staatsangehörigkeit (respektive Staatsbürgerschaft). Auch wenn Gesetz und Diskurs nicht ohne Weiteres in einen wechselseitigen Zusammenhang gestellt werden können, reproduziert die Reform doch letztlich eine extreme Forderung des ethnonationalen Deutungsspektrums, wie sie sich in einigen der untenstehenden Zitate abzeichnet. Auffällig ist im Kontext dieser Zitate des Weiteren (und einmal mehr) die aggressive Ansprache der ‚Einbürgerungsbefürworter_innen' und ‚kosmopolitischen Eliten' als ‚Feinde der Nation', die ‚massenhaft' ‚schlechte Migrant_innen' einbürgern und damit eine ‚fremdkulturelle Invasion' befördern, welche ihrerseits letztlich zum Untergang des ‚Deutschen Volkes' führen muss. Das Motiv von der ‚Einbürgerung als Waffe', das weiter oben bereits eingeführt wurde, tritt hier noch einmal in besonderer Weise hervor. Die Subjektpositionen der ‚echten' und der ‚anständigen Deutschen' – und damit die rechtspopulistische Idee vom ‚unterdrückten deutschen Volk'[312] – erfahren im argumentativen ‚Kampf' gegen ihr diskursives Gegenstück eine weitergehende Stärkung und emotionale Aufladung.

→ „Dies hört sich für mich nach Rundumversorgung durch den deutschen Staat an. Hat jemand wirkliches Interesse, ein Bürger dieses Landes zu werden, muss er sich selbst erkundingen (sic!) und aktiv werden. Zumindest würde ich das in einem Land machen, dessen Staatsangehörigkeit ich gern annehmen würde.

Wie ich einmal von einem Bekannten aus Polizeikreisen hörte, wurden in Deutschland Ausländer eingebürgert, die eine Latte von Verurteilungen hinten in der Akte stehen hatten. Da geht nicht nur mir der (nicht vorhandene) Hut hoch!

Jeder, der eingebürgert werden will, muss auf Herz und Nieren übergeprüft werden, ob er sich nicht in ein gemachtes Nest setzen will (Sozialhilfe, Verbrechen begehen)."[313]

→ „Und wenn ich lese, daß die Migranten eingebürgert werden sollen, die selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen und die strafrechtlich nicht vorbelastet sind, dann ahne ich, daß diese Klausel sehr dehnbar ausgelegt wird, so

[312] Siehe hierzu Roland 2010

[313] HK69: politopia.de – Meinung bildet, „Thema: Einbürgerungsinitiative" (Forum), Kojo no Tsuki, 24.08.2012

daß am Ende Tausende von Kriminellen und Sozialschmarotzern eingebürgert werden, die vom Steuerzahler dann bis an ihr Lebensende durchgefüttert werden müssen.“[314]

→ „…Was nützen ‚eingebürgerte‘ Parallelgesellschaften unserer Gesellschaft? Aber bei der Wählersuche ist man ja nicht wählerisch, nicht wahr, Herr Scholz? Aber keine Angst, Lesen bildet. Lesen Sie doch endlich einmal das Buch von Sarrazin.“[315]

→ „Einbürgerung schützt nicht vor Parallelgesellschaften und massiven Integrationsproblemen, das hat Scholz immer noch nicht kapiert, bzw. geht er einfach über diese längst bewiesene Tatsache hinweg.

Masseneinbürgerungen verschaffen der Arbeiterverräter-Partei allerdings jede Menge neue Wählerstimmen, da sie von deutschen Arbeitnehmern kaum noch gewählt wird.“[316]

→ „Herr Yilmaz soll sich bitte einmal an die Tatsachen halten. Die Sprachprüfung wird künstlich sehr leicht gemacht, die Durchfallquote ist minimal. Wer ein bißchen Sitzfleisch und guten Willen mitbringt und kein völliger Analphabet ist, schafft sie leicht. Und daß Straffälligkeit ein Hindernis ist, ist richtig und in praktisch allen anderen Ländern üblich. Im Gegenteil, in fast keinem anderen Land wird die Staatsbürgerschaft Ausländern so billig nachgeworfen wie in Deutschland.“[317]

→ „Da werden wieder jede Menge künstliche ‚Passdeutsche‘ erzeugt, die mit Deutschland so viel am Hut haben wie eine Bergziege mit Wellensurfen!

Nicht mal die Beherrschung der deutschen Sprache ist Vorraussetzung (sic!) für die deutsche Staatsbürgerschaft. Selbst Anhänger und Mitglieder radikalster Scharia-Milizen ist kein Hinderungsgrund für die deutsche Staatsbürgerschaft. So haben radikalste Salafisten schon öfters die deutsche Staatsbürgerschaft eingeklagt und bisher immer vor Gericht gewonnen. Nicht mal ein Lippenbekenntnis für unsere Demokratie oder für unsere liberale Werte ist nötig um einen deutschen Pass zu erhalten.

---

[314] HK28: zoelibat.blogspot.de, „Hamburg: SPD will 137.000 Ausländer einbürgern“, 25.11.2011

[315] HK307: Welt (online), dpa/dapd/sr, „Mit dem Schulabschluss zur Einbürgerung“, 03.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Ingenieur, o.D.

[316] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg“, 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Midsummer, 13.02.2014

[317] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Langweiler, o.D.

Die Strategie, die dahinter steckt ist leicht zu durchschauen. Da sollen Islamisten, Antidemokraten und Deutschhasser ‚unabschiebbar' gemacht werden um der einheimischen Restbevölkerung den Garaus zu machen! [zwinkerndes Smiley-Emoji]"[318]

→ „Im Vergleich zu den USA,Kanada,Neuseeland (sic!) USW. (sic!), sind die Gebühren und Bedingungen zur Einbürgerung viel zu niedrig (sic!) das erklärt dann auch gleich (sic!) dass es so viele Passsdeutsche (sic!) gibt (sic!) die kaum die Sprache beherrschen und sich überhaupt nicht als Teil der deutschen Gesellschaft betrachten."[319]

→ „Scholz & Co sollten sich einmal in klassischen Einwanderungsländern über die Voraussetzungen informieren, die man dort Immigranten abverlangt. Da orientiert man sich nämlich daran, was die Person positiv zum Gemeinswesen (sic!) und Wohlstand des Landes beitragen kann, anstatt sie in Watte zu packen und Unterkunft und Sozialleistungen usw. ohne Gegenleistung hinterherzuwerfen..."[320]

→ „Eine doppelte Staatsbürgerschaft schafft doppelte Probleme. Diese beginnen bei einem theoretischen Mehrfachwahlrecht etwa bei Europawahlen, erstrecken sich über Schwierigkeiten im Privatrecht und hören bei der Frage nach den Pflichten, etwa dem Wehrdienst, nicht auf. Hinzu kommen rechtliche Probleme: Die Auslieferung des Haupttäters im Mordfall vom Berliner Alexanderplatz etwa scheiterte lange an seiner doppelten Staatsbürgerschaft. Schwierig bleibt die innere Zerrissenheit der Menschen mit multipler Staatsangehörigkeit – wem gehört seine Loyalität?"[321]

→ „An dieser Stelle ist es mir wichtig, noch einmal die Bedeutung der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hervorzuheben. Sie ist letztlich der Ausdruck der Funktion von Staatsangehörigkeit überhaupt, nämlich einen einheitlichen Staat zu bilden. Doppelte Staatsangehörigkeit kann zu Loyalitätskonflikten führen. […] Die Gefahr besteht immer dann, wenn der jeweils andere Staat versucht, die Betroffenen für seine politischen Ziele zu instrumentalisieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür hatten wir beim Auftritt des türkischen

[318] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Powerboy, 13.02.2014 (zwinkerndes Smiley-Emoji nach dem letzten Satz im Original)

[319] HK308: Welt (online), Eva Eusterhus, „Das lange Warten auf den deutschen Pass", 02.03.2012 – Eintrag Kommentarforum, Kb26919, o.D.

[320] HK132: Junge Freiheit (online), krk, „Scholz rühmt Hamburgs Einbürgerungsinitiative", 02.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Clemens Pankert, 04.04.2012

[321] HK107: Hamburger Abendblatt (online), Matthias Iken, „Einbürgerung ja, Doppelpass nein", 06.11.2013

Ministerpräsidenten Erdogan 2008 in der Kölnarena sowie jüngst bei seinen Äußerungen anlässlich seines Besuchs in Deutschland.

Hierbei gilt es, sich klar zu entscheiden und klar abzugrenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren."[322]

→ „Ein kluger Leitartikel. Schon die Schlagzeile … trifft voll ins Schwarze. Gerade eine feierliche Einbürgerungsfeier rechtfertigt nicht den Doppelpass als Normalfall oder gar als politisches Ziel. Eine doppelte Staatsbürgerschaft schafft viele Probleme – besonders bei den Pflichten. Zum Beispiel in der Politik gibt es leicht ‚Rollenkonflikte', die häufig zu Loyalitätskonflikten führen."[323]

→ „Das (sic!) man sich auf diese Weise auch noch erfolgreich den ‚Nachstellungen' der deutschen Justiz entziehen kann, dafür spricht das Beispiel des brutalen Türken, der den armen Jonny K. in Berlin auf dem Alex im vergangenen Oktober totgeschlagen und sich in die Türkei verkrochen hat, um sich seiner gerechten Strafe zu entziehen, schon für sich!

Doppelte Staatsangehörigkeit, dass (sic!) riecht doch schon von weitem (sic!) nach der geplanten Absicht, die (wohl gerne auch die unlauteren) Vorteile, die sich daraus für den Nutznießer ergeben, zum eigenen ‚Mehrwert' ausschlachten (sic!) und sich für das jeweils persönlich gerade vorteilhaftere Szenario im jeweiligen Land zu entscheiden."[324]

→ „Erleichterte Einbürgerung nur, wenn bei ‚Unwürdigkeit' die deutsche Staatsbürgerschaft wieder problemlos aberkannt werden kann – z. B. bei ‚Doppelpaßlern'."[325]

→ „Beim lockereren Umgang mit Staatsangehörigkeit sollte man als Gesellschaft die Möglichkeiten die sich dadurch ergeben nicht ungenutzt lassen. So wie der Einzelne die Vorteile der gewonnen Flexibilität und Wahlfreiheit durch mehrere Pässe nutzt, sollte die Gesellschaft Mehrfachstaatsbürgern bei

---

322 HK56: Ole Schröder (CDU), „Eine einzige Staatsangehörigkeit ist Ausdruck gelungener Integration" (Rede zum Staatsangehörigkeitsrecht im Deutschen Bundestag), 10.11.2011

323 HK101: Hamburger Abendblatt (online), „Briefe an die Redaktion: 08. November 2013" – Leserbrief, Dr.-Ing. Hanno Hames, 06.11.2013

324 HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger", 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, KasperKlatsche, 02.03.2013; dieser Kommentar wurde von der Forenadministration mit folgender Anmerkung gekürzt: „Gekürzt. Bitte verzichten Sie auf Pauschalisierungen. Wir wünschen uns eine differenzierte Diskussion. Danke, die Redaktion/jk"

325 HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, Thomas Melber, Stuttgart, o.D.

Bedarf einfacher die Staatbürgerschaft entziehen können (sic!) wenn dadurch signifikante Vorteile für sie entstehen.“[326]

→ „Das geht doch alles viel einfacher bei Ebay, Startpreis Deutscher Pass 1€, sofort kaufen 5€. Schulabschluss, Ausbildung, Arbeitsplatz und Vorstrafen uninteressant. Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.“[327]

Nachdem die ethnonationale Eigenlogik des dominanten Gegendiskurses bis hierhin entfaltet wurde und dabei u. a. eine rechtspopulistische Leitlinie – in Form des Antagonismus zwischen ‚unterdrücktem deutschen Volk‘ und ‚kosmopolitischer Elite[328] – zum Vorschein getreten ist, bleibt nun abschließend noch zu untersuchen, wie dieser Diskurs auf das zentrale Dispositiv seines antagonistischen Gegenübers reagiert – die Hamburger Einbürgerungsinitiative mit all ihren politisch-strategischen Facetten.

Einbürgerungsinitiative

DEUTUNGSMUSTER: Wie anhand des oben dargelegten Diskursverlaufs zu antizipieren war, lehnt der dominante Gegendiskurs jede Form der politischen Einbürgerungsförderung grundsätzlich ab. Der ‚**Staat als Wächter**‘ sollte demnach nicht für Einbürgerung werben oder diese in irgendeiner Form erleichtern, sondern stattdessen deren Vollzug mit aller Strenge überwachen. Die Einbürgerung ist eine Auszeichnung, die Zugewanderte sich durch eigene Leistung verdienen und die sie selbstständig anstreben müssen. Gut integrierte Migrant_innen, nämlich solche, die kulturell angepasst, wirtschaftlich nützlich und der Nation gegenüber loyal sind, lassen sich ohnehin einbürgern, ganz unabhängig davon, ob die Einbürgerung politisch beworben wird oder nicht. Tatsächlich ist gerade der Wille, sich selbstständig zu informieren und ggf. auch hohe Hürden zu überwinden, ein Zeichen von gelungener Integration. Von einer politischen Einbürgerungsinitiative profitieren dagegen viel eher jene Zugewanderten, die mangelhaft integriert sind und die Einbürgerung aus illegitimen, opportunistischen Gründen anstreben. Einbürgerungswerbung erweckt den Eindruck, die deutsche Staatsangehörigkeit sei leicht zu haben. Dadurch wird die Staatsangehörigkeit entwertet. Die deutsche

[326] HK319: Zeit (online), Zacharias Zacharakis, „Der doppelte Staatsbürger“, 01.03.2013 – Eintrag Kommentarforum, Erdenmond, 01.03.2013

[327] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Nativer, o.D.

[328] Siehe hierzu Roland 2010

Gesellschaft sollte nicht dafür werben, dass Migrant_innen sich einbürgern lassen. Migrant_innen sollten sich vielmehr darum *be*werben, von der Gesellschaft aufgenommen zu werden. Letztlich sollte das Wohl der (ethnisch definierten) deutschen Nation dabei immer an erster Stelle stehen.

KOMMENTAR: Die Klassifikation des ‚Staates als Wächter', die weiter oben bereits angesprochen wurde, gelangt hier zu ihrer vollen Geltung. Gleichzeitig wird die Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in' weiterführend ausgebaut. Anhand der bisherigen Diskurslinie könnte man (etwas überspitzt) zusammenfassen: ‚Gute Migrant_innen' sind solche Migrant_innen, die Benachteiligungen (etwa in Form einer nachteiligen *Platzierung* oder mangelhafter Angebote zur *Interaktion* seitens der ‚Mehrheitsbevölkerung'[329]) klaglos hinnehmen und die erfahrenen Defizite aus eigenem Antrieb überwinden (v.a. indem sie ihr ‚Fremdsein' ablegen und wirtschaftlichen Erfolg erzielen). Durch ihre Eigeninitiative und die (z. T. regelrecht ‚märtyrerhaften') Anstrengungen erwerben ‚gute Migrant_innen' sich die Auszeichnung des/der ‚anständigen Deutschen' – allerdings nur, insofern dies den Interessen der ‚echten Deutschen' nicht zuwiderläuft. Da ‚gute Migrant_innen' selten sind und ‚schlechte Migrant_innen' in strategischer Weise versuchen, sich die Vorteile der deutschen Staatsangehörigkeit zu verschaffen, muss der Staat den Prozess des Grenzübertritts aufs Schärfste überwachen. Jede Erleichterung der Einbürgerung – und sei es nur durch die Vermittlung von ‚Willkommenskultur' – ist vor diesem Hintergrund widersinnig, weil sie einerseits ‚schlechte Migrant_innen' ermutigt und zweitens die Unterscheidung von ‚guten Migrant_innen' erschwert. In diesem Sinne kann eine politische Einbürgerungsinitiative nur als das feindliche Instrument einer ‚korrupten Elite' erscheinen, die eigene Interessen verfolgt und dabei die Bedürfnisse des ethnisch verfassten ‚Deutschen Volkes' außer Acht lässt. Auffällig ist in diesem Zusammenhang überdies, dass die Hamburger Einbürgerungsinitiative zumeist nicht bloß als symbolische Maßnahme der Einbürgerungs*werbung* und -*förderung* wahrgenommen wird, sondern darüber hinaus auch als umfängliches Programm zur Einbürgerung*serleichterung* auf allen Ebenen. Dabei entsteht der Anschein, dass die geltenden gesetzlichen Einbürgerungsstandards durch die Kampagne erheblich herabgesetzt und alle, die den Brief des Ersten Bürgermeisters erhalten, letzten Endes auch tatsächlich eingebürgert würden.[330] Diese

---

[329] Siehe die Ausführungen zu Esser in Abschn. 2.2

[330] Tatsächlich erfüllen jedoch viele der Angeschriebenen die allgemeinen Voraussetzungen nicht, oder wenigstens noch nicht vollständig, und können daher auch nicht ohne Weiteres eingebürgert werden. Die Briefkampagne orientiert sich lediglich an der Aufenthaltsdauer der Angeschriebenen. Andere Kriterien können aus datenschutzrechtlichen Gründen im Vorhinein nicht berücksichtigt werden. Siehe hierzu auch Abschn. 3.1

Wahrnehmung widerspricht ganz offensichtlich den gesetzlich kodifizierten Tatsachen – was der Intensität der Gegenreaktion jedoch keinen Abbruch tut. Dieser bemerkenswerte Umstand hat – so die These der hier vorliegenden Arbeit – v.a. mit der emotionalen Eigenlogik des Diskurses zu tun, die aus der sozialen Konstruktion eines doppelten Antagonismus und einer daraus resultierenden doppelten Bedrohungssituation entsteht. Die Selbstwahrnehmung als ‚entrechtete Minderheit' einerseits und ‚moralisch überlegene Volksgemeinschaft' andererseits sowie die Kontrastierung mit den ‚unmoralischen Anderen' (‚schlechte Migrant_innen', ‚kosmopolitische Eliten' und ‚Einbürgerungsbefürworter_innen') lässt jede noch so extreme Fremdzuschreibung der ‚Volksfeindlichkeit' plausibel erscheinen. Da kulturelle Wirklichkeiten relativ sind und letztlich auf der Akzeptanz durch eine soziale Gruppe gründen, kann der ethnonationale Diskurs jede anderslautende *Wahrheit* (im Foucault'schen Sinne[331]) schlichtweg ignorieren. Darin, dass ihm dies ganz offensichtlich (den Widerständen seiner *natürlichen Umwelt* zum Trotz[332]) weitgehend gelingt – zeigt sich, dass der Diskurs – entgegen seiner eigenen Logik – sehr wohl erhebliches *symbolisches Kapital* akkumuliert.[333] Allerdings bezieht sich dieses Kapital nicht auf die Gesamtgesellschaft als solche, sondern – ganz im Foucault'schen Sinne einer *Gegenmacht*[334] – auf die Sphäre der diskurseigenen Sprecher_innenschaft sowie auf deren weiteren Adressat_innenkreis. Da der Diskurs – insbesondere im Rahmen von Online-Foren – eine mehr oder minder geschlossene Wirklichkeitssphäre erzeugt, die sich durch wechselseitige Zustimmung der Sprecher_innen selbstverstärkt,[335] wird letztlich alles glaubhaft, das durch den kulturellen Konsens der Diskursproduzent_innen gedeckt und damit unhinterfragbar geworden ist.

→ „CSU-Generalsekretär Dobrindt sieht sowohl in der Hamburger wie in der Stuttgarter Politik eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. „Solche wirren Einbürgerungsthesen setzen ein völlig falsches Signal", warnt er. Der deutsche Pass könne nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang. „Statt über Fantasiequoten für Einbürgerungen zu schwadronieren, sollten wir gemeinsam die immer noch bestehenden Integrationsdefizite in Deutschland lösen", fordert der CSU-Mann. Wer die Staatsbürgerschaft

---

[331] Siehe hierzu die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 und 2.4

[332] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Kap. 3

[333] Siehe hierzu Abschn. 2.3 und 2.4

[334] Siehe hierzu Abschn. 2.3 und 2.4

[335] Siehe hierzu Abschn. 5.4 der vorliegenden Arbeit

als Lockmittel benutze, der entwerte sie und erschwere „alle ehrlichen Integrationsbemühungen".“[336]

→ „..........‘eine Willkommenskultur‘...........75 Jungfrauen als Geschenk und Voraussetzung, um als Türke nicht nur deutsche Sozialhilfe samt der gesamten nachgezogenen Familie ‚anzunehmen‘ (sic!) sondern sogar Deutscher zu werden.Wäre (sic!) das ein bescheidener Willkommensschritt der deutschen Steuerzahler?Wir (sic!) sind auf dem richtigen Weg ....um dieses Land platt zu machen!Weiter (sic!) so!“[337]

→ „Hier geht es aber um eine willkürliche Verteilung von unserer Staatsbürgerschaft, quasi for free! Und die lehne ich deutlich ab.“[338]

→ „Also wenn ich in ein Land meiner Wahl auswandere (sic!) wird es ja Gründe hierfür geben. Entweder finde ich das Wetter toll oder einfach die Möglichkeit (sic!) mein Leben besser zu gestalten als in dem Land (sic!) in dem ich bisher gelebt habe. So weit so gut. Dagegen ist per se nichts zu sagen. Wenn ich jedoch in ein Land Einwandern (sic!) WILL (sic!) mache ich mir normalerweise bestimmte Gedanken. ZB (sic!) was brauche ich für Papiere, welche Grundvoraussetzungen sollte ich erfüllen, wie zB (sic!) Sprache (sic!) Arbeit oder Bürgen u.ä.. Habe ich allerdings die Einstellung (sic!) das (sic!) es ja schon langt (sic!) ein Bahnticket zu lösen und alles wird sich schon geben (sic!) ist das naiv.

Wenn also jemand in ein Land auswandert (sic!) in dem man auch etwas Eigeninitiative bringen muss, ist es nicht zuviel (sic!) verlangt sich auch mal zu Erkundigen (sic!). Und genau hier fängt bei mir Integration an. Teilhabe an dem Gemeinwesen (sic!) an dem ich in Zukunft teilhaben möchte. Habe ich aber nach 8 Jahren immer noch keinen Schimmer davon (sic!) wie ich hier aktiv teilhaben kann, ist für mich Integration gescheitert oder nicht gewollt. Und dann einfach nach Gutdünken die Pässe rauszuhauen (sic!) ist meiner Meinung nach Kontraproduktiv (sic!). was (sic!) soll ich mich den anstrengen oder Integrieren, mir wird ja der Pass hinter hergeworfen (sic!).

Ist das für Sie die Lösung der Integrationsprobleme?

---

[336] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012

[337] HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht“ (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, lothar unfried, o.D.

[338] HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, GuntherG, 13.04.2012

Für mich nicht."[339]

→ „Deutscher Pass oder die Staatsangehörigkeit ist doch heute nichts mehr Wert ausser (sic!) für die Sozialschmarotzer (sic!) die sich gerne die 2.Staatsbürgerschaft abholen (sic!) und solche Leute sind der SPD willkommen (sic!) denn die können auch nichts anderes als es sich auf Kosten der Steuernzahlenden (sic!) Bevölkerung die Taschen zu füllen und saudumme Sprüche durch die Gegend zu tröten."[340]

„Im Schwäbischen ...

... sagt man: Was nix koscht des isch nix wert."[341]

→ „Der Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg, Olaf Scholz (SPD), hat wieder mal mit dem deutschen Pass um sich geworfen. Jährlich lässt er die in Hamburg wohnenden Ausländer anschreiben und drängt ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft auf, als gehe es um die Verramschung eines missliebigen Ladenhüters."[342]

→ „Die SPD muß unter Beobachtung gestellt werden. Wer so eindringlich gegen die Deutschen vorgeht, muß verboten werden!"[343]

→ „macht (sic!) es doch noch besser, liebe SPD / Grüne:

Gebt doch einfach jedem, egal woher er/sie kommt (sic!) sofort die Deutsche Staatsbürgerschaft mit allen Rechten (die (sic!) Pflichten natürlich nicht) und schon habt ihr die bunte Vielfalt, die Euch in euren Hirngespinnsten (sic!) so vorschwebt. Alle Ankömmlinge sofort Recht auf H4, Wohnung etc. und ihr werden sehen, wie schnell die Bevölkerungszahl in diesem Land wachsen wird. Im Gegenzug kann man ja ohne Probleme die Renten der Einheimischen kürzen, die hier 45 Jahre lang gearbeitet haben, die Zuzahlungen für Ältere für das Gesundheitssystem weiter Erhöhen (sic!), Leistungen reduzieren (z. B. (sic!) keinen Hüftgelenkersatz für über 60- jährige (sic!)). Ach, da gibt es doch so viele Möglichkeiten (sic!) Geld reinzuholen, daß dann

---

339 HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, GuntherG, 12.04.2012

340 HK306: HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, Gerhard Müller, o.D.

341 HK320: Zeit (online), Anna Aridzanjan, „Olaf Scholz will mit mir feiern", 01.06.2014 – Eintrag Kommentarforum, Thomas Melber 101, 23.06.2014

342 HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014

343 HK302: Welt (online), I. Gall/J. Lauterbach, „Viele wollen Deutsche werden, können aber nicht" (Interview mit Hüseyin Yilmaz, ehem. Vorsitzender der TGH), 27.11.2011 – Eintrag Kommentarforum, kein Bundestrottel, o.D.

den Neuankömmlingen zu Gute kommen kann. Und klar, die Sterbehilfe legalisieren, damit unsere einheimische Bevölkerung nicht weiter überaltert.

* IRONIE aus *"[344]

→ „An Peinlichkeit nicht zu überbieten ist, dass auch kriminelle Ausländer und Menschen (sic!) die von Hartz 4 leben (sic!) zur Einbürgerung aufgefordert werden. Was angeblich aus datenschutzrechtlichen Gründen geschieht, ist höchst wahrscheinlich Vorsatz. Sicherlich möchte man, dass selbst die stark straffälligen Neobesatzer auch in diesem Land bleiben müssen. Dass auch Ausländer, die von Hartz 4 leben (sic!) angeschrieben werden, zeigt (sic!) dass den Regierenden die Kosten der Einwanderung keine Rolle spielen."[345]

→ „Kann mir mal jemand erklären, warum man die Leute anschreibt und nicht wartet, bis die Leute mit Eigeninteresse von selbst kommen?

Was steckt hinter all dem?

Warum sollen wir überfremdet und in Kriminalität erstickt werden?

Ich verstehe es nicht mehr, das ist nicht mehr mein Staat."[346]

→ „Nichts dagegen, dass man die Einbürgerung erleichtert für jene, die gerne in Deutschland leben, die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland schätzen, mit Kultur und Sprache vertraut sind, in Arbeits- und Privatleben mit der sozialen Umgebung verbunden.

Bei solchen künftigen Bürgern ist aber eine spezielle Aufforderung zur Einbürgerung nicht notwendig, da sie von sich aus schon das Interesse hegen.

[…] Denn die Einbürgerung steht am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses: Der Eingebürgerte will Deutscher sein. Die Einbürgerung darf nicht erpressbar werden."[347]

→ „Ist das Bild etwa ein Großplakat, das in Humbug auf Straßen und Plätzen prangt?

Aha, dann sind DAS also DIE (beiden) qualifizierten Zuwanderer, von denen immer geredet wird, die Deutschland bereichern: Eine Studentin und ein Fußballprofi! Aber was ist mit allen anderen?

---

344 HK307: Welt (online), dpa/dapd/sr, „Mit dem Schulabschluss zur Einbürgerung", 03.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, freeWilly10, o.D.

345 HK17: globalecho.org – Der Crypto-Jude und andere Schweinereien, Deutschlandecho/admin „Hamburg: OB fordert Tausende kriminelle und Hartz-4 Ausländer zur Einbürgerung auf – Bisher neun Anträge", 16.12.2011

346 HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, schweinehackfleisch, 13.02.2014

347 HK274: Tagesspiegel (online), Hans Monath, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 – Eintrag Kommentarforum, almansour, 12.04.2012

Allerdings glaube ich nicht, dass gerade diese beiden einen ‚Einbürgerungslotsen' benötigen."[348]

DEUTUNGSMUSTER / KOMMENTAR: Anders als für den offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurs spielen die **Einbürgerungsfeiern** für den Gegendiskurs eine untergeordnete Rolle. Das Augenmerk liegt, wie an den obigen Beispielzitaten ersichtlich wurde, eher auf den besonders öffentlichkeitswirksamen Teilen der Initiative, repräsentiert durch Brief- und Plakataktion. Die Einbürgerungsfeiern als solche finden keine nennenswerte Beachtung. Dieser Umstand könnte darauf zurückzuführen sein, dass in diesem Punkt kein ausreichend großer Gegensatz zwischen den Perspektiven der beiden Diskurse besteht. Genau wie der offizielle Diskurs will auch der Gegendiskurs die Wertigkeit der deutschen Staatsangehörigkeit symbolisch hervorgehoben sehen. Einbürgerungsfeiern, die den Übergang in die Nation festlich inszenieren, stehen also nicht unbedingt im Widerspruch zu der oben nachgezeichneten Argumentationslinie – sofern eben die Eingebürgerten den strengen Integrationsansprüchen des Diskurses genügen und ihre Loyalität offiziell erwiesen ist. Eine andere Ursache für die mangelnde Thematisierung der Feiern könnte außerdem darin begründet liegen, dass – von allen Bausteinen der Initiative – die Briefaktion des Ersten Bürgermeisters in den etablierten Massenmedien mit Abstand am meisten Aufmerksamkeit erhalten hat. Sie war insofern in herausragendem Maße ‚sichtbar', verglichen etwa mit den Einbürgerungsfeiern, die zwar ebenfalls massenmedial rezipiert wurden (und werden), deren wichtigstes Publikum jedoch die Eingebürgerten und deren Angehörige vor Ort sind. In herausragendem Maße ‚sichtbar' war des Weiteren auch die werbewirksame Plakataktion der Stadt Hamburg, da die Plakate im öffentlichen Raum (in Hamburg) frei zugänglich aushingen. Folgt man der These, dass die beiden dominanten Diskurse ihre Dynamik maßgeblich aus dem wechselseitigen Kontakt zueinander entfalten, so ist es nur logisch, dass dabei besonders diejenigen Elemente im Vordergrund stehen, mit denen die Sprecher_innen sich (persönlich oder massenmedial vermittelt) in besonderer Weise konfrontiert sehen. Dies gilt umso mehr, da ein Großteil der ethnonationalen Sprecher_innen sich im virtuellen Raum von Online-Foren bewegt, die wiederum ihrerseits an Artikel von Online-Printmedien angegliedert sind und in der Regel auch auf diese Artikel Bezug nehmen.

Ebenso wie im Falle des staatsnationalen Diskurses, erscheint auch im Hinblick auf den ethnonationalen Diskurs die innere Logik der Erzählung schlüssig.

---

[348] HK22: pi-news.net – Politically Incorrect, „Neuer Einbürgerungsrekord in Hamburg", 02/2014 – Eintrag Kommentarforum, Lappe, 13.02.2014

Aus der Idee, dass ‚Völker' natürlicherweise kulturell homogen sind und das Denken und Handeln ihrer individuellen Mitglieder umfassend determinieren, folgt in logischer Konsequenz, dass (kollektive sowie persönliche) Identitäten eindimensional und kulturell bestimmt sein müssen. Daraus folgt des Weiteren eine (angesichts der diskursinternen Logik durchaus nachvollziehbare) Skepsis gegenüber der exponentiell zunehmenden kulturellen und identitären Vielfalt innerhalb eines ‚historisch gewachsenen' deutschen Nationalstaates sowie auch ein ausgesprochener Pessimismus hinsichtlich der etwaigen Möglichkeit von *erfolgreicher* Integration und *gerechtfertigter* Einbürgerung. Beide Diskurse – der staatsnationale wie der ethnonationale – sind in sich weitgehend konsistent und selbst ihre offensichtlichen Brüche treten kaum als solche in Erscheinung (was, wie bereits an mehrerer Stelle formuliert wurde, v.a. mit den hochgradig emotionalisierten Identitätsangeboten zu tun hat, die sie ihren Adressat_innen jeweils machen). Der diametrale Unterschied zwischen ihnen liegt lediglich in ihren verschiedenen theoretischen Grundannahmen sowie in den sich daraus ergebenden, divergierenden Wirklichkeitskonstitutionen begründet. Die *ethnonationale* Narration verknüpft *essentialistische* und *evolutionistische* Vorstellungen von Kultur und Identität mit *objektivistischen* Vorstellungen von Nation und *assimilativen* Vorstellungen von Integration. Dabei replizieren die zentralen *Folk Concepts* des Diskurses wissenschaftliche Theorieentwürfe eines frühethnologischen *Essentialismus*, *Evolutionismus* sowie *Diffusionismus* und paaren diese mit assimilationstheoretischen Überlegungen, wie sie sich in ähnlicher Form auch in wissenschaftlichen Modellen der Soziologie und der Politikwissenschaft wiederfinden – und wie sie außerdem einem (aus heutiger ethnologischer Sicht) hochgradig problematischen *Kulturfundamentalismus* Vorschub leisten, der von Reckwitz (in Abgrenzung zum Kulturalisierungsregime der *Hyperkultur*) als *Kulturessenzialismus* und von Grillo als *Cultural Anxiety* gefasst wird.[349]

Während der staatsnationale Diskurs sein Leitbild in einer kosmopolitischen Utopie verankert, basiert die Legimitation der ethnonationalen Strömung maßgeblich auf der Inszenierung einer dystopischen Untergangsvermutung. Die ‚*Deutsche Nation*' ist demnach zum einen eine historisch gewachsene, ethnisch definierte Schicksalsgemeinschaft von überlegener kultureller Qualität, zum anderen ist sie existenziell von allen Seiten bedroht und wird unrechtmäßig beherrscht durch eine entfremdete und offen feindselige Führungsschicht. Damit entwirft der ethnonationale Diskurs ein Bild von ‚Deutscher Nation', das Brubakers

[349] Siehe hierzu Abschn. 2.2 sowie 2.3

Vorstellungen[350] sehr nahe kommt, diese allerdings um das Element einer mächtigen politischen Frustration ergänzt, die der diskursiven Argumentation enormen emotionalen Auftrieb gibt. In diesem Sinne weist der Diskurs Parallelen zu seinen historischen Vorgängern auf, die sich ebenfalls lange Zeit in Abgrenzung zu einer politischen Führungsschicht definierten.[351] Ganz seiner Rolle als Gegendiskurs entsprechend, entwickelt der ethnonationale Diskurs dann auch seine zentralen Subjektpositionen (bzw. Klassifikationen) aus der Abgrenzung von seinem diskursiven Gegenüber heraus. Während der offizielle Diskurs die mächtigen Subjektklassen der ‚guten Migrant_innen' und der ‚guten (eingebürgerten) Deutschen' entwirft, zeichnet der dominante Gegendiskurs eine kulturelle Taxonomie von ‚schlechten Migrant_innen' (respektive ‚illegitimen (eingebürgerten) Deutschen') und (wenigen) ‚guten Migrant_innen' (respektive ‚(potenziell) anständigen (eingebürgerten) Deutschen'). Wo der offizielle Diskurs die Subjektposition der ‚guten (geborenen) Deutschen' eröffnet, duldet der Gegendiskurs eine unklare Koexistenz der Kategorien ‚anständige Deutsche' (die wenigstens potenziell Eingebürgerte umfasst) und ‚echte Deutsche' (die Eingebürgerte kategorisch ausschließt). Gegenüber dem staatsnationalen Modell des ‚Staates als Förderer' propagiert die ethnonationale Strömung überdies die normative Klassifikation des ‚Staates als Wächter' und kontrastiert diese mit den negativen Subjektpositionen der ‚kosmopolitischen Eliten' und der ‚Einbürgerungsbefürworter_innen'. Beide erscheinen in der Debatte einigermaßen deckungsgleich und oszillieren zwischen politischen Eliten einerseits sowie deren zivilgesellschaftlichen Unterstützer_innen andererseits. Die zwei zentralen Subjektpositionen des ethnonationalen Diskurses – diejenige der ‚entrechteten Minderheit' und diejenige der ‚überlegenen deutschen Nation' – scheinen überdies in unmittelbarer Abwehr gegen das doppelte Identitätsangebot des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in' entstanden zu sein, welches der staatsnationale Diskurs seinen Adressat_innen macht und mit welchem er Eingebürgerte (ob ihres antizipierten *Humankapitals*) klar bevorzugt. In den obigen Zitaten ist mehrfach der Umstand hervorgetreten, dass die Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses sich gegenüber Migrant_innen und Eingebürgerten zurückgesetzt fühlen, weil diese vermeintlich von der Politik bevorzugt werden. Diese Wahrnehmung scheint ganz entschieden mit der enthusiastischen Darstellung der staatsnationalen Strömung zu tun zu haben, die in der Tat Eingebürgerte als ‚bessere Staatsbürger_innen' inszeniert. Abschnitt 4.3 wird auf diese Problematik noch genauer eingehen. Dabei wird

[350] Siehe hierzu Abschn. 2.1 sowie die Einführung zu dieser Arbeit

[351] Siehe hierzu Abschn. 2.5

auch die Frage zu beantworten sein, warum die Identitätsangebote des ethnonationalen Diskurses deutlich vielgestaltiger und komplexer ausfallen, als diejenigen des staatsnationalen Diskurses. Ehe es allerdings soweit ist, müssen noch ein paar abschließende Worte zu der heterogenen Sprecher_innenstruktur gesagt werden, die den ethnonationalen Diskurs und seine mehrspurige Deutungslinie in maßgeblicher Weise auszeichnet.

Sprecher und Sprecherinnen

Der dominante Gegendiskurs zur offiziellen Hamburger Einbürgerungsinitiative bewegt sich hauptsächlich in den Sphären der Zivilgesellschaft und dort insbesondere in den virtuellen Räumen des Internets. Zentrale Arenen sind v.a. die Kommentarforen großer, überregionaler Massen(print)medien sowie politisch rechte Online-Medien, Blogs und Foren. Zu nennen sind hier in erster Linie Welt, Zeit und Tagesspiegel sowie die Junge Freiheit und der Pegida-nahe Blog pi-news. Die Diskurströmung beschränkt sich dabei zumeist ausschließlich auf die Kommentarbereiche zu themenbezogenen Artikeln. In den Artikeln selbst tauchen zwar hin und wieder einzelne Elemente des Diskurses auf, wirklich konsequent vertreten wird er allerdings nur von deren Leser_innen. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden rechte Online-Medien bzw. Blogs wie pi-news. Eine wesentliche Stimme im Diskurs ist überdies Alexander Dobrindt mit seiner vehementen Kritik an der Hamburger Einbürgerungsinitiative. Seine Aussagen wurden in mehreren unterschiedlichen Medien zitiert und hundertfach von Leser_innen kommentiert. Allein der hier bereits mehrfach erwähnte Artikel des Tagesspiegels ist insgesamt 155-mal kommentiert worden.

Am umfassendsten bilden die Kommentarforen der Zeitung Die Welt den untersuchten Diskurs ab. Alle zentralen Deutungsmuster sind dort vertreten. Überdies bleibt die ethnonationale Linie in den Foren weitgehend unwidersprochen. Zwar gibt es durchaus (staatsnationale) Gegenstimmen, diese bilden jedoch eine Randerscheinung. Trotz der unzweifelhaften Dominanz des ethnonationalen Diskurses und des offensichtlichen Mangels an (unmittelbarem) Widerspruch, darf dessen Storyline jedoch keinesfalls als homogene Erzählung missverstanden werden. Wie weiter oben bereits erwähnt wurde, gibt es z. T. extreme Schwankungen hinsichtlich der emotionalen Intensität, der politischen Radikalität und der inhaltlichen Fokussierung, welche die unterschiedlichen Sprecher_innen jeweils an den Tag legen. So wird der Diskurs in weiten Teilen von einem aggressiven Rechtspopulismus dominiert, maßgeblich ausgestaltet durch rechtsextreme Elemente (bis hin zu einem klassisch biologistischen Rassismus). Zugleich finden sich im Diskurs aber auch Stimmen einer gemäßigten politischen Rechten sowie konservative Abwehrhaltungen gegenüber Mehrstaatigkeit und kosmopolitischer

Entwurzelung. Nicht bei jeder Kritik an der Hamburger Einbürgerungsinitiative wird zwingend eine essentialistische (respektive kulturfundamentalistische) Grundhaltung in den Vordergrund gerückt. Oft stehen auch wirtschaftliche oder politische Argumente im Fokus. Essentialistische Annahmen schwingen dennoch in einer Mehrzahl der Diskursbeiträge wenigstens implizit mit, sowohl was die Auslegung des Kulturbegriffs als auch (in besonderem Maße) die Definition von Identität angeht. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass selbst Akteur_innen des staatsnationalen Diskurses (so etwa die Hamburger Prominenten, die im Rahmen der Plakatkampagne interviewt wurden, s.o.) essentialistische Bausteine der ethnonationalen Diskurslinie reproduzieren. Dieser Schnittpunkt zwischen den Diskursströmungen ist bereits im vorangegangenen Abschnitt 4.1 angesprochen worden und soll im nachfolgenden Abschnitt 4.3 noch eingehender beleuchtet werden. Vorerst lässt sich indes festhalten, dass der dominante Gegendiskurs im Diskursfeld der Hamburger EInbürgerungsinitiative (ebenso wie sein offizielles Gegenstück) am besten mit dem Begriff der *Strömung* umschrieben werden kann. Er setzt sich aus vielen verschiedenen Stimmen zusammen und ist insofern – vielleicht sogar mehr noch als der offizielle Einbürgerungsdiskurs, der seinerseits von einigen mächtigen, institutionalisierten Sprecher_innen dominiert wird – polyphon. Anders als sein staatsnationales Gegenstück kann er (mit Ausnahme von Alexander Dobrindt) keine mächtigen Sprachrohre aus Politik und organisierter Zivilgesellschaft vorweisen, wiegt dieses Defizit jedoch mit der sich verselbstständigenden Machtdynamik seiner kulturellen Wirklichkeitskonstruktion sowie mit seiner Selbstinszenierung als ‚revolutionär-emanzipatorische Ideologie' wieder auf. Dieser Umstand wird weiterführend auch in Abschn. 5.4 dieser Arbeit noch eingehender beleuchtet werden.

Da es sich bei der Mehrzahl der oben abgebildeten Zitate um Ausschnitte aus Internetforen handelt, sind ergänzend noch einige forschungspraktische Überlegungen anzustellen. Der Vorteil der Analyse solcher Foren ist, dass Aussagen aus erster Hand und ungefiltert durch die Anwesenheit eines / einer Forschenden erhoben werden können. Die Anonymität des Internets ermöglicht eine Offenheit und Unbefangenheit der Sprecher_innen, die in einer Interviewsituation nur sehr schwer herzustellen wären. Gleichzeitig ergeben sich aus dieser Anonymität jedoch auch eine Reihe von Problemen. So könnte es zum Beispiel sein, dass einzelne Sprecher_innen die gesamte Debatte maßgeblich lenken, indem sie sich unter Verwendung unterschiedlicher Pseudonyme oder ‚Usernames' in mehreren Foren gleichzeitig bewegen. Der oder die Forschende kann diese Steuerung durch einzelne Individuen in den meisten Fällen nicht nachvollziehen. Genauso ist es oft schwer einzuschätzen, wie ernsthaft ein Foreneintrag gemeint ist, ob es sich

ggf. um Ironie handelt oder sogar ein sogenannter ‚Troll' absichtlich mit extremen Wortäußerungen versucht, die Debatte anzuheizen. Das Herausfiltern von Randpositionen und weniger dominanten Deutungsmustern sowie auch die Beobachtung dessen, wie einzelne Forennutzer_innen in der Diskussion aufeinander reagieren, hilft dabei, solche Fehlerquellen zu minimieren, völlig ausschließen lassen sie sich allerdings nicht. Was bleibt ist ein gemeinschaftlich entworfenes Bild von Realität, eine kollektive Konstruktion von Wirklichkeit, die aufgrund ihrer schriftlichen Fixierung unweigerlich an Stabilität gewinnt. Selbst wenn es verhältnismäßig wenige Stimmen sein sollten, die dieses Bild zeichnen (wovon aufgrund der schieren Fülle an Zitaten aus unterschiedlichsten Arenen nicht auszugehen ist), übt es doch ohne Zweifel Macht aus – wenigstens auf die Gruppe der Sprecher_innen wie sie sich im virtuellen Raum darstellt. Die Annahme, dass der Diskurs des Weiteren auch über die Reihen seiner Sprecher_innen hinaus Einfluss generiert, vielleicht sogar einen großen Teil der deutschen Bevölkerung in ihrem Denken und Handeln anleitet, erscheint aufgrund der rezenten Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen (insbesondere der AFD)[352] sowie auch aufgrund des Ausstrahlens ethnonationaler Deutungen bis in den staatsnationalen Diskurs hinein durchaus nicht unwahrscheinlich. Für ein endgültiges Urteil wären hier jedoch weiterführende (insbesondere auch ethnographische) Studien erforderlich, die das Hineinwirken des Diskurses in die subjektiven Sinnwelten der Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund untersucht und dabei – wie in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit gefordert – auch vor rechten und rechtspopulistischen Bewegungen nicht Halt macht.

4.3 Konfrontation: Die Polysemie der Grundbegriffe

In den beiden vorangegangenen Teilkapiteln wurden die konstitutiven Deutungsmuster der beiden dominanten Diskursströmungen vorgestellt und die innere Logik der Storylines anhand ihrer zentralen Grundbegriffe detailliert nachverfolgt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die untersuchten Diskurse diametral gegensätzliche Positionen vertreten, was wichtige Kernbegriffe ihrer Argumentation anbelangt, namentlich *Kultur*, *Identität*, *Nation*, *Integration* und *Einbürgerung*. Überdies ist offenbar geworden, dass die Diskurse sich in verschiedenen Sphären der Gesellschaft bewegen. Der von den Hauptakteur_innen der Initiative sowie von etablierten Medien und zivilgesellschaftlichen Eliten vertretene offizielle Diskurs der Hamburger Einbürgerungsinitiative propagiert ein staatsnationales,

[352] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit

kosmopolitisches Leitbild. Im Folgenden wird er hier deswegen als *staatsnationaler Diskurs* betitelt. Der prominente Gegendiskurs ist demgegenüber v.a. in den öffentlichen, allgemein zugänglichen Kommentarforen etablierter Massen(print)medien sowie in politisch rechtsstehenden Blogs und Foren verankert und entwirft seinerseits ein ethnonationales, an kulturellem Essentialismus (und Fundamentalismus) ausgerichtetes Modell. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird er daher als *ethnonationaler Diskurs* bezeichnet.

Wie bereits zu sehen war, bilden beide Diskurse keine statischen, einheitlichen Erzählstränge aus, sondern sind vielmehr als heterogene, in sich verästelte Strömungen zu verstehen. Jede davon hat einen bestimmten theoretischen Ausgangspunkt und fließt letztlich in eine spezifische ideologische Richtung, ihre Teilstränge nehmen unterwegs jedoch mitunter verschiedene Abzweigungen und unterscheiden sich in einzelnen Detailfragen ihrer Argumentation. Ein ‚roter Faden' ist für beide Diskurströmungen nichtsdestoweniger erkennbar. Anhand ihrer gemeinsamen Phänomenstruktur und deren diametral unterschiedlicher Ausgestaltung sollen die beiden Diskurse einander hier noch einmal vergleichend gegenübergestellt werden. Dabei werden in Tabelle 4.1 zunächst die Storylines entlang ihrer Klassifikationen und Deutungsmuster nachgezeichnet. Anschließend gibt Tabelle 4.2 einen Überblick über die zentralen Subjektkategorien (= Subjektpositionen und -klassen) und deren wechselseitige Beziehungen untereinander.

Die Narrationen der beiden dominanten Diskursströmungen sind in den Abschnitten 4.1 und 4.2 ausführlich vorgestellt worden. Es ist nicht notwendig, die Darstellung an dieser Stelle zu wiederholen. Stattdessen sollen anhand der beiden Tabellen Nr. 4.1 und 4.2 drei übergreifende Beobachtungen untermauert werden, die in den beiden vorangegangenen Teilkapiteln bereits angeklungen sind. Die erste Beobachtung betrifft den *antagonistische*n Charakter der Diskurse und dessen Verankerung in *gemeinsamen* Grundbegriffen. Die zweite Beobachtung betrifft die *emotionalisierten Identitätsangebote*, welche die Diskurse ihren Adressat_innen machen sowie deren Beziehungen untereinander. Die dritte Beobachtung schließlich betrifft etwaige *Schnittmengen* zwischen den diskursiven Wirklichkeitssphären und die Implikationen, die sich weiterführend aus diesen Überschneidungen ergeben.

Im Verlauf der Abschnitte 4.1 und 4.2 ist deutlich geworden, dass sich die jeweilige innere Logik der beiden dominanten Diskurse maßgeblich entlang der Konzepte *Kultur*, *Identität*, *Nation, Integration* und *Einbürgerung* entfaltet. Alle anderen Deutungspartikel, wie sie in Tabelle 4.1 gebündelt sind, sowie auch die in Tabelle 4.2 zusammengefassten Subjektpositionen lassen sich letzten Endes auf diese konstitutiven Grundbegriffe zurückführen. Der wechselseitige

Tabelle 4.1 Die Narrationen im Vergleich

	Staatsnationaler Diskurs	***Ethnonationaler Diskurs***
Kultur	– konstruktivistisch – kulturrelativistisch – individualistisch	– essentialistisch – evolutionär / diffusionistisch – kollektivistisch
Kulturelle Vielfalt	– Potenzial	– Problem
Identität	– konstruktivistisch – mehrdimensional – individualistisch	– essentialistisch – eindimensional – kollektivistisch
Persönliche Identität	– Schnittmenge diverser sozialer Identitäten	– determiniert durch kulturelle / nationale Identität
Mehrstaatigkeit	– pro	– contra
Nationale Identifikation	– Bürgersinn	– exklusive Loyalität
Nation	– multikulturelle Einwanderungsgesellschaft (multiethnisch)	– monokulturelle Abstammungsgesellschaft (ethnisch)
Nationalmythos	– historische Bereicherung durch Immigration	– historisch gewachsene Schicksalsgemeinschaft (‚Volk‘)
Funktionsbedingung	– transkultureller Konsens	– kulturelle Homogenität
Leitmotiv	– Kosmopolitismus	– doppelter Antagonismus (Überfremdung von außen u. innen)
Integration	– demokratische Teilhabe	– kulturelle Assimilation
Ausführende	– Gesamtgesellschaft	– Migrant_innen
Staat	– Förderer	– Wächter
Einbürgerung	– Voraussetzung für Integration	– Auszeichnung für Integration

(Fortsetzung)

Tabelle 4.1 (Fortsetzung)

	Staatsnationaler Diskurs	***Ethnonationaler Diskurs***
Antizipierte Gründe	– legitim	– opportunistisch
Angestrebte Hürden	– niedrig	– hoch
Einbürgerungsinitiative	– pro	– contra

Tabelle 4.2 Die Subjektkategorien im Vergleich

<table>
<tr><th colspan="2">Staatsnationaler Diskurs</th><th colspan="4">Ethnonationaler Diskurs</th></tr>
<tr><td>Gute Migrant_innen</td><td></td><td>Schlechte Migrant_innen</td><td rowspan="3">Kosmopolitische Eliten / Einbürgerungs-befürworter_innen</td><td>Gute Migrant_innen</td><td></td></tr>
<tr><td rowspan="2">Gute (eingebürgerte) Staatsangehörige</td><td rowspan="2">Gute (geborene) Staatsangehörige</td><td rowspan="2">Illegitime (eingebürgerte) Deutsche</td><td>Anständige Deutsche</td><td>Echte Deutsche</td></tr>
<tr><td></td><td>ÜBERLEGENE VOLKSGEMEINSCHAFT</td></tr>
<tr><td colspan="2">KOSMOPOLITISCHE STAATSBÜRGER_INNEN</td><td colspan="2">FEINDE DER NATION</td><td colspan="2">ENTRECHTETE MINDERHEIT</td></tr>
</table>

Antagonismus der Diskurse erwächst dabei ganz maßgeblich aus dem gemeinsamen Fundament ihrer Phänomenstruktur. Die Diskurse eignen sich die (im Luckmann'schen Sinne *institutionalisierten* und deshalb für die diskursive Wirklichkeitskonstruktion in hohem Maße geeigneten[353]) Begrifflichkeiten jeweils auf spezifische Weise – und in Abgrenzung zueinander – an, kleiden sie mit Bedeutung aus und machen sie zu inhärenten Bausteinen ihres kollektiven Wirklichkeitskonstrukts. Sie tun dies, indem sie für jeden dieser Bausteine einen definitiven Sinn festschreiben und jeden möglichen anderen Sinn (so auch den des gegnerischen Diskurses) negieren. Die gegenseitige Negation der konstitutiven Wirklichkeitsbausteine erzeugt dabei eine unweigerliche Dynamik von Angriff und Gegenwehr. Die Wirklichkeitssphären können ihr Gegenüber nicht dulden, weil es ihre eigene Sinnhaftigkeit, ihren Realitätsanspruch in Frage stellt. Dieser Zustand der wechselseitigen Bedrohung führt zu emotionalen Abwehrreaktionen, sowie zur Klassifikation der gegnerischen Sprecher_innen als ‚Feinde' (im Falle des ethnonationalen Diskurses)[354] bzw. als ‚Realitätsverweigerer' (im Falle des staatsnationalen Diskurses)[355].

Die Dynamik von Angriff und Gegenwehr, welche die beiden Diskurse – und insbesondere den ethnonationalen Diskurs – beflügelt, kann ihre Macht nur deshalb entfalten, weil der soziale Sinngebungsprozess, wie er oben beschrieben wurde, zwar in aller Öffentlichkeit stattfindet, ob seiner diskursiven Natur allerdings intransparent bleibt und sich dem individuellen Bewusstsein weitgehend entzieht. So werden die zentralen Begrifflichkeiten nur in den seltensten Fällen aktiv (und an keiner Stelle umfassend) ausdefiniert. Ihre Bedeutung erschließt sich aus Redewendungen und Metaphern, aus Beispielen und Zitatverweisen, aus Ironie, Humor und Polemik, aus einem bestimmten Vokabular, oder der Art und Weise, wie logische Zusammenhänge hergestellt werden.[356] Diskursiver Sinn entsteht letztlich aus einer unüberschaubaren Menge disparater Deutungspartikel, deren tieferer Zusammenhang sich dem Publikum – und auch den Sprecher_innen – zumeist nicht (oder zumindest nicht vollständig) erschließt (ganz im Sinne der Geertz'schen *webs of significance*[357]). Es ist davon auszugehen, dass die kontinuierliche Flut (und damit die quasi-rituelle *Wiederholung*) von (intransparenten) Deutungspartikeln sowie deren unbewusste *Einverleibung*

[353] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[354] Vgl. Abschn. 4.2

[355] Vgl. Abschn. 4.1 und darin insbesondere die Bezugnahme der Sprecher_innen auf die ethnonationalen Thesen Alexander Dobrindts

[356] Siehe hierzu weiterführend Abschn. 5.4

[357] Siehe hierzu Abschn. 2.3

(im Bourdieu'schen Sinne) wesentlich dazu beitragen, dass diskursive Deutungen in der subjektiven Sinnwelt ihrer Adressat_innen Macht entfalten.[358] Überprüft werden kann diese These hier indes nicht, denn dazu wären weitreichende ethnographische Einblicke nötig, wie die vorliegende Arbeit sie nicht leisten kann. Wohl aber lässt sich festhalten, dass es den Diskursen nur deshalb gelingt, machtvolle kulturelle Wirklichkeiten zu erschaffen und dabei gegenteilige Deutungen weitgehend zu negieren, weil ihre ureigenen Grundbegriffe *polysem* sind.[359] Nur weil Begriffe wie *Kultur, Identität, Nation, Integration* sowie letztlich auch *Staatsangehörigkeit* und *Einbürgerung* mehrere Deutungen zulassen, können die Diskurse sie für ihre jeweilige Agenda instrumentalisieren und dabei gleichermaßen erfolgreich sein. Dieser Prozess der Inkorporation ist allerdings nicht als strategische Handlung einzelner Akteur_innen misszuverstehen. Die Nutzung der Konzepte mag strategisch erfolgen oder auch nicht, für die Wirkung des Diskurses spielt das eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist, dass unterschiedliche kollektive Konzeptionen einzelner gesellschaftlicher Grundbegriffe unterschiedliche soziale Realitäten entstehen lassen, die in ihrer jeweiligen Einflusssphäre eigendynamisch Macht entfalten. So ist es dann auch möglich, dass essentialistische und konstruktivistische Vorstellungen von *Kultur* bzw. *Identität*, objektivistische und subjektivistische Vorstellungen von *Nation* sowie radikal demokratische und radikal assimilative Vorstellungen von *Integration* in ein und derselben Gesellschaft unversöhnlich (und gleichermaßen – wenn auch auf unterschiedliche Weise – mächtig) nebeneinander bestehen können. Normative Ansätze wie diejenigen Benhabibs oder Habermas' stoßen vor diesem Hintergrund an ihre Grenzen, weil sie das menschliche Vermögen zu *rationalem Handeln* zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Argumentation erheben.[360] Dabei übersehen sie, dass Rationalität keine *objektive* sondern vielmehr eine *sozial konstruierte* Tatsache ist und dass jede rationale Ordnung (wenigstens insofern sie kollektiv anerkannt ist) immer auch mit *emotionalen* Mitteln verteidigt wird.[361] Diesen Umstand übersieht auch Smith, wenn er davon ausgeht, Nationalismen müssten einen ‚wahren Kern' haben, weil ihre Machtentfaltung anders nicht zu erklären wäre.[362] Nationalismen haben jedoch keinen ‚wahren Kern', vielmehr

[358] Siehe Abschn. 2.3 siehe dazu weiterführend überdies Abschn. 5.1

[359] Siehe Abschn. 2.3

[360] Siehe die Ausführungen zu Benhabib in Abschn. 2.2 sowie die Ausführungen zu Habermas in Abschn. 2.4

[361] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[362] Siehe die Ausführungen zu Smith in Abschn. 2.1

erschaffen sie Wahrheit, indem sie an konventionalisierte Symbole (oder in diesem Fall Begriffe) anknüpfen und sie zu kohärenten Erzählungen verstricken.[363] Diese Erzählungen geraten durch ihre kollektive Anerkennung zur Wirklichkeit schlechthin und Widerspruch gegen sie wird zur Bedrohung der Weltordnung als Ganzes. Der emotionale Schutzmechanismus, der kulturelle Wirklichkeitssphären gegeneinander abschirmt,[364] erschwert den wechselseitigen Austausch und die *Verständigung* zwischen ihnen – ganz besonders, wenn sie, wie im Fall der hier vorgestellten Diskurse – auf einem wechselseitigen Antagonismus beruhen.

Berger und Luckmann weisen berechtigterweise darauf hin, dass kulturelle Wirklichkeiten einander nicht zwangsläufig ‚bekriegen' müssen und dass es – gerade auch in komplexen Gesellschaften – immer mehrere Wirklichkeiten gibt, die nebeneinander und miteinander koexistieren.[365] In Abschn. 5.3 dieser Arbeit wird offenbar werden, dass es in der Tat einen dritten Diskurs im Diskursfeld gibt, der in hohem Maße mit dem staatsnationalen Diskurs kooperiert. Zudem gesteht der staatsnationale Diskurs auch anderen kulturellen Wirklichkeiten ihre Daseinsberechtigung innerhalb der gesamtdeutschen Sinnwelt zu, beispielsweise diversen religiösen, ethnischen und (ob seiner kosmopolitischen Ausrichtung) sogar auch anderen nationalen Realitäten. Warum können sich also einige Wirklichkeiten problemlos miteinander arrangieren und andere können dies nicht? Tatsächlich scheint die ‚Integrationsfähigkeit' unterschiedlicher Wirklichkeitskonstruktionen v.a. davon abzuhängen, ob sie eine gemeinsame Phänomenstruktur teilen oder nicht. Teilen sie keine gemeinsame Phänomenstruktur – bewegen sie sich also thematisch auf unterschiedlichen Gebieten – fällt die Koexistenz leicht, weil es keinerlei Überschneidungen zwischen ihnen gibt und daher auch keine Möglichkeit, einander zu widersprechen. Gründen sie jedoch ganz oder teilweise auf denselben theoretischen Grundbegriffen, ist die Möglichkeit der Koexistenz in erster Linie davon abhängig, wie sie diese Grundbegriffe jeweils mit Bedeutung ausgestalten und ob diese Bedeutungen miteinander kompatibel sind. In Abschnitt 5.3 dieser Arbeit wird zu zeigen sein, dass der staatsnationale Diskurs und der dritte dominante Diskurs im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative in vielen ihrer zentralen Aussagen problemlos aufeinander abgestimmt werden können. Mehr noch: Sie ergänzen einander auf positive Weise und verstärken wechselseitig ihre Macht. Ganz im Gegensatz dazu erschafft der ethnonationale Diskurs eine Realität, die nicht mit derjenigen des staatsnationalen

[363] Siehe die Ausführungen zu Hobsbawm in Abschn. 2.1, die Ausführungen zu Symbolen in Abschn. 2.3 und die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 / 2.4

[364] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[365] Siehe hierzu Abschn. 2.3

Diskurses vereinbar scheint, weil alle wichtigen Grundbegriffe diametral verschieden ausgelegt werden. Vor diesem Hintergrund können ihre antagonistischen Wirklichkeiten nicht ohne weiteres in dieselbe *symbolische Sinnwelt* integriert werden.[366] Jeder Diskurs untergräbt den Realitätsanspruch des jeweils anderen. Die Akteur_innen im Diskursfeld können die beiden Wirklichkeiten nur dann miteinander in Einklang bringen, wenn sie eine *Wahl* treffen.[367] Sie müssen festlegen, welcher Diskurs *wahr* ist. Kurzum: Sie müssen sich für eine Wirklichkeit entscheiden. In Anbetracht dessen sind andere religiöse, kulturelle und selbst nationale Ideologien für den staatsnationalen Diskurs nicht bedrohlich, insofern sie dessen Leitanspruch in einer gemeinsamen symbolischen Sinnwelt akzeptieren und sich – entsprechend seiner Vorstellungen vom transkulturellen Konsens – in diese einfügen. Der ethnonationale Diskurs hingegen hinterfragt die symbolische Ordnung der staatsnationalen Wirklichkeit und sieht gleichermaßen seine eigene Ordnung durch diese bedroht. Um Macht zu entfalten, müssen die Diskurse Sprecher_innen für sich gewinnen und Adressat_innenkreise erschließen – und das gelingt ihnen nur, indem sie deren Wahl für sich entscheiden, indem sie also den gegnerischen Diskurs der *Unwahrheit* überführen.

Laclau und Mouffe heben hervor, dass es eine zentrale Funktion von Diskursen ist, ihren Adressat_innen *Identitätsangebote* zu machen. Diese Identitätsangebote weisen – im Einklang mit den Erkenntnissen der ethnologischen Ethnizitätsforschung – einen antagonistischen Charakter auf, indem sie das, was sie nicht sind, immer schon implizit mitdenken.[368] Angesichts dessen, dass die beiden dominanten Diskurse mit ihren Wirklichkeitsansprüchen um Publika buhlen, ist offensichtlich, dass erfolgreiche Identitätsangebote in diesem Kampf eine wichtige Machtressource darstellen. Klar ist außerdem auch, dass die Diskurse sich nicht nur darauf beschränken können, ihre eigenen Identitätsangebote bestmöglich zu ‚vermarkten'. Die Identitätsangebote der einen Seite sind untrennbar mit denjenigen der anderen Seite verbunden, weil sie einander inhaltlich *widersprechen.* Aus diesem Grund müssen die Diskurse nicht nur ihrerseits Identitätsangebote anbringen, sondern sie müssen zugleich auch die Identitätsangebote der anderen Seite entwerten, um ihren eigenen Angeboten Geltung zu verschaffen. Dieser inhärente Antagonismus ist im Verlauf der Abschnitt 4.1 und 4.2 bereits mehrfach explizit oder implizit hervorgetreten. So nehmen Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses z. B. explizit Bezug auf Akteur_innen des staatsnationalen

[366] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[367] Siehe hierzu Abschn. 2.4

[368] Siehe hierzu Abschn. 2.2 sowie 2.4

Diskurses und belegen diese mit negativen Rollenzuschreibungen.[369] Gleichzeitig tun sich im staatsnationalen Erzählstrang Inkonsistenzen auf, weil dieser implizit versucht, die negativen Zuschreibungen des Gegendiskurses (etwa im Hinblick auf ‚schlechte Migrant_innen') emotional aufzufangen und durch positive Angebote aufzuwiegen (etwa durch die Kategorie der ‚guten Migrant_innen', die vorbildliche (einseitige) Integrationsleistungen erbringen).[370]

Die Sprecher_innen beider Diskurse *reagieren* ganz offensichtlich aufeinander – mit negativen Fremdzuschreibungen, mit inhaltlichen Argumenten oder mit der Dekonstruktion gegnerischer Subjektkategorien. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, einen genaueren Blick auf die Subjektpositionen sowie -klassifikationen zu werfen, wie Tabelle 4.2 sie zusammenfasst. Demnach entwirft der staatsnationale Diskurs ein relativ unkomplexes Akteursmodell: ‚Gute Migrant_innen' werden zu ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' und gehen gemeinsam mit ‚guten (geborenen) Staatsangehörigen' im Ideal des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in' auf. ‚Schlechte Migrant_innen' und ‚schlechte Staatsangehörige' (egal ob geboren oder eingebürgert) spielen im Diskurs keine (oder zumindest keine nennenswerte) Rolle, vermutlich, weil diese Akteursklassen nicht zur Eigenlogik seiner optimistischen Wirklichkeitsdefinition passen. Ganz im Gegensatz dazu entwickelt der ethnonationale Diskurs ein komplexes taxonomisches Modell sowohl von ‚guten' und ‚schlechten Migrant_innen', als auch von verschiedenen Klassen von Staatsangehörigen. Er unterscheidet zwischen ‚anständigen Deutschen' einerseits und ‚Feinden der Nation' andererseits. Unter letzteren subsumiert er ‚schlechte Migrant_innen', ‚illegitime (eingebürgerte) Deutsche' (ehemals ‚schlechte Migrant_innen') und ‚kosmopolitische Eliten' bzw. ‚Einbürgerungsbefürworter_innen' (alias politische / zivilgesellschaftliche Eliten und deren Anhängerschaft). Demgegenüber stehen (einige wenige) ‚gute Migrant_innen', die (wenigstens potenziell) zu ‚anständigen (eingebürgerten) Deutschen' werden können sowie ‚echte Deutsche', deren Gruppe ethnisch definiert und insofern exklusiv ist. ‚Anständige Deutsche' im Allgemeinen werden als ‚entrechtete Minderheit' im eigenen Land inszeniert. Nur ‚echte Deutsche' können sich indes zugleich auch auf das positive Identitätsangebot der ‚überlegenen Volksgemeinschaft' berufen. Dieses unklare Verhältnis zwischen ‚echten' und ‚anständigen Deutschen' ist in Abschnitt 4.2 bereits angesprochen worden. Mal scheint angenommen zu werden, dass ‚anständige Deutsche' zwangsläufig ‚echte Deutsche' sein müssen, mal wird eingeräumt, dass ‚gute

---

[369] Siehe Abschn. 4.2

[370] Siehe Abschn. 4.1

Migrant_innen‘ (unter besonderen Umständen) zu ‚anständigen Deutschen‘ werden können. Das ethnonationale Akteursmodell erinnert vage an die taxonomische Skala von Deutschsein bis Fremdsein, wie Forsythe sie in den 1980er Jahren erhoben hat und wie sie in der Einführung zu dieser Arbeit knapp umrissen wurde. Ganz offensichtlich ist das ethnonationale ‚Pantheon‘ überdies deutlich komplexer und vielschichtiger als dasjenige des staatsnationalen Diskurses. Warum ist das so?

Betrachtet man die beiden Diskurse hinsichtlich ihrer Sprecher_innenstruktur und ihres Adressat_innenkreises, fällt ein gravierender Unterschied ins Auge: Während der staatsnationale Diskurs in der Hauptsache von *politischen Eliten* geführt wird und (wenigstens in seinem Schwerpunkt) an *Migrant_innen* adressiert ist (bzw. an potenzielle Wähler_innen, die eine offensive Einbürgerungspolitik befürworten), scheinen die zivilgesellschaftlichen Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses sich in aller erster Linie *selbst* zu adressieren. Der ethnonationale Diskurs bewegt sich größtenteils innerhalb mehr oder weniger ‚geschlossener‘ virtueller Räume (die zwar letztlich öffentliche Räume sind, jedoch nur von einem kleinen Teil dieser Öffentlichkeit genutzt werden). Die Sprecher_innen diskutieren untereinander, miteinander und *übereinander*. Ihre Foren erscheinen als ‚Treffpunkt der Frustrierten‘ und kreisen maßgeblich um sich selbst. Zwar nehmen sie immer wieder extensiv (und aggressiv) Bezug auf Außenstehende, diese Bezugnahme dient jedoch letztlich der diskursiven Konstitution ihrer *eigenen* Identität. Ganz im Gegensatz dazu ‚vermarktet‘ der staatsnationale Diskurs Identitätsangebote – ‚gute Migrant_innen‘ / ‚gute (eingebürgerte) Staatsangehörige‘ – die sozusagen ‚fremdadressiert‘ sind. Damit soll nicht gesagt sein, dass es nicht auch unter den Sprecher_innen des staatsnationalen Diskurses Migrant_innen und eingebürgerte Deutsche gibt. Dominiert wird dieser Diskurs jedoch in aller Regel von institutionalisierten Sprecher_innen, die weniger als individuelle Personen in Erscheinung treten, denn als ‚Repräsentant_innen des Systems‘ (Politiker_innen, Journalist_innen, Leitende zivilgesellschaftlicher Organisationen, kollektive Akteur_innen der Verwaltung, etc.). In diesem Zusammenhang lässt sich die These aufstellen, dass Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses in deutlich höherem Maße *emotional betroffen* sind, als (die dominanten) Sprecher_innen des staatsnationalen Diskurses. Zwar gibt es auch im staatsnationalen Feld individuelle und zum Teil hochgradig emotionale Stimmen, doch diese *dominieren* den Diskurs nicht in dem Maße, wie es im ethnonationalen Feld der Fall ist. Demnach kann die höhere Komplexität der ethnonationalen Identitätskategorien darauf zurückgeführt werden, dass hier Sprecher_innen ihre *eigene* Identität entwerfen. Diese Identität muss den vielfältigen

Anforderungen gerecht werden, welche die gesellschaftliche Sinnwelt an sie richtet. So muss zum einen die enorme Frustration der Sprecher_innen aufgefangen und in positive Energie umgewandelt werden – das gelingt v.a. durch die Subjektangebote der ‚entrechteten Minderheit' (im revolutionär-emanzipatorischen Kampf gegen ‚Feinde innen und außen') sowie der ‚echten Deutschen' als ‚überlegener Volksgemeinschaft' (mit einem quasi-natürlichen Führungsanspruch gegenüber allen anderen Subjektkategorien). Gleichzeitig müssen die Identitätsangebote allerdings auch Angriffe des staatsnationalen Diskurses abfedern und die ethnonationale Wirklichkeitskonstruktion für ‚Minderheiten in den eigenen Reihen' attraktiv machen – das wiederum gelingt maßgeblich durch die Subjektkategorien der ‚guten Migrant_innen' (in Abgrenzung zu den vielen ‚schlechten Migrant_innen', die der staatsnationale Diskurs ‚fälschlicherweise' als ‚gute Migrant_innen' inszeniert) und der ‚anständigen Deutschen' (die in gewissen Grenzen offen steht für die Aufnahme ‚guter Migrant_innen' als ‚anständige (eingebürgerte) Deutsche'). Die doppelte Identitätskategorie der ‚echten' und der ‚anständigen Deutschen' erlaubt unterschiedliche Identifikationsformen je nach Bedarf und Kontext und wertet die Sprecher_innen zudem in zweierlei Hinsicht moralisch auf – als ‚überlegene Volksgemeinschaft' einerseits und als (ggf. sogar absichtlich) missverstandene ‚entrechtete Minderheit' andererseits.

Gegenüber diesem komplizierten Modell legt der staatsnationale Diskurs einen klaren Fokus auf die Subjektposition der ‚guten Migrant_innen' bzw. der ‚guten (eingebürgerten) Deutschen', die er – ob ihres herausragenden *Humankapitals* – als prädestinierte ‚kosmopolitische Staatsbürger_innen' inszeniert. Die besondere positive Aufwertung der ‚Migrant_innen-Kategorie' lässt sich zum einen damit erklären, dass der staatsnationale Diskurs mit seinen fremdadressierten Identitätsangeboten *Werbezwecke* verfolgt. Der Diskurs will ein sehr spezifisches politisches Ziel erreichen und tut dies, indem er emotionale Macht erzeugt. Die positive Emotionalisierung der ‚Migrant_innen-Kategorie' ist aber auch aufgrund dessen notwendig, weil die Adressat_innen des staatsnationalen Diskurses sich in ihrem Alltag mit den negativen Subjektklassen des ethnonationalen Diskurses konfrontiert sehen, sowie mit dessen Klassifizierung der Nation als ethnische Gemeinschaft und der Klassifizierung des Staates als Wächter.[371] Um diese abschreckenden Wirklichkeitsbausteine zu entkräften, führt der staatsnationale Diskurs sie mit seinen positiven Identitätsangeboten und seinem geteilten Integrationsbegriff (Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vs. Integration als migrantische Erfolgsleistung) ad absurdum.

[371] Siehe hierzu Abschn. 5.1

Die normative Subjektposition des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in' leitet unmittelbar über zur nächsten Beobachtung der Analyse. Der staatsnationale Diskurs lässt eingebürgerte Deutsche in gewisser Hinsicht als ‚bessere Deutsche' erscheinen, insofern sie das sozial erwünschte kosmopolitische Humankapital (quasi-automatisch) bereits mitbringen, während Deutsche qua Geburt sich dieses (ebenso quasi-automatisch) immer erst aneignen müssen (es sei denn sie haben ihrerseits den ‚Vorteil' eines Migrationshintergrunds). Diese diskursive Bevorzugung von Migrant_innen und Eingebürgerten kehrt die extreme Benachteiligung um, die diese Personengruppen durch den ethnonationalen Diskurs erfahren. Gleichzeitig heizt sie allerdings auch den ethnonationalen Diskurs als solchen an, weil dessen Sprecher_innen sich durch die staatsnationale Logik ihrerseits benachteiligt fühlen. In diesem Sinne müssen letztlich beide Diskurse wechselseitig als *Gegendiskurse* begriffen werden, weil sie ihre Existenz in wesentlichen Teilen aus der (antagonistischen) Existenz ihres jeweiligen Gegenübers ableiten. Angesichts dieser Tatsache ist es besonders bemerkenswert, dass beide Diskurse in gewissen Punkten *Schnittmengen* aufweisen. So formulieren letztlich beide Diskurse die (wenigstens implizite) Erwartung, dass Eingebürgerte *bessere Deutsche* sind oder sein müssen. Beide Diskurse verknüpfen ihre Integrationserwartungen mit Vorstellungen von *Leistung*. Im Falle des ethnonationalen Diskurses wird der Leistungsgedanke v.a. wirtschaftlich und kulturassimilativ ausgelegt, im staatsnationalen Fall steht dagegen neben wirtschaftlichen Beiträgen v.a. auch zivilgesellschaftliche und politische Beteiligung im Vordergrund. Außerdem betont der staatsnationale Diskurs die Vorbildfunktion der Eingebürgerten gegenüber einer etwaigen ‚migrantischen Nachfolgegeneration'. Beide Diskurse verorten demnach einen wesentlichen Teil der Integrationsleistung bei der Gruppe der Migrant_innen – der ethnonationale Diskurs in Form einer normativen Forderung, der staatsnationale Diskurs in Form einer deskriptiven Feststellung. Dabei ist zu beachten, dass auch eine deskriptive Feststellung auf emotionaler Ebene normative Macht erzeugen kann, indem sie ein positiv konnotiertes Rollenbild entwirft, dem die Adressat_innen in der Folge gerecht werden müssen (oder wollen). Dass beide Diskurse auf das Element der *nationalen Identität* rekurrieren ist kaum überraschend, da diese einen wesentlichen Baustein jeder nationalistischen Ideologie ausmacht. Sehr wohl überraschend ist indes, dass beide Diskurse dem Faktor *Kultur* einen besonderen Stellenwert einräumen. Beide gehen davon aus, dass Kultur als Variable im Einbürgerungsprozess sowie auch in Bezug auf den Staatsangehörigkeitsstatus relevant ist – was umso bemerkenswerter scheint, weil der staatsnationale Diskurs seine Argumentation im Wesentlichen auf der Betonung *demokratischer Rechte* aufbaut (eine Argumentation, die letztlich auch ohne den Faktor Kultur hinlänglich auskommen würde). Ganz offensichtlich scheint

das Kulturkonzept in der öffentlichen Arena eine so bedeutsame Stellung einzunehmen, dass selbst ein staatsnationaler Diskurs sich dieses Konzept zu eigen machen muss, wenn er von seinen Adressat_innen ernstgenommen werden will. Diese besondere Bedeutung des Kulturbegriffs für die öffentliche Meinungsbildung ist nicht zuletzt auch auf das Engagement des ethnonationalen Diskurses und seiner historischen Vorläufer zurückzuführen, die (wie in Abschnitt 2.5 gezeigt wurde) die deutsche Debatte in Politik und Gesellschaft über einen langen Zeitraum maßgeblich mitgeprägt haben. In diesem Sinne kann man die beiden hier nachverfolgten Diskurse sehr wohl auch in die Tradition der antagonistischen Kulturalisierungsregime nach Reckwitz stellen.[372] Der Widerstreit von *Hyperkultur* und *Kulturessenzialismus* ist als Grundmotiv in den Narrationen immer wieder hervorgetreten. In der Tat bildet der *Kampf der Kulturalisierungsregime* einen wesentlichen Teil des *Kampfes der kulturellen Wirklichkeiten*, wie er sich im Diskursfeld entfaltet und wie er die diskursiven Eigenlogiken in wechselseitiger Konstitution hervorbringt.

Es ist eine besondere Eigenart dieses Kampfes, dass Elemente der antagonistischen Diskurse über die Grenzen ihrer jeweiligen Sprecher_innenschaft hinweg *diffundieren*. Letztendlich stellen die Grenzen zwischen den Sprecher_innen natürlich keine ‚echten' Grenzen dar. Diskursiver Sinn entfaltet sich im *kollektiven* und nicht im *individuellen* Raum der Sinngebung, insofern sind Diskurse nicht an Sprecher_innen gebunden (oder umgekehrt). Trotzdem ist es auffällig, dass dominante Akteur_innen des staatsnationalen Diskurses z. T. Deutungspartikel der ethnonationalen Erzählung übernehmen. So tauchen Anklänge eines essentialistischen Kulturbegriffs in den Publikationen der Freien und Hansestadt Hamburg auf – beispielsweise wenn das TGH-Lotsenprojekt mit der kulturellen Kompetenz seiner Mitwirkenden beworben und diese Kompetenz mit der umfänglichen Kenntnis ganzer National- wenn nicht sogar Kontinentalkulturen gleichgesetzt wird. Essentialistische Auslegungen von Kultur und Identität sowie assimilative Auslegungen von Integration finden sich überdies auch in Aussagen des staatsnationalen Kampagnenpersonals, z. B. im Rahmen der Plakataktion und deren massenmedialer Vermarktung.[373] Hierin zeigt sich, dass kulturelle Wirklichkeiten nicht ‚still halten' wie James Clifford es formuliert hat.[374] Die Diskurse sind ständig in Bewegung, generieren Wissen und machen Identitätsangebote, kurzum: Sie üben Macht aus. Zugleich sind aber auch die Individuen in Bewegung, die sich in ihrem Alltag mit den Diskursen konfrontiert sehen (als

---

[372] Siehe hierzu die Ausführungen zu Reckwitz in Abschn. 2.3

[373] Siehe hierzu Abschn. 4.2

[374] Siehe hierzu die Ausführungen zu Clifford in Abschn. 2.3

Adressat_innen und als Sprecher_innen gleichermaßen). Die diskursiven Deutungsangebote stellen sie ständig vor die Notwendigkeit der Wahl – zwischen Meinungen, zwischen Identitäten, zwischen Wirklichkeiten. Das Ergebnis dieser Wahl ist nicht statisch, sondern – im Einklang mit Laclau und Mouffe – immer nur partiell und immer nur temporär.[375] Die Widersprüche des Diskursfelds lösen sich nicht auf, sie werden ständig neu verhandelt. Abschnitt 5.1 der vorliegenden Arbeit wird diesem Umstand weiterführend Rechnung tragen.

Das Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative erschöpft sich nicht allein in den beiden dominanten Diskursen, wie sie in den Abschnitten 4.1 und 4.2 vorgestellt wurden. Auch die ergänzende Darstellung des dritten dominanten Diskurses in Abschn. 5.3 der Arbeit bildet die Komplexität des Feldes nicht erschöpfend ab. Neben den dominanten Strömungen gibt es andere, weniger einflussreiche Linien. Einige dieser Linien sind in den Abschnitten 4.1 und 4.2 bereits angesprochen worden. An dieser Stelle soll eine Weitere Erwähnung finden, weil sie den beiden untersuchten Nationalismen in erheblicher Weise zuwiderläuft. Gemeint ist damit eine Deutung, die in der Debatte lediglich hier und da am Rande aufblitzt und ihrerseits keinen besonderen Einfluss auf das Diskursfeld als Ganzes nimmt. Nichtsdestoweniger ist sie von erheblicher Relevanz für die dargelegte Untersuchung, gerade *weil* sie in der Diskussion derart in den Hintergrund tritt. Es handelt sich um ein Deutungsmuster, das Staatsangehörigkeit als reinen *Rechtsstatus* klassifiziert, *ohne* jede identifikative oder gar emotionale Komponente. Diese Interpretation hinterfragt das nationalistische Prinzip von Grund auf und damit überdies auch jede soziale Konstruktion von *Nation*, wie sie den oben untersuchten Diskursen zu eigen ist. Sie ist – im eigentlichen Sinne – *postnational*.

Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, die postnationalistische Logik weiter zu durchleuchten. Die vorliegende Analyse befasst sich mit den *dominanten* Diskursen im Diskursfeld und deren etwaigen *nationalistischen* Agenden. Der postnationale Minderheitendiskurs ist damit in doppelter Hinsicht *nicht* angesprochen. Nichtsdestoweniger ist die Beobachtung, dass es einen solchen Diskurs gibt und dass er sich an den äußeren Rändern der Debatte bewegt insofern zentral, als damit der diskursive Einflussradius der beiden nationalistischen Strömungen abgesteckt wird. Dieser Einflussradius ist ganz offensichtlich so groß, dass er Gegenstimmen mehr oder weniger vollständig verdrängt (was angesichts der starken Präsenz post- und transnationaler Anklänge etwa in der Untersuchung von

[375] Siehe hierzu die Ausführungen zu Laclau und Mouffe in Abschn. 2.4

Forsythe[376] so nicht unbedingt zu erwarten war). Es ist durchaus davon auszugehen, dass dies maßgeblich mit den positiven Identitätsangeboten zu tun hat, welche die nationalistischen Diskurse ihren Adressat_innen machen und die – ob ihrer emotionalen Dimension – deutlich attraktiver erscheinen als ein individualisierter Rechtsstatus, der gerade *keinen* emotionalen Anspruch geltend macht.[377] Darin zeigt sich die Bedeutung von Emotionen im Kontext diskursiver Macht-Wissen-Komplexe, wie sie in den nachfolgenden Kapiteln dieser Arbeit noch auf vielfältige Weise betrachtet werden soll.[378]

Nachdem im vorliegenden Teil der Untersuchung v.a. die inhaltlichen Narrationen der Diskurse im Vordergrund standen, soll in den folgenden Abschnitten ein besonderes Augenmerk auf die Art und Weise gelegt werden, wie diese Narrationen Macht entfalten. Wesentliche Machinstrumente der diskursiven Wissensproduktion – in Form von Wirklichkeitskonstruktionen und korrespondierenden Identitätsangeboten – sind im bisherigen Verlauf bereits offenbar geworden. Im Anschluss daran wird es in Abschnitt 5.1 um die Frage gehen, ob und wenn ja wie die Wissensfragmente der Diskurse Eingang in die subjektiven Sinnwelten ihrer Rezipient_innen finden und inwiefern ihr wechselseitiges Verhältnis sich dabei auf der Mikroebene alltäglicher Interaktion (im Gegensatz zur massenmedial vermittelten Makroebene) verändert oder aber konstant bleibt. Abschnitt 5.2 befasst sich mit Machttechniken der Diskursproduktion im Kontext der Hamburger Einbürgerungsfeiern. Weiterführend untersucht Abschnitt 5.3 die Machtdynamik, die sich – nicht etwa durch *antagonistische*, sondern im Gegenteil auch durch *symbiotische* Beziehungen – zwischen Diskursen entwickeln kann. Zuletzt kehrt die Betrachtung in Abschnitt 5.4 zurück zu den massenmedial vermittelten Diskurslinien der beiden dominanten deutschen Nationalismen und analysiert deren Strategien und Ressourcen der Aussageproduktion.

Bevor die Analyse in der oben beschriebenen Weise voranschreiten kann, muss – neben der Beziehung zwischen staatsnationalem und ethnonationalem Diskurs sowie neben der Beziehung zwischen nationalistischen und postnationalistischen Deutungen im Diskursfeld – eine weitere wichtige Beziehung zwischen Diskursen erörtert werden, wie sie in den Abschnitten 4.1 und 4.2 zu Prominenz gelangt ist. Gemeint ist die Beziehung zwischen *Folk Concepts* von Kultur, Identität, Nation und Integration auf der einen Seite sowie

[376] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit.

[377] Zu der Frage, wie gerade auch die emotionalisierten Identitätskonstruktionen des staatsnationalen Diskurskomplexes dazu angetan sind, etwaige negative Assoziationen mit ‚Deutschsein' (wie Forsythe sie in ihrer Arbeit anführt), wettzumachen bzw. zu übertünchen, siehe Abschn. 5.3

[378] Siehe hierzu außerdem Abschn. 2.3

wissenschaftlichen Konzeptionen auf der anderen Seite. Für die Ethnologie sind dabei in besonderem Maße die essentialistischen, evolutionistischen sowie diffusionistischen Auslegungen von Kultur (respektive Identität) relevant, die der ethnonationale Diskurs im Rahmen seiner Narration entwirft. Diese Konzepte sind ein legitimierender Grundstein seiner kulturfundamentalistischen (ggf. auch biologistisch-rassistischen) Wirklichkeitskonstruktion sowie der sich daran anschließenden machtvollen Subjektkategorien. Sie sind gleichzeitig das Produkt einer frühethnologischen Theoriebildung, wie sie aus heutiger Sicht als längst überholt und in hohem Maße problematisch gelten muss. Die Ethnologie hat im Hinblick auf ihren Kulturbegriff einen erheblichen Wandel und eine überaus selbstkritische Debatte durchlaufen, deren Ergebnisse sich auch (z. T. in transformierter, z. T. in radikalisierter) Form im staatsnationalen Diskurs wiederfinden.[379] Obwohl also die wissenschaftliche Entwicklung diesbezüglich mit großen Schritten vorangekommen und wenigstens ein Teil der Gesellschaft den Weg ganz offensichtlich auch mitgegangen ist, scheint ein anderer Teil der deutschen Öffentlichkeit weiterhin einem Kulturbegriff verhaftet zu sein, der dem 19. Jahrhundert entstammt und letztlich kaum mehr ist, als eine beschönigende Bezeichnung für ‚Rasse'.[380] Angesichts dessen, dass der (moderne) wissenschaftliche und der populäre Diskurs dieselben theoretischen Grundbegriffe teilen, diese jedoch diametral anders mit Bedeutung versehen, ist es erstaunlich, dass von Seiten der (deutschen) Ethnologie so wenig Gegenwehr gegen diese konträre Wirklichkeitskonstruktion erfolgt.[381] Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass beide Diskurse gänzlich verschiedene Adressat_innenkreise ansprechen und die Ethnologie – ob ihres symbolischen Kapitals als etablierte Wissenschaft – nicht um ihren gesellschaftlichen Wahrheitsanspruch fürchten muss. Nichtsdestoweniger zeigen rezente politische Phänomene (wie etwa die Segregation von Migrant_innen in verschiedenen europäischen Städten,[382] die erheblichen Wahlerfolge der AFD in Deutschland,[383] die rechtspopulistischen Reaktionen auf die sogenannte ‚Flüchtlingskrise' von 2015[384] oder auch die neue Reform des

[379] Siehe hierzu Abschn. 2.3 sowie 4.1

[380] Siehe Abschnitt 2.3

[381] Siehe hierzu die Ausführungen zum Verhältnis von Ethnologie und Öffentlichkeit in Abschn. 2.3

[382] Siehe hierzu die Vorbemerkung zu dieser Arbeit

[383] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit

[384] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit

Staatsangehörigkeitsgesetzes aus dem Jahr 2019[385]), dass gesellschaftliche Wirklichkeiten sich – wie weiter oben dargelegt – immer im Fluss und im Prozess der Aushandlung befinden. Was gestern als ‚realitätsfern' galt, kann – unter gewissen Voraussetzungen – morgen zur allgemein akzeptierten Wahrheit werden. Angesichts dessen sollte die Ethnologie sich vielleicht ihres Wirklichkeitsanspruchs nicht allzu sicher sein und ein wenig mehr Gegenwehr an den Tag legen, wenn es um die diskursive Verteidigung ihrer wissenschaftlichen Grundbegriffe geht. Dies gilt umso mehr, da mit Berger und Luckmann davon auszugehen ist, dass es sehr wohl so etwas wie eine *natürliche Umwelt* und *natürliche Vorbedingungen des Menschseins* gibt, die der kollektiven Wirklichkeitskonstruktion Grenzen setzen (oder setzen sollte).[386] Dies gilt außerdem auch und gerade angesichts der Dynamik aus Wissen, Macht und Emotion, die im bisherigen Verlauf dieser Arbeit zu beobachten war und deren ‚Eigenleben' den normativen Ansprüchen an eine ‚vernunftgeleitete' demokratische Gesellschaft grundlegend zuwiderläuft.

[385] Siehe hierzu Abschn. 4.2 sowie 2.5

[386] Siehe hierzu Abschn. 2.3



5 Facetten des Diskursfeldes

5.1 Exkurs in die Diskursrezeption: Von der Enkodierung zur Dekodierung

Stuart Hall zufolge entsteht die Bedeutung einer Aussage im fortwährenden Wechselspiel von Enkodierung und Dekodierung.[1] Dies gilt für das Verhältnis von Massenmedien und Rezipient_innen, dies gilt letztlich jedoch auch für jede andere Form der diskursiven Wirklichkeitskonstitution. In Kapitel 4 dieser Arbeit wurden die enkodierten Storylines der beiden dominanten Hamburger Einbürgerungsdiskurse nachverfolgt. In diesem Zuge wurde offenbar, dass Diskurs und Sprecher_innen keine statische Einheit bilden. Subjektive Sinnwelten speisen sich aus dem steten Zusammenspiel bzw. aus dem steten Widerstreit verschiedenster diskursiver Deutungsangebote. Ihre rationale Ordnung entsteht im Prozess der Wahl zwischen sowie der Hierarchisierung von unterschiedlichen Perspektiven und Sinngehalten.[2] Aus diesem Grund soll nach der Enkodierung nun auch die Dekodierung der diskursiven Wissensverhältnisse genauer in den Blick genommen werden. Auf welche Art und Weise werden staatsnationaler und ethnonationaler Diskurs von ihrem Publikum ‚entschlüsselt'? Inwiefern üben die diskursiven Wirklichkeitskonstruktionen Macht aus auf die subjektiven Sinnwelten ihrer Rezipient_innen? Wie wirkt sich die Polysemie der gesellschaftlichen

[1] Siehe hierzu Abschn. 2.4

[2] Siehe hierzu Abschn. 2.4 sowie die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_5.

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_5

Grundbegriffe auf der Mikroebene aus und welche Rolle spielt dabei die antagonistische Wechselwirkung, die im massenmedial verfassten Diskursfeld zu beobachten war?

Um einer Antwort auf diese Fragen näher zu kommen, sollen im Folgenden die Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes – ihres Zeichens Personal im Dispositiv der Hamburger Einbürgerungsinitiative – zur Rate gezogen werden. Durch ihre zentrale Schlüsselposition im Diskursfeld erlangen sie wertvolle Einblicke in verschiedene Bereiche der Bedeutungsdekodierung (und -enkodierung). In ihrer Rolle tragen sie nicht nur zur Reproduktion des offiziellen, staatsnationalen Diskurses bei, sie sind überdies auch Vermittler_innen zwischen Diskurs(en) und (in der Hauptsache migrantischer) Betroffenenperspektive. Die Betroffenenperspektive wird weitergehend durch die Ergebnisse der quantitativen Konsensanalyse beleuchtet werden, welche die Ausführungen im vorliegenden Teilkapitel ergänzen. Dabei stehen Personen im Fokus, die – wie in Abschnitt 3.4 erläutert wurde – als *Grenzgänger_innen* im Diskursfeld gelten können. Gemeint sind Eingebürgerte (welche die sozial konstruierte Grenzlinie nationaler Zugehörigkeit bereits überschritten haben), Einzubürgernde (die sich im Prozess der Einbürgerung befinden und insofern unmittelbar an der Grenzlinie stehen) und Einbürgernde (die ihrerseits den Grenzübertritt überwachen, oder ihn – im Rahmen der Einbürgerungsinitiative – unterstützen). Der diesbezügliche Datensatz wurde in Abschnitt 3.4 bereits vorgestellt, dies soll hier nicht noch einmal wiederholt werden. Zu beachten ist indes, dass von den insgesamt 47 Befragten 72,34 % eine Einbürgerung durchlaufen haben bzw. sich zum Zeitpunkt der Umfrage im Prozess der Einbürgerung befanden. Damit bilden Personen *ohne* eigene Einbürgerungserfahrung eine absolute Minderheit. Insgesamt erlauben Größe und Struktur des Samples keine systematischen oder gar repräsentativen Aussagen über einzelne Gruppen von Befragten (etwa entlang der Linien von Geschlecht, Alter oder (nationaler) Herkunft). In den Abschnitten 3.3 und 3.4 wurde überdies im Detail begründet, warum die vorliegende Arbeit biographische Daten (trotz ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die diskursethnologische Betrachtung) weitgehend vernachlässigt. Vor diesem Hintergrund wird sich die nachfolgende Analyse im Wesentlichen auf allgemeine Trends konzentrieren, die sich in der Gruppe der Umfrageteilnehmenden als Ganzes abzeichnen, und nur an ausgesuchter Stelle weiter ins Detail gehen. Die erhobenen Trends können dazu dienen, Tendenzen der Interviews besser einzuordnen und potenzielle Erklärungsansätze aufzuzeigen. Sie können indes nicht dazu herangezogen werden, abschließende Antworten zu geben. Im Sinne eines *Exkurses* dient das vorliegende Unterkapitel lediglich einem analytischen Ausblick auf das weitläufige Forschungsfeld der Diskursrezeption. Es vermittelt einen ersten Eindruck von den Mechanismen

der Bedeutungsdekodierung, zeigt weiterführende Fragestellungen und etwaige methodische Ansatzpunkte auf. Dabei wird es durchaus auch Antworten anbieten, diese haben jedoch skizzenhaften und keinen definitiven Charakter.

Im Rahmen der leitfadengestützten Expert_inneninterviews mit Leitung, Koordinator_innen und Lots_innen des TGH-Lotsenprojekts sowie auch im Rahmen der quantitativen Konsensanalyse wurden die in Abschnitt 4.3 dieser Arbeit erschlossenen Grundbegriffe der diskursiven Phänomenstruktur gezielt abgefragt und erörtert.[3] Eckpfeiler der Erhebung sind vor diesem Hintergrund die Themen *Kultur*, *Identität*, *Nation*, *Integration* und *Einbürgerung* (aufgespalten in die Aspekte *Funktion*, *Gründe* und *Hürden*) sowie die Bewertung der *Hamburger Einbürgerungsinitiative* als solche. Des Weiteren wurden im Rahmen der Expert_inneninterviews Fragen zum Verhältnis von Staatsangehörigkeit und Identität – das heißt zum Thema *nationale Identifikation* – und (ergänzend dazu) zum Thema *Mehrstaatigkeit* gestellt. Diese zehn Aspekte sollen daher in der folgenden Auswertung sowohl separat beleuchtet als auch wechselseitig zueinander in Bezug gesetzt werden. Die zu den einzelnen Aspekten angeführten Belegzitate wurden nach Maßgabe ihrer Typisierbarkeit aus den Antworten der Expert_innen ausgewählt und können als beispielhaft gelten für die Argumentation der Befragten.

Kultur

Es ist bemerkenswert, dass die Expert_innen hinsichtlich ihrer Definition von Kultur Elemente *beider* dominanter Diskurse aufgreifen. Sowohl konstruktivistische als auch essentialistische Auffassungen sind zu annähernd gleichen Teilen präsent. Wie die Beispiele in Tabelle 5.1 deutlich zeigen, werden beide Kulturmodelle z. T. sogar von denselben Personen innerhalb ein und desselben Interviews vertreten. Je nach Anlass und Thema tendieren die Befragten mal mehr zu einer konstruktivistischen, mal mehr zu einer essentialistischen Lesart. Insbesondere bei der Frage *„Was bedeutet ‚deutsch Sein'?"* werden in vielen Fällen gängige kulturelle Stereotype reproduziert (z. B. Ordnung / Pünktlichkeit). Die Frage *„Was halten Sie von der Idee einer ‚deutschen Leitkultur'?"* hat wiederum zumeist eher eine Betonung von Konstruktivismus, Heterogenität/Hybridität und vor allen Dingen Individualität zur Folge. Evolutionistische Tendenzen oder gar ein Huntington'scher Kulturantagonismus sind derweil nicht zu beobachten. Was die Frage nach der Gleichwertigkeit,

[3] Siehe hierzu den Leitfaden in Anhang 4 im elektronischen Zusatzmaterial, siehe überdies die methodischen Erläuterungen in Abschn. 3.3

respektive Hierarchisierung verschiedener Kulturen angeht, setzt sich hier eindeutig das staatsnationale Ideal eines Kulturrelativismus innerhalb transkulturell verbindlicher Grenzen durch:[4]

In den obigen Zitaten zeichnet sich ein gewisses Muster ab. Tatsächlich scheint die Definition des Kulturbegriffs (konstruktivistisch vs. essentialistisch) von der Ebene abzuhängen, über die jeweils gesprochen wird. Geht es um Kultur auf kollektiver Ebene, wie u. a. bei der Frage *„Was bedeutet ‚deutsch Sein'?"*, wird rasch auf ein vereinfachendes, homogenisierendes Modell zurückgegriffen (z. B.: ‚In Deutschland ist man pünktlich'). Geht es jedoch um die individuelle Ebene – z. B., wenn mit der Frage nach einer ‚deutschen Leitkultur' oder einer gemeinsamen ‚deutschen Identität' die Anforderung gestellt wird, jeder einzelne Mensch müsse allgemeinverbindlichen Kulturstandards gerecht werden – verweisen die Befragten auf kulturelle Hybridität und Fluidität sowie auf den individuellen Lebensweg und den freien Willen jedes oder jeder Einzelnen. Der Kulturbegriff scheint hier in zwei verschiedene Dimensionen aufgespalten zu werden – eine kollektive und eine individuelle. Diese implizite Verschachtelung von Wirklichkeiten führt, wie am Beispiel der obigen Zitate zu sehen ist, zu höchst widersprüchlichen Aussagen und zur Verquickung diametral gegensätzlicher Diskurselemente.

[4] Die nachfolgenden Zitate sind sprachlich nicht ‚bereinigt' worden und weisen insofern naturgemäß ‚sprachliche Fehler' auf – zum einen, weil es sich bei vielen der Interviewten um Personen handelt, die Deutsch als Zweitsprache erlernt haben, zum anderen, weil gesprochene Sprache grundsätzlich immer im Fluss und in hohem Maße von Situation und Kontext bestimmt ist. Zu Gunsten der Leserlichkeit wäre eine gewisse Anpassung an die Schriftform zwar sinnvoll, diese birgt jedoch immer auch die Gefahr des Sinnverlusts und der unbewussten Transformation. Sie wurde aus diesem Grund im Folgenden unterlassen.

Tabelle 5.1 Inkonsistenzen der Kulturbegriffe

	konstruktivistisch	***essentialistisch***
TGH05[5]	*[Frage: Was halten Sie von der Idee einer deutschen Leitkultur?]* Was ist denn die deutsche Leitkultur? Als ob es den homogenen Deutschen gibt. Also… Da braucht man doch nur durch die Stadtteile zu gehen. Geh doch durch Altona. Wo siehst du da denn den typisch Deutschen? Und dann geh doch durch Blankenese, geh durch Billstedt. […] Die deutsche Leitkultur, würde ich sagen, ist Offenheit, Freundschaftlichkeit, Verbundenheit und, ähm, Forschung, Lebendigkeit und Vielfalt. Das würde ich als deutsche Leitkultur, wenn es denn eine Definition darüber geben soll, sagen.	*[Frage: Was bedeutet ‚deutsch Sein'?]* „Ha, ha, ja, was bedeutet für mich deutsch sein? Naja, ich, äh, kann – die Frage ist ja auch direkt an mich gestellt – und ich kann dir dazu sagen, dass ich so bin, wie ich bin. Und, ähm, ich finde, ähm, es gibt zwar so das typisch Deutsche, und, ähm, das mag ich auch. Alles was so mit Pünktlichkeit zu tun hat, Ordentlichkeit, ne? Und, ähm, alles hat so seinen Platz, und, ähm, Verantwortlichkeit und Verantwortungsbewusstsein, das mag ich. Und im Übrigen ist es auch das, äh, was die Türken, wenn sie denn in der Türkei sind, leben und von den, also, türkischen Leuten da echt belächelt werden und sagen: „Also du bist ja wirklich sowas von deutsch."
TGH08	*[Frage: Was halten Sie von der Idee einer deutschen Leitkultur?]* „Also… nicht so gut. Weil, also, als Mensch, oder in Deutschland sind nicht alle Menschen gleich, ne? Es gibt verschiedene Kulturen auch in Deutschland, also, und, äh, man kann auch nicht so ein Format haben, wo man sich anpassen muss. Äh, und als Migrant habe ich auch meine Kultur, meine Werte und ich kann entscheiden, was ich annehme und was ich nicht annehme, was ich aufgebe von meiner Kultur und was nicht."	*[Frage: Was bedeutet ‚deutsch Sein'?]* „Ja, schwierige Frage. Bin ich Deutscher? Also, ich glaube, für mich deutsch zu sein heißt, die Werte, die die deutsche Gesellschaft hat, so auch anzunehmen. Zum Beispiel Pünktlichkeit. Dass man sagen kann, also: „Ich war nicht pünktlich, aber jetzt bin ich Deutscher, weil ich pünktlich bin." Oder die Ordnung, oder andere Werte, die man hier hat. Also, dass man auch die, diese Werte lebt und als eigene angenommen hat."

(Fortsetzung)

[5] Für Detailinformationen zu den in diesem Kapitel zitierten Interviews bzw. den interviewten Personen siehe Tabelle 3.4 in diesem Buch bzw. Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis.

Tabelle 5.1 (Fortsetzung)

	konstruktivistisch	***essentialistisch***
TGH09	*[Frage: Sollten Menschen, die eine Einbürgerung anstreben, sich emotional mit Deutschland identifizieren?]* „Ich meine, da gibt es natürlich keine Regelung, weil, selbst in Deutschland. Das ist sehr neuer Staat. Und Deutschland entsteht ja aus vielen Bevölkerungen und, ähm, eigene Kultur auch sehr Vielfalt. Was ist dann Deutschland?“	*[Frage: Was halten Sie von der Idee einer deutschen Leitkultur?]* „Also für, für deutsches Volk ist es sehr gut, weil das ist schon im Charakter: Irgendwie eine gerade Linie haben, und dass diese gerade Linie soll gleich für alle sein. […] Das ist keine Idee. Es liegt im Charakter. Dadurch entsteht ja deutscher Staat. So russischer Staat entsteht durch ganz andere. Das ist noch Heimatgefühl. Es liegt einfach am Charakter. Ich finde es ist… Vielleicht ist es meine persönliche Meinung, aber es ist einfach grundsätzlich. Für Deutschen haben sowas.“

Ein ähnliches Bild hat sich überdies auch in der quantitativen Konsensanalyse ergeben. Tabelle 5.2a versammelt acht wichtige Deutungsmuster zum Thema Kultur und Identität, die so oder in ähnlicher Form im Diskursfeld präsent sind und jeweils beispielhaft für einen der beiden dominanten Diskurse stehen. So geben die ersten beiden Deutungsmuster zentrale Aussagen des staatsnationalen Diskurses wieder, während die restlichen sechs Muster den ethnonationalen Diskurs repräsentieren.

Tabelle 5.2a zeigt deutlich, dass der offizielle Hamburger Einbürgerungsdiskurs im Hinblick auf seine Definition von Kultur und Identität bei den Befragten viel Zuspruch erhält. Im Falle der beiden staatsnationalen Deutungsmuster wurde mehrheitlich die Option ‚Stimme zu‘ gewählt. Bei den meisten ethnonationalen Deutungen entschied sich eine breite Mehrheit dagegen für die Option ‚Stimme nicht zu‘. Insgesamt 89,36 % der 47 Befragten sind der Meinung, dass ein Mensch durchaus mehrere Kulturen in sich vereinen und an mehreren Orten auf der Welt heimisch sein kann (siehe Deutungsmuster Nr. 1). Dies ist eine Haltung, die klar dem konstruktivistischen, kosmopolitischen Ideal des staatsnationalen Diskurses entspricht und die insgesamt repräsentativ scheint für das allgemeine Antwortverhalten der Teilnehmenden. Durchbrochen wird der staatsnationale Trend hingegen von den Reaktionen auf Aussage Nr. 7:

„Menschen aus manchen Ländern lassen sich wegen ihrer kulturellen Ähnlichkeit leichter in die deutsche Gesellschaft integrieren als andere.“

Tabelle 5.2a Kultur & Identität

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
1	Ein Mensch kann mehreren Ländern gleichzeitig angehören, mehrere Kulturen haben und sich an mehreren Orten auf der Welt heimisch fühlen.	89,36	4,26	6,38
2	Wenn man für die Einbürgerung seine alte Staatsangehörigkeit abgeben muss, bedeutet das, dass man ein wichtiges Stück seiner Identität verliert.	51,06	36,17	12,77
3	Wenn Menschen sich nicht eindeutig für EIN Land und EINE Staatsangehörigkeit entscheiden, kann das zu ernsten Problemen und Loyalitätskonflikten führen.	14,89	74,47	10,64
4	Deutschland hat eine traditionelle Kultur, an die sich alle halten müssen.	19,15	70,21	10,64
5	Je weniger kulturelle Unterschiede es in der Gesellschaft gibt, desto besser klappt das Zusammenleben.	19,15	68,09	12,77
6	Wenn zwei Menschen aus demselben Land kommen, kann man davon ausgehen, dass sie einander kulturell sehr ähnlich sind.	29,79	63,83	6,38

(Fortsetzung)

Tabelle 5.2a (Fortsetzung)

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
7	Menschen aus manchen Ländern lassen sich wegen ihrer kulturellen Ähnlichkeit leichter in die deutsche Gesellschaft integrieren als andere.	68,09	14,89	14,89
8	Wenn eine muslimische Frau in Deutschland eine Form der Vollverschleierung trägt, kann man davon ausgehen, dass sie schlecht integriert ist.	34,04	53,19	10,64

Dieser Deutung stimmen 68,09 % der insgesamt 47 Umfrageteilnehmenden zu. Der Gedanke, dass Menschen allein aufgrund ihrer regionalen Herkunft in Taxonomien kultureller Fremdheit eingestuft werden könnten (ungeachtet ihres jeweiligen Lebensweges, ihres Bildungsstandes oder anderer Faktoren) spricht unzweifelhaft für ein essentialistisches (oder vielmehr diffusionistisches) Bild von Kultur. Des Weiteren lässt sich daran außerdem ein assimilatives Verständnis von Integration ablesen, welches auf umfassende kulturelle Anpassung zielt. Damit sind gleich zwei Kernannahmen des ethnonationalen Diskurses abgedeckt. Fast genauso viele Personen – nämlich 63,83 % – stimmten jedoch wiederum *gegen* Aussage Nr. 6:

> *„Wenn zwei Menschen aus demselben Land kommen, kann man davon ausgehen, dass sie einander kulturell sehr ähnlich sind."*

Noch interessanter ist, dass insgesamt 42,55 % aller Befragten Aussage 6 widersprochen haben, während sie Aussage 7 gleichzeitig zustimmten. Demnach gehen sie zwar nicht davon aus, dass Menschen, die aus demselben Land kommen, einander zwangsläufig kulturell ähnlich sein müssen, sehr wohl aber nehmen sie an, dass Menschen aus manchen Ländern aufgrund ihrer kulturellen Nähe zu Deutschland pauschal besser zu integrieren sind als andere. Ganz offensichtlich besteht hier ein logischer Widerspruch – denn wenn man von der Herkunft nicht auf die Kultur schließen kann (was durchaus ein konstruktivistischer Gedanke ist), wie kann man

dann anhand der Herkunft die (vermeintlich) kulturbedingte Integrationsfähigkeit abschätzen?

An dieser Stelle zeigt sich, dass die Existenz unterschiedlicher Diskursrealitäten und die Verfügbarkeit unterschiedlicher Subjektkategorien in der öffentlichen Arena, deren individuelle Rezipient_innen unweigerlich vor die Herausforderung der Wahl stellt. Diese Wahl ist immer situativ und niemals endgültig. Diskursive Wirklichkeiten befinden sich ständig im Fluss – ganz offensichtlich umso mehr, wenn sie in der subjektiven Sinnwelt einzelner Akteur_innen unmittelbar aufeinanderprallen. Im Anschluss an den nachfolgenden Themenpunkt wird auf diesen Umstand (sowie auf etwaige dahinterstehende Dynamiken) noch ausführlicher eingegangen werden.

Identität

Was das Thema Identität anbelangt, das in Tabelle 5.2a ebenfalls mitabgehandelte wird, fallen die Antworten der Expert_innen sehr viel deutlicher zu Gunsten des staatsnationalen Diskurses aus. Bis auf wenige Ausnahmen stehen hier Vorstellungen von Mehrdimensionalität und Hybridität im Fokus – gerade auch wenn es um die Ausformung und Umgestaltung kultureller Identitäten im Kontext von Migrationsprozessen geht. Die nachfolgenden Interviewausschnitte vermitteln davon einen exemplarischen Eindruck.

> *[Frage: Wie stehen Sie zum Thema doppelte Staatsangehörigkeit?]*
>
> „Ich find das gut. Ja, weil, äh, man kann, also, ich find halt man kann, ähm, in vielen Kulturen gleichzeitig sein, oder, also, mit Ländern verbinde ich direkt Kulturen. Und, ähm, ich finde man sollte nicht eine aufgeben müssen, um eine andere zu haben, oder bzw. sich einer anderen zugehörig zu fühlen. Ähm, ja… und ich finde keiner sollte gezwungen sein, etwas aufzugeben, nur damit, ähm, er noch etwas haben kann.“[6]
>
> *[Im Gespräch]*
>
> „Obwohl, ich leb ja schon seit 89 hier. Ich bin mit acht Jahren hierhergekommen mit meiner Familie. Und trotzdem bin ich alle paar Jahre in Pakistan gewesen und trotzdem ist das irgendwo sind da meine Wurzeln. Und… ich fühle mich immer auch wieder dort hingezogen. Egal wie schlecht es Pakistan politisch geht, oder wirtschaftlich geht, ob da jetzt, ähm, ich bin, ich geh dahin und muss da unter Verhältnissen leben, die ich hier nicht kenne. Dass da kein Strom ist, dass da in manchen Gegenden keine Toiletten zuhause sind, wo man ins Feld laufen muss, oder ähnliches. Aber trotzdem gehe ich da gern hin, weil das meine Wurzeln sind. Ich kann mir jetzt nicht vorstellen dort zu leben, aber wenn jemand fragt: Wo würden Sie am liebsten Urlaub

[6] TGH02.

machen? Ja, in Pakistan. Ganz klare Aussage. Natürlich möchte ich auch andere Länder sehen, ich reise auch in anderen Ländern, aber das ist der Punkt der mir nach Deutschland immer wieder, ja, mich zieht sozusagen. […] Wenn ich zwei Jahre nicht fliege, dann vermiss ich es, und wenn ich da vier Wochen gewesen bin, dann will ich auch zurück. Also viel länger als vier Wochen ist schon für mich viel. Ich war schon länger dort, aber, also, auch schon fast 12 Wochen, fast drei Monate, aber das war für mich schon wirklich grenz…, da war auch… ich musste dahin, aus privaten Gründen länger bleiben, aber es war schon für mich wie eine, wie eine Mutprobe. Also ich hatte schon Heimweh.“[7]

[Frage: Was bedeutet ‚deutsch Sein‘?]

„Puh… ich glaube das bedeutet, äh… […] bedeutet, ähm, ja also… das ist wirklich eine schwierige Frage. Weil, ähm, ich glaube bedeutet sich mit der Kultur, mit der Kultur sich, mit der deutschen Kultur sich auseinanderzusetzen, mit der Sprache, mit sich Wohlfühlen in diesem Land, als Frau, sich für die Politik oder für die, was in diesem Land passiert interessieren. Bedeutet Teil der Gesellschaft sein, ohne, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren. Bedeutet auch […], sich für dieses Land zu engagieren […], also aktiv sein. Ja. Das würde es für mich bedeuten.“[8]

Die unterschiedliche Dekodierung der Grundbegriffe Kultur und Identität ist augenfällig. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass es sich bei den interviewten Expert_innen um Personal im (staatsnationalen) Dispositiv der Hamburger Einbürgerungsinitiative handelt, überrascht die starke Präsenz essentialistischer Deutungen im Hinblick auf den Kulturbegriff. Warum wird bei der individuellen Ausformulierung von Kultur zwischen staatsnationaler und ethnonationaler Perspektive vermittelt, während sich bei der Ausgestaltung des Identitätsbegriffs klar die staatsnationale Perspektive durchsetzt? Es ist die These der vorliegenden Arbeit, dass dieses Phänomen v. a. mit den emotionalen Subjektkategorien zu tun hat, welche die beiden Diskursströmungen ihrem Publikum jeweils eröffnen. Die staatsnationalen Subjektpositionen des/der ‚guten Migrant_in‘ bzw. des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen‘ und des/der ‚guten (geborenen) Staatsangehörigen‘ betonen v. a. die *individualisierte* Seite von Kultur und Identität. Im hyperkulturellen Sinne erlaubt diese Lesart eine individualistische und rationalistische Sicht auf das einzelne Individuum: Migrant_innen / Eingebürgerte sowie auch Deutsche qua Geburt sind individuelle, freie und rationale Akteur_innen, die Versatzstücke unterschiedlicher Kulturen und Identitäten auf ‚sinnvolle‘ und ‚eigensinnige‘ Weise miteinander verbinden. Gleichzeitig existiert im öffentlichen Raum jedoch die – wie Abschnitt 4.1, 4.2 und 4.3 gezeigt haben – äußerst mächtige Vorstellung von ‚Kultur als Gemeinschaft‘ mit ihrer ‚containerhaften‘ Konzeption essentialisierter

[7] TGH03.

[8] TGH04.

Kulturmerkmale.[9] Dieser Kulturbegriff, der seit Herder im deutschen Sprachraum präsent ist,[10] bildet einen wesentlichen Baustein der öffentlichen Diskurslandschaft und damit der gesamtgesellschaftlichen Sinnwelt. Er scheint in der Tat so mächtig zu sein, dass die Befragten ihn nicht einfach ignorieren können. Vielmehr integrieren sie beide Denkmodelle gemeinschaftlich in ihre subjektive Sinnwelt. Die Idee, dass das Individuum zwischen verschiedenen Kulturen wählen kann, um mit deren Puzzleteilen seine persönliche Identität auszugestalten, steht aus dieser Perspektive nicht im Widerspruch zu einem essentialistischen Begriff von Kultur auf kollektiver Ebene (wie ihn etwa auch der in Abschnitt 2.2 vorgestellte Multikulturalismus vertritt). Demnach gibt es relativ klar definierbare kulturelle ‚Container', die anhand ihrer statischen Merkmale beschrieben und differenziert (bzw., wie im Rahmen der Konsensanalyse geschehen, in Taxonomien eingeordnet) werden können. Dem tut die Vorstellung (zumindest vermeintlich) keinen Abbruch, dass das Individuum frei zwischen diesen Containern wählt und sich nach Belieben Inhalte herauspickt. Die widerstreitenden Kulturalisierungsregime von *Hyperkultur* und *Kulturessenzialismus*[11] finden hier ihre Versöhnung in einem konstruktivistischen Modell von (persönlicher) Identität. Damit korrespondiert des Weiteren auch das Wahlverhalten der Umfrageteilnehmenden, wie es in Tabelle 5.2a zusammengefasst wird: Auf Ebene des einzelnen Subjekts (wenn es um die Frage *persönlicher* Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Menschen geht) wird Individualität zugestanden. Auf Ebene des Kollektivs (wenn es um die Frage der Integrationsfähigkeit ganzer Menschengruppen geht) obsiegt die Vorstellung vom essentialistischen ‚Container'. Es ist davon auszugehen (wenn anhand der Daten auch nicht abschließend zu verifizieren), dass die Frage, ob die Teilnehmenden sich von der jeweiligen Aussage persönlich als Individuum angesprochen fühlen oder nicht, bei dieser Einordnung eine entscheidende Rolle spielt. Dazu passt die Tatsache, dass einige der Abstimmungsergebnisse, wie sie in Tabelle 5.2a dargestellt sind, z. T. entschieden anders ausfallen, betrachtet man Deutsche qua Geburt und Menschen mit Migrationshintergrund[12] separat (siehe Tabelle 5.2b). So sind etwa 45,45 % der geborenen

---

[9] Siehe hierzu außerdem die Ausführungen zu Beer in Abschn. 2.3

[10] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[11] Siehe die Ausführungen zu Reckwitz in Abschn. 2.3

[12] Die Kategorie des Migrationshintergrundes bezieht sich im Kontext des vorliegenden Teilkapitels lediglich auf die Frage, ob die Person selbst mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde oder nicht, nicht jedoch weitergehend auf den Status der Eltern, wie es die offizielle Definition dieses Begriffes vorsieht. Er umfasst.

des Weiteren Menschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, schließt also die Gruppe der Eingebürgerten mit ein.

Deutschen der Ansicht, dass man sehr wohl davon ausgehen könne, zwei Menschen, die aus demselben Land kommen, seien einander kulturell ähnlich. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund erreicht die Zustimmung dagegen nur 25,00 %, bei den eingebürgerten Deutschen sogar nur 22,22 %. Überwältigende 81,81 % der geborenen Deutschen stimmen weiterhin der Aussage zu, dass Menschen aus manchen Ländern sich aufgrund ihrer kulturellen Ähnlichkeit leichter in die deutsche Gesellschaft integrieren ließen als andere. Auch hier ist die Zustimmungsquote mit 63,89 % bei den Menschen mit Migrationshintergrund deutlich niedriger (wenn auch insgesamt immer noch sehr hoch). Eingebürgerte Deutsche liegen mit einer Zustimmung von 70,37 % etwa im Mittelfeld zwischen der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund einerseits und der Gruppe der geborenen Deutschen andererseits.

Tabelle 5.2b Themenkomplex Identität – Zustimmung einzelner Teilgruppen

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Deutsche qua Geburt*	*Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt*	*Eingebürgerte*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
6	Wenn zwei Menschen aus demselben Land kommen, kann man davon ausgehen, dass sie einander kulturell sehr ähnlich sind.	45,45	25,00	22,22
7	Menschen aus manchen Ländern lassen sich wegen ihrer kulturellen Ähnlichkeit leichter in die deutsche Gesellschaft integrieren als andere.	81,81	63,89	70,37
8	Wenn eine muslimische Frau in Deutschland eine Form der Vollverschleierung trägt, kann man davon ausgehen, dass sie schlecht integriert ist.	63,63	25,00	33,33

Man kann spekulieren, ob Personen, die in ihrem Leben selbst kultureller Essentialisierung und / oder Rassifizierung ausgesetzt waren bzw. sind, aufgrund ihrer eigenen Diskriminierungserfahrungen tendenziell kritischer reagieren, wenn Menschen – wie im Rahmen der hier abgefragten Aussagen – anhand von kulturellen Kategorien über einen Kamm geschoren werden. Sie bewegen sich, so kann man plausibler Weise vermuten, ob ihres spezifischen Lebensweges und der ihnen zugewiesenen Position in der Gesellschaft im Spannungsfeld anderer Diskurskonstellationen als es wiederum jene tun, die ihrerseits solche Erfahrungen nicht gemacht haben. Weiterhin lässt sich annehmen (wenn auch anhand der Daten in keiner Form nachweisen), dass die hier befragten Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt häufiger von rassistischem oder xenophoben Verhalten betroffen sind als die geborenen deutschen Teilnehmenden und deshalb im Verhältnis ein höherer Grad der Sensibilisierung besteht. Interessant wäre die Frage, inwiefern der Statuswechsel im Zuge der Einbürgerung zu einer veränderten Betroffenheit durch die dominanten Diskurskonstellationen und damit ggf. auch zu einer Veränderung innerer Haltungen führt, wie es sich im Falle von Aussage 7 anzudeuten scheint. Um diese Fragestellung weitergehend zu erörtern, ist die vorliegende Datenbasis jedoch ungenügend. Beachtenswert bleibt indes das Antwortverhalten in Reaktion auf Aussage 8 (siehe Tabelle 5.2b):

> *„Wenn eine muslimische Frau in Deutschland eine Form der Vollverschleierung trägt, kann man davon ausgehen, dass sie schlecht integriert ist.“*

Dieser Deutung stimmten insgesamt 34,04 % der Befragten zu. Mit 63,63 % pflichteten ihr im Verhältnis weit mehr als doppelt so viele geborene Deutsche wie Menschen mit Migrationshintergrund (25,00 %) bei. Die Zustimmungsquote der Eingebürgerten entspricht hier mit 33,33 % dagegen ungefähr der Quote des Gesamtsamples und ist (wie schon im Falle von Aussage 7) höher als die Zustimmung der Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt.

Die Assoziation von kulturellen oder religiösen Symbolen mit pauschalisierter kultureller Fremdheit und die weiterführende Assoziation von kultureller Fremdheit mit mangelnder Integration (bzw. Assimilation) ist eine klassische Argumentationsfigur des ethnonationalen Diskurses und überdies ein bekanntes Phänomen im Kontext nationalistischer Abgrenzung, wie sie u. a. in Abschnitt 2.2 thematisiert wurde.[13] Es ist bezeichnend, dass fast zwei Drittel der geborenen deutschen Befragten sowie immerhin ein Drittel der Befragten mit Einbürgerungshistorie

---

[13] Siehe hierzu überdies auch die Ausführungen zu historischen deutschen Nationalismen in Abschn. 2.5

diesen Aspekt des ethnonationalen Diskurses mittragen – und das, obwohl es sich hierbei um Personen in der unmittelbaren Einflusssphäre des staatsnationalen Diskurses handelt. Es wäre diesbezüglich von Interesse – und von erheblicher gesellschaftlicher Relevanz – weitergehend nachzuforschen und die unterschiedlichen, biographisch bedingten Diskursformationen aufzudecken, die diese ethnonational gefärbte (und bisweilen zutiefst widersprüchliche) Haltung hervorbringen. Eine Dichotomisierung von Migrant_innen und geborenen Deutschen reicht – wie schon das beiderseits abweichende Antwortverhalten der eingebürgerten Deutschen veranschaulicht – als Erklärung hier keinesfalls aus und greift – angesichts der Komplexität und Vielzahl existierender diskursiver Formationen – zu kurz. Aus bereits genannten Gründen muss die Analyse an dieser Stelle jedoch im Stadium der Spekulation verbleiben und die weitere Erörterung anderen überlassen.[14] Nichtsdestoweniger bleibt (wenigstens vorläufig) festzuhalten, dass die Dekodierung von Diskursen ein vielschichtiger Prozess ist, auf den unterschiedlichste Faktoren (so etwa persönliche Biographie, gesellschaftlich zugewiesene Rolle oder die Kontextualisierung durch variierende Diskurskonstellationen) in vielfältiger Weise Einfluss nehmen – und das sogar innerhalb solcher Gruppen, die, wie die hier untersuchte, von außen relativ homogen und ideologisch klar positioniert erscheinen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ein Kurzschluss von Diskurs auf Gruppe (oder umgekehrt) unweigerlich das Risiko der Verzerrung komplexer Realitäten birgt und in der ethnologischen Nationalismusforschung tunlichst vermieden werden sollte. Ähnlich wie Kultur und Ethnizität sind auch Diskurse und deren Publika / Produktionsräume zwei separate, wenn auch wechselseitig verzahnte Phänomene. Die nachfolgenden Ausführungen werden diesen Umstand weiterführend veranschaulichen.

Nation

Hinsichtlich des Nationenbegriffs, der in den Interviews zum Tragen kommt, gibt es – wie schon im Falle des Identitätskonzepts – eine klare Tendenz zu einer staatsnationalen Lesart. Diese begreift Deutschland – im subjektivistischen Sinn – als immanent multikulturelle und in stetem Wandel befindliche Einwanderungsgesellschaft innerhalb eines gemeinsamen transkulturellen Konsenses. Gleichzeitig allerdings wird offenbar, dass die Expert_innen sich ihrerseits in vielen Situationen mit einer ethnonationalen Perspektive konfrontiert sehen, dann nämlich, wenn sie selbst – trotz ihrer deutschen Staatsangehörigkeit und teilweise sogar obwohl sie in Deutschland geboren wurden – von Deutschen ohne Migrationshintergrund als ‚Fremde' oder ‚Ausländer_innen' eingestuft bzw. mit diskriminierendem Verhalten

[14] Zur Begründung siehe nochmals Abschnitt 3.3 und 3.4

oder grob vereinfachenden kulturellen (bzw. religiösen) Stereotypen konfrontiert werden. Die folgenden Interviewausschnitte demonstrieren dieses Phänomen und den dabei erlebten Widerspruch zwischen subjektiver und kollektiver Sinnwelt:

[Frage: Was bedeutet ‚deutsch Sein'?]

„Also deutsch Sein für mich, also, wenn ich hier, also mich entscheide, hier in Deutschland zu leben, ist erstmal für mich das Grundgesetz die Maßgabe. Und alles andere, also klar, vor ein paar Jahrzehnten, ne? Also wer blond ist, äh, also dieses Typische: So muss jemand Deutsches aussehen, ähm, ist natürlich Blödsinn, weil wir sind ein Einwanderungsland, wir sind vielfältig und, ähm… Es ist immer ganz witzig, wenn ich im Urlaub bin und wir sitzen irgendwo im Restaurant und dann kommt man mit dem Kellner ins Gespräch und sagt dann, ja, man ist aus Deutschland. Dann: „Oh, dann trinken Sie jetzt bestimmt ein Bier." So: „Nein, ich trinke kein Bier." – „Wie? Nein?" – „Nein." – „Okay, du kannst kein richtiger Deutscher sein." […] So das ist, das sind immer so ganz witzige Anekdoten, aber das zeigt ganz viel, so, ne? Diese Klischees. Muss ja auch nicht immer bös beabsichtigt sein. Insofern, ähm, natürlich, als jemand, der vielleicht nicht so diesen typisch deutschen Namen hat, den es vielleicht schon vor fünfzig / sechzig Jahren hier in Deutschland gab. Wenn man mit solchem, mit so einem Namen dann irgendwo hingeht, sei es in die, zum Arzt, die Arzthelferin sagt: „Oh Sie können ja gutes Deutsch." – Das ist halt so, irgendwie so Standard. Und es ist auch: „Das war vor zwanzig Jahren und das kann dir doch jetzt nicht immer noch passieren." – Doch, das passiert mir immer noch. Und ich wunder mich. Da frag ich mich, bin ich, soll ich diejenige sein, die in einer Parallelgesellschaft ist oder diese, diese Person? Also vielleicht schotten die sich ja eher ab, dass die, ähm, das für so ungewöhnlich halten, dass jemand, der vielleicht schwarze Haare hat, einfach perfekt Deutsch spricht. […] Insofern, aber was halt für mich maßgeblich ist, das ist, das geht ja auch einher mit dieser Debatte ‚Leitkultur'. Was gehört zur deutschen Leitkultur? Also das sagt ja das Wort Kultur. Kultur verändert sich. Ja? In jedem Land, und, ähm, Kultur wird ja auch von den Menschen ausgemacht, und insofern, unsere, unsere Restaurantvielfalt, Musikvielfalt, das vermischt sich ja alles, also mit den Menschen zusammen. Und dann muss man auch, man kann darüber vielleicht immer wieder auch debattieren und diskutieren und, ähm, das ist vielleicht auch ganz gut so, aber man muss halt auch sich klarmachen: Das verändert sich und das ist irgendwie erstmal nichts Schlimmes."[15]

[Im Gespräch]

„Ich werd' ja, wenn ich auf der Straße angesprochen werde, werd' ich ja nie als Deutsche gesehen. Das ist ja auch in Ordnung so, ne? Mir sieht man's auch nicht an, dass ich Deutsche bin, Biodeutsche bin, also, dass ich geborene Deutsche bin. Und, ähm, ich werde nie als Deutsche gesehen, aber es stört mich auch nicht. Wo es mich stört, und da stört es mich wirklich, wenn, wenn es so einen leichten Unterton hat. Also wenn, wenn jemand mich auch als Ausländer beschimpft, oder so. Dann: Nö. Ich

[15] TGH01.

bin keine Ausländerin, ich bin Deutsche. Ich kann's auch nachweisen, so. Viele sprechen mich ja auch schon auf falschem Deutsch an, weil sie denken ich sprech‘ kein Deutsch. […] Das erleb ich so oft. […] Arzt kommt rein ins Behandlungszimmer und sagt, dreht sich von mir weg zu meinem Mann und sagt: „Sagen Sie Ihrer Frau, sie soll sich hinsetzen.“ – Mein Mann sprach kein, also: „Wie bitte?“ – und so: „Ich glaub Sie können sich auch mit mir unterhalten, ich sprech ein bisschen Deutsch.“ Das hab‘ ich schon so oft erlebt.“[16]

[Frage: Sollten Menschen, die eine Einbürgerung anstreben, sich emotional mit Deutschland identifizieren?]

„Ähm, ich denke, das ist, äh, schwierig da, äh, sich mit Deutschland zu identifizieren, mit diese Emotion zu haben. Das ist nicht eine mechanische Prozess, die man kann irgendwie von der Markt kaufen, oder irgendwo hingehen und das für sich besorgen, sondern das ist eine sehr komplizierte Prozess. Ähm, vielleicht Einbürgerung ist eine Schritt, um das zu ermöglichen. Ähm, aber wir müssen auch das, äh, berücksichtigen, dass in Deutschland das enorm schwierig ist. Da Deutschland ist nicht, ist ein neu, neulich ist eine Migrationsgesellschaft geworden, nicht wie die USA oder Australien oder Kanada, und, äh, und immer noch deutsch zu sein wurde mit dem Blut oder Geschichte, äh, und Mentalität, äh, definiert. Diese Dinge kann man nicht, äh, leisten, sich leisten. Also kurz vielleicht gesagt ist deutsch zu sein essentialistisch mit solche Elemente definiert, wird das nicht möglich sein. Von daher, also, darf man das nicht verlangen.“[17]

In den obigen Zitaten tritt der immanente Antagonismus zwischen ethnonationaler und staatsnationaler Deutungslinie, der in ähnlicher Weise bereits im massenmedial vermittelten Diskursfeld zu beobachten war, klar hervor. Interessant ist in diesem Zusammenhang v. a. das zweite Zitat, in welchem die Sprecherin Verständnis dafür aufbringt, nicht als Deutsche (im ethnischen Sinne) erkannt zu werden, sich aber entschieden gegen die Zuschreibung des nicht-deutsch-Seins (im nationalen Sinne) verwehrt. Hier ist eine implizite Aufspaltung zwischen einem ethnisch gefassten ‚deutsch Sein‘ einerseits und einem auf die (subjektivistische, multi-ethnische) Nation bezogenen ‚deutsch Sein‘ andererseits zu beobachten. Auch hierin lässt sich eine gewisse Vermittlung zwischen konträren Subjektpositionen und Deutungslinien beobachten: Die staatsnationale Konzeption von Staatsangehörigkeit und (kosmopolitischer) Staatsbürgerschaft wird mit der ethnonationalen Konzeption einer deutschen ‚Volksgemeinschaft‘ (im Herder'schen Sinne) versöhnt. Beide Deutungen werden – obwohl sie eigentlich widersprüchlich sein müssten – in eine gemeinsame ‚Hierarchie der Wirklichkeiten‘ eingegliedert.[18] Die staatsnationale

[16] TGH03.

[17] TGH06.

[18] Siehe hierzu die Ausführungen zu symbolischen Sinnwelten in Abschn. 2.3

Perspektive übernimmt dabei die Führung, gesteht der ethnonationalen Ideologie jedoch eine (eingeschränkte) Daseinsberechtigung zu, indem sie die Subjektkategorie der ‚überlegenen deutschen Volksgemeinschaft' zu einer ethnischen Kategorie unter vielen degradiert.

Wiederum korrespondieren in diesem Fall die Ergebnisse aus der quantitativen Befragung (siehe Tabelle 5.3a) mit den Antworten der Expert_innen. Die ersten beiden Aussagen in Tabelle 5.3a stehen beispielhaft für die Deutungslinie des staatsnationalen Diskurses, während die restlichen vier Deutungen dem ethnonationalen Diskurs entliehen sind. Die Aussagen 1 und 2 erhalten mit 82,98 % und 87,23 % hohe Zustimmungswerte. Beide zeichnen ein kosmopolitisches Gesellschaftsbild, wonach kulturelle Vielfalt gesellschaftlichen Fortschritt bewirkt und ideale Staatsbürger_innen sowohl lokal verwurzelt als auch global vernetzt sein sollten. Drei der vier ethnonationalen Deutungsmuster werden dementgegen mehrheitlich abgelehnt.

Besonders viel Widerspruch erhält Aussage Nr. 12:

> *„Wenn jemand eine dunkle Hautfarbe[19] hat, kann man davon ausgehen, dass er kein Deutscher ist."*

89,36 % der Befragten stimmen gegen diese Aussage und verwehren sich damit dem rassistischen Bild einer homogenen Abstammungsgesellschaft. Gleichzeitig stimmen allerdings 46,81 % der Aussage Nr. 11 zu:

> *„Durch die Einbürgerung wird man zwar zum deutschen Staatsbürger, aber nicht zum echten Deutschen."*

Nur 38,30 % aller Teilnehmenden widersprechen dieser Sichtweise. Damit scheint sich an dieser Stelle eine ethnonationale Interpretation durchzusetzen, die ‚echtes

---

[19] Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die Zuschreibung ‚dunkle Hautfarbe' von vielen Personen, die ihrerseits in der deutschen Gesellschaft als *Schwarz* gelesen werden, als diskriminierend empfunden wird, weil diese Kategorisierung (fälschlicherweise) den Eindruck einer objektiv beobachtbaren und eindeutig klassifizierbaren biologischen Tatsache erweckt. *Schwarz-Sein* und alle gesellschaftlichen Implikationen, die sich daraus ergeben, sind jedoch *soziale Konstruktionen* und müssen als solche gekennzeichnet werden. Da mit der hier abgedruckten Aussage allerdings eine ethnonationale Deutung reproduziert werden sollte, die *People Of Color* im Allgemeinen anspricht, musste die Formulierung diesem (durchaus problematischen) Ursprungskontext Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund betone ich noch einmal ausdrücklich, dass die Wahrnehmung von ‚Hautfarben' auf der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit beruht und nichts mit biologischen Merkmalen im eigentlichen Sinne zu tun hat.

Tabelle 5.3a Nation

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
9	Wenn es in einer Gesellschaft unterschiedliche kulturelle Perspektiven gibt, führt das zu gesellschaftlichem Fortschritt.	82,98	0.00	17,02
10	Als deutscher Staatsbürger[20] sollte man sich mit Deutschland identifizieren und gleichzeitig weltoffen sein.	87,23	8,51	2,13
11	Durch die Einbürgerung wird man zwar zum deutschen Staatsbürger, aber nicht zum echten Deutschen.	46,81	38,30	14,89
12	Wenn jemand eine dunkle Hautfarbe hat, kann man davon ausgehen, dass er kein Deutscher ist.	4,26	89,36	6,38
13	Viele Migranten bringen kulturelle oder religiöse Vorstellungen mit, die den gesellschaftlichen Frieden und die Ordnung gefährden.	21,28	55,32	21,28
14	Weil viele Migranten sich schlecht benehmen, ist es in Ordnung, wenn die Deutschen den Zuwanderern eher misstrauisch gegenüberstehen.	10,64	76,6	10,64

Deutschsein‘ eben *doch* an die Abstammung von deutschen Vorfahren rückkoppelt. Die Gegenüberstellung der beiden Variablen in einer Kreuztabelle offenbart, dass 40,43 % aller Befragten, die ihrerseits beide Fragen beantwortet haben, Aussage Nr. 11 zustimmen, während Sie gleichzeitig Aussage Nr. 12 ablehnen. Demnach gehen sie zwar nicht davon aus, dass äußerliche Merkmale (wie etwa die Hautfarbe) Aufschluss darüber geben können, ob jemand ‚deutsch‘ ist, gleichzeitig nehmen sie

[20] Da es sich bei den Befragten mehrheitlich um Menschen handelt, die Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache erlernt haben, wurde im Fragebogen der besseren Lesbarkeit halber auf eine genderkorrekte Schreibweise verzichtet.

aber an, dass ‚echtes Deutschsein' eine Kategorie jenseits vom rechtlichen Status der Staatsangehörigkeit darstellt und demgemäß durch irgendwelche anderen Charakteristika begründet sein muss (wie z. B. Kultur oder Ethnizität). Interessant ist hierbei, dass 72,72 % aller Deutschen qua Geburt Aussage Nr. 11 ablehnen, während ihr 55,56 % der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund sowie der eingebürgerten Deutschen zustimmen (siehe Tabelle 5.3b):

Tabelle 5.3b Themenkomplex Nation – Zustimmung einzelner Teilgruppen

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Deutsche qua Geburt*	*Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt*	*Eingebürgerte*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
11	Durch die Einbürgerung wird man zwar zum deutschen Staatsbürger, aber nicht zum echten Deutschen.	18,18	55,56	55,56

Die Wahrnehmung, dass Eingebürgerte keine echten Deutschen seien, wird demnach weitaus stärker von Menschen geteilt, die sich – das darf zumindest vermutet werden – ähnlich wie die oben zitierten Expert_innen ihrerseits vermehrt in der Situation sehen, in der deutschen Gesellschaft (ggf. auch trotz ihres Einbürgerungsstatus) als ‚Fremde' behandelt zu werden. Ihre Konfrontation mit den rassifizierenden Rollenzuschreibungen des ethnonationalen Diskurses führt augenscheinlich dazu, dass sie sich mit der Existenz (und der Unerreichbarkeit) der Subjektkategorie der ‚echten Deutschen' als gesellschaftlicher Wirklichkeit arrangieren. Im Gegensatz dazu weisen die hier befragten geborenen Deutschen eine solche zweidimensionale Aufgliederung der Kategorie ‚deutsch' entschieden von sich, was – so lässt sich spekulieren – mit ihrer sich grundlegend anders gestaltenden Alltagserfahrung und ggf. auch mit der Maßgabe sozialer Erwünschtheit durch den staatsnationalen Diskurs zusammenhängen könnte. Wenn diese Einschätzung richtig ist, dann üben die unterschiedlichen Formen und Grade der Betroffenheit durch die dominante Diskurskonstellation, die auch in diesem Fall mit Faktoren der individuellen Biografie und der sozialen Position zusammenzuhängen scheinen, wiederum erheblichen Einfluss auf die Diskursrezeption aus. Die augenfällige Aufspaltung von ‚deutsch Sein' in eine rechtlich-nationale und eine kulturell-ethnische

Dimension, ist dabei vergleichbar mit der Unterscheidung zwischen *Staatsangehörigkeit* (als Rechtsstatus) und *Nationalität* (als nationaler Minderheit innerhalb eines übergreifenden Nationalstaates), wie sie in Abschnitt 2.5 etabliert wurde. Eine solche Einstufung bedient sich zwar des diskursiven *Vokabulars* des ethnonationalen Diskurses, läuft dessen (nationalistischer) *Intention* jedoch diametral zuwider, insofern sie – wie im Falle der oben zitierten Expertin – den Status *rechtlicher*, nicht *ethnischer* Zugehörigkeit zum höchsten Gut erklärt. Ethnonationaler und staatsnationaler Diskurs gehen vor diesem Hintergrund eine fragile Verbindung ein, welche ihre Hierarchisierung innerhalb ein und derselben symbolischen Sinnwelt erlaubt, ihren wechselseitigen Antagonismus dadurch jedoch keineswegs auflöst.

In den Antworten der Expert_innen ist weiterführend zu beobachten, dass immer wieder auch explizit *postnationalistische* Deutungen anklingen. Schon im massenmedial vermittelten Diskursfeld sind postnationalistische Vorstellungen, welche Nationen und Nationalstaaten ganz grundsätzlich als soziale Konstrukte hinterfragen, hier und da am Rande aufgeblitzt.[21] Sie stellten dort allerdings eine absolute Minderheit. In den hier betrachteten Gesprächen bilden solche Positionen ebenfalls keine dominante Deutungslinie aus, entwickeln im Verhältnis jedoch stärkere Präsenz und bereichern die Debatte um eine interessante Zusatznote:

> *[Frage: Was bedeutet ‚deutsche Sein'?]*
>
> „Was ist typisch deutsch? Also… Ich finde es immer schwierig in der heutigen Zeit, so über diese Themen zu sprechen, was so national, ähm, wo es so um Nationalgrenzen geht. Irgendwie in der heutigen Zeit, man ist verbunden durch das Internet, man, man reist viel, man, man, also auch die, die Arbeit ist ja auch, also viele arbeiten in verschiedenen Ländern irgendwie. Und insofern finde ich das schwierig, das mit „Was ist deutsch?" Weil das ist ja eher so Nationalgrenze denkend und insofern ähm… ist das… ja. Muss selber für sich, jeder glaube ich, für sich selber bestimmen. Ich kann es ehrlich gesagt nicht."[22]
>
> *[Im Gespräch]*
>
> „…das ist für mich auch immer noch offene Frage, ne? Wie wollen die unterschiedlichen Nationen damit umgehen, mit diese globalisierte, Globalisierung der Welt. Ob sie wollen jetzt sagen, Deutschheit, z. B. – und das kenne ich auch von meinem Herkunft Iran – Iraner zu sein, das ist auch sowas Festes und nicht jeder kann das haben. Aber ich glaube die, was auch in Medien etc. wir hören, die brauchen, denke ich, noch tiefere Debatte darüber, tiefere, das, was heißt das. Nur jetzt wollen wir immer noch über unsere Nation uns definieren, oder sind wir in eine neue Paradigma, neue Phase,

[21] Siehe hierzu Abschn. 4.1 und insbesondere Abschn. 4.3

[22] TGH01.

> dass nicht unbedingt diese Bedürfnis wir haben, diese typische Bedeutung ist, sich mit einer Nation zu identifizieren?"[23]

Anhand der Interviewausschnitte sowie auch anhand der konsensanalytischen Ergebnisse wird deutlich, auf welch vielschichtige Weise die dominanten Diskurse mit der Erfahrungswelt der Befragten interagieren. Diskursive Deutungen werden teils originalgetreu reproduziert, teils auf kreative Weise miteinander vermittelt, teils aktiv abgelehnt oder aber durch andere diskursive Perspektiven transformiert (z. B. durch einen postnationalen Blickwinkel). Die subjektive Sinnwelt speist sich aus dem Repertoire der Diskurse und umgekehrt speisen sich Diskurse letztlich aus dem Repertoire individueller Sinnwelten. Weder ist das individuelle Bewusstsein Produkt eines singulären Diskurses, noch sind Diskurse – das hat Kapitel 4 dieser Arbeit anschaulich zeigen können – Produkte eines einzelnen Bewusstseins.[24] Sie sind ein unabänderlich *kollektives* Phänomen, dass sich aus musterhaft auftretenden Deutungen ergibt. Gerade durch ihren intersubjektiven und dezentralen Charakter entfalten sie Macht. Inwiefern eine *individuelle Äußerung* (die an und für sich immer auch diskursiv ist) zur *diskursiven Aussage* wird (in dem Sinne, dass sie Teil eines musterhaft auftretenden und objektiv beobachtbaren Diskurses ist) hängt vom Kontext ihrer Tätigung ebenso ab, wie vom Kontext ihrer Rezeption. Am Beispiel der hier interviewten Expert_innen kann gezeigt werden, dass öffentliche Diskurse der massenmedial vermittelten Makroebene durch ihre individuelle und situative Dekodierung eine Transformation unterlaufen. Inwiefern diese Transformation jedoch auf das ursprüngliche Diskursfeld zurückwirkt, ist eine gänzlich andere Frage. Eine gänzlich andere Frage ist es überdies auch, inwiefern die hier portraitierten Perspektiven (etwa die Verquickung von staatsnationalen und ethnonationalen Elementen oder auch die postnationalen Einfärbungen) repräsentativ sind für einen spezifischen (gewissermaßen ‚eigenständigen') Mikro- oder gar Mesodiskurs innerhalb des TGH-Lotsenprojektes. Sollte ein solcher Diskurs tatsächlich existieren, so wäre es interessant, dessen Wechselwirkung mit seinen Akteur_innen und deren alltäglicher Umwelt sowie mit den dominanten Makrodiskursen der öffentlichen Arena zu erörtern. Wie schon an früherer Stelle bietet sich hier ein lohnender Ansatzpunkt für die weiterführende Forschung.

Integration

Die Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes definieren Integration – ganz im Sinne des staatsnationalen Diskurses – als gleichberechtigte, demokratische Teilhabe in

[23] TGH06.

[24] Siehe hierzu auch die Ausführungen in Abschnitt 2.4 dieser Arbeit.

allen Lebensbereichen. Hinweise auf ein assimilatorisches Verständnis von Integration gibt es in den Interviews zwar durchaus auch, sie bleiben jedoch eine Randerscheinung. Wie die folgenden Beispiele zeigen, kann sich die Argumentationslinie des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses in den Antworten der Befragten relativ unangefochten durchsetzen. Die Vorstellung, dass Integration ein allseitiger gesellschaftlicher Prozess ist, schlägt sich überdies auch dahingehend nieder, dass die Expert_innen die verbindliche Behandlung des Themas Einbürgerung im allgemeinen Schulunterricht mehrheitlich befürworten. Hier zeigt sich, dass Integration nicht nur als alleinige Aufgabe der Migrant_innen begriffen, sondern Deutschen ohne Migrationshintergrund eine wesentliche Mitverantwortung zugesprochen wird. Sie sollen sich über das Thema und die Lebenslagen von Menschen ausländischer Herkunft informieren, um sich eine qualifizierte Meinung bilden und ggf. politisch und / oder sozial aktiv werden zu können. Auch wenn dieser Teil der Kampagne aus bereits genannten Gründen nie systematisch umgesetzt wurde,[25] richtet das TGH-Lotsenprojekt doch seinerseits in kleinerem Rahmen und auf Anfrage Informationsveranstaltungen in Schulen aus, um das Themenfeld Einbürgerung gerade jungen Menschen frühzeitig präsent zu machen.

> *[Frage: Was ist für Sie Integration?]*
>
> „Wie würde ich das… also ich versuch diesen Begriff nicht, ähm, also so wenig wie möglich zu, zu, zu nutzen. Ähm, also wenn, dann sollte man eher über Partizipation sprechen, was dann aber auch, also, das ist grundsätzlich erstmal ein Querschnittsthema. Das ist jetzt nicht irgendwie so eine eigene Branche oder ein eigener Themenkomplex für sich abgekoppelt, also, abgekoppelt von allem, sondern dass wir uns überlegen sollten: „Okay wie können alle, ähm, gesellschaftlichen Gruppen am Leben partizipieren?“ – Dazu gehört eben nicht nur, dazu gehören eben nicht nur Migranten irgendwie, die vielleicht in einigen Dingen benachteiligt sind, sondern eben vielleicht auch Personen, die eine Behinderung haben, oder alleinerziehende Mütter, auch alleinerziehende Väter, keine Ahnung. Also, dass man eher so über diesen Inklusionsgedanken, Partizipation, was können wir in den unterschiedlichsten, ja, Themenbereichen oder in, in, in unterschiedlichsten Bereichen tun, damit alle wirklich auch die gleichen Zugangsrechte zu Kultur, Bildung, zu Arbeit bekommen. Und dann brauchen wir halt auch nicht mehr über Integration sprechen. Also es wird immer so dargestellt: „Ja, die Leute wollen sich nicht integrieren, die wollen nicht Deutsch lernen.“ – Also wir sehen das halt ganz anders. Äh, die Leute, die sitzen, die stehen hier auf Wartelisten, die, ähm, die wollen Deutsch lernen, ja? Schon aus eigenem Interesse. Und… ja, es gibt nicht genug Plätze, nicht genug Lehrer, und insofern sollte man auch mal das auch betrachten. Also die wollen sich integrieren.“[26]

---

[25] Siehe hierzu Abschn. 3.1

[26] TGH01.

[Frage: Viele sagen, es sei Aufgabe der Migrant_innen, sich um die Einbürgerung zu bemühen, nicht Aufgabe des Staates, dafür zu werben – was sagen Sie dazu?]

„Also… klar, es gibt auch viele, die sich selber drum kümmern, äh, die drucken sich dann ganz eigenhändig da den Einbürgerungsantrag aus und, ähm, gehen, also, die brauchen unsere Hilfe nicht, ne? Ähm… aber es gibt halt, nicht nur zum Thema Einbürgerung, sondern zu allen möglichen Themen, Beratungsstellen. Und das ist eigentlich in so einer Großstadt wie Hamburg eigentlich ein Vorteil. Weil es muss ja in unserem Interesse sein, dass die Menschen, ähm, die gleichen Rechte haben, und zwar so schnell wie möglich und nicht erst nach dreißig Jahren. Das heißt, ähm, in unserem Interesse müsste auch sein, dass die sozusagen einen Anreiz haben den deutschen Pass, weil das ist vielleicht schon auch eine Möglichkeit sich vielleicht mehr, ähm, mit, mit der Gesellschaft, mit dem Land zu identifizieren. Und wenn man dann den deutschen Pass hat und dann auch mal wählen gehen kann, also ich kann mich, als ich das erste Mal wählen gegangen bin, das war schon ein besonderes Gefühl, irgendwie auch jetzt irgendwie einen Teil, was zur Demokratie beigetragen zu haben, oder sozusagen die Möglichkeiten der Demokratie genutzt zu haben. Insofern, ähm, das, also, solche Projekte werden aus Steuergeldern finanziert. Jeder von uns trägt seinen Teil dazu bei, auch die Migranten, die eben nicht deutsch sind, die zahlen auch ihre Steuern. Und da finde ich, das ist so ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, und wenn das alles so abdriftet in: „Wir haben eh keine Rechte und dann machen wir hier halt eben unser eigenes Ding." – Das kann auch nicht in unserem Interesse sein. Deswegen, ähm, finde ich das immer so ein bisschen, ähm… Diese grundsätzlichen Debatten und Diskussionen, die eher so zu, wo es um Spaltung geht, ne? So: „Wir Deutschen, wir müssen unsere Rechte irgendwie… und die sollen sich an unsere, an unsere Leitkultur halten." – Also das sind, ja, in meinen Augen sind das so Scheindebatten. Wir sollten da so ein bisschen differenzierter einfach gucken, was eigentlich wirklich die Probleme sind. Das kann wie gesagt, ähm, keiner hat davon einen Nachteil, wenn einem Migranten geholfen wird, irgendwie diesen, diese bürokratischen Hürden irgendwie, ähm, zu meistern. […] Es wird einem ja dadurch nichts weggenommen."[27]

[Frage: Sollte das Thema Einbürgerung im Schulunterricht behandelt werden?]

„Also, würd' ich gut finden, dass auch vielleicht diejenigen, die damit gar nichts zu tun haben, einfach mal auch wissen wie das eigentlich ist, wenn vielleicht Mitschüler oder deren Eltern eben in solchem Einbürgerungsverfahren sind, so einen Einbürgerungstest machen. Das kann man ja auch dann als Lehrer ganz spielerisch mit denen, da gibt's, es sind ja auch Themen, Politik, Gesellschaft, also wenn man das halt in den PGW-Unterricht, äh, integriert, ähm, das bietet sich ja an, ne? Das sind ja auch Themen, die für die deutschen Schüler, ja, da geht's ja um Geschichte, also das ist ja, das wird ja eh vermittelt. Und wenn man halt noch so ein bisschen, so, ähm, einfach weiß es gibt Menschen, die eben so einen ausländischen Pass haben, also das gehört find' ich auch zur Allgemeinbildung, dass man weiß, was für Menschen in einer Gesellschaft vielleicht auch mit welchen Hürden die da leben."[28]

[27] TGH01.

[28] TGH01.

[Frage: Was ist für Sie Integration?]

„Ähm, ich würd‘ es definieren, äh, als ein gutes Miteinander und Leben miteinander. Und von, beiderseits […]. Also, wenn zwei Kulturen aufeinandertreffen, die deutsche und meine, z. B., pakistanische, dann sollten beide sich integrieren mehr oder weniger. Deutsche – das heißt nicht, dass sie jetzt ihre Sprache erlernen müssen, oder so, aber dass man… Ich hab‘ z. B. zuhause gehabt, ich hab‘ ein Gericht gekocht, was stark gerochen hat. Da hab‘ ich am nächsten Tag von der Verwaltung ein Schreiben bekommen. […] Gerüche vom Essen… und ich hab‘ gedacht: „Was?“ – Dann hab‘ ich ein Urteil rausgekramt, wo es hieß, Gerüche gehören zum Kochvorgang dazu, die man nicht eindämmen kann und sonst was machen kann und dann hab‘ ich gesagt: „Leute, ich riech‘ hier auch ständig was, was mir nicht passt. Ich riech‘ sofort, wenn Schwein gekocht wird, dann lauf ich so, och, durch die Gegend, weil ich es nicht abkann. Oder Rotkohl. Aber das heißt doch nicht, dass ich es euch verbiete.“ – Das ist für mich Integration, geklappte Integration, wo man sagt: „Okay, ich mag zwar nicht, was du machst, ich toleriere es, ich muss es nicht akzeptieren.“ – Und egal ob auf deren Seite oder der anderen Seite. Natürlich sollen die Leute, die herkommen, sich anpassen und sich auch integrieren, Sprache lernen. Ich finde für mich persönlich, dass man aus beiden Kulturen das Gute nehmen sollte. Also ich bin auch ein sehr pünktlicher Typ, was in Pakistan überhaupt nicht üblich ist. Ordnung und sowas, also, ja, nehmt das Gute. Und ich als Deutsche, als deutsche Pakistani, sag‘ ich mal jetzt, ich nehme auch gerne Mal von meinen Freunden […], die aus Tunesien kommen, auch gerne was an. Was, was ich gut finde. Das ist für mich Integration. Nicht nur Sprache lernen und kein Kopftuch tragen. Das ist für mich keine Integration. Natürlich sollen die Menschen sich an die Rechte, an die Pflichten hier halten und… keine Ehrenmorde begehen. Aber das sollen auch Deutsche nicht.“[29]

[Frage: Was ist für Sie Integration?]

„Integration ist, wenn ein Mensch in einem Land geboren wird und es ziemlich sicher ist, dass er auch hierbleibt, dass sie die gleichen Rechte bekommen. Das ist für mich Integration.“[30]

[Frage: Was ist für Sie Integration?]

„Integration ist ein nützlicher Teil der Gesellschaft zu sein, und nicht mechanisch, sondern organisch mit der Gesellschaft in Interaktion zu sein. Und das verlangt die, das verlangt die Initiative oder Bemühungen von den Leuten, die nach Deutschland kommen, aber auch von der Mehrheitsgesellschaft.“[31]

In den obigen Zitaten werden demokratietheoretische Überlegungen angestellt – zum interkulturellen Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft, zu demokratischen Rechten und demokratischer Teilhabe, zur Legitimationsgrundlage

[29] TGH03.

[30] TGH05.

[31] TGH06.

demokratischer Systeme und zur Deliberation von Differenzen – wie sie auch den massenmedial vermittelten staatsnationalen Diskurs dominieren.[32] Interessant ist in diesem Zusammenhang wiederum das Auftreten hyperkultureller Elemente im Sinne eines ‚nehmt das Gute' (s. o.). Gleichzeitig werden aber auch demokratische Pflichten betont sowie die gesamtgesellschaftliche Bedeutung eines transkulturellen Konsensus als Funktionsbedingung des Zusammenlebens.

Der staatsnationale Trend setzt sich in den konsensanalytischen Ergebnissen fort (siehe Tabelle 5.4). So betrachten 68,09 % der Teilnehmenden Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe (Aussage Nr. 18). Nur 6,38 % stimmen hingegen der ethnonationalen Lesart zu, dass Integration alleinige Aufgabe der Migrant_innen sei (Aussage Nr. 19). Zwar gehen insgesamt 48,94 % der Befragten davon aus, dass Integration eine gewisse ‚Anpassung' an die ‚deutsche Lebensart' erfordere (Aussage Nr. 17), da diese Aussage jedoch nicht zwingend kulturassimilativ ausgelegt werden muss (und durchaus auch im Sinne eines transkulturellen Konsenses gedeutet werden kann) ist dies kein notwendiger Hinweis auf eine ethnonationale Haltung.

Tabelle 5.4 Integration

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
15	Integration bedeutet, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für seine Mitmenschen sozial zu engagieren.	76,60	14,89	6,38
16	Integration bedeutet, seine eigenen Vorstellungen aktiv einzubringen und Deutschlands Zukunft politisch mitzugestalten.	61,70	17,02	19,15
17	Integration bedeutet, sich an die deutsche Gesellschaft und die deutsche Lebensart anzupassen.	48,94	36,17	12,77

(Fortsetzung)

[32] Siehe hierzu Abschn. 4.1

Tabelle 5.4 (Fortsetzung)

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
18	Integration ist Aufgabe der Gesamtgesellschaft (Migranten, Deutsche ohne Migrationshintergrund und Staat / Politik sind gleichermaßen verantwortlich).[33]	68,09	27,66	2,13
19	Integration ist alleinige Aufgabe der Migranten.	6,38	89,36	2,13
20	Integration ist Aufgabe der Migranten UND der Politik / des Staates (aber nicht der Deutschen ohne Migrationshintergrund).	12,77	82,98	2,13

Einbürgerung

Angesichts einer mehrheitlich staatsnationalen Tendenz bei der Definition von Integration als Teilhabe, mag es überraschen, dass die Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes den Akt der Einbürgerung als *Abschluss* von Integration und nicht etwa als deren logische *Voraussetzung* sehen. Dieser Umstand liegt sicherlich zum einen darin begründet, dass die Mitwirkenden der Einbürgerungsinitiative von Amts wegen eher mit jenem Teil der Integration befasst sind, der zur Einbürgerung *hinführt* und der außerdem mehrheitlich aus einseitigen (Vor-)Leistungen der Migrant_innen besteht. Für die Betroffenen ist es oftmals ein weiter Weg, bis ihnen die Einbürgerung bewilligt wird, nicht selten geprägt von Rückschlägen und Ängsten. Der erfolgreiche Abschluss der Einbürgerung steht für die Expert_innen (die diesen Prozess überdies zumeist selbst durchlaufen haben) im Vordergrund. Der weitere Verlauf der Integration nach der Einbürgerung – nämlich die Nutzung der neuen Rechte und das Selbstverständnis als deutsche/r Staatsbürger_in – spielt im Handlungsfeld des Lotsenprojektes aus rein praktischen Gründen eine eher untergeordnete Rolle. Hier fehlen wohl oft auch einfach die erforderlichen Einblicke. Zum anderen muss

[33] Dieses Deutungsmuster wurde als Frage mit drei Antwortoptionen angeboten, die sowohl einzeln, als auch kumulativ ausgewählt werden konnten: „Integration ist Aufgabe… 1.) der Migranten 2.) des Staates / der Politik 3.) der Deutschen ohne Migrationshintergrund)." Die darauffolgenden zwei Deutungsmuster sind lediglich Ableitungen daraus. Der Anschaulichkeit halber wurde die Darstellung hier dem Schema der Tabelle angepasst.

jedoch berücksichtigt werden, dass die Aufspaltung des Integrationsbegriffs, wie die untenstehenden Zitate sie implizieren, in ähnlicher Form auch bereits im massenmedial vermittelten Diskursfeld zu beobachten war. Auch der staatsnationale Diskurs räumt den einseitig erbrachten Integrationsleistungen der Migrant_innen einen hohen Stellenwert ein – obwohl er Integration als *gesamtgesellschaftliche* Aufgabe und Einbürgerung als deren *Voraussetzung* begreift.[34] Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, dass die Sichtweise der Befragten in erheblicher Weise durch den Antagonismus geprägt ist, der schon im massenmedial vermittelten Diskursfeld für gewisse Inkonsistenzen des staatsnationalen Diskurses verantwortlich gemacht werden konnte. Die starke Präsenz ethnonationaler Fremdzuschreibungen, die Migrant_innen als ‚integrations*unwillig*' oder ‚integrations*unfähig*' charakterisieren (und die u. a. auch in vielen der weiter oben abgedruckten Zitate angeklungen sind), führt – so die These dieser Arbeit – im Bewusstsein der Interviewten zu einem zweigeteilten Integrationsbegriff: Einerseits wird Integration (in Abgrenzung zum ethnonationalen Diskurs) als Teilhabe und gesamtgesellschaftlicher Auftrag definiert, andererseits werden Migrant_innen (wiederum in Abgrenzung zum ethnonationalen Diskurs) als ‚gute Migrant_innen' gefasst, die in erheblichem Maße mit ihren Integrationsbemühungen in Vorleistung gehen und dafür entsprechend gewürdigt werden müssen. Die nachfolgenden Zitate zeigen, dass diese Deutung v. a. deshalb Macht entfalten kann, weil sie in besonderem Maße mit dem persönlichen Erfahrungsspektrum der Befragten korrespondiert:

> *[Frage: Was halten Sie von den Hamburger Einbürgerungsfeiern?]*
>
> „Finde ich auch sehr, sehr wichtig, weil, äh, für die Individuen, die sich einbürgern lassen, ist das ja, äh, ein großer, großer Schritt. Also, eine neue Staatsbürgerschaft anzunehmen, sich einem neuen Land, sag ich mal so, zuzusprechen […]. Und deshalb find ich's wichtig, dass das, äh, gewürdigt wird, sag ich mal, und dass das auch so gefeiert wird, weil das für die Leute dann wirklich, vielleicht sogar ein neuer Lebensabschnitt ist. […] Ich find das auch sehr, sehr wichtig, dass die sich, ähm, schick anziehen können, dahingehen können […] und, äh, dann feiern können, dass sie diesen langen, langen Prozess geschafft haben und jetzt einen deutschen Pass haben."[35]
>
> *[Frage: Aus welchen Gründen beantragen Menschen die Einbürgerung?]*
>
> „Das Erreichen dieses Zieles, sehen viele Leute auch […] als die Auszahlung für das, was sie bisher durchgemacht haben. […] Also mit der Ausländerbehörde ist da ja nicht zu spaßen, ne? […] Ja, haben sich das erarbeitet, ne? Genau. Und sie sind auch sehr erleichtert, wenn sie da rausgehen mit der Urkunde. Aber ich muss auch sagen,

---

[34] Siehe Abschn. 4.1 sowie 4.3

[35] TGH02.

die leben auch in sehr viel Angst bis sie die Urkunde haben. Weil irgendetwas könnte schiefgehen. Der Sachbearbeiter mag mich nicht oder… irgendwas.“[36]

[Frage: Was für Rückmeldungen bekommen Sie von Menschen, die erfolgreich eingebürgert wurden?]

Ich bekomme davon mehr von Facebook, diese Google, zum Beispiel. Eigentlich sehr positive Rückmeldungen. Viele Leute freuen sich. Äh, ich glaube die meisten sind sehr stolz, dass sie das geschafft haben, ich treffe die Leute auch bei die Einbürgerungsfeier, auch Leute, die ich nicht wusste, dass sie eine Einbürgerung beantragt haben: „Oh bist du hier, schön.“ – Und sie sind immer so sehr glücklich. Sehr positiv. Manchmal finde ich es ein bisschen bescheuert, aber… viele Leute machen das so ein bisschen mehr: „Oh, *ich* habe das geschafft.“ […] Sehr, sehr viele Leute, diese rechtsorientierte Leute, die meinen, dass alles, sie schaffen alles von selber […]. Aber ich glaube, alle freuen sich, ne? Dass sie angenommen werden, dass sie auch ein Teil auch von die Gesellschaft sein können, ne? […] Aber das sind verschiedene Erfahrungen, ne? Auch wenn man hierhergekommen ist, weil man geheiratet hat oder zur Arbeit oder angefangen hat zu studieren und jemand hier getroffen hat, das ist, ne, wenn man eine Freundeskreis gemacht hat, das ist ja ziemlich schön, ne?“[37]

[Frage: Aus welchen Gründen haben Sie sich für eine Einbürgerung entschieden?]

„Also, ähm, ich bin schon fast seit vier, acht Jahren hier in Deutschland. Und meine Frau hat sich, äh, vor unserer Heirat schon eingebürgert und deswegen konnte ich auch so nach Deutschland kommen. Und als meine Kinder geboren wurden, waren sie deutsch beide, und dann war ich sozusagen der einzige Ausländer. […] Und, äh, für mich ist auch so, die Einbürgerung so wie die letzte Stufe in der, in diesem Prozess von Integration, ne? […] Und für alle Vorteile, die man hat, wenn man, äh, sich einbürgern lässt, ne? Und ich musste auch nicht so viel denken, weil ich auch meine ecuadorianische Staatsbürgerschaft nicht aufgeben sollte, musste.“[38]

[Frage: Warum engagieren Sie sich für das Thema Einbürgerung?]

„Man wird irgendwie, man bekommt ja Gefühl: „Ich bin hier wie in der Heimat. Ich fühle mich wohl, ich fühle mich hier als Bürger, habe ja gleiche Rechte.“ – Das ist so Anerkennungsgefühl. Was man hier schon geleistet hat, erreicht hat.“[39]

An den Zitaten lässt sich ablesen, dass die Einbürgerung für die Befragten gleichermaßen ein Abschluss, wie auch ein Auftakt ist – ein Abschluss für das Leben als Ausländer_in, ein Abschluss der Integrationsleistungen, die seitens der Migrant_innen bis dahin erbracht werden mussten und ein Abschluss der

[36] TGH03.

[37] TGH07.

[38] TGH08.

[39] TGH09.

Diskriminierung die im Vorfeld vielleicht erlebt wurde. Andererseits ist die Einbürgerung aber auch ein Auftakt für das Leben als gleichberechtigte/r Staatsbürger_in und ‚vollständiges' Mitglied der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang spielen die persönlichen Einblicke der Befragten, ihre spezifische Rolle im Dispositiv sowie ihre individuellen Erlebnisse eine herausragende Rolle. Ihre *persönliche* Betroffenheit erzeugt in besonderem Maße *emotionale* Betroffenheit. Die diskursive Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in' gewinnt in diesem Kontext eklatant an Einfluss. Die allgegenwärtige Bedrohung durch den ethnonationalen Diskurs, dessen assimilativen Integrationsanspruch und das darunterliegende kulturfundamentalistisch-rassistische Weltbild, machen das positive Identitätsangebot des staatsnationalen Diskurses umso wichtiger, lassen es umso *‚richtiger'* und bedeutsamer erscheinen. Wiederum wird die wechselseitige Dynamik aus Macht, Wissen und Emotion im Kontext der antagonistischen Konstitution von Identität offenbar – und wiederum hängt diese Dynamik sehr eng mit der *Polysemie* der gesellschaftlichen Grundbegriffe zusammen, wie sie die Debatte (mit all ihren widersprüchlichen Facetten) strukturieren. Die gesellschaftliche Konzeption von Begriffen wie *Integration*, *Kultur*, *Nation* und *Identität* hat für das einzelne Individuum geradezu existenzielle Konsequenzen. Diskursive Wirklichkeiten sind nicht bloß ein kognitives Konstrukt. Sie üben Macht aus. Sie definieren Wahrheit. Sie prägen das Denken. Sie leiten das Handeln an. Sie nehmen Einfluss auf den menschlichen Körper. Sie erschaffen Objekte. Sie erschaffen Subjekte. Kurzum: Sie konstituieren Realität. Die Situationen, mit denen einige der Befragten (oder deren Klient_innen) in ihrem Alltag konfrontiert worden sind, und die sie in den obigen Zitaten beschrieben haben – die bürokratischen Hürden, die gesetzlichen Bestimmungen, die etwaigen Rassismen, die Diskriminierungen, die Missverständnisse, die emotionalen Verletzungen (und die Art und Weise, wie sie jeweils empfunden werden) – sind letzten Endes immanenter Teil der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die Verteidigung der (eigenen) rationalen Ordnung (und damit letztlich auch der eigenen Identität) in vielen Fällen so heftig und so emotional gerät. Es geht nicht nur um den rein psychologischen Prozess des sich Zurechtfindens in der Welt. Es geht um die ganze Welt als solche. Es geht um die sehr spezifische Art und Weise, wie diese Welt sich (physisch) auf den Menschen auswirkt, welches Leben sie ermöglicht – und welches Leben sie gegebenenfalls auch verwehrt.

Während die Aussagen der Expert_innen auf einen zweigeteilten Integrationsbegriff schließen lassen, der dem ethnonationalen Diskurs widerspricht, obwohl (oder vielmehr *indem*) er sich einzelne seiner Bausteine kreativ aneignet, zeichnen die Ergebnisse der quantitativen Befragung kein solch klares Bild. Tabelle 5.4 zeigt, dass die Umfrageteilnehmenden – analog zu den Expert_innen – mehrheitlich

einen staatsnationalen, demokratisch orientierten Integrationsbegriff teilen. Ebenfalls analog zu den Expert_innen weichen sie, wie Tabelle 5.5 offenbart, jedoch in puncto Einbürgerung wenigstens teilweise von der staatsnationalen Linie ab.

Tabelle 5.5 Einbürgerung

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
21	Erst wenn Integration von den Migranten vollständig geleistet und vom Staat sorgfältig überprüft wurde, darf sie mit der Einbürgerung belohnt werden.	53,19	25,53	17,02
22	Weil erfolgreiche Integration bedeutet, dass alle Menschen in Deutschland gleiche Rechte haben müssen, ist Integration ohne die Einbürgerung nicht vollständig abgeschlossen. (Denn gleiche Rechte bekommt man nur durch die Einbürgerung.)	38,30	42,55	19,15

Aussage Nr. 21 stellt folgende ethnonationale These auf

> *„Erst wenn Integration von den Migranten vollständig geleistet und vom Staat sorgfältig überprüft wurde, darf sie mit der Einbürgerung belohnt werden."*

Aussage Nr. 22 widerspricht aus staatsnationaler Sicht und betont hingegen die zentrale Bedeutung von vollumfänglicher demokratischer Teilhabe als Indikator für erfolgreich abgeschlossene Integration:

> *„Weil erfolgreiche Integration bedeutet, dass alle Menschen in Deutschland gleiche Rechte haben müssen, ist Integration ohne die Einbürgerung nicht vollständig abgeschlossen. (Denn gleiche Rechte bekommt man nur durch die Einbürgerung.)"*

Insgesamt 53,19 % der Teilnehmenden stimmten Aussage Nr. 21 zu. Im Gegensatz dazu erhielt Aussage Nr. 22 lediglich 38,30 % der Stimmen. 42,55 % der Befragten lehnten Aussage Nr. 22 sogar aktiv ab. Deutsche qua Geburt und Menschen mit

Migrationshintergrund unterschieden sich in ihrem Antwortverhalten kaum voneinander. Hier setzt sich also ganz offensichtlich eine ethnonationale Erzählung durch, welche die Einbürgerung als Endpunkt eines einseitigen, assimilativen Prozesses begreift. Mehrere Ursachen könnten diesbezüglich denkbar sein. So können ggf. Vorstellungen von *sozialer Erwünschtheit*[40] dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Befragten (die größtenteils selbst einen sogenannten Migrationshintergrund aufweisen) sich für die ethnonationale Antwortoption entscheiden – und damit zugleich der ethnonationalen Zuschreibung pauschaler ‚Integrationsunwilligkeit' sowie dem vielfach gegen die Hamburger Initiative erhobenen Vorwurf der unlauteren ‚Einbürgerungserleichterung' widersprechen. Andersherum könnte die Ursache aber auch darin begründet liegen, dass das staatsnationale Integrationsmodell ein von Eliten propagiertes und (verglichen mit den historisch dominanten assimilativen Vorstellungen[41]) relativ neues Konzept ist, dass es sich im Bewusstsein der Befragten also noch nicht ausreichend verankern konnte und diese daher (unbewusst) in ‚klassische' (ethnonationale) Modelle ‚hinübergleiten'. Aus dieser Perspektive erscheint die Aussage, Integration sei erst mit der Einbürgerung abgeschlossen, dann wohlmöglich gar als unzulässige Negation aller (einseitigen) ‚Vorleistungen', die seitens der Migrant_innen (unabhängig vom Faktor Einbürgerung) erbracht werden und die (in Übereinstimmung mit dem zweigeteilten Integrationsbegriff des staatsnationalen Diskurses) angemessen gewürdigt werden müssen. Eine solche Negation wäre ein Angriff auf die Wirklichkeit, die – das haben die obigen Interviewausschnitte gezeigt – viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erleben und die für sie insofern genauso *real* ist, wie die Wirklichkeit der – ebenso persönlich empfundenen – staatsnationalen Narration von den ‚guten Migrant_innen', die auf demokratische Weise in den deutschen Staat integriert werden müssen. Dementgegen wäre überdies natürlich auch denkbar, dass die Befragten im Hinblick auf Rolle und Funktion der Einbürgerung bewusst und ‚aufrichtig' den ethnonationalen Standpunkt teilen, indem sie ihre Antwort auf die Annahme gründen, dass es tatsächlich viele ‚schlechte Migrant_innen' in Deutschland gibt, die man im Prozess der Einbürgerung aussieben muss. Auch wenn man aufgrund ihrer spezifischen sozialen Position und ihrer ‚Interessenlage' eher davon ausgehen müsste, dass die Umfrageteilnehmenden mehrheitlich einer staatsnationalen Sichtweise zuneigen (was bei der sonstigen Ausgestaltung des Integrationsbegriffs auch sehr wohl der Fall ist), ist diese Option durchaus nicht unrealistisch (zumal ja auch viele der Befragten ganz offensichtlich annehmen, dass Taxonomien kultureller Fremdheit maßgeblich für den Integrationserfolg mitverantwortlich sind).

[40] Siehe hierzu Abschn. 3.4

[41] Siehe hierzu Abschn. 2.5

Eine abschließende Antwort kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Wohl aber lässt sich festhalten, dass die *Polysemie* der diskursiven Grundbegriffe wesentlich dazu beiträgt, dass einzelne Deutungsmuster in den subjektiven Sinnwelten ihrer Adressat_innen Macht entfalten können – und zwar selbst dann, wenn sie vom ‚roten Faden' ihrer diskursiven Narration entkoppelt sind. Durch die ständige Präsenz der dominanten Deutungspartikel in der kollektiv konstruierten gesellschaftlichen Sinnwelt (so z. B. die Präsenz der Subjektklassen des/der ‚schlechten Migrant_in' bzw. des/der ‚echten Deutschen') werden diese zu einem unhinterfragbaren Bestandteil der rationalen Ordnung – ganz im Sinne der bourdieu'schen *Doxa*, allerdings ohne deren hierarchische Herrschaftskonnotation.[42] Denkt man diesen Gedanken zu Ende, dann prägen sich diskursive Deutungsmuster ihren Rezipient_innen nicht etwa aufgrund ihrer unwiderlegbaren Logik ein, sondern eher aufgrund ihrer ständigen Wiederholung und der damit einhergehenden Naturalisierung – wenn man so will, ihrer *Einverleibung* nach Bourdieu.[43] Denkbar ist deshalb, dass einzelne Deutungselemente quasi-automatisch reproduziert werden, ohne dass sie untereinander logischen Bezug aufnehmen müssten. Der daraus entstehende Widerspruch bleibt unentdeckt, weil unbeleuchtet. Diskursive Deutungsmuster erlangen – so die These – durch *Habitualisierung*[44] Faktizität und Geltung. Sie generieren Sinn, ohne dabei zwingend Sinn ergeben zu müssen.

Gründe

Die Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes wurden weiterführend auch zu den Beweggründen befragt, die Ausländer_innen dazu veranlassen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Sehr häufig wurden daraufhin pragmatische oder sachliche Gründe angebracht – z. B. Aufenthaltssicherheit, Reisefreiheit, Schutz durch den deutschen Staat im Ausland, Wahlrecht und allgemeine rechtliche Gleichstellung. Diese pragmatischen Einbürgerungsmotive wurden durchweg von allen Befragten als legitim anerkannt. Dem Opportunismusverdacht des ethnonationalen Diskurses wurde dezidiert widersprochen. Darüber hinaus wurden aber häufig auch emotionale Gründe angeführt, allen voran der Wunsch nach Zugehörigkeit und Anerkennung sowie die persönliche Identifikation mit Deutschland. Die Expert_innen gehen demnach davon aus, dass pragmatische und emotionale Motive in den allermeisten Fällen miteinander verkoppelt sind. Nur sehr selten werde eine

[42] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[43] Siehe wiederum Abschn. 2.3

[44] Siehe die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

Einbürgerung *ohne* jede emotionale Motivation angestrebt. In dieser Hinsicht scheinen sich die individuellen Erfahrungswerte mit den Integrationserwartungen des staatsnationalen Diskurses zu decken:

> *[Frage: Aus welchen Gründen beantragen Menschen die Einbürgerung?]*
>
> „Also, meine Eltern haben sich eingebürgert. Damals gab es mich noch nicht, deswegen weiß ich nicht so viel darüber. […] Bei meinen Eltern war es halt so, die kommen halt ursprünglich aus Afghanistan […], und bei denen war es halt einfach die Sicherheit, die Deutschland bietet, weil man halt auf gar keinen Fall zurückmöchte. […] Und, ähm, also, für meinen Vater vor allem war's sehr, sehr wichtig, ähm, dieses Zugehörigkeitsgefühl zu haben und sich nicht fremd zu fühlen. […] Auch wenn er halt nicht gerade deutsch aussieht, sieht er sich selber als eher deutsch."[45]
>
> *[Frage: Aus welchen Gründen haben Sie sich für eine Einbürgerung entschieden?]*
>
> „Weil ich mich hier zuhause fühle. Und weil es für mich der Kampf bis zur Aufenthaltserlaubnis ein sehr langwieriger und schwieriger Kampf war, nicht nur für mich auch für meine ganze Familie. Und man ist doch, egal wie lange man hier lebt, finde ich, sogar mit Aufenthaltserlaubnis […], auch mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, was man heutzutage ja als Niederlassungserlaubnis bezeichnet, finde ich, dass man trotzdem sehr unsicher lebt. Weil […] bei vielen Sachen, ob verschuldet oder unverschuldet, die noch weggenommen werden kann. […] Ich wollte damals auch heiraten und es war auch viel einfacher als deutsche Studentin, dann den Ehemann einfliegen zu lassen aus dem Ausland. Das war viel einfacher. Das war der praktische Grund, um in dem Moment zu sagen: „Jetzt möchte ich." – Aber an sich spielen schon andere Argumente eine viel gewichtigere Rolle, für mich, für mich persönlich. […] Auch dieses Unsicherheitsgefühl, man kann mir jederzeit meinen Aufenthalt wegnehmen, obwohl ich hier zuhause bin."[46]
>
> *[Frage: Aus welchen Gründen beantragen Menschen die Einbürgerung?]*
>
> „Erstens wegen der Sicherheit. Ganz klar. Weil als Deutscher ist man weltweit glaub' ich ganz gut unterwegs, als nur als Pakistani, finde ich zum Beispiel. Ich fühle mich viel sicherer, seit ich den deutschen Pass habe. Trete auch gegenüber anderen Ländern viel sicherer auch auf […]. Wenn ich in Spanien bin, Polizei oder so. Ich bin Deutsche. Ich bin auch stolz, Deutsche zu sein."[47]
>
> *[Frage: Manche Leute sagen, es ist falsch sich aus rein pragmatischen Gründen einbürgern zu lassen, ohne jede emotionale Identifikation. Was halten Sie davon?]*
>
> „Nein, warum denn? Wenn ich sage: „Ich möchte […] mich einbürgern lassen, weil ich dann mich sicherer fühle, ist das doch auch ein Gefühl, was für mich, was mir sagt, als Deutsche bin ich sicherer, reise ich sicherer." – Das ist doch überhaupt nicht

[45] TGH02.

[46] TGH03.

[47] TGH03.

das Problem. Es ist völlig in Ordnung, wenn jemand aus pragmatischen Gründen sich einbürgern lässt. Weil das… es gibt ja pragmatische Gründe. Es sollte diese pragmatischen Gründe dann nicht geben. Warum setzt man denn diese ganzen Vorteile, die man daraus hat? Jeder Mensch ist anders und jeder Mensch nutzt natürlich seine Vorteile. Ich hab' ja auch damals […], emotional war ich soweit, dass ich eingebürgert werden konnte, wollte auch, aber dadurch, dass ich den Familiennachzug hatte […], war es nur […] der Auslöser. Heißt aber nicht, dass ich aus Überzeugung keine Deutsche wär'. Also das find ich unsinnig eigentlich."[48]

[Frage: Manche Leute sagen, es ist falsch sich aus rein pragmatischen Gründen einbürgern zu lassen, ohne jede emotionale Identifikation. Was halten Sie davon?]

„Das macht niemand. Das ist ein Irrglaube. […] Also es sei denn, jemand ist politisch verfolgt und weiß, es geht um sein Leben. Aber so berechnend, ja? Da krieg ich eine Gänsehaut. Da krieg ich wirklich eine Gänsehaut. Was, was, also, was setzt man da für einen, einen Gedankenprozess voraus bei jemandem? Der sagt: „Ich mach das nur, damit ich hier mal irgendwann von Hartz 4 leben kann." – Wer will das denn? […] Und ich sag das nochmal: Wenn man in der Türkei ist und die Türken hier erlebt, die dann da mal im Urlaub hinfahren, wie die sich benehmen, die werden gar nicht als Türken wahrgenommen. Sondern da sagt man: „Du bist schon längst so deutsch, deutscher geht's gar nicht." – Und ich hab' selber auch, als ich noch die türkische Staatsbürgerschaft hatte, weil die Gesetzgebung das einfach nicht erlaubt, dass ich meine abgebe und die deutsche bekomme, hab ich, also, um mich als Deutsche zu identifizieren, war ich bei der deutschen Bank, bei der deutschen Angestelltenkrankenkasse, ähm, ich hab mein Konto bei der deutschen Bank gemacht, […] weil ich dachte, vielleicht bekomme ich so endlich dieses Gefühl, dass diese Sehnsucht gestillt wird. […] Also ich hätte das [die Einbürgerung] von Anfang an sofort gemacht, sofort, wenn ich das gekonnt hätte. Sofort. Aber die Gesetzeslage hat das damals überhaupt gar nicht erlaubt."[49]

[Frage: Aus welchen Gründen haben Sie sich für eine Einbürgerung entschieden?]

„Ja, von den Gründen, was mir als erstes einfällt, ist die Erleichterung des Aufenthalts hier. Äh, aber auch, ähm, die Erleichterung meiner Reisen in andere Länder, da mit dem deutschen Pass man hat es mehr so leichter als mit dem iranischen Pass. Aber auch, dass hier sich ein bisschen so, naja auf deutsche, Deutschland, Deutschland und auf deutsche Gesellschaft ein bisschen noch fester fühlt. Dass ich gehöre zu dieser und ich bin Teil dieser Gesellschaft und, und, äh, … ja, vielleicht auch, ähm, dadurch bekommt man einige, ähm, Vorteile, [„,] praktische Vorteile."[50]

---

[48] TGH03.

[49] TGH05.

[50] TGH06.

[Frage: Was hat sich für Sie durch die Einbürgerung verändert?]

„Also bis jetzt, äh, ich möchte nächste Woche zum Beispiel meinen Bruder in Irland besuchen und dafür müsste ich so ein Visum beantragen und eigentlich habe ich so lange darauf gewartet, bis ich die Einbürgerung habe, um sie zu besuchen. Also ich wollte nicht zum Konsulat gehen, Visum beantragen, Zeit und Geld und deswegen, äh, nächste Woche kann ich als Deutscher ohne Probleme dahingehen. […] Und sonst, also, nicht viel. Nur wenn ich, wenn jemand meinen Ausweis sehen möchte, dann habe ich den deutschen Ausweis und ich, irgendwie ist das ein anderes Gefühl.

[…] Ein gutes Gefühl, auf jeden Fall. […] Und dass man nicht mehr so Ausländer… also offiziell.“[51]

[Frage: Aus welchen Gründen beantragen Menschen die Einbürgerung?]

„Ja, also so dieses, die Reisefreiheit ist für viele sehr wichtig. Auch Übersee zu fahren, ähm, weil es gibt halt viele Iraner, bzw. auch viele Afghanen, die einfach in, ähm, Amerika, Kanada und so Verwandte haben. Ähm, für die Iraner, bzw. für die Afghanen ist es halt so, ähm, sowieso klar, dass die nicht zurückreisen werden, jemals mehr. Und das ist für die schon auch eine große Anerkennung, ne? V.a. für die Afghanen ist es schon so. Für die Iraner ist es eher so Reisefreiheit, ähm, und diese Dazugehörigkeit, das wollen die auch immer. Und dann auch die ganzen Akademiker natürlich, wenn sie sich niederlassen usw., als Ärzte ist das für die wichtig.“[52]

Außer den Beweggründen *für* eine Einbürgerung wurden in den Interviews auch Gründe genannt, die potenziell *gegen* eine Einbürgerung sprechen könnten. Während beide dominanten Diskurse letztlich auf die eine oder andere Art davon ausgehen, dass es seitens der Migrant_innen keine wirklich legitimen Gründe gibt, die einer Einbürgerung langfristig im Wege stehen (und ihrerseits nicht auf mangelnde Information oder zu hohe Einbürgerungshürden zurückzuführen sind), erkennen die Expert_innen durchaus an, dass es sachliche Gründe geben kann, die eine Einbürgerung für den oder die Einzelne (berechtigterweise) unattraktiv machen – so z. B. wenn durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit Rentenbezüge oder Erbrechte im Herkunftsland gefährdet sind oder wenn den sprachlichen Anforderungen der Einbürgerung aus verschiedenen Gründen (und trotz angemessener Bemühungen) nicht entsprochen werden kann. Hier weicht die Haltung der Expert_innen also deutlich von der (nationalistischen) Linie des offiziellen Diskurses ab. Dies deckt sich überdies mit den Ergebnissen der quantitativen Online-Befragung, wie Tabelle 5.6 sie zusammenfasst. Auch die meisten Umfrageteilnehmenden halten pragmatische und emotionale Gründe für gleichermaßen angemessen – und immerhin 44,68 % der Befragten sind der Ansicht, dass es u. U. gewisse Gründe gibt, die einer Einbürgerung legitimerweise widersprechen (Aussage Nr. 27).

[51] TGH08.

[52] TGH10.

Tabelle 5.6 Gründe

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
23	Mit der deutschen Staatsangehörigkeit kann man politisch mitentscheiden – das ist ein guter Grund für die Einbürgerung.	93,62	2,13	0,00
24	Mit der deutschen Staatsangehörigkeit gehört man endlich offiziell dazu – das ist ein guter Grund für die Einbürgerung.	65,96	23,40	6,38
25	Mit der deutschen Staatsangehörigkeit bekommt man viele neue Rechte, Freiheiten und Vorteile – das ist ein guter Grund für die Einbürgerung.	85,11	10,64	0,00
26	Man soll sich nur dann einbürgern lassen, wenn man sich mit Deutschland emotional verbunden fühlt.	44,68	40,43	10,64
27	Es gibt auch viele Gründe, die gegen eine Einbürgerung sprechen.	44,68	25,53	25,53
28	Wenn ein Migrant sich nicht einbürgern lassen möchte, macht er damit deutlich, dass er kein Interesse daran hat, sich zu integrieren.	2,13	89,36	4,26

Hürden

Bei ihrer Bewertung der Einbürgerungs*gründe* bewegen sich die Expert_innen weitgehend auf einer Wellenlänge mit dem staatsnationalen Diskurs. Bei ihrer Bewertung der Einbürgerungs*hürden* kommt es hingegen zu einer interessanten Abweichung. Zwar werden die Hürden im Einbürgerungsprozess in der Regel nicht

als zu niedrig, genauso wenig aber auch als pauschal zu hoch bewertet. Im Allgemeinen wird viel eher die *Angemessenheit* der Hürden betont. Zugleich verweisen die Befragten auf einzelne Standards, die ggf. überarbeitet werden müssten:

> *[Frage: Wie bewerten Sie die Hürden im Einbürgerungsprozess?]*
>
> „Wie gesagt, das mit dem B1, das ist schon nicht so ganz einfach. Viele sprechen auch gut, ja? Bei denen, also, der Test ist dann ja auch gestaffelt in Hörverständnis, sprechen und Grammatik und dann scheitert's an dieser Grammatik. Und, ähm, das ist halt nicht so ganz einfach. […] Ich würd' schon sagen, […] es ist möglich und es ist auch nicht, also… Man muss das mal aus der Perspektive der Menschen natürlich sehen. Wenn jemand mit fünfzig erst hierher migriert ist, ähm, dann ist das vielleicht für denjenigen eine Sprache zu lernen schon nicht ganz einfach, ja? Wenn das jetzt vielleicht jemand ist, der in seinem Heimatland Akademiker war, für den das relativ einfach ist, hier auf dieses B1 zu kommen, dann… ne? So. Für den einen ist es halt eine super große Hürde, für den anderen ist es halt: „Ach, das B1." – Der schafft vielleicht auch B2 oder C-Niveau. Und insofern, ähm, ist es schwierig das zu beurteilen. Ja, für mich ist es kein Problem […] und für diejenigen, die natürlich hier zur Schule gegangen sind, irgendwie, sozialisiert sind, für den ist das kein Problem, ja? Ähm, deswegen ist das für mich eine schwierige Frage zu beantworten. […]. Man muss sich halt auch überlegen: Macht es Sinn jetzt diesen Einbürgerungstest… Das ist ja eigentlich, wenn man gut auswendig lernen kann, dann, die Fragen sind alle im Internet, ne? Wenn es um Fragen zu Geschichte, Politik und wo kann man seinen Hund anmelden, solche Fragen kommen dann dran. Kann man sich natürlich […] überlegen, ob das wirklich irgendwie Sinn macht. Also das ist jetzt auch nicht so teuer, der Einbürgerungstest, 25 Euro… ja. Man muss das immer so ein bisschen sportlich sehen, aber ob das dann wirklich viel bringt, weiß ich nicht. Aber wahrscheinlich sollen das auch so ein paar, es soll ja halt nicht verschenkt werden, ne? Wahrscheinlich. Für jemanden, der […] zur Schule geht hier, der wirtschaftlich integriert ist, ist das kein Problem. […] Eine alleinerziehende Mutter, die vielleicht noch arbeitet, wann soll die es […] schaffen, solche Dinge halt in Angriff zu nehmen?"[53]
>
> *[Frage: Wie bewerten Sie die Hürden im Einbürgerungsprozess?]*
>
> „Also ich find' zum Beispiel diesen, äh, diese bestimmte Zeit, die man hier gewesen sein muss, sehr sinnvoll, weil man ja für sich auch einfach entscheiden will: „Möchte ich hier dazugehören?" – Also dieses Zusammengehörigkeitsgefühl irgendwo auch. Und, ähm, ich find' aber… ja, das mit den Leistungen, zum Beispiel, in individuellen Fällen. Ich hab' das irgendwann mal mitbekommen, dass ein Vater alleinerziehend war und, ähm, sich und seine Kinder einbürgern wollte und aber Leistungen bezogen hat, weil er halt alleinerziehend war mit kleinen Kindern. Und das finde ich ist dann

[53] TGH01.

so – ich weiß jetzt nicht genau, ob das dann ne Ermessenseinbürgerung wurde oder nicht – aber das wär‘ für mich so ein Fall, wo ich die Regeln nicht so gut finde.“[54]

[Frage: Wie bewerten Sie die Hürden im Einbürgerungsprozess?]

„Die Bedingungen sind, äh, okay, finde ich okay. […] Erste Bedingung, äh, Aufenthaltszeiten, es gibt eine Regelung acht Jahre, aber es gibt auch Ausnahmen. Wenn man Integrationskurs macht, oder besondere Leistung macht im sozialen Bereich, dann verkürzt ja das auf sechs Jahre schon. […] Ich finde sehr gut, weil viele nutzen diesen Bereich, und das ist auch, äh, für jeden möglich, wenn man einfach B2 macht statt B1-Prüfung abgibt […]. Und sechs Jahre ist ja genug Zeit hier etwas zu finden, das Gefühl bekommen, ich fühle mich wohl oder nicht. […] Ich finde Einbürgerungstest ein bisschen, ähm, ja, nicht bis zum Ende durchgearbeitet. Also es gibt auch Fragen, die auch Deutsche nicht antworten können. Wir haben einen Test gemacht, Altonale, hier, jedes Jahr gibt es sowas, und haben nur deutschsprachige Leute, die hier geboren sind, angeboten die Fragen zu beantworten. Und wenn die eine Frage nicht beantworten, die geben die deutsche Staatsbürgerschaft ab, direkt bei uns. Das war sehr lustig und das war auch schwierig für den, sage ich schon. Und das finde ich nicht so, ähm, okay, wenn man da so schwierige Fragen hat, aber okay. Andererseits, es gibt kaum Leute, die da nicht bestehen. […] Und dann gibt es natürlich Ausnahmen für Kinder, äh, unter 14, unter 16 Jahre alt, die machen sowieso Schulabschluss. Und für ältere Menschen über 65 Jahren, die brauchen auch das nicht machen. […] Test und B1. […] Und deswegen finde ich schon okay. Alles andere ist machbar. Und viele machen auch hier Ausbildung, das ist auch gleich wie B1. […] Weil für meine Community, meine Community es ist ja hochausgebildete Leute. Also meistens. Es ist natürlich, diese Frage richtet sich mehr für die Länder, die da mit der Schule Probleme haben, das Schulsystem. Die haben, die hatten keine Möglichkeit Alphabet oder Schreiben oder Lesen zu lernen. Das ist natürlich diese Frage.“[55]

Ein Punkt, der von nahezu allen Befragten kritisiert wurde, ist das Gebot zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit und das daraus resultierende Erfordernis, für eine Einbürgerung die bisherige Staatsangehörigkeit abzulegen (sofern jedenfalls keine länderspezifische Ausnahmeregelung deren Beibehaltung erlaubt). Dieses Thema soll an späterer Stelle noch ausführlicher behandelt werden. Vorerst ist anzumerken, dass die Expert_innen hinsichtlich der Hürden im Einbürgerungsprozess keineswegs eins zu eins den offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurs reproduzieren, sondern – vermittelt durch ihre eigene Erfahrung im Handlungsfeld Einbürgerung – dessen Deutungen transformieren, bzw. dezidiert anders einordnen und wesentlich weiter ausdifferenzieren. Hier zeigt sich ein erheblicher Unterschied zwischen der massenmedial vermittelten Debatte einerseits – in deren umkämpfter Arena die Sprecher_innen mit strategischen Mitteln um Deutungshoheit ringen und

[54] TGH02.
[55] TGH09.

einzelne Aussagen überdies vom subjektiven Kontext ihrer ‚Ursprungssinnwelten' entkoppelt sind – sowie den subjektiven Sinnwelten der individuellen Akteur_innen andererseits, die sich (zumindest soweit es hier beobachtbar ist) aufgrund der ständigen Notwendigkeit zur Wahl und zur Vermittlung deutlich weniger im Bereich der Extreme bewegen. Die Komplexität des individuellen Lebensalltags mit seinen konkurrierenden Wirklichkeiten verlangt den Handelnden ein hohes Maß an Differenziertheit ab, während die massenmedialen Diskurse – da weitgehend von diesem Lebensalltag entkoppelt – mehr oder weniger uneingeschränkt ihre eigenen Wirklichkeitssphären konstruieren können.

In ganz ähnlicher Weise wie die Expert_innen des Lotsenprojekts vermitteln auch die Teilnehmenden der Konsensanalyse im Hinblick auf das Thema Hürden zwischen verschiedenen Perspektiven – teils ethnonationalen, teils staatsnationalen. Tabelle 5.7 zeigt, dass 38,30 % der Befragten die Hürden im Einbürgerungsprozess für angemessen halten (Aussage Nr. 31). Nur 17,02 % halten sie für zu hoch (Aussage Nr. 29), weitere 19,15 % halten sie für zu niedrig (Aussage Nr. 30). Immerhin 38,30 % sind der Auffassung, dass Deutschland als Einwanderungsland sehr attraktiv sei und dass man deshalb gut aufpassen müsse, wen man hereinlässt und wen nicht. 42,55 % lehnen eine solche Haltung hingegen ab (Aussage Nr. 32). 51,06 % der Befragten sind der Meinung, dass die deutsche Integrationspolitik unfair sei und Migrant_innen aus manchen Ländern bevorzugt würden, während andere Benachteiligungen erführen (Aussage Nr. 33). Diese Aussage bezieht sich maßgeblich auf das Thema Mehrstaatigkeit, das – wie schon erwähnt – auch von den Expert_innen der TGH äußert kritisch erörtert wird (s. u.).

Tabelle 5.7 Hürden

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
29	In Deutschland ist es sehr schwer, sich einbürgern zu lassen – die Hürden sind zu hoch.	17,02	57,45	21,28
30	In Deutschland ist es sehr leicht, sich einbürgern zu lassen – die Hürden sind zu niedrig.	19,15	53,19	23,40

(Fortsetzung)

Tabelle 5.7 (Fortsetzung)

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
31	In Deutschland ist es weder zu leicht noch zu schwer, sich einbürgern zu lassen – die Hürden sind angemessen.[56]	38,30	34,04	23,40
32	Weil Deutschland für Migranten sehr attraktiv ist und so gut wie jeder hier leben will, muss man genau aufpassen, wen man hereinlässt und wen nicht.	38,30	42,55	14,89
33	Es ist unfair, dass Migranten aus manchen Ländern und Regionen durch den deutschen Staat bevorzugt und Migranten aus anderen Ländern benachteiligt werden.	51,06	25,53	19,15
34	Die Integrationspolitik ist zu einseitig – Migranten müssen ständig Pflichten erfüllen und Leistungen erbringen, ohne dabei gleiche Rechte und Chancen zu bekommen.	19,15	53,19	23,40
35	Die Integrationspolitik ist nicht streng genug – Migranten bekommen viele Rechte, ohne in gleichem Ausmaß Pflichten erfüllen oder Leistungen erbringen zu müssen.	12,77	61,70	21,28

Einbürgerungsinitiative

Da die Mitwirkenden des TGH-Lotsenprojektes zugleich auch Personal im Dispositiv der Hamburger Einbürgerungsinitiative sind, war davon auszugehen, dass ihre Bewertung der Initiative mehrheitlich positiv ausfallen würde – insbesondere da viele von ihnen sich freiwillig und auf ehrenamtlicher Basis im Projekt engagieren.

[56] Die Zustimmung zu diesem Deutungsmuster wurde mittels einer Kreuztabelle aus den Bewertungen der beiden vorangegangenen Deutungsmuster ermittelt. Das Deutungsmuster wurde nicht eigenständig abgefragt.

Tatsächlich hat sich diese Vermutung in den Interviews durchweg bestätigt. Die Initiative und ihre einzelnen Elemente werden – aus der praktischen Erfahrung der Expert_innen heraus und aufgrund der Rückmeldungen, die diese jeweils von ihren Klient_innen erhalten – umfassend befürwortet. Besonders hervorgehoben werden dabei, neben dem Lotsenprojekt als solchem, v. a. die vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz getragene Briefkampagne sowie die offiziellen Einbürgerungsfeiern im Hamburger Rathaus, an denen viele der Befragten – ob ihrer Funktion im Lotsenprojekt – regelmäßig teilnehmen. Einige kritische Stimmen zu einzelnen Aspekten der Kampagne gibt es zwar durchaus auch, diese fallen jedoch – was das Gesamtbild angeht – kaum ins Gewicht. Die folgenden, ausgewählten Zitate geben einen beispielhaften Überblick über die allgemeine Stimmungslage:

[Frage: Was für Rückmeldungen bekommen Sie von Menschen, die erfolgreich eingebürgert wurden?]

„Das ist nicht die Bedingung, dass die sich dann nochmal bei uns… die unterschreiben jetzt nicht: „Ich muss mich dann da nochmal melden." – Ähm, aber viele machen das auch, auch in Form von, ne? Dann kommen sie hier mit Schokolade oder… also zeigen dann schon so ihre, ihre Dankbarkeit, wollen uns zu sich nachhause einladen, das hatten wir auch schon. Äh, da muss man dann halt immer so sagen: „Okay, das mach, ist unser Job, also, das ist selbstverständlich, dass wir das machen." – Hängt vielleicht auch damit zusammen, dass sie halt vorher vielleicht mal eher so schlechte Erfahrungen gemacht haben, ähm, vielleicht nicht auf Augenhöhe begegnet wurden und für uns ist das halt, wir machen halt hier ganz normal unsere Arbeit, halt im rechtlichen Rahmen, was möglich ist, und, ähm, dann sehen wir sie auch auf den Einbürgerungsfeiern. Das ist immer das schönste, wenn sie dann auch dabei sind…"[57]

[Frage: Was haben Sie in Bezug auf die Hamburger Einbürgerungsinitiative für Erfahrungen gemacht?]

„Also wie gesagt, unser Beratungsangebot auf jeden Fall positiv. Ähm, da haben wir ja immer wieder, also wie gesagt, Anfragen, ähm, äh, zu verschiedensten Problemen, auch falsche Beratungen von Anwälten waren da schon, also wo die dann zu uns gekommen sind, und insofern ist das auf jeden Fall positiv. Jetzt so Gesamtkampagne, glaube ich das nehmen die Leute gar nicht so richtig wahr, also nicht so bewusst. Ne? Wenn ich manchmal frage: „Haben Sie das Plakat schon mal gesehen?" – Sagen viele: „Mmh, nee, kennen wir nicht." – Und Einige: „Ja, haben wir schon mal gesehen." – Ähm, aber wenn natürlich dann jemand direkt diesen Brief bekommt, dann ist er ja bewusst betroffen davon. Das finden die eigentlich ganz gut. Insofern… und dass wir halt so ein kostenloses Beratungsangebot haben, finden die auch gut. Und äh, gewisse Dinge, wie zum Beispiel, dass die Verfahren schneller dauern, äh, schneller durchlaufen werden, man schneller Termine bekommt, das ist in jedem Fall positiv zu bewerten. Wenn ich mir so andere Bundesländer, wenn ich so manchmal höre, was

[57] TGH01.

mir die Menschen so erzählen, dass die ganz lange halt auf, um überhaupt einen Termin zu bekommen… Hier kann man ja zur Erstberatung sogar ohne Termin hingehen. Das ist schon mal auf jeden Fall positiv."[58]

[Frage: Was für Rückmeldungen bekommen Sie von Menschen, die erfolgreich eingebürgert wurden?]

„Also ich hab' nur dankende, also auch für das Lotsenprojekt, nur dankende Resonanz bekommen. […] Vor allem, dass es kostenlos ist, das ist für die Menschen auch sehr wichtig, weil eigentlich ist sowas ja sehr, sehr teuer, wenn man zum Anwalt geht. […] Ich hab' viele Freunde, die Anwälte sind, und die, bei denen liegt der Flyer aus, ne? Und da sagen sie auch: „Das ist kostenlos, geht dahin." – Wenn ein Anwalt denn menschlich ist, ne? Und nicht nur auf Geld aus."[59]

[Frage: Was haben Sie in Bezug auf die Hamburger Einbürgerungsinitiative für Erfahrungen gemacht?]

„…wir können niemanden zwingen, wenn er sich nicht einbürgern lassen möchte, weil er, aus irgendwelchen Gründen auch immer. Natürlich können wir niemanden zwingen. Wir sagen: „Hey Leute, das sind eure Vorteile, das sind eure Nachteile." – Entscheiden müssen die sich. Klar. Und das ist bei denen ganz gut angekommen. Da haben wir ja oft auch erstmal so eine Informationsveranstaltung, sozusagen. Da erzähl ich über das Projekt ein bisschen […] und dann kommen sie nachher noch einzeln, ne? Und viele wollen dann Visitenkarten gleich haben noch. Der Zuspruch ist enorm, richtig groß gewesen. Auch im Flüchtlingsheim. Die waren so dankbar dafür, dass sie das, dass sie diese Information alle bekommen haben, weil sie diese Ausnahmen nicht kennen und viele Leute halt abgewimmelt haben: „Leute, ihr seid nicht acht Jahre hier, deswegen könnt ihr nicht eingebürgert werden." – Aber als sie das gehört haben, dass z. B. Minderjährige Kinder sich selbst einbürgern können – mit der Zustimmung der Eltern natürlich – aber keinen Lebensunterhalt, den, den zusichern müssen. Das wussten sie nicht zum Beispiel. Und das war eine riesengroße, also das war schon wirklich gut."[60]

[Frage: Was halten Sie von der Briefkampagne des Ersten Bürgermeisterts?]

„Also, dass er persönlich das macht, finde ich super. Also das ist ja, zeigt ja sozusagen den Willen, dass mehr Ausländer Deutsche werden. Das finde ich, das Prinzip finde ich ganz gut, nur das Problem ist, dass wenn der Brief nachhause kommt, dass es so, das verwirrt viele. Also sodass, ähm, ja, dann kommen die Leute dann so an, so: „Ja wieso, der Bürgermeister hat mich doch angeschrieben, krieg ich jetzt den deutschen Pass?" – Und wir so: „Äh, nein, ähm, du musst natürlich die Voraussetzungen erfüllen, um dann den deutschen Pass beantragen zu dürfen." – Und das verstehen viele nicht. Das ist dann so ein bisschen verwirrend."[61]

[58] TGH01.
[59] TGH03.
[60] TGH03.
[61] TGH10.

[Frage: Was halten Sie von den Hamburger Einbürgerungsfeiern?]

„Das zeigt ja auch den angehenden Deutschen, oder, die sind ja schon deutsch, wenn sie dahin kommen, erstens, dass sie willkommen sind, zweitens, wie wichtig es Hamburg ist, dass sie, dass sie sich einbürgern lassen, dass sie im Rathaus eingeladen werden, das ist keine Kleinigkeit, dass sie damit auch ernstgenommen werden, wichtig genommen werden und, dass sie als Deutsche anerkannt werden. Vor allem dieses ins Rathaus einladen, das ist, für viele Menschen ist das, ja, da sitzt der Bürgermeister drin, ne? […] Das Maß aller Dinge und die Hoheitsgewalt überhaupt und wenn man dahin eingeladen wird, das ist für die Menschen auch eine Anerkennung, für das, was sie bisher geleistet haben. Das bringt unser Bürgermeister ja auch genug zum Ausdruck. Und, ähm, ich finde das sehr angemessen und sehr klasse. […] Also ich kenne das nicht von anderen Staaten so, wo die geweihte Person sozusagen jemanden willkommen heißt. Ich weiß nicht, ob der Gouverneur in Amerika das macht."[62]

[Frage: Was halten Sie von den Hamburger Einbürgerungsfeiern?]

„Ja, wir waren ja eigentlich, ja, seit 2010 eigentlich auf fast jeder Einbürgerungsfeier, also so, jeden Termin versuchen wir immer auch präsent zu sein, weil in der Rede des Bürgermeisters wir natürlich auch drin vorkommen. Wir sind ein Teil davon, und natürlich ist es immer wieder was Besonderes, weil man halt eben die Menschen sieht, die, wie die sich alle so fein und schick machen, mit der Familie. Also dass man halt diese Besonderheit, was das für die Menschen eigentlich bedeutet, mal da vor Augen geführt bekommt. Und ähm, ja. Also sonst wäre das einfach ein, ein, ja, bürokratisches Verfahren, was dann halt mit der Übergabe des, der Urkunde in einem relativ kühlen Büro wahrscheinlich ablaufen würde. Und insofern finde ich das dem Anlass entsprechend auch schön, dass das eben, dass das eine Stadt eben auch macht. Und ich glaube Hamburg – also ich mein', das sind dann nochmal die, der Grund, um ins Rathaus, oder dass man, wenn man das Rathaus noch nicht kennt, und dann das Rathaus auch nochmal zusätzlich kennenlernt, das ist halt vielleicht auch noch mal so ein Punkt, ne, sonst würde man sich vielleicht für das, für das Thema Politik gar nicht so interessieren. Vielleicht ist es das erste Mal, dass man da in das Rathaus geht, das ist ja bei uns in Hamburg auch sehr, sehr zeigenswert. Insofern, ähm… ist das denk' ich mal ganz, ganz sinnvoll. […] Also ich mein', der Saal ist eigentlich fast immer voll. […] Also dadurch, dass da der Bürgermeister persönlich dort auch noch mal eine Rede hält, das ist halt für die Menschen nicht selbstverständlich. Also dass der Bürgermeister der Stadt Hamburg dann eben zu sehen ist, und ich vielleicht sogar noch persönlich von ihm die Urkunde überreicht bekomme. Also insofern, das nehmen auch viele halt auch dankend an. Die werden gefragt: „Möchten Sie auf die nächste Einbürgerungsfeier?" – Und… und dadurch, dass die sich, also, man sieht es halt. Die kommen da nicht in Jeans und Schlabberlook, sondern die machen sich alle schick und dann sieht man auch wie wichtig denen das ist."[63]

[62] TGH03.

[63] TGH01.

Das positive Bild, das von den Expert_innen gezeichnet wird, bestätigt sich weiterführend auch in den konsensanalytischen Ergebnissen, die in Tabelle 5.8 zusammengefasst sind. Dabei spiegeln die Deutungsmuster 36 bis 40 die staatsnationale Linie wider, während Deutungsmuster 41 und 42 der ethnonationalen Logik folgen. Aussage 43 bewegt sich, als Randposition, zwischen den beiden dominanten Diskursen.

Tabelle 5.8 Hamburger Einbürgerungsinitiative

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
36	Weil der deutsche Staat davon profitiert, wenn möglichst viele Menschen sich einbürgern lassen, ist Einbürgerungswerbung sinnvoll.	48,94	21,28	25,53
37	Der Staat soll Aufklärungsarbeit leisten, weil viele Leute über die Regeln, Bedingungen und Vorteile der Einbürgerung nicht ausreichend informiert sind.	72,34	10,64	12,77
38	Der Staat soll Migranten aktiv zur Einbürgerung auffordern, um zu zeigen, dass sie als neue Staatsbürger in der Gesellschaft willkommen sind.	68,09	8,51	19,15
39	Der Staat soll Einbürgerungsfeiern veranstalten, weil die Einbürgerung ein besonderer Anlass ist und angemessen gewürdigt werden muss.	72,34	8,51	12,77
40	Das Thema Einbürgerung soll für Schüler (mit und ohne Migrationshintergrund) verpflichtend im Schulunterricht behandelt werden.	63,83	10,64	21,28

(Fortsetzung)

Tabelle 5.8 (Fortsetzung)

Nr.	*Diskursives Deutungsmuster*	*Stimme zu*	*Stimme nicht zu*	*Weiß nicht*
		Angaben in Prozent (gerundet) von Gesamt (47) ohne Enthaltungen / unbeantwortete Fragen		
41	Der deutsche Staat soll keine Einbürgerungswerbung machen, weil es Aufgabe der Migranten ist, sich über die Einbürgerung zu informieren und sich selbstständig darum zu bemühen.	12,77	65,96	17,02
42	Einbürgerungswerbung lässt die deutsche Staatsangehörigkeit wertlos erscheinen.	10,64	72,34	8,51
43	Die Politiker fördern die Einbürgerung nur, um sich dadurch Wählerstimmen zu sichern.	17,02	55,32	23,40

Eine deutliche Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass der Staat Informationsangebote bereitstellen, durch aktive Ansprache der Migrant_innen Willkommenskultur vermitteln, die Einbürgerung in einem feierlichen Akt würdigen und das Thema überdies im allgemeinen Schulunterricht verankern soll (Aussage Nr. 37 bis 40). Mit 48,94 % erhielt die Aussage, dass Einbürgerungswerbung notwendig sei, weil der deutsche Staat von hohen Einbürgerungsquoten profitiere, von allen staatsnationalen Deutungsmustern in dieser Sektion am wenigsten Zustimmung (Aussage Nr. 36). Entgegen diesem starken staatsnationalen Trend teilen nur 12,77 % der Befragten die ethnonationale Meinung, dass der deutsche Staat *keine* Einbürgerungswerbung machen sollte (Aussage Nr. 41). Weitere 10,64 % glauben sogar, dass die Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungswerbung entwertet wird (Aussage Nr. 42). Immerhin 17,02 % haben den Verdacht, dass Politiker_innen die Einbürgerung lediglich fördern, um Wählerstimmen zu erschließen (Aussage Nr. 43). Diese Deutung taucht im ethnonationalen Diskurs recht häufig, im staatsnationalen Diskurs bloß als radikale Randposition auf. In der vorliegenden Umfrage widerspricht ihr mit 55,32 % eine deutliche Mehrheit der Befragten.

Im Zusammenhang mit dem Thema Hamburger Einbürgerungsinitiative wurden die Expert_innen des Weiteren auch mit dem zentralen Tagesspiegel-Artikel *„Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“* sowie mit den darin abgedruckten Aussagen von Alexander Dobrindt konfrontiert, wie sie in der Einführung zu dieser

Arbeit vorgestellt wurden und wie sie auch in Kapitel 4 der Untersuchung immer wieder zu Relevanz gelangt sind. In ihren Reaktionen haben die Befragten dem CSU-Politiker und seinen ethnonationalen Thesen zu einem Großteil sehr vehement widersprochen. Dabei wurde immer wieder betont, dass durch die Hamburger Einbürgerungsinitiative – und darin insbesondere durch den Bürgermeisterbrief und die offiziellen Einbürgerungsfeiern – die Staatsangehörigkeit nicht etwa entwertet werde, sondern im Gegenteil sogar eine erhebliche Aufwertung erfahre, die von den Einzubürgernden und Eingebürgerten auch durchaus als solche erkannt werde:

> „Wahrscheinlich war da gerade wieder Wahlkampf oder so. Also das ist natürlich, ja, kann man natürlich so in den Raum werfen, das ist natürlich erstmal auch populistisch, denke ich mal, weil er müsste erstmal schon darlegen, warum es verschenkt wird. Weil da wird ja nichts verschenkt. Keiner kriegt den deutschen Pass einfach mal so geschenkt. Also es gibt ein Gesetz, das Staatsangehörigkeitsrecht, und da steht drin, […] welche Voraussetzungen man erfüllen muss, um per Anspruchseinbürgerung dann halt eingebürgert werden zu können. Und da muss man halt schon ganz schön viele Voraussetzungen erfüllen. Also insofern wüsste ich nicht, was da verschenkt wird. Und wenn die Stadt im Rahmen ihrer Willkommenskultur bestimmte Themen für besonders wichtig, ähm, findet, und in so einer Initiative sozusagen voranbringt, ähm, dann müsste er schon sagen: „Okay, sowas wie eine Willkommenskultur, dass wir den Menschen ermöglichen wollen, zu partizipieren, ist schlecht, weil so und so." – Da muss er schon das dann so sagen. […] Die können ja ihre Meinung haben, das ist ja total in Ordnung. Also finde ich aber total irgendwie so ein bisschen, ja, überspitzt und auch nicht wahrheitsgemäß. Weil da wird ja nichts verschenkt. […] Also nur weil es diese Kampagne gibt, heißt das ja nicht, dass die Voraussetzungen jetzt leichter werden. Die Voraussetzungen sind im Gesetz verankert. […] Also das ist ja ein Bundesgesetz […]. Die Länder, äh, also die einzelnen Kommunen können halt ihre Ermessensspielräume unterschiedlich nutzen, ja? Also das entscheiden die. Aber die grundlegenden, also die, die, das Gesetz, das Staatsangehörigkeitsrecht ist für alle Bundesländer gleich. Insofern wird hier gar nichts verramscht."[64]

> „Kompletter Bullshit, find' ich persönlich. Ähm, dadurch dass da nichts verramscht wird. Es wird einfach nur den Menschen gesagt, worauf sie einen Anspruch haben. Mehr wird ja nicht gemacht. Es wird ja niemandem jetzt der deutsche Pass aufgezwungen, oder sonst was. Also wenn jemand sagt: „Ich fühle mich so wohl hier, ich möchte hier mein Leben verbringen, ich kann mich so gut damit identifizieren, ich möchte den deutschen Pass." – Dann, wenn er den Anspruch hat, dann soll er den auch bekommen."[65]

> Ich würde sagen, dass das eine schwachsinnige Aussage ist. […] Allein die Einbürgerungsfeiern, die zeigen ja […] den Wert. Also das, das ist eine Wertigkeit für die Menschen. Und gerade weil es so viele Anlaufstellen gibt, glaube ich, ist, ist ja die

64 TGH01.

65 TGH02.

> Wertigkeit noch mal unterstrichen. Zu sagen: „Leute, es ist uns wichtig, dass ihr euch einbürgert. Es ist uns wichtig, dass ihr euch daran haltet, […] was unsere Verfassung sagt. Dass ihr hier willkommen seid, aber dass ihr Rechte und Pflichten habt." […] Und dafür gibt es verschiedene Stellen in dieser Initiative, wo man immer wieder sagt: „Hey, ihr habt Rechte aber auch Pflichten." – Und, ähm, das zeigt doch eher die Wertigkeit daraus. Erstens, dass man Einbürgerungen möchte, weil Deutschland Einbürgerungen auch braucht, äh, und zweitens die […] Wichtigkeit, halt, dass es gefeiert wird, dass man dazu eingeladen wird. Also ich würd' sagen, das, das unterstreicht eher die Wichtigkeit. Ja."[66]

> „Was soll man dazu sagen? Ich bin Ramsch. Das heißt es. Ich [Name] bin Ramsch. Das ist beleidigend, kränkend, diskriminierend, es geht unter die Gürtellinie […]. Guck mal, da krieg ich jetzt sogar wieder Herzklopfen. Ich bin Ramsch. Und das ist kein schönes Gefühl, das ist nicht gut."[67]

> „Im Gegenteil. Die Leute werden stolz, wenn sie dann die deutsche Bürgerschaft annehmen. Und, äh, ich finde das sehr wichtig, dass die Gesellschaft nicht gespalten wird. Es gibt immer freie Wahl, ob ich den deutschen Pass nehme oder nicht. Es gibt genug Voraussetzungen dafür. Trotzdem, die Leute bekommen das und fühlen sich natürlich sehr stolz, dass dann der erste Bürgermeister angeschrieben hat. Die kommen dann mit diesem Gefühl – man muss ja auch sehen, persönlich: „Ich hab' den Brief bekommen." – Das ist das Erste, was die sagen."[68]

Die diametrale Umdeutung der ethnonationalen Interpretation ist nicht nur überaus auffällig, interessant sind überdies auch die unterschiedlichen *Strategien*, anhand derer diese Umdeutung erfolgt. So nutzen einige der Interviewpartner_innen eine *rationalisierende* Argumentationsweise, indem sie – wie es im massenmedial vermittelten Diskursfeld bereits mehrfach zu sehen war[69] – die Anschuldigungen der Gegenseite als *‚realitätsfern'* charakterisieren. Hier kann beobachtet werden, wie das Zusammenprallen zweier antagonistischer Wirklichkeitssphären dazu führt, dass der Gegenseite die *Rationalität* abgesprochen wird. Insofern sie sich außerhalb der eigenen Wirklichkeit bewegt, fällt sie unter die Kategorie der *Unwahrheit.*[70] Klar ist in diesem Zusammenhang, dass es in der Tat gewisse Faktoren gibt, die dem konstruktivistischen Prozess der Wirklichkeitskonstitution reale Grenzen setzen. So wird in den Interviews etwa auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, die letztlich nicht so unverbindlich und frei interpretierbar sind, wie der ethnonationale Diskurs

---

[66] TGH03.

[67] TGH05.

[68] TGH09.

[69] Siehe Abschn. 4.1

[70] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3 sowie die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 und 2.4

es impliziert. Gleichzeitig muss man sich allerdings in Erinnerung rufen, dass die Argumentation der ethnonationalen Perspektive in erheblicher Weise Gefühle der Frustration und Deprivation aufgreift, die in ihrem Adressat_innenkreis dominant sind[71] – ganz genauso, wie der staatsnationale Diskurs dies für seine Adressat_innen tut. In Anbetracht dessen, dass der ethnonationale Diskurs davon ausgeht (und anhand seiner Grundbegriffe auch davon ausgehen *muss*), dass Einbürgerungen eine potenzielle Gefahr für die eigene (deutsche) Identität bedeuten und dass jegliche Maßnahmen der Einbürgerungsförderung eine (wenigstens potenzielle) Bedrohung darstellen, weil sie ‚schlechten Migrant_innen' eine zusätzliche Motivationsgrundlage schaffen, wird dann auch verständlich, warum es sehr wohl möglich ist (und durchaus logisch erscheinen kann) die Hamburger Einbürgerungsinitiative als ‚Erleichterungsinitiative' zu begreifen (zumal ja auch tatsächlich Erleichterungen stattfinden, z. B. in Form von beschleunigten Verfahren oder dem Abbau bürokratischer Hürden). Abermals wird deutlich, dass der wechselseitige Antagonismus der dominanten Wirklichkeitssphären deren Verständigung in weiten Teilen verhindert und – im Bewusstsein ihrer Sprecher_innen (bzw. ihrer Adressat_innen) eigendynamisch Macht entfaltet.

Im Gegensatz zu einer Strategie der *Rationalisierung* bemühen manch andere Sprecher_innen der obigen Interviewausschnitte eine Argumentation, die sehr viel stärker *emotionale* Faktoren in den Vordergrund rückt. Hier werden zum einen die Wünsche und Hoffnungen der Einzubürgernden angesprochen sowie auch die große emotionale Wirkung, welche die Hamburger Einbürgerungsinitiative ihrerseits auf diese ausübt. Aus diesem Blickwinkel erscheint es überaus schlüssig, die Initiative als qualitative Aufwertung von Staatsangehörigkeit und Einbürgerung zu begreifen. Während die deutsche Staatsangehörigkeit im ethnonationalen Diskurs etwas ist, um das die Migrant_innen kämpfen müssen, das ihnen nur widerwillig überlassen wird und das letztlich auch nicht unbedingt dazu beiträgt, zukünftige Rassismen abzuwenden, ist die Staatsangehörigkeit im staatsnationalen Diskurs ein im positiven Sinne emotionalisiertes Gut, das den Betroffenen in Aussicht gestellt wird und das ihnen eine endgültige Befreiung vom Zustand der Diskriminierung, der Entrechtung und der (emotional verletzenden) sozialen Entwertung verheißt. Mehr noch: Durch die Subjektposition der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' sehen die Adressat_innen sich mit einer Vielzahl positiver Zuschreibungen konfrontiert, welche nicht nur ihren *eigenen* Status aufwertet, sondern ebenso den Status der Staatsangehörigkeit als solchem: Staatsangehörigkeit ist vor diesem Hintergrund nicht (mehr) nur formale Zugehörigkeit, sondern ‚echte' Zugehörigkeit zu Staat und Nation.

[71] Siehe hierzu Abschn. 4.2 sowie 4.3

In ganz besonderem Maße sticht das vorletzte Zitat aus der Menge der oben abgedruckten Antworten hervor. Die Sprecherin verleiht in erheblicher Weise der emotionalen Betroffenheit Ausdruck, welche das antagonistische Verhältnis mit dem ethnonationalen Diskurs in ihr auslöst. Damit wird wiederum der Umstand verdeutlicht, dass Diskurse Wirklichkeit nicht nur inszenieren, sondern sie vielmehr erschaffen und dabei auch unmittelbaren Einfluss auf den menschlichen Körper nehmen. Diskurse haben reale Konsequenzen. Ihre wissenschaftliche Untersuchung – das transparent Machen ihrer Machtdynamiken – gelangt vor diesem Hintergrund umso mehr zu Bedeutung.

Nationale Identifikation

In den Interviews kam wiederholt ein Bild von Staatsangehörigkeit zum Tragen, welches selbige – analog zum staatsnationalen Diskurs – als emotional besetzten Baustein der persönlichen Identität begreift. Anders als in der medialen Debatte wurde Staatsangehörigkeit jedoch auch verhältnismäßig oft als reiner Rechtsstatus definiert, ohne jede emotionale Komponente. In der Regel vermitteln die Befragten zwischen diesen beiden Deutungsmustern und betonen v. a. die persönliche Perspektive der Betroffenen. Ob die Staatsangehörigkeit als Stück Identität oder als Rechtsstatus empfunden wird, ist demnach eine Frage des jeweiligen individuellen Standpunkts. Die nachfolgenden Beispiele demonstrieren diese Sichtweise, die von der Mehrheit der Expert_innen geteilt wird:

> *[Frage: Wie stehen Sie zum Thema doppelte Staatsangehörigkeit?]*
>
> „Also viele sagen dann auch: „Ja, das wäre doch gut, wenn dann die Türkei auch sagt, wir bürgern nicht mehr aus. Dann könnte man doch sagen, gut, dann muss Deutschland die Mehrstaatigkeit hinnehmen." – Wo ich auch sage: „Nein. Also du redest davon, ne, die Türkei soll sich doch demokratisch entwickeln und so weiter." – Was ist denn das für ein Zeichen, wenn die Türkei sagt, wir bürgern unsere Leute nicht aus, auch wenn sie wollen? Also das ist kein demokratisches Zeichen. […] Ich finde schon, jeder sollte die Möglichkeit haben, wenn er sagt: „Ich möcht mich ausbürgern aus dem Land", dass es auch dann geht. Deswegen… […] Für den einen ist das ein Stück Papier, für den anderen wiederum hat das mehr Bedeutung, der Pass. […] Wenn man halt binational aufgewachsen ist, sollte man das dann vielleicht auch in seinem Pass dann halt widerspiegeln dürfen."[72]
>
> *[Frage: Für viele Menschen ist die Staatsangehörigkeit ein wichtiges Stück Identität. Sehen Sie das auch so?]*
>
> „Das ist eine sehr, sehr schwierige Frage, über die ich aber auch schon viel nachgedacht hab'. […] Wenn ich daran denke, dass ich deutsch bin, denke ich daran, dass ich

[72] TGH01.

dankbar dafür bin, dass ich das unglaublich schätze, auf jeden Fall, aber es ist nicht so, dass ich mich damit identifiziere. Also, wie gesagt, ich bin Mensch und, ähm, was in meinem Pass steht, ist eigentlich irrelevant. Es ist, es hat natürlich Vorteile und wie gesagt ich bin dankbar dafür. Aber für mich hat es nicht so viel mit Identität zu tun. Weil ich bin nicht die Person, die ich bin, weil ich deutsch bin, oder weil ich einen deutschen Pass hab', in dem Sinne. Ähm, also eher nicht. Ich kann es sehr, sehr gut nachvollziehen [, wenn das für jemanden ein Stück Identität ist], auf jeden Fall. Aber für mich persönlich spielt es einfach nicht so eine große Rolle…"[73]

[Frage: Sollten Menschen, die eine Einbürgerung anstreben, sich emotional mit Deutschland identifizieren?]

„Wer will darüber entscheiden, wer sich identifiziert und wer nicht? […] Das ist ja […] eine subjektive Frage, die ich mir, die ich mir stelle, wenn ich mich einbürgern lasse. Und da kann ich auch sagen: Ich identifiziere mich mit Pakistan genauso wie mit Deutschland. Man kann auch, also, wenn es erlaubt wäre, gestattet wäre, auch beide behalten. Ähm… also… das find' ich ein bisschen grenzwertig. […] Das sind Gefühle, Emotionen, wo kein Dritter eigentlich mitreden kann, oder kein Zweiter auch mitreden kann. Das ist eine subjektive, eigene Frage. Wer will denn, wie wir gesehen haben, sie identifizieren sich nicht mit Deutschland, nur weil sie Burka tragen, und da drunter ist vielleicht eine Deutsche, oder eine Europäerin? Es gibt ja viele Deutsche oder Europäer, die zum Islam konvertieren. […] Wer will darüber entscheiden? Also es gibt keinen Richter der Welt, der darüber entscheiden kann, was ich fühle. Und kein Minister und kein… keiner kann mir sagen, wann ich mich mit Deutschland identifiziere. Das muss ich mit mir ausmachen. Das ist eine sehr individuelle und eine sehr private Frage auch. Also da hat keiner in meine Privatsphäre einzugreifen."[74]

[Frage: Sollten Menschen, die eine Einbürgerung anstreben, sich emotional mit Deutschland identifizieren?]

„Ich überleg gerade: Macht das irgendeinen Unterschied? […] Verbundenheit. Ich überleg gerade was, was könnte man damit meinen? Ich meine, ich bin hier geboren und aufgewachsen. Ich mein', ich hab' hier eine Verbundenheit. Ich fühle mich sowohl als Deutsche als auch gemischt. Also ich persönlich kann nicht sagen, ich bin jetzt voll nur türkisch, oder, ich kann aber auch nicht sagen, ich bin voll nur deutsch. Also ich hab' halt beide Teile in mir, deswegen ist das an sich schon irgendwie schwierig. Also […] ich bin beidem verbunden, um ehrlich zu sein. Wenn jetzt jemand sagen würde: „Du musst dich aber entscheiden, Deutschland oder…" – Das, das könnte ich ehrlich gesagt auch gar nicht. Ich bin halt mit beidem großgeworden."[75]

Die obigen Zitate sind insofern bemerkenswert, als sie einer nationalistischen Denkweise offen zu widersprechen scheinen. Identifikation wird zur Privatsache erklärt

[73] TGH02.

[74] TGH03.

[75] TGH11.

und gerade *nicht* zur Angelegenheit des Staates. Diese Sichtweise ist sowohl *post-nationalistisch* als auch im Reckwitz'schen Sinne *hyperkulturell*. Gleichzeitig ist jedoch im bisherigen Verlauf der Interviews hervorgetreten, dass die Befragten sehr wohl davon ausgehen, dass die Einbürgerung in der Regel mit emotionalen Motiven einhergeht und dass (nationale) Identifikation im Kontext von Staatsangehörigkeit durchaus eine Rolle spielt. Insofern wird ein Verhältnis zwischen Staatsangehörigkeit und Identität konzipiert, das (wie auch im Falle des staatsnationalen Diskurses) zwischen einem rein demokratischen *Bürgersinn* einerseits und einer emotional empfundenen *kollektiven Identifikation* andererseits oszilliert.[76] Mit der Möglichkeit der Nicht-Identifikation (im emotionalen Sinne), wenden sich die Sprecher_innen überdies v. a. gegen Argumente des ethnonationalen Diskurses, welche die Essentialisierung kultureller und religiöser Identitäten betreffen sowie auch das Thema der Vermeidung von Mehrstaatigkeit (s. u.) und die Forderung nach unabdingbarer Loyalität.

Vor diesem Hintergrund ist insbesondere eine Anmerkung interessant, die ein Teilnehmer der Online-Umfrage im offenen Kommentarbereich hinterlassen hat und die hier aufgrund ihrer besonderen und ungewöhnlichen Deutungslinie vollständig abgedruckt werden soll:

> „Es ist schwierig nach Deutschland einzureisen und einen Aufenthaltsstatus zu erreichen mit dem die Einbürgerung möglich ist, wenn man nicht aus einem bevorrechtigten Schengenland kommt. Geht eigentlich nur über Asylantragstellung oder Eheschließung und in wenigen Fällen zur Geschäftsgründung oder auch zum Studium mit anschließendem einbürgerungsfähigen AT. Wir sind leider bisher nicht (1973 Anwerbestop) mehr in der Lage aktiv Personen anzuwerben, deren Fähigkeiten gewünscht sind. Hier müssen besonders im Altenpflegebereich durch Anwerbung eher freundlicher/friedlicher Menschen aus z. B. Ghana oder christliche Indonesier große Lücken geschlossen werden.
>
> In der Erziehung der Menschen in Deutschland muss mehr auf ein Gemeinschaftsgefühl hingearbeitet werden, um verschiedene Ethnien/Religionen/Lebensvorstellungen mit dem Gefühl „Deutscher zu sein“ unter einen Hut zu bringen. Beispiel hat hier die USA oder auch Ghana (wachsendes Selbstbewusstsein und um sich greifender Nationalismus) mit Absingen der Nationalhymne vor Schulbeginn. Hier ist leider die Bundeswehr mit der unglücklicherweise ausgesetzten Wehrpflicht und dem staatskundlichen Unterricht (Innere Führung) weggefallen, in dem der Rechtsstaat und verschiedene Gesetzte, Rechte und Pflichten der Bürger, im Erwachsenenalter nochmals besprochen wurden.
>
> Wer eingebürgert wurde, also „geprüfter Deutscher“ ist, verändert selbverständlich zu einem 80millionstel das Bild was man sich von Deutschland machen muss. Meinen

[76] Siehe hierzu Abschn. 4.1

> jetzt erwachsenen Neffen aus Frankreich ist bei Ihren Besuchen in D stets aufgefallen, wie viele alte Menschen auf der Straße zu sehen sind. Ich arbeite seit 40 Jahren in der Ausländerbehörde/Einbürgerungsabtlg., bin mit einer ghan. Staa. verheiratet und könnte Sie weiter unterhalten.“[77]

Der Sprecher formuliert hier ein umfassendes politisches Programm zur Herstellung eines staatlich institutionalisierten Nationalismus, der auf ungewöhnliche Weise staatsnationale und ethnonationale Deutungslinien miteinander verbindet. So plädiert er für mehr Möglichkeiten der legalen und dauerhaften Zuwanderung und sogar für die offizielle ‚Anwerbung‘ von Migrant_innen, deren ‚Nützlichkeit‘ für den deutschen Staat er wiederum an kulturfundamentalistische Taxonomien von kultureller Fremdheit knüpft. Des Weiteren propagiert er die staatsnationale ‚Erziehung‘ der Bürger_innen vermittels nationalistischer Symbole, Rituale und Diskurse und nimmt dabei explizit Bezug auf ähnlich geartete Nationalismen in anderen Ländern sowie auf deren Tradition des politischen Multikulturalismus. Ziel ist die Herstellung einer nationalen Identifikation, die weit über einen bloßen *Bürgersinn* hinausgeht und die der aktiven Erzeugung von emotionaler Macht – oder vielmehr emotionaler *Herrschaft* – dient. Gleichzeitig räumt der Sprecher ein, dass sich durch ein solches Programm das Antlitz Deutschlands verändern werde. Ob damit ‚ethnische‘ Bevölkerungsanteile gemeint sind oder gar die Verschiebung weg von einer Abstammungs- und hin zu einer Einwanderungsgesellschaft bleibt indessen unklar.

In ihrer Verbindung höchst unterschiedlicher Elemente zu einem nationalistischen Leitbild ganz eigener Prägung ist die obige Aussage bemerkenswert und – in dieser Untersuchung – einzigartig. Anhand der Selbstbeschreibung des Sprechers ist zu vermuten, dass der Kontakt mit anderen Nationalismen (etwa in Ghana) für die Entstehung dieser sehr eigenen Deutungsvariante konstitutiv ist. Dieses Beispiel zeigt sehr anschaulich, dass öffentliche Diskurse individuelle Sinnwelten nicht determinieren. Sie liefern vielmehr ‚Bausteine von Wirklichkeit‘ die durchaus eigendynamisch Macht entfalten, die jedoch niemals unangefochten bleiben und ständig mit anderen Wirklichkeitsfragmenten konkurrieren. Die Dekodierung dieser Elemente und der damit einhergehende Akt der Wahl zwischen ihnen, ist ein hochgradig komplexer Prozess. Die vorliegende Arbeit kann lediglich einen Anfang machen, indem sie diese Komplexität sichtbar werden lässt. Entschlüsselt werden muss sie indes an anderer Stelle.

Mehrstaatigkeit

In der massenmedial vermittelten Debatte war eine intensive Verschränkung der beiden dominanten Einbürgerungsdiskurse mit dem Thema Mehrstaatigkeit zu

[77] Fragebogenexzerpt (anonym); Tipp- und Rechtschreibfehler wurden nicht korrigiert.

beobachten. Aus diesem Grund wurden die Expert_innen des Lotsenprojektes im Zuge der Interviews auch zu ihrer diesbezüglichen Haltung befragt. Die folgenden drei Antworten können als exemplarisch gelten:

[Frage: Wie stehen Sie zum Thema doppelte Staatsangehörigkeit?]

„Man muss sich erstmal einfach die Statistik und die Fakten angucken. Also deswegen ist die Debatte, läuft eigentlich an der Realität so ein bisschen vorbei. Die Realität sagt: Also 60 % der Einbürgerungen finden sowieso unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit statt. Also da bleibt Deutschland gar nichts anderes übrig, […] als Einbürgerung unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit […] durchzuführen. Das bedeutet eben, dass es viele Länder gibt, die gar nicht ausbürgern, aus politischen Gründen: Iran, Afghanistan und viele andere. […] Und dann gibt es halt auch Personen, deren Eltern, also dadurch, dass […] auch die Mischehen ja immer mehr werden […], wenn man dann, also, Eltern aus unterschiedlichen Ländern hat, automatisch auch mehrere Staatsbürgerschaften hat, also auch mehr als zwei sogar möglich sind. Insofern, die Statistik sagt sowieso was anderes. Und ich persönlich sag: Es kann auch Nachteile haben. Also wenn man jetzt z. B. doppelte Staatsbürgerschaft als Türke hat, ähm, man hat ja auch Pflichten. Wenn man halt männlich ist, dann Wehrpflicht und so weiter. Das heißt, muss man sich ganz gut überlegen, ob man das überhaupt will wirklich. Ich persönlich, ich vermiss da nix, was ich irgendwie abgegeben hab‘ und fühl mich eher sicherer momentan, wenn ich in die Türkei fliege. Aber grundsätzlich finde ich, sollte man halt selber die Möglichkeit haben, das zu entscheiden.“[78]

[Frage: Aus welchen Gründen haben Sie sich für eine Einbürgerung entschieden?]

„Ich wollte mich hier stabil fühlen. Also ich hab‘ mich entschieden, hier bleiben. Und dann hab‘ ich auch daran gezweifelt, ob ich meine russische Staatsbürgerschaft abgebe oder nicht: Was bedeutet das für mich? Aber als ich abgegeben hatte, dann war es: Warum habe ich so viel gedacht? […] Das war leichter als ich dachte. Weil dafür bekomme ich die Deutsche, habe ich dann gedacht. Warum so viel Gedanken? […] Viele möchten auch die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Ich kann auch verstehen, weil wenn man Verwandte da noch in Heimat hat, ist es sehr viel schwieriger für Russen, da einzureisen. […] Mit der Zeit man versteht, dass es viele Ausnahmen gibt, und leider Ausnahmen ist ja mehr als die Regel – 60 %. Und man fühlt sich ein bisschen komisch dabei, ne? Durchschnittlich 58 % Deutschland macht Ausnahme. […] Und dann heißt das: „Wir, ähm, wir machen keine doppelte Staatsangehörigkeit. Können wir nicht machen.“ – Aber ich glaube, […] dann wäre ja richtige Richtung, dass man [für alle] gleich das alles macht.“[79]

[Frage: Wie stehen Sie zum Thema doppelte Staatsangehörigkeit?]

Also ich persönlich muss keine Doppelte haben. Ähm, also ich find’s immer problematisch […], bei manchen Ländern wird’s akzeptiert, bei manchen nicht und ich

---

[78] TGH01.

[79] TGH09.

finde, da sollte es eine einheitliche Regelung geben. Ich find's nicht in Ordnung einem Land wird's gewährt, einem Land nicht, das find ich persönlich irgendwie nicht, finde ich nicht in Ordnung. Entweder für alle oder für gar keinen. Wobei das natürlich wieder ein Problem ist, weil andere Länder halt nicht… Ach, da krieg ich auch wieder so Schwierigkeiten. Weil einfach andere Länder sagen: „Nein. Wir entlassen dich nicht." – Hach, schwierig. Schwierig, schwierig. Da müsste man auch tiefer einsteigen. Kann man wahrscheinlich auch stundenlang drüber diskutieren. Gibt's wahrscheinlich auch mehrere Aspekte. Aber ich kann jetzt so von mir persönlich, ich brauch nicht die Türkische und die Deutsche. Ich find' das ist dann auch immer wieder ein Problem, weil, ähm, dann bin ich in der Türkei, dann gilt die Türkische […]. Ich weiß nicht, ob ich das auch so möchte, ehrlich gesagt. Äh, ob ich das so toll finde. Kann vorteilhaft sein, kann aber auch zum Nachteil sich tatsächlich auswirken, könnte ich mir vorstellen. Deswegen bin ich mir so ein bisschen unsicher, ob ich das so toll finde. Aber wie gesagt, es gibt Länder, die entlassen einen halt auch nicht, ne? Da müssen die Menschen…. Ja. Schwieriges Thema."[80]

Die Mehrheit der Expert_innen würde eine generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit durchaus begrüßen. Gleichzeitig fallen die diesbezüglichen Einschätzungen, wie man an den drei hier zitierten Beispielen sehen kann, aber äußerst differenziert aus. Während im staatsnationalen Diskurs einseitig die Vorteile der Mehrstaatigkeit inszeniert werden und im ethnonationalen Diskurs ebenso einseitig die Nachteile im Vordergrund stehen, zeichnen sich die interviewten Expert_innen durch eine abwägende Haltung aus, die maßgeblich auf persönlicher Erfahrung und (in diesem Zuge) auf der Konfrontation mit *anderen* Diskursen gründet (z. B. politischen und / oder nationalistischen Diskursen in Russland und der Türkei). Diese Erkenntnis deckt sich weitgehend mit früheren Beobachtungen, wie sie z. B. auch in Bezug auf das Thema ‚Hürden der Einbürgerung' gemacht wurden. Wiederum scheint die Tatsache, dass Individuen in der Regel mehreren diskursiven Wirklichkeiten zugleich ausgesetzt sind, sie unweigerlich zur Wahl und zur Vermittlung zu zwingen. Besonders deutlich wird dies v. a. anhand des letzten hier abgedruckten Interviewausschnitts, in welchem die befragte Expertin sehr offensichtlich Pros und Contras unterschiedlicher (politischer) Positionen abwägt und versucht, sich selbst in diesem ‚Chaos der Wirklichkeiten' zu verorten.

Im Hinblick auf die obigen Ergebnisse kann das vorliegende Teilkapitel zwei definitive Aussagen treffen: 1.) Die beiden dominanten Diskurse des massenmedial vermittelten Diskursfeldes üben auf die befragten Personen *Macht* aus. Sie tun dies in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Ausmaß, nichtsdestoweniger sind beide Strömungen insofern erfolgreich, als sie Teile ihrer Deutungslinien im individuellen Bewusstsein der Befragten verankern können. 2.) Ist klar geworden,

[80] TGH11.

dass diese ‚Übertragung' der diskursiven Inhalten von der kollektiven auf die individuelle Ebene (wenigstens insofern sie im Rahmen dieser Arbeit zu beobachten ist) immer auch eine gewisse *Transformation* zur Folge hat. Das ist umso erstaunlicher als die befragten Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes nicht nur Diskursrezipient_innen, sondern zugleich eben auch *Produzent_innen* des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses sind. Ihre Rolle im Dispositiv der Hamburger Einbürgerungsinitiative führt dennoch nicht etwa zu einer unhinterfragten Reproduktion der dominanten Diskurspositionen. Vielmehr wird zwischen verschiedenen, z. T. auch gegensätzlichen Deutungselementen vermittelt. Eine staatsnationale Linie bleibt dabei durchaus erkennbar, es ist jedoch eine andere, transformierte Linie, die nicht eins zu eins mit dem massenmedial vermittelten Diskurs korrespondiert. Besonders sticht dabei die stärkere Differenziertheit der Aussagen und Bewertungsmaßstäbe hervor sowie die stärkere Präsenz von (etwa postnationalistischen) Randpositionen, die sich im öffentlichen Diskursfeld nicht durchsetzen konnten. Hervorzuheben ist überdies und vor allem die Integration und Hierarchisierung teils widersprüchlicher (staatsnationaler sowie ethnonationaler) Diskurswirklichkeiten in einer gemeinsamen symbolischen Sinnwelt, wie sie u. a. durch die mehrdimensionale Bedeutungsaufspaltung von Konzepten wie Kultur oder Nation gelingt.

Im Anschluss an diese Erkenntnisse kann eine Reihe weiterführender Beobachtungen wenigstens *skizzenhaft* notiert werden. Auffällig ist z. B. die Fortsetzung der antagonistischen Diskursdynamik in den subjektiven Sinnwelten der Expert_innen (und – wenigstens in Teilen – auch im Antwortverhalten der Umfrageteilnehmenden). Auffällig ist weiterhin, dass eben diese Dynamik sich auf höchst individuelle Art und Weise in den jeweiligen subjektiven Wirklichkeitskonstruktionen ausdrückt. In diesem Kontext erscheint die *Polysemie* der diskursiven Grundbegriffe als wesentliche Vorbedingung dafür, dass diskursive Deutungsmuster im individuellen Bewusstsein auf kreative Weise Macht entfalten können. Überdies liegt der Schluss nahe, dass v. a. die (massenmediale) Omnipräsenz und die quasi-rituelle Wiederholung von Deutungsbestandteilen zu deren unbewusster Einverleibung bis hin zur *körperlichen Hexis* führen.[81] Emotionale Betroffenheit und die damit korrespondierende Attraktivität von emotionalisierten Identitätsangeboten treten in diesem Zusammenhang als beobachtbare Machteffekte hervor. Genauso bedeutsam scheinen außerdem die Konfrontation sowie die letztliche Verschränkung mit anderen ‚benachbarten' Diskursen zu sein. Die eigene Position in der Gesellschaft, der persönliche, biographisch bedingte Kontakt mit sowie die unterschiedlichen Grade

[81] Siehe hierzu Abschn. 2.3

der Betroffenheit durch heterogene Diskurskonstellationen sind (wenigstens augenscheinlich) zentrale Faktoren im individuellen Prozess der Dekodierung diskursiver Deutungen und bedürfen weitergehender diskursethnographischer Aufmerksamkeit über den Kontext der vorliegenden Arbeit hinaus.

Die hier zusammengefassten Einblicke sind lediglich vorläufiger Natur und können nicht abschließend erörtert werden. Sie zeigen jedoch Möglichkeiten der weiterführenden Forschung auf, wie sie nicht nur im Themenfeld Nationalismus, sondern ganz allgemein im Feld ethnologischer Diskursforschung gegeben sind. In diesem Zusammenhang bleibt eine letzte Anmerkung zu Forschungsansatz und Methodik zu machen: Anhand der obigen Ergebnisse lässt sich anschaulich demonstrieren, dass es schlichtweg nicht möglich ist, gesamtgesellschaftliche Diskurse anhand einzelner, vordefinierter Gruppen von Sprecher_innen zu erschließen. Auch wenn die Expert_innen des TGH-Lotsenprojektes einen wichtigen Teil des Hamburger Einbürgerungsdispositivs ausmachen und obwohl sie wesentliche Deutungen des staatsnationalen Diskurses reproduzieren, ist das Bild, das sich aus ihren Antworten ergibt, keineswegs deckungsgleich mit demjenigen, welches die dominanten Diskurse in der öffentlichen Arena zeichnen (Gleiches gilt für die Gruppe der Grenzgänger_innen, die im Zuge der konsensanalytischen Erhebung befragt wurde). Damit sei nicht gesagt, dass es nicht auch möglich (und durchaus interessant) wäre, z. B. TGH-interne Mikro- bzw. Mesodiskurse im Bereich Staatsangehörigkeit, Einbürgerung und Nationalismus zu untersuchen (unabhängig von oder in Wechselwirkung mit dem öffentlichen Diskursfeld). Diese Analyse hätte jedoch keinerlei Aussagekraft im Hinblick auf die gesellschaftliche Debatte als Ganzes. Wie in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit angeführt wurde, weisen viele Ethnolog_innen auf die bedeutende und korrigierende Funktion hin, welche eine Betrachtung der Mikroebene gegenüber einer analytischen Fokussierung auf die Makroebene einnehmen kann. Die Ergebnisse des hier vorliegenden Teilkapitels unterstreichen diesen Anspruch. Gleichzeitig muss aber auch betont werden, dass umgekehrt die gesellschaftliche Makroperspektive im Kontext mikroperspektivischer Untersuchungen als wichtiges Korrektiv dienen kann und muss.[82] Ein diskursanalytisches – respektive diskursethnographisches – Vorgehen kann beiden Erfordernissen gleichermaßen Rechnung tragen.

[82] Auf andere Vertreter_innen des Fachs, die zu einem ähnlichen Schluss gekommen sind, ist im Rahmen der Vorbemerkung zu dieser Arbeit bereits eingegangen worden.

5.2 Aspekte der Diskursproduktion: Ein Diskurs wird in Szene gesetzt

In Abschnitt 5.1 wurde die These formuliert, dass Diskurse in der massenmedialen Sphäre v. a. deshalb mehr oder minder uneingeschränkt ihre eigene Wirklichkeit konstituieren können, weil sie sich – abgeschottet durch ihre jeweiligen Formationsregeln[83] – ein Stück weit von der Komplexität aller potenziell erfahrbaren Weltdeutungen entkoppeln. Ganz besonders deutlich wurde dies u. a. auch in Abschnitt 4.2. Darin konnte gezeigt werden, dass der ethnonationale Diskurs sich mehrheitlich in relativ ‚autonomen' virtuellen Räumen bewegt, innerhalb derer sich seine Sprecher_innen fortwährend selbst adressieren und damit in kollektiver Wechselwirkung die emotionale Macht ihrer essentialisierten Identitätsangebote vergrößern. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass die diskursive Macht und die diskursive Eigendynamik sozial konstruierter Wirklichkeiten auch und gerade durch deren *Loslösung* von der unmittelbar erfahrbaren Alltagswelt (nach Luckmann) entstehen.[84] Wie Abschnitt 2.3 zeigen konnte, gelangen *Rituale* in diesem Zusammenhang zu herausragender Bedeutung. Rituale lösen – das hat u. a. Verkaaik demonstrieren können – diskursive Inhalte aus ihrem alltäglichen Zusammenhang, machen sie dadurch zum einen weniger fassbar, zum anderen aber – vermittels der ständigen Reproduktion ihrer zentralen Deutungsmuster – auch wesentlich einprägsamer.[85] Durch die fortwährende Wiederholung spezifischer Aussagen und Symbole sowie durch deren Abtrennung vom korrigierenden Gegengewicht alltäglicher (und immer auch antagonistischer[86]) Welterfahrung, generieren Rituale Macht. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des dispositiven Apparats und bedeutsames Instrument der Diskursproduktion.[87] Ihre diskursethnographische Untersuchung kann maßgeblich zum Verständnis dessen beitragen, wie Diskurse kulturelle Wirklichkeiten generieren und diese Wirklichkeiten machtvoll in ihre Adressat_innen ‚einschreiben'.

In Anbetracht ihrer besonderen Bedeutung für den offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurs, sollen im Folgenden die Hamburger Einbürgerungsfeiern als ein konstitutives Element seines staatsnationalen Dispositivs analysiert werden.

---

[83] Siehe hierzu die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 / 2.4

[84] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann in Abschn. 2.3

[85] Siehe hierzu die Ausführungen zu Verkaaik in Abschn. 2.3

[86] Siehe hierzu die Ausführungen zu Laclau und Mouffe in Abschn. 2.4 sowie die Konfrontation der beiden dominanten Diskurse in Abschn. 4.3

[87] Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.4

Die Betrachtung erfolgt in drei aufeinanderfolgenden Schritten: Im ersten Teil werden die Feiern selbst, ihr Rahmen und ihr Ablauf untersucht. Dabei wird das Goffman'sche Analysevokabular, wie es in Abschnitt 3.5 erörtert wurde, in besonderer Weise von Nutzen sein. Das Hauptaugenmerk liegt auf den *Darstellenden* und deren *Performance*, der *Fassade* aus *Bühnenbild*, persönlicher *Erscheinung* und *Verhalten* sowie den weiteren *Techniken der Eindrucksmanipulation*[88]. Auch Rolle und Reaktionen des *Publikums* werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Im zweiten Teil des Unterkapitels werden Teilnehmende Beobachtung und massenmedial fokussierte Diskursanalyse dann noch einmal unmittelbar zusammengeführt. Hier schließt sich die Erörterung des offiziellen Hamburger *Einbürgerungsfilms* an, der seinerseits zentraler Bestandteil der Feierlichkeiten ist und überdies nicht nur die Eigenlogik des Diskurses, sondern außerdem auch dessen (macht)technische Selbstinszenierung eindrucksvoll sichtbar macht. Im abschließenden dritten Teil werden die zentralen Beobachtungen final herausgestrichen und weiterführend diskutiert.

Die Einbürgerungsfeier

1.) Bühnenbild: Die Einbürgerungsfeiern finden im großen Festsaal des Hamburger Rathauses statt (siehe Abb. 5.1 und 5.3). In vielen Interviews und Gesprächen wurde dieser Raum immer wieder als ganz besonderer Ort bezeichnet, zum einen aufgrund seiner prunkvollen Ausstattung und festlichen Atmosphäre, zum anderen aber auch, weil er normalerweise nicht frei zugänglich ist. Auf der offiziellen Website der Hamburger Bürgerschaft wird der Saal wie folgt beschrieben:

> „Der Große Festsaal ist mit 46 Metern Länge und einer Fläche von 720 Quadratmetern der größte Saal im Rathaus und bietet 540 sitzenden Gästen Platz.
>
> Er wird für große Empfänge und Festessen genutzt, wie für das Matthiae-Mahl, das älteste noch begangene Festessen der Welt, zu dem 400 Gäste geladen werden. Das Matthiae-Mahl findet seit 1356 immer um den 24. Februar herum statt.
>
> Die riesigen Wandgemälde erzählen die Geschichte Hamburgs: die Urlandschaft vor der Besiedelung, die ersten Bauern und Fischer an Elbe und Alster, die Christianisierung und schließlich der Hamburger Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.
>
> Spannend ist vor allem die Geschichte der Darstellung der Christianisierung […]. Hugo Vogel musste die ersten Entwürfe überarbeiten, da vor dem Bischof zuerst ein Mann kniend dargestellt war. Aber ein Hamburger, befanden die stolzen Hanseaten, solle vor niemandem in die Knie gehen."[89]

[88] Siehe die Ausführungen zu Goffmans Konzept der *Eindrucksmanipulation* in Abschn. 2.3
[89] Hamburgische Bürgerschaft o. J.

Der Große Festsaal ist demnach nicht nur ein Ort, an dem normalerweise Staatsempfänge begangen werden – und der allein schon aufgrund dessen dazu geeignet ist, das dortige Geschehen aus der Sphäre des Alltäglichen herauszuheben – er stellt überdies auch eine unmittelbare Verbindung zu Hamburg her. Hamburgische Geschichte, hamburgische Symbolik und hamburgische Identität spielen im Kontext der Feiern (und darüber hinaus auch für die weitere Inszenierung des offiziellen Diskurses) eine herausragende Rolle. Bezeichnend ist hierfür u. a. der große schwarz-rot-goldene Anker, der nicht bloß als Logo der Hamburger Einbürgerungsinitiative fungiert, sondern darüber hinaus auch stets an prominenter Stelle die Bühne der Einbürgerungsfeiern schmückt (siehe Abb. 5.2). Mit der Mischung aus Nationalfarben und maritimer (Hamburg-)Symbolik verknüpft dieser Anker (wie auch der Leitspruch der Initiative: *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.*) lokale mit nationaler Identität. Die Rolle Hamburgs als Hafenstadt und ‚Tor zur Welt' ist dabei essentiell. In Abschnitt 5.3 wird auf diese ‚Lokalisierung' von nationaler Zugehörigkeit noch weiterführend einzugehen sein.

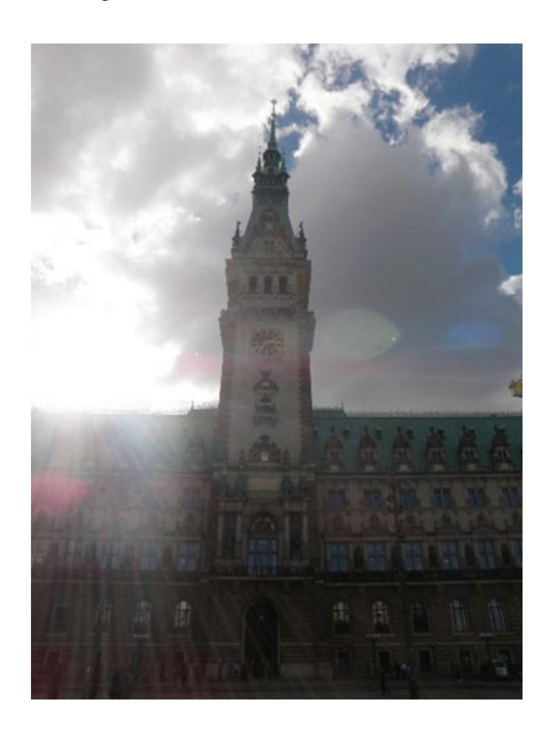


Abb. 5.1 Hamburger Rathaus

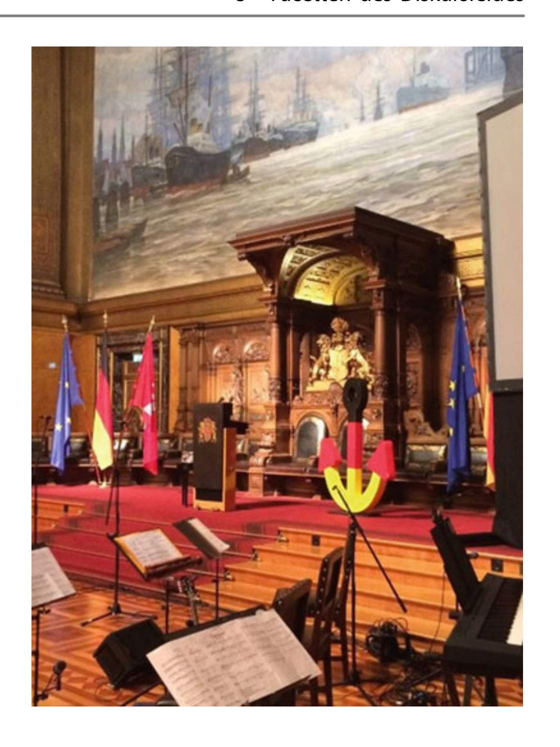


Abb. 5.2 Großer Festsaal – Bühne

Die Abbildungen 5.1 bis 5.3 vermitteln einen Eindruck vom Hamburger Rathaus und dem Großen Festsaal als Veranstaltungsort der Feiern sowie vom Arrangement ihres typischen Bühnenbildes. Auffällig sind v. a. die drei Flaggen rechts und links des zentralen Ankersymbols: Europa, Deutschland und Hamburg werden durch sie gleichermaßen repräsentiert. Dies ist im Kontext einer Einbürgerungszeremonie – einem Akt der nationalen Eingliederung – durchaus bemerkenswert. Die Einbürgerung wird auf diese Weise von der rein nationalen Ebene weggehoben und sowohl mit der lokalen (hamburgischen) als auch mit der transnationalen (europäischen) Ebene in Bezug gesetzt. Es geht hier demnach nicht nur um die offizielle Eingliederung in den deutschen Staat als solchen, es geht gleichermaßen auch um die Eingliederung in die Stadtgemeinschaft Hamburgs und die Staatengemeinschaft Europas. Drei Ebenen von Identität werden gleichberechtigt nebeneinandergestellt und – schon allein durch das Bühnenbild – miteinander verwoben. Bereits in der Wahl der Symbolik ist der kosmopolitische Unterton des staatsnationalen Diskurses

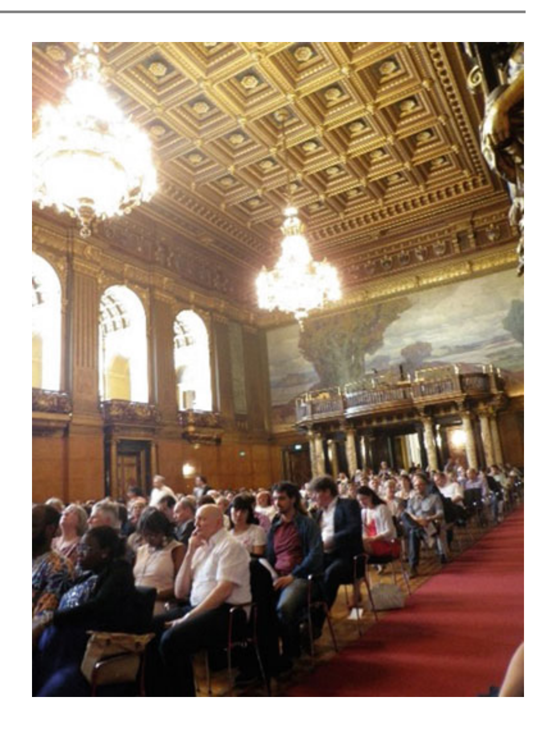


Abb. 5.3 Großer Festsaal (Blick von der Bühne ins Publikum)

unzweifelhaft erkennbar: Er deutet auf die Verquickung von Lokalem und Globalem, auf das Zelebrieren hybrider Identitäten und die Betonung einer transkulturellen Wertegemeinschaft, die nicht an Ländergrenzen Halt macht.

2.) Darstellende: Der mit einigem Abstand bedeutsamste Protagonist der Hamburger Einbürgerungsinitiative ist ohne Zweifel Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz[90]. Er hält die Laudatio und überreicht die Einbürgerungsurkunden. Bei jeder der von mir besuchten Einbürgerungsfeiern stand er überdies nach dem offiziellen Teil der Veranstaltungen noch bis zu einer halben Stunde lang (!) zur Verfügung, um sich mit einzelnen Gruppen von Eingebürgerten und deren Angehörigen fotografieren zu lassen. Als Bürgermeister und Schirmherr der Hamburger Einbürgerungsinitiative ist er deren wichtigste Gallionsfigur und damit auch

[90] Die hier beschriebenen Einbürgerungsfeiern fanden in den Jahren 2016 und 2017 statt. Olaf Scholz war von 2011 bis 2018 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Von 2018 bis 2021 bekleidete er das Amt des Bundesministers der Finanzen und war Stellvertreter der deutschen Bundeskanzlerin. Im Jahr 2021 wurde er zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. (Scholz 2022).

zentraler Akteur der Feiern. Darüber hinaus ist er eine prominente Persönlichkeit des politischen und öffentlichen Lebens und trägt durch seine persönliche Anwesenheit (sowie durch sein enormes *symbolisches Kapital*) maßgeblich zur rituellen, herausgehobenen Atmosphäre der Einbürgerungsfeiern bei. In seinen Reden aktualisiert er für gewöhnlich die zentralen Bausteine des staatsnationalen Diskurses: Multikulturalität betrachtet er als Bereicherung, Hybridität und Fluidität als gesellschaftlichen Normalzustand. Er hebt die Vielschichtigkeit menschlicher Identitäten hervor und verknüpft dabei immer wieder – einer kosmopolitischen Logik folgend – die lokale mit der globalen Ebene. Hamburg und Europa sind hierfür wichtige Bezugs- und Ankerpunkte. Zudem zeichnet Scholz ein Bild von Integration, das selbige als gesamtgesellschaftlichen Auftrag fasst. Dieser setzt Engagement und Eigeninitiative voraus und hat umfängliche gesellschaftliche Teilhabe zum Ziel. Demokratie und Deliberation – sowie ein damit einhergehender, subjektivistischer Nationenbegriff – sind dabei zentrale Leitmotive und ziehen sich als roter Faden durch jede der verschiedenen Reden, die im Rahmen von diskursanalytischer Feinanalyse und Teilnehmender Beobachtung untersucht wurden. Ebenso prominent ist überdies auch der Entwurf eines nationalen (respektive lokal-hamburgischen) Mythos von der ‚historisch gewachsenen Einwanderungsgesellschaft' sowie die damit in Verbindung stehende Unterbreitung positiver Identitätsangebote (‚gute Migrant_innen', ‚gute (eingebürgerte) Deutsche', ‚kosmopolitische Staatsbürger_innen'). Der nachfolgende Redeausschnitt steht beispielhaft für diese Argumentationslinie:

> „…Hamburg ist seit Jahrhunderten eine weltoffene Stadt und Ziel von Hoffnungen. Im 17. Jahrhundert kamen Glaubensflüchtlinge aus Spanien, Portugal und den Niederlanden. Hundert Jahre später strömten Händler, die vor den Folgen der französischen Revolution flohen, an die Elbe. Und zwischen 1960 und 1970 kamen viele Arbeiter von der Iberischen Halbinsel, aus Italien, vom westlichen Balkan und später auch aus der Türkei.
>
> Und so ging und geht es immer weiter. Aus Europa, zu dessen größten Errungenschaften die Freizügigkeit gehört, kommen heute wieder viele nach Hamburg und bleiben. […]
>
> Meine Damen und Herren,
>
> Für Sie wie für die meisten hier ist die Einbürgerung weit mehr als nur die Änderung Ihres aufenthaltsrechtlichen Status, Sie haben den deutschen Pass und damit unter anderem auch – wenn Sie alt genug sind – das volle Wahlrecht erhalten. Für die letzte Bürgerschaftswahl kommt das zu spät aber für Wahlen gilt ein Satz, der eigentlich aus dem Sport stammt: ‚Nach der Wahl ist vor der nächsten Wahl'.

Und meine Bitte an Sie als Bürgermeister der Stadt, deren Bürger Sie jetzt sind, ist: Gehen Sie immer wählen. Wahlen sind die Grundpfeiler unserer Demokratie und ich finde, eine Pflicht für jeden Wahlberechtigten. Je höher die Wahlbeteiligung, desto breiter ist die Basis des Vertrauens in die Politik. Grade diejenigen unter Ihnen, die Ihre Wurzeln in Ländern haben, in denen für das Recht zu wählen gekämpft und manchmal auch gestorben wird, wissen das genau.

Noch eines ist mit Ihrer Entscheidung zur Einbürgerung verknüpft, dann nämlich, wenn Sie nicht aus einem Staat der Europäischen Union stammen: Mit der Einbürgerung in Deutschland ist für Sie die schon angesprochene Freizügigkeit in unserem EU-Europa verbunden.

Europa ist für viele in der Welt ein guter Ort. Dabei geht es um weit mehr als nur die Währung, den Euro und die wirtschaftliche Stabilität. Viel mehr sind Demokratie, Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz Werte, die Europa auszeichnen.

Sie haben zu Europa, zu Deutschland und zu dem Hamburg von heute Ja gesagt. Als Bürgermeister dieser Stadt finde ich: dies ist ein Anlass zu feiern.

Meine Damen und Herren,

In Deutschland haben 16,5 Millionen Einwohner Wurzeln in einem anderen Land. Das Statistische Bundesamt nennt das einen Migrationshintergrund. Die Herkunftsländer sind zahlreich und verschieden: 2014 kamen die meisten aus Afghanistan, der Türkei, Polen, Iran und Russland.

In unserer Stadt hat fast jedes zweite Kind eine Zuwanderungsgeschichte. Ich freue mich, dass diese Kinder unsere Stadt mit ihren vielfältigen Talenten bereichern. Und ich freue mich auch, dass die Kinder, die hier geboren sind, sich nicht mehr, wie bis vor kurzem, sobald sie erwachsen sind, für eine von zwei Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen, die der Eltern oder die ihres Geburtslandes.

Seit 2009 hat sich die Zahl der jährlichen Einbürgerungen in Hamburg verdoppelt. Das passt gut zu Hamburg als Ankunftsstadt. Die meisten Einwanderer bringen das Grundgefühl der Zuversicht mit. Sie vertrauen darauf, dass sie in Hamburg ihren Platz finden werden…“[91]

Für gewöhnlich ist der Erste Bürgermeister der einzige Redner im Programm der Hamburger Einbürgerungsfeiern. Eine Ausnahme bilden hier lediglich ‚Jubiläumsveranstaltungen‘. Im Rahmen der 40. Einbürgerungsfeier (18.07.2017) war z. B. der Hamburger Moderator und Entertainer Yared Dibaba als Gastredner geladen. Als Schwarzer[92] ‚Mensch mit Migrationshintergrund‘ (geboren in Äthiopien) und eingebürgerter Deutscher, der aufgrund seiner massenmedialen Präsenz und seines

---

[91] HK181: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 24.04.2015.

[92] *Schwarz* als sozial konstruierte Kategorisierung einer bestimmten Gruppe von Menschen wird, im Einklang mit dem Glossar für diskriminierungssensible Sprache von *Amnesty International*, in dieser Arbeit mit einem großen ‚S‘ gekennzeichnet, um den sozial konstruierten

beruflichen Erfolgs erhebliches *symbolisches Kapital* akkumuliert, sprach er in einer Art Vorbildfunktion zu den geladenen Gästen. Dabei betonte er den gesellschaftlichen Mehrwert von Multikulturalität und appellierte an die ‚neuen Deutschen', sich sozial wie politisch einzubringen. Mit seiner Ansprache lag er vollends auf einer Wellenlänge mit dem staatsnationalen Diskurs der Stadt Hamburg. Dessen Botschaft erlangte durch Dibabas ‚Insiderposition' noch einmal ganz besondere Authentizität. Dabei ist zu bedenken, dass der Einsatz von Vorbildern und Personen mit ‚Modellcharakter' eine diskursive *Emotionalisierungstechnik* darstellt, die in erheblicher Weise dazu angetan ist, Macht zu entfalten. Dies gilt umso mehr, wenn – wie im Falle Dibabas – durch das Hervorheben *gemeinsamer Identitätsmerkmale* sowie durch deren *Idealisierung*, also durch deren Verknüpfung mit positiv konnotierten gesellschaftlichen Werten (z. B. wirtschaftlicher Erfolg, mediale Prominenz), ein positives Gefühl von Gemeinschaft und Zugehörigkeit generiert werden kann.[93] Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass Dibaba v. a. für seine Beherrschung und massenmediale Inszenierung der *plattdeutschen Sprache* bekannt ist.[94] Der staatsnationale Anspruch an ‚kosmopolitische Staatsbürgerschaft' – im Sinne der Verknüpfung unterschiedlicher Kulturen, Identitäten und ‚Lokalitäten des Globalen' – findet in seiner Person, wie in kaum einer anderen, seinen plakativen Ausdruck.

Tatsächlich war es in den Anfangsjahren der Einbürgerungsfeiern üblich, prominente Gastredner_innen wie Dibaba (selbst eingebürgert oder mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren) als symbolisches ‚Sprachrohr der Eingebürgerten' auf den Feiern sprechen zu lassen. Später kam man jedoch davon ab, weil aufgrund der rasch anwachsenden Zahl von Feiern die Auswahl der Redner_innen schwierig bzw. zu beliebig wurde.[95] Seither werden Gastredner_innen nur noch zu besonderen Anlässen eingeladen. Klar ist nichtsdestoweniger, dass die Einbindung von eingebürgerten Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund eine Verbindung schaffen soll zwischen dem politischen Personal der Stadt Hamburg und der angesprochenen Zielgruppe. Da es sich zudem bei den Gastredner_innen meist um Prominente oder sozial wie wirtschaftlich erfolgreiche Persönlichkeiten handelt, wird zusätzlich noch das Integrationsideal des staatsnationalen Diskurses aktualisiert: Integration bedeutet, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und sich außerdem positiv in die Gemeinschaft einzubringen. Migration ist eine Bereicherung

Charakter dieser Zuschreibung hervorzuheben. (Amnesty International Deutschland e. V. 2017).

[93] Siehe hierzu die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3 sowie die Ausführungen zu Goffman in Abschn. 3.5

[94] Siehe hierzu yared.de o. J.

[95] Interview HH02 (Datum: 18.07.2017, Ort: Hamburger Rathaus – siehe Anhang 7 im elektronischen Zusatzmaterial: Interviewverzeichnis).

für die Gesellschaft und trägt ihrerseits zu Wohlstand und Fortschritt bei. Kurzum: Die diskursiven Subjektpositionen des/der ‚guten Migrant_in' bzw. des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' werden durch die Auswahl der Redner_innen (re)produziert, symbolisiert und institutionalisiert.

Nicht jede/r Gastrender_in hat indes zwangsläufig einen Migrationshintergrund. Am 44. Jubiläum der Hamburger Einbürgerungsfeiern (23.01.2018) nahm z. B. der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier teil. Aus Sicherheitsgründen war es mir leider nicht möglich, dieser Veranstaltung beizuwohnen. Die Anwesenheit des deutschen Staatsoberhauptes als Tatsache an und für sich unterstreicht aber bereits die besondere Bedeutung, die den Feiern von offizieller Seite zugemessen wird. Sein Besuch erhob sie umso mehr zum nationalen *rite de passage*.



Abb. 5.4 Olaf Scholz mit einer Gruppe Eingebürgerter

Die Abbildungen 5.4 und 5.5 zeigen weitere wichtige Akteur_innen der Feiern. Diese sind, neben dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und etwaigen Gastredner_innen, in Abbildung 5.4 v. a. die Eingebürgerten selbst. Der symbolische Akt der Verleihung von Einbürgerungsurkunden an einige ausgewählte Personen – stellvertretend auch für all die anderen, die ihre Urkunden vorab bereits erhalten haben und jetzt als Gäste im Publikum sitzen – bildet einen regelmäßigen und in hohem Maße standardisierten Teil der Zeremonie. Die Menschen, die zur Urkundenvergabe nach vorn auf die Bühne gebeten werden, haben zwar keine ‚Sprechrollen' in der



Abb. 5.5 Kinderchor bei einer Einbürgerungsfeier

diskursiven Inszenierung, tragen durch ihre Präsenz, ihr Erscheinungsbild und ihr Verhalten jedoch erheblich zum Gesamtbild derselben bei. So sind sie z. B. in der Regel festlich gekleidet, oft auch in Trachten ihrer jeweiligen Herkunftsregion. Sie werden unter Nennung ihres Namens und des ursprünglichen Herkunftslandes auf die Bühne gerufen. Auf diese Weise entsteht ein Eindruck von Multikulturalität, Hybridität und kosmopolitischer Vernetzung, der den Tenor des staatsnationalen Diskurses in erheblicher Weise unterstreicht. Indem der Erste Bürgermeister ihnen in festgelegter Reihenfolge die Urkunden überreicht, sie beglückwünscht und ihnen die Hand schüttelt, nimmt die Bühnenhandlung darüber hinaus einen durch und durch rituellen Charakter an. Die Bedeutung des symbolischen ‚Grenzübertritts' wird (v. a. durch den persönlichen Handschlag des Bürgermeisters und die damit assoziierte Wertschätzung) weiterführend hervorgehoben. Implizit wird dadurch auch die Subjektposition des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' mit ihrem *kosmopolitischen Humankapital* sowie dessen Relevanz für den deutschen Staat aktualisiert.

Abbildung 5.5 zeigt eine weitere wichtige Gruppe von Darstellenden. Es handelt sich dabei um einen der Kinderchöre, die den musikalischen Rahmen der Feiern gestalten. Zum ritualisierten Ablauf der Zeremonien gehört regelmäßig auch der Auftritt eines solchen Kinderchores, unterstützt von einem kleinen Instrumentalensemble. Jedes Mal übernimmt ein anderer Chor aus einer anderen Schule das

Rahmenprogramm. Die Kinder singen ein festgelegtes Repertoire an Stücken, das sich als roter Faden durch das Prozedere der Feiern zieht. Der wiederkehrende Charakter ihrer Auftritte unterstützt die rituelle Natur der Zeremonie. In Abschnitt 2.3 wurde mit Edgewater darauf hingewiesen, dass Musik in hohem Maße dazu angetan ist, emotionale Macht auf den menschlichen Körper auszuüben, und kulturelle Botschaften aller Art in besonderer Weise *bedeutsam* erscheinen zu lassen. Andere Autor_innen untersuchen die Rolle von Musik und regionalen Musikstilen im Rahmen nationalistischer Identitätskonstruktionen (so etwa Wade im Hinblick auf Kolumbien).[96] Auch im Falle der Einbürgerungsfeiern handelt es sich – wie weiter unten noch zu zeigen sein wird – bei den vorgetragenen Stücken um Lieder mit erheblichem regional-identifikativen Potenzial, welches maßgeblich zur emotionalen und identifikativen Aufladung der zeremoniellen Handlung beiträgt. Die Tatsache, dass die musikalische Untermalung von einem Kinderchor und nicht etwa von einem professionellen Orchester geleistet wird, verleiht den Einbürgerungsfeiern überdies eine fast schon familiäre Note. Wie in Abschnitt 2.1 gezeigt wurde, sind metaphorische Anspielungen auf Familie und Familienstrukturen ein klassisches Machtinstrument nationalistischer Diskurse.[97] Durch die emotionale Ansprache werden Hierarchien, Machtgefälle und Konflikte übertüncht. Auch im Falle der Hamburger Einbürgerungsfeiern wird – statt etwa mit Berufsmusiker_innen würdevolle Distanz zu inszenieren – durch die Darbietung eines Kinderchores ein gewisser Grad von Nähe und Nahbarkeit hergestellt. Durch die Standardisierung der Auftritte ist diese Nahbarkeit allerdings niemals absolut. Der Ablauf bleibt nach wie vor rituell, zeremoniell, geregelt. Dennoch bildet der Chor ein ausgleichendes Gegengewicht zum prunkvollen Veranstaltungsort und dem autoritativen Personal der Feiern. Die Einbürgerung ist vor diesem Hintergrund zwar einerseits ein offizieller Akt, andererseits aber eben auch ein emotionaler Moment, ein Übertritt in die Gemeinschaft – wenn man so will – in die gemeinsame Familie.

3.) Handlung: Nachdem nun ein erster Überblick über Bühnenbild und Darstellende der offiziellen Hamburger Einbürgerungsfeiern vermittelt wurde, soll im weiteren Verlauf die Erläuterung der eigentlichen Bühnenhandlung nachfolgen. Diese ist stark standardisiert und folgt immer demselben Muster. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die oben bereits erwähnten Jubiläumsveranstaltungen. Auch diese behalten allerdings die Grundstruktur der regulären Feiern bei und ergänzen ihren Ablauf nur hier und da um einige zusätzliche Elemente.

Das Ritual beginnt – nachdem alle Gäste eingelassen wurden und ihre Plätze eingenommen haben – mit dem Eintreffen des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz.

---

[96] Siehe hierzu Abschn. 2.2

[97] Siehe die Ausführungen zu Alonso in Abschn. 2.1

Er schreitet zügig den Mittelgang des Festsaales entlang und lässt sich auf seinem Stuhl in der ersten Reihe nieder. Begleitet wird er von seinem Sicherheitspersonal. Für gewöhnlich handelt es sich hierbei um vier Personen, eine davon weiblich. Alle sind in schwarze Anzüge gekleidet. Sobald der Bürgermeister auf seinem Platz sitzt, nimmt der Kinderchor Aufstellung. Unter musikalischer Begleitung werden zunächst zwei Lieder gesungen – ‚Singen macht Spaß' und ‚Baum des Lebens' – dann zieht der Chor sich wieder von der Bühne zurück. Es folgt der Einbürgerungsfilm, der etwa zehn Minuten dauert und weiter unten im Detail analysiert wird. Erst nach Abschluss des Films eröffnet eine Vertreterin der Senatskanzlei – ebenfalls formell gekleidet – die Veranstaltung mit einer offiziellen Begrüßung, dann hält der Erste Bürgermeister seine Rede. Wie bereits erwähnt, hat diese in der Regel den Stil einer Laudatio. Sie würdigt die Eingebürgerten, deren bisherige Leistungen und ihre Potenziale, beinhaltet zugleich aber immer auch den Appell, sich zukünftig noch stärker in das demokratische System der Bundesrepublik einzubringen. Dieser zweischneidige Ansatz trägt in anschaulicher Weise dem doppelten staatsnationalen Integrationsbegriff Rechnung, wie er in den vorangegangenen Teilkapiteln ausführlich erläutert wurde. Er korrespondiert des Weiteren auch mit einer hier bereits mehrfach angesprochenen staatsnationalen Subjektposition, welche Eingebürgerte als (besonders) ‚gute Staatsangehörige' charakterisiert. Im Sinne Goffman'scher *Idealisierung* werden durch Verhalten und Erscheinungsbild des Bürgermeisters und seines Akteur_innenensembles überdies soziale Rollenerwartungen erfüllt, die in erheblicher Weise mit dem Faktor hohen symbolischen Kapitals verknüpft sind und die – im Sinne Goffman'scher *Frames* – den Rahmen dafür abstecken, welche Art der Interaktion im weiteren Verlauf der Feiern als angemessen, erwartbar und möglich gelten kann.[98]

Nach der Ansprache betritt wieder der Kinderchor die Bühne. Er singt ein sogenanntes ‚Hamburg-Medley' – eine Zusammenstellung bekannter Hamburger Lieder wie z. B. ‚An de Eck steiht ´n Jung mit´n Tüddelband' (Volkslied), ‚Hamburg meine Perle' (Schlager von Lotto King Karl) und ‚In Hamburg sagt man Tschüss' (Schlager von Heidi Kabel). Wie oben angekündigt werden hier Elemente und Symbole einer hamburgischen Identität (regionale Volksmusik, plattdeutsche Texte) mit dem Thema Einbürgerung und dem Grenzübertritt in die nationale Gemeinschaft verwoben. Die emotionale und integrative Wirkung – sowie auch die Verbindung von lokaler, nationaler und transnationaler Ebene – wird durch den Faktor des Kinderchores – in dessen Reihen sich oft auch *People of Color* befinden – exponentiell verstärkt.

---

[98] Siehe hierzu die Ausführungen zu *Frames* in Abschn. 2.3 und zu *Idealisierung* in Abschn. 3.5

Im Anschluss an den zweiten Chorauftritt kehren der Erste Bürgermeister und die Vertreterin der Senatskanzlei auf die Bühne zurück. Es folgt die Urkundenverleihung. Die Eingebürgerten werden nacheinander nach vorn gebeten und erhalten jeweils ihre Urkunde. Sie bleiben auf der Bühne stehen, bis auch der oder die Letzte sein bzw. ihr Dokument bekommen hat. Schließlich wird allen Angehörigen ermöglicht, ein Foto von der Gruppe der Urkundenempfäger_innen zu schießen – mit Olaf Scholz in der Mitte. Zu guter Letzt, nachdem alle auf ihre Plätze zurückgekehrt sind, rundet ein weiterer Chorauftritt das Programm der Feiern ab. Diesmal wird die sogenannte ‚Hamburg-Hymne' – ‚Stadt Hamburg an der Elbe Auen'[99] – gesungen gefolgt von der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland. Die Texte beider Hymnen sind auf der Rückseite des Veranstaltungsprogramms abgedruckt, das auf jedem Platz bereitliegt (die Vertreterin der Hamburger Senatskanzlei weist bereits bei ihrer Begrüßung auf diesen Umstand hin). Für die Nationalhymne erhebt sich der Erste Bürgermeister. Das Publikum folgt seinem Beispiel, ohne dass es einer Aufforderung bedarf. Die Gäste werden nicht explizit darum gebeten mitzusingen, dennoch stimmen die meisten der Anwesenden an dieser Stelle in den Chorgesang mit ein. Bei der Hamburg-Hymne fällt die Beteiligung zumeist deutlich verhaltener aus, sicherlich auch deshalb, weil ihr Text und ihre Melodie weit weniger bekannt sind. Nichtsdestoweniger tritt hier die neuerliche Verquickung von lokaler und nationaler Ebene zum Vorschein: Einbürgerung in Hamburg bedeutet vor diesem Hintergrund nicht nur Aufnahme in die nationale Gemeinschaft (symbolisiert durch das Singen der Nationalhymne) sie wird auch als neuerliches Bekenntnis zu einer lokalen Hamburger Identität inszeniert (ihrerseits symbolisiert durch das Singen der regionalen Hamburg-Hymne).

Nachdem mit dem Singen der Nationalhymne der offizielle Teil der Veranstaltung beendet ist, wird in den angrenzenden Räumlichkeiten zu einem kleinen Empfang gebeten (Abb. 5.7). Es werden Getränke und Häppchen gereicht. Die Menschen bekommen die Gelegenheit, sich zu unterhalten, Fotos zu machen oder sich ins Gästebuch der Stadt Hamburg einzutragen. Parallel dazu steht der Erste Bürgermeister Olaf Scholz im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses für Fotos mit den Eingebürgerten und deren Angehörigen zur Verfügung. Diese Möglichkeit wird von den Anwesenden intensiv genutzt. Abbildung 5.6 zeigt die lange Schlange von Menschen, die für ein Gruppenfoto mit dem Bürgermeister anstehen. Das rege Interesse an seiner Person veranschaulicht, wie bedeutend er und seine Rolle für die Einbürgerungsfeiern und die weitere Einbürgerungsinitiative sind. Sein Status trägt maßgeblich zum festlichen, rituellen Charakter der Feiern bei. Gleichzeitig

[99] Text: Georg Nikolaus Bärmann (1785–1850), Musik: Albert Methfessel (1785–1869), Fassung von 1890.



Abb. 5.6 Menschen stehen für Foto mit Olaf Scholz an



Abb. 5.7 Einbürgerungsfeier – Empfang (Nebenraum des Großen Festsaales)

vermittelt das Wechselspiel aus Distanz (oder auch *Mystifikation* im Sinne Goffmans – befördert u. a. durch das nachträgliche Eintreffen des Bürgermeisters und das ihn umgebende Sicherheitspersonal) und reglementierter Zugänglichkeit (im Rahmen der Fotosessions) einen Eindruck von Autorität einerseits und Nahbarkeit andererseits. Gerade dieser Dualismus aus Distanz und Nähe wertet den situativen Anlass – sowie die Rolle der Eingebürgerten darin – noch einmal erheblich auf. Denn aufgrund ihrer besonderen Position bekommen die neuen Staatsangehörigen einen (wenn auch kurzen) Zugang zum Bürgermeister, wie man ihn normalerweise als durchschnittliche/r Bürger_in nicht erhält. Man kann dies durchaus als außerordentliche Ehrung deuten, als Würdigung ihrer Person und ihres (oftmals auch beschwerlichen) Werdegangs. Hier wird – ganz im Einklang mit dem offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurs – ‚Willkommenskultur' inszeniert. Die Eingebürgerten werden in der (deutschen / hamburgischen) Gesellschaft willkommen geheißen, nicht nur als *gleichwertige*, sondern sogar als *besondere* Mitglieder. Die herausgehobene Bedeutung des damit verbundenen Identitätsangebots des/der ‚guten (eingebürgerten) Deutschen' ist offensichtlich. Ebenso offensichtlich ist der hier wiederum hervortretende zweigeteilte Integrationsbegriff mit seinem emotionalen Machteffekt: Die Eingebürgerten werden in zweierlei Hinsicht gefeiert – als Hauptträger_innen (und Hauptleidtragende) des Integrationsprozesses sowie als (besonders) ‚gute' (und ob ihres kosmopolitischen Humankapitals vielleicht sogar ‚bessere') Staatsangehörige.

4.) Publikum: Das Publikum spielt im Kontext der Hamburger Einbürgerungsfeiern eine außergewöhnlich wichtige Rolle, insofern als die Zuschauenden eben nicht nur Zuschauende, sondern zugleich auch (mehr oder weniger passive) Protagonist_innen der offiziellen Inszenierung sind. Die Reden des Ersten Bürgermeisters (und ggf. der Gastredner_innen), der Einbürgerungsfilm, die Urkundenverleihung, die Fotosession am Ende – alle zentralen Elemente der Handlung drehen sich letztlich um die Eingebürgerten im Publikum oder nehmen wenigstens auf diese Bezug. Die Gäste sind zentrale Akteur_innen, ohne im eigentlichen Sinne in Aktion treten zu müssen. Schon allein ihre Anwesenheit als solche trägt und aktualisiert den offiziellen Diskurs. So sind die Einbürgerungsfeiern stets gut besucht, es bleiben kaum Plätze frei. Viele der Teilnehmenden (wenn auch längst nicht alle) sind formell gekleidet, einige kleiden sich sogar außerordentlich festlich. Damit wird der Stellenwert unterstrichen, den die Eingebürgerten (wenigstens allem Anschein nach) diesen Zeremonien beimessen. Überdies nutzen immer wieder auch einzelne Eingebürgerte und deren Angehörige die Feiern als Gelegenheit, um regionalspezifische Trachten zu tragen. Dadurch wird der multikulturelle, kosmopolitische Anspruch des staatsnationalen Diskurses für alle sichtbar eingelöst. Wenn die Gäste dann noch in die

Hamburg-Hymne oder auch Teile des Hamburg-Medleys miteinstimmen (bzw., wie es durchaus vorkommt, ‚mitschunkeln'), ist das Bild perfekt – Integration bedeutet Verbindung von Kulturen und Identitäten, Hybridität und Vielfalt, nicht etwa einseitige Anpassung an eine starre Leitkultur.

In sehr anschaulicher Weise entsteht im Rahmen der Feiern demnach Macht aus der Kooperation von Darstellenden und Publikum. Dieses Phänomen der ‚komplizenhaften' Aktualisierung von konventionalisierten Situationsbestimmungen (bzw. *Frames*) ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil von Goffmans theoretischem Ansatz,[100] auch Wilce betont im Hinblick auf das Phänomen der *claptrap*, dass emotionale Macht v. a. deshalb entsteht, weil Adressat_innen (unbewusst) auf die Indikationen der Darstellenden ansprechen und sie mit kulturell vordefinierten (emotionalen) Reaktionen beantworten.[101] Im Rahmen der Hamburger Einbürgerungsfeiern ruft die Person des Ersten Bürgermeisters die mit Abstand stärksten Reaktionen dieser Art hervor – und damit ist tatsächlich in erster Linie seine Person als solche gemeint, nicht unbedingt der Inhalt seiner Reden. Zwar reagieren die Menschen durchaus auch positiv (z. B. mit Beifall / Gelächter) auf die gehaltenen Ansprachen, um einiges augenfälliger ist jedoch, wie viele Fotos im Verlauf der Veranstaltung von Olaf Scholz gemacht werden. Das Publikum trägt seine Rolle als prominente Autorität durch das ihm entgegengebrachte Verhalten mit, lässt sich bereitwillig auf das Wechselspiel aus Nähe und Distanz ein und befördert es sogar (z. B. wenn Gäste billigend in Kauf nehmen, eine halbe Stunde lang für einen Handschlag und ein gemeinsames Foto mit dem Bürgermeister in einer langen Schlange anzustehen, anstatt das Angebot an Getränken und Häppchen zu nutzen und die eigene Einbürgerung zu feiern).

Starke Publikumsreaktionen lösen überdies auch die Auftritte der wechselnden Kinderchöre aus. Ihre Mitglieder gehören – nach dem Ersten Bürgermeister – zu den meistfotografierten Darstellenden. Nicht zuletzt ist ihre Darbietung maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Zuschauenden sich (etwa im Falle des Hamburg-Medleys) veranlasst fühlen mitzusingen und mitzuschunkeln. Die durch den Einsatz von Kinderchören erzielte Emotionalisierung – die weiter oben bereits angesprochen wurde – zeigt hier ihre Wirkung.

Am prominentesten tritt das Publikum schließlich in dem Moment in Erscheinung, da es sich für das Singen der Nationalhymne von seinen Stühlen erhebt,

[100] Siehe hierzu die Ausführungen zu Goffman in Abschn. 2.3 sowie insbesondere in Abschn. 3.5

[101] Siehe hierzu die Ausführungen zu den Emotionalisierungstechniken nach Wilce in Abschn. 2.3

ohne von offizieller Seite dazu aufgefordert zu werden. Zwar erfolgt die Aufforderung durchaus indirekt, indem der Erste Bürgermeister aufsteht, dennoch drängt sich unweigerlich ein Eindruck von Zwanglosigkeit auf. Ohne zu wissen, dass der Impuls zu dieser kollektiven Handlung von Olaf Scholz ausgeht, könnte man meinen, hier sei ein gemeinsamer Wille am Werk, hier offenbare sich eine geschlossene Haltung. Spätestens in diesem Augenblick vollzieht sich (wenigstens in der Inszenierung des Rituals) der symbolische Übergang – die *passage* – vom Ausländer zum Staatsbürger bzw. von der Ausländerin zur Staatsbürgerin und bestätigt damit den (staats)nationalistischen Anspruch einer kollektiven (nationalen) Identifikation.

Der Einbürgerungsfilm

Neben der zentralen Rede des Ersten Bürgermeisters und dem Höhepunkt der Urkundenverleihung ist der oben bereits erwähnte Einbürgerungsfilm[102] einer der wichtigsten Inszenierungsbausteine der Hamburger Einbürgerungsfeiern und soll als solcher hier gesondert betrachtet werden. Der Film ist v. a. deswegen interessant, weil er eine Brücke schlägt zwischen massenmedialem Diskurs und ritueller Diskursinszenierung. Er aktualisiert alle wichtigen Deutungselemente der staatsnationalen Argumentationslinie und bedient sich dabei zum Teil sehr subtiler Ausdrucksformen. Eben dieses Zusammenspiel aus Bedeutungsreproduktion und (mehr oder weniger) unterschwelliger Inszenierungsstrategie soll im Folgenden näher beleuchtet werden.

1.) Einstieg *(00:00:01–00:00:40)***:** Der Film beginnt mit zwei Schwarzen Kindern, einem Jungen und einem Mädchen, in bunter Tracht, die den Leitspruch der Hamburger Einbürgerungsinitiative aufsagen: „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause." Dabei verspricht sich das Mädchen allerdings und sagt statt „Mein Zuhause" „Meine Perle". Als sie ihren Fehler bemerkt, verzieht sie das Gesicht zu einem verlegenen Lächeln, stöhnt und schlägt sich die Hand vor die Stirn. Eine lustige, unbeschwerte Musik setzt ein. Es folgt eine Überblende zu einigen Hamburg-Impressionen (u. a. Hamburger Hafen, Menschen auf der Straße, Binnenalster). Die Einspielung der Hamburg-Bilder endet mit einer Ansicht des Großen Festsaals im Hamburger Rathaus. Der Blick der Kamera ist zunächst auf einen der großen Kronleuchter an der Decke gerichtet und senkt sich dann langsam tiefer. Man sieht die Wandgemälde und die prunkvolle Architektur des Raumes. Zuletzt fällt der Blick auf die große Zahl von Menschen, die sich unten im Saal versammelt hat. Der

[102] HK245: Freie und Hansestadt Hamburg, Einbürgerungsfilm, 2013 – Quellenangabe für alle nachfolgenden Beschreibungen und Zitate; der Film ist nicht nur Teil der Feiern sondern außerdem auch frei im Internet verfügbar, etwa auf *YouTube* (siehe hierzu Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial: Korpusverzeichnis).

Text: „Einbürgerungsfeier – Großer Festsaal – Rathaus Hamburg" wird eingeblendet. Jetzt verlässt man als Zuschauer_in die Vogelperspektive und ist mitten unter den Gästen. Man sieht, wie einzelne Personen die Treppe zum Großen Festsaal heraufkommen oder sich drinnen einen Platz suchen. Viele von ihnen sind People of Color, viele tragen überdies ‚traditionelle' Gewänder. Eine Frau trägt Hijab. Auffällig ist des Weiteren, dass die Kamera in dieser ersten Szene ausschließlich weibliche Personen in den Fokus nimmt.

Schon in den ersten 40 Sekunden des Films werden einige wichtige Elemente des staatsnationalen Diskurses aktualisiert. Zunächst sorgt der humorvolle Einstieg mit den beiden Kindern für einen niedrigschwelligen, emotionalen Zugang. Die Tatsache, dass beide Kinder Schwarz sind, fließend Deutsch sprechen und regionalspezifische (‚nicht-deutsche') Trachten tragen, stützt die staatsnationale These von kultureller – oder überhaupt menschlicher – Hybridität. Weitergehend gefördert wird dieser Eindruck nicht zuletzt auch dadurch, dass der Versprecher des Mädchens ganz eindeutig auf seine Kenntnis des lokalpatriotischen Hamburg-Schlagers „Hamburg meine Perle" zurückzuführen ist. Mit den anschließenden Hamburg-Impressionen wird überdies sogleich ein lokaler Bezug hergestellt und ein identifikativer Ankerpunkt geschaffen. Die nahtlose Überblende zu den Einbürgerungsfeiern platziert diese in einem lokalen Kontext – hamburgische Identität (nicht so sehr deutsche Nationalität) steht hier im Vordergrund. Ähnlich wie Verkaaik es in den Niederlanden beobachtet, wird versucht, die abstrakte Makroebene der Nation vermittels konkreter Kultur- und Identitätsfragmente der lokalen Mikro- bzw. Mesoebene persönlich erfahrbar und anschlussfähig zu machen.[103] Diese lokale Identitätskategorie mit ihrer klassischen (Hafen)Symbolik und homogenisierenden Tendenz erfährt allerdings sogleich eine erhebliche Auflockerung durch die Heterogenität der Menschen, die auf den Einbürgerungsfeiern zu sehen sind. Explizit werden hier Personen gezeigt, die entweder bewusst (‚fremd')kulturelle Symbole mobilisieren, oder die allein schon aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes die Idee einer homogenen Abstammungsgesellschaft obsolet erscheinen lassen. Hamburg inszeniert sich als multikulturelle Metropole, als Einwanderungsland und ‚Tor zur Welt'.[104] Durch die gezeigten Bilder und die humorvolle Musik wird die inszenierte Multikulturalität überdies in ein durchweg positives Licht gerückt.

2.) Die Protagonistinnen (00:00:40–00:03:10): Die Musik endet und man hört die Stimme einer Frau, die eine Eingebürgerte mit Ursprungsland Afghanistan zur rituellen Urkundenverleihung bittet. Bei einem kurzen Schwenk über die Bühne ist eine Gruppe von Eingebürgerten mit ihren Urkunden zu sehen. Auch die beiden Kinder

103 Siehe hierzu die Ausführungen zu Verkaaik in Abschn. 2.2 und 3.5

104 Siehe hierzu weiterführend Abschn. 5.3

vom Anfang des Films sind mit dabei. Dann wird gezeigt, wie die soeben Aufgerufene ihren Platz verlässt, um nach vorne zu kommen. Es handelt sich um eine junge, blonde, blauäugige Frau. Sie erreicht die Bühne, schüttelt dem Ersten Bürgermeister die Hand und erhält ihre Urkunde. Nun setzt eine andere, ‚soulige' Musik ein und es kommt zu einer neuerlichen Überblende. Die Kamera folgt der jungen Frau. Sie ist modisch gekleidet, hat die blonden Haare zum Pferdeschwanz gebunden und spaziert durch die Grünanlagen von Planten und Bloomen, nahe der Universität. Währenddessen offenbart ein eingespielter Text, dass sie Jurastudentin ist. In einem Voiceover hört man die Stimme der Protagonistin. Man erfährt, dass ihre Mutter aus der Ukraine und ihr Vater aus Afghanistan stammt, dass sie in Afghanistan geboren wurde und als Kind mit ihrer Familie vor dem Bürgerkrieg fliehen musste. Es folgt ein kurzer Interviewausschnitt. Die junge Frau sitzt neben dem großen Spielplatz von Planten und Bloomen und erzählt, dass sie mit diesem Ort viele schöne Kindheitserinnerungen verbindet. Wieder eine Überblende: Die Protagonistin schlendert durch die juristische Fachbibliothek der Universität Hamburg und nimmt ein Buch aus dem Regal. Ein Voiceover verrät, dass sie in der dritten Klasse noch kein Wort Deutsch sprach und mit ihrer Familie in einer Unterkunft für Asylsuchende lebte. Sie sagt: „Heute, 13 Jahre später, studiere ich an der Universität Hamburg Jura." Im Anschluss daran kehrt die Handlung des Films zur Einbürgerungsfeier zurück. Man sieht die junge Frau noch einmal auf der Bühne stehen, dann schwenkt die Kamera zum applaudierenden Publikum. Abermals hört man die Stimme vom Rednerpult, die eine Eingebürgerte zur Urkundenverleihung bittet. Auch diesmal handelt es sich um eine junge Frau, nun aber mit Herkunftsland Thailand. Auch sie kommt durch den Mittelgang nach vorn und schüttelt Olaf Scholz die Hand. Wieder setzt eine neue Musik ein und wieder folgt eine Überblende. Man sieht die junge Protagonistin an der Binnenalster entlanglaufen. Sie trägt ihre dunklen Haare offen, dazu eine blaue Jeansjacke. Die Kamera schwenkt langsam über das Wasser und die dahinterliegende Hamburger Skyline. Ein eingeblendeter Infotext offenbart indessen, dass die Protagonistin Einzelhandelskauffrau ist. Gleichzeitig sagt ihre Stimme im Voiceover: „Reisen und die Welt entdecken, das liebe ich über alles. Aber wenn ich diesen Blick sehe, dann weiß ich, bin ich zuhause." Sie lächelt in die Kamera. Die nächste Überblende zeigt sie zuhause beim Kochen. Im Voiceover berichtet ihre Stimme, dass sie als Siebenjährige mit ihrer Mutter nach Deutschland kam und nun schon seit 20 Jahren hier lebt. Inzwischen sei ihre Mutter zwar wieder nach Thailand zurückgekehrt, aber vorher habe sie ihr noch das Kochen beigebracht. In einem kurzen Interviewausschnitt beteuert die Protagonistin, thailändisches Essen sei für sie das Beste, das es auf der Welt gibt. Diese Aussage wiederholt sie noch einmal auf Thailändisch. Dann sagt sie: „Und meine Muttersprache will ich auch

nicht verlieren." Gleich darauf kehrt die Handlung noch einmal zur Einbürgerungsfeier zurück. Die Musik verstummt, denn gerade in diesem Augenblick hält Olaf Scholz seine Rede. Er betont: Die neue Staatsbürgerschaft bedeutet keinesfalls, dass man seine Wurzeln aufgeben muss. Im Gegenteil sei die mitgebrachte Vielfalt eine Bereicherung für die deutsche Gesellschaft.

Die Vorstellung der Protagonistinnen dauert insgesamt etwa zweieinhalb Minuten und fasst diverse wichtige Kernelemente des staatsnationalen Diskurses zusammen. Die gezeigten Personen sind jung, gebildet und erfolgreich. Sie betonen ihre identifikative Verwurzelung in der ‚neuen' Heimat (wobei die Stadt Hamburg wieder eine prominente Rolle einnimmt) und demonstrieren gleichzeitig die (partielle) Beibehaltung ihrer mitgebrachten Kultur in Form einzeln ‚konsumierbarer' – das heißt *hyperkultureller* – Kulturfragmente. Auf diese Weise verkörpern sie voll und ganz das kosmopolitische Integrationsideal des staatsnationalen Diskurses – die Verbindung von Kulturen, die Verbindung von lokaler Identität und globaler Weltoffenheit (so etwa beim Thema Reisen). Die Hervorhebung von Mehrsprachigkeit knüpft an die Vorstellung vom *kosmopolitischen Humankapital* an. Die beiden Frauen fügen sich in ‚vorbildlicher' Weise in die Subjektposition der ‚guten Migrantin' bzw. der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' ein. Sie sind ganz offensichtlich voll und ganz in die Gesellschaft eingebunden und – aufgrund ihrer Jugend, ihrer Bildung und ihres wirtschaftlichen Erfolgs – tatsächlich eine unbestreitbare Bereicherung. Durch die Erzählung der persönlichen Lebensgeschichten, die Nennung von Hobbys und Vorlieben und die subtile Einspielung unterschiedlicher Musikstile wird überdies die Individualität der Protagonistinnen hervorgehoben und auf emotionaler Ebene für die anvisierte Zielgruppe anschlussfähig gemacht.[105] Essentialistische, kulturfundamentalistische und biologistisch-rassistische Stereotypen werden durchbrochen – ganz besonders im Falle der blonden, blauäugigen Frau aus Afghanistan. Kultur und Identität werden hier als hybrides (und individuelles!) Produkt aus Prägung und Lebensweg inszeniert. Der Prozess ihrer Entwicklung bleibt dabei weitgehend unproblematisch. Es kommt zu keinen Widersprüchen oder Brüchen. Vielfalt ist kein Problem, Vielfalt ist ein Potenzial – und diese These wird, nachdem der Film hierfür die notwenigen Argumente geliefert hat, vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz auch noch einmal offiziell ausformuliert.

3.) Der Erste Bürgermeister (00:03:10–00:04:25): Die Handlung verlässt erneut den Schauplatz der Einbürgerungsfeiern und zeigt nun stattdessen den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz. Er befindet sich im Gespräch mit einer Gruppe junger Menschen (vermutlich Schüler_innen der gymnasialen Oberstufe). In einem Voiceover erklärt er, dass die Einbürgerung ein demokratisches Erfordernis sei. Menschen,

[105] Siehe hierzu die Erläuterungen zu Emotionalisierungstechniken in Abschn. 2.3

die dauerhaft in Deutschland leben – so Scholz – sollten in der Konsequenz auch alle staatsbürgerlichen Rechte erhalten. Wieder wird übergeblendet. Jetzt sitzt der Erste Bürgermeister an einem langen Tisch im Hamburger Rathaus und hält das Anschreiben in der Hand, das im Rahmen der Hamburger Einbürgerungsinitiative an alle potenziellen Einbürgerungskandidat_innen verschickt wurde. Er liest still den Text, während seine Stimme im Voiceover einen Ausschnitt des Briefes vorträgt. Die Kamera zoomt dabei langsam an ihn heran, zeigt erst Olaf Scholz und dann das Anschreiben, das er in Händen hält. Schließlich legt er den Brief vor sich auf den Tisch, nimmt einen Füllfederhalter und setzt seine Unterschrift darunter. In einem anschließenden Interviewausschnitt sagt er, bei der Briefkampagne gehe es v. a. darum, den Leuten zu zeigen: „Wir wollen, dass du dabei bist. Wir wollen dich als Staatsbürger. Und diese Geste ist sehr wichtig, glaube ich, für sehr viele. Mir ist sie jedenfalls wichtig." Nach altem Muster schwenkt die Handlung nun wieder zurück zur Einbürgerungsfeier. Der offizielle Teil der Veranstaltung ist dort inzwischen vorüber. Man sieht Olaf Scholz umgeben von einer Menschentraube. Die Leute machen Fotos von und mit ihm. Er lächelt und unterhält sich freundlich mit den Eingebürgerten.

In diesem kurzen Ausschnitt des Films wird das wohl wichtigste Thema der Hamburger Einbürgerungsinitiative aktualisiert – Integration als demokratische Teilhabe und die Einbürgerung als deren unverzichtbare Voraussetzung. Durch den Status und die Autorität des Ersten Bürgermeisters erlangt diese Deutung zusätzliches Gewicht. Ganz unzweifelhaft soll hier Authentizität erzeugt werden: Der Erste Bürgermeister propagiert demokratische Teilhabe nicht bloß in der politischen Arena. Vielmehr *lebt* er sie, indem er sich tagtäglich der Debatte stellt und bereit ist, mit jungen Menschen über aktuelle Themen zu diskutieren. Außerdem wird seine Rolle als Schirmherr der Initiative hervorgehoben. So betont er im Interview nicht nur deren besondere Bedeutung, sondern liest zudem auch das Anschreiben der Briefaktion gegen, bevor er es persönlich unterzeichnet. Die Botschaft lautet: Das Thema Einbürgerung ist der Stadt Hamburg und ihrem Bürgermeister wichtig. Migrant_innen sind nicht nur allgemein willkommen, sondern überdies auch herzlich dazu eingeladen, deutsche Staatsangehörige zu werden. Das Wechselspiel aus Nähe und Distanz, das in diesem Teil des Films (wie auch allgemein im Zuge der Einbürgerungsfeiern) inszeniert wird, ist ein wichtiges Instrument zur Erzeugung emotionaler Macht. Durch das ehrwürdige, rituelle Setting des Rathauses und der langen Tafel, an welcher der Bürgermeister sitzt, sowie auch durch die Dramaturgie der Szene selbst, die ihn – als Person mit erheblichem symbolischen Kapital – allein, still und ernsthaft in die Lektüre vertieft zeigt, werden er und seine Rolle im Goffman'schen Sinne

mystifiziert.[106] Gleichzeitig wird diese Mystifikation jedoch auch wieder durchbrochen, wenn man Olaf Scholz im angeregten Gespräch mit jungen Menschen sowie im persönlichen (und persönlich bewegten) Kontakt mit den Eingebürgerten sieht. Durch diesen strategischen ‚Bruch der Fassade' sowie auch durch den eingespielten Interviewausschnitt, in welchem er seine persönliche, emotionale (!) Motivation hervorhebt („Mir ist sie jedenfalls wichtig.") wird – wie Wilce es formuliert hat – der Eindruck einer gemeinsamen emotionalen Erfahrungswelt hergestellt, welche Eingebürgerte und Bürgermeister untrennbar miteinander verbindet.[107]

4.) Der Einbürgerungsprozess (00:04:25–00:06:35): Im ersten Teil des nun folgenden Filmabschnitts kehrt die Kamera zurück zu der Protagonistin mit thailändischem Migrationshintergrund und begleitet sie auf ihrem Weg zur Hamburger Einbürgerungsabteilung. In einem Voiceover berichtet die junge Frau von ihren Beweggründen für die Einbürgerung. Der zentrale Grund ist dabei rein pragmatischer Natur: Als thailändische Staatsbürgerin musste sie in Deutschland erheblichen Behördenaufwand in Kauf nehmen, um z. B. ihren Pass verlängern zu lassen. Mit einer deutschen Staatsangehörigkeit bleibt ihr dies in Zukunft erspart. Ihre Geschichte setzt sich indes im Warteraum der Einbürgerungsabteilung fort. Wie durch Zufall begegnet sie dort der zweiten Protagonistin. Die junge Frau mit afghanischem Migrationshintergrund wird zum Gespräch gerufen. Der Sachbearbeiter kommt dazu persönlich ins Wartezimmer. Er schüttelt der Antragstellerin die Hand, begrüßt sie freundlich und bittet sie in sein Büro. Währenddessen sagt ihre Stimme im Voiceover, dass für sie schon lange klar war, als deutsche Staatsangehörige mit gleichen Rechten in Deutschland leben zu wollen. Es folgt die Nachstellung eines Gesprächs zwischen Sachbearbeiter und Antragstellerin. Der Mitarbeiter der Einbürgerungsabteilung nennt darin noch einmal die Voraussetzungen, die für eine Anspruchseinbürgerung erforderlich sind, und fügt dann hinzu, dass aufgrund des bisherigen Lebensweges und des hohen Bildungsstandes der jungen Frau alle Kriterien erfüllt seien. Nach dem Gespräch verweilt die Kamera im Büro des Sachbearbeiters und beobachtet ihn bei der Arbeit am Computer. In einem Voiceover und einem sich daran anschließenden face-to-face Interview betont er, wie sehr die Lebensleistung der Menschen, die tagtäglich zu ihm kommen, ihn beeindrucke. Nach vielen Widrigkeiten hätten sie in Hamburg ein neues Zuhause gefunden, bereicherten hier das Leben und wollten – durch den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit – jetzt endlich ganz und gar ankommen. Seine Aufgabe sei es, ihnen bei diesem Prozess zu helfen. Eine Überblende zeigt den Sachbearbeiter daraufhin auf einem Fußballplatz. Dort trainiert er eine Gruppe Jugendlicher, viele davon People

[106] Siehe hierzu Abschn. 3.5

[107] Siehe hierzu Abschn. 2.3

of Color. Wieder setzt eine neue Musik ein. Man schaut den Jungen beim Training zu. Der Sachbearbeiter – der nun Trainer ist – gibt Anweisungen. Im Voiceover erzählt er, dass Hamburg eine Stadt sei, die historisch betrachtet schon immer von Einwanderung geprägt wurde. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Mannschaft, die er ehrenamtlich trainiere: „Da ist es egal, was die Jungs zuhause essen, welche Musik sie hören, was sie glauben oder in welcher Sprache sie fluchen. Hier spielen wir alle nach den gleichen Regeln."

Die drei Teile des hier beschriebenen Filmausschnittes nehmen auf unterschiedliche Bausteine des staatsnationalen Diskurses Bezug. Im Ersten Teil wird auf subtile Weise verdeutlicht, dass pragmatische Gründe für eine Einbürgerung durchaus legitim sein können – denn schließlich hat die entsprechende Protagonistin schon an früherer Stelle ihre emotionale Verbundenheit mit Hamburg (und Deutschland) ausreichend glaubhaft gemacht. Im zweiten Teil blitzt noch einmal das Thema demokratische Teilhabe auf, im Kern geht es jedoch um das Einbürgerungsverfahren als solches. Ganz offensichtlich soll hier den potenziellen Ängsten der Antragstellenden entgegengetreten werden. Es wird gezeigt, dass das oftmals als übermäßig bürokratisch verschriene Verfahren tatsächlich viel weniger problematisch ist als angenommen. Außerdem ist das Verhalten des Sachbearbeiters sowie auch dessen Wertschätzung für die Leistung der Migrant_innen dazu angetan, etwaige Vorurteile gegenüber der Einbürgerungsabteilung zu entkräften. Der Einbürgerungsfilm aktualisiert damit nicht nur den zweidimensionalen Integrationsbegriff des staatsnationalen Diskurses sowie dessen Subjektposition des/der ‚guten Migrant_in', überdies bringt er auch zum Ausdruck, wie viel die Stadt Hamburg mit ihrer Initiative dafür getan hat, dass die Hürden im Einbürgerungsprozess sinken. Im Letzten Teil des Filmausschnitts werden die Hemmschwellen gegenüber der Behörde dann noch weitergehend abgebaut, indem man den Sachbearbeiter als Privatmenschen zeigt und ihn damit nahbar und sympathisch macht. Gerade diese *Individualisierung* sozialer Kategorien durch die Nutzung individueller Fallbeispiele ist – nach Wilce – eine zentrale Emotionalisierungstechnik.[108] Außerdem wird durch das Gleichnis zwischen Fußballmannschaft und Hamburger Stadtgemeinschaft ein Kernelement der staatsnationalen Argumentation aufgegriffen: Jedes Individuum ist unterschiedlich geprägt und bringt unterschiedliche (kulturelle) Hintergründe mit (diese nehmen im Film wiederum die Form hyperkultureller Versatzstücke an), trotzdem spielen alle (völlig unproblematisch) nach denselben (transkulturellen) Regeln – ob nun in der deutschen Gesellschaft oder auf dem Sportplatz. Der nationale / lokal-hamburgische Mythos von der historisch gewachsenen quasi-natürlichen Einwanderungsgesellschaft unterstreicht diese Deutungslinie umso mehr.

---

[108] Siehe Abschn. 2.3

5.) Das Lotsenprojekt (00:06:35–00:08:05): Wir sind zurück im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses. Die Einbürgerungsfeier ist in vollem Gange. Gerade singt der Kinderchor ‚Hamburg meine Perle' von Lotto King Karl. Man sieht noch einmal den Sachbearbeiter der Einbürgerungsabteilung, der nun im Publikum sitzt, dann schwenkt die Kamera zu Tülin Akkoç, der Leiterin des TGH-Lotsenprojekts. Auch sie befindet sich unter den Gästen. Eine Überblende zeigt Akkoç in den Räumlichkeiten der TGH bei einem Beratungsgespräch. Indessen spricht sie im Voiceover über die Ängste und Unsicherheiten, die viele Antragstellenden umtreiben. Manche hätten Sorge, ein Stück ihrer Identität zu verlieren, wenn sie ihre alte Staatsangehörigkeit abgeben, andere befürchteten Konflikte mit der Familie oder mit den Behörden des Herkunftslandes und wieder andere scheuten einfach die bürokratischen Hürden des Antragsverfahrens. Aus diesem Grund gebe es in Hamburg ehrenamtliche Einbürgerungslotsen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern, die bei all diesen Fragen weiterhelfen könnten. Es folgt eine weitere Überblende. Türkische Musik wird eingespielt. Die Kamera begleitet Tülin Akkoç auf einer Barkassenfahrt. Im Voiceover berichtet sie, dass sie in Hamburg geboren wurde, ihre Eltern jedoch aus der Türkei stammen. Deswegen war sie zunächst türkische Staatsangehörige. Im Alter von 20 Jahren habe sie sich schließlich für eine Einbürgerung entschieden. Als Beweggrund führt sie an, dass sie ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland sieht und in allen öffentlichen Angelegenheiten mitentscheiden möchte. Sie sei daher seit über 10 Jahren Deutsche. Vieles an ihr sei aber trotzdem auch noch türkisch, so z. B. ihr Musikgeschmack. Sie sagt: „Ich höre ausschließlich türkische Musik." Dann übersetzt sie diesen Satz ins Türkische.

Bei seiner Vorstellung des Hamburger Lotsenprojektes reproduziert der Film die üblichen Argumente, die im Zusammenhang mit dieser Beratungsleistung für gewöhnlich angeführt werden. So hebt er u. a. den niedrigschwelligen Zugang hervor, betont den ehrenamtlichen Charakter des Angebotes und die Authentizität der Lots_innen. Die Projektleiterin Tülin Akkoç befindet sich dabei in einer interessanten Doppelrolle. Zum einen ist sie offizielle Vertreterin der Initiative, zum anderen ist sie selbst aber eben auch Eingebürgerte. Dieser Umstand trägt maßgeblich zur Glaubwürdigkeit der hier inszenierten Projektvorstellung bei. In dem kurzen Exkurs über ihre eigene Einbürgerungsentscheidung greift Akkoç – wie vor ihr schon die beiden anderen Protagonistinnen – zentrale Elemente des staatsnationalen Diskurses auf. Zum einen charakterisiert sie die Einbürgerung als Voraussetzung für volle demokratische Teilhabe, zum anderen aktualisiert sie noch einmal das staatsnationale Ideal multipler Identitäten und hybrider Kulturen. Akkoç sieht sich selbst sowohl als Deutsche als auch als Türkin. Sie will sich in die deutsche Gesellschaft einbringen und (politische) Verantwortung übernehmen, gleichzeitig hört sie aber am liebsten türkische Musik. Abermals wird an dieser

Stelle kulturelle Vielfalt zelebriert. Kultur nimmt dabei (wiederum im Sinne der Reckwitz'schen Hyperkultur) die Form frei ‚konsumierbarer' Fragmente an, die, quasi nach Belieben, individuell zusammengefügt werden können. Augenfällig ist, dass alle Elemente eingebrachter Kultur, die im Verlauf des Films zu sehen (und zu hören) sind, ihrer Natur nach als relativ unproblematisch gelten können. Gezeigt werden kulturelle Aspekte wie Sprache, Musikgeschmack oder die Vorliebe für landesspezifische Küche. Kontroversere Themen wie beispielsweise Religion oder etwa Geschlechterrollen bleiben hingegen unbeleuchtet. Alle Eingebürgerten, die der Film an prominenter Stelle zeigt, sind jung, erfolgreich und *weiblich.* Das hat sicherlich v. a. damit zu tun, dass problematisches Verhalten in der öffentlichen Debatte zumeist eher männlichen und sozial benachteiligten Migranten zugeordnet wird. Zudem rekurrieren ethnonationale, kulturfundamentalistische Stereotype auf die (vermeintliche) Unterdrückung von Frauen sowie (vermeintlich) ‚rückständige' Rollenbilder seitens migrantischer (und insbesondere muslimischer) Minderheiten. Indem der staatsnationale Diskurs diesen Rollenbildern aktiv widerspricht, aktualisiert er das antagonistische Verhältnis zu seinem konstitutiven Gegenüber. Des Weiteren gelangen *Gender*-Thematik und feministischer Aktivismus in der deutschen Gesellschaft (sowie auch im transnationalen Raum der Massenmedien) zu immer größerer Bedeutung. Dieser Umstand scheint sich prominent in der hier zu beobachtenden Diskursverschränkung auszudrücken und ist damit ein weiteres Beispiel für Strategien der *Idealisierung* nach Goffman. Durch die Darstellung positiv konnotierter und *sozial erwünschter* Personenmerkmale (in diesem Fall Jugend, Bildung und wirtschaftlicher Erfolg – auch und gerade in Verbindung mit *Weiblichkeit*), treten negative Implikationen quasi-automatisch in den Hintergrund. In diesem Sinne verkörpern die gezeigten Personen ein modernes (und unkritisches) Idealbild von Integration. Anderweitige Aspekte und etwaige Hindernisse (z. B. ‚Integrationsdefizite', einander widersprechende, kulturelle Wertmaßstäbe oder auch strukturelle Diskriminierungserfahrungen) werden ausgeblendet. Es entsteht der Eindruck einer friedlichen, harmonischen, multikulturellen Stadt und einer ebenso friedlichen, harmonischen, multikulturellen Nation, die durch Migration und Integration fortwährend bereichert werden.

6.) Abschluss (00:08:05–00:09:42): Am Ende des Films werden noch einmal die beiden zentralen Protagonistinnen gezeigt. Im Hintergrund läuft dabei wieder die unbeschwerte Musik, die schon zu Beginn zu hören war. Zunächst sieht man die junge Frau mit thailändischem Migrationshintergrund. Sie geht lächelnd auf die Kamera zu während sie im Voiceover von ihren Träumen für die Zukunft berichtet. Sie wünscht sich, ein eigenes Geschäft zu führen und in ihrer Freizeit anderen Menschen mit thailändischem Migrationshintergrund die deutsche Sprache näher zu

bringen. Nach demselben Muster folgt dann eine Einstellung mit der anderen jungen Frau. Diese wiederum wünscht sich eine gerechtere, tolerantere und demokratischere Gesellschaft. Das deutsche Grundgesetz, so sagt sie, bilde hierfür eine gute Grundlage. Nun werden nacheinander verschiedene Menschen eingeblendet, die jeweils das Motto der Hamburger Einbürgerungsinitiative (bzw. Teile davon) rezitieren: „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause." Die Menschen sind unterschiedlich alt, haben unterschiedliche Geschlechter und tragen unterschiedliche Kleidung. Die meisten von ihnen sind People of Color. Manche sprechen akzentfrei Deutsch, andere nicht. Auch die beiden Kinder vom Anfang sind wieder mit dabei. Das Mädchen fragt den Jungen: „Mein Zuhause oder meine Perle?" – Darauf der Junge: „Mein Zuhause." Der Film schließt damit, dass die beiden noch ein letzten Mal das Motto wiederholen, diesmal fehlerfrei. Der Junge lächelt. Dann folgt der Abspann.

Mit ihren Wünschen für die Zukunft reproduzieren die beiden Protagonistinnen einen wichtigen Aspekt des staatsnationalen Integrationsleitbildes – soziales und politisches Engagement. Die zentrale Deutungsfigur von den ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' als besonders ‚vorbildliche' und in diesem Sinne vielleicht sogar ‚bessere' Deutsche wird hier noch einmal aktualisiert. Überdies betont die junge Frau mit afghanischem Migrationshintergrund den transkulturellen Rahmen der deutschen Verfassung – wiederum ein wichtiges Motiv des staatsnationalen Diskurses. In besonderem Maße werden hier die diskursiven Identitätsangebote und Rollenerwartungen ausformuliert, durch ihre Inszenierung vermittels ‚vorbildlicher' Einzelfälle emotionalisiert[109] und auf diese Weise subtil in die subjektiven Sinnwelten der Adressat_innen eingeschrieben. Das staatsnationale Ideal des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in' gewinnt dabei eklatant an Einfluss. Dieses Ergebnis deckt sich nahtlos mit anderen Studien, welche auf die Konstitution staatsbürgerlicher Rollenbilder im Rahmen von Einbürgerungsfeiern hinweisen.[110] Der Film schließt letztlich mit den Eingebürgerten und ihren (wenigstens augenscheinlich) sehr unterschiedlichen Migrationshintergründen, wodurch das multikulturelle, kosmopolitische Gesamtbild weitergehend abgerundet wird. Durch die mehrmalige Wiederholung des Kampagnenmottos – das bereits an und für sich durch die verwendeten Begriffe und deren metaphorische Symbolik sowie auch durch die verschiedenen identifikativen Anknüpfungspunkte an Hamburg und Deutschland eine starke emotionale Dimension aufweist – tritt die Handlung (abermals) in den Bereich

[109] Siehe die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3
[110] Siehe hierzu Abschn. 3.5

des Rituellen ein. Ihre emotionale Wirkung wird damit exponentiell befördert.[111] In dieser bedeutsamen letzten Szene zeigt sich das Wechselspiel zwischen Individualität und Gemeinsamkeit, das sich als Leitlinie durch die gesamte Handlung des Films zieht. Die einzelnen Personen werden als Individuen mit unterschiedlichen Identitäten und Lebensgeschichten inszeniert. Die Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus führt diese Individuen jedoch immer wieder zusammen, verzwirnt die Fäden ihrer einzelnen Erzählungen zu einer gemeinsamen Geschichte. Aus Individuen wird eine Gemeinschaft. Der rituelle Übergang in den Staat und die Nation wird auf diese Weise symbolisch versinnbildlicht. Da der Film auf den Feiern selbst gezeigt wird (und zwar zu einem sehr frühen Zeitpunkt, noch vor der offiziellen Begrüßung), nimmt er zudem unwillkürlich eine Metaperspektive ein – die Gäste im Publikum sehen ihre eigene Situation durch die Augen der gezeigten Protagonistinnen. Ihre persönliche Erfahrung wird gefiltert und auf subtile Weise in die Argumentationslinie des offiziellen, staatsnationalen Diskurses eingeflochten. Die Teilnehmenden werden sozusagen auf das Ritual der Feiern ‚eingestimmt'. Dabei bildet v. a. der omnipräsente Hamburg-Bezug einen entscheidenden, kollektiven Ankerpunkt. Dieser Aspekt wird in Abschnitt 5.3 noch weiterführend von Bedeutung sein. An dieser Stelle lässt sich aber bereits festhalten, dass hamburgische Identität im Kontext der Einbürgerungsinitiative, der Einbürgerungsfeiern und des offiziellen Einbürgerungsdiskurses ebenso wichtig (oder sogar noch wichtiger) zu sein scheint, als die nationale Zugehörigkeit als solche. Dies korrespondiert in hohem Maße mit den Erkenntnissen anderer Studien, die ebenfalls die enorme Bedeutung lokaler Anknüpfungspunkte für die Inszenierung (abstrakter) nationaler Identität betonen.[112]

Zentrale Beobachtungen

Im Verlauf dieses Unterkapitels wurden die Einbürgerungsfeiern als rituelle Inszenierung des staatsnationalen Diskurses analysiert. Dabei lag das Augenmerk zunächst auf den Feiern selbst. Vor diesem Hintergrund wurden Bühnenbild, Darstellende, Handlung und Publikum einer detaillierten Betrachtung unterzogen. Des Weiteren wurde eines der wichtigsten Elemente der Feiern – der Einbürgerungsfilm – separat erörtert und damit ein Brückenschlag zwischen Diskursethnographie und klassischer Diskursanalyse vollzogen. Im steten Rückbezug auf den massenmedialen Diskurs und die zentralen Deutungselemente seiner Storyline konnte gezeigt werden, dass die Hamburger Einbürgerungsfeiern mit ihren

[111] Siehe hierzu die Ausführungen zu Ritualen, Emotionen und Emotionalisierungstechniken in Abschn. 2.3

[112] Siehe hierzu Abschn. 2.2

unterschiedlichen Inszenierungsbausteinen alle wesentlichen Deutungsmuster des staatsnationalen Diskurses aktualisieren. Dazu gehören konstruktivistische Vorstellungen von (Hyper)Kultur und Identität, ein subjektivistischer Nationenbegriff, ein kosmopolitisches Menschenbild sowie eine Vision von Integration als gleichberechtigter demokratischer Teilhabe. In diesem Sinne zeichnet die Inszenierung ein vollständiges Spiegelbild des staatsnationalen Diskurses. Ihr ritueller Charakter trägt überdies dazu bei, die diskursiven Versatzstücke aus ihrem alltagsweltlichen Kontext zu lösen, wodurch sie dessen ‚Korrektiv' weitestgehend entzogen sind. Techniken der Emotionalisierung sowie die ständige Reproduktion von Aussagen sorgen weitergehend dafür, dass die Diskursbotschaft von den Anwesenden leichter verinnerlicht werden kann. Die teilnehmenden Gäste der Feiern befördern diesen Prozess (bewusst oder unbewusst) durch ihre Präsenz und ihr kooperatives Verhalten.

Vier zentrale Techniken der Eindrucksmanipulation sind, sowohl bei der Analyse der Zeremonie als auch bei der Analyse des Einbürgerungsfilms, in besonderem Maße hervorgetreten. Klassisch im Rahmen von Ritualen ist hier zunächst die *Idealisierung* des Geschehens sowie der handelnden Akteur_innen durch die Bezugnahme auf konventionalisierte (und positiv konnotierte) Symbole, Werte und Rollenerwartungen.[113] Momente der Idealisierung waren an verschiedener Stelle zu beobachten. Sie verbinden das Ritual mit der umgebenden Alltagswelt. Vor diesem Hintergrund muss betont werden, dass die rituelle Form ein Ereignis zwar aus dem Alltag der Akteur_innen heraushebt, dass es sich jedoch niemals gänzlich von selbigem entkoppeln kann, weil es gerade die Verbindung zum Alltag ist, die ihm letztlich seine Macht verleiht.[114] Auf diesen unvermeidlichen Widerspruch, wird weiter unten noch ausführlicher einzugehen sein.

Zweitens ist das Wechselspiel aus *Mystifikation* und gezielt inszenierter *Nahbarkeit* zu nennen, welches in erheblichem Maße dazu beiträgt, den sozial definierten Status und das hohe symbolische Kapital des Ersten Hamburger Bürgermeisters zu unterstreichen, bzw. für die Ziele des Diskurses nutzbar zu machen. Gerade das partielle Durchbrechen der Distanz hat zur Folge, dass die Hamburger Einbürgerungsfeiern – sowie auch die gesamte Initiative und darin insbesondere die umfangreiche Briefaktion – als besondere ‚Ausnahme vom Alltäglichen' erscheinen. Auf diese Weise wird der Status der Eingebürgerten maßgeblich aufgewertet. Sie werden (wenigstens im unmittelbaren Kontext der Zeremonie) zur privilegierten Gruppe.

[113] Siehe hierzu die Ausführungen zu Ritualen in Abschn. 2.3 sowie zu Goffman in Abschn. 3.5

[114] Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Turner in Abschn. 2.3

Die dritte wesentliche Inszenierungsstrategie, die im Rahmen der Feiern (und des Films) zu beobachten war, ist die umfänglich *Emotionalisierung* des Geschehens – sei es durch den Einsatz von Musik, den Einsatz von Kindern, den Einsatz ritueller Rede- bzw. Handlungsstrukturen oder die Individualisierung und Entanonymisierung der Darstellenden, die durch das Erzählen persönlicher Lebensgeschichten erzielt wird. Verkaaik hat darauf hingewiesen, dass Rituale die Emotionen ihrer Teilnehmenden ansprechen müssen, um ihre Botschaft wirkungsvoll transportieren zu können.[115] Im Kontext von Einbürgerungsfeiern und Einbürgerungsfilm ist dieser Mechanismus sehr anschaulich zu beobachten. So reagiert das Publikum v. a. auf die emotionalen Momente der Feiern, beispielsweise auf die Auftritte des Kinderchors, auf die persönliche Wertschätzung durch Olaf Scholz oder auch auf den Humor, den der Erste Bürgermeister (bzw. etwaige Gastredner_innen) in ihre Ansprachen einfließen lassen.

Viertens und letztens gewinnt der staatsnationale Diskurs durch seine Rückbindung an eine *lokale Hamburger Identität* erheblich an Auftrieb. Damit wird nicht nur das kosmopolitische Ideal von lokaler und globaler Verbundenheit reproduziert, die emotionale Anknüpfung an den ‚Heimathafen' erleichtert auch die weitere emotionale Integration in das ‚große Ganze' der deutschen Nation. Dadurch, dass das Abstrakte mit dem Partikularen assoziiert wird, kann eine identifikative Verbindung entstehen, die ansonsten nur schwer zu erreichen wäre. Indem die Einbürgerungsfeiern ein passendes (!) Bild von Hamburgischer Gemeinschaft imaginieren, objektifizieren bzw. essentialisieren sie diese Gemeinschaftskategorie und erheben sie zum Modell für nationale Gemeinschaft als solche. Damit nehmen sie die Form von *Cultural Performances* nach Guss an, wie sie in Abschnitt 3.5 beleuchtet wurden. Der staatsnationale Diskurs geht an dieser Stelle eine Liaison mit einer anderen Deutungsströmung im Diskursfeld ein, die sich ganz und gar um die Stadt Hamburg dreht und diese als multikulturelles ‚Tor zur Welt' inszeniert. Ich nenne diese dritte Diskursströmung deshalb etwas provokativ den *Hamburg-Mythos* – auch in Anlehnung an die Erfindung nationaler Mythen im Rahmen von Hobsbawms Invented Traditions.[116] In Abschnitt 5.3 soll dieser Hamburg-Mythos näher vorgestellt und seine innere Logik nachvollzogen werden. Dabei wird von besonderem Interesse sein, inwiefern staatsnationaler Diskurs und Hamburg-Mythos einander positiv ergänzen und durch wechselseitige Kooperation diskursive Macht entfalten.

Anhand der Publikumsreaktionen und überdies auch anhand der Expert_inneninterviews, die in Abschnitt 5.1 erörtert wurden, lässt sich ablesen, dass die Techniken der Eindrucksmanipulation im Rahmen der Feiern

[115] Siehe Abschn. 2.3

[116] Siehe hierzu Abschn. 2.1 sowie 2.3

durchaus Wirkung zeigen. So tragen die Adressat_innen den Diskurs aktiv mit, indem sie zunächst einmal an den Feiern teilnehmen (was, wie Abschnitt 3.5 gezeigt hat, keinesfalls selbstverständlich ist), sich überdies festlich kleiden, in das Wechselspiel aus Darbietung und emotionaler Publikumsreaktion einsteigen und (wie etwa im Zuge der Expert_inneninterviews) die besondere (persönliche) Bedeutung der Zeremonie als *rite de passage* (bzw. als dessen Abschluss) herausstreichen.[117] Dieser Eindruck setzt sich fort, wenn man einen Blick in das Gästebuch wirft, das regelmäßig auf den Feiern ausliegt. Dessen Einträge fallen, soweit ich das im Rahmen der Veranstaltungen beobachten konnte, durchweg positiv aus. Worte wie „Danke", „Endlich" oder „Ich bin Hamburger" sind darin zu lesen. Dabei werden immer wieder auch Elemente des staatsnationalen Diskurses reproduziert. Es ist demnach davon auszugehen, dass die Feiern selbst erheblich zu dessen Institutionalisierung beitragen. Durch Ritualisierung und Inszenierung entfalten diskursive Inhalte Macht. Sie ziehen die Rezipient_innen in ihren Bann. Sie werden auf subtile Weise im Unterbewusstsein der Teilnehmenden verankert oder, um mit Bourdieu zu sprechen, *einverleibt*.[118]

Zumindest gilt diese Erkenntnis für den unmittelbaren Moment der Feiern. Wie man anhand der Interviews und der quantitativen Konsensanalyse gesehen hat, kann die (durch seine Ritualisierung wenigstens partiell erfolgte) Abtrennung des Diskurses von der umkämpften Arena des weiteren Diskursfeldes zwar seine Macht stärken, zurück in der gesellschaftlichen Alltagswelt mit ihren heterogenen Wirklichkeiten, muss er sich jedoch letztlich der Konfrontation mit anderen Diskursen stellen, die diese Macht ggf. beschneiden, bzw. auf seine jeweilige Dekodierung Einfluss nehmen. Seine Macht – egal wie groß – ist also niemals absolut. Ganz wie mit Foucault in Abschnitt 2.3 und 2.4 festgestellt wurde, provoziert Macht immer auch Gegenmacht. Das zentrale Paradox der beiden dominanten Diskurse im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative ist es dabei, dass sie ihre Macht einerseits wechselseitig beschneiden, dass eben dieses antagonistische Verhältnis andererseits aber auch wesentlich dafür verantwortlich gemacht werden kann, dass sie überhaupt (!) Macht entfalten. Dies zeigt sich in besonderer Weise im Kontext von Einbürgerungsfilm und Einbürgerungsfeiern. So wird durch die ständige Reproduktion und die hochgradig emotionale Inszenierung des staatsnationalen Diskurses dessen Narration zwar zum einen gegen Angriffe von außen abgeschirmt, zum anderen können aber gerade die emotionalen Komponenten der Darstellung nur deshalb

---

[117] Diese Beobachtung läuft – wenigstens in Teilen – den Ergebnissen Verkaaiks zuwider, wie sie in Abschn. 3.5 vorgestellt wurden.

[118] Siehe Abschn. 2.3

Macht ausüben, weil sie sich implizit auf eben dieses ‚Außen' beziehen. Das positive Bild der jungen, erfolgreichen und ‚liebenswerten' Migrantinnen, wie der Film es zeichnet, ist nur deshalb so ausgesprochen mächtig und kann nur deshalb in so außerordentlicher Weise positiv empfunden werden, weil es der ethnonationalen Negativzuschreibung ‚ungebildeter', ‚feindseliger' und ‚fauler' Migranten (und hier ist explizit die männliche Form gemeint) widerspricht. Das Herausheben der Eingebürgerten als besonders ‚gute' oder gar ‚bessere' Deutsche, die in privilegierter Weise vom Ersten Bürgermeister gewürdigt werden, bewegt die Adressat_innen v. a. deshalb, weil sie sich in ihrem Lebensalltag und insbesondere im Hinblick auf den Prozess der Integration ansonsten oft benachteiligt und diskriminiert fühlen (zumindest legen die Expert_inneninterviews in Abschnitt 5.1 diesen Schluss nahe). Vor diesem Hintergrund kann die zentrale Funktion von Ritualen weniger im kategorischen *Ausschließen* konträrer Realitäten gesehen werden, als vielmehr in einer gezielten Dichotomie von *Aus- und Einschluss*. Hier schließt sich der Kreis zur ethnologischen Identitäts- und Ethnizitätsforschung, wie sie in Abschnitt 2.2 vorgestellt wurde: Nationalistische Diskurse ziehen demnach ihre Macht im Wesentlichen aus der Produktion von emotionalen Identitätsangeboten bzw. aus der Aneignung dieser Angebote durch ihre jeweiligen Adressat_innen. Die diskursiven Identitätsangebote wiederum entstehen aus dem konstitutiven Antagonismus zu dem, was sie jeweils nicht sind – aus dem konstitutiven Wechselverhältnis mit anderen, konkurrierenden Diskursen und deren konträren Rollenbildern. Macht wird dabei v. a. vermittels der gezielten *Betonung*, bzw. des gezielten *Herunterspielens* einzelner Deutungselemente generiert. In diesem Sinne geht es weniger darum, gegnerische Diskurse ‚auszulöschen'. Vielmehr geht es darum, diskursive Wirklichkeiten in vorteilhafter Weise zu hierarchisieren und gegnerische Positionen als *konstitutive Unwahrheit* zu markieren. Diese zentrale These bringt einige weiterführende Implikationen mit sich: Wenn nationalistische Diskurse ein antagonistisches Gegenüber benötigen, um ihre eigene Wirklichkeitsordnung erfolgreich durchsetzen zu können, dann müssen sie nicht nur die von ihnen konstruierte Wirklichkeit gegen Angriffe von außen abschirmen. Sie müssen überdies auch zwangsläufig dafür Sorge tragen, dass eben dieses ‚Außen' – nämlich der konstitutive Antagonismus als solcher – bestehen bleibt. In doppelter Hinsicht setzt dies eine Resistenz gegenüber Verständigung und Konsensualisierung voraus. Ebenso setzt es aber auch voraus, dass Diskurse ihre jeweiligen Gegendiskurse im Bewusstsein ihrer Adressat_innen immer ein Stück weit reproduzieren müssen, um sie zu widerlegen. Diskurs und Gegendiskurs verankern sich sozusagen gegenseitig. Der grundlegende Unterschied zwischen ihnen besteht maßgeblich darin, welchen Platz sie sich selbst und einander in der Hierarchie ihrer symbolischen Sinnwelt zuweisen, bzw. wo sie sich selbst und einander auf

der kulturellen Skala zwischen *Wahrheit* und *Unwahrheit* verorten. Dieser dichotome Prozess ist in hohem Maße eigendynamisch. Das bedeutet jedoch nicht, dass einzelne Akteur_innen ihm blindlings unterworfen wären. Wie einige der Beispiele in Abschn. 5.1 gezeigt haben, können Individuen durchaus aus der antagonistischen Logik ausbrechen oder diese grundlegend neu interpretieren. Ob dies ein bewusster Akt oder vielmehr die Folge komplexer Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichsten Diskursen ist, muss als Frage an dieser Stelle offen bleiben. Klar ist indes, dass Diskurse nicht aus sich selbst heraus mächtig sind. Sie erhalten ihre Macht durch Zustimmung, implizit oder explizit, durch teils bewusste, teils unbewusste Kooperation zwischen Sprecher_innen und Adressat_innen – sowie durch die gemeinschaftlich erzeugte emotionale Wirkung, die durch eben dieses Wechselspiel entsteht.

Die obigen Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf die beiden hier untersuchten dominanten Nationalismen. Ob sie ohne Weiteres auf andere nationalistische Diskurse übertragen werden können, ist an dieser Stelle nicht restlos geklärt. Zumindest jedoch hat Abschnitt 2.5 gezeigt, dass gesellschaftliche Antagonismen für den deutschen Nationalismus schon immer eine wichtige Rolle gespielt haben. So konstituierte dieser sich zunächst als Gegendiskurs zur herrschenden Monarchie. Später, als der Nationalismus im deutschen Kaiserreich zur legitimierenden Staatsideologie aufstieg und das konstitutive Gegenüber der ‚feindlichen' Regierung(en) damit entfiel, begann der deutsche Nationalismus sich in zunehmendem Maße ein neues konstitutives Gegenüber zu schaffen – nämlich das der ‚unerwünschten Fremden' und der ‚Reichsfeinde'. Überdies konstituierte sich der deutsche Nationalismus in akademischen Beiträgen wie denjenigen Meineckes oder Herders v. a. in Abgrenzung zum staatsnationalen Gegenentwurf anderer europäischer Staaten.[119] Hierin ist eine gewisse Parallele zum heutigen Widerstreit von ethnonationalen und staatsnationalen Modellen erkennbar. Die in Abschn. 2.1 vorgestellte interdisziplinäre Nationalismusforschung betont des Weiteren die wichtige Funktion welche der aktiven Exklusion von Außenstehenden im Rahmen der kollektiven Imagination von nationaler Gemeinschaft zukommt. In ähnlicher Weise deuten auch ethnologische Arbeiten (wie etwa diejenigen Eriksens[120]) auf die herausragende Rolle von ‚konstitutiven Fremden' innerhalb und außerhalb der Nation hin. Vor diesem Hintergrund scheinen die obigen Thesen plausibel und über den Horizont dieser Arbeit hinaus verallgemeinerbar. In jedem Fall ist die Frage, inwiefern diskursive Antagonismen – und antagonistische Identitätskategorien – zur Konstitution nationalistischer Ideologien beitragen und / oder auch in anderen Bereichen

[119] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit sowie Abschn. 2.1

[120] Siehe hierzu Abschn. 2.2

von diskursiver Sinngebung relevant sind, ein interessanter Ansatzpunkt für die weiterführende diskursethnologische Forschung.

In Kapitel 4 dieser Arbeit sind das polyseme Fundament und die antagonistische Konstitution der untersuchten Diskursströmungen als zentrale Beobachtungen hervorgetreten. Die widerstreitenden Identitätskategorien, die aus dieser diskursiven Dynamik erwachsen, sind im vorliegenden Kapitel 5 bereits mehrfach und auf unterschiedliche Weise zur Geltung gekommen. Emotionale Machteffekte haben dabei eine herausragende Rolle gespielt. Im Gegensatz dazu wird sich das nachfolgende Abschnitt 5.3 mit der Frage beschäftigen, inwiefern Macht, Emotion und Identität auch aus der friedlichen Koexistenz und dem ‚einvernehmlichen Miteinander' unterschiedlicher diskursiver Deutungslinien entstehen können. Wie schon angekündigt steht dabei der dritte dominante Diskurs des hier untersuchten Diskursfeldes im Mittelpunkt – der lokalpatriotische *Hamburg-Mythos* vom multikulturellen ‚Tor zur Welt'. Seine perpetuierende Wechselwirkung mit dem staatsnationalen Diskurs ist im gesamten Kapitel 4 sowie auch in Unterkapitel 5.2 dieser Arbeit schon vielfach zu Prominenz gelangt. Sie wird daher im Folgenden von maßgeblichem Interesse sein.

5.3 Der dritte Diskurs: Ein Hamburg-Mythos

In Abschnitt 5.2 wurde gezeigt, dass der Stadt Hamburg – sowie auch der mit ihr assoziierten identifikativen Symbolik – eine herausragende Rolle für die Selbstinszenierung des staatsnationalen Diskurses zukommt. Tatsächlich ist im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative neben den beiden bereits vorgestellten dominanten Einbürgerungsdiskursen noch ein dritter, ebenfalls dominanter Diskurs zu beobachten, der sich zwar seinerseits nur sekundär auf das Thema Einbürgerung bezieht, der jedoch eng mit dem staatsnationalen Diskurs verzahnt und deswegen von besonderer Bedeutung für das hier behandelte Thema ist. Es handelt sich dabei um einen historisch fokussierten *Hamburg-Mythos*, der die Freie und Hansestadt als multikulturelles *Tor zur Welt* imaginiert. Im Folgenden sollen zunächst die wichtigsten Deutungsmuster seiner Argumentationslinie präsentiert und deren Querverbindungen zum staatsnationalen Diskurs aufgezeigt werden. Ein knapper historischer Überblick widmet sich im Anschluss daran den geschichtlichen Wurzeln des Hamburg-Mythos und vergleicht die darin propagierte Diskursrealität mit dem wissenschaftlichen Forschungsstand. Eine abschließende Zusammenfassung wird die Ergebnisse miteinander in Beziehung setzen und weiterführend auf das Zusammenspiel von Hamburg-Mythos und

staatsnationalem Diskurs eingehen. In besonderer Weise wird dabei die Frage im Vordergrund stehen, wie sich aus interdiskursiver Symbiose Macht entfalten kann.

Der Hamburg-Mythos

DEUTUNGSMUSTER: Der im Themenfeld Einbürgerung so dominante Hamburg-Mythos lässt sich in drei zentrale Deutungsmuster aufgliedern. Das erste und mit Abstand prominenteste dieser drei Muster besagt, dass die Freie und Hansestadt auf eine lange Tradition kosmopolitischer Interkulturalität zurückblicken könne. Hamburg sei eine Hafenstadt und eine wichtige Handelsmetropole und aufgrund dessen schon immer von Migration und kultureller Vielfalt geprägt worden. Sie sei – so das beliebte Schlagwort – ein historisch gewachsenes **Tor zur Welt**. Überdies habe man in Vergangenheit und Gegenwart erheblich von Zuwanderung und gesellschaftlicher Pluralität profitiert. Migration sei ein unabdingbarer Bestandteil der Hamburger Stadt-Identität und wesentliche Triebfeder ihrer modernen Innovationskraft.

KOMMENTAR: Schon in diesem ersten der drei Deutungsfragmente wird die kooperative Beziehung zum staatsnationalen Diskurs offenbar. Beide Diskurse teilen den multikulturellen Gesellschaftsbegriff und die optimistische Grundhaltung gegenüber Migration und Integration. Beide Diskurse stellen kosmopolitische Bezüge her. Überdies fügt sich der Hamburg-Mythos nahtlos in die symbolische Sinnwelt des staatsnationalen Diskurses ein, insofern er dessen Deutungslinie eine wesentliche Legitimationsgrundlage liefert. Gemeint ist hier die kollektive Imagination einer positiven historischen Migrationserfahrung sowie deren argumentative Untermauerung durch (ausgewählte!) geschichtliche ‚Fakten' einerseits und Hafen- / Hansesymbolik bzw. -metaphorik andererseits. Der Zusammenhang zwischen Hafen, Hanse und Weltoffenheit wird dabei naturalisiert und essentialisiert. Er erscheint unhinterfragbar und impliziert damit nicht nur eine spezifische Vorstellung von der Stadt als solcher, sondern ebenso eine spezifische Vorstellung von deren Bewohner_innen als ‚kosmopolitischen *Hamburger_innen*' im lokalpatriotischen Sinne. Das nützt dem staatsnationalen Diskurs in doppelter Hinsicht: Erstens schafft der Hamburg-Mythos das identifikative Modell einer ‚multikulturellen Nation im Kleinen', das unproblematisch auf die nationale Makroebene übertragen werden kann. Zweitens unterfüttert er die emotionale Identifikation mit ‚rationaler' Logik.

Diese Strategie der *Rationalisierung*, die im gesamten Diskursfeld auf verschiedenste Weise und an unterschiedlichster Stelle zu beobachten ist, wird auch in Abschnitt 5.4 noch weiterführend zu Relevanz gelangen.[121]

→ „Ole von Beust hob hervor: „In Hamburg leben Menschen aus mehr als 180 verschiedenen Nationen. Auch daran zeigt sich, dass das ‚Tor zur Welt' in beide Richtungen offen steht (sic!). Weltoffenheit ist unsere Visitenkarte. Genau deshalb darf sie auch nicht nur Aushängeschild sein. Sie ist eine Aufgabe für uns alle, der wir uns täglich zu stellen haben. Daran haben wir alle mitzuwirken. Und ich möchte gerade die neuen deutschen Staatsbürger auffordern, sich einzubringen und auszudrücken, wo und wann immer es geht und notwendig ist. Nur so kann der Dialog funktionieren, den wir miteinander pflegen sollten, damit ein echtes Miteinander entstehen kann."[122]

→ „Als Bürgermeister einer traditionell weltoffenen und international geprägten Stadt wie Hamburg sind auch mir Integration und Toleranz besonders wichtig. Das sprichwörtliche Tor zur Welt will immer wieder aufgestoßen werden. Wir müssen es pflegen, damit es nicht einrostet."[123]

→ „Zur Identität Hamburgs gehörte seit jeher, für Einwanderungswillige offener zu sein als viele andere Städte. Schaut man in der Geschichte zurück, stellt man fest: Die Einwanderer machten Hamburgs Entwicklung zur multikulturellen Weltstadt von heute erst möglich.

1490 etwa war kein einziger der vier amtierenden Bürgermeister in Hamburg geboren. Als die Hanse 1497 vorschrieb, das Bürgerrecht und die Genehmigung für ein Gewerbe Fremden aus Nicht-Hansestädten vorzuenthalten, umging das der Rat der Stadt 1567 durch den Abschluss eines speziellen Fremdenkontrakts mit den englischen Textilkaufleuten, den sogenannten ‚Merchants Adventurers'.

1605 erhielten auch Zuwanderer aus den spanischen Niederlanden und andere Gruppen einen ähnlichen Vertrag. 1638 wurde für den Abschluss solcher Kontrakte sogar eigens eine besondere Kommission eingesetzt.

Sicher, das hatte vor allem wirtschaftliche Gründe: Handel und Gewerbe sollten möglichst unbeschränkt gedeihen können. Dazu gehörte aber auch die gesellschaftliche Integration der Neubürgerinnen und Neubürger, um die sich

[121] Alle Quellenangaben zu den im Verlauf von Abschnitt 5.3 zitierten Belegstellen der feinanalytischen Untersuchung sind in Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial einsehbar (Korpusverzeichnis).

[122] HK209: Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), Pressemitteilung zur Einbürgerungsfeier, 21.11.2006.

[123] HK146: Olaf Scholz, Grußwort zum Asure-Empfang der Alevitischen Gemeinde Hamburg, 02.12.2011.

die Stadt aus innerer Überzeugung kümmerte. Und bis heute ist Hamburg eine ‚Ankunftsstadt' geblieben.

Wie stolz Hamburg auf seine Weltoffenheit ist, wird immer wieder betont, und auch ich erinnere gern daran. Ich sage aber auch: Wir Hamburger müssen uns diesen Ruf stets aufs Neue erarbeiten.

Seit Jahrhunderten kamen Frauen und Männer aus allen Ländern nach Hamburg, und viele sind geblieben. Heute kann Hamburg auch auf seine Vielfalt stolz sein, die unsere Stadt und unser Land insgesamt bereichert: Mehr als 180 Nationen sind bei uns vertreten. Und jeder, der sich entschließt hierzubleiben, bringt eigene Vorstellungen mit, seine eigene Geschichte, individuelle Begabungen und Talente."[124]

→ „Ich wünsche mir, dass Sie spüren: Sie sind uns hier willkommen. Hamburg war als Hansestadt immer schon von Einwanderung geprägt und hat von anderen Kulturen profitiert. Seit dem 16. Jahrhundert beeinflussten viele Einwanderer und Händler unsere stets kosmopolitische Weltstadt auf positive Weise."[125]

→ „Wer im Internet die Begriffe ‚Hamburg' und ‚Traumstadt' sucht, findet mehr als 25.000 gemeinsame Fundstellen. Offenbar können sich nur wenige Hamburgs internationalem Flair entziehen, wenn im Hamburger Hafen die Schiffe von jedem entlegenen Winkel unserer Erde einlaufen, wenn auf den Straßen Menschen aus 185 Nationen in unendlich vielen Sprachen und Dialekten miteinander ins Gespräch kommen. Wer lebt nicht gern in solch einer bunten, lebendigen Stadt?"[126]

→ „Die Einbürgerungsinitiative von Bürgermeister Olaf Scholz ist gut für Hamburg und ein Vorbild für Deutschland. Anders als Herr Dobrindt meint, wird hier mitnichten der deutsche Pass ‚verramscht', sondern es wird den hier seit langem lebenden Ausländern gezeigt, dass sie in unserem Land willkommen sind. Das passt zu Hamburg als seit Jahrhunderten weltoffener Stadt und zu Deutschland als modernem, dynamischen Staat. Was für Herrn Dobrindt ‚wirr' ist, ist tatsächlich menschlich und pragmatisch. Wirr sind vielmehr die Versuche Herrn Dobrindts, die CSU im Gespräch zu halten und ihr den Anstrich bundespolitischer Bedeutung zu verschaffen."[127]

[124] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012.

[125] HK171: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.05.2013.

[126] HK177: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 07.02.2014.

[127] HK198: Johannes Kahrs (SPD), „Hamburger verbitten sich Einmischung durch CSU", 13.04.2012.

DEUTUNGSMUSTER: Im zweiten wichtigen Deutungsmuster des Hamburg-Mythos inszeniert sich die Stadt als emotionaler **Heimathafen** und schlägt damit die Brücke zum Thema Einbürgerung. Dabei wird impliziert, dass Hamburg ein starker Ankerpunkt für die emotionale Identifikation und das Zugehörigkeitsgefühl seiner Bewohner_innen sei und somit die notwendige Verbundenheit schaffe, die letztlich überhaupt erst den Ausschlag für eine Einbürgerungsentscheidung gebe. Gleichzeitig entsteht der Eindruck, die Einbürgerung sei immer und zu gleichen Teilen auch ein Bekenntnis zur Hansestadt. Einerseits stiftet Hamburg also Identität, andererseits wird die gestiftete Identität durch den Akt der Einbürgerung aktualisiert.

KOMMENTAR: Die hier etablierte zweischneidige Argumentationslinie macht nicht nur den Hamburg-Mythos im hohen Maße anschlussfähig für den staatsnationalen Diskurs, umgekehrt instrumentalisiert der Hamburg-Mythos auch die staatsnationale Narration um seinen eigenen Wirklichkeitsanspruch sowie sein zentrales Identitätsangebot – nämlich die Subjektposition des/der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen Hamburger_in (mit oder ohne Migrationshintergrund)' – zu zementieren. Nach dieser Lesart braucht *nationale* Identifikation immer, unbedingt und zuallererst auch *lokale* Identifikation. Indem lokale und nationale Identität in eins gesetzt und untrennbar mit der Einbürgerung assoziiert werden, legitimieren die Diskurse sich letztlich gegenseitig. Das zeigt sich u. a. auch in den untenstehenden Zitaten:

→ „…wenn Sie gefragt werden, wo Sie zu Hause sind, dann sagen Sie wahrscheinlich ganz selbstverständlich: Hamburg! Sie leben seit vielen Jahren hier und haben ein stabiles Aufenthaltsrecht, wie das im Behördendeutsch heißt. Ich will das mal so übersetzen: Nachdem Sie schon längst Hamburgerin oder Hamburger geworden sind, könnten Sie wahrscheinlich auch mit einem einfachen Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen."[128]

→ „Für ein Land, für eine Stadt kann es kein schöneres Kompliment geben, als dass die Bewohner sich darin zuhause und gut aufgehoben fühlen. Dass sie diesen Ort als ihren persönlichen Hafen betrachten und sich mit Deutschland so identifizieren, dass sie sich ganz und gar dazu bekennen und ein gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft werden wollen."[129]

→ „Sie selbst wissen es ja längst – Hamburg hat eine Menge zu bieten, weit über Arbeitsmöglichkeiten, Kultur- und Freizeitangebote hinaus. Und Hamburg ist eine weltoffene, polyglotte, kosmopolitische Stadt.

---

[128] HK219: Freie und Hansestadt Hamburg / Olaf Scholz, Brief des Ersten Bürgermeisters (Briefaktion, Muster), 2011.

[129] HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013.

Wir heißen Sie mit offenen Armen willkommen, mit Ihrer Erfahrung, Ihren Kenntnissen und Gepflogenheiten, Ihrer ganz eigenen Biografie.

Ob Sie eine Lehrerin aus Finnland sind, ein Automechaniker aus Marokko, eine Köchin aus dem Libanon, ein (sic!) hier geborene Schülerin mit türkischen Eltern, die sich auf den Abschluss vorbereitet, oder ein Sportler wie Arawat Sabejew: Sie werden nicht alle Europameister oder sechsfache Deutsche Meister werden. Aber Ihnen allen wünsche ich Erfolg und das nötige Quantum Glück dabei, sich als Deutsche in Hamburg Ihre ganz persönlichen Träume zu erfüllen!

Noch einmal herzlich willkommen bei uns und vielen Dank.“[130]

→ „Wir freuen uns, dass sich die Zahl der jährlichen Einbürgerungen seit 2009 verdoppelt hat. Wir empfinden es als Bestätigung, dass Sie sich auf Ihrer Suche nach einer neuen Heimat für Hamburg entschieden haben.“[131]

→ „Bei manchen von Ihnen wird diese Entscheidung jahrelang gereift sein, bis sie ganz bewusst gesagt haben: Ja, ich fühle mich inzwischen als Deutsche oder als Deutscher. Das Land und die Stadt sind Ihnen mit der Zeit ans Herz gewachsen und zu Ihrer Heimat geworden.

Für manche andere hat die Entscheidung in ihrem persönlichen Gefühl vielleicht immer schon festgestanden – zum Beispiel, wenn sie in Hamburg geboren sind, und sich immer zuvorderst als Hamburger verstanden haben, ganz unabhängig davon, aus welchem Land ihre Eltern stammen oder in welchem Konsulat Sie bisher ihren Ausweis beantragt haben.“[132]

→ „Grund für die Offensive der Senate ist die Tatsache, dass mehr als eine halbe Million Menschen in der Stadt einen Migrationshintergrund haben. Dieser solle keine künstliche Trennung mehr beinhalten. In einer Senatsmitteilung aus dem Februar diese (sic!) Jahres heißt es: „Es geht also nicht mehr um ‚die einen und die anderen‘, sondern es geht um ‚uns‘ – um das ‚Wir‘ aller Hamburger“.“[133]

DEUTUNGSMUSTER: Im dritten und letzten Deutungsmuster des Diskurses wird Hamburg als **Vorbild** in Sachen Integration und Einbürgerung in Szene gesetzt. Nicht zuletzt auch aufgrund ihrer langen interkulturellen Tradition sei die Stadt eine Vorreiterin bei der Eingliederung von Migrant_innen. Sie gewähre außerordentlich viel Unterstützung im Integrationsprozess sowie auch beim Thema Einbürgerung.

---

[130] HK164: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 06.02.2012.

[131] HK173: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 17.11.2014.

[132] HK175: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 20.06.2014.

[133] HK104: Hamburger Abendblatt (online), Sascha Balasko, „Erfolgreiche Offensive – Rekord bei Einbürgerungen“, 06.11.2013.

Die Wirksamkeit ihres Engagements zeige sich dabei insbesondere an den Erfolgen der Hamburger Einbürgerungsinitiative.

KOMMENTAR: Wiederum nutzen die beiden Diskurse einander in diesem Schnittpunkt ihrer Erzählungen als Ressource. So kann der staatsnationale Diskurs an das Stereotyp der weltoffenen und ‚caritativen' Hansestadt anknüpfen, um die besondere Bedeutung seiner Initiative herauszustreichen und diese für die Adressat_innen (mit Migrationshintergrund) weitergehend (emotional) attraktiv zu machen. Dabei wird außerdem Anschuldigungen vorgegriffen, die etwa das Engagement des Hamburger Senats als politisches Kalkül brandmarken (wie Abschnitt 4.1 gezeigt hat, sind solche Deutungslinien durchaus im Diskursfeld existent). Andersherum profitiert der Hamburg-Mythos aber auch von der massenmedialen Präsenz des staatsnationalen Diskurses und von seiner überaus öffentlichkeitswirksamen Initiative, da diese in erheblichem Maße seine innere Logik untermauert und die Subjektposition des/der ‚lokalpatriotischen Hamburger_in' weitergehend stärkt. Denn: Je mehr ‚Vorbildcharakter' eine Stadt in einem positiv konnotierten sozialen und / oder politischen Handlungsfeld an den Tag legt, desto attraktiver wird sie (sowie die emotionale Identifikation mit ihr) für ihre etwaigen Bewohner_innen. Gleiches gilt natürlich auch (und vielleicht sogar umso mehr) für die potenziellen Wähler_innen einer ‚besonders erfolgreichen' oder ‚besonders vorbildlichen' Partei, in diesem Falle der Hamburger SPD, welche (als regierende Partei mit – wenigstens zeitweise – absoluter Mehrheit im Senat) maßgeblich in die Produktion beider Diskurse involviert ist.

→ „Die Freie und Hansestadt Hamburg nimmt hierbei eine große Vorreiterrolle ein. Seit 2011 läuft unter dem Ersten Bürgermeister OIaf Scholz eine Aktion, die vermehrt Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zur Einbürgerung ermutigen soll. Das Potenzial in Hamburg ist groß: Allein von den etwa 1,8 Millionen Einwohnern hatten 2011 mehr als 20 Prozent – rund 400 000 Menschen – ausländische Wurzeln, etwa 236 000 von ihnen besaßen noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Zuge der Einbürgerungsinitiative werden nun monatlich 4000 Briefe an einzelne Bürger verschickt um sie über die Möglichkeiten einer Einbürgerung zu informieren.[134]

→ „Inzwischen wurden 90.000 der 137.000 Menschen mit ausländischem Pass in Hamburg vom Bürgermeister angeschrieben. Das gute Einbürgerungsergebnis ist auch darauf zurückzuführen, dass die Antragsbearbeitung mittlerweile nur

[134] HK196: Aydan Özogüz (SPD), „25. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus", 17.09.2014.

noch 6 Monate beträgt. Im Vergleich zu 2009 hat sich die Zahl der Einbürgerungen sogar fast verdoppelt. Von diesen Ergebnissen zeigt sich Bürgermeister Olaf Scholz auch beeindruckt: „Nirgendwo in der Bundesrepublik, gemessen an der Einwohnerzahl, erhalten so viele Menschen den deutschen Pass wie bei uns. Und nirgendwo wird eine so moderne Zuwanderungsund (sic!) auch Flüchtlingspolitik betrieben." Dazu gehörten auch der Vertrag mit den Muslimen und Aleviten sowie das Anerkennungsgesetz für ausländische Berufsabschlüsse."[135]

→ „Deshalb erhält in Hamburg jeder, der die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt – und das sind sehr viele! – alle nur denkbare Unterstützung. Wir wollen Mut machen, ‚Ja' zur deutschen Staatsangehörigkeit zu sagen und sich auf das Einbürgerungsverfahren einzulassen."[136]

→ „Sie sehen: Hamburg rollt Menschen, die sich für die Einbürgerung interessieren und die nötigen Voraussetzungen erfüllen, einen roten Teppich aus, und ich freue mich, dass Sie alle sich entschlossen haben, diesen wichtigen und manchmal auch mühsamen Schritt in Ihrem Leben zu gehen."[137]

→ „Hier selbstbestimmt zu leben, zu arbeiten, sich etwas aufzubauen inmitten einer Großstadt mit hervorragender Infrastruktur, Kultur und Natur, und auch den eigenen Kindern den Weg in eine gute Zukunft zu ermöglichen: das wünschen sich wohl alle Neubürgerinnen und Neubürger. Und wir laden alle ein, die hier dauerhaft bleiben möchten und sich zu den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung unserer Stadt bekennen, Deutsche zu werden. Im ersten Halbjahr 2012 erhielten fast so viele Ausländer einen deutschen Pass wie im ganzen Jahr zuvor: Das ist das ermutigende Ergebnis, der messbare Erfolg der Integrationspolitik des Senats."[138]

Vor allem das letzte hier abgedruckte Zitat sticht besonders hervor, insofern darin auf die Werte „des Grundgesetzes und der Verfassung unserer *Stadt*" und nicht etwa ‚unseres Landes' oder ‚unserer Nation' verwiesen wird.[139] Stadt, Land, Nation und Staat fallen hier argumentativ in eins, finden ihre identifikative Ausformulierung im Idealbild des/der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen, *deutschen* Hamburger_in (mit oder ohne Migrationshintergrund)'. Diese förmliche Verschmelzung von lokaler und nationaler Ebene ist in erheblicher Weise dazu angetan, das Abstrakte durch

[135] HK197: SPD / Inländerstammtisch Bergedorf, Einbürgerung in Hamburg auf Rekordwert, 08.02.2014.

[136] HK165: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 18.11.2013.

[137] HK164: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 06.02.2012.

[138] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012.

[139] HK156: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 08.11.2012, meine Hervorhebung.

das Partikulare erfahrbar und emotional anschlussfähig zu machen. Mit Hilfe des Hamburg-Mythos gelingt es dem staatsnationalen Diskurs, das Thema Einbürgerung affektiv aufzuladen, ohne sich auf die entrückte und wenig fassbare Makroebene der gesamtdeutschen Gesellschaft zu begeben und ohne sich außerdem eines (verpönten) nationalistischen Vokabulars bedienen zu müssen. So hat insbesondere Forsythe darauf hingewiesen, dass viele Deutsche sich aufgrund ihres gespaltenen Verhältnisses zur deutschen Geschichte entschieden von jeder nationalistischen Identifikation lossagen und stattdessen einer Identifikation mit der ‚unproblematischen' Ebene des Regionalen zuneigen.[140] Der staatsnationale Diskurs bietet indes auch (und gerade!) dieser Gruppe eine Möglichkeit, sich in die nationale Identität zu integrieren – indem er seine nationalistische Note hinter einer lokalen Identitätskonstruktion verbirgt. Indem er sich die Symbolik der Mikro- respektive Mesoebene zu eigen macht, um eine ideelle Verbindung zur Makroebene herzustellen, vereinfacht er den Identifikationsprozess ungemein und entfrachtet ihn von ‚unliebsamen' ideologischen Implikationen. Auf diese Weise kann sich letztlich jeder mit Deutschland identifizieren – nur assoziiert der oder die eine mit diesem ‚Deutschland' vielleicht den Hamburger Hafen und der oder die andere eher das Münchner Oktoberfest.

Der hier beschriebene Mechanismus einer ‚Lokalisierung des Nationalen' hat sich in den vorangegangenen Unterkapiteln bereits angekündigt. Im Rahmen der in Abschnitt 5.2 analysierten Einbürgerungsfeiern gelangte er überdies zu voller Blüte. Anhand der obigen Deutungsmuster wird nun offenbar, dass sein Einfluss in erheblicher Weise aus dem teils expliziten, teils impliziten Zusammenwirken zweier unterschiedlicher Diskurse entsteht. Beide Diskurse – der staatsnationale wie auch der lokalpatriotische – entwerfen emotionalisierte Identitätsangebote. Anders als im Falle von staatsnationalem und ethnonationalem Diskurs konstituieren diese sich jedoch nicht aus einem wechselseitigen *Antagonismus* heraus, sondern vielmehr aus der wechselseitigen Verstärkung durch *korrespondierende* Deutungselemente. In Anbetracht ihrer *symbolischen Kontinuität* erlauben die Diskurse eine Hierarchisierung innerhalb ein und derselben symbolischen Sinnwelt, ohne einander dabei umdeuten oder ihre jeweiligen Wirklichkeitsansprüche gegenseitig beschneiden zu müssen. Die Integration erfolgt vielmehr ‚in beiderseitigem Einverständnis'.

Die symbolische Korrespondenz der beiden Diskurse gelingt v. a. deshalb so reibungslos, weil sie maßgeblich durch dieselben Sprecher_innen produziert und transportiert werden. So wird der Hamburg-Mythos – wie auch der staatsnationale Diskurs – hauptsächlich von den zentralen Akteur_innen der Stadt propagiert. Insbesondere Olaf Scholz ist in dieser Hinsicht sehr aktiv, doch auch andere Vertreter_innen der SPD sowie etablierte Massenmedien wie die Welt und das

[140] Siehe hierzu die Ausführungen zu Forsythe in der Einführung zu dieser Arbeit.

Hamburger Abendblatt sind an der Verbreitung beteiligt. Z.T. wird der Diskurs überdies von Sprecher_innen aus anderen Bundesländern sowie Sprecher_innen auf Bundesebene aufgegriffen und als Fremd- oder Außenperspektive im Diskursfeld reproduziert. So oder so bleibt er in der Hauptsache – analog zum staatsnationalen Diskurs – auf politische und zivilgesellschaftliche Eliten sowie auf Akteur_innen der massenmedialen Sphäre beschränkt. Hin und wieder taucht er zwar auch in verschiedenen Online-Kommentarforen, angegliedert an Online(Print)Medien, als ‚Leser_innenmeinung' auf, ist dort im Verhältnis jedoch unterrepräsentiert.

Insbesondere im Hinblick auf das letzte der drei hier vorgestellten Deutungsmuster muss betont werden, dass der Hamburg-Mythos – wie auch der staatsnationale Diskurs – mit einer klaren, politischen Intention verbunden ist. Beiden geht es um die werbewirksame Vermarktung der Stadt Hamburg und ihrer politischen Ambitionen. Parteipolitische Interessen spielen dabei eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant, dass die Stadt Hamburg im Rahmen der oben betrachteten Deutungsmuster regelmäßig *personifiziert* und *vermenschlicht* wird – ganz so als ob nicht etwa der Senat oder die Bürger der Stadt dieses oder jenes tun würden, sondern die Stadt höchst selbst ein unabhängiges Eigenleben entwickelt hätte. Diese Art der Darstellung trägt dazu bei, die der Stadt zugeschriebenen Attribute (z. B. Weltoffenheit, Toleranz, Gastfreundlichkeit sowie auch und gerade den politischen Vorbildcharakter) zu naturalisieren. Eine solche Rhetorik erleichtert die diskursive Argumentation ungemein. Sie hilft dabei den Absolutheitsanspruch der eigenen Wirklichkeit durchzusetzen und gegenteilige Wirklichkeiten effektiv auszublenden. Denn: Es ist gar nicht so einfach jemandem glaubhaft zu versichern, dass jede/r einzelne Bewohner_in einer Stadt anderen Lebensentwürfen aufgeschlossen gegenübersteht. Wenn man allerdings die Stadt selbst als einen eigenständigen ‚Organismus' betrachtet und es darüber hinaus auch schafft, sein Publikum auf subtile Weise von diesem Eindruck zu überzeugen, erscheint die Behauptung, (ganz) Hamburg sei tolerant, gleich deutlich plausibler.

Ob die oben beschriebenen Dynamiken auf das strategische Handeln einzelner (politischer) Eliten zurückgehen, oder ob sich der interdiskursive Mechanismus wechselseitiger Amplifikation (wenigstens teilweise) im intersubjektiven Bereich des Unbewussten vollzieht, kann hier nicht restlos geklärt werden. Um einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen, ist es jedoch sinnvoll sich mit den historischen Ursprüngen des Hamburg-Mythos und seiner bisherigen Entwicklungslinie zu befassen. Tatsächlich ist die Vorstellung vom Hamburger *Tor zur Welt* keine neue Idee (was natürlich auch einen Großteil ihrer diskursiven Attraktivität ausmacht). Im nächsten Abschnitt des vorliegenden Teilkapitels soll deshalb nachverfolgt werden, wie dieses symbolträchtige Schlagwort ursprünglich entstanden ist und in welchem Verhältnis seine historischen Wurzeln zur heutigen Verwendung stehen. Dabei

soll am Rande auch ein kritischer Blick auf die ‚Hamburgische Stadtgeschichte' geworfen werden, wie der Diskurs sie im Verlauf seiner oben dargelegten Argumentationslinie imaginiert. Aufgrund der gegenwartsbezogenen Schwerpunktsetzung der vorliegenden Arbeit, muss dieser zeitgeschichtliche Einblick notwendigerweise ausschnitthaft bleiben. Einen umfassenderen Überblick bietet hier u. a. Lars Amenda mit seinem Text *„Tor zur Welt". Die Hafenstadt Hamburg in Vorstellungen und Selbstdarstellung 1890–1970*. Der folgende Abschnitt bezieht sich in der Hauptsache auf seine Untersuchungsergebnisse.[141]

Das Tor zur Welt

Die Rede vom *Tor zur Welt* als Bezeichnung für den Hamburger Hafen kommt nicht von ungefähr. Bereits im 19. Jahrhundert wurde die *Tor*-Metapher ganz allgemein dazu benutzt, um Häfen oder Küstengebiete zu charakterisieren. Für die Stadt Hamburg war zu dieser Zeit jedoch noch der Titel *Welthafen* oder *Welthafenstadt* geläufig.[142] Amenda schreibt dazu:

> „Welthafenstadt war ebenso wie Weltstadt von lokalpatriotischem Stolz erfüllt und grenzte sich gegenüber dem Land und der umliegenden Provinz ab. In beiden Bezeichnungen hallte der hamburgische Partikularismus nach, der sich auch nach der Reichsgründung 1871 eine lange Zeit gegen die vollständige Eingliederung des unabhängigen Stadtstaates in den deutschen Nationalstaat wehrte.[143] Das bedeutsam klingende Wort ‚Welthafenstadt' konnte zwar nicht die verlorene Selbstständigkeit ersetzen, es artikulierte jedoch immerhin eine lokale Identität. Es erinnert an den weltgewandten hamburgischen Kaufmann und seine weitgespannten Handelsbeziehungen, aber auch an eine mentale Disposition, den Kosmopolitismus. Welthafenstadt machte vor allem deutlich, wie sehr Hamburg mit der Welt verbunden war, was sich am ‚Netz' der vorhandenen Schifffahrtslinien anschaulich demonstrieren ließ."[144]

Interessanterweise tauchen hier mehrere Aspekte auf, die in ähnlicher Form auch im modernen Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative zu beobachten sind. Zum einen wäre da das Beharren auf einer partikularen Hamburg-Identität als emotionalem Ankerpunkt, zum anderen ist da der kosmopolitische Gedanke,

[141] Amenda 2008.

[142] Amenda 2008: 26 f.

[143] Tatsächlich war das deutsche Kaiserreich von 1871 – wie weiter oben in Abschnitt 2.5 erläutert wurde – verfassungsrechtlich gesehen kein Nationalstaat, sondern vielmehr ein Fürstenbund. Nichtsdestoweniger wurde das Kaiserreich von ideologischer Warte sehr wohl als nationalstaatliches Gebilde wahrgenommen. Hinzu kam eine fortschreitende politische und rechtliche Integration der einzelnen Bundesstaaten. Amendas Aussage besitzt insofern durchaus Gültigkeit.

[144] Amenda 2008: 27.

der in der Selbstdefinition Hamburgs – so wie auch der Hamburg-Mythos sie zeichnet – unablässig mitschwingt. Die Subjektposition des/der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen Hamburger_in' hat insofern ‚Tradition'. Gleichwohl bemerkt Amenda, dass sich das Label der ‚Welthafenstadt' durchaus nationalistisch umdeuten ließ, nämlich als einprägsames Symbol für die wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit des Kaiserreichs. Schon damals lag die Kraft der Hamburg-Symbolik in ihrer Doppelsinnigkeit begründet. Früher wie heute bedient sie einerseits lokalpatriotische Heimatgefühle und stellt andererseits einen vermittelnden Bezug zum ‚großen Ganzen' der deutschen Nation her. Die Deutungsfigur vom identifikativen Heimat- und kosmopolitischen Welthafen ist insofern schon um einiges älter als die ‚Tor zur Welt'-Metapher als solche, denn diese gelangte erst im Zuge des Ersten Weltkriegs zu allgemeiner Popularität:

> „Erst im Gefühl des Verlusts, angesichts der britischen Nordseeblockade und der ausbleibenden überseeischen Schifffahrt, entstand somit die Vorstellung von Hamburg als ‚Tor zur Welt'. Die Metapher sollte an wirtschaftlich prosperierende Zeiten erinnern und ist folglich eine semantische Vergegenwärtigung der hamburgischen Erfolgsstory vor 1914. Im Schatten des Krieges wirkte die Strahlkraft des wirtschaftlichen Aufstiegs Hamburgs […] umso leuchtender und hob sich deutlich gegenüber dem Stillstand im Hamburger Hafen ab. Am 13. August 1914 lief das vorerst letzte aus Übersee kommende Schiff im Hafen ein – was vorher selbstverständlich war, das […] Gewirr des Hafens, war nun auf einmal Geschichte."[145]

Wie bei der Entstehung von *Invented Traditions* üblich, erfolgt die Betonung von Identität also im Moment des drohenden oder bereits eingetretenen Verlusts.[146] Das Symbol vom *Tor zur Welt* zeichnet sich vor diesem Hintergrund v. a. durch seine emotionalen Qualitäten aus: „Der Slogan weckte Assoziationen mit Fernweh […]. Das ständig wechselnde Ensemble aus Seeschiffen, die in andere Teile der Welt fuhren oder aus der Ferne kamen, beflügelte Fantasien über die Fremde".[147] Die berühmte Hamburg-Metaphorik hat ihren Ursprung also einerseits im bedrohten Selbstbild einer wirtschaftlich erfolgreichen Hafenstadt und andererseits in der romantischen Exotisierung des ‚Fremden'. Schon früh definierte Hamburg seine Identität demnach über die Exotik des ‚Anderen', über die Verbindung von und den Widerspruch zwischen Lokalem und Globalem – ein Motiv, dass sich in der heutigen Debatte in leicht veränderter Form wiederfinden lässt.

---

[145] Amenda 2008: 31.

[146] Siehe hierzu die Ausführungen zu Hobsbawm in Abschn. 2.1

[147] Amenda 2008: 28.

Im Verlauf der 1920er Jahre wurde die Metapher vom *Tor zur Welt* immer beliebter. Dies hatte v. a. auch mit den neuen Strategien und Techniken der Werbebranche zu tun, die den Slogan für ihre jeweiligen Zwecke instrumentalisierte (z. B. im Rahmen von Reiseführern oder Fremdenverkehrswerbung). Ab 1929 ließ die Weltwirtschaftskrise (wieder ein Moment des Verlusts) Hamburgs globale Vernetzung umso deutlicher hervortreten und gab der lokalen Identitätspolitik, wie auch der Romantisierung des Hafens, neuerlichen Auftrieb:[148]

> „Im mentalen Bild Hamburgs als ‚Tor zur Welt' schwangen historische Assoziationen mit, und es gab eine Reihe von unterschiedlichen Bezügen. Schifffahrt, Hafen und Handel bildeten die zentralen Gedankenketten, daneben flossen aber auch, wenn auch weniger bedeutsam, Auswanderung und Kolonialismus in die Wahrnehmung mit ein. Ein Entstehungszusammenhang besteht möglicherweise mit dem Hamburg-Wappen, welches eine dreitürmige steinerne Burg (somit also nicht die Hammaburg) zeigt, deren Tor verschlossen ist und die damit die Wehrhaftigkeit der Hansestadt anzeigen soll. […] Anregend für die Imagination erwiesen sich zweifelsohne auch Karten mit den regulären Schifffahrtslinien von Hamburg in alle Welt. Die Hapag veröffentlichte gerne Karten, auf denen ihre Liniendienste ein Netz globaler Verbindungen bildete und eine plastische Vorstellung vom ‚Tor zur Welt' vermittelte. Hamburg bildete auf solchen Karten den Ausgangs- und Zielpunkt, was seine Position als bedeutendes maritimes Zentrum unterstrich. Selbst wenn das Bild vom ‚Tor zur Welt' dabei nicht verwendet wurde, war es doch in den Köpfen präsent – es bedurfte nur eines Anstoßes, um entsprechende Assoziationen zu wecken."[149]

Die Rede vom *Tor zur Welt* setzte sich auch in Zeiten des Nationalsozialismus fort, allerdings unter leicht veränderten Bedingungen. „So war es beliebt, Hamburg als Ausfalls- und Einfallstor zu apostrophieren, was vor 1933 zwar auch geschah, aber nicht so verbreitet war".[150] Zugleich etablierte sich der Zusatz *Deutschlands Tor zur Welt*, da diese Formulierung der nationalsozialistischen Ideologie von der unteilbaren deutschen Nation und dem zentralisierten Charakter ihrer Politik besser entsprach.

Das *Tor zur Welt* bekam nun eine klare Stoßrichtung. Bei seiner Vermarktung ging es um die ‚Leistungen' Deutschlands in der Welt, den Kolonialismus, Imperialismus und die Verbreitung des Deutschtums. Gleichzeitig wurden die Bodenständigkeit, die traditionelle ‚germanische' Kultur und die nordischen Wurzeln der hamburgischen Bevölkerung betont (oder vielmehr zu Propagandazwecken erfunden). Das Wechselspiel aus Lokalem und Globalem bekommt vor diesem Hintergrund eine

148 Amenda 2008: 32 f.

149 Amenda 2008: 33.

150 Amenda 2008: 34 f.

völlig neue Konnotation. Hier zeigt sich, wie leicht Symbole, Traditionen und Geschichte im Kontext unterschiedlicher politischer Interessen umgedeutet werden können, ohne dass dabei offene ideologische Brüche entstehen:[151]

> „Einen inflationären Gebrauch erlebte die Tor-Metapher 1939, denn angesichts der 750-Jahr-Feier des Hamburger Hafens wurde sie laufend auf Plakaten, in Festreden und Filmen verbreitet. Einige Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und erst recht mit den alliierten Bombenangriffen auf Hamburg im Juli 1943 verschwanden die maritimen Bilder Hamburgs dann von der politischen Agenda."[152]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem sich daran anschließenden Wiederaufbau der Freien und Hansestadt kehrte die Hamburg-Metaphorik allmählich ins öffentliche Bewusstsein zurück. Sie verwies dabei insbesondere auf den Wiederaufstieg der Hafenstadt und die sich rasch verbessernde wirtschaftliche Lage. Obwohl sich Hamburgs Gesicht mit der zunehmenden Modernisierung fortschreitend veränderte, blieb die alte Hafenromantik wesentlicher Bestandteil des Selbstbildes. Im Sommer 1960 erwies eine Umfrage unter 6.000 Westdeutschen, dass die Inszenierung dieses Selbstbildes auch außerhalb Hamburgs nach wie vor Wirkung zeigte. Insgesamt 65 % der Teilnehmenden ordneten der Hansestadt darin klassische maritime Attribute zu – u. a. auch den inzwischen zur ‚Tradition' gewordenen Titel *Tor zur Welt*.[153]

Als Kontrapunkt zur nationalsozialistischen Vergangenheit wurde Hamburg ab den 1950er-Jahren überdies eine globale Mission übertragen. So legt die 1952 beschlossene Präambel der neuen hamburgischen Verfassung fest, dass „die Hansestadt nunmehr als kulturelle Brücke gegenüber dem Ausland wirken und das demokratische Deutschland repräsentieren" solle.[154] Im Wortlaut der Verfassung heißt es:

> „Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein."[155]

[151] Amenda 2008: 35.
[152] Amenda 2008: 36.
[153] Amenda 2008: 36 ff.
[154] Amenda 2008: 50.
[155] HmbBL I 100-a.

Eine historisch imaginierte und mit maritimer Symbolik aufgeladene Hamburg-Identität hat in dieser kosmopolitischen (Friedens)Vision genauso ihren Platz wie die gemeinschaftliche Verankerung im übergreifenden Kollektiv der Nation. Auffällig ist dabei v. a. die unweigerliche Implikation eines hamburgischen ‚Vorbildcharakters' wie sie im Kontext des heutigen Hamburg-Mythos ebenfalls prominent hervortritt. Tatsächlich ist der repräsentative Auftrag, den die Verfassung der Freien und Hansestadt zuschreibt, nicht neu, ähnelte er doch auf höchst paradoxe Weise der Rolle, die Hamburg schon zu nationalsozialistischer Zeit zugewiesen wurde (wenn auch damals unter gänzlich anderen ideologischen Vorzeichen).[156]

> „Die Präambel lässt zwischen den Zeilen aber auch die Interpretation zu, Hamburg habe von jeher eine kulturelle Vermittlerfunktion innegehabt – und damit auch während des ‚Dritten Reichs'. Somit zog die Verfassung Lehren aus den NS-Verbrechen, war aber auch Teil einer ‚Vergangenheitspolitik', die aufgrund liberaler Traditionen und hafenstädtischer Internationalität eine hanseatisch zurückhaltende Ausprägung des Nationalsozialismus in Hamburg nahelegt."[157]

Diese verharmlosende Interpretation erscheint angesichts der historischen Faktenlage fragwürdig und ist ganz offensichtlich integraler Bestandteil einer neuerlichen symbolischen Umdeutung von Hamburgs (vermeintlich) historisch gewachsener Stadt-Identität.[158] Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie haltbar die zentralen Deutungselemente des traditionsreichen Hamburg-Mythos sind, wenn man sie zu den Erkenntnissen der modernen Geschichtsforschung in Beziehung setzt. Inwiefern kommen inszenierte Diskursrealität und wissenschaftlicher Forschungsstand zur Deckung, inwiefern klaffen sie auseinander? Dies lässt sich anhand einiger Beispiele knapp und ausschnitthaft beantworten.

Die im Diskursfeld immer wieder betonte positive Wirkung von Migration und Globalisierung für die Freie und Hansestadt Hamburg kann aus historischer Sicht durchaus bestätigt werden. Migrant_innen „aus den Niederlanden, aus Spanien und Portugal vertriebene Juden, die über gute Kontakte im Fernhandel verfügten" trugen maßgeblich dazu bei, dass Hamburg „zum bedeutenden Handelsplatz" aufstieg.[159] Von mindestens ebenso großer (wenn nicht zeitweise sogar größerer Bedeutung) waren überdies die Auswanderungswellen, die von den deutschen und europäischen Gebieten aus über Häfen wie Bremerhaven und Hamburg Richtung ‚Neue Welt' strömten. Im Zeitraum zwischen 1850 und 1930 reisten Schätzungen zufolge etwa

156 Amenda 2008: 50.

157 Amenda 2008: 50.

158 Siehe hierzu Amenda 2008: 49 f.

159 Amenda 2008: 16.

fünf Millionen Menschen über Hamburg nach Amerika aus. Die transatlantische Migration war für die Hamburger Schifffahrtsunternehmen – insbesondere für die Hapag – ein lukratives Geschäft und prägte „bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das Stadtbild in den hafennahen Vierteln".[160] Der wirtschaftliche Nutzen trug allerdings nicht unbedingt zur allgemeinen Akzeptanz der Durchreisenden bei:

> „Weil sich viele ost-europäische, orthodoxe Juden – abfällig ‚Ostjuden' genannt – unter den Migranten befanden, wurden sie immer wieder insbesondere von völkischen und antisemitischen Wortführern angefeindet. Man machte jüdische Auswanderer fälschlicherweise für den Ausbruch der Choleraepidemie in Hamburg verantwortlich, womit auf das rassistische Klischee des unsauberen ‚Ostjuden' angespielt wurde. Der Antisemitismus in Hamburg, der in den 1890er Jahren zur politischen Bewegung aufstieg und hier seitdem über eine Hochburg verfügte, sollte weit mehr vor dem Hintergrund globaler Kontakte betrachtet werden, als dies bislang in der Forschung geschehen ist. Der temporäre Aufenthalt von jüdischen Auswanderern und ausländischen Seeleuten provozierte bei einem Teil der Bevölkerung eine Abwehrreaktion, eine übersteigerte Identität des ‚Deutschtums'. Maxime der Hamburger Politik blieb jedoch, dass das deutsche ‚Tor zur Welt' Ausländern offen stehe, solange diese für den Wirtschaftsstandort Hamburg förderlich waren. Die Definition der Nützlichkeit war dabei eng an den sozialen Status und die Klasse des ausländischen Gastes gebunden."[161]

Noch heute dient der ‚Nutzen' von Migration sowohl dem Hamburg-Mythos als auch dem staatsnationalen Diskurs als Legitimationsgrundlage. Dies konnte u. a. in Abschnitt 5.2 anhand der Protagonistinnen des Einbürgerungsfilms demonstriert werden. Sie alle sind jung, weiblich, gebildet und wirtschaftlich erfolgreich. In Kapitel 4 der Arbeit wurde überdies darauf hingewiesen, dass der staatsnationale Integrationsbegriff eine implizite Gleichsetzung von gelungener Integration und (vor allen Dingen wirtschaftlicher) Leistung vollzieht. Vorstellungen von Migration sind in Hamburg-Mythos und staatsnationalem Diskurs untrennbar mit der Assoziation von Fortschritt und ökonomischem Wohlstand verbunden. In eine ähnliche Richtung geht die Deutung vom *kosmopolitischen Humankapital,* welche innerhalb der staatsnationalen Narration eine zentrale Stellung einnimmt. Negative Aspekte der eigenen ‚multikulturellen' Geschichte – wie etwa die immer auch vorhandene Fremdenfeindlichkeit – werden dementgegen (in beiden Diskursen) weitgehend ausgeblendet. Auch der Faktor Auswanderung spielt im Diskursfeld Einbürgerung keine Rolle. Er findet nicht einmal am Rande Erwähnung, obwohl er über Jahrzehnte hinweg das prägende Moment der hamburgischen Migrationserfahrung war.

[160] Amenda 2008: 24.

[161] Amenda 2008: 24.

Dieser Umstand ist sicherlich damit zu erklären, dass Abwanderung, ebenso wie Xenophobie und Antisemitismus, nicht in das plakative Bild einer traditionellen ‚Ankunftsstadt' passen. Ziel der dominanten Hamburg-Diskurse ist es, historische Kontinuität zu vermitteln und auf diese Weise die eigene Argumentationslinie zu legitimieren. Abweichende Deutungen durchbrechen die innere Logik der Erzählung und finden daher bei den Diskursproduzent_innen keinen Anklang. Ähnlich verhält es sich mit anderen negativen Aspekten, die mit Hamburgs Aufstieg als ‚Welthafenstadt' und ‚Tor zur Welt' in Verbindung stehen oder sogar maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt verantwortlich sind. So war Hamburg beispielsweise ein „bedeutender Standort der deutschen Kolonialpolitik" und profitierte erheblich von der imperialistischen Erschließung (besser: Eroberung) der nichteuropäischen Welt.[162] Üppige Kolonialwaren und die Zurschaustellung kolonialer Exotika trugen in hohem Maße zu Hamburgs romantisierendem Fernweh-Image bei. Eine wesentliche Folge des florierenden Welthandels und des geschäftigen Hafens war überdies die Ausbreitung von Prostitution v. a. im heutigen Stadtviertel St. Pauli. Gerade in der Inflationszeit der frühen 1920er Jahre zog die Stadt zahlreiche Prostituierte an, die auf „ausländische Freier mit stabilen Devisen" hofften.[163] Natürlich blendet der Hamburg-Mythos diese Art der Migration sowie auch die kolonialen Schattenseiten der hamburgischen Handelspolitik gänzlich aus. Damit sei nicht gesagt, dass das kosmopolitische Bild, welches der Diskurs mit Blick auf Hamburg propagiert, eine grobe Täuschung wäre. In der Tat prägten der weltoffene Anspruch und die hanseatischen Ideale der Hamburger Kaufmannsschicht die Entstehung eines spezifischen, immer auch schon kosmopolitisch ausgerichteten Hamburger Selbstbildes. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich bei dieser Schicht um eine wirtschaftliche Elite handelt, die keinesfalls und zu keinem Zeitpunkt die Geisteshaltung der gesamten Stadtbevölkerung repräsentierte.[164] Wahr ist auch, dass Hamburg durchaus von seinem Status als Knotenpunkt in einer zusehends globalisierten Welt profitiert hat und von dieser Rolle maßgebend geformt wurde.[165] Die kontinuierliche Linie kosmopolitischer Weltoffenheit und unproblematischer Multikulturalität, die Hamburg-Mythos und staatsnationaler Diskurs in der Debatte entwerfen und etwa auf den Hamburger Einbürgerungsfeiern wiederholt in dispositive Performance umsetzen, ist und bleibt dennoch eine diskursive Inszenierung. Diese Inszenierung mag zum einen gezielt und strategisch erfolgen,

[162] Amenda 2008: 22 f.
[163] Amenda 2008: 22.
[164] Amenda 2008: 19 f.
[165] Amenda 2008: 17 f.

zum anderen ist sie aber sicher auch das Ergebnis eines über Jahrzehnte eingelernten und immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepassten Denkmusters: Das Hamburg-Image vom kosmopolitischen *Tor zur Welt* hat sich in den Köpfen festgesetzt und ist dort eigendynamisch mächtig.

Zusammenführung: Vergangenheit und Gegenwart

Wie die obige Darstellung zeigen konnte, ist der hier beschriebene Hamburg-Mythos die moderne Variante eines lokalpatriotischen Selbstbildes, das bereits in der Zeit um den Ersten Weltkrieg entstand und seither mehrere ideologische Transformationen durchlaufen hat. Seinen Ursprung hatte der Leitspruch vom Hamburger *Tor zur Welt* im kosmopolitischen Wirtschaftsstreben der Hamburger Kaufmannsschicht einerseits sowie im Moment der Krise und im drohenden Verlust von Identität andererseits. Seither wurde die beliebte Hamburg-Metaphorik durch gezielte Werbe- und Propagandastrategien vermarktet. Verschiedene politische Lager (von Nationalsozialismus bis Sozialdemokratie) bedienten sich ihrer Symbolik, um z. T. diametral verschiedene Ideologien zu legitimieren. Während die *Tor zur Welt* Metapher lange auf Hamburgs (und Deutschlands) Status in der Welt ausgerichtet war (wirtschaftliche Vernetzung, koloniale Expansion, Auswanderung) zielt sie heute umgekehrt auf die Präsenz globaler Vielfalt innerhalb der Stadt. Das Wechselspiel von Eigenem und Fremdem, von Lokalem und Globalem war dabei schon immer charakteristisch für Hamburgs Selbstinszenierung und Selbstverständnis. Während sich das Augenmerk in früheren Zeiten jedoch eher auf die einseitige Zurschaustellung kolonialer Exotik richtete, werden heute Hybridität, Kulturrelativismus und transkulturelle Werte betont. Es ist davon auszugehen, dass diese wiederholte Umdeutung in Teilen durchaus bewusst und strategisch erfolgte. Politische und zivilgesellschaftliche Eliten spielen hier in Vergangenheit und Gegenwart eine wichtige Rolle. Gleichwohl darf allerdings angenommen werden, dass der Hamburg-Mythos seine Macht gerade auch durch seine (vermeintliche) Historizität sowie durch seine enormen emotionalen Qualitäten erlangt hat. Dadurch, dass der Mythos über Jahre und Jahrzehnte hinweg tradiert wurde, hat er sich inzwischen zum Allgemeinplatz entwickelt (ganz im Sinne der *Institutionalisierung* nach Berger und Luckmann, die dem einzelnen Individuum immer schon voraus geht, oder auch im Sinne von Bourdieus *Doxa*)[166]. Die geschickte Umdeutung seines Inhalts konnte durch eben diesen Anschein von Tradition immer wieder unproblematisch erfolgen. Was als traditionell verbürgt gilt, was für Kinder, Eltern und Großeltern gleichermaßen zur Gewohnheit geworden ist, das wird kaum hinterfragt und selten kritisiert. Hinzu kommt, dass der Hamburg-Mythos starke Emotionen mobilisiert und dadurch sein lokalpatriotisches

[166] Siehe hierzu Abschn. 2.3

Identitätsangebot in hohem Maße attraktiv erscheinen lässt. Wer bezeichnet sich selbst nicht gern als Bürger_in einer Metropole mit Weltgeltung oder (alternativ) als Vorreiter_in kosmopolitischer Werte? Der Hamburg-Mythos hebt die Stadt aus dem Alltäglichen heraus und verleiht ihr eine Aura des Besonderen. Er grenzt Hamburg gegenüber dem Rest der Nation ab und wertet eben diese Nation – als herausragender Bestandteil derselben – gleichzeitig auf. Er schafft die Verbindung zwischen lokaler Identität, nationalem Stolz und globaler Weltoffenheit. Gerade deshalb bietet er dem staatsnationalen Einbürgerungsdiskurs einen optimalen Anknüpfungspunkt: Er verankert die abstrakte Idee einer kosmopolitisch ambitionierten Staatsnation in einem emotionalen Heimathafen und verleiht ihr dadurch Glaubwürdigkeit. Es ist gewiss nicht unmöglich, auch mit abstrakten Werten und Modellen wie etwa Demokratie, Konstruktivismus, interkultureller Kompetenz oder gar europäischer Integration einen gewissen Grad an persönlicher Identifikation herzustellen. Wesentlich leichter fällt dies jedoch, wenn die entsprechenden Inhalte durch die geschickte Vermischung von Heimat- und Fernwehsymbolik emotional verpackt werden und damit an ein (vermeintlich) traditionelles, (vermeintlich) natürliches Selbstbild anknüpfen. Der emotionale Anker lässt die staatsnationale wie auch die kosmopolitische Vision plausibel erscheinen. Die ideelle Verquickung von Lokalem und Globalem findet im Bild vom Hamburger *Tor zur Welt* ihre plastische Entsprechung und kann – was noch viel wichtiger ist – anhand historischer ‚Fakten' belegt werden. Dass andere, gegenteilige historische Fakten dabei unter den Teppich gekehrt werden, ist gewiss z. T. strategisch gewollt, zugleich aber auch eine unmittelbare Konsequenz der diskursiven Emotionalisierung, welche den Blick von vornherein auf ein schlüssiges, positives Selbstbild reduziert.

Der Hamburg-Mythos bildet für den staatsnationalen Diskurs eine unschätzbare Ressource zur Entfaltung von Macht. Umgekehrt hat die Untersuchung jedoch auch offenbart, dass der Hamburg-Mythos seinerseits maßgeblich vom symbolischen Kapital der Hamburger Einbürgerungsinitiative profitiert. Überdies gewinnt sein Identitätsangebot als ‚Voraussetzung für nationale Identifikation' an Legitimität und Bedeutung. Da die beiden Diskurse nicht nur wesentliche Grundbegriffe ihrer jeweiligen Phänomenstruktur miteinander teilen, sondern diese auch noch inhaltlich in gleicher oder ähnlicher Weise ausformulieren, etablieren sie eine starke *symbolische Kontinuität*, die ihnen wechselseitig Macht verleiht. Durch ihre dominante Position im Diskursfeld entwickeln die Diskurse geradezu hegemoniale Tendenzen. Ihre korrespondierenden Erzählungen und deren jeweilige Machteffekte perpetuieren sich gegenseitig. Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant, dass der Hamburg-Mythos mit seiner Subjektposition des/der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen, deutschen Hamburger_in (mit und ohne Migrationshintergrund)' einen emotional-identifikativen Ausgleich zur staatsnationalen Kategorie des/der

‚guten (geborenen) Staatsangehörigen' schafft. Kapitel 4 sowie auch Unterkapitel 5.2 dieser Arbeit haben demonstrieren können, dass sich die diskursive Klasse der ‚Deutschen qua Geburt' in einem symbolischen Zustand leichter ‚Benachteiligung' gegenüber der Gruppe der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' sowie auch der ‚guten Migrant_innen' befindet, insofern der staatsnationale Diskurs diesen beiden Letzteren weitreichende Kompetenzen und Vorteile im Hinblick auf das sozial erwünschte *kosmopolitische Humankapital* zuspricht, welches seinerseits essentiell ist für das favorisierte Idealbild des/der ‚kosmopolitischen Staatsangehörigen'. Dadurch, dass der Hamburg-Mythos die Zugehörigkeit zur Stadtgemeinschaft quasi-automatisch mit kosmopolitischen Attributen auflädt, löst er diesen latenten Widerspruch (wenigstens für die Gruppe der Hamburger_innen) wieder auf. In diesem Licht betrachtet sind Hamburger_innen – genauso wie eingebürgerte Deutsche – letztlich *‚bessere'* Staatsangehörige, weil sie – aufgrund ihrer spezifischen Geschichte und Prägung – das kosmopolitische Ideal bereits leben, das im Rest der Bundesrepublik seitens der ‚Mehrheitsbevölkerung' erst noch erarbeitet werden muss. Vermittels dieser Diskurslogik kann es gelingen, den staatsnationalen Diskurs, ob seiner emotionalen Identitätsangebote, nicht nur für Migrant_innen und Eingebürgerte attraktiv zu machen, sondern außerdem auch für die Gruppe der Hamburger_innen als Ganze, welche letzten Endes primäre Zielgruppe der Hamburger Stadtpolitik und damit auch der Hamburger Einbürgerungsinitiative ist. Wiederum tritt hier die enorme Bedeutung von emotionalisierten Identitätskategorien in den Vordergrund, welche die Diskurse durch ihre Wissensproduktion entwerfen und vermittels derer sie, in Form kollektiver Akzeptanz, Macht entfalten. Durch die positive Subjektposition des/der ‚Hamburger_in' gelangt demnach auch die nationale Subjektposition des/der ‚Deutschen' zu wachsendem Einfluss.

Bewusste Strategien und unbewusste Effekte der Emotionalisierung sind gleichermaßen Teil der diskursiven Eigendynamik, die sich, wie im bisherigen Verlauf der Arbeit offenbar wurde, im Spannungsfeld zwischen diskursivem Antagonismus und diskursiver Symbiose bewegt. Das Selbstbild der ‚deutschen Nation' ist niemals nur ein *kognitives* Konstrukt. Es ist immer und zuvorderst auch ein *emotionales* Konstrukt. Die Frage nach der Nation kann daher nicht allein im Rahmen rationalistischer Interpretationsversuche beantwortet werden. Sie muss immer auch den Aspekt menschlicher Affekte und deren Mobilisierung durch diskursive Praktiken mit beachten. Aus diesem Grund soll nun im nachfolgenden Abschnitt 5.4 untersucht werden, welche Mittel der diskursiven Emotionalisierung (und Rationalisierung) in der Debatte zum Einsatz kommen und welche Eigendynamiken sie jeweils entfalten. Mit der abermaligen diskursanalytischen Betrachtung von staatsnationalem und ethnonationalem Diskurs schließt sich hier der Kreis zu der in Kapitel 4 vorgestellten Hauptuntersuchung. Der Hamburg-Mythos wird insofern von weiterführender

Bedeutung sein, als er im Rahmen des staatsnationalen Diskurses als Strategie und Ressource zu Relevanz gelangt. Überdies schließt das nachfolgende Unterkapitel inhaltlich sowie auch methodisch an die Untersuchung der Hamburger Einbürgerungsfeiern im vorangegangenen Abschnitt 5.2 an. In beiden Fällen geht es um die Analyse diskursiver Machttechniken, einmal im Kontext zwischenmenschlicher face-to-face Interaktionen, einmal im Kontext massenmedial vermittelter Interaktion zwischen disparaten Specher_innen. Die (trügerische) Dyade von ‚Vernunft' und ‚Gefühl', die sich im bisherigen Verlauf des hier vorliegenden Kapitels bereits angekündigt hat, steht bei diesem Vorhaben im Vordergrund.

5.4 Machttechniken: Die Konstitution von ‚Unwahrheit' und ‚Unmoral'

In Kapitel 4 dieser Arbeit wurden die Ergebnisse der Feinanalyse des Diskursfeldes bereits umfänglich dargelegt, insoweit sie Deutungsmuster, Klassifikationen und Subjektpositionen der beiden dominanten Diskurse betreffen. Im vorliegenden Abschnitt 5.4 soll diese Darstellung nun um die jeweiligen Ressourcen und Strategien der Aussageproduktion ergänzt werden, die im Diskursfeld an prominenter Stelle zu beobachten sind und in erheblicher Weise zu der eigensinnigen Machtdynamik beitragen, welche im bisherigen Verlauf der Untersuchung herausgearbeitet wurde. Von herausragender Bedeutung sind in diesem Kontext Emotionalisierungstechniken, wie u. a. Wilce sie beschreibt und wie sie das gesamte Diskursfeld in erheblicher Weise strukturieren.[167] Im Rahmen von Abschnitt 5.1, 5.2 und 5.3 ist die besondere Relevanz der affektiven Dimension von Identität und Zugehörigkeit bereits auf vielfältige Art hervorgetreten. Im Folgenden soll es nun v. a. um die rhetorischen Mittel der Diskursproduktion und deren emotionale Implikationen gehen. Hierzu werden die Argumentationslinien des staatsnationalen und des ethnonationalen Diskurses jeweils anhand eines exemplarischen Analysebeispiels untersucht und einander dann vergleichend gegenübergestellt. Dabei werden zum Teil Äußerungen wiederverwertet, die bereits an früherer Stelle abgedruckt worden sind. Zu beachten ist dabei jedoch, dass diese hier nicht (noch einmal) im Hinblick auf ihren diskursiven Sinngehalt untersucht werden sollen. Vielmehr stehen sprachliche, formelle und stilistische Aspekte im Vordergrund.

---

[167] Siehe die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3

Stellvertretend für den staatsnationalen Diskurs wird untenstehend eine Rede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz analysiert, die jener anlässlich der Einbürgerungsfeier vom 11.04.2014 im Hamburger Rathaus gehalten hat. Die Auswahl einer solchen ‚Laudatio' erscheint insofern naheliegend, als Olaf Scholz mit weitem Abstand der einflussreichste Akteur des offiziellen Hamburger Einbürgerungsdiskurses ist. Seine Reden prägen (im Untersuchungszeitraum) nicht nur die Handlung der Feiern, sie werden überdies auch (als Videomitschnitt und / oder in Schriftform) im Internet veröffentlicht und von diversen anderen Akteur_innen reproduziert. Pressemitteilungen der Senatskanzlei oder der TGH greifen Zitate der Ansprachen ebenso auf wie die Nachrichtenmedlungen einschlägiger Printmedien. Auf diese Weise ist Olaf Scholz im massenmedial verfassten Diskursfeld nicht nur überaus präsent, er prägt dessen Diskurslinien auch maßgeblich mit.

Der ethnonationale Diskurs wird in der nachfolgenden Analyse durch ein Online-Leser_innenforum der Zeitung *Die Welt* und die sich darin abzeichnende Debatte repräsentiert. Eine nähere Betrachtung gerade dieser Zeitung ist v. a. deshalb sinnvoll, weil ihre Kommentarbereiche nicht nur stark vom ethnonationalen Diskurs dominiert werden, sondern weil sie ihres Zeichens außerdem auch eine der meistgelesenen deutschen Tageszeitungen ist und insofern große Mengen symbolischen Kapitals akkumuliert. Die Leser_innenforen der Welt bilden im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative eine der wichtigsten Bühnen für die Verbreitung des dominanten Hamburger Gegendiskurses und erfordern insofern besondere Aufmerksamkeit.

Die Erörterung der diskursiven Mittel und Ressourcen beginnt zunächst mit der Betrachtung des staatsnationalen Diskursausschnittes und setzt sich dann mit dem ethonationalen Beispiel fort. Dabei werden die Herangehensweise der diskursanalytischen Untersuchung sichtbar und deren argumentative Schlüsse für den / die Leser_in nachvollziehbar gemacht. Anschließend erfolgt eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Ergebnisse. Von besonderem Interesse ist dabei, inwieweit ‚Rationalität' und ‚Emotionalität' einander im öffentlichen Diskursfeld bedingen und welche Konsequenzen ihr Wechselspiel für das Verständnis diskursiver Dynamiken langfristig nach sich zieht.

Das staatsnationale Beispiel: Olaf Scholz

Alle untenstehenden Zitate stammen aus der Rede des Ersten Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz vom 11.04.2014. Die nachfolgende Analyse bezieht sich nicht auf das gesprochene Wort, sondern auf die schriftliche Version der Ansprache, wie

sie im Internet zugänglich ist.[168] Der Redetext soll im Folgenden abschnittsweise analysiert sowie auf Strategien und Mittel der Aussageproduktion hin untersucht werden, die zum Teil für den staatsnationalen Diskurs und den Kontext der Einbürgerungsfeiern spezifisch sind, die zum Teil aber auch im gesamten Diskursfeld an unterschiedlichster Stelle zum Einsatz kommen. Die vorliegende Arbeit vertritt dabei die These, dass alle diskursiven Aussagen immer und unweigerlich *inszeniert* sind. Allein schon die jeweiligen Formationsregeln der Diskurse[169] bringen zwangsläufig einen gewissen Grad der Inszenierung mit sich. Inszenierung bedeutet hier auch nicht etwa Verzerrung oder Täuschung. Sie verweist lediglich auf die Tatsache, dass jede Deutung (im Goffman'schen Sinne[170]) *in Szene* gesetzt werden muss, um glaubhaft zu erscheinen und sich gegen andere Interpretationen durchzusetzen. Im weiteren Verlauf soll dieser Umstand nun anhand des hier analysierten Redebeispiels detailliert nachverfolgt werden:

> 11.04.2014
>
> **Grußwort zur Einbürgerungsfeier**
>
> Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft,
>
> meine sehr geehrten Damen und Herren,
>
> ich heiße Sie herzlich willkommen im Großen Festsaal unseres Rathauses – und herzlich willkommen als deutsche Bürgerinnen und Bürger in der Hansestadt Hamburg! Schön, dass auch dieses Mal wieder so viele junge Gäste hier sind.

Wie bei einer offiziellen Ansprache üblich, beginnt die Rede des Ersten Bürgermeisters zunächst mit der Begrüßung der Anwesenden. Personen mit großem symbolischen Kapital (hier die Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) werden dabei besonders hervorgehoben. Dies ist zum einen eine kulturell standardisierte Geste der Höflichkeit gegenüber den Betroffenen, zum anderen führt die gesonderte Nennung hochrangiger Amtsträger_innen aber auch unweigerlich zu einer symbolischen Aufwertung der Veranstaltung als solcher. Wenn Personen mit hohem sozialen Status an einer Einbürgerungszeremonie teilnehmen, unterstreicht dies zwangsläufig deren Bedeutung und damit auch den (politischen) Stellenwert der Eingebürgerten. Der nachfolgende Satz „ich heiße Sie herzlich willkommen" scheint dagegen zunächst nicht weiter bemerkenswert. Er erhält seine spezifische

[168] HK176: Olaf Scholz, Rede zur Einbürgerungsfeier, 11.04.2014 (siehe das Korpusverzeichnis in Anhang 1 im elektronischen Zusatzmaterial).

[169] Siehe hierzu die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 / 2.4

[170] Siehe hierzu die Ausführungen zu Goffman'scher Eindrucksmanipulation in Abschn. 2.3

Wirkung weniger durch seinen Wortlaut als vielmehr durch den Sprecher, der sich seiner bedient. Olaf Scholz – Erster Bürgermeister und politisches Oberhaupt der Stadt (bzw. des Bundeslandes) sowie (wenn man so will) Hausherr im Hamburger Rathaus – begrüßt die Eingebürgerten *persönlich*. Mit dem Zusatz „im Großen Festsaal *unseres* Rathauses" (meine Hervorhebung), wird überdies sogleich eine intime Gemeinschaft hergestellt: Es handelt sich hier nicht um ein beliebiges Rathaus, dem die Gäste als Fremde gegenüberstehen. Es handelt sich vielmehr um *ihr* Rathaus, um den Ort, an dem sie als Staatsbürger_innen von nun an repräsentiert werden und der damit in gewisser Hinsicht ihnen gehört, auf den sie einen legitimen Anspruch haben. Auch Wilce hat auf die besondere Bedeutung und die emotionale Wirkung von Worten wie *wir*, *uns* und *unser* im Kontext politischer Reden hingewiesen.[171] Im Rahmen von Einbürgerungsfeiern, die ja gerade den (zum Teil hart erkämpften) Grenzübertritt in die nationale Gemeinschaft zelebrieren, gelangen solche Begriff umso mehr zu Relevanz. Des Weiteren begrüßt Olaf Scholz die Eingebürgerten als „deutsche Bürgerinnen und Bürger in der Hansestadt Hamburg". Schon mit dem ersten Atemzug wird also eine Brücke zwischen einer lokalen Hamburg-Identität und dem deutschen Staat als Ganzem geschlagen. Bestärkt wird diese identifikative Lokalisierung noch durch den Titel „Hansestadt", der sogleich maritime Assoziationen weckt und subtil an den prominenten Hamburg-Mythos anknüpft. Ob strategisch beabsichtigt oder nicht: Worte wie *Hanse* oder *Hafen* generieren – das hat Abschnitt 5.3 für den Hamburger Kontext zeigen können – sehr spezifische Vorstellungen von (identifikativem) Eigenem und (‚exotischem') Fremdem, die hervorragend zur Atmosphäre der Einbürgerungsfeiern sowie zu deren kosmopolitischer Ausrichtung passen.

> Wer wie Sie schon lange in Hamburg lebt, weiß Vieles über diese Stadt, und Vieles davon aus eigener Anschauung. Aber was Sie vielleicht noch nicht wussten: Sie leben sozusagen in der „Hauptstadt" der Einbürgerungen. In keinem anderen deutschen Land – gemessen an der Einwohnerzahl – nehmen so viele Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft an. Im vergangenen Jahr konnten wir 7.329 Frauen, Männer und Kinder einbürgern. Doppelt so viele wie noch 2009.
>
> Das zeigt mir, dass unsere Anstrengungen für mehr Teilhabe, Vielfalt und Zusammenhalt erfolgreich sind und unsere Willkommens- bzw. Anerkennungskultur auch als solche wahrgenommen wird. Es bestätigt außerdem, dass Sie sich wohl fühlen in Hamburg und gern ein Teil unserer Gesellschaft sind. Und es stimmt mich optimistisch, dass sie diese auch in Zukunft mitgestalten wollen.

[171] Siehe Abschn. 2.3

Der nächste Redeabschnitt knüpft nicht nur an den ‚Mythos' von der Hamburger Vorreiterrolle an,[172] er ist überdies auch ein klassisches Beispiel für eine *Superlativierung*, wie sie sonst gerne in Werbung und Marketing genutzt wird. Hamburg wird als „‚Hauptstadt' der Einbürgerungen" betitelt, die mehr Menschen einbürgere als es irgendwo sonst in Deutschland der Fall sei. Die aufgestellte These wird auch anhand der aktuellen Einbürgerungszahlen sogleich anschaulich belegt. Eine Erläuterung oder kontextuelle Einordnung derselben bleibt allerdings aus. So wurde in Abschnitt 3.1 aufgezeigt, dass durchaus mehrere Faktoren für die niedrigen Einbürgerungszahlen im Jahr 2009 verantwortlich gemacht werden können und dass auch das Wiederansteigen der Zahlen nach 2010 nicht nur und ausschließlich mit den Auswirkungen der Hamburger Einbürgerungsinitiative zu tun haben muss. Auch der (essenzielle) Unterschied zwischen Einbürgerungsquote und ausgeschöpftem Einbürgerungspotenzial wird in der Rede nicht erläutert[173] und es werden keine Angaben zum Verhältnis zwischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund gemacht, was für das Verständnis der oben genannten Werte jedoch entscheidend wäre. Die etwaigen Rahmenbedingungen der statistischen Daten gehen gänzlich unter. Als ‚Fakten' stehen sie für sich, unhinterfragt und unhinterfragbar. Sie stützen die Behauptung vom herausragenden Erfolg in Sachen Integration und Einbürgerung und verleihen der Erzählung Substanz. Das plakative Bild einer ‚Einbürgerungshauptstadt' – das unweigerlich an einen Werbeslogan à la ‚Tor zur Welt' erinnert – erlangt auf diese Weise Plausibilität. In der Tat ist die argumentative Untermauerung emotionalisierter Deutungselemente durch das gezielte Einstreuen von Daten und Fakten – ein Prozess, der in Abschnitt 5.3 als *Rationalisierung* betitelt wurde – eine beliebte Taktik im Diskursfeld. Emotional konnotierte Diskursbausteine erhalten durch solche Mittel den Anstrich der Sachlichkeit und der Logik. Im obigen Redebeispiel wird eben diese Logik gleich im nächsten Satz genutzt, um Selbstbild, Rolle und politische Leistung der Stadt Hamburg zu untermauern und damit wiederum die These von der vorbildlichen hanseatischen Integrationsmetropole zu aktualisieren. Die letzten beiden Sätze des Abschnitts münden schließlich in eine *suggestive Rollenzuschreibung*: „Es bestätigt außerdem, dass Sie sich wohl fühlen in Hamburg und gern ein Teil unserer Gesellschaft sind. Und es stimmt mich optimistisch, dass sie diese auch in Zukunft mitgestalten wollen." Hier folgert Olaf Scholz eine emotionale Identifikation der Eingebürgerten und appelliert damit an ihren Willen zur Teilhabe. Durch seine *personalisierte* Formulierung („es stimmt *mich* optimistisch" – meine Hervorhebung) erreicht er eine neuerliche Wertsteigerung: Er, der Erste Bürgermeister, hegt

[172] Siehe hierzu die Ausführungen in Abschn. 5.3

[173] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit.

den persönlichen Wunsch, dass die Eingebürgerten sich demokratisch engagieren. Er persönlich will, dass sie die Zukunft mitgestalten und sich einbringen. Damit schreibt er den neuen Deutschen nicht nur eine spezifische Subjektposition zu (nämlich die des/der ‚lokalpatriotischen Hamburger_in' und des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen'), er wertet diese Rolle auch erheblich auf, indem er deren soziale Erwünschtheit und ihre politische Bedeutung herausstreicht. Man könnte sagen, er macht seinen Zuhörer_innen die angebotene Rolle ‚schmackhaft' – und er täuscht mit der emotionalen Verpackung subtil darüber hinweg, dass es sich bei der von ihm antizipierten Subjektposition letztlich um eine *Fremdzuschreibung* handelt. Die wiederholte *persönliche Ansprache* des Publikums – und damit der Eingebürgerten –, die sich als rhetorisches Element durch die gesamte Rede zieht, trägt in erheblicher Weise dazu bei, die Adressat_innen als Protagonist_innen der staatnationalen Narration erscheinen zu lassen und die ihnen zugeschriebene besondere (!) Rolle positiv hervorzuheben.

> Schon seit dem 16. Jahrhundert haben unzählige Einwanderer und Händler in Hamburg ihre Spuren hinterlassen. Sie prägten Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur und trugen dazu bei, dass Hamburg eine Weltstadt wurde. Die niederländische Mennonitenfamilie „de Voss" beispielsweise gründete die spätere St. Pauli-Brauerei. Der Hamburger Reeder Albert Ballin wuchs in einer jüdisch-dänischen Immigranten-Familie auf, er baute die HAPAG zur größten Schifffahrtslinie der Welt aus. Und die in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts sehr bekannte Hamburger Malerin Alma del Banco stammte ursprünglich aus Italien.

Im hier folgenden Teil der Rede wird das zentrale Deutungsmuster des populären Hamburg-Mythos aktualisiert: Hamburg als historisch gewachsenes ‚Tor zur Welt'. Durch die exemplarische Nennung einzelner prominenter Migrant_innen, die in der hamburgischen Stadtgeschichte eine maßgebliche Rolle gespielt haben, wird nach altem Muster die emotionalisierte Erzählung rationalisiert und durch (partikulare) Fakten glaubwürdig gemacht. Im Abschnitt 5.3 wurde bereits offenbar, dass die (für nationalistische Diskurse äußerst typische) selektive Reproduktion historischer Daten wesentlich zu einer ideologischen Verklärung der ‚eigenen' Geschichte beiträgt (in diesem Fall betrifft dies die kollektive Geschichte der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen Hamburger_innen mit und ohne Migrationshintergrund'). Sie dient dazu, eine schlüssige Diskurslinie zu zeichnen und etwaige Brüche auszublenden. Durch die Anspielung auf geschichtliche Ereignisse wird – ganz im Sinne der *Invented Traditions* nach Hobsbawm[174] – der Anschein kulturell-identifikativer

[174] Siehe Abschn. 2.1

Antiquität und Kontinuität erweckt. Wenn diskursive Wirklichkeiten historisch verbürgt scheinen, macht sie das umso glaubhafter, weil eben diese Historizität – wie Berger und Luckmann feststellen[175] – den Eindruck vermittelt, dass ihre Institutionen weit über das einzelne Individuum hinausgehen. Die Vorstellung, Hamburg sei schon immer eine weltoffene Oase für Migrant_innen gewesen, fördert überdies die emotionale Identifikation der Eingebürgerten im Hier und Jetzt. Genauso fördert die Vorstellung, Migrant_innen hätten seit jeher die Entwicklung der Stadt auf positive Weise geprägt, die Aufwertung von und die Identifikation mit der eigenen, bzw. der zugeschriebenen Rolle. Die Instrumentalisierung individueller Fälle und Lebensgeschichten trägt – als Emotionalisierungstechnik nach Wilce[176] – in erheblichem Maße zu diesem diskursiven Machteffekt bei. Sie ist insofern Instrument der *Rationalisierung* und der *Emotionalisierung* gleichermaßen.

> In unserer Zeit hat fast jeder dritte Erwachsene und sogar jedes zweite Kind bei uns eine Zuwanderungsgeschichte. Gebürtige Hamburgerinnen und Hamburger, deren Eltern und Großeltern ebenfalls von hier stammen, gibt es gar nicht so viele.
>
> Weniger als die Hälfte aller hier lebenden Frauen, Männer und Kinder sind auch hier geboren. 55 Prozent kommen aus Schleswig-Holstein, aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Schwaben oder sind irgendwo anders in Deutschland zur Welt gekommen. Und die werden auf hamburgisch liebevoll als „Quiddje“ bezeichnet, was übersetzt so viel heißt wie „Fremder“ und „Hochdeutsch Sprechender“.
>
> Es kommt also nicht auf Herkunft oder Geburt an, sondern auf die Identifikation – wer hier lebt und sich zu Hause fühlt, ist selbstverständlich auch ein „richtiger“ Hamburger.
>
> Und deshalb möchte ich, dass Zuwandererinnen und Zuwanderer sich von Anfang an als „echte Hamburgerinnen und Hamburger“ begreifen: die, die hier geboren wurden; die, die zum Arbeiten, Studieren oder der Liebe wegen gekommen sind; die, die vor Krieg oder Armut geflohen sind, die Muslime, Hindus, Christen, Juden oder Atheisten sind.

Nach der obigen Inszenierung eines historisch verwurzelten Hamburg-Mythos folgt nun dessen nahtlose Fortsetzung in der Gegenwart. Hamburg wird wiederum als Einwanderungsstadt charakterisiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang v. a. die Benutzung des Wortes „Quiddje“. Der plattdeutsche und ausschließlich auf den Hamburger Kontext beschränkte Begriff dient für gewöhnlich als Mittel der identifikativen Abgrenzung gegenüber „een, de nich ut Hamborg kummt“, also gegenüber

[175] Siehe Abschn. 2.3

[176] Siehe Abschn. 2.3

‚Fremden' bzw. Zugezogenen, die nicht im eigentlichen Sinne als ‚echte Hamburger' wahrgenommen werden und die überdies auch kein (Hamburger) Plattdeutsch sprechen.[177] An dieser Stelle wird der Terminus jedoch als *‚liebevolle'* Bezeichnung für zugezogene Neuhamburger_innen umgedeutet. Aus dem Abgrenzungsmarker, der auf ein (sprachliches) Defizit hinweist, wird ein ‚kultiges' Zeichen für Weltoffenheit. Dazu passt die anschließende Beteuerung, in Hamburg komme es „nicht auf Herkunft oder Geburt an, sondern auf die Identifikation". Damit wird abermals eine klare Rollenerwartung ausgesprochen: Wenn Migrant_innen sich emotional mit Hamburg verbunden fühlen (und Olaf Scholz geht hier implizit davon aus, dass sie dies tun), werden sie auch als ‚echte Hamburger_innen' anerkannt. Aus Identifikation folgt also Akzeptanz – und aus der Aussicht auf Akzeptanz folgt Identifikation. Im letzten Teil des vorliegenden Redeabschnitts bestärkt Olaf Scholz diese Logik durch einen persönlichen Apell: Er möchte, „dass Zuwandererinnen und Zuwanderer sich von Anfang an als ‚echte Hamburger und Hamburgerinnen' begreifen". Damit sind einerseits die Eingebürgerten aufgefordert, sich in die soeben konstituierte Subjektposition einzufügen, andererseits wird ihnen aber auch ein erhebliches Maß an Wertschätzung zuteil. Der Erste Bürgermeister möchte höchstpersönlich, dass sie sich wohlfühlen, und bittet sie ausdrücklich, sich mit der Stadt zu identifizieren. Hier fließen gleich mehrere emotionale Komponenten ineinander. Bemerkenswert ist des Weiteren die nachfolgende Aufzählung unterschiedlicher biographischer Szenarien: „…die, die hier geboren wurden; die, die zum Arbeiten, Studieren oder der Liebe wegen gekommen sind; die, die vor Krieg oder Armut geflohen sind, die Muslime, Hindus, Christen, Juden oder Atheisten sind." Mit dieser Liste potenzieller Migrations- und Persönlichkeitsaspekte erreicht die Ansprache einen starken Moment der *Individualisierung*: So gut wie jeder oder jede kann sich hier ein Attribut herauspicken, das auf ihn oder sie zutrifft, und sich auf diese Weise wahrgenommen sowie persönlich angesprochen fühlen. Die *repetitive Form* der Satzstrukturen ist darüber hinaus in besonderem Maße geeignet, deren emotionale Wirkung zu verstärken, indem sie ihnen rituellen Charakter verleiht.[178] Solche Techniken der Individualisierung von Personen und der emotionalisierenden Verwertung von ‚Schicksalen' sind – wie man weiter oben bereits gesehen hat – in der Debatte weit verbreitet und tragen wesentlich dazu bei, in unterschiedlichsten Kontexten einen affektiven Zugang zu ansonsten komplexen und weitgehend anonymisierten Themenfeldern herzustellen. Sie sind ein einfaches und subtiles Werkzeug, um die Diskussion von einer abstrakt-sachlichen auf eine

[177] Buck 2007–2020.

[178] Siehe hierzu die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3

persönlich-emotionale Ebene zu heben. Damit sei nicht gesagt, dass Individualisierungen ihrerseits grundsätzlich ‚irrational' oder ‚unsachlich' sein müssten. Die Betrachtung von Einzelfällen ist – gerade auch in wissenschaftlichen Disziplinen wie der Ethnologie – ein durchaus probates Mittel, um unzulässigen Verallgemeinerungen sinnvoll entgegenzuwirken. Nichtsdestoweniger bieten Techniken der Individualisierungen jedoch immer auch einen emotionalen Ansatzpunkt, weil sie das empathische Eintauchen in eine individualspezifische persönliche Perspektive erlauben. ‚Sachlichkeit' und ‚Emotionalität' liegen in dieser Hinsicht also äußerst nah beieinander. Schon in Abschnitt 2.3 wurde darauf hingewiesen, dass die Trennung von rationaler und affektiver Ebene des Menschseins als soziales Konstrukt gelten muss und dass die rationale Ordnung der Wirklichkeit immer und unweigerlich auch eine emotionale Ordnung ist. Anhand des vorliegenden Beispiels aus dem Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative wird diese enge und unauflösliche ‚Verzahnung' überaus deutlich.

> Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu unserer Stadt. Wir alle wohnen nebeneinander, unterrichten, trainieren und treiben Handel miteinander. Kurz: Ob hier Geborene oder Zugewanderte – alle beteiligen sich am kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben unserer Stadt und bereichern sie durch ihre Perspektive.
>
> Denn wir leben in einer Metropole, die dynamisch ist, die sich ständig weiterentwickelt und auseinandersetzt mit dem Neuen. Durch den Austausch zwischen Bürgern verschiedener Herkunft, Religion und kultureller Hintergründe wächst und prosperiert die Stadt. Frauen, Männer und Kinder aus 179 Nationen tragen dazu bei, dass wir kosmopolitisch, kulturell reich, innovativ und leistungsstark bleiben.

Im weiteren Verlauf nimmt der Hamburg-Mythos Fahrt auf und entspinnt sich zu einer umfassenden kosmopolitischen Perspektive, wie sie für den staatsnationalen Einbürgerungsdiskurs in Hamburg charakteristisch ist. Zentrale Aspekte wie Modernität, Dynamik, Innovationskraft und wirtschaftliche Leistungsstärke werden betont und an die gemeinsame Leistung – das ‚Wir' – aller Hamburgerinnen und Hamburger rückgekoppelt. Die Eingebürgerten sind in dieses ‚Wir' explizit miteingeschlossen. Olaf Scholz inszeniert hier die staatsnationale Logik der Bereicherung durch Vielfalt. Migration und kulturelle Pluralität werden in ein durchweg positives Licht gerückt. Der Fokus liegt auf den Potenzialen der Migrant_innen und lässt diese als Garanten für die Prosperität der Stadt erscheinen. Auch hinter dieser enormen Wertzuschreibung steckt allerdings eine verborgene Rollenerwartung: Die Eingebürgerten sollen – als ‚gute Staatangehörige' und ‚kosmopolitische Staatsbürger_innen' – ihr *kosmopolitisches Humankapital* mit- und einbringen. Sie sollen der Stadt nützen und sie voranbringen. Da diese Subjektposition jedoch nicht als Apell, sondern – vermittels Strategien der *Rationalisierung* – als Tatsachenbehauptung

inszeniert wird, wirkt sie nicht wie eine unzulässige Fremdzuschreibung. Stattdessen nimmt sie die Form einer Lobrede an. Politische Interessen und Ansprüche können auf diese Weise unauffällig hinter einer emotionalisierten Fassade verborgen werden und sind für das Publikum somit deutlich leichter zu ‚verdauen'. Durch die subtile Nutzung von Wendungen wie ‚unsere Stadt' oder ‚wir alle', sowie auch durch die langen Aufzählungen positiv konnotierter Eigenschaften wird ein gemeinsamer Erfahrungsraum, eine gemeinsame Basis emotionaler Verbundenheit etabliert, der man sich als angesprochene – und in besonderem Maße für den Fortbestand dieser Gemeinschaft verantwortlich gemachte – Person kaum entziehen kann.[179]

> Das aus dem Griechischen stammende Wort Kosmopolit bedeutet übersetzt nichts anderes als „Bürger der Welt". Ein „Weltbürger" zeichnet sich nach meinem Verständnis vor allem dadurch aus, dass er unvoreingenommen gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Traditionen ist, dass er die Vielfalt der Welt in sich zu vereinen weiß und sich zwischen den Welten zu bewegen weiß. So wie Sie, meine Damen und Herren, die Sie den Mut und die Offenheit hatten, sich auf Neues einzulassen, Bekanntes und Unbekanntes zusammenzubringen und dadurch Stärken zu entwickeln, die in unserer globalisierten Welt von großem Nutzen sind.

Das prestigeträchtige Fremdwort „Kosmopolit" wird hier benutzt, um abermals den besonderen Wert der Eingebürgerten hervorzuheben. Ihnen werden, ob ihrer Migrationserfahrung, erhebliche interkulturelle und soziale Kompetenzen (Humankapital) zugeschrieben. Durch die Bezeichnung dieser Kompetenzen als ‚kosmopolitisch' wird die implizite Rollenerwartung erheblich qualitativ aufgewertet. Ob tatsächlich alle Eingebürgerten ‚Fachleute des Hybriden' sind – oder ob sie sich unter anderen Umständen selbst überhaupt als solche betrachten würden – ist fraglich. Die in Abschnitt 5.1 vorgestellten konsensanalytischen Ergebnisse haben gezeigt, dass essentialistische und ethnonationalistische Weltdeutungen durchaus auch in der Gruppe der Eingebürgerten vertreten sind. Nichtsdestoweniger kann die Zuschreibung und positive Aufladung eines quasi-automatischen Expertenstatus durch den Ersten Bürgermeister der Stadt sicherlich dazu führen, dass die mit der hier propagierten Subjektposition verbundenen staatsnationalen Implikationen leichter angenommen und im Rahmen des eigenen Selbstbildes effektiv einverleibt werden. Diese Annahme deckt sich jedenfalls mit Bourdieus Vorstellungen von *symbolischer Herrschaft*, welche – anknüpfend an kollektiv akzeptierte *Doxa* und ausgeübt durch Personen mit großem *symbolischen Kapital* – die Ausgestaltung von *Habitus* und *körperlicher Hexis* anleitet.[180]

---

[179] Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Wilce in Abschn. 2.3

[180] Siehe hierzu die Ausführungen zu Bourdieu in Abschn. 2.3

> Der deutsche Autor bulgarischer Abstammung Ilija Trojanow hat einmal gesagt, dass sich im „kosmopolitischen Bürger“ das Globale und das Lokale als zwei Seiten einer Medaille zusammenfinden.
>
> Es geht nicht um ein Entweder/Oder, es geht um ein Sowohl/Als auch. Entscheidend ist, dass Werte, Anschauungen, Kulturen und Identitäten in Frieden und Toleranz nebeneinander bestehen.
>
> Und: Zuwanderer bescheren der deutschen Sozialversicherung nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung pro Kopf und Jahr Mehreinnahmen von weit mehr als 2.000 Euro. Der volkswirtschaftliche und demografische Nutzen der Zuwanderung steht außer Frage.

Das Zitieren von Persönlichkeiten, die ob ihrer gesellschaftlichen Stellung erhebliches symbolisches Kapital akkumulieren, ist – wie hier im Falle des Autors Ilija Trojanow – in der öffentlichen Debatte eine beliebte Methode, um den eigenen Aussagen Faktizität und Geltung zu verleihen. *Zitation*, (u. a.) als rhetorisches Mittel zur Herstellung von Autorität, wurde von wissenschaftlicher Seite bereits vielfach beleuchtet.[181] Scholz nutzt hier den autoritativen Effekt, um die staatsnationale Vision eines kosmopolitischen Deutschlands (oder besser: Hamburgs) zu untermauern. Durch die Verknüpfung von Lokalem und Globalem, von verschiedenen Kulturen und Identitäten zeichnet er ein konstruktivistisches Bild, das Mehrfachidentifikation explizit befürwortet und den Eingebürgerten damit einen unproblematischen Zugang zu den weiter oben etablierten identifikativen Subjektpositionen (des/der ‚lokalpatriotischen, kosmopolitischen Hamburger_in‘ und des/der ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen‘ bzw. des/der ‚kosmopolitischen Staatsbürger_in‘) eröffnet. Einbürgerung heißt demnach Zugewinn von Identität, nicht etwa deren Verlust oder Einschränkung. Mit dem Einwurf wissenschaftlicher Studienergebnisse werden empirische Fakten überdies mit normativen Ansprüchen verquickt und letztere dadurch weitergehend plausibel gemacht (rationalisiert). Die Aussage, dass der „volkswirtschaftliche und demografische Nutzen der Zuwanderung“ außer Frage stehe, kann vor diesem Hintergrund kaum bezweifelt werden.

> Mein Senat verfolgt eine moderne Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. So hat der Bundesrat auf Initiative Hamburgs zum Beispiel eine Regelung für Jugendliche gefordert, die zwar kein Asyl erhalten haben, aber vorläufig geduldet werden. Wer einen Schulabschluss macht, soll damit auch einen sicheren Aufenthaltsstatus erwerben können. Und natürlich müssen junge Männer und Frauen eine Berufsausbildung absolvieren können, ohne an den Regelungen des Arbeitsmarkts zu scheitern. Im Übrigen hat Hamburg als erstes Bundesland überhaupt ein Anerkennungsgesetz auf

[181] Siehe hierzu Abschn. 2.3

den Weg gebracht, damit Berufsabschlüsse aus anderen Ländern auch in Deutschland anerkannt werden.

Wie viel sich in Deutschland tut in Sachen Willkommenskultur, sieht man auch am Koalitionsvertrag der Berliner Regierungsparteien, der nun umgesetzt werden soll: Endlich soll die Optionspflicht für jene Kinder ausländischer Eltern wegfallen, die bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre hierzulande eine Schule besucht haben. Bislang müssen sie sich bis zum 23. Geburtstag noch für einen Pass und damit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Der Hamburger Senat hat sich seit Langem für den Wegfall dieser Optionspflicht stark gemacht, und ich bin sehr froh, dass dieses Anliegen vieler Tausender junger Leute umgesetzt wird.

Der hier vorliegende Redeabschnitt ist ein klassischer ‚Werbeblock', in dem der Erste Bürgermeister die Errungenschaften seines politischen Wirkens vermarktet. Mit Worten wie ‚natürlich' oder ‚endlich' wird dabei ein gewisser Grad der *Naturalisierung* erzeugt. Aussagen, die mit solchen Begriffen eingeleitet werden, erhalten den Anstrich des Selbstverständlichen, des Unhinterfragbaren. Sie wehren jeder kritischen Auseinandersetzung. In der öffentlichen Debatte sind derartige Naturalisierungen ein beliebtes Mittel um ein Gefühl von ‚gesundem Menschenverstand' zu vermitteln – denn über den ‚gesunden Menschenverstand' muss nicht lange gestritten werden. *Suggestionen* und *Tatsachenbehauptungen*, wie Olaf Scholz sie u. a. im letzten Satz bemüht, verstärken die Aura des Unumstößlichen: „Der Hamburger Senat hat sich seit Langem für den Wegfall dieser Optionspflicht stark gemacht, und ich bin sehr froh, dass dieses Anliegen *vieler Tausender junger Leute* umgesetzt wird" (Meine Hervorhebung). Ein politisches Streitthema wird als persönliches Anliegen ‚Tausender' inszeniert und erhält dadurch eine völlig neue emotionale Dimension (zumal es sich bei diesen ‚Tausenden' um ‚junge Leute', also um Kinder und Jugendliche handelt). Ob hinter der hier beworbenen politischen Entwicklung *tatsächlich* der tief empfundene Wunsch so vieler Menschen steht, ist (wenigstens im Moment der Rede) nicht verifizierbar und wird seitens des Bürgermeisters auch nicht weiter belegt. Die Aussage ist insofern nichts anderes als eine suggestive Behauptung, erscheint jedoch – ob ihres emotionalen Aspekts – als solche nicht kritisierbar. Hier zeigt sich sehr anschaulich, wie *eine* diskursive Wirklichkeit vermittels rhetorischer Strategien zur Wirklichkeit schlechthin erhoben wird. Gegenteilige Auffassungen müssen gegenüber dieser unanfechtbaren *Wahrheit* – gerade und v. a. vor dem Hintergrund ihrer *Rationalisierung*, *Naturalisierung* und unterschwelligen *Emotionalisierung* – zwangsläufig als *unwahr* und *unmoralisch* erscheinen. Dass diese Dynamik aus Macht, Wissen und Emotion durch den allgegenwärtigen, wenn auch unausgesprochenen Antagonismus zum ethnonationalen

Gegendiskurs umso mehr an Einfluss gewinnt, haben insbesondere Abschnitt 5.1 und 5.2 anschaulich zeigen können.

> Beim Thema Zuwanderung stellt sich grundsätzlich die Frage: Warum sollten wir auf die Ressourcen verzichten, auf das Wissen, die Kreativität, die Weisheiten und das Know-how so unterschiedlicher Männer und Frauen, die sich anderswo längst bewährt haben? Wir alle gestalten gemeinsam die Gegenwart Hamburgs und arbeiten an der Zukunft der Stadt. Dafür sind wir auch auf Ihre Erfahrung und Ihre Ideen angewiesen. Und ich bitte Sie sehr herzlich: Nutzen Sie alle Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben. Betätigen Sie sich aktiv in Vereinen, Stadtteilgruppen, Parteien und Verbänden.

Kurz vor Abschluss seiner Ansprache mobilisiert Scholz noch einmal das überaus emotionale und (deshalb) auch überaus mächtige Bild von den ‚guten Migrant_innen' und den ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen' als ‚kosmopolitischen Expert_innen' für soziale, wirtschaftliche und politische Prosperität. Insbesondere Begriffe wie „Weisheiten" oder „Know-how" tragen erheblich zur qualitativen Aufwertung des Eingebürgertenstatus bei. Die Lobrede mündet in einem offiziellen Apell, sich aktiv in die Gestaltung der Stadt einzubringen und die demokratischen Möglichkeiten der Teilhabe zu nutzen. Die bis dato unterschwellig aufgebaute Rolle wird schließlich noch einmal explizit gemacht, erscheint jedoch – aufgrund ihrer extensiven emotionalen Vorbereitung – nicht (mehr) als unzulässige Fremdzuschreibung oder lästige Erwartungshaltung. Bemerkenswert ist, dass hier mit keinem Wort auf den deutschen Staat verwiesen wird. Alle angesprochenen Rollenbilder und Identitätsangebote werden in unmittelbaren Bezug zur *lokalen* Ebene gesetzt. Dies macht insofern Sinn, als im ganzen bisherigen Verlauf der Rede am graduellen Aufbau einer starken emotionalen Hamburg-Identifikation gefeilt wurde. Diese Identität wird nun wiederum als Basis genutzt, um den Willen zu sozialem und politischem Engagement zu stärken. Die umfängliche Erzeugung von Emotionen erfüllt demnach einen durchaus pragmatischen Zweck. Dennoch ist es erstaunlich, dass Staat und Nation im Rahmen einer Einbürgerungsfeier (!) eine derart untergeordnete, ja, regelrecht nebensächliche Rolle spielen.

> Liebe Neubürgerinnen und Neubürger,
>
> oft wird von Hamburg als ‚schönster Stadt der Welt' gesprochen und geschrieben – ob Sie das auch so sehen, sei ganz Ihnen überlassen. Ich jedenfalls freue mich, dass Sie sich nicht nur für Hamburg entschieden haben, sondern auch für die deutsche Staatsangehörigkeit und wünsche Ihnen und Ihrer Familie, dass sich ihre ganz persönliche Vorstellung von Glück hier in Hamburg realisieren lässt. Noch einmal: Herzlich willkommen und alles Gute für Sie!

Nachdem Olaf Scholz auf jede nur erdenkliche Weise intensiv für die Stadt geworben, deren Image vermarktet und mehr oder minder subtil die Hamburg-Identifikation seines Publikums befördert hat, inszeniert er im letzten Teil seiner Rede einen Moment der *Wahl*: Es sei in der Tat den Eingebürgerten überlassen, ob sie Hamburg als ‚schönste Stadt der Welt' betrachten wollen oder nicht. Dieser Anschein (!) von Freiwilligkeit lässt die vorangegangene Argumentation unaufdringlich wirken und macht sie umso sympathischer. Er lässt außerdem Spielraum für die Identifikation mit anderen Orten und ‚Heimaten' und löst damit sein kosmopolitisches Versprechen ein. Wenn der Erste Bürgermeister dann noch wünscht, dass die Eingebürgerten „ihre ganz persönliche Vorstellung vom Glück" realisieren können, inszeniert er damit das Bild uneigennütziger und wohlwollender Empathie. Etwaige politische Intentionen werden heruntergespielt und die gemeinsame, emotionale Basis – die laut Wilce eine wichtige Erfolgsbedingung politischer Aktionen und Apelle ist – weitergehend gestärkt.[182] Die Eingebürgerten bleiben die Protagonist_innen der Erzählung. Ihr persönliches Glück steht – so der Bürgermeister – im Vordergrund.

Die obige Analyse hat verschiedene Techniken der diskursiven Aussageproduktion offengelegt. Zum Teil sind diese Techniken spezifisch für den staatsnationalen Diskurs und dessen Inszenierung im Dispositiv der Hamburger Einbürgerungsfeiern. Zum Teil handelt es sich dabei aber auch um gängige Praktiken, wie sie im gesamten Diskursfeld und in den Äußerungen der unterschiedlichsten Sprecher_innen auftreten. Zu den spezifischen Elementen der Diskursinszenierung gehört zuvorderst der emotionale Hamburg-Bezug und dessen Rückkopplung an den kosmopolitischen ‚Tor zur Welt' Mythos, wie er in Abschnitt 5.3 vorgestellt wurde. Weiterhin ist die emotionale Aufwertung der Adressat_innen hervorzuheben, die in erster Linie durch *persönliche Ansprache* und *rhetorische Vergemeinschaftung* erfolgt sowie durch extensive Zuschreibung positiv konnotierter *Identitätsmerkmale*. Die besondere Art und Weise, auf die im staatsnationalen Diskurs Identität erzeugt wird, ist für diesen Diskurs spezifisch. Die Erzeugung von Identität als solche ist jedoch ein allgemeines Phänomen. Zu den allgemeinen Elementen gehören des Weiteren auch Strategien der *Individualisierung* und *Personalisierung*, die Herstellung von Autorität via *Zitation*, außerdem *Superlativierungen*, *Naturalisierung* und Ritualisierung vermittels *Repitition*. Von erheblicher Bedeutung sind zudem *Suggestionen* und *Tatsachenbehauptungen* sowie die *Rationalisierung* des Gesagten vermittels plakativer und ausschnitthafter empirischer Fakten. Alle oben genannten Techniken – die diskursallgemeinen wie auch die diskursspezifischen – können (im Anschluss an Wilce[183])

[182] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[183] Siehe Abschn. 2.3

als Techniken der Emotionalisierung betrachtet werden, da sie alle auf die eine oder andere Art dazu angetan sind, emotionale Reaktionen zu generieren, zu manipulieren und / oder zu legitimieren. Selbst Techniken der *Rationalisierung* müssen vor diesem Hintergrund als Techniken der *Emotionalisierung* gelten, denn sie erzeugen eine diskursspezifische Version von rationaler Ordnung, die ihrerseits immer auch emotional verfasst ist. Insofern wird die rationale Ordnung nicht nur mit emotionalen Mitteln verteidigt,[184] gleichsam wird auch die emotionale Ordnung mit rationalen Mitteln legitimiert und zur *Wahrheit* (im Foucault'schen Sinne) erhoben.[185] Inwieweit sich dieser Eindruck im Falle des ethnonationalen Diskurses fortsetzt, wird der nachfolgende Analyseabschnitt zeigen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem diskursiven Wechselspiel zwischen *Wahrheit* und *Unwahrheit* (bzw. zwischen *Moral* und *Unmoral*), das im Verlauf der obigen Untersuchung (sowie v. a. auch im bisherigen Verlauf dieser Arbeit) bereits prominent hervorgetreten ist.

Das ethnonationale Beispiel: Online-Kommentarforum der Zeitung ‚Die Welt'

Stellvertretend für den ethnonationalen Diskurs wird im Folgenden ein Kommentarforum untersucht, das sich an den Online-Artikel *„Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel"* vom 12.04.2012 in der überregionalen deutschen Tageszeitung *Die Welt* anschließt.[186] Es handelt sich hierbei um ein relativ kleines Forum mit lediglich 18 Kommentaren. Gerade diese überschaubare Größe erlaubt es jedoch, die Leser_innendiskussion holistisch abzubilden und im Ganzen zu analysieren. Der Vollständigkeit halber ist es hierfür sinnvoll, zunächst den Text des zugehörigen Zeitungsartikels vorzustellen, damit der oder die Betrachter_in sich ein umfassendes Bild machen kann:

> **DIE WELT**
>
> 12.04.12 | **Alexander Dobrindt**
>
> **„Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel"**
>
> Der Hamburger Senat wollte im Rahmen der großen Einbürgerungsinitiative möglichst viele in der Hansestadt lebende Migranten dazu bewegen, deutsche Staatsbürger zu werden. Nun kommt Kritik von der CSU.

---

[184] Siehe hierzu die Ausführungen zu Emotionen in Abschn. 2.3

[185] Siehe hierzu Abschn. 2.3

[186] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel", 12.04.2012 –Kommentarforum (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Tagesspiegel-Artikel von Hans Monath, HK274).

Die CSU hat die Einbürgerungsinitiative von Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) scharf kritisiert. „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel, und Einbürgerungsquoten sind kein Maßstab für Weltoffenheit", sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt dem Berliner „Tagesspiegel" (Donnerstagsausgabe). Der deutsche Pass könne nur am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang.

„Solche wirren Einbürgerungsthesen setzen ein völlig falsches Signal", warnte Dobrindt. „Statt über Fantasiequoten für Einbürgerungen zu schwadronieren, sollten wir gemeinsam

die immer noch bestehenden Integrationsdefizite in Deutschland lösen." Wer die Staatsbürgerschaft als Lockmittel benutze, der erschwere „alle ehrlichen Integrationsbemühungen".

Hamburg hatte im Dezember damit begonnen, persönliche Einladungsbriefe des Bürgermeisters an rund 140.000 ausländische Bürger zu schicken, die die Voraussetzungen zur deutschen Staatsbürgerschaft erfüllen. In dieser Form ist die Kampagne bundesweit ohne Vorbild: Der Hamburger Senat wollte im Rahmen der großen Einbürgerungsinitiative möglichst viele in der Hansestadt lebende Migranten dazu bewegen, deutsche Staatsbürger zu werden.

„Nicht um Einbürgerung kämpfen"

In dem Schreiben appellierte der SPD-Politiker an die Hamburger mit ausländischen Wurzeln, sich für die Einbürgerung zu entscheiden, erläutert die Vorteile, nennt aber auch die Voraussetzungen. Dazu müssen sie seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben, Arbeit haben, Deutsch sprechen und dürfen nicht vorbestraft sein. „Entscheidend ist, dass gut integrierte Migranten nicht mehr wie früher um ihre Einbürgerung kämpfen müssen", sagt Scholz. „Wenn umgekehrt der deutsche Staat auf sie zukommt, ist das, glaube ich, für viele von ihnen das Größte überhaupt."

Nach Angaben von Scholz zeigt seine persönliche Einladung große Wirkung. So sei die Zahl

der Einbürgerungsanträge in Hamburg zwischen Dezember und März um 34 Prozent gestiegen, die Zahl der Beratungsgespräche sogar um 91 Prozent.

Unter den etwa 1,8 Millionen Hamburgern waren zum Start der Kampagne im Dezember 2011 164.000 Bürger mit Migrationshintergrund, die bereits über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Hinzu kommen weitere 236 000 Menschen, die einen ausländischen Pass haben.

140.000 Zuwanderer erfüllten Voraussetzungen

Von ihnen erfüllten laut Senat 137.000 Zuwanderer wenigstens einige der Voraussetzungen für eine Einbürgerung, weil sie mindestens 16 Jahre alt sind und seit nicht weniger als acht Jahren in Deutschland leben. Auf diese Gruppe zielte die Kampagne. „Es sollte wie in den USA ein Staatsziel sein, dass Menschen, die hier bei uns leben

> und gut integriert sind, auch die Absicht verfolgen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben“, so Scholz.
>
> **Die Idee ging auf, aber es gab Bearbeitungsengpässe**
>
> Knapp drei Monate nach dem Start war jedoch klar: Die Idee ging zwar auf – allerdings war
>
> der Rücklauf so stark, dass es immer noch zu Bearbeitungsengpässen im dem (sic!) Einbürgerungsamt kommt.
>
> Zwar wurden die bürokratischen Hürden gesenkt und die Bearbeitung vereinfacht, indem die Mitarbeiter die Anträge – sofern alle Unterlagen vorliegen – eigenständig genehmigen dürfen. Doch reicht die Personalstärke nicht aus, um dem hohen Aufkommen von Anträgen Herr zu werden. Antragsteller warten im Durchschnitt 10,6 Monate auf eine Einbürgerungsurkunde.
>
> *epd/inga/ee/hdr*[187]

Nachdem der Text des zugehörigen Welt-Artikels nun geläufig ist, folgt im Anschluss die Darstellung der sich darauf beziehenden Leser_innendiskussion. Auffällig ist dabei, dass nahezu alle 18 Kommentare des Forums der dominanten Deutungslinie des ethnonationalen Diskurses folgen. Dessen Interpretationsschema bleibt in der gesamten Debatte weitgehend unwidersprochen. Mehr noch: Durch die annähernd einhellige Übereinstimmung der Kommentator_innen verstärken die Aussagen sich zusehends gegenseitig. Schon im Verlauf der ersten vier Beiträge beginnt dieser Trend sich abzuzeichnen:[188,189]

> **Glaschked • vor 3 Jahren**
>
> Die SPD braucht Wählerstimmen.
>
> **Thanthalas > Glaschked • vor 3 Jahren**
>
> Die CSU auch. Sie motzt immer groß rum, läßt ihren Worten dann aber keine Taten folgen.

---

[187] HK306: Welt (online), epd/inga/ee/hdr, „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel“, 12.04.2012 (Hervorhebungen im Original).

[188] Wie schon in Abschn. 4.2 ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die nachfolgenden Äußerungen kulturfundamentalistische, rassistische und beleidigende Formulierungen enthalten. Menschen mit extensiven Diskriminierungserfahrungen könnten sich von diesen Äußerungen in extremer Weise persönlich und emotional betroffen fühlen.

[189] Einträge in Online-Foren weisen für gewöhnlich eine überaus große Zahl an Rechtschreib- und Tippfehlern auf. Aus pragmatischen Gründen wurde daher im Folgenden auf eine Kennzeichnung durch (sic!) verzichtet.

Capt. Future > Glaschked • vor 3 Jahren

Die SPD hofft durch diese Maßnahme auf „Wählerstimmen“ durch eine neue „Klientel“.

Die Bio- Deutschen, für die Blockparteien auch der „White- trash“, wissen, dass die BRD sich schon in der knallharten „Abwicklungsphase“ befindet und darüber ein parteiübergreifender Grundkonsens bezüglich dieses „Souveränitätsrechteausverkaufs“ vorherrscht.

Dies könnte die Bio- Deutschen dazu bewegen, ihr Kreuz (wenn auch nur aus Protest) „rechtsextremen“ Parteien zu geben.

Dann brauchen die „Volksparteien“ natürlich ihre „neuen Staatsbürger“, die aufgrund ihrer immensen Fertilität die demographische Entwicklung stark beeinflussen.

Denn mit der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten eben diese Personen auch das Wahlrecht.

Politischen Rechte sollten eine Belohnung für gelungene Integration sein.

Der SPD genügen schon Wählerstimmen.

Wie immer, ist dieser Gedankengang entweder absichtlich oder aus Dummheit zu kurz gefasst.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis eine neue Islamische Partei Deutschlands (IPD) die Bühne betreten wird.....dies ist aufgrund des demographischen Wandels so sicher, wie das Amen in der Kirche.

Nativer > Glaschked • vor 3 Jahren

Das geht doch alles viel einfacher bei Ebay, Startpreis Deutscher Pass 1€, sofort kaufen 5€. Schulabschluss, Ausbildung, Arbeitsplatz und Vorstrafen uninteressant. Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.

Aus dem obigen Viererkanon sticht v. a. der dritte und längste Beitrag hervor, der seinerseits unter dem Pseudonym *Capt. Future* veröffentlicht wurde. Darin wird Deutschland als schwacher Staat inszeniert, kurz vor der Übernahme durch ‚fremde Mächte‘. Der/die Sprecher_in entwirft das ethnonationale Bild einer homogenen, ethnisch-deutschen Nation, die allmählich durch ‚Feinde innen und außen‘ zersetzt wird. Der doppelte Antagonismus, der – wie Kapitel 4 dieser Arbeit zeigen konnte – typisch ist für die ethnonationalistische Identitätskonstruktion, tritt in dieser Aussage überaus deutlich hervor. ‚Schlechte Migrant_innen‘ und ‚kosmopolitischen Eliten‘ bzw. ‚Einbürgerungsbefürworter_innen‘ sind gleichermaßen Feindbild und konstitutives Gegenüber des eigenen ‚deutschen‘ Selbst. Mit dem Begriff ‚bio-deutsch‘ werden überdies klassisch biologistisch-rassistische

Assoziationen geweckt.[190] Gleiches gilt für Wendungen wie ‚White-trash' und ‚immense Fertilität'. Der/die Sprecher_in gehört damit eindeutig zum radikalen Seitenarm der ethnonationalen Strömung, insofern er/sie sich ideologisch nicht allein auf kulturfundamentalistische oder essentialistische Deutungen beschränkt. ‚Gute Migrant_innen', die qua Einbürgerung zu ‚anständigen Deutschen' werden könnten, scheint es in der hier konstruierten Wirklichkeit nicht zu geben. Stattdessen mündet die Erzählung in eine ethnonationalistische Bedrohungsvision: „Es wird nicht mehr lange dauern, bis eine neue Islamische Partei Deutschlands (IPD) die Bühne betreten wird…..dies ist aufgrund des demographischen Wandels so sicher, wie das Amen in der Kirche." Dieser letzte Satz ist besonders interessant – nicht nur, weil hier durch die Rassifizierung von religiöser Identität ein weiteres konstitutives Feindbild geschaffen wird. Interessant sind überdies auch Form und Stil der Aussage: Die negative Prognose erhält durch die Nennung eines konkreten Parteinamens faktische Plastizität. Sie wird des Weiteren mit (vermeintlichen) demographischen Entwicklungen untermauert (ohne diese jedoch näher zu erläutern oder zu belegen) und erhält durch die abschließende Redewendung ‚so sicher wie das Amen in der Kirche' den Anstrich des Selbstverständlichen. In der öffentlichen Debatte – und ganz besonders im Rahmen von Online-Foren – ist immer wieder zu beobachten, wie die Nutzung von *Floskeln* und *Redewendungen* dazu dient, an den ‚gesunden Menschenverstand' zu appellieren und das Gesagte als unhinterfragbare Tatsache erscheinen zu lassen. Worte wie ‚natürlich' oder ‚wie immer' (die als Instrumente der *Naturalisierung* bereits im Rahmen des obigen staatsnationalen Redebeispiels diskutiert wurden) verstärken diesen Trend zusehends. Hochgradig emotionalisierte Begriffe wie ‚White-trash', ‚knallharte Abwicklungsphase' oder ‚Souveränitätsrechteausverkauf' tragen außerdem zu einer fortschreitenden ‚Entsachlichung' des diskutierten Themas bei. Unklar ist in diesem Zusammenhang die extensive Nutzung von Anführungsstrichen. Ähnliche Praktiken der Zeichensetzung sind auch in vielen anderen, insbesondere radikal ethnonationalistischen Foreneinträgen zu beobachten und können längst nicht immer auf Zitationen oder die etwaige Markierung von Ironie und Sarkasmus zurückgeführt werden. Wohlmöglich dienen sie lediglich der Hervorhebung bestimmter Aussagepartikel. Wohlmöglich sollen sie

---

[190] Laut dem Glossar für diskriminierungssensible Sprache der Neuen deutschen Medienmacher*innen kann der Begriff „Biodeutsche" sowohl im biologistisch-rassistischen Sinne als auch als Kürzel für „Biografisch-Deutsche" verwendet werden und ist insofern in seiner Konnotation uneindeutig. Als Kurzform von „Biografisch-Deutsche" ist, so das Glossar, die Bezeichnung jedoch inzwischen mehr oder weniger ausgestorben. Vor diesem Hintergrund und insbesondere im Kontext der hier zitierten Aussage ist deshalb davon auszugehen, dass der/die Sprecher_in auf eine genetische Konnotation anspielt. (Neue Deutsche Medienmacher*innen e. V. 2022: o.S.)

aber auch dazu dienen, der Zensur durch automatisierte Algorithmen zu entgehen, wie sie von manchen Onlinemedien genutzt werden, um rassistische oder verfassungsfeindliche Beiträge zu identifizieren und zu löschen. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Sprecher_innen solche Praktiken (wie z. B. auch die Verwendung von ‚Emojis', die u. a. in einigen der Beispiele in Abschnitt 4.2 zu beobachten ist) nutzen, um ihren eigenen, radikalen Tonfall ‚gemäßigter' erscheinen zu lassen. Ein solches Verhalten könnte im Zusammenhang mit einer populären Sprachideologie stehen, die Wilce in Abschnitt 2.3 beschrieben hat. Diese Sprachideologie verleiht selbst beleidigenden und in hohem Maße menschenverachtenden Aussagen den Anschein der ‚Salonfähigkeit', insoweit deren Sprecher_innen behaupten können, ihre Worte ‚nicht so gemeint' zu haben. Smileys oder Anführungsstriche könnten vor diesem Hintergrund die präventive Funktion eines ‚entwaffnenden Augenzwinkerns' erfüllen. Ob dies tatsächlich der Fall und auf andere Beispiele im Diskursfeld übertragbar ist, ist eine durchaus interessante Frage, der an dieser Stelle jedoch nicht weiter nachgegangen werden kann. Unzweifelhaft ist indes, dass *Capt. Future* in dem hier vorliegenden Post das Szenario einer bedrohten (Herder'schen[191]) ‚Volksnation' entwirft, deren Mitgliedern aufgrund ihrer zunehmenden Unterdrückung keine andere Wahl bleibt, als „ihr Kreuz (wenn auch nur aus Protest) ‚rechtsextremen' Parteien zu geben". Vermittels verschiedener diskursiver Techniken wird so die ethnonationale Opferrolle der ‚entrechteten Minderheit im eigenen Land' konstituiert, welche ihrerseits eine fortschreitende Emotionalisierung (und Radikalisierung!) des persönlichen Denkens und Handelns rechtfertigt. Der sich daran anschließende Beitrag von *Nativer* reiht sich weitergehend in diese Spirale eigendynamischer Emotionalisierung ein. Der Kommentar nutzt *Sarkasmus*, um die Hamburger Einbürgerungsinitiative *ad absurdum* zu führen. Dabei ignoriert er offenkundig die gültigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die jeder Einbürgerung zwangsläufig zugrunde liegen. Dieser gesetzliche Rahmen ist Angelegenheit des Bundes und kann nicht von einzelnen Bundesländern nach Belieben gelockert werden. Insbesondere die Behauptung, Arbeitsplatz oder Vorstrafen seien für den Einbürgerungserfolg irrelevant, ist schlichtweg falsch.[192] Der sarkastische Grundton und v. a. die abschließende Redewendung – „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht." –, die Heinrich Heines berühmtem Gedicht *Nachtgedanken*[193] entlehnt (und somit eine Form der *Zitation*) ist, täuschen jedoch über diesen Umstand hinweg. Die emotionale Verpackung legitimiert den (stark von der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit abweichenden) Inhalt der Aussage. Auf

[191] Siehe Abschn. 2.1

[192] Siehe hierzu die Ausführungen in Abschn. 2.5

[193] Siehe hierzu Heine 1863: 270.

diese Weise kann eine eigene rationale Ordnung, eine eigene Wirklichkeit entstehen, die sich nicht um Gegenargumente scheren muss. Maßgeblich dafür verantwortlich ist das von *Capt. Future* vorab erzeugte Gefühl der Bedrohung, da es kollektiv akzeptierte moralische Maßstäbe außer Kraft setzt und – im Sinne des Diskurses – neu ordnet. Die Basis der Emotionalisierung ist geschaffen und legitimiert im Folgenden jede weitere emotionale Aufladung. Die Analogie zum Phänomen der *Hate Speech*, wie Wilce es in Abschnitt 2.3 beschreibt, sowie zum Phänomen der *Cultural Anxiety* nach Grillo ist dabei mehr als offensichtlich.[194]

Jo • vor 3 Jahren

Nun, einen Vorteil hat diese Bettelei, die deutsche Staatsbürgerschaft doch bitte bitte anzunehmen: Die Kriminalitätsstatistik verschiebt sich von einer weit überproportionalen „Migranten-“ Kriminalität zu deutscher Kriminalität, d.h. man kann so – wenn auch vorgetäuscht – von einem massiven Rückgang der Kriminalität von Einwanderern schwärmen. Gleichzeitig kann man eine erhöhte deutsche Kriminalität vorweisen und so uns Deutsche wieder einmal – wie gewohnt – schlecht machen, in den Dreck ziehen und somit „beweisen“, dass wir Deutschen ja noch viel viel schlimmer sind als all die armen Einwanderer.

alles vorbei > Jo • vor 3 Jahren

Es wird trotzdem erwähnt das es sich um „Deutschtürken,Deutschinuit usw.“ handelt.

Jo > Jo • vor 3 Jahren

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis genau das verboten und mit massiven Strafen belegt wird!

Mit dem nächsten Post reproduziert *Jo* die oben etablierte Opferrolle und spinnt sie entscheidend weiter. So sei die vermehrte Einbürgerung von Migrant_innen in Wahrheit eine gezielte Taktik, um den ‚echten Deutschen‘ eine erhöhte Kriminalitätsrate anzudichten und sie gegenüber den ‚schlechten Migrant_innen‘ „wieder einmal“ abzuwerten. Insbesondere die mehrmalige *Repetition* des Wortes ‚Kriminalität‘ steigert die emotionale Intensität des Beitrags. Hier tritt in anschaulicher Form das antagonistische Verhältnis zum staatsnationalen Diskurs hervor. Nicht nur wird dabei auf die alten Feindbilder von Migrant_innen und politischen Eliten rekurriert, auch die staatsnationale Narration von den ‚guten (eingebürgerten) Staatsangehörigen‘ als (wenigstens potenziell) ‚besseren‘ Deutschen wird als Angriff auf die eigene Identität umgedeutet und mit emotionaler Gegenwehr beantwortet. Die Worte „wieder einmal“ und „wie gewohnt“ weisen in diesem Kontext auf eine enorme politische Frustration und ein immanentes Misstrauen gegenüber

[194] Siehe hierzu die Ausführungen zu Wilce und Grillo in Abschn. 2.3

der gesellschaftlichen Führungsschicht hin. *Superlativierungen* durch Begriffe wie ‚weit überproportional' oder ‚massiv' tragen weitergehend zur Emotionalisierung der Aussage bei und schüren – in Verbindung mit der Subjektklasse der ‚schlechten Migrant_innen' – das weiter oben initiierte Gefühl der Bedrohung. Ähnlich verhält es sich mit emotionalisierenden Verben wie ‚schwärmen' im Zusammenhang mit etwaigen ‚Einbürgerungsbefürworter_innen'. Solche Begriffe lassen die Gegenseite (!) irrational erscheinen und werten implizit den eigenen Standpunkt auf. Bemerkenswert ist überdies die von *Jo* aufgestellte Behauptung, dass die Kenntlichmachung eines (oft auch nur vermeintlichen) Migrationshintergrunds in Zukunft unter Strafe gestellt werde. Diese Prognose scheint insofern erstaunlich, als die Bezeichnung *Menschen mit Migrationshintergrund* ein offizieller Begriff des statistischen Bundesamtes ist.[195] Die sprachliche Kennzeichnung als Migrant_in ist ein standardisiertes, staatlich institutionalisiertes statistisches Werkzeug. Es erscheint relativ unwahrscheinlich, dass umgangssprachliche Benennungen, welche ideologisch an dieses Konstrukt anschließen, in näherer Zukunft abgeschafft oder unter Strafe gestellt werden könnten – zumal auch der Begriff *Menschen mit Migrationshintergrund* letztlich eine (nicht ganz unproblematische) ethnische Trennlinie suggeriert.[196] Diesen Kontext blendet *Jo* jedoch völlig aus und aktualisiert stattdessen die in Online-Foren überaus gängige Deutung von der ‚undemokratischen Zensur' und der Unterdrückung ‚legitimer Minderheitenmeinungen' durch ein ‚autoritäres politisches Regime'. Vertreter_innen des ethnonationalen Diskurses sehen sich in einer Linie mit den revolutionären Bewegungen der Vergangenheit, so z. B. mit dem Widerstand gegen das NS-Regime. Vor dem Hintergrund, dass der ethnonationale Diskurs einen ethnischen Nationalismus propagiert, der in hohem Maße mit kulturfundamentalistischen und (wie man oben gesehen hat) biologistisch-rassistischen *Folk Concepts* von Kultur und Identität in Verbindung steht, mag solch ein Gleichnis erstaunen, es ist jedoch ein weit verbreitetes Phänomen und veranschaulicht als solches die angespannte emotionale Stimmungslage sowie das allgegenwärtige Gefühl der Deprivation, das auch in Kapitel 4 dieser Arbeit bereits dominant hervorgetreten ist. Zugleich wird anhand der hier abgedruckten Beispiele deutlich, wie mächtig emotionalisierte Wirklichkeitskonstruktionen sein können und wie weit sie sich ggf. – aufgrund ihrer selbstlegitimierenden emotionalen Dynamik – von anderen, kollektiv akzeptierten Wahrheiten entfernen. Mit Foucault lässt sich festhalten, dass *Wahrheit* (wenigstens im vorliegenden Fall) in der Tat nichts

---

[195] Siehe hierzu u. a. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019; Statistisches Bundesamt 2019.

[196] Siehe hierzu Will 2020.

anderes ist, als eine bloße Funktion des Diskurses.[197] Ihre Macht entfaltet sie v. a. durch die Konfrontation mit ihrem jeweiligen Gegenüber – oder vielmehr durch dessen diskursive *Erfindung,* also durch die diskursimmanente Konstruktion von *konstitutiver Unwahrheit*. Ebenso wie sich Identitäten maßgeblich durch ihr antagonistisches Gegenstück konstituieren, konstituieren sich Wirklichkeit, Wahrheit und Moral hier im Akt der Kontrastierung. So ist es z. B. äußerst beachtenswert, dass sich die Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses (im betrachteten Forum sowie auch darüber hinaus) deutlich intensiver und extensiver mit Irrationalität, Lügen und Unmoral ihrer Gegner_innen befassen, als mit der Konstruktion ihrer eigenen (positiven) Identität. Hier tut sich ein erheblicher Unterschied zum staatsnationalen Diskurs auf, der seinerseits in erster Linie durch explizit ausformulierte, positive Identitätsangebote hervorsticht. Auf diese offensichtliche Diskrepanz zwischen den diskursspezifischen Strategien der Aussageproduktion wird zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlicher einzugehen sein.

Olaf Metzger • vor 3 Jahren

Die deutsche Staatsangehörigkeit kann durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde (Staatsangehörigkeitsausweis) nachgewiesen werden. Sie wird auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde ausgestellt. Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Im Regelfall wird die deutsche Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben, wenn zumindest ein Elternteil deutscher Staatsangehöriger ist. Weitere Erwerbsgründe stellen Einbürgerungen und seit dem Jahr 2000 auch der Geburtserwerb von Kindern ausländischer Eltern dar, wenn sich zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich im Inland aufgehalten hat.

Quelle Bayrisches Innenministerium

http://www.stmi.bayern.de/buer...

Der Beitrag von *Olaf Metzger* nimmt im vorliegenden Forum eine Sonderstellung ein, da er sich, entgegen dem allgemeinen Trend, keiner offensichtlichen Emotionalisierungstechniken bedient. Stattdessen wird hier ein Text des Bayrischen Innenministeriums zum Thema Staatsangehörigkeit reproduziert. Die Absicht, die hinter dieser sehr spezifischen Art der Äußerung steckt, kann aufgrund des mangelnden Kontextes nicht restlos entschlüsselt werden. Es gibt jedoch einige

[197] Siehe Abschn. 2.3

Anhaltspunkte: So fällt an der zitierten Definition v. a. die Abgrenzung zwischen Staatsangehörigkeitsurkunde und Reisepass / Personalausweis ins Auge. Tatsächlich erhalten Eingebürgerte im Rahmen ihrer offiziellen Eingliederung in den deutschen Staat eine *Staatsangehörigkeitsurkunde* zum Nachweis ihrer neuen rechtlichen Zugehörigkeit. In der massenmedial vermittelten Debatte wird jedoch im Zusammenhang mit der Einbürgerung zumeist vom Erhalt des deutschen *Passes* gesprochen (so auch in dem obenstehenden Artikel, dem das vorliegende Forum angegliedert ist). In diesem Licht betrachtet scheint der Post zu implizieren, dass der bei der Einbürgerung erhaltene *Pass* keine ‚echte' Zugehörigkeit zur deutschen *Nation* etabliere. Dadurch, dass im Text des Bayrischen Innenministeriums außerdem auf die Askription qua Geburt als Regelfall des Staatsangehörigkeitserwerbs verwiesen wird, erscheint der Erwerb durch Einbürgerung zwangsläufig als mehr oder minder seltener Ausnahmefall. Dabei ist zu bedenken, dass auch Anspruchseinbürgerungen letztlich einen ‚Regelfall' des Staatsangehörigkeitserwerbs darstellen, insofern die Erfüllung entsprechender Voraussetzungen einen reglementierten und gesetzlich verbürgten Anspruch auf Zugehörigkeit begründet. Dementgegen untermauert die obige Formulierung jedoch auf subtile Weise die ethnonationale These von der natürlich gewachsenen Abstammungsgesellschaft. Indem er diese Darstellungsform reproduziert, vollzieht der hier behandelte Foreneintrag – durch *Zitation* und Nutzung (aus dem Kontext gerissener) *Fakten* – eine *Rationalisierung* der *emotionalen Ordnung*, die im bisherigen Verlauf der Debatte kollektiv und intersubjektiv entfaltet wurde. Das Primat der ‚echten Deutschen' als ‚überlegene Volksgemeinschaft' scheint durch die Gesetzeslage bestätigt zu werden. Wie schon an früherer Stelle zu beobachten war ergänzen und legitimieren Rationalität und Emotionalität sich gegenseitig. Wechselseitig tragen sie zur Verselbstständigung der kollektiven Sinnwelt bei, die im Forum gemeinschaftlich entworfen wird und deren Dynamik im Folgenden weitergehend Fahrt aufnimmt.

Schleimbeutel • vor 3 Jahren

Olaf bedankt sich artig dafür, das jemand deutscher Staatsbürger geworden ist.Bravo!

Ohne Mich • vor 3 Jahren

Machen Sie weiter Herr Scholz, ich finanziere hier nichts mehr im Freiluft KL. BRD (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet sagt doch alles LOL)! Hier wird bewusst das deutsche Volk vernichtet.

Bin schon 10 Jahr im Streik und das ist gut so. Ich bin bescheiden, saufe und rauche nicht. Komme gut mit ALG 2 aus.

Gerhard Müller • vor 3 Jahren

Deutscher Pass oder die Staatsangehörigkeit ist doch heute nichts mehr Wert ausser für die Sozialschmarotzer die sich gerne die 2.Staatsbürgerschaft abholen und solche Leute sind der SPD willkommen denn die können auch nichts anderes als es sich auf Kosten der Steuernzahlenden Bevölkerung die Taschen zu füllen und saudumme Sprüche durch die Gegend zu tröten.

Die Kommentare von *Schleimbeutel* und *Ohne Mich* richten sich direkt an den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und diskreditieren dessen Engagement für die Hamburger Einbürgerungsinitiative. Diese direkte Ansprache des diskursiven Gegners ist – wie man in Abschnitt 4.2 gesehen hat – eine gängige Praxis ethnonationalistischer Sprecher_innen. Während *Schleimbeutel* relativ gemäßigt, wenn auch hochgradig sarkastisch formuliert, ist der Beitrag von *Ohne Mich* deutlich aggressiver. Insbesondere die Aussage, das deutsche Volk werde bewusst vernichtet, rekurriert wiederum auf die vermeintliche Opferrolle der ‚echten Deutschen' und schmückt diese mit emotionaler Rhetorik aus. Die Opferrolle, die im Forum durch intersubjektive Akzeptanz inzwischen zur Konvention geworden ist, dient im nächsten Schritt dazu, den „Streik" und damit die aktive Verweigerung eines wirtschaftlichen Beitrags zu rechtfertigen. Der Bezug von Arbeitslosengeld wird als legitimer politischer Protest umgedeutet. Das ist besonders deshalb beachtenswert, weil der nächste Kommentar von *Gerhard Müller* eben diese Haltung als ‚Schmarotzertum' disqualifiziert – allerdings, und das ist entscheidend, nur in Bezug auf Mehrstaatler_innen (alias ‚Kosmopolit_innen') und (‚schlechte') Migrant_innen. Ihnen wird unterstellt, die Staatsangehörigkeit aus opportunistischen Gründen anzustreben und das deutsche ‚Volk'[198] strategisch auszubeuten. Den gleichen Vorwurf macht der Autor im Übrigen auch der politischen (SPD)Elite. Die vorangegangene Aussage von *Ohne Mich* wird dabei völlig ignoriert. Auf diese Weise gelangt man zu dem Eindruck, Sozialhilfe zu beziehen sei für Menschen mit Migrationshintergrund verwerflich und offenbare kriminelle Absichten, für ‚echte Deutsche' sei solch ein Verhalten jedoch aufgrund ihrer Opferrolle verzeihlich und sogar ein probates Mittel im politischen Kampf. Hieran kann man sehr anschaulich erkennen, wie eng diskursive Wirklichkeitskonstruktionen nicht nur mit Vorstellungen von Wahrheit, sondern eben auch mit Vorstellungen von Moral verknüpft sind. Die Dynamik aus Rationalität und Emotionalität, die im bisherigen Verlauf der Analyse anschaulich zu beobachten war, kreiert nicht nur Identitätsangebote

[198] Siehe die Ausführungen zu Herder in Abschn. 2.1

und Rollenbilder, sie ordnet diesen auch (im Goffman'schen Sinne) angemessenes bzw. erwartbares Verhalten zu.[199] Die Wertmaßstäbe, die der Diskurs etabliert, sind demnach nicht absolut, sondern relativ zu seinen jeweiligen Subjektkategorien. Da die diskursive Wirklichkeit im vorliegenden Forenbeispiel (wenigstens bis hierhin) keinerlei Widerspruch erfährt, entkoppeln sich ihre moralischen Implikationen vom korrigierenden Gegengewicht anderer Diskursrealitäten. Sie erscheinen absolut und ‚natürlich'. ‚Deutsch Sein' wird damit zum naturgemäßen, ethnisch begründeten Recht. Gegenteilige Auffassungen tauchen nur und ausschließlich als *konstitutive Unwahrheiten* in der Debatte auf. Sie dienen den Sprecher_innen als (unmoralischer) Kontrapunkt zur eigenen (moralischen) Perspektive. Sie bilden das *konstitutive Außen* über das die Ethnonationalist_innen ihre kollektive Identität legitimieren. Zu diesem Zweck müssen die Diskursproduzent_innen (wie in Abschnitt 5.2 festgestellt wurde) paradoxerweise den gegnerischen Diskurs reproduzieren, um ihn in der Folge umzudeuten, zu diskreditieren und ihm einen sehr spezifischen Platz in der eigenen symbolischen Sinnwelt zuzuweisen – ganz weit unten in der diskursiven Hierarchie aller potenziellen Wirklichkeiten. Die gegnerische Narration gilt als böse, naiv oder ‚saudumm' (s. o.). Sie ist jedoch nicht nichtig und kann es auch nicht sein, weil ihr Gegenstück angesichts der Lücke dann zwangsläufig ebenfalls nichtig erscheinen müsste. Die Diskurse brauchen einander. Jeder ist die Existenzbedingung des jeweils anderen. Am Bespiel der unentwegt auf Angriff und Gegenwehr ausgerichteten ethnonationalen Erzählung sticht dieser Umstand ganz besonders deutlich hervor.

amphi49 • vor 3 Jahren

wieder so ein politisches Maulheldengeschwätz der CSU, das man wegen fehlenden Mumm in den Hosen, letztlich im Rot/Grün/Schwarzen Schulterschluß, schnell abgehacken wird . Entwedern die Roten Herrschaften in Berlin und Hamburg nehmen Rücksicht auf die Belange anderer Bundesländer, wenn nicht, dann zeigt Ihnen die Ar...karte, aber schnell. Immerhin ist Bayern ein Freistaat und man soll sich das Recht vorbehalten, parteipolitisch motivierte Einbürgerungsorgien nicht anzuerkennen. Weder als Bundesrepublikaner und erst recht nicht als EU-Staatenbundler, braucht sich die autochthone Bevölkerung alles überstülpen lassen. Dafür braucht man sich auch nicht zu schämen, weil dieses Recht ein globales ist.

Im Kommentar von *amphi49* wird die Diskussion abermals auf eine neue Eskalationsstufe gehoben, denn der Beitrag ist letztlich ein aktiver Aufruf zur Sezession. Dabei tauchen mehrere Elemente auf, die schon an früherer Stelle anhand anderer Beiträge diskutiert wurden, so z. B. das antagonistische Wechselverhältnis mit den

[199] Siehe hierzu die Ausführungen zu Goffman in Abschn. 2.3 und 2.5

„Roten Herrschaften in Berlin und Hamburg", welches hier mit dem Verweis auf die EU noch explizit mit (negativen) Vorstellungen von Transnationalität und Kosmopolitismus verkoppelt wird. Bemerkenswert ist überdies die rationalisierende Bezugnahme auf den Begriff des ‚Freistaats' als Legitimation für ein etwaiges politisches Ausscheren aus der Bundesrepublik. Tatsächlich ist der Titel ‚Freistaat', den Bundesländer wie Bayern oder Sachsen führen, – ähnlich wie der Hamburger Titel ‚Freie und Hansestadt' – eine Bezeichnung, die sich historisch entwickelt hat und auf die Freiheit von (monarchischer!) Herrschaft verweist. Es handelt sich dabei um eine im deutschen Sprachraum entstandene alternative Bezeichnung für den Begriff der ‚Republik', die zur Zeit der Weimarer Republik für viele deutsche Staaten geläufig war.[200] Der Titel begründet demnach keinen qualitativen Unterschied zwischen den verschiedenen Bundesländern von heute und rechtfertigt auch keinen quasi-natürlichen Sonderweg. Nichtsdestoweniger lässt der im Stil einer Tatsachenargumentation formulierte Verweis auf den bayrischen Freistaat dessen besondere Rolle und Bedeutung ‚logisch' erscheinen und legitimiert die weitere Deutungslinie. In Abgrenzung zur EU wird auf das *nationalistische Prinzip* angespielt, das mit Gellner in Abschnitt 2.1 vorgestellt wurde. Die politische Selbstverwaltung der (Herder'schen) ‚Völker'[201] wird als Naturgesetz inszeniert. Die Selbstbezeichnung als „autochthone Bevölkerung" sowie der Verweis auf ein etwaiges ‚Völkerrecht' unterstreicht diesen Anspruch weitergehend. Gerade der Begriff ‚autochthon' ist in diesem Kontext interessant. Er taucht in der ethnonationalen Erzählung immer wieder auf, v. a. im Bereich ihrer radikaleren Seitenarme. Zwar ist die Vokabel und die damit verbundene Deutung weniger dominant als andere Muster des Diskurses, nichtsdestoweniger ist ihr wiederholtes Auftreten durchaus auffällig. Besonders bemerkenswert ist, dass ähnliche Karrieren des *Autochthony*-Begriffs auch im afrikanischen Kontext sowie in anderen westeuropäischen Ländern beobachtet werden können. Ceuppens und Geschiere stellen überdies fest, dass seine Verwendung immer in enger Verbindung mit Vorstellungen von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft steht und dass er sich außerdem maßgeblich über das *konstitutive Außen* der ‚Nicht-Autochthonen' (bzw. Allochthonen) konstituiert, wobei seine Dichotomisierung von (positiver) Statik und (negativer) Bewegung (in Form von Migration) unweigerlich gewisse Legitimations- und Definitionsprobleme mit sich bringt sowie die ständige Notwendigkeit, sich über die Abgrenzung (und die opportunistische Klassifizierung) von Außenstehenden seiner selbst zu vergewissern.[202] Diese Erkenntnisse sind auf den ethnonationalen Diskurs in hohem Maße

[200] Merz 2006: o.S.

[201] Siehe Abschn. 2.1

[202] Siehe hierzu Ceuppens / Geschiere 2005.

übertragbar. Durch die Bezugnahme auf das Bild der ‚Autochthonen', welches eng mit Vorstellungen von ‚indigenen Völkern' und ‚indigenen Rechten' assoziiert ist,[203] erfährt das ethnonationale Projekt zudem eine ideelle Aufwertung. Ihre Implikationen passen hervorragend in die Narration vom ‚fremdbestimmten Deutschland' und zur Rolle der ‚unterdrückten Minderheit' (respektive ‚überlegenen Volksgemeinschaft') im revolutionären Kampf gegen das korrupte System.

> **conservative • vor 3 Jahren**
>
> Herr Scholz hat ein Problem: Es ist fraglich, ob die Anzahl der Neubürger, die SPD wählen werden, einen Machtverlust auch verhindern werden. Im Zweifelsfalle gilt das Motte von 2008: Wer wählt ist nicht wichtig, wer zählt ist wichtig. Siehe den „Obama von Altona". Aber da hat es ja auch nciht gereicht.
>
> **helga-harry carstensen • vor 3 Jahren**
>
> hamburg möchte sich sicher die kriminalstatistik mit diesem trick verschönern.
>
> **Jutta Kodrzynski • vor 3 Jahren**
>
> Ich bin entsetzt über die inhaltliche und intelektuelle Qualität der Kommentare in der Welt.
>
> **Enhu > Jutta Kodrzynski • vor 3 Jahren**
>
> haben Sie das wort, welches Sie vor qualitaet gestellt haben, ‚richtig geschrieben?? oder ist es ein verzeihlicher schreibfehler

Die nächsten beiden Kommentare von *conservative* und *helga-harry carstensen* reproduzieren abermals Motive der Debatte, wie sie weiter oben bereits in früheren Beiträgen aufgetreten sind. Von weiterführendem Interesse ist im Post von *conservative* lediglich die Bezugnahme auf den „Obama von Altona". Dabei handelt es sich um den ehemaligen SPD-Politiker Bülent Ciftlik, den die Boulevard-Presse ob seines Charismas zeitweilig als „Obama von Altona" inszenierte, der dann jedoch wegen mehrerer Vergehen zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.[204] Solche *Negativ-Individualisierungen* vermittels plakativer Einzelfälle (meist mit kriminellem Kontext) sind im ethnonationalen Diskurs ein beliebtes Mittel der *Rationalisierung* diskursiver Logiken einerseits sowie der *Emotionalisierung* abstrakter, makroperspektivischer Behauptungen andererseits. Anders als im staatsnationalen Diskurs liegt das Ziel dieser Strategie dabei zumeist nicht in der

[203] Zum Verhältnis der Begriffe *autochthon* und *indigen* siehe außerdem auch Ceuppens / Geschiere 2005: 386 f.

[204] Siehe hierzu u. a. die zugehörige Sammlung von Artikeln im Archiv des Hamburger Abendblattes (Hamburger Abendblatt 2020).

Erzeugung von Empathie, sondern vielmehr (passend zum unentwegten Abgrenzungsbedürfnis der Sprecher_innen) in der Mobilisierung von Angst (oder *Cultural Anxiety*[205]). Während der hier zu beobachtende Einsatz von Machttechniken sich also unproblematisch in die kollektive Wirklichkeit des Forums einfügt, fällt der nachfolgende Kommentar (als einziger in der gesamten Forendiskussion!) aus der Reihe. Der Beitrag von *Jutta Kodrynski* hinterfragt und kritisiert die dominante Deutungslinie des ethnonationalen Diskurses sowie auch den Einsatz von rhetorischen Machttechniken seitens seiner Sprecher_innen. Dabei werden jedoch interessanterweise keine Gegenargumente angeführt, die in irgendeiner Form zur *Verständigung* führen könnten. Stattdessen nimmt die Autorin einen *moralisierenden* Standpunkt ein und wertet die vorherigen Redner_innen intellektuell ab. Das Aufeinanderprallen von Wirklichkeiten führt hier wiederum dazu, dass der gegnerischen Realität ein niederer Platz in der symbolischen Sinnwelt zugewiesen wird. Diese (emotionale) Abwehrreaktion wird dann auch sogleich durch den Kommentar von *Enhu* gespiegelt. Jener nimmt ebenfalls nicht auf die inhaltliche Aussage der Vorrednerin Bezug, sondern disqualifiziert diese, indem er auf einen Tippfehler in ihrem Post hinweist und damit die soeben inszenierte ‚intellektuelle Überlegenheit' seiner Kontrahentin ad absurdum führt. Dabei wird die Tatsache geflissentlich ignoriert, dass so gut wie alle Beiträge im Forum (und ebenso der Beitrag von *Enhu* selbst) Tippfehler aufweisen. Dieser kurze Wortwechsel steht exemplarisch für eine ganze Reihe weiterer im Diskursfeld. Wann immer Vertreter_innen unterschiedlicher Diskurslinien aufeinandertreffen ist augenfällig, dass sie einander intellektuell und/oder moralisch zu diskreditieren trachten. Die Verhaftung in der eigenen Wirklichkeitssphäre führt unweigerlich zur emotionalen (und rationalen) Ablehnung der jeweils anderen. Auffällig ist dabei v. a., dass die Auseinandersetzung mit der Gegenseite meistens überaus oberflächlich bleibt. Die Sprecher_innen begnügen sich damit, ihre eigene Meinung im Moment des Zusammenpralls durchzusetzen, nicht etwa durch Überzeugung ihres Gegenübers, sondern indem sie dessen Argumentation schlichtweg *ad absurdum* führen. Die gemeinsamen Grundbegriffe der Diskurse bleiben dabei in der Regel im Dunkeln, ihre polyseme Natur unbeleuchtet. Auf diese Weise kann sich der konstitutive Antagonismus zwischen ihnen ungehindert entfalten. Die diskursiven Wirklichkeiten erhalten sich selbst – und sie erhalten, in steter und unweigerlicher Wechselwirkung, immer auch einander.

wähler • vor 3 Jahren

wie hier ein land verraten und verkauft wird ist schon einmalig – wer die wählt hat mit diesem land nichts am hut – aber auch garnichts

---

[205] Siehe die Ausführungen zu Grillo in Abschn. 2.3

Enhu • vor 3 Jahren

wenn das alles so weiter geht moechte ich keine deutscher mehr sein

es reicht im ergebnis ‚hier zu sein eine gewisse-durchaus kurze zeit--und schon gibt es den pass

es handelt sich hier doch nicht um ein einbuergerungsverfahren,sondern ein pass erlangungsverfahren

glauben denn die politiker, dass so ein einbuergerungswilliger ‚aus anderem kulturkreis stammend, mit anderen wertvorstellungen aufgewachsen anders tickt ‚nur weil er einen deutschen pass hat??

viele von den neuen deutschen sagen doch ganz offen,dass sie fuer ausschwitz und andere verbrechen keine verantwortung uebernehmen,das sei doch sache von uns deutschen

wenn das so weitergeht wird alsbald jedem der einen antrag stellt, ‚eine praemie bezahlt

armes deutschland--wir holen uns die probleme mit freuden ins haus

der islam gehoert zu deutschland

der ausverkauf gehoert zu deutschland

der schwachsinn gehoert zu deutschland

Die Kommentare von *wähler* und *Enhu* bringen noch einmal anschaulich das Gefühl der Deprivation auf den Punkt, welches die gesamte bisherige Forendiskussion wie ein roter Faden durchzogen hat. Insbesondere am Beitrag von *Enhu* fallen die zahlreichen emotionalen Deutungs- und Stilfragmente auf. Im Stilistischen Bereich tritt hier v. a. die abschließende Repetition mit ihrem intensivierenden Charakter hervor, welche abermals in der Konstruktion von *konstitutiver Unwahrheit* (respektive *konstitutiver Unmoral*) mündet (= „schwachsinn“). Inhaltlich verbindet der Kommentar verschiedene affektive Elemente zu einer selbstverstärkenden Narration. So wird die kulturfundamentalistische Vorstellung von containerhaften ‚Kulturkreisen‘ und der damit einhergehende Migrations- / Integrationspessimismus mit dem hochgradig emotionalen Motiv des nationalsozialistischen Holocaust in Verbindung gebracht. Insbesondere das personalisierende Bekenntnis, unter den gegebenen Umständen „kein deutscher“ mehr sein zu wollen, illustriert überdies die emotionale Negativspirale, in welcher der Sprecher sich offensichtlich befindet und externalisiert diese für die Rezeption durch etwaige Adressat_innen. Anhand seines Posts wird die wechselseitige Dynamik aus Rationalisierung und Emotionalisierung, welche die gesamte Forendebatte maßgeblich strukturiert, noch einmal in besonderer Weise sichtbar. Emotionale Argumente tragen dazu bei, die eigene Wirklichkeit sowie v. a. auch die

eigene Position in selbiger zu *rationalisieren* und zu *legitimieren*. Emotionen sind hier nicht bloß ein Verteidigungsmechanismus zum Schutz der eigenen rationalen Ordnung. Vielmehr sind sie deren Fundament und ihre ureigene Voraussetzung.

Aus dem letzten Eintrag, und darüber hinaus auch aus dem gesamten Forum, spricht ein akutes Gefühl des drohenden Identitätsverlusts, wie es nicht nur für viele nationalistische Diskurse typisch ist[206] sondern überdies auch für den *Autochthony*-Diskurs nach Ceuppens und Geschiere (s. o.), mit welchem es im vorliegenden Diskursfeld eine gewisse Verschränkung zu geben scheint. Inwiefern Vorstellungen von *Autochthony* für den ethnonationalen Diskurs eine ähnliche Funktion übernehmen, wie es der *Hamburg-Mythos* für den staatsnationalen Diskurs tut, ist eine überaus interessante Frage. Da die Nutzung des Begriffs *autochthon* im Diskursfeld jedoch eher eine Randerscheinung bildet, ist von einer solch zentralen Bedeutung – jedenfalls nach aktueller Datenlage – nicht auszugehen. Nichtsdestoweniger gibt es offensichtliche Parallelen zwischen dem deutschen Konzept des *‚Volkes‘* (oder der Kulturnation) und dem globalen Phänomen der *Autochthony*. Die wichtigste dieser Parallelen besteht in der kontinuierlichen Notwendigkeit zur Abgrenzung, welcher die Sprecher_innen des ethnonationalen Diskurses sich augenscheinlich ausgesetzt sehen. Die Metaphorik von Angriff und Gegenwehr, die den Diskurs entscheidend anleitet, kann sich in relativ autarken virtuellen Räumen wie dem hier untersuchten Online-Forum nahezu ungehindert entfalten. In dieser Hinsicht weckt das Forum Assoziationen mit den Hamburger Einbürgerungsfeiern, die in Abschnitt 5.2 untersucht wurden. In beiden Fällen kann sich die Diskursrealität durch ihre (selektive) Abkopplung von gegenläufigen Wahrheiten intersubjektiv verselbstständigen und gleichzeitig in ausgewählter Form *konstitutive Unwahrheit* und *konstitutive Unmoral* zulassen. Dieser Prozess vollzieht sich entlang von diskursiven Machttechniken, wie sie u. a. auch schon am staatsnationalen Beispiel zu beobachten waren. So ist zuvorderst das Wechselspiel aus *Rationalisierung* und *Emotionalisierung* zu nennen, das sich gleichermaßen (wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise) durch beide diskursiven Strömungen (und durch die gesamte massenmedial vermittelte Debatte) zieht. In Verbindung damit stehen Strategien der *Superlativierung*, der *Personalisierung*, der *Repetition,* der *Zitation* und der (in diesem Falle ‚negativen‘) *Individualisierung*. Des Weiteren sind *Sarkasmus* und das *ad absurdum-Führen* gegnerischer Stimmen als wichtige Elemente hervorgetreten sowie auch die Nutzung von *Floskeln* und *Redewendungen* als Appell an den ‚gesunden Menschenverstand‘. Zusammenfassend lässt sich die ethnonationale Forendiskussion als *Hate Speech* nach Wilce charakterisieren.[207] Ob bei deren

[206] Siehe hierzu Abschn. 2.1

[207] Siehe hierzu Abschn. 2.3

moralischer Rechtfertigung Sprachideologien eine prominente Rolle spielen, kann in dieser Arbeit nicht abschließend geklärt werden. Klar ist jedoch, dass die extensive Inszenierung von Hass und Angst maßgeblich durch die diskursinterne Logik der ethnonationalen Narration gerechtfertigt wird und dass derartige Emotionalisierungstechniken umgekehrt auch die diskursive Logik legitimieren, indem sie deren (vermeintliche) Implikationen unmittelbar erfahrbar machen. Der Diskurs entwirft eine tautologische Wirklichkeit, deren rationale und emotionale Aspekte sich fortwährend gegenseitig bestätigen. In dieser Hinsicht gleicht er dem staatsnationalen Diskurs, allerdings scheint die ‚Stoßrichtung' seiner Dynamik eine völlig andere zu sein. Während der staatsnationale Diskurs sich maßgeblich mit der Konstruktion positiver Identitätsangebote befasst, beschränkt sich der ethnonationale Diskurs nahezu ausschließlich darauf, Außenstehende zu identifizieren und abzuwehren. Das heißt nicht, dass der ethnonationale Diskurs seinen Adressat_innen keinerlei positive Identitätsangebote unterbreiten würde. Er tut dies in der Tat sehr extensiv, jedoch in aller Regel *implizit* vermittels Negation dessen, was sie jeweils nicht sind. Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen den beiden diskursiven Narrationen und ihren korrespondierenden Machtstrategien bedarf im Folgenden einer näheren Betrachtung.

Die Machtstrategien im Vergleich

Die Frage, warum ethnonationaler und staatsnationaler Diskurs sich in ihren argumentativen Strategien und im Einsatz ihrer Machttechniken so gravierend voneinander unterschieden, ist nicht leicht zu beantworten. Mehrere Faktoren spielen hierbei eine Rolle. Zunächst einmal ist zu bedenken, dass staatsnationaler und ethnonationaler Diskurs in sehr verschiedenen Arenen und vermittels unterschiedlicher Medien (re)produziert werden. Anhand der Debattenausschnitte, die im vorliegenden Unterkapitel erörtert wurden, ist überaus deutlich geworden, dass die Produktion der beiden dominanten Diskurse jeweils sehr spezifischen *Regeln* folgt. Nicht nur Foucault hat darauf hingewiesen, dass Diskurse immer kontextuellen ‚Verknappungsmechanismen' unterworfen sind.[208] Auch Goffman geht davon aus, dass jede zwischenmenschliche Interaktion (auch dann, wenn sie massenmedial vermittelt ist) ‚gerahmt' wird durch Konventionen und intersubjektiv abgestimmte Erwartungshaltungen.[209] Je nach Situation und Kontext der Interaktion (bzw. des Diskurses) unterscheiden sich diese *Frames* zum Teil erheblich voneinander. So erfordert eine rituelle Laudation im Rahmen einer offiziellen Einbürgerungsfeier völlig andere Formen der Rhetorik als die inoffizielle und anonyme (!) Kommunikation in einem

[208] Siehe hierzu die Ausführungen zu Foucault in Abschn. 2.3 und 2.4

[209] Siehe hierzu die Ausführungen zu Goffman in Abschn. 2.3 und 2.5

öffentlichen Online-Forum. Einige der Diskrepanzen im Hinblick auf Form und Stil der obigen Aussagen sind insofern ohne Zweifel auf die divergierenden Formationsregeln zurückzuführen, derer sie sich jeweils ausgesetzt sehen. Jedoch ist der Verweis auf diese Formationsregeln nicht ausreichend, um zu erläutern, warum der eine Diskurs Identität aktiv und inklusiv ausformuliert, während der andere Diskurs sie ausschließlich indirekt via Exklusion impliziert.

Ein weiterer Anhaltspunkt, der wohlmöglich zu einer Antwort führen könnte, betrifft die in Abschnitt 4.3 identifizierten Adressat_innenkreise der Diskurse. So wurde der staatsnationale Diskurs als fremdadressierter ‚Werbediskurs' charakterisiert, da er in der Hauptsache von politischen sowie zivilgesellschaftlichen Eliten ausgeht und maßgeblich darauf abzielt, deren Publika – Migrant_innen, Eingebürgerte, Hamburger_innen, potenzielle Wähler_innen, etc. – von seiner diskursiven Wirklichkeit zu überzeugen. Ganz im Gegensatz dazu entwirft der ethnonationale Diskurs eine im hohen Maße selbstadressierende Narration, insofern seine Sprecher_innen einander – vor allem im Rahmen von Online-Foren – gegenseitig eine Bühne bieten. Die unterschiedliche Verfasstheit der diskursiven Identitätspantheons – simpel und systematisch im staatsnationalen Fall, komplex und diffus im ethnonationalen Fall – wurden maßgeblich auf diesen zentralen Unterschied zurückgeführt. Insbesondere die hohe emotionale Betroffenheit der ethnonationalistischen Sprecher_innen führt demnach zu einem gesteigerten Abgrenzungsbedürfnis gegenüber einem (wie auch immer gearteten) ‚feindlichen Außen'. Sie führt überdies zu latenten Legitimationsproblemen, etwa dann, wenn unterschiedliche Teilsinnwelten der Diskursproduzent_innen diskursintern miteinander in Konflikt geraten (so z. B. im Falle der widersprüchlichen Identitätskategorien von ‚echten' und ‚anständigen Deutschen'), bzw. wenn der Diskurs als Ganzes sich mit konkurrierenden Wahrheiten konfrontiert sieht, die ihrerseits – wie u. a. der staatsnationale Diskurs – extensiv symbolisches Kapital akkumulieren.[210]

Die Unterscheidung zwischen selbstadressiertem und fremdadressiertem Diskurs ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, sie erklärt jedoch immer noch nicht die starke Divergenz der diskursiven Emotionalisierungsstrategien, die in der obigen Analyse festzustellen war. Um diese Divergenz weitergehend zu verstehen ist es sinnvoll sich an die historische Entwicklung der nationalistischen deutschen ‚Vorgängerdiskurse' zu erinnern, wie sie ausführlich in Abschnitt 2.5 erörtert wurde. Hier nun endlich schließt sich der Kreis zu Brubaker und seiner berühmt-berüchtigten Charakterisierung Deutschlands als *Kulturnation*.[211] Tatsächlich hat

---

[210] Siehe hierzu vergleichend auch Ceuppens / Geschiere 2005: 402 f.

[211] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit sowie die Ausführungen zu Brubaker in Abschn. 2.1

es in der deutschen Geschichte ethnonationale *und* staatsnationale Konzeptionen von Nation gegeben. Trotzdem ist mit Brubaker festzuhalten, dass ethnonationale Diskurse in der Vergangenheit sehr viel stärker zu Dominanz gelangt sind und wesentliche Meilensteine des deutschen Nations- und Staatsbildungsprozesses in entscheidender Weise mitgeprägt haben (so etwa die Kodifizierung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 mit seiner gesetzgeberischen Hintertür für die Hegemonialmacht Preußen).[212] Gerade der Herder'sche Volksbegriff und dessen wissenschaftliche Verwertung durch Ideologen wie Meinecke sowie auch das Wirken der frühen ethnologischen Primordialisten, Evolutionisten und Diffusionisten haben dazu geführt, dass sich im deutschen Sprachraum eine ethnonationale Vision von Nation durchsetzen konnte und dass diese – wie die vorliegende Untersuchung zeigt – heute nach wie vor in den Köpfen präsent ist.[213] Rezente politische Debatten – etwa zum Thema Vermeidung von Mehrstaatigkeit und (Wieder)Aberkennung von Staatsangehörigkeit[214] – demonstrieren, dass ethnonationale Konzeptionen immer noch eine zentrale Stellung in der gesamtgesellschaftlichen Sinnwelt einnehmen. Die kollektive Hierarchie der Wirklichkeiten mag sich zwar momentan zu ihren Ungunsten verschoben haben, das bedeutet jedoch nicht, dass ihr Einfluss nachhaltig gebrochen ist.

Wie schon im Hinblick auf den Hamburg-Mythos in Abschnitt 5.3 muss betont werden, dass die Tradierung kultureller Wirklichkeiten selbigen zwangsläufig Macht verleiht, insoweit sie im Prozess der intergenerationalen Weitergabe unweigerlich naturalisiert werden und dadurch nach und nach in den Bereich des Unbewussten eintreten.[215] Dieser Umstand trifft auf den ethnonationalen Diskurs ganz offensichtlich in besonderer Weise zu. Der starke Einfluss staatsnationaler Deutungen ist dementgegen eine verhältnismäßig neue Erscheinung. Staatsnationale Narrationen haben erst mit Gründung der (noch immer recht jungen) Bundesrepublik die ‚Oberhand' über ihr ethnonationales Gegenüber gewinnen können und waren selbst dann noch alles andere als unangefochten (was sich u. a. am ethnonationalen Konzept der ‚deutschen Volkszugehörigkeit' zeigt, das 1949 im Grundgesetz verankert und in den 1980er Jahren zugunsten der sogenannten Aussiedler_innen wiederbelebt

---

[212] Siehe hierzu Abschn. 2.5

[213] Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit sowie die Ausführungen zu Herder und Meinecke in Abschn. 2.1 und die Ausführungen zur frühen Ethnologie in Abschn. 2.3. Siehe außerdem die Untersuchungsergebnisse im gesamten Kap. 4 sowie in Abschn. 5.1.

[214] Siehe Abschn. 2.5

[215] Siehe hierzu die Ausführungen zu Berger und Luckmann sowie zu Bourdieu in Abschn. 2.3

wurde).[216] In Anbetracht dieses historischen Ungleichgewichts zwischen staatsnationaler und ethnonationaler Diskursströmung erscheint deren heutige Beziehung in einem völlig anderen Licht. Augenscheinlich hat sich ihr Verhältnis zunächst umgekehrt. So akkumuliert nun die staatsnationale Linie vermittels ihrer elitären Sprecher_innen in erheblichem Ausmaß symbolisches Kapital, während die ethnonationale Narration ‚an den Rand der Gesellschaft' gedrängt scheint. Dieses Bild ist jedoch trügerisch. Zwar mag die staatsnationale Linie derzeit besonderen Einfluss geltend machen können, die vorliegende Arbeit hat jedoch aufgedeckt, dass sie sich dabei unentwegt mit der ethnonationalen Gegenmacht auseinandersetzen muss.[217] Es konnte gezeigt werden, dass die staatsnationale Ideologie sehr wohl von diesem inhärenten Antagonismus profitiert, insoweit er ihre Identitätsangebote emotional attraktiv erscheinen lässt.[218] Nichtsdestoweniger ist es aber gerade der Antagonismus als solcher, der eben diese Identitätsangebote (sowie die spezifische Art ihrer diskursiven Ausgestaltung) überhaupt erst erforderlich macht. Während der ethnonationale Diskurs auf ein breites Repertoire historisch eingelernter ‚Selbstverständlichkeiten' zurückgreifen kann, was Vorstellungen von Identität und Gemeinschaft anbelangt, muss der staatsnationale Diskurs seine Rezipient_innen in weitaus stärkerem Maße von seiner (vergleichsweise neuen) Wirklichkeitskonstruktion *überzeugen*. Seine Sprecher_innen können sich in deutlich geringerem Umfang auf das Kontextwissen ihrer Adressat_innen verlassen, als dies seitens der Ethnonationalist_innen möglich ist. Aus diesem Grund müssen Identitätskonstruktionen explizit ausformuliert und intensiv ‚schmackhaft' gemacht werden, damit sie von etwaigen Rezipient_innen inkorporiert werden können. Andersherum sieht der ethnonationale Diskurs sich zusehends bedroht durch den wachsenden Einfluss der staatnationalen Deutungslinie. Seinerseits befindet er sich im Kampf gegen einen vergleichsweise neuen Feind. Auch wenn die ethnonationale Narration deutlich aggressiver und deutlich stärker auf Konfrontation ausgerichtet zu sein scheint, ist es in der Tat der staatsnationale Diskurs, der in diesem Konflikt den Angreifer mimt. Der ethnonationale Diskurs befindet sich in der Defensive und ist deswegen umso mehr auf Abgrenzung ausgerichtet. Er muss seine Identitätsangebote nicht mehr detailliert ausformulieren oder seine Anhänger_innen von deren Gültigkeit überzeugen. Er muss vielmehr die neue Wirklichkeit diskreditieren, die ihm seinen angestammten Platz in der symbolischen Sinnwelt abspenstig macht. Wenn man so will, befindet sich der staatsnationale Diskurs im Prozess des Aufstiegs, der

[216] Siehe Abschn. 2.5

[217] Siehe hierzu u. a. das Kapitel 4 sowie die Unterkapitel 5.1 und 5.2 in der vorliegenden Arbeit.

[218] Siehe Abschn. 5.2

ethnonationale Diskurs hingegen im Prozess des Niedergangs. Damit soll jedoch keinesfalls impliziert werden, dass dieser Vorgang – und die damit einhergehende Hierarchisierung von Wirklichkeit – unumkehrbar wäre. Die Wahlerfolge der AFD, die in der Einführung zu dieser Arbeit thematisiert wurden, deuten hier vielmehr auf das Gegenteil hin.

Diskurse befinden sich fortwährend im Fluss. Sie generieren Macht aus Akzeptanz – und Akzeptanz kann gewonnen oder verloren werden. Wie erfolgreich ein Diskurs ist oder potenziell sein kann, hängt nicht nur von etwaigen Kontextfaktoren ab – wie z. B. der sogenannten ‚Flüchtlingskrise' von 2015[219] oder dem Aufflammen eines syrischen Bürgerkrieges unter Beteiligung deutscher fundamentalislamischer Terrorist_innen.[220] Erfolg oder Misserfolg sind – das hat Abschnitt 5.3 anschaulich gemacht – in erheblicher Weise mit der allgemeinen Struktur des Diskursfeldes verbunden, mit allen potenziellen Wirklichkeiten, die darin diskursiv verfasst sind, sowie mit den interdiskursiven Antagonismen und Allianzen, die sich aus dieser spezifischen Verfasstheit ergeben. Vor diesem Hintergrund lässt sich mit Laclau und Mouffe festhalten, dass die Wirklichkeit in der Tat zur Wahl steht.[221] Diese Wahl ist immer partiell und temporär, sie ist im selben Maße emotional wie sie rational ist – und sie ist niemals völlig *freiwillig*. Der Akt der Wahl als solcher ist letztlich die Folge einer diskursimmanenten Dynamik, die (im Anschluss an Foucault[222]) aus Wissen Macht generiert, indem sie (identitäre) Wirklichkeitskonzeptionen emotional auflädt und dabei Einfluss nicht nur auf den menschlichen Geist, sondern auch und v. a. auf den menschlichen Körper nimmt.[223]

Jürgen Habermas, dessen *Diskursethik* in Abschnitt 2.4 vorgestellt wurde, geht mit seinem Konzept der *kommunikativen Vernunft* davon aus, dass jede Kommunikation eine Reihe von Vorannahmen erforderlich macht. So könne Verständigung nur deshalb funktionieren, weil alle Beteiligten annehmen, dass sie dieselbe faktische Realität miteinander teilen, weil sie einander Zurechnungsfähigkeit und Aufrichtigkeit unterstellen und weil sie überdies vom Wahrheitsgehalt und der intersubjektiven Überprüfbarkeit ihrer eigenen Aussagen überzeugt sind. In einer Diskussion gehen wir – wenigstens, wenn wir ernsthafte Absichten hegen, – davon aus, dass das ‚bessere Argument' letztlich obsiegen wird. Des Weiteren nehmen wir an, dass dieses ‚bessere Argument' anhand des lebensweltlichen Kontextes, in dem wir uns

219 Siehe hierzu die Einführung zu dieser Arbeit.

220 Siehe hierzu die Ausführungen zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2019 in Abschn. 2.5

221 Siehe hierzu Abschn. 2.4

222 Siehe hierzu Abschn. 2.4

223 Siehe hierzu die Ausführungen zu Emotionen in Abschn. 2.3

gemeinsam bewegen, auch für alle anderen gleichermaßen erkennbar sein wird. Ohne diese notwendigen Präsuppositionen, so Habermas, gäbe es keinen Anlass, miteinander in Interaktion zu treten.[224] Ganz im Gegensatz dazu muss anhand der obigen Analyse allerdings festgestellt werden, dass die Habermas'schen Präsuppositionen nicht bloß (wie er selbst anführt) *kontrafaktisch* sind,[225] sie tragen außerdem auch entscheidend dazu bei, den diskursiven Antagonismus zu befeuern, der die unterschiedlichen Wirklichkeitssphären wirksam gegeneinander abschirmt. Sie sind nicht, wie Habermas annimmt, Vorbedingungen der Verständigung. Vielmehr *wehren* sie der Verständigung, indem sie ihrerseits das polyseme Fundament der Wirklichkeit negieren und die damit korrespondierende Hierarchisierung konkurrierender Wahrheiten ignorieren. Derart ‚naive' Vorannahmen sind der Grund dafür, dass Meinungen, die klar von der eigenen rationalen Ordnung abweichen, unweigerlich im Lichte der Unmoral und der Unwahrheit erscheinen müssen (denn das Streben nach dem ‚besseren Argument' setzt letztlich immer auch die Diskreditierung ‚schlechter Argumente' voraus). Insofern ist die *kommunikative Vernunft* – trotz und gerade wegen ihrer ‚guten Absichten' – das ureigene Machtinstrument des Diskurses. Die Unterstellung von Zurechnungsfähigkeit und Aufrichtigkeit folgt gerade *nicht* aus dem quasi-automatischen Vertrauen auf eine gemeinsame Realität und eine gemeinsame rationale Ordnung. Sie folgt auch nicht aus der quasi-automatischen Annahme, dass die eigene Perspektive *wahr* und als solche überprüfbar sei. Sie folgt vielmehr aus einer Sensibilität dafür, dass jede intersubjektive Wirklichkeit zwangsläufig verschachtelt und potenziell konflikthaft ist. Sie folgt aus dem Transparent-Machen von Techniken der Macht und der Emotionalisierung und – vor allem – aus einem kritischen Bewusstsein für die polyseme Natur aller gesellschaftlichen Grundbegriffe. Folgt man der in Abschnitt 2.3 etablierten demokratietheoretischen These, dass eine ‚aufgeklärte Öffentlichkeit' zu den zentralen Funktionsvoraussetzungen jedes demokratischen Systems gehört, dann muss ein grundlegendes Verständnis für die Macht und die Wirkungsweise von Diskursen – und damit auch und v. a. für den untrennbaren Zusammenhang von Rationalität und Emotionalität – zwangsläufig Teil dieser Aufklärung sein. Ohne ein solches Verständnis (das demonstriert die vorliegende Untersuchung) sind *Verständigung* (im Habermas'schen Sinne) und *Deliberation* (etwa nach Benhabib[226]) schlichtweg unmöglich.

---

[224] Siehe hierzu die Ausführungen zu Habermas in Abschn. 2.4, siehe überdies weiterführend Krüger / Demmerling / Habermas 2016: 807 f.

[225] Krüger / Demmerling / Habermas 2016: 808.

[226] Siehe hierzu Abschn. 2.2



Abschluss 6

6.1 Zusammenfassung und Ausblick: Das polyseme Fundament der Wirklichkeit

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, das Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative auf die darin propagierten Vorstellungen von *deutscher Nation* hin zu untersuchen, sowie auf etwaige damit einhergehende Nationalismen, welche die öffentliche, massenmedial vermittelte Debatte maßgeblich dominieren. Das Thema Einbürgerung wurde hierfür als Aufhänger gewählt, weil es in besonderer Weise die Grenzen der Nation und des Staates, des Eigenen und des Fremden, des Einschlusses und des Ausschlusses zutage treten lässt. Am Beispiel der Hamburger Einbürgerungsinitiative und der sich an ihr entzündenden diskursiven Auseinandersetzung sollten *Folk Concepts* von *Nation*, *Identität*, *Integration* und *Kultur* analysiert und nach ihrer jeweiligen Bedeutung für die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit befragt werden. Dabei war u. a. auch das Verhältnis dieser populären Konzeptionen zu ihren wissenschaftlichen (und insbesondere ethnologischen) Gegenstücken von Interesse. Des Weiteren lagen der Untersuchung eine Reihe von Thesen zugrunde. So wurde angenommen, dass die oben genannten *Folk Concepts* wesentliche Bestandteile der *Phänomenstruktur* sind, auf welche die nationalistischen Diskurse ihre divergenten Narrationen stützen. Weiterhin wurde angenommen, dass diese Narrationen ihren spezifischen Einfluss aus der diskurseigenen Wechselwirkung von *Macht*, *Wissen* und *Emotion* entfalten und dass diese Dynamik der kulturellen Wirklichkeitsproduktion inhärent vielstimmig und daher auch inhärent konflikthaft ist. Vor diesem Hintergrund ist es das primäre Forschungsziel dieser Arbeit gewesen, das zu untersuchende Diskursfeld möglichst holistisch zu erfassen und, wenn nicht alle, so doch

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0_6

wenigstens alle *dominanten* Strömungen zu untersuchen, welche die gesellschaftliche Sinnwelt im Themenfeld Einbürgerung strukturieren. Die Notwendigkeit eines solchen Ansatzes ergab sich nicht allein aus der eingangs formulierten Feststellung, dass ethnologische Studien ‚der eigenen Gesellschaft' (auch und gerade im europäischen Kontext) häufig eine problematische Tendenz zur perspektivischen Verengung auf (ethnische/migrantische) Minderheiten im Verhältnis zum sie dominierenden Staat aufweisen. Der Ansatz gründete überdies auch und v. a. auf einem soliden diskurstheoretischen Fundament, welches verschiedene ethnologische Zugänge mit Zugängen der interdisziplinären Diskursforschung, der Luckman'schen Wissenssoziologie sowie mit den Überlegungen Bourdieus, Halls und Goffmans zu einer Definition von *Kultur als Diskurs* verbindet. Der systematische Entwurf einer diskursethnologischen Theorie und Methode diente dabei nicht bloß als Fundament der hier vorliegenden Untersuchung. Er sollte außerdem (und in erster Linie) für die allgemeine ethnologische Forschung erschlossen und weiterführend nutzbar gemacht werden. Der umfangreiche theoretische Aspekt der Arbeit ist in erster Linie deshalb zentral, weil – wie die einleitende Vorbemerkung zeigen konnte – es ethnologischen Diskursanalysen in der Vergangenheit vielfach an Fundierung, Transparenz und Systematik mangelte.

Die in den vorangegangenen Kapiteln der Arbeit erschlossenen Untersuchungsergebnisse sollen an dieser Stelle noch einmal in unmittelbaren Bezug zu den Forschungszielen und Thesen gebracht werden, wie sie oben zusammenfassend beschrieben wurden. Dieser abschließende Überblick gliedert sich in vier Abschnitte:

Erstens sollen die verschiedenen Definitionen von *deutscher Nation* rekapituliert werden, welche die Debatte und deren dominante Diskurse jeweils anleiten. Dabei wird auch auf die Brubaker'sche Dichotomie von ‚Staatsnation' und ‚Kulturnation' einzugehen sein, die in der Einführung zu dieser Arbeit einen wesentlichen (und durchaus nicht unumstrittenen) theoretischen Ausgangspunkt für die weitere Analyse bildete.

Zweitens müssen die Konzepte *Nation, Identität, Integration* und *Kultur* als zentrale Bestandteile der interdiskursiven Phänomenstruktur Berücksichtigung finden. Angesichts einer hochgradig problematischen Beziehung zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Ausformungen dieser Begriffe muss außerdem die diesbezügliche Verantwortung der Ethnologie in besonderer Weise beleuchtet werden.

Drittens müssen die Strategien und Effekte der Diskursproduktion zusammengefasst und zu der eigendynamischen Spirale aus *Macht, Wissen* und *Emotion* in Bezug gesetzt werden, die ihrerseits Produkt und Triebfeder der diskursiven Inszenierung ist. Diskursive Antagonismen und Allianzen, die unweigerlich aus

dem polysemen Fundament der Wirklichkeit erwachsen, sind dabei von zentraler Relevanz.

Viertens und letztens muss der paradigmatische Zugang der vorliegenden Arbeit evaluiert werden. Er muss auf seine forschungspraktischen Implikationen und auf seinen Wert für die untersuchte Fragestellung hin überprüft werden. Außerdem muss seine Relevanz im weiteren gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und ethnologischen Kontext Beachtung finden. Potenzial und Verantwortung der Ethnologie werden in diesem Zusammenhang abermals von Bedeutung sein.

Die janusköpfige Nation

In der Einführung zu dieser Arbeit wurde Rogers Brubakers These, dass Deutschland – wenigstens im Selbstverständnis seiner Bürger_innen – ein ethnonational verfasster Staat sei, zum Ausgangspunkt genommen, um nach dominanten Vorstellungen von *deutscher Nation* zu fragen, wie sie sich in der öffentlichen, massenmedial vermittelten Debatte um die Hamburger Einbürgerungsinitiative entfalten. Dabei wurde in Bezug auf Brubaker – wie auch in Bezug auf einige seiner Kritiker_innen[1] – festgestellt, dass deren Analyse mehr oder minder ausschließlich auf die Betrachtung gesellschaftlicher und (v. a.) politischer Eliten fokussiert und insofern zwangsläufig unvollständig ist. Anhand der ethnologischen Erhebung Forsythes konnte demonstriert werden, dass das deutsche Identitätsempfinden in der Tat deutlich komplexer strukturiert ist, als Brubaker es mit seiner simplen Dichotomie von Staats- und Kulturnation impliziert.[2] Nichtsdestoweniger hat die historische Betrachtung offenbart, dass ethnonationale Narrationen in der deutschen Vergangenheit immer wieder zu erheblichem Einfluss gelangt sind, während staatsnationale Gegenentwürfe nicht im selben Maß Erfolge zeitigen konnten.

Vor diesem Hintergrund hat die diskursanalytische Untersuchung des öffentlichen Diskursfeldes um die Hamburger Einbürgerungsinitiative zwei dominante Nationalismen zu Tage gefördert, deren Diskurse nicht nur gänzlich gegenläufige Logiken ausformulieren, sondern überdies auch in diametral verschiedenen Konzeptionen von *deutscher Nation* münden. So formuliert der *offizielle Hamburger Einbürgerungsdiskurs* eine *staatsnationale* Vision von ‚Deutsch-Sein', welche demokratische Rechte und kulturelle Pluralität betont. Demgegenüber steht der *dominante Gegendiskurs* mit seiner *ethnonationalen* Narration von der quasi-natürlichen (ethnisch-)deutschen ‚Volksgemeinschaft'.

---

[1] Siehe hierzu v. a. Abschn. 2.5

[2] Siehe hierzu die Ausführungen zu Forsythe in der Einführung zu dieser Arbeit sowie in Abschn. 2.2

Es konnte gezeigt werden, dass diese beiden zentralen Diskurse jeweils andere Publika bedienen und (zumindest in der Hauptsache) von anderen Sprecher_innen produziert werden. Der staatsnationale Diskurs wird in erster Linie durch politische und zivilgesellschaftliche Eliten propagiert. Er ist ein fremdadressierter ‚Werbediskurs' der sich v. a. an Migrant_innen bzw. potenzielle Einbürgerungskandidat_innen, potenzielle Wähler_innen und (in besonderer Weise) an Hamburger_innen richtet. Ganz im Gegensatz dazu handelt es sich beim ethnonationalen Diskurs um eine selbstadressierte Erzählung, die in den virtuellen Räumen einer diffusen Zivilgesellschaft verankert ist, in welchen die Rollen von Sprecher_innen und Adressat_innen mehr oder minder umfassend zur Deckung kommen. Dabei akkumulieren beide Diskurse auf unterschiedliche Weise symbolisches Kapital – der staatsnationale Diskurs durch seine autoritativen Sprecher_innen und durch sein mächtiges Hamburger Einbürgerungsdispositiv, der ethnonationale Diskurs durch den Mangel an Widerspruch in den von ihm dominierten Arenen sowie auch und gerade durch seine kontinuierliche historische Präsenz und dem damit zwangsläufig einhergehenden Faktor der ‚Gewöhnung'.

Des Weiteren muss betont werden, dass beide Diskurse zwar sehr wohl schlüssige Narrationen entwickeln, dass diese jedoch nicht die Gestalt stringenter Linien annehmen und dass sie außerdem auch nicht frei von Inkonsistenzen sind. In Anbetracht dessen müssen sie vielmehr als inhomogene Diskurs*strömungen* mit verschiedensten Seitenarmen gelten. Diese Strömungen bilden radikale Pole aus, zwischen denen das gesamte Diskursfeld oszilliert. Einzelne Sprecher_innen mögen eher der einen oder der anderen Seite zuneigen, das heißt jedoch nicht, dass sie nicht auch gegenläufige Deutungen in ihre subjektive Sinnwelt inkorporieren und entsprechend externalisieren können. Überdies sind die beiden dominanten Nationalismen auch nicht hermetisch von anderen Diskursen abgeriegelt. Tatsächlich sehen sie sich durchaus mit abweichenden (z. B. postnationalistischen, transnationalistischen, fremdnationalistischen oder subnationalistischen) Deutungen konfrontiert. Diese Deutungen müssen jedoch als bloße Randerscheinungen gelten, in Anbetracht des erheblichen Einflusses, den die beiden populären Massendiskurse generieren. Eine namhafte Ausnahme bildet hier lediglich der – überaus dominante – lokalpatriotische Hamburg-Mythos, der in enger Symbiose mit dem staatsnationalen Diskurs existiert und in erheblichem Maße zu dessen Machtentfaltung beiträgt.

Da die Wirklichkeitskonstruktionen der beiden dominanten Nationalismen einander zwangsweise ausschließen, werden ihre Rezipient_innen unweigerlich vor die Wahl gestellt. Wie die Untersuchung zeigen konnte, fiel diese Wahl in der Geschichte oft und mehrheitlich zu Gunsten des ethnonationalen Diskurses aus. Aktuell scheint die Waage jedoch eher in die entgegengesetzte Richtung auszuschlagen. Die staatsnationale Narration gewinnt aufgrund ihrer prestigeträchtigen

Sprecher_innen und ihrer machtvollen Verankerung im politischen Dispositiv enorm an Einfluss. Verschiedene politische und gesellschaftliche Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit demonstrieren indes, dass diese Tendenz nicht unumkehrbar ist. Welches Janusgesicht der deutschen Nation (temporär) die Oberhand gewinnt, scheint dabei von mehreren Faktoren abhängig zu sein. Einige dieser Faktoren sind in der vorliegenden Arbeit überaus prägnant hervorgetreten und sollen im Folgenden nochmals Erwähnung finden. Vorerst muss jedoch resümiert werden, dass Brubakers eindimensionaler Blickwinkel der Komplexität des deutschen Selbstverständnisses durchaus nicht gerecht werden kann. Hieran zeigt sich, wie problematisch es ist, seinen Blick vorschnell auf einzelne Gruppen von Sprecher_innen auszurichten. Diskurse sind nicht an (bestimmte) Sprecher_innen gebunden und umgekehrt werden Adressat_innen auch nicht eins zu eins durch (bestimmte) Diskurse determiniert (das hat Abschnitt 5.1 trotz seiner eingeschränkten Datenbasis anschaulich zeigen können). Das Wechselverhältnis zwischen Diskurs und Diskursproduzent_in (respektive -rezipient_in) ist komplex und bedarf einer kritischen Analyse. Diesem Umstand wird weiter unten noch in angemessener Weise Rechnung getragen werden.

Das *polyseme* Fundament der Wirklichkeit

Als zentrale Vorbedingung für die diskursive Konstitution von Macht und Wissen wurde das polyseme Fundament der Wirklichkeit identifiziert, welches dem Prozess der intersubjektiven Sinngebung elementar zugrunde liegt. So können die beiden dominanten Nationalismen ihre divergenten Narrationen nur deshalb entfalten und deren Implikationen machtvoll in Köpfe und Körper ihrer Rezipient_innen einschreiben, weil sie sich aus dem kollektiven Repertoire an konventionalisierten Grundbegriffen bedienen, die in der intersubjektiv geteilten Alltagswelt allgemein zur Verfügung stehen. Im Falle der beiden hier untersuchten Diskurse sind dies v. a. die Begriffe *Nation*, *Identität*, *Integration* und *Kultur*. Da diese Begriffe *institutionalisiert* sind, das heißt gemeinhin akzeptiert, erwecken sie den Eindruck von natürlich und unproblematisch gegebener Realität. Da die Begriffe andererseits aber auch ihrer Natur nach *polysem* sind, lassen sie – je nach diskursiver Einflusssphäre – unterschiedliche symbolische Aufladungen zu. Die Begriffe ‚verbergen' ihre Polysemie hinter ihrer (vermeintlichen) Standardisierung. Auf diese Weise (und nur auf diese Weise) ist es möglich, dass jeder Diskurs die Begriffe auf eine ihm eigene Art appropriiert und mit Bedeutung versieht. Anhand dieser spezifischen Phänomenstruktur können die Diskurse nicht nur kohärente Erzählungen entwickeln, sie können einander auch den Status der *Wirklichkeit*, der *Wahrheit* und der *Moral* abstreiten, indem sie jeweils die *alleinige* Deutungshoheit über ihre

gemeinsamen Grundbegriffe beanspruchen. So entwirft der staatsnationale Diskurs einen *subjektivistischen* Nationenbegriff, einen *konstruktivistischen* Begriff von Kultur und Identität sowie einen *demokratischen* Begriff von Integration. Ganz im Gegensatz dazu gründet der ethnonationale Diskurs in einem *objektivistischen* Nationenbegriff, einem *essentialistischen* (respektive kulturfundamentalistischen und/oder biologistisch-rassistischen) Begriff von Kultur und Identität sowie einem *(kultur)assimilativen* Begriff von Integration. Beide Diskurslogiken schließen einander exklusiv aus. Vermittlung zwischen ihnen scheint zwar auf individueller Ebene möglich (das zeigt das ‚Diffundieren' von Deutungsmustern über Diskursgrenzen und Specher_innen- bzw. Adressat_innenkreise hinweg) auf kollektiver Ebene stehen die Diskurse einander jedoch unversöhnlich gegenüber.

Durch die diskursive Verfasstheit der öffentlichen Debatte tritt deren polysemes Fundament umso mehr in den Hintergrund. Die individuellen Sprecher_innen sind zwar aktiv und (mehr oder minder) bewusst an der Diskursproduktion beteiligt, da Diskurse jedoch ein kollektives Produkt sind, das im intersubjektiven Raum zwischenmenschlicher Interaktion entsteht, fällt es den einzelnen Akteur_innen schwer, die gesamte Narration sowie all ihre Implikationen und Grundbegriffe gleichermaßen zu überschauen. Die institutionalisierte Gestalt und die diskursive Verselbstständigung der Erzählung wehren ihrer kritischen Dekonstruktion. Ihre Begrifflichkeiten bewegen sich im Bereich des Selbstverständlichen und werden in der Debatte deshalb kaum hinterfragt oder auch nur explizit ausdefiniert. Diese Beobachtung korrespondiert nicht nur mit den Annahmen der Luckmann'schen Wissenssoziologie, sondern durchaus auch mit den Überlegungen Bourdieus, Goffmans oder Clifford Geertz'.[3]

Die verborgene Polysemie der gesellschaftlichen Grundbegriffe bildet die Basis für zwei essentielle Dynamiken, die wiederholt und an prominenter Stelle im Diskursfeld beobachtet werden konnten und die letztlich beide mit der Ausübung von Macht auf potenzielle Adressat_innenkreise zu tun haben. Namentlich handelt es sich hierbei um den *konstitutiven Antagonismus* zwischen staatsnationalem und ethnonationalem Diskurs einerseits sowie um die *konstitutive Symbiose* von staatsnationalem Diskurs und Hamburg-Mythos andererseits. Insbesondere der konstitutive Prozess der antagonistischen Abgrenzung zwischen den beiden dominanten Nationalismen ist als zentrales Untersuchungsergebnis hervorgetreten. Dabei wurde offenbar, dass die beiden Diskurse einander nicht bloß die Deutungshoheit über Wahrheit, Wirklichkeit und Moral ihrer jeweiligen Realitätskonstruktionen

[3] Siehe hierzu v. a. Abschn. 2.3

absprechen. Überdies ist auch deutlich geworden, dass die Diskurse ihren wechselseitigen Antagonismus zwingend *brauchen.* Er ist, so kann man sagen, ihre ureigene Existenzbedingung.

Die Diskurse stehen sodann vor einem unvermeidlichen Paradox: Um Macht zu entfalten, müssen sie Publika für sich gewinnen. Dies können sie nur tun, indem sie ihre Wirklichkeit jeweils gegen die anderslautende Wahrheit des gegnerischen Diskurses abschirmen und dessen Wirklichkeitsanspruch nachhaltig diskreditieren. Gleichzeitig benötigen sie jedoch den gegnerischen Diskurs als *konstitutives Außen*, um anhand von *konstitutiver Unwahrheit* bzw. *konstitutiver Unmoral* ihre eigene Narration zu legitimieren und sie gegenüber dem ‚schlechten' Gegenangebot überlegen erscheinen zu lassen. Vor diesem Hintergrund muss jeder Diskurs seinen Gegendiskurs zwangsweise immer ein Stück weit reproduzieren, um ihn schließlich zu seinen Gunsten umdeuten zu können und ihm einen geringeren Platz in der symbolischen Sinnwelt zuzuweisen – als unwahres und/oder unmoralisches Gegenstück zur eigenen, einzig wahren Wirklichkeit.

Ganz entgegen diesem inhärent konflikthaften Verhältnis zwischen staatsnationaler und enthnonationaler Strömung konnte gezeigt werden, dass Diskurse nicht nur Macht aus interdiskursiven *Antagonismen* entfalten, sondern sehr wohl auch aus interdiskursiven *Allianzen.* Im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative profitieren staatsnationaler Diskurs und lokalpatriotischer *Hamburg-Mythos* maßgeblich von ihrer engen symbolischen Symbiose. Ähnlich wie im Falle der beiden dominanten Nationalismen teilen auch staatsnationaler und lokalpatriotischer Diskurs wesentliche Elemente ihrer Phänomenstruktur miteinander – so zuvorderst zentrale Teilaspekte der Begriffe *Identität*, *Kultur* und *Nation* (respektive *Gesellschaft*). Anders als im Rahmen des oben beschriebenen nationalistischen Dualismus formulieren sie diese Begriffe jedoch nicht in *unterschiedlicher,* sondern vielmehr in *gleicher* Weise aus. Ihre wichtigsten Deutungsbausteine sind in hohem Maße kompatibel und – mehr noch – sie perpetuieren sich gegenseitig. Beide Diskurse profitieren von der Machtentfaltung des jeweils anderen, weil sie ihre Storylines wechselseitig aufeinander abstimmen können. Sie müssen einander keine Publika streitig machen, stattdessen können sie expandierend auf die Adressat_innenkreise ihres jeweiligen ‚Kooperationspartners' übergreifen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diskursive Macht – wenigstens im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative – weniger aus den einzelnen Diskursen selbst heraus entsteht als vielmehr aus dem Prozess ihrer *interdiskursiven* Wechselwirkung – entweder in antagonistischer oder in symbiotischer Form. Gerade im Hinblick auf die beiden widerstreitenden Nationalismen ist klar geworden, dass die Diskurse ihr wechselseitiges Gegengewicht benötigen, um jeder für sich existieren zu können. Das polyseme Fundament der Wirklichkeit erlaubt nicht

nur, dass verschiedene Wirklichkeiten konstituiert und untereinander hierarchisiert werden, es macht den Prozess dieser Hierarchisierung sogar zwingend erforderlich. Der Akt der Sinngebung verlangt demnach immer auch nach einem Gegenüber, nach einem ‚Unsinn', an dem der ‚Sinn' sich messen lassen kann.

Vor dem Hintergrund, dass Diskurse – um Macht zu generieren – also immer und zwangsweise miteinander interagieren müssen, ist es erstaunlich, dass öffentliche Debatte und wissenschaftliche Debatte sich im Hinblick auf ihre gemeinsamen Grundbegriffe in weiten Teilen entkoppelt zu haben scheinen. Die Untersuchung hat offenbart, dass beide dominanten Nationalismen auf *Folk Concepts* gründen, die in engem Zusammenhang mit der (ethnologischen) Wissenschaftsgeschichte stehen. Während der staatsnationale Diskurs sich eines radikalen Konstruktivismus bedient, Kultur als *Hyperkultur* denkt und im Zuge eines überbordenden Individualismus die kollektiven (Macht)Aspekte von Kultur und Identität nahezu vollständig ausblendet, ist der ethnonationale Diskurs einem problematischen Essentialismus verhaftet, der nicht nur eine starke Tendenz zur *Rassifizierung* aufweist, sondern außerdem auch evolutionistischen und diffusionistischen Ideologien einer überkommenen frühethnologischen Epoche nachhängt. Die rezente ethnologische Forschung hat sich von beiden Denkrichtungen mehr oder weniger weit entfernt (sehr weit von der ethnonationalen, weniger weit von der staatsnationalen). Öffentliche und wissenschaftliche Diskurse teilen dieselben Grundbegriffe und gestalten sie (zum Teil diametral) verschieden aus. Trotzdem kommt es diesbezüglich kaum zu einer interdiskursiven Auseinandersetzung. So melden sich im gesamten Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative – zumindest im hier untersuchten Zeitraum – keine ethnologischen Stimmen zu Wort und auch darüber hinaus sind ethnologische Beiträge in der öffentlichen, massenmedial vermittelten Sphäre rar gesät.[4] Das liegt sicherlich v. a. daran, dass die Adressat_innenkreise der beiden Diskurssphären sich mehr oder weniger vollständig voneinander abgespalten haben. Die Diskurse müssen nicht miteinander in Konkurrenz treten, weil sie nicht um dieselben Publika buhlen und einander ihren jeweiligen Machtanspruch daher auch nicht streitig machen – so scheint es jedenfalls.

Als etablierte Wissenschaft, die als solche erhebliches symbolisches Kapital akkumuliert, muss sich die Ethnologie zwar nicht von anonymen Diskussionen in disparaten Online-Foren bedroht fühlen, die weiter oben angesprochenen politischen Entwicklungen in Vergangenheit und Gegenwart erinnern jedoch daran, dass Diskurse – wie bereits betont wurde – nicht an ihre Sprecher_innen gebunden sind und daher sehr wohl (mehr oder minder ‚unvermittelt') auf andere Klientele übergreifen können. Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Diskursfelder sind möglich

[4] Siehe hierzu auch die Ausführungen in Abschn. 2.3

und – angesichts der bisherigen historischen Entwicklung – sogar wahrscheinlich. Dabei ist zu bedenken, dass nicht nur *Diskurse* miteinander verkoppelt sind. Auch verschiedene (öffentliche sowie wissenschaftliche) *Diskursfelder* stehen unweigerlich in (expliziter oder impliziter) Relation zueinander. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass die Ethnologie – wie in Abschnitt 2.3 festgestellt wurde – es bislang versäumt hat, ihre Diskurse in stärkerem Maße aus der angestammten Arena heraus und an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Suche vieler Ethnolog_innen nach neuen Wegen der interdiskursiven Verständigung ist diesbezüglich nicht nur ein gutes Zeichen, sie ist außerdem auch zwingend erforderlich.

Erforderlich ist überdies auch eine verstärkte Auseinandersetzung (auch und gerade von Seiten der Ethnologie) mit den Mechanismen der diskursiven Wirklichkeitskonstruktion. Mit Reiner Keller wurde in Abschnitt 2.4 festgestellt, dass Diskursanalysen wichtige Instrumente der gesellschaftlichen Aufklärung sein können. Sie können dabei helfen, das polyseme Fundament der Wirklichkeit offenzulegen sowie die Machteffekte zu dekonstruieren, die diesen polysemen Charakter verschleiern. Die vorliegende Arbeit hat anschaulich demonstriert, wie ein solcher Ansatz ausgestaltet sein kann. Wenn demokratietheoretische Überlegungen wie diejenigen Benhabibs oder Habermas' fruchten sollen, dann ist ein kritisches Bewusstsein für Wirkung und Konsequenzen von diskursiver Macht dafür eine unabdingbare Voraussetzung.[5] In dieser Hinsicht kann Diskursanalyse bzw. *Diskursethnologie* – als theoretisch-methodisches Paradigma – zu mehr Transparenz in der öffentlichen Debatte und – im Sinne einer ‚aufgeklärten Öffentlichkeit' – auch zum Funktionieren des demokratischen Systems als solchem beitragen.[6] Dies mag ein normativer Anspruch sein – wenigstens insofern man Demokratie als politisches Ideal und nicht als beschreibbare Form der politischen (Selbst)Verwaltung begreift. Da die freie Wissenschaft[7] – und damit auch die heutige Ethnologie – jedoch letztlich inhärenter Teil und (zumindest in ihrer modernen Gestalt) Produkt der Demokratie ist, liegt deren Erhaltung (und Förderung) in ihrem ureigenen Interesse.

Das *affektive* Fundament der Wirklichkeit

Das *polyseme* Fundament der Wirklichkeit bildet die grundlegende *Vorbedingung* für die Entstehung von diskursiver Macht aus interdiskursiver Interaktion. Das *affektive* Fundament der Wirklichkeit determiniert demgegenüber die spezifische *Form*, welche diese Machtdynamik annimmt. Es konnte gezeigt werden, dass die

---

[5] Siehe hierzu die Ausführungen zu Benhabib in Abschn. 2.2 sowie zu Habermas in Abschn. 2.4

[6] Siehe hierzu die demokratietheoretischen Überlegungen in Abschn. 2.3

[7] Siehe Art. 5 GG.

dominanten Diskurse im Diskursfeld der Hamburger Einbürgerungsinitiative Macht v. a. in Gestalt von *Emotionen* generieren. Um Adressat_innen für sich zu gewinnen, unterbreiten sie ihnen *affektive Identitätsangebote*. Das heißt, sie entwerfen Subjektpositionen, denen sie spezifische emotionale Qualitäten sowie (moralisch) angemessenes Verhalten zuordnen. Diese Subjektpositionen stiften Sinn, indem sie dem Individuum einen *besonderen* Platz in der diskursiven Wirklichkeitsordnung zuweisen. Sie sind insofern für die Adressat_innen attraktiv.

Im Anschluss an Laclau und Mouffe[8] sowie auch im Anschluss an Barth und Eriksen[9] wurde festgestellt, dass sich die diskursiven Identitätsangebote maßgeblich im Akt der *Abgrenzung* von ihrem antagonistischen Gegenüber konstituieren. Die Diskurse entwickeln demnach nicht nur (positive) *Selbstzuschreibungen* von Identität für ihre eigene Klientel, sondern überdies immer auch (negative) *Fremdzuschreibungen* gegenüber Außenstehenden. Gerade auch anhand dieses *konstitutiven Außen* instituieren sie ihr (überlegenes) Selbstbild. Der inhärente Antagonismus zwischen ethnonationalem und staatsnationalem Diskurs macht die positiven Identitätskategorien der beiden Narrationen umso attraktiver, weil diese ihrerseits dazu geeignet sind, die negativen Identitätszuschreibungen der jeweiligen Gegenseite auszugleichen und etwaigen ‚emotionalen Schaden' effektiv abzuwenden. Beide Diskurse ziehen demnach ihre Macht aus einem Gefühl der *Deprivation*, welches der jeweils andere Diskurs ihren Adressat_innen vermittelt. Indem sie den Rezipient_innen ermöglichen, eben dieses Gefühl der Deprivation zu überwinden oder wettzumachen, gelangen sie zu Dominanz.

Die spezifischen historischen Vorbedingungen – also die interdiskursiven Konstellationen der Vergangenheit – sind maßgeblich mit dafür verantwortlich, dass die Diskurse unterschiedliche *Identitätspantheons* und – im Zusammenhang damit – unterschiedliche Strategien der *Emotionalisierung* ausbilden. Während der ethnonationale Diskurs auf die *Verteidigung* seines historisch dominanten Wirklichkeitsanspruches ausgerichtet ist und sich daher einer steten Notwendigkeit zur *Exklusion* neuer und anderer Wahrheiten ausgesetzt sieht, befindet sich der staatsnationale Diskurs in der Rolle des *Angreifers*. Er muss seinerseits erst noch Publika erschließen, also neue Adressat_innenkreise von seiner Wirklichkeit überzeugen, und bedient sich vor diesem Hintergrund einer Rhetorik der *Inklusion* und der positiv-emotionalen Vergemeinschaftung.

Die Diskurse ziehen einen Großteil ihrer Macht aus dem Wechselspiel von *Rationalisierung* und *Emotionalisierung*, das sie beide in gleicher Intensität wenn auch auf höchst unterschiedliche Weise inszenieren. Der staatsnationale Diskurs erzeugt

---

[8] Siehe Abschn. 2.4

[9] Siehe Abschn. 2.2

eine positive Grundstimmung – durch ein idealisierendes, kosmopolitisches Menschenbild, durch Anknüpfung an eine historisch tradierte (wenn auch inhaltlich hochgradig opportunistische) Hamburg-Identität sowie auch und v. a. durch die positive Ansprache und qualitative Aufwertung der Zielgruppe. Er rationalisiert diese Grundstimmung vermittels ausschnitthafter Fakten, Bezugnahme auf Vorbilder und positive Fallbeispiele sowie vermittels eines hochgradig selektiven Blicks auf die (hamburgische / deutsche) Geschichte. Dementgegen nimmt der ethnonationale Diskurs seinen Ausgangspunkt in einem omnipräsenten Gefühl der Bedrohung und des nahenden Untergangs durch ‚Feinde innen und außen'. Er rationalisiert dieses Gefühl vermittels ausschnitthafter Fakten, durch die selektive Auswahl negativer Fallbeispiele und außerdem durch die rhetorische Implikation von ‚gesundem Menschenverstand' als unhinterfragbarem Maßstab für Wahrheit und Moral.

In beiden Fällen wird die *emotional* begründete Ordnung der Dinge *rational* ausgekleidet. In beiden Fällen wird überdies die *rationale* Ordnung durch *emotionale* Schutz- und Abwehrmechanismen gegen gegenläufige Wahrheiten abgeschirmt. Treffen Anhänger_innen der einen Seite auf Anhänger_innen der anderen Seite mündet dies im Diskursfeld für gewöhnlich im ‚mundtot-Machen' des jeweiligen Gegenübers. Sprecher_innen versuchen die intellektuelle und moralische Überlegenheit ihres eigenen Standpunktes zu etablieren, indem sie der Gegenseite deren intellektuelle und moralische Kompetenzen absprechen. Durch die enge Verzahnung von Rationalität und Emotionalität ist es den Akteur_innen nicht möglich den gegnerischen Anspruch auf Wirklichkeit, Wahrheit und Moral gleichberechtigt gelten zu lassen, oder sich auch nur intensiv mit dessen Vorbedingungen auseinanderzusetzen – denn dies würde zwangsläufig bedeuten die Basis der eigenen Existenz und der eigenen Sinnhaftigkeit zu hinterfragen und immer auch (wenigstens partiell) zu beschränken.

Zusammengefasst lässt sich mit Foucault feststellen, dass *Macht* eine produktive Kraft ist, die untrennbar in Verbindung steht mit der Herstellung von *Wissen.*[10] Diskurse müssen Wissen (Deutungsmuster, Subjektpositionen, Klassifikationen) generieren, um Macht auf ihre Adressat_innen auswirken zu können – um sie also von ihrer Wirklichkeitskonstruktion und deren Überlegenheitsanspruch zu überzeugen. Dieses *Wissen* ist – im Anschluss an Berger und Luckmann sowie auch im Anschluss an die Bourdieu'schen Konzepte von *Habitus* und *körperlicher Hexis* – jedoch keinesfalls rein kognitivistisch gefasst, sondern schließt die *affektive* Dimension des Menschseins gleichermaßen mit ein. Es gibt – um mit Röttger-Rössler zu sprechen – kein vom *Denken* unabhängiges *Fühlen* und überdies

[10] Siehe Abschn. 2.4

auch umgekehrt kein vom *Fühlen* unabhängiges *Denken*.[11] Die Diskurse entwerfen eine *emotionale Logik*, deren selbstverstärkende Machtdynamik maßgeblich dazu beiträgt, dass die polysemen Grundbegriffe der Debatte nicht als solche offenbar werden. Der diskursive Mechanismus erhält sich fortlaufend selbst.

Diskurse sind, das hat die Analyse gezeigt, v. a. dann besonders mächtig, wenn es ihnen gelingt, emotionale Betroffenheit zu erzeugen, bzw. die emotionale Betroffenheit der Adressat_innen zu ihren Gunsten auszunutzen (so etwa im Falle der wechselseitig empfundenen Deprivation). Dies gelingt ihnen in erster Linie in Kontexten, deren Inszenierungsregeln sie weitestgehend selbst bestimmen können und in denen sie keinen oder kaum Widerspruch ihrer Gegner_innen fürchten müssen. Beide Diskurse schaffen sich solche mehr oder minder autarken Räume, in denen sie ihre Narrationen frei entfalten, die korrigierenden Diskurskonstellationen der intersubjektiven Alltagswelt ausblenden und das ‚feindliche Außen' in konstitutiven Dosen gezielt und selektiv zulassen können. Im staatsnationalen Fall sind hier v. a. die Hamburger Einbürgerungsfeiern zu nennen, die als institutionalisiertes *Ritual* eine perfekte Bühne bieten für die Inszenierung der eigenen Wirklichkeit und die subtile Zuschreibung sozial erwünschter Rollenbilder. Im ethnonationalen Fall erfüllen *virtuelle Räume* – zumeist in Form von Online-Kommentarforen – dieselbe Funktion.

Bemerkenswert ist, dass in beiden Fällen Widerspruch nicht per se ausgeschlossen ist. So können die Diskurse letztlich nicht verhindern, dass sich Vertreter_innen der gegnerischen Wirklichkeit Zugang zu ihren jeweiligen Räumen verschaffen. Es wäre durchaus möglich, die Inszenierung der Einbürgerungsfeiern durch offenen Protest zu stören. Es wäre überdies auch möglich, sich als gegnerische Stimme in ethnonational dominierten Online-Foren zu behaupten. Gerade Letzteres geschieht z. T. auch tatsächlich, allerdings beschränkt sich dieser ‚Widerstand' zumeist auf einige wenige Sprecher_innen. Im Allgemeinen bleiben die Wirklichkeiten in ihren diskursiven Domänen unangefochten. Warum das so ist, kann hier nicht abschließend geklärt werden. Angesichts der obigen Ergebnisse liegt jedoch der Schluss nahe, dass es für die Akteur_innen (emotional) problematisch sein kann, sich aktiv mit anderen Wirklichkeiten auseinanderzusetzen, wenn sie sich dabei mit ihrer eigen Wirklichkeitsdefinition an den Rand des Kollektivs gedrängt sehen. Durch die (situativ bedingte) breite Akzeptanz einer diskursiven Wahrheit wird Widerspruch gegen diese nicht nur schwierig, er wird auch persönlich *unattraktiv*, weil man aufgrund des eigenen ‚Outings' als Außenstehende/r erhebliche Gegenwehr und Angriffe auf die eigene Identität fürchten müsste. Um das positive Selbstbild nicht durch negative (emotionale) Erfahrungen zu gefährden, wird die Konfrontation gemieden. Die

[11] Siehe Abschn. 2.3

Goffman'sche Vorstellung von *facework* bekommt hier eine völlig neue Stoßrichtung.[12] Denn folgt man diesem Gedankengang, so ist die Akzeptanz der jeweiligen diskursiven Situationsbestimmungen nicht nur eine Folge gemeinsamer kultureller Konventionen, sie kann – im Gegenteil – auch aus dem *Divergieren* kultureller Realitäten entstehen und aus der Angst davor, die eigene Realität (und die *besondere* persönliche Stellung darin) durch einen offenen Konflikt mit der Gegenseite ins Wanken zu bringen. Das Gesicht muss gewahrt werden. Nicht nur vor den anderen, sondern auch und v. a. vor sich selbst.

Um die obige These zu überprüfen sind weitergehende (v. a. auch ethnographische) Studien erforderlich. Sie kann daher hier nicht eindeutig belegt werden. Zumindest jedoch würde ein solcher Mechanismus erklären, warum die ‚autarken Räume' der Diskurse (die ja letztlich gar nicht autark sind) in erster Linie Befürworter_innen der jeweiligen Deutungslinie anziehen, und warum Gegner_innen diese Räume kaum nutzen, obwohl der Zugang zu ihnen (wenigstens in den meisten Fällen) nicht offiziell beschränkt ist. Für die Individuen ist es einfacher (und sicherer!) sich in den ‚eigenen' Diskursräumen zu bewegen. Solange diese Räume das eigene Bedürfnis nach Sinn und emotionalem Wohlbefinden ausreichend befriedigen, besteht keine Notwenigkeit in gegnerische Räume einzudringen oder diese gar zu ‚erobern'. Das heißt nicht, dass ein Übergreifen von Diskursen auf fremde Diskursdomänen unmöglich wäre. Zumindest jedoch ist anzunehmen, dass dem ein gewisser (emotionaler) Impuls vorausgehen muss.

Anhand der historischen Darstellung in Abschnitt 2.5 kann nachverfolgt werden, dass Ereignisse, die in besonderem Maße dazu angetan sind, emotionale Reaktionen zu provozieren, in der Geschichte immer wieder dazu geführt haben, dass sich interdiskursive Konstellationen verschieben und Diskurse neue Räume für sich erschließen. *Kriegen* sowie großflächigen *Migrationsbewegungen* (der Emigration ebenso wie der Immigration) scheint diesbezüglich eine herausragende Rolle zuzufallen. So resultierte der Aufstieg des deutschen Nationalismus zur staatlichen Legitimationsideologie aus dem militärischen Sieg über Frankreich und die damit in Verbindung stehende Gründung des Deutschen Kaiserreichs (das ja verfassungsrechtlich gerade *kein* Nationalstaat war). Die wachsende Dominanz sowie auch die weitergehende Radikalisierung der ethnonationalen Perspektive folgten des Weiteren aus den großen Wanderungsbewegungen von und nach ‚Deutschland'. Zu einem Höhepunkt gelangten sie schließlich im Zuge des Ersten Weltkriegs, der Niederlage des Deutschen Kaiserreichs und der Pflicht zur Abtretung weiter Territorien im Rahmen der Weimarer Republik. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Untergang des nationalsozialistischen Regimes führte dann wiederum zu einer interdiskursiven

[12] Siehe hierzu Abschn. 2.3

Verschiebung und verhalf der staatsnationalen Ideologie zu wachsender Prominenz. Wenn man so will, war auch die Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2019 – deren Wortlaut mit einigen radikalen Forderungen der ethnonationalen Strömung korrespondiert – letztlich die Konsequenz eines Krieges unter deutscher Beteiligung, auch wenn er nicht auf deutschem, sondern vielmehr auf syrischem Boden stattfand.

Diese Zusammenfassung der geschichtlichen Fakten ist ausschnitthaft und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll lediglich den Verdacht untermauern, dass emotionalisierende Ereignisse in besonderem Maße dazu angetan sind, das diskursive Machtgefälle neu zu ordnen. Vor diesem Hintergrund muss betont werden, dass Vorstellungen von (*deutscher*) *Nation* immer und unweigerlich auch eine emotionale Dimension aufweisen. Wenn Diskurse Macht in allererster Linie aus Emotionen generieren, dann entscheidet die ‚emotionale Verfasstheit' der Gesellschaft maßgeblich darüber, welches Gesicht die janusköpfige Nation jeweils offenbart. In diesem Sinne ist ein kritisches Bewusstsein für die emotionalen Aspekte der rationalen Ordnung eine unabdingbare Grundvoraussetzung für die diskursanalytische Nationalismusforschung innerhalb und außerhalb der Ethnologie.

Der diskursanalytischen Theorie und Methode kommt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Bedeutung zu. Wenn man Diskursanalysen – wie weiter oben diskutiert – als Aufklärungsprojekt begreift, dann darf sich dieser Anspruch nicht allein auf die Dekonstruktion kognitiv gefasster gesellschaftlicher Wissensverhältnisse beziehen. Er muss sich v. a. auch auf die emotionalen Dynamiken und Machteffekte beziehen, die der Ausgestaltung dieser Wissensverhältnisse zugrunde liegen bzw. deren Logiken perpetuieren. Der Blick darf dabei keinesfalls in eine einseitige Machtperspektive abgleiten, welche *Macht* – wie etwa im Rahmen der *Kritischen Diskursforschung* (die ihrerseits auch in ethnologischen Kreisen beliebt ist) – als *Herrschaft* (fehl)interpretiert. Macht kann unzweifelhaft Herrschaft bedeuten, doch keine Herrschaft ist jemals absolut. Folgt man der obigen Argumentationslinie, kann sie dies schon allein deshalb nicht sein, weil sie immer ein gewisses Maß an Gegenmacht *braucht*, um sich selbst zu konstituieren. Überdies besteht jedes Diskursfeld aus heterogenen Diskurs- und Machtkonstellationen, deren spezifisches Zusammenwirken – wie weiter oben gezeigt werden konnte – für das Verständnis von Macht, Wissen und Diskurs essentiell ist. Die Verengung des Machtbegriffs auf Formen der Herrschaft schränkt demnach immer und zwangsweise den

Blick dafür ein, was als relevanter Machtaspekt erscheint und was nicht. Er führt – wie auch in vielen ethnologischen Studien erkennbar[13] – zu einer vorschnellen Dichotomisierung von Unterdrückten und Unterdrückenden.

Das *diskursive* Fundament der Wirklichkeit

Die vorliegende Arbeit basiert auf einem umfassenden theoretischen Diskursbegriff, welcher das *Kulturelle* mit dem *Diskursiven* in eins setzt. Die obige Zusammenfassung der Ergebnisse demonstriert, welche (forschungs)praktischen Konsequenzen solch ein Ansatz nach sich zieht – und welche Bedeutung seinem umfangreichen theoretischen Fundament dabei zukommt. Ein Blick auf Kultur – bzw. auf *Kulturen* im Plural – als diskursives Wissen (das seinerseits sowohl kognitiv als auch affektiv verfasst ist und sich in heterogener sozialer Praxis ausdrückt) lässt selbige unweigerlich als komplexe Konstellation unterschiedlichster sozial konstruierter Wirklichkeiten erscheinen. Diese Wirklichkeiten befinden sich nicht nur in ständiger (und zwingender) Interaktion miteinander (konflikthaft oder nicht), sie befinden sich überdies auch – um mit James Clifford zu sprechen – ständig im Fluss.[14]

Diskurse sind ein intersubjektives Produkt, an dessen Erzeugung die individuellen Akteur_innen zwar beteiligt sind, welches jedoch gerade aufgrund dieser intersubjektiven Verfasstheit sowie aufgrund der ihm inhärenten Wechselwirkung von Rationalisierung und Emotionalisierung eigendynamisch Macht entfaltet und sich (wenigstens im Regelfall) dem einzelnen Bewusstsein entzieht. Das heißt nicht, dass die individuellen Akteur_innen ihrerseits machtlos wären. Vielmehr sind sie Produzent_innen und Ressource der Macht, insofern Diskurse nur durch *kollektive Akzeptanz* zu Geltung gelangen. Individuen können Prozesse der Diskursproduktion anstoßen und/oder maßgeblich prägen (wie z. B. im Falle von Olaf Scholz, der als Wortführer der staatsnationalen Narration fungiert). Sie können Diskurse überdies auf kreative Art dekodieren und höchst unterschiedliche Diskurslinien zu neuartigen Narrationen zusammenbringen (wie z. B. im Falle des in Abschn. 5.1 zitierten Mitarbeiters der Hamburger Einbürgerungsabteilung). Menschen deshalb als freie und rationale Charaktere zu inszenieren (wie etwa der staatsnationale Diskurs es tut) wäre jedoch verfehlt. Menschen sind das Produkt von diskursiven Konstellationen, die jeweils für ihre individuellen Lebensverhältnisse spezifisch sind. Diese Definition der Mensch-Kultur-Relation ähnelt dem Prinzip des Bourdieu'schen *Habitus*, verankert die ‚strukturierten und strukturierenden Strukturen' jedoch weniger im

[13] Siehe hierzu die Vorbemerkung zu dieser Arbeit.

[14] Siehe hierzu Abschn. 2.3

Bereich des Materiellen als vielmehr im (gleichermaßen kognitiven wie affektiven) Bereich intersubjektiv erzeugter Wirklichkeit(en).[15]

Vor diesem Hintergrund ist der Machtbegriff – wie er im vorigen Abschnitt erläutert wurde – von zentraler Bedeutung. Die Analyse von *Kultur* als *Diskurs* setzt immer ein Bewusstsein für *Macht* im Foucault'schen Sinne voraus. Sie erfordert überdies einen sehr spezifischen Zugang, insoweit nicht vorschnell von *Kultur* auf *kulturelle Gruppe* geschlossen werden kann (oder umgekehrt). Tatsächlich zeichnen sich hier starke Parallelen zur ethnologischen Ethnizitätsforschung nach Barth und Eriksen ab.[16] Dabei ist jedoch festzuhalten, dass Identitäten – zumindest insoweit man es anhand der vorliegenden Untersuchung beurteilen kann – weniger im Kontakt zwischen *Gruppen* als vielmehr im Kontakt zwischen *Wirklichkeitsordnungen* entstehen. Identitäten sind demnach ein *interkulturelles* Produkt. Das setzt voraus, dass es eine gewisse Relation zwischen kulturellen und identitären Grenzlinien geben muss, allerdings bewegt diese Relation sich nicht im Bereich eines simplen Eins-zu-Eins-Verhältnisses.

Kulturelle Wirklichkeiten stecken den Rahmen dafür ab, wie Identität vom Individuum empfunden werden kann. Die spezifische Art und Weise dieser Erfahrung hängt von der jeweiligen multikulturellen Konstellation ab, innerhalb derer sich dieses Individuum bewegt. Identitäten entstehen im Prozess des interkulturellen Zusammenpralls, der wechselseitigen Abgrenzung und der unvermeidlichen Hierarchisierung unterschiedlicher kultureller Wirklichkeiten. Diese Wirklichkeiten sind höchstens lose mit einzelnen sozialen Gruppen von Sprecher_innen respektive Adressat_innen assoziiert – etwa der Gruppe der Eingebürgerten, der Gruppe der Behördenmitarbeitenden, der Gruppe der TGH-Ehrenamtlichen oder der Gruppe der Online-Forennutzer_innen. Diese Gruppen entstehen an und für sich nicht im Zuge ihrer identitären Abgrenzung, sondern zunächst aus sozialen und/oder materiellen Vorbedingungen. Da die Aneignung von Identität (und von Wirklichkeit) ein individueller und ein kreativer Akt ist, erfolgt eben diese Aneignung auf heterogene Weise – innerhalb der Gruppen und über deren Grenzen hinaus. Damit ist kein *hyperkultureller* Prozess der ‚freiwilligen' Konsumption von mehr oder minder beliebigen Kultur- bzw. Identitätsfragmenten gemeint. In der Tat vollzieht sich der individuelle Akt der Aneignung in einem komplexen Gefüge eigendynamischer Machstrukturen. Er wird sehr wohl von diesen Machstrukturen determiniert – da Macht jedoch nicht *Herrschaft*, sondern *Einfluss* (oder vielmehr *Einflüsse* im Plural) bedeutet, ist diese Determination nicht eindimensional und begründet auch keine Kongruenz

[15] Siehe hierzu vergleichend die Ausführungen zu Bourdieu in Abschn. 2.3

[16] Siehe Abschn. 2.2

von sozialen, identitären und/oder kulturellen Grenzen. Dem *Herder'schen Commonsense* vieler intuitiver und wissenschaftlicher Denkmodelle muss vor diesem Hintergrund eine mehr als deutliche Absage erteilt werden.[17]

Die Feststellung, dass Kultur, Identität und soziale Gruppenbildung separate Phänomene sind, die zwar untereinander in Wechselwirkung stehen, einander jedoch nicht zwangsläufig determinieren, bringt erhebliche Konsequenzen für die inner- und außerethnologische Forschungspraxis mit sich. Folgt man dem obigen Gedankengang so können weder *Kulturen* noch *Identitäten* unproblematisch aus abgrenzbaren *sozialen Gruppen* erschlossen werden. Die Erforschung von Kultur und Identität muss vielmehr im diskursiven Raum *zwischen* Gruppen stattfinden. Kulturelle Wirklichkeiten müssen aus sich selbst, sowie aus ihrer interkulturellen Wechselwirkung heraus verstanden werden. Die Untersuchung kultureller Wirklichkeitskonstellationen muss der Untersuchung von Identität zwingend vorausgehen, da Identitäten nur auf Grundlage ihres inhärent polysemen und inhärent affektiven Fundaments – sowie anhand der spezifischen (inter)kulturellen Ausgestaltung dieses Fundaments – vollständig erfassbar sind. Die Frage danach, wie Identitäten und Kulturen durch einzelne soziale Gruppen angeeignet und / oder produziert werden, lässt sich außerdem erst dann sinnvoll beantworten, wenn ihre diskursive Natur umfassend entschlüsselt worden ist.

Kurzum: Wenn eine Untersuchung (wie die hier vorliegende) sich mit dem nationalen Selbstbild einer nationalstaatlich verfassten (und in hohem Maße von den Gesetzmäßigkeiten massenmedialer Aussageproduktion dominierten) Gesellschaft befasst, dann darf sie ihren Ausgangspunkt nicht in *partikularen Räumen* oder *Gruppen* nehmen. Sie sollte sich nach Möglichkeit auch nicht auf die Analyse (vermeintlich) *separater Diskurslinien* beschränken. Die Entschlüsselung der diskursiven Wirklichkeitsverhältnisse erfordert vielmehr einen offenen Blick auf gesamte *Diskursfelder*. Deren Abgrenzung muss unbedingt *thematisch* erfolgen und nicht anhand vorgefasster Meinungen über mögliche identitäre Trenn- oder kulturelle Deutungslinien. Jede andere Herangehensweise hat unweigerlich eine vorschnelle Verengung des Blickwinkels zur Folge, wie sie in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit bereits ausführlich problematisiert wurde.

Natürlich ist es demgegenüber durchaus möglich, den Fokus auf nationalistische ‚Mikrodiskurse' zu richten, die sich ihrerseits innerhalb bestimmter (subgesellschaftlicher) Gruppen entfalten und deshalb für diese Gruppen spezifisch sind. Für diese Mikro- oder Mesoebene gelten dann jedoch dieselben theoretischen Vorbedingungen, die auch für die gesamtgesellschaftliche Makroebene gelten müssen: Diskurse sollten immer möglichst offen aus ihren jeweiligen Diskursfeldern heraus

[17] Siehe hierzu Abschn. 2.2

erschlossen werden. Ansonsten läuft man zwangsläufig Gefahr, die Gruppen auf unzulässige Art und Weise zu homogenisieren und / oder zu dichotomisieren. Überdies muss darauf hingewiesen werden, dass die Untersuchung gruppenspezifischer Mikrodiskurse nur sehr wenig Aussagekraft hat für etwaige korrespondierende Diskurse auf der Makroebene. Gleiches gilt selbstverständlich auch für den Vergleich von unterschiedlichen *Diskursfeldern.* So ist zu betonen, dass ethnonationaler und staatsnationaler Diskurs hier exemplarisch am Beispiel des Diskursfelds der *Hamburger Einbürgerungsinitiative* untersucht wurden. Ergebnisse dieser Untersuchung sind nur bedingt übertragbar auf andere Diskursfelder. Es ist sehr wohl möglich, dass der konstitutive Antagonismus zwischen den Diskursen sich im Rahmen eines anderen thematischen Kontextes verändert oder sogar auflöst – etwa, wenn die Diskurse sich (gemeinschaftlich) gegen eine starke postnationalistische Perspektive verteidigen müssen, oder wenn (z. B. im Rahmen von Fußballspielen der deutschen Nationalmannschaft) die zentralen Identitätskategorien der Diskurse zu Gunsten anderer Kategorien in den Hintergrund treten. Genauso ist es denkbar, dass sich die enge Symbiose von staatsnationalem Diskurs und Hamburg-Mythos unter veränderten Bedingungen in einen wechselseitigen Antagonismus verwandelt, wenn es z. B. im Rahmen politischer Debatten um die Abgrenzung zwischen der Freien und Hansestadt auf der einen und der übergreifenden Bundesebene auf der anderen Seite geht.

Kulturelle Wirklichkeiten – das muss noch einmal wiederholt werden – sind ständig im Fluss und Identitätskonstellationen sind ihrerseits grundsätzlich situativ. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an den wechselnden ‚Feindbildern', welche deutsche Nationalismen in der Vergangenheit etabliert haben (von ‚Ostjuden/-jüdinnen' über ‚Katholik_innen', bis hin zu ‚kosmopolitischen Eliten'). Insofern bietet die vorliegende Analyse nur einen ersten und zwangsläufig partiellen Einblick in das komplexe und stetig changierende Bild der *deutschen Nation.* Weitere Studien in dieser Richtung wären nicht nur wünschenswert, sondern sind – angesichts der oben aufgezeigten Dynamiken – sogar absolut notwendig. Die Ethnologie – mit ihrer Expertise im Bereich Kultur, Identität und Ethnizität – kann hier einen unschätzbaren Beitrag leisten. Ein diskursanalytischer Blick ist dafür in hohem Maße zu empfehlen, da er den (Macht)Dynamiken der kulturellen Wirklichkeitskonstitution in besonderer Weise Rechnung trägt. Das gilt umso mehr in Anbetracht der wachsenden Bedeutung von Massenmedien wie etwa des Internets, die in herausragender Form zur kulturellen Wissensproduktion beitragen und deren Regelmäßigkeiten umfassend mitbestimmen. Das gilt überdies auch in Anbetracht der Prävalenz von (aus wissenschaftlicher Sicht) hochproblematischen *Folk Concepts*, die nicht nur rational in den Köpfen sondern auch und gerade emotional in den Körpern der Diskursproduzent_innen verankert sind. Wo Diskurse ihr polysemes Fundament

verschleiern, kann Diskursethnologie zu mehr Transparenz verhelfen und den emotionalen Abwehrmechanismen damit ein Stück weit ihre Grundlage entziehen. Das Bedeutet jedoch nicht, dass Emotionen aus der Debatte ‚ferngehalten' werden könnten. Sie sind ein integraler Teil derselben. Es bedeutet viel eher, dass die Ethnologie mit diskursanalytischen Mitteln dazu beitragen kann, Adressat_innen die Vielgestalt der Wirklichkeit sowie ihre eigene emotionale Positioniertheit darin vor Augen zu führen und damit neue Wege der Dekodierung – und der Enkodierung – von kultureller Bedeutung zu ermöglichen. Ob diese neuen Wege der interdiskursiven Auseinandersetzung langfristig dazu führen, dass alte Antagonismen abgebaut und neue Möglichkeiten der Verständigung erschlossen werden, wird sich zeigen müssen. In jedem Fall ist jedoch davon auszugehen, dass ein kritisches Bewusstsein für die diskursive Natur der Wirklichkeit dem politischen Ideal einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft in stärkerer Weise gerecht werden kann. Ob die Ethnologie aktiv auf ein solch normatives Ziel hinarbeiten sollte, ist sicherlich eine wissenschaftsphilosophische Frage. *Ich* persönlich beantworte sie – aus dem individuellen Blickwinkel meiner subjektiven Sinnwelt – an dieser Stelle mit einem klaren: Ja.

6.2 Nachbemerkung: Zur Objektivierung der Perspektive

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2020 an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg im Promotionsfach Ethnologie als Dissertation eingereicht. Im Rahmen der anschließenden Disputation sind einige weiterführende Fragen aufgetreten, die im Folgenden näher erörtert werden sollen. Diese Fragen sind insbesondere auf einen etwaigen Anwendungsbezug der hier vorgelegten Untersuchung ausgerichtet. Ihre Beantwortung dient nicht nur einer umfassenderen Einordnung der Dissertation in ihren weiteren fachlichen Kontext, sie objektiviert überdies den (durchaus persönlichen) Kontext ihrer Entstehung und Zielsetzung. Größtmögliche Offenheit und Genauigkeit liegen nicht nur allgemein im Interesse intersubjektiver Kontrolle und wissenschaftlicher Objektivität. Sie sind im vorliegenden Fall auch deshalb in besonderem Maße gefordert, weil die hier präsentierte Arbeit zentrale Diskurse ihrer Mutterdisziplin in Frage stellt und Ansprüche an die zukünftige Entwicklung des Faches richtet. Die Konfrontation von Wirklichkeit – das lehrt die vorliegende Untersuchung – verlangt nicht bloß nach einer soliden inhaltlichen Begründung. Sie verlangt überdies

und in besonderem Maße nach Transparenz bezüglich ihres referentiellen Rahmens. Die zugrundeliegenden Impulse, Vorannahmen und Absichten der Arbeit müssen offengelegt werden, um Missverständnissen vorzubeugen und in der interdiskursiven Auseinandersetzung Legitimität beanspruchen zu können. In diesem Sinne sollen im Folgenden drei zusätzliche Aspekte erörtert werden, die in dieser Form nicht Teil der ursprünglichen Dissertation waren. Im ersten Teil dieser Nachbemerkung soll zunächst die problematische Ver- wie Entkopplung von wissenschaftlichen und öffentlichen Diskursen weiterführend beleuchtet und in ihren Implikationen exemplarisch veranschaulicht werden. Im zweiten Teil schließt sich die Vorstellung der sogenannten *Angewandten* bzw. *Praktizierten Ethnologie* an, innerhalb deren Spektrum ich mich als Wissenschaftlerin verorte und deren heterogene Spielarten überdies in besonderer Weise dazu angetan sind, die wissenschaftliche mit der öffentlichen Sphäre in Dialog zu bringen. Im dritten und letzten Teil wird schließlich ein praktisches Beispiel aus meinem persönlichen Arbeitsfeld *außerhalb* der akademisch institutionalisierten Ethnologie dazu herangezogen, das Potenzial der (Diskurs)Ethnologie auch und gerade in anwendungsorientierten Kontexten zu veranschaulichen.

Der Parallelismus von Wissenschaft und Öffentlichkeit

Die vorliegende Arbeit stellt – im Sinne einer wissenschaftlichen Verantwortung gegenüber öffentlichen Diskursen – zwei zentrale Forderungen an die Ethnologie. In beiden geht es letztlich um die Herstellung von Transparenz – zum einen die Polysemie kollektiver Grundbegriffe betreffend, zum anderen die eigendynamischen Machttechniken betreffend, welche die öffentliche Debatte (sowie die Prozesse ihrer Enkodierung und Dekodierung) maßgeblich strukturieren. Im Angesicht mächtiger und hochgradig emotionalisierter Deutungslinien, die einander in der öffentlichen Arena unversöhnlich bekriegen, kann die Ethnologie – auch und gerade in Gestalt von *Diskursethnologie* – als aufklärerisches Projekt begriffen werden, welches die Mechanismen diskursiver Sinnstiftung (und damit gleichsam die Dynamiken der demokratischen Meinungsbildung) offenlegt und einer kritischen Analyse unterzieht. Eine solche (diskurs)ethnologische Aufklärungsarbeit ist auf zwei verschiedene Arten möglich – oder vielmehr umfasst sie zwei verschiedene Dimensionen, die im besten Falle nahtlos ineinandergreifen:

Erstens kann die Ethnologie ihrer Verantwortung innerhalb der wissenschaftlichen Sphäre gerecht werden, indem sie – insbesondere anhand diskursanalytischer Studien wie der hier vorliegenden – Diskurse, Diskursfelder, Dispositive, Publika und Diskursproduzierende auf deren Grundbegriffe und Dynamiken hin untersucht und dabei stets sensibel ist, für die interdiskursiven Querverbindungen zwischen öffentlicher und wissenschaftlicher Arena. Dabei muss sie sich vor allem

auch ein kritisches Bewusstsein für ihre eigenen Diskurse, ihre innerfachlichen Glaubenssätze bewahren, um nicht a priori die Perspektive auf Vertrautes (oder vielmehr ‚Fremdes') zu verengen. In Anbetracht ihrer bewegten Fachgeschichte, die wie kaum eine andere von schonungslos selbstkritischen Paradigmenwechseln gekennzeichnet ist, sind die Voraussetzungen hierfür mehr als gut.

Zweitens kann und sollte die Ethnologie mit ihren eigenen Diskursen stärker in die Öffentlichkeit treten, sich einbringen in die vielstimmige Debatte des massenmedial vermittelten Raumes. Der Parallelismus von wissenschaftlicher und sozialer Wirklichkeit führt aktuell dazu, dass gesellschaftliche Grundbegriffe einseitig aus dem wissenschaftlichen Vokabular entliehen und dabei nach Belieben von ihrem Ursprungskontext entkoppelt werden. Auf diese Weise befördert er die Polysemie der öffentlichen Diskurslandschaft und bereitet den nationalistischen Wirklichkeitsordnungen, die im Verlauf der hier vorgelegten Untersuchung nachgezeichnet wurden, fruchtbaren Boden.

Die Entfremdung von Wissenschaft und Öffentlichkeit beschneidet jedoch nicht nur die Potenziale der gesellschaftlichen Wissensproduktion, insofern sie den diskursiven Prozessen der kollektiven Konstitution von Wirklichkeit gewisse Impulse vorenthält und andere wiederum unkommentiert walten lässt – mit anderen Worten also die Möglichkeiten der Sinnstiftung (und demokratischen Willensbildung) durch Unterlassung einschränkt. Sie schadet genauso auch der akademischen Debatte, wenn sie z. B. umgekehrt dazu führt, dass wissenschaftliche Diskurse ihre Bodenhaftung verlieren und sich von der sozialen Realität der sie umgebenden Gesellschaft ablösen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Konzept der *kulturellen Fremdheit*, wie es in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit erörtert wurde und wie es im Kontext nationalistischer Ideologien zu existenzieller Bedeutung gelangt.

Innerhalb der Ethnologie ist man sich der Tatsache allzu bewusst, dass die populäre Kategorisierung von *Eigenem* und *Fremdem* überaus problematische Konnotationen birgt. Man muss einem/einer Ethnolog_in (wenigstens heutzutage) nicht erklären, dass ein Hijab (welcher Form und Ausführung auch immer) keinerlei Aussagekraft in Bezug auf den Charakter der Person hat, die ihn trägt, dass Hautfarbe kein Indikator für Herkunft ist oder dass ein buddhistischer Tempel genauso gut in Bangkok wie in Leipzig beheimatet sein kann. Der breiten Bevölkerung sind diese Fakten hingegen weit weniger geläufig. Pagoden, Buddhastatuen, ‚Kopftücher' und ‚Schwarze Haut' bleiben für die meisten Menschen in Deutschland (aller Globalisierung zum Trotz) unzweifelhafte Marker von Fremdheit – ganz gleich, ob sie nun als Bedrohung diskreditiert oder als Exotik klischeehaft überhöht werden. Vor diesem Hintergrund mutet es – im eigentlichen Sinne des Wortes – *befremdlich* an, wenn ethnologische Institutionen im deutschsprachigen Raum ihre Online-Präsenzen (immer noch) mehrheitlich mit Bildern illustrieren, die für den weit überwiegenden Teil

der deutschsprachigen Bevölkerung *Fremdheit* repräsentieren. Wie der Screenshot einer schnellen Google-Bilder-Suche in Abb. 6.1 sehr anschaulich zu demonstrieren vermag, ist das Schlagwort *Ethnologie* im World Wide Web untrennbar mit der Darstellung von ‚Exotik' verknüpft. Zwar kann man berechtigterweise argumentieren, dass sowohl ‚Exotik' als auch ‚Fremdheit' im Auge der Betrachtenden liegen und die gezeigten Personen, Orte oder kulturellen Praktiken auf den zweiten Blick nicht im Mindesten so ‚fremd' sind, wie sie auf den Ersten vielleicht erscheinen. Man mag sogar anführen, dass es eine zentrale Aufgabe der Ethnologie ist, Vielfalt sichtbar zu machen, dem Eurozentrismus der dominanten gesellschaftlichen (wie auch wissenschaftlichen) Perspektive korrigierende Einblicke aus anderen Regionen, Lebenswelten, Wirklichkeiten entgegenzustellen. Überdies lässt sich legitimerweise auf die Tatsache verweisen, dass Ethnolog_innen in ihren Arbeiten wahrgenommene Fremdheit zumeist nur *präsentieren*, um sie anschließend zu *dekonstruieren* und hinter der Fassade vermeintlicher Exotik universelle Aspekte des Menschseins aufzudecken. *NICHTS* davon geschieht jedoch im Rahmen von Websites, die Bachelor- oder Masterstudiengänge bewerben, das Interesse an einem Institut wecken sollen, Berufsberatung für Studierende anbieten oder auf die Verfügbarkeit von Stipendien aufmerksam machen. Hier muss man ernsthaft die Frage stellen, nach welcher Maßgabe die Bilder ausgewählt wurden und was sie konkret illustrieren sollen. Weiterhin muss man sich die Frage gefallen lassen, warum auf diesen Bildern keine Menschen in Anzug und Krawatte zu sehen sind, keine gläsernen Wolkenkratzer, keine sterilen Großraumbüros oder modern ausgestattete Krankenhauszimmer – und warum die Inszenierung der Bilder weiße Personen überwiegend in der Rolle von Forschenden und Studierenden zeigt, nicht-weiße Menschen dagegen weit überproportional in der Rolle von Studienobjekten.[18]

Ethnolog_innen (egal welcher Herkunft und Hautfarbe) erforschen *Kultur* und *Identität* an den unterschiedlichsten Orten und innerhalb der unterschiedlichsten Gruppen von Menschen. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, dass natürlich auch weiße Personen, Anzugträger_innen, Wirtschaftsunternehmen und medizinische Einrichtungen unter das ethnologische Erkenntnisinteresse fallen und insofern genauso Teil der modernen Forschungsrealität sind wie Lehmhütten, Ritualtänze und bunte Trachten. Nichtsdestoweniger sind nicht sie es, welche zur Darstellung des Faches in der Öffentlichkeit herangezogen werden. Die Bilder zeigen gewisse

[18] Im Hinblick auf die bis heute andauernde ‚Weißzeichnung' der ethnologischen Fachgeschichte und die damit einhergehende Vernachlässigung der umfangreichen Forschungsleistungen einheimischer (nicht-weißer) Forschungsassistent_innen und Co-Forschenden von namhaften Ethnolog_innen wie etwa Franz Boas oder Margaret Mead siehe überdies das interessante Essay *Unsung Native Collaborators in Anthropology* der indonesischen Ethnologin Amrina Rosyada (Rosyada 2022).

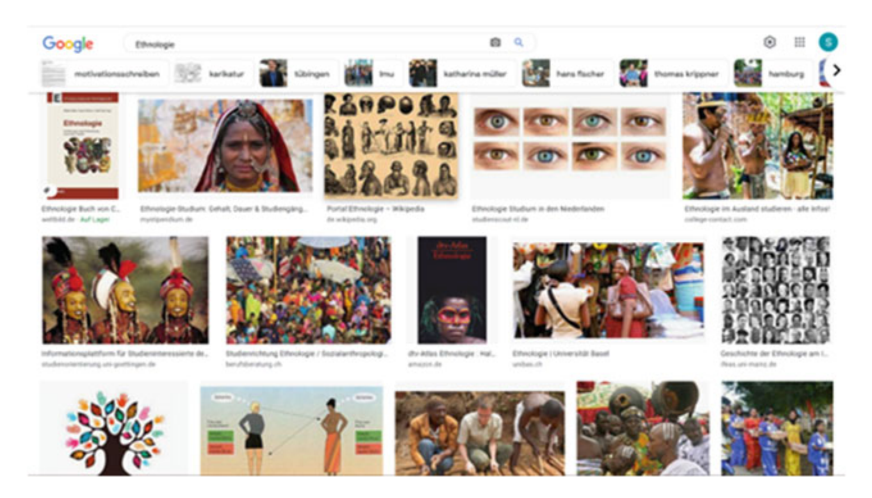


Abb. 6.1 Screenshot einer Google-Bilder-Suche nach dem Schlagwort ‚Ethnologie' vom 21.06.2021

Aspekte dessen, was *Ethnologie* bedeutet, andere (für eine holistische Darstellung durchaus sehr wichtige) Aspekte bleiben hingegen unsichtbar. Man kann nach Belieben darüber spekulieren, welche Ursachen diesem Bias zugrunde liegen – Fakt ist jedoch, dass die Ethnologie in ihrer Selbstrepräsentation (bewusst oder unbewusst) öffentliche Diskurse von Fremdheit und Exotik reproduziert (und in Teilen sogar von ihnen *profitiert*, da das Anknüpfen an exotisierende Topoi ihr erfahrungsgemäß die Aufmerksamkeit potenzieller Studieninteressierter einbringt). Weil die Ethnologie fachintern ganz andere Diskurse zu Fragen der kulturellen Differenz produziert (die jedoch ihrerseits wiederum der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich sind) und viele Ethnolog_innen deshalb in den gezeigten Bildern gerade *keine* Fremdheit erkennen können oder wollen, führt die Polysemie der gewählten Symbolik auch in diesem Fall dazu, dass zwei unabhängige Wirklichkeitssphären einander wechselseitig perpetuieren. Eine solche Entkoppelung von der Lebensrealität der breiten Masse einerseits und die simultane Befeuerung problematischer Diskurse andererseits, können nicht im Interesse unseres Faches liegen. Die Ethnologie muss sich, über den Prozess der innerfachlichen Selbstkritik hinaus, stärker mit ihrer Rolle in der Öffentlichkeit befassen – sowohl was ihre inhaltliche Zugänglichkeit anbelangt als auch was ihre Selbstdarstellung nach außen hin betrifft. Die analytische Auseinandersetzung mit (populären *und* akademischen) Diskursen zum Zweck

der Herstellung von Transparenz über Polysemie und Machtdynamik der kollektiven Sinnstiftung ist demnach nur der erste Schritt. Zwingend folgen muss ihr ein systematisches Aufbrechen des beiderseits schädlichen Parallelismus von wissenschaftlicher und öffentlicher Sphäre, im Sinne eines wechselseitig befruchtenden, interdiskursiven Dialoges sowie (und vor allem) einer breiteren Verfügbarkeit von ethnologischer Expertise über den Radius der wissenschaftlichen Peergroup hinaus.

Während die vorliegende Arbeit den ersten dieser beiden Schritte geht, steht der Zweite noch aus. Es tut sich also die berechtigte Frage auf, wie er wohl konkret gestaltet sein könnte. Um eine diesbezügliche Vision zu entwerfen, ist es zunächst sinnvoll, einen Blick auf den Ursprung der hier vorgebrachten Ansprüche zu werfen – denn die Forderung nach einer stärkeren Präsenz der Ethnologie in der Öffentlichkeit, auch und gerade im Kontext eines kritischen Umgangs mit massenmedial geführten Debatten, ergibt sich nicht allein aus den Ergebnissen dieser Untersuchung als solcher. Er gründet darüber hinaus in der spezifischen soziokulturellen Positioniertheit der Autorin, die es im Folgenden zu objektivieren gilt.

Die Ethnologie als angewandte Wissenschaft

Der kritische Blick auf dominante (populäre wie akademische) Diskurse im Themenfeld Kultur und kulturelle Differenz sowie Identität und Nationalismus ist mir insofern ein Anliegen, als er eng mit dem Berufsfeld korrespondiert, in welchem ich selbst tätig bin. Als *Trainerin für Interkulturalität und Anti-Rassismus* besteht eine meiner wichtigsten Aufgaben darin, hegemoniale Ideologien zu erkennen und sichtbar zu machen sowie die kritische Dekonstruktion – im Sinne einer konstruktiven Selbstreflexion – dieser Ideologien im Seminarkontext anzuleiten. Innerhalb der Ethnologie gehöre ich damit einem Sektor an, der, auf die akademische Disziplin bezogen, in Deutschland randständig erscheint, gesamtgesellschaftlich gesehen jedoch zu wachsender Bedeutung gelangt. Gemeint ist jener Seitenarm des Faches, der gemeinhin als *Angewandte Ethnologie* bezeichnet wird – wobei dieser Begriff so umfassend ist, dass er von Unternehmensentwicklung über Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu frühkindlicher Entwicklungsförderung nahezu alles umfassen kann.[19] In ihrem Text *Angewandte Ethnologie – Zwischen anwendungsorientierter Wissenschaft und wissenschaftsorientierter Praxis* definiert Sabine Klocke-Daffa:

[19] Ein lohnenswerter Sammelband zum Thema ist das von Sabine Klocke-Daffa herausgegebene Buch *Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft.* (Klocke-Daffa 2019a).

„Angewandte Ethnologie beinhaltet die Bereitstellung und Nutzung ethnologischer Theorien, Methoden und wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Lösung praktischer Probleme und Anliegen. Das impliziert zweierlei: zum einen, dass die Allgemeine Ethnologie als *Wissenschaft* einen praktischen Anwendungsbezug haben kann, und zum anderen, dass Angewandte Ethnologie nicht grundsätzlich mit ethnologischer *Praxis* gleichzusetzen ist. Diese Definition folgt somit nicht der einfachen Dichotomie von Allgemeiner und Praktischer Ethnologie. Die Angewandte Ethnologie wird vielmehr als eigenständiger Bereich auf einem Kontinuum *zwischen* akademisch-theoretischer Ethnologie auf der einen Seite und praktizierter Ethnologie auf der anderen Seite positioniert. Durch diese Zwischenstellung nimmt sie auch eine Funktion als *Mittler* ein, die sich inhaltlich und strukturell von den beiden Polen abhebt.“[20]

Angewandte Ethnologie – oder *Applied Anthropology* wie sie auf internationaler Ebene heißt – hat in vielen europäischen Staaten und insbesondere in den USA, aber auch in Ländern Lateinamerikas oder Asiens (z. B. Indien, Japan) ihren festen Platz innerhalb des akademischen Faches. Ganze Schriftenreihen und Studiengänge widmen sich der anwendungsorientierten Perspektive im Kontext unterschiedlichster Themenfelder (etwa Medizinethnologie, Organisationsethnologie oder Entwicklungsethnologie). Demgegenüber ist die Angewandte Ethnologie in Deutschland unterrepräsentiert.[21] Anwendungsorientierte Perspektiven finden zwar insofern Verbreitung, als, wie Klocke-Daffa schreibt, „Institutsmitarbeitende auf vielfältige Weise (und nicht nur nebenberuflich) in außeruniversitäre Projekte eingebunden sind und ihre Erfahrungen in Lehre und Forschung einbringen, als Consultants tätig oder in lokalen, regionalen und nationalen Gremien von Städten und Gemeinden, gemeinnützigen Organisationen, Verbänden und Vereinen aktiv sind“.[22] Während jedoch in den USA „anwendungsorientiert arbeitende Ethnolog*innen [...] Position zu gesellschaftlich relevanten Themen – auch ihrer eigenen Gesellschaft – [...] beziehen und [...] (vor allem deshalb) in der Öffentlichkeit wahrgenommen“ werden, ist die angewandte Ethnologie in Deutschland weit weniger sichtbar (man denke nur an die oben problematisierte Bildersuche), geschweige denn im selben Maße universitär verankert.[23]

Die Zurückhaltung vieler deutscher Ethnolog_innen hinsichtlich eines stärkeren Anwendungsbezuges ihrer Disziplin lässt sich u. a. mit dessen durchaus problematischer Vorgeschichte erklären. Gemeint ist hier etwa die Erhebung und Nutzung ethnographischer Daten sowie die Verpflichtung ethnologischen Fachpersonals zum

[20] Klocke-Daffa 2019b: 1 f (Hervorhebung im Original).

[21] Klocke-Daffa 2019b: 4 ff.

[22] Klocke-Daffa 2019b: 6

[23] Klocke-Daffa 2019b: 4 f.

Zweck der imperialen Beherrschung kolonialisierter Bevölkerungen.[24] Des Weiteren sei außerdem die Tätigkeit insbesondere US-amerikanischer Ethnolog_innen „für Militär und Geheimdienste im und nach dem Zweiten Weltkrieg“ angesprochen, die international zu einem erheblichen Prestigeverlust der Ethnologie als angewandter Wissenschaft führte.[25] Nicht vergessen werden darf überdies die „Anbiederung von Ethnolog*innen bei den von den Nationalsozialisten begründeten Forschungen zu Rassenhygiene und Ariertum“, deren graduelle Aufdeckung nach dem zweiten Weltkrieg besonders in Deutschland dazu führte, dass sich „die universitäre Ethnologie hier vollends auf die akademisch-theoretische Forschung und Lehre“ zurückzog.[26]

Die historischen Altlasten der (Angewandten) Ethnologie können in der Tat als Menetekel gelten, wenn es um die Frage der Verbindung von Wissenschaft und politischen Interessen geht. Sie sollten indes nicht zu der irrigen Annahme verleiten, dass Problem sei der Anwendungsbezug als solcher – und die Antwort wohlmöglich gar eine Wissenschaft, die losgelöst von ihrem (unzweifelhaft immer vorhandenen) politischen Kontext quasi autark und selbstreferentiell vor sich hin existiert. Wenn die Wirklichkeitssphären von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik sich voneinander entkoppeln, dann tut das – wie im vorigen Abschnitt gezeigt werden konnte – keiner Seite gut. Ethnologisches Wissen wird, wie Klocke-Daffa ganz richtig feststellt, dringend gebraucht – „in Schulen wie im Gesundheitswesen, im Journalismus und in der Entwicklungszusammenarbeit, in Sozialprojekten für Jugendliche und in der Erwachsenenbildung, in Stadtverwaltungen, im Polizeiapparat und in der Bundeswehr. Selbst große Firmen, Banken, Versicherungen, Werbeagenturen und Internetfirmen beschäftigen Ethnolog*innen“.[27] All diesen gesellschaftlichen Handlungsfeldern die ethnologische Expertise vorzuenthalten, aus Angst davor, sie könnte falsch verstanden oder gar missbraucht werden, kann nicht die Lösung sein – allein schon deshalb nicht, weil, wie die vorliegende Arbeit zu demonstrieren vermocht hat, ethnologisches Fachwissen *ohnehin* tagtäglich aus seinem Kontext gerissen und in der öffentlichen Debatte zur Legitimation unterschiedlichster politischer Interessen herangezogen wird. Die Augen vor dieser Tatsache zu verschließen, hilft nicht weiter. Was also hilft dann? Wie können gerade auch Institutionen der

[24] Klocke-Daffa 2019b: 11–18.

[25] Klocke-Daffa 2019b: 18; beispielhaft ist hier u. a. der in der Vorbemerkung zu dieser Arbeit aufgeführte Robert H. Lowie zu nennen, dessen Arbeiten über deutsche Kultur aus einem ebensolch problematischen Kontext von angewandter Ethnologie hervorgegangen sind (siehe hierzu Schneider 2001: 73–77).

[26] Klocke-Daffe 2019b: 21.

[27] Klocke-Daffa 2019b: 7

universitär verankerten Ethnologie ihrer Verantwortung gerecht werden und sich stärker gesellschaftlich einbringen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es sinnvoll, zunächst auf den Status Quo des Verhältnisses von Ethnologie und Öffentlichkeit zu schauen und dabei anhand vorhandener Problemstellungen und Ansätze Vorschläge für das weitere Vorgehen zu entwickeln. Die Auswahl der zu betrachtenden Handlungsfelder ist dabei keinesfalls umfassend. Sie knüpft vielmehr thematisch an die zentralen Erkenntnisse und Forderungen der vorliegenden Arbeit an und sucht nach gelungenen Wegen des interdiskursiven Austausches zwischen Ethnologie und Gesellschaft – ganz im Sinne einer erkenntnisorientierten, selbstreflexiven und vielstimmigen demokratischen Öffentlichkeit:

1.) Rückeroberung von Debatten und Begriffen: Am Bespiel der in dieser Arbeit vorgestellten Untersuchung ist überaus deutlich geworden, dass ethnologische Stimmen – ihrer breit angelegten Expertise zum Trotz – in der massenmedial vermittelten Debatte (in Deutschland) kaum repräsentiert sind. In einem Korpus, der fast zehn Jahre und hunderte von Pressetexten umfasst, gibt es nicht einen einzigen (in welcher Form auch immer öffentlichkeitswirksamen) ethnologischen Beitrag – und das obwohl in der Debatte um die Hamburger Einbürgerungsinitiative mit Begriffen wie Kultur, Identität, Nation, Migration, Integration, etc. Kernbereiche der ethnologischen Fachkompetenz angesprochen sind. In ihrem Text *Anschreiben gegen das Klischee: Ethnologische Themen in den Medien* beklagen auch die beiden Journalistinnen Simone Salden und Inka Schmelling die mangelnde Präsenz von Ethnolog_innen in der deutschen Medienlandschaft. Sie schildern Interviewanfragen an Vertreter_innen des Faches, die abgelehnt wurden, weil man sich nicht auf die – für Wissenschaftler_innen ungewohnten – Erfordernisse der journalistischen Arbeitsweise einlassen wollte. Aus Angst davor, wissenschaftliche Erkenntnisse zu verkürzen, sie aus dem Kontext zu reißen oder grob zu simplifizieren, halten viele Ethnolog_innen sich lieber ganz aus der öffentlichen Debatte heraus.[28] Diese Zurückhaltung ist angesichts der unterschiedlichen Herangehensweisen und Interessenlagen von Wissenschaft und Journalismus durchaus nachvollziehbar. Sie ist – für ein Fach, das seine eigene Relevanz nicht unterminieren will – jedoch auch insofern fatal, als sich, wie Salden und Schmelling richtig anführen, „in den Talkshows und Tageszeitungen, in Radiobeiträgen oder Magazin-Interviews […] in einer Demokratie die öffentliche Meinung“ bildet oder – um es im Soziolekt der Ethnologie

[28] Salden / Schmelling 2019: 442 f.

auszudrücken – kulturelles Wissen produziert und kulturelle Wirklichkeit konstituiert wird.[29] Für eine Disziplin, die an die Bedeutsamkeit ihrer eigenen Arbeit glaubt, ist ein Heraushalten aus diesen Prozessen nicht zu rechtfertigen – auch und erstrecht nicht in Anbetracht der erwähnten historischen Altlasten, derer sie sich bis heute verantworten muss.

In der Tat bemühen sich ethnologische Institutionen zunehmend darum, neue und zeitgemäße Wege der massenmedialen Selbstrepräsentation für sich zu erschließen. Zu nennen wären hier etwa Angebote wie die Blog-Reihe *Debating Anthropology – Streitbare Ethnologie* der Zeitschrift für Kulturwissenschaften, welche Fragen der ethnologischen Gesellschaftsrelevanz adressiert,[30] oder auch der monatliche Podcast des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung mit dem themenspezifischen Titel *Anthropology of Political Assembly*[31]. Mediale Auftritte wie diese gibt es in ähnlicher Form an verschiedenen ethnologischen Instituten. Sie adressieren jedoch in aller Regel Ethnolog_innen oder ggf. darüber hinaus auch Wissenschaftler_innen verwandter Disziplinen, nicht jedoch die allgemeine Öffentlichkeit. Dagegen wäre es seitens ethnologischer Institutionen ebenso möglich, regelmäßige Blogs, Vlogs oder Podcasts zu unterhalten, um die Grenzen der wissenschaftlichen Sphäre zu transzendieren und sich explizit an ein nicht-ethnologisches, gerne auch nicht-akademisches Publikum zu wenden. So könnten sie z. B. niedrigschwellig (ggf. in Kooperation mit Studierenden) Stellung zu aktuellen Medienereignissen beziehen oder ihrerseits fachliche Themen allgemeinverständlich aufarbeiten. Ein gutes Beispiel dafür, wie solche Blogreihen gestaltet sein könnten, gibt der Artikel *Kulturkreis* von Eric Anton Heuser, der am 11. November 2016 als Gastbeitrag in der Kolumne *Hasswort* des medienkritischen Online-Magazins *Übermedien* veröffentlicht wurde. Heuser dekonstruiert in seinem Beitrag – wie es der Titel schon vermuten lässt – den Begriff des *Kulturkreises*, der sich (aus seinem ethnologischen Ursprungskontext gerissen) in der massenmedial vermittelten Debatte großer Beliebtheit erfreut und auch in der vorliegenden Arbeit bereits zum Thema geworden ist. Der Text ist dabei explizit an Medienschaffende gerichtet und nimmt diese in die Verantwortung, sich kritisch mit den wissenschaftlichen Konzepten zu befassen, derer sie sich im Rahmen ihrer Tätigkeit bedienen, mit den historischen Kontexten, aus denen sie jeweils entliehen sind, und mit den Konnotationen, die ihnen immer und unweigerlich anhaften. Umgekehrt wird Heuser hier allerdings auch einer ureigenen ethnologischen Verantwortung gerecht, indem

[29] Salden / Schmelling 2019: 444.
[30] ZfK o. J.
[31] Max-Planck-Gesellschaft 2022.

er einen polysemen Grundbegriff der diskursiven Wirklichkeitskonstitution problematisiert, der in seinem Ursprung aus einer noch jungen und in vielerlei Hinsicht unreifen Ethnologie hervorgegangen ist, sich diskursiv verselbstständigt hat und in den öffentlichen Sphären der kollektiven Wissensproduktion seither unkontrolliert Schaden anrichtet.[32] Nach Heusers Vorbild könnten die ethnologischen Institute in Deutschland – etwa im Sinne eines Glossars zentraler Begrifflichkeiten (wie z. B. *Amnesty International*[33] oder die *Neuen Deutschen Medienmacher*innen*[34] ihn für diskriminierungssensible Sprache anbieten) Stück für Stück Begriffe und Debatten zurückerobern, die sich eigendynamisch von ihrem Ursprungskontext entkoppelt haben – und das in diesem Fall sogar *ohne* sich den mit Skepsis betrachteten Regeln eines institutionalisierten Journalismus beugen zu müssen.

Die Welt der Medien ist schnelllebig, zuweilen reißerisch und kann sich nicht an wissenschaftlichen Standards messen lassen. Ethnolog_innen, die sich dazu aufschwingen, für ein nicht ethnologisches Publikum zu schreiben, respektive sich als Expert_innen oder Interviewpartner_innen für Journalist_innen zur Verfügung zu stellen, müssen nicht nur lernen, mit den Anforderungen dieses neuen Betätigungsfeldes zurecht zu kommen, sie müssen vor allem auch dazu in der Lage sein, komplexe wissenschaftliche Zusammenhänge allgemeinverständlich herunterzubrechen, ohne sie dabei unzulässig zu vereinfachen. Die gute Nachricht ist: Journalismus lebt (ebenso wie jedes interkulturelle Kompetenztraining) von Beispielen – und an solchen sind die meisten Ethnolog_innen aufgrund ihrer vielfältigen ethnographischen Erfahrungen mehr als reich. Es ist durchaus möglich, eine Brücke zwischen den Sphären zu schlagen. Beide Seiten müssen jedoch auch die Kraft und v. a. den Willen aufbringen, sich auf diese Herausforderung einzulassen. Fortbildungen im Bereich Medienkompetenz sind in dieser Hinsicht absolut empfehlenswert, gerade auch für das ethnologische Fachpersonal an deutschen Universitäten, das – mit all seinem symbolischen Kapital – unsere Disziplin an vorderster Front repräsentiert und somit auch als erstes in die Pflicht genommen werden muss, wenn es darum geht, die Ethnologie stärker in die massenmedial vermittelte Öffentlichkeit zu tragen.[35]

2.) Ethnologische Bildungsarbeit: Ethnologische Kompetenzen nützen, wie mit Klocke-Daffa weiter oben festgestellt wurde, nicht nur Ethnolog_innen. Wenn man davon ausgeht, dass eine ethnologische Perspektive wesentlich dazu beitragen kann,

---

[32] Siehe Heuser 2016; siehe außerdem Übermedien 2022.

[33] Siehe Amnesty International Deutschland e. V. 2017.

[34] Neue Deutsche Medienmacher*innen e. V. 2022.

[35] Siehe Salden / Schmelling 2019: 442 f.

den Grad der kritischen Sensibilisierung im Umgang mit essentialisierenden, rassifizierenden, diskriminierenden oder etwa auch nationalistischen Diskursen zu erhöhen, ist es wünschenswert, Aspekte ethnologischer Bildung (über den relativ engen Kontext ihres primären akademischen Anwendungsfeldes hinaus) einem breiteren Adressat_innenkreis zugänglich zu machen – so etwa im Rahmen der außeruniversitären Erwachsenenbildung aber durchaus auch im Rahmen schulischer wie außerschulischer Kinder- und Jugendbildung.

Mit ethnologischer Bildungsarbeit ist hier nach Verena Schneeweiß „die Nutzung ethnologischer Theorien und Erkenntnisse [gemeint], insbesondere des ethnologischen Blicks und der damit verbundenen Haltung wie Perspektivwechsel und Selbstreflexion. Grundsätzlich gilt bei Ansätzen Ethnologischer Bildung Ethnologie als Grundlagenwissen für orientierte Lebensgestaltung und bildet somit die Ausgangsposition für zukünftiges, informiertes Handeln“.[36] Darin ist eine „Aktionsorientierung“, etwa bezogen auf den Umgang mit Vorurteilen oder Fragen des globalen Machtgefälles, explizit miteingeschlossen.[37] Eine solche Zielsetzung macht es einerseits erforderlich, „‚wissenschaftliche Objektivität‘ zu wahren, und andererseits […] Stellung zu beziehen“.[38] Sie knüpft damit an die oben geforderte Rückeroberung von Debatten und Begriffen an, geht jedoch noch einen Schritt weiter.

Im Kontext von ethnologischer Bildungsarbeit kommt Angeboten der *Interkulturellen Bildung* ein besonderer Stellenwert zu. Der Bereich der außeruniversitären interkulturellen Bildung ist allerdings überaus weit gesteckt und wird beileibe (!) nicht von Ethnolog_innen dominiert. Dies ist insofern ungünstig, als Ethnolog_innen mit Fug und Recht als Expert_innen des Interkulturellen gelten können, sie das Feld aber dennoch mehrheitlich jenen überlassen, die inhaltlich weit weniger qualifiziert sind.[39]

Die einzige Institution in Deutschland (von freiberuflich tätigen Einzelpersonen wie mir selbst einmal abgesehen), die aus explizit ethnologischer Perspektive interkulturelle Bildungsformate für den außeruniversitären Kontext entwickelt, ist der Verein *Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e. V.*, oder kurz: *ESE*. Der Verein steht in enger Kooperation mit dem ethnologischen Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, ist jedoch von diesem unabhängig. Sein Engagement gestaltet sich äußerst heterogen und reicht von der regelmäßigen Ausrichtung

[36] Schneeweiß 2019: 235.

[37] Schneeweiß 2019: 234.

[38] Schneeweiß 2019: 235.

[39] Zur Problematik der Unterrepräsentation von Ethnolog_innen im Praxisfeld interkulturelle Bildung siehe Moosmüller 2019: 407 f.

der akademischen Summer School *European Campus of Intercultural Perspectives* über klassische interkulturelle Trainings bis hin zu Schulprojekten etwa im Bereich *Interkulturelle Mediation* oder *Globales Lernen*. ESE publiziert des Weiteren Fach- und Sachliteratur mit ethnologischem Anwendungsbezug und bildet im Rahmen seines spezifisch ethnologischen Ansatzes interkulturelle Trainer_innen aus, von denen viele – wenn auch längst nicht alle – ihrerseits Ethnolog_innen sind. Der Verein trägt auf diese Weise nicht nur dazu bei, einem breiten nicht-ethnlogischen Publikum ethnologisches Fachwissen zur Verfügung zu stellen. Er ermöglicht durch seine praxisorientierten Publikationen und sein in Deutschland einzigartiges Fortbildungsprogramm außerdem auch einer wachsenden Zahl von Ethnolog_innen (so u. a. mir selbst) sich anwendungsorientiert im Sinne interkultureller Vermittlung und Aufklärung in diversen gesellschaftlichen Handlungsfeldern einzubringen.[40]

Die Bildungskonzepte, die ESE (u. a. in Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität) entwirft und die ihrerseits wissenschaftliche Fundierung mit handlungspraktischer Orientierung verbinden, haben Vorbildcharakter. Im Rahmen einer stärkeren Öffnung des akademischen Sektors könnten vergleichbare Veranstaltungen auch vermehrt von Institutionen der universitären Ethnologie ausgerichtet werden. Universitäre Angebote, die – niedrigschwellig, auf Augenhöhe und (idealerweise) auf wechselseitigen Dialog ausgerichtet – ein außeruniversitäres Publikum adressieren, könnten nicht nur die Reichweite ethnologischer Diskurse erhöhen, den Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit befördern und einer Entkopplung der kulturellen Wirklichkeiten (wenigstens graduell) entgegenwirken. Sie könnten darüber hinaus auch Fachpersonal sowie Studierende für anwendungsbezogene Fragestellungen sensibilisieren, den Blick auf neue Handlungsfelder eröffnen und als Impulsgeber für die empirische Forschung dienen. Die akademische Institutionalisierung einer offenen und inklusiven ethnologischen Bildungsarbeit würde außerakademische Wirklichkeiten, Diskurse und Probleme unweigerlich und in viel stärkerem Maße an das ethnologische Fachpersonal herantragen und so das akademische Bewusstsein für Anwendungsbezogenheit, soziale Relevanz und wissenschaftliche Verantwortung nachhaltig schärfen.

Natürlich gibt es bereits Ansätze, die in die hier vorgeschlagene Richtung gehen (wobei diese jedoch häufig einseitig auf die Vermittlung ethnologischer Kompetenzen an Außenstehende ausgerichtet sind und weniger auf einen kontinuierlichen Prozess der wechselseitigen Befruchtung unterschiedlicher Sphären). Zu nennen wäre etwa das vom Denkwerk-Programm der Robert-Bosch-Stiftung geförderte

[40] Siehe Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e. V. 2016; siehe außerdem Bertels 2019 sowie (für exemplarische Einblick in ein schulbezogenes ESE-Projekt im Bereich ethnologische Bildung) Lütkes 2004 und de Vries 2004.

und im Jahr 2010 abgeschlossene Projekt *Familien in der Diaspora* der Universität Hamburg, welches Schüler_innen unter wissenschaftlicher Anleitung dazu befähigt hat, innerhalb ihres Stadtteils eigene kleine Feldforschungen zu den Themen Familie und Verwandtschaft durchzuführen, anhand derer kulturelle Diversität sowie die Relativität der eigenen Prägung unmittelbar erfahrbar gemacht werden konnten.[41] Was die vielfältigen Möglichkeiten einer dialogischen Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit anbelangt, ist das Potenzial deutscher ethnologischer Institutionen jedoch noch lange nicht ausgeschöpft. Zukünftige Kooperationen und Schwerpunktsetzungen könnten hier noch deutlich mehr wagen.

3.) Institutionelle Verankerung: Sowohl der Aspekt der öffentlichen Präsenz als auch derjenige einer niedrigschwelligen Öffnung der Ethnologie deuten letztlich auf das dringende Erfordernis einer institutionellen Verankerung der anwendungsbezogenen Perspektive auf universitärer Ebene. Wenn Einzelpersonen ohne institutionelle Anbindung auf dem freien Markt ihre Kompetenzen als Referent_innen, Trainer_innen, Coaches etc. feilbieten, Blogs und Podcasts ins Leben rufen oder ihre Expertise an etablierte Medien herantragen, ist das zwar ein Schritt in die richtige Richtung, nützt im Hinblick auf Ansehen und Rolle der Ethnologie in der Öffentlichkeit allerdings nur wenig. Das Image einer Disziplin kann nicht allein durch jene ‚aufpoliert' werden, die ihrerseits – gerade aufgrund ihrer Anwendungs- bzw. Praxisorientierung – an den äußersten Rand der innerfachlichen Debatte gedrängt sind und fachintern nicht selten sogar für ihren ‚populärwissenschaftlichen' Zugang in der Kritik stehen.[42] Wenn die Ethnologie ihr Verhältnis zur nicht-ethnologischen Öffentlichkeit nachhaltig reformieren will, so müssen die Universitäten hier Vorreiter sein. Durch einen stärkeren sowie institutionell verstetigten Wechselbezug zwischen akademischen und außerakademischen Spielarten ethnologischer Arbeit, könnten Reputation, öffentliche Wahrnehmung und gesellschaftliche Relevanz der (Angewandten) Ethnologie maßgeblich gesteigert werden:

> „Nicht nur wäre durch die institutionelle Einbindung das *standing* der Angewandten Ethnologie ein anderes als im außerakademischen Umfeld. Auch ihr gesellschaftlicher Nutzen ist potenziell größer, da sich eine wissenschaftlich angebundene Angewandte Ethnologie mehr Gehör verschaffen könnte. Dieses Potenzial zu nutzen ist umso erfolgversprechender, je stärker sich die Ethnologie auch der ethnologischen Forschung im eigenen Land öffnet und damit zu aktuellen Problemen, Fragen und Anliegen Stellung beziehen und Lösungsvorschläge ausarbeiten kann."[43]

[41] Universität Hamburg 2017.

[42] Siehe Antweiler 2015: 13.

[43] Klocke-Daffa 2019c: 688 (Hervorhebung im Original).

Auch wenn die Angewandte Ethnologie bislang nur am ethnologischen Institut der Eberhard Karls Universität Tübingen als eigenständiges Schwerpunktgebiet etabliert werden konnte,[44] ist sie doch, wie Klocke-Daffa anführt, „an vielen ethnologischen Instituten bereits in der einen oder anderen Form vertreten, wenn auch meist unter einem anderen Label“:[45] So bieten zahlreiche „ethnologische Institute […] spezifische Anwendungsbereiche oder praxisrelevante Themen im Rahmen ihrer Module in den BA-/MA-Studiengängen an und führen problem- und / oder anwendungsbezogene Forschungen durch. Vertreten sind etwa die praxisorientierte Ethnomedizin (Universität Münster, Heidelberg), die Entwicklungsethnologie (Universität Frankfurt/Main, Mainz, Trier), die Migrationsethnologie und Transnationalismusforschung (Universität Bremen, FU Berlin und Frankfurt/Oder), die Visuelle Anthropologie (Universität Berlin, München), die Museumsethnologie (Universität Leipzig) und die Umweltethnologie (Universität Köln) – um nur einige zu nennen“.[46] Von einer echten Institutionalisierung der anwendungsbezogenen Perspektive kann an deutschen Universitäten indes noch keine Rede sein. In den meisten Fällen „erfolgt die Verbindung von Theorie und Praxis lediglich über Vorträge und Lehraufträge, die zwar die Studienangebote ergänzen, aber nicht strukturell eingebunden sind. Sie können kurzfristig anberaumt und wieder abgesetzt werden und sind prinzipiell nicht auf Nachhaltigkeit von Forschung, Lehre und Anwendung ausgelegt“.[47] Klocke-Daffa schlägt hier ein deutlich inklusiveres Modell vor, das akademisch-theoretische und Angewandte Ethnologie ebenso miteinschließt wie die (außerakademische) ethnologische Praxis. Es folgt damit in etwa dem Vorbild der deutschen medizinischen Fakultäten, welche von Forschung über Lehre bis hin zur Anwendung alle wissenschaftlichen Handlungsfelder unter einem Dach vereinen.[48]

Eine solche Vision scheint momentan (noch) in weite Ferne gerückt. Nichtsdestoweniger kann schon ein stärkerer Austausch zwischen akademischer und praktizierter Ethnologie (z. B. durch gemeinsame bzw. dialogisch angelegte Forschungsprojekte, Seminarkonzepte, Fortbildungsprogramme oder Publikationen) im Sinne einer fortschreitenden Ver- und Anbindung der Handlungs- und Diskursfelder wesentlich dazu beitragen, dass verschiedene kulturelle Wirklichkeiten sich nicht eigendynamisch voneinander entkoppeln.[49] Die wechselseitige Auseinandersetzung, die sich idealerweise aus der interdiskursiven Interaktion ergibt

[44] Siehe Eberhard Karls Universität Tübingen 2022; siehe außerdem Klocke-Daffa 2019b: 5

[45] Klocke-Daffa 2019c: 683.

[46] Klocke-Daffa 2019b: 5 f.

[47] Klocke-Daffa 2019c: 684.

[48] Klocke-Daffa 2019c: 688.

[49] Klocke-Daffa 2019c: 686 ff.

(zwischen akademischer und außerakademischer Ethnologie einerseits sowie zwischen ethnologischer und außerethnologischer Öffentlichkeit andererseits), wird kaum konfliktfrei verlaufen und gewiss werden dabei auch Fehler gemacht werden. Sie ist dennoch – oder vielleicht auch gerade deswegen – unverzichtbar, um beiderseitige Lernprozesse anzustoßen, von denen Gesellschaft und Wissenschaft langfristig profitieren können.

Wissenschaft für alle

Voneinander lernen und einen Perspektivwechsel im ethnologischen Sinne vollziehen, können wir – ganz gleich in welchem Kontext – nur dann, wenn die Grundbegriffe und Deutungslinien der interdiskursiven Interaktion für alle Beteiligten transparent sind. Dieses Ideal gilt es auch im hier geforderten Austausch zwischen Ethnologie und Öffentlichkeit anzustreben. Momentan wird jedoch von vielen Ethnolog_innen bezweifelt, dass komplexe ethnologische Konzepte Nicht-Ethnolog_innen und insbesondere Nicht-Akademiker_innen ausreichend verständlich gemacht werden könnten, um nicht letztlich doch Gefahr zu laufen, enteignet und missbraucht zu werden. Praktiker_innen der Ethnologie schlägt das diesbezügliche Misstrauen immer wieder prominent entgegen, wie u. a. Christiana Lütkes im Zusammenhang mit dem ESE-Projekt *Ethnologie in der Schule* (verkürzter Titel) berichtet.[50] Als praktisch arbeitende Ethnologin möchte ich an dieser Stelle Mut machen: Meiner Erfahrung nach ist es durchaus möglich, selbst schwierigste Konstrukte wie *Kultur* oder *Identität* soweit zu veranschaulichen, dass Außenstehende zu einem kompetenten Umgang mit diesen Begriffen im alltäglichen Gebrauch wie auch in der massenmedial vermittelten Debatte befähigt werden. Um diese These zu untermauern und die vielfältigen Möglichkeiten eines niedrigschwelligen, dialogischen Zugangs zu demonstrieren, schließe ich die vorliegende Nachbemerkung mit einigen praktischen Einblicken aus der außerakademischen ethnologischen Bildungsarbeit ab. Diese Einblicke dienen überdies auch der weitergehenden Objektivierung meiner Person in der Funktion als Autorin der hier vorgelegten akademischen Untersuchung.

Als *Trainerin für Interkulturalität und Anti-Rassismus* ist es meine Aufgabe, Begriffe wie *Kultur* oder *Identität* wissenschaftlich fundiert und zugleich allgemeinverständlich zu erklären, für ihre Bedeutung in der öffentlichen Debatte zu sensibilisieren sowie die Art und Weise zu veranschaulichen auf die nicht nur Kultur und Identität, sondern vor allem auch Vorstellungen *über* Kultur und Identität unser Denken und Handeln im Alltag anleiten. Die ethnologische Kulturtheorie und Ethnizitätsforschung bilden hierfür – anschaulich übersetzt – eine wesentliche Grundlage.

---

[50] Lütkes 2004: 186.

Interdisziplinär bereichert werden sie durch andere wissenschaftliche Perspektiven (z. B. *Critical Whiteness Studies*[51]), aber auch aktivistische Zugänge wie etwa den diskriminierungs- und machtkritischen *Anti-Bias-Ansatz*[52]. Im Vordergrund meiner Trainings steht des Weiteren – und vor allem – ein Ansatz der *interkulturellen Medienkompetenz*, der in Wechselwirkung mit der hier vorliegenden Arbeit entstanden ist und sich wesentlich an den Erkenntnissen der Diskursforschung orientiert, insofern er massenmedial vermittelte Deutungsmuster dekonstruiert und die machtdynamische Wechselwirkung von Emotionalisierung und Rationalisierung für die Rezipient_innen transparent zu machen sucht. Ziel ist es, ein Bewusstsein für die kulturelle Macht und Eigendynamik von Diskursen zu schaffen und die eigene – insbesondere durch den Konsum von Massenmedien geformte – kulturelle Prägung der Seminarteilnehmenden sichtbar werden zu lassen. Dies alles geschieht v. a. in Form praktischer Übungen. Statt die Teilnehmenden mit theoretischem Input zu überfrachten, wird theoretisches Wissen anhand von Beispielen, Anschauungsmaterialien und spielerischer Methoden persönlich erlebbar. Das Vorgehen folgt dabei drei einfachen Schritten (nicht immer notwendigerweise in derselben Reihenfolge), die im Folgenden knapp erläutert werden sollen:

1.) Diskursdynamiken erfahrbar machen: Um die Problematiken diskursiver Macht-Wissen-Komplexe im Seminarkontext diskutieren zu können, ist es zunächst einmal nötig, diese dem/der Einzelnen persönlich bewusst werden zu lassen. Zu diesem Zweck eignen sich Aktivierungsübungen, die mit einzelnen Fragmenten massenmedial vermittelter Diskurse arbeiten. Ein solcher Einstieg kann auf vielfältige Weise gestaltet werden und benötigt in der Regel nicht viel Material. Besonders gut geeignet sind Assoziationsspiele. Den Teilnehmenden wird z. B. ein Bild, ein Textausschnitt oder ein kurzer Videoclip gezeigt, dann sollen sie spontane Assoziationen nennen oder schriftlich festhalten. Das gleiche Vorgehen funktioniert sogar ohne jedes Material, indem man einfach nur einen diskursiv aufgeladenen Begriff in die Runde wirft. Nennt man z. B. das Wort *Afrika*, so werden die Teilnehmenden Assoziationen äußern, die dem dominanten deutschen Mediendiskurs über Afrika einerseits und Flucht / Migration andererseits entspringen. Es ist kaum davon auszugehen, dass international erfolgreiche Kunst- und Kulturschaffende, Universitäten, (sprachliche, ethnische, religiöse, politische) Diversität oder etwa auch die prestigeträchtigen Kulturschätze des historischen Ägyptens unter den ersten Dingen sein werden, die ihnen einfallen. Meist überwiegen negative Assoziationen wie

[51] Für eine sehr knappe Vorstellung der Critical Whiteness Studies siehe u. a. Landkammer o. J.

[52] Siehe anti-bias-netz 2013–2021.

Armut, Krankheit, Gewalt oder (auf die Migration nach Deutschland bezogen) Überfremdung, bzw. Vorstellungen von Exotik in Form von unberührter Wildnis und Tierreichtum oder von als ‚traditionell' empfundener ‚fremder' Kultur. Führt man den Teilnehmenden ihre selektive Wahrnehmung vor Augen, indem man ihnen im Nachgang z. B. Bilder zeigt oder Fakten nennt, die ihrer Vorstellung widersprechen, ist die Überraschung meist groß. Wichtig ist dann, die sich anschließende Diskussion über Vorurteile und Stereotype weg von der individuellen und auf die kollektive Ebene zu heben. Die Teilnehmenden sollen verstehen, dass stereotype Vorstellungen und rassistische Denkmuster keine Frage von persönlicher Schuld oder Versagen sind, sondern vielmehr von kultureller Prägung, wie sie in erster Linie durch den Einfluss moderner Massenmedien bzw. durch massenmedial vermittelte Diskurse entsteht. Dabei ist es v. a. auch von Bedeutung, die emotionale Seite dieses Prozesses zuzulassen und offen zu thematisieren. Manche Teilnehmende fühlen sich durch Übungen, die ihre eigenen Bilder im Kopf offenlegen, ‚hinters Licht geführt'. Sie reagieren mit emotionaler Abwehr, ganz im Sinne einer diskursiven Wirklichkeit, die sich selbst verteidigt. Viele (v. a. weiße Deutsche) verbinden mit Begriffen wie ‚Afrikaner', ‚Migrant', ‚Musilm' (ganz besonders in der männlichen Form) überdies diffuse Ängste, die ebenfalls ein Teil der diskursiven Dynamik sind und als solcher dekonstruiert werden müssen. Andersherum können sich natürlich auch Personen unter den Teilnehmenden befinden, die selbst (aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder auch nur ihres Aussehens) von negativen Rollenzuweisungen durch dominante Diskurse betroffen sind und mit der (wenn auch analytischen) Reproduktion dieser Diskriminierung im Seminarkontext zu kämpfen haben. Letztlich machen alle Teilnehmenden im Rahmen eines interkulturellen Trainings die Erfahrung (und das oft zum ersten Mal), dass ihr Denken, Fühlen und Handeln nicht objektiv und erstrecht nicht frei von äußeren Einflüssen ist. Die eigene kulturelle Prägung – und vor allem deren unangenehme Aspekte – vor Augen geführt zu bekommen, ist ein schwieriger emotionaler Prozess. Er muss als solcher ernstgenommen und sensibel begleitet werden.

2.) Grundbegriffe definieren: Sich die eigene ‚Geprägtheit' bewusst zu machen ist ein wichtiger, wenn auch nur ein erster Schritt. Ihm folgen sollte unbedingt und unmittelbar die Herstellung von Transparenz über die polysemen Grundbegriffe der relevanten Diskurse. In Anbetracht des begrenzten Umfangs eines herkömmlichen Kompetenztrainings, muss diese notwendigerweise selektiv vorgehen und sich an den Schwerpunkten und Zielsetzungen der Veranstaltung sowie an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientieren. Begriffe wie *Rassismus*, *Identität*, *Migration*, *Integration* und natürlich *Kultur* (u. a.) bieten sich an. Insbesondere der Kulturbegriff

nimmt dabei in Veranstaltung der interkulturellen Bildungsarbeit eine hervorgehobene Stellung ein. Natürlich ist es nicht möglich, ein derart komplexes und bis heute selbst in Fachkreisen umstrittenes Konzept im Verlauf eines einzigen Tagesseminars abschließend zu definieren. Das ist jedoch auch gar nicht notwendig.

Wie Abschnitt 2.3 der vorliegenden Arbeit aufgezeigt hat, ist in weiten Teilen der medialen Öffentlichkeit eine plakative Container-Logik von *Kultur* dominant. Kulturen werden als in sich abgeschlossene Systeme begriffen, deren Mitglieder anhand äußerlicher wie innerlicher Merkmale klar zugeordnet bzw. voneinander abgegrenzt werden können. Die wichtigste Aufgabe ethnologischer Bildungsarbeit ist es, diesem Dogma – mit all seinen problematischen Implikationen – systematisch entgegenzutreten. Tatsächlich ist dies anhand von Alltagsbeispielen sehr leicht möglich. Wiederum sollte dabei die eigene Prägung der Teilnehmenden im Vordergrund stehen, denn vermittels der eigenen persönlichen Erfahrung und Biographie lässt sich schnell demonstrieren, dass Menschen im Verlauf ihres Lebens ganz unterschiedlichen – und z. T. gar widersprüchlichen – Referenzsystemen ausgesetzt sind. Spätestens die Frage *Sind Sie typisch deutsch*? Führt dabei rasch zu einer umfassenden Diskussion von unterschiedlichsten Formen und Merkmalen des Deutschseins und zu der unvermeidlichen Erkenntnis, dass es *typisch deutsch* gar nicht gibt – genauso wenig wie etwa *typisch türkisch* oder gar *typisch afrikanisch.*

Darauf aufbauend kann der Kulturbegriff theoretisch konkretisiert werden. Ziel ist keine umfassende Definition des Phänomens Kultur, sondern vielmehr die Feststellung, dass sich die kulturelle Prägung eines Menschen aus vielfältigen Quellen speist und sich dabei auch ständig in Bewegung befindet – dass Kultur also im einzelnen Individuum eine sehr spezifische (und in gewisser Hinsicht einzigartige) *Ausprägung* annimmt, die keinesfalls anhand von Äußerlichkeiten oder etwa anhand von Fragen der Herkunft / der Religion eindeutig und unproblematisch ‚abgelesen' werden kann. Damit ist selbstverständlich kein hyperkulturelles Rosinenpicken gemeint, sondern die mehrdimensionale Beeinflussung des Menschen durch verschiedene, wechselnde und unweigerlich eigendynamische Diskurskonstellationen.

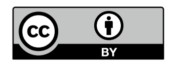
3.) Zum Handeln befähigen: Mit der Übertragung des Gelernten auf die Handlungsebene ist der anwendungsbezogene Teil eines jeden Trainings angesprochen, um dessentwillen sich viele Menschen überhaupt nur für die Teilnahme an einer solchen Bildungsveranstaltung entscheiden. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, warum es wichtig ist, sich seinen Bildern im Kopf zu stellen und massenmediale Diskurse kritisch zu hinterfragen, bzw. welchen praktischen Nutzen man letztlich selbst davon hat. Je nach Zielgruppe und Thema des Workshops kann (und muss) diese Frage natürlich ganz unterschiedlich beantwortet werden. Aus ethnologischer

Perspektive ist es von übergeordneter Bedeutung die vielfältigen Probleme aufzuzeigen, die falsche Vorstellungen von Kultur und Identität sowohl strukturell als auch individuell im täglichen Miteinander verursachen – von der Belastung, Störung oder gar Verhinderung sozialer Interaktionen im persönlichen Umfeld bis hin zur strukturellen Diskriminierung ganzer Bevölkerungsteile und der eigendynamischen Verselbständigung folgenschwerer politischer Debatten. Des Weiteren sollten zielgruppenspezifische Handlungsoptionen aufgezeigt werden, die – je nach Kontext – von einer interkulturell kompetenten Dekodierung massenmedial vermittelter Diskurse bis hin zu Aspekten ihrer reflektierten Enkodierung reichen können. Hier ist vor allem der reflektierte Umgang mit gesellschaftlichen Grundbegriffen angesprochen sowie ein Bewusstsein für die soziale Konstruiertheit jeder Form von kollektiver Wirklichkeit und für die wechselseitigen diskursiven Dynamiken von Rationalisierung und Emotionalisierung, die diese Wirklichkeit verstetigen. Übersetzt bedeutet das eine intensive und anhaltende Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Prägung, welche für jede Form der interkulturellen Interaktion zwingend die Grundlage bilden muss. Ohne die Grundpfeiler der eigenen rationalen Ordnung zu verstehen und kritisch zu hinterfragen, können fremde Sinnwelten weder objektiv entschlüsselt werden, noch lässt es sich zielführend mit ihnen in Dialog treten. Der emischen Perspektive, wie die Ethnologie sie zum Grundprinzip ihrer Forschung erhoben hat, kommt somit eine dreifache Bedeutung zu. Erstens fordert der Ansatz der interkulturellen Medienkompetenz (man könnte auch allgemeiner von *interdiskursiver Kompetenz* sprechen) von den Teilnehmenden eine emische Entzifferung der gesellschaftlichen Diskurse, die ihre eigene kulturelle Prägung anleiten. Zweitens fordert sie das sich Hineindenken in ein neues, wissenschaftlich angeleitetes Referenzsystem, das seinerseits emisch durchdrungen werden muss und im besten Falle von den Teilnehmenden für die zukünftige Weltorientierung angeeignet wird. Drittens befähigen die dieserart erworbenen Kompetenzen zum Perspektivwechsel im Hinblick auf ‚fremde' kulturelle Sinnwelten (z. B. religiöse, ethnische, identitären, nationale oder ggf. auch rassistische Diskursordnungen), deren Eigenlogiken ihrerseits wiederum aus sich selbst heraus begriffen werden müssen um zu einer (idealerweise wechselseitigen) konstruktiven Auseinandersetzung zu gelangen.

Über die Anforderungen an die Teilnehmenden hinaus verlangt der hier vorgestellte Ansatz auch von der Person, die die jeweilige Veranstaltung leitet, ein emisches sich Hineinversetzen in die diskursiv geprägten Sinnwelten der Teilnehmenden bzw. ein tiefergehendes Verständnis ihrer heterogenen Dekodierungsstrategien. Damit ist nicht nur die individuelle Dekodierung der mehr oder minder dominanten Diskurse im öffentlichen Raum gemeint, sondern auch und gerade die außer-ethnologische Dekodierung des wissenschaftlich-ethnologischen Diskurses, wie er im Rahmen des Trainings vermittelt werden soll. Nicht allein den

Teilnehmenden, sondern insbesondere auch mir als Leiterin wird somit unweigerlich ein hoher Grad der kulturellen Selbstreflexion abgerungen, der in entscheidender Weise dazu angetan ist, innerfachliche Konventionen sowie das Verhältnis zwischen Ethnologie und nicht-ethnologischer Öffentlichkeit kritisch zu hinterfragen. Das Ergebnis dieser Selbstreflexion, die ihrerseits unmittelbar aus dem Anwendungsbezug meines ethnologischen Arbeitens hervorgegangen ist, spiegelt sich in Form und Zielsetzung der vorliegenden Untersuchung wider. Es ist meine tiefste Überzeugung, dass die Ethnologie als (angewandte) Wissenschaft für die Lösung weltumspannender sozialer wie politischer Problemstellungen bedeutsam ist oder vielmehr bedeutsam sein kann. Es ist weiterhin meine Überzeugung, dass die deutsche Ethnologie einer genauso historischen wie aktuellen Verantwortung gerecht zu werden hat gegenüber der Gesellschaft deren Teil sie ist. Ich hätte an dieser Stelle gerne ‚integraler Teil' geschrieben, doch als einen solchen kann man sie hierzulande in der Tat im Augenblick nicht bezeichnen. Sie könnte und *sollte* im Hinblick auf die akute Relevanz unseres Faches jedoch zu einem solch integralen Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit werden. Mögliche Wege, dieses Ziel zu erreichen, gibt es zu Genüge. Im Verlauf der vorliegenden Arbeit konnte gezeigt werden, dass gerade auch ein diskursethnologischer Zugang – als Ansatz für die empirische Forschung wie auch als Ansatz für die praktische ethnologische Bildungsarbeit – diesbezüglich einen wesentlichen Beitrag zu leisten vermag. Diskurse sind für die Ethnologie nicht bloß ein weiteres Studienobjekt. Das Verständnis ihrer Funktionsweisen, die kritische Auseinandersetzung mit ihnen und nicht zuletzt auch ihre kreative Nutzung im Prozess der kollektiven Konstitution von (gesamtgesellschaftlicher) Wirklichkeit sind der Schlüssel zu einer relevanten, zeitgemäßen und vielseitigen deutschen Ethnologie. Um mit Foucaults Worten zu schließen: „…der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist […] nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht".[53]

[53] Foucault 2012: 11.


BY

Literaturverzeichnis

Abu-Lughod, Lila 1991 Writing Against Culture. In: Richard G. Fox (Hrsg.): Recapturing Anthropology. Working in the Present. Santa Fe: School of American Research Press (137–162).

Alba, Richard 2008 Why We Still Need a Theory of Mainstream Assimilation. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Reihe: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage (37–56)

Alonso, Ana María 1994 The Politics of Space, Time and Substance. State Formation, Nationalism and Ethnicity. In: Annual Review of Anthropology 1994, 23: 379–405

Alternative für Deutschland 2017 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017. URL: www.afd.de/wahlprogramm – Abruf: 29.07.2018

Amenda, Lars 2008 „Tor zur Welt". Die Hafenstadt Hamburg in Vorstellung und Selbstdarstellung 1890–1970. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): „Tor zur Welt". Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert. Reihe: Hamburger Zeitspuren, Nr. 5. München/Hamburg: Dölling und Gallitz Verlag (8–98)

Amnesty International Deutschland e. V. 2017 Glossar für diskriminierungssensible Sprache, 28.02.2017. URL: https://www.amnesty.de/2017/3/1/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache-Abruf: 16.09.2022

Anderson, Benedict 2006 Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. 2., überarbeitete Auflage. London/New York: Verso

anti-bias-netz 2013–2021 Anti-Bias. URL: https://www.anti-bias-netz.org/start/anti-bias/ – Abruf: 16.09.2022

Antweiler, Christoph 2015 Angewandte Ethnologie heute. Arbeits- und Minenfelder jenseits des Kokons. In: EthnoScripts 17 (2): 11–39

Appiah, Kwame Anthony 2018 The Lies that Bind. Rethinking Identity. Creed, Country, Colour, Class, Culture. London: Profile Books

Babka von Gostomski, Christian et al. 2012 Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011. Reihe: Forschungsbericht, Nr. 15. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

S. Fischer-Kongtso, *Das polyseme Fundament der Wirklichkeit*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40835-0

Bailey, Gordon/Gayle, Noga 2008 Ideology. Structuring Identity in Contemporary Life. 2. Auflage. Toronto: Univeristy of Toronto Press.
Banton, Michael Analytical and Folk Concepts of Race and Ethnicity. In: Ethnic and Racial Studies 1979, 2: 127–138
Barth, Fredrik 1969 Ethnic Groups and Boundaries. In: John Hutchinson/Anthony D. Smith (Hrsg.) 2009: Ethnicity. Reihe: Oxford Readers. 2. Auflage. Oxford/New York: Oxford University Press (75–82)
Beer, Bettina 2006 Ethnos, Ethnie, Kultur. In: Bettina Beer/Hans Fischer (Hrsg.): Ethnologie. Einführung und Überblick. 6. Auflage. Berlin: Dietrich Reimer Verlag (51–72)
Bendel, Petra 2010 Extremismus. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (246f)
Benhabib, Seyla 1999 Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag
Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas 2013 Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 25. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
Bernard, H. Russel 2002 Research Methods in Anthropology. Qualitative and Quantitative Approaches. 3. Auflage. Walnut Creek et al.: AltaMira Press
Bernstein, Jay H. 2010 Folk Concepts. Reihe: CUNY Academic Works – Kingsborough Community College – Publications and Research. City University of New York (CUNY). URL: https://academicworks.cuny.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1014&context=kb_pubs–Abruf – Abruf: 01.06.2021
Bertels, Ursula et al. (Hrsg.) 2004 Aus der Ferne in die Nähe. Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit. Reihe: Praxis Ethnologie, Nr. 2. Münster: Waxmann
Bertels, Ursula 2019 Möglichkeiten einer Angewandten Ethnologie an der Hochschule. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (627–642)
Besnier, Niko 1990 Language and Affect. In: Annual Review of Anthropology 1990, 19: 419–451
Bierschenk, Thomas 2003 Staat und Nation im postkolonialen Afrika: Ein Forschungsprogramm. Reihe: Arbeitspapiere/Working Papers Nr. 26. Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Ethnologie und Afrikastudien. URL: http://publications.ub.uni-mainz.de/opus/volltexte/2006/1065/pdf/1065.pdf–Abruf – Abruf: 24.04.2020
Bigalke, André/Heyde, Phillip 2011 Unterrichtseinheit Einbürgerung. Handreichung. Jahrgänge 9/10. Oberstufe. Hamburg: Behörde für Schule und Berufsbildung. URL: https://www.hamburg.de/contentblob/3160434/1033439082d2578a0074b6d11dd4b007/data/einbuergerung.pdf – Abruf: 10.06.2015
Bloch, Maurice 1974 Symbols, Song, Dance and Features of Articulation: Is religion an extreme form of traditional authority? In: European Journal of Sociology/Achives Européennes de Sociologie/Europäisches Archiv für Soziologie, 15 (1), Faith and Power: 55–81
Borneman, John 1992 Belonging in the two Berlins. Kin, State, Nation. Reihe: Cambridge Studies in Social and Cultural Anthropology. Cambridge: Cambridge University Press
Borofsky, Robert (Hrsg.) 1994 Assessing Cultural Anthropology. New York et al.: McGraw-Hill, Inc.

Bourdieu, Pierre 2003 Participant Objectivation. In: The Journal of the Royal Anthropological Institute, 9 (2): 281–94

Bourdieu, Pierre 2005 Was heißt Sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage. Wien: Braumüller

Bourdieu, Pierre 2009 Entwurf einer Theorie der Praxis. Reihe: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 291. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Brettell, Caroline B. 2008 Immigrants as Netizens. Political Mobilization in Cyberspace. In: Deborah Reed-Danahay/Caroline B. Brettell (Hrsg.): Citizenship, Political Engagement, and Belonging. Immigrants in Europe and the United States. New Brunswick et al.: Rutgers University Press (226–243)

Briggs, Charles L. 2005 Communicability, Racial Discourse, and Disease. In: Annual Review of Anthropology 2005, 34: 269–291

Brubaker, Rogers 1994 Staats-Bürger. Frankreich und Deutschland im historischen Vergleich. Hamburg: Junius

Brubaker, Rogers 2009 Ethnicity, Race, and Nationalism. In: Annual Review of Sociology 2009, 35: 21–42

Brumann, Christoph 1999 Writing for Culture. Why a Successful Concept Should Not Be Discarded. In: Current Anthropology, 40 (S1), Special Issue: Culture – A Second Chance? (S1–S27)

Buck, Marcus 2007–2020 Quiddje. In: Wöörbook. In: Plattmakers. URL: https://plattmakers.de/de/3063/Quiddje – Abruf: 14.06.2020

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) 2006 Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Reihe: Interkulturelle Studien, Band 17. 2., korrigierte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019 Migrationshintergrund (Definition). In: Glossar. URL: https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=3198544 – Abruf: 07.05.2019

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland. URL: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/staatsangehoerigkeit/optionspflicht/optionspflicht-node.html – Abruf: 04.02.2019

Bundeswahlleiter 2017 Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. Pressemitteilung Nr. 34/17 vom 12. Oktober 2017. URL: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html – Abruf: 29.07.2018

Bundeszentrale für politische Bildung 2008 Einbürgerungstest für Ausländer. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Politik: Hintergrund aktuell, 10.07.2008. URL: http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69647/einbuergerungstest-fuer-auslaender-10-07-2008 – Abruf: 04.02.2019

Ceuppens, Bambi/Geschiere Peter 2005 Autochthony: Local or Global? New Modes in the Struggle over Citizenship and Belonging in Africa and Europe. In: Annual Review of Anthropology 2005, 34: 385–407

Clarke, Simon 2009 Thinking Psychosocially About Difference: Ethnicity, Community and Emotion. In: Shelley Day Sclater/David W. Jones/Heather Price and Candida Yates: Emotion. New Psychosocial Perspectives. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan (111–122)

Clifford, James 1986 Partial Truths. In: Paul A. Erickson/Liam D. Murphy (2008): Readings for a History of Anthropological Theory. 3. Auflage. Toronto: University of Toronto Press (422–444)

Coleman, Simon 2002 Conservatice Protestantism, Politics and Civil Religion in the United States. In: David Westerlund (Hrsg.): Questioning the Secular State. The Worldwide Resurgence of Religion in Politics. 4. Auflage. London: Hurst & Company (24–47)

Cohen, Abner 1980 Drama and Politics in the Development of a London Carnival. In: Man, New Series 15 (1): 65–87

Cohen, Abner 1993 Masquerade Politics. Explorations in the Structure of Urban Cultural Movements. Berkeley/Los Angeles: University of California Press

Crossley, Nick 2010 Emotion and Communicative Action. Habermas, Linguistic Philosophy and Existentialism. In: Gillian Bendelow/Simon J. Williams (Hrsg.): Emotions in Social Life. Critical Themes and Contemporary Issues. 2. Auflage. London/New York: Routledge (16–38)

Deutsch, Karl W. 1966 Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality. Cambridge et al.: The M.I.T. Press

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste 2016 Sachstand: Zur Möglichkeit eines Militärdienstes von Ausländern und Ausländerinnen in den Streitkräften ausgewählter Staaten. Rechtliche Grundlagen, Einstellungsvoraussetzungen, Anzahl. Aktenzeichen: WD 2 – 3000 – 115/16, 13.10.2016 URL: https://www.bundestag.de/blob/482692/2de37fc4243bac21eaaf881d3c53461c/wd-2-115-16-pdf-data.pdf – Abruf: 21.07.2018

De Vries, Sandra 2004 Die Pilotstudie Ethnologie in der Schule: Der Öffentliche Blick. In: Ursula Bertels et al. (Hrsg.): Aus der Ferne in die Nähe. Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit. Münster: Waxmann (195–204)

Douglas, Mary 1986 How Institutions Think. New York : Syracuse University Press

Dreesen, Philipp et al. 2012 Diskurs und Dispositiv als Gegenstände interdisziplinärer Forschung. Zur Einführung in den Sammelband. In: Philipp Dreesen et. al: Mediendiskursanalyse. Diskurse – Dispositive – Medien – Macht. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden

Dressel, Andreas et al. 2009 Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Dressel, Jana Schiedek, Ingo Egloff, Bülent Ciftlik, Metin Hakverdi, Rolf-Dieter Klooß, Arno Münster, Dr. Martin Schäfer, Stefan Schmitt, Karl Schwinke, Juliane Timmermann, Carola Veit (SPD) und Fraktion. Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 Einzelpläne 8.1 und 2. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/2398, Neufassung vom 03.03.2009. URL: https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/25333/haushaltsplan-entwurf-2009-2010-einzelpl%c3%a4ne-8-1-und-2-menschliche-metropole-sicher-im-rechtsstaat.pdf – Abruf: 25.02.2015

Dumont, Louis 1994 German Ideology. From France to Germany and Back. Chicago/London: The University of Chicago Press

Eberhard Karls Universität Tübingen 2022 Angewandte Ethnologie. URL: https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/philosophische-fakultaet/fachbereiche/asien-orient-wissenschaften/ethnologie/studium/lehre/angewandte-ethnologie/ – Abruf: 16.09.2022

Edgewater, Iain D. 1999 Music Hath Charms…: Fragments Toward Constructionist Biocultural Theory, With Attention to the Relationship of "Music" and "Emotion". In: Hinton,

Alexander Laban (Hrsg.): Biocultural Approaches to the Emotions. Cambridge et al.: Cambridge University Press (153–181)

Edwards, Jason 2014 The Good Citizen: Presidential Rethoric, Immigrants, and Naturalization Ceremonies. In: Communication Studies Faculty Publications, 44: 43–51

Elliker Florian 2013 Demokratie in Grenzen. Zur diskursiven Strukturierung gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden

Elwert, Georg 2001 Deutsche Nation. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (127–137)

Eriksen, Thomas Hyland 2002 Ethnicity and Nationalism. Reihe: Anthropology, Culture and Society. 2. Auflage. London/New York: Pluto Press

Eriksen, Thomas Hyland 2010 Foreword to the 2010 Edition. A Book fort he Twenty-First Century. In: Eric R. Wolf: Europe and the People Without History. 3. Auflage. Berkeley/Los Angeles: University of California Press (ix–xviii)

Eriksen, Thomas Hyland 2013 Engaging Anthropology. The Case for a Public Presence. Nachdruck von 2006. London/New York: Bloomsbury Academic

Eriksen, Thomas Hyland/Nielsen, Sivert 2013 A History of Anthropology. 2. Auflage. London: Pluto Press

Escobar, Arturo 2012 Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Paperback reissue, with a new preface by the author. Princeton: Princeton University Press

Esser, Hartmut 2001 Integration und ethnische Schichtung. Reihe: Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 40. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Esser, Hartmut 2008 Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Integration. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Reihe: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage (81–107)

Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e.V. 2016 Vielfalt gestalten – Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation (Homepage). URL: http://www.ese-web.de/ – Abruf: 16.09.2022

EUAufhAsylRUG 2007 Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007 (BGBl. I S. 1970)

Fairclough, Norman 2011 Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewußtsein. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (363–380)

Fallers, Lloyd A. 2011 The Social Anthropology of the Nation-State. 2. Auflage. New Brunswick/London: Aldine Transaction

Flubacher, Mi-Cha 2014 Integration durch Sprache – die Sprache der Integration. Eine kritische Diskursanalyse zur Rolle der Sprache in der Schweizer und Basler Integrationspolitik 1998–2008. Reihe: Kommunikation im Fokus – Arbeiten zur Angewandten Linguistik, Band 5. Göttingen: V&R unipress

Forsythe, Diana 2016 German Identity and the Problem of History. In: Elizabeth Tonkin et al. (Hrsg.) History and Ethnicity. Neuauflage. Abingdon/New York: Routledge

Foucault, Michel 2012 Die Ordnung des Diskurses. 12., erweiterte Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Foucault, Michel 2013 Archäologie des Wissens. Reihe: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. 16. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Freie und Hansestadt Hamburg 2008 Vierte Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus. Pressemitteilung vom 30.04.2008. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/322432/2008-04-30-einbuergerung/ – Abruf: 12.08.2018

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration o.J. Hamburger Nachweis über freiwilliges Engagement. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/hamburger-nachweis/ – Abruf: 16.02.2019

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2011 Deutscher zu werden ist „in" – Einbürgerungskampagne angelaufen. Pressemitteilung vom 12.01.2011. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/2728812/2011-01-12-bis-pm-einbuergerung/ – Abruf: 26.02.2015

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2013 40 Prozent mehr Einbürgerungen im ersten Halbjahr 2013 – Hamburg fordert Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Pressemitteilung vom 06.08.2013. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4076318/2013-08-06-bis-pm-einbuergerungen/ – Abruf: 05.02.2019

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres und Sport 2016 Antragszahlen weiterhin auf hohem Niveau. Pressemitteilung vom 24.03.2016. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/5567206/2016-03-24-bis-pm-einbuergerungen/ – Abruf: 16.02.2019

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit u. Verbraucherschutz 2010 Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause. Boxerin Susianna Kentikian, Sternekoch Ali Güngörmüş und Fußballprofi Piotr Trochowski unterstützen Hamburger Einbürgerungskampagne. Pressemitteilung vom 04.11.2010. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/2607910/2010-11-04-bsg-einbuergerungskampagne/ – Abruf: 12.08.2018

Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2011 Senat startet Einbürgerungsinitiative. Pressemitteilung vom 08.12.2011. In: hamburg.de. URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3187392/2011-12-08-sk-einbuergerungskampagne/ – Abruf: 12.08.2018

Freie und Hansestadt Hamburg – Senatskanzlei 2017 Scholz: Hamburg ist eine offene Einwandererstadt. 40. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus – Neuauflage der Einbürgerungsinitiative. Pressemitteilung vom 18.07.2017. In: hamburg.de URL: https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/9172490/2017-07-18-pr-40-einbuergerungsfeier-im-hamburger-rathaus/ – Abruf: 05.02.2019

Frobenius, Leo 1921 Paideuma. Umrisse einer Kultur- und Seelenlehre. München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung

Gall, Insa 2011 Migranten sollen Deutsche werden. In: Welt (online), 24.11.2011. URL: https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article13732605/Migranten-sollen-Deutsche-werden.html – Abruf: 12.08.2018

Gandelsman-Trier, Mijal/Wonneberger, Astrid 2009 Editorial: Ethnologie und Öffentlichkeit. In: EthnoScripts 11 (2): 2–11

Geertz, Clifford 1973 Thick Description. Toward an Interpretive Theory of Culture. In: The Interpretation of Cultures: Selected Essays. New York: Basic Books (3–30)

Gellner, Ernest 2006 Nations and Nationalism. 2. Auflage. Malden et al.: Blackwell Publishing

Gershon, Ilana 2017 Language and the Newness of Media. In: Annual Review of Anthropology 2017, 46: 15–31

Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts 1990 Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 09.07.1990 (BGBl. I S.1354)

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1546) geändert worden ist

Glaser, Barney G. / Strauss, Anselm L. 2010 Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. 3., unveränderte Auflage. Bern: Verlag Hans Huber

Gingrich, Andre/Banks, Markus (Hrsg.) 2006 Neo-Nationalism in Europe and Beyond. Perspectives from Social Anthropology. New York/Oxford: Berghahn Books

Goffman, Erving 1986 Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience. 2. Auflage. Boston: Northeastern University Press

Goffman, Erving 2014 Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. 14. Auflage. München: Piper Verlag

Goodman, Jane E. et al. 2014 Citational Practices: Knowledge, Personhood and Subjectivity. In: Annual Review of Anthropology 2014, 43: 449–463

Gosewinkel, Dieter 2003 Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland. Reihe: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 150. 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Gottowik, Volker 2011 James Clifford: Ethnographie als allegorische Beschreibung des Fremden. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (178–186)

Grillo, R.D. 2003 Cultural Essentialism and Cultural Anxiety. In: Anthropological Theory 3 (2): 157–173

Grote, Maik 2014 Integrationspolitische Positionen im Deutschen Bundestag am Beispiel der Staatsbürgerschaftsdebatte. Reihe: Migremus Arbeitspapiere Nr. 1/2014. Universität Bremen. URL: https://www.migremus.uni-bremen.de/images/stories/workingpapers/ap_grote_2014.pdf – Abruf: 28.06.2015

Guss, David M. 2000 The Festive State. Race, Ethnicity, and Nationalism as Cultural Performance. Berkeley et al.: University of California Press

Habermas, Jürgen 1998 Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: suhrkamp taschenbuch wissenschaft

Habermas, Jürgen 2009 Philosophische Texte. Studienausgabe in fünf Bänden. Band 3: Diskursethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Hagedorn, Heike 2001 Wer darf Mitglied werden? Einbürgerung in Deutschland und Frankreich im Vergleich. Reihe: Politikwissenschaftliche Paperbacks. Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften, Band 32. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden

Haider, Lars 2011 Bürgermeister Scholz will 137.000 Migranten einbürgern. In: Hamburger Abendblatt (online), 23.11.2011. URL: https://www.abendblatt.de/hamburg/article108180200/Buergermeister-Scholz-will-137-000-Migranten-einbuergern.html – Abruf: 12.08.2018

Hagelund, Anniken/Reegård, Kaja 2011 'Changing Teams': A Participant Perspective on Citizenship Ceremonies. In: Citizenship Studies, 15 (5–7): 735–748

Hall, Stuart 1973 Encoding and Decoding in the Television Discourse. Paper for the Council of Europe Colloquy on "Training in the Critical Reading of Television Language". Organized by the Council & the Centre for Mass Communication Research. University of Leicester, 1973. URL: https://www.birmingham.ac.uk/Documents/college-artslaw/history/cccs/stencilled-occasional-papers/1to8and11to24and38to48/SOP07.pdf – Abruf: 19.05.2020

Hall, Stuart 1995 The West and the Rest: Discourse and Power. In: Stuart Hall/Bram Gieben (Hrsg.): Formations of Modernity. 4. Auflage. Cambridge/Oxford: Polity Press/Blackwell/The Open University (275–320)

Haller, Dieter 2005 dtv-Atlas Ethnologie. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Hamburger Abendblatt 2020 SPD-Politiker Bülent Ciftlik (Artikelsammlung im Online-Archiv). URL: https://www.abendblatt.de/themen/ciftlik/ – Abruf: 16.06.2020

hamburg.de o.J. a Die Einbürgerungsfeier. URL: https://einbuergerung.hamburg.de/einbuergerungsfeier/ – Abruf: 06.02.2019

hamburg.de o.J. b Einbürgerungslotsen: Unterstützung bei der Einbürgerung. URL: https://einbuergerung.hamburg.de/unterstuetzung/ – Abruf: 16.02.2019

Hamburgische Bürgerschaft o.J. Großer Festsaal. URL: https://www.hamburgische-buergerschaft.de/rundgang/4409252/grosser-festsaal/ – Abruf: 23.04.2019

Handelman, Don 1998 Models and Mirrors: Towards an Anthropology of Public Events. 2. Auflage. New York/Oxford: Berghahn Books

Harper, Robin A. 2017 Deconstructing Naturalization Ceremonies as Public Spectacles of Citizenship. In: Space and Polity, 21 (1): 92–107

Heidemann, Frank 2006 Politikethnologie. In: Bettina Beer/Hans Fischer (Hrsg.): Ethnologie. Einführung und Überblick. 6., überarbeitete Auflage. Berlin: Dietrich Reimer Verlag (157–178)

Heine, Heinrich 1863 Sämtliche Werke. Rechtmäßige Originalausgabe, 17. Band, Teil 3. Hamburg: Hoffmann und Campe

Heuser, Eric Anton 2016 Kulturkreis. In: Übermedien, Hasswort (10). URL: https://uebermedien.de/9357/hasswort-kulturkreis-eric-anton-heuser/ – Abruf: 16.09.2022

Herder, Johann Gottfried (von) 1821 Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, 1. Band. 2. Auflage. Leipzig: Johann Friedrich Hartknoch

Herzfeld, Michael 1997 Cultural Intimacy. Social Poetics in the Nation-State. New York/London: Routledge

Hinz, Andreas 2002 Von der Integration zur Inklusion. Terminologisches Spiel oder konzeptionelle Weiterentwicklung? In: Zeitschrift für Heilpädagogik 53: 354–361

HmbBL I 100-a Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Vom 6. Juni 1952 (HmbBL I 100-a), zuletzt geändert am 3. Juli 2012 (HmbGVBI. S. 253). In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2012: Verfassung der Freien und Hansestadt

Hamburg. URL: https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiuyJz0x_7pAhXCAewKHdc9C6sQFjACegQIBRAB&url=https%3A%2F%2Fwww.hamburg.de%2Fcontentblob%2F1604280%2F5e354265cb3c0e3422f30f9184608d9d%2Fdata%2Fverfassung-der-freien-und-hansestadt-hamburg-stand-2012.pdf&usg=AOvVaw22eJ5saf0AnNjJABJiZ7aJ – Abruf: 13.06.2020

Hobsbawm, Eric 2005 Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Hobsbawm, Eric 2013 Introduction: Inventing Traditions. In: Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.): The Invention of Tradition. 22. Auflage. Cambridge: Cambridge University Press (1–14)

Huntington, Samuel P. 2002 Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. 7. Auflage. München: Wilhelm Goldmann Verlag

Infratest dimap 2020 Sonntagsfrage (bundesweit). URL: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/ – Abruf: 29.04.2020

Jäger, Margarete 2010 Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (455–471)

Jäger, Siegfried 2011 Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (91–124)

Jakob, Maria 2012 Einbürgerungsfeiern in Deutschland. Willkommensritual oder kulturelle Abwehr? In: sinnprovinz. kultursoziologische working papers Nr. 3. URL: http://www.sinnprovinz.uni-leipzig.de/tl_files/papers/Sinnprovinz_03_M_Jakob.pdf – Abruf: 06.02.2018

Jakob, Maria 2017 Einbürgerungsfeiern. Wie Zugehörigkeit praktiziert wird. Reihe: Migration & Integration, Band 3. Baden-Baden: Nomos

Jansen, Christian/Borggräfe, Henning 2007 Nation – Nationalität – Nationalismus. Frankfurt/New York: Campus Verlag

Kajetzke, Laura 2008 Wissen im Diskurs. Ein Theorienvergleich von Bourdieu und Foucault. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage

Kant, Immanuel 1919 Zum ewigen Frieden. 2. Auflage. Leipzig: Verlag von Felix Meiner

Kapcia, Antoni 1982 Revolution, the Intellectual and a Cuban Identity: The Long Tradition. In: Bulletin of Latin American Research 1 (2): 63–78

Karis, Tim 2012 Massenmediale Eigenlogiken als diskursive Machtstrukturen. Oder: Ich lasse mir von einem kaputten Fernseher nicht vorschreiben, wann ich ins Bett zu gehen habe! In: Philipp Dreesen et al. (Hrsg.): Mediendiskursanalyse. Diskurse – Dispositive – Medien – Macht. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (47–74)

Kaschuba, Wolfgang 2010 Offene Städte!. In: Nils Grosch/Sabine Zinn-Thomas (Hrsg.): Fremdheit – Migration – Musik. Kulturwissenschaftliche Essays für Max Matter. Reihe: Populäre Kultur und Musik, Band 1. Münster et al.: Waxmann

Keller, Reiner et al. (Hrsg.) 2010 Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden

Keller, Reiner 2011a Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden

Keller, Reiner 2011b Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Reihe: Qualitative Sozialforschung, Band 14. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden

Keller, Reiner 2013 Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Reiner Keller/Inga Truschkat (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (27–68)

Keller, Reiner/Truschkat, Inga 2013 Einleitung. In: Reiner Keller/Inga Truschkat (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (9–23)

Keller, Reiner 2019 Die Untersuchung von Dispositiven. Zur fokussierten Diskurs- und Dispositivethnografie in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Bosančić, Saša/Keller, Reiner (Hrsg.): Diskursive Konstruktionen. Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissenssoziologischen Diskursforschung. Wiesbaden: SpringerVS (51–74)

Kertzer, David I. 1988 Ritual, Politics and Power. New Haven/London: Yale University Press

Klocke-Daffa, Sabine (Hrsg.) 2019a Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS

Klocke-Daffa, Sabine 2019b Angewandte Ethnologie – Zwischen anwendungsorientierter Wissenschaft und wissenschaftsorientierter Praxis. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (3–76)

Klocke-Daffa, Sabine 2019c Ausblick: Optionen einer anwendungsorientierten Ethnologie in der Hochschule – drei Modelle. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (683–690)

Knoblauch, Hubert 2011 Erving Goffman: Die Kultur der Kommunikation. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (189–201)

Krais, Beate/Gebauer, Gunter 2010 Habitus. Reihe: Einsichten. 3. Auflage. Bielefeld: transcript

Krüger, Hans-Peter/Demmerling, Christoph/Habermas, Jürgen 2016 Kommunikative Vernunft. Jürgen Habermas, interviewt von Christoph Demmerling und Hans-Peter Krüger. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 64 (5): 806–827

Kumoll, Karsten 2011 Clifford Geertz: Die Ambivalenz kultureller Formen. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und

aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (168–176)

Kuper, Adam 2000 Culture. The Anthropologists' Account. 1. Taschenbuchausgabe. Cambridge/London: Harvard University Press

Laclau, Ernesto 2007 Ideologie und Post-Marxismus. In: Martin Nonhoff (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript (25–39)

Laclau, Ernesto 2010 Emanzipation und Differenz. Unveränderter Nachdruck der deutschen Ausgabe von 2002. Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant

Landkammer, Nora (o.J.) Critical Whiteness Studies. In: Zürcher Hochschule der Künste (Hrsg.): Glossar. URL: https://www.zhdk.ch/forschung/ehemalige-forschungsinstitute-7626/iae/glossar-972/critical-whiteness-studies-3816 – Abruf: 16.09.2022

Lavagno, Christian 2011 Michel Foucault: Ethnologie der eigenen Kultur. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (46–54)

Laviziano, Alexander/Sökefeld, Martin 2005 Editorial: Ethnologie und Interkulturelle Kommunikation. In: EthnoScripts 7 (1): 2–5

Lentz, Carola 2013 The 2010 Independence Jubilees. The Politics and Aesthetics of National Commemoration in Africa. In: Nations and Nationalism 19 (2): 217–237

Lentz, Carola 2016 Kultur. Einige begriffliche Lockerungsübungen. In: Migration – Integration: Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 10. Juni 2016. Berlin: 2016, S. 26–32

Lenzen, Manuela 2015 Was ist Sozialdarwinismus? In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus, 20.10.2015. URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214188/was-ist-sozialdarwinismus – Abruf: 03.06.2020

Llanque, Marcus 2008 Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse. Reihe: Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München/Wien: Oldenbourg Verlag

lno 2008 Hamburg führt Einbürgerungsfeier für neue Staatsangehörige ein. In: Hamburger Abendblatt (online), 06.06.2006. URL: https://www.abendblatt.de/nachrichten/nachrichten-des-tages/article107123683/Hamburg-fuehrt-Einbuergerungsfeier-fuer-neue-Staatsangehoerige-ein.html – Abruf: 05.02.2018

Lowie, Robert H. 1975 Toward Understanding Germany. Midway reprint. Chicago: University of Chicago Press

Lütkes, Christiana 2004 Die Relevanz ethnologischer Themen für den Erwerb Interkultureller Kompetenz in der schulischen Sozialisation – Ergebnisse einer Pilotstudie. In: Ursula Bertels et al. (Hrsg.): Aus der Ferne in die Nähe. Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit. Münster: Waxmann (185–194)

Lutz, Cathrine/White, Geoffrey M. 1986 The Anthropology of Emotions. In: Annual Review of Anthropology 1986, 15: 405–436

Massey, Douglas S. 1995 The New Immigration and Ethnicity in the United States. In: Population and Development Review 21 (3): 631–652

Matouschek et al. 1995 Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Reihe: Passagen Diskursforschung. Wien: Passagen Verlag

Maurer, Andrea 2011 Rational Choice: Kultur als Mittel der Handlungsorientierung. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (683–695)

Max-Planck-Gesellschaft 2022 Podcast ‚Anthropology of Political Assembly'. In: Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung. URL: https://www.eth.mpg.de/podcast-apa – Abruf: 16.09.2022

Meinecke, Friedrich 1908 Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. München/Berlin: R Oldenbourg

Menchaca, Martha 2011 Naturalizing Mexican Immigrants: A Texas History. Austin: University of Texas Press.

Merz, Johannes 2006 Freistaat Bayern, 03.07.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns. URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freistaat_Bayern – Abruf: 16.06.2020

Moebius, Stephan 2011 Pierre Bourdieu: Zur Kultursoziologie und Kritik der symbolischen Gewalt. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (55–69)

Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk 2011 Kulturtheorien der Gegenwart – Heterotopien der Theorie. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (11–18)

Monath, Hans 2012 „Unser deutscher Pass ist kein Ramschartikel" In: Der Tagesspiegel (online), 12.04.2012 URL: https://www.tagesspiegel.de/politik/integration-unser-deutscher-pass-ist-kein-ramschartikel/6498210-all.html – Abruf: 12.08.2018

Moosmüller, Alois 2019 Interkulturelles Training und internationaler Personaltransfer. Ein Praxisfeld für Ethnolog*innen?. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (407–421)

Mühlhäusler, Peter/Peace, Adrian 2006 Environmental Discourse. In: Annual Review of Anthropology 2006, 35: 457–479

Mummendey, Amélie/Kessler, Thomas 2008 Akzeptanz oder Ablehnung von Andersartigkeit. Die Beziehung zwischen Zuwanderern und Einheimischen aus einer sozialpsychologischen Perspektive. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Reihe: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage (513–528)

Nauck, Bernhard 2008 Akkulturation: Theoretische Ansätze und Perspektiven in Psychologie und Soziologie. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Reihe: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage (108–133)

Neue Deutsche Medienmacher*innen 2022 NdM-Glossar – Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft. URL: https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/prefix:a/ – Abruf: 16.09.2022

Nida-Rümelin, Julian 2006 Zur Philosophie des Kosmopolitismus. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 13 (2): 231–238

Niehr, Thomas/Böke, Karin 2010 Diskursanalyse unter linguistischer Perspektive – am Beispiel des Migrationsdiskurses. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Reihe: Interdisziplinäre Diskursforschung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (359–385)

Nohlen, Dieter 2010 Deskription/Deskriptive Ansätze. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (159f)

Nünning, Ansgar 2009 Vielfalt der Kulturbegriffe. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Kulturelle Bildung, 23.07.2009. URL: http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/59917/kulturbegriffe – Abruf: 08.08.2018

Ostendorf, Berndt 2011 Samuel Huntington: From Creed to Culture. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (92–105)

Phillips, Timothy/Smith, Philip 2008 Cosmopolitan Beliefs and Cosmopolitan Practices. An Empirical Investigation. In: Journal of Sociology 44 (4): 391–399

Petrović, Tanja 2018 Political Parody and the Politics of Ambivalence. In: Annual Review of Anthropology 2018, 47: 201–216

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Deutscher Pass kann aberkannt werden. URL: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutscher-pass-kann-aberkannt-werden-1596980 – Abruf: 04.06.2020

Reckwitz, Andreas 2011 Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (300–310)

Reckwitz, Andreas 2017 Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus. Die Spätmoderne im Widerstreit zweier Kulturalisierungsregime. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtspopulismus, 16.01.2017. URL: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240826/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus – Abruf: 08.08.2018

Reed-Danahay, Deborah 2008 From the "Imagined Community" to "Communities of Practice": Immigrant Belonging Among Vietnamese Americans. In: Deborah Reed-Danahay/Caroline B. Brettell (Hrsg.): Citizenship, Political Engagement, and Belonging. Immigrants in Europe and the United States. New Brunswick et al.: Rutgers University Press (78–97)

Rieger, Günter 2010a Normative Theorien. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (665f)

Rieger, Günter 2010b Multikulturalismus. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (630)

Riescher, Gisela 2010 Nationalismus. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (639f)

Rosyada, Amrina 2022 Unsung Native Collaborators in Anthropology. In: SAPIENS, 13.10.2022 – Abruf: 23.10.2022

Röttger-Rössler, Birgitt 2002 Emotion und Kultur: Einige Grundfragen. In: Zeitschrift für Ethnologie 127 (2): 147–162

RuStAG 1913 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.07.1913. URL: http://www.documentarchiv.de/ksr/ 1913/reichs-staatsangehoerigkeitsgesetz.html – Abruf: 04.02.2019

Salden, Simone/Schmelling, Inka 2019 Ethnologische Themen in den Medien. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (441–457)

Schäfers, Bernhard 1995 Gesellschaft. In: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 2., neu bearbeitete Auflage, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (195–199)

Scheidt, Walter/Wriede, Hinrich 1927 Die Elbinsel Finkenwärder. München: J. F. Lehmanns Verlag

Schilling, Kristina 2005 Mehr Öffentlichkeit wagen! – Ein Plädoyer aus der beruflichen Praxis. In: EthnoScripts 7 (1): 168–170

Schlehe, Judith 2008 Formen qualitativer ethnographischer Interviews. In: Bettina Beer (Hrsg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Dietrich Reimer Verlag (119–142)

Schneeweiß, Verena 2019 Ethnologische Bildungsarbeit: globalpolitische und diversitätsbewusste Ansätze. In: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg): Angewandte Ethnologie. Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS (233–255)

Schnegg, Michael/Lang, Hartmut 2008 Die Analyse kultureller Domänen. Eine praxisorientiere Einführung. In: Hartmut Lang/Michael Schnegg (Hrsg.): Methoden der Ethnographie. Heft 3. URL: http://ethnographic-methods.org/wp-content/uploads/2018/08/KulturelleDomaenen.pdf – Abruf: 18.02.2019

Schneider, Jan 2007 Die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes 2007. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Grundlagendossier Migration, 15.05.2007. URL: http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56350/zuwanderungsgesetz-2007?p=all – Abruf: 31.01.2019

Schneider, Jens 2001 Deutsch sein. Das Eigene das Fremde und die Vergangenheit im Selbstbild des vereinten Deutschland. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Schneider, Christiane/Yildiz, Mehmet 2009 Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE) vom 23.03.09 und Antwort des Senats. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/2638, 31.03.2009. URL: https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/25623/entwicklung-der-einb%c3%bcrgerungszahlen-im-jahr-2008-iii-.pdf – Abruf: 25.02.2015

Schnettler, Bernt 2011 Thomas Luckmann: Kultur zwischen Konstitution, Konstruktion und Kommunikation. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (212–226)

Scholz, Olaf 2022 Über mich. In: SPD (Hrsg.): Olaf Scholz. URL: https.//olaf-scholz.spd.de/ueber-mich/ – Abruf: 24.05.2022

Schultze, Rainer-Olaf 2010 Demokratie. In: Dieter Nohlen/Reiner-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (137–140)

Schultze, Rainer-Olaf 2010b Politik/Politikbegriff. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (746f)

Schönhuth, Michael 2004 Ist da wer? – Strategien und Fallstricke einer populären Ethnologie. In: Ursula Bertels et al. (Hrsg.): Aus der Ferne in die Nähe. Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit. Reihe: Praxis Ethnologie, Nr. 2. Münster: Waxmann (77–104)

Schönhuth, Michael 2009 Relevanter werden – Zum Verhältnis zwischen Ethnologie und Öffentlichkeit. Standortbestimmung und Perspektiven. In: EthnoScripts 11 (2): 12–38

Schwarz, Tobias 2010 Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen im deutschen Ausweisungsdiskurs. Bielefeld: transcript

Sen, Amartya 2012 Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. 2. Auflage. München: dtv

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 2012 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft. Einbürgerungsinitiative und Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Duldungsantragstellern sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. März 2012 (Drucksache 20/3662). Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/5111, 28.08.2012. URL: https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/37883/einb%c3%bcrgerungsinitiative-und-fortsetzung-der-zusammenareit-mit-mecklenburg-vorpommern-bei-der-erstaufnahme-von-asylbewerbern-und-duldungsantragstellern.pdf – Abruf: 25.02.2015

Sewell, William 1999 The Concept(s) of Culture. In: Victoria E. Bonnell/Lynn Hunt (Hrsg.): Beyond the Cultural Turn: New Directions in the Study of Society and Culture. Reihe: Studies on the History of Society and Culture, Nr. 34. Berkely: University of California Press (35–61)

Silverstein, Paul A. 2005 Immigrant Racialization and the New Savage Slot: Race, Migration, and Immigration in the New Europe. In: Annual Review of Anthropology 2005, 34: 363–384

Smith, Anthony D. 1992 National Identity and the Idea of European Unity. In: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-), 68 (1): 55–76

Sökefeld, Martin 2004 Das Paradigma kultureller Differenz: Zur Forschung und Diskussion über Migranten aus der Türkei in Deutschland. In: Martin Sökefeld (Hrsg.): Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz. Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei. Bielefeld: transcript

Sökefeld, Martin 2008 Strukturierte Interviews und Fragebögen. In: Bettina Beer (Hrsg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Dietrich Reimer Verlag (143–167)

Spitulnik, Debra 1993 Anthropology and Mass Media. In: Annual Review of Anthropology 1993, 22: 293–315

Stanley, Flavia 2008 On Belonging in/to Italy and Europe: Citizenship, Race, and the "Immigrant Problem". In: Deborah Reed-Danahay/Caroline B. Brettell (Hrsg.): Citizenship,

Political Engagement, and Belonging. Immigrants in Europe and the United States. New Brunswick et al.: Rutgers University Press (43–59)

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Geschäftsstelle 2006 Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 180. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, 08.05.2006. URL: http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/06-05-05/06-05-05-2-beschluesse.pdf?__blob=publicationFile&v=2 – Abruf: 10.10.2017

Statista 2020 Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen in den Bundesländern bis Februar 2020. URL: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/ – Abruf: 29.04.2020

Statistisches Bundesamt 2018a Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2017. Fachserie 1 Reihe 2.1, erschienen am 23.05.2018a, ergänzt am 29.11.2018a. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Einbuergerungen2010210177004.pdf?__blob=publicationFile – Abruf 23.07.2018

Statistisches Bundesamt 2018b Tabellenaufbau. Einbürgerungen von Ausländern (inkl. Veränderungsrate): Bundesländer und Ausland, Jahre. Verfügbarer Zeitraum: 1990–2017. URL: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=10980A626CEA137F03D5B6B5145BDAF0.tomcat_GO_1_1?operation=abruftabelleAbrufen&selectionname=12511–0011&levelindex=0&levelid=1534089565988&index=10 – Abruf: 12.08.2018b

Statistisches Bundesamt 2019 Personen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Integration. URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/migrationshintergrund.html – Abruf: 07.05.2019

Steinhardt, Max Friedrich 2007 Aktuelle Trends der Einbürgerungen in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst 2007 (8): 544–549

Steinhardt, Max Friedrich 2008 Does Citizenship Matter? The Economic Impact of Naturalizations in Germany. Reihe: HWWI Research. Paper 3–13 by the HWWI Research Programme Migration Research Group. Hamburg Institute of International Economics (HWWI). URL: http://www.hwwi.org/publikationen/publikationen-einzelansicht/does-citizenship-matter-the-economic-impact-of-naturalizations-in-germany-2///6488.html – Abruf: 22.06.2015

Storz, Henning/Wilmes, Bernhard 2007 Die Reform das Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Grundlagendossier Migration, 15.05.2007. URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56483/einbuergerung?p=all – Abruf: 31.01.2019

Sturm, Roland 2010 Rechtspopulismus. In: Dieter Nohlen/Reiner-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (887ff)

Szerszynski, Bronislaw/Urry, John 2006 Visualty, Mobility and the Cosmopolitan. Inhabiting the World from Afar. In: The British Journal of Sociology 57 (1): 113–131

TGH o.J. a Über uns. URL: https://tghamburg.de/ueber-uns/ – Abruf: 16.02.2019

TGH o.J. b Einbürgerungsprojekt „Ich bin Hamburger!“ – Einbürgerungslotsen unterstützen bei der Einbürgerung. URL: https://tghamburg.de/einbuergerung-ich-bin-hamburger/ – Abruf: 16.02.2019

Thränhardt, Dietrich 2008 Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. Gesprächskreis Migration und Integration. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Reihe: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. URL: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05236.pdf – Abruf: 29.06.2015

Thibaut, Bernhard 2010 Humankapital. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (378)

Thiery, Peter 2010 Zivilgesellschaft. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2: N-Z. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C. H. Beck (1248ff)

Tishkov, Valery A. 1994 Inventions and Manifestations of Ethno-Nationalismen in Soviet Academic and Public Discourse. In: Robert Borofsky (Hrsg.): Assessing Cultural Anthropology. New York et al.: McGraw-Hill, Inc. (443–452)

Trevisiol, Oliver 2004 Die Einbürgerungspraxis im Deutschen Reich 1871–1945. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades des Doktors der Philosophie an der Universität Konstanz, Fachbereich Geschichte und Soziologie. URL: https://d-nb.info/974206237/34 – Abruf: 28.05.2018

Turner, Victor W. 1973 Symbols in African Ritual. In: Science, New Series, 179 (4078): 1100–1105

Übermedien 2022 Über Übermedien. URL: https://uebermedien.de/ueber-uns/ – Abruf: 16.09.2022

Universität Hamburg (Hrsg.) 2009 Ethnologie und Öffentlichkeit, EthnoScripts 11 (2)

Universität Hamburg (Hrsg.) 2017 Denkwerk Ethnologie. Familie in der Diaspora. URL: https://www.ethnologie.uni-hamburg.de/forschung/forschungsprojekt-archiv/denkwerk-ethnologie.html – Abruf: 16.09.2022

van Dijk, Teun A. 1987 Communicating Racism. Ethnic Prejudice in Thought and Talk. Newbury Park et al.: SAGE Publications

van Gennep, Arnold 2004 The Rites of Passage. Nachdruck. London: Routledge

Verkaaik, Oskar 2010 The Cachet Dilemma: Ritual and Agency in New Dutch Nationalism. In: American Anthropologist 37 (1): 69–82

Vertovec, Steven 2011 The Cultural Politics of Nation and Migration. In: Annual Review of Anthropology 2011, 40: 241–256

Viehöver, Willy/Keller, Reiner/Schneider, Werner (Hrsg.) 2017 Zeitschrift für Diskursforschung, Heft 3/2017

Wade, Peter 2000 Music, Race, and Nation. Música Tropical in Colombia. Reihe: Chicago Studies in Ethnomusicology. Chicago/London: University of Chicago Press

Weber, Max 1980 Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5., revidierte Auflage. Studienausgabe. Tübingen: Mohr Siebeck

Wessendorf, Susanne 2008 Culturalist Discourses on Inclusion and Exclusion: The Swiss Citizenship Debate. In: Social Anthropology 16 (2): 187–202

Westerlund, David (Hrsg.) 2002 Questioning the Secular State. The Worldwide Resurgence of Religion in Politics. 4. Auflage. London: Hurst & Company

Wilce, James M. 2009a Medical Discourse. In: Annual Review of Anthropology 2009, 38: 199–215

Wilce, James M. 2009b Language and Emotion. Reihe: Studies in the Social and Cultural Foundations of Language, Nr. 25. Cambridge et al.: Cambridge University Press

Will, Anne-Kathrin 2020 Migrationshintergrund: Wieso – woher – wohin? In: Bundeszentrale für politische Bildung: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik, 05.02.2020. URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/304523/migrationshintergrund – Abruf: 08.06.2020

Wilson, Samuel M. / Peterson, Leighton C. 2002 The Anthropology of Online Communities. In: Annual Review of Anthropology 2002, 31: 449–461

Wimmer, Andreas 2008 Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Reihe: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage (57–80)

Winter, Rainer 2011 Stuart Hall – Die Erfindung der *Cultural Studies*. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden (469–481)

Wolf, Eric 2010 Europe and the People Without History. 3. Auflage. Berkeley/Los Angeles: University of California Press

Worbs, Susanne 2008 Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes. Reihe: Integrationsreport, Teil 3. 2., aktualisierte Auflage. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp17-einbuergerung.pdf;jsessionid=04307142A082EED3F828AB50FED4C073.1_cid286?__blob=publicationFile – Abruf: 21.06.2015

yared.de o.J. Yared Dibaba. URL: https://yared.de/ – Abruf: 10.06.2020

ZfK, Zeitschrift für Kulturwissenschaften o.J. ZfK-Blogreihe. URL: https://zeitschrift-kulturwissenschaften.de/aktuell/zfk-blogreihe/ – Abruf: 16.09.2022